THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

Presented in 1916
by
President Edmund J. James
in memory of
Amanda K. Casad

909
B87
V.1-2
cop. 2

T/F 25/-

Digitized by the Internet Archive
in 2016

https://archive.org/details/geschichtederneu12bull

Geschichte
der
neuesten Zeit.
1815—1885.

Von

Constantin Bulle.

In vier Bänden.

Zweite, umgearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage der Geschichte der neuesten Zeit (1815—1871).

Erster Band.
Von 1815 bis 1848.

Berlin,
Verlag von Leonhard Simion
1888.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

909
B87
v.1-2
cop.2

m 1202 31 July 1924

Inhalt.

Seite

Erster Abschnitt: Die Jahre der Erschlaffung (1815—1819).

Fürsten und Völker der Heiligen Allianz 1
Die romanischen Völker 9
Österreich 19
Deutschland 24
England und Frankreich 56

Zweiter Abschnitt: Revolutionen und Kongresse (1820—1823).

Die Revolutionen in den romanischen Ländern 62
Die amerikanischen Freiheitskämpfe 73
Deutschland nach 1820 84
Die griechischen Freiheitskämpfe 90

Dritter Abschnitt: Die Auflösung der Heiligen Allianz (1824—1830).

Der Zerfall der Heiligen Allianz 108
Deutschland und der Zollverein 125
Englands innere Reformen 136
Frankreich vor der Juli-Revolution 143

Vierter Abschnitt: Die Juli-Revolution und ihre Nachspiele (1830—1832).

Die Juli-Revolution 154
Die belgische Revolution 165
Die polnische Revolution 176
Österreich, Italien und die Schweiz 187
Die Revolution in Deutschland 193

Fünfter Abschnitt: Der Sieg der Regierungsgewalten (1832—1840).

Preußen und der Zollverein 200
Süddeutschland und der Bundestag 211
Frankreich nach der Julirevolution 225
Dom Miguel und Don Carlos 236
Die Politik der Großmächte und das junge Europa 255

401442

Seite

Sechster Abschnitt: Die Vorboten des Umschwungs (1837—1840).

Mehemed Ali und die Türkei 264
Rußland und England in Asien 276
Die Whigs in England 282
Der hannoversche Verfassungsbruch 287

Siebenter Abschnitt: Das Erstarken der Opposition (1840—1848).

Der Ultramontanismus und die Kölner Wirren 292
Friedrich Wilhelms IV. Anfänge 309
Deutschland bis zur Revolution 326
Die nationale Bewegung der Slawen, Ungarn und Italiener 339
Die Westmächte und die Schweiz 350
Frankreich bis zur Februar-Revolution 359

Fürsten und Völker der Heiligen Allianz.

Als mit Napoleons Sturze die Stürme sich legten, die ein Viertel- Aufgaben der neuen Zeit.
jahrhundert hindurch Europa von einem Ende zum anderen durchbraust hatten, trat an Fürsten und Völker die Aufgabe heran ihre Beziehungen nach innen und außen auf neuen Grundlagen und im Geiste der neuen Zeit zu regeln. Die Wirkungen der französischen Revolution waren doch zunächst nur zerstörender Art gewesen. Gesunken waren vor dem Schlachtrufe der Freiheit und Gleichheit das unumschränkte Königtum und die Vorrechte der begünstigten Stände; aber die Versuche auf den neuen Prinzipien eine neue Lebensordnung der Völker zu begründen waren mißlungen. Aus dem Kampfe der widerstreitenden Interessen und Grundsätze war das Kaisertum hervorgegangen und hatte mit starker Hand die Idee des Staates gegenüber der auflösenden Kraft der freiheitlichen Bestrebungen zur Geltung gebracht. Aber eine Versöhnung der Gegensätze hatte es nicht erreicht. Wie es innerhalb der französischen Nation an die Stelle einer zügellosen Freiheit die ebenso ungezügelte Willkür gesetzt, so hatte es die Selbständigkeit der Nachbarvölker unterdrückt und ihnen unerbittlich das Joch der Fremdherrschaft auferlegt; wie es dort die Rechte des Bürgers, so hatte es hier die Rechte der Nationalität mit Füßen getreten und kein anderes Recht anerkannt, als das des Staates, der in seinem Begründer und Beherrscher verkörpert war. Diese Maßlosigkeit schuf sich selbst den Untergang. Gegen das Kaisertum erhoben sich vereint alle die Mächte, die es mittelbar oder unmittelbar sich unterworfen hatte. Die Feinde der Revolution, die vergeblich von dem Bändiger derselben die Rückgabe ihrer „legitimen" Rechte erwartet, die begeisterten Anhänger der Gleichheit und Freiheit, denen der Usurpator die guten wie die schlimmen Früchte ihres Sieges entrissen, die mißhandelten Völker, welche den Schatz ihrer Nationalität erst, da sie ihn verloren, recht zu würdigen gelernt hatten, sie alle standen zusammen um den gemeinsamen Gegner zu stürzen, und sie stürzten ihn. Aber nachdem sie dieses Ziel erreicht, trennten sich ihre Die Gegensätze.
Wege, und an die Stelle der Bundesgenossenschaft trat der Kampf der Bundesgenossen. Gegen die Forderungen der Mitstreiter erhob sich die Schar derer, welche die Erhaltung oder vielmehr die Erneuerung des Alten wollten. Ihr waren alle die zugewandt, die unter den Stürmen Die Legitimität.

der Revolution Besitz und Vorrecht verloren hatten und nun Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangten. Auch unter ihnen, den Fürsten, der Kirche, dem Adel, gab es wohl solche, die manches aus der neuen Zeit beizubehalten für recht und notwendig erkannten; aber im wesentlichen galt ihnen doch der Wirrwarr, zu dem die Ideen von 1789 geführt, als der beste Beweis für die Unhaltbarkeit derselben, und in diese Schlußfolgerung stimmten gar viele ein, die den großen Schlagworten, die über den Rhein herüberklangen, einst laut zugejauchzt hatten.

Die Romantik. In der öffentlichen Meinung war durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine doppelte Strömung hervorgetreten, die von verschiedenen Seiten her die erregten Gemüter in den Hafen der konservativen Grundsätze führte, die eine religiöser, die andere historischer Art. Je mächtiger die furchtbaren Ereignisse, die man erlebt hatte, jedem einzelnen das Herz in der Brust erschütterten, desto allgemeiner war das Gefühl der Abhängigkeit von einer höheren Macht wieder zum Durchbruch gekommen, und desto größer war die Zahl derer geworden, die vor den Irrungen und der Willkür des subjektiven Glaubens eine Zuflucht bei den Satzungen der Kirche suchten. Viele der verdientesten Patrioten der Freiheitskriege, die Stein, Niebuhr, Eichhorn, Arndt, Schenkendorf, Görres, folgten aus tiefer Überzeugung der orthodoxen Lehre ihres Bekenntnisses; zahlreiche bedeutende Männer aus protestantischen Kreisen ließen sich daran noch nicht genügen, sondern kehrten wie Friedrich Schlegel, Adam Müller, Zacharias Werner u. a. früher oder später in den Schoß der katholischen Kirche zurück. Bei vielen verband sich diese religiöse Stimmung mit der historischen. Die Erfahrung hatte gezeigt, zu welch entsetzlichen Zuständen es führe, wenn man unbekümmert um die geschichtliche Entwickelung und um die vorhandenen Gesellschaftsformen die Träume weltbürgerlicher Philosophen in die Wirklichkeit rufen wollte; durch die despotische Gleichmacherei der Republik und des Kaisertums war das Bewußtsein von der berechtigten Eigentümlichkeit der einzelnen Völker neu belebt; trotz der Ungunst der Zeiten hatte man mit Eifer begonnen, diese Eigentümlichkeit auch in der Vergangenheit zu studieren, und Sprache, Dichtung, Kunst, Verfassung, Rechtsleben, Geschichte zumal des Mittelalters zu erforschen. Die romantische Schule war entstanden und hatte die Herrschaft auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens erworben. Sie war ihrem innersten Wesen nach konservativ und den Ideen der Aufklärung feindselig abgewandt; allein sie war daneben doch zugleich national und insofern ein Bindeglied zwischen den Vertretern der Legitimität und denen des Liberalismus.

Der Liberalismus. Auch in dem letzteren waren die Keime zu großen Spaltungen vorhanden; neben der nationalen Richtung bestand immer noch die kosmopolitische. Aber fürerst war sie freilich unendlich schwach und durch die Begeisterung der Kriegsjahre selbst in die nationale Strömung hineingerissen; sie gewann erst dann an Stärke, als die Kluft zwischen den nationalen Liberalen und den nationalen Romantikern dadurch unaus-

füllbar wurde, daß diese mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion übergingen. Da konnte der kosmopolitische Liberalismus noch einmal eine große Herrschaft in den Gemütern gewinnen, obgleich ihm so wenig wie der Legitimität oder der Romantik die Zukunft beschieden war. Diese gehörte nur der Partei, die es verstand, das Recht der Nationalität mit den Prinzipien gesetzlicher Freiheit und Gleichheit zu verbinden; die Aufgabe, welche den Völkern Europas nach den napoleonischen Kriegen gestellt war, konnte nur die sein, nationale Staatengebilde auf der Grundlage konstitutioneller Verfassungen herzustellen.

Stimmung in Deutschland.

Ohne Zweifel lebte nach den Befreiungskriegen auch in dem deutschen Volke ein starkes Verlangen nach solcher staatlichen Einigung; aber wir sind im allgemeinen doch wohl geneigt, uns dieses Verlangen lebhafter und drängender vorzustellen, als es wirklich war. Es wird uns nicht leicht, uns in den unglaublich traurigen Zustand zurückzuversetzen, welchem der Friede von Paris ein Ende machte. Die Abschüttelung des Franzosenjoches, die Herstellung der alten Partikularstaaten war allein schon ein so unendliches Glück, daß die große Menge derer, welche die schweren Jahre der Fremdherrschaft erduldet hatten, über dem Erreichten ohne zu großes Widerstreben auf das Nicht-Erreichte verzichtete. Mit hellem Jubel wurden die heimkehrenden Fürsten nach langer Verbannung empfangen; mit heftigem Widerwillen vertauschten zahlreiche Bevölkerungen die Herrschaft des angestammten Regentenhauses mit der neuen Dynastie, der sie im Austausch zuerkannt waren; fast als selbstverständlich erschien es den meisten, daß die alten territorialen Abgrenzungen, welche die Franzosenzeit hinweggeräumt hatte, von Rechts wegen wieder hergestellt werden müßten. Kannten sie doch auch allesamt aus eigener Erfahrung keinen Zustand, der ihnen besseres geboten hätte; war das deutsche Volk doch schon seit unvordenklichen Geschlechtern des Segens einer wirklichen staatlichen Einheit verlustig; denn das deutsche Reich, das 1806 zu Grabe getragen war, hatte ja nur dem Scheine nach diesen Namen verdient. Und andererseits ließen sich an den neu gegründeten Bund, solange er noch nicht in Wirksamkeit getreten war, ja alle die Hoffnungen knüpfen, mit welchen vertrauensvolle Sehnsucht das Unbekannte auszuschmücken liebt. Als dann später die Enttäuschung kam, als die Thätigkeit des Bundestages sich einzig in der Unterdrückung freiheitlicher und nationaler Bestrebungen äußerte, da war in der großen Masse der Nation, die doch immer den Ausschlag giebt, die Abspannung zu groß um ein Aufraffen zu gestatten. Die schwere Zeit, welche man durchlebt hatte, schien kein anderes Bedürfnis zurückgelassen zu haben als das der Ruhe, der Erholung, des Genusses. Freilich fehlte es, zumal unter der Jugend, nicht an solchen, welche die Schmach dieses thatlosen Pflanzenlebens tief empfanden; die gewaltigen Leidenschaften, welche in den hoffnungsreichsten Tagen der Freiheitskriege die Brust der Völker durchlodert, die glänzenden Zukunftsträume, mit denen todesmutige Begeisterung die Kämpfenden entflammt, die Sterben-

den beglückt, die Trauernden getröstet hatte, sie zuckten auch jetzt noch nach und wollten nicht an ihre Nichtigkeit glauben; aber sie bildeten nicht das Gepräge der Zeit; sie waren das schmerzliche Vorrecht der kräftigeren, edleren Naturen; sie ermutigten, reizten, peinigten den, welcher an ihnen hing; aber sie vermochten nicht die Herzen der Masse zu erobern; sie waren nicht stark genug um die Folgen der geistigen und physischen Überanstrengung zu überwinden, die nach so gewaltigen Stürmen nicht ausbleiben konnten.

Stimmung im übrigen Europa.

Und das war nicht allein in Deutschland der Fall. Fast ausnahmslos begnügten sich die erschöpften Nationen mit dem negativen Gewinn, der Fremdherrschaft entledigt zu sein, und dachten nicht daran sofort mit Entschlossenheit die Bahn zu betreten, die sie zu nationaler Einigung und politischer Freiheit führen konnte. Selten wohl sind die Völker eines ganzen Erdteiles so einmütig bereit gewesen mit Bewußtsein auf ihre Ideale zu verzichten und sich willig der Leitung ihrer Machthaber hinzugeben, wie nach 1815. Das einzige, was sie verlangten, war ein verständiges, mildes Regiment; ja sie waren in der Stimmung als solches auch noch Willkürlichkeiten gelten zu lassen, die in minder ermatteten Zeiten für argen Despotismus wären angesehen worden. Der Bogen konnte scharf gespannt werden ohne zu springen; wenn und wo er doch sprang, da mußte den Völkern mehr, als Menschen ertragen können, zugemutet sein.

Hörte man freilich nur auf die Worte der Regierenden, so mußte man denken, das goldene Zeitalter werde wiederkehren. Und diese Worte schienen Glauben zu verdienen; denn unter den tonangebenden Fürsten befand sich keiner, dem nicht eine gewisse patriarchalische Gesinnung gegen seine Unterthanen eigen gewesen wäre. Da war zuerst Alexander, der russische Zar. Über dem Tage, der ihm die Krone aufs Haupt gesetzt, schwebte ein unheimliches Dunkel; der Weg zum Throne hatte ihn über die Leiche seines Vaters Paul I. geführt. Mochte er auch von der geplanten Ermordung zum voraus nichts gewußt haben, so hatte er doch die Früchte geerntet und hatte, vielleicht widerstrebenden Herzens, die Mörder belohnt. Über seine Seele hatte sich infolgedessen ein düsterer Schleier gelegt; er war tiefsinnig, schwärmerisch, mystisch geworden. Er hatte Verzeihung für ein schweres Unrecht von Gott zu erbitten und er hatte zugleich in dem eigenen Gewissen einen feindlichen Mahner niederzukämpfen. Das eine machte ihn weich, wohlwollend, zugänglich; das andere machte ihn scheu, argwöhnisch, schroff. So bewegte er sich in Extremen, ein Mann, dem das innere Gleichgewicht fehlte; aber es überwog doch zumeist die milde, schwermütige Stimmung; es überwog der Wunsch, durch ein gerechtes, christliches Regiment seine Herrschaft und ihren dunklen Beginn vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst zu rechtfertigen. Die großen Wechselfälle seines Lebens, die Tage von Austerlitz und Friedland, von Moskau und Leipzig, mußten dieser religiösen Stimmung nachhaltige Nahrung verschaffen; zeigte sich doch sichtbar in ihnen der Finger des strafenden, aber auch des ver-

Alexander I.

zeihenden Gottes. So war ein böswilliger Despotismus von Alexander niemals zu erwarten; denn er fühlte beständig eine höhere Macht über sich; es fehlte ihm das, was allein den wahren Despoten macht, der Glaube an die eigene Strafloſigkeit oder der Leichtſinn, der dieſen Glauben hinwegſpottet. Aber es fehlte freilich auch das, was allein den wahrhaft volksfreundlichen Fürſten macht: das offene Zutrauen, das gute Gewiſſen, die heitere Ruhe der Seele. Und je weniger dieſe Ruhe in ihm war, deſto größeres Verlangen trug er ſie um ſich zu ſehen. So wurde er ein aufrichtiger Freund des Friedens und ein entſchiedener Feind der Revolution; ſo ging ſein ſehnlicher Wunſch dahin die Völker Europas gerecht und weiſe beherrſcht zu ſehen, aber nicht minder auch dahin jede Auflehnung raſch im erſten Keime zu erſticken. In der Wahl der Mittel konſequent zu ſein beanſpruchte er nicht: konnte die Ruhe eines Volkes durch die Erteilung einer Verfaſſung geſichert werden, ſo empfahl er die Verfaſſung; ſchienen Kanonen zweckmäßig um ſie zu erzwingen, ſo war er auch für die Kanonen. Daß er daneben einen hohen Wert auf die ſittlich-religiöſe Beeinfluſſung der Völker legte und beſonders in den erſten Jahren nach dem Friedensſchluſſe nicht allein die Bibelgeſellſchaften beförderte, ſondern auch dem myſtiſchen Zuge der Zeit jeglichen Vorſchub leiſtete, entſprach ſeiner ganzen Lebensauffaſſung; aber es brachte ihn freilich auch in einen Gegenſatz zu ſeinem eigenen Ruhebedürfniſſe: er verkannte geraume Zeit hindurch, daß im Grunde doch derſelbe Drang des Individuums ſich zur Geltung zu bringen in den politiſchen Richtungen, die er bekämpfte, und in den religiöſen, die er begünſtigte, zu Tage trat. So ward er denn am Ende auch in dieſem Punkte an ſich ſelber irre.

Franz II.

Weit ausgeprägter noch als bei Alexander war das Verlangen nach unbedingter Ruhe bei „Franz dem Kaiſer, unſerm guten Kaiſer Franz", des vielſprachigen Öſterreichs Herrſcher. Der gemütliche Herr war das leibhaftige Phlegma. Er wollte gewiß niemandem zu nahe treten, aber niemand ſollte auch ihm etwas zuleide thun, und das that unglücklicherweiſe jeder, der ihn in ſeiner Ruhe ſtörte. Das Verfolgen an ſich machte ihm keine Freude, aber wer ſich nicht bedeuten laſſe, ſo ſagte man, den jage er weg, und wer ſich unterfange mit ihm ringen zu wollen, den ſperre er zeitlebens ein. Er war vollkommener Egoiſt. Ungemein treffend hatte ihn als Siebzehnjährigen ſchon ſein Oheim Kaiſer Joſef ein verzogenes Mutterkindchen genannt, dem allein die Erhaltung ſeiner Perſon unendlich wichtig erſcheine; kein edles moraliſches Motiv, wie Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, mache auf ihn Eindruck; nur Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten beeinfluſſe ihn. Seine Unterthanen ſollten daher thun und laſſen, denken und glauben, was er wollte und verlangte. Wer neue Ideen in Umlauf brachte, der wurde ſchon dadurch ſein perſönlicher Feind. Befand er ſelbſt doch bei den alten Zuſtänden ſich ganz vortrefflich; wozu alſo Änderungen herbeiführen? „Es ſind jetzt neue Ideen im Schwunge, ſagte er 1821 zu den

Laibacher Professoren; Ideen, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte, denn dieses ist gut und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann, oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Solchen Anschauungen entsprach es vollkommen, wenn er etwa einen höheren Offizier um Verzeihung bat, weil er ihn für den Verfasser eines militärischen Werkes gehalten, oder wenn er Gott dankte, daß Gentz und solche Leute keine geborenen Österreicher, sondern Ausländer seien. Große Gesichtspunkte fehlten ihm völlig; für Einzelheiten und Personalien hatte er die lebendigste Teilnahme. Die Stärke des Heeres bestimmte ohne ihn der Hofkriegsrat, aber die Befreiung des einzelnen Mannes vom Kriegsdienst mußte ihm selbst vorgelegt werden. Audienzen zu erteilen machte ihm unendliches Vergnügen; auf einer Reise in Italien empfing er 1825 etwa 20 000 Personen. Dabei erwies er sich dann stets sehr leutselig und gewann durch seine gemütlichen Antworten in der Sprache des Volkes große Beliebtheit. Aufrichtiges Wohlwollen beseelte ihn freilich nicht; es war höchstens jene gutmütige Schwäche, die ganz gern anderen etwas zuliebe thut, wenn sie nur sich selbst dadurch kein Opfer auferlegt, verbunden mit einer kleinlichen Neugier nach den Privatangelegenheiten seiner Unterthanen. Das Spionier- oder Spitzelsystem wurde daher unter ihm zur größten Blüte gebracht und die Verletzung des Briefgeheimnisses war so selbstverständlich, daß Stein ohne weitere Bemerkung an Gneisenau schrieb: Ihren Brief erhielt ich durch die österreichische Post, also unzweifelhaft eröffnet, — daß Varnhagen meinte, es genüge daran zu denken, daß man in Österreich sei, um die Lust zum Schreiben und Empfangen von Briefen zu verlieren, — und daß ein toscanischer Minister sich weigerte, mit Österreich einen Postvertrag abzuschließen, weil man demselben kein Felleisen anvertrauen könne. Diese Spürsucht mußte mit innerer Notwendigkeit eine Saat von Mißtrauen ausstreuen; die Polizei wurde immer gewaltiger im Staate und über den Kaiser selbst; sie erstreckte ihre Aufsicht über die Geringsten und über die Höchsten; sie bestimmte über die Anstellung von Professoren und über die Residenz von Erzherzögen; sie zog eine chinesische Mauer gegen das Ausland; fremde Bäder war so gut verboten wie fremde Universitäten. Selbst in den Zeiten der dunkelsten Reaktion herrschte in Preußen noch Tageshelle, wenn man den dortigen Zustand mit Österreich verglich, und die preußische Staatszeitung, die man in Berlin verachtete, galt in dem Kaiserstaate für ein Wunder von Freisinn. Und dennoch blieb der gute Kaiser Franz der Liebling seines Volkes; die Wiener verträumten in behaglichem Wohlleben ihre politische Nichtigkeit und das bittere Wort behielt Recht, daß in Wien sich jede Revolution mit ein paar tausend gebackener Hähndeln beschwichtigen lasse.

Ein Liebling seines Volkes war auch der preußische König, Friedrich Wilhelm III. Schwere Zeiten nähern ja die Herzen derer, die sie zusammen erdulden. So hatten die trüben Jahre von 1806 bis 1812 um Herrscher und Beherrschte ein Band gewoben, das bis zum Tode des Königs in unverminderter Stärke aushielt. Und wirklich verdiente der schwergeprüfte Fürst aus vielen Gründen die Liebe seiner Unterthanen. Er war kein großer Geist; umgestaltende Neuerungen konnten ihm nur schwer annehmbar gemacht werden; kühne Entschlüsse vermochte er nur unter dem drückendsten Zwang der Verhältnisse zu fassen; großartige Charaktere waren ihm unbequem und beängstigend. Aber er besaß neben großem persönlichem Wohlwollen den Ruf vollkommener Ehrlichkeit; sein schlichtes Äußere war frei von der Gefallsucht des österreichischen Kaisers; sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Regentenpflichten minderten sich auch mit dem Alter nicht. Der politisch denkende Teil seines Volkes mochte zuzeiten Anstoß nehmen an den militärischen und theologischen Neigungen des Monarchen; er mochte es schmerzlich empfinden, daß die verheißene Verfassung immer länger auf sich warten ließ und endlich in durchaus ungenügender Weise ihre vorgebliche Erfüllung fand; der hohe Adel und die Umgebung des Königs mochten über seine wachsende Verdrießlichkeit klagen und widerwillig die Ausbrüche seiner Galle über sich ergehen lassen; aber das eigentliche Volk blieb von diesen Mißstimmungen unberührt: ihm war Friedrich Wilhelm der Gemahl der Königin Luise, das schuld- und wehrlose Opfer des rohen Korsen, der Urheber des Aufrufes vom 17. März 1813, der Gründer der Landwehr, der Freund und Förderer des Volksunterrichtes, der Zertrümmerer der Zollschranken, der gewissenhafte Arbeiter, der wohlwollende Fürst, der schlichte bürgerfreundliche Mann. Man hätte ihm so wenig etwas zuleide gethan wie einem persönlichen Freunde, und ebensowenig konnte man mit ihm grollen und schmollen. Seine Stellung zum Lande war weniger eine politische als eine persönliche. Man ertrug seine Schwächen, wie man die Schwächen eines Vaters erträgt, und man war einverstanden darüber, daß dieser Vater ein achtungswerter, sorgsamer und gerechter Fürst sei.

Friedrich Wilhelm III.

Zwischen Friedrich Wilhelm und Alexander bestand ein sehr herzliches Verhältnis. Seit jener Novembernacht im Jahre 1805, wo sie am Grabe Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche zu Potsdam sich ewige Freundschaft gelobt hatten, war freilich manche Wetterwolke zwischen ihnen aufgestiegen; Alexanders Haltung in Tilsit hatte wenig den schönen Worten entsprochen, mit denen er noch ein paar Wochen zuvor angesichts der vereinigten Heere den Freund umarmt hatte: Nicht wahr, wir fallen zusammen, keiner von beiden oder beide? Aber das, und Preußens Abfall nach Austerlitz, seine Teilnahme am Kriege von 1812, und was man etwa sonst einander vorzuwerfen hatte, war vergeben und vergessen: die Waffengemeinschaft von 1813 bis 1815 hatte die Erinnerung daran verscheucht, das häufige Zusammensein im Feldlager und in

Verhältnis der drei Herrscher.

den Hauptstädten, bei Friedensschlüssen und Kongressen die persönlichen Bande noch enger gezogen; Gemeinsamkeit der Grundsätze und Gemeinsamkeit der Empfindungen gaben diesem Bündnisse die höhere Weihe; bald trat auch durch die Verlobung des Großfürsten Nikolaus mit des Königs Tochter Charlotte der gemütvolle Reiz enger verwandtschaftlicher Beziehungen hinzu. Dagegen stand Kaiser Franz diesem innigen Verhältnisse ziemlich fern; seine Verbindung mit den beiden Waffengenossen war ausschließlich politischer Art, und wenn der Vorteil es zu erheischen schien, so kostete es ihm keine Überwindung, sich sogar mit Frankreich gegen seine Alliierten zu verbinden, wie er das während des Wiener Kongresses bewiesen hatte, als Europa vor dem Schauspiel eines Krieges stand, der auf der einen Seite Rußland und Preußen, auf der anderen die übrigen Bundesgenossen und Frankreich sehen sollte. Innerliche Beziehungen zwischen Franz und seinen Vettern in Petersburg und Berlin gab es nicht, und nur mit zauderndem Mißbehagen unterzeichnete der österreichische Kaiser jene merkwürdige Urkunde der Heiligen Allianz, in welcher Alexander seine aufrichtigen Gefühle niederlegte und Friedrich Wilhelm den Kern seiner Anschauungen, wenn auch vielleicht in fremdartiger Hülle, wiederfand. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Zaren und Metternich, der dabei auch den König von Preußen vertrat, wurde das Aktenstück bei einer großen Truppenschau auf der Ebene von Vertus bei Paris am 26. September 1815 von den drei Monarchen vollzogen. Es wurde darin der Versuch gemacht, die Grundsätze der christlichen Religion zur Grundlage der Politik eines ganzen Erdteiles zu erheben. Die Unterzeichner erklärten, daß sie ihre Völker nur als Zweige einer und derselben christlichen Nation betrachten wollten, und luden sämtliche christliche Fürsten ein, sich ihrem Bunde anzuschließen; als Bevollmächtigte der Vorsehung wollten sie ihre Völker regieren; wie die Beziehungen der Staaten untereinander, so sollte die innere Verwaltung der einzelnen Länder nur auf die Vorschriften des Christentums, auf Gerechtigkeit, Liebe und Frieden gegründet werden; wie Brüder wollten die Fürsten unter sich verkehren, wie Familienväter ihren Unterthanen gegenüber stehen. Es war das Programm einer neuen Zeit, das so der Welt verkündet wurde; es war gleichsam die Summe der Lehren, die ein Vierteljahrhundert voll Haß und Blut dem Menschengeschlechte gepredigt hatte. Aber zu ernsthafter praktischer Bedeutung zu gelangen, war der seltsamen Urkunde nicht beschieden: niemals ist dieses „lauttönenden Nichts“, wie Metternich versichert, späterhin in den Verhandlungen der Kabinette wieder Erwähnung gethan. Die öffentliche Meinung Europas maß ihm freilich gar bald einen großen Anteil an alle den Bestrebungen bei, die auf die Unterdrückung der freiheitlichen Entwicklung abzielten. Aber auch dieses Verdammungsurteil entsprach keinesfalls der Stimmung, aus welcher die Unterzeichnung hervorging. Weder Alexander, der im privaten Gespräch aufrichtig beteuerte, friedlich für die Verbreitung liberaler Ideen wirken zu können sei das einzige, was dem Leben für ihn einigen Wert

Die Heilige Allianz.

verleihe, noch der König von Preußen, der wenige Monate vorher seinem Volke eine Verfassung verheißen um ihm ein Pfand seines Vertrauens zu geben, gedachte damals mit schönklingenden Worten ein trügerisches Spiel zu treiben und absolutistische Neigungen unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit zu verbergen. Wenn sie ihre Völker als Väter zu lenken versprachen, so wollten sie damit die Liebe und Sorgfalt bezeichnen, die sie ihnen schuldig zu sein überzeugt waren; sie wollten nicht damit sagen, daß sie dieselben für unmündige Kinder hielten, denen kein Anteil an der Ordnung ihrer Geschicke verstattet werden könne. Und daß Die Kongresse. es ihnen Ernst war mit der Versicherung sich gegenseitig als Brüder zu behandeln und in friedlicher Vereinbarung etwa ausbrechende Streitigkeiten zu schlichten, dafür zeugte die in Paris getroffene Abrede, laut deren sie teils selbst von Zeit zu Zeit zusammenkommen, teils ihre Minister zusammentreten lassen wollten um zu erwägen, wie man die Ruhe und Wohlfahrt Europas am sichersten fördern könne. Auch dieser in seinem Ursprunge vortreffliche Vorsatz hat sich nachher zum Bösen gewendet, und viel Leid und Unheil ist durch die Kongresse von Aachen bis Verona über die Völker Europas gebracht worden. Als er der Welt bekannt wurde, mußte er doch den einstimmigen Beifall aller Verständigen finden. Denn kaum zu irgend einer Zeit mag das Gefühl der Gemeinsamkeit der Interessen die Nationen Europas gleichmäßiger und stärker durchzogen haben als damals, wo sie fast ausnahmslos zusammengestanden hatten um das Joch des Eroberers abzuschütteln, und wo auf dem Wiener Kongresse in einer großen Friedensakte das Geschick des ganzen Erdteils neu geordnet und ein neues europäisches Staatenrecht geschaffen war.

Die romanischen Völker.

Nur Frankreich mußte sich in diesem großen Völkerbunde sehr ver- Frankreich. einsamt fühlen. Es war von seiner Höhe als Herrscherin hinabgestürzt und in schmerzlichem Gegenschlag gleichsam unter die Vormundschaft Europas gestellt. Fünf Jahre lang sollten die Truppen fremder Mächte seinen Boden bewachen und das Herrscherhaus beschirmen, das nichts gelernt und nichts vergessen hatte. Aber auch in Frankreich war das Ruhebedürfnis groß, ja größer vielleicht als irgendwo sonst in Europa. Ein Land, das in den letzten zehn Jahren $2^1/_2$ Millionen seiner Söhne auf den Schlachtfeldern verloren und fünf Milliarden in ungerechten Kriegen vergeudet hatte, durfte wohl nach schweren Niederlagen in eine Schlaffheit versinken, an der nur die rachedurstigen Heißsporne der bourbonischen Sache keinen Anteil hatten. So schmerzlich es diesen war, daß Alexanders Wille den König zwang ein konstitutionelles Regiment zu führen, so konnten sie sich doch bald überzeugen, daß es nur von ihnen abhänge, die Verfassung zum toten Buchstaben zu machen. Denn gleich die ersten Wahlen zur Volksvertretung (im August 1815) ergaben

eine Kammer, von der selbst der König eingestand, sie habe ihm unfindbar geschienen, und die daher in der Geschichte den Ehrennamen der „unfindbaren" (chambre introuvable) führt. Der Monarch und sein Ministerium hatten dieser Landesvertretung gegenüber keine andere Aufgabe
Ludwig XVIII. als ihre Dienstwilligkeit in Schranken zu halten. Die Neigung dazu durfte man sowohl bei Ludwig XVIII. wie bei seinem ersten Minister, dem Herzog von Richelieu, voraussetzen. Der König war zwar nichts weniger als ein überzeugungstreuer Liberaler; das konnte man nach seinen Lebenserfahrungen auch nicht verlangen. Aber wie er beim Nahen der Revolution mit freisinnigen Grundsätzen geliebäugelt hatte, so ward ihm auch jetzt das Eingehen auf gemäßigt liberale Einrichtungen nicht schwer. Es lag ihm am Herzen seine Herrschaft zu befestigen; noch einmal in seinem Alter das Brot der Verbannung zu essen war der schreckhafteste Gedanke, der ihm vor die Seele treten konnte. Überzeugte man ihn — und er war sehr geneigt, das zu glauben —, daß eine milde konstitutionelle Regierung dieser Gefahr am dienlichsten vorbeuge, so war die Sache für ihn entschieden. Aber freilich waren und blieben seine Triebfedern durchaus eigensüchtiger Art: Opfer und Anstrengungen durfte man von ihm nicht verlangen. Schwerfällig an Körper und Geist, war er mit dem Ratgeber am besten zufrieden, der ihm unangenehme Aufregungen am geschicktesten fern hielt; wer das nicht vermochte, der mußte darauf gefaßt sein sich durch eben die Personen verdrängt zu sehen, vor deren Ungestüm er den König nicht hatte schützen können und die der Monarch deshalb lieber durch Nachgiebigkeit be-
Das Ministerium. schwichtigte als durch ferneren Widerstand reizte. Bei der Rückkehr nach Paris hatte der König Talleyrand als Minister von Gent mitgebracht und Fouché unter seine Ratgeber aufgenommen. Der eine wie der andere war den echten Royalisten gründlich verhaßt, den fremden Mächten äußerst verdächtig; aber man duldete sie für einige Wochen im Amte um durch ihren Arm die ersten Verfolgungen der Bonapartisten vollstrecken zu lassen. Kaum jedoch war durch den Ausfall der Wahlen der Erweis erbracht, daß man dieser Männer zur Niederhaltung feindlicher Parteien nicht bedürfen werde, so mußten sie das Feld räumen, und Ludwigs Wahl fiel nun nach Alexanders Rat auf Richelieu. Dieser hatte während der Revolution und des Kaiserreiches in Rußland gelebt und sich als Statthalter von Odessa Erfahrung und Beliebtheit erworben. Alexander empfahl ihn, weil er wußte, daß er an ihm einen Mann habe, der ganz in seinem Geiste wirke. Ein höchst achtungswerter Charakter mußte auch in Frankreich dem ersten Ratgeber der Krone bei allen Verständigen Ansehen und Geltung verschaffen; vor allem war seine strenge Uneigennützigkeit in dem Lande der Talleyrand und Fouché eine seltene Eigenschaft; daß ein Minister, dem bei seinem Rücktritte ein Ehrengeschenk bewilligt wurde, dessen ganzen Betrag milden Anstalten überwies, war
Übergewicht der Ultras. in Frankreich lange nicht dagewesen. Unglücklicherweise aber war Richelieu des Königs doch nicht in dem Maße sicher, daß er das Ge-

baren der extremen Legitimisten, der sogenannten Ultras, in den rechten Schranken hätte halten können. Am Hofe selbst arbeitete ihm des Königs Bruder und Nachfolger, Graf Artois, entgegen, dessen Residenz im Pavillon Marsan der Sammelpunkt aller Reaktionäre wurde; im Ministerium hatte er mit Vaublanc zu kämpfen, der einst Jakobiner, dann Bonapartist, jetzt ein leidenschaftlicher Ultra, einige der anderen Minister auf seiner Seite zu haben pflegte. Diesen schlossen sich unter den Pairs und Abgeordneten Männer wie Polignac und Labourdonnaye, Bonald und Chateaubriand an; auch die übrigen Mitglieder der königlichen Familie machten in Artois' Sinn ihren Einfluß auf den König geltend, und ihrem vereinten Bemühen gelang es, unter Hinweis auf die Stimmung der Kammer, den Monarchen zu Maßregeln zu verleiten, die um so thörichter waren, als die Parteien, gegen welche sich ihr Zorn richtete, die Republikaner und die Bonapartisten, ohnedies machtlos am Boden lagen. Durch die Erschießung des Marschalls Ney und des Obersten Labedoyère, die bei der Rückkehr Napoleons von Elba sich diesem wieder zugewandt hatten, durch das Todesurteil, das man über Flüchtlinge aussprach, ohne es vollstrecken zu können, durch zahlreiche Verbannungen reizte man das Heer, in welchem persönliche Zuneigungen für die Helden des Kaiserreiches, die Träger des nationalen Ruhmes, natürlich weit verbreitet waren. In dem Hasse gegen Napoleon ließ man einzelne Präfekten so weit gehen, daß sie sein Bild verbrannten; einer schloß in das Autodafé auch noch einen lebendigen Adler ein; wieder ein anderer schüttete die Asche des „Menschenfressers" in die Loire. Die Absetzungen von Beamten wurden immer massenhafter; in einzelnen Departements erreichte ihre Zahl 6—700; in der Isère und Aude wurden allein je 300 Maires ihrer Posten beraubt. Durch die Sicherheitsgesetze, welche im Oktober 1815 der Regierung auf die Dauer eines Jahres die größten Vollmachten gegen alle politisch Verdächtigten gaben, wurde die persönliche Freiheit derart gefährdet, daß man sagte, die eine Hälfte Frankreichs habe dadurch das Recht erhalten die andere Hälfte nach Belieben verhaften zu können; zur Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen wurden besondere Gerichte, nach Art der Kriegsgerichte, eingesetzt. Über den Besitzern der Güter, welche in der Revolution eingezogen waren und die natürlich zum großen Teil schon ihre Eigentümer gewechselt hatten, schwebte beständig das Damoklesschwert der Einziehung. Die Geistlichkeit wurde in jeder Weise begünstigt; der ganze Hof, der greise Monarch voran, zog in Prozession durch die Straßen des spottlustigen Paris; Artois trat an die Spitze eines strengkatholischen Vereines, der Kongregation, der seine Fühlfäden über das ganze Land erstreckte und für Gläubige wie für Ungläubige, sofern sie nur zu heucheln verstanden, als Leiter zu Macht und Ansehen diente. Zu entsetzlichen Greueln führte der Religionseifer in den südlichen Provinzen, besonders in der Stadt Nimes, wo nur der Anmarsch österreichischer Truppen der mörderischen Verfolgung der Protestanten ein Ziel setzte. Alle besiegten Parteien waren gleichmäßig der

Rache der Unversöhnlichen Preis gegeben. Die Verhaftungen wurden so zahlreich, daß sie schon Ende August 1815 etwa 70000 betrugen; noch eifriger betrieb man die polizeiliche Überwachung; der Marschall Maison rühmte sich dieselbe in einem Vierteljahr nur in Paris über 20000 Personen verhängt zu haben. Bei einem solchen Regiment mußte auch dem Geduldigsten die Geduld vergehen. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1816 kam es zu Verschwörungen und Aufstandsversuchen in Grénoble und Paris, 1817 auch in Lyon. Diese zu unterdrücken war freilich nicht schwer; aber die allgemeine Unzufriedenheit und die Abwendung der liberalen Partei von den Bourbonen rückgängig zu machen war schwerer. Ludwig XVIII. hatte Einsicht genug um zu erkennen, daß er sich auf eine falsche Bahn habe locken lassen. Richelieus Einfluß gewann wieder an Stärke. Als Vaublanc und die Ultras im Jahre 1816 die Verfassung ändern und statt jährlich $^1/_5$ der Deputierten austreten zu lassen eine fünfjährige Wahlperiode für die ganze Kammer einführen wollten, — ein Vorschlag, der ihnen die Dauer der chambre introuvable bis 1820 sichern und die Gefahr, daß bei jeder Neuwahl regierungsfeindliche Mitglieder einträten, beseitigen sollte, — da verweigerte der König die Zustimmung, gab vielmehr Vaublanc im Mai seine Entlassung, löste vornehmlich auf Betreiben des Polizeiministers Decazes, eines äußerst geschmeidigen und bei ihm in höchster Gunst stehenden Mannes, im September die Kammer ganz auf und gab Richelieu neue Kollegen, mit denen er besser übereinstimmte. Nicht ohne Einfluß auf diesen verständigen Schritt waren wohl die oft wiederholten Mahnungen Wellingtons gewesen, der sehr freimütig dem Könige gegenüber das Verhalten der Ultras und ganz besonders der königlichen Prinzen tadelte. Aber auch Alexander hatte ihn durch ein Handschreiben dazu ermutigt und dann, gleichsam zur Belohnung, eine Note der Großmächte vom 10. Februar 1817 veranlaßt, welche die längst erbetene, aber bisher von Wellington bekämpfte Verminderung der Besatzungsarmee um 30000 Mann zusagte und ausdrücklich hervorhob, wie sehr die Grundsätze des Ministeriums und besonders des Herzogs von Richelieu den Entschluß zu diesem Schritte erleichtert hätten. Daß auch das Land die liberale Wendung mit Freuden aufnahm, begreift sich; die Neuwahlen ergaben eine gemäßigte Kammer, in welcher das Ministerium eine sichere Majorität von 60 Stimmen hatte, und ein neues, übrigens durchaus konservatives Wahlgesetz, welches das Wahlrecht an das 30. Lebensjahr und 300 Franken direkter Steuern knüpfte, erhöhte noch die Beliebtheit der Regierung und besonders des Ministers Decazes, der in derselben fortan neben Richelieu die Hauptrolle spielte. Auch die entschieden Liberalen, die sog. „Unabhängigen“ (Independenten), die freilich damals in der Kammer nur 12 Sitze hatten, die aber in jedem Jahre bei der Fünftel-Erneuerung an Zahl und Einfluß wuchsen, schenkten dem Ministerium mit Zurückdrängung manches berechtigten Wunsches ihre Unterstützung.

Sieg der Gemäßigten.

So konnte man also von Frankreich wohl sagen, daß es nach kurzem

und verderblichem Irrwege eine Bahn eingeschlagen habe, die, fest innegehalten, zum Heile des Landes führen mußte. Ein aus ehrenhaften Männern bestehendes Ministerium, eine gemäßigt freisinnige Politik, eine weise, patriotische Bescheidung der liberalen Partei — das waren Elemente, welche die von der Zeit so sehr gewünschte und ihr so dringend nötige Ruhe zu verbürgen schienen.

Portugal.

In den anderen romanischen Ländern stand es nicht so gut. Portugal befand sich in einer ganz widernatürlichen Lage. Das von Napoleon abgesetzte Haus Braganza hatte zwar dem Namen nach wieder den Thron bestiegen; allein die wahnsinnige Königin Maria und ihr Sohn, der bis zu ihrem Tode im März 1816 als Prinz-Regent, dann als König Johann VI. herrschte, weilten noch in Brasilien, und alle Macht befand sich in den Händen des Engländers Beresford, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres durch seine Begünstigung englischer Offiziere und englischer Handelsinteressen großen Haß zuzog. Von der früheren Hinneigung zu England war aus guten Gründen keine Spur mehr im Lande zu finden. Man sah und fühlte jetzt, wie eigennützig die britische Regierung die Schwäche des Hofes ausgebeutet hatte um auf Kosten des portugiesischen Volkes sich die ungeheuerlichsten Vorrechte auszubedingen; selbst der Handel Brasiliens mit dem Mutterlande war dadurch in den ärgsten Verfall geraten und betrug noch einige Jahre später kaum den dritten Teil dessen, was er 1806 betragen hatte. Beresford, ein stolzer und herrischer Mann, mißachtete hochmütig das üble Verhältnis, in dem er zu Heer und Volk und Regierung stand; eine Militärverschwörung, von der er Anfang 1817 Kunde erhielt, ließ er noch monatelang gewähren, um sie dann mit barbarischer Strenge zu unterdrücken; denn keinem anderen als ihm fiel die Verantwortlichkeit zu, wenn man die Verurteilten nacheinander erdrosseln, enthaupten und verbrennen ließ. Das Volk betrachtete sie als Märtyrer, und über dem Bilde des Vornehmsten, des Generals Freire de Andrade, schlossen wenige Monate später vorsichtigere Männer einen neuen Geheimbund. Der Zündstoff war so reichlich aufgespeichert, daß der erste Funke einen gewaltsamen Ausbruch herbeiführen mußte.

Spanien.

Vielleicht noch schlimmer sah es in Spanien aus. Der Ruhm, mit welchem seine Bewohner sich in dem Kriege gegen Napoleon und seinen Bruder Josef bedeckt, die Verdienste, welche sie durch ihren hartnäckigen Widerstand sich um ganz Europa erworben, die Treue gegen das Königshaus und die Liebe zur Freiheit, von der sie so zahlreiche und glänzende Beispiele gegeben hatten, alles das berechtigte zu frohen Hoffnungen für die Zukunft des Landes. Allein die Grunderfordernisse zu einem glücklichen Staatsleben fehlten trotzdem. Das Volk war in zwei schroff gesonderte Parteien zerspalten, deren einziger Bindepunkt der Haß gegen den Fremden gewesen war. Auf der einen Seite stand die Geistlichkeit, welche mit Leidenschaft an den verrotteten Einrichtungen der vorjosefinischen Zeit festhielt; auf der anderen Seite die Liberalen, die

Die Parteien.

alles Heil in den Grundsätzen der französischen Revolution suchten und als ihr Banner die Verfassung von 1812, das Werk der Cortes von Cadiz, erhoben. Beide Parteien waren stark, beide unnachgiebig und eigenwillig. Die Klerikalen verlangten Inquisition und Jesuiten, Censur und Steuerfreiheit der Geistlichkeit; die Liberalen schwuren auf ihre Konstitution von 1812 wie auf ein Evangelium und hatten in sie die Bestimmung aufgenommen, daß sie während der nächsten 8 Jahre in keinem Punkte geändert werden dürfe. Zwischen diesen Gegensätzen hindurch zu lavieren, war eine Aufgabe, die zu lösen dem größten Staats-
Ferdinand VII. manne schwer, vielleicht unmöglich gewesen wäre. Und was für ein Mensch fand sich in Wirklichkeit ihr gegenübergestellt? Ferdinand VII., der jetzt aus der französischen Gefangenschaft zurückkehrte, hatte schon in den Wirren mit seinem Vater und in den Verhandlungen mit Napoleon, die ihm den Thron kosteten, seine ganze Jämmerlichkeit gezeigt. Grausam und feig, stumpf und genußsüchtig, faul und argwöhnisch, besaß er auch nicht den leisesten Anflug der Eigenschaften, die zu seiner schweren Aufgabe nötig waren. Zwischen den Parteien zu vermitteln war ein Gedanke, der ihm nicht von fern in den Sinn kam. Ohne
Herrschaft der Klerikalen. Widerstreben warf er sich den Klerikalen in die Arme, die nichts Eiligeres zu thun hatten, als durch den Marquis von Mataflorida und 70 andere Cortesmitglieder einen Staatsstreich, durch ihr Preßorgan „den Galgen ohne Recht und Spruch" für die Liberalen zu verlangen. Bereitwillig hob der König am 4. Mai 1814 die Konstitution von 1812 auf; noch ehe er in Madrid einzog, wurden die Mitglieder der Regentschaft, die Minister, die liberalen Parteiführer verhaftet, um nach mehrmonatlichen Quälereien ohne Angabe eines Grundes für 6—8 Jahre in die Klöster, die Festungen oder die afrikanischen Presidios gesperrt zu werden. Keine Verdienste konnten vor der schmählichsten Behandlung sichern; die Verteidiger von Saragossa, die Helden des Unabhängigkeitskrieges waren so gut den Verfolgungen ausgesetzt, wie die Anhänger der Franzosen, die Afrancesados oder Josefinos. Alle Beamte, die von den Cortes Stellen angenommen, wurden abgesetzt; alle Anhänger des Königs Josef auf 20 Stunden von der Hauptstadt verbannt, etwa 10000 von ihnen des Vaterlandes und Eigentums beraubt; in den Kerkern der Inquisition schmachteten schon 1816 über 50000 Gefangene. Den Käufern der eingezogenen Kirchengüter wurde nicht bloß ihr Eigentum genommen, sondern noch eine Geldstrafe dazu auferlegt. Dabei herrschte am Hofe die größte Verschwendung. Obgleich Heer und Flotte vernachlässigt wurden, so daß nach amtlichem Berichte in Ferrol drei Marineoffiziere Hungers starben, obgleich die Steuern erhöht wurden und zahlreiche Konfiskationen die Staatskasse füllten, häufte König Ferdinand in fünf Jahren fast drei Milliarden Realen Schulden an. Tüchtige Minister hatte er selten, und wenn er ja einmal einen fand, so wurde diesem nicht die Zeit gelassen, Verbesserungen durchzuführen. Der König war völlig in der Macht seiner Höflingsschar; diese blieb; die Minister

wechselten; in sechs Jahren hatte er deren dreißig. Wollte er sie wegjagen, so rief er sie wohl zu sich, überhäufte sie mit Freundlichkeiten und entließ sie gnädig; kamen sie dann nach Haus, so fanden sie ihre schimpfliche Absetzung oder auch einen Verhaftsbefehl. Mit den Großmächten stand Ferdinand meistens auf einem sehr schlechten Fuße; nur Rußland hatte durch seinen Gesandten Tatistscheff längere Zeit keinen unbedeutenden Einfluß. Als sich aber eine Flotte von acht Schiffen, die der Zar dem Könige zu anscheinend geringem Preise verkaufte, als wenig brauchbar erwies, ging es im Frühjahr 1818 auch mit Tatistscheffs Ansehen zu Ende, und es gelang Alexander nicht, den verlorenen Boden dadurch wieder zu gewinnen, daß er dem Könige zur Entschädigung drei Fregatten schenkte. Mit der Unterwerfung der Kolonieen kam man auch nicht vorwärts, und als die Regierung 1819 in die Abtretung Floridas an die Vereinigten Staaten willigen mußte, erlitt ihr Ansehen einen neuen Stoß. Immer weitere Kreise erglühten von Haß und Verachtung gegen dieses Regiment; aber weil es der Unterstützung der Geistlichkeit sicher war und weil diese das niedrige Volk unbedingt beherrschte, so kümmerte man sich nicht darum. Die Gebildeten waren machtlos, das Heer ohne Zusammenhang. Deshalb scheiterten auch alle Versuche, die aus dessen Mitte unternommen wurden; neun Aufstände wurden in den Jahren 1814—19 niedergeschlagen und mit Strick und Blei, mit Kerker und Folter gebüßt, wenn es den Führern nicht gelang, wie dem berühmten Mina, über die Grenze zu fliehen. Aber jeder mißlungene Versuch feuerte zu neuem Wagnis an; Verbindungen der Gleichgesinnten wurden heimlich angeknüpft; das Land glich einem Vulkane; mochten Eruptionen auf Eruptionen ohne großen Schaden anzurichten vorübergehen: jeden Tag konnte ein neuer Ausbruch erfolgen und niemand vermochte vorauszusagen, welche Ausdehnung er annehmen werde.

Italien.

Würdige Seitenstücke zu diesem spanischen Treiben wies die appeninische Halbinsel auf. Die Zeichen der Unzufriedenheit traten dort so offen zu Tage, daß auch Metternich bei einem längeren Aufenthalte in Italien davon beunruhigt wurde, obgleich er meinte, die Zahl der Gutgesinnten sei doch gewaltig groß und die Jakobiner verkröchen sich vor ihm wie vor der Rute. Mochten auch die schlechten Ernten, die drei Jahre nacheinander eintraten, und die Zerrüttung des Wohlstandes, die natürliche Folge der gewaltigen politischen Erschütterung, zum Teil die gärende Unzufriedenheit erklären, das wagte doch der österreichische Minister selbst nicht zu bestreiten, daß nicht geringere Schuld die schlechte Regierung in den einzelnen Staaten trage. Ihm freilich mißfielen zum Teil grade die Regierungen, welche am verständigsten verfuhren. So erfreute sich Parma, wo Napoleons Gemahlin, die Erzherzogin Maria Luise, das Scepter führte, eines maßvollen Regimentes; so Toscana, wo Ferdinand III. durch den Minister Fossombrone zwar die französischen Neuerungen, auch die guten, meist beseitigte, aber in den verständigen Gesetzen seines Vaters Leopold keinen schlechten Ersatz bot.

Der Kirchenstaat.

In den übrigen Staaten aber herrschte blinde Reaktion. Mit löblichem Beispiele ging Papst Pius VII. voran. Er, der den Jesuitenorden wieder herstellte, führte auch die Inquisition wieder ein und gestattete gegen die Freimaurer den Gebrauch der Folter. Ein getaufter Jude, der zu seiner Religion zurücktrat, wurde zum Tode verurteilt, und es galt für ein großes, als infolge dieser Scheußlichkeit die Todesstrafe gegen Ketzer aufgehoben wurde. Über die ganze katholische Welt suchte das Papsttum die von der Revolution zerrissenen Netze wieder auszuspannen. Mißerfolge, die nicht ausblieben, feuerten es nur zu um so regerem Eifer an, und wenigstens in der romanischen Welt ließ der Sieg fast nirgends lange auf sich warten. Dem Papste zur Seite stand in der Person des Kardinals Consalvi ein welterfahrener und feingebildeter Mann, der persönlich durchaus nicht zu extremen Schritten neigte, sondern viel größeres Gewicht darauf legte, durch kluge Mäßigung wohlmeinende Gemüter, wie den preußischen Gesandten Niebuhr, für sich und die Forderungen der Kirche zu gewinnen. Aber dieselbe Klugheit gebot ihm auch es mit den römischen Heißspornen nicht zu verderben, und so ließ er ihnen denn einen weiten Spielraum, zumal innerhalb der Grenzen des Kirchenstaates. Besonders während er selbst auf dem Kongresse in Wien abwesend war, feierte die Reaktion unter seinem Stellvertreter Pacca ihre Triumphe. Die Patrimonialgerichte wurden wieder hergestellt, die „verbrecherischen" Gesellschaften aufgehoben und ihre Mitglieder, d. h. vorzugsweise die Freimaurer, rücksichtslos verfolgt. Mit einem Schlage thaten fast 2500 Klöster sich von neuem auf. Die Straßenbeleuchtung wurde als eine französische Einrichtung abgeschafft und die Pockenimpfung teilte wenigstens vorübergehend dieses Schicksal. Solche Thorheiten unterblieben nun wohl, seitdem Consalvi zurückgekehrt war. Aber die umfassenden Reformen, die der Papst auf sein Betreiben im Juli 1816 besonders für die ganz verrottete Rechtspflege verhieß, kamen auch nicht zustande, und die fortdauernde Besetzung aller maßgebenden Ämter durch Geistliche ließ jede Hoffnung auf Besserung völlig eitel erscheinen. Die Zustände in manchen Provinzen grenzten an offene Anarchie, das Räuberunwesen trat wieder in vollste Blüte; im September 1817 betrug die Zahl der Raubmörder, auf deren Köpfe die römische Polizei einen Preis gesetzt hatte, 57, und drei Jahre später beherbergten die Gefängnisse 11 000 Verbrecher. Fast alle Anläufe zu Reformen, die Consalvi auch in den folgenden Jahren noch nahm, scheiterten vollständig, und der sittliche wie der materielle Zustand der Bevölkerung sank auf eine so tiefe Stufe, wie kaum in einem anderen Staate der Halbinsel.

Sardinien.

Und doch konnte die blinde Reaktion, der wüste Haß gegen alle französischen Einrichtungen sich in Sardinien fast noch ungestörter ergehen als in Rom. Viktor Emanuel I., ein gutmütiger, aber ebenso willenloser wie geistig beschränkter und in Frömmelei versunkener Mensch, feierte seine Rückkehr damit, daß er im Mai 1814 die ganze französische

Gesetzgebung einfach für nichtig erklärte, unbekümmert um die heillose Rechtsverwirrung, die dadurch entstand. Bei solcher Willkür an höchster Stelle war es nicht zu verwundern, wenn von übereifrigen Dienern der eine den botanischen Garten in Turin zerstörte, weil Franzosen ihn gepflanzt, der andere die Pobrücke abreißen lassen wollte, weil Napoleon sie gebaut, und der dritte Pässe für den Mt. Cenis zu erteilen verbot, damit die prächtige Straße verfalle, die der verhaßte Korse über diesen Berg hatte führen lassen. Durch ein summarisches Dekret wurden 4- bis 5000 Franzosen binnen zwanzig Tagen des Landes verwiesen. Fast in allen Zweigen der Verwaltung standen unfähige und engherzige Männer der alten Zeit an der Spitze. Und trotz alledem lebte in dem Volke und dem Adel von Piemont eine so zähe Tüchtigkeit und soviel staatlicher Sinn, daß die öffentlichen Verhältnisse nie bis zu dem Grade verzweifelt und hoffnungslos wurden wie in anderen Teilen Italiens und daß sich der Reisende „nirgends mehr auf europäischem Boden fühlte als in Turin".

Neapel.

Mit leidlicher Schonung behandelte man die französischen Einrichtungen in Neapel; aber man sorgte durch eine liederliche Verwaltung dafür, daß sie möglichst wenig Segen bringen konnten. Erreichte schon im Kirchenstaat die Pest des Brigantentums eine furchtbare Höhe, so wurde doch Neapel das Eldorado aller Räuber und Raubmörder, deren Zahl man 1817 auf 30 000 schätzte und die zu bekämpfen man kein anderes Mittel fand, als eine Bande gegen die andere zu dingen oder mit Gift und Giftmischern, für die der General Amato der Regierung 2000 Dukaten in Rechnung setzen durfte, gegen sie vorzugehen. Von konstitutionellen Formen wollte man natürlich nichts wissen. In einem geheimen Vertrage mit Österreich verpflichtete sich König Ferdinand I. am 12. Juni 1815 keine Einrichtungen zu treffen, die unvereinbar mit den in der Lombardei zugelassenen seien. Die freisinnige Verfassung der Insel Sicilien wurde 1816 aufgehoben. So entfremdete man sich auch hier die Herzen aller Liberalen, obgleich doch gerade in Neapel, wo die Muratisten trotz der Erschießung ihres Königs immer noch eine unverächtliche Partei bildeten, Vorsicht am dringendsten nötig war.

Nationale Wünsche.

Nirgends in ganz Italien wurde ein Ersatz geboten für die geträumte Freiheit, die man durch die Vertreibung der Franzosen zu erringen gehofft, nirgends ein Ersatz für die geordnete Verwaltung, die man mit dem Ende der Fremdherrschaft verlor ohne doch den harten Steuerdruck los zu werden, nirgends ein Ersatz für den Schein nationaler Selbständigkeit, der in dem Vizekönigtum Eugens und der unabhängigen Monarchie Murats gelegen hatte. Im Gegenteil: Italien mußte sich für einen geographischen Begriff erklären lassen; seine einzelnen Staaten wurden nicht einmal wie die deutschen durch einen lockeren Bund vereinigt; zwei seiner fruchtbarsten, geistig lebendigsten und politisch reifsten Provinzen vertauschten die französische Fremdherrschaft mit der österreichischen, die sich bald in gehässigster Weise fühlbar machte. Es war ein kurzer Wahn,

Die Lombardei. wenn bescheidenere Gemüter auf den Titel eines „Lombardisch-venetianischen Königreiches“ und auf die Ernennung des Erzherzogs Anton zum Vizekönig Hoffnungen auf ein gewisses Maß nationaler Selbständigkeit bauten. Man war in Wien so weit davon entfernt, diese ernstlich zu wollen, daß die Lombardei und Venetien sogar noch jahrelang durch eine Zolllinie getrennt gehalten wurden, und daß der Erzherzog selbst vor Ablauf von zwei Jahren voll Verdruß sein Amt niederlegte. Sein Nachfolger, Erzherzog Rainer, fügte sich dann vollständig in die nichtige Rolle, die ihm übertragen wurde, und benutzte seine dreißigjährige Regierung lediglich dazu Geld zu machen. Mittlerweile wurden die österreichischen Gesetze ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes eingeführt. Die Polizeiwirtschaft erreichte einen Umfang und eine Höhe der Ausbildung, wie kaum in einem anderen Teil der Halbinsel, und es dauerte nicht lange, so hieß es im Volksmund: Übel Italiens gebe es drei, Deutsche, Typhus und Möncherei.

So boten denn für den Italiener die Festsetzungen des Wiener Kongresses keinen Abschluß der Revolutionszeit; für ihn galt es weiter zu kämpfen und an die Stelle der von Europa befohlenen Ordnung eine neue zu setzen, die den Wünschen und Bedürfnissen des eigenen Volkes

Die Carbonari. entsprach. Da es für diesen Kampf an einer offenen, gesetzlichen Arena fehlte, so zog sich die Agitation in geheime Verbindungen zurück, die überdies dem Charakter der Nation so sehr zusagen. In beiden Lagern, dem revolutionären und dem reaktionären, bildete man derartige Sekten, die unter zahlreichen Benennungen, wie Guelfen, Konsistoriale, Illuminaten, Freimaurer, Muratisten, sich ausbreiteten; weitaus am bedeutendsten waren die Carbonari und die Sanfedisten. Die Gesellschaft der Carbonari, d. h. der Köhler, war um 1807 gegründet. Weshalb sie sich so nannte, wußte sie selbst nicht; man suchte es durch allerlei Mythen, z. B. durch Herleitung von jenem Köhler, der bei dem sächsischen Prinzenraube eine Hauptrolle spielte, zu erklären. In der französischen Zeit war ihr Bestreben die Abschüttelung des fremden Joches gewesen; jetzt wurde es die Sicherung des erwerbenden Bürgerstandes nach unten und oben, gegen Räuber und Fürsten. Letzterer Zweck wurde ihr in Neapel förmlich aufgedrängt, indem der Polizeiminister Fürst Canosa gegen sie einen aus entlassenen Verbrechern und ähnlichen Elementen gebildeten monarchischen Gegenbund, die Calderari oder Kesselmacher, ins Leben rief. Da nun aber die Feinde desselben Gegners untereinander leicht zu Freunden werden, so kam es vielfach zu einem Bündnisse zwischen Carbonari und Briganten, und es war manchmal schwer zu unterscheiden, wo der Straßenräuber aufhörte und der politische Verschwörer anfing. In den übrigen Landschaften Italiens hielt sich der Bund reiner, erlangte freilich auch nicht die gleiche Ausdehnung. Immerhin aber zählte man nach einigen Jahren 60 000 Teilnehmer in allen Gegenden der Halbinsel und zahlreiche kleine Aufstände verrieten das Feuer, das unter der Asche glomm.

Die Sanfedisten.

Die ultramontane Partei schuf sich als bedeutendstes Werkzeug neben den Mönchsorden und in enger Verbindung mit der Gesellschaft Jesu die Sekte der Sanfedisten, die, besonders im Kirchenstaate zu Hause, doch ihre Anhänger auch in den übrigen Teilen der Halbinsel hatte. Auch dieser Geheimbund stand der österreichischen Herrschaft in Lombardo-Venetien feindlich gegenüber und plante eine andere Verteilung Italiens, bei der dem Herzog von Modena eine bedeutende Rolle zugedacht war und auf die Unterstützung Rußlands gerechnet wurde. Der beherrschende Gedanke bei den Sanfedisten blieb aber doch immer der, das Übergewicht der Kirche zu sichern und den Liberalismus auszurotten, und wenn sie im Hasse gegen Österreich sich mit den Carbonari zusammenfanden, so waren es doch schlechterdings nicht nationale, sondern lediglich hierarchische Tendenzen, wodurch die Haltung ihrer Führer, insbesondere des Kardinals Pacca, bestimmt wurde.

Österreich.

Gegensatz zu Rußland.

Keine der Großmächte wurde durch diese Gärung in Italien unmittelbarer bedroht als Österreich, das nicht bloß die Lombardei und Venetien zu verlieren hatte, sondern auch die Ansteckung der liberalen und nationalen Bestrebungen für die übrigen Bestandteile des vielsprachigen Kaiserreiches fürchten mußte. Metternich verschloß denn auch nicht völlig die Augen vor dieser Gefahr. Er verwandte sich in seiner bequemen Weise, doch ohne Erfolg, für eine Berücksichtigung der dringendsten Wünsche, die ihm in der Lombardei zu Ohren gekommen waren, und bildete sich ein durch eine Verwaltungsreform die nationale Eigenliebe der Italiener befriedigen und die österreichische Herrschaft sogar beliebt machen zu können. Als das bedenklichste Moment betrachtete er doch eigentlich nicht die Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern die Neigung Rußlands nach Einfluß in Italien zu streben. War ihm Alexanders mystischer Liberalismus schon an und für sich unsympathisch, so flößte ihm die Verbindung russischer Agenten mit den italienischen „Jakobinern" vollends das äußerste Mißbehagen ein. Schon stieg vor seinen Augen das drohende Gespenst einer russisch-bourbonischen Allianz auf, zu der in dem großen Einflusse, welchen der Zar in Paris und Madrid übte, in der That die Grundlage geschaffen war und für die es auch in Neapel nicht an Stimmung fehlte. Er bemühte sich Anfang 1818 alles Ernstes, dagegen ein österreichisch-preußisches Bündnis, dem der Beitritt Englands nicht gefehlt haben würde, ins Leben zu rufen, ein Vorhaben, das doch an Friedrich Wilhelms stärkerer Hinneigung zu Rußland scheitern mußte und das am Ende fast in demselben Augenblicke, wo der Gedanke auftauchte, durch das Einlenken des Zaren überflüssig wurde. Aber auch fernerhin hörte Metternich nicht auf den russischen Nachbar argwöhnisch zu beobachten und von ihm die Förderung liberaler und konstitutioneller Bestrebungen zu befürchten, in denen er das Verderben

Ständische Vertretungen.

Österreichs sah. Durch schöpferische Neugestaltungen diesen Gefahren entgegenzuarbeiten lag ihm fern; er begnügte sich damit, daß im Jahre 1817 ein gemeinsames Ministerium des Innern für die ganze Monarchie (außer Ungarn) geschaffen wurde, und ließ den Gedanken dieser Centralstelle einen Reichsrat, dessen Mitglieder teils vom Kaiser ernannt, teils von den Ständen der Kronländer gewählt werden sollten, an die Seite zu setzen gleichmütig in dem Kabinette des Kaisers vergraben werden. Einer ehrlich konstitutionellen Entwickelung war dieses Reich mit seinem Gemisch von Deutschen und Italienern, von Tschechen und Polen, von Magyaren und Kroaten, Rumänen und Ruthenen, Slawonen und Slowenen allerdings damals gewiß nicht fähig. Was man von den Ständen einzelner Reichsteile zu erwarten hatte, bewies Ungarn, dessen Reichstag man ungesetzlicherweise bis 1825 gar nicht zusammenberief. Die Folge war, daß die Opposition sich in die Komitate, die Kreisvertretungen, verlegte, und daß diese nun Steuern und Rekruten anfangs ganz verweigerten und endlich nur unter heftigen Protesten bewilligten. Vergeblich beteuerte Kaiser Franz ihnen 1820, daß er ihre alte Verfassung ebenso liebe, wie sie selbst, und daß er sie seinen Nachkommen unverletzt überliefern werde, oder klagte in klassischem Latein, der parlamentarischen Sprache Ungarns: die ganze Welt sei verrückt geworden und wolle Phantasieverfassungen: totus mundus stultizat et constitutiones imaginarias quaerit. Als der Reichstag endlich wieder berufen wurde, zeigte er ein hohes Maß von Widersetzlichkeit, gab der Regierung die bittersten Wahrheiten zu hören und bewilligte nur in spärlicher Weise und erst nach zweijährigen Verhandlungen die Geldforderungen, die an ihn gestellt wurden. Von solcher Widersetzlichkeit war denn freilich in den deutsch-slawischen Erblanden nicht die Rede. Die altmodischen Stände, die hier zu Recht bestanden oder ins Leben gerufen wurden, vermochten schon durch ihre Zusammensetzung kein Vertrauen zu erwecken, wenn sie auch nicht so abhängig waren wie die „Kongregationen" der italienischen Provinzen, deren Mitglieder aus den Vorschlaglisten der Gemeinderäte ernannt wurden und einfach wieder entlassen werden konnten, wenn sie sich des kaiserlichen Vertrauens unwert zeigten. Adel und Geistlichkeit hatten durchschnittlich drei Viertel der Sitze inne; nur sehr wenige Städte waren landtagsfähig und teilten sich dann wohl gar, wie die sieben mährischen, in eine Stimme oder mußten sich, wie die niederösterreichischen, gefallen lassen, daß ihre Vertreter an den Beratungen keinen Teil nehmen durften. Übrigens beschränkte sich die ganze Wirksamkeit der Stände darauf an dem bestimmten Tage zusammenzutreten, die Vorschläge der Regierung „in allerunterthänigstem Gehorsam anzuhören, sie zu getreuen Herzen zu ziehen und reiflich und wohl zu erwägen und sich sodann zu solchem Entschlusse zu bequemen, wie es des Kaisers, des Landes und ihre eigene Notdurft erfordere". Da es auf diese Anbequemung in jedem Falle herauskommen mußte, so war es das bequemste sich die Prüfung ganz zu ersparen und zu allem und jedem einfach Ja zu sagen.

Auch bezogen sich die Vorlagen fast ausschließlich auf die Forderung von Steuern und Soldaten; reformierende Gesetze wurden gar nicht eingebracht. Und das ist der schwere Vorwurf, den man dem Metternichschen System mit Recht macht. Wenn Österreich kein Feld für politische Neuerungen war, wenn jeder aufrichtige Fortschritt in konstitutioneller Richtung das Bestehen der Monarchie gefährden konnte und folglich einem österreichischen Staatsmanne kein Vorwurf daraus gemacht werden darf, daß er sich dem entgegenstemmte und es vorzog abzuwarten, wie lange sich der Staat, so wie er sei, erhalten lasse, so war doch damit eine wirtschaftliche und soziale Entwickelung noch keineswegs ausgeschlossen und unbeschadet des politischen Stillstandes hätte Metternich hier auf der Bahn Josefs II. fortschreiten und dadurch auch die politische Reform anbahnen können. Aber um derlei Dinge kümmerte sich der Staatskanzler ganz und gar nicht, er beruhigte sich dabei, daß dies nicht seines Amtes sei, und begnügte sich mit der allgemeinen, allerdings oft wiederholten Mahnung, daß man in den höchsten Hofstellen mehr regieren und weniger verwalten möge. Die Auslegung und Anwendung dieses orakelnden Ausspruches blieb den einzelnen Departements überlassen, und so kam es höchstens in einzelnen Zweigen der Verwaltung zu einigen Fortschritten. Es besserten sich beispielsweise die Geldverhältnisse durch die Maßregeln, welche Graf Stadion traf, um das entwertete Papiergeld zu heben; aber freilich wurde das nur durch ungeheuere Opfer und durch immer neue Anleihen erreicht: beim Tode des Kaisers Franz beliefen sich die Staatsschulden auf etwa 570 Millionen Gulden und die jährliche Zinszahlung war von 5 Millionen im Jahre 1816 schon 1831 auf das vierfache gestiegen. Dem Handel kam die Gründung der Bank, der Bau einiger Alpenstraßen und sonstiger Chausseen, die Regulierung einzelner Wasserwege und die Anlage von Kanälen in Ungarn und Italien zu statten; doch blieben selbst die Unternehmungen dieser Art hinter den Anforderungen der Zeit zurück, und während die industrielle Thätigkeit im übrigen Europa sich mächtig hob, gerieten in Österreich selbst altbegründete Erwerbszweige in Verfall. Vollends aber geschah nichts auf dem Gebiete der ländlichen Gesetzgebung, nichts zur Beseitigung der bäuerlichen Unterthänigkeit, nichts für die Abschaffung der Leibsteuer, des Gehorsamshellers, des Aufruhrschillings, des Sühnheues und wie die wundersamen Abgaben der Bauern sich sonst benennen mochten. Man fürchtete auch dadurch die „drohende Auflösung der Gesellschaft“ zu beschleunigen, während es doch für die Hauptaufgabe der Regierung galt diese Auflösung zu verzögern, nicht aber „die Gesellschaft nach einem besseren Plane für die Zukunft zu bilden“. Was später einmal aus solchen vorsündflutlichen Zuständen werden möchte, darum kümmerte man sich nicht und wie Frau von Pompadour durch ihr berüchtigtes Après nous le déluge, so tröstete sich Gentz, Metternichs Vertrautester, mit dem frivolen Ausspruch: Mich und den Metternich hält's schon noch aus. Dazu aber waren die österreichischen Staatsmänner einsichtig genug, daß

Die Politik des Stillstandes.

Ihre Ausdehnung über Europa.

sie sich nicht verhehlten, wie zur Aufrechterhaltung ihres Systemes die Herrschaft desselben auch in den Nachbarländern unerläßlich sei. Deshalb war ihr eifrigstes Bemühen vor allem in Italien, Deutschland und dem russischen Polen, dem Alexander eine Verfassung verheißen hatte, die Einführung der konstitutionellen Regierungsform zu verhindern. Es war für die Geschicke Deutschlands verhängnisvoll, daß gerade Preußen sich auf diese Bestrebungen so bereitwillig einließ. Von der inneren Schwäche Österreichs schien man in Berlin gar keine Ahnung zu haben. Leichtgläubig ließ man sich einreden, daß der Kaiserstaat ohne Gefahr für sich selber, aber zum größten Schaden für Preußen, sich jederzeit in seine eigene Hülle zurückziehen könne, und daß er dies thun werde, wenn der König den revolutionären Tendenzen, die in seiner Umgebung wirksam seien, nicht mit Nachdruck entgegentrete. So gelang es Metternich, auf eine lange Zeit hinaus die konstitutionelle Entwickelung Preußens und damit eines der wesentlichsten Erfordernisse für die Begründung der preußischen Hegemonie in Deutschland zurückzuhalten, indem er geschickt den Wahn zu verbreiten wußte, als ob verfassungsmäßiges Regiment und Streben nach nationaler Einheit, worauf doch Preußens Zukunft beruhte, gerade für diesen Staat den Beginn der Auflösung bedeute. Den kleinen Souveränen in Deutschland wie in Italien mußte diese Haltung natürlich ungemein zusagen, obwohl von den deutschen Fürsten doch mancher einsichtsvoll genug war um zu erkennen, daß die Verleihung einer Verfassung ihm eine nicht zu unterschätzende Widerstandskraft gegen österreichische Zumutungen verschaffen könne. Aber mit dieser Rüstung angethan befolgten sie dann um so lieber die Ratschläge Metternichs, die auf die Eindämmung des ständischen Einflusses abzielten; ihre Staatsmänner wetteiferten in unterthäniger Gefügsamkeit gegen den österreichischen Minister, umdrängten ihn scharenweise mit ihren Huldigungen und Ehrfurchtsbeweisen, wenn er sich in den Sommermonaten auf seinem Schlosse Johannisberg im Rheingau aufhielt, und gaben ihm ein Recht, sein Erscheinen in ihrer Mitte als den Ausgangspunkt einer moralischen Revolution zu bezeichnen, ja sich selbst dem Messias zu vergleichen, der gekommen sei die Sünder zu erlösen.

Metternich. Der gewaltige Einfluß, den Metternich auf ganz Europa übte, erklärte sich in der That viel mehr aus der Lage des Staates, den er leitete, und aus den irrtümlichen Ansichten, die darüber verbreitet waren, als aus seiner Persönlichkeit. In Koblenz 1773 geboren, war er unter den Eindrücken des rheinischen Lebens groß geworden und hatte sich auch in seinen Studienjahren keine übergroßen Kenntnisse erworben. Seine Universitätsfreunde wußten nur die drei F an ihm zu rühmen: er sei fin, faux, fanfaron. Die gewinnenden Formen, in denen er sich bewegte, bezauberten freilich jedermann; selbst seine Gegner wußten seine Liebenswürdigkeit im Umgang nicht genug zu rühmen. Um so weniger verstand er ihnen sachlich gerecht zu werden. Nur auf Ruhe bedacht, haßte er die geistige Anstrengung, welche erforderlich gewesen wäre, um

das Berechtigte in den Bestrebungen des Liberalismus von den Auswüchsen zu sondern und mit dem Bestehenden zu versöhnen; nur mit hochmütiger Verachtung und der Miene unfehlbarer Überlegenheit pflegte er die Probleme der Tagespolitik, die sich ihm aufdrängten, zu behandeln; unfähig den Widerspruch, der ihm entgegentrat, zu würdigen, zog er es vor nur „leidende, ganz sich hingebende Organe" um sich zu dulden. Aber auch eigene schöpferische Gedanken zu fassen war ihm nicht gegeben. Seine ganze Weisheit beruhte in der Befolgung der altösterreichischen Grundsätze, in der Erhaltung des Bestehenden, und über die Inhaltslosigkeit dieser Politik suchte er sich selbst und andere durch eine Fülle von wohlklingenden Redensarten und eine rege Vielgeschäftigkeit zu täuschen. Sein Grundsatz ist beständig etwas vor der Hand zu haben, sagte man von ihm und traf damit den Nagel auf den Kopf. Diese massenhafte Thätigkeit zeichnete sich aber weder durch die Folgerichtigkeit, noch durch die Kühnheit ihrer Wege aus; noch weniger durch deren Rechtlichkeit, obgleich jedes dritte Wort seiner Depeschen diese zu rühmen pflegte. Sein Stab von Staatsmännern und Zeitungsschreibern bestand aus Leuten ähnlichen Schlages, zum Teil höchst talentvollen Männern, wie Gentz, dem „Unter-Metternich", Ad. Müller, Friedrich Schlegel, denen aber noch mehr als ihrem Herrn und Meister der behagliche Genuß des Lebens über alles ging. Mit bestem Erfolge arbeiteten sie daran alles politische und geistige Leben in Oesterreich zu ersticken; Sanskrit und Musik fanden allenfalls Gnade vor ihren Augen, deutsche Wissenschaft und Litteratur wurden polizeilich an der Grenze zurückgewiesen. Die Reisen ins Ausland überwachte man sorgfältig; Fremde durften im Kaiserstaate nicht einmal Privatunterricht erteilen; ja man ließ sogar Kinder von Ausländern, wenn sie das zehnte Jahr überschritten hatten, nicht mehr in den öffentlichen Schulen zu. Die Bibliothekare mußten jährlich Verzeichnisse der Bücher einliefern, welche die Professoren entliehen hatten; die unschuldigsten wissenschaftlichen und populären Werke wurden verboten; bei der Prüfung der Lehrer sollten die schriftlichen Arbeiten nach den darin ausgesprochenen kirchlichen und politischen Grundsätzen beurteilt werden. Den Reisenden spürte die Polizei auf Schritt und Tritt nach und weder Künstler wie Horace Vernet, noch Staatsmänner wie Kapodistria, noch Fürsten wie der Kronprinz Ludwig von Bayern entgingen ihrer Aufmerksamkeit. So löste sich mehr und mehr der längst schon lockere Zusammenhang mit Deutschland. Trotz der Wiener Jahrbücher, die Metternich 1819 begründete, entfremdete sich Österreich vollständig der deutschen Wissenschaft und Poesie. Sein Zoll- und Handelswesen verhinderte jeden Aufschwung des materiellen Verkehrs. Die politischen Vorgänge am Bundestage waren für die inneren Verhältnisse des Kaiserstaates so gut wie gleichgültig; blieben alle Unterdrückungsmaßregeln, die man dort beschließen konnte, doch hinter der Polizeiherrschaft zurück, die in Österreich ohnedies herrschte. Von einer inneren Teilnahme der österreichischen Bevölkerung an den nationalen

Ertötung des öffentlichen Geistes.

Bestrebungen der deutschen Patrioten konnte aber vollends nicht die Rede sein. Wohl schwärmte man in vielen Gegenden Deutschlands für Österreichs Beruf, das alte Kaisertum zu erneuern; in Österreich selbst aber hatten „nicht einmal die Gebildeten von Bund und Bundespflichten eine klare Vorstellung, sondern überließen die Sorge um Deutschland teilnahmslos der Staatskanzlei".

Deutschland.

Die Grenze gegen Frankreich.

Dem deutschen Volke kam diese innerliche Ablösung der österreichischen Stammesgenossen nur sehr langsam zum Bewußtsein. Das kaiserliche Präsidium am Bundestage, die Anwesenheit österreichischer Truppen in den Bundesfestungen, die rührige Geschäftigkeit der Metternich'schen Agenten an den einzelnen Höfen beförderten jene Täuschung über den deutschen Charakter der österreichischen Politik, die trotz der Erlebnisse und Erfahrungen gerade dieser Jahre fast allgemein verbreitet war. Keine Stimme erhob sich, um laut und vernehmlich die unzweifelhafte Thatsache zu verkünden, daß Metternich und sein Kaiser in allen Stücken die Hemmnisse der heiligsten Wünsche des deutschen Volkes gewesen seien und zu sein fortführen. Dreierlei hatte Deutschland von der Erhebung des Jahres 1813 gehofft: die Abschüttelung des fremden Joches, die Herstellung der nationalen Einheit, die Einführung konstitutioneller Formen. Die französische Herrschaft war glücklich beseitigt, zwar nicht in dem Umfange, wie die Patrioten es gewünscht, aber in höherem Grade, als bescheidene Gemüter noch Ende 1813 gehofft hatten. Eine verbreitete Stimmung wollte sich damals am rechten Rheinufer genügen lassen und das ganze linksrheinische Gebiet mit Aachen und Köln, Mainz und Worms den Franzosen preisgeben. Die Bevölkerung dieser Gegenden wäre im ganzen auch nicht übel zufrieden damit gewesen. Aber der Patriotismus eines Blücher und Stein verwarf solch schwächlichen Verzicht, und Arndts Büchlein „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" gab dem Unwillen der Entschiedenen Ausdruck. Mit dem Vorrücken in Frankreich war diese Gefahr abgewendet, allein der Wunsch, auch Elsaß zurückzugewinnen, scheiterte 1814 wie 1815, obgleich beim zweiten Pariser Frieden die deutsche, besonders die preußische Diplomatie kräftig dafür eintrat. Er scheiterte vor allem an dem Abfall Österreichs, dessen Sonderinteressen man doch so weit entgegenkam, daß man zum Herrscher des Landes den Erzherzog Karl vorschlug. Noch viel nachteiliger als in diesem Punkte wurde die Politik Metternichs aber in bezug auf die Neugestaltung Deutschlands. Als Alexander und Friedrich Wilhelm im Februar 1813 das Bündnis von Kalisch schlossen, gedachten sie alle Anhänger Napoleons unter den deutschen Fürsten, vor allem also die Rheinbundskönige, ganz zu beseitigen und versprachen dem Volke eine Verfassung aus dem ureigensten Geiste der Nation. Ein preußisches Kaisertum lag damals durchaus im Bereich der Möglichkeit; aber durch

Die Verfassung.

Österreichs Beitritt zum Bündnisse gegen Napoleon schwand die Aussicht dazu so völlig, daß schon vor der Schlacht an der Katzbach die drei Verbündeten sich über die Nichtwiederherstellung der deutschen Kaiserwürde verständigten. Allein Österreich ging auf eigene Hand noch weiter. Durch den Vertrag von Ried sicherte es Bayern am 8. Oktober 1813 seine volle Selbständigkeit zu und ließ ähnliche Verträge mit Württemberg und Baden folgen. Natürlich konnten nun auch Hannover, Hessen, Braunschweig, Oldenburg ihren vertriebenen Fürsten nicht vorenthalten werden und die Fortdauer der deutschen Vielstaaterei war gesichert, ehe man noch den Rhein überschritt.

Unter solchen Umständen war es denn freilich nicht leicht eine Form zu finden, die dem deutschen Volke mehr als den Schein der politischen Einheit gegeben hätte. Danach zu suchen war die Aufgabe des deutschen Ausschusses am Wiener Kongreß, der aus Österreich, Preußen und den Königreichen bestand. Natürlich beschäftigte dieser sich nicht mit den phantastischen Plänen, welche patriotische Dilettanten ausheckten, wie denn Görres z. B. empfahl, Österreich mit der Kaiserwürde zu ehren, den preußischen Herrscher aber daneben zum deutschen Könige zu machen. Die Grundlage der Verhandlungen bot vielmehr eine Idee Steins, wonach an die Spitze des Bundes ein Direktorium, aus Österreich, Preußen, Bayern und Hannover bestehend, treten sollte; die Bundesversammlung sollte aus Vertretern sämtlicher Fürsten und Ständekammern zusammengesetzt werden; gewisse Einkünfte, z. B. Grenzzölle, deckten die Ausgaben des Bundes, der außerdem allen seinen Angehörigen bestimmte politische Rechte garantierte. Diese Vorschläge Preußens, vom 13. September 1814 datiert, erlitten nun zunächst in den Beratungen mit Metternich wesentliche Umänderungen, die teils in der Beseitigung liberaler Bestimmungen, teils in der Verstärkung des Einflusses der Direktorialregierungen bestanden. In 12 Artikel zusammengefaßt, wurde das umgearbeitete Projekt am 16. Oktober von den beiden Großmächten den drei Königreichen vorgelegt. Deutschland zerfiel danach in sieben Kreise; in je zweien bekleideten Österreich und Preußen, in je einem Bayern, Württemberg und Hannover das Amt eines Kreisobersten. Als solche leiteten sie die Kreistage und übten die Aufsicht über das Militärwesen des Kreises und über die Gerichte höchster Instanz; gemeinschaftlich hatten sie als Rat der Kreisobersten die ausübende Gewalt, die diplomatische Vertretung, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Bezüglich der Gesetzgebung stand neben ihnen der Rat der Stände, welcher aus den übrigen Staaten und einigen Vertretern der mediatisierten Häuser zusammengesetzt werden sollte. Dieser Plan war ohne Zweifel recht künstlicher Art; aber da er auf historischen Grundlagen beruhte und den Machtverhältnissen leidlich entsprach, so durfte man an seine Ausführbarkeit wohl glauben. Nur würde die Folge davon gewiß nicht eine kraftvolle Entwickelung der Centralgewalt, des Rates der Kreisobersten, gewesen sein, sondern nur ein erdrückendes Übergewicht der Königreiche über die kleineren Staaten,

Verhandlungen am Wiener Kongreß.

Plan einer Direktorial-Verfassung.

Haltung der Mittel- und Kleinstaaten.

die in ihrem Machtbereiche lagen. Den größten Gewinn dabei hatten Preußen und Hannover zu erwarten; Österreich, Bayern und Württemberg waren durch ihre geographische Lage auf ein viel beschränkteres Gebiet angewiesen; die beiden letzteren mußte überdies die Aussicht schrecken, daß sie, selbst mit Hannover vereinigt, im Rate der Kreisobersten stets in der Minderheit bleiben würden, wenn Österreich und Preußen zusammenhielten. Von allen Seiten regte sich daher der Widerstand gegen diesen Plan. Metternich selbst war nur zum Scheine auf denselben eingegangen; unter der Hand förderte er die Angriffe auf denselben und sein getreuer Schildknappe Friedrich Schlegel verbreitete 14 Paragraphen Knittelverse, in denen er die Kleinstaaten aufzustacheln suchte. Diese vereinigten sich denn auch, 29 an der Zahl, zu einer Note vom 14. November, in der sie erklärten, daß ein gemeinsames Oberhaupt der deutschen Nation not thue und daß sie in ihrem Bereiche den Ständen die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Bewilligung der Ausgaben einräumen wollten. Gewiß war es ihnen dabei in erster Linie darum zu thun sich des Einflusses der Kreisobersten zu erwehren; sie mochten nicht mit Unrecht davon überzeugt sein, daß dieselben Befugnisse in der Hand eines einzigen Oberhauptes ihnen mehr freie Bewegung lassen würden, als wenn etwa Preußen sie gegen Mecklenburg oder Hannover gegen Bremen ausübe; auf alle Fälle wollten sie, daß die Opfer an Selbständigkeit, welche sie brächten, nicht einem anderen Partikularstaate, sondern der Gesamtheit, dem Reiche, zu statten kämen. Noch viel heftiger aber war der Widerspruch der beiden süddeutschen Königreiche: diese verlangten kühnen Mutes im Rate der Kreisobersten dieselbe Stimmenzahl wie Österreich und Preußen und überdies Wechsel des Vorsitzes. Auch dann aber wollten sie auf ihr selbständiges Kriegs- und Friedensrecht keineswegs verzichten; ja ihre Opposition ging so weit, daß Wrede auf französische Unterstützung anspielte und Württemberg die Verhandlungen am 16. November geradezu abbrach. Darauf erklärte dann freilich selbst Metternich, daß es keineswegs in dem freien Willen des einzelnen Fürsten stehe dem Bunde beizutreten oder nicht, daß vielmehr jeder verpflichtet sei die Opfer zu bringen, die das Wohl des Ganzen befördern möchten; aber die einzige Antwort, die der König von Württemberg darauf hatte, war, daß er auf seiner Ansicht beharren müsse, worauf denn der deutsche Ausschuß sich auflöste und nicht wieder zusammentrat.

Freilich wirkte dabei vor allem die Spannung mit, welche zwischen Österreich und Preußen über die polnisch-sächsische Frage ausgebrochen war und die am 3. Januar 1815 zu dem berüchtigten Bündnisse Österreichs, Sachsens, Frankreichs und Englands führte, zu dem auch Bayern, Hannover und die Niederlande zugezogen wurden. Erst als jener Konflikt gemildert war, konnten die Verhandlungen über die deutsche Frage wieder aufgenommen werden. Den Anstoß dazu gab am 2. Februar 1815 eine Note von 32 Fürsten und Städten, den „Mindermächtigen“,

Die „Mindermächtigen“.

wie sie sich selbst nannten, welche den Zusammentritt eines allgemeinen deutschen Kongresses verlangte. Preußen teilte daraufhin Österreich am 10. Februar 1815 zwei neue Entwürfe mit, deren einer die Kreisteilung beseitigte, während der zweite den kleineren Fürsten noch zwei Sitze in dem Rate der Kreisobersten einräumte, so daß dieser 9 Mitglieder zählte, ohne daß die Zahl der Kreise vergrößert war. Nachdrücklich wurde außerdem die Forderung aufrecht erhalten, daß jedes Land Stände mit bestimmten Minimalrechten bekomme und daß diese Einzelverfassungen unter die Gewähr des Bundes gestellt würden; auch einige Grundrechte wie die Auswanderungs- und Preßfreiheit oder die Aufhebung der Leibeigenschaft sollten in die Bundesurkunde aufgenommen werden. Neben diesen preußischen Vorschlägen tauchten jetzt aber noch zwei andere Pläne auf, ein mecklenburgischer, der den kleinstaatlichen Standpunkt vertrat, und ein österreichischer aus der Feder des Freiherrn von Wessenberg. Der letztere gab allen Mitgliedern völlig gleiche Rechte und Österreich das Präsidium, sicherte den einzelnen Ländern Verfassungen zu, die binnen Jahresfrist erteilt sein sollten, und versprach auch einige Grundrechte für das ganze Volk. Wenngleich Metternich daran im Stillen Anstoß nahm, so erklärte er doch Wessenbergs Entwurf für die geeignetste Grundlage und ließ ihn in seinem Sinne umarbeiten. Ein gleiches that vom preußischen Standpunkte aus Wilhelm von Humboldt. Über diese beiden Entwürfe begannen dann am 11. Mai neue Verhandlungen, die zu einer Vereinbarung führten, welche sich eng an den ursprünglichen Wessenbergschen Vorschlag anschloß, die meisten volkstümlichen Zugeständnisse desselben aber beseitigte. Nun wurden endlich auch die kleinen und mittleren Staaten aufgefordert an den Konferenzen teilzunehmen. Noch elf Sitzungen, vom 23. Mai bis zum 10 Juni, waren nötig, um das Werk zum Abschlusse zu bringen. Die Abänderungen, welche es dabei erfuhr, waren nicht von Bedeutung; die freisinnigen Anträge kleinerer Staaten wurden einfach abgelehnt. Übrigens hatten Württemberg und Baden an diesen Beratungen gar nicht teilgenommen und weigerten sich die neue Bundesakte zu unterzeichnen. Preußens Bevollmächtigten kostete ihre Unterschrift auch einige Überwindung. Sie erklärten vorher feierlich: sie hätten gewünscht dieser Urkunde eine größere Ausdehnung, Fertigkeit und Bestimmtheit zu geben; allein es sei besser vorläufig einen weniger vollkommenen als gar keinen Bund zu schließen; der Bundesversammlung selbst bleibe es vorbehalten den vorhandenen Mängeln abzuhelfen.

Neue Entwürfe.

Abschluß der Bundesakte.

Das war denn freilich ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem der Nation nicht viel gedient war. Überdies wurde gleich die Verabredung, nach welcher die Bundesversammlung schon am 1. September 1815 zusammentreten sollte, nicht eingehalten; anfangs bot die Fortdauer des Kriegszustandes einen hörbaren Entschuldigungsgrund; dann wollte man erst alle Grenzfragen zwischen den einzelnen Staaten in Ordnung bringen, und das war in der That keine leichte Aufgabe. Baden und Württem-

Eröffnung der Bundesversammlung.

berg brauchten lange Zeit, ehe sie sich überhaupt zum Eintritt in den Bund entschlossen; zwischen Baiern und Österreich drohte Anfang 1816 sogar ein Krieg um den Besitz von Salzburg auszubrechen; Preußen hätte sich gern mit Österreich vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung über die künftige Wehrverfassung Deutschlands geeinigt und zeigte deshalb auch keine Eile. Als im Sommer 1816 die einzelnen Gesandten allmählich in Frankfurt eintrafen, war der preußische unter den letzten. Fast ein halbes Jahr mußten die Vertreter der kleineren Staaten sich gedulden, bis ihre größeren Herren Kollegen einrückten, und statt am 1. September 1815 fand die Eröffnung der Sitzungen am 5. November 1816 statt. Dadurch war das Interesse des Volkes an der neuen Schöpfung noch tiefer gesunken, als es anfangs gewesen war. Nun gab es freilich zum Beginn manch schöne Worte zu hören, die in vertrauensseligen Gemütern neue Teilnahme wach rufen mochten; aber da denselben keine Thaten folgten, so blieb Gleichgültigkeit und absprechender Spott die vorherrschende Stimmung der Nation. Wie Stein den Antrag österreichischer oder preußischer Gesandter am Bunde zu werden ablehnte, weil eine vernünftige und kräftige Ausbildung der Verfassung doch nicht denkbar sei, so war auch die öffentliche Meinung zum voraus davon überzeugt, daß aus dem Bundestag nichts werden könne, und versagte ihm das Vertrauen, das er beanspruchte. Manchen Regierungen und besonders manchem der frankfurter Gesandten that man dadurch allerdings Unrecht. Es gab unter den Diplomaten der Bundesstadt mehr als einen, der mit Lust und Hoffnung sich seiner Aufgabe widmete. Der Mecklenburger Plessen, der Luxemburger Gagern, der Holsteiner Eyben, der Bremer Smidt und mit weniger Entschiedenheit auch andre kleinstaatliche Bevollmächtigte sannen unermüdlich darauf den Bundestag in den Augen des Volkes zu heben und ihn zum wirklichen Mittelpunkt der Geschicke Deutschlands zu machen. Aber bei den größeren Staaten und ihren Gesandten war das entgegengesetzte Bestreben vorherrschend. Württemberg und Baden hatten sozusagen an den Haaren herbeigezogen werden müssen; Bayern und Sachsen traten nicht viel williger ein. Zwischen Österreich und Preußen bestand vom ersten Tage an Mißtrauen, und während der preußische Gesandte von der Goltz zum Teil infolge körperlicher Leiden eine sehr geringe Thätigkeit entfaltete und eine ganz vereinsamte Stellung einnahm, bemühte sich der präsidierende Österreicher, Graf Buol-Schauenstein, die Bande zwischen sich und seinen Kollegen möglichst eng zu knüpfen. Es gelang ihm das um so leichter, als Preußen fortdauernd das Kriegswesen des Bundes im engen Anschluß an die Heere der beiden Großmächte zu ordnen wünschte und in diesem Sinne Verhandlungen mit Metternich pflog. Davon ließ Buol die übrigen Gesandten in geschickter Weise grade so viel erfahren, wie nötig war um sie mißtrauisch zu machen, und wiederholte seinerseits und im Namen seines Kaisers unermüdlich die beruhigende Versicherung alles thun zu wollen um den Bund so kräftig und selbständig zu organisieren

Thätigkeit derselben.

wie möglich. Die Geschäfte der ersten Zeit waren übrigens nicht danach angethan große Aufmerksamkeit und Teilnahme beim Volke zu erwecken; es handelte sich um die Abwickelung allerlei rechtlicher Ansprüche an das alte Reich, Pensionsbezüge und dergleichen mehr; über den Umfang der Befugnisse der Versammlung wurden ermüdende Verhandlungen ohne recht greifbare Ergebnisse gepflogen; höchstens bei der Beratung über Bittschriften und Beschwerden berührte man Fragen, die lebhafteres Interesse fanden. Dabei kam dann aber auch das Widerstreben der abgeneigten Fürsten offen zu Tage, und einer von diesen, der Kurfürst Wilhelm I. von Hessen, führte sogar einen offenkundigen Skandal herbei. Dieser siebzigjährige Fürst fand Gefallen daran in Deutschland die Rolle des Königs von Sardinien zu spielen. Alles, was seit 1806 in seinem Lande geschehen war, galt ihm als nicht vorgefallen. Wie er selbst den sinnlos gewordenen Kurfürstentitel beibehielt, so behandelte er alle Beamten, als ob sie ihre Ämter auch während der westfälischen Zeit unbehindert fortgeführt hätten, erteilte dem Platzkommandanten von Hanau einen Verweis, weil er die vierteljährlichen Festungsberichte nicht eingesandt, führte beim Militär die Zöpfe wieder ein, die in Gemäßheit einer Ordre von 1787 einen Fuß zwei Zoll lang sein sollten, und zwang die Käufer der Domänen, welche die westfälische Regierung veräußert hatte, zur Rückgabe derselben. Einen von diesen nun, der sich beschwerdeführend an die Bundesversammlung wandte, hatte diese sehr rücksichtsvoll zunächst an den Landesfürsten zurückverwiesen, wenn er aber dort wider besseres Erwarten kein Gehör finde, weitere Verwendung zugesagt. Darauf mußte der kurhessische Gesandte, und zwar zu öffentlichem Protokolle eine Verwahrung abgeben, die in sehr auffallendem Tone sich jede Einmischung in die innere Staatsverwaltung verbat. Natürlich wurde „dieser erste Versuch inneren Zwiespalt zu erregen und die Würde der Bundesversammlung durch eine Protestation, welche ganz die Gestalt eines Verweises annehme, zu verletzen", entschlossen zurückgewiesen. Die Regierungen bestätigten die Abstimmung ihrer Gesandten zum Teil sehr nachdrücklich; auch Metternich belobte den Grafen Buol wegen seines Verhaltens und tadelte die kurhessische Regierung scharf. Aber dennoch sah man dieses selbständige Auftreten der Frankfurter Gesandten an den großen Höfen nicht gern und mißbilligte es, daß die Versammlung sich gleichsam über einen der sie beschickenden Fürsten stelle. Es hatte daher dieser Vorfall die schlimme Folge, daß die meisten Gesandten sich fortan weniger als bisher zu freien Entschlüssen berechtigt glaubten und in jedem Einzelfalle erst Instruktionen einholten, wodurch der an sich schon schwerfällige Geschäftsgang nach und nach zu einer wahren Schneckenpost wurde.

Ihr Streit mit dem Kurfürsten von Hessen.

Von einer Volksvertretung am Bunde war keine Rede mehr. Schon während der Wiener Konferenzen hatte Wilhelm v. Humboldt gemeint: dahin sei noch ein weiter Weg. Um so lebhafter war in den Kreisen, die sich überhaupt noch mit Politik beschäftigten, der Wunsch wenigstens

Verfassungen der Einzelstaaten.

in den Einzelstaaten ständische Vertretungen zu erlangen. Die Bundesurkunde verhieß dies auch in ihrem § 13. Oder, wie die Diplomaten witzelten, sie prophezeite es doch. Denn aus der Zusage des Wessenbergschen Entwurfes, daß binnen Jahresfrist in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung eingerichtet werden solle, war erst der Termin des einen Jahres gestrichen und endlich aus dem „soll bestehen" ein bloßes „wird bestehen" gemacht worden. Der Eifer diese Prophezeiung zu erfüllen war nun bei den verschiedenen Regierungen sehr verschieden. Süddeutschland. Am thätigsten erwiesen sich die süddeutschen, nicht etwa weil sie vorzugsweise liberalen Grundsätzen anhingen, sondern weil sie erkannten, daß sie dadurch ihrem Partikularinteresse am besten dienten. Nichts lag diesen Fürsten mehr am Herzen als sich jede Einmischung des Bundes fern zu halten. Nun war dieser noch keineswegs hinreichend organisiert um einen irgend gefährlichen Versuch der Art zu machen; dazu war die Bundesakte, die einzige Grundlage seiner Thätigkeit, viel zu inhaltsleer. Es galt daher die Zeit zu nutzen um den Einzelstaaten mittels neuer Verfassungen eine Wehr gegen künftige Ansprüche zu schaffen. Je fester das einzelne Bundesgebiet seinen Organismus gefügt hatte, um so kräftiger konnte es Widerstand leisten, um so weniger Lücken bot es dem Bunde zum Eingreifen. Daß diese Berechnung es war, welche die süddeutschen Fürsten zur Erteilung von Verfassungen antrieb, bewies schon der Zeitpunkt, in welchem sie den Entschluß dazu faßten. Sobald nämlich die Könige von Bayern und Württemberg den ersten preußischen Bundesentwurf vom 13. September 1814 und die darin allen Deutschen verbürgten Rechte kennen lernten, erteilten sie ihren Ministern Befehl Verfassungen auszuarbeiten und mit den alten Ständen zu vereinbaren um dann, auf deren Zustimmung gestützt, sich allen weiteren Anforderungen widersetzen zu können. Als die drohende Gefahr sich mehr und mehr verzog, mäßigte sich dann zwar ihr Eifer, aber sie waren doch klug genug den eingeschlagenen Weg nicht wieder zu verlassen und konnten schließlich auch nicht mehr zurück. Ja als der König von Preußen von seinen reichsständischen Ideen immer weiter abkam, gewann es für die süddeutschen Fürsten sogar einen neuen Reiz, sie zu pflegen und dadurch sich dem norddeutschen Großstaate gegenüber in der öffentlichen Meinung einen Vorzug zu verschaffen. Bayern. So erhielten nach mehrjährigen Vorarbeiten Bayern am 26. Mai und Baden am 22. August 1818 eine Konstitution, wie sie den Anforderungen des damaligen Liberalismus entsprach. In Bayern war diesem Ereignisse der Sturz des Ministers Montgelas im Februar 1817 und seine Ersetzung durch den Grafen Rechberg voraufgegangen. Die von dem letzteren sofort berufene Verfassungskommission war in ihrer Mehrheit allerdings hochkonservativ; aber der König selbst entschied sich in manchen wesentlichen Punkten für die Vorschläge der liberaleren Minderheit, und das Staatsgrundgesetz, welches auf diese Weise zustande kam, fand die dankbarste Aufnahme beim Volke. Es trug auch sehr wesentlich dazu bei die Verfassungs-

arbeiten in Baden zu beschleunigen. Hier lebte man nämlich in be- Baden.
ständiger Furcht vor den Ansprüchen, welche Bayern für den Fall des Aussterbens der Dynastie auf die rechtsrheinische Pfalz erhob; und dieser Fall konnte sehr bald eintreten, da der Großherzog Karl Ludwig nach dem plötzlichen Tode seiner zwei Söhne nur einen ebenbürtigen Verwandten, seinen Oheim Ludwig, hatte, dessen Stiefbrüder, die Grafen von Hochberg, nicht für ebenbürtig galten. Daraufhin hatte Österreich in einem Pariser Vertrage vom 3. Juni 1814, der am 23. April 1815 in Wien nochmals erneuert wurde, Bayern den Heimfall der Pfalz zugesichert. Aber weder das großherzogliche Haus noch das Volk war mit dieser Aussicht zufrieden, und die Verfassung sollte eine Waffe mehr werden die bayerischen Ansprüche zu bekämpfen. Die unglaubliche Schlaffheit und Arbeitsscheu des körperlich und geistig siechen Fürsten, von dem man erzählte, daß er binnen vier Jahren 15 000 unausgefertigte Aktenstücke sich habe ansammeln lassen, und die geringe Sympathie, welche seine Ratgeber für die konstitutionellen Pläne hegten, verzögerten freilich das Werk über Gebühr; aber was alle Vorstellungen Steins, Tettenborns, Reizensteins nicht hatten erreichen können, das bewirkte der Todesfall des zweiten Prinzen und die Ankündigung, daß der Erlaß einer bayerischen Verfassung bevorstehe. Im April 1818 riet das Ministerium dem Fürsten mit der Verleihung des Grundgesetzes nicht mehr zu zögern, und kaum ein Vierteljahr später konnte dasselbe, ein Werk des Finanzrates Nebenius, verkündigt werden. Es verordnete gleich in den ersten Paragraphen, daß die Grafen von Hochberg, welche zu Markgrafen von Baden erhoben waren, erbberechtigt sein sollten, eine Anordnung, deren ganze Bedeutung durch den noch vor Jahresschluß erfolgenden Tod des Großherzogs in das hellste Licht gerückt wurde. Freilich wäre diese Bestimmung doch wohl kaum von großer Wirksamkeit gewesen, wenn nicht stärkere Einflüsse dem Verlangen der Badener zu Hilfe gekommen wären. Wesentlich durch Alexanders Druck bewogen, verzichtete Bayern 1819 gegen einige Abtretungen und zwei Millionen Gulden auf seine Ansprüche, und als 1830 auch Großherzog Ludwig gestorben war, bestieg Leopold I. von der Hochbergschen Linie wirklich den badischen Thron.

Ein lebhafteres Interesse noch, als die Erteilung der bayerischen Württemberg.
und der badischen Verfassung, erregten in ganz Deutschland die Verhandlungen und Kämpfe in Württemberg. Hier hatte der despotische König Friedrich I., ein echter Rheinbundsfürst und Anhänger Napoleons, im Jahre 1806 die alten Stände eigenmächtig aufgelöst. Als er nun 1815 dem Lande eine neue Konstitution geben wollte, mußte er es erleben, daß die Vertreter, welche er einberief, sein Angebot ablehnten und kurz und gut die frühere Verfassung zurückverlangten. Das äußerste Zugeständnis, das sie machten, bestand endlich darin, daß sie sechs Forderungen als schlechterdings unerläßlich bezeichneten und damit doch wenigstens ihre Geneigtheit im übrigen auf die neue Vorlage einzu-

gehen kundgaben. Aber da ebendiese sechs Forderungen dem Könige für absolut unannehmbar galten, zogen auch sie sich wieder auf ihren prinzipiellen Standpunkt zurück. Trotz aller Mängel und veralteten Bestimmungen der früheren Verfassung schien es ihnen doch wünschenswerter von einem gesetzmäßigen und historisch gewordenen Boden aus ihre Zustände weiter zu entwickeln, als von der Gnade des Königs anzunehmen, was seine Willkür vielleicht über kurz oder lang wieder zurückfordern konnte. Einem Charakter wie Friedrich I. gegenüber war dies Verfahren wohl zu rechtfertigen, obgleich es in jedem Falle alles an alles setzen hieß und mindestens dann unzweckmäßig wurde, als der alte Despot den freisinnigen Wangenheim in seinen Rat berief und durch diesen im November 1815 vierzehn Grundartikel anbieten ließ, die allen wirklich berechtigten Forderungen Genüge leisteten. Vollends unpolitisch mußte es aber erscheinen, als nach Friedrichs Tode am 30. Oktober 1816 die Stände auch dessen Sohne, dem freisinnig und deutsch gesinnten König Wilhelm, gegenüber in ihrer Weigerung beharrten und einen sehr liberalen Entwurf, den er ihnen durch Wangenheim vorlegen ließ, einfach zurückwiesen, weil sie auf der Wiederherstellung des Tübinger Vertrages von 1514 bestehen müßten. Das Gebotene kam aus zuverlässiger Hand und war zeitgemäßer und besser als das Verlangte; dennoch ließen die Württemberger von ihrem Widerstande nicht ab und stimmten jubelnd in Uhlands Verse ein:

Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
So auserwählt kein ird'scher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann,
Daß er allein in seinen Händen
Den Reichtum alles Rechtes hält,
Um an die Völker auszuspenden
So viel, so wenig ihm gefällt.

König Wilhelm brach die Verhandlungen trotz der gereizten Stimmung, die im Lande herrschte, nur vorübergehend ab, und teils seiner Klugheit, teils der Besorgnis der Stände, sie möchten doch am Ende ihre alte schlechte Verfassung nicht wieder erhalten und die gute neue obendrein verscherzen, war es zu danken, daß am 26. September 1819, gerade als die Reaktion mit Macht ihr Haupt erhob, eine Vereinbarung stattfand, die das Land in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein-

Die kleineren Staaten.

führte. Im nächsten Jahre geschah ein gleiches in Hessen-Darmstadt. Zwar befriedigte das Edikt vom 18. März 1820 die Bevölkerung durchaus nicht und die Mehrheit der gewählten Vertreter verweigerte den Eid. Indessen wußte der Großherzog klug einzulenken, versprach Berücksichtigung der Wünsche, die man äußern werde, und ließ dann wirklich aus den Vorschlägen, welche die Stände machten, eine Verfassungsurkunde zusammenstellen, die er am 17. Dezember 1820 zu allgemeiner Befriedigung in Kraft setzte.

Damit war aber die Reihe der größeren Staaten, welche neue Verfassungen bekamen, erschöpft; von kleineren Ländern waren auch Nassau, Lippe, Liechtenstein und mehrere der sächsischen Herzogtümer glücklich in den Hafen eingelaufen; ihre Konstitutionen enthielten zum Teil sehr eigentümliche Bestimmungen; so forderte man in Liechtenstein von den Abgeordneten, daß sie liegende Gründe von einem bestimmten Werte und „eine verträgliche Gemütsart" besäßen. Sachsen-Weimar war den anderen Kleinstaaten voraus; denn Karl August, Goethes Freund, war der erste deutsche Fürst, der den § 13 der Bundesurkunde erfüllte; er hatte schon im Januar 1816 die Berufung einer konstituierenden Versammlung angeordnet und nach schnell erzielter Verständigung am 5. Mai 1816 eine Verfassung erteilt, deren liberaler Charakter durch Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit ergänzt wurde. Hildburghausen und Koburg-Saalfeld folgten dem Beispiele Weimars; in Gotha-Altenburg und Meiningen blieb es vor der Hand bei der alten ständischen Verfassung.

Norddeutschland.

Wesentlich anders hatten sich die Dinge in Norddeutschland entwickelt, so daß im Jahre 1819 ein Mann, der die französierenden süddeutschen Konstitutionen nicht sehr liebte, wohl aber ständische Vertretung überall hergestellt zu sehen wünschte, Joseph Görres, in die Klage ausbrechen konnte: während die eine Hälfte Deutschlands sich im Veitstanze bewege, sei die andere wie vom Schlagfluß gelähmt. Die Verfassungen einzelner Staaten konnten geradezu für Kuriositäten gelten. So zerfielen die königlich sächsischen Landstände in 7 Abteilungen, die sich niemals als Ganzes versammelten, von denen aber zwei, die der Ritterschaft und der Städte, nach den Kreisen des Landes wieder in Unterabteilungen gegliedert waren, so daß der Volkswitz mit Recht sagen durfte: der Landtag spiele Kämmerchen. In Mecklenburg war die Regierung einer Reform wohl zugeneigt; denn thatsächlich besaß sie zwar in einem Teile des Landes, dem Domanium, unumschränkte Gewalt; aber dafür war sie in dem anderen Teile gänzlich machtlos gegenüber der Ritter- und Landschaft, die von keiner Neuerung etwas hören wollte und jede Steuerreform verweigerte, weil die Abgaben ja vor 60 Jahren auf ewige Zeiten festgesetzt seien. In Oldenburg gab es trotz Artikel 13 der Bundesakte überhaupt keine Vertretung des Volkes, weil der Herzog meinte, man wolle lieber erst abwarten, wie die neue Einrichtung sich in anderen Ländern bewähre. In Hannover hätte der Adel am liebsten die 14 verschiedenen Verfassungen wiederhergestellt, die vor der französischen Zeit bestanden; allein hier griff die Regierung entschieden durch, indem sie einen provisorischen „allgemeinen Landtag" einberief, dessen Zusammensetzung freilich gerechten Anforderungen nicht entsprach; denn unter 85 Abgeordneten waren dem Adel 43, dem Bauernstande nur 3 Vertreter zugestanden. Kein Wunder daher, wenn die Versammlung so reaktionär wie möglich war, die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen verweigerte, die Herstellung einer hannoverschen Münz- und Maßeinheit

verwarf und kaum die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung genehmigte. Auch die Verfassungen der übrigen norddeutschen Staaten teilten mehr oder minder den überlebten Charakter der eben geschilderten und entsprachen in keiner Weise den Forderungen des Liberalismus; sie alle knüpften an das mittelalterliche Ständewesen an und begünstigten den Adel und die Geistlichkeit vor dem Bürger und vollends vor dem Bauer; sie waren der gerade Gegensatz zu dem, was die Zeit verlangte, zu dem sogenannten Repräsentativsystem, das jedem Staatsbürger, der eine bestimmte Steuerkraft aufzuweisen vermochte, gleiches Wahlrecht und gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landesvertretung geben wollte. Allein sie erfüllten doch wenigstens dem Buchstaben nach die Zusicherungen der Bundesakte. In dem größten Staate, in Preußen, blieb jedoch auch dieser Buchstabe lange unerfüllt, obgleich ihm durch das feierliche Versprechen des Königs eine erhöhte Bedeutung zu teil geworden war. Für Preußens innere Entwickelung wie für seine Stellung in Deutschland erwies sich das als ein schwerschädigender Übelstand.

Die Verfassungsfrage in Preußen.

Der Gedanke eine beratende Volksvertretung zur Mitwirkung bei der Besteuerung und Gesetzgebung heranzuziehen war eine Frucht der Stein-Hardenbergschen Reformperiode. Schon im Jahre 1811 hatte der König Notable zu diesem Zwecke nach Berlin gerufen, und als im nächsten Jahre die Generalkommission für die Regelung des Schuldenwesens zusammentrat, war derselben auch die Eigenschaft einer „interimistischen Landesrepräsentation" beigelegt. Vergeblich hatten sich aber die Abgeordneten bemüht die Regierung zu endgültigen Schritten zu drängen. Die erste Session, die im April 1812 eröffnet wurde, nahm ein plötzliches Ende, als der König im Januar 1813 von Berlin nach Breslau übersiedelte; während der zweiten, die vom Februar 1814 bis zum Juli 1815 dauerte, wurde die Bitte dringend erneuert, und es erging darauf auch am 22. Mai 1815 von Wien aus ein königliches Edikt, in welchem Friedrich Wilhelm III. wiederholt versprach der preußischen Nation als Pfand seines Vertrauens in schriftlicher Urkunde eine Verfassung zu geben. Als Grundzug derselben wurde hingestellt, daß Provinzialstände überall da, wo sie existierten, erhalten, wo sie aber noch nicht existierten, eingeführt werden sollten. Aus den Provinzialständen solle eine Landesrepräsentation in Berlin gewählt werden, deren Aufgabe es sei beratend bei allen Gesetzen mitzuwirken, welche die persönlichen und die Eigentumsverhältnisse der Staatsbürger beträfen. Ein entscheidendes Beschlußrecht war den Ständen also von vornherein nicht zugesagt und lag auch später niemals in der Absicht des Königs. Ein Ausschuß unter dem Vorsitze des Staatskanzlers von Hardenberg sollte am 1. September in Berlin zusammentreten um den Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Diese königliche Zusicherung wurde in den nächsten Wochen in den Patenten, durch welche der Monarch von den ihm zugefallenen Landesteilen Besitz ergriff, feierlich wiederholt. Allein der 1. September kam heran, ohne daß die Kommission zusammen-

trat. Freilich gab es dafür zunächst hinreichende Entschuldigung in der politischen Lage; denn noch war der zweite Pariser Friede nicht geschlossen, noch weilte der König selbst und mit ihm der Staatskanzler in Paris. Aber auch als beide in die Hauptstadt zurückgekehrt waren, hörte man nichts von dem Zusammentritte der verheißenen Kommission, und bald genug trat es zu Tage, daß nicht in äußeren zwingenden Gründen, auch nicht in den inneren Schwierigkeiten der Verfassungsangelegenheit allein, sondern in der persönlichen Umstimmung des Königs der Anlaß dieser Verzögerung zu suchen sei. Es gab am Berliner Hofe eine große und wohlorganisierte Partei, die in der Erhaltung der alten unumschränkten Regierungsform ihre Hauptaufgabe sah. An ihrer Spitze standen der Polizeiminister Wittgenstein, von dem man sagte, daß er dem Könige als Spucknapf seiner Launen diene, der Schwager des Monarchen, Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz, der General von dem Knesebeck; Tauentzien, von der Goltz, Bülow, Schuckmann und eine lange Reihe anderer einflußreicher Männer schlossen sich ihnen an. Ihre erste Aufgabe mußte sein Zeit zu gewinnen; es galt dem Könige begreiflich zu machen, daß es besser sei mit der Berufung der Landstände noch zu warten. Preußen war soeben durch neue Provinzen vergrößert worden; zu den 5 Millionen, welche den Staat von 1813 bildeten, waren $5^1/_2$ Million neuer Unterthanen hinzugetreten, die, vor kurzem noch zu mehr als hundert deutschen Territorien gehörig, bis dahin von den Gesetzen von neun verschiedenen Staaten regiert waren. Von ihren Vertretern durfte man schwerlich eine wirklich preußische Haltung erwarten. Sachsen, Posen und die Rheinlande schmollten und murrten; ihre Repräsentanten hätten in einem preußischen Landtage von vornherein eine gehässige Opposition gebildet, welche die innere Festigung des Staates ernstlich gefährden konnte. Dieser Grund, dem es nicht an sachlicher Kraft fehlte, mußte in den Augen des Königs einen Aufschub durchaus rechtfertigen. Damit aber war viel gewonnen. Denn aus denselben Gründen konnte man auch die Berufung polnischer, sächsischer, rheinischer und — um keine Provinz zurückzusetzen — aller Provinzialstände widerraten, und solange diese ihre Thätigkeit nicht begonnen, ja ihre Gestaltung überhaupt noch nicht erhalten hatten, war man vor allgemeinen Ständen völlig sicher. Die Gewissensbedenken, welche der König über den Bruch seines Wortes empfand, wurden durch den Hinweis darauf beschwichtigt, daß die Wohlfahrt des Landes ein solches Verfahren erheische. Berichtet doch der Bischof Eylert, des Königs Vertrauter, in dessen Biographie: er habe gehandelt wie ein weiser Vater, der, gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder, an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig auf ihre Wünsche eingehe, dann aber mit Ruhe dieselben modifiziere und seine Autorität aufrecht erhalte. Wenn er überzeugt wäre, so äußerte der König wohl, daß eine Verfassung zum wahren Besten des Landes gereiche, so würde er zu jeder Aufopferung bereit sein; so aber müsse er erst abwarten, ob sich die Sache in fremden

Die Gegner.

Verzögerung der Sache.

Bearbeitung des Königs.

Ländern bewähre. Und als ihm später die Erfahrung das Gegenteil zu beweisen schien, machte er ebendeshalb dem Staatskanzler die Verordnung von 1815 zum Vorwurfe, weil er fühlte, daß sein Versprechen ihm eine Verpflichtung auferlege, und weil er die Einlösung dieses Versprechens doch für eine Schädigung des Landes hielt. Um aber in dem Könige die Überzeugung wach zu rufen, daß wirklich ein revolutionärer und preußenfeindlicher Geist in der Bevölkerung herrsche, dazu dienten zunächst die thatsächlichen Bezeugungen dieses Geistes, wie der Aufstand der sächsischen Soldaten zu Lüttich im Mai 1815, das Bewerfen der preußischen Wappenschilder, woran sich die Naumburger Straßenjugend ergötzte, der ungemein freie kritische Ton, den das Hauptblatt der rheinischen Presse, der Rheinische Merkur, unter Görres' Leitung anschlug. Die Rückschrittspartei war nicht müßig, diese und ähnliche Vorkommnisse auszubeuten. Was ihre Häupter im Privatgespräche mit dem Könige erörterten, das ließ man durch den Zaren, dessen Revolutionsfurcht leicht rege zu machen war, mit größerem Gewichte wiederholen, oder durch gewandte Federn in vertraulichen Staatsschriften eingehend begründen und dem Könige mundgerecht machen. Schon im März und April 1815 waren ein paar solcher Abhandlungen dem Staatskanzler überreicht worden um das Versprechen einer Verfassung zu hintertreiben. Da der König trotzdem das Mai-Edikt genehmigte, wandte sich der Hofrat Janke im August direkt an den Monarchen mit Angebereien, die den gefährlichen Geist, der in Deutschland herrsche, beweisen sollten, und seine Erörterungen wurden wieder durch eine lange Abhandlung unterstützt, mittels deren man den König im November über die geheimen politischen Verbindungen zu belehren oder zu beunruhigen suchte. Denn diese geheimen Verbindungen mußten den Hauptstoff zu den Verdächtigungen liefern, und unter ihnen wieder vorzugsweise der Tugendbund, der zur Zeit der Fremdherrschaft ein sehr unschuldiges Dasein geführt hatte und dem nunmehr nachgesagt wurde, daß er die gefährlichen Ideen, die in der Zeit der Not in Umlauf gekommen seien, nähre, und ihnen durch die angesehene Stellung seiner Mitglieder, unter denen sich Generale und Diplomaten befänden, erst Kraft und Ansehen gebe. Während der König direkt auf solche Weise mit diesen Gedankenkreisen vertraut gemacht wurde, begann die Partei in sehr geschickter Art sie ihm auch durch die Presse nahe legen zu lassen. Der Hofrat Schmalz, ein Schwager Scharnhorsts, mußte dieselben Ideen in einem Schriftchen verarbeiten, das im September 1815 erschien. Daß sich dagegen ein gewaltiger Sturm erhob und eine Flut von Antworten die erhobenen Anschuldigungen zurückwies, war den Parteiinteressen nur förderlich. Denn gerade das war dem Könige, der sich nicht gern „genieren" ließ, höchst verdrießlich, während seinem prosaischen Gemüte nichts mehr zusagte, als die Behauptung, zu welcher Schmalz sich verstiegen hatte, daß ein begeisterter Aufschwung des Volkes sich 1813 mit nichten gezeigt, daß vielmehr die Nation sich nur aus Gehorsam für ihren König erhoben

Das Schreckmittel der Geheimbünde.

Die Schmalzsche Schrift.

habe, sowie man bei einer Feuersbrunst aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen herbeieile. Als nun die gründliche Verarbeitung, welche dem Schmalzschen Machwerke in Zeitungsaufsätzen und Gegenschriften zu teil wurde, der allgemeinen Entrüstung den kräftigsten Ausdruck verlieh, da war es wiederum nicht schwer den König zum Einschreiten zu bewegen, um dem ungerecht leidenden Verfechter königstreuer Ideen eine Genugthuung zu bereiten und das unbehagliche Gezänk zur Ruhe zu bringen. Es war ein großer Sieg, den die Rückschrittspartei erfocht, als der König dem Streite in der Presse durch eine Verordnung Stillschweigen gebot; ein noch größerer, als er dem Angeber einen Orden verlieh. Zu diesem verfänglichen Schritte hätte es niemals kommen können, wenn Hardenberg, hinter dessen Rücken derselbe geschah, beim Könige die Stellung eingenommen hätte, die ihm zukam. Aber dieser Staatsmann, an dessen liberalen Grundsätzen man nicht zweifeln konnte, liebte sein Amt doch mehr als seine Grundsätze. Rücksichtslos für die letzteren einzutreten war niemals seine Sache gewesen; schon seine laxe Lebensweise vertrug sich kaum mit freierem Schwung und sittlichem Pathos. Überdies klopften jetzt die Schwächen des Alters vernehmlich bei ihm an; seine Schwerhörigkeit nahm so zu, daß sie ihn sehr in den Geschäften behinderte; trotzdem wollte er alles selbst besorgen und verzögerte dadurch oft die wichtigsten Dinge. Ratgeber und Gehilfen konnte er ja schlechterdings nicht entbehren; aber er suchte sie möglichst in solchen Kreisen, aus denen ihm keine Nebenbuhler erstehen konnten, es waren „kuriöse Leute", wie der König sich ausdrückte. Männer von Rang und Talent, wie Wilhelm von Humboldt, wünschte er sich und dem Monarchen möglichst fern zu halten, damit sie ihm nicht über Nacht zu Nachfolgern erwüchsen. Dem Könige kräftig entgegenzutreten wagte er nicht, weil er sich sein Amt bis an seinen Tod zu erhalten wünschte. Mochte Gneisenau ihn auf das Lebhafteste antreiben gegen die Auszeichnung, die Schmalz zu teil wurde, aufzutreten, mochte Blücher ungeberdig mit Hundsföttern um sich werfen, der Staatskanzler schwieg still und ließ sich den Schlag gefallen. Aber die öffentliche Meinung, soweit sie überhaupt sich aussprach, war nicht so geduldig, und ein ingrimmiger Haß gegen „den Kamptz- und Schmalz-Gesellen, den Bel- und Kotzebue", wie es in Follens Liede hieß, griff um sich.

Hardenbergs Schwäche.

Zum Unglück für die liberalen Ideen war es leider vorzugsweise die Jugend, welche sie treu und ausharrend pflegte. Die große Masse der Gebildeten und Halbgebildeten hatte sich sehr bald nach den Freiheitskriegen von den politischen Interessen fast gänzlich zurückgezogen. Auf der einen Seite zwang die schwere materielle Not der Zeiten mit ihren Hungerernten und mit der Überschwemmung des deutschen Marktes durch englische Waren den Hausvater vor allem mit ganzer Kraft auf den Erwerb bedacht zu sein; zu freier freudiger Hingabe an die großen Fragen des Gemeinwohls fehlte die Muße und der sorgenfreie Sinn. Auf der anderen Seite fehlte das Gegengewicht, das eine

Geistige Strömungen.

regsame und anregende politische Presse hätte gewähren können; diese sollte ja erst noch geschaffen werden und vermochte sich unter der Ungunst der Verhältnisse nicht natürlich zu entwickeln. Statt dessen breitete sich eine seichte Unterhaltungslektüre aus, die der schlaffen Zeit gerade recht war. Die Taschenbücher und Almanache, die Ritterromane und Schicksalstragödien, die bürgerlichen Rührstücke und die süßlichste Mondscheinlyrik wurden der Nation als Kost geboten und willig entgegengenommen. Die bedeutenderen Talente standen unter dem Banne der Romantik, die sich mit innigstem Behagen in die Poesie fremder Völker und entlegener Zeiten tauchte, die selbst die Wissenschaft mit ihren mystischen und phantastischen Ideen verquickte und an die Stelle der männlichen Ethik und Kritik eines Kant oder des kühnen Idealismus eines Fichte die verschwommene Naturphilosophie Schellings oder die theosophischen Spekulationen Baaders setzte, ganz zu geschweigen der krankhaften Auswüchse, die in den ernsthaft gemeinten wissenschaftlichen Forschungen über Magnetismus und Hellseherei und die ganze Nachtseite der menschlichen Natur zu Tage traten. Wohl wurde in der romantischen Schule zu dieser Zeit der Grund zu einer neuen Entfaltung der Wissenschaft auf dem Gebiete der Sprachforschung, der Geschichtschreibung, selbst der Naturkunde gelegt; aber die ersten genießbaren Früchte, welche daraus erwuchsen, kamen erst dem nächsten Jahrzehnt zu gute. Wohl gab es auch in den Kreisen dieser Männer solche, die der Gegenwart nicht abgestorben waren; aber sie waren vereinzelt, und ihr Wirken auf politischem Gebiete konnte überdies der Trübung durch ihre romantischen Ideen nicht entgehen. Fast alle die erwachsenen Vorkämpfer des politischen Lebens standen entweder allein, oder verfolgten absonderliche Ideale, oder ließen sich von dem jugendlich unreifen Tone anstecken, ja nährten ihn vielfach. Männer wie Humboldt, Vincke, Schön und andere, die vereinigt großes hätten erreichen und dem Staatskanzler einen festen Rückhalt bieten können, standen entweder zu diesem in einem lauen, ja widrigen persönlichen Verhältnisse, oder sie waren in den Provinzen zerstreut. Männer wie Stein, Stägemann, Niebuhr, Gneisenau verfochten zum Teil überwundene und unmögliche Ideen, wie die Bevorrechtung des Adels, die Herstellung eines Patriziates in den Städten, die selbständige Verwaltung der Provinzen und ähnliches. Endlich war da die dritte Klasse, Männer, die im engsten Verkehre mit der rührigen Jugend standen, aber auch am meisten in deren unreife Begeisterung verstrickt waren. Der ausgeprägteste Charakter unter diesen Leuten war der Turnvater Jahn, den Arndt wohlwollend einen gereinigten Eulenspiegel, Stein aber einen fratzenhaften, dünkelvollen Narren schalt. Dafür pries der deutsche Turner um so begeisterter den Mann, der für des Volkes urheilige Rechte zu der Freiheit Rennlaufsbahn dem wehrlichen Geschlechte voranschreite und die Jugend hinausführe in die frische freie Luft, wo der Sinn für das öffentliche Leben und seine Aufrichtigkeit gedeihe. Seine verrücktesten Ideen fanden den lautesten Beifall. Sein wüster

Die Deutschtümelei.

Franzosenhaß weckte das kräftigste Echo in den Kämpfern der Freiheitskriege. Bezeichnend war sein Vorschlag an der Grenze gegen Frankreich einen wilden Wald, eine Hamme, wie er es nannte, mit Auerochsen, reißenden Bestien und Grenzwächtern anzulegen und so jeden Verkehr mit dem welschen Nachbar abzuschneiden. Ein urdeutsches Volkstum sollte wiederhergestellt werden; mit schwärmerischer Verehrung sprach man von den Teutonen und Cheruskern; der freie Burschenton sollte die Herrleinsitten verdrängen, „Wanderart und Turnerfahrt die Stubenwacht und Ofenpacht, so die Herzen weich gemacht". Ihren Mittelpunkt fand diese reformatorische Bewegung, die sich äußerlich in schwarzsamtnen Schnürenröcken und schwarz-rot-goldenen Pfeifentroddeln kund gab, in der allgemeinen deutschen Burschenschaft. Schon 1810 hatte Fichte bei der Gründung der Universität Berlin die dortigen Studenten mit Hardenbergs Vorwissen zu einer solchen Burschenschaft zu vereinigen gesucht um das rohe Treiben der Landsmannschaften, welches in jener Zeit die meisten Hochschulen beherrschte, von vornherein auszuschließen. Ähnliche Versuche waren in den nächsten Jahren auch in Gießen gemacht worden und nicht ganz ohne Erfolg. Wirklich entscheidend aber wurde der Vorgang Jenas, wo die Burschenschaft sich am 12. Juni 1815 begründete und von wo sich ihr Gedanke über eine große Anzahl anderer Universitäten verbreitete. Eine unmittelbare politische Wirksamkeit beabsichtigte sie übrigens in diesen ersten Jahren noch nicht; diese Bestrebungen gehören erst der Zeit nach 1817 an; aber der Wunsch das nationale Leben in der deutschen Jugend zu wecken, das aufreizende Treiben, das unerläßlich damit verbunden war, der jugendliche Leichtsinn, der unbesonnen mit kecken und verfänglichen Worten um sich warf, machten die Burschenschaft von vornherein für die Rückschrittler zu einem Gegenstande sorgfältiger Beobachtung und zu einem Popanz, den geschickt zu verwerten man nicht unterlassen dürfe.

Die Burschenschaft.

Denn allerdings war damit, daß die Verfassungskommission, welche am 1. September 1815 hatte zusammentreten sollen, noch immer nicht existierte, das Spiel der Reaktionäre noch keineswegs gewonnen. Friedrich Wilhelm hatte sich überzeugen lassen, daß er die Erteilung einer Konstitution noch verschieben müsse, aber an sein Versprechen hielt er sich nichtsdestoweniger innerlich so sehr gebunden, daß er noch 1818 auf dem Kongresse zu Aachen äußerte, wenn er die Verfassung verliehen habe, dann könne er ruhig sterben. Auch verübelte ihm die öffentliche Meinung das bisherige Zögern nicht in allzuhohem Maße. Entschieden liberale Blätter, wie Ludens Nemesis, bezeichneten ihn noch 1816 als „einen der edelsten, hochgesinnten, vortrefflichen Monarchen, der kein anderes Ziel kenne als das Glück seines Volkes". Die offene Begünstigung von Schmalz, die Unterdrückung des Rheinischen Merkurs, der im Januar 1816 aufhören mußte zu erscheinen, der öffentliche Tadel, welcher dabei dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem trefflichen Sack, wegen der „bisher gestatteten Freiheiten" erteilt wurde, die Ver-

Unsicheres Schwanken in Berlin.

setzung desselben nach Pommern, die Aufhebung des Tugendbundes, änderten allerdings dies Urteil vielfach und es mehrten sich die Klagen über die steigende Reaktion. Allein neben diesen bedenklichen Zeichen fehlten doch auch die Spuren nicht, daß die liberale Strömung den Kampf unverdrossen fortsetze. Einen großen Triumph feierte sie, als am 20. Mai 1817 der Staatsrat eröffnet und in dessen Schoß alsbald ein Ausschuß von 22 Mitgliedern für die Verfassungsangelegenheit gebildet wurde. Freilich hielt dieser nur eine einzige Sitzung am 7. Juli 1817, in der mitgeteilt wurde, daß auf des Königs Befehl drei Kommissarien (Altenstein, Beyme und Klewitz) die einzelnen Provinzen bereisen sollten, um dort aus dem Studium der früheren Verfassungen und aus der Beratung mit angesehenen Einwohnern Stoff für weitere Beschlüsse in der nächsten Sitzungsperiode des Staatsrates zu sammeln. Immerhin war das aber ein beträchtlicher Fortschritt und die Hoffnungen der Verfassungsfreunde, die durch Adressen an den König und an den Bundestag ihre Sache noch schneller zu fördern dachten, stiegen sehr. Das meiste Vertrauen setzten sie auf Wilhelm von Humboldt, der im Staatsrat als Führer der Opposition sich geltend gemacht und durch seine energische Bekämpfung neuer Steuerpläne den bisherigen Finanzminister von Bülow gestürzt hatte. Man sprach schon davon, daß Hardenbergs Tage gezählt seien und Humboldt ihn ersetzen werde. Aber diese Gefahr wußte der Staatskanzler, wenn sie bestand, geschickt zu beseitigen; einmal dadurch, daß er Humboldt als Gesandten nach London schickte, und zweitens durch ein verstärktes Liebäugeln mit liberalen Ideen, das seinen Gipfelpunkt in einer preußischen Erklärung am Bundestage (5. Februar 1818) erreichte, worin die bisherige Verzögerung der Verfassung entschuldigt und für ihrem Ende nahe erklärt wurde; die Provinzialstände, so hieß es, würden bald ins Leben treten, die Gesamtverfassung ihnen folgen; übers Jahr denke die Regierung dem Bundestage weitere Mitteilungen machen zu können.

Der Staatsrat.

Wilhelm von Humboldt.

Erklärung am Bundestage.

Wenn die Rückschrittspartei durch diesen Gang der Dinge an Boden verlor, so fand sie dafür leider unfreiwillige Bundesgenossen in den allzuglühenden Vorkämpfern der liberalen Sache in der Presse und der öffentlichen Meinung. Zwei Ereignisse, die studentische Wartburgfeier vom 18. Oktober 1817, und die rheinische Adreßdeputation vom 12. Januar 1818, dienten ihren Plänen, das eine, indem es von ihnen geschickt ausgebeutet wurde, das andere, indem es den König unmittelbar verletzte. Die Burschenschaft hatte in den zwei Jahren, die sie nunmehr bestand, kräftige Wurzeln auf den Hochschulen geschlagen; es schien jetzt an der Zeit sie auch äußerlich in ihren einzelnen Zweigen zusammenzufassen, und so wurde auf den 18. Oktober 1817 eine Versammlung nach der Wartburg ausgeschrieben, um dort „das dreifache Fest der Reformation, des Sieges bei Leipzig und der ersten freundschaftlichen Zusammenkunft deutscher Burschen" zu begehen. Die städtischen Behörden von Eisenach, die Geistlichkeit, einige Jenenser Professoren nahmen teil; an alle pro-

Das Wartburgfest.

testantischen Universitäten ergingen die Ausschreiben; von allen bis auf vier erschienen Abgesandte; doch war die große Mehrzahl der 500 Teilnehmer natürlich von Jena herbeigekommen. Das Fest hatte einen ernsten religiösen Anstrich; es fehlte nicht zum Beginn und Schluß der feierlichen Versammlung im Rittersaale der Choralgesang und der apostolische Segen; auch eine Abendmahlsfeier, an der sich über 200 Studenten beteiligten, fand am zweiten Tage statt. Die Reden hatten einen ernsten, schwungvollen, aber vorwiegend unpolitischen Charakter; und wenn ja von dem einen geklagt wurde, daß so viele schöne Hoffnungen vereitelt seien; wenn ein anderer trauernd ausrief, daß nur ein Fürst fürstlich sein Wort gelöst und eine Verfassung erteilt habe, so mahnten andere Stimmen, besonders der treffliche Professor Oken, von Selbstüberhebung ab, da es dem Burschen nicht gezieme zu bereden, was im Staate geschehen solle, andere riefen auf zu frischer Hoffnung und Vertrauen in die deutsche Zukunft. Schon war das eigentliche Fest zu Ende und sein praktischer Ertrag der Beschluß eine allgemeine deutsche Burschenschaft ins Leben zu rufen; auf den Höhen des Wartenberges, der Wartburg gegenüber, brannten im abendlichen Dunkel, wie rings auf den Bergen umher, die Oktoberfeuer. Da führte ein kleinerer Kreis ein satirisches Nachspiel auf. Der Student Maßmann schleppte ohne Wissen des Festausschusses einen Korb voll Bücher herbei; in der Hand eine Heugabel und mit großen schwarzen Zetteln versehen, auf welchen mit fernscheinenden Buchstaben die Namen der Verdammten geschrieben standen, erschienen einige Burschen an dem meistlodernden Holzstoße. Laut wurden die Titel der Bücher verlesen und dann die Zettel, auf denen sie standen, bei einigen auch das Buch selbst mit der Heugabel den Flammen übergeben. So wanderten neben einem Schriftchen Immermanns gegen die Burschenschaft Kotzebues deutsche Geschichte, des Herrn von Kamptz Kodex der Gendarmerie und Schmalzens verhaßte Denunziation, überdies Schriften von Haller, Ancillon, Wangenheim, alles in allem 28 Bücher ins Feuer, zur Nachahmung von Luthers Bullenverbrennung, als Kundgebung „des grimmigen Hasses gegen alle Bösen und Buben im Vaterlande", und hinter ihnen drein flogen ein hessischer Zopf, ein österreichischer Korporalstock und ein preußischer Gardistenschnürleib. Es war eine Handlung jugendlichen Leichtsinnes und Übermutes, die auch wohlwollende Männer wie Stein und Niebuhr ärgerte und empörte, besonders da sie in übertriebener Weise berichtet und zu den verbrannten Schriften auch die Wiener Kongreßakte und die Urkunde des heiligen Bundes gefügt wurde. Vollends auf die reaktionäre Partei wirkte das Ereignis wie ein heftiger galvanischer Reiz. In hellem Zorne erhoben sich die Betroffenen. Herr von Kamptz verlangte in einem anmaßlichen Schreiben von dem Großherzoge von Weimar Schutz gegen den Haufen verwilderter Professoren und verführter Studenten und gegen die durch Feuer und Mistgabeln von Schwärmern und Unmündigen geübte Censur. Fürst Hardenberg und der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Zichy,

Ausnutzung durch die Reaktion.

reisten in Person nach Weimar und Jena um die Unthat in nächster Nähe zu studieren, überzeugten sich übrigens, daß die Sache nicht so schlimm sei, wie man sie dargestellt habe. Aus Petersburg und Paris trafen Noten ein, die zu entschiedenem Vorgehen mahnten; kurz, vier Großmächte voran, erhob sich alles wider Weimar und die Studenten, so daß dem Großherzog nichts übrig blieb, als die Preßfreiheit wieder mit einem Censurgesetze zu vertauschen, die projektierte Burschenzeitung zu untersagen, die anderen Zeitungen scharf zu verwarnen und gegen die beteiligten Professoren eine Untersuchung einzuleiten. Allein sein Verhalten dabei zeigte deutlich, wie er nur dem äußeren Zwange gehorche, und seine Stellung zu seinen Unterthanen blieb deshalb ungetrübt.

Dem Könige von Preußen war schon das Burschenfest äußerst zuwider gewesen; die Diskussion, die damit verknüpft war, und die sich noch Monate hinzog, genierte ihn gleichfalls; vollends ging ihm aber die Geduld aus, als das zweite vorhin erwähnte Ereignis, die rheinische Adresse, hinzukam. Hardenberg begab sich nämlich im Winter 1817—18 an den Rhein, um die dortigen Stimmungen und Verhältnisse kennen zu lernen. Die neue Provinz war keineswegs mit ihrer Lage zufrieden; neben vielem guten Willen hatte die Regierung doch auch viel Ungeschick gezeigt; wenn es einen guten Eindruck machte, daß der König in der herrschenden Hungersnot für 2 Mill. Thlr. Ostseegetreide ankaufen ließ, so war andererseits durch die Behandlung der Personenfragen viel Mißstimmung hervorgerufen. Jetzt forderte der Kanzler öffentlich auf, jeder, der etwas zum Besten des Landes vorzubringen habe, möge es ihm mitteilen. Diese Einladung benutzte Görres, der eifrige Befürworter ständischer Verfassungen, um eine Adresse zustande zu bringen, die er am 12. Januar an der Spitze von 18 Personen mit etwa 5000 Unterschriften versehen dem Staatskanzler überreichte. Über den wohlwollenden Empfang berichtete er öffentlich in einem Adreßbüchlein. Auch dieses fand bei Hardenberg gute Aufnahme und freundlichen Dank. Aber in Berlin verletzte der Ton der Einleitung und des Nachsatzes aufs äußerste; der Kronprinz schickte das Widmungsexemplar mit einem bitteren Briefe zurück; der Kanzler wurde ungnädig zurecht gewiesen, und während noch am 5. Februar 1818 die erwähnte verfassungsfreundliche Erklärung am Bundestag erfolgt war, erging am 21. März eine Kabinetsordre, nach welcher Se. Maj. sich vorbehielt die Zeit zu bestimmen, welche zur Erteilung einer Verfassung geeignet sei. Von der Kommission des Staatsrates hörte man inzwischen nichts mehr: die Ansichten der Mitglieder aber gingen weit auseinander; neben den entschiedenen Verfassungsfreunden, wie W. v. Humboldt, Beyme, Boyen standen die entschiedenen Gegner unter Savignys Führung; während eine dritte vermittelnde Gruppe, für welche Ancillon das Wort führte, der Meinung war, daß man nichts übereilen dürfe, und daß die Verfassung um so vollkommener werden müsse, je mehr man ihr Zeit zum Reifen lasse. Diese Ansicht entsprach auch am meisten den Neigungen des Königs.

Die rheinische Adresse.

Niederlage der Verfassungsfreunde.

Wenn sie aber an sich schon einen Sieg der Rückschrittspartei bedeutete, so mußte das große Ereignis des Jahres 1818 sie noch mehr dazu stempeln.

Der Aachener Kongreß.

Dieses Ereignis war der Monarchen- und Ministerkongreß, der vom 30. September bis 21. November in Aachen stattfand. Seine eigentliche Aufgabe war zu beraten, ob die Besetzung Frankreichs noch länger andauern solle. Thatsächlich war diese Frage aber schon zum voraus verneint, so daß der förmliche Beschluß die Truppen am letzten November zurückzuziehen schon am 9. Oktober gefaßt werden konnte. Man ging in der Freundlichkeit gegen Frankreich aber noch weiter; die Monarchen von Rußland und Preußen machten von Aachen einen Abstecher nach Paris; es wurde eine Verminderung der Kriegssteuer beschlossen, und endlich der französische König eingeladen sich künftig an den periodischen Beratungen zu beteiligen, welche, wie früher erwähnt, die Ostmächte am 20. November 1815 unter sich vereinbart hatten. In einer Erklärung vom 15. November 1818 teilten die Fürsten dies Europa mit und bezeichneten den Beitritt Frankreichs als den Schlußstein des Friedenswerkes und die Ergänzung ihres politischen Systemes, dessen Bestand dadurch verbürgt werde. Indes wurde gleichzeitig doch auch die Quadrupelallianz insgeheim erneuert und ein Abkommen getroffen, welches das militärische Einschreiten bei etwaigen revolutionären Vorgängen in Frankreich regelte. Künftige Kongresse sollten dann stattfinden, wenn die eigenen Interessen der fünf Mächte oder der Aufruf eines anderen Staates sie erforderten.

Die Räumung Frankreichs.

Verabredungen gegen den Liberalismus.

Alle diese Verhandlungen waren mit großer Leichtigkeit zu Ende geführt worden; Metternich versicherte niemals eine größere Einmütigkeit unter den Kabinetten gesehen zu haben. Der König von Preußen erwies ihm das größte Vertrauen; der Kaiser Alexander schien jede Erinnerung an die ernsten Konflikte, die zwischen ihm und dem österreichischen Staatsmanne 1814 und 1815 bestanden hatten, ausgetilgt zu haben. Diese günstige Lage wußte Metternich geschickt zu benutzen um gegen den Liberalismus zu arbeiten. Freilich hütete er sich wohl irgend einen gemeinschaftlichen Schritt in dieser Richtung vorzuschlagen; um so thätiger aber war er unter der Hand. Dem Könige von Preußen ließ er einen Aufsatz übergeben, dessen Grundgedanke war, daß die Bewilligung einer Volksvertretung die Auflösung des Staates bedeute; nur die einzelnen Provinzen dürften ständische Körper erhalten, und höchstens könne man später vielleicht aus je drei Deputierten derselben eine „Centraldeputation" zur Beratung des Budgets und der Gesetzgebung im höchsten Sinne bilden. Ebenso dringend empfahl er in seinem zweiten Aufsatze Maßregeln gegen die Universitäten, die Turnvereine und die Presse. Die Neuerer hätten es aufgegeben von der jetzigen Generation etwas zu hoffen; um so eifriger aber seien sie bemüht die heranwachsende Jugend unter ihre revolutionär-moralische Zucht zu bringen; dazu diene ihnen die Burschenschaft, und, als Vorbereitung für diesen Universitätsunfug, das Turnwesen, das gänzlich unterdrückt werden müsse. Diese Aus-

Sturdzas Schrift.

führungen fanden eine bemerkenswerte Unterstützung durch eine Anklageschrift gegen den revolutionären Geist des deutschen Volkes, welche der walachische Bojar Sturdza dem Kaiser Alexander übergab. Allerlei Umstände wirkten zusammen die Revolutionsfurcht des Zaren wachzurufen. Da kamen aus Polen Nachrichten, die den Selbstherrscher mißstimmten; da fielen die Wahlen in Frankreich unerhört liberal aus und brachten alte Republikaner wie Lafayette und Manuel in die Kammer; da wurde die Verschwörung einiger Belgier entdeckt, die Alexander auf der Durchreise durch ihr Land zur Anerkennung Napoleons II. zwingen wollten. Unter diesen Eindrücken nahm der Zar Sturdzas Machwerk, das gleichzeitig in verschiedenen Sprachen gedruckt wurde, sehr günstig auf und sorgte selbst für dessen Verbreitung. Als die traurigste Seite der deutschen Zustände hatte Sturdza die Lage der öffentlichen Erziehung geschildert. Die Universitäten würden von manchen Regierungen nur als Finanzspekulationen betrachtet um Geld ins Land zu ziehen; die Professoren sähen bei ihrem Unterrichte nur auf Honorar und Popularität; die Studenten hätten sich in der Burschenschaft eine aufrührerische Verbindung geschaffen, für deren Absichten das Wartburgfest und einige Schlägereien in Göttingen den Beweis liefern mußten.

Die Burschenschaft.

In der That hatte die Burschenschaft inzwischen einen ausgeprägteren Charakter angenommen. Schon im Sommer 1817 hatte sich in Gießen ein besonderer Zweig gebildet, die Unbedingten, deren Ziel eine Verfassung war, die Follen ausgearbeitet hatte, laut deren die Fürsten nur die ersten und zwar gewählten Beamten des Staates sein, über den einzelnen deutschen Landtagen aber ein Reichstag stehen sollte, der den König zu wählen habe. Die Gemeinschaft unter den Burschenschaften der einzelnen Universitäten war im Laufe des Jahres inniger geworden, und zu derselben Zeit, wo die Monarchen in Aachen tagten, berieten die Vertreter von 14 deutschen Hochschulen zu Jena die Bundesurkunde, die vom 18. Oktober 1818 datiert ist. Als Grundsätze des Verbandes wurden aufgestellt: Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burschen untereinander und christlich-deutsche Ausbildung jeder geistigen und leiblichen Kraft im Dienste des Vaterlandes. Jährlich sollten Versammlungen von Abgeordneten, sogenannte Burschentage, stattfinden; eine allgemeine Gastfreundschaft sollte gegenseitig geübt werden — auf die Dauer von drei Tagen, wie man später aus guten Gründen beifügte. Jede einzelne Burschenschaft durfte sich selbst in ihrer Weise einrichten. Meist teilten sie sich in Klassen von je zehn Mitgliedern, die einen Ausschußmann wählten; der Vorstand blieb ein halbes Jahr im Amte; sein Sprecher wechselte allmonatlich. Gemeinsame Losung aller Burschenschaften war: Ehre, Freiheit, Vaterland; die Leipziger stellte dem noch Gott voran. Sie genoß jährlich einmal insgesamt das heilige Abendmahl. Ihre Versammlungen eröffnete das Lied: Sind wir vereint zur guten Stunde. Alle Einrichtungen und Gebräuche zeigten neben jugendlichem Frohsinn und Übermut doch auch ernstes sittliches und patriotisches Streben. Doch

war der Charakter der Verbindung deshalb noch keineswegs ein politischer: die Jenenser verwarfen ausdrücklich den Antrag ein politisches Glaubensbekenntnis zu veröffentlichen, weil die Burschenschaft als solche sich mit Politik nicht zu befassen habe. Vollends von revolutionärem Geiste, von geheimnisvollem Verschwörertum war immer noch wenig oder nichts in ihr vorhanden. Dennoch machte Sturdzas Schrift auf die Fürsten und Minister einen tiefen Eindruck und führte zu dem Entschlusse die Zustände der deutschen Universitäten im nächsten Jahre auf einer Konferenz deutscher Staatsmänner zu beraten. In der deutschen Jugend aber rief sie eine unglaubliche Erbitterung hervor, die sich nicht auf den walachischen Bojaren allein, sondern auf alle seine Gesinnungsgenossen erstreckte. Sturdza selbst war auf lächerliche Weise vom Schauplatz abgetreten. Vor einer Pistolenforderung, die ihm zwei Jenenser Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, überschickten, entfloh er von Weimar nach Dresden und erklärte von dort, er habe seine Schrift auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt, und könne deshalb für dieselbe keine Genugthuung geben. Mit treffendem Hohne hatten die Herausforderer diesen Grund für genügend erklärt; denn eine „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine" könne allerdings keine Genugthuung gewähren. Aber das helle Hohngelächter, in welches die deutsche Jugend darüber ausbrach, wich sehr bald wieder einem Sturme der Entrüstung. Längst schon war Kotzebue, der als russischer Staatsrat in Weimar lebte und in seinem „Politischen Wochenblatte" die liberalen Ideen begeiferte, ein Gegenstand der allgemeinen Verachtung, die sich durch Fenstereinwerfen und ähnliche Zeichen schon öfter kundgegeben hatte. Da geriet durch Zufall einer der Berichte, die er nach Petersburg schickte, in die Hände des Jenenser Professors Luden, der ihn alsbald in seiner Nemesis, einer der tüchtigsten liberalen Zeitschriften, abdrucken ließ. Der Zorn, welchen dieses Aktenstück in aller Herzen wach rief, steigerte sich bei einem der Unbedingten, zum furchtbaren Racheschwur. Karl Sand aus Wunsiedel im Fichtelgebirge, nach den meisten Berichten eine trübsinnige schwärmerische Natur, ohne besondere Geistesgaben, entschloß sich den Verräter des deutschen Volkes zu ermorden. Kotzebue hatte seinen Wohnsitz infolge der letzten Vorgänge von Weimar nach Mannheim verlegt. Dorthin folgte ihm um die Mitte des März Sand. Am 23. März zwischen 4 und 5 Uhr vorgelassen, zog er nach den ersten Begrüßungsworten einen Dolch hervor und durchbohrte den Ahnungslosen mit dem Rufe: Hier, du Verräter des Vaterlandes! Dann stürzte er auf die Straße, kniete nieder, brachte laut dem Vaterlande ein Hoch und Gott seinen „Dank für diesen Sieg", und fügte zu dem ersten Dolchstoße, den er sich schon im Hause gegeben, einen zweiten. Aber keiner war tödlich; im Gefängnisse genas er und ward nach langer Untersuchungshaft, erst $^5/_4$ Jahr später, am 20. Mai 1820, in Mannheim enthauptet.

Zorn über Sturdza.

Kotzebues Ermordung.

Der Eindruck des Ereignisses war ein gewaltiger in allen Kreisen. Gereifte Männer von liberaler Gesinnung bedauerten die That und be-

Folgen der That.

dauerten den Thäter. Der berühmte Berliner Theologe de Wette schrieb einen Trostbrief an die unglückliche Mutter Sands; Görres meinte, ganz Deutschland mißbillige die Handlung und billige die Motive; Jahn freilich stellte sie lobpreisend der Ermordung Cäsars und Geßlers gleich. Und in der aufgeregten Jugend war allerdings wohl die Bewunderung für Sand größer als die Erkenntnis der sittlichen und politischen Verwerflichkeit seiner That. Ließ sich doch ein Nassauer Apothekerlehrling, Namens Löning, zur Nachahmung verleiten, indem er am 1. Juli 1819 in Schwalbach einen Mordversuch auf den Staatsrat von Ibell machte, der glücklicherweise fehlschlug. Löning nahm sich selbst im Gefängnisse das Leben. Aber dieser zweite Frevel steigerte die Wut der Reaktion aufs höchste und gab zugleich der Verdächtigung einige Wahrscheinlichkeit, daß man es nicht mit den Verirrungen einzelner, sondern mit einer Verschwörung vieler zu thun habe. Ausgedehnte Untersuchungen wurden eingeleitet, de Wette um seines Briefes willen abgesetzt, auf die Papiere Arndts und der beiden Welcker, die in Bonn Professoren waren, Beschlag gelegt, Jahn, Follen und andere in Haft genommen, selbst Vertraute Hardenbergs, wie Varnhagen von Ense, in Untersuchung gezogen; Görres entkam der Festung nur durch eilige Flucht nach Straßburg. In Hessen, Mecklenburg und anderen Staaten fanden ähnliche Maßregelungen statt; es war ersichtlich, daß viele Regierungen den Augenblick gekommen glaubten um die wachsende Aufregung, die sie schon längst mit Unbehagen beobachtet hatten, mit einem starken Schlage zu unterdrücken.

Der Schwalbacher Mordversuch.

Politische Verfolgungen.

Niemandem konnte das erwünschter sein als Metternich. In seinen Augen waren freilich die Studenten und Professoren nicht die schlimmsten Übelthäter; er zielte vor allem auf die freisinnigen Regierungen und die konstitutionellen Verfassungen. Der Bundestag, von dem die Nation so wenig merkte und jedenfalls nichts Rühmliches zu erzählen wußte, war ihm doch immer noch viel zu liberal und zu selbständig. Wenn er den einen oder anderen ihm mißliebigen Gesandten, wie Gagern, glücklich zu beseitigen imstande gewesen war, traten dafür andere ein, welche die Opposition verstärkten. Nicht allein der Württemberger von Wangenheim, der als ihr Haupt gelten konnte, sondern auch der Bayer von Aretin, die beiden Hessen Lepel und Harnier, dazu Plessen, Smidt und einige minder entschiedene waren dem österreichischen Minister aufs äußerste verhaßt. Daß man es wagte den Artikel 13 in Erinnerung zu bringen, wie Plessen das im Dezember 1817 gethan hatte, erbitterte ihn sehr. Sein lebhafter Wunsch war deshalb den Bundestag zu demütigen und dadurch zugleich die feindlichen Regierungen zu treffen. Ohne Preußens Zustimmung konnte das freilich nicht gelingen; aber Hand in Hand mit diesem war die Aufgabe nicht schwer. Denn bei manchen Regierungen, die es zu bekämpfen galt, ließ sich voraussetzen, daß sie dem leisesten Drucke von außen mit Vergnügen nachgeben würden. Hatte doch der König von Bayern seine neue Verfassung so schnell satt bekommen, daß

Metternichs Eingreifen.

er schon im März 1819 in Erwägung zog, ob er sie nicht durch einen Staatsstreich wieder aufheben solle; der König von Württemberg lag mit seinen Ständen noch immer so bitter im Streit, daß selbst er, die eigentliche Seele der mittelstaatlichen Opposition, schon einige Monate früher eine authentische Erklärung des Artikels 13 beantragt hatte um dieselbe als Waffe gegen seine Volksvertreter zu schwingen, und auch in Baden waren Fürst und Volksvertretung gleich nach der ersten Session in bitterem Hader auseinandergegangen, weil die letztere unter dem Einflusse beredter Mitglieder, wie des Freiherrn von Liebenstein, Winters und Rottecks, mit übermäßigem Ungestüm den Ausbau der konstitutionellen Gesetzgebung gefordert und gar ein vom Bundestag gebilligtes großherzogliches Edikt, das die Rechte des mediatisierten Adels regelte, für verfassungswidrig erklärt hatte.

Die Teplitzer Konferenzen.

Metternich erhielt die Nachricht von Kotzebues Ermordung in Rom und zweifelte nicht daran, daß sie auf Befehl der „Jenenser Vehme" vollführt sei. Sofort war er entschlossen möglichst großen Vorteil daraus zu ziehen. Noch von Italien aus traf er die Einleitungen zu einer Konferenz der wichtigeren deutschen Staaten, welcher er im August in Karlsbad präsidieren wollte. Zuvor aber begab er sich auf besondere Einladung Friedrich Wilhelms III. nach Teplitz und benutzte hier den Einfluß, welchen ihm der König gestattete, um, mit Wittgenstein und Bernstorff verbündet, die Verfassungspläne Hardenbergs vollends zu erschüttern, den Kanzler selbst zu verdächtigen und die Zustimmung Preußens zu den in Karlsbad beabsichtigten Schritten zu sichern. In mehrtägigen Konferenzen wurden die Grundsätze vereinbart, nach denen die beiden Großmächte künftig in Bundesangelegenheiten verfahren wollten. Preußen versprach nicht über ständische Verfassungen in seinen Provinzen und einen aus diesen Provinzialständen gebildeten Centralausschuß von Landesrepräsentanten hinauszugehen; über die Mittel zur Beseitigung der süddeutschen Repräsentativverfassungen behielt man sich weitere Beratung vor. Sodann wurden die Grundlinien eines Preßgesetzes vereinbart und als wünschenswertes Ziel die Verminderung der „vielen Zeitungsblätter" hingestellt. Zur Heilung der Universitätsschäden sollte eine Kommission aus Vertretern derjenigen Staaten, welche Universitäten besäßen, gebildet werden; vor allem schien die Beseitigung der notorisch schlechtgesinnten Professoren nötig; auch auf das Schulwesen sollten sich die heilsamen Maßregeln erstrecken. Endlich wurden Ministerkonferenzen aller Staaten in Aussicht genommen, auf denen man sich über eine Beschränkung der Gebiete, welche am Bunde Einstimmigkeit erfordern sollten, und über eine kräftige Bundesexekutionsordnung zu einigen hoffte.

Die Karlsbader Konferenzen.

In Karlsbad hatten sich inzwischen die Abgesandten der Königreiche, Badens, Mecklenburgs und Nassaus eingefunden. Wider die Absicht der beiden Großmächte regte Württemberg, das eben damals dem Abschlusse seiner Verfassungswirren sich näherte, von neuem eine Verständigung über die Tragweite des § 13 der Bundesakte an. Metternich ging auf

diesen Vorschlag bereitwillig ein; allein bald zeigte es sich, daß seine Auslegung, welche die Bewilligung von Repräsentativverfassungen ausschloß, gerade das Gegenteil von dem war, was Württemberg und die anderen süddeutschen Staaten anstrebten, und so kam man in diesem Punkte nicht weiter als zu der Anerkennung des Satzes, daß keine Verfassung dem monarchischen Prinzipe und der Bundesakte widersprechen dürfe. Dagegen gelangte man hinsichtlich der Exekutionsordnung schnell bis zur Genehmigung eines provisorischen Entwurfes und vereinbarte ganz bestimmte Maßregeln gegen die Universitäten, die Presse und die sogenannten demagogischen Umtriebe. Die Burschenschaft und die Turnvereine sollten aufgehoben, an allen Universitäten Regierungsbeamte, sogenannte Kuratoren, eingesetzt werden, um Professoren und Studenten streng zu überwachen. Für alle Zeitschriften und für Bücher unter 20 Bogen wurde die Censur gefordert und zur Untersuchung der geheimbündlerischen Umtriebe eine Centralkommission für ganz Deutschland vorgeschlagen, zu deren Sitz Mainz ausersehen war.

Die Karlsbader Beschlüsse am Bundestage.

Zur ihrer Gültigkeit bedurften diese Karlsbader Beschlüsse indes noch der Zustimmung des Bundestages. Metternich machte sich deshalb sogleich daran die einzelnen Regierungen zu bearbeiten. Eine Note vom August 1819 schilderte denselben die Furchtbarkeit der italienischen Carbonaria und behauptete, die deutschen Verschwörer ständen mit dieser in Verbindung; besonders in Preußen hätten sie eine weite Verbreitung, und der Beamtenstand sei dort fast ganz revolutionär. Mit diesen Schreckmitteln noch nicht zufrieden, sorgte Metternich dann weiter dafür, daß in Frankfurt die Sache mit größter Hast erledigt wurde. Graf Buol wußte es durchzusetzen, daß schon vier Tage nach der Vorlage der Karlsbader Beschlüsse, am 20. September, ohne jede Debatte und ohne Instruktionseinholung die Genehmigung derselben erfolgte. Der Widerspruch einzelner Gesandten wurde aus dem veröffentlichten Protokolle gestrichen und die unwahre Behauptung aufgenommen, die Bestätigung sei einstimmig geschehen. Die Opposition, Wangenheim an der Spitze, hatte nicht den Mut dagegen Einspruch zu erheben.

Die mittelstaatliche Opposition.

Gegen die Gefahren, welche der Selbständigkeit der Mittelstaaten von den weiter in Aussicht genommenen Beschlüssen drohten, suchte der König von Württemberg auf doppelte Weise sich zu schützen. Am 26. September bestätigte er die mit den Ständen vereinbarte Verfassung und führte sein Land dadurch in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein. Dann reiste er nach Warschau um den Beistand des Kaisers Alexander anzurufen, und so freigebig dieser gegen die Vertreter der fremden Mächte mit Äußerungen des Mißfallens über seinen Schwager war, so scheute er doch andererseits Metternichs wachsenden Einfluß zu sehr, um nicht den Widerstand Württembergs durch diplomatische Kundgebungen seines Ministers Kapodistrias moralisch zu unterstützen, so daß Hardenberg in Klagen über das russische Bestreben Österreichs Übergewicht in Deutschland zurückzudrängen ausbrach. Wirklich traten dann auch Württem-

berg, Bayern und andere Bundesglieder auf den Wiener Konferenzen, die am 25. November 1819 eröffnet wurden, mit oppositionellen Absichten ein, fanden aber weniger Gelegenheit, sie zu bethätigen, als vorauszusetzen war. Metternich selbst hielt mit seinen Wünschen vorsichtig zurück und ließ höchstens durch seine „Ultras", dem badischen und nassauischen Minister, seine letzten Ziele verraten. Bernstorff als preußischer Bevollmächtigter zeigte noch weniger Eifer, wenn er auch als Vermittler der Gegensätze manchmal seinen Einfluß geltend machte. Im allgemeinen aber fiel doch den Mittelstaaten die dankbare Rolle zu als Träger einer liberalen Politik aufzutreten. Es festigte sich hier in Wien jene Idee des „reinen" Deutschland im Gegensatze zu den beiden Großstaaten, die in den folgenden Jahren den einzigen Schutz gegen die Übergriffe der despotischen Wiener Staatskunst bildete. Zugleich aber wurden dadurch die Mittelstaaten nicht wenig in ihrer Überschätzung und Selbstgenügsamkeit bestärkt und dem russischen Einflusse, dessen Beistand ihre Ohnmacht doch nicht entbehren konnte, Thür und Thor geöffnet. Mit dem Ergebnisse der Wiener Konferenzen konnten sie recht wohl zufrieden sein; es wurde zusammengefaßt in der „Wiener Schlußakte" vom 15. Mai 1820, die am 8. Juni vom Bundestage bestätigt und der Bundesakte vom 8. Juni 1815 gleichgestellt wurde. Die völlige Gleichberechtigung aller Bundesglieder wurde aufs schärfste betont und unbedingte Einstimmigkeit für alle organischen Gesetze erfordert. Als Norm für die Verfassungen der Einzelstaaten wurde beliebt, daß sie die volle Souveränität des Landesfürsten nicht antasten und die Erfüllung der Bundespflichten nicht beeinträchtigen dürften. Seinen Wunsch die süddeutschen Konstitutionen für unvereinbar mit dem Bundesrechte zu erklären oder Normen festzusetzen, nach denen sie einer gründlichen Umarbeitung hätten unterworfen werden müssen, hatte Metternich weislich aufgegeben; selbst die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die ihm ganz besonders verhaßt war, blieb im wesentlichen unangetastet. Die Bestimmungen über die Kompetenz des Bundes, über den Austrag innerer Streitigkeiten, über die erzwungene Durchführung von Bundesbeschlüssen ließen an Vollständigkeit und Tragweite soviel zu wünschen übrig, daß die Erlangung solcher Resultate sicherlich nicht die Aufsehen erregende Berufung einer Ministerkonferenz und deren sechsmonatliche Beratungen rechtfertigte. Und am Ende mußte diese Ministerkonferenz die formelle Erhebung ihrer Beschlüsse zum Bundesgesetze doch noch der Bundesversammlung überlassen, obgleich der Kaiser von Österreich noch Ende März seine Mitwirkung in dieser Form unbedingt verweigert hatte. Gleichwohl hatte Metternich sein persönliches Ansehen in diesen Monaten gewaltig befestigt; denn mit vollendeter Klugheit wußte er es zu vermeiden sich allzuweit vorzuwagen, und am Ende hatte er doch in allen Fragen eine äußerliche, wenn auch manchmal ziemlich inhaltslose Einmütigkeit zuwege gebracht oder, wo er dies als unmöglich erkannte, den streitigen Punkt geschickt beiseite geschoben. Triumphierend, wenn auch etwas über-

Die Wiener Konferenzen.

Die Wiener Schlußakte.

treibend, meldete er seinem Kaiser den Schluß der Konferenzen mit dem Zusatze, daß sämtliche Minister sich von ihm Instruktionen über die fernere Politik ihrer Höfe erbäten und ein Wort, von Österreich gesprochen, in ganz Deutschland unverbrüchliches Gesetz sein werde.

Die Mainzer Kommission.

Auch die Karlsbader Beschlüsse, so versicherte er, würden erst jetzt in ihr wahres Leben treten; und in der That zeigten sie ihre verderbliche Wirkung jetzt in tausendfacher Gestalt: in der Lähmung der Universitäten, in der Fesselung der wissenschaftlichen Litteratur, in der Zerstörung des Lebensglückes zahlloser Jünglinge. Die Mainzer Untersuchungskommission fand sich freilich in der Lösung ihrer Aufgabe durch die Souveränitätsbedenken der Fürsten vielfach gehemmt, wie denn kein geringerer als Kaiser Franz verhindert hatte, daß sie statt bloß mit der Untersuchung nicht auch mit dem Richterspruche betraut worden war. Ihre Aufgabe beschränkte sich unter diesen Umständen darauf der Untersuchung durch Centralisation größere Kraft zu geben und sie den Regierungen, besonders dem Fürsten Hardenberg, dessen Eifer für die gute Sache Metternich trotz aller Beteuerungen nicht recht traute, aus der Hand zu nehmen. Sehr empfindlich war es daher, daß nicht bloß andere Kabinette sich widerspenstig zeigten und z. B. der bayerische Justizminister den Gerichtsbehörden gradezu verbot einer Mainzer Ladung zu genügen, da nach der Konstitution niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, sondern daß auch der König von Preußen die Überweisung der Angeklagten nach Mainz nicht genehmigte und nur die Akten dorthin abgehen ließ, ein Verhältnis, das auch dann sich nicht änderte, als Österreich den Vorsitz in der Kommission an Preußen abtrat. Für die unglücklichen Opfer der Demagogenverfolgung war damit freilich nicht viel gewonnen, wenigstens in Preußen nicht. Was die Mainzer Kommission nicht thun konnte, das thaten die Behörden der Einzelstaaten, zum Teil unter völliger Mißachtung der gerichtlichen Urteile. So war der Turnvater Jahn längst vom Berliner Kammergerichte freigesprochen und wurde doch trotz aller Eingaben seiner Frau gefangen gehalten und endlich durch Kabinetsbefehl nach Kolberg verwiesen. Anderen ging es ähnlich. Zu einem Todesurteile, das wohl mancher gern gefällt hätte, fand sich freilich keine Möglichkeit; auch die gewaltige Verschwörung, der man so gern auf die Spur kommen wollte, wurde nicht entdeckt. Daß Sand keine eigentlichen Mitschuldigen gehabt, mußte der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, schon im September 1819 zugestehen; aber er fabelte doch noch viel von einer Partei, die in Deutschland die eine und unteilbare Republik herstellen wolle, deren Mitglieder sich unterstützten ohne sich persönlich zu kennen und sich verständen ohne sich ausgesprochen zu haben. Allein selbst auf dieser dehnbaren Grundlage und trotz der Berge von Akten, die man in Berlin und Mainz aufhäufte, konnte man kein Resultat ans Licht fördern, das sich der Welt hätte mitteilen lassen; die Mainzer Protokolle blieben ein Geheimnis; aber unzählige deutsche Jünglinge mußten

Demagogenverfolgung.

im Gefängnisse schmachten, weil sie patriotische Lieder gesungen und schwarz-rot-goldene Abzeichen getragen; verdiente Männer wurden ihrem Wirkungskreise entrissen und in ihrer Lebensstellung ruiniert, weil sie in vertraulichen Briefen sich unwillig über das reaktionäre Treiben geäußert. Wenn ein Tertianer den Teufel gemalt hatte, der einen König als guten Bissen verschlingt, oder ein anderer in die schrecklichen Worte ausgebrochen war: O Sand, du wußtest nicht, welche Heuochsen wir waren! so mußten sie selbst nun den Kriminalisten als gute Bissen dienen. Bis zu zehn Jahren Festungshaft lauteten die Strafurteile, welche gegen die Umtrieber gefällt wurden; aber viel schädlicher als diese härtesten Strafen, die immerhin doch nur wenige trafen, wirkte die Masse der Verhaftungen und Untersuchungen, die auf das empfindlichste in das Lebensglück zahlreicher Familien eingriffen. Den ganzen Umfang des Unheiles, das diese Demagogenverfolgung anrichtete, zu ermessen ist kaum möglich; an Kleinlichkeit des Verfahrens, an Gehässigkeit der Gesinnung und an Gewissenlosigkeit in den Mitteln wird sie kaum von einer anderen Periode unserer Geschichte überboten. Und warum das alles? Die Kommission gestand in ihrem Berichte von 1822 selbst ein, daß eine kleine, Aufruhr predigende Schrift fast die einzige in ihren Akten vorgekommene strafbare „Handlung" sei, daß sie im übrigen nur von Versuchen und Einleitungen eines bedenklichen politischen Treibens Kunde erhalten habe, und daß sich alles mit der Zeit von selbst wieder ins gleiche setzen werde. Gefährlich erschien ihr der Liberalismus nur, insofern er in die Regierungen eingedrungen sei, und in dieser Hinsicht wurden auch Hardenberg scharfe Vorwürfe nicht erspart; gerade in seinen Büreaus sollten die schlimmsten Umtriebe stattgefunden haben. Es war eine bittere Pille, die der greise Staatsmann so kurz vor seinem Tode noch verschlucken mußte; aber es war die gerechte Strafe für die Lauheit, mit der er seine Prinzipien, und für die Zähigkeit, mit der er seinen Posten verteidigt hatte. Sein Tod, der am 26. November 1822 in Genua erfolgte, ersparte ihm den harten Schlag der völligen Entlassung; aber einen deutlichen Beweis, daß seine Zeit abgelaufen, hatte er doch vorher noch erhalten: am 16. September war ihm in der Person des Ministers von Voß, eines strammen Reaktionärs, ein Vizekanzler an die Seite gestellt, der die wirkliche Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand nahm und auch die leidige Verfassungsfrage bald mit guter Manier aus der Welt schaffte.

Hardenbergs Ausgang.

Hardenberg hatte ohne Zweifel die ernstliche Absicht gehabt eine preußische Verfassung zustande zu bringen; aber egoistisch, wie er war, gönnte er keinem anderen Anteil an dem Ruhm und dem Einflusse, welchen die Lösung dieser Aufgabe versprach, stieß die tüchtigsten Gehilfen beiseite und vereitelte dadurch das Gelingen. Einmal schien er auf dem besten Wege in Wilhelm von Humboldt den tauglichsten Mitarbeiter heranzuziehen; aber dieses Zwischenspiel war von kurzer Dauer. Humboldt war zum Aachener Kongresse von seinem Londoner Posten herüber-

Humboldts Verfassungspläne.

gekommen, und da er sich in seiner Stellung nicht gefiel, hatte er den König um seine Entlassung gebeten. Der König gewährte sie, versprach ihm aber einen Ministerposten und ließ in dieser Absicht die ständischen und Gemeindeangelegenheiten von dem Ministerium des Innern trennen. Mit regem Eifer machte sich Humboldt, noch ehe er sein Amt wirklich angetreten, an die dankbarste Aufgabe, welche es ihm stellte. In einer geistvollen Denkschrift wies er nach, wie notwendig eine allgemeine Ständeversammlung für die Einheit des Staates sei; er forderte sogar, daß sie unmittelbar aus Volkswahlen und nicht aus dem Schoße der Provinzialvertretungen hervorgehe; ja er wandelte die bloß beratende Stimme, welche der König ihr zugesagt hatte, in eine beschließende um. Mit möglichster Beschleunigung sollte das Werk betrieben werden; im Jahre 1820, spätestens 1821 könnten in allen Provinzen die Einzelstände in Thätigkeit sein, und 1822, spätestens 1823 müsse die Reichsversammlung berufen werden. Aber je mehr Thätigkeit und Scharfblick Humboldt entwickelte, um so unbequemer und gefährlicher war er für Hardenberg. Auf einige Monate verstand dieser den Nebenbuhler noch mit gutem Anstande von Berlin fern zu halten, indem er ihn als Vertreter in die Kommission schickte, welche in Frankfurt die Grenzberichtigungen und Gebietstausche, die zwischen einzelnen deutschen Staaten noch in der Schwebe waren, zu ordnen hatte. Dabei mitzuwirken konnte Humboldt nicht ablehnen, weil er der Kommission schon früher angehört hatte und bessere Kenntnis von den streitigen Fragen besaß als ein anderer. Aber er fühlte sehr wohl, daß Hardenberg die Sache absichtlich verzögerte um ihn möglichst lange in dieser halben Verbannung zu halten. Besonders scharf trat dies nach Sands Attentat hervor. Nun ist die Verfassung unmöglich, war des Kanzlers erstes Wort, als er von dem Mannheimer Ereignisse hörte. Jetzt wäre ihm Humboldt in Berlin doppelt unbequem gewesen, und so wußte er ihn denn, obgleich die Ernennung zum Minister schon am 11. Januar erfolgt war, bis zum Juli in Frankfurt festzuhalten. Mittlerweile war er selbst trotz jenes verzweifelten Ausrufes keineswegs unthätig; selbst seine Einwilligung in Metternichs reaktionäre Bundespolitik hing damit zusammen; er hatte sich dadurch gleichsam einen Freibrief für die preußische Verfassung erkauft. Aber freilich nicht für eine nach Humboldts Ideen. Am 12. August sollte dieser in sein neues Amt eingeführt werden: am Tage vorher legte der Staatskanzler seinem Könige „Ideen zu einer landständischen Verfassung" vor ohne dem Minister für ständische Angelegenheiten auch nur ein Wort davon zu sagen. Länger als zwei Monate weilte dieser in Berlin ohne den König auch nur ein einziges Mal zu sprechen und ohne von der Existenz jener Ideen das mindeste zu wissen. Friedrich Wilhelm hatte dieselben inzwischen geprüft und am 23. August die Bildung einer Kommission befohlen, die auf Grund derselben ihre Arbeiten beginnen sollte. Sie bestand aus sechs Mitgliedern, darunter natürlich Hardenberg und Humboldt. Der Zusammentritt verzögerte sich bis in den Ok-

Hardenbergs Entwurf.

tober, und nun erst erhielt Humboldt Mitteilung von des Staatskanzlers Entwurf. Unterdessen aber waren hinter seinem Rücken die Karlsbader Beschlüsse gefaßt, die er nimmermehr billigen konnte. Mit der größten Entschiedenheit lehnte er sich dagegen auf und hatte einen Augenblick fast alle seine Kollegen gewonnen um gegen diese „schändlichen, unnationalen, ein denkendes Volk aufregenden" Beschlüsse zu protestieren, ja zu verlangen, daß Bernstorff, der Preußen in Karlsbad vertreten hatte, in Anklage versetzt wurde. Doch als des Königs fester Wille sichtbar wurde und Hardenberg, gegen dessen übermächtige Stellung sich die Opposition gleichfalls richtete, ihr scharf entgegentrat, da fiel ein Minister nach dem anderen ab, und die drei ehrlich liberalen Männer, die im Kabinette saßen, neben Humboldt Boyen und Beyme, standen hilflos und vereinsamt da. Der Sturz des einen mußte den der anderen im Gefolge haben. Der, welchen zuerst die Reihe traf, war der Kriegsminister von Boyen. Er hatte seit dem Frieden unermüdlich daran gearbeitet, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, soweit es die finanzielle Lage des Landes irgend zuließ, zu ermöglichen. In dieser Absicht war beschlossen worden die Landwehr auch für die Zukunft beizubehalten; aber der König wollte sie gegen die Ansicht des Kriegsministers eng mit dem stehenden Heere verbinden, und darin sah dieser den ersten Schritt zur Vernichtung ihres eigentümlichen Charakters und zu ihrer gänzlichen Beseitigung. Da er nun mit seinen Bedenken nicht durchdringen konnte, erbat er seine Entlassung und nachdem er sie erhalten, blieb auch Humboldt und Beyme nichts übrig als seinem Beispiele zu folgen; am letzten Tage des Jahres 1819 schieden sie aus dem Amte. Hardenberg triumphierte über diesen Ausgang, der ihn von einem lästigen Nebenbuhler befreite; jetzt hoffte er für sich wieder freie Bahn zu haben und die Verfassung in seiner Weise fördern zu können. Die Staatszeitung mußte versichern, daß trotz Humboldts Ausscheiden der Verfassungsausschuß seine Arbeiten fortsetze; und daß der König selbst noch immer an seinem Versprechen festhalte, bewies die Verordnung vom 17. Januar 1820, welche die Aufnahme neuer Staatsschulden in Preußen von der Verbürgung der künftigen Reichsstände abhängig machte. Allerdings wurde dabei die Summe der Staatsschuldscheine doppelt so hoch angegeben, wie sie wirklich war, so daß die Regierung an 60 Millionen Thaler in der Hand behielt und für eine geraume Reihe von Jahren gegen die Notwendigkeit sich von einer ständischen Vertretung Geld bewilligen lassen zu müssen gedeckt war. Da man indes von dem Umfange dieser reservierten Mittel nur in den engsten Kreisen Kenntnis hatte, wurde der Eindruck des Ediktes dadurch nicht abgeschwächt; auch seine übrigen Bestimmungen, darunter die Beschränkung der Civilliste auf $2^1/_2$ Millionen Thaler, fanden eine günstige Aufnahme, und wenn die tiefgreifende Reform, die wenige Monate später das System der direkten Steuern in Preußen auf Jahrzehnte hinaus ordnete, unvermeidlich manche Klage veranlaßte, so konnten doch die Verfassungsfreunde sich auch hier

Humboldts Sturz.

Neue Verfassungsversprechungen.

wieder der Zusicherung freuen, daß die vorbehaltene Regulierung der Grundsteuer im Einverständnisse mit den Provinzialständen erfolgen solle.

Die endliche Lösung.

Aber auf der anderen Seite waren auch die Gegner der Verfassung nicht unthätig. Zu ihnen zählten fast ausnahmslos die Mitglieder der alten Stände, die von jeder Neugestaltung eine Schmälerung ihrer Rechte befürchteten. Mit Unwillen sahen sie aus einer neuen Kommission, die Hardenberg im Februar gebildet hatte, Entwürfe zu einer Kreis-, Städte- und Gemeindeordnung hervorgehen, die im freisinnigen Geiste abgefaßt waren. Sie setzten es bei dem Könige durch, daß dieselben zunächst einem neuen Ausschusse, der unter dem Vorsitze des Kronprinzen nur reaktionäre Mitglieder enthielt, zur Prüfung überwiesen wurden. Durch diesen geschickten Handstreich wurde dem Staatskanzler die ganze Sache entwunden. Der Kronprinz war ein begeisterter Anhänger der Hallerschen Staatsphilosophie und suchte deren feudale Grundsätze voll Eifer ins Leben zu rufen. Die Entwürfe der Hardenbergschen Kommission wurden einfach beiseite geschoben und im Juni 1821 vom Könige die Bildung eines neuen Ausschusses erlangt, dessen einzige Aufgabe die Beratung von Provinzialverfassungen sein sollte. Vergeblich waren die Bemühungen des Kanzlers diesen Ausschuß zu sprengen; nur zu deutlich stellte es sich heraus, daß ihm dazu die Kraft fehle. Den einen oder anderen tüchtigen Verwaltungsbeamten ausgenommen, bestand sein kleiner Anhang aus unwürdigen oder unfähigen Personen, die gegen ernstliche Angriffe von ihm selbst nicht verteidigt werden konnten und durch deren Sturz er doch auch äußerlich bald ganz vereinsamte. Zur Gegenpartei aber gehörten nicht allein die Reaktionäre, unter ihnen fast sämtliche Minister, sondern auch viele ehrliche Liberale, die teils bewußt, teils unbewußt den Kanzler bekämpften. Die Verfassungskommission lag währenddes unter der lebhaft fördernden Leitung des Kronprinzen ihrer Arbeit mit rühmlichem Eifer ob und berief seit Januar 1822 aus einer Provinz nach der anderen angesehene Männer in die Hauptstadt um die Entwürfe zu begutachten, ein Verfahren, das allerdings viel Zeit in Anspruch nahm.

Die Provinzialstände.

Erst im Jahre 1823, und zwar am Geburtstage des Königs (3. August), konnten die ersten Provinzialverfassungen (für Brandenburg, Preußen und Pommern) veröffentlicht werden; im März 1824 schlossen sich ihnen die fünf übrigen an. Damit erreichte der erste Akt der preußischen Verfassungsgeschichte sein Ende. In jeder Provinz wählten fortan die Grundbesitzer, die adeligen, städtischen und bäuerlichen, ihre Vertreter zu einem Provinziallandtage, dem es oblag, in seinen alle zwei Jahre stattfindenden Sitzungen Gesetze, welche die Provinz betrafen, zu begutachten. Der Adel war dabei in hohem Maße bevorzugt; von der Gesamtzahl der Ständemitglieder, die sich auf 504 belief, gehörten ihm 278, den Bürgern 182, den Bauern nur 124 an. Noch ärger wurde das Mißverhältnis in den Kreistagen, die bis 1828 durch die neuen Kreisordnungen ins Leben traten; etwa 10000 Rittergutsbesitzer standen in ihnen 2000 Bürgern und Bauern gegenüber.

Von einem Landtage der ganzen Monarchie war fürerst nicht mehr die Rede, und die Masse des Volkes, die kein Grundeigentum besaß, war endgültig auch von der bescheidensten Mitwirkung in politischen Dingen ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung bezeigte daher den neuen Schöpfungen vollkommene Gleichgültigkeit, und nur vereinzelt brach sich die Hoffnung durch, daß dies kleine Loch im Absolutismus sich mit der Zeit doch vergrößern werde.

Das Staatsrecht der Reaktion.

Auf diese endliche Gestaltung der Provinzialverfassungen hatte, wie erzählt, der Kronprinz einen bedeutenden Einfluß geübt; in ihm hatte die neue Staatsweisheit, die damals Europa zu belehren und von seinen Irrtümern zu bekehren suchte, die Hallersche Staatsrechtslehre, einen überzeugten Anhänger gefunden. Alle Verirrungen, welche die Geister blendeten, wurden zurückgeführt auf die Verkennung des wahren Wesens der Fürstlichkeit und des Staates. Die Demokraten sahen in dem letzteren eine Vereinigung der frei und gleich geschaffenen Bewohner des Landes; sie erklärten das Königtum für das Ergebnis eines Vertrages und deshalb für abhängig von dem Willen des Volkes, dessen unveräußerliche Rechte keine Gewaltanmaßung vernichten könne. Haller dagegen, und mit ihm die ganze Reaktion, betrachtete das Land als das Eigentum des Fürsten, der es von Gott erhalten habe; der Staat war ihnen die Ordnung, welche der Fürst getroffen hatte; dem Adel, der durch fürstliche Verleihung, zur Belohnung seiner Dienste, bestimmte Vorrechte erworben, durften diese Vorrechte freilich nicht genommen werden; auch der Anteil, welcher dem Bürgertum etwa an den ständischen Beratungen und der Steuerbewilligung zustand, mußte gewahrt bleiben; aber jede Ausdehnung lag in dem Belieben des Fürsten und war ein Vorrecht, das dem Begnadigten zu teil wurde, nicht die Anerkennung eines angeborenen Naturrechtes. Im Gegenteil, wie Gott die Menschen verschieden nach Anlagen und Lebensstellung geboren werden läßt, so sollten sie auch in streng gegliederten Klassen ihren Platz in der Staatsordnung ausfüllen, und für diese Staatsordnung brauchte nicht erst lange nach einem künstlich ausgesonnenen Plane gesucht zu werden; der beste Plan und die beste Ordnung lag in dem Ständewesen des Mittelalters vor, das höchstens in Einzelheiten nach den veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein wenig umgewandelt werden mußte.

Solchen Anschauungen, denen der Kronprinz begeistert huldigte, war der König von Preußen wohl ziemlich fremd; es lag nicht in seiner Natur sich philosophischen Grübeleien hinzugeben; aber thatsächlich handelte er doch in demselben Geiste, denn was bei anderen aus Grundsätzen und Gedankenentwickelungen hervorging, entsprang bei ihm aus dem Mißbehagen, mit dem ihn die revolutionären Zuckungen erfüllten, die nicht bloß das romanische Europa erfuhr, sondern die selbst England, das konstitutionelle Musterland, in einige Aufregung versetzten.

England und Frankreich.

Geistige Strömungen.

Ohne innere Erschütterungen hatte das Inselreich den Sturm der französischen Umwälzung überstanden; jetzt zeigte sich an den Nachwehen, daß er doch nicht spurlos an ihm vorüber gegangen sei. Die grelle Dissonanz zwischen der satten Selbstgenügsamkeit, die der herrschenden Aristokratie Englands in Staat und Kirche eigen war, und dem Elend, dem Unfrieden, der ruhelosen Verzweiflung der unterdrückten Klassen fand ihren dämonischen Ausdruck in Byrons genialer Dichtung, der Shelleys hoffnungsreichere, menschenfreundliche, aber nicht minder geächtete und verlästerte Muse treulich zur Seite stand. Daneben wirkte Moores revolutionärer irischer Patriotismus, und wenn die Romantik Walter Scotts und der Dichter der Seeschule, eines Wordsworth, Coleridge, Southey, beschwichtigend und selbst einschläfernd erscheinen mochte, so hatten doch selbst diese Dichter ihre Periode des Sturmes und Dranges durchlebt und bildeten ein Ferment des geistigen Lebens, das wohl langsamer und gelinder als die Poesie des Weltschmerzes, aber nicht minder sicher wirken mußte. Dazu kam der unmittelbare Einfluß, den die politischen Stürme auf das Fühlen und Denken auch der untersten Klassen übten. Das Volk fing an sich darauf zu besinnen, daß die gerühmte englische Verfassung doch eigentlich nichts bedeute als die Herrschaft einer mächtigen Aristokratie, die freilich von der Masse der Bevölkerung durch keine so schroffen Abstände geschieden war, wie auf dem Festlande, die aber gleichwohl ihre Gesetzgebungsgewalt nicht selten eigensüchtig zu ihrem Vorteile ausbeutete und gerade jetzt durch unerschwingliche Kornzölle das Brot des Volkes zum Nutzen der großen Gutsbesitzer rücksichtslos verteuerte. Neben den beiden alten Parteien der Wighs und Tories tauchte eine dritte, demokratische auf, die sich ebensowohl durch die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Grundsätze wie durch ihre Angriffe auf die vorhandenen Übelstände bald Beachtung erzwang. Als die Denker und leitenden Köpfe der Partei ragten Jeremias Bentham, Samuel Romilly, der unermüdliche Anwalt eines menschlicheren Strafrechtes, und der ältere Mill hervor; als die Vorkämpfer in der Masse des Volkes, in Vereinen und bald auch im Parlament Cobbett, Hunt, Burdett u. a. Die Lehren Benthams bestachen durch die Faßlichkeit und Gemeinverständlichkeit ihrer Ausgangspunkte; der einfache Satz, daß der Staatszweck der Nutzen sei, und zwar der gemeinsame Nutzen aller und nicht der einzelner bevorzugter Klassen, ließ eine so unendliche Anwendung nach allen möglichen Richtungen zu, daß jeder, der mit dem Bestehenden unzufrieden war, durch ihn die Erfüllung seiner Wünsche hoffen durfte. Benthams Name und Schule verbreitete sich über ganz Europa und Amerika, und besonders unter den romanischen Völkern fand er begeisterte Verehrer; wie die portugiesischen Cortes ihn mit der Ausarbeitung einer Verfassung betrauten, so stand er in engen Beziehungen zu den Freiheitshelden Südamerikas, und

Die Utilitarier.

40 000 Exemplare seiner Schriften wurden bis 1830 nach der neuen Welt verkauft. In seiner eigenen Heimat waren die Aussichten die Grundsätze der Nützlichkeitslehre, des Utilitarismus, wie man sein System nannte, ins Leben zu führen, weit geringer; denn festgewurzelt in jahrhundertelanger geschichtlicher Entwickelung konnte der Bau der englischen Verfassung selbst heftigen Stürmen Trotz bieten und sich dabei nicht allein auf die tausendfältigen Interessen, die er schirmte, sondern nicht minder auf die patriotische Anhänglichkeit, deren er sich erfreute, als auf feste Grundlagen verlassen. Das herrschende Regiment freilich war sehr geeignet diese Anhänglichkeit zu untergraben. Der König Georg III. war wahnsinnig, der Prinzregent, erst von 1820 an als Georg IV. König, infolge seines liederlichen Lebens, seines unzuverlässigen Charakters und seiner reaktionären Gesinnung äußerst unbeliebt. Seit Jahrzehnten saßen mit ganz kurzer Unterbrechung die Tories am Ruder und die Partei der Whigs war dank der Kriegslust, welche die Nation ergriffen hatte, aber auch aus Mangel an bedeutenden Führern fast bis zur Ohnmacht zusammengeschmolzen. Unter den Tories brachen nun zwar, eine natürliche Folge der langen Herrschaft, mancherlei Spaltungen aus; jüngere Kräfte, wie Canning und Wellesley, suchten mit freierem Blick die Parteipolitik den Zeitverhältnissen anzupassen; allein sie waren vorerst noch zu schwach um Erfolge zu erzielen, und die alten Führer, Lord Liverpool, der seit 1812 an der Spitze des Kabinettes stand, Castlereagh, der das auswärtige Amt in Metternichs Geist leitete, der Lordkanzler Eldon u. a. gaben trotz ihrer Beschränktheit den Ton an und klammerten sich so fest an ihre Posten, daß sie auch parlamentarische Niederlagen ruhig überstanden. Nach der Beendigung des großen Krieges, der die Schuldenlast beinahe vervierfacht, d. h. auf 860 Millionen Pfund gesteigert hatte, forderten sie die Forterhebung der drückenden Einkommensteuer um mittels derselben das Heer in einer Stärke von 175 000 Mann zu erhalten. Das war auch ihren Anhängern zu viel und das Unterhaus lehnte 1816 die Einkommensteuer ab; Lord Liverpool aber fügte sich und blieb im Amte. Das Toryparlament ließ das nicht ungern geschehen, im Lande aber gewann die Bewegung gegen das Ministerium jetzt einen größeren Umfang und richtete sich auch gegen das Parlament und dessen Zusammensetzung. Die schwere Not der Zeit vermehrte die Unzufriedenheit. Solange der Krieg dauerte, hatte sich das Volk die furchtbar hohen Kornpreise als unvermeidliches Übel gefallen lassen; mit Freuden hatte es dann den jähen Umschlag begrüßt, der seit 1814 infolge der lang entbehrten russischen und polnischen Zufuhren den Marktpreis des Getreides um mehr als die Hälfte erniedrigte. Sollte es nun ruhig zusehen, wie die großen Grundbesitzer im Parlamente künstlich wieder eine Teuerung heraufbeschworen, wie sie ein altes Korngesetz von 1670 erneuerten, das jede Zufuhr verbot, solange der Marktpreis nicht eine bestimmte Höhe erreicht hatte? Die schlechte Ernte des Jahres 1816 und der Stillstand der Fabriken, die keinen Absatz

Das Ministerium Liverpool.

Die Not der Zeit.

Die Reformbewegung und die revolutionären Umtriebe.

für ihre Erzeugnisse fanden, vermehrte die Not und den Unwillen. Es kam zu gewaltthätigen Aufläufen, zu Zertrümmerungen von Mühlen und Maschinen, zu Bedrohungen verhaßter Personen, auch des Regenten, den der Londoner Pöbel bei der Parlamentseröffnung 1817 mit Kot bewarf und durch kränkende Zurufe beleidigte. William Cobbett, der in zahllosen Reformklubs und mehr noch durch seine Zeitungsblätter, die er zu unerhört niedrigen Preisen verkaufte, sich einen großen Anhang erwarb, trat diesen Ausschreitungen zwar entgegen, aber die Million Unterschriften, die er für die Forderung der Parlamentsreform zusammenbrachte, schreckte die Regierung weit mehr als der gelegentliche Ausbruch der Volkswut; ja den letzteren beförderte sie sogar durch Sendlinge, welche die Menge aufreizen und dadurch den friedlichen Bürger mit Abscheu gegen die Reformbewegung erfüllen sollten. Eine Zeitlang halfen diese Mittel und der Aufschwung erlahmte so, daß Cobbett 1817 das Land verließ und nach Amerika ging. Als aber die schändlichen Kunstgriffe der Regierung bekannt wurden und die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zu denen das Parlament auf ein Jahr seine Zustimmung gegeben, erloschen, griff die Bewegung nur um so stärker um sich. In den großen Fabrikstädten, die zum Teil jeder Vertretung im Parlament entbehrten, traten Massenversammlungen zusammen und wählten eigenmächtig Abgeordnete, beschlossen auch wohl dieselben mit bewaffneter Macht nach London zu führen. Als dies am 16. August 1819 auch in Manchester geschah, erhielten die Truppen Befehl einzuhauen, und viele Verwundete, auch einige Tote, waren die Opfer des

Die Reaktion.

Tages. Die Minister benutzten den Vorfall um das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung zu berufen und ohne Mühe die Annahme der sechs „Knebelbills“ durchzusetzen, der Karlsbader Beschlüsse Englands, durch welche das Versammlungsrecht, die Preßfreiheit, der Schutz gegen willkürliche Verhaftungen beschränkt oder aufgehoben wurde. Der Unwille im Lande über diese Maßregeln war sehr groß; die Whigs, in deren Mitte Brougham, John Russell und andere aufwachsende Talente allmählich wieder größere Thatenlust entfachten, erklärten sich heftig dagegen; dem Ministerium aber kam, ähnlich wie den Rückschrittsmännern des Festlandes, ein verbrecherischer Anschlag zu statten, der rechtzeitig verraten ward. Es war eine Verschwörung unbedeutender Menschen, die sich zum Ziele gesetzt die Minister bei einem Festmahle zu ermorden, die Kasernen anzuzünden und eine provisorische Regierung zu bilden: ihr Haupt, Arthur Thistlewood, samt vier Genossen büßte

Der Scheidungsprozeß Georgs IV.

mit dem Strange (Februar 1820). Die allgemeine Aufregung stieg aufs höchste, als eben jetzt nach Georgs III. Tode der neue König vor der ganzen Nation einen großen Skandalprozeß begann. Im Jahre 1795 hatte er sich mit der Prinzessin Caroline von Braunschweig vermählt; diese gebar ihm eine Tochter Charlotte, die aber bereits 1817 gestorben war und den nachmaligen König der Belgier, Leopold von Koburg, als Witwer hinterließ. Sie hatte eine höchst unglückliche Jugend verlebt,

denn zwischen ihren Eltern herrschte seit ihrer Geburt das ärgste Zerwürfnis. Die Schuld lag an beiden, aber die größere Hälfte an dem Prinz-Regenten. „Meine Mutter war schlecht," hatte die Tochter ebenso treffend wie traurig gesagt; „aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre." Nachdem die Prinz-Regentin 18 Jahre lang von ihrem Gemahle getrennt unter den ärgsten Beleidigungen in England gelebt, verließ sie 1814 das Land und begab sich auf Reisen. Es begleitete sie ihr Kammerherr Bergami, von dessen Verhältnis zu ihr bald die anstößigsten Dinge erzählt wurden. Als nun ihr Gemahl am 29. Januar 1820 den Thron bestieg, kehrte sie plötzlich nach England zurück und machte ihre Rechte geltend. Darauf beantragte jener beim Oberhause eine Klage wegen Ehebruchs und nun begann in voller Öffentlichkeit der Prozeß, bei dem der gefeiertste Redner des Landes, Lord Brougham, für die Prinzessin eintrat und das ganze Volk für sie Partei nahm. Zwar entschied eine kleine Mehrheit der Pairs, 9 Stimmen, zu Gunsten des Königs; aber wie das Urteil des Unterhauses ausfallen werde, war so wenig zweifelhaft, daß das Ministerium die Vorlage zurückzog. Die verwickelte und peinliche Angelegenheit fand die beste Lösung durch den plötzlichen Tod der Prinzessin, der infolge der gewaltigen Aufregungen am 7. August 1821 eintrat. Aber damit war doch nur dieser besondere Fall erledigt; die allgemeine Mißstimmung und die Verachtung des Ministeriums dauerte fort. Sie wurde sehr bald selbst für Castlereaghs Nerven zu stark. Auch ihm schien der Tod das einzige Mittel um sich aus seiner qualvollen Lage zu befreien, und da er nicht von selbst kam, so rief er ihn. Ein Jahr nach dem Tode der Prinzessin, am 12. August 1822, durchschnitt er sich mit einem Federmesser die Halsader. Damit trat eine Schwenkung in der Politik des Ministeriums ein. Castlereaghs Nachfolger, George Canning, auch er von Haus ein rechter Tory, bekehrte sich mit voller Überzeugung zu freisinnigeren Grundsätzen und erwarb England die Geltung in Europa zurück, die es als sklavischer Nachtreter der Metternichschen Politik verloren hatte. Castlereaghs Tod.

Das gleiche Mittel von einem Irrwege umzukehren, das sich dem altkonstitutionellen Inselande in einem Ministerwechsel bot, stand auch Frankreich zur Verfügung und schützte es vor einer offenen Revolution, die ohnedies wohl schon 1820 nicht ausgeblieben wäre. Richelieu hatte den Verdiensten, die er sich durch seine gemäßigte Politik erworben, auf dem Aachener Kongresse das letzte, größte hinzugefügt: er hatte eine Minderung der Kriegssteuern und die beschleunigte Räumung seines Landes bewirkt. Der Gewinn war moralisch wie materiell von großer Bedeutung. Die Anwesenheit Wellingtons und der fremden Truppen, die er befehligte, wurde je länger desto mehr als nationale Schmach empfunden; ihre Verpflegung, die mindestens 130 Millionen jährlich erforderte, bildete eine drückende Last. Dazu sollten nun noch bei der Räumung 700 Millionen Kriegsentschädigung und 1590 Millionen For- Frankreich. Richelieus Sturz.

derungen fremder Regierungen aus der Zeit vor 1814 bezahlt werden. Allerdings hatte sich der Kredit Frankreichs nach und nach bedeutend gehoben; während man 1816 noch außer stande gewesen war eine Anleihe unterzubringen, erlebte man 1818 eine ganz maßlose Überzeichnung und der Kurs der Rente, der auf 55 gestanden, hob sich vorübergehend gar bis auf 80. Trotzdem wußte Richelieu den Zaren zu überzeugen, daß es unmöglich sei den erhobenen Forderungen gerecht zu werden, und der russische Einfluß war dann stark genug um selbst Preußen zu so erheblichen Nachlässen zu bestimmen, daß die ganze Summe der Privatforderungen mit der Verschreibung von 16 Millionen Rente beglichen wurde. Dazu kam die Ersparnis der Verpflegungskosten für zwei Jahre, dazu vor allem die feierliche Zulassung Frankreichs zur Allianz und den Kongressen der Großmächte. Dafür war eine Gegenleistung, wie Alexander sie forderte, nicht zu verweigern, und so hatte denn Richelieu seinem Gönner versprechen müssen dem wachsenden Liberalismus in Frankreich, der soeben unter 55 neugewählten Abgeordneten 23 Independenten in die Kammer schickte, entgegenzutreten. In der liberalen Partei hatte sich unter der Führung Royer Collards eine besondere Schule gebildet, die es sich zum Ziele setzte in strenger Folgerichtigkeit den Verfassungsstaat auszubilden und daher als die der Doktrinäre bezeichnet wurde. Reich an hervorragenden Köpfen übte sie trotz ihrer geringen Zahl doch einen bedeutenden Einfluß und war unverkennbar im Aufsteigen begriffen, wie sie denn den wesentlichsten Anteil daran hatte, daß 1817 das mit der Kurie geschlossene Konkordat und ein neues, überaus strenges Preßgesetz auf erfolgreichen Widerstand stieß. Bei der wachsenden Furcht vor allen liberalen Ideen erschienen diese Doktrinäre trotz ihrer Harmlosigkeit dem Zaren als die Vorläufer radikalerer Tendenzen; ein neues Wahlgesetz sollte deshalb der drohenden Gefahr beizeiten einen Damm entgegenwerfen. Richelieu ließ sich für diese Forderung gewinnen; allein seine Kollegen widersetzten sich ihm, der König trat ihrer Ansicht bei, und Richelieu war nun konstitutionell genug seine Entlassung zu fordern (27. Dezember 1818). Die übrigen Minister, besonders der Herzog Decazes, blieben auf ihren Posten und kamen unter Dessolles' Vorsitz der liberalen Partei sogar noch einige Schritte entgegen. Viele Verbannte wurden begnadigt, die Lage der Zeitungen durch neue Gesetze erträglich gemacht und die Adelskammer, die sich am 2. März 1819 mit großer Mehrheit für die Änderung des Wahlgesetzes ausgesprochen hatte, sofort durch die Ernennung von 65 gemäßigten Pairs aus einem Hindernisse zu einem Bollwerke des besonnenen Fortschrittes umgewandelt. Dadurch erstarkte dieser noch mehr und brachte bei den 54 Ergänzungswahlen im Herbst 1819 gar 35 Anhänger durch, unter ihnen den vormaligen Bischof von Tours, Grégoire, der seiner Zeit im Konvente den Ausspruch gethan: die Könige seien in der moralischen Ordnung das, was die Ungeheuer in der physischen. Über solche Erscheinungen fingen die Kabinette der Heiligen Allianz an sehr unruhig zu werden. Metternich

Die Doktrinäre.

Ministerium Dessolles.

hatte schon bei Richelieus Rücktritt gemeint, er werde sich über nichts mehr wundern; alles in Frankreich sei überschwach oder übertoll. Wirklich ließ sich nicht verkennen, daß die zeitweilig zurückgedrängten extremen Richtungen wieder an Kraft gewannen. Wie das Volk in weiten Kreisen dachte und fühlte, zeigte der Beifall, mit dem Bérangers bourbonenfeindliche Chansons, noch ungedruckt, von Munde zu Munde liefen. Selbst in der Presse, in der auch manche der heimgekehrten Flüchtlinge mitarbeiteten, wagten sich Äußerungen hervor, die noch vor kurzem unerhört gewesen wären: glänzende Federn, wie Constant, Courrier, Comte, wirkten im Dienste der Opposition; das wichtigste Blatt derselben, die Minerva, schwang sich zu beinahe europäischer Bedeutung in die Höhe. Dazu kam, daß die antibourbonischen Bestrebungen auch im Auslande Anknüpfungen suchten, die keinesfalls mißachtet werden durften. Gerade so gut wie Artois und sein Anhang den Kaiser von Rußland durch Denkschriften und vertrauliche Mitteilungen für die Reaktion zu gewinnen suchten, machten sich die Flüchtlinge in Belgien durch Carnots Vermittelung an ihn; ja sie ließen sich in direkte Verbindungen mit dem Prinzen von Oranien ein, der mit dem Zaren verschwägert war, und wenn letzterer, als ihm das bekannt wurde, dem Prinzen auch zu wissen that, er werde nicht zugeben, daß Ludwig XVIII., den er zurückgeführt habe, wieder gestürzt werde, so ließ er doch auch hinzufügen: nach dem Tode des Königs wolle man sehen. Dazu die Existenz geheimer Verbindungen in Paris, Unruhen unter der studierenden Jugend in verschiedenen Fachschulen, die aufstachelnde Wirkung der politischen Verfolgungen in Deutschland — alles das drängte Ludwig XVIII. dahin nun doch selbst eine Änderung des Wahlgesetzes zu verlangen und, da sich Dessolles nicht fügte, ihn mit dem Kriegsminister St. Cyr und dem Finanzminister Louis zu entlassen und die Leitung der Geschäfte dem gefügigeren Decazes zu übertragen. Immerhin waren auch dessen Maßregeln durchaus gemäßigt; allein die Ausschließung Grégoires aus der Kammer und die beabsichtigte Änderung des Wahlgesetzes erbitterten doch die Liberalen sehr und ließen sie von den Wühlereien der Ultras angesichts der Reaktion, die ganz Europa durchzog, noch Schlimmeres befürchten. Als Führer der Ultras galt neben dem Grafen Artois mit Recht dessen Sohn, der Herzog von Berry, der in den Augen der Republikaner überdies noch die schlimme Eigenschaft besaß, daß auf ihm die Fortdauer des königlichen Hauses beruhte. Denn Ludwig selbst war kinderlos; sein Erbe war also sein Bruder Artois. Dieser hatte zwei Söhne, von denen der ältere, Angoulême, gleichfalls keine Nachkommenschaft hatte, der jüngere, eben der Herzog von Berry, bis dahin zwar auch noch ohne männliche Erben, aber auch erst seit kurzem vermählt war. Ein überspannter Sattler, Namens Louvel, glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn er in Berry die Hoffnungen des Königshauses aus dem Wege räume; am 13. Februar 1820 erdolchte er den Prinzen vor der Oper. Bei der politischen Gesamtlage kam diese

Ministerium Decazes.

Ermordung des Herzogs von Berry.

That der Reaktion sehr zu statten; Decazes, der in der Kammer selbst der Mitschuld an dem Morde geziehen wurde, erhielt seine Entlassung, und Richelieu trat, von Artois unterstützt, wieder an die Stelle, die er vor zwei Jahren verlassen hatte. Auch jetzt bewährte er seine Mäßigung und sein Geschick; er führte zwar die Censur für die Zeitungen wieder ein, beschränkte die persönliche Freiheit und änderte das Wahlgesetz zu Gunsten der Höchstbesteuerten; aber von leidenschaftlichem Wüten gegen den Liberalismus konnte man doch nicht reden. Gerade deshalb aber waren die Ultras auch noch nicht zufrieden; durch die Bezwingung einiger Straßenaufläufe in Paris und die rechtzeitige Entdeckung einiger Verschwörungen, die von den französischen Carbonari (der Charbonnerie) geplant wurden, durch die Geburt des Herzogs von Bordeaux, des späteren Prätendenten Heinrichs V., der sieben Monate nach seines Vaters Berry Ermordung das Licht der Welt erblickte, durch den Tod Napoleons am 5. Mai 1821, endlich durch die Siege bei den Ergänzungswahlen des Jahres 1820 war ihnen so sehr der Mut gewachsen, daß sie über Richelieu hinauszugehen verlangten. Obgleich dieser den Umständen gemäß seiner Politik einen noch konservativeren und klerikaleren Charakter gab als bisher und durch die Aufnahme Villèles in sein Ministerium die Gegnerschaft der Ultras zu brechen suchte, gelang es ihm nicht mehr deren Ansprüche zu befriedigen. Artois selbst, der ihm doch seine Unterstützung feierlich zugesagt hatte, ließ ihn im Stich; der greise König besaß nicht mehr die Kraft ihn zu halten, und so legte er denn im Dezember 1821 sein Amt nieder, nachdem die Rechte und die Linke gemeinsam ihm den Schimpf ins Antlitz geschleudert hatten, er habe um den Frieden zu erhalten die Ehre Frankreichs preisgegeben. Nach jahrelangem vergeblichen Bemühen kam nun endlich die Regierungsgewalt in die Hände der Ultras, deren tüchtigster Staatsmann, Villèle, an die Spitze des neuen Ministeriums trat.

Richelieus zweites Ministerium.

Ministerium Villèle.

Die Revolutionen in den romanischen Ländern.

Der fünffache Kabinettswechsel, den Frankreich in etwas mehr als drei Jahren erlebt hatte, bewies, obgleich er in abgleitender Stufenleiter der Reaktion zu gute gekommen war, doch, daß sich die Grundsätze des parlamentarischen Regimentes in diesem Lande bereits einer bedeutenden Kraft erfreuten, und daß sie als Sicherheitsventil in gefährlichen Krisen dienen konnten, wenn sich nur eine geschickte Hand zu ihrem Gebrauche fand. Ganz anders sah es in den romanischen Halbinseln Europas aus; ihnen brachte das Jahr 1820 blutige Revolutionen. Spanien hatte deren ja seit 1814 schon eine Reihe erlebt, aber wie unglücklich sie auch ausgelaufen waren, so bot die Unzufriedenheit in der Armee ehrgeizigen Offizieren doch immer aufs neue die Möglichkeit, ihr Glück zu versuchen. Mehr noch als die grenzenlose Vernachlässigung seitens der Regierung, das Ausbleiben des Soldes, der Hunger erregte den

Spanien.

Soldaten die Furcht nach Amerika geschickt zu werden. Nicht weniger als 42000 Mann waren in den letzten Jahren über den Ozean gesandt, und der größte Teil derselben war dem fremden Klima, den ungewohnten Mühsalen und dem Schwerte des Feindes erlegen ohne der Sache des Heimatlandes den Sieg zu erringen. Auch die Offiziere waren zum großen Teile unlustig in einen Kampf zu ziehen, der geringe Ehren und noch geringeren Erfolg versprach. Nun sollten aber gerade jetzt neue Truppenmassen abgehen um einen entscheidenden Schlag zu führen. In ihrer Mitte begannen die Verschwörer ihr Werk, und bereits Mitte 1819 sollte vor der Einschiffung in Cadiz der Aufstand beginnen. Allerdings vereitelte der Abfall des vornehmsten Mitverschworenen, des Grafen Abisbal, diesen ersten Entwurf; allein die geheimen Fäden blieben unentdeckt, nur einzelne der Häupter wurden verhaftet, und da Krankheiten die Einschiffung des Heeres verzögerten, so konnte der Plan bald wieder aufgenommen werden. Am 1. Januar 1820 rief Rafael Riego in Cabezas bei Cadiz die mißmutigen Soldaten zur Empörung auf, gewann sie für den Schwur auf die Verfassung von 1812, revolutionierte die Umgegend und nahm das Hauptquartier in Arcos gefangen. Andere Regimenter, von seinem alten Mitverschworenen Quiroga gewonnen, schlossen sich an; aber damit endeten auch die Triumphe; die Garnison von Cadiz blieb treu und ohne den Besitz dieser Stadt war die Lage der Empörer hoffnungslos. Ein paar Wochen lang schlug Riego sich in Andalusien herum; dann verliefen sich seine Leute, und anfangs März schien alles verloren. Aber inzwischen hatte der revolutionäre Funke, der im Süden keinen Brennstoff finden konnte, im Norden gezündet. Im Februar brach unter Espinosas Führung zu Coruña in Galicien ein Militäraufstand aus und verbreitete sich schnell in die Nachbarprovinzen. In Navarra erschien der geflüchtete Mina aus Frankreich; Aragon, Catalonien, Valencia gerieten in Gärung. Darüber erschrak Ferdinand VII. um so mehr, als gleichzeitig die Ermordung des Herzogs von Berry ihm ein drohendes Schreckbild zeigte. Von entscheidender Wirkung war endlich der Abfall des Grafen Abisbal, der, gegen die Aufrührer ausgesandt, am 4. März sich für sie erklärte, als ob er den früheren Verrat durch den späteren sühnen wolle. Es bedurfte jetzt kaum noch der Unruhen, die am 6. März in Madrid ausbrachen, um Ferdinand zu einem erheuchelten Gesinnungswechsel zu bewegen. Sobald er sich ernstlich vor die Wahl gestellt sah: Sturz oder Verfassung von 1812, besann er sich nicht lange, sondern beschwor am 9. März die bitter gehaßte Konstitution. Ein unendlicher Jubel durchzuckte das Land; überall vollzog sich der Umschwung in größter Ordnung; die Wahlen zu den Cortes gingen in Frieden und Mäßigung vor sich; ein freisinniges Ministerium, meist frühere Opfer des Königs, wie Perez de Castro, Arguelles, Herreros, trat an die Spitze der Geschäfte, Quiroga und Riego wurden zu Feldmarschällen ernannt, und die Aufhebung des Jesuiten- und der ihm verwandten Orden, die Einziehung der Klöster

und ähnliche Maßregeln schienen dem Siege des Fortschrittes Dauer zu verschaffen.

Portugal. Um so ansteckender mußte er nach Portugal und Italien hinüber wirken. In Lissabon lagen die Verhältnisse überdies sehr günstig. Der König, Johann VI., war noch immer in Brasilien, und der Regent, Lord Beresford, war im April 1820 gleichfalls dorthin abgereist. Der längst vorbereitete Aufstand sollte am 15. September ausbrechen. Allein da der Plan verraten wurde, schlug der Oberst Sepulveda mit der Garnison von Oporto schon im August los und hatte trotzdem leichtes Spiel. Schnell ergriff die Bewegung das ganze Land und erreichte Lissabon; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, Beresford verbannt, der König zur Rückkehr nach Europa aufgefordert. Selbst die heftigen Parteiungen, die unter den Aufständischen ausbrachen, hinderten den Fortgang der Revolution nicht. Als Beresford zurückkam, stand er ohnmächtig den neuen Verhältnissen gegenüber; nicht einmal die Landung ward ihm gestattet. Auch der König hielt es für gut sich zu fügen. Er genehmigte sofort die Berufung der Cortes, die auf Grundlage der spanischen Verfassung eine portugiesische Konstitution entwerfen sollten, und entschloß sich dann auch, wenngleich ungern und nur unter dem Drucke seines ältesten Sohnes Dom Pedro, nach Europa zurückzukehren. Dieser hingegen blieb in Brasilien, anfangs als Regent; doch mußte er bald dem Drängen des Landes, das ebenso wenig wie die spanischen Kolonieen in ein Abhängigkeitsverhältnis zurückkehren wollte, nachgeben und sich zum konstitutionellen Kaiser Brasiliens ausrufen lassen. Der zweite Sohn Johanns, Dom Miguel, begleitete den Vater nach Europa zurück und suchte in Gemeinschaft mit seiner Mutter Carlota den König von der Annahme der Verfassung abzuhalten. Allein die Macht der Verhältnisse war stärker als ihre Zettelungen; Johann VI. beschwor vor seiner Landung die soeben, am 27. Juni 1821, vollendete Verfassung, und Portugal erfreute sich für einige Jahre in Ruhe der neuen Staatsformen, die es sich gegeben.

Italien. In Italien hatte sich zwar eine gärende Unzufriedenheit fast über alle Teile des Landes verbreitet. aber es fehlte viel daran, daß dieselbe überall in der gleichen Richtung und nach den gleichen Zielen wirkte. Während Toscana sich verhältnismäßig gleichgültig verhielt, kümmerte man sich in Neapel wenig um den Rest der Halbinsel, sondern hatte nur eine Besserung der eigenen Zustände im Auge, und Sicilien trachtete gar danach sich seinerseits von Neapel loszureißen; während man im Kirchenstaate, besonders in den nördlichen Provinzen, gegen die Priesterherrschaft sich auflehnte, arbeitete in der Lombardei die Priesterschaft mit dem Adel an der Vertreibung der Österreicher und richtete sich in Sardinien der Haß gleichmäßig gegen die Fremden und den einheimischen Adel. Zu einer einheitlichen Erhebung fehlte es daher an den ersten Vorbedingungen. Dagegen war besonders Neapel der Einwirkung des spanischen Beispieles sehr zugänglich, teils wegen der alten

Verbindung, die zwischen beiden Ländern bestand, teils weil die Armee nirgends so sehr von den Carbonari durchwühlt und dadurch den Einflüssen ehrgeiziger Generale preisgegeben war. So zündeten denn hier die Nachrichten aus Spanien am schnellsten. Von Nola aus zog Leutnant Morelli am 2. Juli 1820 mit einem Haufen Soldaten nach Neapel und gewann unterwegs so große Verstärkung, daß die Minister jeden Gedanken an Widerstand fahren ließen, zumal auch der volkstümlichste unter den Generalen, Wilhelm Pepe, am 5. Juli mit einem Dragonerregimente aus der Hauptstadt abzog und sich für die spanische Verfassung von 1812 erklärte. Einen Augenblick hoffte der König durch eine erheuchelte Krankheit sich selbst aus der Verlegenheit ziehen und den geforderten Eid und voraussichtlichen Eidbruch seinem Sohne zuschieben zu können. Allein Pepe, der sich zum Oberbefehlshaber aller königlichen Truppen ernennen ließ, verlangte neben dem Gelöbnisse des Prinz-Regenten auch das des Königs; und nun leistete dieser nicht bloß den Schwur, sondern fügte demselben aus eigenem Antriebe noch das Gebet hinzu, daß, wenn er lüge, Gott in diesem Augenblicke die Blitze seiner Rache auf ihn lenken möge. Neapel war außer sich vor Entzücken über diese gründliche Bekehrung; doch sollte in den Freudenbecher bald ein bitterer Tropfen fallen. Kaum war die Kunde der Ereignisse nach Sizilien gedrungen, so erhob sich das Volk von Palermo mit der Forderung, die Insel solle in Verfassung und Verwaltung von dem Festlande getrennt und nur durch Personalunion mit ihm verbunden sein. Nach wüsten Szenen mußte der Statthalter Naselli am 18. Juli fliehen, und Fürst Villafranca bildete eine provisorische Regierung. Die ganze Insel fügte sich, bis auf vier Städte, entweder freiwillig dem neuen Regiment, oder wurde in blutigem Bürgerkriege, der gegen 4000 Opfer forderte, dazu gezwungen. Allein Pepe mit seinen Genossen war nicht gewillt das Geschehene anzuerkennen; er schickte seinen Bruder Florestan mit 9000 Mann auf die Insel und das blutige Ringen begann von neuem. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es den Aufstand zu brechen: am 5. Oktober kapitulierte Palermo. Da jedoch die Unterwerfung nur eine erzwungene war, sah man sich genötigt die besten Truppen auf der Insel stehen zu lassen. Inzwischen hatte Metternich bereits die ersten Schritte zu einer bewaffneten Einmischung gethan und, während Österreich rüstete, die Einladungen zu einem neuen Monarchen- und Ministerkongresse erlassen, der am 20. Oktober 1820 zu Troppau in Oesterreichisch-Schlesien zusammentrat. England und Frankreich waren durch Gesandte vertreten, Stewart und Caraman, die beide große Zurückhaltung beobachteten; der Zar war mit seinem Bruder Nikolaus, mit Kapodistria und Nesselrode, der König von Preußen mit dem Kronprinzen, Hardenberg und Bernstorff erschienen. In den allgemeinen Anschauungen der drei Monarchen herrschte von Anfang an große Übereinstimmung; Alexander insbesondere hatte seine liberalisierenden Ideen ganz zurückgedrängt und wurde durch eine an sich unbedeutende Meuterei

Neapel.

Sizilien.

Der Kongreß von Troppau.

des Garderegimentes Semenow, von welcher er Mitte November die Nachricht erhielt, in seiner Revolutionsfurcht noch mehr bestärkt. Wenige Tage darauf, am 19. November, unterzeichneten die drei Ostmächte ein Protokoll, in welchem sie grundsätzlich jeden Staat, in dem die Revolution zur Herrschaft komme, von der großen europäischen Allianz ausgeschlossen erklärten und sich das Recht beilegten ihn durch Güte oder durch Zwang wieder auf den Boden der legitimen Ordnung zurückzuführen, Grundsätze, die trotz Englands und Frankreichs Protest alsbald auf Neapel angewandt wurden. Die drei Monarchen beschlossen mit der revolutionären Regierung überhaupt nicht zu verhandeln, sondern den König Ferdinand einzuladen zu ihnen zu kommen und mit ihnen die Maßregeln, welche das Beste seines Volkes erheischen möchte, zu vereinbaren. Nur ihm persönlich, nicht irgend einem Vertreter galt diese Einladung; werde er gehindert ihr zu folgen, so wollte man darin einen Beweis seiner Unfreiheit sehen und ihn mit Gewalt befreien. Als Ort der Zusammenkunft wurde teils wegen des rauhen Troppauer Klimas, teils um die Reise abzukürzen Laibach bestimmt, als Zeitpunkt die ersten Tage des Januars 1821. Die Gesandten Englands und Frankreichs waren nicht bevollmächtigt diesen Beschlüssen beizutreten; doch richtete Ludwig XVIII. an den König von Neapel nachträglich ein Schreiben, worin auch er ihm empfahl, der Einladung der drei Monarchen zu folgen; das englische Ministerium war trotz seiner reaktionären Gesinnung doch nicht in der Lage diese Maßregeln und die Kriegserklärung, welche die drei Monarchen gegen die „tyrannische Macht der Rebellion und des Lasters" erließen, anzunehmen. In Neapel riefen die Troppauer Beschlüsse zunächst allerdings eine furchtbare Aufregung hervor; allein dieselbe legte sich schnell, als der König überschwängliche Versicherungen seiner Anhänglichkeit an die neuen Zustände gab und sich erbot vier Parlamentsmitglieder als Zeugen und Ratgeber mit sich nach Laibach zu nehmen; ja man lehnte dieses Anerbieten sogar dankend ab, da man wisse, daß das Herz des Sohnes Karls III. ein Tempel der Treue sei. Der König reiste also nach Laibach, wo er am 5. Januar eintraf und sich alsbald den Absichten Metternichs die alten Zustände durch eine bewaffnete Einmischung Österreichs wieder herzustellen gefügig anbequemte. Während man in Neapel an der neuen Verfassung weiter arbeitete und nach ihrer Vollendung am 31. Januar 1821 sich des erneuten Schwures freute, mit dem der Prinz-Regent sie bekräftigte, beschlossen die Ostmächte im Einverständnisse mit den italienischen Fürsten und trotz der matten Einsprache Englands und Frankreichs die Entsendung eines österreichischen Heeres, dem ein russisches folgen sollte; der treue König Ferdinand erklärte seinen Eid für erzwungen und befahl schriftlich den revolutionären Behörden sich aufzulösen. Anfang Februar überschritt General Frimont mit 43 000 Österreichern die lombardische Grenze und rückte gegen Neapel vor. Hier war der Wille zum Widerstande größer als die Kraft. Zwei Heere,

Der Kongreß von Laibach.

Die Österreicher gegen Neapel.

unter Pepe und Carrascosa, zusammen kaum 25 000 Mann, eilten an die Grenze. Ein einziges Gefecht, das Pepe bei Rieti am 7. März lieferte, genügte um ihre Niederlage zu entscheiden; Carrascosas Truppen liefen ohne Kampf auseinander und vierzehn Tage später wurde Neapel dem Grafen Ficquelmont, dem designierten österreichischen Gesandten, durch Kapitulation übergeben. Das Parlament war vorher unter Protest auseinandergegangen, die Hauptführer hatten sich durch die Flucht gerettet; triumphierend konnte der österreichische Beobachter melden, als Farce habe geendigt, was sich ruhmredig als Tragödie angekündigt. Aber der tragische Schluß sollte doch nicht fehlen. Hunderte von Todesurteilen wurden gefällt, viele der angesehensten Männer in die österreichischen Festungen geschleppt, der ganze Carbonari-Bund in die Acht gethan, einzelne seiner Mitglieder auf Eseln durch die Straßen geführt und öffentlich ausgepeitscht. Auch Sizilien wurde von den Österreichern wieder unterworfen; hier wie dort beseitigte König Ferdinand, der im Mai in sein Land zurückkehrte, alle liberalen Einrichtungen; die Universitäten wurden geschlossen, die Jesuiten zurückberufen; eine tolle Polizeiwirtschaft tyrannisierte, von Canosa geleitet, unter dem Schutze der österreichischen Waffen das ganze Land, und das Banditenwesen, durch politische Zuzügler verstärkt, nahm einen neuen ungeahnten Aufschwung. Auch nach dem Tode Ferdinands I. dauerten unter seinem Sohne Franz I. (1825—1830) diese schauderhaften Zustände fort.

Revolution in Sardinien.

Man hätte meinen sollen, das übrige Italien, das während des ganzen Jahres 1820 das Beispiel von Neapel nicht nachgeahmt hatte, würde nach dem Beginn des österreichischen Heereszuges noch weniger Neigung dazu gefühlt haben. Im allgemeinen traf diese Erwartung auch zu, besonders in Mittelitalien, wo sich bald die österreichischen Truppen zeigten, und in der Lombardei, wo schon seit Monaten kräftige Vorsichtsmaßregeln ergriffen und die Häupter der liberalen Partei, unter ihnen Graf Confalonieri und der gefeierte Dichter Silvio Pellico, zu langjähriger Haft in österreichische Festungen geschickt waren. Aber in Sardinien erweckte das Vorrücken der Österreicher andere Gedanken. Was schien einfacher als, während jene nach Neapel zogen, in die Lombardei einzufallen, diese aufzuwiegeln und dann in Gemeinschaft mit den Süditalienern die Österreicher von beiden Seiten zu fassen? Zum Gelingen dieses Planes war neben vielem sonst besonders Eines erforderlich: man mußte in Sardinien selbst sehr schnell die Gewalt erringen. Dazu aber lagen die Verhältnisse günstig. Wenn man den längst schon regierungsmüden König Viktor Emanuel zur Entsagung bewog, so war der Nächstberechtigte zwar dessen Bruder Karl Felix; aber der war zur Zeit außer Landes, und da er keine Kinder hatte, so mußte bis zu seiner Rückkehr die Regentschaft an Karl Albert, das Haupt der Seitenlinie Savoyen-Carignan, fallen, der, in liberalen Ideen erzogen und gut italienisch gesinnt, fälschlich selbst für ein Mitglied der Carbonaria galt. Da Eile not that, konnte man freilich nicht auf seine

Karl Albert.

unbedingte Zustimmung warten. Ohne sie erlangt zu haben (der Prinz gab sie und zog sie wieder zurück), begann der Militäraufstand am 10. März in Alessandria, also drei Tage nach der Niederlage der Neapolitaner, von der man aber noch nichts wußte. Eine provisorische Regierung, an ihrer Spitze der edle und tapfere Graf Santa Rosa, erklärte dem Volke, daß, wenn das Heer sich jetzt vorübergehend von den Gesetzen des militärischen Gehorsams entferne, die Not des Vaterlandes es dazu ebenso verpflichte wie 1813 das preußische Heer unter York. Große Begeisterung erregte dieser Aufruf eben nicht, aber die Bewegung übertrug sich doch auch nach Turin und erzielte hier die gewünschten Folgen. Viktor Emanuel dankte am 12. März zu gunsten seines Bruders ab und ernannte Karl Albert einstweilen zum Regenten. Dieser beschwor, durch neue Tumulte gedrängt, die spanische Verfassung von 1812, behielt aber freilich, da ihm der Aufstand kein Vertrauen einflößte und im Falle des Mißlingens für ihn der Verlust der Thronfolge in Aussicht stand, die Genehmigung des neuen Königs vor und erbat sich von diesem Verhaltungsbefehle. Sie lauteten dahin, daß er auf der Stelle Turin verlassen und sich zu den treuen Truppen, welche General La Torre in Novara sammelte, begeben solle. Unterwürfig und berechnend gehorchte er diesem Befehle am 20. März durch die Flucht, legte in Novara die Regentschaft nieder und stellte sich zur Verfügung des Königs. Damit war über die Revolution das Todesurteil gesprochen, umsomehr, als in Neapel ja auch alles zu Ende war. Vergeblich versuchte Santa Rosa, die Seele des Aufstandes, noch bewaffneten Widerstand. Am 8. April wurden die 4000 Mann unter Oberst Regis, über welche der Aufstand noch gebieten konnte, bei Novara von La Torre und dem Österreicher Bubna geschlagen, und die Häupter der Empörung mußten froh sein, daß es ihnen gelang, sich nach Spanien, Griechenland und Frankreich zu flüchten. Von den Todesurteilen, die gegen sie gefällt wurden, konnten nur zwei vollstreckt werden.

Karl Felix König.

Metternich durfte mit Befriedigung auf den glücklichen Ausgang sehen, den seine Versuche zur Beruhigung Italiens gehabt hatten. Aber er war damit und mit dem unbedingten Einflusse, den ihm das Verbleiben österreichischer Truppen in Neapel und Sardinien verbürgte, noch nicht zufrieden. Er wollte diesen in Sardinien, wo er durch den Tod des Königs leicht gefährdet werden konnte, dauernd machen und scheint zu dem Zwecke eine Zeitlang den Gedanken Karl Albert von der Thronfolge auszuschließen gebilligt zu haben. Allein solch ein Verstoß gegen das Legitimitätsprinzip hatte doch gar zu viel Bedenkliches; weder Alexander noch auch nur Kaiser Franz konnten sich damit befreunden, und so erklärte sich denn auch Metternich dagegen. Andererseits aber mochte es ihm ganz lieb sein, daß der Herzog von Modena, der Sardinien für sich zu gewinnen hoffte, und selbst der König Karl Felix diesen Plan noch länger verfolgten, auch nachdem der Herzog von Carignan seine politische Rechtgläubigkeit dadurch neu bekräftigt hatte,

Die sardinische Thronfolge.

daß er unter Frankreichs Fahnen in Spanien gegen die Revolution kämpfte. Erst im Jahre 1825 wurde ihm volle Verzeihung zu teil, und Metternich wußte es geschickt so einzurichten, daß die Fürsprache seines Kaisers die Versöhnung des Prinzen mit dem Könige Karl Felix zuwege brachte. Auf diese Weise hoffte er auch den künftigen Herrscher Sardiniens durch die Bande der Dankbarkeit und des Abhängigkeitsgefühls an Österreich gekettet zu haben. Der übrigen Fürsten Italiens war er fürerst völlig sicher, und was ihn noch mehr beruhigte, auch Alexander war so völlig in seine Ideen eingegangen wie noch nie zuvor. Daß er auf England gleichfalls sicher bauen könne, davon überzeugte er sich bei der Zusammenkunft, die er im Oktober 1821 in Hannover mit Georg IV. und Castlereagh hatte. Da ihm Preußen und die deutschen Fürsten mit wenigen Ausnahmen ohnedies gewiß waren, durfte er sich ohne Übertreibung als den Mittelpunkt der europäischen Politik betrachten. Diese bot allerdings auch nach der Bezwingung der italienischen Revolution noch erhebliche Schwierigkeiten. Nicht ohne Sorge blickte Metternich auf die Parteikämpfe in Frankreich; ein ganz neues Problem von eigenartiger Beschaffenheit war noch während des Laibacher Kongresses in dem griechischen Aufstande zu Tage getreten; und endlich behauptete sich in Spanien die Revolution noch immer und war schwer zu fassen. Ein neuer Monarchenkongreß, der im Oktober 1822 in Verona zusammentrat, sollte diesen bedrohlichen Fragen gegenüber die Einmütigkeit der großen Mächte von neuem befestigen.

Spanien.

In Spanien hatte sich um diese Zeit der Liberalismus schon fast drei Jahre, wenn auch in wechselnden Ministerien, am Ruder gehalten. An Versuchen ihn zu stürzen fehlte es freilich nicht; schon im Juni 1820 wurde Ferdinand bei einem Anschlage ertappt sich gewaltsam aus den verhaßten Banden zu befreien; mit dem Ministerium Arguelles überwarf er sich völlig, lange ehe er es im März 1821 entließ und ihm zwar Nachfolger von derselben politischen Farbe, aber ohne geistige Bedeutung und ohne Ansehen im Volke gab. Und doch bedurfte Spanien der Männer von Kraft und Einfluß so dringend! Denn überall in den Provinzen regten sich die Unzufriedenen. In Castilien sammelte der Pater Merino, der einst im Franzosenkriege als Bandenführer geglänzt, die Scharen seiner „Glaubensarmee" um für die Kirche und den unumschränkten König zu kämpfen; in den pyrenäischen Berglanden rotteten sich gleichgesinnte Haufen zusammen, an ihrer Spitze zum Teil berüchtigte Schmuggler und Räuber; von dem benachbarten Frankreich aus nährten die flüchtigen Häupter der Reaktion, wie Mataflorida und Eguia, diese Erhebungen und stützten sie durch Waffen und Geld. Und auf der anderen Seite wiederum erhoben sich in Cadiz, in Valencia, in Aragon die radikalen Exaltados, erbittert darüber, daß Riego im September seines Oberbefehls in Aragon entsetzt war, weil er im Verdachte stand an einer republikanischen Bewegung in Spanien und Frankreich zu arbeiten; in Madrid selbst erstürmte der Pöbel im Mai 1821 ein Gefäng-

nis und mordete den dort eingeschlossenen Vinuesa, einen Kaplan des Königs; die Klubs nahmen überhand und beherrschten die Stadt und die Cortes, in denen doch die Moderados, die Gemäßigten, die Mehrheit hatten. Als unter solchen Verhältnissen die Neuwahlen für die Cortes von 1822 vollzogen wurden, errang die äußerste Partei einen vollständigen Sieg, der sich in der Erhebung Riegos zum Präsidenten äußerlich kundgab. Nun glaubte auch Ferdinand sich mit brauchbaren Ministern umgeben zu müssen und ersetzte am 28. Februar 1822 das zweite Moderadokabinett durch ein drittes, an dessen Spitze der bedeutendste Mann der Partei, Martinez de la Rosa, trat. Heimlich aber förderte er nach Kräften die reaktionären Erhebungen, die besonders im Norden an Kraft wuchsen. Mataflorida kam selbst über die Pyrenäen und stellte sich an die Spitze einer Regentschaft, die in der Bergfestung Seo d'Urgel ihren Sitz nahm. Alles das aber ging dem Könige noch zu langsam. Ungeduldig suchte er sich im Juli 1822 auf eigene Faust zu helfen und ließ seine Garde bearbeiten die Konstitution in der Hauptstadt selbst umzustoßen. Indes auch dieser Versuch mißlang; die Garde wurde am 7. Juli in den Straßen Madrids besiegt, und der König kam aus dem Regen in die Traufe. Statt seines bisherigen gemäßigten Ministeriums mußte er ein neues aus der Partei der Exaltados bilden, an dessen Spitze San Miguel stand. Verzweiflungsvoll wandte er sich nun an Ludwig XVIII. und bat ihn in einem eigenhändigen Briefe vom 28. Juli um Hilfe. Seit Beginn des Jahres war in Frankreich an Richelieus Stelle Villèle getreten, von dem sich Mitgefühl mit der Lage des spanischen Königs wohl erhoffen ließ. Allein selbst Villèle trug Bedenken sich auf der Halbinsel, die Napoleon nicht hatte bezwingen können, die Finger zu verbrennen; er meinte, man müsse den Vulkan von selbst ausbrennen lassen, und gab seinen Abgesandten zum Veroneser Kongresse die Weisung mit Frankreich zu nichts zu verpflichten. Diese Haltung entsprach vollkommen den Wünschen Metternichs, nicht aber denen Alexanders, der eine französische Expedition nach Spanien mit 150 000 Mann zu unterstützen bereit war und seine Politik in die bündige Formel faßte: La guerre contre l'Espagne par la France, avec la France, sans la France — contre la France. Die Persönlichkeit der französischen Diplomaten kam ihm bei solchen Plänen sehr zu statten. Der eine, Montmorency, der Minister des Auswärtigen, war ganz im Gegensatze zu Villèle ein eifriger Freund der Einmischung und handelte den Weisungen, die er aus Paris mitgebracht, geradezu entgegen; der andere, Chateaubriand, der bekannte Dichter, kannte kein höheres Ziel als die Gunst des Zaren für sich zu gewinnen, und so unterzeichneten beide am 19. November ein Protokoll, in welchem die Ostmächte sich zur Unterstützung Frankreichs bereit erklärten und gewisse Möglichkeiten wie die Ermordung, Absetzung oder Anklage des Königs als Kriegsgründe hingestellt wurden; durch drohende Noten der vier Mächte sollte Spanien gleichzeitig zu einer Entscheidung gedrängt werden. Das Ministerium

Der Kongreß von Verona.

Die Einmischung in Spanien.

San Miguel ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. Gerade jetzt gelang es ihm durch Mina die Regentschaft aus Seo d'Urgel zu vertreiben und über die Grenze zu jagen; außerdem rechnete es auf England, das sich gegen den Veroneser Beschluß erklärte, da nicht mehr Castlereagh, sondern seit vier Monaten Canning am Ruder saß, und dieser schon nachdrücklich in das liberale Fahrwasser einlenkte. Auch mochte es hoffen, daß Villèle seinen früheren Ansichten treu bleiben und eine bewaffnete Einmischung nicht billigen werde. Aber diese Hoffnung trog. Allerdings wurde Montmorencys Politik vom König verworfen, so daß er aus dem Ministerium schied; aber es ersetzte ihn Chateaubriand und diesem gelang es auch Ludwigs XVIII. Widerstand zu besiegen. Als Spanien die in Verona gestellten Forderungen am 9. Januar 1823 endgültig ablehnte und die Gesandten der Ostmächte darauf sofort Madrid verließen, entschloß sich der König seinen Neffen Angoulême mit einem Heere nach der Halbinsel zu senden. Villèle gab nach und die Thronrede vom 27. Januar 1823 kündigte den Kammern an, daß 100 000 Mann bereit ständen, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. Die Opposition dagegen war machtlos; sie wurde von der Mehrheit niedergeschrieen, und einer ihrer Führer, Manuel, der die französische Einmischung in Spanien mit dem Einmarsche der Preußen in Frankreich im Jahre 1792 verglich und von ihr dieselben Folgen — die Hinrichtung des Königs — voraussagte, erregte als Verteidiger des Königsmordes solche Entrüstung, daß er aus der Kammer ausgestoßen und, als er sich nicht willig fügte und die Nationalgarde ihn fortzuführen sich weigerte, von Gendarmen weggeschleppt wurde.

Einmarsch der Franzosen.

Angoulême überschritt nun die Pyrenäen und drang mit fünf Armeekorps in Spanien vor. Der Widerstand, auf den er stieß, war unbedeutend; die Hauptstadt zu verteidigen machten die Liberalen nicht einmal den Versuch; sie verlegten den Sitz der Regierung und der Cortes schon Ende März nach Sevilla und schleppten auch den König mit dorthin, der vergebens durch ein Zeugnis seiner Ärzte zu beweisen suchte, daß sein Gesundheitszustand diese Reise nicht gestatte. Auch in Sevilla war der Aufenthalt nicht von langer Dauer; als der Einzug der Franzosen in Madrid am 23. Mai 1823 und die Einsetzung einer Regentschaft für den „gefangenen" König bekannt wurde, beschlossen die Cortes nach Cadiz zu gehen, erklärten den König, der ihnen nicht folgen wollte, am 11. Juni für unzurechnungsfähig, ernannten eine Regentschaft und führten Ferdinand gewaltsam fort. Vor dem Schicksale Ludwigs XVI. bewahrte ihn eigentlich nur die Furcht der Liberalen, die über den Ausgang ihrer Sache umsoweniger in Zweifel sein konnten, als ihre hervorragendsten Generale, Abisbal, Morillo, Ballesteros, sie verrieten und ihren Frieden mit den Franzosen machten. Als daher im August der ernstliche Angriff auf Cadiz begann und die Einnahme des Trocadero, eines festen Inselforts, am 31. die letzte Entscheidung nahe rückte, dachten sie den Monarchen wenigstens als Pfand zu benutzen um persönlich leidliche Be-

Ende der Revolution.

dingungen bei ihrer Unterwerfung zu erreichen, ließen sich von ihm Begnadigung versprechen und schickten ihn am 1. Oktober ins französische Lager. Einige Millionen, die Chateaubriand zu Bestechungen angewandt hatte, beschleunigten diesen Schritt. Die Stadt wurde übergeben; die Klügeren unter den Liberalen flüchteten sich eiligst nach Gibraltar. Sie sollten sich bald zu dieser Vorsicht Glück wünschen; denn noch am 1. Oktober erklärte Ferdinand alles, was seit dem 7. März 1820 geschehen, für ungültig und begann die Verfolgung seiner Feinde in einer Weise, welche die Franzosen und besonders den gemäßigten Angoulême mit Abscheu erfüllte. Riego, der anfangs September in der Sierra Morena gefangen worden war, wurde unter groben Mißhandlungen nach Madrid geschleppt, dort von einem Esel in einem Korbe nach dem Richtplatz geschleift und unter dem Jubelgeschrei des Pöbels gehenkt. Acht Tage später hielt der König auf 20 Fuß hohem Triumphwagen, den hundert Menschen zogen, von Tänzern und Tänzerinnen umschwärmt, seinen Einzug in Madrid. Das spanische Volk jauchzte dem Tyrannen zu, der in Calomarde und Espanna Männer fand, welche bereitwillig der blindesten Reaktion ihren Arm liehen, und der beinahe Freude darüber zu empfinden schien, daß eine neue Revolution ihm neue Opfer seiner Grausamkeit geliefert hatte.

Portugal.

Ihr Nachspiel fanden diese Vorgänge in Spanien wie üblich in Portugal. Beim Vorrücken der Franzosen erhob sich die absolutistische Partei; des Königs zweiter Sohn, Dom Miguel, stellte sich an die Spitze der Truppen und forderte von Villafranca aus den Umsturz der Verfassung. Nach einigem Schwanken begab sich der König zu ihm, löste die Cortes am 2. Juni auf, und das alte Regiment begann von neuem, wenn auch der englische Einfluß ein blindreaktionäres Wüten verhinderte: das neue Ministerium begnügte sich die Häupter der Gegenrevolution zu belohnen, ohne die Häupter der Liberalen zu verfolgen.

Auflehnung Dom Miguels.

Damit waren aber die Führer der ersteren, und besonders Dom Miguel, durchaus nicht zufrieden. Im Einverständnisse mit seiner Mutter Carlota versuchte der Prinz im Mai 1824 einen Staatsstreich, der aber völlig mißlang. Die Minister flüchteten auf ein englisches Kriegsschiff, das im Hafen von Lissabon lag, und auch der König, der sich von seinem

Seine Verbannung.

Sohne wie ein Gefangener behandelt sah, entkam dorthin. Ein kräftiger Aufruf setzte dem Volke die Sachlage auseinander und bewirkte einen allgemeinen Abfall von Dom Miguel, der, vom Könige verbannt, sich zu Metternich nach Wien begab. Cannings Einfluß war von da ab stark genug um ein gemäßigtes Regiment zu verbürgen, bis der Tod des Königs, am 10. März 1826, neue und ernstere Verwickelungen heraufbeschwor, die zugleich die gänzliche Trennung Brasiliens von dem Mutterlande vollendeten.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe.

Brasilien hatte durch die Übersiedelung des königlichen Hauses seit dem Jahre 1808 eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren; aus der abhängigen Kolonie, die in jedem Kleinsten vom Mutterlande Befehl und Weisung erhielt, war ein selbständiges Königreich geworden; die Häfen, bis dahin nur portugiesischen Schiffen geöffnet, standen jetzt allen Völkern offen und den Engländern überdies unter ausnehmend günstigen Bedingungen. Schon hatten sich zahlreiche Kaufleute in den wichtigsten Städten, in Rio, Bahia, Pernambuco, Para, niedergelassen und dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben einen europäischen Anstrich gegeben. Der Gedanke in die früheren Kolonialzustände zurückgeworfen zu werden war daher den Brasilianern ebenso schreckhaft wie verabscheuenswert, und sie wünschten dringend, daß die königliche Familie gar nicht wieder nach Europa zurückkehre. Allerdings gab es im Lande, besonders im Norden, auch eine republikanische Partei, die nach dem Beispiele der spanischen Kolonieen Brasilien in einen Bund von Freistaaten umzuwandeln dachte und in der Rückkehr Johanns VI. nach Europa eine Förderung ihrer Pläne erblickt haben würde; aber sie war in der Minderheit und ihre Aufstandsversuche wurden 1817 schnell unterdrückt. So eifrig nun die Brasilianer den König in Rio festzuhalten wünschten, so dringend verlangten die Portugiesen seine Heimkehr und fanden dabei eine Stütze an des Königs ältestem Sohne Dom Pedro, der als Regent an des Vaters Statt zurückgelassen zu werden hoffte. Die Revolution von 1820 kam ihm dabei zu Hilfe; wollte Johann VI. Portugal nicht verlieren, so mußte er eilen sich nach Lissabon einzuschiffen; ungern freilich trennte er sich von den behaglicheren Verhältnissen, in denen er zu Rio lebte; aber Pedro drängte, und so reiste er im April 1821 ab. Was die Brasilianer gefürchtet, trat nun schnell ein. Die Cortes in Lissabon suchten in der That das Königreich wieder zur Kolonie herabzudrücken und verlangten, daß auch Dom Pedro nach Europa zurückkehre. Statt dessen nahm dieser im Mai 1822 den Titel eines „konstitutionellen Verteidigers von Brasilien" an und berief eine verfassunggebende Versammlung, welche die Unabhängigkeit des Landes aussprach und ihn am 12. Oktober als Kaiser ausrief. Der Widerstand, den Portugal dieser Losreißung entgegensetzen konnte, war nur gering. Eine brasilianische Flotte unter dem Befehle des Engländers Cochrane, der schon mehrere Jahre lang für die Unabhängkeit des spanischen Südamerika gefochten hatte und im März 1823 in Pedros Dienste trat, verjagte die portugiesischen Schiffe aus den Städten des Nordens, so daß nach wenigen Monaten das ganze Land frei war. Auch die innere Ordnung wurde ohne erhebliche Schwierigkeiten begründet. Zwar überwarf sich der Kaiser mit der verfassunggebenden Versammlung und jagte sie im November 1823 auseinander; aber die Konstitution, die er im folgenden Januar in Kraft setzte, fand doch meistenteils Zustimmung,

Brasilien.

Dom Pedro I.

und wo die Republikaner sich dagegen auflehnten, wie in Pernambuco, stellte Cochranes Flotte bald die Ruhe wieder her. Keine Macht sah diese Befestigung des neuen Staates mit größerem Wohlgefallen als England, und Canning war eifrig bemüht die Anerkennung Brasiliens durch Portugal zu erwirken. Sir Charles Stuart reiste in seinem Auftrage nach Lissabon und Rio und brachte am 29. August 1825 einen Vertrag zustande, kraft dessen Brasilien 2 Millionen Pfund von der portugiesischen Schuld übernahm und dafür in seiner Selbständigkeit anerkannt wurde. Nur über die Thronfolge war eine Verständigung noch nicht erreicht, als Johann VI. starb und kraft des Rechtes der Erstgeburt Pedro die portugiesische Krone erbte, die zu tragen ihm die brasilianische Verfassung doch verwehrte. Er schwankte nicht lange, welche Wahl er zu treffen habe. Indem er zu gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria auf Portugal verzichtete und diese Tochter mit seinem Bruder Miguel verlobte, zerschnitt er endgültig das Band, das Brasilien noch mit dem Mutterlande verknüpfte. War ihm selbst auch noch eine bedeutende Rolle in der Geschichte Portugals beschieden, so wurde Brasilien doch von dieser seiner persönlichen Politik nicht berührt, sondern behauptete seine selbständige Stellung.

Die spanischen Kolonieen.

Reicher an Wechselfällen und ärmer an segensreichen Folgen waren die Kämpfe, in welchen sich Spaniens amerikanische Kolonieen vom Mutterlande losrissen. Die Neigung war dazu durch den amerikanischen Freiheitskrieg geweckt worden, trotz, ja zum Teil dank den Reformen, welche Karl III. in Spanien einführte und die auch ihnen zu gute kamen. Der Handel nach Amerika, der bis dahin das ausschließliche Recht weniger gewesen war, nahm, von diesen Schranken befreit, einen solchen Aufschwung, daß sein Wert von 1778 bis 1788 von 150 auf 1100 Millionen Realen stieg, ungerechnet den Schmuggelverkehr mit den englischen Antillen, der großen Gewinn abwarf. Aber eben dieses Wachsen des Wohlstandes und der Verkehrsfreiheit erweiterte auch den Blick und schärfte ihn für das Vernunftwidrige der bestehenden Verhältnisse. Dazu kamen die großen Ereignisse in Europa, der Anschluß Spaniens an die französische Politik, seine Verfeindung mit England. Zunächst waren es freilich nur einzelne Männer, die daraufhin an der spanischen Herrschaft zu rütteln wagten, unter ihnen besonders der Venezolaner Miranda, der seit Jahren mit Pitt in Verkehr stand und 1806 eine Landung in Venezuela versuchte, die allerdings kläglich mißlang. Den englischen Staatsmännern behagte der Gedanke wohl, gegenüber den Königreichen von Napoleons Gnaden, die in Europa entstanden, auf den Trümmern der spanischen Macht in Amerika Königreiche unter Englands Schutz zu gründen; aber die Kräfte des Inselreiches waren schon ohnedies so gewaltig angespannt, daß es unmöglich schien, sich auf neue Wagnisse einzulassen. Wenn dies doch, z. B. 1806 in Buenos Aires, geschah, so waren das eigenmächtige Schritte verwegener Flottenführer, die daheim keine Billigung fanden. Mit der Umwandlung Spaniens in

ein französisches Königreich wuchs indes das Unabhängigkeitsgefühl in den Kolonieen plötzlich in unerwartetem Maße; keine derselben erkannte den König Josef an; der rechtmäßige Herrscher war in französischer Gewalt; die Centraljunta, welche in Spanien den Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung leitete, war außer stande sich um die Dinge in Amerika viel zu kümmern; sie nahm gern die reichen Geldsendungen in Empfang, welche ihr von dort zuflossen, sandte auch Statthalter hinüber und räumte den Kolonieen Sitze in ihrer Mitte und in den Cortes ein; aber sie vermochte nicht zu hindern, daß in allen sechs Reichen (Mexiko, Peru, Neu-Granada, Venezuela, Buenos Aires und Chile) Parteien erstanden, welche die unabhängige Verwaltung der Kolonieen, übrigens unbeschadet der königlichen Rechte Ferdinands VII., auf ihre Fahne schrieben. Die Bedrängnis, welche das Jahr 1810 über die Centraljunta brachte, und ihr Rückzug nach Cadiz gab überall den Anstoß zum Losbruch der Bewegung. Im April bildeten sich in Caracas (Venezuela), im Mai in Buenos Aires und weiterhin in den übrigen Hauptstädten Regierungsausschüsse, die im Namen Ferdinands VII. die Verwaltung übernahmen und die bisherigen Statthalter verdrängten; nur in Peru behauptete sich das alte Regiment ohne Kampf. Allein auch in den übrigen Provinzen zählte das frühere Verhältnis zum Mutterlande noch viele Anhänger, und auf diese gestützt suchten die Statthalter das Verlorene wiederzugewinnen. Von Peru aus wurde schon 1812 Ober-Peru (das jetzige Bolivia) und Quito wieder unterworfen und dann von dort Buenos Aires, von hier Neu-Granada bedroht, während gegen Chile ein Angriff zur See vorbereitet ward. Venezuela dankte seiner Lage eine größere Sicherheit; deshalb nahmen hier die Verhältnisse auch zuerst eine festere Gestalt an; ein von Miranda geleiteter Kongreß erließ am 5. Juli 1811 eine Unabhängigkeitserklärung und gab im Dezember dem Lande eine Verfassung. Ein furchtbares Naturereignis war es, das dieses schnell errichtete Gebäude ebenso schnell wieder umstieß. Am 26. März 1812 ward der Norden Venezuelas von einem entsetzlichen Erdbeben heimgesucht, das eine Menge von Städten zerstörte und allein unter den Trümmern von Caracas 10000 Menschen begrub. Unter Hinweis auf diesen sichtbaren Finger Gottes brachte nun die Geistlichkeit, welche dem Alten anhing, einen völligen Umschwung der öffentlichen Meinung zuwege; aus den beiden Grenzprovinzen, Maracaibo im Westen und Guyana im Osten, die sich der Erhebung überhaupt nicht angeschlossen hatten, brachen die spanisch Gesinnten in das Land ein und zwangen die Republikaner zur Unterwerfung; Miranda kapitulierte und ward, obgleich ihm die Auswanderung zugestanden war, ins Gefängnis geworfen, in dem er 1816 starb. Manche der Aufständischen warfen sich in die Gebirge und in die Llanos, andere verließen das Land um sich anderswo den Erhebungen anzuschließen. Unter diesen befand sich Simon Bolivar, der in Cartagena (Neu-Granada) ein Feld seiner Thätigkeit suchte. Glänzende Erfolge verschafften ihm schnell großes Ansehen;

Beginn der Bewegung 1810.

Venezuela.

Bolivars Befreierzug 1813.

es sammelten sich um ihn die flüchtigen Venezolaner, und von Cartagena unterstützt wagte er den Versuch sein Heimatland für die Sache der Freiheit wieder zu erobern. Das Unternehmen gelang über Erwarten; wo ihm die Spanier entgegentraten, wurden sie geschlagen, und am 7. August 1813 hielt der „Befreier" (Libertador war der Titel, mit dem man ihn schmückte) seinen triumphierenden Einzug in Caracas. Als Diktator schaltete er nun allmächtig in dem befreiten Staate. Allein auch die Spanier erfreuten sich eines ausgezeichneten Führers, Des Boves. Dieser behauptete sich mit spärlichen Truppenresten in den Llanos, bis der politische Umschwung des Jahres 1814, die Rückkehr Ferdinands VII. auf den spanischen Thron, wie in allen anderen Kolonieen, so auch in Venezuela einen großen Teil der Unabhängigkeitspartei entmutigte und das Heer Bolivars so zusammenschmolz, daß Boves im August 1814 siegreich in Caracas einziehen konnte. Bolivar flüchtete zum zweiten male und wandte sich wieder nach Cartagena. Mit offenen Armen empfangen, griff er hier kräftig in den Bürgerkrieg ein, der Neu-Granada verheerte. Die Bundesverfassung, die ein Kongreß der einzelnen Provinzen im Jahre 1811 gegeben, wurde nämlich von der größten derselben, Cundinamarca mit der Hauptstadt Bogotá, verworfen; Nariño, der Präsident von Cundinamarca, hatte Anfang 1813 den Sieg behalten; gerade jetzt aber, im Mai 1814, fand er seinen Tod an der Südgrenze gegen die von Quito heranziehenden Spanier. Diese Lage benutzte der Bund, in dem Cartagena die erste Rolle spielte, zur Demütigung von Cundinamarca, und Bolivar erhielt den Auftrag gegen Bogotá zu ziehen. Er entledigte sich desselben so erfolgreich, daß Cundinamarca schon im Dezember seinen Eintritt in den Bund erklärte und im folgenden Januar der Kongreß seinen Sitz nach Bogotá verlegte. Im Auftrag desselben wollte Bolivar sofort einen neuen Eroberungszug nach Venezuela antreten; aber jetzt erwies sich der Staat Cartagena ihm feindlich und verweigerte ihm die Unterstützung, auf die er angewiesen war. Bereits schickte er sich an, die gegnerische Partei in der Stadt mit Waffengewalt zur Nachgiebigkeit zu zwingen, als die Ankunft von 10000 Spaniern, die Ende 1814 unter General Morillo in Venezuela landeten, drohend zur Eintracht mahnte. Gehemmt in seinen Entwürfen legte Bolivar sein Amt nieder und begab sich nach Jamaica; Morillo aber belagerte Cartagena und zwang es nach sechsmonatlicher Einschließung, nachdem 6000 Einwohner Hungers gestorben und etwa 2000 sich seewärts gerettet hatten, im Dezember 1815 zur Ergebung. Auch die übrigen Staaten des Bundes von Neu-Granada mußten sich unterwerfen und im Mai 1816 stand Morillo in Bogotá.

Seine Vertreibung.

Neu-Granada.

Morillos Siege.

Mexiko. Die Sache der Freiheit schien um diese Zeit verloren. Auch in Chile und in Mexiko, das seine ganz gesonderte Entwickelung genommen, war das spanische Ansehen wiederhergestellt. Die mexikanische Erhebung hatte im September 1810 ein Landpfarrer Hidalgo in der Gegend von Queretaro begonnen. Anfangs so glücklich, daß er mit

einem Schwarme von angeblich 100 000 Menschen bis dicht vor die Hauptstadt rücken konnte, verscherzte er durch die Greuel seiner indianischen Banden schnell den Beifall der Gebildeten und Besitzenden, wurde von dem General Calleja wiederholt geschlagen, zurückgedrängt, endlich gefangen und im Juli 1811 hingerichtet. Trotzdem hielten sich die Aufständischen besonders im Süden des Landes unter Führung eines anderen Pfarrers, Morelos, beriefen sogar einen Kongreß und sprachen am 6. November 1813 die Unabhängigkeit Mexikos aus. Aber Verstärkungen aus Europa und der moralische Eindruck der Rückkehr Ferdinands setzte auch hier die Königlichen in Vorteil; von General Iturbide geschlagen, erlitt Morelos im November 1815 das Schicksal Hidalgos, gefangen und erschossen zu werden. Ausgedehnte Begnadigungen und ein versöhnliches Regiment stellten allmählich die Ruhe überall wieder her, und der Besitz von Mexiko konnte wieder für gesichert gelten.

Chile.

In Chile war die Erhebung mit vieler Ordnung und Mäßigung vollzogen worden; doch stellte sich bald Zwietracht zwischen den beiden bedeutendsten Häuptern, Rosas und Carrera, ein. Der letztere siegte, mußte aber später seinen Platz an O'Higgins abtreten und außer Landes gehen. Mittlerweile war auf der Insel Chiloe die peruanische Expedition gelandet und drang mit schwankendem Glück nach und nach gegen die Hauptstadt Santiago vor. Ende 1814 fiel auch diese und das ganze Land war wieder unterworfen.

La Plata-Staaten.

Nur in den La Plata-Staaten, wo er zuerst ausgebrochen, behauptete sich der Widerstand gegen Spanien, wenn auch mühsam. Alle Versuche von Ober-Peru aus ihn niederzuwerfen scheiterten, und nicht erfolgreicher waren die Anstrengungen des Generals Elio, der von Montevideo aus vier Jahre lang Buenos Aires bedrohte, bis es im Juni 1814 dem General Alvear und der Flotte unter dem Engländer Brown gelang, Montevideo und damit die Provinz Uruguay für die Sache der Freiheit zu erobern. Auch Paraguay, das im Jahre 1810 der Erhebung sich widersetzt hatte, verjagte 1811 die Spanier; doch hielt es sich von allen gemeinsamen Bestrebungen dauernd fern und führte unter dem Scepter des Doktor Francia, der sich erst zum Konsul, dann zum Diktator ernennen ließ, ein streng abgeschlossenes Sonderleben. In den La Plata-Staaten aber entwickelte sich, ähnlich wie in Neu-Granada, ein erbitterter Kampf zwischen den Anhängern des Einheits- und des Bundesstaates. Für letzteren war Saavedra, die Seele des Aufstandes, eingetreten; aber schon 1811 ward er gestürzt und verbannt. Die nächsten Jahre behauptete dann Buenos Aires ein unbeschränktes Übergewicht über die Provinzen, aber mit der Eroberung von Montevideo ward das anders: hier schwang sich Artigas, ein wilder und rücksichtsloser Soldat, zum Präsidenten auf und ihm schlossen sich die meisten der vierzehn Provinzen an, so daß der Kongreß von Tucuman, den Buenos Aires 1816 zur Beratung einer Bundesverfassung berief, von vielen Staaten gar nicht, von anderen nur zum Schein beschickt wurde.

Die Mutlosigkeit war deshalb groß und wurde noch größer, als um dieselbe Zeit Brasilien den Krieg an Uruguay erklärte und 1817 Montevideo eroberte. Überall sonst war das Banner der Freiheit gesunken; auch am La Plata fühlte man den Untergang nahen und knüpfte bereits Verhandlungen über die Einführung einer monarchischen Verfassung in Spanien und Brasilien an. Da trat an zwei Orten fast gleichzeitig ein Umschwung ein, der die geschwundenen Hoffnungen wieder entfachte und der Anfang zum völligen Siege der Unabhängigkeit wurde.

Befreiung Venezuelas durch Bolivar 1817.

Diese beiden Orte waren Chile und Venezuela. In Chile stürzte San Martin, ein General der La Plata-Staaten, der im Januar 1817 von Mendoza aus auf eigene Verantwortung die Anden überschritt, die spanische Herrschaft; in Venezuela war es Bolivar, der zum drittenmale der Freiheit zum Siege verhalf. Von Jamaika aus hatte er sich nach Haity begeben und hier die Freundschaft des reichen Holländers Brion gewonnen. Mit einem kleinen Geschwader dessen Kosten dieser trug, fuhr er nach der Insel Margarita, ließ sich hier zum Oberbefehlshaber von Venezuela ausrufen und machte im Laufe des Jahres 1816 mehrere Landungsversuche. Sie scheiterten indes alle und das ganze Unternehmen wäre mißglückt, wenn nicht ein anderer Abenteurer, Piar, sich durch glückliche Kämpfe am Unterlaufe des Orinoco festgesetzt hätte. Hierhin begab sich Bolivar 1817 und errang im Juli mit Hilfe der Flotte, die den Orinoco hinauf fuhr, den großen Erfolg die Stadt Angostura einzunehmen. Morilla leistete ihm dabei weniger Widerstand, als die Wichtigkeit des Platzes erwarten ließ, weil ihn im Osten des Landes ein drittes Häuflein Aufständischer unter Führung des großsinnigen Paez festhielt. Mit diesem Fühlung zu gewinnen und den ganzen Lauf des Orinoco in seine Gewalt zu bringen war nun die nächste Aufgabe Bolivars. Er löste sie im Februar 1818, verdarb aber alles Gewonnene wieder durch einen leichtsinnigen Zug gegen Caracas. Glücklicherweise hatte Paez ihn nicht begleitet und bot dem Geschlagenen so einen Rückhalt; ihn zu stürzen und an seiner Stelle den Oberbefehl, den die Truppen in seine Hand gelegt, zu behalten verschmähte er uneigennützig, blieb vielmehr auch fortan Bolivars feste Stütze. Dieser berief im Februar 1819 einen Kongreß nach Angostura, ward von demselben mit der höchsten Gewalt bekleidet und machte sich nun an ein

Befreiung Neu-Granadas 1819.

ebenso verwegenes wie glückliches Unternehmen. Während Paez in Venezuela zurückblieb, trat er selbst während der Regenzeit des Sommers 1819 den Marsch über die Anden nach Neu-Granada an und vollendete ihn trotz der furchtbarsten Mühsale so schnell, daß er am 10. August, 75 Tage nach seinem Aufbruche, in Bogotá einziehen konnte, nachdem er drei Tage vorher den Feind am Flusse Boyacá völlig geschlagen hatte. Der kühnen militärischen That ließ er eine nicht minder kühne politische folgen; er erklärte die Vereinigung von Neu-Granada und

Republik Colombia.

Venezuela zu einer einzigen Republik Colombia, und noch im Dezember 1819 gab der Kongreß von Angostura seine Zustimmung dazu. Noch

stand freilich ein starkes feindliches Heer auf dem Boden der Republik, das an Morillo und dem General La Torre tüchtige Führer hatte; aber die Kraft derselben wurde gebrochen, als die Nachricht von Riegos Aufstand aus Europa herüberkam. Morillo schloß einen Waffenstillstand und kehrte in die Heimat zurück; Provinzen, die bisher der Unabhängigkeit feind gewesen waren, wie Maracaibo, traten zu der Freiheitspartei über; La Torre endlich wurde in der entscheidenden Schlacht von Carabobo am 24. Juni 1821 besiegt und Bolivar konnte siegreich in die Hauptstadt Caracas einziehen. Als Anfang Oktober auch das hartnäckig verteidigte Cartagena fiel, waren bis auf Coro und Puerto Cabello alle wichtigen Punkte im Besitze der Republik.

Befreiung Ecuadors 1822.

Nun konnte Bolivar es wagen die Rolle des Befreiers auch in Quito und Peru zu spielen. Seine Entfernung gefährdete zwar noch einmal den Bestand seiner columbischen Schöpfung; es gelang La Torre 1822 Maracaibo wieder zu erobern und eine bedrohliche Stellung einzunehmen; aber von Dauer waren seine Erfolge nicht; besonders der jungen Flotte der Republik und ihrem Führer, dem tapferen Padilla, war es zu danken, daß 1823 das Verlorene wiedergewonnen und auch Puerto Cabello genommen ward. Mittlerweile war Bolivar vollauf im Süden beschäftigt. Die ersten Lorbeern erntete sein Kriegsminister Sucre, der von der Hafenstadt Guyaquil ins Innere der Provinz Quito zog und Anfang 1822 den entscheidenden Sieg bei Pichincha errang. Gleich darauf traf Bolivar vom Norden her ein; seiner Ankunft in Quito folgte sogleich die Vereinigung der Provinz mit der columbischen Republik auf Grund der Verfassung, welche ein Kongreß in Cucuta unterdessen (1821) für diese erlassen hatte; alle drei Staaten erkannten Bolivar als Präsidenten für die ersten vier Jahre an.

San Martin in Chile 1817.

Bewehrt mit den Streitkräften, welche dieses Amt ihm zur Verfügung stellte, griff nun der Befreier in die Wirren Perus ein. Hier traf sein Lauf mit dem der Freiheitsbewegung, die von Süden ausgegangen war, zusammen. San Martin hatte seine Erfolge in Chile in schweren Kämpfen gegen den General Osorio, welchen der Vizekönig von Peru, Pezuela, dorthin sandte, behauptet. Die politische Führung des Landes übernahm von neuem O'Higgins, eine kleine, aber tüchtige Flotte schuf der Engländer Cochrane, derselbe, der später in Brasilien und Griechenland kämpfte; San Martin selbst bemühte sich um die Ordnung des Heeres, mit dem er, im Bündnisse mit Buenos Aires, Peru anzugreifen gedachte. Die Ausführung dieses Planes hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Die vom La Plata versprochene Hilfe blieb aus, weil der Direktor von Buenos Aires, der sie zugesagt, Mitte 1819 gestürzt wurde; Angriffe Cochranes auf Callao, den Hafen von Lima, blieben erfolglos; erst ein Jahr später, im September 1820, war San Martin selbst so weit, mit einem chilenischen Heere in Pisco, südlich von Lima, landen zu können. Und obgleich ihm nun die Nachrichten aus dem Mutterlande dieselben Dienste leisteten wie dem Boli-

Befreiung Perus 1820.

war in Columbien, so wagte er doch lange keinen Angriff auf die Hauptstadt. Die Verteidigung des Landes leitete an Stelle des gestürzten Pezuela Laserna; unter ihm befehligten kühne und fähige Generale wie Valdes, Canterac, Rodil. Auch als sie Lima und Callao im Juli und September 1821 preisgeben mußten, fügten sie durch verwegene Streifzüge aus den Gebirgen heraus den Feinden schweren Schaden zu und San Martin, der unter dem Titel eines Protektors im Lande schaltete, litt durch ihre Erfolge nicht minder als durch die eigene Thatlosigkeit schwere Einbuße an seinem Ruhme. Nicht mit Unrecht stand er in dem Verdachte ehrgeiziger Pläne; man sagte, er strebe nach der Kaiserkrone und suche sich deshalb aller, die ihm dabei entgegentreten würden, besonders Cochranes, zu entledigen. So richteten sich denn vieler Augen auf Bolivar und hofften, daß er von Quito aus die Spanier vertreiben, San Martin beseitigen und die Ordnung im Lande herstellen werde. Andererseits schmeichelte sich auch der Protektor eine Zeitlang mit der Hoffnung in Bolivar einen Bundesgenossen zu finden; als er aber durch einen Besuch, den er ihm im Juli 1822 in Guayaquil abstattete, die Gewißheit erlangte, daß der Befreier ihm entgegen sei, entschloß er sich das Spiel aufzugeben und nach Chile zurückzukehren. Dadurch kam das unglückliche Peru zunächst in eine noch viel schlimmere Lage; der Kongreß, der zusammenberufen ward, war bei seiner Parteizersplitterung den herrschsüchtigen Generalen gegenüber ohnmächtig; die Spanier errangen Sieg auf Sieg und Canterac bemächtigte sich im Juni 1820 sogar Limas wieder. Selbst Sucre, den Bolivar zur Hilfe sandte, war keineswegs glücklich, sondern erlitt in Oberperu gegen Valdes bedeutende Schlappen. Jubelnd begrüßten die Patrioten deshalb Bolivar, als er am 1. September selbst in Lima eintraf, und übertrugen ihm sofort die höchste Gewalt, ja Anfang 1824 die Diktatur. Aber auch er konnte Lima und Callao nicht vor einem neuen Angriffe Rodils retten, und erst als 10 000 Columbier seine Truppen verstärkten, wendete sich das Glück auf seine Seite. Nach schweren Kämpfen führte Sucre den entscheidenden Streich; bei Ayacucho zwang er am 9. Dezember 1824 Laserna zu kapitulieren. Callao hielt sich zwar noch ein volles Jahr, aber währenddessen drang Sucre bis Potosi vor und befreite alles Land bis zur Grenze der La Plata-Staaten. Da diese nun ihre Unabhängigkeit überhaupt nicht wieder verloren hatten, da inzwischen auch Mexiko wieder frei geworden war und da Spanien den Besitz von Florida schon 1819 widerwillig den nordamerikanischen Freistaaten abgetreten hatte, so war um den Anfang des Jahres 1826 das ganze Festland Amerikas der spanischen Herrschaft ledig.

Bolivar nach Peru.

Befreiung von Ober-Peru 1825.

Mexiko

In Mexiko vollzog sich die Losreißung im Jahre 1821 unerwartet schnell. Derselbe Iturbide, der an dem Niederwerfen der ersten Erhebung so großen Anteil gehabt, gab jetzt das Zeichen zum Aufstande. In einem Aufrufe vom 24. Februar erklärte er sich für ein selbständiges Kaisertum unter einem spanischen Prinzen, das mit dem Mutterlande

durch eine Union verbunden und in dem der Katholizismus die herrschende Religion bleiben solle. Fast das ganze Land bis auf die Städte Mexiko und Veracruz trat diesem Programme bei und schon im August erkannte auch der Vizekönig O'Donnoju es durch den Vertrag von Cordoba an. Dieser glänzende Erfolg machte Iturbide Mut selbst die Hand nach der Krone auszustrecken. Von seinen Soldaten am 18. Mai 1822 als Augustin I. zum Kaiser ausgerufen, zwang er den Kongreß zur Bestätigung dieser Würde, verdarb es aber bald durch Übermut und Verschwendung mit allen Parteien. Die gewaltsame Auflösung des Kongresses, zu der er am 31. Oktober schritt, bot dem General Santana in Veracruz den Vorwand zum Abfall; statt den Empörer zu bekämpfen schlossen sich die gegen ihn geschickten Truppen ihm an; ebenso schnell wie Iturbide gestiegen, ward er auch gestürzt. Schon im März 1823 legte er vor dem wieder einberufenen Kongreß seine Krone nieder und ging in die Verbannung nach Italien. Ein Versuch der Rückkehr kostete ihm ein Jahr später das Leben; in der Provinz Tamaulipas gelandet, geriet er alsbald in die Hände seiner Feinde und ward am 19. Juli 1824 in Padilla erschossen. Der Kongreß aber vollendete bald darauf die Verfassung, mit der er seit Jahresfrist beschäftigt war; nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten schlossen sich die 18 Provinzen zu einem mexikanischen Bunde zusammen und erwählten den General Victoria, einen der ersten Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, für die Dauer von 4 Jahren zum Präsidenten.

Kaiser Augustin I.

Den gesonderten Gang, den Mexiko somit eingeschlagen, verfolgte es auch ferner; ebenso gingen die La Plata-Staaten und Chile ihren eigenen Weg; Peru hingegen und Ober-Peru, oder Bolivia, wie es seinem Befreier zu Ehren seit 1825 sich nannte, schlossen sich notgedrungen dem columbischen Systeme oder vielmehr der Person Bolivars an. Das heimliche Ziel des letzteren war die Errichtung einer Wahlmonarchie, die ihm seine Stellung auf Lebenszeit verbürgen sollte. Mit überschwänglichen Ehren überschüttet, als Erlöser der Völker, als erstgeborener Sohn der neuen Welt begrüßt, konnte er wohl hoffen dieses Ziel zu erreichen. Der Kongreß von Bolivia nahm zuerst die Verfassung an, die — von dem Befreier selbst ausgearbeitet — dessen Ideal verwirklichen sollte. Diesem Beispiel folgte 1826 Peru und bekleidete ihn auf Lebenszeit mit der höchsten Gewalt; Guayaquil und Quito beantragten in Bogotá den gleichen Schritt für die columbische Republik. Aber der Gegenschlag blieb nicht lange aus; in Venezuela begannen Aufstände, die eine Lösung der geschlossenen Union anstrebten und an denen sogar Paez sich beteiligte. Allerdings genügte es jetzt noch, daß Bolivar auf die Kunde davon in seine Heimat zurückeilte; sofort unterwarfen sich die Unzufriedenen und schon am 1. Januar 1827 konnte er in Puerto Cabello eine allgemeine Begnadigung ankündigen. Aber bald folgten härtere Schläge. Das columbische Heer, welches in Lima zurückgeblieben war, erklärte sich gegen die bolivianische Verfassung und schiffte

Bolivars Machtstellung.

Sein Sturz.

Peru selbständig.

sich im April 1827 nach Guayaquil ein um dort die Anhänger des Befreiers niederzuschlagen. In Lima trat ein Kongreß zusammen, der die Wahl Bolivars für nichtig und Peru für eine selbständige Republik erklärte; im Mai 1828 rückte ein peruanisches Heer in Bolivia ein, stürzte auch hier die Verfassung und zwang den Vizepräsidenten Sucre zur Abdankung und Entfernung. Darüber erklärte im Juli Bolivar den Krieg an Peru; der Schauplatz desselben ward Ecuador, und Sucres Erfahrung und Tapferkeit errangen noch einmal glänzende Erfolge für den Befreier. Aber dieser fühlte seine Stellung untergraben und schloß 1829 einen Frieden, der Perus Selbständigkeit anerkannte. Er durfte froh sein, wenn es ihm nur gelang in Columbien sein geschädigtes Ansehen wiederherzustellen. Wie schwer dasselbe gelitten, bewies der außerordentliche Kongreß, der im April 1828 in Ocaña zusammentrat um die Verfassung nach Bolivars Wünschen umzugestalten. Fast die Hälfte der Abgeordneten blieb aus und von den Erschienenen war kaum ein Drittel für die Pläne des Präsidenten; seine Freunde wußten zuletzt nichts Besseres zu thun als durch ihren Austritt den Kongreß zu sprengen und durch Parteiversammlungen, besonders durch eine Erklärung von Bogotá, den Befreier zu einem Staatsstreich aufzufordern. Und Bolivar gehorchte diesen Lockungen. Er eilte nach Columbien, erklärte die Verfassung für aufgehoben und stellte erst für das Jahr 1830 eine neue in Aussicht. Bis dahin wollte er unumschränkt herrschen. Absetzungen, Verbannungen, Todesurteile folgten schnell aufeinander; vertrauliche Verhandlungen mit England und Frankreich sollten deren Zustimmung und Schutz für die monarchische Neugestaltung erwirken. Etwa ein Jahr lang dauerte diese Gewaltherrschaft, da brach in Caracas im November 1829 der Aufstand dagegen los. In wenigen Wochen schloß sich ganz Venezuela ihm an und Paez, der lange geschwankt, stellte sich an die Spitze. Die Forderungen lauteten auf Trennung von Neu-Granada und Verbannung Bolivars. Alles ließ jetzt diesen in Stich. Der Kongreß, den er auf den Januar 1830 nach Bogotá berufen, nahm ganz bereitwillig die angebotene Entlassung an, bewilligte dem Gestürzten ein reiches Jahrgehalt und ließ ihn ruhig den Weg zur Küste antreten, damit er sich nach Europa einschiffe. Die Losreißung Ecuadors und Venezuelas ward wie ein unvermeidliches Übel hingenommen und nur durch friedliches Zureden, aber erfolglos, bekämpft. Die columbische Republik war zerfallen, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Bolivar selbst überlebte seine Schöpfung nicht. Statt in Cartagena sich einzuschiffen wollte er noch einmal den Versuch wagen sein Werk zu retten; es ward ihm nicht schwer in dem zerrütteten Lande sich nochmals eine Partei zu bilden; aber ehe er den doch hoffnungslosen Kampf beginnen konnte, streckte ihn eine Krankheit auf das Totenlager. Am 17. Dezember 1830 starb er in der Nähe von Santa Marta — trotz glänzender Gaben kein großer Charakter, trotz hoher Verdienste kein Retter seines Vaterlandes, an eigensüchtigem Ehrgeiz und unlauterer Gesinnung den Hun-

Ebenso Bolivia.

Staatsstreich Bolivars.

Sprengung der Republik Columbia.

Bolivars Tod.

derten von Parteiführern gleich, die vor, mit und nach ihm Südamerika heimgesucht haben, an Kraft und Entschlossenheit nicht so weit ihnen überlegen, daß er mit eiserner Hand den Völkern seine Gesetze hätte auferlegen und durch harte Zucht sie zur Ordnung und Freiheit hätte heranbilden können. Die Unabhängigkeit von europäischem Joch hatte er wacker mit erstreiten helfen; aber außer dieser Unabhängigkeit war nichts gewonnen und alle die Republiken, die aus den spanischen Kolonialreichen hervorgegangen waren, gewährten auch fürderhin nur den traurigen Anblick staatlichen Zerfalls und sittlicher Erniedrigung.

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Trotzdem ward ihr Entstehen von den europäischen Parteien mit Jubel auf der einen Seite und mit Verwünschungen auf der anderen begrüßt; kein Volk aber verfolgte die Wechselfälle dieser Vorgänge aufmerksamer als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Verdrängung der europäischen Mächte von dem amerikanischen Festlande war hier längst als eine Aufgabe der Zukunft erfaßt worden, wenngleich die Kräfte des jungen Bundes noch nicht ausreichten sie als Programm und Forderung aufzustellen. Jetzt gewahrte man mit Freuden, wie der größte Teil Amerikas aus eigener Kraft das fremde Joch abschüttelte. Sofort nahm auch die Diplomatie der Vereinigten Staaten einen kühneren Ton an. Die Erschöpfung, welche der letzte Krieg mit England (1812—14) zurückgelassen hatte, war schnell überwunden und in James Monroe, der zweimal hintereinander den Präsidentenstuhl bestieg (1817—25), stand ein kräftiger Staatsmann an der Spitze der Geschäfte. Er benutzte die Bedrängnis Spaniens um es zum Verkaufe Floridas zu zwingen (1819) und würde auch Texas schon damals erworben haben, wenn nicht der Norden der Union diese starke Vermehrung der Sklavenstaaten mißbilligt hätte. Eifrig wirkte Monroe für die Anerkennung der südamerikanischen Republiken; schon seit 1818 suchte er England dafür zu gewinnen, freilich ohne Erfolg, solange Castlereagh die britische Politik leitete. Es war genug, wenn dieser den Bestrebungen entgegen arbeitete, die eine bewaffnete Unterstützung Spaniens durch die Heilige Allianz herbeiführen wollten. Kaum aber war mit Canning ein kräftigerer Geist in das auswärtige Amt zu London eingezogen, so schlug auch Monroe einen entschiedeneren Ton an. Unter Zustimmung des Kongresses in Washington bezeichnete er im Dezember 1822 jedes Einschreiten europäischer Mächte gegen die neubegründeten Staaten als eine Feindseligkeit gegen die Union und erklärte die Zeit für beendet, in welcher es gestattet gewesen Amerika als ein Gebiet für die Ansiedelungen europäischer Staaten zu betrachten. Schon einige Monate früher hatte er Columbien förmlich anerkannt, und wenn Canning noch nicht ganz so weit ging, so schloß er doch bereits Verträge zur Unterdrückung der Seeräuberei mit den neuen Staaten und sandte 1823 englische Konsuln in die wichtigsten Häfen. Der Unwille, den diese Schritte bei den Mächten der Heiligen Allianz erregten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in Spanien, der Versuch auf einer Minister-

Die Monroe-Doktrin.

konferenz in Paris die Angelegenheiten Amerikas dem Richterspruch Europas zu unterwerfen, drängten ihn nur weiter vorwärts. Am 1. Januar 1825 sprach er die Anerkennung der nationalen Republiken aus und rief so, wie er sich später ausdrückte, die neue Welt ins Leben um das Gleichgewicht der alten wiederherzustellen. Die Heilige Allianz fühlte den Schlag tief, obgleich er ohne unmittelbare Folgen für Europa war. Was ihn so empfindlich machte, das war die Warnung, die er enthielt. So gut wie jenseit des Ozeans konnte England auch diesseits die Bestrebungen der Mißvergnügten unterstützen; es lag eine ängstigende Wahrheit in dem Bilde, das Canning gebrauchte, als er sein Vaterland mit Äolus, dem Gott der Winde, verglich, der nur seine Schläuche zu öffnen brauche um die Stürme zu entfesseln. Und wenn sie entfesselt waren, dann gab es, das wußten auch Metternich und Alexander nur zu wohl, in Europa des baufälligen Gerümpels die Überfülle, das ihrem Anprall zu widerstehen außer stande war.

Anerkennung der amerikanischen Republiken durch England.

Deutschland nach 1820.

Allerdings lag gerade jetzt fast ganz Europa unregbar gefesselt in den Banden des Stillstandsprinzipes, das Metternichs Stolz war. Besonders auf Deutschland konnte der Staatsmann an der Donau mit Wohlgefallen sehen; Fürsten und Völker waren willfährig ihm zu dienen bereit. Die Karlsbader Beschlüsse und die Mainzer Untersuchungskommission hatten noch einen besonders erfreulichen Erfolg gehabt: die Geheimbünde, nach denen man umsonst gesucht, waren infolge dieses Suchens entstanden. Die Burschenschaft war aufgelöst; ernst und ergreifend hatte ihr August Binzer das Grablied gesungen:

Die Burschenschaft.

Wir hatten gebauet ein stattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus.
Wir lebten so traulich, so einig, so frei:
Den Schlechten ward es graulich, wir hielten gar zu treu.
Sie lugten, sie suchten nach Trug und Verrat,
Verleumdeten, verfluchten die junge, grüne Saat.
Das Band ist zerschnitten, war schwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten! wer weiß, was er gewollt?
Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen, und unsere Burg ist Gott.

Aber der Geist, der in allen lebte, wollte doch auch seinen Ausdruck haben, und so dauerte die Burschenschaft, auch als sie aufgelöst war, im geheimen fort. Nur nicht so rein, so unschuldig wie vorher. Mit den erlaubten Zielen verbanden sich, da man sie im Verborgenen erstreben mußte, bald auch unerlaubte; die frühere Eintracht, deren bestes Förderungsmittel die offene Rede war, schwand; es bildeten sich zwei Gruppen, die eine mit weitgehenden republikanischen Zielen, Germania, die andere, mit gemäßigteren Grundsätzen, Arminia genannt. Doch blieb immer noch ein Zusammenhalt in den geheimen Burschentagen, auf denen

Abgesandte der verschiedenen Universitäten miteinander berieten. Aber neben der Burschenschaft, unabhängig von ihr, wenngleich zum Teil aus Burschenschaftern bestehend, bildete sich im Frühling 1821 ein wirklich revolutionärer Geheimbund. Ein Mecklenburger von Sprewitz, der damals in der Schweiz mit Follen und anderen Flüchtlingen verkehrte, ließ sich von diesen bereden einen Jünglingsbund zu stiften, dessen Mitglieder den Oberen eines angeblich zur Beseitigung der Tyrannen gestifteten Männerbundes Gehorsam geloben sollten, übrigens doch mit der Bedingung, solange deren Befehle mit ihrer, der Jünglinge, Überzeugung stimmten. Sprewitz gewann wirklich manche später namhafte Männer, wie Ruge, Eisenmann, Hase; der Männerbund aber war wenig mehr als ein Trugbild: als im Jahre 1824 durch den Verrat eines bayerischen Geistlichen die Sache ans Licht kam, machte man nur zwei Teilnehmer ausfindig, einen Turnlehrer und einen Offizier in Erfurt. Die Überrumpelung dieser Festung war als nächstes Ziel, zu dessen Erreichung man Mord und Meineid für erlaubt hielt, ins Auge gefaßt; offenbar sollte das beste dabei der Jünglingsbund thun, der seine Mitglieder über 15 Bundesstaaten verzweigt hatte. Die Strafen, welche über die Teilnehmer verhängt wurden, waren sehr ungleich, von Todesurteilen in Kurhessen, die doch nicht vollstreckt wurden, und 15jähriger Festungshaft in Preußen bis zu dreimonatlichem Hausarrest in Schwarzburg-Rudolstadt, Freilassung und Niederschlagung der Kosten in Bayern. Für die Befestigung der reaktionären Politik waren diese Enthüllungen ungemein dienlich; sie halfen Metternich mit dazu die letzten liberalen Willensäußerungen in den Regierungen der Einzelstaaten zu unterdrücken. In der That hatten ihm diese seit 1820 noch mehr zu schaffen gemacht als schon vorher. Nach der Beendigung der Wiener Konferenzen trat an den süddeutschen Höfen das sichtliche Bestreben an den Tag sich mit ihren Landesvertretungen baldmöglichst zu verständigen und die Sessionen des Jahres 1820 zeigten in München wie in Stuttgart, in Darmstadt wie in Karlsruhe ein ungemein nachgiebiges und gefälliges Verhalten der Minister gegen die Abgeordneten. In Frankfurt dagegen traten die Gesandten der konstitutionellen Staaten unter Wangenheims Führung nichts weniger als willfährig auf und wußten insbesondere in dem Militärgesetz des Bundes, das am 9. April 1821 endlich zustande kam, ihre vollständige Unabhängigkeit von den beiden Großmächten durchzusetzen. Von den zehn Bundesarmeekorps, die dadurch geschaffen werden sollten, drei österreichischen, drei preußischen, einem bayerischen und drei gemischten, in denen Württemberg, Sachsen und Hannover die Leitung zufiel, brauchten die letzteren noch Jahre um wirklich ins Leben zu treten. Die nötigsten Maßregeln um die Einzelkontingente schon im Frieden auf das Zusammenwirken im Kriege vorzubereiten unterblieben; daß man für den Kriegsfall die Ernennung eines einzigen Oberfeldherrn in Aussicht nahm, konnte dafür keinen Ersatz bieten. Auch das Festungswesen blieb der Willkür der Einzelstaaten überlassen; und nur Preußen

Jünglings- und Männerbund.

Bezwingung der Mittelstaaten.

Bundesmilitärgesetz.

erfüllte seine Pflicht so vollkommen, daß der Anblick von Ehrenbreitstein selbst Metternich zu bewundernder Anerkennung zwang; Bayern begnügte sich damit innerhalb der nächsten 10 Jahre von den 15 Millionen Gulden, die ihm aus den Zahlungen Frankreichs überwiesen waren, $1^1/_6$ Millionen, also etwa die Zinsen zweier Jahre, dem Zweck entsprechend zu verwenden; weitere 20 Millionen, die für den Bau einer Festung am Oberrhein zurückgelegt waren, blieben ganz unangerührt, weil man sich über die Wahl, ob Rastatt, ob Ulm, nicht verständigen konnte. Daß durch diese Lässigkeit und durch die Mängel des Militärgesetzes die Sicherheit Deutschlands aufs schwerste geschädigt wurde, machte den kleineren Staaten um diese Zeit noch geringe Sorge; ihr Hauptaugenmerk war, sich den Einfluß der Großmächte fern zu halten. In welchen Träumen man sich wiegte, lehrte mit bedenklicher Klarheit eine Schrift, die im Jahre 1820 unter dem Titel „Manuscript aus Süddeutschland" erschien und die im Auftrage des König Wilhelm von Württemberg geschrieben war. In maßloser Weise wurden die Süddeutschen als der wahre Kern unseres Volkes hingestellt; durch eine Art polnischer Teilung seien neunzehn von neunundzwanzig Millionen Deutschen an die fremden Mächte Österreich, Preußen, England, Dänemark, Holland verkauft; die Hansestädte stünden im Solde Englands; auf dem „reinen Deutschland", auf den Stämmen der Bayern und Schwaben beruhe die Hoffnung des Vaterlandes; ihnen wurde die Pflege des demokratischen Prinzips und die Anlehnung an Frankreich empfohlen. Gegenüber diesen sonderbündlerischen Bestrebungen hielten nun auch die beiden Großmächte fest zusammen, freilich meist in der Weise, daß Österreich den Ton angab und Preußen ihm zu Willen war. Das „österreichische System" des Grafen Bernstorff war bis zu dem Grade ausgebildet, daß man in bitterem Spott sagen konnte, ein preußischer Diplomat habe weiter nichts zu thun als preußische Uniform zu tragen und österreichisch zu sprechen, oder daß man an die Vereinigung der österreichischen und der preußischen Bundesgesandtschaft in einer Person glauben konnte. Aber selbst vor diesem strammen Zusammengehen scheuten sich die Kleinen nicht; auch die unbedeutendsten erlaubten sich allerlei Ungebühr gegen die Großmächte und besonders gegen Preußen, dem, wie man recht wohl wußte, Metternich eine kleine Demütigung ab und zu von Herzen gönnte. Von der förmlichen Anklage, die Anhalt-Köthen am Bunde gegen seinen großen Nachbar erhob, wird später noch die Rede sein; der Kurfürst von Hessen wagte es gewaltsame Verhaftungen auf preußischem Gebiet vornehmen zu lassen; in der Vereinigung fanden selbst die kleinsten den Mut zur Opposition. Die Protokolle des Bundestages, die in ziemlich weitem Umfange veröffentlicht wurden, waren noch voll von freisinnigen Reden und Abstimmungen „gesuchten und kunstreichen Darstellungen individueller Ansichten", wie Metternich es nannte. Mit verdrießlicher Ungeduld sahen die deutschen Großmächte dem zu und erst als Wilhelm von Württemberg, der tolle Jakobinerkönig mit dem betteligen Volk, wie man in Berlin ihn schimpfte, seinen Widerstand sogar auf die große

Das Manuscript aus Süddeutschland.

Preußen.

Der Bundestag.

Der König von Württemberg.

Politik übertrug, als er auf die Mitteilung der in Verona gefaßten Beschlüsse in einer geharnischten Antwort die Rechte der Staaten zweiten Ranges gegen die Alleinherrschaft der Großmächte verwahrte und durch Wangenheim am Bundestage die beantragte Zustimmung zu diesen Beschlüssen verweigern ließ, verlangten sie die Abberufung Wangenheims und erteilten, da diese verweigert wurde, ihren Gesandten Befehl Stuttgart zu verlassen. Eine Zeit lang trotzte König Wilhelm auch dieser Drohung, äußerte sogar boshaft, er selbst werde, um die Mißverständnisse nicht zu vergrößern, seine Vertreter vor der Hand noch auf ihren Posten belassen; Wangenheim durfte fortfahren den österreichischen Bundesgesandten durch seine kecke selbständige Haltung zu reizen. Es war ein offener Kriegszustand, der zwischen beiden herrschte. Weil Buol dieser Aufgabe nicht gewachsen schien, wurde er im Frühjahr 1823 durch Münch-Bellinghausen ersetzt. Die Gegenstände des Zankes waren mannigfaltig genug. So hatte Wangenheim wiederholt gefordert, daß die Mainzer Kommission endlich ihren Bericht erstatte und als das nichts half, im Frühjahr 1822 sogar ihre Auflösung verlangt und dafür eine Mehrheit von neun gegen acht Stimmen gewonnen. Als sich dann Ende des Jahres die holsteinischen Stände mit einer Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte an den Bundestag wandten, empfahl er diese Beschwerde zur Berücksichtigung und beantragte, daß Dänemark binnen sechs Monaten seine Erklärung abgeben solle. Münch-Bellinghausen aber wies den Antrag scharf zurück, da sein Kaiser es niemals angemessen finden werde den deutschen Souveränen Fristen zu setzen, und schüchterte wirklich durch die kräftige Tonart und die unverkennbare Entschlossenheit die kleineren Bundesgenossen so ein, daß sie die Beschwerde am 27. November 1823 abwiesen, weil die holsteinische Verfassung nicht in anerkannter Wirksamkeit bestehe. Noch ehe es dazu kam, hatte sich Wangenheim als Berichterstatter auch der hessischen Domänenkäufer angenommen, deren Angelegenheit noch immer nicht zum Abschluß gekommen war. Diesen Bericht mußte König Wilhelm, dessen Widerstandskraft inzwischen gebrochen war, zum Vorwande nehmen um seinen Gesandten abzuberufen. Damit begann die von Metternich erstrebte Reinigung des Bundestages. Der Plan dazu war lange eingeleitet; schon in Verona hatten Österreich und Preußen sich verständigt auf einer neuen Wiener Konferenz mit einigen zuverlässigen Bundesgenossen die nötigen Schritte vorzubereiten. Wirklich waren auch im Januar 1823 Bernstorff und Zentner, Blittersdorff und andere Getreue in Wien eingetroffen um zu beraten, wie man der Opposition den Todesstoß versetzen könne. Vor dem entscheidendsten Beschluß, der Unterdrückung der Öffentlichkeit in den Landtagen, schrak man jedoch selbst in diesem Kreise zurück; ebenso blieb der Gedanke den Bundestag auf eine viermonatliche Session in jedem Jahre zu beschränken unausgeführt; um so einiger war man in dem Wunsche die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle einzustellen und den litterarischen Wider-

Die holsteinische Beschwerde.

Die hessischen Domänenkäufer.

Reinigung des Bundestages.

sachern, mochten es nun Journalisten sein, wie die Herausgeber der Neckarzeitung und des Beobachters in Stuttgart, oder Männer der Wissenschaft, wie Klüber und die Gebrüder Murhardt in Frankfurt, den Mund zu stopfen. Das dringendste aber blieb doch immer die Säuberung des Bundestages. Und wirklich erhielt dieser nun bald ein ganz neues Ansehen. An Buols Stelle trat Münch; Wangenheims treueste Genossen, die hessischen Gesandten Harnier und Lepel, wurden gleichfalls durch andere Männer ersetzt; auch der Preuße von der Goltz, der so wenig wie Graf Buol seiner Aufgabe gewachsen schien, erhielt im Juli 1824 in dem straffen Generalpostmeister Nagler einen Nachfolger, der Metternichs Ansichten besser entsprach. Der tüchtige bayerische Gesandte von Aretin war schon 1822 gestorben. Nach diesen Vorbereitungen konnte Österreich ohne Widerstand zu fürchten sich anschicken die Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse, deren fünfjährige Gültigkeit ihrem Ende nahe war, zu beantragen. Um Bayern zu kompromittieren und festzuhalten veranlaßte Metternich bei einem Besuche in Tegernsee den Minister von Zentner ihm eine Denkschrift zu überreichen, die als Grundlage vertraulicher Verhandlungen zwischen den wichtigsten Regierungen dienen sollte. Die Vertreter derselben lud Metternich zu sich auf den Johannisberg, wo er im Juni und Juli sechs Wochen zubrachte und ohne Mühe die vollste Zustimmung fand. So entstanden die Vorlagen, welche am 16. August 1824 zu Bundesbeschlüssen erhoben wurden. Danach sollte die Ausübung der ständischen Rechte in den Einzelstaaten sorgfältig überwacht werden, damit dem monarchischen Prinzip nicht Abbruch geschehe und die Öffentlichkeit der Verhandlungen zu keinen Mißbräuchen führe; eine besondere Kommission sollte das gesamte Schulwesen Deutschlands einer gründlichen Prüfung unterziehen; in bezug auf die Universitäten und die Presse wurden die Beschlüsse von 1819 auf unbestimmte Zeit erneuert und ebenso die Mainzer Centralkommission in ihrer Wirksamkeit bestätigt. Die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle hatte schon einige Wochen früher durch einen Beschluß vom 1. Juli aufgehört. Der Erfolg aller dieser Maßregeln war jetzt weit durchschlagender als nach 1819. Wie die Regierungem im Kampfe gegen Metternich ermattet waren, so unterlag jetzt auch die liberale Opposition. Das Volk, die Presse, selbst die Kammern in den Staaten, wo es solche gab, verhielten sich musterhaft ruhig. In Baden war es zuletzt 1822 zu heftigen Kämpfen gekommen, in denen Adam von Itzstein die Führung der Opposition übernahm, und die ihren Höhepunkt erreichten, als eine Mehrheit von einer Stimme das zur Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen geforderte Militärbudget verkürzte. Sofort wurde der Landtag geschlossen und es begann unter Leitung der Berstett, Berckheim und Blittersdorff eine achtjährige Reaktion, die durch unerhörte Beeinflussung der Wahlen 1824 eine Kammer zuwege brachte, in der nur drei Liberale saßen und eine Änderung der Verfassung in reaktionärem Sinne leicht zu erreichen war. Eine völlige Aufhebung des Grund-

Kongreß vom Johannisberg.

Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse.

Vollständiger Sieg der Reaktion.

gesetzes, die in einer wohlorganisierten Petitionsbewegung von dem Fürsten erbeten wurde, widerriet doch selbst das Ministerium; die Einmütigkeit zwischen Regierung und Landtag aber war so groß, daß die Entlassungsrede des Großherzogs im Jahre 1828 den herzlichen Wunsch aussprach, es möchten dieselben Abgeordneten, die der Landesherr kenne und schätze, von dem Volke auch in die nächste Kammer entsandt werden. Auch in Hessen, Württemberg und in Bayern, wo 1825 der für liberal geltende Ludwig I. seinem Vater Maximilian Joseph auf dem Throne folgte, war die Volksvertretung äußerst loyal und gemäßigt.

Die deutsche Einheitsidee.

So muß die Zeit nach dem Veroneser Kongresse als die Blütezeit des Metternichschen Regimentes anerkannt werden; behaglich äußerte der Kanzler nach einer ernsten Erkrankung im Herbst 1823, seine Rekonvaleszenz halte mit der Europas gleichen Schritt; der gesamte soziale Körper neige sich zur Besserung, viele Teile seien schon gesund, die unheilbaren treffe das Schicksal dürrer Äste: sie brächen zusammen. Und doch traten auf diesem Höhepunkte naturgemäß auch schon die ersten Symptome des Sinkens an den Tag. Ein System des Stillstandes konnte offenbar nicht länger dauern, als das Ruhebedürfnis in den Völkern vorhielt; es mußte umsomehr erschüttert werden, je mehr an die Stelle des alten ein neues Geschlecht trat, dem die Napoleonischen Zeiten nur noch dunkle Kindesahnungen, die Freiheitskriege aber goldene Jugenderinnerungen waren. Diesem Geschlechte aber ging, wie einer, der ihm angehörte, sagt, die deutsche Einheit über alles; „sie war die höchste Idee, welche alle Männer von Wert, die seit 1813 von den Universitäten ins bürgerliche Leben übergetreten waren, beseelte"; die Verfassungsfragen hatten für die meisten nur deshalb Bedeutung, weil sie der Verwirklichung jener Idee dienen sollten. Von den älteren, mattherzigen Liberalen unterschied sie vor allem der feste Entschluß auch vor der Anwendung der Volkskräfte, vor einer neuen Revolution, nicht zurückzuscheuen. Ihr fester blickendes Auge, so rühmten sie, werde nicht getrübt durch die Livreeideen von Treue und Anhänglichkeit an den Landesfürsten; sie seien nicht befangen in jener Weise der Spießbürger, welche andere Nationen, die für die Freiheit und Selbständigkeit ihres Vaterlandes alles opfern, bewundern und besingen, aber einen Schrei des Entsetzens ausstoßen, sobald ihnen selbst ein gleiches zugemutet werde. Von Jahr zu Jahr rückten die Männer dieser Gesinnung, die jugendlichen Kämpfer von Leipzig und Waterloo, die Burschenschafter, die Turnschüler, in den Ämtern des Staatsdienstes auf; von Jahr zu Jahr gestattete ihnen ihr Alter mehr in den öffentlichen Angelegenheiten redend und handelnd aufzutreten. Noch waren sie eine verborgene Miliz, deren Stärke und Gefährlichkeit nicht zu erkennen war; aber ihre Zeit mußte kommen; der Augenblick mußte eintreten, wo sie seine Macht bildeten, und die einzige Frage war die, ob sie sittliche Kraft genug besaßen, um in der trüben Zwischenzeit ihre Gesinnungen treu zu bewahren und sich nicht von den herrschenden Mächten fangen zu lassen.

Keime des Radikalismus.

Bei vielen einzelnen war das natürlich der Fall: sie sagten sich, mehr oder minder überzeugt, von den Idealen ihrer Jugend los, der eine früher, der andere später. Jener Graf Bocholz, der Sturdza die Herausforderung schickte, wurde ein eifriger Jünger im Dienste des Ultramontanismus; Stahl, der auf den geheimen Burschentagen als Abgeordneter wirkte, predigte die Umkehr der Wissenschaft und gab der reaktionärsten Partei des preußischen Herrenhauses den Namen; Heinrich Leo, einst einer der Unbedingten, wurde der maßloseste Verketzerer des Liberalismus. Und dieselbe Umwandlung, wie bei diesen bekannteren Männern, vollzog sich natürlich schneller oder langsamer bei tausend Namenlosen, Unbekannten. Aber eine große Schar blieb doch der Fahne der Jugend treu und wuchs mit jedem Jahr an Kampfestüchtigkeit und Macht. Wenn sie das zunächst der eigenen sittlichen Stärke zu danken hatte, so gab es doch auch eine Kette von Ereignissen in dem hoffnungslosesten Jahrzehnt der neuesten Geschichte, die ihren Mut stählte und sie vor verzweifeltem Verzicht auf ihre Ideale bewahrte: das waren die griechischen Freiheitskämpfe; sie hielten in den zwanziger Jahren die Flamme der Begeisterung hell und rein; sie gewährten Trost und Hoffnung, als alles sonst zu Mißmut und Verzagen trieb; sie nährten den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei. Die unerbittliche Geschichte hat allerdings nach und nach manchen Ruhmesschein von den Häuptern der modernen Hellenen wieder abgestreift, und schon die Zeitgenossen mußten manchen schönen Wahn, den sie anfangs gehegt, allgemach als nichtig erkennen. Aber da fügte es ein günstiges Geschick so, daß, je mehr der ideale Glanz der Freiheitskämpfer vor der nüchternen Wirklichkeit schwand, desto mehr diese Wirklichkeit selbst den liberalen Ideen förderlich wurde, daß, je weniger die Zustände in Griechenland den Träumen der Hoffnungsseligen entsprachen, desto mehr ihre Nachwirkungen auf die große europäische Politik das Gebäude Metternichs Stein für Stein aufbröckelten. Sowohl durch ihre geistigen Einflüsse, wie durch den realen Gärungsstoff, den sie in das System des Stillstandes warf, ist daher die griechische Erhebung des Jahres 1821 eines der folgenreichsten Ereignisse der neuesten Geschichte geworden.

Bedeutung der griechischen Freiheitskriege.

Die griechischen Freiheitskämpfe.

Lage der Griechen unter türkischer Herrschaft.

Auch unter der Türkenherrschaft hatten sich die Griechen einen gewissen kirchlich-politischen Zusammenhang zu erhalten vermocht; ihr anerkanntes Haupt war der Patriarch in Konstantinopel, der, mit dem Range eines Paschas von drei Roßschweifen bekleidet, der Pforte zugleich als Bürge für die Treue der ganzen Christenheit diente. Ihm stand es zu auf Gefängnis, Galeere, ja Tod zu erkennen, und der Übertritt zum Islam rettete den Schuldigen nicht. Die große Synode, die ihm zur Seite stand, wurde vielfach als oberste Instanz in Civilstreitigkeiten

angerufen und auch die Geistlichkeit in den Provinzen übte in Ehe- und Erbschaftssachen anerkannte Gerichtsbarkeit aus. Das türkische Joch lastete auf den verschiedenen Landesteilen mit sehr verschiedenem Druck. Manche Inseln waren zu wenig mehr als zur Zahlung eines Tributes verbunden; manche Gebirgsvölker galten zwar amtlich als türkische Truppen, regierten sich aber in der That ganz selbständig; noch andere, die freien Kleften, führten ein völlig unabhängiges Räuberleben und erkannten die Herrschaft des Sultans auch nicht dem Namen nach an. Selbst da, wo die Macht der Pforte am größten war, bewahrten sich doch die Griechen den Rest einer nationalen Verfassung. Die Dörfer und Städte in Morea durften sich selbst ihre Vorsteher erwählen, welche dann ihrerseits Vertreter, Primaten oder Kodjabaschis genannt, in die Hauptstadt der Provinz, nach Tripolitsa, sandten um dort dem Pascha zur Seite zu stehen und einen ständigen Vertrauensmann, den Vekil, nach Konstantinopel abzuordnen. Dieser Provinzadel der Primaten gewann neben der Geistlichkeit großen Einfluß, obgleich sich beide keiner besonderen Bildung erfreuten. Diese fand sich nur bei den reichen Kaufherren, die in regem Geschäftsverkehr mit der abendländischen Christenheit standen und durch langen Aufenthalt im Auslande mit europäischer Kunst und Sitte vertraut geworden waren, und bei dem Adel der Hauptstadt, den Fanarioten, so genannt nach der Pforte des Fanar, d. h. des Leuchtturmes, die neben der patriarchalischen Kirche lag. Aus dem Schoße dieses hauptstädtischen Adels waren die eifrigsten Förderer der neugriechischen Litteratur hervorgegangen. Man konnte in derselben drei Richtungen unterscheiden, eine russische, eine französische und eine rein nationale. Während die beiden ersten durch Anlehnung an das Ausland die Unabhängigkeit Griechenlands zu erreichen suchten, erstrebte die letzte eine Wiedergeburt des Volkes durch die Belebung der alten Erinnerungen. Sie fand eine äußere Vertretung in dem 1812 gegründeten Bunde der Philomusen, der Musenfreunde, der lediglich künstlerische und wissenschaftliche Ziele verfolgte, so daß der russische Minister Kapodistrias sein Präsident, der Zar und viele andere Fürsten seine Mitglieder werden konnten.

Die nationale Bildung.

Die Philomusen.

Dieser Bund der Philomusen diente aber ohne es zu wissen und zu wollen der Partei unter den gebildeten Griechen, die unmittelbar auf die Abschüttelung des Türkenjoches hinarbeitete, als Deckmantel. Drei griechische Kaufleute in Odessa gründeten nämlich 1814 einen zweiten Bund, Hetärie der Philiker, d. h. Bund der Freunde, genannt, dessen Ziel die „bewaffnete Gemeinschaft der Christen zur Vertreibung der Türken" war. Seine Mitglieder gehorchten einer unbekannten Regierung, unter der sie sich gern die russische dachten, da Alexander ja Mitglied der Philomusen war und eine Wechselbeziehung zwischen diesen und den Philikern geheimnisvoll angedeutet wurde. Allmählich und mit Geschick wurde das Netz der Hetäristen über alle Landesteile mit griechischer Bevölkerung ausgesponnen und 1818 der Sitz des Bundes sogar nach

Die Philiker.

Konstantinopel verlegt. Seine Bedeutung wuchs, als angesehenere Leute ihm beitraten, vor allem die Fanarioten Ypsilantis, deren einer, Alexander, Adjutant und Liebling des russischen Kaisers war. Entweder ihn oder Kapodistrias wünschte man zum Präsidenten der Hetärie zu machen um dadurch in engere Verbindung mit Rußland zu treten. Einer der Gründer des Bundes, Xanthos, reiste in dieser Absicht nach Petersburg. Kapodistrias empfing ihn freundlich, lehnte aber den Antrag ab; Alexander Ypsilantis dagegen entschied sich nach einigem Zögern für die Annahme. Im Juli 1820 erbat er militärischen Urlaub und reiste von Petersburg nach Odessa.

Aufstand Ali Paschas.

Wirklich lagen die Verhältnisse damals für eine Erhebung ungemein günstig. Einer der mächtigsten Vasallen der Pforte, zugleich eine der verschlagensten und entschlossensten Persönlichkeiten, welche die Geschichte kennt, Ali Pascha von Janina, war zum Abfall vom Sultan gedrängt und gern bereit den Griechen die Hand zu reichen. Von kleinen Anfängen war er zu bedeutender Macht emporgestiegen. Um sich zum Herrn seiner Geburtsstadt Tepeleni in Albanien zu machen hatte er durch allerlei Künste seine Gegner verlockt, daß sie, während er mittags nach seiner Gewohnheit am Waldrande ruhte, ihn von weitem zu erschießen suchten. Statt seiner aber trafen die Kugeln eine Ziege, die in eine Kapuze gehüllt und, damit sie nicht mäckere, mit einem Maulkorb versehen, an Alis gewöhnlichem Ruheplatze festgebunden war. Als sie dann ohne ihren Irrtum zu entdecken den anscheinend gelungenen Mord durch einen Festschmaus feierten, überfiel Ali die Trunkenen, machte sie nieder und erhob sich zum Herrn von Tepeleni. Durch List, Tapferkeit, Grausamkeit, Bestechung dehnte er dann seine Macht immer weiter aus. Der Mittelpunkt seiner Herrschaft wurde Janina; mit dem Sultan wußte er sich in gutem Einvernehmen zu erhalten, aber auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, besonders zu Frankreich und England, pflegte er mit Sorgfalt, je nachdem sein Vorteil es erheischte. Ein Ziel, das er einmal ins Auge gefaßt, hielt er unverrückt fest und ließ sich durch kein Mißlingen einschüchtern. So unternahm er es dreimal, das tapfere Kleftenvolk der Sulioten zu unterwerfen und setzte seinen Willen endlich so weit durch, daß er den heldenmütigen Stamm zum Aufgeben seiner Felsenburgen und zur Übersiedelung nach den Jonischen Inseln zwang. Nicht minder begierig war er danach die ehemals venetianischen Seestädte in seinen Besitz zu bringen. Auch dies Verlangen befriedigte er nach und nach; den letzten Ort, nach dem ihn gelüstete, Parga, erkaufte er im Jahre 1819 von den Engländern, die es seit 1815 besetzt hielten. Damit stand er auf der Höhe seiner Macht, aber auch seines Übermutes. Selbst über religiöse Vorschriften setzte er sich kühn hinweg, während er doch andererseits blindem Aberglauben huldigte und fest an die Prophezeiung glaubte, daß er 150 Jahre alt und einst noch Korfu beherrschen werde. Bei alledem konnte er aber doch das Gefühl der Unsicherheit nicht los werden, das ihm seine Abhängigkeit von der Pforte

einflößte. Ein Pascha, so sagte er seinen Söhnen, ist ein Mann, der mit Pelzwerk bekleidet auf einer Pulvertonne sitzt. Schneller, als er selbst gedacht, sollte diese in die Luft fliegen und ihn vernichten. Den unermüdlichen Bemühungen eines ihm persönlich verfeindeten Kämmerers des Sultans, Pacho Bei, gelang es, im Juli 1820 seine Ächtung zu erwirken. Zuversichtlich nahm er den Fehdehandschuh auf: in Adrianopel, so hoffte er, werde Gott die Grenze zwischen ihm und dem Sultan stecken. Doch bald erfuhr sein Schicksal eine schlimme Wendung. Die drei Heere, mit denen er ins Feld zu rücken gedachte, fielen von ihm ab; nur mit Mühe entkam er den Nachstellungen seines Unterfeldherrn Omer Brionis und warf sich mit 6000 Mann in seine Feste Janina. Hier verteidigte er sich beinahe anderthalb Jahre, bis es endlich dem Statthalter von Morea, Churchit Pascha, gelang die Stadt zu nehmen. Die letzte Zuflucht des Besiegten war eine kleine Insel im See von Janina. Von hier aus knüpfte er Unterhandlungen mit dem siegreichen Gegner an. Der aber fürchtete ihn auch jetzt noch so, daß er sich seiner durch Meuchelmord erledigte und so am 5. Februar 1822 diesem Aufstande ein Ende machte, der trotz seines Mißlingens doch von den schlimmsten Folgen für die Türkei sein sollte.

Ali's Sturz.

Denn wenn die Griechen auch nichts gethan hatten um Ali zu stützen, zu dem sie unmöglich Zuneigung hegen konnten, so hatte dieser doch während des ganzen ersten Jahres der griechischen Erhebung das Heer Churchit Paschas festgehalten und dadurch der griechischen Sache die größten Dienste geleistet. Es war Schuld der Hellenen und wesentlich des Alexander Ypsilantis, wenn sie die Gunst der Lage nicht noch besser ausnutzten. Man konnte an sich zweifeln, ob es vorteilhafter sei, die Erhebung in den Donaufürstentümern oder in Morea beginnen zu lassen; aber die Lage Alis, dessen Widerstand ja in jedem Augenblick erlahmen konnte, hatte mit Recht einen Kriegsrat der Hetäristen, der am 1. Oktober 1820 auf russischem Boden, auf dem Kirchhof zu Ismail, abgehalten war, dazu bestimmt sich für Morea zu entscheiden. Auf eigene Hand änderte Ypsilantis nachträglich diesen Beschluß. Am 7. März 1821 überschritt er den Pruth und ging nach Jassy; von hier aus verkündete er in hochtönenden Worten den Hellenen, daß es Zeit sei aus dem Schlafe zu erwachen, den ganz Europa mit Unwillen sehe; eine große Macht werde sie beschützen, und mit leichter Mühe würden die Nachkommen derer, die einst die Perser besiegt, über so verächtliche Feinde wie die Türken Herr werden. Die Thatsachen entsprachen von vornherein diesen zuversichtlichen Worten nur wenig. Die große Macht, auf welche Ypsilantis prahlerisch hinwies, beeilte sich jeden Zusammenhang mit dem Aufrührer abzuleugnen. Von Laibach aus, wo Alexander sich eben befand, mußte Kapodistrias in einem Briefe an Ypsilantis diesem jede Hoffnung auf Hilfe nehmen; der Zar selbst erneuerte mit Kaiser Franz seinen Bund gegen die Revolution und verpflichtete sich nötigenfalls eine Armee von 95 000 Mann zu ihrer Bekämpfung zu

Beziehungen zu den Hellenen.

Beginn des Aufstandes.

Die Erhebung an der Donau.

Rußlands Haltung.

stellen. Es wäre für ihn ein leichtes gewesen den Aufständischen einen großen Dienst zu leisten; nach dem Frieden von Bukarest (1812) durfte
Die Rumänen. die Pforte ohne russische Genehmigung keine Truppen in die Donaufürstentümer einrücken lassen; aber diese Genehmigung wurde bereitwilligst erteilt und bereits Mitte Mai überschritten drei türkische Heere die Donau. Auch sonst lagen die Verhältnisse schlecht; der Patriarch war gezwungen worden den Bann gegen die Empörer zu schleudern, in der Walachei herrschte zwischen Griechen und Rumänen die heftigste Spannung. Ein Teil der letzteren hatte sich schon im Februar gegen den mit Ypsilantis verbündeten griechischen Hospodaren Michael Sutsos erhoben. Ihr Führer, Theodor Wladimiresco, schloß sich jetzt zwar scheinbar dem Aufstande gegen den Sultan an; allein als die Türken ihren Vormarsch begannen, zeigte sich, daß Theodor verräterisch zu ihnen übergehen wollte. Nur der Entschlossenheit des tüchtigsten von Ypsilantis' Generalen, des Olympiers Georgakis, war es zu danken, daß er rechtzeitig verhaftet und hingerichtet wurde. Ypsilantis selbst war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Langsam hatte er im März und April die beiden Fürstentümer besetzt; ohne Widerstand räumte er beim Eindringen der Türken einen großen Teil derselben und zog sich an die Karpathenpässe um der österreichischen Grenze nahe zu sein. Die Eigenmächtig-
Schlacht bei Dragatschan. keit seiner Offiziere vergrößerte das Übel. Einer derselben, Karawias, griff die Türken ohne Befehl am 19. Juni bei Dragatschan an. Aber als der Kern des griechischen Heeres, die 500 Mann starke heilige Schar, von großer Übermacht umzingelt und vollständig aufgerieben wurde, flohen die anderen Truppen und auch Ypsilantis verzweifelte. So prahlerisch er seine Laufbahn begonnen, so jämmerlich endete er sie. Von seinen eigenen Leuten bedroht, floh er am 26. Juni über die österreichische Grenze und erklärte in einem neuen Aufruf jedes Band zwischen sich und den „feigen Sklavenhorden", den Meineidigen, Verrätern und Memmen, die er dem Haß der Menschheit überliefere, für zerrissen.
Ypsilantis Ausgang. Er mußte seine kurze Abenteurerlaufbahn durch ein hartes Schicksal büßen. Die österreichische Polizei schleppte ihn in die Festung Munkacz und teils hier, teils in Theresienstadt verlebte er sechs Jahre in Gefangenschaft; erst 1827 wurde er auf russische Verwendung freigegeben und starb schon im nächsten Jahre in Wien.

Letzte Kämpfe. Mit seiner Flucht war das Schicksal des Aufstandes an der Donau entschieden; doch wandten mehrere seiner Offiziere wenigstens die Schmach von sich ab, mit der ihr Führer selbst sie bedeckte. Wie die heilige Schar bei Dragatschan, so hatte ein Heldenhäuflein unter Athanasios bei Skuleni am Pruth Wunder der Tapferkeit gethan, und mit Begeisterung vernahm Europa das Ende des Georgakis, der im Kloster Sekko sich und seine Gefährten in die Luft sprengte. Bis in die ersten Tage des Oktobers dauerte dies letzte Aufflackern der Empörung; von da ab lagen beide Fürstentümer willenlos zu den Füßen der Sieger.

Allein schon lange vorher hatte die Empörung an der Donau ihre

hervorragende Bedeutung eingebüßt. Die Männer, welche in Ismail beschlossen hatten den Aufruhr in Morea zu beginnen, waren durch Ypsilantis' eigenmächtiges Vorgehen nicht von ihrem Plane abgebracht. Der eifrigste von ihnen, ein Mönch, der Papa Flesas, bereitete den ganzen Winter 1820—21 unermüdlich den Aufstand vor. Die Abberufung Churchit Paschas zum Kampf gegen Ali war ein unerwarteter Glücksfall. Dennoch meinten viele, besonders von den Primaten, man solle nichts übereilen. Aber als der stellvertretende Pascha, Salik Aga, Verdacht schöpfte und Ende Februar 1821 die Primaten nach Tripolitsa lud um sich dort ihrer zu bemächtigen, konnte die Entscheidung nicht mehr hinausgeschoben werden. Mit einzelnen Gewaltthätigkeiten gegen türkische Beamte begann Ende März der Aufstand, seine Weihe erhielt er am 4. April in Patras, wo der Erzbischof Germanos und der Primat Londos die Bewohner zu den Waffen riefen und der Prälat vor einem Kreuze, das er in der Hauptstraße aufgerichtet, an einem Altar von Rasen das Abendmahl unter die Kampfesmutigen austeilte. An demselben Tage hielt Petro Mavromichalis, gewöhnlich Petrobei genannt, das Haupt der Mainoten, die sich Nachkommen der alten Spartaner zu sein rühmten, seinen Einzug in Kalamata, der Hauptstadt Messeniens. Und nun griff die Empörung mit Blitzesschnelle um sich. „Der Türke soll nicht in Morea bleiben, und überhaupt nicht in der ganzen Welt!" so erscholl es in den Klängen des Volksliedes von Berg zu Berg, von Dorf zu Dorf. Drei Wochen genügten um fast die ganze Halbinsel frei zu machen, und das Osterfest, der 22. April, sah die Türken fast einzig auf den Besitz von Tripolitsa beschränkt, das, in der Mitte des alten Arkadien auf einer Hochebene gelegen, auch schon von allen Seiten umschlossen wurde. Der Held dieser Wochen war Kolokotronis, ein wilder, verschmitzter Klefte, aus dessen Stamm noch niemand eines natürlichen Todes gestorben, auch äußerlich eine wahre Räuberhauptmannsgestalt. Ohne Schlappen war es freilich nicht abgegangen; wo die Türken stark genug waren, hatten sie sich tüchtig gewehrt, und nicht ohne Besorgnis sah man die Hilfstruppen nahen, welche Churchit auf die Kunde dieser Vorgänge aus dem Lager von Janina schickte und die Mitte Mai vor Tripolitsa eintrafen. Auch diese Furcht beseitigte Kolokotronis. Als die Türken am 24. und 25. Mai seine Linien angriffen, schlug er sie bei Valtetsi so völlig, daß die Griechen, „die bis dahin wegliefen, wenn es hieß: die Türken kommen, fortan fragten: Wo sind die Türken?" Trotz dieser erneuten Begeisterung wollte es aber mit der Belagerung nicht recht vorwärts; auch die Ersetzung des Oberfeldherrn Petrobei durch Demetrius Ypsilantis, Alexanders Bruder, förderte die Sache wenig; den Ausschlag gab die Not in der Stadt und die Treulosigkeit der Griechen, die, während Verhandlungen im Gange waren, plötzlich angriffen, ohne Mühe eindrangen und ein furchtbares Gemetzel anrichteten. 10000, nach anderen gar 32000 Leichen bedeckten die Straßen, so daß Kolokotronis' Pferd vom Thor bis zum Palast den

Der Aufstand in Morea.

Petrobei.

Kolokotronis.

Schlacht von Valtetsi.

Demetrius Ypsilantis.

Einnahme von Tripolitsa.

Boden nicht betrat. Drei Tage wütete das Morden und Brennen und noch am dritten war die Wut so groß, daß man 2000 Gefangene in eine Schlucht des Mänalon schleppte und dort niedermachte. Mit ähnlicher Grausamkeit und Tücke verfuhren die Griechen auch in den anderen Städten, die in ihre Gewalt fielen, allerdings von den Türken schwer gereizt. Denn als die Kunde von den Ereignissen in Nord und Süd Stambul erreichte, ergriff die Moslemin wilde Wut und Rachedurst. Eine große Christenhetze begann, von der Pforte nicht gebändigt, sondern begünstigt. Den Dolmetsch Musurus ließ Sultan Mahmud selbst vor dem Serail köpfen, das greulichste aber geschah am griechischen Ostertage. Als der Patriarch Gregorios die Nachtmesse beendet, wurde er ergriffen und mit drei Erzbischöfen und drei Priestern an der Mittelthür der Fanarkirche aufgehenkt. Seinen Leichnam, der von Juden ins Meer geschleift wurde, fischten russische Schiffer auf und brachten ihn nach Odessa.

Christenhetze in Konstantinopel.

Wenn Metternich auf die Kunde von diesen Vorgängen auch gelassen schreiben konnte: über unsere Ostgrenzen hinaus zählen drei bis vierhunderttausend Gehenkte, Erwürgte, Gepfählte nicht viel; so meinte doch selbst Kaiser Franz, die That sei ebenso schlimm, wie wenn sie den Papst betroffen hätte. Noch entschiedener war Rußland dadurch herausgefordert, und Kapodistrias, dessen griechenfreundlichen Einfluß Metternich in Laibach so erfolgreich zurückgedrängt hatte, erlangte wieder größere Macht über Alexander. Der russische Gesandte Stroganoff erklärte in einer Note vom 18. Juli, die Pforte habe ihr Recht neben den christlichen Mächten Europas zu existieren ernstlich gefährdet, und verlangte binnen acht Tagen Genugthuung; als diese nicht erfolgte, verließ er Konstantinopel. Der Krieg schien unvermeidlich; Metternich geriet in die größte Bestürzung. Auf der einen Seite versuchte er alles um den Sultan zum Nachgeben zu drängen; indessen bald sah er ein, daß dies vergebliche Mühe sei: solange die Griechen weiter kämpften, verweigerte die Pforte jedes Zugeständnis. Um so eifriger bemühte er sich nun Rußland zum Nachgeben zu raten; er machte von neuem Alexander Abscheu gegen alles Revolutionieren rege; er stellte vor, wie ein Krieg mit Rußland ein allgemeines Niedermetzeln der Christen zur Folge haben werde; er versprach endlich, daß auch die anderen Großmächte den diplomatischen Verkehr mit Konstantinopel abbrechen würden, wenn Alexanders Entgegenkommen wider Erwarten dort nicht angenommen werde. Um dieser Zusage größeres Gewicht zu geben eilte er im Oktober 1821 nach Hannover um dort den englischen König und Lord Castlereagh für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Eine erschöpfende Verständigung war das Ergebnis dieser Reise, und bald kam denn auch aus Petersburg die beruhigende Meldung, daß Alexander den Frieden bestimmt erhalten wolle und noch ganz wie in Laibach denke; wenn nur die Pforte ihre Truppen über die Donau zurücknehme, sei er zu Verhandlungen bereit. Dieses Zugeständnis konnte der Sultan nicht verweigern und

Bruch mit Rußland.

Metternichs Vermittelung.

so schien im April 1822 nach manchen Zwischenfällen dank Metternichs Bemühungen der Friede gesichert.

Das Blutbad von Chios.

Allein nur kurze Zeit hatte man sich in Wien diesem erfreulichen Gedanken hingegeben, da erscholl von der Insel Chios eine Kunde, die ganz Europa mit Entsetzen erfüllte. Im Gegensatz zu den übrigen Eilanden des Archipelagus waren die Chioten bisher unthätige Zuschauer geblieben, getreu ihrem etwas schlaffen Charakter, den das griechische Sprichwort treffend verspottete: Ein kluger Chiot ist so selten wie ein grünes Pferd. Für die Inseln, welche in die Bewegung eingetreten waren, hatte aber der Beitritt des reichen Chios große Wichtigkeit, vor allem für seinen nächsten Nachbar, das kleine rührige Felseneiland Psara, das mit Spetsia und Hydra den Ruhm teilte den Kern der griechischen Flotte zu stellen; denn diese drei Inseln besaßen nicht weniger als 350 Handelsschiffe mit 12 000 Matrosen. Ein Psariot, Papanikolis, war es gewesen, der im Juni 1821 das erste türkische Kriegsschiff mit seinem Brander in die Luft gesprengt hatte; nach allen Seiten hatten dann psariotische, hydriotische und spetsiotische Schiffe den Aufstand weiter getragen; auch in Chios war schon ein Versuch gemacht, jedoch umsonst. Im März 1822 wurde er mit besseren Kräften von Samos aus wiederholt; die türkische Garnison war in das Fort zurückgedrängt und nahe daran sich zu ergeben. Da nahte zu ihrem Entsatz die türkische Flotte unter Kara Ali. Der großen Übermacht waren die Aufständischen nicht gewachsen; sie entwichen nach Samos, und die Chioten unterwarfen sich, nachdem Ali ihnen Verzeihung versprochen hatte. Aber kaum hatten sie die Waffen niedergelegt, so begann (in der Osterwoche 1822) eine schauderhafte Jagd; 23 000 Menschen sollen ermordet, 47 000 in die Sklaverei geschleppt sein; nur die Katholiken und die Bewohner der Mastixdörfer wurden geschont. Ein Schrei der Rache war das Echo in ganz Hellas; sie zu vollziehen die Aufgabe der Flotte. Geführt von dem Hydrioten Miaulis, dem Kolokotronis der Meere, eilte sie herbei; dem Psarioten Kanaris war es beschieden den Frevel zu sühnen. In der Nacht zum 19. Juni, der letzten des Fastenmonates Ramasan, begingen die Türken bei jubelnden Gelagen ihren Karneval, das Bairamfest. Die Unachtsamkeit, welche infolgedessen auf der Flotte herrschte, benutzte Kanaris; glücklich erreichte er mit seinem Brander das feindliche Admiralschiff und sprengte es mit 3000 Mann und dem Kapudan Pascha in die Luft. Mit dem jubelnden Ruf: „Ei seht die schöne Illumination! Sieg dem Kreuze!“ entkam er selbst der Zerstörung; frohlockend empfingen ihn die Mitkämpfer auf Psara und barfuß wallten sie in die Kirche um Gott ihren Dank zu bringen. Die armen Chioten aber fielen einem zweiten Blutbad heim, und so furchtbar raste das türkische Schwert, daß im Monat August von 100 000 Bewohnern der Insel nur 2000 noch lebten.

Die Rache des Kanaris.

Neue Verwüstung der Insel.

Wo die Leidenschaft zu solchen Freveln entflammte, da war an Versöhnung augenscheinlich nicht zu denken, und Metternichs Plan den weiteren Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei das Ver-

Hellas und Morea 1822.

sprechen einer Begnadigung zu Grunde zu legen und daraufhin eine Unterwerfung der Griechen zu versuchen mußte gänzlich aussichtslos erscheinen. Überdies brachte das Jahr 1822 auch auf dem Festlande Ereignisse von größter Wichtigkeit. Der Tod Ali Paschas stellte im Februar das ganze Heer Churchits der Pforte zur Verfügung. In zwei Teilen sollte es über den Isthmus von Korinth nach Morea vordringen; den einen Teil, der zunächst West-Hellas mit dem wichtigen Mesolonghi unterwerfen mußte, befehligte Churchit selbst; den anderen, welcher durch Ost-Hellas vorrückte und wie im Vorbeigehen die Akropolis von Athen, die eben erst in die Hände der Griechen gefallen war, wiedernahm, führte Dramalis. Ohne Hindernis zog er über den Isthmus und durch die Pässe der Derwennen, welche Korinth mit Argos und Nauplia verbinden.

Churchit und Dramalis.

Die Zwietracht und Parteisucht der Griechen war es, welche ihm sein Werk so leicht machte. Zwischen den Primaten des Peloponnes einerseits, den Hetäristen und Kleften wie Papa Flesas und Kolokotronis andererseits, bestand von den ersten Tagen des Aufstandes an die größte Abneigung und Eifersucht. Sie wurde vertieft und verschlimmert, als beide Parteien europäisch gebildete Führer gewannen: die Kleften den Demetrius Ipsilantis, die Primaten den Fanarioten Alexander Mavrokordatos, der bald nach jenem im August 1821 in Morea eingetroffen war. Nur kurze Zeit vermochte der beiden gemeinsame Patriotismus ihren feindlichen Ehrgeiz zu zügeln. Demetrius war, wie erzählt, zum Archistrategen (Oberfeldherrn) ernannt worden und hatte seinen Nebenbuhler als Bevollmächtigten nach Mittelgriechenland geschickt. Kaum hier angelangt, berief dieser eigenwillig zwei Nationalversammlungen für Ost- und West-Hellas nach Salona und Mesolonghi und bildete zwei gesonderte Regierungen, Gerusien genannt, ohne sich um Morea zu kümmern oder auf des Demetrius Einspruch zu achten. Dieser ließ darauf eine allgemeine Nationalversammlung in Argos zusammentreten (12. Dezember 1821); allein auch in dieser gehörte die Mehrheit den Primaten. Sie beschloß ihren Sitz nach Piadha, dem alten Epidaurus, zu verlegen, proklamierte hier am 13. Januar 1822 die Unabhängigkeit von Griechenland, erkannte die beiden Sonder-Gerusien für Ost- und West-Hellas an, genehmigte die Begründung einer dritten für Morea, setzte eine Gesamtregierung für ganz Griechenland ein, an deren Spitze sie den Mavrokordatos stellte, und speiste Demetrius mit dem Posten eines Vorsitzenden der Legislative ab. Dem sich zu fügen war dieser keineswegs gewillt, und Kolokotronis, sein Hauptbeschützer, schickte sich eben an nach Argos zu marschieren um die Regierung von dort zu verjagen, als Dramalis ihm zuvorkam und selbst diese Aufgabe übernahm. Darüber erschraken doch auch Demetrius und seine Freunde; angesichts der 24000 Mann zu Fuß und der 6000 Reiter, mit welchen die Türken anrückten, kam noch einmal eine Versöhnung zustande. Argos selbst war freilich im ersten Schreck von der unfähigen Regierung schon preisgegeben; aber die Burg Larissa verteidigte Demetrius mit großer

Zwietracht der Hellenen.

Mavrokordatos.

Die Gerusien von Ost- und West-Hellas.

Die Nationalversammlung von Piadha.

Dramalis' Angriff.

Ausdauer, während Kolokotronis überall Truppen sammelte und mit „einer Welt von Bewaffneten" gegen Argos und Nauplia anrückte. Sein Plan war die schmale Küstenebene, in welcher beide Städte liegen, durch Besetzung aller Pässe, die nord-, west- und südwärts führen, zu blokieren und Dramalis auszuhungern. Das konnte nicht gelingen, wenn die türkische Flotte Proviant zuführte; aber vergeblich hoffte der Pascha auf ihre Ankunft; seine Not stieg in wenig Wochen aufs höchste; er mußte sich zum Rückzuge nach Korinth entschließen. Am 6. August wurde der Marsch durch die Derwennen angetreten; aber inmitten des Passes griffen Kolokotronis und sein Neffe Nikitas, „der Türkenfresser", die Feinde an, brachten ihnen einen Verlust von 3—4000 Toten bei und spalteten sie in zwei Haufen, von denen der eine nach Korinth entkam, der andere, und mit ihm Dramalis, nach Nauplia zurückgeworfen wurde. Die äußerste Not trieb schon am zweiten Tage zu dem Versuche auf einem östlicheren Passe durchzubrechen, und dank der Beutelust der Griechen gelang dies besser; ohne Gepäck und mit Verlust von 1000 Mann erreichte Dramalis Korinth. Doch ward er hier von neuem umzingelt und starb während der Belagerung im November 1822; der Rest seiner Truppen schlug sich zwar im Januar mit großen Verlusten durch, das ganze Unternehmen aber war vollkommen mißlungen.

Seine Niederlage in den Derwennen.

Sein Tod.

Die Schuld daran mußte großenteils auf Churchit fallen, der nicht schnell genug durch West-Hellas zu Hilfe geeilt war. Nach dem Abmarsch von Janina hatte er sich gegen die wieder heimgekehrten Sulioten gewandt um diese zu unterwerfen. Aber mutig schlugen sie, ihrer tausend gegen 14 000, zwei Stürme zurück und wollten sich nur unterwerfen, wenn alle Hellenen Verzeihung erhielten und annähmen. Für diese war es unabweisliche Ehrenpflicht den tapferen Stammesgenossen Hilfe zu bringen, und so machte sich Mavrokordatos Ende Mai, vor des Dramalis Ankunft in Morea, mit einer kleinen, aber gewählten Armee zum Entsatz auf den Weg. Mit sich führte er das Korps der Philhellenen, das aus den Freiwilligen aller europäischen Nationen gebildet war, das einzige europäisch geschulte griechische Bataillon Tarella und mehrere Kleftenscharen. Glücklich gelangte er bis an den Busen von Arta, von wo er in zwei Richtungen nach dem nahen Suli vordringen wollte. Allein schon hatte der Verrat den Seinen Verderben gesponnen. Unter denen, welche sich ihm anschlossen, befand sich der Albanesenhäuptling Gogos, der sich bei dem Städtchen Peta mit ihm vereinigte, zugleich aber mit dem türkischen General Kiutagi, der in Arta 6000 Mann kommandierte, im Einvernehmen stand. In der Nacht zum 16. Juli rückte letzterer gegen Peta vor; zwei Angriffe auf die Philhellenen wurden glänzend abgeschlagen; da gab Gogos verräterisch die Höhen preis, die er zu verteidigen hatte, und nun wurden die Griechen von vorn und hinten angegriffen. In heldenmütigem Kampfe fand Tarella den Tod, Normann, der Württemberger, die Todeswunde; mit ihnen fielen 400 auserlesene Krieger; nur wenige schlugen sich rückwärts zu Mavrokor-

Churchit gegen Suli.

Schlacht bei Peta.

datos durch; der Entsatz von Suli war gescheitert, und im September verließ das tapfere Bergvolk zum zweitenmal die Heimat um nach Korfu überzusiedeln. Churchit aber versäumte, nachlässig oder böswillig, alsbald mit ganzer Macht dem Dramalis zu Hilfe zu eilen; er wandte sich nach Mesolonghi, der Hauptstadt von West-Hellas, wohin sich Mavrokordatos und der tapfere Suliote Marko Botsaris geworfen, und belagerte diese Feste. Doch hatte er weder Glück noch bewies er Geschick, und als ein Sturm seines Unterfeldherrn Omer Vrionis, des Verräters Alis, am griechischen Weihnachtstage mißlang, als die Nachricht kam, daß die Trümmer von Dramalis' Heer Korinth geräumt, als so beide Teile des Doppelzuges des Jahres 1822 völlig gescheitert waren, da vergiftete sich Churchit im Januar 1823, drei Tage ehe sein Todesurteil aus Stambul eintraf.

Churchit vor Mesolonghi.

Sein Tod.

Die europäischen Mächte.

Die Ereignisse des Jahres 1822 waren also der griechischen Sache durchaus günstig gewesen; zur See wie zu Lande waren alle türkischen Unternehmungen nach günstigem Beginne zuletzt doch gescheitert. Und auch diplomatisch betrachtet war die Sachlage für Hellas besser geworden. Die Metternichschen Vermittlungspläne waren durch das Blutbad von Chios vereitelt; allerdings war Alexander dadurch dem österreichischen Einfluß nicht entrückt; vielmehr hatte er sich in Wien, wo er sich auf der Reise nach Verona einige Zeit aufhielt, und auf dem Kongresse selbst so eng wie je an Metternich angeschlossen und seinen kriegslustigsten Minister, Kapodistrias, beurlaubt. Griechische Gesandte, die sich nach Verona begeben wollten, wurden gar nicht vorgelassen, sondern in Ancona zur Umkehr gezwungen, da die Herrscher entschlossen seien die Empörung zurückzustoßen, wie und wo sie sich zeige. Aber im Grunde war es für die Griechen nur günstig, daß es noch nicht zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam; denn ob ein solcher ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte, mußte so lange sehr zweifelhaft erscheinen, als sie in den großen Kabinetten noch keinen entschiedenen Fürsprecher gewonnen hatten; und dazu war nur Hoffnung, wenn sie mehrere Jahre aus eigener Kraft die Türken sich fern zu halten vermochten. Bedenklich konnte es freilich werden, daß in Stambul durch einen Ministerwechsel mildere Stimmungen zur Geltung kamen, und daß die guten Dienste seiner christlichen Verbündeten, die Alexander in Verona erbeten, die Pforte bestimmten, auf Verhandlungen einzugehen, ja daß nach einer neuen Zusammenkunft zwischen Alexander und Franz, die im Oktober 1823 in Czernowitz stattfand, während Nesselrode mit dem erkrankten Metternich in Lemberg sich verständigte, Rußland sogar einen Bevollmächtigten für Handelssachen an Stelle seines abberufenen Gesandten nach Stambul schickte. Dafür war aber seit dem August 1822 ein neuer Bundesgenosse der griechischen Sache in Canning erstanden, der im Februar 1823 die Griechen als kriegführende Macht anerkannte, und was noch mehr galt: niemand, selbst Metternich nicht, dachte doch an ein bewaffnetes Einschreiten gegen die Revolution, wie es in Italien und

Annäherung zwischen Rußland und der Türkei.

Anerkennung der Griechen durch England.

Spanien stattgefunden hatte, und wenn die Griechen Kraft genug besaßen, sich des Feindes zu erwehren, so war der Sieg ihrer Sache von außen her nicht gefährdet. Den Türken aber brachte auch das Jahr 1823 auf keinem der drei kontinentalen Kriegsschauplätze einen Vorteil. Gelang es ihnen doch nicht einmal nach Morea vorzudringen. Ähnlich wie im Vorjahre Churchit und Dramalis sollten jetzt in West-Hellas Mustai, der Pascha von Skodra, und Omer Vrionis, in Ost-Hellas Jussuf, der Pascha von Euböa, die Aufständischen bezwingen, sich dann bei Lepanto vereinigen und hier, an der schmalsten Stelle des Busens von Korinth, nach dem Peloponnes übersetzen. Aber Jussuf wurde den ganzen Sommer hindurch von Odysseus und Nikitas im Zaume gehalten, und Omer Vrionis erlitt am 21. August eine schmähliche Niederlage bei Karpenisi. Freilich kostete diese den Griechen ihren wackeren Feldherrn, den Marko Botsaris, der mit 350 Sulioten die 5000 Mann starke Vorhut der Feinde anzugreifen gewagt, einen Mann, dessen selbstlose Gesinnung für das parteizerfressene Hellas ein unersetzlicher Schatz gewesen war. Führerlos wich nach dem Siege seine Schar auf Mesolonghi zurück; begierig die Schlappe auszuwetzen folgte Vrionis; aber erfüllt wurde ihm und Mustai ihr Wunsch nicht. An das feste Mesolonghi wagten sie sich nicht einmal; doch auch die benachbarte Seefeste Anatoliko bot ihnen Trotz, und nach monatelanger Einschließung zwang im Dezember die rauhe Witterung sie zum Rückzug.

Der Feldzug von 1823.

Morea hatte das ganze Jahr keinen Feind gesehen; die Folge davon war das Aufflackern der heftigsten Parteileidenschaft; alle Kraft, allen Haß, den man gegen den Feind nicht zu kehren brauchte, kehrte man gegeneinander. Ende 1822 war die Vollmacht der Regierung zu Ende gegangen, aber mit Zustimmung der Legislative um ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung verlängert worden. Ergrimmt darüber jagte Kolokotronis, der längst den Hader, welchen er bei Dramalis' Ankunft „ins Meer geworfen", wieder hervorgeholt, aus Nauplia. Für ihn war der europäisch gebildete Mavrokordatos mit seinem Frack und seiner Brille ein Gegenstand unbezwinglicher Abscheu, aber freilich auch ein weit überlegener Gegner, wider dessen diplomatische Gewandtheit er nur rohe Gewalt zu setzen hatte. Sein Groll stieg, als auf der zweiten Nationalversammlung, die Ende März 1823 in Astros zusammentrat, wieder die Bürgerlichen das Übergewicht hatten, so daß Mavrokordatos (an Demetrius' Stelle) Präsident der Legislative wurde und für ihn als Präsident der Exekutive der primatenfreundliche Petrobei eintrat. Kolokotronis selbst war der einzige Nicht-Primat, dem man einen Platz in der Regierung gönnte; er sah voraus, daß sein Einfluß gleich Null sein werde, wenn er ihn nicht durch Gewaltmaßregeln verstärke. Dazu boten ihm seine Kleften freudig die Hand. Er zwang zunächst die Regierung ihren Sitz nach Nauplia zu verlegen, während die Legislative mit Mavrokordatos in Argos blieb. In Nauplia aber war er Herr, und so entstand zwischen beiden

Parteiungen in Morea.

Der erste Bürgerkrieg.

Gewalten offener Krieg. Mavrokordatos glaubte sich in Argos nicht mehr sicher; er floh über Hydra nach West-Hellas, und Kolokotronis jagte wirklich im Dezember die Legislative in Argos auseinander. Sie flüchtete nach Kranidhi, erklärte von dort ihrerseits die Exekutive für abgesetzt und erwählte eine neue, deren Präsident der Hydriot Konduriottis wurde. So existierte nun eine völlige Doppelregierung: in Tripolitsa, wohin er von Nauplia übersiedelte, Kolokotronis; in Kranidhi Konduriottis. Anfänglich war jener an Macht unzweifelhaft überlegen; aber an Einfluß und Geist überwog von vornherein Konduriottis; ihm stand die Zuneigung Europas zur Seite, und nach und nach gewann er auch militärisch die Oberhand. In verschiedenen Gefechten wurde Kolokotronis besiegt, im April 1824 sogar Tripolitsa erobert. Mehr als diese Niederlagen trieb die Kleftenhäupter jedoch ihr Geldmangel zur Unterwerfung, und so wurde der erste Bürgerkrieg im Juni 1824 durch die Anerkennung des Konduriottis beendigt. Allerdings nur um nach wenigen Monaten wieder auszubrechen. Auch die siegreiche Partei war in sich nichts weniger als einig. Konduriottis, und mehr noch seine rechte Hand, der verschmitzte Kolettis, begünstigten die Insulaner auf Kosten der Peloponnesier und wendeten ihnen den größten Teil einer englischen Anleihe zu, die sie eben abgeschlossen. Darüber murrten die festländischen Primaten, verweigerten die Steuern und knüpften Verbindungen mit Kolokotronis an, den sie eben erst hatten bezwingen helfen. Aufs neue sollten die Waffen entscheiden, aber Kolettis' Eifer und Gewandtheit führte die Sache zum schnellen Ende. Die Häupter der Primaten, Londos und Zaïmis, mußten fliehen; Kolokotronis, tief gebeugt durch den Tod eines Sohnes, der in einem der Scharmützel fiel, bat um Gnade und wurde mit 13 anderen Häuptern der Revolution nach Hydra geführt, wo er, im Kloster St. Elias als Staatsgefangener bewacht, ingrimmig dem undankbaren Vaterlande prophezeite, daß es seiner bald wieder bedürfen und ihn mit Ehren zurückrufen werde.

Konduriottis.

Kolettis.

Kolokotronis gefangen.

Und schnell genug ging diese Prophezeiung in Erfüllung. Die Pforte war schon durch den bösen Ausgang des Feldzugs von 1822 belehrt, daß ihre eigenen Kräfte zur Bewältigung des Aufstandes nicht ausreichten; sie hatte deshalb, zunächst für den Seekrieg, ihren Vasallen Mehemet Ali von Ägypten zur Hilfeleistung entboten. Bereits im Juni 1823 war dieser in den Krieg eingetreten; doch war der Schauplatz seiner Thätigkeit ein enger geblieben. Sein Schwiegersohn Hassan landete in Kreta und begann durch ein Schreckenssystem die Aufständischen, die unter sich gespalten und von Morea aus schlecht unterstützt waren, zu bändigen. Mit Schaudern hörte man, wie der „Würger von Melidoni" 370 Menschen in eine Höhle gedrängt und durch Rauch erstickt, wie er bei Melato von 2000 Gefangenen die Frauen in die Sklaverei verkauft, die Priester verbrannt, alle anderen niedergemacht habe. Bis in den April 1824 hinein fand er noch Gegenwehr; dann war der Aufstand erstickt, Kreta „befriedet" und Ibrahim, Mehemets

Eintritt Mehemet Alis in den Kampf.

Bezwingung Kretas.

Sohn, welchem der Vater den Oberbefehl übertragen, konnte von diesem festen Stützpunkt aus planmäßig vorgehen. Dabei galt es gemeinsam mit der türkischen Flotte zu handeln, deren Anführer, den „lahmen" Chosrew-Pascha, einen alten Widersacher Mehemets, die Lorbeern der Ägypter nicht schlafen ließen. Es gelüstete ihn den tapferen Psarioten das Los von Chios und Kreta zu bereiten. Durch einen plötzlichen Windwechsel begünstigt, gelang es ihm am 2. Juli 1824, den Psarioten unerwartet, an der steilen Nordseite der Felseninsel zu landen. Gleichzeitig griff er mit dem Hauptteil seiner Flotte die Stadt an und bemächtigte sich nach verzweifeltem Kampf ihrer und der feindlichen Schiffe; nur wenige konnten sich mit einem Teil der Bevölkerung retten; die meisten Einwohner wurden niedergemetzelt; einige flüchteten in das Fort Palaeokastro und sprengten sich dort, gestärkt durch das heilige Abendmahl, mit 2000 eindringenden Türken in die Luft (4. Juli 1824). Dieser furchtbare Schlag jagte Hydra und Spetsia aus ihrer Unthätigkeit auf; eine starke Flotte unter Miaulis eilte nach Psara, wo Chosrew nur wenige Schiffe zurückgelassen, vernichtete diese und besiegte die Besatzung der Insel. Als aber der Türke mit Übermacht zurückkam, mußten sie weichen, und Psara blieb in Feindes Hand; seine Bewohner wurden Piraten und nie gewann die Insel ihre Blüte wieder. Aber es schien mehr verloren als bloß die eine Insel. Chosrews Flotte vereinigte sich im September 1824 mit Ibrahim, der auf 200 Schiffen 18 000 Mann herbeiführte. Im offenen Kampf war Hellas dieser Übermacht nicht gewachsen; nur auf den Brandern beruhte seine Hoffnung. Und dennoch verzagten die wackeren Seeleute nicht, sondern schlugen sich an der kleinasiatischen Küste so glücklich mit den Feinden herum, daß diese sich zurückzogen und infolge der Zwietracht zwischen Chosrew und Ibrahim sogar trennten. Der Türke kehrte in die Dardanellen zurück, der Ägypter segelte nach Rhodos. Manch kühner Streich war den Hellenen mit ihren Brandern geglückt; hätten sie deren nur mehr, so meinten sie die ganze ägyptische Flotte zerstören zu können; nicht weniger als 22 Schiffe waren in diesem Feldzuge daraufgegangen. Als nun Ibrahim sich bei Rhodos vor Anker gelegt, da glaubten die Griechen den Feldzug beendigt und segelten heim. Gerade darauf hatte der Ägypter gewartet um seine Absicht in Morea zu landen auszuführen. Noch im Dezember begab er sich nach Kreta und traf alle Vorbereitungen zu dem großen Hauptschlage. Nachdem er die Griechen zur See überlistet hatte, schien es ihm leicht sie auch zu Lande zu schlagen, und nie mehr schwur er den Fuß auf festen Boden zu setzen, es sei denn in Morea. Im tiefsten Geheimnis beschleunigte er rastlos sein Unternehmen; europäische Reisende sahen ihn damals auf dem Hinterdeck seines Schiffes sitzend mit Treten, Prügeln, Erschießen die innere Wut und Ungeduld an seinen unglücklichen Untergebenen kühlen. Endlich war alles in Ordnung und unerwartet landete er am 24. Februar 1825 bei Modon, an der Südwestspitze Moreas.

Chosrew auf Psara.

Miaulis' Rache.

Chosrew und Ibrahim.

Ibrahim in Morea.

Die Pflicht, das Land zu verteidigen, lag bei Konduriottis, der soeben den Kolokotronis nach Hydra hatte abführen lassen. Aber ein voller Monat verstrich, ehe jener von Nauplia aufbrach. Unterdessen setzte sich Ibrahim von Tag zu Tage fester und schuf sich in dem Festungsviereck Koron, Modon, Navarin und Pylos eine uneinnehmbare Citadelle. Immer lauter rief das Volk nach Kolokotronis, und „obgleich der Mann so viel zu rächen hatte", mußte ihn der Präsident im Mai seiner Haft entlassen und eine allgemeine Amnestie verkünden. Mit gewohnter Energie widmete sich der alte Kleftenhäuptling, überdies zum Diktator erhoben, seiner schwierigen Aufgabe; aber es war zu spät. Umsonst versuchte er dem Ägypter den Weg nach Tripolitsa zu verlegen; bis Nauplia drang derselbe vor und lüstern begrüßte er jenseit des Meers die Felsen von Hydra mit dem übermütigen Ruf: Ha, Klein-England, wie lange wirst du mir noch entgehen! Durch ganz Morea entsandte er nach allen Richtungen seine Streifkorps und überall, wo ihnen Kolokotronis entgegentrat, begünstigte sie das Glück. Schon im Juli war die Lage so hoffnungslos, daß die Nationalversammlung beschloß sich dem Schutze Englands anzuvertrauen; im September wehte nur noch in einigen Küstenstädten die griechische Fahne.

Ibrahim gegen Mesolonghi.

Und schon winkten Ibrahim neue Lorbeern; denn ein Befehl Mehemet Alis wies ihn an den Busen von Korinth zu überschreiten und den Kampf in West-Hellas aufzunehmen. Hier hatten im Jahre 1824 die Waffen fast ganz geruht; einige schwache Angriffe Omer Vrionis' waren leicht von den Griechen abgewiesen worden. 1825 ward jedoch der Oberbefehl dem kräftigen Kintagi übertragen und zwar mit der Weisung: Mesolonghi oder dein Kopf! Im April begann er die Belagerung der Stadt. Dank den Philhellenen und besonders „Milordo" Byron war dieselbe jetzt viel besser befestigt als 1823. In unermüdlicher Arbeit hatte der englische Dichter, der Geld und Zeit, Gesundheit und Leben der griechischen Sache weihte, seine letzten Monate dieser Aufgabe gewidmet; jetzt ruhten seine Gebeine neben denen Normanns und Marko Botsaris' im Schutz von Mesolonghis Mauern. Kommandant der Feste war Notis Botsaris, die Besatzung bestand aus 4000 Mann. Kintagi begann sogleich eine regelrechte Belagerung, die zur See von Chosrew Pascha durch eine Blokade unterstützt wurde. Doch konnte diese nicht streng durchgeführt und mußte im August sogar vollständig aufgehoben werden, da Miaulis und Andrutsos dem türkischen Admiral eine schwere Niederlage beibrachten. Es war die höchste Zeit, daß sie kamen; denn der Pulvervorrat in der Stadt war schon auf zwei Fässer zusammengeschmolzen, und mit Besorgnis sah man einem dritten Sturme Kintagis — zwei waren bereits abgeschlagen — entgegen. Nun aber erfüllte die Belagerten neuer Mut, der sich in mehrfachen Ausfällen Luft machte. Die Lage der Türken wurde bedenklich. In ihrem Rücken auf dem Gebirge sammelte Karaiskakis, ein berühmter Klefte, seine Scharen, belästigte sie durch

Angriffe und schnitt ihnen die Zufuhr ab. Kiutagi mußte sich ganz auf die Verteidigung beschränken und sein Kopf geriet ernstlich in Gefahr. In dieser Not verlangte er Hilfe von der türkischen Flotte und von Ibrahim. Mitte November erschien der Admiral mit reichen Vorräten, und Ende des Monats traf Ibrahim ein und übernahm den Oberbefehl. Aufs neue geriet die Stadt in die größte Not; zwar wurde sie noch einmal durch den kühnen Miaulis verproviantiert, ein Sturm am 28. Februar 1826 ward glücklich zurückgewiesen und Ibrahim mußte sich überzeugen, daß es nicht so leicht sei diesen Zaun, dem er nur 14 Tage Widerstand. prophezeit hatte, zu nehmen; aber immer enger schlossen sich die Reihen der Feinde um die Stadt, immer gräßlicher pochte der Hunger an die Thore. Man lebte von Seegras, Gewürm und Tierhäuten; ein Außenwerk nach dem anderen ging verloren; ein Inselfort nach dem anderen wurde erobert. Eine Flotte, welche die Blokade brechen sollte, mußte unverrichteter Dinge umkehren; eine Schar regulärer Truppen, die unter dem Franzosen Fabvier eine Diversion in Attika machte, wurde geschlagen; Karaïskakis mit seinen Kleften konnte keine Erleichterung bringen. Dennoch waren die Belagerten entschlossen sich nicht zu ergeben. „Wir kennen unsere Absicht und euren Entschluß, antworteten sie auf den ägyptischen Antrag; aber was Gott bestimmt hat, wissen weder Ew. Excellenz noch wir; sein Wille geschehe!“ Die einzige Hoffnung blieb zuletzt der Versuch sich durchzuschlagen. Um Mitternacht am 22. April brachen in drei Haufen 3000 Bewaffnete, 6000 Wehrlose in ihrer Mitte, aus den Thoren hervor und stürzten sich in die Feinde. Anfangs wurden diese zurückgeworfen; aber bald brach in dem dichten Knäuel der Weiber, Kinder und Greise wilde Verwirrung aus; von den Kartätschenladungen der Türken überschüttet drängten sie in die Stadt zurück; der Feind folgte ihnen auf den Fersen und stürmte mordend und brennend durch Straßen und Plätze. Wie zahlreiche Beweise des Heldenmutes die Unglücklichen auch geben mochten, das Ende war gekommen; im Fort Botsaris, in der Patronenfabrik, auf der Insel Anemomolos sprengten sich die Verteidiger mit den Angreifern in die Luft; man forderte und gewährte keine Schonung; die Ägypter allein sammelten 3000 Köpfe von Erschlagenen. Nur einem kleinen Teil war es bei dem Ausfall geglückt sich in die Gebirge zu Karaïskakis durchzuschlagen; 1300 an der Zahl, darunter sieben Frauen und ein paar Kinder, gelangten sie im Juni, geführt von dem greisen Notis Botsaris, nach dem sicheren Salona.

Fall von Mesolonghi.

Ibrahim konnte triumphieren; in fünf Vierteljahren hatte er fertig gebracht, woran sich vor ihm die Türken vier volle Jahre müde gerungen: Morea und West-Hellas waren unterworfen. Das nächste Ziel hätte Ost-Hellas sein müssen, wo Athen mit seiner Akropolis die Rolle Mesolonghis spielte. Allein der alte Mehemet hatte bereits 25 Millionen spanischer Thaler für die Unterwerfung der Griechen aufgewendet und

Kampf in Ost-Hellas.

hielt es nicht für vorteilhaft noch tiefer in seine Kassen zu greifen. Ibrahim erhielt keine Unterstützung und kehrte deshalb nach Morea zurück, wo er von Tripolitsa aus seine alten Streifzüge wieder aufnahm. Kintagi allein zog nach Ost-Hellas. Während der ersten Jahre des Aufstandes hatte dort unter den Griechen Odysseus von Ithaka die erste Rolle gespielt. Ehrgeizig und unzuverlässig hatte er jedoch verräterische Beziehungen zu den Türken angeknüpft, die durch den Kleften Guras, welcher ihn gefangen nehmen und im Juli 1825 töten ließ, vereitelt worden waren. Allein Guras verstand es nicht, sich das Zutrauen der Bevölkerung zu erwerben; seine Härte machte ihn bei dem Landvolke so verhaßt, daß Kintagi vieler Orten sogar als Retter begrüßt wurde. Bald war Guras gezwungen sich nach Athen zurückzuziehen, ja auch diese Stadt wurde von Kintagi am 25. August 1826 bombardiert und gestürmt; nur die Akropolis vermochte sich zu halten. Sie vor dem Schicksal Mesolonghis zu bewahren war die heiligste Pflicht der Hellenen.

Karaiskakis. Keiner empfand sie lebhafter als der tapfere, verschlagene, in Alis Schule erzogene Karaïskakis. Auch er hatte zuzeiten in bedenklichem Verkehr mit den Türken gestanden; aber das gute Prinzip hatte in ihm gesiegt. „Ich leugne es nicht, so lautete sein naives Geständnis, ich kann Engel oder Teufel werden, wie ich es will; für die Zukunft will ich Engel sein.“ Dank seiner Entschlossenheit, List und Tapferkeit entriß er in den Wintermonaten den Türken das ganze Hellas wieder, so daß sie im Februar 1827 außerhalb Attikas nur noch vier Festungen, Mesolonghi, Anatoliko, Lepanto und Vonitsa, behaupteten. Freilich war die Not der Akropolis inzwischen aufs höchste gestiegen; aber selbst des Guras Tod entmutigte ihre wackeren Verteidiger nicht, und nun schickte sich Karaïskakis an unmittelbar zu ihrem Entsatz ins Feld zu rücken. Er durfte dabei auf die Hilfe mehrerer europäischer Offiziere rechnen, die von der Centralregierung angestellt waren. Einer derselben, der Franzose Fabvier, war schon im Dezember 1826 glücklich in die Akropolis gelangt und hatte ihr bedeutende Pulvervorräte zugeführt, konnte aber mit seinen 650 Mann trotz wiederholter Versuche nicht wieder heraus und steigerte so die Not an Lebensmitteln, die in der Festung herrschte. Ein anderer, der Engländer Gordon, hatte sich in Munychia, dem alten Hafen von Athen, verschanzt; aber den Belagerten Hilfe zu bringen gelang ihm nicht, da Kintagi zwischen Munychia und der Akropolis in dem Kloster Spyridion eine sehr feste Stellung hatte, welche die Verbindungsstraße verriegelte. Endlich trafen zu Anfang April vor Munychia die Engländer Cochrane und Church mit 10 000 Mann ein, jener von der Nationalversammlung zum Oberadmiral, dieser zum Generalissimus aller Griechen ernannt. Durch einen glücklichen Kampf stellte Cochrane am 25. April die Verbindung zwischen den verschiedenen griechischen Lagern her und umschloß das Kloster Spyridion, dessen Besatzung sich zwei Tage darauf aus Mangel an Wasser ergeben mußte. Diese Kapitulation wurde von den Griechen in schnöder Weise

gebrochen; man stürzte sich auf die Wehrlosen und hieb sie nieder; nur 60 von den 270 rettete Karaïskakis mit eigener Gefahr. Für den 5. Mai wurde nun ein Hauptsturm auf Kiutagis Lager angesetzt; aber ein unvorhergesehenes Unglück veranlaßte die Verzögerung um einen Tag: Karaïskakis fand am 4. Mai bei einem Scharmützel den Tod. Karaïskakis' Tod.
Der Eindruck des Ereignisses war bei Freund und Feind gewaltig. War es doch sprichwörtlich bei den Griechen geworden einen Fliehenden spottend zu fragen: Wohin läufst du Narr, als ob dich Karaïskakis jagte? und höhnisch riefen die Vorposten der Türken den griechischen zu: Karaïskakis ist nicht mehr; ihr müßt Trauer anlegen. Unter so unglücklichen Vorzeichen unternahm man den Angriff am 6. Mai. Infolge fehlerhafter Maßregeln Cochranes und Churchs und der Entmutigung der Griechen mißlang er völlig. Kaum war die Vorhut von Kiutagi geworfen, so stürzte sich das Hauptkorps in blinder Flucht auf die Schiffe, während Mitte und linker Flügel ohne einen Schritt zu thun nach dem Isthmus flohen. Es war die blutigste Niederlage, welche die Griechen noch erlitten hatten; 1500 lagen tot, 240 Gefangene wurden zur Rache für Spyridion erschossen. Cochrane segelte sogleich nach Hydra ab, Church hielt sich ehrenhalber noch drei Wochen in Munychia; dann zog auch er sich zurück. Und nun war für die Akropolis keine Hoffnung mehr; am 5. Juni 1827 kapitulierte sie und mit ihr fiel das ganze Hellas von selbst in die Hände Kiutagis zurück. Niederlage der Griechen. Fall der Akropolis.

Nichts hätte jetzt diesen gehindert über den Isthmus nach Morea zu ziehen und mit Ibrahim gemeinsam die letzten Funken des griechischen Aufstandes zu ersticken. Allein aus Neid gegen den Ägypter that er das nicht, sondern löste seine Albanesenkorps auf und verbrachte den Rest des Jahres in Unthätigkeit. So dauerte in Morea der bisherige halbe Zustand weiter fort. Ibrahim war zu schwach etwas Großes zu wagen; er begnügte sich mit Streifzügen und ließ die Griechen in ihren Festungen unbehelligt. Diese aber verzehrten ihre Kräfte in verderblicher Zwietracht. Die neue Nationalversammlung, welche bald nach dem Fall von Mesolonghi, Ende April 1826, zusammentrat, hatte an Konduriottis' Stelle Zaïmis zum Präsidenten gemacht; aber so gering war ihr Ansehen, daß sie nicht einmal die beiden Forts von Nauplia in ihrer Gewalt hatte und im November ihrer Sicherheit wegen nach Ägina übersiedeln mußte. Das war das Signal zu neuer Spaltung. Kolokotronis und Konduriottis, die sich jetzt vorübergehend wieder vertrugen, beriefen eine andere Versammlung nach Kastri und erwählten im Februar 1827 den Sissinis zum Präsidenten. Auf seiner Seite standen die Parteien der Russen und Franzosen, d. h. im wesentlichen die alten Kleften und die Inselgriechen, während die Engländer, die alte Primatenpartei, zu Zaïmis hielt. So weit war es mit der Zwietracht also schon gekommen, daß sich die Fraktionen nach fremden Völkern benannten, von denen sie Hilfe hofften. Ein Fremder war es denn auch, der das schlimmste verhütete. Den entschiedenen Vorstellungen Cochranes, der gerade damals in Parteiungen in Morea.

Griechenland angekommen war, gelang es im März einen Vergleich zu erzielen, wonach die beiden Versammlungen sich in Damala bei Trözen vereinigten, beide Präsidenten absetzten und Kapodistrias auf sieben Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählten; bis zu seiner Ankunft sollte Georg Mavromichalis sein Stellvertreter sein. Cochrane wurde, wie schon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolokotronis ordneten sich willig den Fremden unter. Eine neue Verfassung wurde beraten und als sie, die Verfassung von Trözen, genehmigt war, löste sich die Versammlung am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältnissen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam so weit, daß die Kommandanten der beiden Forts von Nauplia sich über die Stadt hinweg bombardierten; englische Vermittelung bewirkte endlich die Übergabe des einen Forts an Church; der Kommandant des anderen aber verlangte eine Million Piaster für das seine, und man hatte kein Mittel seiner Herr zu werden.

Kapodistrias wird Regent.

Die Verfassung von Trözen.

Bei solchen Zuständen mußte der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben, und hier und da kam es schon vor, daß ganze Bezirke von der nationalen Sache abfielen. Umsonst setzte Kolokotronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegführung zu erzielen. Es fehlte ihm am nötigsten, an Munition und Brot. „Auch der Löwe, schrieb er an die Regierung, vermag nichts gegen fünf Quentchen Pulver. Meine Truppen bestehen aus Menschen, nicht aus Felsen. Sollen wir etwa die Felsen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln?" Sein Schmerz nichts ausrichten zu können, mußte um so größer werden, je unverkennbarer Ibrahims Erschöpfung war. Wenn die eine oder die andere Partei kräftige Unterstützung erhielt, so konnte ein Schlag die Entscheidung bringen; wenn nicht, so war kein Ende abzusehen.

Ibrahims Lage.

Der Zerfall der Heiligen Allianz.

Ein unerwartetes Ereignis wandelte plötzlich diese unentschiedene Lage. Es entsprang aus der begeisterten Teilnahme, welche Europa unausgesetzt den Griechen bewahrte. Alle Nationalitäten waren in den griechischen Heeren vertreten, aus allen Ländern flossen reiche Geldspenden nach Hellas, in allen Sprachen klangen begeisterte Reden und Lieder dem neuerstandenen Brudervolk entgegen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutschland gestanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unsere Seele mit poetischem Zauber; der alte Voß, der gelehrte Thiersch, der kampfesmutige Krug und eine ganze Anzahl anderer Professoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürstenhöfen schwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die österreichische Note, die schon 1821 den deutschen Regierungen empfahl das Waffnen und Sammeln für die Aufrührer zu hindern und die Frechheit der Schriftsteller, die dazu

Europäische Sympathieen.

aufforderten, zu zügeln. Selbst der Kronprinz von Preußen erklärte sich mit Heftigkeit für die Griechen und der bayerische äußerte noch als König, daß er „seit Teutschlands Befreiung, als es unter Napoleonischer Zwangsherrschaft gebeugt, für nichts so geglüht, als daß Griechenland siegen möchte". Er bewies das auch durch reiche Gaben, die er mit freigebiger Hand für die hellenische Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er die Sammlungen in seinem Lande förderte. Wenn er in den ersten Jahren seiner Regierung in das Bad Brückenau reiste, verbat er sich in den Städten, durch welche er kam, die Beleuchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Bedürftigen" das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmännischer Berechnung im zweiten Jahre einen anderen Weg als im ersten um in anderen Städten als im Vorjahr diesen Herzenswunsch aussprechen zu können. Trotzdem waren freilich die Gelderträge in Deutschland nicht sehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die Polizei doch hindernd einschritt, als wegen der Armut des Landes und der mangelnden Gewöhnung an solche politische Spenden. Der fürstlichste Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Bankier Eynard in Genf, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte seines Vermögens opferte. Der Gang der Ereignisse beeinflußte natürlich die Opferwilligkeit der Menge sehr. Als die Kunde von Mesolonghi überall Entsetzen und Begeisterung erregte, wurden unter dem Titel „zum Loskauf griechischer Sklaven" in kurzer Zeit 2 Millionen Mark zusammengebracht, eine sehr erwünschte Gabe für die leere Staatskasse, deren Inhalt einmal auf 16 Piaster zusammengeschmolzen war. Denn der Loskauf von Sklaven war nur ein Vorwand gewesen, dessen man bedurfte, weil die Hellenen außer in England noch nirgends als kriegführende Macht anerkannt waren, nicht einmal von Rußland, welches darin den ersten Schritt zur Anerkennung eines selbständigen Griechenlands sah. Nun schien es aber dem russischen Vorteil weit mehr zu entsprechen, wenn die drei Provinzen, welche sich 1821 konstituiert hatten, Morea, Ost- und West-Hellas, ohne miteinander verbunden zu werden, als Vasallenstaaten in dasselbe Verhältnis zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürstentümer standen, und so dem russischen Beschützer bei jedem Anlaß Gelegenheit zur Einmischung boten. Als daher im Januar 1824 auf Grund der Czernowitzer Besprechungen Konferenzen über die griechische Frage in Petersburg stattfinden sollten, schlug Alexander als richtigen Mittelweg zwischen der türkischen und der griechischen Forderung die Bildung dreier Vasallenstaaten vor. Gleich entrüstet wiesen Türken und Griechen diesen Vorschlag zurück; und auch Canning weigerte sich auf solcher Grundlage an den Konferenzen länger teilzunehmen, erklärte den griechischen Protest für das Vernünftigste, was seit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan sei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die russischen Absichten durchschauen und sich nicht auf solche Vorschläge einlassen würde, war vorauszusehen; aber ganz uner-

Ludwig von Bayern.

Eynard.

Rußlands Politik.

Petersburger Konferenzen.

Canning.

wartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer
Metternich. längeren Pause die Petersburger Konferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, stellte der österreichische Gesandte Unterwerfung oder Unabhängigkeit als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte sich die Bildung von Vasallenstaaten in Stambul durch Drohungen zu unterstützen und setzte es mit Hilfe Frankreichs, dessen König er auf einer Reise nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für seine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebnis der Konferenz am 7. April der Beschluß gefaßt wurde den Sultan einzuladen die Vermittelung der Mächte anzunehmen; ein Beschluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland sie wollte, gestützt zu sein sich als völlig unwirksam erweisen mußte.

Sprengung der Heiligen Allianz. Bedeutsamer aber wurde er für die Stellung der Mächte zu einander. Zwischen Rußland und Österreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Österreich standen, so mußte Rußland mit innerer Notwendigkeit Anlehnung an England suchen. Wenn die Ziele und die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschieden waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammengehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit kriegerischen Rüstungen in Verbindung.

Alexanders Tod. Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Zaren; der 1. Dezember 1825 hatte seinem vielbewegten Leben in Taganrog ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dieses Ereignis auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer
Die Thronfolge. des Verstorbenen Thron einnehmen werde. Der rechtmäßige Nachfolger des Zaren war sein Bruder Konstantin; aber seine gänzliche Unfähigkeit und der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ um die polnische Gräfin Grudsinska zu heiraten, hatten den Gedanken hervorgerufen die Erbfolge auf den nächsten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preußischen Prinzessin Charlotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Konstantin selbst war es, der diesen Vorschlag machte und des Kaisers Zustimmung erwirkte. In vierfacher Ausfertigung wurde sein Verzicht am 28. August 1823 in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vorgang aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus offiziell nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Galitzin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frömmelnden Art: Überlassen wir das Gott; er wird es besser
Nikolaus' Verhalten bei Alexanders Tod. machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Zaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Konstantin, der als Vizekönig in Warschau residierte, und nahm den Garden für ihn den Eid ab. Erst als dies

geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eingetroffen sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut wohl nicht Unrecht die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Zaren allgemein zuschrieb, wie geflissentlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Konstantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmut keine Gefahr zu laufen befürchtete; vertraulich war er von seiner Erhebung zum Nachfolger ohne Zweifel schon lange unterrichtet, denn seit Jahren hatte man am Hofe seines Schwiegervaters Kenntnis davon. Aber so unbedenklich wie Nikolaus in Rücksicht auf seinen Bruder es wagen durfte mit der Übernahme der Regierung zu zögern, so sollte doch in anderer Weise dieses Zaudern nicht ohne ernste Folgen bleiben. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet. Das Ziel, nach dem man strebte, war ebensowenig überall dasselbe wie die Mittel. Während den einen die konstitutionelle Monarchie genügte, schwebte den anderen der Traum einer Republik vor; während die einen, wie Nikolaus Turgenjew, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, sannen die anderen, an ihrer Spitze der Oberst Pestel, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden durch eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andere ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slavischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offizierkorps dagegen, und besonders in dem Teile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Teil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der unter Leitung des Fürsten Trubetzkoi in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes unter Pestel, dessen Mittelpunkt die Festung Tultschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlockte der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Als Mittel um auf die Truppen zu wirken diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Konstantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letzteren stellten sie als einen Bruch des

Russische Geheimbünde.

Der Dekabristen-Aufstand.

ersteren dar. Als daher am 26. Dezember 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Konstantin und die Konstitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Konstantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nötige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Zar konnte also nach Bedürfnis den Menschenfreundlichen spielen und den größten Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornate vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle zur Verhaftung der Rädelsführer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordentlicher Gerichtshof leitete die Untersuchung; Pestel und vier andere büßten am Galgen ihre That, die übrigen Dekabristen, wie man die Verschwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moralischen Zustand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Krisis; mochte noch mancher Gärungsstoff zurückgeblieben sein, so fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ sich mit Grund hoffen, daß der immer näher rückende Türkenkrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geist im Heere wieder völlig herstellen werde. Für Metternich war die Entwickelung der Dinge in Petersburg ein harter Schlag. Ohne Kenntnis von der Änderung der Thronfolge hatte er den Zaren Konstantin freudig begrüßt: er wußte, daß von diesem die Sache der Griechen nichts hoffen dürfe, daß er England verabscheue, Frankreich verachte, Preußen für eine Beute des revolutionären Geistes halte und Österreich unbedingt ergeben sei. Der russische Roman hat ein Ende, schrieb der Kanzler triumphierend bei der Nachricht von Alexanders Tod: jetzt beginnt die russische Geschichte. Und nun trat an Konstantins Stelle Nikolaus, der in den wichtigsten Beziehungen der gerade Gegensatz seines Bruders war. Er hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimnis gemacht; jetzt drängte ihn außer der Rücksicht auf seine Armee auch das wachsende Ansehen, dessen England sich in Hellas erfreute, zu rascherem Handeln; Rußland konnte Gefahr laufen seinen Einfluß gänzlich einzubüßen. Daß augenblicklich Canning das Übergewicht gewonnen hatte, lehrte unverkennbar ein Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825 faßte, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia

Metternich.

Die englische Schutzakte.

stand: sie vertraute die griechische Nation der Großmut und dem Schutze Englands an. Canning lehnte freilich um es mit den anderen Großmächten nicht vollends zu verderben diese Schutzakte ab; allein er berief von Stambul Strangford, den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger Stratford-Canning auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolakia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmutigung, daß sie auf die russische Idee eines Vasallenstaates einzugehen bereit waren. Daraufhin entschloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; daß er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die vertraulichen Besprechungen gezeigt, die er seit Oktober 1825 mit dem russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er schickte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach Petersburg um dem Zaren zur Thronbesteigung Glück zu wünschen und ihn dabei zu gemeinschaftlicher Verwendung für Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geschickt, welches ohne die griechische Frage zu berühren unter Kriegsdrohung forderte, daß der Sultan Bevollmächtigte nach Rußland sende, um über die besonderen russischen Beschwerden zu verhandeln. Er mochte erwarten, daß die Pforte dieses Ultimatum zurückweisen werde; nahm sie es an, so konnte er anständigerweise nicht alsbald eine neue Forderung stellen, die sich auf Griechenland bezog. Gleichwohl unterzeichnete der Zar am 4. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf sein Ultimatum eintraf, das sogenannte Petersburger Protokoll, kraft dessen England der Pforte die Basis von Perivolakia vorschlagen sollte und Rußland sich verpflichtete, dafür einzutreten, wie auch sonst seine Beziehungen zur Türkei sein möchten. Die Mitteilung dieses Protokolls erregte fast überall einen Sturm des Unwillens, Metternich nannte es einen Vertragsentwurf zum Verbrechen, der Sultan war entschlossen sich bis zum äußersten zu widersetzen. Die erste Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beschloß am 29. Mai eine Umgestaltung des Heeres; jedes Janitscharenregiment sollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Muallem Jschkendj (exerzierte Hand) genannt, dienen sollten. Allerdings erwies sich dies Mittel als zweischneidig; die Janitscharen murrten und schritten am 15. Juni zu offener Empörung; sie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Kasernen gedrängt und dort niedergemacht, aber diese „Revolution von 23 Minuten" schwächte doch fürerst die Widerstandskraft des Reiches und machte ein leises Nachgeben nötig. Infolge des russischen Ultimatums, das er ja angenommen, schickte der Sultan also Bevollmächtigte nach Akkerman in Bessarabien und bewilligte dort am 26. Oktober alle russischen Forderungen, die sich auf Rumänien und Serbien, auf die Schiffahrt in den Dardanellen und die Abtretung einiger tscher-

Die Konferenzen von Perivolakia.

Wellington in Petersburg.

Das Petersburger Protokoll.

Janitscharen-Aufstand.

Vertrag von Akkerman.

Das Protokoll.

kessischen Festungen bezogen. Während dieser Zeit hielt der englische Gesandte mit der Überreichung des Petersburger Protokolls zurück, obgleich er sie schon im Mai angekündigt hatte. Zwischen den Großmächten wurden eifrige Verhandlungen gepflogen um zu einer Verständigung zu gelangen. Frankreich war bereit dem Protokoll beizutreten; Preußen wollte sich nicht ausschließen, wenn Einstimmigkeit erzielt werde; Österreich aber lehnte seine Mitwirkung schlechthin ab. Nur die Beteiligung an Konferenzen, die in London im Frühjahr 1827 stattfinden sollten, gestand es zu, aber die Instruktionen, die Metternich dem Botschafter des Kaisers übersandte, schlossen die Möglichkeit einer Verständigung aus, und da Rußland diesen Umstand scharf betonte und sein Festhalten an dem Petersburger Protokoll in Wien erklären ließ, verzichtete Österreich auf die Teilnahme an den Londoner Beratungen; der neue russische Gesandte in Constantinopel aber, Graf Ribeaupierre, überreichte gemeinsam mit dem englischen Gesandten am Jahrestage der Unterzeichnung, am 4. April 1827, offiziell dem Großvezier das Petersburger Protokoll. Zornig nannte der türkische Minister dasselbe ein wertloses Papier, dessen vertrauliche Mitteilung ihn unangenehm berührt habe, während die amtliche ein beleidigender Schimpf sei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Akkerman mittelbar auf jede Einmischung in die griechische Sache verzichtet habe; umsonst auch eilte Metternich ihm zu Hilfe und suchte der Einmischung dadurch die Spitze abzubrechen, daß er sich bereit erklärte die gestellten Forderungen zu befürworten, sofern man nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunkt und hatten überdies Frankreich als dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so

Der Londoner Vertrag.

mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protokoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt, in welchem die Unterzeichner erklärten die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrlichkeit der Pforte erzwingen zu wollen ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Zu diesem Zwecke sollte eine alliierte Flotte unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heyden alle türkisch-ägyptischen Schiffssendungen von Menschen und Waffen abschneiden und so Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billigerweise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften", so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Aktenstücke hieß, „in vollem Maße gewährt".

Verhandlungen in Konstantinopel.

Jeder Tag konnte nun einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgnis suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die zu reißen drohten, wieder fester zu schlingen. Die Gesandten der drei Alliierten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preußischen

verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, ihre Souveräne würden im Fall der Ablehnung die Maßregeln ergreifen, welche die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister erwiderte: jedenfalls heiße es, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnisvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte ihm eine goldene Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt sie zu betreten. Dem österreichischen Staatskanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. August 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das infolgedavon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine österreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. Oktober um seine guten Dienste; alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Komödie unterstützte Österreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte im September die Gnade des Sultans für fünf Provinzen, die zur Unterwerfung bereit seien und thatsächlich sich schon unterworfen hatten, anflehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung erteilt und somit der Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachegedanken hege. Allein das alles kam zu spät. An demselben Tage, an welchem der Sultan Österreichs Vermittelung erbat, am 20. Oktober 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliierten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Cannings Tod.

Österreichs Vermittlung.

Die steigende Not Ibrahims und einige Zugeständnisse der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt im Frühjahr 1827 ein großes Geschwader auszurüsten um seinem Sohne Hilfe zu bringen. Der griechische Oberadmiral Cochrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten hatten, versuchte diese Rüstung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Keime zu ersticken; allein er kam zu spät; die Flotte fuhr ihm, bereits im besten Verteidigungszustand, aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; dann trat sie selbst die Überfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. September 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydria galt. Mittlerweile war die alliierte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe den Waffenstillstand zu erzwingen schloß natürlich die Pflicht in sich das Auslaufen der Ägypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mitteilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, in dem er bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen

Der Seekrieg.

Die Flotten bei Navarin.

Ibrahims Verhalten.

nicht zu verlassen versprach. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständnis zu erlangen, daß sie auch Cochrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken erteilten sie ihm die Antwort, sie müßten sich dem Teile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan, und dadurch seien sie diesen gegenüber nur imstande sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich wies Ibrahim diese Auffassung zurück, und als die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Teil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indes Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang den Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Währenddes trafen von Konstantinopel die erbetenen Weisungen ein; Ibrahim wurde befohlen den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Kintagi unterstützen werde. Demgemäß brach er in drei Haufen, 17 000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60 000 Feigen- und 25 000 Ölbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Greuelthat war ein Ultimatum vom 13. Oktober, das die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrates in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals wenigstens nur mit einem Teil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen erwiderte er, er sei gekommen Befehle zu erteilen, nicht zu empfangen. Am 20. Oktober mittags lichtete er die Anker. Die Feinde, ohne die Transportschiffe 89 Segel mit 2400 Kanonen, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 27 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eine seiner Fregatten, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf ihr Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Bot aus jenem die Ankertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte nachmittags gegen $^1/_2$3 Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felsenwände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als zwei Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammengeschossen, 6000 Feinde getötet. Aber auch die alliierte Flotte, wenngleich ihr Verlust an Toten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung Morea zu räumen, sondern verließ am 24. Oktober den Kampfplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im Dezember, beladen mit reicher Beute, während andere Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Verwüstung Messeniens.

Die Schlacht von Navarin.

Das Ereignis von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Hehl; in England dagegen unterdrückte das Toryministerium Wellington, das nach Cannings Tode ins Amt getreten war, nur mühsam seinen Ärger über das „unwillkommene Ereignis". Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die österreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zerrann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Meuchelmordes an sich. In Konstantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der alliierten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am 2. November die amtliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: der Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft fordere. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und Mißbilligung gerichtet war, abgelehnt, und da auch die weiteren Verhandlungen ohne Erfolg blieben, reisten die drei Gesandten im Dezember von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung aller Engländer, Franzosen und Russen, die Verbannung von 12 000 katholischen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüstungen zu Land und Meer und am 20. Dezember ein feierlicher Aufruf an alle Moslemin ihre Religion und ihre Existenz gegen die Ungläubigen zu verteidigen.

Eindruck derselben.

Bruch der drei Mächte mit der Türkei.

So waren die Sachen denn bis zum äußersten gediehen; ein Krieg der Alliierten gegen die Türkei schien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düsterer Ergebung hatte es schon begonnen seinem Untergang entgegenzusehen; denn überall fast, in Ost- und West-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inseln, hatten die Türken ihre Obmacht wiederhergestellt; erschöpft waren die Mittel ihnen Widerstand zu leisten; tot die Helden der ersten hoffnungsfrohen Jahren; erloschen die Begeisterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verdankte Hellas nun den neuen Hoffnungsschimmer? Den Völkern Europas und nicht seinen Regierungen. „Keiner der drei verbündeten Monarchen, selbst Nikolaus nicht, würde es gewagt haben seinem Admiral den Befehl zum Kampf zu erteilen. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche erst die widerstrebenden Höfe zur friedlichen Vermittlung veranlaßte und dann die Admirale zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewiesen, daß er kein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, sondern eine Macht sei; und während, erstaunt und bestürzt, die Kabinette schwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufatmen der Freude ging durch die Christenheit."

Natürlich konnten sich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweise jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich.

Russische Kriegserklärung.

Am meisten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf vom 20. Dezember die ärgsten Beleidigungen enthielt, also gerade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vorteile erhoffte. Kaiser Nikolaus schwankte daher nicht lange auf jenes Manifest mit einer Gegenerklärung zu antworten und den Großmächten am 29. Februar 1828 anzukündigen, daß er zur Wahrung der russischen Interessen die Feindseligkeiten gegen die Pforte beginnen werde; in bezug auf Griechenland stellte er seinen Verbündeten anheim, ob sie zur Erfüllung des Londoner Vertrages weiter mitwirken oder ihm allein es überlassen wollten die Forderungen desselben durchzusetzen: jeden Gedanken an russische Eroberungen, an die Vernichtung des türkischen Reiches, ja selbst an die volle politische Unabhängigkeit der Griechen wies er weit von sich; die Oberherrlichkeit des Sultans müsse gewahrt bleiben um den europäischen Revolutionsparteien keinen Triumph zu bereiten. England war unter dem neuen Toryregiment sehr geneigt sich möglichst zurückzuhalten, und der Premierminister Wellington wie der des Auswärtigen, Lord Aberdeen, waren Bewunderer der Metternichschen Politik. Gleichwohl konnten sie den bisherigen Gang des englischen Kabinetts nicht einfach verleugnen und verständigten sich deshalb mit Frankreich dahin, daß dieses den Peloponnes besetzen und die Ägypter zum Abzug aus demselben zwingen solle. Rußland stimmte dem zu, und so wurde von allen drei Mächten auf jener ständigen Konferenz, die sie in London gebildet hatten, am 19. Juli

Die Expedition nach Morea.

1828 die Entsendung einer französischen Armee nach Morea beschlossen. Aber noch ehe dieselbe sich eingeschifft hatte, erreichte Codrington die Räumung der Halbinsel durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit seiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug es nicht zum äußersten kommen zu lassen und willigte am 9. August 1828 in einen Vertrag, durch den er Ibrahim zurückrief. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maison, der trotzdem am 30. August mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Hellas höchstens noch den Vorteil, daß es seine eigenen Truppen nun in Mittelgriechenland gegen die Türken ver-

Ende des griechischen Krieges.

wenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Moreas, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Truppen geschützt oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Vertrage festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall der Festungen Patras und Mesolonghi anfangs 1829 und die endliche Eroberung Böotiens durch Ypsilantis. Diesem war es auch vergönnt im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu erfechten, indem er bei Petra ein nach

Attika vorgedrungenes feindliches Korps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan inzwischen von Rußland gezwungen war die Bedingungen anzunehmen, welche von der Londoner Konferenz in einem Protokoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei mit $1^1/_2$ Millionen Piaster tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine gerade Linie zwischen den Busen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Übereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Der russische Feldzug von 1828.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der zwei bedeutendere, aber mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Am 17. Juni wurde von den Donaufesten Ibrail zur Übergabe gezwungen, am 10. Oktober fiel Varna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andere Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widdin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt, und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paskiewitsch die Russen befehligte, war zwar das wichtige Kars nach einer Beschießung von wenigen Stunden am 5. Juli erstürmt und weiterhin Achalzik, Ardagan und die eine oder andere kleine Festung gefallen, aber ein entscheidender Schlag doch noch weniger als in Europa erfolgt. Unverkennbar hatte das Ansehen Rußlands und das persönliche Gewicht des Zaren, der an dem Feldzuge teilgenommen und sich dabei nur als „Paradegeneral" gezeigt hatte, schwer gelitten. Englands Politik hatte sich immer entschiedener der österreichischen genähert, und wenn Frankreich noch fest an dem Julitraktate hing, so ließ sich doch annehmen, daß der Preis, für den es sich Rußland abwendig machen lasse, wohl zu finden sei: Preußen, das voraussichtlich im entscheidenden Augenblicke dem Zaren treu geblieben wäre, hätte ihn zahlen müssen. Die Möglichkeit einer europäischen Einmischung zu Gunsten der Türkei schien Metternich gekommen; er machte den Höfen von London und Paris Eröffnungen in diesem Sinne, und Radetzky prüfte bereits die militärischen Aussichten eines Krieges gegen Rußland und Preußen. Allein der ganze Plan scheiterte schon an der Haltung Frankreichs, das eine Vergrößerung am Rhein durch ein Bündnis mit Rußland und Preußen leichter und sicherer zu gewinnen hoffen mochte. Auch Kaiser Franz zeigte sich den Ideen seines Staatskanzlers wenig geneigt; wenn dieser auch die „Lüge", daß zwischen ihm und seinem Monarchen eine Spaltung bestehe, im Januar 1829 zurückweisen ließ, so ist es doch wohl bezeugt, daß der

Metternichs Einmischungsversuche.

einzige Fall, in dem Metternich in Fragen der auswärtigen Politik nicht den Ausschlag gab, in diesen Zeiten vorgekommen ist. Mitwirkend mochte dabei der schlechte Zustand der österreichischen Armee sein, die dank dem Ersparungssystem zu einem großen Kriege kaum tauglich war. Jedenfalls sah der Kanzler sich genötigt einzulenken. Noch im Januar 1829 sandte er den Grafen Ficquelmont in außerordentlicher Mission nach Petersburg um den Verdacht, als ob er Rußland gewaltsam Halt habe gebieten wollen, zu bekämpfen und ein besseres Verhältnis anzubahnen, was denn auch unschwer gelang. Nikolaus war zufrieden den Zwischenfall beseitigt zu sehen; er fühlte, daß er alle seine Kräfte brauche um den türkischen Krieg glücklich zu beenden, und scheute selbst ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwickelung entgehen konnte. Das zeigte sich im Frühjahr 1829 Persien gegenüber. In Teheran hatte der russenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten russischen Gesandten Gribojedow mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ermordet. Zu anderen Zeiten würde das ein erwünschter Anlaß gewesen sein um den kaum beendeten Perserkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte sich der Zar mit der Abbitte, welche der Enkel des persischen Schahs, Chosrew Mirza, in Petersburg leistete. Mit möglichstem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Asien, wieder aufgenommen. Paskiewitsch drang siegreich in Armenien vor, erzwang sich durch einen kühnen Angriff den Übergang über das Suganli-Gebirge, schlug dabei zwei türkische Heere und eroberte am 9. Juli Erzerum; in Europa übernahm an Wittgensteins Stelle Graf Diebitsch den Oberbefehl, während der Kaiser diesmal zu Hause blieb. Einige Schlappen, die General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Russen. Kiutagi nämlich, der jetzt den Titel Reschid Pascha trug, ließ sich durch seinen Sieg verleiten Roth zu verfolgen und seinen Stützpunkt Schumla zu verlassen. Diesen Fehler benutzte Diebitsch um durch einen Flankenmarsch von Silistria aus einen Teil seines Heeres zwischen Schumla und die Türken zu schieben. Als nun Reschid dies bemerkte und sich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der blutigen Schlacht von Kulewtscha, in der die türkische Armee zersprengt wurde und der Vezier selbst kaum der Gefangenschaft entging. Die Folge davon war zunächst der Fall von Silistria am 30. Juni und dann der Übergang über den Balkan, der jetzt, wo kein feldtüchtiges Heer mehr in Schumla stand, auch von dort aus nicht ernstlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Überschreiten des unwegsamen Gebirges freilich auch so und mit schweren Opfern mußte es erkauft werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten, und wenn Diebitsch durch einen Ehrennamen belohnt werden sollte, so nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken und verblendete sie so, daß sie die Schwäche des russischen Heeres völlig verkannten. Ohne Widerstand

Die persische Verwickelung.

Der Feldzug von 1829.

Schlacht bei Kulewtscha.

ließen sie Diebitsch am 20. August in Adrianopel einziehen und sahen ihn schon im Geiste vor den Thoren Stambuls. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb sie jetzt zu ruhiger Ergebung in ihr Schicksal, das ihnen als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Überbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich Mahmud zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm sicher Erfolg verhieß. Denn Diebitsch hatte kaum 20 000 Mann bei sich und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum äußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittelung den Russen aufzuzwingen. Diebitsch erkannte seine Lage ebenso deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Durch ein unerwartetes diplomatisches Eingreifen Preußens wurde die Geneigtheit zum Frieden auf beiden Seiten noch gestärkt. Friedrich Wilhelm hatte dem Zaren, der ihn im Sommer besuchte, seine Vermittlung angeboten und nach erzieltem Einverständnis den General von Müffling nach Konstantinopel geschickt, um auch dem Sultan Nachgiebigkeit zu empfehlen. Seit Anfang August war der preußische General in diesem Sinne thätig; Diebitsch selbst aber behielt den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens annahmen. Schon am 15. August empfing Müffling eine Note, welche die Bereitwilligkeit zum Frieden aussprach. Der königliche Gesandte von Royer reiste selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland neben den Kriegskosten Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Achalzik, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle anderen Eroberungen aber zurückgab. In bezug auf die Schiffahrtsstreitigkeiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen allen Völkern zu gute kam. Für die Donaufürstentümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protokolls vom 22. März anerkennen.

Diebitsch in Adrianopel.

Der Friede von Adrianopel.

Kapodistrias' Präsidentschaft.

Der Bestand des neuen Staates war damit freilich noch keineswegs gesichert. Weder das Vasallenverhältnis, in dem sie zu der Pforte stehen sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten die Hellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer nicht besser geworden; denn Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten hatte er alle Parteien vor den Kopf gestoßen. Seine gründliche Verachtung des Fraktionsgeistes, der Hellas zerrüttete, konnte man ihm kaum zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er sie offen an den Tag legte, obgleich er selbst doch auch mehr von Eigensucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch schon, war bei Vorstellungen seine öfter wiederholte Anrede; ihr seid alle Kleften und Lügner! ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen; das sind eure Heldenthaten! Ohne Ansehen der Person und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle gespielt, beraubte sie ihres Einflusses und setzte seine Geschöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er diktatorische Gewalt zu erwerben suchte, war ihm zum Vorwurf zu machen — denn eine aufgeklärte Diktatur war vielleicht das beste, was dem Lande zu teil werden konnte; sondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen setzte und statt versöhnlich nur verletzend auftrat. Mit offenen Armen hatte man ihn aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach seinem Wunsche ging die Nationalversammlung sofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugnis, wie er sie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr später eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch solches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn selbst zum Abgeordneten erkoren und die Versammlung ihm in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er seinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und besserer Grenzen verwerte. Natürlich wünschte Kapodistrias auch beides durchzusetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, seine Rolle ausgespielt sei und irgend ein europäischer Prinz den neuen Thron besteigen werde, und diesen Augenblick zu beschleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich selbst schon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Koburg vorgeschlagen, dem die Londoner Konferenz denn auch am 3. Februar 1830 die Krone anbot. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemutet, wohl aber waren um den Sultan dafür zu entschädigen die Grenzen des neuen Königreiches noch enger gezogen als in dem Märzprotokoll. Das bewog den Prinzen zu zaudern, Bedingungen zu stellen und sich voll Bedenken gegen die Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er sich dann zwar bereit die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe von 60 Millionen Franks. Aber als diese bereits

Prinz Leopold von Koburg.

genehmigt war und alles in Ordnung zu sein schien, trat er plötzlich vollständig von seiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bitteren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb sei die Hoffnung gewesen, bei der plötzlichen schweren Erkrankung seines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein mehr als diese zweifelhafte Aussicht bewogen ihn zu dem plötzlichen Bruche Briefe von Kapodistrias, der ihm vorstellte, wie seine Lage von vornherein ganz verzweifelt sein werde, wenn er nicht bessere Grenzen mitbringe und eine Befragung des Volkes über seine Wahl erwirke, Forderungen, welche die Konferenz schon vorweg rund abgeschlagen hatte. So gewiß nun Leopold unter diesen Umständen für sein persönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenso gewiß war dieser Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodistrias' Warnung nur ein Ausfluß des Wunsches die Königswahl möglichst lange hinauszuschieben um selbst möglichst lange Präsident zu bleiben. Er ahnte nicht, daß er damit sein eigenes Verderben beschleunige. Seine Feinde mehrten sich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den sie erhoben, daß er das Königtum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnsucht dem neuen Herrscher entgegengesehen, und nun verzögerte sich eine Ersatzwahl um so länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Konferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Währenddessen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodistrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufständen, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete sich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer wie Mavrokordatos, Konduriottis, Miaulis angehörten. Durch einen kühnen Handstreich bemächtigte sich der letztere am 30. Juli der griechischen Flotte, die bei der Insel Poros lag, und als auf Kapodistrias' Ersuchen der russische Admiral Rikord ihm einen Teil der Schiffe wieder entriß, steckte er selbst die übrigen am 13. August in Brand um sie nicht in russische Hände fallen zu lassen. Aber nicht lange sollte sich Kapodistrias seines Erfolges erfreuen. Ein Aufstand unter den Mainoten hatte ihn veranlaßt fast die ganze Familie Mavromichalis, die angesehenste in jenem Berglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu lassen; ihr Haupt, den tapferen Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte sich selbst Rikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauses für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen sehen. Da beschlossen Petrobeis Bruder und Sohn, Konstantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des Tyrannen. Als er am 9. Oktober 1831 zur Kirche ging, feuerte der eine sein Pistol auf ihn ab, der andere stieß ihm den Dolch ins Herz. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von dem Volke an Ort und Stelle getötet, der Sohn vor der Gefängniszelle des greisen Vaters erschossen. An Kapodistrias' Stelle trat, vom Senate gewählt, sein Bruder Augustin, dem Kolokotronis und Kolettis

Kapodistrias' Ausgang.

Augustin Kapodistrias.

beigeordnet wurden. Allein dieser war der schwierigen Aufgabe noch weniger gewachsen; durch die unglaublichsten Wahlbeeinflussungen und Fälschungen brachte er zwar eine Nationalversammlung zustande, deren Mehrheit das blinde Werkzeug seines Willens war. Die Minderheit aber fügte sich nicht, sondern konstituierte sich besonders und wählte Kolettis zum Präsidenten, der darauf mit Ypsilantis und Zaimis eine Gegenregierung bildete; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, sah sich Augustin zur Abdankung genötigt: während er sich auf einem russischen Schiffe mit dem Leichnam seines Bruders nach Korfu flüchtete, übernahm ein Ausschuß, in dem die Häupter der verschiedenen Parteien saßen, vorläufig die Regierung. Zwei Jahre waren so seit Leopolds Ablehnung verstrichen, ohne daß die Londoner Konferenz einen Ersatz gefunden hatte. Die Fürstensöhne drängten sich nicht nach der neuen Krone und die, welche sie hätten annehmen mögen, erweckten politische Eifersucht bei der einen oder der anderen Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Bayern, den Prinzen Otto, und wenn seine Jugend Bedenken erregen konnte, so sicherte ihm die treue Anhänglichkeit seines Vaters für die griechische Sache doch zunächst einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeschlagen hatte, gestand man ihm teilweise zu, man kehrte wieder zu der Grenzlinie Arta-Volo zurück, ließ seine Wahl durch die Nationalversammlung bestätigen und verbürgte auch ihm die nötige Anleihe. Bis zu seiner Volljährigkeit sollte eine bayerische Regentschaft aus dem Grafen Armansperg, von Maurer und Heydeck bestehend, das Land verwalten; 3500 Bayern wurden ihr als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterstützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bayerischen Staatskasse während der ersten 6 Jahre seinem Sohne 1 800 000 Gulden zufließen ließ, die er 1849, als die bayerische Kammer dieses eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus seinem Privatvermögen ersetzen mußte. Allein trotz dieser Unterstützung war der junge König nicht auf Rosen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei seiner Landung in Nauplia am 6. Februar 1833 zu teil wurde, verrauschte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentschaft keine neue Nationalversammlung berief, wohl verhüllt, aber nicht unterdrückt, und einsichtsvolle Bayern mußten bald zu der Überzeugung kommen, daß trotz der vortrefflichen Gesetze, mit denen der Staatsrat Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in Athen, das er 1833 zur Hauptstadt gemacht, am 1. Juli 1835 selbst die Regierung übernommen hatte, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich sei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt sind, gehangen seien".

Prinz Otto von Bayern.

Die Regentschaft.

Deutschland und der Zollverein.

Bei den schwachen materiellen und geistigen Mitteln, über welche der griechische Staat verfügte, war sein Eintritt in das europäische Staatensystem von weit geringerer Bedeutung als die Art, in welcher dieser Eintritt sich vollzogen hatte. Von dem Augenblick an, wo Alexander auf den Petersburger Konferenzen als Anwalt der politischen Unabhängigkeit des hellenischen Volkes auftrat, war das Übergewicht Metternichs in der großen Politik gebrochen, und jede weitere Entwickelungsstufe des diplomatischen Kampfes hatte dann zur Erweiterung der Kluft zwischen Österreich und Rußland beigetragen. Geschickt hatte Nikolaus mit England und Frankreich in den europäischen Fragen Fühlung zu gewinnen und zu behalten gewußt; nicht minder erfolgreich verstand er den russischen Einfluß in den deutschen Mittelstaaten zu stärken. Fürsten, die wie der König von Württemberg nur mit bitterem Groll ihren Widerstand am Bundestage unter dem Druck der Heiligen Allianz aufgegeben hatten und durch ihre Familie obendrein in naher Verbindung mit dem russischen Hofe standen, sahen in dem neuen Zaren eine erwünschte Stütze, deren sie zur Gewinnung größerer Unabhängigkeit von Österreich sich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Bayern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vor Nikolaus den Thron bestiegen und seine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Zensurediktes begonnen hatte. Ihm lag sehr viel daran sich von Österreich unabhängiger zu stellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er sei als König von Bayern nur Gott und der Verfassung verantwortlich; Kaiser Franz aber sei nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfassung. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war sein eifrigstes Bemühen; in ihm, so schrieb er dem Zaren im Januar 1826, sehe er die stärkste Stütze Bayerns; das sei sein politisches Glaubensbekenntnis. Damit stand er also wesentlich auf demselben Boden, den König Wilhelm von Württemberg schon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide süddeutsche Königreiche schlossen sich wieder enger aneinander und suchten gemeinsam mit Rußlands Hilfe ihre volle Selbstherrlichkeit gegen jeden Eingriff Österreichs und Preußens zu schützen, übrigens doch mit unverkennbarer Hinneigung zu Preußen. Auch unter den anderen Bundesstaaten fanden sich manche, die mit Rußlands Zustimmung sich Preußen näherten, und da andererseits für Österreich die Unterstützung des Berliner Kabinetts um so wertvoller wurde, je mehr seine Stellung zu Rußland sich verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesamtlage von selbst ein gesteigertes Ansehen für Preußen. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch die weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—1825 nicht versäumt waren, trat in der Gründung des preußisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Rußlands Einfluß.

Bayern.

Württemberg.

Wirtschaftlicher Zustand Deutschlands nach 1815.

Nach den Verheißungen der Bundesakte hätte man freilich erwarten sollen, daß gemäß dem § 19 die Bundesversammlung selbst Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Notstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirtschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwertung der Manufakturen und die Teuerung der Bodenerzeugnisse. Diese war vornehmlich durch die schlechte Ernte von 1816 hervorgerufen, jene durch die urplötzliche Überfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waren, die sich in der Zeit der Kontinentalsperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Millionen Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Prozent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden, was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Der wirtschaftlichen Bildung jener Zeit entsprach es, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen von den Berliner Stadtverordneten am 27. Dezember 1816 gegründeten Verein entgegenwirken wollte, dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben keine ausländischen Waren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirtschaftlicher Einsicht nicht voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnot, der sie durch gegenseitige Ausfuhrverbote der notwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. So stand denn bald der Scheffel Weizen am Rhein etwa 7 Mark höher als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preußischen Monarchie in den fünfziger Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Württemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuß, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten; selbst die abgünstigen Mitglieder nannten den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine herzerhebende Idee, und die Mehrheit schlug die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. Oktober 1817 an vor. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Bayern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämtliche Bundesstaaten auch für ihre außerdeutschen Besitzungen beiträten, woran doch weder bei Dänemark und Holland, noch bei Österreich zu denken war. Dieses erklärte vielmehr, daß bei der gesegneten Ernte des Jahres 1817 die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beschlusse deshalb füglich absehen könne.

Verhandlungen am Bunde über Artikel 19.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herstellung eines leichteren Verkehrs wieder entfernt; aber sowohl in der öffentlichen Meinung wie von einzelnen Regierungen wurde die Frage festgehalten. In den Mittel- und Kleinstaaten klammerte man sich dabei, trotz des ersten Mißlingens, nach wie vor an den Bundestag. In diesem Sinne entfaltete besonders der Württemberger Friedrich List, ein Mann von

Lists Verein deutscher Kaufleute.

gründlicher wirtschaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenschaftlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhafte Thätigkeit in den Kreisen der Gewerbtreibenden. Er stiftete einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, veranstaltete eine Bittschrift an den Bundestag, begab sich nach Wien zu den Ministerialkonferenzen um dort für seine Ideen zu wirken und schlug sogar vor die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauten treten sollten, einer Aktiengesellschaft zu verpachten, indem er namens seines Vereines 30 Millionen Gulden dafür bot. Mit weniger Überschwänglichkeit ver- Nebenius.
focht der badische Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausführlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufsetzte und die später den Konferenzmitgliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und geleitet werden sollte. So vortrefflich sich indes diese Pläne auch anhörten, so waren sie doch völlig unausführbar. Am Bundestage ließ sich nur durch Einstimmigkeit etwas ausrichten, und die war nicht zu erreichen; überdies fehlte sowohl Nebenius wie List die klare Einsicht, daß zur Gemeinsamkeit der Einfuhrzölle die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern unerläßlich sei. Diese Einsicht Das preußische Zollgesetz von 1818.
besaß man in Berlin im vollsten Maße und war durch sie zu dem Plane gelangt von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung vor der Hand ganz abzusehen und fürerst die wirren Zoll- und Steuerverhältnisse Preußens selbständig zu ordnen. Wie sehr das not that, lehrte schon der Umstand, daß es allein in den alten Provinzen 67 Zoll- und Accisetarife gab, von denen die letzteren 2776 Gegenstände umfaßten. Um diese Zustände zu beseitigen hatten schon während des Krieges von 1813 und 1814 preußische Staatsmänner wie Bülow und Eichhorn daran gearbeitet alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und die anderen deutschen Staaten möglichst in dies System hineinzuziehen. Als sie damit nicht durchdringen und auch auf dem Wiener Kongreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen sie sich auf Preußen allein zurück. 1816 sprach eine königliche Verordnung die Absicht aus sämtliche Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem zu ersetzen; doch erforderte ein so mühsames Unternehmen natürlich sorgfältige Vorbereitung. Dem Fleiß und der Sachkenntnis des Generalsteuerdirektors Maaßen fiel die Aufgabe zu das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 auszuarbeiten. Nicht die kleinste Schwierigkeit bestand darin, daß die unverhältnismäßig ausgedehnte Grenzlinie des preußischen Staates, die bei 1073 Meilen Länge an 28 Nachbarn stieß, die Überwachung des Schmuggels fast unmöglich machte. Die Folgerungen, welche Maaßen daraus zog, waren erstens die Aufstellung eines einfachen, übersichtlichen Tarifes, der die Waren in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung der Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werte der Waren. Bei der bedrängten Lage der preußischen Finanzen war das wichtigste Augenmerk

natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem System der Schutzzölle kam man fast gänzlich zurück; auf Manufakturen war nur ein Zoll von zehn Prozent, auf Kolonialwaren dagegen bis zu 20 Prozent gelegt. Preußen war somit der erste Staat, der unumwunden den Weg des Freihandels betrat und von den englischen Staatsökonomen als
Steuergesetze. Muster und Vorbild aufgestellt werden konnte. Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte sich eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchssteuern auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- und Klassen-, die Schlacht- und Mahlsteuer. Wenn dadurch dem Volke neue Lasten auferlegt wurden, so waren sie doch gerechter als die bisherigen, und durch verbesserte Einrichtungen mancherlei Art, die Handel und Gewerbe zu gute kamen, wurde
Verkehrsleben. die Erwerbsfähigkeit gesteigert. So verwendete der König binnen elf Jahren fast 22 Millionen Thaler auf den Bau von Chausseen, deren Länge von 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen stieg. Auch das Postwesen wurde unter Naglers Leitung unablässig verbessert, 1823 z. B. eine tägliche Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein eingeführt, so daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reisenden erschallte. Nicht minder verdienstlich war die Ordnung des Münzwesens im Jahre 1821, die Regelung der Flußschiffahrt auf den großen Strömen und die Schiffahrtsakte vom 22. Juni 1822, die Gemeinheitsteilung und die Begründung ritterschaftlicher Hypothekenbanken, die Errichtung des Gewerbeinstitutes, der Provinzialgewerbschulen und des Vereines zur Beförderung des Gewerbfleißes, die man vornehmlich der Thätigkeit des Staatsrates Beuth verdankte, der segensreiche Einfluß, der von Thaers Akademie des Landbaues in Mögelin ausgehend unausgesetzt die Hebung der Landwirtschaft förderte. Diese hatte damals freilich eine schwere Krisis zu bestehen; trotz mannigfacher wohlgemeinter Staatshilfe vermochten die überschuldeten Gutsbesitzer sich nicht zu behaupten und in einzelnen Gegenden, wie in Ostpreußen, konnten gesundere Verhältnisse nur durch den massenhaften Verkauf des Landbesitzes herbeigeführt werden. Im allgemeinen aber war eine Hebung des Wohlstandes wie im übrigen Deutschland so auch in Preußen unverkennbar. Handel und Industrie nahmen einen stetigen Aufschwung; der Maschinenbetrieb brach sich nach und nach in immer zahlreichen Gewerben Bahn; auch die Dampfschiffahrt kam, zuerst auf der Weser, dann auch auf anderen Flüssen, in
Kunst. Aufnahme. Und daneben wurde trotz der beschränkten Mittel doch auch die Pflege der Kunst nicht vernachlässigt. In München entwickelte König Ludwig seine großartige Freigebigkeit; Schinkel, Schadow, Rauch entfalteten ihre Thätigkeit in Berlin; das Schauspielhaus, das Museum, die Statuen der Helden aus den Befreiungskriegen erstanden; freigebig wies der König die Mittel zur Erwerbung von Gemälden und Kunstwerken an, so daß die Hauptstadt nach und nach auch in dieser Richtung der Bedeutung des preußischen Staates würdig sich darstellte.

Aber trotz dieser aufsteigenden Bewegung litten freilich die Erwerbsverhältnisse nach wie vor unter dem beengenden Druck der zahlreichen Zölle, welche Deutschlands Einzelstaaten voneinander trennten, und wenn für Preußen mit dem Zollgesetz von 1818 ein gewaltiger Fortschritt erzielt war, weil die ganze Monarchie dadurch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wurde, so erregte es um so größeres Mißfallen bei den Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch behindert sahen, und vollends bei den Staaten, die von preußischem Gebiet umschlossen waren. Natürlich konnte diesen nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die sie gebrauchten, gestattet werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen Anteil an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten sie darauf nicht eingehen, so konnte Preußen nur erklären, daß es den Zoll auf die Waren, welche durch sein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurden, als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Absicht der preußischen Staatsmänner. Ihnen war es sehr erwünscht nicht bloß die kleinen Einschlüsse, wie Anhalt und einige Bestandteile der thüringischen Länder, sondern auch die Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Anteil an der Gesetzgebung wollten sie ihnen freilich nicht zugestehen, aber vollen Anteil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Eichhorn, in Zollsachen damals „die Seele des preußischen Ministeriums“ des Äußern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch geraten sich erst untereinander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indes so klar und so unangreifbar dieser Standpunkt war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Teil seines Ländchens den preußischen Vorschlag am 25. Oktober 1819 an; die übrigen Beteiligten und mit ihnen im Chorus die Unbeteiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Ludens Nemesis an bis zu Kotzebues politischem Wochenblatt, ergingen sich in zornigen Angriffen auf Preußen. Am leidenschaftlichsten verfuhr der Herzog von Anhalt-Köthen, dessen Gemahlin, eine Gräfin Brandenburg, obendrein Halbschwester des Königs war. Entschlossen niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache“ die Ministerkonferenz in Wien um Hilfe an. Aber obschon alles sich beeilte ihm Hilfe zu leisten und eigentlich nur Bayern nicht in den Lärm einstimmte, war doch nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Rechte, ebenso entschlossen jede Rücksicht der Billigkeit zu üben wie keinen Schritt von dem Notwendigen zurückzuweichen. Eine Zeitlang sah es dem Treiben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Köthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogtums zu der Preußens sich wie 9 : 1000

Das preußische Zollsystem.

Sondershausen.

Anhalt-Köthen.

verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waren wie 64, der von baumwollenen Waren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage herumgezankt und hier die gesamte Opposition, Wangenheim an der Spitze, für Köthen eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogtum mit Zollstellen und nahm ihm so den freien Handelsverkehr. Als auch das noch nicht wirkte und das inzwischen zum Katholizismus übergetretene herzogliche Paar keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Köthen abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Österreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hilfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Köthen mit seinem Vetter von Dessau zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preußische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt: sie hatten Genossen im Unglück. Der Bernburger Herzog war schon 1823 mit der Hälfte und 1826 mit seinem ganzen Staatsgebiete hinzugetreten, und Rudolstadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigstens für einzelne Ämter daran teil. Vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet war also die erreichte Einigung noch sehr unbedeutend, aber da der Anfang auch hier als das schwerste gelten mußte, so konnte man in Berlin doch mit Befriedigung auf den geschaffenen Kern hinsehen. Mit verständiger Zurückhaltung verzichtete man darauf die Nachbarstaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eifersucht der Landesherren nur gereizt werde; die Geneigtheit sie in sein Zollsystem aufzunehmen hatte der König schon 1818 ausgesprochen; jetzt war es an jenen ihrerseits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit den Größeren einen Anteil an der Aufstellung des Zolltarifes zu gewähren und sah für Preußen, das sich natürlich nicht seinem Interesse zuwider überstimmen lassen durfte, eine genügende Bürgschaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbewachung glaubte man freilich anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müssen; die Zolleinrichtungen der Kleinstaaten waren nicht danach angethan die gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einsah, daß dieser Verzicht auf die Anstellung eigener Zollbeamten mehr als irgend etwas sonst den Fürsten die Einigung mit Preußen verleide, ließ man auch diese Forderung fallen und begnügte sich mit einer gegenseitigen Überwachung. Alle diese Betrachtungen, Erwägungen und Entschlüsse entwickelten sich einstweilen freilich nur im Schoße und im Dunkel der preußischen Ministerien, nicht im Meinungsaustausch mit anderen deutschen Kabinetten. Zu einem solchen war jahrelang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarstaaten war noch keineswegs praktisch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht sie einstweilen grundsätzlich zu studieren um zur rechten Zeit seine Forderungen und Angebote bestimmt aussprechen zu können.

Dessau.

Bernburg.

Andere Anschlüsse.

Preußens Entgegenkommen.

Die Mittel- und Kleinstaaten versuchten unterdes, ob sie nicht unter sich, ohne Anschluß an das gefährliche Preußen, einen „reindeutschen" Zollverein zustande bringen könnten. Bayern, Württemberg, Baden, beide Hessen, Nassau und die thüringischen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Beratungen in Darmstadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene voraussehen konnte, trat sehr bald ein: so wenig wie dem preußischen Zollgesetz wollte irgend ein Staat sich dem bayerischen oder badischen Tarif unterordnen, und so wenig wie Preußen auf das seine verzichten konnte, so wenig war Bayern oder sonst eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die württembergischen Oppositionsgelüste sich der Darmstädter Konferenz und des zu gründenden Vereines als Mittels gegen die österreichische Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege, sondern auch die getreuesten seiner Anhänger, wie Nassau und Baden, stutzig wurden. Nach beinahe dreijähriger Dauer gingen die Konferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmstadt erklärte am 3. Juli 1823 seinen Austritt und bot damit Bayern den gewünschten Anlaß gleichfalls auszuscheiden. Nun versuchte man, was im größeren Kreise nicht gelungen war, wenigstens in kleineren Gruppen zu erreichen: 1824 kam es zu einem Zollvertrag zwischen Württemberg und Hohenzollern, zu gegenseitigen Erleichterungen zwischen Baden und Darmstadt und sogar zu einem Vertragsentwurfe zwischen Württemberg und Bayern, der auch den drei Rheinstaaten, Nassau, Darmstadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden sollte. Aber die Konferenzen, welche infolgedessen im Februar 1825 zwischen diesen fünf Regierungen in Stuttgart stattfanden, nahmen kein besseres Ende als die früheren. Die Interessen waren zu verschieden, der gegenseitige Argwohn zu groß; die Verhandlungen mußten im Juni abgebrochen werden und damit wurde auch der bayerisch-württembergische Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Als im Oktober des Jahres Ludwig I. den Thron bestieg, griff er mit großem Eifer den Gedanken der Zolleinigung mit Württemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erschien derselbe zugleich wie ein erster Schritt zu der ersehnten Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zustande; noch einmal beschloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und sie dabei auf die politische Bedeutung dieses rein-deutschen Bundes hinzuweisen; als dieser Versuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Die Darmstädter Beratungen.

Süddeutsche Zolleinigungen.

Für keinen Staat war die hierdurch geschaffene Lage unerträglicher als für Hessen-Darmstadt, das mit seinem geteilten Gebiet, seinen langen Grenzen, seinen unergiebigen Zöllen, seiner stets wachsenden Finanznot, sich dem preußischen oder dem süddeutschen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Von Bayern wurde keine Bemühung gespart

Darmstadts Lage.

um es zum Anschluß an den süddeutschen Verein zu bewegen. Aber teils politische Besorgnisse, teils die Hoffnung auf günstigere finanzielle Ergebnisse und der stärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den Darmstädter Minister du Thil dahin mit diesem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen lassen, ob der König geneigt
Kurhessen. sei mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort erteilt, aber nun zeigte sich, daß Kurhessen mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden war. Mit Darmstadt allein sich zu verbinden war aber für die preußische Regierung sehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundsatze fest ihr Zollsystem nur „von Grenze zu Grenze" vorzuschieben, ein Verfahren, das eine fortschreitende Verkürzung der Zolllinie und daher einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspunkte konnte die Vereinigung mit Darmstadt sich nicht eben empfehlen. Die preußischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge auf 992 Meilen heruntergebracht; Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes nur 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Kolonialwaren in dem Großherzogtum machte die Vereinigung für Preußen unvorteilhaft, da der Zollertrag ja nach der Kopfzahl geteilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe gegen den Vertrag sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit befinde, abzuweisen, hielt man für sehr bedenklich; andererseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Bund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem Finanzminister von Motz, der seit 1825 an Klewitz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanznot suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nach-
Der preußisch-darmstädtische Zollverein. folge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten du Thils einen geheimen Bevollmächtigten, von Hofmann, zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen, und schon am 3. Februar konnte der König die mit diesem getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preußischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig anerkannt waren. Darmstadt nahm den preußischen Tarif an, versprach die wichtigsten preußischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung formell gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfzahl teil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide Staaten das Recht der Kündigung.

Verhandlungen mit Kurhessen. Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit den Ärger zu verstecken und die Gewandtheit einen Gegenschlag auszusinnen war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preußisch-darmstädtischen

Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Teile der preußischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel der Gegner sein, und so bildete denn Kassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies zu seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, hatten sie keine schwere Aufgabe zu lösen. Erschien es jenem doch schon als eine schwere Ungehörigkeit, daß Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen zu treffen gewagt hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem Gesandten des Großherzogs, und werde Anmaßungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren." Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Bayern und Württemberg wünschten Kurhessen als dritten für ihren eigenen Bund zu gewinnen; das erwies sich aber bald als hoffnungslos; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bayerischen Mautrittern nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem anderen Plane, der die natürliche Entwickelung des preußischen Zollvereins dauernd verhindern sollte. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der sich zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund einschieben und beider Verbindung hindern sollte. Dieser Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein par thüringischen Staatsmännern in Vertragsform gebracht worden. Man versprach sich alle zwischen den preußischen und bayerischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Erfolg ans Werk. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein" fertig. Auf den Kasseler Konferenzen erhielt er am 24. September 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, bis 1834 — denn so lange sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Teile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen ihr und Bayern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zuletzt demütig werde fügen müssen.

Der mitteldeutsche Handelsverein.

Preußens Gegenanstrengungen.

Der Gedanke war an sich nicht übel ersonnen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu vereiteln, und diese Frage fiel mit der anderen zusammen, ob die Staaten des Handelsvereins wirklich unerschütterlich zusammenhalten würden. In Berlin war man von dem Gegenteil überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen Bundes so genaue Kenntnis, daß man darauf einen Feldzugsplan baute, der mit großer Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde. Mit verdoppelter Anstrengung förderte man den Chausseebau, besonders auf denjenigen Strecken, welche als Ersatz für solche dienen konnten, die durch nichtpreußisches Gebiet führten; von 1825—29 sind 285 Meilen gebaut worden; 1830 sollten nicht weniger als 142 hinzukommen. Sodann aber wandte man sich an Bayern und suchte dort die Gemeinsamkeit der Interessen beider Zollvereine gegenüber dem Handelsbunde zum Bewußtsein zu bringen. Der Baron von Cotta, der selbständig auf gleiche Ideen gekommen und in diesem Sinne bei König Ludwig schon thätig geworden war, diente als Mittelsperson. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieselben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwischen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verschmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide sich berührten, zu schmal. Aber man verminderte nicht allein gegenseitig die Zölle auf Fabrikate und hob sie für alle Erzeugnisse der Natur, des Gewerbfleißes und der Kunst völlig auf, sondern man verabredete auch jährliche Zollkonferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete sich mit gemeinsamen Grenznachbarn keine einseitigen Handelsverträge abzuschließen.

Vertrag mit Bayern und Württemberg.

Verträge mit Meiningen und Gotha.

Auf diesen ersten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Bayern sich lebhafter entwickeln, so bedurfte man Handelsstraßen, die von dem mitteldeutschen Verein nicht mit Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt also unter den Kasseler Verbündeten solche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vorteile waren, die ihnen aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachsen mußten. Gelang das, so war ein großer Sieg erfochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, ihrer eigenen Straßenpolitik geschlagen. Unverdrossen machte sich Motz an diese Aufgabe und löste sie schnell. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichneten Meiningen und Gotha einen Vertrag, kraft dessen Preußen ihnen das Geld vorschoß um einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langensalza über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben sollte. Der Schlag war für den mitteldeutschen Verein tödlich; eine unabhängige preußisch-bayerische Handelsstraße Hamburg-Nürnberg war gesichert; der alten Frankfurt-Kasseler Linie drohte die gefährlichste Konkurrenz; ein Mittel das Unheil abzuwenden gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von neuem in Kassel und tobten wider

Spaltung des mitteldeutschen Vereins.

die beiden kleinen Verräter; vergebens suchten sie sich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu trösten und beschlossen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinsamer Verabredung statthaben dürfe. Das Unglück war geschehen und nicht mehr rückgängig zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Reuß verpflichteten sich gar im voraus sich 1834 dem preußischen oder dem bayerischen System anzuschließen; selbst in Frankfurt, in Nassau, in Sachsen, entschloß man sich nur langsam zum Beitritt. Die Niederlage der Gegner Preußens war vollständig.

Der Eimbecker Vertrag.

Da thaten sich die eifrigsten auf eigene Hand zusammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu schließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen. Aber der Tag, an welchem sie den Entwurf ihres Zollvereines, den Eimbecker Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieser Entwurf bestätigt werden konnte, war die Julirevolution mit ihren Nachwirkungen in Braunschweig, Kassel und Hannover dazwischen getreten und hatte überall das alte Regiment gestürzt. Von besonderer Bedeutung war das in Kassel. Denn Kurhessens Beitritt zu dem Eimbecker Vertrag war durch kein Interesse des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunschweig und Oldenburg selbst in Berlin nicht jede Berechtigung bestritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitische Abhängigkeit, in der Hannover zu England stand. In Kassel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminister wurde ein Motz, ein Verwandter des leider am 30. Juni 1830 gestorbenen preußischen Motz — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umschwung trat ein, und unbekümmert um seine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die Eimbecker wie die Kasseler, schloß sich der Kurfürst am 25. August 1831 dem preußisch-darmstädtischen, nunmehr preußisch-hessischen Zollvereine an. Damit war wie zwischen Preußen und Bayern, so auch zwischen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergestellt; erschweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werkes vielleicht noch manchmal; erschüttern konnten sie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen festen Fuß in Deutschland gefaßt und durch die geduldige besonnene Arbeit seiner Staatsmänner den Grund zum Wiederaufbau deutscher Größe gelegt. Ein bewußtes Streben nach politischer Herrschaft hatte sie dabei nur im geringsten Maße geleitet; ihre Absicht war das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber gerade darin, daß sie dies nicht wirksamer thun konnten, als indem sie die Nachbarländer an denselben Segnungen teilnehmen ließen, darin, daß Preußens Vorteil mit dem seiner Bundesgenossen zusammenfiel, daß es diesen sogar Opfer bringen konnte um ihre Mitwirkung zu gewinnen, gerade darin zeigte sich am klarsten, daß es kein leeres Wort, keine begehrliche Anmaßung war, wenn der preu-

Kurhessens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

ßische Staat sich für berufen hielt die Führung Deutschlands zu übernehmen und zunächst die Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen, weiterhin aber auch in unabweisbarer Folge die politische Vertretung des gesamten Vaterlandes unter seine Obhut zu stellen.

Englands innere Reformen.

Das Ausland und der Zollverein.

Das Ausland schenkte der Begründung des preußischen Zollvereins bei weitem nicht die Beachtung, die sie verdiente. Metternich ließ das Berliner Kabinett auf diesem Gebiete, das ihm persönlich recht fremd war, nach Belieben schalten oder beschränkte sich doch auf geheime Gegenwirkung; in Paris war man mit ganz anderen Dingen beschäftigt und hielt geraume Zeit diese kleinlichen Vorgänge in Deutschland kaum der Aufmerksamkeit wert. Rußland hatte nichts dawider, wenn Preußen sich auf diesem Wege einigen Ersatz schaffte für den schweren Schaden, den es durch die Zollgesetzgebung seines östlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die nach den Verträgen von 1815 zwischen Preußen und Polen bestand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von solcher Höhe ein, daß dadurch der Handel der angrenzenden preußischen Provinzen aufs schwerste litt, und keine Vorstellungen vermochten ihn zu Änderungen zu bewegen. Das meiste Verständnis, freilich auch nur erst in engen Kreisen, fand die preußische Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte sich die Londoner City mit einer Bittschrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgesetz von 1818 als ein segenbringendes Vorbild anempfohlen wurde, und sieben Jahre nachher sprach William Huskisson, Cannings Kollege im Handelsministerium, die Hoffnung aus, daß auch England sich mit der Zeit eines gleichen Tarifes werde rühmen können. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die seine Anschauungen bei anderen Ministern wie Canning, Peel und Robinson fanden, benutzte er um vorsichtig und allmählich mit den vielen Beschränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schiffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrsysteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die sie bisher gezahlt, erlassen und der Verkehr mit den englischen Niederlassungen gestattet, nur daß sie von dort keine Waren in britische Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Schon einige Jahre früher hatte Robert Peel durch seine Bankakte die englische Bank verpflichtet, die seit 1797 eingestellten Barzahlungen bis zum 1. Mai 1823 wieder aufzunehmen und hatte England vor allen anderen Nationen den großen Vorteil der Goldwährung verschafft. Handel und Verkehr nahmen infolgedessen einen gewaltigen Aufschwung, aber freilich wuchs auch der Leichtsinn und die Verwegenheit in den Geschäften. Bezeichnend dafür war es, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Aktiengesellschaften genehmigte,

Rußland.

England.

Englische Handelsreformen.

während bis dahin nur 276 bestanden hatten. Die Folgen dieser Maßlosigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der schwersten Handelskrisen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein sobald diese überstanden und der Markt von den zahlreichen unsoliden Geschäften gereinigt war, blühte die Handelsthätigkeit um so kräftiger auf und mit ihr der Wohlstand des Landes. Schon hatte die Dampfschiffahrt eine gewisse Bedeutung für den inneren Verkehr gewonnen; nach und nach errang sie sich auch zur See neben der Segelschiffahrt eine größere Stellung; selbst die Anfänge des Eisenbahnbetriebes mittels der Lokomotiven traten durch Stephensons glänzende Erfindung schon 1821 in der Kohlenbahn Stockton-Darlington, bald (1830) auch in der ersten Linie mit Personenbeförderung (Manchester-Liverpool) zu Tage. In anderer Weise förderte Cannings auswärtige Politik den Aufschwung des Handels. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der neuen amerikanischen Staaten. Denn dadurch stellte er deren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne Englands Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher und ermöglichte so den ungeahnten Aufschwung ihres Handels, dessen Löwenanteil natürlich England als der größten Seemacht zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartete, wie sie nur einem hochwichtigen Ereignis entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als ansteckend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Aufschwung des Handels.

Eisenbahnen.

Cannings auswärtige Politik.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ozean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus, und Cannings Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund" einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternichs Ansicht mit der Rolle eines konservativen Staatsmannes durchaus unverträglich war. Auch Englands konstitutionelles Leben krankte ja an schweren Übeln. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle Rechte besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkte zur Ausübung dieser Rechte doch nur ein kleiner Teil der Nation mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung

Parlamentsreform und Katholiken-Emanzipation.

des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten noch dieselbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unter ganz anderen Verhältnissen zugestanden war. So kam es, daß kleine verrottete Landstädtchen, die sogenannten rotten boroughs, deren ganze Wählerschaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehrere Abgeordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachsende Fabrik- und Handelsstädte ganz unvertreten blieben, weil ihr Entstehen oder doch ihr Aufschwung nicht bis ins Mittelalter zurückging. Noch bedenklicher aber als dieser Übelstand war ein zweiter. Durch Gesetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. und Wilhelm III. erlassen waren, sahen sich die Katholiken Englands und Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeschlossen. Zumal für die Iren war dies unerträglich, da sie — zu sieben Achteln katholisch — damit zugleich des einzigen Mittels verlustig gingen, durch das sie ihre bedrückte Lage hätten bessern können. Fast alles Grundeigentum ihrer Insel befand sich in englischen Händen; sie selbst konnten ihr heimatliches Land fast nur als Pächter bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtsummen ihnen von den Früchten ihrer Arbeit ließen, schmälerten schwere Steuern, von denen besonders die kränkend und drückend waren, welche zum Unterhalt der protestantischen Geistlichkeit erhoben wurden. Dem schweren Elend des irischen Landmannes konnte nur durch einen Kampf im Parlament ein Ende gemacht werden, und dieser Kampf war nicht eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in dasselbe offenstand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsreform hauptsächlich von den Bewohnern der unvertretenen Großstädte ausging, spitzte er sich in Irland vornehmlich zu dem Verlangen nach Gleichstellung der Katholiken zu. Canning nahm zu dieser Frage eine vorurteilslose Stellung ein; er begriff nicht, wie man aus Furcht vor vielleicht 30 Gewählten lieber 300 000 Wähler in Zorn und Unwillen treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Ministeriums Liverpool dachten so; selbst Robert Peel, sonst sein treuer Gesinnungsgenosse, leistete in diesem Punkte ihm Widerstand. Das Unterhaus war in seinen Mehrheiten schwankend; meist nahm es die seit 1821 fast jährlich wiederkehrenden Anträge der Katholikenfreunde, besonders Burdetts und Plunketts an, dann verwarf es sie wieder; und auch wenn es sie annahm, wurden sie nicht Gesetz, weil das Oberhaus sich ihnen standhaft widersetzte. Immerhin war über den letzten Ausgang des Ringens kaum noch ein Zweifel möglich; die Gegner der Gleichberechtigung durften bei der mächtigen Aufregung in Irland nur von Gewaltmaßregeln noch ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert standen sich dort die Parteien gegenüber; auf der einen Seite die Protestanten in den oranischen Logen, auf der anderen, von O'Connell geführt, die Katholiken in der 1823 gegründeten Assoziation. Das Jahr 1827 schien die letzteren endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankung Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Ministeriums, und diese Wandlung

Canning's Ministerium.

veranlaßte Robert Peel und seine meisten Kollegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Kabinet durch Whigs wie Lord Landsdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicherweise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Kabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der am 10. Januar 1828 sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten" Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Kabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständnis an die öffentliche Meinung nicht nötig; erst als diese zu seiner großen Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Kollegen liberale Maßregeln notwendig machte, entschloß sich der Herzog auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Korporations- und der Testakte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, welche die Katholiken dadurch von allen Ämtern ausschlossen, daß sie jeden königlichen oder städtischen Beamten verpflichteten einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglikanischem Ritus zu nehmen. Aber dieses Zugeständnis genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulsschlag anzunehmen. Ihre Seele war der Dubliner Advokat Daniel O'Connell, ein Mann aus altirischem Blut und von einer wundersamen Beredtsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholizismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Mut sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Kabinets, einem anerkannten Freunde der Emanzipation, einem wegen seiner Milde selbst bei den Iren beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagnis gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereignis bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber befand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Gesetze war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatsache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er um die Autorität der Regierung aufrecht zu erhalten die Assoziation, der O'Connell seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vizekönig, den Marquis von Anglesea, ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung der Gesetze, welche die Katholiken vom

Sein Tod. Lord Goderich.

Aufhebung der Testakte.

O'Connells Wahl.

Emanzipation der Katholiken.

Parlament ausschlossen, und ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 diesen Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz des Petitionensturmes, der sich gegen die Neuerung erhob, der anerkannten Notwendigkeit nicht standhalten; nach heftigen Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Tage später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vom Könige bestätigt wurde. Nur eine Klausel wurde den katholischen Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben nichts gegen die protestantische Staatskirche zu unternehmen.

O'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen, in das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholische Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Verfassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksames Heilmittel gefunden werden könne. Auf der anderen Seite aber mußte es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderung einer besseren Vertretung, welche aus dem Schoße der Großstädte laut geworden war, befriedigt wurde. Wenn der Ruf nach Emanzipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb sollte dann der andere nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zustände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnete, daß kaum der fünfte Teil der Unterhausmitglieder aus freier Wahl hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direkt oder fast direkt besetzt wurden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs das Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 45 von diesen weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihnen, die nur noch aus zwei Häusern bestanden und doch je zwei Abgeordnete ernannten; man stellte dem Städte gegenüber wie Manchester, Birmingham, Sheffield, Leeds, die nur einen oder gar keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Teile von London, die bei einer Bevölkerung von 900000 Seelen ganz ohne Wahlrecht waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatsachen bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu beschönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß trotz alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und daß man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues von unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürlich diente diese konservative Besorgnis zugleich den aristokratischen Standesinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whigs sie anstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bisher in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshalb war von seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarten. Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemanzipation gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Frage der Parlamentsreform nicht hoffen. Auch der König Georg IV., welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ein gewichtiges Hindernis, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat,

Parlamentsreform.

Georgs IV. Tod.

für die Reformer ein erfreuliches Ereignis sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher dem gemäßigten Liberalismus zugeneigt. Das wichtigste war also durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und so das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als fünfzehnmal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchdringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie wohl etwas in üblen Ruf geraten, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die wieder erstarkten Whigs sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurücktreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben aufs neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche gerade jetzt in Frankreich das reaktionäre Ministerium und die Dynastie über den Haufen warf, ermutigend auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher zu Gunsten der Reformer aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb und die Thronrede nichts über die verlangte Reform enthielt, so machte sich in Versammlungen, Adressen und mancherlei Ausschreitungen der Unwille der Bevölkerung Luft: in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verrieten zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, weil ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigerte, abtrat und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Landsdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor allem Lord Palmerston als Minister des Äußeren, für sein Kabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung seine Reformvorschläge von jeder radikalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuersatz von zehn Pfund gebunden sein, in den Grafschaften auf alle Erbpächter und auf solche Zeitpächter ausgedehnt werden, deren Pacht

Wilhelm IV.

Ministerium Grey.

Reformvorlage.

wenigstens 50 Pfund betrüge. Den rotten boroughs, die weniger als 2000 Einwohner zählten, dachte man ihre Vertretung ganz zu nehmen, denen mit weniger als 4000 höchstens einen Abgeordneten zu lassen. Von den so erledigten Sitzen sollten 62 in Zukunft ganz ausfallen, die Zahl der Unterhausmitglieder sich also auf 596 vermindern; die übrigen Sitze wurden teils den Grafschaften und also mittelbar dem Großgrundbesitz, vorwiegend aber den großen Städten zugewiesen, so daß z. B. London acht neue Vertreter zu wählen hatte, während sieben Städte je zwei, und zwanzig bisher gar nicht vertretene Orte je ein Mandat erhielten. So maßvoll diese Zugeständnisse waren, fand das Gesetz aber doch bei den Tories den größten Widerstand, und die Verminderung der Parlamentssitze erfreute sich auch bei den Whigs keines großen Beifalls. Daher erhielt der Vorschlag der Regierung in zweiter Lesung nur eine Stimme Mehrheit (304 gegen 303) und wurde in der dritten so vielfach umgemodelt, daß Graf Grey zu einer Auflösung des Parlamentes schritt, die vom Könige am 22. April vollzogen wurde. Die Tories hatten diese Niederlage ihrem eigenen Ungestüm zuzuschreiben; denn der Monarch war anfangs durchaus gegen die Auflösung; als er aber vernahm, daß im Oberhause eine Adresse beantragt werde, die ihm den Gebrauch dieses königlichen Vorrechtes widerraten solle, bäumte sich sein Stolz dagegen auf und er genehmigte nicht allein den Vorschlag der Minister, sondern fuhr sogar auf der Stelle ins Oberhaus, unterbrach durch sein Erscheinen die Adreßdebatte und verkündete persönlich den Entschluß, den er gefaßt habe. Die Neuwahlen ergaben eine entschlossene reformfreundliche Mehrheit; das Ministerium selbst nahm einen Teil der gewünschten Änderungen in seine Bill auf, verzichtete auf die Verminderung der Sitze, ließ mehreren rotten boroughs ihr Wahlrecht und sah am 21. September die neue Vorlage mit einer Majorität von 109 Stimmen angenommen. Allein nun galt es noch den schwierigsten Widerstand zu überwinden: den des Oberhauses, welches das Gesetz einige Tage später mit großer Mehrheit verwarf. Seine Opposition zu brechen gab es zwei Wege; entweder mußte die öffentliche Meinung sich mit solcher Stärke äußern, daß die Lords sich zur Nachgiebigkeit entschlossen; oder der König mußte nach dem ihm zustehenden Rechte der Pairsernennung so viel reformfreundliche Mitglieder in das Haus schicken, daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Wenn der erste Weg zum Ziele führte, schien er den Vorzug zu verdienen. Das Parlament wurde also vertagt und bei seinem erneuten Zusammentritt die Bill mit einigen Änderungen abermals vorgelegt. Die Monate, welche seit der Ablehnung verstrichen waren, hatte die Reformpartei zu lebhaften Demonstrationen benutzt, sogar zu lebhafteren als gut war, wenn man nicht die ängstlicheren Gesinnungsgenossen und den König selbst scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das nicht ganz unbedenklich klang, da der

Auflösung des Parlamentes.

Widerstand der Lords.

Aufregung im Lande.

Verein 50 000 Mitglieder zählte. In Briſtol war es zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andere Häupter der Tories ſahen ſich perſönlich oder in ihrem Eigentum gefährdet. Dadurch ſchien es für manchen geradezu eine Ehrenſache zu werden nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Geſtalt angenommen hatte, am 7. Mai mit faſt derſelben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Miniſterium kein anderes Mittel als vom König einen Pairsſchub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die Agitation der Radikalen, ſtark beeinflußt von ſeiner Gemahlin Adelheid, einer Meininger Prinzeſſin, die Ratſchlägen vom Feſtlande her ſehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm die erbetene Vollmacht, willigte in Greys Rücktritt und betraute Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinets. Aber dieſer vorübergehende Sieg zeigte am beſten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90 000 Schotten erklärten ſich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf nur Freunde der Reform in ſeinen Rat zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Miniſteriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington dieſen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Grey erhielt die Ermächtigung zu einem Pairsſchub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und ſo entſcheidend hatte das kurze Zwiſchenſpiel gewirkt, ſo unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairsſchub ſelbſt, dem auch die Whigs grundſätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigſten Gegner ſich der Abſtimmung enthielten, die Reform an und am 7. Juni 1832 wurde das neue Geſetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünſchte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieſer Zeit auch mehr als einmal das Geſpenſt der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, ſo war doch auch in dieſer großen Kriſis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß ſeine Verfaſſung ihm die Mittel biete notwendige Reformen auch ohne Revolution ins Leben zu rufen.

Miniſterkriſis.

Wellington.

Nachgiebigkeit der Lords.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Auf dieſe innere Geſundheit ſeines ſtaatlichen Organismus konnte England um ſo ſtolzer blicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Verſuche, auch ſeinerſeits die Bahnen der Reform einzuſchlagen doch wieder den Weg der Revolution betreten hatte. Das Miniſterium Villèle hätte es nach dem ſpaniſchen Feldzuge leicht gehabt ein verſtändiges konſervatives Regiment zu führen und dabei doch den dringendſten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn dieſe verfügten in

Miniſterium Villèle.

der Kammer über zu wenig Stimmen um viel zu verlangen; da sie aber in der Pairskammer hinreichende Macht besaßen um wirklich reaktionäre Maßregeln zu vereiteln, so war auch die überkönigliche Opposition nicht stark genug um das Kabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, zumal der König selbst nach wie vor die gemäßigte Richtung begünstigte. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Notwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reaktionären Neigungen des Thronfolgers sich gefällig zu zeigen, um sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Den günstigen Ausgang des spanischen Feldzugs benutzte er daher zur Auflösung der Kammer, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandteilen zu reinigen. Mit Hilfe einer unerhörten Gewaltsamkeit, welche nicht einmal vor der Fälschung der Wählerlisten zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen im Februar und März 1824 nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte das Ministerium darauf auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die teilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf sieben Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswert ist keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine Anhänger von den Gegnern nichts zu fürchten brauchten, spalteten sie sich untereinander; die anfängliche Einmütigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputierten, die gegen eine liberale oder klerikale Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, allmählich von der Mehrheit ab. Andererseits geriet das Ministerium infolge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts ohne doch die Ultras, die ihm von früher her persönlich feind waren, an sich zu ziehen; vielmehr schaffte sich Villèle durch sein unkluges Verfahren stets neue Gegner. Seinem Kollegen Chateaubriand, der ihn allerdings bei einer wichtigen Vorlage — es handelte sich um die Herabsetzung des Zinsfußes der Rentenschuld — in der Pairskammer im Stich gelassen hatte, zwang er zum Rücktritt und machte sich dadurch diese scharfe Feder, welcher das einflußreiche Journal des Débats zur Verfügung stand, zum bitteren Feinde. Die Presse nahm in ganzer Linie den Kampf gegen das Ministerium auf, den die Kammer zu führen unterließ. Zwar kaufte Villèle nun mehrere wichtige Zeitungen unter der Hand an und ließ sie im Sinne der Regierung schreiben; aber die Folge war, daß sie ihren Einfluß verloren und die anderen Oppositionsjournale an Leserzahl und Wirksamkeit gewannen. Auch die Wiederherstellung der Zensur, welche der König nach

Verfassungsänderung.

Reaktion.

einem Gesetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies sich als stumpfe Waffe, und die Umgestaltung des Staatsrates, dessen freisinnige Mitglieder durch Männer der Kongregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verschaffen. Man sah in allen diesen Maßregeln bereits deutlich die Rücksichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwigs XVIII. keinen bedeutsamen Schritt, ohne sich mit Artois verständigt zu haben. Ludwig wurde immer stumpfer und gleichgültiger gegen Regierungssachen und ließ sich die Beziehungen seines Ministers zu Artois gefallen. Altersschwäche führte seine allmähliche Auflösung herbei und am 17. September 1824 verschied er. Tod Ludwigs XVIII.

Ohne Liebe und ohne Haß hatte sein Volk ihm gegenüber gestanden; seinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafte Teilnahme. Denn nach allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein krasses Priesterregiment gefaßt sein. Wider Erwarten ließ sich aber die Herrschaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron bestieg, recht glimpflich an. Eine ausdrückliche Erklärung die Verfassung, die er als Unterthan beschworen, zum Wohle seines Volkes befestigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Zensur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensseligkeit. Von langer Dauer waren diese Tage der Zuversicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die sich sogar bis zum Ersatz Villèles durch liberale Minister verstiegen, wurden bald enttäuscht. Anfangs wechselten noch gute und schlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiserreichs mit einem Federstrich pensioniert wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orléans der Titel „Königliche Hoheit“ zu teil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig versagt hatte; man zürnte, als das Ministerium für den König das Recht in Anspruch nahm durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöstern zu gestatten; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entschluß des Monarchen, sein persönliches Eigentum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einzuverleiben. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieses Schwanken; die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl X. ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchliche Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht den Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei ihr zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sakrilegiumsgesetz“, welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebenslänglicher Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und die Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vatermordes bedrohte, eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen Satze rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn töte, ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder großen, aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches eine Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, deren Karl X. Das Sakrilegiumsgesetz. Die Entschädigung der Emigranten.

Güter während der Revolution eingezogen waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßregel einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtigkeit und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war so günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willigen konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das in Einnahme und Ausgabe reichlich 900 Millionen Franken betrug, noch einen Überschuß von neun Millionen auf. Karl X. hatte bei der Entschädigung der Emigranten auch noch die Hoffnung, daß sie der zum Teil verarmten Aristokratie wieder zu größerem Ansehen verhelfen werde; den gleichen Zweck verfolgte er mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des ganzen liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einführen und somit die Zersplitterung des großen Grundbesitzes erschweren sollte. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die darin eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit sahen, verwarf die Pairskammer 1826 diesen Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, aber nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte nichts mehr gewünscht, als gerade bei dem hohen Adel kräftige Unterstützung zu finden; je mehr er sich darin getäuscht sah, um so ausschließlicher suchte er nun Hilfe bei den Klerikalen, die 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung in Rheims einen seltsamen Triumph feierten. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst bei Chlodwigs, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel gebracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Konventes zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frevler die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protokollarisch festgestellt, daß ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Öles gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubigen, dasselbe Öl, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Könige gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimmer aber als in solchen Spielereien gab sich der klerikale Sinn des Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester ungestraft üben durften, in der Bekämpfung der gemischten Ehen, in der Proselytenmacherei, der Unduldsamkeit, der schleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beständig wuchs und selbst das abenteuerliche Gerede Glauben fand, der König sei in den Jesuitenorden eingetreten und müsse, mit der Mönchskutte angethan, seinen Oberen von all seinem politischen Thun und Lassen Rechenschaft ablegen. Unzweifelhafte Thatsache war es, daß die Jesuiten, obgleich durch Gesetz aus Frankreich verbannt, dennoch von der Regierung geduldet wurden; diese selbst gestand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Gesetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtnis riefen. Unzweifelhafte Thatsache war es auch, daß die Kongregation im Staate die gewaltigste Macht war, daß ihre Gunst Beförderungen im Civildienst wie im Heere erwirkte, daß sie ihren Einfluß bis in die untersten

Die Krönung in Rheims.

Herrschaft der Geistlichkeit.

Gesellschaftsklassen hineinerstreckte, so daß selbst Kammermädchen und Lakaien sich auf ihre Empfehlungen beriefen. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können; wahrhaftig, man sollte an ein Verhängnis glauben!

Die Pairskammer und das Preßgesetz.

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß sie in den meisten und wichtigsten Fällen mit Entschiedenheit der Regierung gegenübertrat und viel Unheil verhinderte. Von besonderer Bedeutung war ihr Widerstand, als Villèle 1827 zu einem vernichtenden Schlage gegen die Presse ausholte. Außer vielen anderen Beschränkungen, die man ihr zudachte, sollte für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelsteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespresse sollte so belästigt und belastet werden, daß nach Villèles eigenem Geständnis kaum zwei oder drei Pariser Zeitungen es hätten tragen können und daß die Verluste einzelner Verleger in die Millionen gingen. Natürlich regte sich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich alles, was mit Feder und Druckerschwärze in Verbindung stand, die Schriftsteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Béranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibesitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leisteten mutigen Widerstand, indes sie unterlagen wie immer; in dem Hause der Pairs aber bereitete sich die nachdrücklichste und siegesgewisseste Opposition vor. Ein Ausschuß wurde zur Prüfung niedergesetzt und beschloß einstimmig die Verwerfung. Die Niederlage der Regierung war so sicher, daß sie lieber am 17. April 1827 den Entwurf zurückzog. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmütig genug, dem Könige die Zurücknahme als persönliches Verdienst anzurechnen; als er wenige Tage darauf eine Musterung über die 20 000 Pariser Nationalgardisten abhielt, wurde er lebhaft begrüßt und war so erfreut darüber, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe diese Weisung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heimkehrenden Nationalgardisten außer den Hochs auf den König auch Nieder mit dem Ministerium! und Weg mit den Jesuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Dekret, welches die Nationalgarde auflöste, und stellte überdies durch eine Verordnung ohne Angabe von Gründen die Zensur wieder her.

Auflösung der Nationalgarde.

Der Pairsschub.

In der bisherigen Weise konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehen; Villèle sah ein, daß er sich in einer Sackgasse befand, in der ihm die Pairskammer den Weg versperrte. Sie unschädlich zu machen gab es nur ein Mittel: der König mußte 70—80 neue Pairs ernennen um die Opposition zur Minderheit zu machen. Da aber diese neuen Pairs größtenteils aus den Reihen der Deputierten genommen werden mußten, so wären zahlreiche Ersatzwahlen nötig geworden, welche der Regierung

Auflösung der Kammer.

eine ebenso große Thätigkeit und Wahlbeeinflussung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da lag es denn nahe die zweite Kammer, in welcher die ministerielle Partei ja ohnedies in starker Zersetzung begriffen war und deren Mandat doch schon in 2—3 Jahren ablief, lieber gleich ganz aufzulösen und allgemeine Neuwahlen auszuschreiben um dann für sieben Jahre Ruhe zu haben. Da Villèle nach seinem glänzenden Erfolge im März 1824 auch jetzt an einem günstigen Ausgang nicht zweifelte, so war sein Entschluß bald gefaßt; der König stimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch vier königliche Verordnungen überrascht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputiertenkammer auflösten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Zensur wiederaufhoben. Offenbar sollte die letzte Maßregel eine der Regierung günstige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfekten von dieser Seite her unterstützen; daß die Opposition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, schien bei der Nähe des Wahltermins unwahrscheinlich. Aber das Unwahrscheinliche geschah. Alle Widersacher der Regierung schlossen sich zu einer „konstitutionellen Oppositionspartei" zusammen. Zwei Vereine, die Freunde der Preßfreiheit und die Gesellschaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppositionsmänner, Laffitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Constant, Casimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem schrankenlosen Jubel über diesen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, sogar zu blutigen Krawallen und — zum erstenmal wieder seit 30 Jahren — zu Anfängen des Barrikadenbaues. Diese Ausschreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahlresultat blieb und stand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputierten waren nur 125 wirkliche Ministerielle; die übrigen 300 gehörten den verschiedenen Oppositionsparteien an, zum Teil den Liberalen, zum Teil denjenigen Royalisten, welchen der Haß gegen die Priesterpartei mit jenen gemeinsam war. Als Villèle seinen Anschlag so völlig mißlungen sah, räumte er das Feld; am 3. Januar 1828, ehe die neue Kammer zusammengetreten war, erbat er vom König seine Entlassung und übergab die Regierung, die er sieben Jahre geführt, einem Ministerium, dessen Haupt der Vicomte von Martignac war.

Die Neuwahlen.

Villèles Rücktritt.

Ministerium Martignac.

Die Parteigruppierung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldete kaum ein entschieden liberales Kabinet, das überdies dem Könige unerträglich gewesen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Persönlichkeit, ein Gegner Villèles, ein rühriger tüchtiger Geschäftsmann, ein ehrlicher Charakter, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freisinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nötig erschienen, bequemte er sich willig dazu; aber was ihn leitete, war das Bedürfnis, nicht ein Parteiprogramm. Die Radikalen mochten daher wohl spotten, sein Wahlspruch sei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution; sie waren ihm doch für viele Schritte sehr zu Dank ver-

Liberale Maßregeln.

pflichtet. Aus den fünf Kandidaten, welche die Kammer für ihren Präsidentensitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Kollegen, die er anfangs aus Villèles Kabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Konservativen, Hyde de Neuville und dem Bischof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgesetz wurde der ungesetzliche Einfluß der Beamten beschränkt; das Recht des Königs durch bloße Verordnung die Zensur einzuführen wurde aufgehoben, das sogenannte schwarze Kabinett der Pariser Postverwaltung beseitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jesuiten aus ein paar Seminarien, die sie gegründet, vertrieben, und festsetzten, daß auch die übrigen Orden in ihre Schulanstalten nicht mehr als 20 000 Schüler aufnehmen dürften. Die Expedition Maisons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die segensreichste Maßregel des Ministeriums schien es werden zu sollen, als dasselbe in der Session von 1829 ein Gesetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräte der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäte statt wie bisher von dem Minister oder dem Präfekten ernannt zu werden, aus Wahlen hervorgehen sollten. Nicht ohne Widerstreben hatte der König dazu seine Einwilligung erteilt; allein da er glaubte, die Zusammensetzung der Kammer mache es ihm unmöglich Martignac zu entlassen, so hatte er seine Abneigung bezwungen. Ihn bei diesem Glauben zu erhalten hätte das eifrige Bestreben der Mehrheit sein müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errungen, machten sie übermütig; sie veränderte den Martignacschen Entwurf in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugehen und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesondere hartnäckig den Wegfall der Bezirksräte forderte, die ganze Vorlage zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes traten nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im geheimen nur um so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac die Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grund, aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minister nie gewesen; der Mann, den er sich schon lange an die Spitze des Kabinets wünschte, war der Fürst Jules Polignac, damals Gesandter in London. Sowohl Villèle wie Martignac hatten die Gefährlichkeit des Nebenbuhlers erkannt und waren deshalb auf den wiederholten Wunsch des Monarchen, ihm ein Portefeuille zu übertragen, nicht eingegangen. Jetzt war dieser entschlossen ihn nicht als Kollegen, sondern als Nachfolger Martignacs zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte er mit dem Führer des Ultras, Labourdonnaye, und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftskabinet. Bis zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum aber waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Karl aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. August die Leitung der Geschäfte dem Fürsten Polignac.

Martignacs Entlassung.

Ministerium Polignac.

Polignacs Name war ein Programm, das für die öffentliche Meinung keiner Erklärung bedürftig schien; verlangte man aber noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu Kollegen erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Neben Labourdonnaye war Bourmont, der Verräter von Waterloo, der bekannteste und verhaßteste unter ihnen. „Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal des Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigt sein, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemütern erweckt, ist zu tief um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden." Und es schloß mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris durch das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußerste Rechte ausgenommen, geteilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Übertreibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, das Polignac an den König richtete, aktenmäßig fest, daß er den Bestand der Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plane durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden; denn die Charte gelte der unermeßlichen Mehrheit der Franzosen als der echte Ausdruck des notwendigen Wechselverhältnisses zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehende Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur, wenn man der Nation die Überzeugung einflößen könne, es geschehe nur um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Polignac es leiten sollte, dessen Verstand ein bitteres Witzwort mit Talleyrands Ehrlichkeit auf eine Stufe stellte. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaye nicht. Wäre ihm selbst die Führung zugefallen, dann hätten ihm auch die äußersten Schritte kaum große Überwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Kabinett zurück.

Polignacs Pläne.

Die äußere Politik.

Polignacs Lieblingsplan war es durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die Zeitlage schien einem kühnen Wagnis günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternichs Wunsch dem Vormarsch der Russen auf der Balkanhalbinsel Halt zu gebieten die mannigfachsten Tauschpläne angeregt hatte. War doch der Zar damals schon so weit gegangen den König von Preußen direkt zu befragen, ob er auf einen Austausch am Rhein sich einlassen würde. Allerdings hatte dieser das unbedingt abgelehnt, allein dadurch ließ Polignac sich nicht entmutigen und entwarf ein großes Projekt die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei sollte ganz verschwinden; die Donaufürstentümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Österreich; den Rest erhielt der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Kolonieen an England, Holland wurde Preußen zu teil, dem auch das

Königreich Sachsen zugedacht war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austrasien, entschädigt werden; nur den südlichsten Teil mußte er Bayern überlassen, das auch Salzburg und das Innviertel erhalten sollte, wenn es einen etwaigen Widerstand Österreichs gegen dieses Projekt mit bewaffneter Hand bekämpfen helfe. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministerrates erhielt und nach Petersburg abging um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Newa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen, so daß der Gesandte seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntnis des russischen Kabinetts bringen konnte. Es galt nun einen anderen Anlaß zu finden, mittels dessen sich einiger Ruhmesschimmer, wenn auch in bescheidenerem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Dey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich wegen einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Konsul die übermütige Antwort entgegen, der König von Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algier. Entrüstet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit dem Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigerte, mußte Villèle den Konsul abberufen und ließ Algier blokieren. Zwei Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; da stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ultimatum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf das Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte also Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfall zur Verfügung; solange er sich jedoch mit größeren Plänen trug, wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen zu lassen, und lud Mehemet Ali von Ägypten, der bei der Zerstückelung der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein sich Algier zu erobern. Das Scheitern des großen Teilungsplanes gab nun dem Streit mit Algier in den Augen Polignacs einen erhöhten Wert, und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februar 1830 beschloß das Kabinett den Krieg und übertrug die Führung desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerweile Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Der Streit mit Algier.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurden, eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwar, wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König". Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn in seinen guten Absichten unterstützen würden, aber er erklärte auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Franzosen wie in seinem eigenen

Die Eröffnung der Kammern.

festen Entschlusse die Kraft finden werde strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei geriet er so in Hitze, daß er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn zu Boden fallen ließ. Der Herzog von Orléans war es, der ihn aufhob, eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutung erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs eine gleiche Entschiedenheit bei den Deputierten hervor. Die Antwort auf die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedanke der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend, beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forderte zwischen den Zeilen einen Ministerwechsel, wie er den Wünschen der Nation entspreche. Karls Antwort war, daß seine Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seines Volkes verbiete davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfang der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zum 3. September vertagt.

Vertagung derselben.

Auch die Auflösung derselben war beschlossene Sache; aber man zögerte noch sie auszusprechen, um die Neuwahlen durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen zu können. Am 25. Mai ging die Expedition, 107 Kriegsschiffe mit 27 000 Matrosen und Seesoldaten, 37 000 Mann Landungstruppen, unter Bourmonts Befehl sorgfältig ausgerüstet, von Toulon aus in See. Die Überfahrt wurde durch widrige Winde erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruk, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; erst nach 10 Tagen marschierte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte Kaiserschloß ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zelt gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage kapitulierte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatsschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Warenvorräte im Wert von 11 Millionen, und die Artillerie des Deys, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Die Einnahme von Algier.

Das Unternehmen war also in der That nicht bloß glücklich, sondern glänzend gelungen; sechs Wochen nach der Abfahrt, drei Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflußt. Da man die Absicht des Zuges nach Algier sehr wohl durchschaute, verhielt man

Die Wahlen in Frankreich.

sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren ungemein eifrig durch die Presse und die Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle anderen Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Martignac bis Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervortrat und, wo er sich zeigte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt wurde, standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der orleanistische National, der mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publizistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch bekannte Schützlinge der Kongregation, manche andere, geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Kabinette wurden besorgt. Der Zar ließ daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte dringend sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewiß sei sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der festen Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wirklich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selbst einen Weg angebe, auf dem sie umgangen werden könne, ohne daß doch ihre Gültigkeit in Frage gestellt werde. Artikel 14 bestimmte nämlich, daß der König die „Anordnungen und Ordonnanzen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Gesetze und für die Sicherheit des Staates nötig seien". Offenbar waren damit außerordentliche Notfälle ins Auge gefaßt; für einen solchen glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage ansehen zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkung verweigert; von den 221 Mitgliedern, welche jenen Beschluß gefaßt, waren 202 wiedergewählt worden; außer ihnen gehörten 70 neugewählte Deputierte der Opposition an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherheit zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Notstand vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtige; ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, so brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könne schon jetzt mittels jenes Artikels Maßregeln treffen um sich eine Kammer zu sichern, welche der Regierung die verfassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte dieses Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Notstand sollte darin bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, das zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer aber ebendieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits doch auch nicht gezwungen werden konnte es zu unterstützen. Es war leicht einzusehen,

Warnungen des Auslandes.

Artikel 14 der Verfassung.

daß dieser Konflikt nur durch die Minister gelöst werden konnte, indem sie freiwillig zurücktraten; thaten sie das nicht, so waren sie es, die den Notstand erst schufen und sie waren nicht berechtigt auf Grund desselben dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzuraten. Dem Könige aber ließ sich, solange er Minister fand, welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, daß er seinen Eid auf die Verfassung breche: die Minister waren es, welche den ihren brachen. Dieser Einsicht verschloß sich Polignac, als er die fünf Ordonnanzen entwarf, welche die Juli-Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar die Herstellung einer gefügigen Volksvertretung; sie verordneten die Auflösung der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengetretenen Kammer, ein neues Wahlgesetz, welches die Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte, während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Kandidatenliste aufzustellen, und die Einberufung einer nach diesem Gesetze gewählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnanz führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubnis eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrates.

Die Ordonnanzen.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der Pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimnis, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nötig hielt. Auch der König gab sich den Anschein vollster Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigte sein Verhalten in dem Ministerrate vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redakteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrage sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen!

Die Juli-Revolution.

Der 26. Juli 1830.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Prozent und der Schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag ge-

fallen, auf den zu antworten das Land nicht säumen werde. Aber Paris blieb den ganzen 26. Juli stumm; die anwesenden Deputierten kamen wohl zusammen, gelangten aber zu keinem Beschlusse; in den Cafés des Palais royal gab es einige Szenen und ein Haufe junger Leute warf Polignac die Fenster ein; aber das sah wenig nach einer Revolution aus. Das entscheidende Wort wurde in dem Redaktionszimmer des National gesprochen; hier versammelten sich 44 Journalisten von elf Zeitungen um zu beraten, ob sie sich fügen und die gesetzwidrige Erlaubnis zum Forterscheinen einholen sollten. Einstimmig beschlossen sie das nicht zu thun, sondern einen Protest zu veröffentlichen, den Thiers sogleich entwarf. Da die Herrschaft des Gesetzes, so hieß es darin, unterbrochen sei und die Herrschaft der Gewalt begonnen habe, so höre der Gehorsam auf eine Pflicht zu sein; selbst zum Widerstand entschlossen, müßten die Unterzeichner an Frankreich die Frage richten, wieweit seinerseits der Widerstand reichen solle. Der Protest der Zeitungen.

Dieser Protest gab der Bewegung Halt, wenngleich von den elf Journalen nur zwei, der National und der Temps, wirklich den Mut hatten, ihn am 27. Juli zu veröffentlichen. Die Aufregung in der Bevölkerung stieg von Stunde zu Stunde; tausende von Exemplaren der beiden Zeitungen wurden verkauft und an den Straßenecken vorgelesen; die Nachricht, daß gegen die Unterzeichner ein Verhaftsbefehl erlassen, daß die Druckereien des National und des Temps polizeilich geschlossen seien, erhöhte die Erbitterung; zu allem Überfluß verbreitete sich mittags die Kunde, daß Marmont den Oberbefehl übernommen habe. Bald durchzogen Gendarmeriepatrouillen die Stadt; vereinzelte Steinwürfe, die sie trafen, schwache Versuche zum Barrikadenbau, die hier und da sichtbar wurden, die ersten Flintenschüsse, die gegen drei Uhr fielen, zeigten, daß ein gewaltsamer Widerstand im Entstehen begriffen sei. Das rasche Eingreifen einer genügenden Truppenmacht hätte ihn jetzt noch im Keime ersticken können. Aber statt der 18 000 Mann, die Polignac zur Hand zu haben versicherte, befanden sich nur 11 000 in Paris; diese waren obendrein, da sie durch längeren Aufenthalt engere Beziehungen zur Bevölkerung angeknüpft hatten, nicht einmal zuverlässig; das schlimmste aber war, daß keinerlei Vorbereitungen getroffen und eine rasche Machtentfaltung am 27. daher unmöglich war. Andererseits fehlte freilich auch dem Volke den ganzen Tag über noch jede Leitung; die Massen in den Straßen wuchsen wohl von Stunde zu Stunde; mit den entlassenen Arbeitern der Druckereien vereinigten sich Studenten und ehemalige napoleonische Soldaten; Barrikaden wurden errichtet, Laternen eingeworfen, Wachtposten insultiert; aber man wußte doch nicht recht: wo hinaus? Marmont glaubte am Abend berichten zu können, die Lage sei nicht ernst und die Verhängung des Belagerungszustandes unnötig. Das änderte sich über Nacht. Während derselben wurden von mehreren radikalen Deputierten, wie Treilhard und Mérilhou, in den zwölf Bezirken von Paris Aufstandskomitees errichtet; vor Sonnenaufgang hatten Der 27. Juli. Der 28. Juli.

sich die Barrikaden vervielfältigt; die Sturmglocken ertönten und brachten Tausende und aber Tausende auf die Beine; aus den Läden der Waffenfabrikanten bewaffnete sich die Menge; ehemalige Nationalgardisten erschienen in ihrer Uniform; die Schilder der Hoflieferanten, die königlichen Wappen wurden abgerissen und immer häufiger ertönte der Ruf: Nieder mit den Bourbonen! Marmont erkannte die steigende Gefahr; schon um neun Uhr meldete er dem König: Es ist kein Auflauf mehr, es ist eine Revolution. Aber nicht zum Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung, sondern zu Maßregeln um den Frieden mit dem Volke wiederherzustellen riet er dem Könige. Davon wollte dieser nichts wissen; der Belagerungszustand wurde verhängt und damit Marmont unumschränkte Vollmacht gegeben. Nur mit halbem Herzen und ohne Glauben an den Erfolg widmete sich der Marschall seiner Aufgabe. Während er die Truppen von den Tuilerien aus in vier Richtungen vorgehen ließ um das Stadthaus und andere wichtige Punkte zu besetzen, verhandelte er gleichzeitig mit Vertretern der liberalen Abgeordneten. Diese hatten sich gegen Mittag in kleiner Zahl von neuem versammelt und einen matten, von Guizot verfaßten Protest genehmigt. Dann begaben sich fünf von ihnen, Laffitte und Casimir Périer an der Spitze, zu Marmont in die Tuilerien, um ihn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen und durch ihn auf den König zu wirken. Der Marschall, den Arago, sein persönlicher Freund, schon mit ähnlichen Bitten bestürmt hatte, machte kein Hehl daraus, wie sehr er den Staatsstreich mißbillige, erklärte aber um seiner militärischen Ehre willen die Feindseligkeiten fortsetzen zu müssen; auf die Nachgiebigkeit des Königs sei nicht zu rechnen. Bestätigt wurde das durch Polignacs Haltung; auch er befand sich in den Tuilerien; aber als Marmont ihm vorschlug die Abgeordneten zu empfangen, lehnte er das als zwecklos ab. Gleichwohl erstattete der Marschall dem Könige Bericht von dem Vorgefallenen, schilderte die militärische Lage als sehr bedenklich, da seine Truppen nirgends Fuß zu fassen vermöchten, und riet wiederholt, die gemachten Vorschläge ohne Verzug anzunehmen. Aber Karl blieb hartnäckig; auch dem Baron Vitrolles, einem bewährten Royalisten, der im Einverständnis mit einigen Häuptern der Liberalen sich nach St. Cloud begab, gelang es nicht, den König zu erschüttern; daß die Opposition eine Versöhnung anstrebte, schien dem Monarchen ein Beweis ihrer Schwäche, und Polignacs Berichte bestärkten ihn in diesem Wahn. Und doch wurde die Lage in Paris immer schlimmer. Die Truppenteile, welche Marmont ausgesandt hatte, mußten bis auf einen alle vor Abend wieder auf die Tuilerien zurückgehen, und auch dieser eine, welcher sich im Stadthause festgesetzt hatte, räumte dasselbe während der Nacht. Am Morgen des 29. Juli war Marmont in den Tuilerien wie blokiert; nur im Rücken hatte er durch die elyseischen Felder noch freie Verbindung mit St. Cloud. Aber schlimmer war, daß die Treue der Truppen zu wanken begann. Er bot jetzt selbst den Parisern in einer Ansprache eine Waffenruhe an;

Verhängung des Belagerungszustandes.

Verhandlungen.

Hartnäckigkeit des Königs.

Der 29. Juli.

das Angebot wurde nicht beachtet, thatsächlich aber ruhte der Kampf. Stattdessen machte sich das Volk daran die Soldaten durch schmeichelndes Zureden zum Abfall zu bewegen; zwei Linienregimenter, die Gewehr bei Fuß auf dem Vendômeplatze standen, erlagen der Versuchung und stellten sich unter den Befehl des Generals Gérard, eines der liberalen Abgeordneten. Sie zu ersetzen entsandte Marmont eins der beiden Schweizerbataillone, welche den Louvre verteidigten; dadurch geriet das andere ins Schwanken, räumte den Louvre und zog sich auf den Karussellplatz zwischen Louvre und Tuilerien zurück. Das Volk drängte nach und richtete aus den Fenstern ein lebhaftes Feuer auf den Platz. Nun griff die Panik unter den Truppen schnell um sich; eine schimpfliche Flucht begann; Marmont selbst mußte die Tuilerien räumen, auf denen alsbald die Trikolore flatterte, und eilte nach St. Cloud, zufrieden, wenn er die wilde Flucht in einen leidlichen Rückzug umwandeln konnte. Er fand den König im Ministerrat. Schon morgens war Polignac hinausgeeilt um den Monarchen in seiner Standhaftigkeit zu befestigen, in der ihn die bösen Nachrichten leicht erschüttern konnten. Noch vor ihm erschienen die Grafen Sémonville und Argout, von Marmont gesandt, um die Entlassung des Ministeriums zu empfehlen; aber der König blieb bei seiner Überzeugung: nachgeben heiße abdanken. Wenig besseren Erfolg hatte Vitrolles, der zum zweitenmal kam, die böse Wendung in Paris berichtete und ein Ministerium Mortemart-Casimir Périer-Gérard als letzte Rettung forderte. Endlich stellte sich Marmont selbst ein, als Bote seiner eigenen Niederlage, umgeben von staubbedeckten, schweißtriefenden Adjutanten. Aufs lebhafteste unterstützte er Vitrolles' Rat, aber noch stundenlang dauerte die Kabinettssitzung, ohne daß man einen Entschluß fassen konnte. Endlich, spät am Nachmittag, genehmigte der König die Entlassung Polignacs und übertrug Mortemart, einem gemäßigten Liberalen, der von seinem russischen Gesandtschaftsposten eben auf Urlaub in der Heimat war, die Leitung der Geschäfte. Schleunig eilten Vitrolles, Sémonville und d'Argout mit der frohen Botschaft nach Paris, fest überzeugt, daß nunmehr jede Schwierigkeit gehoben sei. Nur zu schnell erkannten sie, wie irrig diese Hoffnung war. Der Übertritt der beiden Infanterieregimenter hatte den liberalen Abgeordneten, die sich bis dahin nur zu jenem anonymen Protest hatten aufraffen können, plötzlich Mut eingeflößt. 25 an der Zahl, übertrugen sie dem alten Lafayette den Oberbefehl über die wiederhergestellte Nationalgarde, dem General Gérard, welcher sich jenem freiwillig unterordnete, den über die Linientruppen, und setzten einen Gemeindeausschuß ein, der aus Laffitte, Périer, dem General Lobau und drei anderen Deputierten bestand und alsbald seine Thätigkeit auf dem Stadthause begann. An diesen wandten sich Vitrolles und seine Begleiter um ihm Meldung von dem versöhnlichen Schritte des Königs zu machen. Périer verwies sie jedoch an die Abgeordneten, welche noch immer in Laffittes Hause tagten. Hier war die Stimmung einer Versöhnung wohl geneigt, doch herrschte tiefes

Abfall der Truppen.

Räumung der Tuilerien.

Beratungen in St. Cloud.

Polignacs Entlassung.

Die Lage in Paris.

Der Gemeindeausschuß.

Der Herzog von Orléans.

Mißtrauen vor und einzelne Stimmen, wie Thiers und Laffitte, erklärten gerade heraus, jetzt könne nur noch ein Thronwechsel helfen. Ihr Kandidat war Louis Philipp, Herzog von Orléans, dem Laffitte schon im Laufe des Tages hatte melden lassen, er habe keine andere Wahl als eine Krone oder einen Paß. Aber wenngleich derselbe wegen seiner liberalen Grundsätze beliebt war, so standen die Aussichten für ihn doch zur Zeit noch nicht besonders günstig. Ernstlich war seine Erhebung bis dahin nur von einzelnen ins Auge gefaßt und neben der Fortdauer der bourbonischen Regierung schien nur die Republik in Frage zu stehen. Es galt also zunächst ihn überhaupt in Vorschlag zu bringen. Das geschah mittels großer Anschlagzettel, die Thiers nachts in der Werkstatt des National drucken ließ und die am Morgen des 30. Juli an allen Straßenecken prangten. Die Wirkung derselben war ungemein günstig, zumal der Herzog von Mortemart, dessen Ankunft in Paris man schon am vorigen Abend bis über die Mitternacht hinaus gespannt erwartet hatte, sich immer noch nicht sehen ließ und damit jede Bürgschaft für die versöhnlichen Absichten Karls X. schwand. Thiers hatte sich inzwischen mit dem Maler Ary Scheffer nach Neuilly begeben, wo er Louis Philipp vermutete. Zwar fand er ihn dort nicht, denn der Herzog hatte sich um zu keinem voreiligen Schritte gedrängt zu werden nach Raincy, einem einsamen Landhause im Wald von Bondy, zurückgezogen; wohl aber trafen die beiden dort seine Schwester, Madame Adelaide, eine entschlossene und ehrgeizige Frau, deren ganzes Sinnen darauf gerichtet war dem Herzog die Krone zu verschaffen, und diese versprach in ihrem Sinn auf den Bruder zu wirken. Sogleich kehrte Thiers nach Paris zurück und begab sich in das Palais Bourbon, wo die Abgeordneten Mortemarts harrten. Seine Mitteilungen reiften den Beschluß, der schon vorher in Überlegung gezogen war: da von Karl X. keine weiteren Mitteilungen kamen, wurde der Herzog von Orléans zum General-Statthalter des Königreichs ernannt und eine Deputation erwählt, welche den Pairs Mitteilung von diesem Beschlusse machen, ihre Zustimmung erwirken und gemeinsam mit ihnen den Herzog auffordern sollte, seine neue Würde alsbald anzutreten. Bei den Pairs trafen die Abgesandten den Herzog von Mortemart, der mit königlichen Dekreten, welche die Ordonnanzen zurücknahmen und die Wiederherstellung der Nationalgarde bewilligten, krank und abgemattet in Paris angelangt war und vollständig entmutigt durch die Zustände in der Hauptstadt dem Beschluß der Abgeordneten seine Zustimmung gab. Da man den Aufenthalt Louis Philipps immer noch nicht kannte, so wurde seine Ernennung in seinem Palaste abgegeben und seine schleunige Ankunft in Paris verlangt. Nach einem schweren Kampfe mit sich selbst entschloß sich der Herzog von Orléans die Würde anzunehmen und traf kurz vor Mitternacht im Palais royal ein. Sogleich ließ er Mortemart zu sich rufen. Nur dem gebieterischen Drange der Umstände gehorchend, so versicherte er, und nur um die Ausrufung der Republik zu verhüten, sei er nach Paris

Erhebung zum General-statthalter.

Der Herzog von Morte-mart.

Louis Philipp nach Paris.

gekommen; aber eher werde er sich in Stücke hauen lassen als die Krone auf sein Haupt setzen. Auch der Deputation der Abgeordneten, welche ihm morgens am 31. Juli den förmlichen Beschluß wiederholte, gab er ähnliche Erklärungen, wenngleich in abgeschwächter Form, und erließ dann einen Aufruf, in welchem er die Statthalterschaft annahm, die Trikolore als Fahne Frankreichs anerkannte, den unverweilten Zusammentritt der Kammer verkündete und mit der Versicherung schloß: Die Verfassung wird fortan eine Wahrheit sein! Das nächste mußte jetzt sein den Gemeindeausschuß auf dem Stadthause und den alten Lafayette zu gewinnen. Nachdem der letztere durch Odilon Barrot bewogen worden war auf die Verwirklichung seiner republikanischen Ideale zu verzichten, sollte in einem feierlichen Akte die Einigkeit zwischen ihm und Louis Philipp dem Volke gezeigt werden. Begleitet von 91 Abgeordneten — so viel hatten sich allmählich zusammengefunden — begab sich der Generalstatthalter nach dem Stadthause. Es war ein ärmlicher und ängstlicher Aufzug; ärmlich — denn kein militärischer Pomp wurde dabei entfaltet; ein einziger Trommler zog vorauf; ein paar Adjutanten waren die einzigen Uniformen; ängstlich — denn jeden Augenblick fürchtete man, daß die Kugel eines Republikaners dem Leben des Herzogs ein Ende machen werde. Lafayette empfing den Statthalter, umgeben von dem Ausschuß, an der Thür des Sitzungssaales. Nachdem Louis Philipp sich zu dem Inhalt einer Ansprache bekannt, in welcher die 91 Abgeordneten dem Volke eine Reihe liberaler Maßregeln verbürgten, erfaßte Lafayette seinen Arm und trat so mit ihm, die Trikolore in der Hand, auf den Balkon. Lauter Jubel der Bevölkerung, die unten Kopf an Kopf stand, begrüßte die beiden, als sie sich umarmten; das Eis war gebrochen, und anerkannt von der Revolution kehrte der Herzog in sein Palais zurück. Bald darauf stattete ihm Lafayette seinen Gegenbesuch ab. Auch dieser verlief in schönster Eintracht. Lebhaft stimmte der Statthalter in das Wort des alten Republikaners ein: Frankreich bedürfe eines Thrones, umgeben von republikanischen Einrichtungen, und Lafayette seinerseits war so entzückt von dem Prinzen, „der besten der Republiken", wie Odilon Barrot ihn nannte, daß er völlig vergaß, ihm das Programm vorzulegen, welches ihm seine republikanischen Genossen, weniger gefühlsselig als er selbst, mitgegeben hatten um es von Louis Philipp anerkennen zu lassen. Eine republikanische Opposition gegen den neuen Regenten blieb deshalb vom ersten Tage an bestehen; ihre Führer waren besonders Cavaignac und Bastide. Thiers gab sich viele Mühe, auch diese zu bekehren; er veranlaßte eine persönliche Zusammenkunft mit dem Herzog, die aber nur die Tiefe der Kluft recht erkennen ließ. Als Bastide sich erhob um zu gehen, rief ihm Louis Philipp freundlich nach: Ich hoffe, Sie kommen wieder! Niemals! war die Antwort. Aber der König tröstete sich darüber mit dem berühmt gewordenen Worte: Man muß niemals Niemals sagen! Für die nächste Zeit hatte jedenfalls der Groll der unversöhnten Republikaner keine

Louis Philipp aufs Stadthaus.

Lafayette.

Die Republikaner.

Karl X. nach Rambouillet.

große Bedeutung; dagegen konnte Karl X. immer noch einen Angriff auf Paris versuchen, besonders wenn es ihm gelang die Ankunft Bourmonts mit der siegreichen afrikanischen Armee abzuwarten. Der Generalstatthalter suchte deshalb mit dem Könige nicht völlig zu brechen. Karl hatte sich, als Mortemarts Sendung nach Paris gescheitert war, noch einmal Polignac in die Armee geworfen; da jedoch der Aufenthalt in St. Cloud gefährlich wurde, empfahl er seinen Ministern für ihre eigene Sicherheit zu sorgen und zog sich mit seiner Garde nach Rambouillet zurück, wo er spät am 31. Juli anlangte. Tags darauf schrieb er dem Herzog von Orléans einen Brief, durch welchen er ihm seinerseits die Regentschaft übertrug. Louis Philipp antwortete darauf in einer Weise, die den König durchaus zufriedenstellte. Allein schon am nächsten Tage

Seine Abdankung.

änderte sich die Sachlage von neuem. Karl überzeugte sich, daß für ihn persönlich keine Hoffnung mehr sei und verzichtete daher zu Gunsten seines Enkels Heinrichs V. auf den Thron, ein Verzicht, welchem sich Karls kinderloser Sohn, der Herzog von Angoulême, anschloß. Ein Schreiben des Königs, das noch am 2. August abends in die Hände Louis Philipps gelangte, teilte demselben diesen doppelten Entschluß mit und forderte ihn auf die Regierung im Namen Heinrichs V. zu führen. Mit dieser Botschaft hatte sich indes eine Deputation gekreuzt, welche im Auftrage des Herzogs den König dringend einladen sollte, Rambouillet zu verlassen, da seine Nähe die Aufregung der Pariser wach erhalte. Allein der König weigerte sich die Abgesandten — es waren Maison, Odilon Barrot und Schonen — auch nur zu empfangen. Um ihn zur Abreise zu bewegen mußten daher stärkere Mittel aufgeboten

Der Zug nach Rambouillet.

werden. Ohne die Abdankungsurkunde vorher zu veröffentlichen erteilte der Herzog früh am 3. August dem General Pajol den Auftrag mit der Nationalgarde nach Rambouillet zu ziehen; eine bunte Menge, ohne einen Schein soldatischer Ordnung und Haltung, die einen zu Fuß, die anderen in Droschken, auf Leiterwagen und anderem Fuhrwerk jeglicher Art, im ganzen etwa 20 000 Menschen, strömte hinaus und lagerte sich gegen Abend vor Rambouillet. Mit den lebhaftesten Farben stellte nun Maison dem Monarchen die Gefahr vor Augen und gab sein Ehrenwort, daß die Menge wohl 60 000 Köpfe stark und Widerstand un-

Des Königs Abreise.

möglich sei. Daraufhin entschloß sich Karl noch abends zur Abreise; in Maintenon reifte am 4. August der Entschluß Frankreich ganz zu verlassen und auch den Plan südlich der Loire eine Gegenregierung zu bilden aufzugeben; der größere Teil der Garde wurde entlassen und nur etwa 1200 Mann mit zwei Geschützen begleiteten die königliche Familie nach Cherbourg. Die gemessene Würde des feierlichen Zuges, der langsam von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf vorrückte und alles weniger zeigte als die Spuren ängstlicher Hast, entwaffnete den Zorn und die Roheit der Massen. Zwar nicht ohne manchen Beleidigungen ausgesetzt zu sein, aber doch ohne Gewalt zu erleiden schiffte sich der gestürzte König am 16. August auf einem amerikanischen Fahr-

zeug nach England ein und landete, ohne mit königlichen Ehren empfangen zu werden, auf der Insel Wight. Bis 1832 nahm er die Gastfreundschaft Englands in Anspruch und wohnte während dieser Zeit erst auf einem Schlosse in Dorsetshire, dann in Edinburg. Darauf siedelte er nach Österreich über, wo er in Prag, später in Görz lebte und hier 1836 am 6. November starb. Sein Sohn Angoulême folgte ihm 1844 im Tode nach. Sein Ausgang.

Die Art, auf welche der Herzog von Orléans die Abreise des Königs bewirkt hatte, war nicht die feinste gewesen. Auch sein ferneres Verhalten trug keineswegs den Stempel ritterlicher Offenheit. Daß er nicht den Versuch machte die Nachfolge Heinrichs V. selbst herbeizuführen, dazu konnte ihn freilich außer eigensüchtigen Beweggründen auch die Einsicht in die Vergeblichkeit solches Bemühens veranlassen. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er zunächst die Person Heinrichs V. ganz in den Hintergrund zu schieben suchte. Am Tage des Zugs nach Rambouillet eröffnete er die Kammern und teilte denselben die Thronentsagung Karls und Angoulêmes mit, ohne beizufügen, daß sie zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux ausgefertigt war. Über das, was nun zu thun sei, hüllte er sich in tiefes Schweigen und überließ damit der Kammer den ersten Schritt. Auf Antrag Bérards zog dieselbe sogleich die Fragen in Beratung, welche zur Herstellung der öffentlichen Ordnung zu erledigen seien, und faßte ihre Beschlüsse schon am 7. August mit 219 gegen 33 Stimmen in einer Erklärung zusammen, welche die Erledigung des Thrones, eine beträchtliche Zahl von Verfassungsänderungen, die Reformbedürftigkeit anderer wichtiger Bestimmungen und Gesetze, endlich aber die Erhebung Louis Philipps zum Könige der Franzosen aussprach. Die Pairskammer, die in der großen Woche, wie man die achttägige Revolution nannte, gar keine Rolle gespielt hatte, stimmte diesen Beschlüssen zu, obgleich sich darunter auch die Ausstoßung aller ihrer Mitglieder, die Karl ernannt, und eine Erklärung gegen die Erblichkeit der Pairie befand. Freilich nahm nur ein Viertel ihrer Mitglieder an diesen Sitzungen teil; beinahe die Hälfte, 175 Pairs, erklärten ihren Austritt; auch 52 Abgeordnete verweigerten dem neuen Monarchen den Huldigungseid. Chateaubriand allein wagte es dem gestürzten Könige, der jetzt zum dritten- und letztenmale in die Verbannung ziehe, in öffentlicher Sitzung ein Wort der Treue nachzurufen. Louis Philipp Verhalter. Eröffnung der Kammern. Louis Philipp König der Franzosen. Chateaubriand.

Am 9. August erschien der neue König der Franzosen vor den vereinigten Kammern und beschwor feierlich die Erklärung vom 7. August, die zusammengestoppelte Verfassung (la charte bâclée), wie man sie spöttisch nannte. Zwei Tage darauf wurde das Ministerium definitiv gebildet; der Herzog von Broglie übernahm den Vorsitz, Molé das Auswärtige; Laffitte, Périer, Guizot, fast alle bedeutenderen Talente der oleanistischen Partei fanden sich darin vereinigt. Die Persönlichkeit des neuen Monarchen trat fast zurück vor dem Ansehen seiner Ratgeber. Ministerium Broglie.

Des Königs Vergangenheit und Charakter.

Louis Philipp stand bereits im 57. Lebensjahre, und die reichen Erfahrungen, welche er diesem vorgeschrittenen Alter dankte, waren durch die bunten Schicksale seiner Verbannungsjahre noch vielseitiger geworden. Die Trägheit seines von Natur etwas langsamen Geistes war nicht ohne Erfolg von der berühmten Frau von Genlis nach Rousseauschen Grundsätzen bekämpft worden; dagegen entwickelte sich unter ihrer Leitung zusehends der Hang zur Verstellung und Zweideutigkeit, Erbstücken, welche der Knabe seinem Vater, dem berüchtigten Philipp Egalité, verdankte. Die ersten Jahre der Revolution dienten für die Ausbildung dieser Geistesanlagen als hohe Schule. Die koketten Beziehungen des Vaters zu den Jakobinern mußte natürlich auch der Sohn pflegen: er wurde Mitglied der Pariser Klubs und eifriger Besucher der Parteiversammlungen, über die er ein ausführliches Tagebuch anlegte. Nach Ausbruch des Krieges beteiligte er sich an der Kanonade von Valmy und der Schlacht von Jemappes; aber argwöhnischer als sein Vater, weniger verblendet und weniger gebunden als dieser, erkannte er mehr und mehr die Unnatur der Lage, in welcher er als Prinz des königlichen Hauses sich befand, so daß der Gedanke nach Amerika auszuwandern ihn lebhaft beschäftigte. Eine bedeutendere Rolle schienen ihm Dumouriez' Pläne nach der Hinrichtung des Königs zu eröffnen; aber ihr Scheitern machte ihm dann auch das Bleiben in Frankreich unmöglich. Rechtzeitig floh er und begab sich nach der Schweiz, während sein Vater das Schaffot bestieg. Kluge Überlegung oder unkriegerische Gesinnung hielten ihn ab in die österreichische Armee zu treten, ein Umstand, der für ihn im Jahre 1830 von größtem Nutzen wurde. Unter dem Namen Chabaud-Latour ward er Lehrer der Geographie und Mathematik zu Reichenau in Graubünden, machte, als sein Inkognito entdeckt war, Reisen in Europa bis zum Nordkap und in Amerika bis in die Urwälder, unterhielt dabei aber stets politische Beziehungen zu einem Teil der Ausgewanderten, der ihn als den geeignetsten Kandidaten für den französischen Thron betrachtete. Erst als er bei seiner Rückkehr nach Europa Anfang 1800 Napoleon als ersten Konsul und Dumouriez im Lager der Bourbonen fand, näherte er sich dem königlichen Hause und empfing als Lohn für diese Unterwerfung von England eine Jahrespension von 50 000 Franks, die er auf Schloß Twickenham bei London verzehrte. Seine Vermählung mit der Prinzessin Amalie von Neapel im Jahre 1809 erweckte in ihm den Gedanken sich Murats Reich zu erobern; aber auch nach Spanien stand sein Gelüsten und selbst mit den Jonischen Inseln hätte er sich begnügt, ohne deshalb die Hoffnung noch einmal den französischen Thron zu besteigen aufzugeben. Einflußreiche Politiker, so der wiederbekehrte Dumouriez, Talleyrand, Constant u. a., wirkten nach Napoleons Sturze für ihn. Doch trugen diese Bemühungen kein anderes Ergebnis davon als erneuertes Mißtrauen bei den Bourbonen, das durch Louis Philipps Verlangen beim Beginn der 100 Tage ihn als Generalstatthalter an die Spitze des Königreichs zu stellen um

Orleanistische Partei.

Napoleon wieder zu vertreiben neue Nahrung erhielt. Während der ganzen Restaurationszeit unterhielt der Herzog dann geflissentliche Verbindungen mit den unabhängigen Liberalen; im Palais royal fanden Männer wie Constant, Laffitte, Périer, Horace Vernet, Thiers, Mignet eine freundliche Aufnahme und wurden allmählich zu einer orleanistischen Partei herangezogen. Um sich als Thronkandidaten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen scheute der Herzog auch bedenkliche Mittel nicht; so veröffentlichte der Londoner Morning Chronicle nach der Geburt des Herzogs von Bordeaux einen Artikel ohne Unterschrift, der im Namen Louis Philipps gegen die Echtheit des Neugeborenen protestierte, und den dieser wohl mündlich zurückwies, schriftlich aber in keiner Weise ableugnen wollte. Ganz wie bei dieser Gelegenheit trat er auch sonst persönlich niemals in den Vordergrund und auch seine nächsten Vertrauten durften immer nur durch die zehnte, zwanzigste Hand für ihn wirken. Aus seinen liberalen Ideen aber machte er kein Hehl, und eine Gelegenheit seine bürgerfreundliche Gesinnung an den Tag zu legen ließ er sich nie entgehen. Seine Wanderungen durch die Straßen von Paris, ohne Begleitung und den sprichwörtlichen Regenschirm unter dem Arm, setzte er auch als König fort. Durch ein schlichtes Privat-, durch ein inniges Familienleben suchte er im Gegensatze zu dem steifen Auftreten des Hofes die Herzen für sich zu gewinnen. Seine Söhne waren in dem Collége de France erzogen worden, das nie vorher einen Zögling aus dem königlichen Hause gehabt hatte; sie blieben darin, auch als das Haupt des Vaters die Krone schmückte. Ein lebhaftes Familiengefühl bildete sich in dem Orléansschen Hause aus, freilich nicht ohne in manchen Beziehungen auch schädlich zu wirken. Des Königs Bemühungen seinen jüngeren Söhnen fremde Kronen zu verschaffen brachten seiner auswärtigen Politik ernste Verwickelungen: in dem Verhältnisse zu dem eigenen Volke schadete sich der Monarch besonders durch die Art, wie er das finanzielle Interesse der Seinigen wahrnahm. Wenn Karl X. bei seiner Thronbesteigung nach der alten Sitte der französischen Könige sein Privatvermögen mit den Staatsdomänen vereinigt hatte, so übertrug Louis Philipp dasselbe unter Vorbehalt des Nießbrauchs an seine Kinder, und da man die Höhe desselben auf 100 Millionen schätzte, da überdies kaum drei Wochen später der gewaltsame Tod des Herzogs von Bourbon — er wurde am 27. August in seinem Schlafzimmer erhenkt gefunden — einen neuen, sehr bedeutenden Zuwachs desselben brachte, so verlor das Zugeständnis, welches der König wohl oder übel hatte machen müssen, die Herabsetzung der Civilliste von 25 auf 18 Millionen Francs, fast alle Bedeutung und die öffentliche Meinung erzwang am Ende (im Januar 1832) nach sehr verfänglichen Diskussionen sogar die Verminderung bis auf 12 Millionen. Des Königs Ruf litt durch seine Sparsamkeit und Geldgier den schwersten Schaden. Erzählte man sich doch schon in den ersten Tagen seiner Regierung, daß er den alten Herzog von Bourbon durch dessen Geliebte, Madame de Feuchères, veranlaßt

Privatleben.

Stimmung des Volkes.

habe ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Aumale zu machen, daß der Greis infolge der Revolution dies Testament habe ändern wollen und daß er um dies zu verhindern von der Feuchères ermordet sei. Einer tiefer begründeten Beliebtheit konnte sich das neue Herrscherhaus so wie so nicht rühmen; woher hätte sie stammen sollen? Wohl fügte sich das ganze Land ohne jedes Widerstreben, ja mit seltener Einmütigkeit und Freudigkeit den Ergebnissen der Revolution; aber es war mehr der Rausch der Aufregung als das Gefühl der inneren Befriedigung, geschweige denn der Anhänglichkeit an die Person des Herrschers, woraus diese Fügsamkeit entsprang. Das leutselige Wesen des Monarchen gegenüber den zahllosen Deputationen, die in den ersten Monaten aus ganz Frankreich ihn zu begrüßen kamen, bezauberte die Provinzialen wohl eine Zeit lang; aber es lag zu viel Berechnung darin, als daß diese Eindrücke hätten vorhalten können, und gar in Paris selbst überdauerten gelegentliche Ausbrüche der Begeisterung, wie an dem Tage, als Louis Philipp eine Musterung über die neu errichteten zwölf Legionen Nationalgarde hielt, nicht die Aufregung des Augenblickes.

Mißliebige Maßregeln.

Dagegen gab es zur Mißstimmung bald Anlaß genug. Unter dem bourbonischen Beamtentum wurde in unerhörter Weise aufgeräumt; von den Präfekten und den Generälen blieben nur je zehn im Amte; zwei Drittel der Unterpräfekten, drei Viertel der Staatsanwälte wurden abgesetzt; auch die niederen Angestellten verschonte man nicht. Wurden alle diese und ihre Angehörigen dadurch schwer geschädigt und gekränkt, so zürnten doch nicht minder die unzähligen Bewerber, die sich ein gutes Amt verdient zu haben glaubten und vergebens auf die Fürsprache Lafayettes, der binnen anderthalb Jahren etwa 70 000 Stellengesuche empfahl, und anderer einflußreicher Männer ihre Hoffnung bauten. Auch das Verhältnis zur Geistlichkeit war recht unbefriedigend. Die Entfernung der Bischöfe aus dem Oberhaus und dem Staatsrat, die Aufhebung des Sakrilegiumsgesetzes und der öffentlichen Prozessionen, viele andere kleine Verfügungen erbitterten den Klerus, und das notwendige Einschreiten der Regierung gegen manche pöbelhafte Exzesse, denen die Priester und die Symbole der Kirche ausgesetzt waren, erbitterte wiederum die Feinde der Religion. Die Finanzen des Staates waren durch die vielfach gestörte Steuererhebung in arge Bedrängnis geraten; die Geschäfte hatten durch die Revolution schwer gelitten und Kriegsbefürchtungen verzögerten ihren neuen Anschwung. 150 000 Personen hatten binnen wenigen Wochen Paris verlassen, Tausende von brotlosen Arbeitern nährten die Furcht vor neuen Aufständen, immer lauter wurde die Klage erhoben, daß König und Kammer und Kabinet im Gegensatze zu dem Geist der Julitage ständen; selbst die löbliche Standhaftigkeit, mit welcher sie sich den Gelüsten der Republikaner an Polignac und seinen Kollegen blutige

Wut gegen Polignac.

Rache zu nehmen widersetzten, wurde in diesem Sinne gedeutet. Die ehemaligen Minister saßen, soweit sie nicht über die Grenze entkommen waren, im Schloß Vincennes gefangen; das Volk lechzte förmlich nach

ihrem Blut; am 18. Oktober rettete nur die kaltblütige Entschlossenheit des wackeren Kommandanten von Vincennes, Daumesnil, den Gefangenen das Leben; er drohte sich mit ihnen und der Volksmenge, die wütend ihren Tod verlangte, in die Luft zu sprengen. Der Zorn des Pöbels war um so größer, als die Kammer, um die Angeklagten zu retten, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen beschloß. Ein Wechsel des Ministeriums, das die Doktrinäre ausschied und seit dem 2. November unter Laffittes Präsidium aus dem alten Republikaner Dupont de l'Eure, aus Maison, Gérard, Sébastiani, Montalivet und Mérilhou zusammengesetzt war, trug nur vorübergehend zur Beschwichtigung bei, und selbst das Aufgebot zahlreicher Truppenmassen verhinderte nicht, daß der hohe Gerichtshof der Pairs in seinem Palaste ernstlich bedroht und zeitweilig gesprengt wurde, daß die zügellose Menge den Angeklagten ohne Recht und Spruch nach dem Leben trachtete und sich in wüsten Tumulten erging, als die Pairs nicht so entschieden, wie sie gefordert hatte, sondern am 21. Dezember auf lebenslängliche Gefangenschaft, Verlust aller Titel, Orden und Würden, für Polignac überdies noch auf bürgerlichen Tod erkannten. Für des Königs Beliebtheit in den unteren Schichten war dies Urteil ein schwerer Stoß, der noch dadurch verstärkt wurde, daß unmittelbar darauf Lafayette seine Entlassung als Oberkommandant der Nationalgarde nahm, weil die Kammer diesen Posten zwar ihm zu lassen, grundsätzlich aber aufzuheben beschlossen hatte. Nun trat auch Dupont de l'Eure aus dem Ministerium, der Polizeipräfekt Treilhard nahm seine Entlassung, und die Unzufriedenen hatten eine Reihe erwünschter Anlässe um über den Beginn der Reaktion zu klagen. Dem Könige aber konnte diese Beseitigung der radikalen Mitregierung, wie sie besonders Lafayette geübt hatte, im Grunde nicht unlieb sein, die Möglichkeit einer konservativen Politik war eigentlich erst jetzt gegeben, und wenn er von derselben nicht sofort Gebrauch machte, sondern sich besonders nach außen hin die Hände frei hielt um nötigenfalls auch zu revolutionären Mitteln zu greifen, so drängte ihn doch seine ganze Individualität in konservative Bahnen und für die Befestigung seiner Stellung zum Auslande war es geradezu eine Lebensfrage, ob man ihm dort die Fähigkeit zutraute die Revolution im Zaume zu halten, oder nicht.

Ministerium Laffitte.

Prozeß Polignac.

Lafayettes Rücktritt.

Die belgische Revolution.

Unerwartet schnell hatten die fremden Mächte den neuen König anerkannt, so England, wo doch Wellington und Aberdeen am Ruder waren, so Preußen, wo damals Ancillon den schwer erkrankten Bernstorff im auswärtigen Amt vertrat, so Österreich und Rußland, deren leitende Minister, Metternich und Nesselrode, am 6. August eine Besprechung in Karlsbad hatten und auf dem sogenannten „chiffon de Carlsbad“ in knappster Form die Grundregel festsetzten, daß man sich

Anerkennung der Julimonarchie.

in die inneren Verhältnisse Frankreichs nicht mischen, aber die materiellen Interessen Europas und die innere Ruhe der übrigen Staaten kräftig verteidigen wolle. Weiter zu gehen und in Berlin eine Gesandtenkonferenz zur Beobachtung der Haltung Frankreichs einzurichten lehnte Nesselrode ab, und Metternich brach deshalb in die bittere Klage aus, mit dem alten Europa sei es zu Ende und bis das neue seinen Anfang nehme, werde das Chaos herrschen; wenn die Verbündeten 700 000 Mann zur Verfügung hätten, so gestand er, dann würde er einen raschen Krieg nicht scheuen; aber daran fehlte es eben, obschon der Zar, unzufrieden mit Nesselrodes Ängstlichkeit, sofort eine Rekrutenaushebung anordnete und Diebitsch nach Berlin, Orloff nach Wien entsandte, um die beiden Kabinette zur Mitwirkung aufzufordern. Da man hier wie dort mittlerweile den Julikönig anerkannt hatte, mußte auch Nikolaus sich dazu entschließen und sich damit begnügen nach einem demütigen, fast entschuldigenden Briefe Louis Philipps dem illegitimen Fürsten durch die Verweigerung der üblichen Anrede „Mein Bruder" seinen Ärger kundzugeben. Von den Mächten zweiten Ranges war das bourbonische Spanien erst durch die Anerkennung der südamerikanischen Kolonieen und durch die Unterstützung, welche Frankreich einem Einfalle Minas zu gewähren drohte, einzuschüchtern; die übrigen nahmen keinen Anstand dem Beispiel der Großmächte zu folgen. Nur der Herzog von Modena machte sich das Vergnügen jede Unterhandlung mit einem Usurpator kurzerhand zurückzuweisen, bis auch ihn die kategorische Forderung Metternichs dazu nötigte. In der That war es nicht geraten den neuen Beherrscher Frankreichs auf kriegerische Bahnen zu drängen, da es ihm nicht schwer fallen konnte zu seiner Rettung den revolutionären Brand über einen ansehnlichen Teil Europas zu verbreiten und besonders die Empörung, die ohne planmäßige französische Einmischung in Belgien ausbrach, zu Gunsten seines Thrones und seines Landes auszubeuten.

Belgien und Holland.

Die Verschmelzung Hollands mit Belgien zu einem Königreich der Niederlande, die man 1814 wesentlich zum Schutz gegen Frankreich vollzogen hatte, war kein glücklicher Entschluß gewesen. Des Trennenden zwischen den beiden Ländern war mehr als des Gemeinsamen. Wenn auch die Bevölkerung Belgiens nur zum kleineren Teil romanisch war, so übte doch diese starke und geschlossene Minderheit den bedeutsamsten Einfluß im Lande aus, und auch die Bewohner germanischen Stammes, die Bläminger, grollten den Holländern, die danach strebten sie in Sprache, Sitten und Gesetzgebung mit sich zu verschmelzen. Dazu kam als ergiebige Quelle von Streitigkeiten die Verschiedenheit der Religion, da in Holland ebensosehr der Protestantismus wie in Belgien der Katholizismus vorherrschte. Schon Joseph II. hatte seine belgischen Provinzen durch nichts mehr verletzt und zum Aufstande getrieben als dadurch, daß er den Einfluß der Priester zu brechen und ihre Erziehung in die Hände des Staates zu bringen suchte. Genau derselbe Schritt, die Errichtung einer staatlichen Hochschule für die Ausbildung der Geistlichen,

wurde 1825 von der niederländischen Regierung gethan, und auch der Erfolg war genau derselbe wie 1786: Metternich fand es mit Recht unbegreiflich, daß nach einem solchen Vorbild der König von Holland sich nicht besser vorgesehen habe. Auch die materiellen Interessen waren im Süden andere als im Norden; hier überwog der Handel, dort Ackerbau und Industrie. Der Belgier war demgemäß meistens ein Freund des Schutzzolls, der Holländer Freihändler. Die Stadt Antwerpen freilich nahm unter den neuen Verhältnissen einen unerwarteten Aufschwung; sie riß einen großen Teil des Handels von Amsterdam und Rotterdam an sich und führte beispielsweise 1829 aus Java dreimal so viel Kaffee ein wie Amsterdam; auch die anderen Städte Belgiens hatten ihren Teil daran; aber diese materiellen Vorteile würdigte man nicht eher in vollem Umfang, als bis man sie verloren. Die Verteilung der Staatslasten war für die belgischen Provinzen drückend; sie sollten teilnehmen an der großen Schuldenmasse von zwei Milliarden Gulden, die Holland aufgesammelt hatte, und sollten Steuern wie die auf Brot und Fleisch bezahlen, deren sie ungewohnt waren. Politische Vorteile tauschten sie nicht dafür ein; ihr eigener Einfluß auf die Staatsverwaltung war gering. Die Verfassung des Landes war ihnen zum Trotz mit schamloser Rechtsverdrehung eingeführt worden. Von der Notabelnversammlung, die sie beraten hatte, mit 796 gegen 527 Stimmen abgelehnt, ward sie von der Regierung doch für angenommen erklärt, da der Minderheit alle die beizurechnen seien, welche bei der Abstimmung gefehlt hätten; das waren nicht weniger als 280, und so wurde durch deren Stimmenzahl die Minorität der Annehmenden zur Mehrheit. In der Landesvertretung waren die Belgier nicht nach Verhältnis ihrer Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln, sondern nur mit derselben Stimmenzahl wie das kleinere Holland bedacht, und da dessen Vertreter stets einmütig den Vorteil ihres Landes dem belgischen voranstellten, so brauchten nur ein paar Abgeordnete des Südens zu denen des Nordens abzufallen, um eine holländische Mehrheit zuwege zu bringen — eine Möglichkeit, die fast immer zur Wirklichkeit wurde. Noch ungünstiger war das Verhältnis der beiden Nationalitäten unter den oberen Staatsbeamten und Militärs; auf 317 Holländer kamen im Jahre 1829 nur 81 Belgier. So konnte es gar nicht ausbleiben, daß eine lebhafte Opposition gegen Holland erwuchs, die teils auf nationaler Grundlage beruhte, teils von materiellen Interessen getragen wurde, und die ihre Rüstung zum Teil dem Zeughause des Liberalismus entlehnte, zum Teil mit den Waffen des Ultramontanismus kämpfte. Ein wenig Geschicklichkeit und Nachgiebigkeit würde hingereicht haben um die beiden Hälften der Opposition gegeneinander zu verwenden und mit Hilfe der einen die andere unschädlich zu machen; aber dazu machte König Wilhelm I. nicht einmal den Versuch. Zu spät gewarnt durch die drohenden Anzeichen, die sich in der Kammer und der Presse kundgaben, ließ er den unnatürlichen Bund zwischen dem Liberalismus bis zur

Bündnis der Liberalen und der Ultramontanen.

äußersten Linken und dem schwärzesten Ultramontanismus sich vollziehen und gab sich dann obendrein, getäuscht durch einige Anhänglichkeitsbezeugungen, die ihm auf einer Reise zu teil wurden und in der Meinung durch ein Konkordat mit dem Papste im Jahre 1827 die Katholiken und durch die Wiedereinführung des Französischen als amtlicher Sprache die Liberalen beruhigt zu haben dem Wahne hin, die Unzufriedenheit sei nur künstlich erzeugt oder gar nicht vorhanden; es sei eine Infamie, wie er in Lüttich sagte, von Beschwerden des Landes zu reden! Die Antwort darauf war die Bildung eines Vereines in Flandern, der eine Denkmünze trug mit der Inschrift: Treu bis zur Infamie! in Erinnerung an den Wahlspruch der alten Geusen: Treu bis zum Bettelsack! Die Erbitterung wuchs auf beiden Seiten. Der verhaßte Justizminister van Maanen forderte von den belgischen Beamten eine ausdrückliche Zustimmung zu dem Programm der Regierung, das in einer königlichen Botschaft vom 11. Dezember 1829 enthalten war. Die Maßregelungen, denen sie im Weigerungsfalle ausgesetzt waren, veranlaßten dagegen die Bildung einer Konföderation, deren Mitglieder sich gleichsam untereinander gegen Schädigungen durch die Regierung versicherten. Die Seele der Opposition war schon seit einigen Jahren Louis de Potter, ein reicher, unabhängiger Mann, der jahrelang nur litterarischen Bestrebungen gelebt hatte und durch kirchengeschichtliche Studien auf das Gebiet der Tagesfragen geführt war. Zur Führerschaft der liberalen Partei verhalf ihm eine 18monatliche Gefängnisstrafe, in die er 1828 verurteilt war, weil er öffentlich die Aufforderung erlassen hatte über alle ministeriellen Belgier die Volksacht zu verhängen. Aus dem Gefängnis heraus hatte er dann die Vereinigung der liberalen und der klerikalen Partei zu einer „konstitutionellen Assoziation" veranlaßt, hatte sodann einen Petitionssturm an den König um Abstellung der nationalen Beschwerden veranstaltet und gab endlich offen die Losung aus zu einer Bewegung, welche Belgien nach Verfassung und Verwaltung von Holland zu trennen strebte. Diese Thätigkeit zog ihm im Frühjahr 1830 eine neue Anklage zu, die am 30. April mit der Verurteilung zu achtjähriger Verbannung endigte.

Louis de Potter.

Einwirkung der Juli-Revolution.

Die Juli-Revolution fand ihn in Paris; steigerte sie seine Hoffnungen, so trieb sie ihn doch zunächst nicht über die Grenze des bisher Erstrebten hinaus. In einem offenen Briefe an den König Wilhelm erneuerte er seine Forderung eines Systemwechsels und der administrativen Trennung Belgiens von Holland. Der König und van Maanen beachteten diesen Brief so wenig wie die drohenden Mahnungen, die in Brüssel und anderer Orten laut wurden. Obgleich öffentliche Anschläge verkündigten: Montag Feuerwerk, Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution, ging der Leichtsinn in den Regierungskreisen soweit, daß man zur Feier des königlichen Geburtstages am 25. August als Festoper die Stumme von Portici erkor, unbekümmert darum, daß dieses Stück die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft feierte. Schon

Die Revolution in Brüssel.

im Theater kam es zu lebhaften Ausbrüchen politischer Leidenschaft; nach Beendigung der Vorstellung aber stürzte sich der Pöbel auf die Gebäude des Justizministeriums, der Polizeidirektion und der ministeriellen Zeitung um sie zu zerstören. Auch am anderen Tage wiederholten sich ähnliche Scenen; die Regierung war völlig machtlos. Da thaten sich die wohlhabenden Bürger zusammen um dem Pöbel die Leitung zu entwinden; in einer großen Versammlung setzten sie am 27. August einen Bürgerausschuß ein, an dessen Spitze der Baron von Hooghvorst stand; das Heißen der Brabanter Fahne auf den Regierungsgebäuden konnte als Zeichen dafür angesehen werden, daß man die völlige Trennung von Holland verlange. Doch zählte immerhin die Personalunion noch viele Anhänger, und die Gegner waren unter sich geteilt. Eine kleine Schar, von Potters Freunde Gendebien geführt, nahm den Anschluß an Frankreich in Aussicht; unter den Liberalen waren nicht wenige der Republik geneigt; bei den Klerikalen herrschte der Wunsch vor eine selbständige Monarchie zu gründen. Diese Spaltung hätte einem ehrlichen Versuche auf Grund der Personalunion das Gelingen beinahe mit Sicherheit verbürgt. Davon überzeugte sich der älteste Sohn des Königs, der Prinz von Oranien, der am 31. August mit einer kleinen Armee vor Brüssel anlangte. Er verzichtete darauf an der Spitze der Truppen in die Stadt einzumarschieren, hielt seinen Einzug am 1. September ohne militärische Begleitung und vereinbarte mit einer Notabelnversammlung die Personalunion. Um sie seinem Vater zu empfehlen reiste er am 3. September nach dem Haag zurück. Dort fand er aber nicht die Entschlossenheit zum Nachgeben, die zum Gelingen erforderlich war. Zwar berief der König die Generalstaaten auf den 13. September und legte ihnen die Trennung Belgiens von Holland vor; aber eine Empfehlung konnte man die Art, wie das geschah, nicht nennen. Dazu kam, daß in Holland eine lärmende Agitation gegen die Belgier sich erhob, daß des Königs zweiter Sohn Prinz Friedrich in Antwerpen an der Spitze eines Heeres eine drohende Stellung einnahm, daß endlich in Belgien selbst mit den Erfolgen die Forderungen wuchsen. Bis auf zwei, drei feste Plätze, Antwerpen, Maastricht, die Citadelle von Gent, war das ganze Land in den Händen der Aufständischen. In manchen Gegenden traten republikanische Gedanken offener zu Tage als in Brüssel geschehen war; aber auch in die Hauptstadt verpflanzten sich diese Bestrebungen durch zahlreiche Zuzügler, welche aus allen Teilen des Landes und aus Frankreich dahin strömten. Der Bürgerausschuß machte am 20. September einem radikaler gefärbten Centralausschuß Platz, in dem Vertreter aller Parteien, welche die Trennung von Holland wollten, Hooghvorst, Vandeweyer, Gendebien, Mérode, Rogier und auch der eben zurückgekehrte de Potter saßen. Als nun Prinz Friedrich mit 10 000 Mann vor Brüssel ankam und in einer drohenden Proklamation Unterwerfung verlangte, entband der Centralausschuß alle Belgier im königlichen Heere ihres Eides und berief fremde Offiziere, den fran-

Der Bürgerausschuß.

Die Parteien.

Des Prinzen von Oranien Vermittlungsversuch.

Der Centralausschuß.

Prinz Friedrich in Brüssel.

zösischen General Mellinet, den Spanier van Halen, zur Organisierung des bewaffneten Widerstandes. Diese vermochten zwar nicht zu hindern, daß Prinz Friedrich am 23. in Brüssel einrückte und das Schloß samt einigen Hauptstraßen besetzte. Als er aber in die Seitengassen einrücken wollte, stieß er überall auf Barrikaden, und es entspann sich ein dreitägiger Straßenkampf, der mit solchen Verlusten für die Holländer verbunden war, daß der Prinz, zumal ihm auch die Munition auszugehen begann, in der Nacht zum 27. die Stadt wieder räumte. Damit war die letzte Brücke der Verständigung zerstört; es nützte nichts mehr, daß am 28. September die Generalstaaten in die Personalunion willigten, daß König Wilhelm ihren Beschluß am 4. Oktober bestätigte, daß der Prinz von Oranien zur Durchführung desselben als Statthalter in Antwerpen erschien und so bereitwillig den Forderungen des Centralausschusses entgegenkam, daß der König ihm die erteilte Vollmacht wieder entzog. Die Personalunion war jetzt bereits ein völlig überwundener Standpunkt. Der Centralausschuß schrieb Wahlen zu einem Nationalkongreß aus und gab diesem die Regelung der künftigen Verhältnisse anheim. Am 10. November trat er zusammen. Wider Erwarten und besonders zu de Potters großer Enttäuschung zählte er nur wenige republikanisch Gesinnte; denn nachdem er am 18. November die Unabhängigkeit Belgiens erklärt, entschied er sich am 22. mit 174 gegen 13 Stimmen für die konstitutionelle Monarchie, indes mit Ausschluß des Hauses Oranien. Dadurch erfuhren die Verhältnisse eine wesentliche Klärung, umsomehr, als auch die Gendebiensche Partei des Anschlusses an Frankreich in Paris zurückgewiesen wurde, da Louis Philipp die eben gewonnenen guten Beziehungen zu den fremden Kabinetten nicht leichtfertig aufs Spiel setzen mochte. Die Frage, wem man die belgische Krone übergeben solle, war freilich eine sehr schwierige; allein vorderhand drängte ihre Lösung nicht; denn der Kongreß war entschlossen zur Königswahl nicht eher zu schreiten, als bis er eine neue Verfassung beraten habe, und diese Aufgabe war umfangreich genug um Monate in Anspruch zu nehmen.

Seine Niederlage.

Die Personalunion.

Der Nationalkongreß.

Unabhängigkeitserklärung.

König Wilhelm hatte sich mittlerweile an die Großmächte als die Bürgen der Verträge von Paris und Wien gewandt um von ihnen wieder in den alten Besitzstand zurückgeführt zu werden. Allein er fand hier keine sonderlich günstige Aufnahme. Nur Kaiser Nikolaus war im ersten Augenblick entschlossen zu marschieren und bot dem englischen Kabinet 60 000 Mann nach den Verträgen von Chaumont, Paris und Aachen an. Aber Wellington, der damals noch Premierminister war, hielt zwar den Sieg der belgischen Revolution für eine „verteufelt schlimme Geschichte", konnte jedoch nicht daran denken ihn mit den Waffen rückgängig zu machen; schon am 16. November mußte er überdies den Whigs das Feld räumen, deren Grundsätze ein Einschreiten gegen den belgischen Kongreß von vornherein ausschlossen. Für Österreich und Preußen war und blieb die Erhaltung des europäischen Friedens

Die Großmächte.

der leitende Gesichtspunkt; in Berlin konnte man überdies trotz der Verwandtschaft keine sonderlichen Sympathien für die Oranier haben, die in Sachen der Rheinschiffahrt dem preußischen Kabinet stets gehässig und kleinlich entgegengetreten waren; nur für den Fall der äußersten Not stellte Friedrich Wilhelm dem holländischen Könige die erbetene Hilfe in Aussicht und versammelte drei Armeekorps unter dem Prinzen Wilhelm am Rhein, eine Maßregel, welche durch die dort herrschende politische Aufregung ohnedies geboten erschien; in Wien hätte man es zwar gern gesehen, daß preußische Truppen dem „Rummel" ein Ende machten; allein andererseits fand Metternich doch, daß König Wilhelm sein Unglück niemandem als sich selbst zuzuschreiben habe; er gehöre leider zu den Menschen, die nichts lernten und nichts vergäßen. Das Hauptmotiv aber war doch die Furcht, durch eine Einmischung zu Gunsten Hollands Frankreich zur Unterstützung der Belgier zu treiben und so aus einem Schornsteinbrand eine Feuersbrunst zu machen. Denn das französische Kabinet schenkte natürlich dem Aufstande seinen vollsten Beifall und war wohl bereit den Grundsatz der Nichteinmischung, welchen es der heiligen Allianz gegenüber in das Völkerrecht einzuführen suchte, auch hier zu befolgen, wenn auch die anderen Großmächte so handelten; den Einmarsch der Preußen aber erklärte es mit der Besetzung der belgischen Grenzdistrikte beantworten zu müssen, und wenn daraus auch ein europäischer Krieg entstehen sollte. Aber diese Gefahr war umsoweniger drohend, als der französische Botschafter in London, der alte Talleyrand, durch die feierliche Erklärung, Louis Philipp werde den Aufstand nicht zu seinen Gunsten ausbeuten, schon die Einwilligung Englands in die Lostrennung der empörten Provinzen erwirkt hatte. Blieben diese aber sich selbst überlassen, so war ihr endlicher Sieg schon dadurch fast unbedingt gewährleistet, daß ihre Bevölkerung derjenigen Hollands etwa doppelt überlegen war.

Die Londoner Konferenz.

So vereinigten sich denn die Großmächte auf Talleyrands Antrag dahin dem Ersuchen König Wilhelms nur durch die Bildung einer Gesandtenkonferenz in London zu entsprechen, und der erste Beschluß, welchen diese faßte, zeigte schon, daß von einer gewaltsamen Unterwerfung der Belgier nicht die Rede sein solle. Am 4. November wurde den beiden Parteien der Abschluß eines Waffenstillstandes auferlegt. Die Feindseligkeiten, die bisher vorgefallen waren, kamen teils thatsächlich, teils moralisch den Belgiern zu gute. Sie hatten unter Mellinet Ende Oktober die Feinde bei Barchem zurückgedrängt und den holländischen General Chassé zum Rückzug in die Citadelle von Antwerpen genötigt. Daß er von dort aus die Stadt am 27. Oktober bombardieren ließ, schuf zwar unendliche Verluste, schadete aber als eine barbarische Maßregel den Holländern ungemein in der öffentlichen Achtung. Die Belgier dagegen befestigten ihre Stellung sowohl durch die Wahl des gemäßigten Grafen Surlet de Chokier zum Kongreßpräsidenten als durch die Annahme der monarchischen Staatsform sehr wesentlich. Obendrein gerieten

Waffenstillstand.

Bombardement von Antwerpen.

die Ostmächte zu Metternichs großem Verdruß auf der Konferenz mehr und mehr in „das Schlepptau der englisch-französischen Konfusion"; ihre Gesandten, denen es an rechtzeitiger Instruktion fehlte, überließen den Westmächten die Führung, und die Kabinette scheuten sich regelmäßig sie zu desavouieren. So that denn die Londoner Konferenz am 20. Dezember 1830 den entscheidenden Schritt und erkannte die Unabhängigkeit Belgiens grundsätzlich an. Damit waren die Fragen, die noch zu lösen blieben, auf drei Hauptpunkte zusammengedrängt; es handelte sich um die künftige Grenzlinie, um den Anteil Belgiens an der bisherigen gemeinsamen Schuld und um die Person des neuen Monarchen. Erst in zweiter Linie standen Fragen wie die der Schiffahrt auf der Schelde, der Entschädigung des deutschen Bundes, dem ja Luxemburg bisher angehörte, und der Schleifung einiger Festungen, die man in Paris wünschte. In bezug auf die künftige Grenze und den Anteil Belgiens an der Staatsschuld zeigte sich nun die Konferenz sehr wohlwollend gegen Holland. In den sogenannten Grundlagen der Trennung (vom 20. Januar 1831) überwies sie Holland die Grenzen von 1790 und das ganze Luxemburg und schrieb Belgien, das gleichzeitig für neutral erklärt wurde, $^{16}/_{31}$ von der Schuldenlast zu. Holland ging darauf ein, in Brüssel aber lehnte man, von Frankreich ermutigt, diese Grundlagen ab. Die Frage blieb also in der Schwebe und trat für den Augenblick zurück gegen das Interesse, welches die Königswahl erweckte. Von den Kandidaten, die überhaupt genannt worden waren, durfte der Prinz von Oranien jetzt für beseitigt gelten; auch dem Prinzen Leopold von Koburg, der sich durch die Ablehnung der griechischen Throne viele Feinde gemacht hatte, gab man wenig Aussicht; England zeigte sich lau, der französische Minister Sebastiani drohte gar mit Krieg, wenn jener einen Fuß auf belgischen Boden setze. Dagegen galten als ernstliche Bewerber Louis Philipps zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, und der Stiefenkel Napoleons, Herzog August von Leuchtenberg, ein Sohn Eugen Beauharnais'. Nemours' Name war schon im Oktober in den Vordergrund getreten; allein damals hatte sein Vater seine Zustimmung verweigert um es nicht mit den Großmächten zu verderben. Als aber Leuchtenbergs Bewerbung Aussicht auf Erfolg gewann — eine Möglichkeit, die dem Bonapartismus in Frankreich neue Nahrung hätte zuführen können — erklärte er offen, daß er dieser niemals zustimmen werde, und ließ in Brüssel insgeheim mitteilen, daß er unter solchen Umständen Nemours' Erhebung zulassen wolle. Ernstlich vertreten mochte er sie aber auch jetzt nicht; er wußte, daß die Londoner Konferenz sie für unzulässig erklären würde, und es lag ihm nur daran einen Trumpf gegen die Wahl Leuchtenbergs in die Hand zu bekommen. Das gelang ihm vollkommen. Am 3. Februar 1831 nahm der Kongreß die Wahl vor, und mit zwei Stimmen Mehrheit wurde Nemours erkoren, obgleich die Konferenz Tags vorher alle Prinzen der Großmächte von der Wählbarkeit ausgeschlossen hatte. Nun aber ließ sich Lord Palmerston in der ernstesten Weise vernehmen

Das Protokoll vom 20. Dezember.

Die Grundlagen der Trennung.

Die Königswahl.

und geradezu mit Krieg drohen, und Louis Philipp gab darauf trotz der gegenteiligen Bemühungen des Ministeriums Laffitte am 7. Februar die Erklärung ab, daß er die Wahl seines Sohnes verwerfe. An demselben Tage beendete der belgische Kongreß die Beratung der Verfassung durch einstimmige Annahme derselben. Da nun die Hoffnung einen König zu finden vorerst gescheitert war, so übertrug man einstweilen dem Baron Surlet de Chokier als Reichsverweser die Würde des Staatsoberhauptes und machte sich daran einen neuen Kandidaten zu suchen. England und Frankreich vereinigten sich jetzt um Leopold von Koburg zu empfehlen, der dem Hause Orléans nach seiner Wahl durch die Vermählung mit Louis Philipps Tochter Louise näher treten sollte. Im April begab sich im Auftrage des belgischen Ministeriums eine Deputation des Kongresses nach London um den Prinzen vertraulich zu befragen, ob er eine Wahl auf Grund der Verfassung annehmen werde. Die Antwort fiel trotz der Bedenken, welche der demokratische Grundzug dieser Verfassung erregte, zustimmend aus, doch unter der Voraussetzung, daß die Londoner Konferenz ihre ungünstigen Januarbeschlüsse in der Grenz- und Schuldfrage noch ändere. Daraufhin erwählte der Kongreß den Prinzen am 4. Juni mit 152 gegen 44 Stimmen und schickte Kommissäre an die Konferenz um jene Änderungen vorzuschlagen. Deren Bemühungen waren nicht erfolglos; am 26. Juni wandelte die Konferenz das Januarprotokoll in die sogenannten 18 Artikel um, welche die Luxemburger Frage offenließen und die Schulden so ordneten, daß jeder Teil die übernehme, welche er vor der Vereinigung getragen, der Rest aber nach einem billigen Verhältnis geteilt werde. Am nächsten Tage empfing Leopold eine Deputation des Kongresses, die schon seit drei Wochen in London wartete, und nahm die Krone unter der Bedingung an, daß der Kongreß die 18 Artikel genehmige. Als dies nach einer neuntägigen stürmischen Debatte mit 126 gegen 70 Stimmen geschehen war, verließ er England und hielt am 21. Juli seinen Einzug in Brüssel.

Die belgische Verfassung.

Leopold von Koburg.

Die 18 Artikel.

Es fehlte jedoch noch viel daran, daß damit die belgische Frage gelöst war. Holland hatte den Januarbedingungen zugestimmt, die 18 Artikel verwarf es mit größter Entschiedenheit. Ja es kündigte den Waffenstillstand vom 4. November 1830 und ließ am 4. August 50 000 Mann über die Grenze rücken. Das nicht halb so starke belgische Heer war in schlechter Verfassung; ein Teil, die Maas-Armee unter General Daine, löste sich ohne Kampf auf; mit dem anderen, der Schelde-Armee, mußte Leopold selbst auf Löwen zurückweichen, wo er am 11. den Kampf mit der Übermacht zwar aufnahm, aber die Seinen alsbald in regelloser Flucht davoneilen sah. Inzwischen war fremde Hilfe schon nahe. Gleich nach der Kündigung des Waffenstillstandes hatte sich Leopold trotz des Einspruchs seiner Minister und trotz entgegenstehender Verfassungsbestimmungen bittend nach London und Paris gewandt. England erhörte ihn nur soweit, daß es ein Geschwader bei Dover sammelte; Louis Philipp dagegen erteilte sofort der 40 000 Mann

Der holländische Augustfeldzug.

Einrücken der Franzosen.

starken Nord-Armee unter Gérard den Befehl zum Einmarsch. Am 10. August überschritt dieser die Grenze, schon am 14. kehrten die Holländer nach Holland zurück und fügten sich zehn Tage später in einen neuen Waffenstillstand, den die Konferenz bis zum 10. Oktober beiden Teilen auferlegte. Aber wenn die nächste Gefahr damit beseitigt war, so hatte sich die Lage des neuen Königreichs durch diesen kurzen Zwischenfall doch sehr verschlechtert. Hollands Mut und Widerstandskraft war gesteigert; die Abänderungen, die es an den 18 Artikeln verlangte, ließen sich schwerer verweigern. England war höchst unwillig über den Einmarsch der Franzosen; auch Leopold mußte ihre schleunige Entfernung wünschen, da er hörte, daß Talleyrand, der schon im Januar die Abtretung von Philippeville und Marienburg gefordert hatte, jetzt Preußen und Holland zu einer Teilung Belgiens zu verlocken suche, und da das französische Kabinet ihm selbst den Vertrag vom 8. September abpreßte, der ihn zur Schleifung von fünf Festungen verpflichtete. Erst nach Abschluß dieses Vertrages begannen die Franzosen, von England und den anderen Großmächten gedrängt, den Rückmarsch, und die Londoner Konferenz machte sich daran, die Grenz- und Schuldenfrage zum drittenmal zu regeln. Das Ergebnis war für Belgien wesentlich schlechter. Die 24 Artikel vom 15. Oktober 1831 überwiesen die größere östliche Hälfte von Luxemburg an Holland und nahmen Belgien auch noch Teile von Limburg; in Bezug auf die Staatsschulden aber legten sie dem neuen Königreich die Pflicht auf jährlich $8_{,4}$ Millionen Gulden als Zinsen an Holland zu zahlen. Dennoch verweigerte das letztere von neuem seine Zustimmung und gab dadurch Belgien wieder einen Vorsprung. Dieses trat nämlich den 24 Artikeln in einer Form bei, welche ihm zugleich die Anerkennung der Großmächte verschaffen sollte. Jene Artikel wurden in die Gestalt eines Vertrages gebracht, welchen die Konferenzmächte mit Leopold schlossen und der binnen zwei Monaten vom 15. November ab ratifiziert werden sollte. Letzteres geschah freilich nicht, da Nikolaus sowohl wie Metternich die Haltung ihrer Gesandten mißbilligten und überdies eine neue „Kabbelei" Frankreichs, um mit Palmerston zu sprechen, noch einmal Schwierigkeiten schuf. Mit dem Hauptvertrage zugleich sollte der über die Schleifung gewisser Festungen unterzeichnet werden. Sämtliche Großmächte waren über die Dienlichkeit solcher Schleifungen einig: Frankreich, weil die fraglichen Plätze zu seiner Bändigung errichtet waren; die übrigen, weil die Zahl derselben für Belgiens Heer und Finanzen zu groß war und deshalb im Kriegsfall eine Überrumpelung leicht hätte gelingen können. Über die Auswahl der Plätze, welche geschleift werden sollten, behielten sich nun aber zu Louis Philipps größtem Verdruß die anderen Mächte die alleinige Entscheidung vor, verwarfen am 14. Dezember 1831 die in dem Septembervertrage getroffene Auswahl und bezeichneten zum Teil andere Festungen. In der Hoffnung seinen Willen doch noch zu erzwingen verweigerte nun der französische König die Ratifikation des Vertrages vom 15. November und fügte sich erst, als er

Französische Pläne.

Der Festungsvertrag.

Die 24 Artikel.

Die Festungsfrage.

sah, daß Leopold trotz des besten Willens keine Änderung durchsetzen konnte, und als in den Vertrag die Klausel aufgenommen wurde, daß Belgien durch denselben zu den übrigen Großmächten in kein anderes Verhältnis als zu Frankreich trete.

Anerkennung Belgiens durch die Großmächte.

So wurde Belgien am 31. Januar 1832 von England und Frankreich, in den nächsten Monaten von Österreich, Preußen und Rußland anerkannt; von den beiden deutschen Mächten unter Vorbehalt der Rechte des Bundes auf Luxemburg. Preußen hegte dabei wohl noch die stille Hoffnung die Festung mit dem nächsten Gebiet für sich zu gewinnen, wenn auch um den Preis der Abtretung von Philippeville und Marienburg an Frankreich. Aber gerade deshalb wollte England von einem solchen „Abknappern" nichts wissen. Wenn diese großen Mächte einmal Blut geleckt haben, meinte Palmerston, werden sie nie mit einem Biß zufrieden sein, sondern das ganze Schlachtopfer verschlingen. — Holland setzte, auch verlassen von den Großmächten, seinen Widerstand fort. Fast ein Jahr hindurch wurde mit ihm seitens der Konferenz bald mehr bald weniger lebhaft verhandelt; König Leopold ging nach längerem Zögern und einem Ministerwechsel sogar auf direkte Verhandlungen über nochmalige Abänderung der 24 Artikel ein. Als Holland auch dieses ablehnte, beschloß die Konferenz am 1. Oktober 1832 Zwangsmaßregeln. Da sich aber die Ostmächte auf finanzielle beschränken wollten, während England und Frankreich militärische im Auge hatten, kam der bis dahin immer noch verhütete Zwiespalt in der Konferenz zum offenen Ausbruch. Die Seemächte, denen es vor allem der Befreiung Antwerpens und seiner noch immer von Chassé besetzten Citadelle lag, schlossen am 14. Oktober einen Vertrag, auf Grund dessen sie von Holland und Belgien die gegenseitige Räumung aller der Gebietsteile, welche sie den 24 Artikeln zuwider besetzt hielten, forderten und als Holland dies ablehnte, nicht allein Beschlag auf die holländischen Schiffe in ihren Häfen legten, sondern auch die Küste blokierten und Gérard von neuem auf Antwerpen vorrücken ließen. Über einen Monat hielt Chassé stand, dann mußte er am 23. Dezember kapitulieren und wurde mit der Besatzung nach Frankreich abgeführt. Die Exekution der beiden Mächte — denn den Ausdruck Krieg vermied man sorgfältig — war damit zwar eigentlich noch nicht erschöpft; denn zwei Forts, Lillo und Liefkenshoek, welche den freien Verkehr auf der Schelde sperrten, verteidigten sich hartnäckig. Aber um ernsteren Verwickelungen mit den Ostmächten, die sich von der Konferenz jetzt völlig zurückgezogen hatten, vorzubeugen und jene nicht in die Lage zu bringen, bewaffnet zu Gunsten Hollands einzuschreiten, wozu Nikolaus schon im Dezember bereit war und alle drei Mächte sich in Berlin am 9. März 1833 förmlich verpflichteten, räumten die Franzosen Belgien, und die beiden Scheldeforts behaupteten sich, bis der König von Holland, angesichts der Vergeblichkeit weiteren Widerstandes, am 21. Mai 1833 eine Konvention mit den Westmächten schloß, worin er sich zu einem Vertrage mit Belgien bereit

Zwangsmaßregeln gegen Holland.

Belagerung von Antwerpen.

Beendigung der Feindseligkeiten.

erklärte und bis zum Abschluß desselben den Frieden nicht weiter zu stören versprach. Die Schiffahrt auf der Maas und Schelde wurde sogleich freigegeben, in bezug auf Luxemburg und Limburg aber der zeitweilige Besitzstand bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages aufrecht erhalten. Damit konnte Belgien sehr wohl zufrieden sein, und es war ihm kaum erwünscht, als endlich im März 1838 der König von Holland durch die augenscheinlichen Nachteile, in welche er sein Land stürzte, sich gezwungen sah Verhandlungen über den Frieden mit dem Nachbarstaate zu beginnen. Jetzt sträubte sich Belgien die besetzten Teile von Luxemburg und Limburg herauszugeben; der König rüstete und forderte sogar durch die Berufung des Polen Skrzynecki Österreich und Preußen so sehr heraus, daß sie den diplomatischen Verkehr abbrachen; allein endlich mußte er doch dem einmütigen Willen der Großmächte weichen. Auch so aber brachte der Friede vom 19. April 1839 dem Lande noch bedeutende Vorteile gegenüber den 24 Artikeln; denn die Rente, die es Holland danach zu zahlen verpflichtet war, wurde von $8_{,4}$ auf 5 Millionen Gulden herabgesetzt und der ganze Rückstand bis zum 1. Januar 1839 überhaupt gestrichen. Es war das für Belgien um so wichtiger, als es seinem materiellen Wohlstande durch die Trennung empfindliche Wunden geschlagen, seinem Handel den bevorrechteten Verkehr mit den niederländischen Kolonieen, seiner Industrie und seinem Getreide ein großes Absatzgebiet entzogen hatte. Der König von Holland aber hatte wohl Anlaß mißmutig und mit sich selbst unzufrieden zu sein. Der Herrschaft überdrüssig entsagte er 1840 dem Throne zu Gunsten des Prinzen von Oranien, der als Wilhelm II. bis 1849 regierte und mit Belgien ein freundschaftliches Nachbarverhältnis anzuknüpfen beflissen war.

Der Vertrag von 1839.

Die polnische Revolution.

Die Lage Polens unter Alexander.

Fast neun Jahre waren somit erforderlich gewesen um die Früchte der belgischen Revolution zu sichern und dem neuen Staatswesen die allgemeine Anerkennung zu erwerben. Daß es sich aber seine Existenz überhaupt erkämpfen konnte, hatte es zum guten Teil dem minder glücklichen Ringen eines anderen Volkes zu danken, dem Aufstande der Polen. Weder Rußland, noch selbst Preußen und Österreich hätten sich in die Zertrümmerung der Niederlande so leicht gefügt, wenn nicht neben der Gefahr eines Krieges mit Frankreich als drohendes Gespenst der Gedanke gestanden hätte, daß mit Frankreichs Hilfe die Insurrektion der Polen eine drohende Macht gewinnen könne. Die Lage Polens hatte sich mit der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus bedeutend verschlechtert. Alexander hatte dem Lande die Bedingungen erfüllt, unter denen er es auf dem Wiener Kongreß empfangen. Als selbständiges Königreich war es mit Rußland nur durch Personalunion verbunden; Heer, Finanzen, Verwaltung waren gesondert. Eine Verfassung, welche der königlichen

Macht allerdings nicht gar zu enge Grenzen zog, war 1817 in Wirksamkeit getreten. Sie knüpfte die Gültigkeit der Gesetze an die Zustimmung des Reichstages, der alle zwei Jahre, freilich nur auf 14 Tage, zusammentreten sollte. Er bestand aus dem Senat, dessen 30 Mitglieder der König auf Lebenszeit ernannte, und den Landboten, die, 60 an der Zahl, von dem Adel und den Kommunen gewählt wurden. Die oberste Regierungsgewalt stand dem Statthalter zu und wurde von diesem durch den Verwaltungsrat ausgeübt; öffentliche Ämter durften nur von Polen, nicht von Russen, bekleidet werden. Der segensreichen Wirksamkeit dieser wohlgemeinten und trotz ihrer Beschränkungen brauchbaren Verfassung stellten sich jedoch von Anfang an viele Hindernisse in den Weg, zum Teil schwer besiegbare. Der alte Nationalhaß zwischen Russen und Polen, den eine Geschichte von Jahrhunderten großgezogen hatte, dauerte ungeschwächt fort; die Hoffnungen des unterdrückten Volkes auf eine Rückkehr der früheren uneingeschränkten Selbständigkeit waren auch nach den Enttäuschungen, welche Napoleons Politik ihm bereitet hatte, nicht geschwunden. Die beste, weiseste, freisinnigste Regierung hätte ihm von Rußland geboten werden können; sie würde doch das Verlangen nach Unabhängigkeit nicht ertötet haben. Und doch fehlte diesem Verlangen auf der anderen Seite jede Fähigkeit zur Wirklichkeit zu werden. Soziale Zustände, so verrottet wie kaum sonstwo in Europa, fraßen an dem Mark des Volkes und zehrten seine politische Lebenskraft, die schon vor Jahrzehnten zu gering zu einem selbständigen Dasein gewesen war, vollends auf. Ein wohlhabender nationaler Mittelstand fehlte durchaus; Handel und Gewerbe lagen zumeist in der Hand der Juden; ohne Mitgefühl für die nationale Sache, ohne den geistigen Schwung, welcher ihre Glaubensgenossen in anderen Ländern auszeichnet, nur auf Erwerb bedacht, zehrten diese an dem Wohlstande des Landes und sammelten zugleich mit ihren Reichtümern eine untilgbare Summe von Haß an. Noch schlimmer sah es um den Bauernstand aus; er schmachtete in den Banden ungemilderter Leibeigenschaft; neben der Autorität seines Herrn kannte er nur die des Priesters; seine leiblichen Bedürfnisse waren gering wie seine geistigen; im Branntweingenuß vergaß er alle Sorgen des Lebens. Aus dem Adel ragten manche Geschlechter durch Umfang des Besitzes und altberühmte Namen hervor; die große Mehrzahl war von mäßigem Wohlstande und mäßiger Bildung. Allen gemein war ein tiefgewurzelter Stolz auf ihren Stand, die lebhafte Erinnerung an die geschwundene politische Bedeutung, ein glühender Patriotismus, in dem sich wahre Vaterlandsliebe mit selbstsüchtigem Standesinteresse unmerkbar verschmolz, selbstgenügsame Unbotmäßigkeit, persönliche Tapferkeit, ja waghalsiger Mut. Von den Ideen, welche die französische Revolution zur Geltung gebracht hatte, war dieser Adel lebhaft erfaßt worden; doch hatten sie bei den meisten keine tiefen Wurzeln geschlagen; wenige dachten den Grundsatz der Gleichheit und Freiheit auch auf ihre Unterthanen zu übertragen und die Leibeigenschaft abzuschaffen; den meisten bestand das

Prinzip der Demokratie nur in der Gleichberechtigung des kleinen Adels mit dem großen. Doch gab es auch eine wirklich demokratische Partei im Lande; an Zahl und Einfluß klein setzte sie sich aus der Minderheit des Adels, aus Offizieren und Beamten, und aus den wenigen polnischen Kaufleuten und Industriellen von Besitz und Bildung zusammen; von Bedeutung für die Verhandlungen auf dem Reichstag wurde sie nicht. Auf diesem herrschte ausschließlich der Adel; nichts weniger als russenfreundlich gesinnt betrachtete er es doch als wichtigste Aufgabe seine Alleinherrschaft zu bewahren, und da der Reichstag dazu ein brauchbares Mittel war, so hielt er diese Institution und die Verfassung, welche russische Beamte aus dem Königreich ausschloß, hoch, und faßte eine gewaltsame Losreißung von Rußland gar nicht ins Auge. Insofern standen also die Sachen für letzteres recht günstig; aber diese Gunst wurde ziemlich leichtsinnig verscherzt. Alexander hatte seinen Bruder Konstantin als Oberbefehlshaber nach Warschau geschickt; äußerlich liebäugelte derselbe in jeder Weise mit den Polen und stellte sich, besonders nach seiner Vermählung mit der Gräfin Grudsinska, als ob er selbst ein Pole wäre. In Wirklichkeit aber suchte er dem russischen Einfluß auf die gehässigste Weise Bahn zu brechen. So bewirkte er die Anstellung zahlreicher Russen, die sich zum Schein nationalisieren lassen mußten; er überschwemmte das Land mit einem Heere von Spionen und geheimen Agenten: er beging selbst Willkürlichkeiten und Grausamkeiten aller Art und sorgte dafür, daß seine Günstlinge, die desgleichen thaten, ungestraft blieben. Alles das erbitterte den Adel und führte ihn zu einer Opposition auf den Reichstagen, die Alexander bald schmerzlich empfand und auf die er mit einschränkenden Maßregeln, mit Beeinflussung der Wahlen, mit Aufhebung der Preßfreiheit antwortete. Doch liebte er bei alledem die Konstitution immer noch wie sein eigenes Werk, so daß der Gedanke zum Absolutismus zurückzukehren schwerlich jemals bei ihm zur That geworden wäre. Diese rein persönliche Stimmung seines Bruders teilte Nikolaus natürlich nicht; er bekam aber gleich beim Beginn seiner Regierung auch noch einen direkten Anlaß zum Mißtrauen. Die Untersuchungen gegen die Dekabristen ergaben nämlich, daß diese auch mit geheimen polnischen Gesellschaften in Verbindung gestanden hatten, deren Haupt Fürst Jablonowski war. Infolgedessen wurden einige hundert Personen gefänglich eingezogen und erst vor ein Militärgericht, dann, weil dies der Verfassung zuwiderlief, vor den Senat gestellt. Dieser sprach sie im Oktober 1828 frei, so zweifellos auch ihre Schuld war. Das sah Nikolaus mit Recht als eine Herausforderung an und glaubte sich nun um so eher Mißachtung der Verfassung erlauben zu dürfen. Die Einberufung des Reichstages war so schon unter allerlei Vorwänden seit 1825 unterblieben, die feierliche Krönung bis in den Februar 1829 hinausgeschoben. Das gab denn andererseits der nationalen Opposition neue Nahrung: eine geheime Verbindung, die schon ein Jahrzehnt bestand, dehnte sich über das ganze

Großfürst Konstantin.

Kaiser Nikolaus.

Verschwörungen.

Land aus und umfaßte allmählich fast den ganzen Kleinadel und viele Offiziere; verschiedene Verschwörungen wurden angezettelt, so 1828 beim Ausbruch des Türkenkrieges, 1829 bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, bei welcher Gelegenheit man ihn und sämmtliche Prinzen ermorden wollte; beidemal unterblieb jedoch selbst der Versuch zur Ausführung. Dagegen schlossen sich die Parteien enger aneinander: die Aristokraten, geführt von Adam Czartoryski, einst dem vertrauten Freunde Alexanders, die Demokraten mit Joachim Lelewel an der Spitze, einem gelehrten Kenner des Altertums, dem seine Grundsätze seine Professur an der Universität Wilna gekostet hatten. Während die ersteren in Rücksicht auf die militärische Macht Rußlands die Personalunion nicht antasten und nur die Befolgung und Verbesserung der Konstitution erstreben wollten, träumten die anderen von vollständiger Unabhängigkeit Polens, wohl gar in den Grenzen von 1772, und wollten zur Erreichung dieses Zieles sich die Mitwirkung der Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft sichern. Trotz der Verschiedenheit dieser Bestrebungen fehlte es nicht an Bindegliedern zwischen beiden Parteien und besonders die Aristokraten Niemcewicz und Niemojewski, die demokratischen Grafen Roman Soltyk und Ostrowski waren als Mittelsmänner von Bedeutung.

Czartoryski und Lelewel.

Ohne die Juli-Revolution würde die Anschauungsweise der Aristokraten die herrschende geblieben sein und die Demokraten hätten sich, allein zum gewaltsamen Losbruch zu schwach, ihr anbequemen müssen. Aber die Pariser Vorgänge, der Brüsseler Aufstand, der allgemeine Glaube, Nikolaus werde beiderorten mit den Waffen für die Verträge von 1815 eintreten, die überschwänglichen Hoffnungen, welche sich in erregbaren Gemütern an einen solchen Krieg, der riesige Ausdehnungen annehmen konnte, knüpfen mußten, alles das gab plötzlich den Demokraten ein entschiedenes Übergewicht. Die Möglichkeit, daß Nikolaus gerade das polnische Heer nach Frankreich schicken werde, trieb zur Eile, denn unter den Offizieren waren die Heißsporne der Umsturzpartei. Zu einer gründlichen Vorbereitung des Aufstandes ließ man sich nicht die Zeit, einen anerkannten Führer hatte man nicht; mehrere Generale, an die man sich wandte, wollten sich vorderhand auf nichts einlassen ohne doch von dem Vorhaben abzuraten. Mit unglaublicher Unvorsichtigkeit traf man die Vorbereitungen; schon deshalb war es ratsam nicht lange zu zögern, denn jeder Tag konnte alles entdecken. Ging doch der Übermut einzelner Mitwisser so weit, daß sie an des Großfürsten Lustschloß Zettel hefteten mit der Inschrift: Von Neujahr ab zu vermieten! Die Häupter der Verschwörung waren untergeordnete Personen, einige Schriftsteller, einige Offiziere, der thätigste von ihnen Peter Wysozki, ein Gardelieutenant. Studenten, Soldaten, besonders die Zöglinge der Fähnrichsschule, waren ihre nächsten Mitwisser und Gehilfen. Kurz vor dem Losbruch wurden die sämtlichen polnischen Offiziere der Garnison ins Geheimnis gezogen. Am Abend des 29. November um 6 Uhr gab der Brand einer Brauerei das verabredete Zeichen. Ein Häuflein von 20 Mann eilte

Einwirkung der französischen und belgischen Revolution.

Der Aufstand in Warschau.

nach Schloß Belvedere, wo Konstantin sich aufhielt; mit dem Rufe: Nieder mit dem Tyrannen! drangen sie ein, stachen die Wachen, den Vizepräsidenten Lubowidzki, den General Zander nieder, und hätten auch den Großfürsten ermordet, wenn nicht ein Kammerdiener durch das Verriegeln einer Thür ein paar Minuten gewonnen hätte, während welcher Konstantin sich in eine Dachkammer rettete. Ein anderer Haufe stürmte mittlerweile das Zeughaus und verteilte Gewehre, welche man dort fand, unter die Menge, die von einigen der Verschworenen mit begeisterten Worten zum Kampfe entflammt wurde. Weniger glücklich entledigte sich Wysozki der Aufgabe, die ihm zugefallen war; die russischen Regimenter, die er mit seinen 160 Fähnrichen entwaffnen wollte, standen vor ihren Kasernen zum Kampfe bereit und schlugen ihn zurück, zu einem entschiedenen Angriff schritten sie jedoch nicht, da ihre Oberoffiziere nicht zur Stelle waren, sondern auf dem Wege nach den Kasernen vom Volke gefangen und niedergemacht wurden. Nach einigen Stunden ruhte der Kampf; morgens am 30. wurde er noch einmal aufgenommen, aber bald auf Konstantins Befehl abgebrochen. Dieser hatte sich aus der Stadt nach dem Dorfe Wirzba geflüchtet. Dort überredete ihn sein Adjutant Zamoyski, das ganze sei nur ein Pöbelexzeß, der aus dem Gerüchte entstanden sei, die Russen wollten die Stadt anzünden; um dies Gerede zu widerlegen, solle der Großfürst die Truppen aus der Stadt zurückziehen, dann werde alles zur Ordnung zurückkehren. Die Verderblichkeit dieses Rates zeigte sich bald. Ein großer Teil der polnischen Truppen blieb ohne Befehl in der Stadt zurück; die Aufständischen wurden sich ihres Sieges bewußt und begannen sich zu organisieren; vergebens suchte der Finanzminister Fürst Lubezki, das hervorragendste Mitglied des Verwaltungsrates, dadurch, daß er die Führer der Aristokraten zum Eintritt in diese Behörde aufforderte, die Leitung der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Die Demokraten, welche in dem patriotischen Verein unter Lelewels Präsidium sich ein Organ geschaffen hatten, forderten die völlige Beseitigung des Verwaltungsrates und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Als eine Deputation, die am 2. Dezember zu Konstantin hinauszog, von diesem nichts anderes erlangen konnte, als eine Verweisung an Nikolaus, als die polnischen Regimenter, welche bis dahin noch treu geblieben waren, in die Stadt zurückkehrten, als die Nachrichten aus dem Lande von der jubelnden Zustimmung berichteten, die überall dem Aufstande zu teil werde, da gaben die Aristokraten am 4. Dezember den Demokraten nach und bildeten eine provisorische Regierung, deren Präsident Adam Czartoryski wurde und die zu ihren Mitgliedern auch Joachim Lelewel zählte. Damit war jedoch keineswegs schon der Entschluß ausgesprochen völlig mit Rußland zu brechen; vielmehr überwog bei dem Adel immer noch der Gedanke an die Übermacht des Kaiserstaates und an die Unmöglichkeit ihn im offenen Kampfe zu besiegen; es überwog die Besorgnis vor einer Herrschaft der demokratischen Partei, deren Klubs sich mit Riesenschnelle

Räumung der Stadt.

Die provisorische Regierung.

durch das Land verbreiteten und deren Programm ja auch die gefürchtete Aufhebung der Leibeigenschaft einschloß. Zu den Männern, welche beide Gedankenkreise am lebhaftesten verarbeiteten, gehörte auch der General, welchem die Volksstimme die größte militärische Tüchtigkeit zuschrieb, den sie zur Annahme des Oberkommandos gedrängt hatte, Chlopizki. Um die Zügel der Bewegung wirklich in die Hand zu bekommen und einen vollständigen Bruch mit Rußland zu verhüten faßte er einen eigenmächtigen Entschluß. Am 5. Dezember, also am Tage nach ihrer Einsetzung, erklärte er der provisorischen Regierung mit Berufung auf das Beispiel der alten Römer, die Lage des Landes mache eine Diktatur nötig, und er sei entschlossen diese im Namen des Königs zu übernehmen. Die Aristokraten in der Regierung willigten ohne weiteres ein und waren bereit die Geschäfte der Minister auszuüben; Lelewel, der sich dessen weigerte, schied aus, und die demokratische Partei war somit des unmittelbaren Einflusses beraubt; das Volk jubelte dem neuen Diktator in unbegrenztem Vertrauen zu. Auch der Reichstag, der am 18. Dezember zusammentrat, bestätigte seine Würde, obgleich die demokratische Partei auf ihm die Mehrheit hatte und durch ihre Beschlüsse dem Diktator sehr lästig fiel. Er mußte Lelewel wieder ins Ministerium rufen, mußte ein Manifest des Reichstages dulden, welches den Aufstand für eine Nationalsache und für das notwendige Ergebnis der Verfassungsverletzungen erklärte, die Nikolaus sich erlaubt habe, mußte es hinnehmen, daß vor der Vertagung ein Aufsichtsrat eingesetzt wurde, der die Vollmacht erhielt ihn nötigenfalls seines Amtes zu entheben. Alle diese Beschlüsse erschwerten eine Verständigung mit Nikolaus, wie Chlopizki sie wünschte, aufs äußerste. Sie wäre freilich auch ohne das aussichtslos gewesen; denn der Zar war nicht entfernt gewillt, mit den Aufrührern irgendwie zu unterhandeln. Chlopizki hatte zwei Deputierte nach Petersburg gesandt, den Fürsten Lubezki und den Grafen Jesierski; die Forderungen, welche sie überbrachten, waren sehr gemäßigt: strenge Durchführung der Verfassung, Entfernung der russischen Regimenter und — womöglich, aber mit der der Berechtigung, diesen Wunsch fallen zu lassen — Vereinigung der altpolnischen Provinzen mit dem Königreiche. Nikolaus weigerte sich schlechthin die beiden Männer als Abgesandte zu empfangen; er ließ sich erst von ihnen die Erklärung geben, daß sie als treue Unterthanen gekommen seien; dann antwortete er auf ihre Wünsche lediglich mit der Gegenforderung unbedingter Unterwerfung: der erste Kanonenschuß, der gegen Rußland abgefeuert werde, sei das Signal zum Untergange Polens. Lubezki, der bei solchem Berichte den Aufenthalt in Warschau für sich nicht geheuer fand, blieb in Petersburg; Jesierski kehrte mit der Antwort zurück, und ein Manifest des Zaren vom 19. Dezember, das bei augenblicklicher Unterwerfung Begnadigung anbot, verbreitete Klarheit über die Lage im ganzen Lande. Jetzt war Chlopizkis Stellung nicht mehr haltbar; schon die vergangenen Wochen hatten ihm schwere Kämpfe gebracht; er hatte Lelewel verhaften lassen, ihn aber wieder freigeben

Chlopizkis Diktatur.

Der Reichstag.

Der Aufsichtsrat.

Verhandlungen mit Nikolaus.

Chlopizkis Rücktritt.

müssen, weil er als Mitglied des Aufsichtsrates und mehr noch als populärer Führer unverletzlich war. Nach Jesierskis Rückkehr am 13. Januar 1831 stellte der Diktator die Forderung jede Beschränkung seiner Macht aufzuheben, und da dies Verlangen nach allem, was vorgefallen war, nicht erfüllt wurde, legte er am 17. Januar nicht allein die Diktatur nieder, sondern auch den Oberbefehl, den man ihm gern gelassen hätte. Damit war der erste Abschnitt des Aufstandes, der noch eine Aussöhnung mit Rußland zuließ, beendigt. Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, ernannte eine neue Regierung, in der neben drei anderen Czartoryski und Lelewel saßen, erwählte einen neuen Oberfeldherrn in der Person des Fürsten Michael Radziwill und erklärte auf Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. Januar das Haus Romanow der polnischen Krone für verlustig.

Entthronung des Hauses Romanow.

Die Gefahr der neuen Lage drängte zu angestrengten Rüstungen; neben dem regelmäßigen Heere, das man verdoppelte, wurden Abteilungen von Sensenträgern und leichten Reitern, sogenannten Krakusen, geschaffen und bei Praga, der Vorstadt von Warschau, eine feste Stellung genommen. Der Angriff ließ nicht lange auf sich warten. Mit 118 000 Mann rückte Diebitsch Sabalkansky ein, und der starke Winterfrost begünstigte ein schnelles Vorrücken auf den gefrorenen Sümpfen. Zwei Schlachten vor Warschau, bei Wawer und Grochow, am 19. und 25. Februar, zeigten zwar wie eine Menge kleinerer Gefechte die Tapferkeit der Polen im glänzendsten Lichte und schufen den Feinden, die allein bei Grochow 12 000 Mann einbüßten — die Polen verloren nur 8000 Mann — die schwersten Verluste; aber sie endeten zum Vorteil der Übermacht. Daß Diebitsch es unterließ sofort Praga zu stürmen und die Weichsel zu überschreiten, gab jedoch den Polen Zeit und neuen Mut. Radziwill hatte sich als unfähig für seine Aufgabe gezeigt; Chlopizki, der ohne Rang mitgekämpft, war verwundet worden; so übertrug man den Oberbefehl dem General Skrzynezki, der mit Auszeichnung gefochten hatte. Auch entsprach er dem Vertrauen, das man ihm schenkte. Als die kalte Witterung zurückkehrte, überfiel er schnell eines der russischen Korps, die sich der Verpflegung halber am rechten Weichselufer hatten ausbreiten müssen. Der glänzendste Erfolg ward ihm zu teil. In wilder Flucht eilten die geschlagenen Feinde unter General Rosen nach dem ersten Angriff, der wiederum bei Wawer am 31. März erfolgte, davon; Skrzynezki, beraten von seinem trefflichen Generalstabschef Prondzynski, jagte sie 10 Tage lang vor sich her und nahm ihnen 10 000 Gefangene; erst bei Iganie machte er Halt, zunächst wohl gezwungen durch die Erschöpfung der eigenen Truppen, dehnte dann aber die Ruhezeit solange aus, daß Diebitsch Zeit gewann, seine Scharen zu sammeln. Nur die Garden unter dem Großfürsten Michael konnten aus ihrer vereinzelten Stellung nicht herausgezogen werden. Sie anzugreifen war Skrzynezkis dringendste Aufgabe; er konnte ihnen mit doppelter Übermacht entgegentreten, ehe Diebitsch herbeikam. Aber trotz Prondzynskis

Beginn des Krieges.

Schlachten bei Wawer und Grochow.

Skrzynezkis Siege.

Drängen verlor er die günstige Zeit, schwächte sich noch durch die Absendung eines Heerhaufens nach Warschau, das er irrigerweise durch Diebitsch bedroht glaubte, und wurde endlich am 26. Mai bei Ostrolenka von dem russischen Feldherrn, der sich glücklich mit dem Großfürsten vereinigt hatte, angegriffen und nach heldenmütigem Widerstande vollständig geschlagen. Auch auf den Nebenschauplätzen des Krieges war das Glück den Polen feindlich. Sie hatten sich endlich, etwas spät, entschlossen auch in den altpolnischen Provinzen, in Wolhynien, Podolien, der Ukraine, Litauen, den Aufstand zu entfachen. Der Adel war ihnen meist geneigt; den Bauernstand zu gewinnen hätten sie mit Entschlossenheit die Aufhebung der Leibeigenschaft auf ihre Fahne schreiben müssen; das geschah aber nur zögernd und vereinzelt. So vermochten denn die Russen mit geringen Streitkräften das Feld gegen sie zu behaupten und Dwernizki, den tüchtigsten der Insurgentenführer, aus Podolien heraus und über die österreichische Grenze zu drängen, wo er am 1. Mai mit den Seinigen entwaffnet wurde.

Seine Niederlage bei Ostrolenka.

Dwernizki in Podolien.

Das gehäufte Unglück dieser Wochen ließ schon jetzt den Aufstand als mißlungen erkennen, und seine völlige Unterdrückung war nur noch eine Frage der Zeit. Der zweite Abschnitt desselben, während dessen ein Sieg des bewaffneten Volkes über die russischen Streitkräfte selbst für nüchterne Beobachter und vollends für die hoffnungsfreudige Sympathie, die ganz Europa beherrschte, möglich schien, war mit dem Tage von Ostrolenka beendigt. Diese Erkenntnis gewann freilich bei den Regierungen schneller Eingang als bei den Völkern. Während der vergangenen Monate war selbst in Wien die Stimmung den Polen nicht ungünstig gewesen und Metternich übte ihnen gegenüber eine Nachsicht, die er gegen andere Revolutionen nicht gekannt hatte. Strenge Neutralität, wie er sie jetzt verkündigte, würde ihm überall sonst als eine Versündigung an seinen heiligsten Grundsätzen erschienen sein. Aber er that sogar noch mehr und nahm, freilich nur auf Umwegen, Anträge Czartoryskis entgegen, welche die Erhebung des Erzherzogs Karl auf den polnischen Zukunftsthron anregten. Solche Gedanken waren nach Ostrolenka eitle Träume geworden, und die einzige Art, in der sich fortan noch Sympathieen für die Polen bethätigen ließen, war die diplomatische Verwendung um ihr Los möglichst gelinde zu machen. Nur Frankreich begnügte sich nicht mit einem Schritte dieser Art, der von Nesselrode am 9. Juni sehr entschieden zurückgewiesen wurde, sondern machte dem englischen Kabinette den Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in Petersburg. Als jedoch Palmerston darauf hinwies, daß diese nur Erfolg haben könne, wenn die Drohung mit Krieg im Hintergrund stehe, und daß er zu dieser keinen hinlänglichen Grund sehe, stand Louis Philipp von seinem Vorsatz ab, obgleich die Kammern ihm in ihrer Adresse die Überzeugung aussprachen, daß die polnische Nationalität nicht untergehen werde — eine Redensart, welche dann bis 1848 in jeder neuen Adresse wiederkehrte. Preußen, das den Aufstand von

Die Haltung der fremden Kabinette.

seinem Entstehen an mit Besorgnis beobachtet hatte, ging noch einen Schritt weiter; es unterstützte unmittelbar die Unternehmungen der russischen Truppen; ja in London fürchtete man bereits seine thätige Teilnahme am Krieg und ließ einen französischen Einfall in die Rheinprovinz als Schreckgespenst dagegen androhen. Ein selbständiges Polen, so sagte man sich in Berlin, könne für Preußen nur eine Gefahr sein; denn unablässig werde es dahin streben das ganze Weichselgebiet zu beherrschen und den Zugang zur Ostsee zu gewinnen; dagegen konnte der Nutzen, den man sich von einem Zwischenreiche gegen Rußland versprechen durfte, doch nicht in Betracht kommen und die in Polen selbst bei einzelnen Führern, wie Lubienski, auftauchenden Träumereien von einer Vereinigung des Landes mit Preußen verdienten natürlich vollends keine Beachtung. Der Liberalismus fand allerdings diese kleinliche Interessenpolitik höchst verwerflich; er jauchzte durch ganz Deutschland der neuen polnischen Republik entgegen, und unsere Dichter, die wenige Jahre zuvor dem Erwachen des griechischen Volkes ihre schönsten Weisen gesungen, entzückten jetzt die Herzen durch ihre Polenlieder. Nicht minder glühend war die Begeisterung in Österreich, besonders in Böhmen und Ungarn; 22 Komitate wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um bewaffneten Beistand, und man berechnete, daß 100 000 Ungarn, wenn der Kaiser es genehmige, zu Polens Hilfe bereit wären. Solche schwärmerische Sympathie, die mehr oder weniger in allen Ländern des Erdteils hervortrat, ließ sich natürlich nicht so leicht ernüchtern; die Thatsachen mußten noch deutlicher sprechen, ehe die ruhige Würdigung des Möglichen sich in den erregten Gemütern Bahn brechen konnte.

Die Stimmung der Völker.

Die Cholera.

Fürerst setzte eine höhere Gewalt dem Vordringen der Sieger von Ostrolenka eine unheimliche Schranke. Die Cholera begann zum erstenmal ihren fürchterlichen Umzug durch Europa. Schon 1830 war sie in Moskau aufgetreten und in ihrem Gefolge das Heer der moralischen Krankheiten, das von jeher große Seuchen begleitet hat: Schrecken, Verzagtheit, Aberglaube, Argwohn, Wut, Verstocktheit, Zügellosigkeit, vollständige Vertierung. Aller Schranken, die man ihr zu ziehen gesucht, hatte sie gespottet, die Quarantänen und Postenketten übersprungen, die Kunst der Ärzte zu nichte gemacht. Wenige Stunden, und das Opfer, das sie erkoren, war ihr verfallen; wenige Tage, und die Schar der Leichen zählte nach Hunderten, ja Tausenden. Aufruhr und Verfolgungen, besonders Judenhetzen, zu denen angebliche Brunnenvergiftungen den Vorwand gaben, begleiteten sie und wurden nicht immer so mutvoll im Keime erstickt, wie in Petersburg, wo Nikolaus selbst in die wogende Menge trat und ihr mit mächtiger Stimme gebot, in die Kniee zu sinken und Gott, der allein helfen könne, um Rettung anzuflehen. Kurze Zeit nachher erreichte die Seuche den Schauplatz des Krieges und erwies sich selbst hier als der schlimmste aller Würgengel, schlimmer als Pulver und Schwert. Die Unternehmungen im Felde begannen zu stocken, die Krankheit schonte auch der Führer nicht. Vierzehn Tage nach seinem

Diebitsch' und Konstantins Tod.

Siege war Diebitsch tot, eine Woche später folgte ihm Konstantin ins Grab, nach abermals acht Tagen Gneisenau, der das preußische Beobachtungskorps kommandierte. Auch die begleitenden Greuelthaten blieben nicht aus: für Judenhetzen war Polen ein fruchtbarer Boden. Das schrecklichste wurde in Litauen verübt. Dorthin hatte sich nach der Schlacht von Ostrolenka, von Warschau abgeschnitten, General Gielgud geworfen um dem Aufstande, der dort leidlich um sich griff, neue Nahrung zuzuführen. Die Hauptrollen hatten bis zu seiner Ankunft die Gräfin Emilie Plater und der Bauer Matussewicz gespielt, jene eine moderne Amazone, die einen romantischen Schimmer um sich verbreitete, dieser ein roher Barbar, der Russen und Juden spießen, schinden und lebendig begraben ließ. Gielguds Ankunft war zunächst der Verbreitung des Aufstandes förderlich; doch sammelte sich bald unter General Sacken bei Wilna eine überlegene russische Macht und drängte Gielgud, der ihn vor der Stadt angriff und geschlagen wurde, am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze. Daß die ganze Bewegung in ihren letzten Zügen lag, erkannte man deutlich auch an dem wachsenden Mißtrauen der Führer untereinander und der Soldaten gegen ihre Führer, einem Mißtrauen, das überall Verrat witterte und kein Bedenken trug, ihn auch unbewiesen durch Gewaltthat und Hinterlist zu bestrafen. So büßte Gielgud sein Leben durch die Kugel eines seiner Offiziere ein, der ihn niederschoß, als sie die Waffen vor den Preußen strecken mußten. Ungeschickt und unfähig hatte er sich bei der Unternehmung erwiesen, aber von dem Verdachte des Verrates ist er vollständig rein. An militärischem Talente übertraf ihn bei weitem sein Untergebener Dembinski, dem es gelang dem Verderben zu entgehen und mit 4000 Mann einen ruhmvollen Rückzug mitten durch die Feinde nach Warschau zu bewerkstelligen. Alsbald war er der Held des Tages und der richtige Mann um an Skrzynezkis Stelle zu treten; denn dieser hatte durch seine Unthätigkeit seit Ostrolenka und durch einige Unfälle, welche seine Unterfeldherren erlitten, sich auch schon den Verdacht der Verräterei zugezogen. Er mußte sich's gefallen lassen, daß eine Kommission des Reichstags in seinem Lager erschien und seine Untergebenen gutachtlich über ihn vernahm. Auf Grund dieser Erkundigungen verfügte dann der Reichstag seine Entlassung und ersetzte ihn am 10. August durch Dembinski, der acht Tage vorher in der Hauptstadt angekommen war. Aber auch dessen Regiment sollte nicht von Dauer sein. Die Revolution war jetzt so weit, daß sie sich selbst zerfleischte. Die Eintracht zwischen Aristokraten und Demokraten, die während der Monate des Schwankens leidlich bewahrt worden war, schwand zusehends, als das Unglück hereinbrach und jede Partei nun die andere dafür verantwortlich zu machen wünschte. Es kam zu gewaltsamen Ausbrüchen, besonders in Warschau, wo die Demokraten sich ihres Übergewichts bewußt und durch die Gegenwart der aristokratischen Regierung doppelt gereizt waren. Ehrgeizige Intriganten, wie der alte General Krukowiezki, fanatische Demagogen, wie

Der Aufstand in Litauen.

Gielguds Ermordung.

Dembinskis Rückzug.

Demokratischer Aufstand in Warschau.

der Priester Pulawski, hetzten und stachelten, bis am 15. August ein Aufstand ausbrach, der mit der Ermordung von einigen 30 Gefangenen, die man des Einverständnisses mit Rußland anklagte, begann und mit der Flucht Czartoryskis, dem Sturz der Regierung und der Erhebung Krukowiezkis zum Diktator endete. Da hatte man nun, ohne es zu wissen, einen wirklichen Verräter an die Spitze gestellt, der seine Judasthätigkeit damit eröffnete, daß er Dembinski des Oberbefehls enthob, für 24 Stunden den tüchtigen Prondzynski damit bekleidete und dann in dem ehrlichen und tapferen, aber unfähigen und überalten Malachowski einen Mann, wie er ihn brauchte, zum Generalissimus machte. Um seiner Sache noch gewisser zu sein veranlaßte er die Absendung bedeutender Truppenmassen unter Lubienski und dem Piemontesen Ramorino, angeblich um Lebensmittel herbeizuschaffen, und verminderte dadurch die Besatzung Warschaus auf 34000 Mann in eben dem Augenblicke, wo es zum Kampf auf Leben und Tod des Zusammenraffens aller Kräfte bedurft hätte.

Diktatur Krukowiezkis.

Malachowski.

Paskiewitsch.

Denn die Russen hatten jetzt nach einer Pause von mehreren Wochen, welche der Choleraschrecken und Diebitsch' Tod veranlaßte, den Angriff wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Paskiewitsch, der Sieger von Kars und Eriwan. Statt wie Diebitsch von Osten auf Warschau loszugehen, beschloß er, den Sturm auf dem linken Weichselufer zu unternehmen und deshalb den Fluß weiter abwärts zu überschreiten. Von den preußischen Behörden bereitwillig mit dem Material zum Brückenschlagen unterstützt, vollzog er den Übergang am 20. Juli bei Ossiek, hart an der Grenze. Begünstigt durch den vielfachen Wechsel im Oberbefehle der polnischen Armee rückte er unbehindert gegen Warschau an und begann den Sturm am 6. September so erfolgreich, daß die Polen trotz heldenhaften Widerstandes die Schanzen von Wola räumen mußten. Etwas voreilig glaubte Krukowiezki schon jetzt seine Zeit gekommen und verhandelte über Nacht mit dem russischen General Berg wegen Übergabe der Stadt; zu seiner Enttäuschung verweigerte der Reichstag morgens am 7. seine Zustimmung. Indes der militärische Verlauf dieses Tages war nicht günstiger als der des vorigen; auch die zweite Verschanzungslinie ging verloren, und in einer Abendsitzung bewilligten einige wenige Landboten dem Präsidenten die Vollmacht zu Unterhandlungen. Kaum war das aber bekannt geworden, so eilten die Entschlosseneren in den Ständesaal, hielten eine neue Sitzung, entkleideten Krukowiezki seiner Würde und wählten Niemojewski zu seinem Nachfolger. Doch Warschau zu retten war es jetzt zu spät; schon hatte ein Theil der Besatzung auf Krukowiezkis Befehl die Weichsel überschritten und befand sich in Praga. Als Berg wieder in die Stadt kam, suchte man nur nach einem Mittel den Reichstag und die Armee zu retten; man schloß einen 24stündigen Waffenstillstand, räumte während dessen die Hauptstadt und Praga und entwich, Reichstag und Armee, nach der Festung Modlin, während die Russen am 8. September ihren Einzug in Warschau hielten.

Weichselübergang.

Sturm auf Warschau.

Niemojewski.

Warschau geräumt.

Noch beseelte der Entschluß den Widerstand zum äußersten zu treiben gar manche Brust; aber die Schicksale Polens hatten sich wieder einmal erfüllt, und der tapferste Wille des einzelnen konnte nichts mehr ändern. Die größten Hoffnungen waren auf Ramorino gesetzt, den man sehnsüchtig erwartete. Allein er mißachtete Malachowskis Befehl dort hinzuziehen, und ging am 16. September über die österreichische Grenze; seinem Beispiel folgte am 25. bei Krakau der General Rozyzki. Jetzt war an einen neuen Kampf mit Paskiewitsch nicht mehr zu denken. Malachowski legte den Oberbefehl nieder, und unter Rybinskis Kommando zog die letzte polnische Armee der preußischen Grenze zu, um 24000 Mann stark, mit 95 Kanonen bei Lipno am 5. Oktober die Waffen zu strecken. Unmittelbar hinterher ergaben sich Modlin und Zamosc, die letzten Plätze, wo das polnische Banner flatterte. Die letzten Kämpfe.

Das Schicksal, welchem das arme Land entgegenging, war hart. Zwar erließ der Zar am 1. November eine Begnadigung, aber zahlreiche Ausnahmen schwächten ihre Bedeutung. Die Führer des Aufstandes entkamen größtenteils in das Ausland und bildeten fortan, besonders in Frankreich, den Kern einer europäischen Revolutionspartei. Ihr Hab und Gut wurde eingezogen; die Czartoryskis büßten 30 Millionen polnischer Gulden ein. Wem die Flucht mißlang, dessen harrte die Verbannung nach Sibirien, oder, wenn er wie Krukowiezki die anfängliche Untreue durch nachträglichen Verrat gesühnt hatte, ins Innere von Rußland. Die Verfassung von 1815 ward aufgehoben; an ihre Stelle setzte das organische Statut vom 26. Februar 1832 die Verwaltungsformen des Kaiserreichs. Paskiewitsch, der neue Fürst von Warschau, ward Civil- und Militär-Gouverneur des Landes und führte ein unnachsichtiges Polizeiregiment, dem es gelang für geraume Zeit das Auflodern der patriotischen Begeisterung zu verhüten. Unter der Asche aber glomm sie weiter und sog ausgiebige Nahrung aus dem immer engeren Bündnis, welches die nationalen Bestrebungen mit dem religiösen Hasse gegen den griechischen Katholizismus der Russen eingingen. Das neue Regiment. Das organische Statut.

Österreich, Italien und die Schweiz.

Auffällig gering war die Teilnahme, welche der polnische Aufstand in dem doch gleichfalls polnischen Galizien gefunden hatte. Während von den preußischen Polen Tausende über die Grenze eilten um als Freiwillige den Kampf gegen Rußland mitzumachen, hatten sich aus der österreichischen Provinz Ende Februar 1831 kaum 500 der nationalen Sache angeschlossen. Es erklärte sich das wesentlich daraus, daß die Galizier als griechische Katholiken den Russen näher standen. Auch Ungarn, das noch vor drei Jahren so lebhafte Neigung zum Widerstande gegen die Regierung an den Tag legte, blieb trotz seiner lebendigen Sympathieen für die Polen während des Revolutionsjahres völlig still. Ohne Gefahr konnte der Reichstag in diesem Jahre einberufen werden, Galizien. Ungarn.

einer der gefügigsten, welche die ungarische Geschichte kennt; und aus dem Munde der Hauptredner ertönte einmal über das andere die Versicherung, daß die Magyaren mit den demokratischen Forderungen, die in anderen Ländern auftauchten, keinerlei Gemeinschaft haben wollten, daß die Aristokratie, auf welcher Ungarns Verfassung beruhe, in diesen Stürmen treu zur Regierung stehen müsse. Da auch die übrigen Provinzen des Kaiserstaates an den Bewegungen der Zeit nur sehr lauen Anteil nahmen, da insbesondere die Wiener fortfuhren in träger Gleichgültigkeit gegen alle Politik „ihre Wünsche auf Theater und Prater zu beschränken, sich am Sylvesterabend über den schnellen Lauf der Zeit zu wundern, im Winter die Kälte, im Frühling und Herbst den fatalen Schnupfen, im Sommer die enorme Hitze zu verdammen", so konnte Metternich mit einer gewissen schadenfrohen Behaglichkeit aus seinem sicheren Hause auf die Stürme hinausschauen, die draußen in der Welt brausten. Über Frankreich, Belgien und Polen war er völlig beruhigt, seit Louis Philipp ihm die heiligsten Versicherungen für sein Wohlverhalten gegeben und seine Regierung ihm als ein mächtiges Bollwerk der Ordnung zu schildern verstanden hatte.

Deutsch-Österreich.

Italien.

Nur in Beziehung auf Italien und Deutschland mußten in dem Kanzler doch einige Besorgnisse aufsteigen, und wenn er Louis Philipps Grundsatz der Nichteinmischung sich gefallen ließ, insofern derselbe die revolutionäre Propaganda Frankreichs verhindern konnte, so verwarf er ihn unbedingt, wenn daraus für ihn selbst die Verpflichtung erwachsen sollte den Ereignissen in den beiden Nachbarländern, die er wie Anhängsel Österreichs zu betrachten gewohnt war, freien Lauf zu lassen. Und doch war das unbedingt die Voraussetzung, von welcher Louis Philipp ausging. Es mußte deshalb mit Notwendigkeit zu Reibungen kommen, sobald Unruhen in Italien ausbrachen. In den traurigen Zuständen der Halbinsel hatte sich seit der Revolution von 1821 nichts gebessert; besonders schlimme Jahre hatten die päpstlichen Legationen durchgemacht, wo Sanfedisten und Carbonari in unaufhörlichem Kriege miteinander lagen und die päpstlichen Legaten ein schauderhaftes Regiment führten. Denn als bei Pius VII. Tode (1823) Consalvi aus dem Staatssekretariate schied, war die sanfedistische Partei unter Leo XII. (1823—1829) von dem letzten Hemmnis befreit und wütete nun durch Männer wie den Kardinal Rivarola in einer Weise, die an die schlimmsten Zeiten der französischen Revolution erinnerte. Der gutmütige Papst hatte persönlich an diesem Treiben keinen Anteil, aber noch weniger vermochte er ihm zu steuern, und als er endlich 1828 den gemäßigten und tüchtigen Bernetti zum Staatssekretär ernannte, beraubte dieser sich selbst der Möglichkeit die Reaktion in Schranken zu halten, indem er ein selbständiges Ministerium des Innern ins Leben rief. Gleichwohl hätte man auf leidlichere Zustände hoffen dürfen, wenn ihm nach Leos Tode die päpstliche Würde zu teil geworden wäre; allein diese Aussicht wurde dadurch zerstört, daß Österreich gegen seine Wahl Einspruch erhob und

die Erhebung des Kardinals Castiglioni bewirkte, der als Pius VIII. anderthalb Jahr regierte, vollständig geleitet von dem österreichisch gesinnten Kardinal-Staatssekretär Albani. Schon am 30. November 1830 stieg auch dieser Papst in das Grab, in das ihm kaum drei Wochen früher König Franz I. von Neapel vorangegangen war. Diese Todesfälle kamen den Bestrebungen der Carbonari, die seit Monaten einen Aufstand planten, trefflich zu statten. Klare Ziele und einen festen Mittelpunkt hatten sie freilich nicht; die einen dachten Napoleon II., der als Herzog von Reichstadt unter Metternichs Augen in Wien lebte, auszurufen; andere warfen auf den jungen Jérome Napoleon, wieder andere auf den älteren Sohn des ehemaligen Königs von Holland, Louis Bonaparte, die Augen. Daneben wurde von Franz IV., dem Herzoge von Modena, gesprochen, mit welchem Menotti, der Führer der Liberalen in diesem Herzogtum, einverstanden sein sollte, und manche buhlten gar um die Gunst Louis Philipps und des Herzogs von Orléans, die man durch die bonapartistischen Pläne doch geradezu vor den Kopf stieß. Menotti war es, der am 4. Februar 1831 den Reigen der Aufstände, und zwar sehr unglücklich, eröffnete. Ohne in der Stadt Modena rechtzeitige Unterstützung zu finden wurde er mit 44 Genossen in seinem eigenen Hause zur Ergebung gezwungen. Aber sein Beispiel zündete in dem benachbarten Bologna, wo alles zur Erhebung bereit war. Noch am selben Tage riß man dort die Wappenschilder des Papstes ab, weigerte dem soeben (am 2. Februar) nach siebenwöchentlichem Konklave gewählten Gregor XVI. (bisher Kardinal Cappellari) die Anerkennung und erklärte am 8. Februar die Herrschaft des Papstes über Bologna für erloschen. Ohne auf Widerstand zu stoßen folgten die Städte der Legationen, Umbriens und der Marken diesem Vorgange; schon am 25. Februar traten in Bologna Abgeordnete zusammen und erwählten eine provisorische Regierung, in der ein Schwiegersohn Murats, Graf Pepoli, die bedeutendste Persönlichkeit war; dagegen wurden Unruhen in Rom selbst mit Hilfe der Trasteveriner schnell unterdrückt. Einen heftigen und unerwartet schnellen Rückschlag hatten aber die Thaten der Bologneser auf Modena geübt. Schon am Tage nach seinem Siege über Menotti hielt es der Herzog für geraten mit seinem Bataillon sich auf österreichisches Gebiet zu begeben. Alsbald ward für Modena und Reggio eine provisorische Regierung eingesetzt. Dasselbe geschah ein paar Tage darauf in Parma, dessen Herrscherin, Napoleons Witwe Marie Luise, nach Piacenza flüchtete. Diesen Vorgängen konnte Metternich unmöglich thatenlos zusehen. Er fragte also in Paris an, wie man sich dort zu einer österreichischen Einmischung verhalten werde. Die Antwort lautete sehr entschieden: die Besetzung Modenas werde man sich gefallen lassen, die des Kirchenstaates mache den Krieg wahrscheinlich, die Sardiniens gewiß. Zugleich rührten sich die französischen Gesandten in Süddeutschland eifrig, doch erfolglos, um die Regierungen für einen neuen Rheinbund zu gewinnen. Aber Metternich ließ sich nicht ein-

Aufstand in Modena.

in Bologna.

in Modena.

in Parma.

Österreichs Einmischung.

schüchtern, sondern erklärte, er werde der Gefahr des Krieges Trotz bieten, und der Erfolg gab ihm diesmal Recht. Denn für Louis Philipp war ein Krieg noch ungleich bedenklicher als für die alten Dynastieen; besonders schreckte ihn die Andeutung Metternichs, man sei in Wien nicht „Engel genug", um nicht nötigenfalls aus allen Batterieen zu feuern, d. h. den Herzog von Reichstadt aus dem Dunkel hervorzuholen. Der König gab kleinmütig nach; ein Ministerwechsel, der am 13. März an Laffittes Stelle Casimir Périer brachte, verkündete der Welt die veränderte Stellung Frankreichs. Österreich war schon vorher zur That geschritten; der Papst hatte am 19. Februar seinen Beistand erbeten, der Herzog von Modena war sogar persönlich nach Wien geeilt, mit Sardinien wurde ein geheimer Vertrag geschlossen, durch den Österreich die festländischen Besitzungen des Königs im Fall eines französischen Krieges garantierte. Anfang März überschritten österreichische Truppen den Po; am 9. hielt Franz IV. seinen Einzug in Modena, am 13. ward Parma besetzt, am 19. räumte die provisorische Regierung Bologna und zog sich nach Ancona zurück. Ein Gefecht bei Rimini bewies auch dem Hoffnungsreichsten die Unmöglichkeit des Widerstandes und schon am 26. unterwarf sich die provisorische Regierung gegen das Versprechen der Begnadigung dem päpstlichen Kardinallegaten Benvenuti. Die einflußreichsten Personen unter den Aufständischen trauten freilich diesem Worte nicht, sondern schifften sich in Ancona ein, unter ihnen der vormals österreichische General Zucchi, dem aber das Unglück widerfuhr, in Gefangenschaft zu geraten und seine Desertion mit 20jähriger Festungshaft zu büßen. Mit besserem Glücke entging Prinz Louis Napoleon der Gefahr; er hatte sich mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis thätig an dem Aufstande beteiligt; dieser war am 7. Februar in Forli an den Masern gestorben; er selbst befand sich mit seiner Mutter Hortense in Ancona, als dieses sich ergab, und entkam mit ihr in der Verkleidung eines Bedienten glücklich nach Arenenberg am Bodensee, wo er schon vorher gelebt hatte. Denen, welche dem Versprechen des Legaten geglaubt hatten, war eine bittere Enttäuschung vorbehalten; der Papst erklärte es für erzwungen und ungültig und ließ sogleich durch besondere Kommissionen die Untersuchung beginnen. Doch wurden im Kirchenstaate und in Parma keine Todesurteile verhängt: nur Franz von Modena erledigte sich Menottis durch den Strang; auch Gefängnisstrafen verhängte er über Hunderte, und noch mehr wurden zu Vermögensverlust und Verbannung verdammt. In Rom verwandten sich die großen Mächte eifrig für milde Behandlung der Schuldigen und für Besserungen in der Verwaltung, deren Grundzüge sie in einer Denkschrift vom 21. Mai entwickelten; besonders Bunsen, der preußische Gesandte, empfahl mit lebendigem Interesse die Heranziehung des Laienstandes zu den Verwaltungsgeschäften; eine Amnestie befürwortete selbst Österreich um Louis Philipps Stellung vor seinem Lande nicht noch zu erschweren. Denn in Frankreich herrschte große Erbitterung über die Einmischung

Unterdrückung des Aufstandes.

Prinz Louis Napoleon.

Rückzug der Österreicher.

Metternichs und nachdrücklich verlangte Périer, daß wenigstens jetzt die österreichischen Truppen sich zurückziehen sollten. Auch diesem Verlangen trug man in Wien Rechnung, nachdem die französische Regierung in Rom erklärt hatte, sie werde gleichfalls einen Teil des Kirchenstaates besetzen, wenn nicht vor der Eröffnung der französischen Kammern die Österreicher zurückmarschiert seien. Am 15. Juli erfolgte die Räumung; doch war vorher ein Vertrag geschlossen, kraft dessen Österreich sich anheischig machte auf den Ruf des Papstes sofort wieder einzurücken. Sehr bald erwies sich das als nötig. Die neuen päpstlichen Besatzungen, die Papalini, reizten durch schauderhaften Unfug die Bevölkerung zu neuen Unruhen; es bildeten sich Trupps bewaffneter Patrioten, die zwar von den Papalini am 20. Januar 1832 bei Cesena zersprengt wurden, deren Auftreten aber den Papst doch veranlaßte eine neue österreichische Besetzung zu wünschen. Noch vor Ablauf des Monats rückte Radetzky wieder in Bologna ein und wurde auch von der Bevölkerung freudig begrüßt, weil er sie vor den Gewaltthaten der Päpstlichen schützte. Frankreich aber konnte jetzt nicht umhin seine frühere Drohung wahr zu machen und ließ am 22. Februar Ancona besetzen, nachdem Périer zuvor in der Kammer erklärt hatte, die Absicht dabei sei Reformen im Kirchenstaate zu erzwingen. Den kriegerischen Drohungen, mit welchen Österreich und Rußland diesen Schritt beantworteten, wurde die Spitze dadurch abgebrochen, daß der Papst sich am 16. April der vollendeten Thatsache fügte, und so blieben die Franzosen in Ancona, bis die Österreicher im November 1838 aus den von ihnen besetzten Orten wieder abzogen. Der Papst aber hatte inzwischen, um doch wenigstens eine kleine eigene Truppenmacht zu besitzen, auf die er sich verlassen könne, zu dem alten Mittel der Schweizersoldaten zurückgegriffen und auf zwanzig Jahre zwei Regimenter, 4200 Mann, in seinen Sold genommen. Neuerungen von einiger Bedeutung wurden in Rom so wenig wie in den kleineren Staaten der Halbinsel beliebt; ein Plan Metternichs die Fürsten Italiens zu einem ähnlichen Bunde, wie der deutsche war, zu vereinigen stieß überall auf Widerstand; auch hätte Frankreich unmöglich seine Zustimmung dazu geben können. Dagegen schienen durch verwandtschaftliche Beziehungen engere Verhältnisse zwischen den mächtigeren Fürsten hergestellt zu werden, da Ferdinand II. von Neapel 1832 eine sardinische Prinzessin heiratete und 1833 seine Schwester mit Leopold von Toskana vermählte. Den sardinischen Thron hatte nach Karl Felix' Tode im April 1831 Karl Albert von Savoyen-Carignan, der frühere Carbonaro, bestiegen. In allen drei Ländern, besonders in Toskana, hielt sich die Regierung fortan von gar zu argen Ausschreitungen fern und zeigte sich Neuerungen nicht vollständig unzugänglich. Von einer Befriedigung und Versöhnung der Nationalgesinnten konnte aber nicht die Rede sein und die Wühlereien, welche die Flüchtlinge im Auslande anstellten, trieben ihre Wellenschläge, wenn auch in immer schwächeren Ringen, beständig bis in die Halbinsel hinein.

Neue Unruhen.

Neuer Einmarsch der Österreicher.

Die Franzosen in Ancona.

Die päpstlichen Schweizer.

Die Einzelstaaten.

Die Schweiz seit 1815.

Der Mittelpunkt dieser Wühlereien wurde die Schweiz, die gleichfalls von den Nachwehen der Juli-Revolution nicht unberührt geblieben war. Doch hatte sich in ihr eine selbständige Bewegung schon in den vorhergehenden Jahren entwickelt, der die französischen Einwirkungen keine neue Richtung, sondern nur einen stärkeren Anstoß gaben. Das Verhältnis, in welchem die einzelnen Kantone durch den Bundesvertrag von 1815 standen, war ein sehr lockeres und konnte die Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten nicht genügend fördern. Auch nach außen hin machte es ein selbstbewußtes Auftreten unmöglich, so daß Metternichs Forderung das Asylrecht und die Preßfreiheit zu beschränken hatte befriedigt werden müssen. Der Kantönligeist fand seine Freude an der Zoll- und Münzsouveränität, die jedes einzelne Glied des Bundes besaß, er hegte und pflegte die aristokratischen Vorrechte, die in den meisten Kantonen herrschten, und überließ die gemeinsamen Angelegenheiten ohne sich viel darum zu kümmern dem Vororte und der Tagsatzung. Ihn zu bekämpfen bildeten sich im Laufe der zwanziger Jahre eine Reihe von Vereinen, von denen der Zofinger und die Helvetia die bedeutendsten waren. Es galt zunächst die zum Teil ganz verrotteten Verfassungen der Einzelkantone zeitgemäß umzugestalten, und damit war in Appenzell, in Luzern, besonders aber durch die neue Verfassung Tessins vom 4. Juli 1830 schon vor den Pariser Ereignissen ein tüchtiger Anfang gemacht. Nach denselben folgten auch die größeren Kantone wie Aargau, Thurgau, Zürich und Bern; überall wurde die Verfassung demokratisch verändert, das alte Patrizierregiment gestürzt. Nicht immer ging es dabei ohne Waffengewalt ab, doch gewannen diese Zusammenstöße nirgends größeren Umfang: die eine oder die andere Partei errang in ihrem Kanton die Oberhand und die Minderheit fügte sich. Nur in Basel war der Gegensatz so stark, daß die Landschaft sich von der Stadt trennte und jeder der beiden Teile seit dem März 1832 einen Halbkanton bildete. In Schwyz und Wallis, wo es ebendahin zu kommen schien, siegte doch zuletzt die konservative Partei und bewahrte die Einheit beider Kantone. Über die Anerkennung des neuen Zustandes in Basel kam es aber noch zu heftigen Fehden. Die liberalen Kantone, die zugleich eine Reform der Bundesverfassung wünschten, schlossen ein Bündnis, das sogenannte Siebenerkonkordat, um Basel-Landschaft zu stützen; die Heißsporne der Gegenpartei aber verpflichteten sich durch den Sarner Bund vom 14. November 1832 keine Tagsatzung anzuerkennen, auf der Basel-Landschaft und Außen-Schwyz, das damals noch nicht mit Alt-Schwyz ausgesöhnt war, vertreten seien. Noch einmal kam es in Basel, Schwyz, Wallis, Neuenburg zu blutigen Kämpfen; allein die Mehrheit der Tagsatzung zeigte große Entschiedenheit und nach einigen Schlappen mußten die Sarner ihren Bund auflösen. Die Reform der Gesamtverfassung aber wurde 1833 vertagt und 1835 nur in sehr beschränkter Weise, in bezug auf das Zoll- und Heerwesen, vorgenommen. Der schroffe Gegensatz zwischen den beiden Parteien erhielt sich und erweiterte sich besonders

Änderungen der Kantonalverfassungen.

Die Spaltungen der Kantone.

Die Sonderbünde.

Die Bundesverfassung.

unter der Einwirkung religiöser Spaltungen zu einer solchen Kluft, daß im nächsten Jahrzehnt von neuem die Waffen entscheiden mußten, und zwar blutiger und gründlicher als 1833.

Die Revolution in Deutschland.

Beschaffenheit der Bewegungen von 1830 und 1831.

So hatte von den Ländern, die Deutschland umgrenzen, fast keines sich den Wirkungen der Pariser Julitage entziehen können. Von Frankreich hatte die Revolution ihr Banner nach Belgien und Polen, nach Italien und der Schweiz getragen; aber auch Deutschland selbst war dem französischen Vorbilde gefolgt. Doch fehlte hier wie in der Schweiz und in Italien der nationale Zug, der die Bewegungen in Belgien und Polen auszeichnete; es kam zu keiner gemeinsamen Erhebung, ja nicht einmal zu einem planmäßigen Zusammenwirken der Liberalen in einzelnen der ergriffenen Staaten, wie es doch in der Schweiz und beschränkter auch in Italien erreicht war. Das Ziel, welches man sich steckte, war die Einführung liberaler Verfassungen in den Einzelstaaten, und erst in zweiter Linie, in geraumem Abstande, erstrebte man nationale Reformen. Dafür daß diese um dieselbe Zeit von einem Teile der deutschen Regierungen durch die Zollverträge mit Preußen mächtig gefördert wurden, hatte man kein Auge. Es war eben in den letzten Jahren, angestachelt durch die parlamentarischen Vorgänge in Frankreich, aber auch vollauf begründet durch die trostlosen Zustände in den meisten deutschen Ländern, das Bedürfnis nach liberalen Reformen, die Abschüttelung der engherzigen veralteten Einrichtungen, ja mancherorten konnte man sagen des Willkürregimentes, so brennend geworden, daß darüber der Drang nach nationaler Einheit zurücktrat; es war in den 15 Jahren, seit welchen Deutschland wieder äußerlich ein Ganzes bildete, von dem Mittelpunkte dieses Ganzen, von Frankfurt, aus so wenig ersprießliches, so viel verderbliches gethan worden, daß sich bei vielen trefflichen und wirklich patriotischen Männern der Gedanke Bahn brechen konnte, man dürfe gar nicht nach einer strafferen Einheit streben, weil diese doch nur dem Absolutismus zu gute kommen werde. Die Freiheit über alles; erst wenn sie in allen Staaten, oder doch in der Mehrheit, fest gegründet sei, könne man dazu schreiten die einzelnen Glieder des deutschen Volkes durch eine kräftige Centralgewalt enger zusammen zu ketten. Wenn dieses letzte Ziel sich bei vielen immer mehr verdunkelte; wenn das Streben nach Freiheit einen nebelhaften weltbürgerlichen Zug annahm; wenn es sich vielfach so weit verirrte das eigene Volkstum für nichts zu achten und in Anlehnung an fremde Staaten und Völker, im Liebäugeln mit Franzosen, Polen und Italienern seine Stärke zu suchen, so war das eine Entwickelung, die man bedauern mochte, die aber nicht unnatürlich war. Heilung für sie gab es nur auf einem Wege: der Gang der Geschichte mußte das Bewußtsein wachrufen, daß wahre politische Freiheit als erste Bedingung die nationale Unabhängigkeit und nationales Selbst-

gefühl erfordere. Und zur Begründung dieser Erkenntnis trugen die Jahre von 1830 ab ihr Scherflein bei.

Braunschweig.

Die revolutionären Zuckungen mußten unter den geschilderten Verhältnissen da zuerst ausbrechen und am heftigsten werden, wo die öffentlichen Zustände am unfreisten waren und die Fürsten ihre Macht am willkürlichsten mißbrauchten. Süddeutschland war deshalb anfangs viel weniger für die Bewegung geeignet als Norddeutschland, und in Norddeutschland durfte es nicht überraschen, wenn Braunschweig und Kurhessen den Anfang machten. Denn in diesen beiden Staaten saßen wirkliche Tyrannen auf dem Thron und übten seit Jahren ein Willkürregiment, das ihnen jeden Halt im Volke raubte. Der Herzog Karl von Braunschweig hatte die selbständige Verwaltung seines Landes 1823 angetreten; bis dahin stand er unter der Vormundschaft Georgs IV. von England, welcher diese Pflicht nach dem Tode des bei Quatrebras 1815 gefallenen Herzogs Wilhelm als nächster Verwandter und auf testamentarischen Wunsch des Vaters übernommen und zu seinem Stellvertreter den Grafen Ernst von Münster bestellt hatte. Die Verwaltung des Landes lag in der Hand des Geheimrates Schmidt-Phiseldeck und entsprach den damaligen Verhältnissen. Eine neue Landschaftsordnung, die 1820 mit den alten Ständen vereinbart wurde, wies nur geringe Fortschritte in liberaler Richtung auf. Das Land erhoffte von dem Regierungsantritt des jungen Herzogs schnellere Förderung und sah demselben auch deshalb mit Freuden entgegen, weil die hannoversche Regierung durch Zollbelästigungen dem kleineren Nachbarstaate beschwerlich fiel und man von einem selbständigen Regenten besseren Schutz dagegen erwartete. Andererseits konnte der Charakter des Erbprinzen kein Vertrauen erwecken; er galt für trotzig, vergnügungssüchtig und einen Freund schlechter Gesellschaft. Diese Umstände veranlaßten Georg IV. unter Zustimmung der Höfe von Berlin und Wien die vormundschaftliche Regierung über das achtzehnte Lebensjahr Karls auszudehnen. Ob er dabei im Rechte war, schien fraglich. Dafür sprachen testamentarische Verfügungen des Vaters, dagegen eine braunschweigische Hausordnung, die aber auch schon in anderen Fällen von dem jedesmal regierenden Herzog abgeändert worden war. Wie dem auch sein mochte, der junge Fürst fühlte sich gekränkt und es drohte zu einem öffentlichen Skandal zu kommen. Um den zu verhüten erklärte sich Georg IV. bereit die Sache durch Vermittelung Österreichs schlichten zu lassen. Auch Herzog Karl ging darauf ein, und man vereinigte sich, daß er an seinem 19. Geburtstage, am 30. Oktober 1823„ die Regierung übernehmen solle. Mehrere Jahre verflossen dann ruhig, bis plötzlich am 10. Mai 1827 ein Patent erschien, welches das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr für ungesetzlich und die in diesem Zeitraum erlassenen Verordnungen für ungültig erklärte. Den äußeren Anlaß dazu bot der Übertritt Schmidt-Phiseldecks in hannoversche Dienste. Der Herzog hatte gezögert ihm die erbetene Entlassung zu erteilen, weil er während der Vormundschaft das herzog-

Die Vormundschaft.

Die selbständige Regierung Herzog Karls.

liche und das Landesinteresse geschädigt und hinterher öffentliche Aktenstücke vernichtet habe, und erließ jetzt gegen ihn, der sich unter dem Schutze der hannoverschen Regierung befand, einen Steckbrief. Dadurch wurde der Streit zu einem Zank zwischen den beiden Regierungen und in rascher Entwickelung zu einem heftigen Angriff des Herzogs auf seinen königlichen Vormund und den Grafen Münster. Beide beschuldigte er vorsätzlich seine Erziehung so geleitet zu haben, daß er körperlich und geistig hätte verkommen müssen, wenn nicht seine gute Natur stärker gewesen wäre. Auch hätten sie widerrechtlich seinen Vermögens- und Herrscherrechten viel vergeben und ihm unter anderem die Verpflichtung auferlegt seine Verordnungen durch einen Minister gegenzeichnen zu lassen. Letztere Klage zeigte besonders den absolutistischen Sinn, alle anderen die Kleinlichkeit des Klägers, sein ganzes Verfahren aber eine Leidenschaftlichkeit und Taktlosigkeit, wie sie aus regierenden Kreisen kaum je an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Eine Klage des Herzogs am Bundestage wurde von Metternich noch verhindert, eine Herausforderung des Grafen Münster zum Zweikampf von diesem abgelehnt. Im Lande aber wuchs selbst die Unzufriedenheit mit dem neuen Gebieter aus tausend Gründen. Die neue Landschaftsordnung wurde von ihm mißachtet, die Stände gar nicht einberufen, die Steuern willkürlich erhöht, Staatsgüter verkauft, Papiergeld ausgegeben, die Finanzverwaltung vollkommen zerstört. Dazu kamen persönliche Eingriffe in die Privatverhältnisse; Ärzte wurden gelobt und beschenkt, weil sie verhaßten Personen ihren Beistand verweigert, getadelt, weil sie ihn geleistet; ein Beamter des Landes verwiesen, weil er seinen Abschied verlangt, und das Urteil des Gerichtes von Wolfenbüttel, welches diese Verfügung für ungültig erklärte, auf Befehl des Herzogs vor den Augen der Richter zerrissen. Von allen Seiten liefen Beschwerden beim Bundestage ein; es klagte Georg IV. wegen der ihm widerfahrenen Beleidigungen, es klagte jener Beamte wegen Vernichtung des Wolfenbütteler Urteils; es klagten die Stände, die eigenmächtig im Mai 1829 zusammentraten, wegen Mißachtung der Verfassung. Nur in der Klagesache des Königs von Hannover kam der Bundestag schon 1829 zu einem Urteil; es lautete auf Widerruf und Entschuldigung; beides leistete der Herzog, freilich erst, nachdem er sich fast ein Jahr gesträubt und endlich mit Exekution bedroht war. Die beiden anderen Klagen fanden ihre Erledigung (übrigens auch zu Gunsten der Kläger) erst Ende 1830, nachdem die Braunschweiger sich schon selbst geholfen.

Sein Streit mit dem König von Hannover.

Willkürmaßregeln.

Klagen am Bunde.

Dem Herzog und seiner Sippe wurde mittlerweile der Aufenthalt im Lande immer unbehaglicher. Anfang 1830 trat er eine große Reise an, die ihn in Paris zum Augenzeugen der Julirevolution machte. Angstvoll eilte er sogleich nach Braunschweig zurück, um jede Erhebung dort im Keim zu ersticken. Die Bewohner der Residenz empfingen ihn mit lebhaften Beschwerden und der Forderung, daß er endlich die Stände einberufe. Als Antwort darauf ließ er die Wachen verdoppeln und

Ausbruch der Revolution.

Kanonen vor der Kaserne aufpflanzen. Nun brach der Unwille los. Am 7. September erstürmte das Volk das Schloß, steckte es in Brand und zwang den Herrscher zur Flucht. Die Stände traten zusammen und forderten den jüngeren Bruder, den Prinzen Wilhelm, auf die Regierung zu übernehmen. Um den Schein zu wahren ernannte ihn auch der flüchtige Herzog zum Generalgouverneur, machte aber zugleich alle möglichen Versuche zur Wiedererlangung der Gewalt. Er bat in London (wo bereits Wilhelm IV. auf Georg gefolgt war) um Hilfe, er machte in einer Proklamation von Frankfurt aus den Braunschweigern die größten Versprechungen, er versuchte mit ein paar Dutzend Harzbewohnern im November sein Reich wiederzuerobern. Aber bei Fürsten und Unterthanen fand er gleich wenig Freunde. Der Bundestag übertrug schon am 2. Dezember dem Herzog Wilhelm die Regierung, und nachdem die Agnaten diesem Beschlusse zugestimmt hatten, vertauschte der neue Herrscher im April 1831 seine Würde als Stellvertreter mit der als Nachfolger seines Bruders. Eine neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 erweiterte die sehr mäßigen Rechte, welche die von 1820 der Bevölkerung bestätigt hatte.

Prinz Wilhelm Regent.

Herzog Wilhelm.

Die Verfassung von 1832.

Kurhessen.

Fast an demselben Tage wie in Braunschweig ging der Sturm in Kassel los. Es wurde früher erzählt, in welchem Geiste hier Kurfürst Wilhelm I. nach seiner Rückkehr aus dem Exil das Regiment ergriffen hatte. Willkür und Geldgier waren die hervorstechendsten Züge seines Charakters; beide vereinigten sich wie in der Behandlung der Domänenkäufer, so bei manchem anderen Anlaß. Auch die Verfassungsfrage war daran gescheitert; zwar waren die Stände zunächst zweimal einberufen und Verhandlungen über eine neue Konstitution gepflogen worden; aber weil der Kurfürst auf eine Trennung des Staats- von seinem Privatvermögen schlechterdings nicht eingehen wollte, kam es zu keiner Verständigung und nach 1816 auch zu keiner neuen Berufung der Stände. Darüber war der Kurfürst 1821 gestorben, und sein Sohn Wilhelm II., der ihm folgte, trat getreulich in seine Fußtapfen. Kein Hof, selbst der Braunschweiger nicht, hatte eine reichere Skandalgeschichte aufzuweisen als der kurhessische. Vornehme Staatsdiener mit seinem spanischen Rohre durchzuprügeln oder auf seinen Adjutanten loszustechen betrachtete der Kurfürst als erlaubte Ausflüsse seiner Souveränität. Von seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, getrennt, gab er sich völlig dem Einflusse seiner Maitresse, der zur Gräfin von Reichenbach erhobenen Berlinerin, Emilie Ortlöpp, hin. Da sie ihren und ihrer Söhne Grafentitel Metternich dankte, so war sie zugleich die eifrigste Beförderin des österreichischen Einflusses. An willkürlichem Steuerdruck und an Verwendung der Landesgelder zu Familienzwecken fehlte es auch nicht. Wessen man den Kurfürsten für fähig hielt, zeigte die Losung, mit welcher am 6. September, also noch einen Tag früher als in Braunschweig, die Unruhen begannen: man warf der Regierung vor, daß sie im Einverständnis mit den Bäckern die Brotpreise in die Höhe getrieben

Beginn der Unruhen.

habe. Doch nahm die Bewegung von Tage zu Tage mehr einen politischen Charakter an und schon am 15. September mußte sich Wilhelm II. entschließen die Stände einzuberufen. In kurzer Frist berieten diese unter dem Vorsitz des Marburger Professors Sylvester Jordan, der schnell zu einem der beliebtesten Führer der Liberalen sich aufschwang, eine neue Verfassung, die als Staatsgrundgesetz vom 5. Januar 1831 noch 30 Jahre später eine bedeutende Rolle spielen sollte und vor anderen deutschen Verfassungen durch das Einkammersystem und die ausgedehnten Rechte der Volksvertretung hervorragte. Der Kurfürst glaubte nunmehr die öffentliche Meinung vollkommen befriedigt zu haben und auch seinerseits Forderungen an sie stellen zu dürfen; er hoffte vor allem in seinem Verhältnisse zur Gräfin von Reichenbach nicht länger geniert zu werden. Beim Wachsen der Unruhen hatte diese Kassel verlassen müssen; nach dem 5. Januar kehrte sie zurück; aber die unzweideutigsten Kundgebungen des Volkes zwangen sie schon am 11. Januar wieder aus der Hauptstadt zu weichen. Nach kurzem Besinnen folgte ihr der Kurfürst und schlug erst in ihrer Nähe, in Hanau, dann in Frankfurt mit ihr zusammen seine Residenz auf. Um seine Freiheit in der Wahl des Wohnortes bewahren und nach Belieben außer Landes weilen zu können, nahm er im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an und überließ diesem, dem letzten deutschen Kurfürsten, fast allein die Mühen des Regiments, in dessen Beschaffenheit durch diesen Personenwechsel übrigens nicht viel geändert wurde.

Die hessische Verfassung.

Neue Unruhen.

Der Kurprinz-Mitregent.

Auch Sachsen erlebte seine Revolution fast gleichzeitig mit Braunschweig und Hessen, und auch hier war das Ende dasselbe: eine Verfassung und eine Mitregentschaft. Aber die Ursachen waren doch ganz andersartig. Ebenso verzwickt und schleppend wie seine wunderliche Kämmerchen-Verfassung waren die Verwaltungsformen und das Gerichtswesen des Landes. Zahlreiche Vorrechte wälzten den größten Teil der öffentlichen Lasten auf die mittleren und niederen Stände. Trotz der Rührigkeit des Volkes konnte die Gewerbthätigkeit bei ihrem engen Markte, der wichtige Leipziger Verlag bei dem Drucke der Zensur nicht zu voller Blüte gedeihen. Gegen das Herrscherhaus war wenig zu sagen; es erfreute sich in fast allen seinen Gliedern großer Beliebtheit; nur daß es katholisch und den Jesuiten zugeneigt war, verbreitete Mißstimmung im Lande und hatte schon bei der Jubelfeier der Augsburgischen Konfession, am 25. Juni 1830, zu Unruhen Anlaß gegeben. Lebhafter war der Unwille gegen die Adelssippschaft, die im Besitz ausgedehnten Grundeigentums mit bedeutenden Resten der alten Souveränität die Regierung ganz und gar in Händen hatte, während in den Städten die Magistrate, die sich teilweise sogar selbst ergänzten, eine ähnliche Macht besaßen. Überdies gab eine Menge von örtlichen Mißständen der Unzufriedenheit Nahrung. In Leipzig kam es vom 2. September an zu Pöbelaufläufen, bei denen die Häuser einiger mißliebigen Personen arg mitgenommen wurden; aber bald bemächtigte sich die

Königreich Sachsen.

Bürgerschaft der Leitung und trug dem Könige in geordneter Form ihre Wünsche vor. In Dresden ahmte man das nach; anfangs schlugen hier die Wogen sogar noch höher; die Unruhestifter gewannen die Oberhand und verwüsteten Rathaus und Polizeigebäude. Doch rafften sich die besseren Elemente bald auf und da der König durchaus friedlich gesinnt war, da das ganze Land sich mit seinen beiden Hauptstädten in dem Verlangen nach Preßfreiheit, Reform der Staats- und der Gemeindeverfassung, Entfernung des Ministeriums und der Jesuiten, vereinigte, so gab König Anton, ein bejahrter Herr, wenn er auch erst 1827 seinem Bruder auf dem Throne gefolgt war, schnell nach, und an die Stelle des Ministers Grafen Einsiedel trat der bisherige Bundestagsgesandte Lindenau, ein ehrlich liberaler, tüchtiger Mann. Der Thronfolger, des Königs Bruder Maximilian, auch schon in vorgerücktem Alter, verzichtete zu Gunsten seines Sohnes Friedrich August auf seine Rechte und machte es dadurch dem Könige möglich diesen sehr beliebten Prinzen zum Mitregenten anzunehmen. Fortan verlief alles in schönster Eintracht. Die alten Stände berieten eine neue Verfassung; am 4. September 1831 wurde sie eingeführt und vom Volke mit großer Befriedigung begrüßt.

Altenburg. Ein Seitenstück zu den sächsischen Ereignissen spielte sich gleichzeitig in Altenburg ab, dessen Bürgerschaft sich am 13. September erhob. Der Herzog entfloh mit seiner Familie, besann sich aber schnell, gab nach, entließ seinen Minister Trützschler und beriet mit den alten Ständen

Sondershausen. ein neues Grundgesetz, das am 29. April 1831 in Kraft trat. Nicht so glücklich waren die Unterthanen des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, der bereits seit 36 Jahren an der Spitze seines „großen Rittergutes" stand und außer Jagd und Tabak an das Leben keine bedeutenden Anforderungen stellte. Er versprach zwar am 25. September eine Verfassung, veröffentlichte dann aber im Dezember ein Aktenstück, das so ziemlich allen Forderungen schnurstracks widersprach und die einmütige Verwahrung der Städte des Fürstentums hervorrief. Der alte Herr ließ sich darüber keine grauen Haare wachsen, sondern erklärte im Juli 1831 gelassen, dann möge alles beim alten bleiben; erst sein Sohn verkündete im September 1841 ein Landesgrundgesetz.

Schleswig-Holstein. Ebenso ergebnislos verlief eine Bewegung, die im November 1830 in Schleswig-Holstein entstand. Ihr Ziel war die Vereinigung beider Herzogtümer in einer Verfassung und die bloße Personalunion mit Dänemark, ihre Seele der Kanzleirat Uwe Jens Lornsen von der Insel Sylt, ein ehemaliger Burschenschafter, der eben jetzt zum Landvogt auf seiner heimischen Insel ernannt war. Auf der Reise dorthin trat er mit einigen Gesinnungsgenossen zusammen und beschloß einen Sturm von Bittschriften zu Gunsten seiner Pläne zu veranlassen. Eine kleine, kräftig geschriebene Broschüre faßte diese zusammen. Nur der König und der Feind sei uns und den Dänen gemeinsam, war das Schlagwort, mit dem er seine Landsleute fortzureißen dachte. Aber die Unterstützung, die er fand, war sehr lau, und der einzige Erfolg, den die

Bewegung für den Augenblick hatte, war Lornsens Verhaftung, Absetzung und einjährige Festungsstrafe in Friedrichstadt. Doch wurden im Mai 1831 Provinzialstände verheißen und 1834 wirklich eingeführt.

Hannover.

Die Hannoveraner befanden sich dazumal in eben der Lage, die Lornsen für Schleswig-Holstein herbeiführen wollte; was sie mit England vereinigte, war nur die Person des Königs, und auch dieses Band war nahe daran gelöst zu werden. Denn während in England die weibliche Erbfolge gesetzlich war und deshalb Wilhelms IV. Tochter Victoria den Thron nach des Vaters Tode besteigen mußte, berief das hannoversche Gesetz seinen nächsten Bruder, den Herzog von Cumberland, zur Nachfolge. Einstweilen jedoch herrschte noch Wilhelm IV. und ließ sich in Hannover durch seinen jüngsten Bruder, den Herzog von Cambridge, vertreten, während ihm in London selbst als Minister der Graf Münster zur Seite stand. Die ständische Verfassung des Landes, die 1819 vereinbart war, beschränkte die Machtfülle der Regierung nicht im mindesten. Die geringe Vertretung, welche Bürger und Bauern in der Kammer fanden, machte sie gleichgültig gegen die Verhandlungen derselben; ihre Abgeordneten waren zumeist Beamte, die sich mit der Regierung ebensowenig in Widerspruch setzen mochten, wie der Adel, der alle hervorragenden Stellen in der Staatsverwaltung innehatte. Handel, Gewerbe und Landwirtschaft lagen sehr danieder; in den kleinen Städten und auf dem Lande herrschte wirkliche Not; der Bauernstand lebte vielfach noch in Hörigkeit; die Steuern wuchsen unablässig und hatten sich seit 1813 verdoppelt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte daher auch schon im September zu allerlei Aufläufen, die nicht sowohl einen politischen Charakter hatten, als vielmehr aus der materiellen Not entsprangen. In Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Osnabrück, in den Städten am Harz kam es zu Unruhen, deren Ziel die Herabsetzung der Brotpreise, die Erhöhung des Arbeitslohnes war. Die Ausnutzung dieser sozialen Forderungen zu politischen Zwecken machten sich einige Männer in Osterode und Göttingen zur Aufgabe. Dort waren es besonders die Advokaten König und Freitag, hier die Privatdozenten von Rauschenplatt, Schuster, Ahrens, die Advokaten Seidensticker und Eggeling. Studentenunruhen, denen bereits die straflose Befreiung eines verhafteten Kommilitonen gelang, kamen ihnen dabei zu Hilfe. Die Osteroder machten den Anfang; sie bewaffneten die Bürger, wählten einen neuen Gemeinderat und wandten sich an den König, den sie in einer scharfen Adresse um Beseitigung der Übelstände angingen. Allein die Antwort wurde ihnen durch ein paar Regimenter überbracht, welche den früheren Zustand wiederherstellten und die beiden Advokaten gekettet nach Hannover führten. Erst jetzt schritten auch die Göttinger zur That. Am 8. Januar 1831 folgten sie in allen Stücken dem Vorbilde der Osteroder, erzwangen die Absetzung des Polizeidirektors und des Gemeinderates und glaubten an der Spitze von 2—3000 Bürgern und Studenten des Sieges gewiß zu sein, ja die Erhebung über die Grenzen Hanno-

Göttingen und Osterode.

vers in die benachbarten Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Bussche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang die Übergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich sich retten zu können.

Die Verfassung von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen als durch Adressen an den König. Und damit erreichte man mehr, da Wilhelm IV. gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, der zum Vizekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten teils durch Neuwahlen, teils durch den Einfluß der liberalen Strömung des Jahres 1830 eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßigt und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Kommission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß im Sommer 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaktion, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermutigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugesagt und durchgeführt, aber sie änderten nichts an dem politischen Gesamtzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein erstreckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, Breslau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, die jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der Wunsch nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und tauchte unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt, der wieder in den Staatsrat berufen wurde, sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Teil lag der Grund dafür in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Änderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerte Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes

Die Verfassungsfrage.

Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes verwachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht von dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen: Ein kindliches Verhältnis, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmütigen Abhängigkeit von Österreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittelung der Friede von Adrianopel zustande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht bloß der Kriegführenden, sondern aller Friedensfreunde. In der Anerkennung Louis Philipps war es den Kabinetten von Wien und Petersburg vorangegangen; entschlossen und gerüstet einen etwaigen französischen Angriff zurückzuweisen, lehnte Friedrich Wilhelm doch den Vorschlag Metternichs ab eine Ministerkonferenz in Berlin abzuhalten um dort Maßregeln zu beraten für den Fall, daß die Franzosen die Ruhe der Nachbarstaaten bedrohten; nicht mit Unrecht meinte er, daß ein solcher Schritt wie eine Herausforderung wirken würde. Auch daß die belgische Revolution nicht zu einem europäischen Brande ausartete, wurde mit Recht Preußens Könige gutgeschrieben, der bei sich selbst die Neigung überwand den Oraniern Hilfe zu bringen und sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Zeitweilig übte diese friedliche und doch feste Politik eine starke Anziehungskraft selbst auf Bayern und Württemberg aus und versprach Preußen beim Ausbruch eines Krieges die führende Stellung zu verschaffen. Die beiden süddeutschen Könige waren sich der Gefahr, die gerade ihren Staaten von Frankreich drohte, sehr wohl bewußt; rheinbündlerische Lockungen prallten an ihnen, deren Patriotismus sich schon in den Tagen Napoleons so unzweideutig bewährt hatte, vollkommen ab; gegen Metternich nährten sie beide seit lange heftigen Groll und überdies wußten sie, daß es trotz aller großen Worte mit der österreichischen Armee nur dürftig bestellt war. Besonders als im Februar 1831 die österreichische Einmischung in Italien die Möglichkeit nahe rückte, daß Deutschland wegen undeutscher Interessen in den Krieg verwickelt werden könnte, lag es nahe den engsten Anschluß an Preußen zu suchen. Und dieses kam dem Bedürfnis bereitwillig entgegen. Da der General Röder, der die Aufgabe hatte mit Österreich eine Verständigung herbeizuführen, sein Ziel nicht erreichen konnte, wurde ohne dessen Rückkunft abzu-

Die auswärtige Politik.

Militärische Verhandlungen.

warten der General Rühle von Lilienstern an die süddeutschen Höfe geschickt und hier sehr günstig aufgenommen. Der Grundgedanke der Verhandlungen war der einer engeren Verbindung mit Preußen um nicht von Österreich ins Schlepptau genommen zu werden; man wollte die Wahl eines Bundesoberfeldherrn, wozu Österreich damals den Erzherzog Karl ausersehen hatte, vereiteln, an die Spitze der süddeutschen Armeen den König von Württemberg stellen, die norddeutschen Kontingente Preußen überweisen, und um mit diesem gemeinsam operieren zu können die süddeutschen Truppen auf Würzburg und Mainz konzentrieren. Österreich ließ es nicht an Bemühungen fehlen diese Absichten zu durchkreuzen. Im April mußte der Graf Schönburg als außerordentlicher Gesandter die größten Zusicherungen machen und die einzelnen Höfe zur Entsendung von vertrauten Offizieren nach Wien einladen. Allein überall wurde diese Aufforderung abgelehnt, von Bayern mit dem Zusatz, man sei so eng mit Preußen verbunden, daß dieses etwaige Verhandlungen mit Österreich auch in Bayerns Namen führen werde. Umsomehr suchte nun Metternich am Berliner Hofe wieder Fuß zu fassen. Die Bestrebungen Preußen an die Spitze eines engeren Bundes zu bringen erfreuten sich dort einflußreicher Fürsprecher. Empfahl doch des Königs Schwager, Herzog Karl von Mecklenburg, geradezu den Ausschluß Österreichs aus dem Bunde und die Übernahme der diplomatischen Leitung durch Preußen, dem zwei andere, jährlich wechselnde Fürsten beizuordnen wären. Die Staatsmänner, die den Zollverein geschaffen, viele hervorragende Offiziere wie des Königs Generaladjutant von Witzleben, auch Bernstorff als Minister des Auswärtigen wirkten in derselben Richtung, obgleich der letztere doch mehr zurückhielt als antrieb. Indes als er krankheitshalber im April 1831 um Entlastung bitten mußte und nun Ancillon, der Bewunderer Metternichs, ihm zur Seite trat, wurde das Nachteilige dieses Wechsels bald fühlbar; den völligen Umschwung der preußischen Politik erreichte Metternich durch Umstimmung des Königs, als dieser, von Wittgenstein begleitet, im August sich in Teplitz befand. Obgleich die Kriegsgefahr gerade jetzt wieder brennend wurde, ließ der König die schon beschlossenen Militärkonferenzen mit den Südstaaten fallen und statt dessen mit dem nach Berlin gesandten General Clam-Martinitz Verhandlungen führen, die obendrein bald in die Hände des österreichischgesinnten Generaladjutanten v. d. Knesebeck gelegt wurden. Von diesem Augenblicke an hatte Metternich gewonnenes Spiel; die Vorstellungen der Gegner, z. B. Witzlebens, wurden vom König schroff zurückgewiesen; Bernstorff erhielt von den wichtigsten Akten gar keine Mitteilung und bat im März 1832, tief gekränkt, ihn von der Teilnahme an diesen Verhandlungen völlig zu entbinden. Nicht allein das wurde ihm gewährt, sondern zwei Monate später auch die völlige Entlassung. Wenige Tage darauf erging an Bayern und Württemberg, bald auch an Hannover und Sachsen die Einladung Offiziere nach Berlin zu schicken um mit dem Grafen Clam und mit Knesebeck die militärische

Gegensatz zu Österreich.

Umschwung in Berlin.

Organisation in einem Kriege mit Frankreich zu beraten. Dafür daß Preußen die Idee der engeren Vereinigung preisgegeben hatte, erwies sich Österreich in den militärischen Fragen nachgiebig; es ließ seinerseits die Forderung des Bundesgesetzes von 1821, daß ein Bundesfeldherr ernannt werden solle, fallen und willigte in die Aufstellung dreier Armeen, von denen die des linken Flügels zwei preußische und das zehnte Bundeskorps, die des rechten 150 000 Österreicher umfassen sollte, während dem Centrum das siebente, achte und neunte Bundeskorps und 90 000 Preußen zugewiesen wurden. Für die Sicherung Deutschlands waren diese Abmachungen nicht zu unterschätzen und auch die Stellung Preußens war dadurch im Vergleich zu dem Bundesgesetz von 1821 wesentlich gehoben; aber diejenigen Hoffnungen freilich, die auf militärischem Gebiet eine ähnliche Verbindung wie auf dem wirtschaftlichen im Auge gehabt hatten, waren damit gründlich vereitelt und überdies die engste Anlehnung der preußischen Politik an die österreichische dadurch von neuem gewährleistet. Was die inneren Zustände des Landes betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuckmann und Kamptz zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der hämische, kleinliche Charakter war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht gesühnt oder gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten ehemalige Demagogen öffentliche Ämter, die Zensur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Karlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten wurden mit allseitigem Eifer gepflegt, ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volksunterricht geschah viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit den Freiheitskriegen etwa zwanzig neue Seminare. Die Seele des Unterrichtswesens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem neubegründeten Kultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten hochverdiente Männer, wie Joh. Schulze, Süvern, Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte 1825 einen großen Fortschritt durch die Abzweigung eigener Provinzial-Schulkollegien von den Konsistorien. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnsüchtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz manchmal untreu und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Überzeugung sein durfte. Diese evangelische Union, die er 1817 zum Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche

Polizeiwesen.

Unterricht.

Die evangelische Union.

war längst so völlig dem Bewußtsein der großen Mehrzahl auf beiden Seiten entschwunden, daß der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes um auch die trennenden Formen zu beseitigen und das, was aus einer Wurzel entsprungen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine Kabinettsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigener Überzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Fakultät, des Konsistoriums, der Gymnasialkollegien, des Magistrates und viele königliche und städtische Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie und darüber hinaus fand der Vorgang Nachfolge. Der Widerspruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpunkte der Gegner wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 Thesen schroffes Festhalten am strengen Luthertume predigte und dem es auch in Preußen nicht an Anhang fehlte. Aber da es den Widerstrebenden unbenommen blieb ihrer Überzeugung zu folgen und in den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges Martyrium verschafften, so vereitelte ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union, und erst späteren Tagen war es vorbehalten das zeitgemäße Werk wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten arbeitete er eine Liturgie aus, die sich vorzugsweise an die alte lutherische Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chors der Gewöhnung der Reformierten widersprach. Schon 1816 hatte er dieses sein Werk in den Garnisonkirchen eingeführt, nach mancherlei Änderungen empfahl er es 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß es den Hauptbestandteil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtige; nur der sechzehnte Teil der Geistlichen wollte es annehmen. Das verdroß den König, und wenn er auch nicht so weit ging die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Widerstrebenden nur die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch

Die neue Agende.

in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine kürzere Form der königlichen Liturgie, welche die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen konnte. Selbst die zwölf Berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche meinte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das als ein Irrtum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christentum sichtlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede —, daß ihre Richtung also auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Gesenius und Wegscheider in Halle, als Christusleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen Einspruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirksamkeit jedes protestantischen Bekenntnisses, blieb in Preußen unangetastet. Bei uns, so konnte ein Preuße mit Stolz schreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationalisten, und jeder Christ kann sich den zum Lehrer wählen, der ihm am besten gefällt. Einige Jahre später, 1834, ließ sich der König freilich zu bedauerlichen Schritten gegen die strengen Altlutheraner verleiten, die besonders in Schlesien die Union zu verwerfen fortfuhren. Selbst die bewaffnete Macht wurde gegen sie aufgeboten, die Kirchen ihnen genommen, manche Geistliche verhaftet; nicht einmal die Absonderung von der Landeskirche und die Begründung einer selbständigen religiösen Gemeinschaft wurde den Sektierern gestattet, und wenn der Monarch dagegen die Gültigkeit der Bekenntnisschriften beider Konfessionen innerhalb der Union anerkannte, so war auch das ein Rückschritt, insofern die Bekenntnisunion dadurch zu einer bloßen Kultusunion herabgedrückt wurde.

Orthodoxie und Rationalismus.

Auch der katholischen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiösen Freiheit ihr Recht ließ ohne dem Staate etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erspart, der sich schon in diesen Jahren vorbereitete, dessen Darstellung uns aber erst später beschäftigen kann.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen, die in beständigem Aufschwung begriffen waren, blieb die gewichtigste Förderung die Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem Eintritt Kurhessens in den preußisch-darmstädtischen Bund war das Eis gebrochen und von den verschiedensten

Der Zollverein.

Seiten, von Bayern-Württemberg, von den thüringischen Kleinstaaten, ja selbst von Sachsen, wo der alte Preußenhaß in dem Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Gesuche wegen des Eintritts in den Zollverein. Getreu dem Grundsatz, der sich bisher so gut bewährt hatte, nahm Preußen dieselben zwar freundlich entgegen, weigerte sich aber durchaus in gemeinsame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren zugleich zu treten; die thüringischen Länder mußten sich erst untereinander zu einem Handelsbunde zusammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein stattfand. Die größte Bedeutung beanspruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, schon deshalb weil man in München und Stuttgart Forderungen stellte, welche die Festigkeit des bisherigen Bandes wesentlich lockern mußten. An und für sich brachte ja schon jedes stimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußischen Einflusses zuwege, da bei der völligen Gleichberechtigung aller und vornehmlich bei dem Einspruchsrechte in Tariffragen, das jedem zustand, die Durchführung von Änderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an so viel Orten und gegen so viel verschiedene Meinungen mehr verteidigt werden mußte. Überdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer Souveränität etwas zu vergeben, auch bei allen Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bisher die Entscheidung darüber in fast allen Fällen Preußen allein zustand. Noch ein anderer Grundsatz, den man in Berlin mit Recht für sehr wichtig hielt, sollte aufgeopfert werden: die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern in allen Vereinsländern. Diese sogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Bayern bezog aus der Besteuerung des Bieres eine siebenmal größere Summe von jedem seiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieses nur 3 Silbergroschen. In diesem Punkte mußte man also in Berlin wohl oder übel zurückweichen und sich mit Ausgleichsabgaben begnügen. Die Schwierigkeit der Verhandlungen, die im Dezember 1831 begannen, wurde aber dadurch noch vergrößert, daß die süddeutschen Staaten untergeordnete Beamte nach Berlin sandten, die jeden Augenblick um neue Weisungen bitten mußten und deren einer, der Württemberger Moritz Mohl, überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande aus dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeite. Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbrauche von zollpflichtigen Waren einen größeren Anteil an dem Ertrage verlangte als der Kopfzahl entsprach, setzte die Süddeutschen gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß man bei ihnen viel mehr verzehre und sie also ihrerseits ein Präcipuum fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom Mai bis Ende 1832 ruhten auch die Verhandlungen. König Ludwig war es, der den Anstoß gab sie wieder zu erneuern, denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wenig mochte dazu wohl auch die Besorgnis beitragen, daß Preußen sonst auf eigene Hand den thüringischen Staaten, die seit

Verhandlungen mit Bayern und Württemberg.

dem Januar 1832 die Aufnahme eifrig erbaten, diese Bitte gewähren könnte; geschehe das aber, so meinte man in Bayern und Württemberg, dann sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Nun hatte man bis dahin in Berlin die Verhandlungen mit den Thüringern hinausgeschoben um den Argwohn der Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Geduld und am 7. Dezember waren Besprechungen eröffnet worden. Dieser Wink wurde von König Ludwig verstanden und auf sein Drängen genehmigte der König von Württemberg, daß im Januar 1833 der bayerische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beider Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresden um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn trotz zweimaliger Konferenzen, die der sächsische Finanzminister Zeschau im Frühjahr 1831 und 1832 mit den preußischen Staatsmännern gepflogen hatte, war auch mit Sachsen noch keine Verständigung erzielt worden, da man die Schwierigkeiten, die aus der Bedeutung Leipzigs als Meßstadt hervorgingen, trotz des guten Willens auf beiden Seiten nicht auszugleichen vermochte. Allein der sächsische Minister war gern zu einem dritten Versuch bereit, wenn der Fortgang der Unterhandlungen mit Mieg Aussicht auf Erfolg darbiete. Und das war der Fall. Am 22. März 1833 wurde der Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Bayern und Württemberg vom 1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Beiderseits verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewünscht hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der bayerischen Einnahmen, daß er sich das Recht zu früherer Kündigung vorbehielt, wenn der bayerische Anteil an den Zöllen einen Ausfall von 10 Prozent gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sollte. Wie unnötig diese Vorsicht war, ergab sich bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16 Prozent sanken, so daß die Staatskasse eine Verminderung des bisherigen Rohertrags um 28 Prozent ohne Schädigung hätte ertragen können, stieg u. a. die Einnahme aus dem Kaffeezoll gleich auf das Dreifache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa zwei Millionen Thaler an Bayern herauszahlen. Sein eigener Anteil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in anderen Punkten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Bayern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinskonferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Kontrolle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Warentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständnis, das Mieg auf

Verhandlungen mit Sachsen.

Abschluß mit Bayern und Württemberg.

eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Beitritt Sachsens.

Nach so glücklichem Ergebnis zögerte Sachsen nicht auch seinen Beitritt wieder zu beantragen, und schon am 30. März 1833 schloß Zeschau unter denselben Bedingungen wie Mieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen hatte. Er verweigerte seine Unterschrift und enthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständnis. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendigt. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebietsteilchen sich anschlossen und der am nächsten Tage als Gesamtheit dem deutschen Zollverein beitrat. So fehlten denn am Neujahrstage 1834 außer dem Nordwesten nur Baden, Nassau und Frankfurt noch in dem großen Bunde; sonst war ganz Süd- und Mitteldeutschland mit Preußen verbunden; die große wirtschaftliche Einheit war des Namens eines „deutschen Zollvereins" würdig. Auch die genannten drei Staaten und der Nordwesten durften als künftige Genossen des Bundes schon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden; mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunkt abwarten, wo ihnen selbst das richtige Verständnis für ihr eigenes Bestes aufgehen würde.

Beitritt des thüringischen Handelsvereins.

Hannovers Gegenbemühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige dieser Staaten zu den bösartigsten Gegnern. Besonders Hannover hatte keine Mühe gescheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des Verderbens erschien ihm mit Recht der Abfall Kurhessens vom mitteldeutschen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genossen waren befugt sich deshalb beschwerend an den Bund zu wenden. Wenn Bayern, Württemberg, Sachsen, die thüringischen Staaten mit Preußen und seinen Zollverbündeten zusammengingen, ließ sich dadurch natürlich kein Erfolg erzielen; aber als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnislos abgebrochen wurden, beeilte sich Hannover mit Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt am Bundestage ein Austrägalgerichtsverfahren gegen Kurhessen zu verlangen und gewann eine Mehrheit dafür. Der Zeitpunkt war eben günstig gewählt; einige Monate später meinte selbst Metternich: wenn heute noch einmal abgestimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Übrigens kam die Klage nicht zur Entscheidung; sie war durch Beschluß der Bundesversammlung Österreich überwiesen und blieb in den Akten des Wiener Gerichtshofs begraben, da Metternich den offenen Bruch mit Preußen scheute. Kein besseres

Schicksal hatte ein Antrag Hannovers auf Ausführung des Artikels 19 der Bundesakte. Es war ein aussichtsloser Versuch die gescheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover selbst glaubte durchsetzen zu können, war die Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollschranken innerhalb Deutschlands, auf deren gänzliche Beseitigung es ja ankam, wären unverändert bestehen geblieben. Über so geringe Besserungen war man in den Zollvereinsstaaten jetzt doch hinweg. Das sagte denn auch der preußische Bundestagsgesandte von Nagler rund heraus in einer Denkschrift, die Metternich an Narrheit zu grenzen schien. Doch die Narrheit wurde von den meisten Bundesgenossen geteilt, und deshalb ward der hannoversche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Dagegen verbanden sich Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg in den Jahren 1834—37 mit Hannover zu einem Steuerverein, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs 1835 und 1836 eine erwünschte Abrundung durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Württemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhland, Römer, ja selbst Pfizer gegen den Vertrag stimmten, so waren sie auch in Baden grimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Rotteck prophezeite, alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem Anschluß an den bayerisch-württembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht erteilt hatten über einen gesamtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andererseits vertraten Männer wie Nebenius, Rau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Werthheim in der Presse und in den Kammern den Vertrag vom 12. Mai 1835 so nachdrücklich, daß er in der ersten Kammer einstimmig, in der zweiten mit 40 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Nassau und Frankfurt hatten sich den Eintritt dadurch unmöglich zu machen gesucht, daß sie Handelsverträge schlossen: Nassau auf fünf Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf zehn Jahre mit England. Nassau gestand darin den französischen Weinen und Seidenwaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz zu, der geringer war als der preußische, Frankfurt verpflichtete sich keinen dritten Staat vor England in Zollsachen zu begünstigen. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten den Vertrag zu beraten, so war er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, hängte er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit Recht sahen die Franzosen in dieser Spitzfindigkeit einen Treubruch, und mit diesem Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen.

Der Steuerverein.

Eintritt Badens in den Zollverein.

Nassau und Frankfurt.

Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages, die ihm denn auch gewährt wurde und ihm ermöglichte am 2. Januar 1836 dem Zollverein beizutreten, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die österreichisch Gesinnten mit schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, den Hauptnagel zu dessen Sarge, wie der badische Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Österreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft besitze Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen bestehe vielleicht darin, daß Österreich sich mit einem bloßen Schutz- und Trutzbündnis begnüge und Preußen auch rechtlich an die Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen mochte sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganze Zollvereinsbewegung unterschätzt; zwar waren seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschluß entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Scheinversprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegengeboten. So waren ihre Bemühungen eitel geblieben, und das große Werk stand zu Metternichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimmen des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Juni 1833, seien nur noch sieben völlig unabhängig von dem preußischen Verein; Österreichs Einfluß sei schon jetzt schwer geschädigt und auf die Länge würden seine Beziehungen zu den anderen Bundesstaaten erst erschlaffen und endlich ganz abreißen. Aber ein wirksames Gegenmittel fand er auch jetzt nicht; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht in den Absichten und nicht in der Politik Österreichs. So begnügte er sich denn insgeheim zu hetzen, die Zollvereinsgenossen argwöhnisch gegen Preußen zu machen und sich damit zu trösten, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein von selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gewiß nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preußen verfuhr, rückhaltlos anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheimen Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegenzuwirken waren die bayerischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, und ein enges Zusammenstehen mit Württemberg, Sachsen, Baden erschien ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite suchte man dieses Mißtrauen dadurch zu bekämpfen, daß man den Gedanken an die Führerschaft unbedingt zurückwies. Als Frankreich in einer Mitteilung nach Darmstadt mit

berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerstelle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, nehmen wir nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller beteiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit. Nicht durch gewaltsames Anstürmen wollte man seine Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst ebendieses Lob mit größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatsachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so treuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens Abschied nahm von dem österreichischen System, und wenn die hessischen Staatsmänner ihrem Großherzog erklärten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Österreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland.

Wenn die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermütig wurden, sondern sich nur umsomehr der rücksichtsvollsten Formen gegen ihre Bundesgenossen bedienten, so konnte man bei dem preußischen Volke eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen und materiellen Interessen vor anderen deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten der Freiheitskriege knüpfte, und nährte ein Gefühl der Überlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger war, als bei ihnen dieselbe Überschätzung derjenigen Vorzüge herrschte, deren sie ihrerseits sich erfreuten, besonders ihrer konstitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gefochten und kein Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und Beamtenstaat verwandelt zu sehen so unbehaglich, ja peinlich machte, daß man das liberal regierte süddeutsche Musterreich schlimmsten Falls lieber selbst mit Anlehnung an Frankreich erstreben

wollte. Mit Stolz sahen sie auf ihre Länder, in welche sich die vor dem Todeshauch des Nordens fliehende deutsche Freiheit habe zurückziehen und wenigstens einige Lebenskeime habe retten können, in denen die eigentliche deutsche Geistesbildung allein noch fortdauere und mit der Zeit die überraschendsten Früchte tragen werde, deren geistige Auflehnung gegen die nordischen Anmaßungen eine, wenngleich schwache, Schutzwehr für deutsches Volksleben und Eigentümlichkeit bilde. Durfte man denn Preußen überhaupt für einen deutschen Staat gelten lassen? Steckte in dem alten steinernen bitteren Stockpreußentum nicht vielmehr in Wahrheit ein slavisches Element? Es giebt keinen reineren und schärferen Gegensatz des echt germanischen Wesens als das Preußentum, rief jener Uwe Lornsen aus, dessen oben gedacht wurde, ein Mann, der von Geburt ein Nordländer, doch aus tiefstem Herzen mit dem süddeutschen Liberalismus übereinstimmte; und darum, so fügte er hinzu, sei Preußen auch der Brennpunkt des Hasses aller Deutschen. Nur das wiedergeborene Preußen könne das übrige Deutschland sich aneignen; so wie es jetzt sei, würde es von den Deutschen heftiger zurückgestoßen werden als selbst die Franzosen. Sprach so ein Mann, dessen urdeutsche Gesinnung anzuzweifeln Verblendung wäre, wie sollte da erst die weit verbreitete Schattierung der Liberalen denken und reden, denen über all der Schwärmerei für die Freiheit die echte Vaterlandsliebe abhanden gekommen war, die sich zu einem so erhabenen Kosmopolitismus emporgeschwungen hatten, daß sie jeden Gedanken an Deutschheit als eine Verunreinigung ihres weltbürgerlichen Charakters verschmähten, und die Forderungen der Nationalität, Nationalrechte und Nationalehre nur noch im Auslande und bei fremden Völkern gelten lassen wollten. Wenn in Frankreich ein liberaler Kandidat durchfiel, wenn in England ein Ministerium Wellington drohte, wenn irgend eine neue Revolution aus Ost oder West gemeldet wurde, das war für den kannegießernden Zeitungsleser und Wirtshauspolitiker ein Ereignis von höchster Wichtigkeit. Auf Frankreich vor allem richteten sich seine Blicke; einige Zweige der französischen Revolution auf den deutschen Stamm zu pfropfen, aus jeder deutschen Winkelhauptstadt ein kleines Paris, aus jedem Flickstaate eine Nation zu machen, das war sein höchstes Ziel. Dafür aber, daß für dauerhafte freisinnige Einrichtungen in Deutschland noch jeder Boden fehlte, daß die kleinen Bruchstaaten, auch die süddeutschen Königreiche nicht ausgenommen, nur durch ein zweideutiges Schaukelsystem, durch beständiges Nachgeben, Anschmiegen und Parteinehmen für fremde Interessen ihr splitterhaftes Dasein kümmerlich fristen konnten und durchaus der Selbständigkeit entbehrten, welche die Freiheit voraussetzt, dafür gebrach es den meisten an jedem Verständnis. Es war eine männlich kühne That, als Paul Pfizer 1831 in seinem Briefwechsel zweier Deutschen diese Wahrheiten frisch heraussagte und mitten in der Hochburg des süddeutsch-französischen Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm die Einigung Deutschlands durch Preußen stand. Ihm

Der kosmopolitische Liberalismus.

Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen.

galt Österreich als die letzte Kolonie, die das große Mutterland aus seinem Verbande entlassen müsse; Preußen aber, dessen humane Gesetzgebung, dessen musterhafte Verwaltung, dessen wohlwollendes volksbeliebtes Fürstenhaus er laut pries, und dessen Volk er entschlossen gegen den Vorwurf knechtischer Gesinnung in Schutz nahm, Preußen sei berufen an die Spitze zu treten, indem es einen Bundestag aus Abgeordneten der Ständeversammlungen nach Berlin berufe und mit diesem als Vertreter aller anderen deutschen Staaten (mit Ausschluß Österreichs) verhandle. So erkannte Pfizer mit prophetischem Blick die Zukunft, aus der dem Vaterlande Heil erblühen sollte, und hoffnungsfreudig rief er ihm zu:

Laß die Helden, die geschieden;
Die Vergangenheit ist tot!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenrot,
Gleich dem Aar, der einst entflogen
Staufens Nachbar, und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Wogen
Des entlegnen Ostmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlassnen, Heimatlosen
Mit der goldnen Schwinge zu!
Und mit mächtgem Flügelschlage
Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
Steig empor zum neuen Tage,
Sonnenauge, kühn und frei!

Andere Pläne für die deutsche Einheit.

Viel Bewunderung fand diese begeisterte Poesie der Vaterlandsliebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch sonst in Süddeutschland, die annähernd dasselbe wünschten und hofften ohne ihre Gedanken zu so scharfer Ausprägung zu bringen und die Verdienste des preußischen Staates, die Abhängigkeit und Unselbständigkeit des süddeutschen Liberalismus mit gleicher Klarheit zu erkennen. Selbst Männer, die wie Rotteck kurz nachher von heftigem Ingrimm gegen den preußischen Absolutismus überwallten, die wie Wirth und Siebenpfeiffer kaum ein Jahr später in der Presse den äußersten linken Flügel führten, äußerten sich anfangs doch noch voll Anerkennung und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang an Phantasten, die jeder seinen eigenen Landesherrn zum Oberhaupte Deutschlands auserkoren wissen wollten. Besonders eifrig wurde von manchen für Ludwig von Bayern, den mächtigsten „deutschen" Bundesfürsten, gewirkt; ja in seiner nächsten Umgebung soll General Raglovich einen Plan zur militärischen Durchführung dieses Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, was freilich von anderen bestritten wird. Aber auch Wilhelm von Württemberg und Leopold von Baden wurden von anderen zu Beherrschern des deutschen Reiches ausersehen, während verständigere Naturen wie Welcker sich damit begnügten eine

Freiheitliche Bestrebungen.

Volksvertretung am Bunde und die Umwandlung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle diese Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesamtdeutschlands hatten, traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzelstaaten die liberalen Forderungen des Tages durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mit gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja die zwanziger Jahre den Mehlthau der Reaktion über die lustig aufblühenden Verfassungen getränfelt. Wenn die beiden Könige Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewaltsame Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten sie doch eine Fortentwickelung desselben nicht kräftig fördern können ohne Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickte dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeitpunkt, wo der bayerische König „sich festgefahren habe" um die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen". Die größte Sorge aber machte ihm Baden, wo nach dem Tode des „korrekten" Großherzogs Ludwig am 30. März 1830 Leopold, der erste Fürst aus der Hochberger Linie, den Thron bestieg, das reaktionäre Ministerium entließ und in dem früheren Abgeordneten Winter einen

Die badische Kammer.

bewährten Liberalen zu seinem ersten Ratgeber berief. Die neue Kammer, die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das gerade Gegenteil der vorigen, und Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier zogen die Augen von ganz Deutschland auf sich durch den Eifer, mit welchem sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihre frühere Gestalt wieder, in der sozialen und der Steuergesetzgebung wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Preßfreiheit, soweit sie die Karlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme der Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die einen anderen Bundesstaat betrafen, wiedereingeführt. In Württemberg war der Landtag schon vor der Revolution auseinandergegangen und kam erst mehrere

Bayern.

Jahre später wieder zusammen. Aber Bayern erlebte auch eine höchst bewegte Kammersession. Ihren Hauptreiz gewährten derselben ein paar reaktionäre Maßregeln, zu denen sich König Ludwig durch einen Münchener Studentenkrawall im Dezember 1830 verleiten ließ. Weil das Militär bei diesem ganz unpolitischen Unfug hatte einschreiten müssen, die Übelthäter die Marseillaise gesungen hatten und der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitzte Monarch die Universität und führte durch Edikt vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Zensur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern. Bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht imstande sei die Zensur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze Fürst Ludwig zu Öttingen-Wallerstein stand, legte ein neues, erheblich milderes Preßgesetz vor.

Die radikale süddeutsche Presse.

Die beiden tonangebenden Blätter in Bayern wurden die „deutsche Tribüne“ von Wirth und Eisenmanns „Volksblatt“. Um sie aber scharte sich eine große Zahl kleinerer Blätter, die alle gleich eifrig und gleich rücksichtslos ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redakteure, die Siebenpfeiffer, Hochdörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung wurden. Große Hoffnungen knüpften sie an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hilfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurteil; selbst die Muttersprache wollten manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er teile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Klassen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung zu Vorsichtsmaßregeln trieb, gab der volkstümlichen Wühlerei nur neue Nahrung. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und mit Festen gefeiert, bei denen der Redefreiheit kein Zaum angelegt wurde. Ganz besonders aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündnis, welches die Fürsten zur Unterdrückung der Völker geschlossen, einen Bund bilden wollten um auf gesetzmäßigem Wege die Überzeugung zu verbreiten, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung notwendig sei. Der Aufruf, welcher diese Sätze enthielt, wurde in 50 000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10 000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vielerorten hatten sich Unterausschüsse gebildet und der Vorstand entwickelte mit seinen Geldmitteln eine rege Thätigkeit. Flugschriften und einzelne Nummern von Zeitungen wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut, und als Wirth, der seine Tribüne trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60 000 Flugblätter dieses Urteil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die sich auch äußerlich kundzugeben suchte und endlich in dem Hambacher Feste Luft machte. Ein Aufruf Siebenpfeiffers und einiger Bürger von Neustadt a. d. Haardt lud Männer und Jünglinge, Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem Hambacher Schlosse ein patrio-

Der Preßverein.

Das Hambacher Fest.

tisches Fest, „der Deutschen Mai“, zu feiern und sich dadurch zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde zu stärken. Anfänglich gedachte die bayerische Regierung das Fest mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber der lebhaften Einsprache der pfälzischen Provinzial- und Stadtvertretungen entfiel ihr der Mut; es fand statt und wurde von 25 000, ja nach manchen Angaben von 60 000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus der Nähe kamen, so fehlten doch auch entferntere Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die Sache des Vaterlandes zu opfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge flatterte neben der schwarz-rot-goldenen die polnische Fahne inmitten eines Ehrengeleites der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an, das als die „reifende Ähre mit goldenem Rand“, als die „goldene Ernte“ das Vaterland bezeichnete. Die Poesie der später gesungenen Lieder geißelte weniger zahm der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrat, der deutschtümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchthat an Polen; auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Vögelein, eingesperrt sein müßten in den engen Käfig zu dem alten finsteren Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Lockspeise des Zollvereins und mahnte mit dem französischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde, die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in zahllosen Reden. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit ließ Siebenpfeiffer, die vereinigten Freistaaten Deutschlands, das verbündete republikanische Europa Wirth, die heilige Allianz der Völker der Straßburger Rey leben. Andere nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverräter an der menschlichen Gesellschaft, schalten die Preußen, daß sie in königlicher Demut vertrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien, erklärten jedes Zögern für feigen Verrat an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Notwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, ward ihm feierlich ein Schwert überreicht, das er begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Übrigens fehlte es auch nicht an solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten; so Wirth, der mutvoll es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkauft werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verräter zu unterbrechen und

das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind unter die Waffen zu rufen. Aber solche Äußerungen erregten bei den meisten doch als Ausdruck unberechtigten Mißtrauens Anstoß und Verdruß, und man verzieh sie Wirth wohl nur, weil er durch einen kräftigen Fluch über die Fürsten und Verräter einen vollgültigen Beweis seiner Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch sonst nicht zu den eigentlichen Heißspornen, die womöglich mit dem Feste gleich die Revolution beginnen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch patriotische Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Eine Versammlung von 5—600 Männern wählte einen Vertrauensausschuß, dessen Mitglieder zum Teil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten diese, wie Rotteck und Welcker aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Closen aus Bayern, sämtlich durch ihre Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslos Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmaier, Rauschenplatt, wagten es doch nicht, wie man ihnen zumutete, sich als provisorische Regierung zu konstituieren. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen fehlte es nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nachahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von Deutschen, Franzosen, Polen und anderen Ausländern unter Lafayettes Vorsitz durch ein Bankett begangen ward, so wurden in Mittel- und Süddeutschland Ende Mai und Anfang Juni zahlreiche Versammlungen gehalten, bei denen es weder an heftigen Reden noch an unbesonnenen Handlungen fehlte. Denn der nötigen Klugheit und Vorsicht ermangelten Führer und Geführte fast überall. Notwendig mußte es ja den Argwohn der Regierungen reizen, wenn die republikanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn, wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr, unter dem Rufe: Dies ist unser Frankenkönig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Der Vertrauensausschuß.

Seitenstücke zum Hambacher Fest.

Die Reaktion ließ daher nicht lange auf sich warten, und nicht Metternich allein lebte der Hoffnung, das Hambacher Fest werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von Bayern entsandte sogleich den Feldmarschall Wrede mit Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen. Wirth und Siebenpfeiffer wurden verhaftet, die Unabhängigkeit der Gerichte durch Versetzungen der Richter und Verlegung der obersten Instanz nach München gebrochen. Auch in den übrigen Bundesstaaten entfaltete die Polizei den größten Eifer, und der Bundestag fand jetzt die beste Gelegenheit zu zeigen, daß

Die Reaktion.

Der Bundestag.

sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche Oberleitung sei. Vor Ausbruch der Julirevolution hatte er sich zu einer tödlichen Arbeitslosigkeit verurteilt gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhandlungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Ungezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die Beratungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war es, daß Österreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber ein Ende, sobald die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Schon während der Hochflut der Revolution in dem Jahre vom Ausbruch der Septemberunruhen bis zum Fall von Warschau versuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu kräftigem Auftreten anzuspornen. Er ließ am 18. September 1830 eine Erklärung beantragen, wonach alle Zugeständnisse, welche den Regierungen abgenötigt würden, in sich ungültig seien und verlangte, daß die Nachbarstaaten den bedrängten Fürsten auch ohne Bundesbeschluß zu Hilfe kämen. Allein diese Vorschläge wurden nur in abgeschwächter Form zu Beschlüssen erhoben und thatsächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die konstitutionellen Staaten widersetzten sich ihnen, sondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verriet, daß es auf moralische Eroberungen in Deutschland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages sinne, eine Politik, der Bernstorff im Februar 1831 in einer Denkschrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der preußischen Regierung an dem Mute dieses System rücksichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Teile ganz verderben. Gegenüber den österreichischen Anträgen schlug sie vor die Einmischung des Bundes nur dann zuzulassen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden sei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag untersuchen solle, ob nicht etwa die Bevölkerung Grund zu Beschwerden habe, in welchem Fall für deren Abstellung zu sorgen sei. Die Beschlüsse, die der Bundestag am 21. Oktober 1830 faßte, waren ziemlich nichtssagend. Die Regierungen versprachen sich gegenseitigen Beistand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden, unbegründeten fest entgegenzutreten, und schärften ihren Zensoren Vorsicht ein. Die Presse erfreute sich gleichwohl in den nächsten Monaten einer Freiheit, der sie völlig entwöhnt war und die sie keineswegs mit Maß benutzte. Mit dem Fall von Warschau hörte jedoch die Nachsicht der Zensurkollegien und des Bundestages auf. Eine russische Note forderte von den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernstorffs Stelle Ancillon als Minister des Auswärtigen getreten und dadurch dem russischen und österreichischen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die Heilige Allianz, die seit 1824 geschlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im Oktober begann Metternich

Russisch-österreichischer Druck.

aufs neue den Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht bloß zu Beschlüssen, sondern auch zu Thaten. Am 27. Oktober 1831 verbot der Bundestag ihn fernerweit mit Adressen zu belästigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der Presse und einige Tage später verbot er die erste Zeitung, das in Straßburg erscheinende „Konstitutionelle Deutschland". Die meisten Regierungen handelten im Sinne dieser Beschlüsse; doch gerade die, auf welche am meisten ankam, zeigten sich lässig. Mehrfach wurden Bayern, Baden, Württemberg, Hessen von Frankfurt aus zu größerer Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andere Blätter. Die demokratische Partei suchte sich dagegen durch den Preßverein und durch eine lebhafte Agitation zu schützen. Doch schlug das nicht zu ihrem Vorteil aus; denn es wurde nicht allein der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermutigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, fing an zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so hatte ihm Metternich in einem Rundschreiben vom 12. April 1832 einen schnelleren Betrieb der Geschäfte und die Vornahme gemeinnütziger, ganz Deutschland interessierender Anordnungen empfohlen; daraus wurde aber nur insofern etwas, als es sich um Maßregeln der Unterdrückung handelte. Schon am 30. Mai, also noch während des Hambacher Festes, beschloß er die Regierungen zur größten Strenge aufzufordern; diese vorläufige Weisung wurde dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni, für welche Österreich und Preußen sich der Zustimmung sämtlicher Regierungen vorher versichert hatten, richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle für die nächsten sechs Jahre von einer Bundeskommission überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Prinzip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Öffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesakte auslegen; die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Kokarden und Bändern, das Aufstecken von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hilfe, besonders von Österreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubnis nicht verbreitet werden, und das badische Preßgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Ein Versuch Lord Palmerstons sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, indem

Die Bundesbeschlüsse von 1832.

er angesichts der Beschlüsse vom 28. Juni die deutschen Großmächte ersuchte dem Übereifer des Bundestages Zügel anzulegen, wurde sehr entschieden zurückgewiesen: Ancillon weigerte sich überhaupt die Note entgegenzunehmen, Metternich beantwortete sie mit einer scharfen Ablehnung der ihr zu Grunde liegenden gefährlichen und schiefen Grundsätze. Der Großherzog von Baden ging freilich soweit sogar Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese aber abgeschlagen wurde und Österreich mit einer Teilung des Landes zu drohen begann, fügte er sich und änderte am 28. Juli sein Preßgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurde unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, die Professoren Rotteck und Welcker in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah alles das doch immer nur auf direktes Verlangen des Bundes; in anderen Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antrieb den größten Eifer. Ludwig von Bayern schien alle seine liberalen Ideen vergessen zu haben. In willkürlichster Weise wurden Männer wie Oken und Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann jahrelang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverrats zum Zuchthaus und zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurteilt. In Württemberg kam es zur Auflösung der Stände, weil diese den Antrag Paul Pfizers, daß Bundesbeschlüsse, welche der Verfassung zuwiderliefen, ungültig seien, nicht, wie die Minister forderten, mit Verachtung zurückwiesen, sondern annahmen und in diesem Sinne eine von Uhland verfaßte Adresse an den König richteten. Bei den Neuwahlen stand die Bevölkerung treu zu ihren Vertretern und diese setzten den Kampf tapfer fort; Uhland legte lieber seine Professur nieder, als daß er in ihren Reihen gefehlt hätte. Auch in Kurhessen, wo Hassenpflug am Ruder saß, und in Nassau machten die Kammern den Regierungen so kräftige Opposition, daß diese zu Auflösungen ihre Zuflucht nahmen.

Die Reaktion in Baden,

in Bayern,

in Württemberg,

in Kurhessen und Nassau.

Diese reaktionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radikalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier dem schmachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen und in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Opposition nicht folgen konnten; so blieben die Häupter der Radikalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über den nächsten Umkreis ihrer Stadt hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf dem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier, Uhland, Römer, Pfizer, Closen, Jordan, wenig

Bruch zwischen Radikalen und Liberalen.

oder gar nicht beteiligt; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die neuesten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radikalen machten um sie wieder heranzuziehen scheiterte. Welcker erklärte sich bei einer Besprechung zu Frankfurt im Herbst 1832 entschieden gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden in der heftigsten Weise als knechtisch gesinnte Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Kniee beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten, angegriffen — alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotteck zu schleudern.

Geheime Umtriebe der Radikalen.

Nichtsdestoweniger fuhren aber die Radikalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich jedenfalls, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht bloß Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Itzstein, Rotteck, Welcker einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder um destomehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie teils in den niederen Ständen und bei den Bauern, teils bei den Studentenverbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnung auf auswärtige Hilfe kam. Unter den Leitern der Verschwörung fand ein ungemein reger Verkehr statt. Mittelpunkte der Bewegung waren Frankfurt mit Gießen und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkreis dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ein. Die Bauern suchte man durch Flugschriften zur Steuerverweigerung aufzuhetzen; wenn dann die Österreicher und Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen zu Hilfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn der Bauer nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allein ehe es zum Ausbruch kam, erkannte man doch, daß die Dinge noch nicht soweit seien; man verwendete also den Winter noch zu neuen Anwerbungen. Unter den Studenten traf man viel williges Gehör.

Die Burschenschaftler.

In dem Streite zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche die politische Einheit nicht bloß vorbereiten, sondern thätig mitwirkend herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonnen. Ein Burschentag zu Frankfurt vollendete im September 1831 ihren Sieg, indem er alle Mitglieder zur Teilnahme am Volksaufstande verpflichtete. Allerdings schieden infolgedessen einige Universitäten aus; aber auf den anderen wucherte der revolutionäre Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelberg berichtet werden, daß 2—300 Teilnehmer des Aufstandes dort sicher und 25—30 junge Männer bereit seien selbständig für sich irgend ein Wagestück auszuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man dort, müßten eine große

moralische Wirkung hervorbringen, vollends wenn dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Ähnliche Gesinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel und Würzburg. Vertreter dieser sechs Universitäten hielten Weihnachten 1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschlossen hier sich den Frankfurtern anzuschließen um Deutschlands Einheit und Freiheit auf dem Wege der Revolution

Das Militär.

zu erstreben. Besonders ermutigend wirkte auf sie die Mitteilung, daß dieser Plan auch unter dem Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übertrieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unteroffizieren war die Verlockung eigentlich nur in Württemberg auf fruchtbaren Boden gefallen. Hier hatte der Lieutenant Koseritz mehrere Offiziere und etwa 200 Unteroffiziere für einen Militäraufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folgen würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Aufstandes war schon in allen Einzelheiten entworfen. Von Ludwigsburg wollte man auf Stuttgart marschieren, den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung preisgeben und nötigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig sollten die Frankfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln

Ausländische Verbindungen.

und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schar Polen sollte von Besançon durch die Schweiz in Deutschland einbrechen; Lafayette, hieß es, habe die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen. Zuweilen beschlich die Rädelsführer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Übertreibung der eigenen Hilfsmittel bestärkten sie stets von neuem den schwankenden Mut. In zahlreichen Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des April 1833

Der Frankfurter Putsch.

in Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschafter, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radikale von auswärts, z. B. Rauschenplatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doktoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stocken zu geraten; Koseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt alles zu weit gediehen um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich 50—60 Verschworene in zwei verschiedenen Häusern, der größere Teil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Konstablerwache. Beiden gelang ihr Vorhaben ohne Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen dem Frankfurter Bürgermeister verraten war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getötet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Konstablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu

Ende. Das Volk war nicht zur Teilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glocke vom Turme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getötet oder verwundet. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; den Führern gelang es sämtlich zu entrinnen. Ein kurzes Nachspiel lieferten noch einige Haufen Bauern, die in der Umgegend ein Zollhaus plünderten.

Folgen desselben.

So endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als tragische Posse. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme der Bundesgesandten, Beschlagnahme der Rothschildschen Kassen, Einsetzung einer provisorischen Regierung, war nichts geworden. Jetzt wurde der mißlungene Versuch von der Reaktion mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einspruches, welchen der Senat erhob, eine österreichisch-preußische Besatzung. Die Einzelregierungen wetteiferten miteinander in Verhaftungen und polizeilichen Maßregelungen. Metternich aber wünschte nicht, daß die Untersuchungen sich verzetteln möchten, und betrieb deshalb die Einsetzung einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Kommission. Am 20. Juni beschloß der Bundestag diesem Antrag gemäß und am 8. August trat die Centralbehörde in Frankfurt zusammen. Den Vorsitz führte der Österreicher von Wagemann; die anderen Mitglieder stellten Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt. Es lag dem Kollegium ob die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchungen in den Einzelstaaten zusammenzufassen und zu politischen Berichten zu verarbeiten; zugleich auch diese Einzeluntersuchungen zu überwachen und zu fördern. Die Rechtsprechung selbst übten die ordentlichen Gerichte, mit denen die Centralbehörde in direkten Verkehr trat; nur in Preußen wurde eine Ministerialkommission eingeschoben, welche zwischen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. In etwas schwächerem Maße als bei der Kommission von 1819 wiederholte sich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig waren der Centralbehörde die erforderlichen Mitteilungen zu machen und um Auskunft gemahnt werden mußten: am spätesten, erst 1836, erstattete Oldenburg seine Anzeige. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Zeit über den Stand der Untersuchungen einreichte, wiesen stets darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden seien, die man weiterverfolgen müsse, und gaben dadurch mittelbar zu neuen verschärften Polizeimaßregeln Anlaß. Den Zeitungen wurde auf das strengste verboten Nachrichten über die Untersuchungen zu bringen, und wo das doch geschah mit Unterdrückung der schuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Verkehr der Reisenden unterlag der schärfsten Beaufsichtigung; Posthalter und Lohnkutscher wurden angewiesen niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte die Weser und die Küste überwachen lassen, und meh-

Die Centralbehörde.

Polizeiregiment.

rere Staaten wie Württemberg, Baden und die beiden Hessen wurden in vertraulicher Sitzung von dem österreichischen Gesandten wegen ihrer schlechten Paßpolizei ernstlich getadelt. Ihnen gegenüber erschien die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünschte deshalb sehr sie zu einer dauernden Bundeseinrichtung zu machen. Weislich schob er dabei eine konstitutionelle Regierung vor, hinter deren Vorschlägen man nicht so leicht reaktionäre Absichten wittern werde: Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er statt der Centralpolizei- eine Centraljustiz-Behörde empfahl. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; währenddes fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers nur mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche 1840 in Preußen beim Regierungsantritte des neuen Königs und ein Jahr darauf in Württemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Offenbar war es an der Zeit, ihre Wirksamkeit zu beenden; aber dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er am 25. August 1842 nur in eine Vertagung. Nicht ohne Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht den verfolgungssüchtigen Polizeicharakter der Mainzer Kommission getragen hatte, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, die ihr Aufenthalt im Auslande den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren ebensoviele Rätsel, auf deren Lösung sie nur widerwillig verzichtete. Im ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntnis der Behörde gekommen; allein der weitaus größte Teil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putsch begangen waren. Die Urteilssprüche der Gerichte fielen ebenso ungleich aus, wie die Behandlung der Angeklagten verschieden war. Die verfolgungssüchtige Härte mancher preußischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid“ unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reihten sich großherzoglich und kurfürstlich hessische Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preußische Kammergericht; von 204 Burschenschaftern verdammte es 39 zum Tode, wofür der König jedoch lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft substituierte. Auch in Bayern wurden Todesurteile gefällt, aber nicht bestätigt. Die meisten Angeschuldigten trafen nur geringe Strafen; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei es weil er menschliche Richter fand, sei es weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf wurde mit allen Kräften hingewirkt, und nicht bloß mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörertums vielfach

Ausgang der Centralbehörde.

Die Opfer der Verfolgung.

in Meineiden, die man wohl gar grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der anderen Seite mancher Schuldige durch Angeberei sich Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchte. Denen, welche der Verurteilung entgingen, wurden mancherorten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichneten. Von Ehrenreitern und Wagen eingeholt, in vierspänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenpforten empfangen, mit Festbällen und Zweckessen begrüßt, so kehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also die steigende Erbitterung des Volkes, die zunehmende Aufreizung der Radikalen. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Köpfmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Hauptziel war den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch aus, als ob Gott diese am fünften Tage und nur die Vornehmen und Fürsten am sechsten gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radikalismus seine allmähliche Umwandlung zum Kommunismus und Sozialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er am Main und Rhein noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens zwölf Mitglieder bildeten eine Sektion, zwölf Sektionen eine Serie, zwölf Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sektionen bestanden haben. Ein Versuch die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien führte im Mai 1834 zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung im Volke.

Kommunistische Ansätze.

Geheimbünde.

Frankreich nach der Julirevolution.

Den französischen Republikanern war inzwischen die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Das einzige schwache Band, das sie mit dem neuen Königtum verknüpfte, war ja schon Ende 1830, als Lafayette, Dupont und Treilhard aus ihren Ämtern schieden, abgeschnitten und seitdem bekannte sich die Partei in Wort und That mit

größter Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber daß sie die gefährlichste Gegnerin Louis Philipps sei, konnte kein Zweifel herrschen. Die Bonapartisten hatten zwar gleich nach der Julirevolution daran gedacht die Erhebung Napoleons II. ins Werk zu setzen, allein Joseph Bonapartes Briefe an Kaiser Franz und Metternich waren nicht einmal beantwortet worden und ohne deren Einwilligung konnte man sich der Person des jungen Fürsten nicht bemächtigen. Überdies starb derselbe schon 1832, und in demselben Jahre sollte auch der Bourbonismus seine Rolle zu Ende spielen. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung den Kampf mit dem Julikönigtum aufzunehmen; er gestand es sogar der Herzogin von Berry, die er im Januar 1831 zur Regentin ernannte, nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Totenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in rohester Weise gestört, die Kirche verwüstet, den Palast und den Landsitz des Erzbischofs Quélen vollständig ausgeplündert und ihren wilden Hohn mit den priesterlichen Abzeichen getrieben, den König selbst aber gezwungen die bourbonischen Lilien nicht allein von den öffentlichen Gebäuden, sondern auch aus seinem Familienwappen zu entfernen. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. gerade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspunkte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das Schweigen Poncelets, der alle Verantwortung auf sich nahm, den Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten im Westen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie" genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 ihre Vorbereitungen getroffen und sich finanzielle Unterstützung von einigen befreundeten Höfen, dem spanischen, portugiesischen, sardinischen, holländischen verschafft hatte, schiffte sie sich, begleitet von Bourmont und anderen Getreuen, am 26. April 1832 in Massa ein und landete zwei Tage später in Carry nahe bei Marseille, von wo aus ihre Freunde den Versuch machten diese Stadt aufzuwiegeln. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die anderen mußten fliehen, die Herzogin selbst geriet in die größte Gefahr und konnte sich nur infolge des Umstandes retten, daß die Polizei irrtümlich eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Daraufhin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die

Die Verschwörung Poncelets.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Lust zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rat vieler treuer Anhänger, auch der Pariser, die ausdrücklich Berryer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das einzige, was der Fürstin übrigblieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Penissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuern nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den Verrat eines getauften Juden, namens Deutz, der ihres Vertrauens genoß und für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich mit einigen Vertrauten in einem Versteck hinter einem Kamin, aus dem sie erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, getrieben wurde. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweitenmal verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Übel. Sie warfen der Regierung vor diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige nichts übrig als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebar, gab sie als Vater den sicilischen Grafen Lucchesi-Palli an. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei teilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Die Republikaner.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sébastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mitteilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Auch die strenge Unterdrückung der häufig wiederkehrenden Straßenaufläufe in Paris, der Rücktritt des Seine-Präfekten Odilon Barrot und des Justizministers Mérilhou im Februar und März 1831 erbitterte die Radikalen. Laffitte vermochte ihnen überdies nicht mit der nötigen persönlichen Autorität entgegenzutreten. Er hatte sich finanziell teils dadurch, daß er neun Millionen aus eigenen Mitteln für die Revolution aufwandte, teils durch unglückliche Spekulationen, gänzlich ruiniert, so daß seine Firma trotz erheblicher Zuschüsse, die der König leistete, Ende Januar 1831 liquidieren mußte. Trotzdem

und obgleich seine Kollegen in verletzender Weise seine Stellung als Ministerpräsident mißachteten, blieb er auf seinem Posten, bis er erfuhr, daß der König hinter seinem Rücken mit Casimir Périer, dem Präsidenten der zweiten Kammer, verhandle. Dessen Berufung, die am 13. März 1831 erfolgte, besserte nun zwar die sehr gespannte Stellung, in der sich Frankreich damals infolge der italienischen Unruhen Österreich gegenüber befand; aber auf die radikalen Parteien mußte sie um so ungünstiger wirken. Daß Périer gleich in seiner ersten Ministerrede erklärte, die Freiheit könne sich jedes Volk nur selbst erwerben und Frankreichs Blut gehöre nur Frankreich, lief den Forderungen der Revolutionsmänner ebensosehr entgegen, wie seine Gesetzentwürfe gegen die Zusammenrottungen und über den Vertrieb der Zeitungen. Mit großer Bestimmtheit wußte der Minister seine Stellung nach allen Seiten hin genau zu markieren; wie er dem König gegenüber streng darauf hielt, daß keine politische Maßnahme ohne sein Wissen und Wollen getroffen werde; wie er seine Kollegen zwang sich unbedingt seinen Weisungen zu fügen und gelegentlich wohl gar einen, der in der Kammer das Wort ergreifen wollte, durch ein herrisches: Hierher, d'Argout! auf seinen Platz zurückrief, so legte er auch dem Lande und der Volksvertretung gegenüber die unbeugsame, ja eigensinnige Entschlossenheit eines klar bewußten Willens an den Tag und scheute nicht davor zurück, daß er selbst der Gegenstand bitteren Hasses, und das Stichwort der richtigen Mitte (juste milieu), mit dem er sein System kennzeichnete, zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigtums wurde. Die liberalen Maßregeln im Inneren, das neue Wahlgesetz vom 15. April 1831, das die Zahl der 95000 Wähler um 70000 vermehrte und auch die Wählbarkeit erheblich ausdehnte, die gleich darauf vollzogene Auflösung der konservativen Kammer, die Aufhebung der erblichen Pairie im Oktober, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, oft mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im Dezember 1831 die Revolutionäre mit Feuerspritzen auseinandertreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes und andere unterhielten die Gärung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachsicht, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit beredten Worten ihr Glaubensbekenntnis verteidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Äußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er am 16. Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plötzlichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und in vier Wochen 18000 Personen hinraffte. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radikalen, der General Lamarque. Sein Begräbnis am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher

Casimir Périer.

Republikanische Aufstände und Bünde.

wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Mute des Königs, der Tapferkeit der Bürgerwehr und der Treue der Truppen die Aufrührer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaktion. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor Kriegsgerichte verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Aufruhr beteiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Kassationshof, auf welchen ein Verurteilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Prozesse vor denselben mußten eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten ausgangs 1832 wohl zufrieden sein. Republikaner und Legitimisten waren gründlich besiegt, den Bonapartisten hatte der Tod des Herzogs von Reichstadt soeben am 22. Juli ihr Haupt entrissen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte die Mitglieder durch Beförderungen, Lieferungskontrakte und andere Vorteile zu bestechen. Mit ihrer Hilfe begann dann 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze nach monatelanger Krisis am 11. Oktober 1832 Soult getreten war, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doktrinäre, Broglie und Guizot, und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Auch ihnen war es beängstigend, wenn sie die weite Verbreitung der geheimen Vereine und die Zügellosigkeit der Presse wahrnahmen, Übel, deren Bedrohlichkeit durch die Praxis der Geschworenengerichte noch bedenklicher wurde. Denn nicht allein die ärgsten Schmähungen der Kammern, der Minister, ja des Königs selber gingen straflos durch, sondern oft genug wurde die Ungesetzlichkeit einer verfolgten Handlung bejaht und in krassem Widerspruch damit die Schuldfrage verneint. Auch gegen die Verbreitung der verbotenen und konfiszierten Schriften konnte die Regierung nichts ausrichten, weil es ihr an einer gesetzlichen Handhabe fehlte. Dieser Ohnmacht, die das Ansehen der Behörden völlig zu untergraben drohte, sollte durch die Gesetze von 1833 und 1834 abgeholfen werden. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reaktionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der Radikalen hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grénoble, Nimes und anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Punkte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinahe eine Woche; in den anderen Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe. Dieser Ausgang verlieh dem Königtum neue Stärke und führte

Die Reaktion seit 1832.

Der Aufstand in Lyon und Paris.

Bezwingung der Republikaner.

bei den Neuwahlen zu einer schweren Niederlage der Opposition, die etwa 70 Sitze verlor. Die Republikaner, für die der Tod Lafayettes im Mai 1834 ein weiterer schwerer Schlag war, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen Ausbreitung kommunistischer und sozialistischer Ideen, die von Buonarotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch nichts zu befürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit einzelner Ausschreitungen Herr zu werden. Die Erbitterung, welche über diese Befestigung des Julikönigtums in den machtlosen radikalen Parteien herrschte, suchte sich nun allerdings einen Ausweg in meuchlerischen Mordanschlägen auf die Person des Herrschers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Schuß abgefeuert worden ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es mit einem Kunststück der Polizei zu thun zu haben, und der Thäter, der sich später selbst dessen rühmte, ein junger Lehrer, namens Bergeron, ward von den Geschworenen in Ermangelung aller Beweise freigesprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das furchtbare Attentat des Korsen Fieschi hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt um der Truppenschau zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener eine Höllenmaschine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen bestand. Der König kam mit seinem gewöhnlichen Glück unversehrt davon; aber über 60 Personen seines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getötet oder verwundet, darunter der greise Marschall Mortier. Der verbrecherische Urheber dieses Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwissern, die ihm das Geld für seine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitschuldige. Den Häuptern der republikanischen Partei kam das Ereignis jedenfalls unerwartet. Zwei derselben, Jakob Cavaignac und Armand Marrast, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der sie als Mitschuldige an den Aprilaufständen verfallen waren. Sie hatten sich nicht in Paris verborgen, sondern Frankreich verlassen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß sie den Plan Fieschis nicht kannten. Gleichwohl mußte jetzt die ganze Partei durch neue Beschränkungen der Freiheit für den Frevel des einzelnen büßen. Trotz des Widerspruches, den selbst Royer Collard, der alte Führer der Doktrinäre, erhob, brachte das Ministerium seine berüchtigten Septembergesetze durch die Kammer. Außer gewissen Maßregeln, welche den Gang der politischen Prozesse zu beschleunigen und erleichtern bestimmt waren — insbesondere sollte zur Verurteilung durch die Geschworenen künftig nur die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nötig sein — wurde das Recht der Presse ihre politische Meinung frei zu äußern wesentlich beschränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunsch nach Besei-

Mordversuche gegen den König.

Die Septembergesetze.

tigung des monarchischen Systems, jede Parteinahme für republikanische Ideen mit schweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieschi und zwei seiner Gehilfen für ihren Frevel auf dem Schafott erhielten, wurden andere Heißsporne der republikanischen Partei davon abgeschreckt ihr Heil an demselben Wagestück zu versuchen. Der Königsmord galt ihnen, wie das nächste Opfer dieses irreleitenden Fanatismus, Alibaud, seinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man sich nicht anders helfen könne. Außer diesem Alibaud trachtete in demselben Jahre 1836 noch ein zweiter Verwegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später versuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhaßten zu töten. Aber sie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer sehr verschiedener Art: Barbès, ein begeisterter Anhänger sozialistischer Ideen aus wohlhabender Familie, Blanqui, ein Verschwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genossen bildeten die Mitglieder der geheimen „Gesellschaft der Jahreszeiten". Aber für sich allein zu schwach, denn sie zählten kaum 1000 waffenfähige Männer, mußten sie auf eine schnelle Begeisterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg bieten sollte. Statt dessen rührte sich keine Hand zu ihrer Unterstützung; in wenigen Stunden war dieser Versuch die soziale Republik zu begründen gescheitert und die Anstifter wanderten in die Gefängnisse um durch lebenslängliche Haft das mißlungene Wagnis zu büßen.

Spätere Mordversuche.

Die Verschwörung von 1839.

Noch ohnmächtiger als dieses Aufbäumen der Republikaner erwiesen sich die beiden Versuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt betrachtete sich Prinz Louis Napoleon, der Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Stieftochter des Kaisers Hortense Beauharnais, als den Erben der bonapartistischen Ansprüche, obgleich nicht bloß sein Vater, sondern auch die sämtlichen Brüder des Kaisers, von denen Joseph und Lucian älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz seine Erziehung in Deutschland erhalten, 1831 an dem italienischen Aufstande teilgenommen und seitdem in Arenenberg am Bodensee gelebt. Von dort aus knüpfte er Beziehungen mit unzufriedenen französischen Offizieren an; Zusammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu eine förmliche Verschwörung ins Leben zu rufen, und so gering die Hilfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, so trieb ihn sein Ehrgeiz doch das Abenteuer zu wagen. Am 29. Oktober 1836 erschien er zum großen Schreck seiner Mitwisser, welche die Sache noch keineswegs für reif hielten, in Straßburg. Der angesehenste Offizier, den er für sich gewonnen, war Vaudrey, Oberst des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteste Thätigkeit zu seinen Gunsten entfaltete der

Der Bonapartismus.

Louis Napoleon.

Das Straßburger Attentat.

Unteroffizier Persigny; alles in allem waren 15—20 Personen eingeweiht. Am 30. Oktober früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaisers vor die Front des Vaudreyschen Regimentes. Anreden, die er und der Oberst an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser erwidert; auch die Verhaftung des Kommandanten Voirol und des Präfekten gelang; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmattkaserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, gefangennahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie, und der ganze Putsch war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie

Napoleon nach Amerika.

den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, ließ sie ihn in Cherbourg nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese geringschätzige Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausging, wollte man auch seine Gehilfen nicht verurteilt wissen, und die Straßburger Geschworenen sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Ärger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine

nach der Schweiz.

unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz aus Amerika zurück und nahm wie früher als Schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und zog drohend 25 000 Mann an der Schweizer Grenze zusammen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen schmachvoller Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so

nach England.

mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, geteilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen", welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu

Die Überführung der Leiche Napoleons I.

bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen von England die Erlaubnis zu erbitten die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubnis bereitwillig erteilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit großer Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu ungewöhnlicher Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen

Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. Dezember erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Neffen des Kaisers wohl den Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt ihm eine Gelegenheit geboten, die er nicht versäumen dürfe. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die später zu schildernde orientalische Krisis eben damals den Anlaß gab, ließen die Gelegenheit noch lockender erscheinen. Kurz, der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Vaudreys, Persignys und anderer Genossen Straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Kaserne des 42. Linienregimentes. Ein Lieutenant in demselben, Aldenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen die Soldaten zu gewinnen blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch in der Stadt Anhänger zu werben mißglückte, zog das Häuflein sich nach dem Landungsplatze zurück, die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Überfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängnis abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich, wie man spottete, von einem Kirchturm zum anderen bis zur Notre-Dâme hatte schwingen sollen, auch Aktenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze Thiers, der damalige Ministerpräsident, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über die Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht waren. Begnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im Oktober in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrte die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Die Landung in Boulogne.

Gefangenschaft in Ham.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, wieviel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem erfolgreichen Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den Beifall

Unbeliebtheit des Königs und der Regierung.

der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König früher in gewissem Umfange besessen, erlosch völlig. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte erwünschte Angriffspunkte. Daß der König trotz seines Reichtums bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese sie trotz ihrer Gefügigkeit doch einmal verweigerte, das Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Anteil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die pensée immuable, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kein Ministerium andauernd den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu Entschlüssen zu bestimmen vermocht, auch die Kammer hatte sich regelmäßig dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei dank den Bestechungen fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer den Legitimisten und den Republikanern konnten auch die gemäßigte und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte tiers-parti, rangen beständig miteinander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt den einen oder den anderen durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben fern stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Kabinett vom 11. Oktober 1832, dem Soult präsidierte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattierungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im übrigen aber hielt sich jenes Kabinett über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten

Die Kammern.

Die Ministerien.

Das Kabinett vom 11. Oktober 1832.

mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wiedereingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intrigen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrate. Aber schon am 6. September mußte er einem Kabinett Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Ebendeshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: Le roi règne, mais il ne gouverne pas. Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition an, und auch die Doktrinäre auf der Rechten hatten nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündnis der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Legitimisten und Republikaner jedem Schritte gegen die Julimonarchie bereitwillig anschlossen, so gestaltete sich die Adreßdebatte im Januar 1839 zu einer scharfen Verurteilung der Politik Molés. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölftägigen Redeturniers nicht der Rücktritt des Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen den zweifellosen Sieg der verbündeten Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündnis gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am 1. April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht, wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgendwer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die sozialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium die Ausstattung für den Herzog von Nemours. Das belehrte den König, wie gefährlich es sei sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er keiner die Leitung der Geschäfte ganz anvertraute. Er entschloß sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen Spitze am 1. März 1840 Thiers trat, dem es vorbehalten war Frankreich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung zu bringen, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren es die auswärtigen Angelegenheiten, denen er besonderen Eifer

Thiers. Molé-Guizot. Molé. Montebello. Soult. Thiers.

widmete, gewesen, die seinen Sturz herbeiführten. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erstemal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwickelungen dieses Jahrzehntes, die ähnlich wie in dem vorhergehenden die Erhebung Griechenlands die Stellung der Großmächte zu einander bestimmten.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal. Die spanischen Wirren standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte 1826 bei seines Vaters Tode, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johanns VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien unterstützt, sich für das Königtum Dom Miguels erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin sich um Hilfe an England wenden mußte, und Canning zögerte nicht ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. Dezember 1826 dem Unterhause den Entschluß an die Freiheit Portugals zu schützen; er hasche nicht nach Gelegenheiten Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Empörern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschrittes möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte um die Aufständischen nach kurzem Kampfe mit den Truppen der Regentin zum Rückzug nach Spanien zu zwingen. Aber wenige Monate später starb Canning und es fanden nun in Wien Konferenzen zwischen Vertretern Österreichs, Englands und Dom Miguels statt, in denen der letztere die Rechte seines Bruders am 19. Oktober 1827 anerkannte und die ihm übertragene Regentschaft annahm. Im Dezember verließ er Wien und traf am 22. Februar 1828 über Paris und London in Lissabon ein um die Verfassung zu beschwören und die Regierung zu übernehmen. Daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammern auflöste und eine Kommission zur Beratung von Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn

Aufstand für Dom Miguel.

Dom Miguel Regent.

geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr teilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des Regenten, der Pater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die damals noch in Brasilien weilte, aufhetzte. Wenn Dom Pedro, solange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Miguelisten, auch keine Befugnis dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr als Nächstberechtigter Dom Miguel an seine Stelle treten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugnis einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu erteilen. Andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten: nur durch einen Eidbruch konnte er seine eigenen Rechte von neuem verfolgen. Um diesen zu rechtfertigen wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten, obgleich selbst Metternich mit der Abberufung des österreichischen Gesandten drohte. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 26. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entsetzlichster Art. Mit Hilfe des Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei von 6000 Köpfen, die von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15 000 politische Opfer. Es war mehr Platz nötig. Töten! töten! nach Afrika schicken! war die Antwort des Wüterichs, der in den sechs Jahren, die sein Regiment dauerte, 17 000 Personen soll haben hinrichten, 16 000 deportieren, 13 000 verbrennen, 26 000 ins Gefängnis werfen lassen. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. a., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur Cabreira fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten, obgleich das Ministerium Wellington ihnen die Überfahrt in jeder Weise zu erschweren suchte. Ohne Miguel als König anzuerkennen erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Auf Metternichs Anregung hatten sich nämlich die Großmächte zu einer scheinbar vermittelnden Politik geeinigt. Während sie einerseits die Legitimität der Donna Maria auf das stärkste betonten und nach Dom Miguels Staatsstreich ihre Gesandten aus Lissabon

Sein Verfassungsbruch.

Empörungen.

abberiefen, fürchteten sie sich doch andererseits den Sieg seiner liberalen Gegner wegen der Rückwirkung, die er auf das übrige Europa haben konnte, und beschlossen deshalb Dom Pedro aufzufordern den Königstitel seines Bruders anzuerkennen, wogegen dieser sich verpflichten sollte nur als Mitregent seiner Braut, nicht als alleiniger Herrscher aufzutreten. Als nun Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unkundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London beim Könige zwar eine freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium nicht die leiseste Unterstützung und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen hundert Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm Wellington das in herrischer Weise und schickte, als es doch geschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen sei über alles Lob erhaben. Und da auch Frankreich und die Ostmächte Miguel zu begünstigen fortfuhren, so durfte dieser mit seiner Lage wohl zufrieden sein, obgleich er nur von den Vereinigten Staaten, Spanien und dem Papste förmlich anerkannt wurde.

Streit mit England und Frankreich.

Aber die Julirevolution und der Sturz der Tories in England änderten die Lage, und Miguel war nicht geschmeidig genug um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Personen und das Vermögen englischer und französischer Unterthanen verhängte, zunächst zu diplomatischem, dann zu bewaffnetem Einschreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war schon der Umstand ermutigend, daß bei dieser Gelegenheit weder das Pariser noch das Londoner Kabinett den Usurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieses gar nur als faktischen Beherrscher des Landes. Noch demütigender aber war der Ausgang beider Konflikte. Die englische Flotte erzwang im Mai 1831 die Freilassung der verhafteten Briten, die Absetzung der schuldigen Beamten, eine reichliche Geldentschädigung und die Veröffentlichung dieser Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der französische Admiral Roussin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeständnisse, sondern führte auch die portugiesische Flotte nach Brest ab. Seinen Grimm über diese Niederlagen konnte Miguel im nächsten Monat an seinen eigenen Unterthanen kühlen; in Lissabon und Oporto kam es zu Aufständen, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Und doch war das

Dom Pedro nach Europa.

nur das Vorspiel zu einer größeren Unternehmung. Dom Pedro entschloß sich persönlich für das Recht seiner Tochter einzutreten. Konflikte mit der liberalen Partei in Brasilien bewogen ihn die Kaiserkrone am 7. April 1831 seinem sechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann schiffte er sich nach Europa ein, erschien als Herzog von Braganza im Juli und August zu Paris und London, erfreute sich der günstigsten Aufnahme und begann ernstliche Rüstungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

Zum Ausgangspunkt seiner Unternehmung erkor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 geworben, gerüstet und einexerziert, so daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12 000 Mann versucht werden konnte. Der erste Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerstand in Pedros Gewalt. Aber damit schien sein Glück auch zu Ende zu sein; es gelang ihm nicht über das Weichbild der Stadt hinaus festen Fuß zu fassen. Im September erschien dann sogar Miguel mit großer Übermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günstiger; der Krieg schien sich auf diesem einen Schauplatz festsetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verstärkten ihre Heere, Pedro vorzugsweise durch Ausländer, die seewärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Ländern geworden; ihn stürzen zu helfen schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser meineidige Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Mensch, der einem hilf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachte — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Kapitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedros Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der Südprovinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom Miguels und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Tellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später einzog. Dom Pedros Siege.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Prinzipien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hilfe eilte, so trat die Reaktion für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rückschrittsmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte Marschall Bourmont. Aber auch dem war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Kommando niederlegen.

Da schien ein längst erwartetes Ereignis in Spanien neue Aussichten für Miguels Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halbinsel in den Krieg hineinzuziehen. Am 29. September 1833 starb König Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich Spanien.

ein spanischer. Seit Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien des Monarchen Bruder, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareaktionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im Dezember 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner Gemahlin, zum viertenmal mit Maria Christina, einer Schwester Ferdinands II. von Neapel und der Herzogin von Berry, und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragmatische Sanktion genannt, durch welches er die Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannsstamme allein Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte kastilianische Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Über seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; um so lebhafter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwickelung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. Oktober 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanktion zu erreichen, so nahte ihr Einfluß mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernen Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Maria Christina, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen den Willen des Königs umzuändern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen.

Die pragmatische Sanktion.

Empörungen.

Im Herbst 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König umsomehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung ermutigt wurde. Allerdings gelang es die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Julikönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß Ferdinand und sein charakterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder näherten. Eine schwere Krankheit des Königs im September 1832, die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Maria Christina sah ihr mit Angst entgegen. Von seiten der Karlisten war kein Mittel verschmäht worden um sie beim Volk in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklage der Vergnügungssucht und der Verschwendung war vollauf begründet. Verbrauchte doch der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Teil der Gesamtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Karlisten, wenn ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch sich mit Don Carlos zu verständigen

Anschläge der Karlisten.

scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanktion anerkennen wolle, ab und beharrte unveränderlich auf seinem Standpunkte: solange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber sei er König. Unter diesen Umständen verlor Maria Christina den Mut; sie bat, von dem österreichischen Gesandten unterstützt, den todkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanktion und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich sein Befinden und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzt hatte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. Oktober entließ er Calomarde und ernannte Maria Christina zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine konservative Politik die Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, für Isabella gewinnen zu können; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguels, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubnis ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes der künftigen Königin im voraus geleistet werden sollte. Eine Korrespondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Charakter an, und dem Befehle Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguels jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, solange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behilflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr im Namen Spaniens ebendiesen Miguel als König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kriegsvorräten unterstützte.

Aufhebung der Sanktion.

Erneuerung derselben.

Zea Bermudez.

Don Carlos nach Portugal.

Karlisten und Christinos.

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Alsbald erhoben sich in fast allen Teilen Spaniens, besonders aber in den baskischen Provinzen, die Anhänger Karls V. wider die Verteidiger der Regentschaft Maria Christinas, die Christinos. Überall fast hatten sie in den „königlichen Freiwilligen", einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisierte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgertums und zum Teil auch an der Energie

Pater Merino.

der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Altcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Pater Merino mit 11 000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Märsche gelenkt, eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte und wurde endlich über

Don Carlos.

die portugiesische Grenze gedrängt. Don Carlos hatte die günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er ohne sich zu rühren bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmut, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, trat schon hier zu Tage. So fand denn die karlistische Erhebung keinen Mittelpunkt, sondern entwickelte sich in den einzelnen Provinzen selbständig. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf christinischer Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflußte die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Scharen sich auflösten, daß auch in Katalonien, Navarra und den baskischen Ländern der Aufstand in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarsfield, Quesada, Llauder zu danken, nicht dem

Zea Bermudez.

Minister Zea Bermudez. Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen Beistand er schon im Oktober vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Kabinett hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach einem Vierteljahr (am 14. Januar 1834) mußte er doch dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Llauders

Martinez de la Rosa.

und Quesadas, weichen. Zu seinem Nachfolger bestimmte Maria Christina Martinez de la Rosa, den Minister von 1822, dessen vorsichtiger Liberalismus auch in Paris genehm war. Die Parteimänner befriedigte diese Lösung allerdings keineswegs und sie befeindeten Burgos, den einst hochgefeierten, trotz der verständigen Reformen, die er anbahnte, auf das lebhafteste; ließ es das neue Kabinett auch nicht an Mißgriffen fehlen, so waren im ganzen und großen seine Maßregeln doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der

Estatuto real.

Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres

und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er im April den General Rodil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal einrücken ließ und am 22. mit England, Frankreich und Portugal die Londoner Quadrupelallianz abschloß. Das Hauptverdienst an diesem Vertrage, den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar sein Werk nannte, nahm Lord Palmerston für sich in Anspruch; etwas überschwenglich sah er darin, als in dem Bündnis der vier konstitutionellen Westmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächsten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beschränkt, beschränkter als das spanische Interesse sie gefordert hätte. Die Mächte verpflichteten sich, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal zu erzwingen; England sollte dazu durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Beteiligung im Notfall durch ein neues Abkommen geregelt werden sollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; denn ein direktes Eingreifen in den spanischen Streit widersprach Palmerstons Wünschen, weil die bewaffnete Einmischung dabei von Frankreich hätte ausgehen müssen und dieser Macht das Übergewicht in Madrid verliehen haben würde. In Portugal aber erzielte die Allianz schnell einen vollkommenen Erfolg. Rodil vereinigte sich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei, so daß beide Prätendenten sich fügen mußten. Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai den Vertrag von Evora, in dem er auf die Krone verzichtete, Portugal auf immer zu verlassen versprach und sich von den spanischen Angelegenheiten fernzuhalten gelobte, wogegen ihm ein Jahrgehalt von 375 000 Franks zugesichert wurde. Wenige Tage darauf schiffte sich auch Don Carlos unter englischer Vermittelung auf einem britischen Kriegsdampfer nach England ein.

Quadrupelallianz.

Dom Miguel besiegt.

Vertrag von Evora.

Miguel widerrief zwar bald darauf in Genua seine Zusagen, aber seine politische Rolle war doch ausgespielt. Vermählt mit einer Prinzessin von Löwenstein-Wertheim lebte er noch über dreißig Jahre völlig vergessen in Deutschland und starb am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erst recht für seine Sache zu wirken. Im Juli 1834 entfernte er sich plötzlich aus London und erschien in den baskischen Provinzen, wo seine Sache den stärksten Halt fand. Durch Sprache, Sitten und Vorrechte mancherlei Art von dem übrigen Spanien geschieden, hatten die Bewohner dieser Gebirgslandschaften für die Ziele und Bestrebungen der liberalen Partei kein Verständnis. Sie genossen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, der Privilegien einer gesonderten Verwaltung und Justiz, der Steuerbewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zollinie von Spanien getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Einheitlichkeit

Dom Miguels Ausgang.

Die Basken.

der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieben sie es zu, daß Vallesteros, der Finanzminister in Calomardes Kabinett, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanische Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit bei des Königs Tode gegen die neue Herrscherin Partei zu ergreifen.

Erster Aufstand unterdrückt.

Die ersten Versuche der Auflehnung wurden indes bei ihnen durch Sarsfield ebenso schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Karl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden im Oktober 1833 wieder besetzt und die Aufständischen ins Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Schon

Zumalacarregui.

im November erhielten die Karlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei strengster Disziplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzuflößen verstand, und mit dem keiner der königlichen Generale sich messen konnte. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu entsetzlichen Greueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht wandte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstreckte, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die greulichste Wiedervergeltung hervor. Beide Heere wetteiferten an Grausamkeit; weder Greise noch Kinder und Frauen wurden geschont. Cabrera, neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der karlistischen Scharen, mußte es erleben, daß seine alte Mutter von den Christinos erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerze sühnte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Lage der beiden Parteien.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war keine von beiden Parteien imstande. Die Karlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu alles, was zum Siege nötig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg von Anfang an militärisch oder politisch am ärgsten verhunzt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von drei Milliarden Realen abgeschlossen, aber nur der vierte Teil war wirklich in die Staatskasse geflossen. Der Bestand der Flotte hatte sich seit 1818 von 65 auf 22 Schiffe vermindert, die kleinsten und ältesten fast unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere fast 200 000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollständig“ bewaffnet. Die Länge der Landstraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein selbst auf den wichtigsten Strecken fehlten die Brücken. Und so gab es überall unglaubliche

Dinge zu melden, deren Besserung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatskassen leer, der Kredit erschöpft, der Stand der Papiere der schlechteste war. Wenn eine tüchtige Regierung jahrelang in ungestörter Arbeit sich der Hebung des gesunkenen Landes hätte widmen können, so wäre die Aufgabe noch schwierig gewesen; wieviel schwieriger mußte sie für das Ministerium Rosa sein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Opposition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbst in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfassung von 1812 riefen, blutige Aufstände und brachten das Leben der Minister in Gefahr. Rosa behauptete sich zwar bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er seine Kollegen wechseln, besonders den im Kriegsministerium, das gerade der gleichmäßigsten Leitung so sehr bedurft hätte. Immer von neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarregui geschickt wurden, über die Unordnung in der Verwaltung; lieber solle man sie absetzen, murrten sie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Festungshaft) bestimmen sollte. Nacheinander erprobten Sarsfield, Valdes, Quesada ihre Geschicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber selbst gelegentliche Siege halfen ihnen nichts gegen einen Feind, den sie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatz erschien, vermochte den Feinden nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeisterung noch höher entfachte. Siegesberichte schickte er wie seine Vorgänger und Nachfolger freilich so massenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen drei Jahre 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen 380 000 Karlisten getötet oder gefangen sein sollten, d. h. beträchtlich mehr, als die baskischen Provinzen Bewohner hatten. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im ganzen stets beim alten; ein neues Gefecht bedeutete für die Gesamtlage kaum mehr, als daß so und so viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil sich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, trat im Oktober 1834 der alte Mina an seine Stelle. Aber krank und gebrochen wie er war, konnte er seine oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um seine Entlassung. Ihn zu ersetzen kam der Kriegsminister Valdes um mit Hilfe frischer Truppen ein ganz neues System durchzuführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammenzuhalten und wenige, aber wuchtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarregui Ende April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmutigung und Verwirrung bei denselben einriß und Valdes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fiel in die Hände der Karlisten; Pamplona, Vittoria, Bilbao,

Erfolglose Kämpfe.

Zumalacarreguis Siege.

die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr untereinander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Frankreich und England.

Valdes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend um französische Hilfe zu bitten. Davon hatte Rosa bisher nichts wissen wollen: aber schlimme Botschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Kastilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben Valdes' Forderung doppeltes Gewicht. Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage nicht herleiten. Zwar waren die beteiligten Mächte am 18. August 1834 übereingekommen ihn auf Spanien auszudehnen, dergestalt, daß Portugal die Christinos mit Truppen, England sie mit Schiffen und Munition unterstützen sollte; Frankreich aber wurde dadurch nur verpflichtet den Zuzug von Karlisten an der Pyrenäengrenze zu verhindern. Auch in der verschlimmerten Lage, die jetzt eingetreten war, wünschte Lord Palmerston die Einmischung Louis Philipps durchaus nicht und lehnte jede Verantwortlichkeit für Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu teil; alles, wozu man sich verstand, war neben der strengen Grenzsperre an den Pyrenäen die Erlaubnis eine in Algier dienende Fremdenlegion in spanische Dienste zu übernehmen.

Zumalacarreguis Tod.

In Madrid erwartete man währenddes täglich das Anrücken Zumalacarreguis, im karlistischen Lager wettete man darauf binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum erstenmal machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höflinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller seiner Vorstellungen erhielt Zumalacarregui Befehl nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilboa zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 25. erlag. Der Verlust, welchen die karlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Übel; das größere war die Unsicherheit und Zerfahrenheit, die nun auch bei den Karlisten Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am

Wendepunkt des Krieges.

16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, Valdes' Nachfolger, erlitten, konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Karlisten stetig gewachsen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst unmöglich geworden.

Die Radikalen.

Den plötzlichen Umschwung auszunutzen vermochten aber die Christinos nicht. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hilfegesuchs nicht überlebt, sondern einem liberaleren Kabinett unter dem bisherigen Finanzminister Toreno Platz gemacht. Den Radikalen genügte jedoch auch dieser Wechsel nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien.

Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadiz, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, sogenannte Junten, die den Befehlen aus Madrid den Gehorsam versagten. Ähnlich ging es in Aragon, in Catalonien, an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno keine andere Rettung, als noch einmal Hilfe von Frankreich zu erflehen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Karlisten versagt, auch gegen die Radikalen. So mußte denn auch Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Kollegen Mendizabal weichen, Mendizabal. der den radikalen Progressisten nahe genug stand um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Ämtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Junten im Oktober allmählich auflösten. Auch gegen die Karlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hilfskorps; vier Wochen später ordnete ein Dekret die Aushebung von 100 000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regimentes und brüstete sich insbesondere mit seinem „Finanzgeheimnis" dergestalt, daß Palmerston spöttisch äußerte, er müsse mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter Verschluß haben. Eine Zeit lang imponierte er dadurch Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenschmolz und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch im Januar 1836 eine neue Frist. Im Baskenlande hatte währenddessen Cordoba gegen die karlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. a. tapfer Stand gehalten, wenn er auch nicht jeden Verlust abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Karlismus aus den Erhebungen der Radikalen großen Vorteil und operierte mit Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabals Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen ward man seiner großen Worte bald satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfange, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu organisieren. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier früherer Anhänger des Ministers, Isturiz' und Galianos, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz

Portugiesische Hilfe.

Fortgang des Krieges.

im Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1836 Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und erteilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl thätigen Anteil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Kommandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen um dem letzteren auf Kosten Cordobas eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Maria Christina, die seiner schon
Isturiz. längst überdrüssig war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ am 14. Mai das ganze Kabinett. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem Sturm der Entrüstung und erteilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano schnell hintereinander ein paar Mißtrauensvoten; aber die Folge war lediglich, daß sie am 23. Mai aufgelöst wurden, und der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten billige. Doch schon Ende Juli erhoben sich die Radikalen in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen die ganze Provinz, ja bald auch Aragon, Katalonien und andere Landesteile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar kühne Expeditionen, welche die Karlisten nach Asturien und Kastilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: eine Provinz nach der anderen entziehe sich dem Gehorsam; bald werde die Regierung auf die Hauptstadt beschränkt sein; ohne französische Hilfe bleibe der Königin nichts übrig als die Verfassung von 1812 anzunehmen. Wirklich ward ihm jetzt das Versprechen zu teil die französische Fremdenlegion auf 8000 Mann alter Truppen zu verstärken; aber diese Hilfe kam zu spät.

Die Revolution von La Granja. In der Nacht zum 13. August 1836 drangen zu La Granja, wo sich die Regentin aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Maria Christinens und erpreßten von ihr das Versprechen die Verfassung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Ministeriums, dessen Neubildung Calatrava übertragen wurde, scheußliche Pöbelscenen in Madrid, denen Queseda zum Opfer fiel, und überdies die vollständige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder Unrecht gab man in Paris diese Vorgänge für eine englische Intrigue aus; der Privatsekretär des englischen Gesandten sollte persönlich Geld unter die Aufrührer verteilt haben. Dem neuen radikalen Ministerium die Hilfe zu leisten, welche Isturiz versprochen war, fühlte sich Louis Philipp nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorstellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von seinem Posten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn ersetzte, machte sogleich die Verstärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte sich in starker Schwenkung der spanischen Politik der Ostmächte.

Noch einmal hatten so die Dinge für Don Carlos ohne sein Zuthun eine äußerst günstige Gestalt gewonnen. Eingeschüchtert und um sich selbst besorgt war Maria Christina nicht abgeneigt das Spiel verloren zu geben und sich in ihr Heimatland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten sich nicht verhehlen, daß sie Don Carlos doch eigentlich näher ständen als den Radikalen, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeständnisse von seiten des Prätendenten und sie erklärten sich für ihn. Auch militärisch waren die Karlisten in großem Vorteil. Blieb die französische Fremdenlegion, zusammengeschmolzen wie sie war, ohne Verstärkung, so brachen in der englischen, die seit Monaten keinen Sold erhalten, gar Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Christinos, hatte seinen Abschied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten. Kühne Bandenführer, wie Gomez und Garcia, durchzogen die Provinzen südlich des Ebro und bedrohten sogar Madrid; ja selbst nach einer schweren Niederlage, die ihm der christinische General Alaix am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abenteuerte Gomez weiter, besetzte Cordoba und die Quecksilberstadt Almaden, verspottete den Kriegsminister Rodil, der gegen ihn auszog, und erlag erst Ende November wenige Meilen von Cadiz den entschlosseneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia besiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch so noch von seinen 10 000 Mann etwa den dritten Teil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche über den Ebro zurückzubringen.

Aufschwung des Carlismus.

Gomez' und Garcias Streifzüge.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende Oktober lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarregui, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Nur zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens einen Versuch zum Entsatz zu wagen. Es kam darauf an den Karlisten das Fort Luchana zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtsnacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Karlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, durch Narvaez' Erfolge im Süden noch mehr ermutigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

Espartero vor Bilbao.

In den ersten Tagen des März 1837, so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarsfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, mit zusammen etwa 50 000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen um gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarsfield vermochten nicht die Feinde aus ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur um am

Sieg bei Oriamendi.

nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero begab sich mit dem Hauptteile seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach von da mit 36 000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Punkten traf er nur kleine Scharen von Verteidigern. In Don Carlos' Kriegsrat hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantierten Heere von kaum 14 000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und geradewegs auf die Hauptstadt loszugehen konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer stärker nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der karlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabreras, der in den Bergen von Valencia und von seiner starken Feste Cantavieja aus die karlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (nahe der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeschlagen, sondern erst das reiche Valencia heimgesucht. Das gab den Christinos Zeit, Truppen heranzuziehen, die sorglosen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und sie in die Berge von Cantavieja zu werfen. Espartero hatte unterdes in den entblößten baskischen Provinzen die wichtigsten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Karlisten kämpfenden Truppen ernannt, auch seinerseits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile gewesen, so hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit getrennte Truppenteile nach einem Ziele zu lenken ging ihm völlig ab. Die Karlistenführer hingegen, neben Cabrera besonders Zaratiegui, operierten sehr geschickt und wußten die feindlichen Generale teils einzeln zu schlagen, teils sich zwischen ihnen hindurchzuwinden und sich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September stand Don Carlos mit 16 000 Mann jenseit des Tajo in Arganda und sein Vortrab sah die Türme der Hauptstadt vor Augen.

Don Carlos gegen Madrid.

Calatrava. Wenige Wochen vorher war das Ministerium Calatrava zusammengebrochen. In anbetracht der schwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war seine Amtsführung doch nicht erfolglos gewesen. Obgleich es selbst aus Radikalen bestand und der Anerkennung der Verfassung von 1812 seinen Ursprung verdankte, hatte es doch sofort alle Anstalten getroffen um diese in gemäßigtem Sinne umarbeiten zu lassen und hatte die Cortes für diese Auffassung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentarischen Kämpfen die Verfassung vom 8. Juni zustande gekommen, die, immer noch sehr demo-

kratisch gefärbt, doch den Konservativen soviel Gewähr bot, wie nötig war um sie von dem Übergang ins karlistische Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Ministeriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der mutwilligen Demonstration einer Anzahl von Esparteros Offizieren, die im August, als Zaratiegui die Hauptstadt bedrohte, ungestüm einen Ministerwechsel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Kabinetts nun Espartero zu, der somit die politische und die militärische Leitung in seiner Hand vereinigte. Für ihn hing alles davon ab, daß er den Karlisten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertstreich. Don Carlos wagte nicht es auf einen Kampf ankommen zu lassen, und wandte sich am 13. September zum Rückzug nach Nordosten. Unter großen Mühsalen und schweren Verlusten erreichte er Ende Oktober den Ebro mit dem demütigenden Bewußtsein ein entscheidendes Unternehmen gänzlich gescheitert zu sehen.

Don Carlos' Rückzug.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in seinem Lager, die sich stets lebhaft bekämpft hatten, gerieten jetzt noch heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten überdies noch an, daß sie zu dem Zuge geraten. Es gelang ihnen den Prätendenten ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräter! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Basken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Kabinette wurden stutzig und hielten ihre Subsidiengelder zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens soviel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Peñacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Oberkommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, solange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rat des Fürsten bildeten und demselben vordemonstrieren durften, die Leute, welche lesen und schreiben könnten, die Generale, die mit Zirkel und Karte arbeiteten, seien keine Freunde der Religion und der Rechte des Prätendenten. Gegen sie, die offen auf seinen Sturz hinwirkten, glaubte Maroto auch seinerseits Gewalt brauchen zu dürfen. Nachdem er lange vergeblich ihre Entfernung aus der Umgebung des Königs und die Befreiung seiner verhafteten Gesinnungs-

Guergué und Maroto.

genossen gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm nichts als Selbsthilfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale nach kurzem Kriegsrat am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proklamation, die Maroto als einen Verräter absetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräter selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proklamation zurücknehmen und verbrennen lassen, eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und endlich gar 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landesteilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein imstande gewesen wären sie zu verteidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältnis nicht wieder gestalten; Maroto mußte sich sagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erste Gelegenheit ergreifen werde um sich seiner zu entledigen. Diese Einsicht trieb ihn zum Verrat. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie scheiterten freilich fürerst an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Isabella den ältesten Sohn des Don Carlos heiraten solle. Ob er diese Forderung werde aufrecht erhalten können, hing wesentlich von dem Ausgang der nächsten Kämpfe ab. Dieser war überall Espartero günstig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherzog" (Duque de la Victoria), wie sein neuester Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer schwieriger. Alle seine Gegner im karlistischen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen um ihn zu stürzen, und die furchtbaren Verwüstungen, mittels deren Espartero die Basken einzuschüchtern und dem Frieden geneigt zu machen suchte, erregten auch bei den Truppen neuen Zorn, neue Kampfeslust und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieser um sich selbst zu retten mit den Verhandlungen Ernst machen und alle unerreichbaren Bedingungen schwinden lassen. Teils mit dem englischen Admiral Hay, besonders aber mit Espartero wurden persönliche Besprechungen und schriftliche Verhandlungen gepflogen, die am 31. August 1839 in dem Vertrag von Vergara endeten, kraft dessen Maroto seine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das christinische Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleistet wurden.

Marotos Verrat.

Der Vertrag von Vergara.

Der Prätendent gab seine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskischen Länder und begab sich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges

Don Carlos' weitere Schicksale.

als Wohnort an und gestattete ihm erst 1845, nachdem er seinen Ansprüchen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entsagt hatte, sich zu entfernen. Er starb 1855 in Triest. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und sein Bruder Don Fernando machten Karl VI. 1860 einen unglücklichen Versuch, sich den spanischen Thron zu erobern und starben gleich darauf schnell hintereinander, gleichfalls in Triest, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete im Oktober 1868 zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun sofort Karl VII. mit seinem Bruder Alfonso den Versuch begann, seine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die karlistische, d. h. die äußerste ultramontane Partei, hatte nie aufgehört die Regierung der Königin Isabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als Don Carlos 1839 Cabrera. das Spiel verloren gab, kämpfte sein tüchtigster Anhänger, Cabrera, noch monatelang weiter; erst im Juli 1840 überschritt auch er mit dem Reste der Aufständischen die französische Grenze und beendete dadurch den siebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das zerklüftete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Christinos um so leidenschaftlicher den Parteikampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlaß der Verfassung von 1837 fest zu den konservativen Moderados, aus deren Mitte sie im Wechselnde Ministerien. Dezember jenes Jahres das Ministerium Ofalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Herzog von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados, immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerverweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammengetretenen Versammlung waren die Folge. Dank der maßlosen Beeinflussung, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Sieges nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht ihre Obrigkeiten selbst zu wählen entzog, brach ein Aufstand los, der Christinens Stellung völlig Der Aufstand von 1840. erschütterte. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältnis, das erst 1844 mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen vermochte, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Ämtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien

die letzten karlistischen Scharen bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald belehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals O'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840 Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressistischen Kabinetts. Jubelnd wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. Oktober dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero zum Regenten. Aber auch ihm war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados O'Donnell, Narvaez, Concha u. a. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich aufs Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern Christinens und dieser selbst bewies, zwang ihn an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangelten, sich ein populäres Feldgeschrei zurechtzumachen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündnis der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadiz nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebnis dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt um mit dem schmählichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressistisches Ministerium unter Olozaga und ein reaktionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Ruder ergriff und es mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie

Espartero's Regentschaft.

Sein Sturz.

führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag er den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Die Politik der Großmächte und das junge Europa.

Diese spanischen Wirren hatten nun während der dreißiger Jahre die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflußt. Fest zusammenhielten die drei Ostmächte; selbst die Kongresse der Monarchen und der Minister kamen wieder in Aufnahme. Wegen der Vorgänge auf der Pyrenäenhalbinsel wären dieselben allerdings nicht einmal erforderlich gewesen, so fest konnte Don Carlos auf die Sympathieen der beiden Kaiserhöfe und selbst des Königs von Preußen rechnen. Trotz der bedrängten Finanzverhältnisse Österreichs ließ Metternich Millionen von Gulden in die Kasse seines Schützlings fließen; auch der sparsame Friedrich Wilhelm scheute nicht vor ähnlichen Opfern zurück, und Nikolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Aber wenn die Wahl zwischen Karlisten und Christinos den Ostmächten keinerlei Zweifel verursachte, so verwickelte sich die Sache doch durch die Quadrupelallianz und die Haltung, welche Louis Philipp infolge derselben zu den spanischen Ereignissen einnahm. Metternich hätte mit der Julimonarchie sehr gern ein gutes und enges Einvernehmen unterhalten; er hegte zwar große Bedenken, ob eine so prinziplose Regierung sich dauernd werde behaupten können; allein er wußte, daß es in Louis Philipps Macht stand den revolutionären Parteien im Auslande seine Unterstützung zu gewähren und sie dadurch in unberechenbarer Weise zu fördern. Daß der König schon im Interesse seiner eigenen Dynastie dazu nicht sehr geneigt sei, stand ihm nicht minder fest; aber teils die unversöhnliche Feindschaft, die der Zar gegen die Orleans hegte, teils der Wunsch des französischen Königs sich wenigstens den Schein des Liberalismus zu bewahren verhinderte doch eine wirklich intime Annäherung an die Ostmächte und drängte ihn vielmehr zum Bündnis mit England. Greifbare Vorteile hatte ihm dasselbe bis dahin kaum gebracht. In Belgien hatte er keinen seiner Herzenswünsche erreicht; seine Anconade war von England ebenso scharf verurteilt wie von den Ostmächten; die geplante französisch-englische Intervention zu Gunsten der Polen war gescheitert; selbst der deutsche Bund hatte sich die Einmischung der beiden Mächte in seine Beschlüsse von 1832 nicht gefallen lassen und ebenso nach dem Putsch von 1833 den Protest derselben gegen die Besetzung Frankfurts durch österreichische und preußische Truppen zurückgewiesen; in Spanien lagen die beiden Verbündeten fast ununterbrochen in einem nicht zu verbergenden Kampfe um den vorwiegenden Einfluß am Hofe Maria Chri-

Die Ostmächte.

Louis Philipp.

ſtinens. Am ſchwierigſten und widerſpruchvollſten aber geſtaltete ſich das Verhältnis der Julimonarchie zu der radikalen Propaganda des Flüchtlingstums. Während der König ſchlechterdings nicht umhin konnte den Polen in Frankreich Aufnahme und Unterſtützung zu gewähren, mußte er doch gegen die geheimen Geſellſchaften ankämpfen, die ſeinen eigenen Thron untergruben; während er die Schweiz gegen die Drohungen der Oſtmächte, welche Ausweiſung der Flüchtlinge forderten, in Schutz nahm, konnte er doch nicht verkennen, wie gefährlich das revolutionäre Treiben hart an ſeinen Grenzen für ihn ſelber werden müſſe. Denn in der That kam es in der Schweiz zu einer förmlichen Organiſation des europäiſchen Verſchwörertums. Die Seele desſelben war der Italiener Giuſeppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieſer hochbegabte Mann ſich mit ſchwärmeriſcher Innigkeit die Verfolgung ſeiner politiſch-religiöſen Ideale zur Lebensaufgabe geſtellt. Durch Geburt und Vermögen wie durch Gemütsſtimmung und Sitten war er der Ariſtokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, deſſen Mitglied er geweſen war, entſprach ſeinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Beſtandteile hatten ſich in denſelben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für unentbehrlich hielt. So faßte er den Plan ſelbſt eine neue Geſellſchaft zu gründen. Die Folgen der italieniſchen Aufſtände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marſeille gründete er das junge Italien und ſchuf ſich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel zur Verbreitung ſeiner Ideen. Auch der Carbonarismus hatte ſeinen Schwerpunkt nach Frankreich verlegt, und ſeine oberſte Behörde, die Hohe Venta, mit der Pariſer zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Dieſen Verſuchen Frankreich zum Mittelpunkt der europäiſchen Revolution zu machen durfte Louis Philipp unmöglich thatenlos zuſehen. Der Hohen Venta freilich ließ ſich ſchwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Preſſe offen ſeine Anſichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälſchung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einſchreiten rechtfertigen ſollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckte darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurteil, welches den Mord als einen politiſchen erſcheinen ließ. Und obgleich nun die Geſchworenen von Aveyron die Unterſchrift für nachgemacht erklärten und den Angeſchuldigten freiſprachen, wurde er doch des Landes verwieſen. Gleichwohl verbarg er ſich unter falſchem Namen noch geraume Zeit in Frankreich um einen Plan auszuführen, den er gemeinſam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte ſich um einen Einfall in Savoyen, mit der Abſicht von da aus Italien zum Aufſtand zu bewegen. Eigentlich ſollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putſch gewagt werden; allein es verzögerte ſich bis Anfang 1834 und erfreute ſich nun der Mitwirkung deutſcher, polniſcher und anderer Flüchtlinge.

Mazzini.

Das junge Italien.

Verfolgung in Frankreich.

Der Savoyer Putſch.

Die militärische Leitung war dem aus der polnischen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum 1. Februar 1834 überschritten die Verschworenen in zwei Abteilungen von Genf aus die Grenze; aber schon am selben Tage mußten sie sich zurückziehen, da sie nicht den geringsten Anklang bei der Bevölkerung fanden. Infolge dieses Mißlingens brach Mazzini offen mit den Carbonari und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes sollten sich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde sich zu einer Gesamtheit verbrüdern. Ein Centralausschuß unter Mazzinis Vorsitz bildete die Spitze, die Verfassungen der Einzelbünde aber wurden von jedem selbständig entworfen. Eifrig ergriffen die deutschen und polnischen Flüchtlinge in der Schweiz diese Gedanken; sie begründeten ein junges Deutschland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zusammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbrüderungsakte, ein Schutz- und Trutzbündnis zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinschaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, so lautete ihr Programm: ein einziger Herrscher — Gottes Gesetz; ein einziger Ausleger dieses Gesetzes — die Menschheit. Kämpfen wollte man für die junge Freiheit gegen die alte Sklaverei, für die junge Gleichheit gegen die alten Vorrechte, für die neuen Ideen gegen den alten Glauben. Jedes Volk sollte dabei seine volle Selbständigkeit behalten, keines über das andere die Herrschaft verlangen, ein großer Bruderbund sie alle umschließen. Dieses Programm verscholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete sich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini selbst mußte aus dem Vorstande ausscheiden, und auch in den einzelnen Landsmannschaften gab es Reibereien genug. Nächst dem jungen Italien war das junge Deutschland am thätigsten. Unter seinen Häuptern waren Breidenstein und Stromaier die bekanntesten; doch wechselten die Ausschüsse in rascher Folge; in weniger als zwei Jahren hatte es ihrer sechs gegeben. Die Verbindung beschränkte sich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte sie etwa 300 Mitglieder an 25 Orten. Ihr Einfluß erstreckte sich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder stifteten nämlich in den meisten Städten der Schweiz Lesevereine, in welche die deutschen Handwerksburschen aufgenommen und für republikanische Ideen gewonnen wurden. Da las man das Vaser Unser neuer Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menschenrechte; da sang man das schreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem seiner Verse die Genossen irgend eines Gewerkes aufforderte, mit Beil, Axt, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutschen Fürsten zu beseitigen, oder man lernte die lästerlichen Verse des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutschen Flüchtlinge:

Das junge Europa.

Das junge Deutschland.

Wenn die Fürsten fragen: Was macht Absalom?
Könnt ihr ihnen sagen: Ei, der hänget schon.

Doch an keinem Baume und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume einer Republik.

Wollen sie gar wissen, wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht: er ist zerrissen, wo ihr ihn beseht.
Gebt nur eure großen Purpurmäntel her,
Das giebt gute Hosen für das Freiheitsheer.

Fragen sie gerühret: will er Amnestie?
Sprecht, wie sichs gebühret: er hat steife Knie.
Ihm blieb nichts auf Erden als Verzweiflungsstrieck'
Und Soldat zu werden für ein freies Reich.

Solche Lieder und Ideen trugen die Handwerksburschen dann über den Rhein ins Vaterland zurück, und aus diesem Gesichtspunkte betrachtet war die Wirksamkeit Jungdeutschlands nicht ganz gering anzuschlagen, besonders da von Paris aus in demselben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Eingreifen von ihm befürchtete, wenn man besorgte, es werde einen Einfall in Baden zuwege bringen und Deutschland revolutionieren, so war das eine gewaltige Überschätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entschlossen dem Treiben ein Ende zu machen und setzten ihren Willen auch durch, allerdings nicht ohne Widerstand überwinden zu müssen. Begünstigt wurden sie durch mancherlei Ausschreitungen der Flüchtlinge. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Österreich, der deutsche Bund und Sardinien die Ausweisung aller daran Beteiligten. Zürich als Vorort sagte diese zu, verwahrte sich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatsächlich wurden auch die meisten Teilnehmer des Zuges aus der Schweiz entfernt; aber begünstigt von einzelnen Kantonen, welche diese Nachgiebigkeit gegen fremdländische Einmischung mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen Mazzini, der in Bern geduldet wurde, das an der Spitze der Widerstrebenden stand. Thörichterweise ließ die Polizei dort auch eine lebhafte Demonstration der Flüchtlinge zu. Sie versammelten sich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen seitens der Großmächte Anlaß; eine förmliche Grenzsperre gegen die Schweiz wurde eingeführt und der diplomatische Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieses sich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es sich meinte stützen zu können, auf die Seite der Ostmächte getreten wäre. Nun erschien weiterer Widerstand unmöglich, die Versammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereignis mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshatz", die jetzt, um die frühere Verschuldung vergessen zu machen, um so leidenschaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutschen Studenten, Lessing, der für einen Spion galt, verübt wurde, schien diesen Umschwung auch moralisch zu rechtfertigen. Die meisten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlassen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele

Die Reaktion.

Feldzug gegen die Schweiz.

wandten sich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerschaft wider das Bestehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langsam erstarb, so fehlte es nicht an anderen Gesellschaften, welche seine Tendenzen fortpflanzten.

Diese hatten ihren Sitz fortan besonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er gestattet; man schätzte ihre Zahl noch 1838 auf 13 000. Schon 1832 hatte sich in Paris ein deutscher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Charakter einer geheimen Gesellschaft hatte. Nach etwa zwei Jahren machte er jedoch einer solchen Platz, dem Bunde der Geächteten, unter dessen Mitgliedern der Kölner Venedey die Hauptrolle spielte. Die Genossen traten zusammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze stand die Nationalhütte oder der Brennpunkt. Die Satzungen gaben vor, sie stammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und seien vielleicht dieselben wie die des Tugendbundes. Durch heimkehrende Handwerker wurden auch in Frankfurt und andererorten einzelne Zelte gegründet, ohne jedoch Bedeutung zu erlangen. Ein ähnlicher Bund, der sich von den Geächteten abzweigte, waren die Gerechten, die in Hamburg eine Gemeinde hatten. Beide Vereine gingen endlich um 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutschen, der größere Verbreitung als die früheren gewonnen und, wie prahlerisch behauptet wurde, in Frankfurt und Hamburg je 5000 Genossen gezählt haben soll. Das Gefühl der Ohnmacht, das allen diesen Geheimbünden gemeinsam war, verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie durch die Verbindung mit dem vertriebenen Herzog von Braunschweig oder dem nachmaligen Kaiser Napoleon III., der 1836 zur Zeit seines Straßburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die bei gesunden staatlichen Verhältnissen segensreich im öffentlichen Leben hätten wirken können, verzehrten in diesem Verschwörertum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Rauschenplatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamen Siechtum. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, die in der Geheimnisthuerei stets neue Nahrung fand, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige, wie Mathy oder Rochau, bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingstums die innere Gesundheit, den frischen Mut und den freien Blick um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Walstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgefühles doch nicht versagen dürfen.

Die Flüchtlinge in Frankreich.

Die Geächteten und Gerechten.

Die Litteratur. Auch die deutsche Litteratur hatte sich dem krankhaften Radikalismus der dreißiger Jahre nicht zu entziehen vermocht. Die romantische Schule hatte sich allmählich ausgelebt und gewissermaßen als Erbteil für die folgende Generation nur das in ihr waltende Prinzip der Ironie hinterlassen, dessen negative Tendenz sich nun in maßloser Weise als Satire, Skepsis und Kritik geltend machte. Wohl hatten diese in den damaligen Zuständen eine große Berechtigung, und Männer wie Platen oder Immermann konnten mit ihrem sittlichen Ernste nur gutes wirken, wie derb sie auch die Geißel des Spottes schwangen. Aber dieser sittliche Ernst fehlte bei manchem der einflußreichsten Wortführer und bei anderen, denen man ihn nicht absprechen möchte, wurde er doch durch den übermütigsten Subjektivismus dergestalt überwuchert, daß die großen erhaltenden Ideen der Religion, des Vaterlandes, der Gesetzlichkeit, ja selbst der Moral vor dem launenhaften Belieben des Individuums wie Bagatellen erschienen. Die Bannerträger dieser ätzenden und zersetzenden Börne und Heine. Kritik des Bestehenden wurden Börne und Heine, jener ein ehrlicher, charaktervoller, aber verbitterter Feind der politischen Misère in Deutschland, für die er doch nach seiner ganzen Denkweise keine fortschreitende Besserung erhoffen, sondern nur den radikalen Umsturz wünschen konnte; dieser trotz seiner genialen Begabung ein charakterloser Cyniker, dessen vergiftender Einfluß dadurch nicht aufgewogen wurde, daß er wie ein heftig wirkendes Ferment die trägen Massen in Gärung brachte. Daß beide Männer Juden waren, wenn auch getaufte, daß beide seit der Julirevolution in Frankreich lebten, entfremdete sie dem positiven Schaffen, das ohnedies nicht in ihrer Natur lag, noch mehr und gab ihrem Spott über Deutschland, ihrem Hohn gegen das Christentum, ihrer Polemik gegen die gefeiertsten Namen der deutschen Litteratur etwas doppelt Verletzendes. Freilich empfand das erst ein späteres Geschlecht mit ganzer Lebendigkeit; die jugendlichen Zeitgenossen staunten voll Bewunderung diese blendende, zermalmende Satire an und vergaßen es, daß diese Keulenschläge und Schwerterstreiche nicht bloß die altmodische und beengende Rüstung des deutschen Volkes, sondern das deutsche Volk selbst trafen. Zugleich lockte die bequeme Feuilletonform dieser Briefe und Reisebilder, die wachsende Leichtigkeit der journalistischen Tagesproduktion zur Nachahmung, und da die augenblickliche Wirkung nicht sicherer erzielt werden konnte als durch auffälligen Radikalismus des Inhalts und durch pikante Extravaganz des Stiles, so wurde der Ehrgeiz auch bedeutenderer jüngerer Talente in diese ungesunde Richtung hineingeDas junge Deutschland. rissen. Wienbarg, Gutzkow, Laube und einige andere Schriftsteller, die man bald als das junge Deutschland zu bezeichnen anfing, obgleich sie mit dem politischen Bunde dieses Namens nichts zu thun hatten, wetteiferten miteinander in der Verherrlichung des Atheismus und der Emanzipation des Fleisches; der politischen Kritik mußte man freilich enge Grenzen ziehen, da auf diesem Gebiete die Zensur durchaus keine Nachsicht kannte; aber auch diese Beschränkung rettete die Schriftsteller

des jungen Deutschland endlich nicht vor den Streichen des Bundestages, der am 10. Dezember 1835 ihre sämtlichen Schriften, die bisherigen wie die zukünftigen, verbot, so daß jene in den nächsten Jahren nur unter Pseudonymen ihre Werke veröffentlichen konnten.

Die Großmächte.

Hinter dem Bundestage standen jetzt wieder, ebensoeng verbunden wie zur Zeit derKongresse von Aachen und Verona, die drei Großmächte der Heiligen Allianz. Wie erbittert der russische Zar auch zur Zeit des türkischen Krieges auf Metternich gewesen war, der gemeinsame Kampf gegen die Revolution hatte die Erinnerung daran doch allmählich verwischt. Die Aussöhnung, welche Graf Ficquelmont, der als ständiger Botschafter Österreichs in Peterburg geblieben war, erfolgreich angebahnt hatte, erhielt das Siegel der Bekräftigung in den Konferenzen von Münchengrätz, wo Nikolaus und Kaiser Franz mit ihren Ministern vom 9. bis 19. September 1833 bei einander waren und über die ganze lange Reihe der schwebenden europäischen Fragen sich verständigten. Unerwünscht war es freilich, daß der König von Preußen bei dieser Zusammenkunft fehlte und sich zwar durch den Kronprinzen vertreten ließ, aber keinen Minister gesandt hatte. Anfänglich hatte man auf die persönliche Anwesenheit des Monarchen, der bis Ende August in Teplitz verweilte, rechnen dürfen; als sich aber die Ankunft des Zaren über den festgesetzten Termin verzögerte, erklärte Friedrich Wilhelm der Herbstmanöver wegen nicht länger warten zu können. Trotz des Besuches, den er dann noch dem österreichischen Kaiser in Theresienstadt abstattete, und trotz der Begegnung, die er mit dem Zaren auf dessen Hinreise in Schwedt hatte, wußten die beiden Kaiser recht wohl, daß die friedliche und gemäßigte Richtung des Berliner Kabinetts mit der ihrigen nicht völlig zusammenfiel, daß insbesondere die starkbetonte Verwerfung des Nichteinmischungsprinzips, über die sie sich geeinigt hatten, in des Königs Augen einen Offensivcharakter trug, der den Frieden gefährden könne. Indes war der Beitritt Preußens doch unentbehrlich, und Nesselrode reiste deshalb mit Ficquelmont von Münchengrätz nach Berlin um dort nicht ohne Milderung der Formen schließlich am 15. Oktober zum Ziel zu gelangen und die Unterschrift Preußens zu gewinnen. Man sah von einer förmlichen Mitteilung des geschlossenen Vertrages an die anderen Mächte ab, gab aber doch besonders Frankreich deutlich genug zu verstehen, daß man das Recht der Einmischung auf Anrufen eines bedrohten Souveräns zu wahren entschlossen sei und wenn ein dritter dies verhindern wolle, gemeinsam gegen denselben auftreten werde. Wenn auch die Westmächte, besonders England, die Verabredungen von Münchengrätz überschätzten, so daß Lord Palmerston sogar glaubte, es sei die Teilung der Türkei beschlossen worden, so war das Ergebnis doch bedeutungsvoll genug: die alte Übereinstimmung der drei Ostmächte war wiederhergestellt.

Münchengrätz.

Zwischen Österreich und Preußen waren auch die deutschen Zustände eingehend erörtert worden. Schon Ende August war Metternich

Die Wiener Konferenzen.

mit Ancillon in Teplitz übereingekommen, die übrigen Bundesgenossen zur Beschickung von Ministerkonferenzen einzuladen, die im Januar 1834 in Wien eröffnet werden sollten. Von Münchengrätz aus hatte dann der preußische Kronprinz mehrere Höfe besucht um deren Zustimmung zu gewinnen. Natürlich konnte keiner daran denken seine Beteiligung abzulehnen, und die Konferenzen fanden wirklich vom Januar bis Juni 1834 statt. Vor allem wurden Maßregeln gegen die Ständeversammlungen beschlossen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, jede Beratung über die Gültigkeit von Bundesbeschlüssen sollte unterdrückt, der Versuch einer Budgetverweigerung mit allen verfügbaren Mitteln zurückgewiesen, die Öffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beschränkt werden. Für Streitigkeiten zwischen Ständen und Regierungen wurde ein Schiedsgericht geschaffen, auf dessen Erfindung Metternich besonders stolz war. Die siebzehn Kurien des Bundestages sollten von drei zu drei Jahren je zwei Männer bezeichnen, aus deren Mitte die streitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die sich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkören: so war mit scheinbarer Unparteilichkeit dafür gesorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in diesem Gerichte Platz finden konnten. Auch der Presse wurden von der Wiener Ministerkonferenz neue Einschränkungen bereitet; die Erlaubnis zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redakteurs geknüpft, über welche natürlich der Regierung das Urteil zustand, und sollte jederzeit widerruflich sein. Gegen die Universitäten wurden die früheren Bestimmungen erneuert und in vielen Punkten noch verschärft; aber auch die Gerichte entgingen der Fürsorge der Minister nicht; doch scheiterte der Versuch, die Geschworenen wieder zu beseitigen, an dem Widerspruche Bayerns. Ein Teil der Konferenzbeschlüsse wurde in Frankfurt 1834, und soweit die Universitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgesetzen umgewandelt, ein anderer Teil dagegen geheimgehalten und erst nach zehn Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebnisse, welche sich die Großmächte von all diesen Bestimmungen versprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank denselben und den erneuten Demagogenprozessen gelang es wirklich das politische Leben in Deutschland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfassungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preußischen Regierung mit dem Erzbischof von Köln und vollends die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anstoß zu einer neuen Regsamkeit gaben, die sich langsam aber stetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Bundesschiedsgericht.

Andere Beschlüsse.

Franz' I. Tod.

Gänzlich bedeutungslos blieb für die deutsche wie für die europäische Politik der Tod des guten Kaisers Franz, dem am 1. März 1835 sein geistesschwacher und körperlich sieche Sohn Ferdinand auf dem Throne folgte. Nur für die innere Politik Österreichs war das Ereignis von einer gewissen Tragweite.

Metternichs Stellung wurde an sich dadurch nicht erheblich geändert. In der auswärtigen Politik behielt er denselben ausschließlichen Einfluß, den ihm der verstorbene Monarch zugestanden hatte; in der inneren war er ja auch bis dahin fast ganz unthätig gewesen. Allerdings hätte er jetzt gern eine regere Wirksamkeit in dieser Richtung entfaltet, stieß dabei aber auf die Rivalität des Grafen Kolowrat, dem in den letzten zehn Jahren dieses Gebiet von Kaiser Franz fast ganz überlassen war und der jetzt mit des Kaisers Bruder Ludwig und Metternich die Staatskonferenz bildete. Die Spannung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern erreichte einen sehr hohen Grad, als Kolowrat im Januar 1836 gemeinsam mit dem Finanzchef von Eichhoff zur Deckung des regelmäßig wiederkehrenden Defizits von ca. 30 Millionen Gulden eine bedeutende Verminderung des Militärbudgets vorschlug. Vereint mit dem Kriegsminister Grafen Hardegg und dem Generaladjutanten des Kaisers Clam-Martinitz bekämpfte Metternich diesen Antrag, mußte aber schließlich doch in Ersparnisse von etwa 12 Millionen willigen. Weiter gingen Kolowrats Absichten dann dahin den Zuckerzoll, welcher jede Einfuhr unmöglich machte, auf zehn Prozent herabzusetzen und daraus Einnahmen für die Staatskasse zu ziehen. Die Verordnung wurde auch genehmigt, aber sehr bald ohne Kolowrats Wissen auf die Klage der Zuckerfabrikanten vom Erzherzog Ludwig zurückgenommen. Infolgedessen verlangte Kolowrat im September 1836 seinen Abschied, zumal auch die Zulassung der Jesuiten in ganz Österreich trotz seiner Vorstellungen genehmigt worden war. Eine solche offene Bekundung des Zwiespaltes in den höchsten Regionen wünschte Metternich jedoch zu verhüten, und so kam am 6. Dezember ein Kompromiß zustande, durch das ein geordnetes Zusammenwirken gesichert werden sollte. Erzherzog Ludwig wurde in Vertretung des Kaisers Präsident der Staatskonferenz, in welche auch der Thronfolger Franz Karl eintrat; ordentliche Mitglieder waren außerdem nur Metternich und Kolowrat; als außerordentliche aber sollten auch die Mitglieder des Staatsrates und die Präsidenten der Hofstellen d. h. die Minister zugezogen werden. Thatsächlich erwies sich dieser Organismus als wenig brauchbar. Erzherzog Ludwig liebte weder Reformen noch Debatten, und so wurde es mehr und mehr Regel, daß an die Stelle der Konferenzberatung das schriftliche Votieren trat. So verharrte das Reich auch unter dem neuen Monarchen in jenem Zustande der Stagnation, der es an den Rand des Abgrundes führen mußte. Daß sich vollends in der äußeren Politik nichts geändert habe und insbesondere die enge Verbindung mit Preußen und Rußland fortbestehe, wurde noch im Herbst des Jahres 1835 durch die Begegnungen der drei Monarchen äußerlich kundgethan. Nikolaus nahm an den preußischen Manövern in Schlesien teil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nikolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Inkognito nach Wien um der Witwe des verstorbenen Kaisers ritterlich

Die Staatskonferenz.

Die Fürstenbegegnungen in Kalisch und Teplitz.

seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preußischen Staatsanzeiger allgemeine Rührung hervorrief. In solchen Äußerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preußischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdigkeit selbst und erntete dafür unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darauf gerichtet den Berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den russischen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht gespart; der Rubel reist im deutschen Land, sang Platen 1833; „sonst gab's nur Einen Kotzebue, jetzt giebt's ein ganzes Schock!" Noch wirksamer aber waren die verwandtschaftlichen Beziehungen mit den Höfen von Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel u. s. f., die überall dem Petersburger Kabinett die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutschen Mittelstaaten gerichtet, wagte geradezu die Idee eines russischen Protektorates auszusprechen, und einige Jahre später bemühte sich eine Schrift von großer politisch-historischer Gelehrsamkeit, die Europäische Pentarchie (Leipzig 1839), demselben Gedanken im Publikum Anhang zu verschaffen. Wenn die Gruppierung der Mächte äußerlich wieder ganz derjenigen glich, die in den ersten Jahren der Restauration bestanden hatte, so war innerlich doch eine bedeutsame Verschiebung vollzogen: hatte vor zwei Dezennien Metternich den Ton angegeben und trotz gelegentlicher Konflikte den Zaren nach seinem Willen gelenkt, so war jetzt unverkennbar Nikolaus die führende Persönlichkeit geworden und der alternde Staatskanzler mußte zufrieden sein, wenn er noch einen gewissen regulierenden Einfluß üben konnte. Gern hätte er in diesem Sinne Frankreich zu engerem Anschluß an die Ostmächte bewogen, weil er sich überzeugt hielt, daß Louis Philipp seine, nicht aber des Zaren Stellung verstärken werde. Allein selbst diese Hoffnung sollte ihm vereitelt, ja geradezu in das Gegenteil verkehrt werden. Denn im Orient hatten sich Verwickelungen entsponnen, die Frankreich in den schärfsten Gegensatz zu den Ostmächten trieben, England dagegen, dessen Interessen sich doch gerade auf diesem Boden am deutlichsten mit den russischen durchkreuzten, abermals wie in den Tagen Cannings zu einer engen Verbindung mit Rußland veranlaßten.

Russischer Einfluß in Deutschland.

Mehemed Ali und die Türkei.

Für die Pforte war durch den Abschluß der griechischen Frage und durch den Frieden von Adrianopel keineswegs eine Erholungspause eingetreten, in der sie sich innerlich zu neuem Widerstande gegen die von allen Seiten andrängenden Schwierigkeiten hätte stärken können. Vielmehr entwickelten sich unmittelbar aus jenen Ereignissen neue Konflikte, welche die Existenz des Reiches ernstlich zu gefährden drohten.

Am bedenklichsten war die mächtige Stellung, die Mehemed Ali von Ägypten einnahm. Die bedeutsame Rolle, welche dieser ungewöhnliche

Beginn des Konfliktes.

Mann in dem Kriege des Sultans wider das aufstrebende Griechenland gespielt hatte, berechtigte ihn nach seiner Meinung auch einen bedeutenden Preis zu fordern. Die Inseln Kreta und Cypern, die er bekam, genügten ihm nicht; er verlangte auch das Paschalik von Damaskus. Gerade das ihm einzuräumen trug aber die Pforte mit Recht Bedenken; denn der Besitz von Syrien, den von jeher die Beherrscher Ägyptens zur Sicherung ihrer Macht erstrebt hatten, mußte in dem Pascha, wenn er sie nicht schon besaß, die Lust erwecken sich unabhängig zu machen und ihm zugleich einen derartigen Versuch bedeutend erleichtern. Mehemed ließ sich aber durch den ersten Mißerfolg nicht einschüchtern, sondern suchte sein Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen. Das südlichste der vier syrischen Paschaliks, das von Akka, wurde von Abdallah verwaltet, einem Manne, der schon häufig in Streit mit der Pforte gelegen hatte. Auch mit Mehemed war er verfeindet: seit lange schuldete er ihm eine ansehnliche Geldsumme und neuerdings gewährte er flüchtigen Ägyptern eine Zuflucht. Beide Klagepunkte machte nun Mehemed bei der Pforte anhängig, in der Hoffnung von ihr ermächtigt zu werden sich selbst Recht zu schaffen. Einmal im Besitz von Akka würde dann, so rechnete er, von einer Rückgabe des wertvollen Landes so leicht nicht die Rede sein können. Indes der Sultan rechnete ebenso und entschied deshalb zu Gunsten Abdallahs. Auch für diesen Fall war aber Mehemed gerüstet. Was er nicht mit Bewilligung seines Oberherrn erreichen konnte, wollte er gegen dessen Willen erzwingen. Seine Armee, europäisch geübt und von seinem Sohne Ibrahim befehligt, harrte nur seines Wortes um die Grenzen zu überschreiten. Die äußeren Verhältnisse waren ungemein günstig. Den Großmächten fehlte es an Muße sich eingehend mit diesem Streite zweier türkischer Paschas zu beschäftigen; ein so alltägliches Ereignis, das in der Geschichte des osmanischen Reiches hunderte von Seitenstücken zählte, konnte wenig interessieren in einem Augenblicke, wo die Anwesenheit französischer Truppen in Belgien lebhafte Besorgnisse wachrief. Und die Türkei ihrerseits war vollauf beschäftigt mit den blutigen Unruhen, die unter den Albanesen und den Bosniern im Gefolge der Unterdrückung der Janitscharen und des russischen Krieges ausgebrochen waren. In Bosnien hatten die mit des Sultans Reformen unzufriedenen Häuptlinge während des Krieges den türkischen Wesir verjagt und als ihren Führer Hussein, den „Drachen von Bosnien", anerkannt, der bald mit dem mächtigen albanesischen Pascha Mustapha von Skutari (gewöhnlich Skodra Pascha genannt) in ein Bündnis trat. Über 60 000 Mann stark rückten sie zusammen im Frühjahr 1831 gegen Rumelien vor und nur durch List und Verrat gelang es Reschid Pascha, der gegen sie geschickt wurde, ihrer Herr zu werden. Nachdem er erst den Skodra Pascha durch Zwiespalt, den er in dessen Heere anzustiften wußte, zum Rückzug genötigt hatte, gewann er die Bosnier durch umfassende Zusagen, unter denen sich auch die Erhebung Husseins zum Wesir befand, warf sich dann auf Skodra Pascha,

Mehemed bedroht Akka.

Gunst der Lage.

Bosnien und Albanien.

den er besiegte und gefangennahm, und schlug endlich 1832 auch die Bosnier derart, daß Hussein nichts übrig blieb als über die österreichische Grenze zu fliehen.

Ibrahim vor Akka.

Aber ehe es soweit gekommen war, hatte Mehemed Ali sich diese Wirren zunutze gemacht. Am 29. Oktober 1831 überschritt sein Sohn Ibrahim die syrische Grenze, nahm ohne Kampf die wichtigsten Städte des feindlichen Paschas, Gaza, Jaffa, Jerusalem, und begann die Belagerung des festen Akka, wohin Abdallah sich zurückgezogen. Hier fand er schwerere Arbeit; obgleich ihm die ägyptische Flotte zu Hilfe kam, machte die Belagerung monatelang keine Fortschritte. Dadurch ermutigt, schlug der Sultan das erneuerte Verlangen des Ägypters ihm Akka zu überlassen ab, forderte die Räumung Syriens und enthob, als diese

Ächtung Mehemeds und Ibrahims.

nicht erfolgte, Vater und Sohn ihrer Ämter und Würden, bis sie Gehorsam geleistet hätten. Die Sammlung eines Heeres bei Haleb sollte diesen Schritten Nachdruck geben. Aber Ibrahim ließ sich nicht einschüchtern; ohne die Belagerung Akkas aufzuheben machte er mit einem anderen Teile seines Heeres neue Eroberungen und lieferte Osman Pascha, welchen der Sultan an Abdallahs Stelle zum Statthalter erhob, ein Treffen. Daraufhin erfolgte am 23. April 1832 die Ächtung der beiden Ägypter und Hussein Pascha, der türkische Oberbefehlshaber, rückte mit

Ibrahims Siege.

dem Heere von Haleb vor. Aber nun war die kostbarste Zeit für den Sultan schon verloren. Akka wurde am 25. Mai mit Sturm genommen; der Pascha von Damaskus gab seine Hauptstadt ohne Kampf preis; die Bewohner von Haleb sandten dem siegreichen Ibrahim ihre Unterwerfung entgegen; Mehemed Pascha, ein Unterfeldherr Husseins, erlitt am 9. Juli bei Homs eine gänzliche Niederlage; und als endlich der türkische Oberbefehlshaber selbst sich mit Ibrahim maß, wurde er am 27. Juli bei Beylan vollständig aufs Haupt geschlagen.

Ibrahim in Klein-Asien.

Nicht Ibrahims Talenten allein wurde dieser Ausgang zugeschrieben, sondern mehr noch der verräterischen Handlungsweise des Seraskiers Chosrew, der Hussein keine Triumphe gönnte und, da er selbst den Oberbefehl zu erhalten wünschte, dessen Niederlage durch die mangelhafte Ausrüstung des Heeres herbeizuführen bestrebt war. Die gleiche Treulosigkeit beging er gegen Reschid Pascha, der an Husseins Stelle trat. Er drängte ihn zu einer Hauptschlacht und wußte doch beim Sultan durchzusetzen, daß ihm die Reservearmee von 25 000 Mann, die er zur Unterstützung verlangte, abgeschlagen wurde. Die Folge war, daß auch

Sieg bei Konija.

Reschid bei Konija am 21. Dezember 1832 völlig besiegt wurde. Ibrahim stand nun mitten in Kleinasien und seiner Armee von über 100 000 Mann hatte die Pforte keine ebenbürtige Streitmacht entgegenzusetzen; der Weg nach Konstantinopel lag offen vor ihm. In dieser äußersten Not erblickte Sultan Mahmud die einzige Hoffnung in russischer Hilfe.

Russische Einmischung.

Die Haltung des Zaren der Pforte gegenüber war seit dem Frieden von Adrianopel sehr wohlwollend gewesen und hatte den Grundsätzen entsprochen, welche ein zu diesem Zwecke berufener Ausschuß russischer

Diplomaten dem Kaiser empfohlen hatte. Danach sollte die Auflösung der Türkei, da sie für Rußland mehr Nachteile als Nutzen bringe, verhindert werden; sei das nicht möglich, so dürfe Rußland freilich den Zugang zu den Dardanellen keiner anderen Macht überlassen und müsse suchen einen gemeinsamen Beschluß der Großmächte über das Schicksal der übrigen türkischen Gebiete herbeizuführen. Demgemäß hatte sich Nikolaus jetzt von vornherein entschieden gegen Mehemed Ali ausgesprochen und schon vor der Schlacht von Konija dem Sultan Beistand angeboten. Damals hatte Mahmud ihn abgelehnt und vergeblich England um die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer ersucht. Jetzt blieb dem Bedrängten nichts anderes übrig als die von neuem angebotene russische Hilfe im Januar 1833 zu erbitten. Mit Schrecken erkannten die Gesandten der Westmächte die drohende Gefahr, daß der Einfluß Rußlands in Stambul allmächtig werde. Mit lebhaften Farben stellte der französische Botschafter Rousin der Pforte die Gefahr der Abhängigkeit vor, in welche sie sich begebe, versprach die kräftige Unterstützung seiner Regierung und erreichte wirklich, daß der Sultan am 21. Februar die Grundzüge der Übereinkunft mit Mehemed, die Rousin entworfen, genehmigte und den russischen Admiral, der mittlerweile von Sebastopol herbeigesegelt war, ersuchte sich wieder zurückzuziehen. Allein die Ägypter weigerten sich ihrerseits jenen Grundzügen beizustimmen; was ihnen geboten wurde, Akka, Jerusalem, Tripoli, genügte ihnen nicht; Mehemed wies die französische Vermittlung zurück und Ibrahim marschierte weiter. So mußte denn der Sultan seine Bitte um russischen Beistand erneuern; auch jetzt fand er williges Gehör; der Admiral Lasarew ging im Bosporus vor Anker, und Ende April landeten 15 000 Russen bei Skutari, während eine größere Armee den Pruth überschritt und auf Konstantinopel zog. Um jeden Preis wollten nun die Westmächte es vereiteln, daß die Russen thatsächlich an dem Kriege teilnähmen. Aber da sie weder Flotte noch Heer zur Hand hatten, da Mehemed Ali starr auf seinen Forderungen: Ganz Syrien und die Provinz Adana mit den Tauruspässen! bestand, was konnten sie thun? Das einzige Mittel war, dem Sultan so große Furcht vor der russischen Hilfe einzuflößen, daß er lieber dem Ägypter alles bewilligte, als sie zur That werden ließ. Darauf waren die eifrigen Bemühungen ihrer Gesandten gerichtet, und mit Erfolg. Denn Österreich unterstützte sie und Rußland arbeitete ihnen nicht entgegen. Mit kluger Berechnung gestattete es dem Sultan den freiesten Entschluß, gleich bereit zu seiner Unterstützung wie zur Rückberufung der Truppen. So war man des Erfolges in jedem Falle sicher. Fügte sich Mahmud den Ratschlägen der Westmächte und gab, Ingrimm im Herzen, dem aufrührerischen Vasallen die verlangten Provinzen, so konnte der Zar sich darauf berufen, daß nicht an ihm die Schuld des schlimmen Ausgangs liege; beharrte die Pforte auf ihrem Widerstande und gelang es den russischen Truppen sodann die Ägypter zu schlagen, so war Nikolaus der edelmütige Retter des Sultans. In

Französische Vermittlung.

Diplomatische Verhandlungen.

beiden Fällen aber hatte fortan sein Einfluß in Konstantinopel das Übergewicht. Die Westmächte sollten das sehr bald erfahren. Fürerst brachten sie jetzt den Frieden glücklich zustande; am 6. Mai 1833 wurde er in Kutahija wesentlich auf die Bedingungen hin geschlossen, die Mehemed gestellt hatte; ganz Syrien wurde ihm, Adana seinem Sohne Ibrahim überlassen, wogegen er die Oberherrschaft der Pforte auch für Ägypten, Arabien, Cypern und Kreta von neuem anerkannte.

Der Friede von Kutahija.

Für die längere Anwesenheit der Russen im türkischen Reiche fiel damit jeder Vorwand hinweg; auch zogen sie mit Heer und Flotte ab ohne Schwierigkeiten zu machen. Aber nachher schloß ihr Gesandter mit der Pforte ein Schutz- und Trutzbündnis auf acht Jahre, welches deutlich zeigte, wie der Sultan nur an Rußland noch einen festen Rückhalt zu besitzen glaubte. Es war der Vertrag von Unkjar-Skelessi vom 8. Juli 1833. Besonders erregte ein geheimer Artikel, der bald bekannt wurde, die lebhafte Besorgnis der Westmächte. Derselbe bestimmte, daß die Pforte, wenn Rußland in Krieg gerate, zu materieller Unterstützung nicht verpflichtet sei, wohl aber die Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe schließen müsse. Deutlicher konnte die Stellung der beiden Verbündeten nicht gekennzeichnet werden; der Schlüssel zum Schwarzen Meere war in Rußlands Hand gegeben. England und Frankreich protestierten heftig gegen diesen Vertrag, aber ohne Erfolg. Sie konnten ihre Politik im Orient jetzt in doppelter Weise einrichten: entweder sie stellten sich auf Mehemed Alis Seite und beförderten die Entwickelung seines Reiches, damit es an die Stelle des morschen, von Rußland beherrschten türkischen trete; oder sie hielten den Ägypter mit Gewalt im Zaume, beförderten die Reform der türkischen Verwaltung und Politik und suchten nach und nach den russischen Einfluß zu vermindern. Den letzteren Weg schlug England ein, den ersten Frankreich, und so trennten sich, wenn auch anfangs unmerklich, ihre Wege gerade in dem Augenblick, wo Rußland und Österreich sich in Münchengrätz zur Erhaltung der Türkei, zur Bekämpfung Mehemed Alis und gegebenen Falls zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen bei einer Auflösung der Türkei eng verbanden. Der französischen Politik hatte es seit langem nahe gelegen Ägypten zu unterstützen, dort Einfluß zu gewinnen und so die Verwandlung des Mittelmeeres in eine „französische See“ vorzubereiten. England dagegen mußte wünschen, den Weg über die Landenge von Suez und durch das Rote Meer weder unter französischen Einfluß noch in die Hände eines Herrschers kommen zu lassen, der in Kriegszeiten ihn hätte sperren können. Mehemed Ali war ihm daher gründlich verhaßt und wurde es noch mehr, als er in den folgenden Jahren seine früher schon begonnenen Eroberungen in Arabien mit Eifer wiederaufnahm. Es war ein notwendiges Erfordernis der britischen Politik jetzt selbst auf dieser Halbinsel festen Fuß zu fassen. Eine Gelegenheit dazu bot 1838 die Plünderung eines gestrandeten englischen Schiffes bei Aden. Palmerston verlangte Genugthuung und nahm, als diese verweigert wurde, 1839 Aden mit

Vertrag von Unkjar-Skelessi.

England und Frankreich.

England besetzt Aden.

Gewalt in Besitz, wodurch er seinem Lande am Roten Meere einen Platz erwarb, der dieselbe Bedeutung hatte, wie Gibraltar am Mittelmeer. Vorher schon war er bedacht gewesen noch eine zweite Überlandstraße nach Indien zu schaffen; er hatte 1835 von der Pforte die Erlaubnis erwirkt auf dem Euphrat eine englische Dampferlinie zu begründen. Trotz Rußlands Einspruch war sie erteilt worden, aber technische Schwierigkeiten machten den Plan zu nichte. Umsohöher stieg die Bedeutung des Roten Meeres, umsomehr galt es Mehemed Ali niederzuhalten. In diesem Punkte trafen die englischen und die russischen Interessen zusammen, wie sehr sie sich auch sonst widersprechen mochten. Ebendeshalb konnte Palmerston ein allzuheftiges Aufeinanderplatzen der Gegensätze nicht wünschen und fühlte sich durch die erbitterte und gründliche Polemik, welche ein englischer Diplomat, David Urquhart, gegen Rußland erhob, nicht wenig behindert. Durch lange Reisen mit den Verhältnissen des Orientes wohl vertraut, veröffentlichte dieser seit 1833 mehrere Schriften, welche das größte Aufsehen erregten, besonders das Portfolio, ein Journal, in dem er vom Herbst 1835 bis in den Frühling 1837 die russische Politik zu entlarven suchte. Das geschah, während er Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel war. Palmerston hatte ihn nur ungern auf diesen Posten gestellt, hatte aber dem Andringen des Königs und der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Es war ihm daher nicht unlieb, daß sich 1837 ein Anlaß bot ihn wieder abzuberufen. Urquhart hatte nämlich in der unbefangensten Weise englische Kaufleute ermuntert an der tscherkessischen Küste Schmuggel mit Pulver und Kanonen zu treiben. Diese Küste hatte Rußland sich im Frieden von Adrianopel von den Türken abtreten lassen, obgleich sie denselben gar nicht gehörte, sondern von unabhängigen Stämmen bewohnt war. Seitdem waren russische Truppen mit ihrer Unterwerfung beschäftigt; die englische Zufuhr erleichterte den Widerstand. Im Herbst 1836 wurde nun ein englischer Schoner von einem russischen Kriegsschiff aufgebracht und als Prise verurteilt. Urquhart wollte die aufflackernde Leidenschaft, welche sich der Engländer infolgedessen bemächtigte, benutzen um zum Kriege zu drängen; Palmerston hingegen erklärte sich mit den Erläuterungen, welche Rußland bereitwillig gab, zufrieden und enthob Urquhart seines Postens. Als Nachfolger schickte er Bulwer nach Stambul, der in Übereinstimmung mit dem Gesandten, Lord Ponsonby, einen ganz anderen Weg einschlug um Englands Stellung in der Türkei zu verbessern: sie betrieben den Abschluß eines Handelsvertrages. In früheren Verträgen war ein Aus- und Einfuhrzoll von je 3 Prozent verabredet worden; durch inländische Abgaben aller Art hatten es die Türken aber dahin gebracht, daß thatsächlich die englische Einfuhr mit 40 bis 60, die Ausfuhr sogar bis zu 100 Prozent besteuert und der Handel fast unmöglich gemacht war. Diese Verteuerungen hingen zumeist mit den zahlreichen Monopolen zusammen, aus denen gerade Mehemed Ali seinen größten Reichtum schöpfte. Wenn sie durch einen neuen Handelsvertrag für das ganze osmanische

England und Rußland.

David Urquhart.

Englisch-türkischer Handelsvertrag.

Mehemeds Stellung dazu.

Reich aufgehoben wurden, so erlitt er die schwerste Einbuße; es ließ sich von ihm also ein entschlossener Widerstand und eine ernstliche Entzweiung mit England erwarten. Diese Berechnung war es besonders, welche den Sultan für den Abschluß des Bulwerschen Vertrages einnahm und ihm, zur nicht geringen Überraschung der übrigen Mächte, die Zustimmung abgewann. Am 16. August 1838 wurde derselbe zu Balta Liman unterzeichnet und seine Abänderungen waren so vorteilhaft, daß die meisten Regierungen sofort, Rußland nach einigem Zögern, sie gleichfalls mit der Pforte vereinbarten.

Seine Rüstungen.

Es war nun die Frage, ob Mehemed den Vertrag anerkennen oder daraus den Vorwand entnehmen werde sich völlig von der Pforte loszusagen. Daß er mit diesem Gedanken sich ernstlich trage, hatte er selbst den Konsuln der Westmächte schon im Frühjahr gerade herausgesagt. England war entschlossen jeden solchen Versuch zu vereiteln und verstärkte seine Mittelmeerflotte; zugleich aber war es bemüht ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte anzubahnen, weil es dadurch Mehemed genügend einschüchtern und obendrein den verhaßten Vertrag von Unkjar-Skelessi beseitigen oder doch aus einem russisch-türkischen in ein Schutzbündnis zwischen der Türkei und den sämtlichen Großmächten verwandeln zu können hoffte. Mehemed Ali erkannte die Gefahr rechtzeitig und gab den Vorstellungen, die besonders Frankreich ihm machte, Gehör; er versicherte, daß er gegen den Handelsvertrag keine Einwendungen erheben werde, setzte dabei aber seine Rüstungen fort. Denn es war ihm völlig zweifellos geworden, daß er bei der zornigen Stimmung des Sultans, der nach einem Rachekrieg brannte, das Gehässige des Friedensbruches gar nicht auf sich zu nehmen brauche, sondern den ersehnten Krieg auch ohne das haben werde. Das englische Kabinett war nunmehr eifrig bemüht in Stambul Ruhe zu predigen, dem Sultan die Entwickelung der inneren Hilfskräfte seines Reiches zu empfehlen und ihm vorzustellen, daß seine Armee der ägyptischen nicht gewachsen sei. Das wagte freilich keiner der Minister dem Sultan zu sagen und dieser selbst hegte das größte Zutrauen zu seinen Truppen, die er durch preußische Offiziere, unter denen auch Moltke war, hatte umbilden lassen. Seine Siegeshoffnung steigerte sich noch durch die Kunde von der gärenden Unzufriedenheit, welche Mehemeds geld- und soldatenbedürftiges Regiment in Syrien hervorrief, und die in fortdauernden Aufständen der Drusen und anderer Gebirgsbewohner an den Tag trat. Natürlich fehlte es nicht an türkischem Gelde, das diese Unruhen nährte, wie andererseits Mehemed bei den Empörungen, die jahraus jahrein in den weiten Ländern des Sultans ausbrachen, seine Hand im Spiel hatte. Ging er doch so weit, auf eine ansehnliche Partei in der Nähe des Thrones gestützt, einen Gewaltstreich zu planen, der das Szepter dem siebzigjährigen Mahmud entwinden und in die Hände des kaum erwachsenen Thronfolgers Abdul Medjid legen sollte, zu dessen Vormund dann der Ägypter bestimmt war. Unter solchen Umständen konnte die Diplomatie den Aus-

Kriegslust des Sultans.

bruch des Krieges höchstens verzögern, zumal da der russische Gesandte in Stambul nur scheinbar die friedfertigen Absichten seiner Kollegen unterstützte. Der Wille des Sultans machte endlich diesem Schwanken ein Ende. Anfang 1839 hatte Hafiz Pascha die Unterwerfung eines Kurdenaufstandes vollendet und die siegreiche Armee befand sich nahe der syrischen Grenze. Zum Kampfe bereit stand Ibrahim ihr gegenüber. Der Befehl des Sultans, daß Hafiz den Euphrat überschreiten solle, gab das Zeichen zum Kriege; als Rechtfertigung diente, daß Mehemed den englischen Handelsvertrag noch immer nicht ausgeführt habe. Nun hatte der Pascha es leicht, den Friedfertigen zu spielen und seinem Freunde Caillé, dem französischen Konsul, gefällig zu sein. Er nahm am 29. April den Handelsvertrag an und ermächtigte Caillé in Ibrahims Lager zu gehen und seinem Vorrücken für den Fall Einhalt zu gebieten, daß auch Hafiz stehen bleibe. Er wußte recht gut, daß dieser Fall nicht eintreten werde, und empfing ohne Zweifel mit geheimer Befriedigung die Nachricht, daß Mahmud ihn und seinen Sohn am 9. Juni aufs neue als Verräter in die Acht gethan habe.

Ausbruch des Krieges.

So trafen die Heere denn aufeinander und bei Nissib am Euphrat kam es am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht. Hafiz büßte seine Unfolgsamkeit gegen Moltkes Ratschläge mit einer völligen Niederlage. Dem alten Sultan blieb es erspart, die Kunde von diesem neuen Unglück zu vernehmen; noch ehe sie in Stambul anlangte, am 30. Juni 1839, starb er, und der sechzehnjährige Abdul-Medjid folgte ihm nach. Als ob der Schlag von Nissib noch nicht genug wäre, war die erste Erfahrung, welche der junge Fürst machte, ein schnöder Verrat. Am 5. Juli verließ der Kapudan Pascha Achmed Fewzi, geleitet von einem französischen Kriegsschiff, mit der ganzen türkischen Flotte die Dardanellen, segelte nach Alexandrien und trat zu dem Ägypter über. Blieb die Pforte jetzt sich selbst überlassen, so hatte die letzte Stunde der osmanischen Dynastie geschlagen und das Szepter des Orientes ging auf Mehemed Ali über. Der Augenblick war gekommen, wo der Vertrag von Unkjar-Skelessi zur Wahrheit werden und Rußland eingreifen mußte, wenn die anderen Großmächte nicht rasch handelten. Metternich verkannte das nicht und auf seine Veranlassung überreichten die Botschafter in Konstantinopel am 27. Juli eine Note, von der sich auch der russische nicht auszuschließen wagte, während freilich Nikolaus darüber in heftigen Zorn geriet. Die Mächte erklärten darin dem Sultan, sie seien übereingekommen die orientalische Frage in die Hand zu nehmen, und rieten ihm in keine Verhandlungen mit Mehemed sich einzulassen, bis sie ihm den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen mitgeteilt hätten. Abdul-Medjid, der die Lage sehr verzweifelt ansah, hatte keinen Grund und keine Möglichkeit dem entgegenzuhandeln, und auch Mehemed fügte sich so weit, daß er Ibrahim stehenzubleiben befahl. Freilich von seiner Forderung des erblichen Besitzes aller ihm unterworfenen Provinzen war er entschlossen nicht abzugehen.

Schlacht bei Nissib.

Sultan Abdul Medjid.

Vermittlung der Großmächte.

Entfremdung zwischen Frankreich und England.

Die Haltung der französischen Diplomatie mußte ihn darin bestärken. Während es bei Palmerston feststand, daß dauernde Ruhe im Orient nur zu erlangen sei, wenn man Mehemed zwinge sich in seine „ägyptische Muschelschale" zurückzuziehen, weigerte sich die französische Regierung irgend welche Zwangsmaßregeln gegen ihn zur Anwendung zu bringen. Die Folge davon war eine rasch wachsende Entfremdung zwischen den Kabinetten von London und Paris, sowie ein Versuch Rußlands sich mit England zu verständigen. Baron von Brunnow erschien zu diesem Zweck Ende September 1839 in London und fand freundliches Entgegenkommen. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung den Vertrag von Unkjar-Skelessi aufzugeben und, wenn eine russische Flotte zum Schutz von Konstantinopel erscheinen müsse, auch das Einlaufen einer englischen in die Dardanellen gutzuheißen. Nur in einem Punkte waren anfangs die Ansichten sehr verschieden: Rußland betonte, daß es lieber ohne als mit Frankreich vorgehen werde; England wünschte das französische Bündnis womöglich nicht zu lockern. Doch wurde bald klar, daß dieser Wunsch in Paris keine Erwiderung fand. Die französische Mittelmeerflotte wurde beträchtlich verstärkt, Louis Philipp selbst sprach davon, daß ein Krieg mit England ja doch unvermeidlich sei und Mehemeds Flotte ihm dabei erwünschte Dienste leisten werde; die französischen Gesandten suchten ohne Rücksprache mit den anderen Mächten, der Note vom 27. Juli zuwider, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha zu vermitteln. Auf den Konferenzen, die in London gehalten wurden und an denen seit dem Februar 1840 auch ein türkischer Gesandter teilnahm, war daher Frankreich nur ein Hemmschuh; das unsinnige Lärmschlagen in der Presse, das Drohen mit einem allgemeinen europäischen Kriege, das Geschrei nach dem Rheine, das besonders zunahm, als am 1. März 1840 Thiers an Soults Stelle trat, schüchterte die Großmächte zwar nicht ein, bestärkte sie aber wohl in der Überzeugung, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sei. Als sie endlich unter der Hand erfuhren, daß Thiers in Konstantinopel geradezu seine einseitige Vermittelung angeboten habe, hielten sie sich jeder Rücksicht auf Frankreich für enthoben und beschlossen unter sich, wie sie schon öfter gedroht hatten, einen Vertrag zur Herstellung des Friedens zu schließen. Der französische Gesandte in London, Guizot, kannte die Möglichkeit dieses Schrittes sehr wohl, hatte aber von seiner Nähe so wenig eine Ahnung, daß er noch am 14. Juli nach Paris meldete, man habe noch Zeit. Am 15. Juli wurde der Vierbundvertrag unterzeichnet. Darin erklärte die Pforte, welche ihm gleichfalls beitrat, sich bereit Mehemed Ali den erblichen Besitz von Ägypten und den lebenslänglichen eines Teiles von Syrien einzuräumen, wenn er sich binnen zehn Tagen füge; wo nicht, solle ihm innerhalb einer zweiten Frist von zehn Tagen als Gegenleistung für die Unterwerfung noch der erbliche Besitz von Ägypten zugesichert werden; lasse er auch diesen Termin verstreichen, so halte sich der Sultan zu nichts mehr verbunden.

Annäherung zwischen England und Rußland.

Londoner Konferenzen.

Der Londoner Vertrag.

Zur Durchführung dieser Maßregeln verpflichteten sich die vier Mächte nötigenfalls Gewalt zu gebrauchen und zunächst zum Schutze von Konstantinopel die Dardanellen und den Bosporus gemeinsam zu besetzen.

Spannung mit Frankreich.

Um eine letzte Rücksicht für Frankreich zu üben teilte man den Vertrag dem Pariser Kabinett vertraulich mit, versicherte, daß man auf seinen Beitritt großen Wert lege, und ersuchte es seinen Einfluß auf Mehemed in diesem Sinne zu verwenden. Wenn man wenig Hoffnung auf einen solchen Umschwung hegen durfte, so war man doch andererseits überzeugt, daß Frankreich sich nicht mit gewaffneter Hand dagegen auflehnen werde. Die Nachrichten der nächsten Tage mußten diese Überzeugung freilich erschüttern. Der König selbst sprach davon, es sei Zeit die Jakobinermütze aufzusetzen; Thiers, der Teufelskerl, wie Palmerston ihn nannte, spie Feuer und Flammen; durch die ganze Presse ging ein tobendes Geheul über die Schmach, welche man Frankreich dadurch angethan, daß man die orientalische Frage ohne seine Mitwirkung lösen wolle. Zu den Worten gesellten sich bald Thaten. Auf eigene Verantwortlichkeit — die Kammern waren nicht versammelt — beschloß das Ministerium die Verstärkung der Flotte, die Errichtung von 18 Linienregimentern, eine Anleihe von 100 Millionen Franken und die sofortige Inangriffnahme der Befestigung von Paris. Besonders die letzte Maßregel sollte die äußerste Entschlossenheit kundthun. Man wollte den Krieg nicht auf den Orient beschränken, sondern einem neuen Kampfe am Rhein trotzen, auf die Gefahr hin die Fremden wieder bis ins Herz Frankreichs vordringen zu sehen. Nicht als ob Ministerium oder Volk einen schlimmen Verlauf des Abenteuers für wahrscheinlich gehalten hätten; vielmehr träumte und prahlte man von nichts als Sieg und Eroberungen; man sah den Rhein schon von neuem als Frankreichs Grenzstrom, man schwelgte in der Wiederkehr der napoleonischen Ruhmeszeit, die erst wenige Wochen vorher, als der Prinz von Joinville nach St. Helena absegelte um die Gebeine des Kaisers zu holen, in frischem Glanze vor die Augen der Nation getreten war. Allein gerade dieses Übermaß der Begeisterung trug dazu bei die Verständigeren zu ernüchtern. Man fing an die großen materiellen Verluste, welche der Krieg bringen mußte, zu berechnen; die Rente fiel langsam, aber unaufhörlich von 86 auf 69 Prozent; man begann die Überlegenheit der vier großen Mächte, denen der Deutsche Bund noch beizurechnen war, in Erwägung zu ziehen und entdeckte überdies in Frankreichs militärischer Ausrüstung einen bedenklichen Mangel an Waffen, Pferden und Dampfschiffen. Der König selbst wurde zuerst stutzig und schickte den Botschafter in Wien, Saint-Aulaire, mit dem Auftrag einzulenken nach Königswart in Böhmen, einem Schlosse Metternichs, wo dieser, von Diplomaten der übrigen Mächte umgeben, einige Wochen zubrachte. Indessen nahmen die Ereignisse ihren Gang. Da Mehemed im Vertrauen auf die französische Begeisterung die Fristen hatte verstreichen lassen, wurde er vom Sultan abgesetzt und geächtet, und die vereinigten Mächte

Französische Drohungen.

Einschreiten gegen Mehemed Ali.

begannen ihre Maßregeln um ihm Syrien zu entreißen. Die Drusen und Maroniten im Libanon wurden zum Aufstande gereizt, der englische Admiral Stopford erschien mit einer englisch-österreichisch-türkischen Flotte an der syrischen Küste und nahm Beirut am 14. September. Bald folgten andere Seestädte nach und die Ägypter mußten sich von der Küste ins Innere Syriens zurückziehen. Dort aber trafen sie auf ein türkisches Heer, geführt von dem Hamburger Jochmus, und erlitten von ihm bei Kaleb Medina am 10. Oktober eine schwere Niederlage. Zwei andere Schläge folgten. Am 4. November erstürmten die Engländer und Österreicher Akka, und kurz darauf blokierte Napier (einst in Dom Pedros Diensten) Alexandrien. Mehemed mußte einsehen, daß Frankreich für ihn, auch wenn es noch zum Kriege schreiten sollte, eine morsche Stütze sei. Sein Übermut war gebrochen und er suchte jetzt durch Anlehnung an England wenigstens die Bedingungen des zweiten Termines noch zu erlangen. Allerdings flackerte die Kriegslust in Paris auf die Kunde von den Vorgängen in Syrien noch einmal in hellen Flammen auf. Die Boulevards wurden nicht still von dem Geschrei und Gesinge der Menge; die Theater widerhallten von dem wahnsinnigen Beifall, der Alfred de Mussets „Deutschem Rhein" gespendet wurde, einem Liede, das in spottender Weise auf die Begeisterung antwortete, die in Deutschland zum Schutze des Rheines wach geworden war. Die Regierung selbst trug sich mit den wundersamsten Entwürfen. Dem Versuche die englischen Schiffswerften anzuzünden stand sie vielleicht fern; aber ernstlich ins Auge faßte sie den Plan einer neuen „Anconade", wie man es damals nannte, d. h. der unvermuteten Besetzung einer türkischen Stadt durch französische Truppen, und noch weiter gediehen war der Plan die neuesten Verwirrungen in Spanien (Königin Christine verließ ebendamals, am 14. Oktober, das Land) zu benutzen um die Balearen wegzunehmen. Es war nicht Thiers' Schuld, daß dieser Plan nicht zur Ausführung kam. Seine kriegerischen Gelüste wurden dem Könige doch nach und nach allzubedenklich. Den Ausschlag gab eine drohende Thronrede, die der Monarch bei der Eröffnung der Kammern halten sollte. Louis Philipp weigerte sich dessen, entließ sein Ministerium am 29. Oktober und beauftragte den friedlich gesinnten Guizot mit der Neubildung des Kabinetts. Darüber kam es in der Kammer zu einer heftigen mehrtägigen Debatte, in welcher Guizot als Freund des Friedens um jeden Preis von Thiers und seinen Anhängern auf das schonungsloseste verarbeitet wurde, endlich aber doch mit 247 über 161 Stimmen den Sieg behielt.

Schlacht von Kaleb Medina.

Neue Kriegswut in Frankreich.

Thiers' Sturz.

Der neue Minister suchte nun als eine Gefälligkeit vom englischen Kabinette zu erbitten, was Thiers durch Drohungen nicht hatte erlangen können. Mehemed Ali den Besitz von Syrien wiederzuverschaffen war jetzt natürlich unmöglich; auch machte sich der alte Pascha selbst keine Hoffnung mehr darauf. Aber es wäre doch immer ein Triumph für Louis Philipp gewesen, wenn die vier Mächte ihm auch nur Ägypten

Guizots Bemühungen.

infolge französischer Verwendung gelassen hätten. Das hatte daher schon Thiers als geringstes Zugeständnis gefordert, allerdings mit dem Hintergedanken dadurch Zeit für Rüstungen gewinnen und den Ausbruch des ersehnten Krieges bis ins Frühjahr 1841 verschieben zu können. Aber Lord Palmerston schlug es rundweg ab, obgleich er materiell mit dem Vorschlag als einem billigen Ausgleich ganz einverstanden war. Er befolgte streng den Grundsatz der französischen Nationaleitelkeit nicht zu Willen zu sein. Schreckschüssen nachzugeben und um des lieben Friedens willen eine sogenannte versöhnliche Sprache zu führen hielt er für eine Politik, die nur Unheil stifte. Ebensowenig wollte er jetzt den Gefälligen spielen; in den Augen der Franzosen würde das doch nur als Furcht erschienen sein. Ganz ähnlich faßte Metternich die Sache auf und hielt es deshalb auch für zweckmäßig den deutschen Bund eine entschiedenere Haltung einnehmen zu lassen. Auf seinen Vorschlag schickte zunächst der König von Preußen Mitte November Grolmann und Radowitz nach Wien um eine Vereinbarung über die Mitwirkung des Bundes im Kriegsfall zu entwerfen; ausdrücklich wurde dabei ein Angriff Frankreichs auf die österreichischen Besitzungen in Italien gleichfalls als Gefährdung des Bundes anerkannt, und Radowitz sowie der österreichische General von Heß erhielten den Auftrag die süddeutschen Höfe davon in Kenntnis zu setzen und für die zu erwartenden Anträge der Großmächte zu gewinnen. Die Mitteilung dieser vorbereitenden Schritte veranlaßte Guizot und den König persönlich umsomehr zu beruhigenden Erklärungen, als inzwischen Mehemed selbst durch Napier, der mit einer Flotte vor Alexandrien erschien, am 27. November zum Nachgeben gezwungen war und sich verpflichtet hatte Syrien völlig zu räumen und die türkische Flotte herauszugeben. Wenn Napier ihm dagegen versprach, daß er Ägypten erblich behalten solle, so wurde diese Zusage zwar von dem Admiral Stopford nicht bestätigt; allein damit, daß so der Standpunkt des Julivertrages formell gewahrt wurde, glaubte Palmerston sich begnügen zu dürfen; thatsächlich war ihm auch jetzt noch das Verbleiben Mehemeds in Ägypten genehm, und der Widerspruch, den er bei seinen Verbündeten und bei der Pforte fand, war nicht sehr nachhaltig. Mehemed Ali mußte sich der Form wegen zunächst bedingungslos unterwerfen; dann aber wurde der Hattischerif, welcher ihn abgesetzt und geächtet hatte, vom Sultan aufgehoben und ihm der erbliche Besitz von Ägypten am 13. Februar 1841 feierlich wieder zuerkannt. Der Aussöhnung Frankreichs mit den übrigen Großmächten stand nun auch kein Hindernis mehr im Wege. Der Quadrupelvertrag vom 15. Juli 1840 wurde von den Beteiligten für erloschen erklärt und dagegen am 13. Juli 1841 der sogenannte Meerengenvertrag geschlossen, der zugleich an die Stelle des eben ablaufenden Vertrags von Unkjar Skelessi trat und die Pforte verpflichtete die Dardanellen und den Bosporus den Kriegsschiffen aller Nationen zu verschließen.

Die deutschen Großmächte.

Mehemed Alis Unterwerfung.

So war der Ausgang der großen Krisis für Frankreich ein sehr

Englands Erfolge.

beschämender, für Rußland und besonders für England aber ruhmvoll und vorteilhaft. Mehemed Ali hatte Achtung vor ihrer Macht bekommen und hielt es für rätlich, fortan sich gut mit England zu stellen. Ein wesentliches Recht, das er dem Londoner Kabinett einräumte, war die Anlage einer Handelsstraße über die Landenge von Suez und die damit verbundene Einrichtung der Überlandpost nach Ostindien. In Konstantinopel hielten sich Rußland und England im ganzen die Wage; bald war der Einfluß des einen, bald der des anderen Staates größer, ein Wechsel, der für die Türkei nichts weniger als segensreich war. Denn auch ohnedies wurde sie schon von einem gefährlichen Kampfe widerstreitender Parteien und Prinzipien heimgesucht. Daß die bisherigen Zustände verbessert werden müßten, dieser Einsicht konnte sich kein türkischer Staatsmann entziehen. Aber sollte die Änderung darin bestehen, daß man zu den alten national-türkischen Einrichtungen, an denen Mahmuds Regierung so vielfältig gerüttelt hatte, zurückkehrte, oder sollte man umgekehrt die Neubildung des Staates auf europäischer Grundlage versuchen und statt wie bisher in einzelnen Fragen fortan in der gesamten Verwaltung mit den alten Grundsätzen brechen? Darüber gingen die Ansichten schroff auseinander, und während die europäische Partei in Reschid Pascha einen geistvollen und arbeitsamen Führer hatte, der im Einvernehmen mit dem englischen Gesandten Stratford Canning (Lord Redcliffe) zu wirken bemüht war, fand die nationale Partei in den Ulemas und in dem Fanatismus des Volkes eine Stütze, die durch den russischen Einfluß noch gestärkt wurde. Für die nächste Zeit hatte Reschid noch das Übergewicht. Das Programm seiner Reformen war in dem Hattischerif von Gülhane enthalten, einer Art von Verfassungsurkunde, die Abdul Medjid bereits am 2. November 1839 auf seinem Lustschloß Gülhane erteilt hatte. Die Lage der Christen und Juden wurde durch dieselbe wesentlich verbessert, die Steuergesetze und die Militärpflicht geordnet und begrenzt, die Todesstrafe ohne richterlichen Spruch und ohne Bestätigung durch den Sultan abgeschafft. Zur Ausführung dieser Urkunde erfolgte dann eine ganze Reihe von Gesetzen, die unter dem Namen der „heilsamen Anordnungen" zusammengefaßt wurden. Selbst eine Art von Landesvertretung, deren Mitglieder freilich der Sultan ernannte, berief Reschid ein; doch war der Erfolg dieses Schrittes nicht geeignet zu einer Wiederholung einzuladen. Der junge Sultan Abdul Medjid war bei alledem eine vollständige Null.

Reformbestrebungen in der Türkei.

Der Hattischerif von Gülhane.

Rußland und England in Asien.

Ähnlich wie in Konstantinopel kämpften der russische und der englische Einfluß in Centralasien und in China miteinander, und wenn diese Rivalität auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die politische Lage Europas übte und noch weniger ein lebhaftes Interesse zu erwecken

vermag, so müssen doch diese Kämpfe in ihren Hauptzügen hier erwähnt werden.

Der Kaukasus.

Es wurde schon früher der Bemühungen Rußlands gedacht seine Herrschaft im Kaukasus zu befestigen. Wenn es sich dadurch einerseits den Besitz der Ostküste des Schwarzen Meeres sichern und der Verwandlung dieses Meeres in einen russischen Binnensee vorarbeiten wollte, so war sein Augenmerk doch gleichzeitig nicht weniger auf den Kaspisee gerichtet, dessen Bedeutung für den innerasiatischen Handel damals zwar noch gering war, aber in ihrer Entwicklungsfähigkeit wohl erkannt wurde.

Der Kaspisee.

Schwerlich schwebten der russischen Politik, wenn sie gleichzeitig östlich und westlich dieses ungeheuren Wasserbeckens ihre Grenzen vorzuschieben suchte, so weit entlegene Ziele vor, wie man in England auf Urquharts Zeugnis hin glaubte. Der sah die Russen schon auf dem geraden Wege nach Indien um der englischen Herrschaft dort ein Ende zu machen, und das schlechte Gewissen der ostindischen Kompagnie, der Herrin des Landes, gegen deren Ausbeutungssystem sich heftiger Groll angesammelt hatte, malte dieses Schreckbild noch furchtbarer aus. In der That waren es doch ganz überwiegend die Interessen des Handels, welche die russische Politik in Centralasien leiteten. Dieser Handel war bis dahin genötigt bedeutende Umwege zu machen, die ihn sehr erschwerten. Statt auf dem Kaspisee nach Asterabad (am Südostende desselben) und weiter durch das Atrek-Thal nach Mesched und Herat, oder auf der zweiten natürlichen Route über Khiwa den Amu hinauf nach Balkh zu gehen, umging er die Kirgisensteppe und die Staaten des feindlichen Emirs von Khiwa in großem Bogen und hatte Petropawlowsk in Sibirien zum Ausgangspunkt. Dadurch wurde den Russen die Konkurrenz mit den Engländern in Persien, Afghanistan und den turanischen Chanaten umsomehr erschwert, als die ostindische Kompanie ihre Herrschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ganz beträchtlich ausgedehnt und bereits den Indus in ihr Machtgebiet eingeschlossen hatte. Früher hatten die kleinen Staaten im Pendschab dem englischen Handel aus Eifersucht alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dadurch den russisch-asiatischen Verkehr befördert. Das war jetzt anders geworden. Handelsverträge, welche die ostindische Kompanie 1832 mit diesen Fürsten abschloß, öffneten ihr gegen mäßige Zölle den Weg auf dem Indus bis nach Attok hinauf, von wo der Kabul-Paß nach Afghanistan hinüberführte. Begreiflicherweise suchte Rußland in ähnlicher Weise näher zu rücken und daraus entstand die heftige Eifersucht, die sich besonders in Persien, Afghanistan und Khiwa bemerklich machte.

Handelsstraßen.

Die ostindische Kompanie.

Persien.

Am Hofe von Teheran verdankte Rußland seinen Einfluß den glücklichen Kriegen, die es gegen Persien geführt hatte. In den Friedensschlüssen von Gulistan 1814 und Turkmantschai 1828 waren ihm beträchtliche Landesteile, darunter das wichtige Eriwan, abgetreten. England hatte den Persern nicht beigestanden, obgleich es sich den Anschein gab ihr Freund zu sein, und dadurch an Ansehen verloren. So stand es

schon unter dem Schah Feth Ali, der 1834 starb, noch mehr aber unter seinem Enkel und Nachfolger Mohammed Mirza, obgleich dieser den Sieg über einen Oheim, der ihm das Reich streitig machte, zum großen Teil englischem Gelde verdankte und durch englische Offiziere seine Truppen einüben ließ. Der russische Gesandte, Graf Simonitsch, war an seinem Hofe allmächtig. Er war es auch, der den Schah überredete einen Eroberungskrieg gegen Kamran, den Fürsten von Herat, zu unternehmen und sich zu diesem Zwecke mit Dost Mahomed von Kabul zu verbinden.

Dost Mahomed von Kabul.

Dost Mahomed war ein Usurpator. Er hatte die Oheime Kamrans gestürzt und den größten Teil Afghanistans unter seine Botmäßigkeit gebracht. In früheren Jahren suchte er eifrig die Freundschaft der Engländer. Allein die Verhältnisse hatten jene gezwungen sich auf die Seite seiner Feinde zu stellen. Einer der von Dost vertriebenen Fürsten, Schudschah, hatte nämlich Zuflucht und Beistand bei dem mächtigsten Fürsten des Pendschab, Rundschid Singh, gefunden, und da die ostindische Kompanie diesen Mann gebrauchte um die vorhin erwähnten Handelsverträge von 1832 zustande zu bringen, so ergab sich von selbst, daß sie auch Schudschah unterstützen und Dost Mahomeds Freundschaftsanträge ablehnen mußte. So hatte sich dieser denn seit einigen Jahren eng an Persien und Rußland angeschlossen, wodurch er für die Engländer ein sehr unbequemer Nachbar wurde. In ganz Afghanistan gab es nur noch einen Punkt, wo ihr Einfluß den russischen überwog, das war Herat, die Residenz Kamrans. Bei dieser Sachlage war es ebenso begreiflich, daß Rußland den Kamran durch einen Angriff von Persien oder von Kabul aus zu stürzen und Herat in Mohammed Mirzas oder in Dost Mahomeds Hände zu bringen wünschte, wie daß England einen solchen Erfolg zu vereiteln suchte. Im Juli 1837 unternahm der persische Schah seinen Zug gegen Herat. Simonitsch begleitete ihn; Dost Mahomed hielt sich noch zurück. Der englische Gesandte in Teheran, Mac Neill, ein Freund Urquharts, drang in Palmerston energisch dazwischen zu fahren. Aber ehe auf seinen Bericht Weisungen eintreffen konnten, mußte viel Zeit verstreichen und es fragte sich, ob Herat so lange sich halten werde. Simonitsch selbst leitete die Belagerung; doch war auch die Verteidigung bei dem Engländer Pottinger in guten Händen und alle Stürme wurden abgeschlagen. Dadurch gewann England die notwendige Zeit. Eine Flotte erschien im persischen Meerbusen und besetzte die Insel Karak; eine drohende Note vom Mai 1838 kündigte Persien den Krieg an, wenn die Belagerung von Herat nicht aufgegeben werde. Ein ganz unglücklicher Sturm auf die Stadt im Juni unterstützte diese Schritte und Mohammed Mirza entschloß sich zu Simonitsch' großem Verdruß den Forderungen Englands nachzukommen. Damit war die dringendste Gefahr vorüber; aber genügende Sicherheit für die britischen Interessen konnte doch nur dann gewonnen werden, wenn man aus der Verteidigung zum Angriff überging. Denn welche Bürgschaft gab es dafür, daß nicht Dost Mahomed plötzlich das Werk fortsetze,

Angriff auf Herat.

Englische Einmischung.

das Mohammed Mirza hatte aufgeben müssen? So entschloß sich England zum Kriege gegen diesen, in der Absicht Schudschah an seiner statt wieder zum Herrn von Kabul zu machen. Lord Auckland, der Gouverneur von Indien, schloß mit dem Gestürzten und dessen Beschützer Rundschid Singh ein Bündnis und erklärte im Oktober 1838 Dost den Krieg. Das Unternehmen war mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, aber das Glück des Obergenerals Sir John Keane besiegte sie schließlich alle. Kandahar, Ghazna, Kabul, die Hauptstädte des Landes, wurden erstürmt und Schudschah im August 1839 zurückgeführt. Im nächsten Jahre machte Dost, der die Zwischenzeit in halber Gefangenschaft bei dem Khan von Bokhara zugebracht hatte, noch einen Versuch sein Unglück wieder gutzumachen; allein obgleich er nicht unglücklich kämpfte, sah er doch den Widerstand auf die Dauer als aussichtslos an und benutzte einen Sieg, den er erfochten, um sich den Briten gegen Zusicherung einer Pension und eines Wohnsitzes in Hindostan zu unterwerfen. England hatte also glänzende Triumphe gefeiert. Sie noch zu erhöhen unternahm Rußland um dieselbe Zeit, im November 1839, einen unglücklichen Kriegszug gegen den Emir von Khiwa, der durch den Raub russischer Unterthanen den gerechtesten und erwünschtesten Anlaß dazu bot. Die Leitung des Unternehmens wurde dem General Perowski übertragen, der umfassende Vorbereitungen traf. Allein die Ungunst der Verhältnisse war zu groß. In den wasserlosen Wüsten, durch welche der Zug ging, lieferte nur der Schnee das nötige Getränk; die Kälte stieg bis zu 32° und endlich traten furchtbare Schneestürme ein, die Menschen und Tieren in der offenen Steppe das Grab bereiteten. Mit schwerem Verluste mußte Perowski den Rückzug antreten ohne mit dem Feinde zusammengetroffen zu sein. Aber vergebens war der Zug doch nicht gewesen. Es waren reiche Erfahrungen für die Zukunft gesammelt, und der Khan von Khiwa war doch auch hinreichend eingeschüchtert um freiwillig die russischen Sklaven herauszugeben und zu versprechen, daß ähnliche Räubereien nicht wieder vorkommen sollten. Ein noch besseres Pflaster auf die Wunde, welche die unglückliche Expedition dem russischen Ehrgeiz geschlagen, lieferte aber im nächsten Jahre das Schicksal der Engländer in Afghanistan. Am Hofe Schudschahs residierten als Gesandte Macnaghten und der zu seinem Nachfolger bestimmte Sir Alexander Burnes; ein englisches Heer unter General Elphinstone war im Lande geblieben. Gegen sie erhoben sich am 2. November 1841 die Afghanen; Burnes wurde mit seinem Bruder und anderen Gefährten niedergemetzelt. In wochenlangen Kämpfen, die mit Verhandlungen abwechselten, widerstanden die Engländer mit immer mehr schwindenden Kräften den Empörern; am 23. Dezember ward auch Macnaghten bei einer Besprechung mit Dost Mahomeds Lieblingssohn Akbar Khan treulos und barbarisch ermordet; und als dann endlich Elphinstone am 6. Januar 1842 unter dem Schutze eines Vertrages den Rückzug auf den schneebedeckten Straßen antrat, wurde er doch wiederum angegriffen

Krieg gegen Dost Mahomed.

Rußland gegen Khiwa.

Aufstand der Afghanen.

und sein ganzes Heer, besonders in den Keyber-Pässen, fast vollständig aufgerieben. Von der Besatzung Kabuls, die aus 5000 Mann bestand, entkamen nur zehn. Wenn die Scharte auch im nächsten Jahre wieder ausgewetzt und das Land von den Generälen Nott und Pollock von neuem unterworfen wurde, so war die Niederlage doch ein schwerer Schlag und lehrte deutlich, daß auch der englische Einfluß in Afghanistan auf sehr schwanken Füßen stehe. Schudschah, der während des Aufstandes eine zweifelhafte, nicht aufgeklärte Rolle gespielt hatte, war schon im April von einer Partei der Empörer meuchlerisch ermordet worden. Akbar mußte bei Pollocks Anmarsch fliehen, kehrte aber sofort zurück, als die Engländer im Oktober 1842 wieder heimzogen. Von neuem fiel das ganze Land ihm zu und er nahm es im Namen seines Vaters in Besitz. Die englischen Interessen schienen unter diesen Umständen immer noch am besten gewahrt zu sein, wenn man Dost Mahomed wieder freigab und als Herrn von Afghanistan anerkannte. Dazu entschloß sich denn auch der Nachfolger Aucklands, der Gouverneur Lord Ellenborough, und so war das Ende der blutigen Kämpfe die Rückkehr zu denselben Zuständen, die bei ihrem Ausbruch geherrscht hatten.

Eroberungen im Indusgebiet.

Dagegen wurden in den nächsten Jahren bedeutende Erwerbungen im Indusgebiete gemacht. Schon im Februar 1843 eroberte Sir Charles Napier Heiderabad am Unterlaufe dieses Flusses und unterwarf die ganze Landschaft Sind, deren Statthalter er wurde. Nachdem dann Ende desselben Jahres Gwalior, der letzte Mahrattenstaat, infolge einer Empörung unter den britischen Schutz gezwungen war, brach Ende 1845 der lange gefürchtete Krieg mit den Sikhs im Pendschab aus. Lord Hardinge, der Generalstatthalter von Indien, in dessen Gefolge sich auch Prinz Waldemar von Preußen befand, überschritt nach mehreren Schlachten den Sutledsch, eroberte Lahore und stellte den unmündigen Maharadschah Dhulip Singh unter britischen Schutz; der im März 1846 abgeschlossene Frieden fügte große Länderstrecken, besonders südlich vom Sutledsch, dem Gebiete der ostindischen Kompanie hinzu. Aber nur für kurze Zeit war dadurch die Ruhe gesichert. Anfang 1848 begann einer der Sikhs-Fürsten, Dewan Mulradsch von Multan, neue Feindseligkeiten; das ganze Pendschab folgte seinem Beispiele und auch Dost Mahomed von Kabul trat wieder hervor und besetzte Peschawer. Die Engländer waren anfangs so schwach, daß sie nur auf ihre Verteidigung denken konnten; Hardinges Nachfolger Lord Dalhousie war jedoch von vornherein entschlossen die Gelegenheit zur völligen Unterwerfung der Sikhs zu benutzen und zog deshalb große Truppenmassen heran. Zuerst wurde Mulradsch im Fort von Multan am 4. Januar 1849 zur Übergabe gezwungen, dann warf Lord Gough die Hauptmasse der Feinde, nicht ohne Wechsel des Kriegsglückes, nordwärts zurück; General Gilbert, der unter ihm befehligte, nahm 20 000 Feinde bei Rawalpindi gefangen, überschritt westlich von diesem Orte bei Attok den Indus und trieb Dost

Mahomed nach Afghanistan zurück. Nach diesen Erfolgen erklärte Lord Dalhousie am 29. März 1849 den Dhulip Singh für abgesetzt und das Pendschab für eine Provinz des britischen Reiches, eine Vergrößerung, die beinahe 5000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern und Einkünften von einer Million Pfund betrug. Der Königin Victoria ward als Siegesbeute der berühmte Diamant Kohinur übersandt.

China.

Auch in China rivalisierten Großbritannien und Rußland miteinander, wenngleich ihre Gegnerschaft nicht so augenscheinlich zu Tage trat wie in Centralasien. Rußland erfreute sich schon seit Peters des Großen Zeiten einer recht günstigen Stellung. Es hatte in Peking, allein von allen europäischen Mächten, eine stehende Gesandtschaft und trieb in Kiachta und Maimatschin einen blühenden Handel mit China. England hatte bis zum Jahre 1834 nur durch die ostindische Kompanie mit dem himmlischen Reiche in Beziehung gestanden. Diese besaß das Monopol des chinesischen Handels, durfte ihn aber nur in Kanton und auch dort nur mit der bevorrechteten Kaufmannsgilde der Hongs betreiben. 1834 wurde ihr dies Monopol genommen und allen englischen Kaufleuten der Handel freigegeben; an Stelle des Vertreters der Kompanie trat ein Bevollmächtigter der Regierung. Von dem Augenblicke an begannen die Reibungen mit den chinesischen Behörden ernsthaft zu werden. Die Vertreter der Kompanie hatten sich, freilich auf Kosten des englischen Namens, im Interesse des Handels viel bieten lassen. Die Mandarinen sahen mit Verachtung auf die rotborstigen Barbaren herab; ihre außerordentlichen Gesandtschaften, deren einige nach Peking kamen, wurden als schuldige Beweise der Unterwürfigkeit, die Geschenke, welche sie überbrachten, als rechtmäßiger Tribut betrachtet. Ein Vertreter der englischen Regierung mußte offenbar eine andere Sprache führen als ein Vertreter der Kompanie. Obendrein war nun aber der erste, Lord Napier, persönlich rücksichtslos und nicht geeignet, den bisherigen Ton allmählich in den richtigen hinüberzuleiten. Auch die materiellen Streitpunkte vermehrten sich, seitdem nicht mehr die Kompanie allein den Handel trieb; die meisten entsprangen dem ungesetzlichen Schmuggel mit Opium. Dank demselben überstieg die englische Einfuhr in China die Ausfuhr um 7 Mill. Dollars, während der russische Handel für 5 Mill. Rubel weniger importierte als exportierte. Die chinesische Regierung hatte, vielleicht nicht so sehr aus Rücksicht auf die physische und moralische Gesundheit ihrer Unterthanen als um den englischen Handel zu schädigen, die Einfuhr von Opium überhaupt verboten. Einige Jahre hindurch begnügte sie sich damit ihre eigenen Unterthanen zur Befolgung dieses Verbotes zu zwingen; sie nahm ihnen das Opium weg und ließ auch einige Opiumraucher hinrichten. Aber diese Maßregeln waren ungenügend; denn nun betrieben die Engländer selbst auf kleinen bewaffneten Boten den Vertrieb ihrer Ware. Allmählich wurde das den Chinesen zu viel; sie griffen auch diese Bote an und das ergab ärgerliche Verwickelungen. Es schien zuletzt besser allen diesen Widrigkeiten

Der Opiumkrieg.

durch einen Hauptschlag ein Ende zu machen. In der englischen Faktorei zu Kanton und auf den Schiffen im Hafen befand sich ein großer Vorrat von Opium, über 20 000 Kisten. Im Jahre 1839 verlangten die Chinesen die Auslieferung desselben und erzwangen sie schließlich mit Gewalt. Nun war der Krieg unvermeidlich. Die englischen Kaufleute verließen Kanton, die britischen Kriegsschiffe begannen Feindseligkeiten gegen die chinesische Flotte. Im Jahre 1840 wurde der Krieg förmlich erklärt. Eine Zeitlang zog er sich ohne bedeutendes Ergebnis hin; aber im Mai 1841 gelangten die Engländer in den Besitz von Kanton, etwas später erzwangen sie die Einfahrt in den Kaiserkanal, im Mai 1842 eroberten sie die starke Festung Tschinkiang, an dem Kreuzungspunkte dieses Kanals und des Jantsekiang, und hatten dadurch die Möglichkeit auf dem Kanal nach Peking zu segeln. Um es dahin nicht kommen zu lassen, erklärte sich der Kaiser zum Frieden bereit und erkaufte ihn zu Nanking am 25. September 1842 durch die Abtretung der Insel Hongkong, die Kanton beherrscht, und durch die Öffnung von fünf Häfen für den europäischen Handel: Kanton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai.

Die Whigs in England.

Die Whigs.

Die englischen Staatsmänner, welche dieses Unternehmen gegen China eingeleitet hatten, waren bei der glücklichen Beendigung desselben nicht mehr im Amte. Seit der siegreichen Durchführung der Reformbill im Jahre 1832 hatten die Whigs fast ohne Unterbrechung ein Jahrzehnt hindurch am Ruder gesessen. Wenn auch in ihrer Mitte die Umgestaltung des Wahlrechtes nicht wenig Gegner gezählt hatte, so waren diese durch die Erfahrung bekehrt worden. Ihre Befürchtung, das neue Unterhaus möchte zahlreiche radikale Elemente aufweisen, war bis dahin kaum verwirklicht worden. Palmerston meinte vielmehr, es werde allen seinen Vorgängern merkwürdig ähnlich, ungeduldig gegen Narren, unnachsichtig gegen Großmäuler, der Debatte müde und geneigt im allgemeinen der Regierung in allen den Angelegenheiten zu vertrauen, welche seine Mitglieder nicht verstünden oder an denen ihre Wähler kein Interesse hätten. Auch im Torylager fand man bald, daß eine überraschende Ähnlichkeit zwischen dem neuen und allen früheren Parlamenten bestehe, und beobachtete nur mit einer erklärlichen Schadenfreude, daß die alte Geschlossenheit der Whigpartei ersichtlich schwinde und das individuelle Urteil sich gegen die Disziplin des Ministeriums weit kühner als früher auflehne. Im Oberhause hatten die Tories nach wie vor die Mehrheit, und wenn sie auch nicht wagten dieselbe in entscheidenden Fragen zu gebrauchen, so konnten sie doch der Regierung das Leben sauer genug machen und ihr in untergeordneten Punkten eine Schlappe nach der anderen beibringen. Die materielle Lage des Landes war sehr befriedigend, Handel und Industrie in beständigem Aufschwung. Zwei Maß-

Ostindische Kompanie.

regeln von höchster Wichtigkeit griffen tief in das Kolonialwesen und den überseeischen Handel ein. Der einen wurde schon gedacht: sie betraf die ostindische Kompanie, der eine 20jährige Frist zur vollständigen Abwickelung ihrer Geschäfte gegeben wurde; bis dahin blieb die Verwaltung ihrer Besitzungen unter manchen Beschränkungen und staatlicher Aufsicht in ihrer Hand. Von dem Reingewinn durften aber nur 630 000 Pfund jährlich an die Aktionäre verteilt werden; der Rest wurde für die Einlösung der 2500 Aktien bestimmt. Die zweite Maßregel war die Befreiung der Sklaven, für die Männer wie Wilberforce und Buxton seit Jahren gewirkt hatten. Das Parlament bewilligte am 28. August 1833 20 Millionen Pfund für diesen Zweck; dafür erhielten 750 000 Menschen teils sofort teils durch vorsichtige Übergangsmaßregeln ihre Freiheit zurück. Es war in der That ein glänzendes Beispiel von Großmut und Gerechtigkeit, das der Nation, welche ein so beträchtliches Opfer für eine gute That zu bringen bereit war, zur höchsten Ehre gereichte. Nicht minder bezeugte es aber auch den allgemeinen Wohlstand, der im Lande herrschte. Freilich fehlte es auch nicht an schwarzen Punkten. In den Arbeiterkreisen gärte eine große Unzufriedenheit. Seit ihnen durch ein Gesetz von 1824 das Recht gegeben war, sich zu vereinigen und gemeinsam den Arbeitgebern Bedingungen zu stellen, waren zahlreiche Gewerkvereine (Trades-Unions) entstanden, welche eine Verbesserung ihrer Lage durch Aufkündigung der Arbeit (strikes) von den Fabrikherren zu erzwingen suchten. Diese waren nun ihrerseits bedacht Mittel zu finden, welche die Arbeiter auch ohne die Bewilligung höheren Lohnes zufriedenstellen könnten. Diesem Bestreben entsprang einerseits die Gründung von Konsumvereinen, deren Aufgabe es sein sollte dem Arbeiter seine Lebensbedürfnisse zu einem billigen Preise zu verschaffen, und andererseits die Bewegung für eine Ermäßigung der Kornzölle, deren später zu gedenken ist. Als Muster für die Konsumvereine konnte derjenige der „Pioniere von Rochdale" gelten, der mit einem kleinen Verkaufsladen und etwa 500 Mark Kapital anfing und durch geschickte und vorsichtige Ausdehnung des Betriebes allmählich seine eigene Dampfmühle, Bäckerei, Schlachterei, Dampfspinnerei und Weberei begründete. Dieser Vorgang fand zahlreiche Nachfolge und trug nicht wenig dazu bei die unzufriedene Stimmung auf engere Kreise zu beschränken. Auch das Fabrikgesetz von 1834, das durch die Anstellung von Inspektoren die Arbeiter zu schützen suchte und die Verwendung von Kindern in den Fabriken regelte, erledigte manche gerechte Beschwerden. Doch brennender als diese Fragen war zur Zeit die Beseitigung der Übelstände in Irland. Wenn die katholischen Iren von der Katholikenbefreiung eine Besserung ihrer Lage erwartet hatten, so mußten sie sich bitter enttäuscht fühlen, denn es geschah nichts. Besonders lebhaft empfand dies Daniel O'Connell, der ja selbst im Unterhause saß und deutlich erkannte, daß seine heimische Insel auch bei den Whigs auf freiwillige Zugeständnisse nicht rechnen dürfe. Er begann daher eine neue Bewegung unter seinen Lands-

Die Gewerkvereine.

Die Konsumvereine.

Die irische Repealbewegung.

leuten, deren Losung das Wort: Repeal, Widerruf! wurde — Widerruf nämlich der Unionsakte von 1801, durch welche das irische Sonderparlament aufgehoben und die Rechtsbefugnis des durch Irländer verstärkten englischen Parlaments auf Irland ausgedehnt worden war. Die Repealbewegung gewann bald eine solche Stärke, daß sie von dem Ministerium nicht unbeachtet gelassen werden konnte; eine Gewährung des Verlangens kam selbstverständlich nicht in Frage und wurde selbst von O'Connell schwerlich für erreichbar erachtet; wohl aber ließ sich erwarten, daß die Regierung zur Beschwichtigung der wachsenden Unzufriedenheit die dringendsten Beschwerden der Iren abstellen werde. Über keinen Übelstand wurden lebhaftere und besser begründete Klagen geführt als über die Vorrechte der anglikanischen Kirche. Wenn die Zahl ihrer Angehörigen in einem irischen Bezirke auch noch so gering war, so hatte sie doch in demselben einen Pfarrer und dieser mußte von den Katholiken unterhalten werden: es konnte vorkommen, daß ein Geistlicher eine Pfründe von 20 000 Mark erhielt, nachdem er vor ein paar „geborgten" Protestanten einen Gottesdienst gehalten hatte. Das Ministerium Grey verschloß sich der Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse nicht; aber der erste Vorschlag zur Erleichterung, den es 1833 aufstellte und der vom Parlamente gebilligt wurde, konnte die Iren nicht befriedigen, denn er gewährte nicht die Aufhebung, sondern nur die allmähliche Ablösung der Kirchenlasten. Der Unwille über die Geringfügigkeit dieser Besserung gab der Repealbewegung neue Stärke und führte zu unruhigen Auftritten und besonders zur Verweigerung des Zehnten, dessen gewaltsamer Beitreibung sich die Bevölkerung ebenso gewaltsam, ja selbst mit Mord und Brand widersetzte. Demgegenüber glaubte nun die Mehrheit des Ministeriums die äußerste Strenge zeigen zu müssen; sie brachte eine Bill ein, welche die Verhängung des Kriegsrechtes in jedem irischen Bezirk, wo Unruhen ausbrächen, gestattete; nur ungern hatte sich die Minderheit dieser Vorlage angeschlossen, und als dieselbe im Parlament heftig bekämpft und der innere Zwiespalt des Kabinetts ans Licht gezogen wurde, brach eine Krisis aus, die mit dem Rücktritt der Anhänger der Zwangsbill, besonders Lord Greys endete (9. Juli 1834). Der bisherige Minister des Inneren, Lord Melbourne, wurde mit der Neubildung betraut, brachte ein liberaleres Ministerium als das vorige zustande und suchte sich mit O'Connell zu verständigen. Die Grundlage dafür bot die Rücknahme der Zwangsbill. Ein Teil der Kabinettsmitglieder, besonders Lord John Russell, wollte aber weitergehende Zugeständnisse machen und den Überschuß der Einnahmen, welche die protestantische Kirche aus Irland zog, für Unterrichtszwecke im Interesse aller Bekenntnisse verwenden. Dieser Überschuß war schon durch Greys irische Kirchenbill, die zehn Bistümer und alle Kirchen, in welchen seit drei Jahren kein Gottesdienst gehalten war, aufgehoben und die Besoldung aller Pfründen herabgesetzt hatte, sehr erheblich geworden. O'Connell war daher mit der Absicht Russells sehr zufrieden und unterstützte das

Die anglikanische Kirche in Irland.

Die Zwangsbill.

Greys Rücktritt.

Ministerium Melbourne.

Ministerium. Allein der König war nicht willens demselben zu folgen und führte selbst einen Kabinettswechsel herbei. Im November 1834 trat nämlich derjenige Minister, welcher die Führung des Unterhauses hatte, Lord Althorp, bei seines Vaters Tode als Earl Spencer ins Oberhaus; keiner von den Ministern kam ihm an Einfluß gleich, wie Grey und Melbourne wiederholt zugestanden hatten; auch waren viele Anhänger des Kabinetts unsicher geworden, die einen, weil ihnen dasselbe zu weit, die anderen, weil es ihnen nicht weit genug ging. Trotzdem glaubte Melbourne sich halten zu können und bot dem Könige seine Entlassung nicht an, wodurch der Monarch sich zu dem ungewöhnlichen Schritte veranlaßt sah, sie ihm zu erteilen. Wellington erhielt den Auftrag ein Kabinett zu bilden. In richtiger Erkenntnis seiner Unbeliebtheit trat er denselben seinem gemäßigteren Parteigenossen Sir Robert Peel ab, der im Dezember 1834 die Zügel der Regierung ergriff. Das überwiegend liberale Unterhaus wurde sofort aufgelöst. Aber der Erfolg war nicht genügend. Die Tories gewannen zwar eine beträchtliche Anzahl Sitze, gegen die vereinigten Whigs, Radikalen und Iren blieben sie aber in der Minderheit. Es half nichts, daß Peel mit Verleugnung der strengen Parteigrundsätze mehrere Bills einbrachte, welche die Reihen der Gegner erschüttern sollten. Nach einigen kleinen Niederlagen, die er ruhig hinnahm, zwang ihn endlich doch die Annahme des oben erwähnten Russellschen Vorschlages, die Überschüsse der irischen Kircheneinkünfte zu Unterrichtszwecken zu verwenden, zum Rücktritt. Kaum fünf Monate nach seinem unfreiwilligen Verzicht trat Melbourne am 8. April 1835 wieder an die Spitze der Regierung. Auch er konnte auf die Mehrheit im Unterhause nur dann zählen, wenn er Iren und Radikale bei guter Laune erhielt. Alles, was er diesen zu Gefallen that, erregte aber im Oberhause den größten Unwillen und steigerte die Erbitterung der Tories. Diese glaubten sich den Anschlägen auf die anglikanische Kirche — denn als solche betrachteten sie die irische Kirchenbill — mit allen Mitteln widersetzen zu müssen. In dieser Absicht belebten sie den Bund der Oranien-Männer (Orange-men) wieder, der einst die Herrschaft Wilhelms von Oranien in Irland durchzusetzen gegründet war. Niemals ganz erloschen, hatte er gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen und wurde jetzt durch den Massenbeitritt der Tories auf 300 000 Mitglieder gebracht. An die Spitze trat als Großmeister des Königs Bruder, Ernst August, Herzog von Cumberland, nachmaliger König von Hannover, den seine gut toryistische Gesinnung den Orangemännern so sehr empfahl, daß sie sich mit dem Plane trugen, ihn bei Wilhelms IV. Tode anstatt der Prinzessin Viktoria zum Könige zu erheben. Dieser Anschlag geriet ihnen aber zum Verderben. Von den Radikalen wurde 1836 im Unterhause eine Adresse an den König beantragt, welche die Auflösung des Bundes erbat; der König stimmte bei, und nun erwählte der Herzog von Cumberland das klügere Teil und empfahl allen Orangelogen sich aufzulösen.

Lord Althorp.

Ministerium Peel.

Zweites Ministerium Melbourne.

Die Orangemen.

Ernst August Herzog von Cumberland.

Tod Wilhelms IV.

Mehr noch als dieser Erfolg versprach der Thronwechsel, der im nächsten Jahre eintrat, das Whigministerium zu stärken. Als König Wilhelm IV. am 20. Juni 1837 starb, folgte ihm in England seine achtzehnjährige Nichte Victoria, die Tochter seines 1820 gestorbenen Bruders, des Herzogs von Kent; in Hannover dagegen, wo die weibliche Erbfolge ausgeschlossen

Königin Victoria.

war, bestieg der Herzog von Cumberland den Thron. Victoria war durchaus whigistisch erzogen und verhehlte ihre Gesinnungen keineswegs. Mittelbar hatte jedoch ihr Regierungsantritt eine Erschütterung des Ministeriums Melbourne im Gefolge; denn bei der nach einem Thronwechsel üblichen Neuwahl des Parlamentes verminderte sich die Zahl der eigentlichen Whigs zu Gunsten der Radikalen, die nahezu 100 Sitze einnahmen und deren Heeresfolge um so unsicherer wurde, je weniger Ergebnisse das Kabinett bei dem Widerstande des Oberhauses zu erzielen

Die Chartisten.

vermochte. Auch wurde es immer schwieriger sie zufrieden zu stellen, besonders ihren linken Flügel, der sich unter der Führung des Iren O'Connor als „Chartisten", d. h. Anhänger der Volkscharte (the people's charter) von den anderen Radikalen trennte, da der parlamentarische Weg ihnen keine Hoffnung mehr bot, seit die Whigs auch ihrerseits das Gesetz von 1832 für den Abschluß der Parlamentsreform erklärt haben. Demgegenüber war geheime Wahl, allgemeines Stimmrecht, Abteilung der Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Neuwahlen der wesentliche Inhalt der Volkscharte, die 1839 mit $1^1/_4$ und 1842 gar mit $3^1/_3$ Millionen Unterschriften versehen ans Parlament kam und von beiden Parteien natürlich

Die irischen Bills.

mit seltener Einmütigkeit abgelehnt wurde. Auf den Beistand der Iren war für die Minister auch kein Verlaß; die Zehntenbill, die endlich 1838 im Oberhause durchging, war so verstümmelt, daß sie auf der grünen Insel nur wenig Freude erregte; die anderen irischen Bills, eine Städtebill, eine Armenbill u. s. w. gelangten nicht einmal in verkümmerter Form zur Annahme. Unter solchen Umständen war eine Niederlage des Ministe-

Die Hofdamenfrage.

riums jeden Tag möglich; im Mai 1839 erfolgte sie in einer Frage, die Jamaica betraf. Das Ministerium gab seine Entlassung und die Königin berief Sir Robert Peel. Aber sie that es mit unverhohlenem Widerstreben und benutzte eine persönliche Angelegenheit um die torystische Kabinettsbildung zu verhindern. Peel verlangte von ihr, daß sie einige ihrer Hofdamen aus den alten Whigfamilien durch torystisch gesinnte ersetze. Dessen weigerte sie sich, da ihre Damen nicht im Parlamente säßen, und als nun Peel erklärte in diesem Falle die Geschäfte nicht führen zu können, trat das Ministerium Melbourne sein Amt wieder an. Heutzutage sind die Parteien darüber einig, daß die Handlungsweise der Königin nicht konstitutionell gewesen sei; damals aber verteidigten die Whigs sie und erhöhten dadurch die Bitterkeit der Tories, die für ihre Niederlage in dieser Bedchamber-Question (Hofdamenfrage) sich durch persönliche Unfreundlichkeiten gegen die Königin und

Der Prince-Consort Albert von Koburg.

ihren jungen Gemahl zu rächen suchten. Dem letzteren, dem Prinzen Albert von Koburg, war es zu danken, daß die Stellung der Partei

zu der Monarchin endlich wieder ins rechte Gleis kam. Aus einer ganzen Flucht von Prinzen, die sich seit 1833 um die Hand Victorias beworben hatten, war vornehmlich durch die Bemühungen Leopolds von Belgien Albert endlich auserkoren; im Februar 1840 fand die Hochzeit statt. Unter den Chikanen, welche die Tories gegen den Prinz-Gemahl (Prince-Consort) aussannen und dank den Radikalen durchführten, war die empfindlichste die Herabsetzung der Civilliste von 50 000 £, welche die Regierung forderte, auf 30 000. Albert ließ sich dadurch nicht verstimmen, kam den Tories freundlich entgegen, erwirkte ihnen eine bessere Behandlung bei Hofe und erreichte, zum guten Teil durch die Vermittelung seines Vertrauten Stockmar, daß schon im Juli 1840 die Partei ein Gesetz ohne Widerspruch durchgehen ließ, welches ihm die Regentschaft übertrug, falls die Königin mit Hinterlassung eines minderjährigen Erben sterben sollte.

Zwiespalt im Ministerium.

Mittlerweile verlor das Ministerium immer mehr Boden im Lande und im Parlamente; war es doch auch in sich nicht einig und bereitete seinen tüchtigsten und thätigsten Mitgliedern, Russel und Palmerston, solche Schwierigkeiten, daß letzterer 1840 unmittelbar vor dem Abschluß des Julivertrages seine Entlassung anbot, weil seine eigenen Kollegen ihm entgegenwirkten. Lord Melbourne selbst that sehr wenig und ließ als Lord Pococurante (wie ihn Stockmar nannte) die Sachen gehen. Da auch die Finanzen des Landes sich bedenklich verschlechterten und der Voranschlag des Jahres 1841 einen Ausfall von zwei Millionen Pfund aufwies, erhielt das Kabinett endlich ein förmliches Mißtrauensvotum. Eine Berufung an das Land fiel zu Ungunsten der Whigs aus und vor einer Mehrheit von 91 Stimmen im Unterhause, 72 im Oberhause mußte Melbourne am 28. August 1841 zurücktreten. Die Hofdamenfrage war durch Prinz Albert schon einige Monate früher dahin geordnet, daß die Königin im Fall eines Ministerwechsels einige ihrer Damen bereden sollte freiwillig zu verzichten. Dies geschah jetzt, und Robert Peel konnte ohne Schwierigkeiten sein zweites Ministerium bilden, in das Wellington ohne Amt und Aberdeen als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten eintrat.

Rücktritt des Ministeriums Melbourne.

Ministerium Peel.

Der hannoversche Verfassungsbruch.

Der Herzog von Cumberland.

Der Tod Wilhelms IV. war für England von geringerer Bedeutung gewesen als für Deutschland. Denn er veranlaßte in Hannover Ereignisse, die weit über die Grenzen dieses Königreiches hinauswirkten. Der Bruder Wilhelms, Ernst August, Herzog von Cumberland, den die Erbfolge auf den hannoverschen Thron berief, erweckte durch seine leidenschaftliche Vorliebe für das Torytum, seine Stellung an der Spitze des Orangebundes und die wenig ehrenvollen Mitteilungen der englischen Blätter über seine bisherige Lebensweise von vornherein die Befürchtung,

daß die gute Zeit, deren sich das Land seit 1833 unter dem Herzog von Cambridge erfreut hatte, zu Ende gehen werde. Das, was wirklich geschah, sah jedoch niemand voraus. Kaum vierzehn Tage nach seines Bruders Tod, am 5. Juli 1837, erklärte der neue König in einem Patente, daß er die Verfassung nicht anerkenne, weil er in diesem ihn weder formell noch materiell bindenden Staatsgrundgesetze keine Gewähr für das dauernde Glück seiner Unterthanen finden könne. Er werde die Stände, die schon am 29. Juni vertagt waren, wieder zusammenberufen, sobald die Prüfung dessen, was weiter zu geschehen habe, beendet sei und ihnen dann seine königliche Entschließung eröffnen. Unterzeichnet war dies Patent nicht von den Ministern, sondern von Herrn von Scheele, den der König, wie es in der Urkunde selbst hieß, ohne Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz in Eid und Pflicht genommen hatte.

Patent vom 5. Juli 1837.

Über die Triebfedern zu dieser Einleitung eines Verfassungsbruches war man im Lande kaum in Zweifel. Die Verschuldung des neuen Königs — man sprach von drittehalb Millionen Thalern — war bekannt; nun hatte die Verfassung von 1833 die Domänen zum Staatseigentum gemacht und den König auf eine Civilliste angewiesen; das war es, was Ernst August vor allem verdroß und was er rückgängig zu machen wünschte; denn im Besitze der Domänen konnte er seine Gläubiger leicht befriedigen. Diesem Verlangen mußte die Verfassung zum Opfer fallen. Die Prüfung, welche das Patent vom 5. Juli noch vorbehielt, ging natürlich im geheimen vor sich; ihr Gegenstand war wohl wesentlich die Frage, ob es besser sei, die Konstitution von 1833 als vollständig ungültig zu betrachten und einfach auf die von 1819 zurückzugehen, oder nur einzelne Bestimmungen derselben unter paßlichen Vorwänden zu verwerfen. Der erstere Weg schien der bessere zu sein, und so verkündete ein zweites Patent vom 1. November 1837 dem Lande, daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833 von jetzt an erlöschen und die bereits vertagte Ständeversammlung aufgelöst sei. Alle königlichen Diener wurden ihres Eides auf die Verfassung entbunden und die bevorstehende Einberufung der Stände von 1819 zugleich mit einer Steuerermäßigung von 100 000 Thalern angekündigt.

Verschuldung des Königs.

Wohl erregte dieser schmähliche Verfassungsbruch im ganzen Lande den bittersten Unwillen; wohl dämpfte er die Freude darüber, daß, um mit Jakob Grimm zu reden, ein wichtiger Landstrich aus der zwar ehrenvollen, oft ersprießlichen, aber das Nationalgefühl herabdrückenden Verbindung mit einem fremden Reiche in das reine Verhältnis der anderen deutschen Bundesstaaten übergegangen war; aber offenen Widerstand fand er nicht. „Ich unterschreibe alles: Hunde sind wir ja doch!“ Diese Worte eines höheren Beamten waren der richtige Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung. „Das Eis des Schweigens überzog mit seiner Rinde hart und schmählich das ganze Land.“ Es bedurfte erst

Stimmung im Lande.

Die Göttinger Sieben.

eines kühnen Beispieles um manchem Zagenden Mut zu machen. Sieben Göttinger Professoren gab es. Nach längeren Beratungen mit anderen Kollegen, die sich zuletzt doch ausschlossen, übersandten sie am 18. November dem Kuratorium der Universität eine Verwahrung, in welcher sie, „um nicht als Männer zu erscheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben", sich dauernd an ihren Eid auf die Verfassung gebunden erklärten. Die Unterschriften, Namen ersten Ranges in der deutschen Wissenschaft, lauteten: F. C. Dahlmann, E. Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, G. Gervinus, H. Ewald, Wilhelm Weber. In Hannover erregte dieser Schritt den höchsten Zorn, und nicht bloß beim Könige selbst. Wir haben es nicht gewagt zu widersprechen, und sieben Professoren nehmen es sich heraus! so murrten die hohen Beamten. Vollends die Kollegen der Protestierenden fühlten sich zum Teil sehr unangenehm berührt und fürchteten, der Allerhöchste Zorn werde mit den Schuldigen auch die Unschuldigen, d. h. die ganze Universität, treffen. Dadurch ließen sich der Prorektor Bergmann und die Dekane, unter ihnen Männer wie Herbart und Gieseler, verleiten, bei einer Audienz, welche sie von dem Könige auf dem Jagdschlosse Rothenkirchen erbaten, namens der Universität das Verhalten ihrer Kollegen zu mißbilligen; wenigstens stellte die amtliche Zeitung die Sache so dar und die Deputation wagte nicht öffentlich die falschen Angaben zu berichtigen. Das war für einige Männer, welche sich dem Schritte der Sieben als verfrüht nicht hatten anschließen wollen, doch zu viel; sechs Professoren, Otfried Müller an der Spitze, erklärten am 13. Dezember, daß sie keineswegs, wie aus dem Verhalten des Prorektors geschlossen sei, die Gesinnungen ihrer sieben Kollegen mißbilligten. Aber auch über Göttingen hinaus wirkte die Verwahrung vom 18. November. Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus hatten eine Abschrift derselben an Verwandte geschickt: dadurch oder auf andere Weise kam sie in die Kasseler Zeitung und so in alle anderen Blätter. Diese Veröffentlichung verdroß Ernst August ganz besonders; auf sie berief er sich vorzugsweise bei seinem weiteren Vorgehen. Ein günstiger Zufall schien ihm noch eine Waffe mehr in die Hände zu spielen. Am Tage des Protestes selbst, am 18. November, hatten Pariser Blätter die Nachricht gebracht, daß sieben Göttinger Professoren dem Könige den Huldigungseid verweigerten. Die Zahl stimmte auffallend, aber doch nur von ungefähr; denn noch am Abend des 17. wußte keiner der Unterzeichner, wie groß ihre Zahl sein würde. In den Augen des Königs aber galt dies Zusammentreffen als Beweis, daß die Sieben mit Frankreich in Verkehr ständen. Ihre Verwahrung dagegen, vom 11. Dezember datiert, kam zu spät; an demselben Tage hatte der König mit Umgehung der gesetzlichen Formen ihre Absetzung befohlen und den dreien, welche die Versendung von Abschriften eingeräumt hatten, die Wahl gestellt binnen drei Tagen das Land zu verlassen oder der Abführung an einen anderen Ort des Königreiches gewärtig zu sein. Sie zogen das erstere vor und verließen die Stätte

ihrer Wirksamkeit unter rührenden Ehrenbezeugungen seitens der Studenten, die sich massenhaft an der hessischen Grenze einfanden um Abschied von ihnen zu nehmen oder ihnen bis Kassel das Geleit zu geben, wo sie freilich alsbald von der Polizei zurückgeschickt wurden. Auch Dahlmann und Gervinus duldete man dort nicht, sondern wies sie zur sofortigen Weiterreise an; Grimm, als geborenen Hessen, mußte man sich schon gefallen lassen.

Die öffentliche Meinung.

Wenn irgend etwas die Vertriebenen über ihr persönliches Mißgeschick trösten konnte, so war es die Teilnahme, welche ihnen aus ganz Deutschland entgegengetragen wurde. Alle Kreise, alle Parteien, alle Stämme einigten sich in unbedingter Verdammung des Königs, in lauter Anerkennung der Sieben; die öffentliche politische Meinung, scheinbar schon erstorben, wurde wieder lebendig und trat als Macht auf. In Leipzig bildete sich sogleich ein „Göttinger Verein" um durch Geldsammlungen die Vertriebenen zu unterstützen; überall, von Königsberg bis Freiburg, entstanden Zweigvereine; mit den großen Handelsplätzen wetteiferten die kleinen thüringischen Flecken; selbst aus den Göttinger Professorenkreisen liefen Gelder ein; aus der Schweiz, aus England, aus Italien sandten dort ansässige Deutsche ihren Beitrag. Bis 1842, wo endlich auch Dahlmann wieder eine Anstellung fand, waren im ganzen über 22 000 Thaler zusammengebracht, mehr als man brauchte, so daß der Überschuß zur Unterstützung der Familie des gefangenen Jordan in Marburg verwandt werden konnte. Unter den zahllosen Adressen, welche den Märtyrern der Eidestreue freudige Anerkennung aussprachen, gewann die Elbinger besondere Berühmtheit. Der erste Unterzeichner, Jakob von Riesen, teilte nämlich eine Abschrift dem preußischen Minister des Inneren von Rochow mit. Der aber nahm sie trotz der schmeichelhaften Wendung — in Preußen, wo der Monarch stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesetzen gebe, sei ein solcher Gewaltstreich nicht möglich — mit „unwilligem Befremden" auf, da es „dem Unterthanen nicht gezieme an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen". Von diesem Tage, dem 15. Januar 1838, an wurde der „beschränkte Unterthanenverstand" des preußischen Ministers ein geflügeltes Wort der deutschen Sprache.

Auch dichterische Grüße fehlten den Sieben nicht. „Fürwahr", sang Anastasius Grün, der Österreicher, „wo solche Männer fort verbannt, landflüchtig, reisen, müßt strafend ihr nicht aus dem Land, nein, in das Land verweisen." Aber die Kreise, auf die bei der geringen Macht der öffentlichen Meinung doch alles ankam, die Höfe und Regierungen, waren den Göttingern entweder feindlich, oder wagten doch nicht offen für sie einzutreten. Nur unter den süddeutschen Kabinetten fanden sich mutigere Freunde. Besonders der König von Württemberg bewährte seine unabhängige Gesinnung, indem er Ewald eine Professur in Tübingen verlieh. Der König von Sachsen hatte sich anfangs auch sehr geneigt vernehmen lassen, so daß Dahlmann sich auf eine Anstellung in Leipzig

Die deutschen Regierungen.

Hoffnung machte. Indessen der Monarch wurde bald eingeschüchtert und verhinderte durch seine Zensur sogar den Druck der Rechtfertigungsschriften, welche Dahlmann, Ewald und Jakob Grimm verfaßten; nur die juristische Erörterung Albrechts ging durch; die anderen mußten um zum Druck zu gelangen nach Basel wandern. Von da aus traten sie freilich trotz aller Verbote einen Triumphzug durch ganz Deutschland an und befeuerten durch ihre sittliche Wärme und Kraft nochmals die allgemeine Begeisterung.

Eingaben an den Bundestag.

An moralischer Bedeutung kamen dem Schritte der Göttinger Sieben die Nachahmungen nicht gleich, zu denen er andere hannoversche Beamte und Körperschaften trieb; an praktischer Wichtigkeit aber konnten sie ihn leicht überholen. An die Spitze der Bewegung im Lande selbst stellte sich der Osnabrücker Magistrat, dessen Seele Stüve war. Er leistete die verlangte Huldigung nur unter der Verwahrung, daß er damit nicht auf die Verteidigung des Grundgesetzes von 1833 verzichte, und wandte sich mit einem Proteste an den Bundestag. Einen ähnlichen Schritt that die Mehrheit der Ständeversammlung von 1819, die im Februar 1838 zusammengetreten war, sich für unberechtigt erklärte die Verfassung von 1833 aufzuheben und den Bundestag am 25. Juni ersuchte seinerseits zu entscheiden, welches Gesetz gültig sei, das von 1833 oder das von 1819. Sogleich schickte der König sie erzürnt nach Hause, ohne daß sie das Budget beraten hatte. Daraus folgerte der Osnabrücker Magistrat, daß die Regierung nicht berechtigt sei die Steuern zu erheben; denn beide Verfassungen verlangten dafür die Einstimmung der Stände. Stüve wandte sich daher an die juristischen Fakultäten und bat um ein Gutachten; Heidelberg, Jena und Tübingen entsprachen der Aufforderung und pflichteten der Meinung des Magistrates bei, besonders entschieden Tübingen. Mit seiner gewöhnlichen Unbesonnenheit forderte nun Ernst August von der württembergischen Regierung die Absetzung der Verfasser dieses Gutachtens, natürlich umsonst. Aber damit war für die gute Sache noch wenig gewonnen; die Entscheidung lag bei der hannoverschen Ständeversammlung und beim Bundestage. Der letztere faßte zunächst einen halben Beschluß; er wies am 6. September 1838 die Eingabe der Osnabrücker ab, weil sie nicht zur Beschwerdeführung berechtigt seien, forderte aber die hannoversche Regierung zu Mitteilungen über die Sachlage auf; selbst der österreichische Gesandte erklärte, daß er über den Streitpunkt selbst noch kein Urteil fälle und wünschen müsse, daß sein hannoverscher Kollege diese Verwahrung seiner Regierung mitteile. Immerhin war also noch nicht jede Hoffnung eines günstigen Entscheides geschwunden. Auch das Land hielt sich noch gut; Steuerverweigerungen kamen allerdings nur vereinzelt vor, doch die Wahlen für den Landtag von 1839 fielen durchaus oppositionell aus: von 73 Vertretern stellten sich nur 28 ein. Die Stände mußten also vertagt und Nachwahlen veranstaltet werden. Die Verfassungstreuen enthielten sich nun der Teilnahme; es waren ausgesprochene Minder-

Die hannoverschen Stände.

heitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; aber trotzdem hatte die Regierung Mühe eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nicht mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche aussprach. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpfte auf das „Federvieh", die Professoren, die ihm soviel zu schaffen machten, titulierte die städtischen Behörden von Hannover Esel und verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die — sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ein wahres Labsal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ein volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zustande kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darüber auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Sieveking; hauptsächlich Preußen halte den König, weniger schon Österreich; die anderen seien alle mehr oder minder gegen ihn, Bayern an der Spitze. Es sei eine Spaltung wie in zwei Häuser, Österreich und Preußen stellten gleichsam das Oberhaus vor, die anderen das Unterhaus. Diese zuversichtliche Auffassung behielt aber doch nicht recht; als die Stunde der Entscheidung schlug, besaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen standen zu der guten Sache; die anderen entschieden, es sei keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft sein, daß auch der Widerstand des Landes bald erlöschen werde. Die Ständeversammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfassungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Änderungen am 6. August die Zustimmung der Versammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigentum; das Gesetzgebungsrecht der Stände schrumpfte zu bloßer Begutachtung zusammen, ihre Sitzungen büßten die Öffentlichkeit ein, die Ministerverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfassungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem schärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königtum schweren Schaden gelitten und daß jener Geist des Vorwärtsstrebens, den die Bundesbeschlüsse von 1834 wirksam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Die Entscheidung in Frankfurt.

Die Entscheidung im Lande.

Der Ultramontanismus und die Kölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereignissen beigetragen, der seit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwischen Preußen und dem Ultramontanismus. Während der zwei ersten Dezennien des Jahrhunderts hatte innerhalb des deutschen Katholizismus ein friedlicher und versöhnlicher Geist geherrscht: das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römischen Kirche seine Früchte getragen. Konnte der Ratio-

nalismus in ihr auch nicht so tiefe Wurzeln schlagen wie in der evangelischen Theologie, so hatte er sich doch ein weites Gebiet auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholischer Professor vom Katheder herab die Gottheit Christi leugnete; las man doch in einer Zeitschrift, die unter Leitung Wessenbergs, des Generalvikars von Konstanz, erschien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer phantastisch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Abgötterei sei. Katholische Gelehrte arbeiteten mit protestantischen um die Wette an der Prüfung der Echtheit biblischer Bücher, und katholische Theologen vermaßen sich die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, sondern aus philosophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann von Bonn aus einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Bonner Kollegen und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz sich zu seiner Lehre bekannten, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten. Und nicht bloß in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche den katholischen Kultus reinigen und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja ganze Gemeinden, wie die Zillerthaler in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholizismus zu drängen, wie Wessenberg, der den deutschen Kirchengesang, oder die schlesischen Pfarrer, welche die deutsche Messe verlangten. Besonders lebhaft wurde die Ehelosigkeit der Geistlichen angefochten. Einzelne Pfarrer verheirateten sich eigenmächtig, andere forderten öffentlich, z. B. in Schlesien und im Bistum Trier, die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Bittschriften in diesem Sinne, darunter eine von mehr als 150 Priestern unterschriebene, zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Bei der Einsegnung gemischter Ehen wurde die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten, die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, fast nirgends mehr streng innegehalten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fanden lebhafte gegenseitige Beziehungen statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne religiöses und kirchliches Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren als zum Märtyrertum für ihre Kirche. Wenn diese dem Katholizismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die letzten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Reformbestrebungen.

Die streng-katholische Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich nun ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Droste-Vischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch versöhnlich; der zweite, Klemens August, verfocht schon 1817 in einer Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate und berief sich als Generalvikar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Inneren. Er lebte in fortwährendem Kampfe mit dem Oberpräsidenten Vincke, wo denn ein Eisenkopf gegen den anderen stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen Generalvikar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptkämpe des kriegerischen Katholizismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholizismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Berührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte einige bedeutende Konvertiten, wie Friedrich von Schlegel und die Brüder Schlosser, zählte. Diese hatten Fühlung mit allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholizismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessenberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bistümer direkt unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Teilen von drei, vier Bistümern, ein Bistum aus Teilen von drei, vier Ländern bestände. Sie begünstigten ganz

Wunderthäter.

besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während der napoleonischen Herrschaft zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wiederauferstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachsperlen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrat wiederhervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Prozessionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte jubelten Hosianna. Der mystischen Romantik, die in den zwanziger Jahren eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern um sie zu verherrlichen. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume

übergeben haben und deren Heilkraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra und zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die jahrelang von Wasser und geschabten Äpfeln lebte und jeden Freitag — zwei Ärzte bezeugten es — aus den Wundermalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das Tiroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Todeskampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Minuten tot zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunderthätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den bayerischen Kronprinzen von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Bekehrungen.

Derselbe romantische Zug, welcher dies Mirakelwesen förderte, veranlaßte zahlreiche Bekehrungen von Protestanten zum Katholizismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Köthen mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann gar soweit sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Bekehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte der Nuntius in München. Bei ihm liefen alle Klagen über unrömisches Wesen deutscher Prälaten zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß der Erzbischof von Köln die Hilfe des preußischen Gesandten in Rom anrufen mußte um den Anschwärzungen der Nuntiatur zu entgehen. Die Fäden aber, welche in München gesponnen wurden, gingen bis in das preußische Kultusministerium, wo der Geheime Rat Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Die Jesuiten.

Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. den Orden 1814 wiederhergestellt hatte, so war er doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen Schweizer Kantonen zugelassen worden, und wurde selbst in Österreich bis 1836 nur in Galizien geduldet. Die Politik der päpstlichen Kurie aber beherrschte er schon jetzt vollkommen und leitete sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Mächten, besonders Rußland und Preußen, zum guten Teil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen

Die katholische Kirche in Deutschland.

und konnten nicht einfach wieder ins Leben gerufen werden. Daß der Papst gleichwohl auf dem Wiener Kongreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches deutscher Nation und die Herstellung der 1803 beseitigten geistlichen Staaten forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesamtheit mit dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Bayern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich im März 1818 auf Konferenzen, die unter Wangenheims Vorsitz in Frankfurt abgehalten wurden, über ein gemeinsames Vorgehen verständigten. Aber die Deklaration, die sie demgemäß in Rom abgeben ließen, stieß bei dem Papste und dem Kardinal Consalvi auf den entschiedensten Widerspruch, und die ablehnende Haltung Preußens und Hannovers zersprengte bald den Bund der kleinen Fürsten. Überall kam man von dem Gedanken eines förmlichen Konkordates zurück, weil man erkannte, daß es ohne die Unterstützung der mächtigeren Staaten rein unmöglich sei von der Kurie die unentbehrlichen Zugeständnisse zu erlangen. Nur Bayern hatte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß gebracht, indem es bereitwillig den päpstlichen Forderungen nachgab und durch ein Konkordat der römischen Kirche alle Rechte gewährleistete, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede staatliche Überwachung den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt über den Klerus unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnisnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung irgend einer Bestimmung des Konkordates, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltsschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon ein Jahr darauf an den Tag, als der Papst gegen die neue bayerische Verfassung Einspruch erhob und den Geistlichen verbot dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Konkordat verletzt werde. Gegen solche Anmaßung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab am 13. September 1821 die Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war.

Die Cirkumskriptionsbullen.

Solchen Erfahrungen und Beobachtungen gegenüber mußten Preußen und die anderen deutschen Staaten allerdings wohl die Lust zum Abschluß von Konkordaten verlieren. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über Zahl, Umfang, Dotation und Besetzung ihrer Bistümer mit dem Papste zu treffen und die sog. Cirkumskriptionsbullen, in welchen dieser das nötige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheits-

rechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies hinsichtlich der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der sog. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebnis war die Begründung von 15 Erzbistümern und Bistümern in dem nichtösterreichischen und nichtbayerischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bistümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Kulm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbistum und als Bistümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domkapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten ungenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden, so daß beispielsweise Pius VIII. im Juni 1830 an die fünf Bischöfe der oberrheinischen Provinz ein bitteres Klageschreiben zu richten sich veranlaßt fand, weil sie gegen gewisse Übergriffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan und ihm nicht einmal davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihilfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. In der That waren die Regierungen ungewöhnlich weit gegangen; sie hatten unter anderem die sämtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt bestätigt diese Anerkennung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda soviel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für wert; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der württembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister aufforderte jene vom Papste gerügten Neuerungen wiederaufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818 trotz des päpstlichen Verbotes den Eid auf die bayerische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episkopates sich vollzogen hat.

Die Haltung der Bischöfe.

Auch die preußische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Kurie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bistümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und

Die preußische Regierung und Rom.

bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo ein Teil der preußischen Domänen, wie man hoffte, aufhörte als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, den Bistümern Grundbesitz als Eigentum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich bar zu zahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch keinen Anstand, das Verhalten des Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurteil nicht ausbleiben könnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kundgebe. Was der König dann weiter im einzelnen für die katholische Kirche besonders in den Rheinlanden that, mußte gleichfalls zum Danke stimmen. So gründete er dort zwei große katholische Priesterseminare; er verbesserte zum Teil aus seiner eigenen Kasse die Gehalte der am schlechtesten bezahlten Geistlichen; das Budget für den katholischen Klerus der rheinischen Lande stieg zwischen 1813 und 1838 von 163 000 auf 259 000 Thaler; der König persönlich steuerte von 1824 bis 1836 165 000 Thaler zum Ausbau des Kölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung der Prozessionen auch in Orten mit gemischter Bevölkerung; er gestattete, daß die Zahl der kleinen Festtage, die in der französischen Zeit auf vier beschränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Bischöfen den Rang der ersten Staatsbeamten; er errichtete und fundierte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 31 neue Pfarreien; weder den schlesischen Geistlichen, die auf Abschaffung der Ehelosigkeit und Einführung der deutschen Messe drangen, noch dem Professor Hermes in Bonn wurde seitens der Regierung Ermutigung zu teil; ja nach Bonn schickte das Ministerium aus eigenem Antrieb einen Professor von orthodoxer Lehre um diese nicht unvertreten zu lassen — alles Handlungen, die bei dem streng evangelischen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernst er es mit seiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiösen Bedürfnissen seiner katholischen Unterthanen nahm.

Andererseits war er aber durchaus nicht gewillt, der römischen Kirche auf Kosten seiner Hoheitsrechte oder seiner evangelischen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu gestatten. Streng war er darauf bedacht sich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnasien und Universitäten, auf denen derselbe erzogen wurde, sollten reine Staatsanstalten sein, und bezüglich der geistlichen Seminarien behielt sich der Staat wenigstens die Überwachung vor. Wenn den Bischöfen zugestanden wurde die Priester nach eigenem Ermessen anzustellen und zu entlassen, so bedurften sie doch zur An-

stellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlassung konnte bei dieser Beschwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch besorgter verfuhr man in den Punkten, wo die katholische Kirchengewalt mit Protestanten in Beziehung trat; hier war man entschlossen um keinen Preis Übergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der Geistlichkeit gegenüber das Gesetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen in dieser Hinsicht aus den gemischten Ehen. Durch eine Deklaration zum Landrecht war 1803 bestimmt, daß bei diesen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend sein solle, sofern nicht die Eltern etwas anderes vereinbarten; durch Kabinettsordre vom 17. August 1825 wurde diese Bestimmung auch für die westlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gaben öftere Fälle, wo katholische Geistliche sich weigerten gemischte Ehen anzuerkennen, wenn der ketzerische Teil sich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholisch werden zu lassen. Solch ein Verfahren wurde nunmehr für rechtsungültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an es einfach abzuwarten und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketzerin verwirft. Freilich war diese starre Befolgung der kanonischen Vorschriften lange schon abgekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen ultramontaner Grundsätze. In den altpreußischen Landesteilen am Rhein, in Jülich-Kleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so schroff zu Tage. Hier hatte das Bedürfnis längst zu einer anderen Form geführt, der sogenannten passiven Assistenz, bei welcher die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht sich zu verehelichen erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht erteilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Teile konnte ihretwegen die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Teile sogar den Erlaubnisschein (Losschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und verweigerten ihm die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abhilfe. Trotz des Entgegenkommens, das sie hier traf, konnten diese aber aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Losscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz durften sie den Priestern auferlegen, da sie durch die Konstitution Benedikts XIV. vom Jahre 1741 nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den anderen der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu

Die gemischten Ehen.

gestatten hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung nach Rom gewärtigen wollten. Sie erklärten sich indessen der Regierung gegenüber bereit den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Äußerungen Leos XII. ließen über dessen Willigkeit keinen Zweifel. Aber die deshalb begonnenen Verhandlungen wurden durch den Tod Leos im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. bedeutend verzögert und boten auch in sich große Schwierigkeiten. Zwar erklärte sich der Papst im August 1829 bereit die passive Assistenz überall in den preußischen Staaten als gültige Form anzuordnen; allein da in manchen Landesteilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preußische Gesandte Bunsen das für einen Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus untersagt und um ein Verschleppen der Sache zu verhüten am 26. Oktober 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. Infolgedessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, welches zwar die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung verbot, aber doch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Konzil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die bloß von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingesegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig". Die preußische Regierung wollte sich indes auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten zurückgeschickt, damit er eine günstigere Fassung erwirke. Mittlerweile war nun aber Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Kurie entschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt als übertrieben betrachtet. Die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes konnte man am besten aus einem Breve an die bayerischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mischehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preußische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, ebenso sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und ver-

Verhandlungen in Rom.

Das Breve von 1830.

trauensvoll mit ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte man ihnen aber das Entgegenkommen und gab den Ultramontanen Zeit sie einzuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als das bayerische Breve jeden Zweifel über die Unwillfährigkeit des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die Vermittlung jenes Schmedding, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich verfeindet war. Dank seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, obgleich der Erzbischof von Köln durch seinen Domkapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines anderen Unterhändlers von seiten der Regierung um das gewünschte Einverständnis zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Bunsens. Im Sommer 1834 nach Berlin berufen, schloß er dort mit Spiegel am 19. Juni eine Übereinkunft, welcher auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie enthielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen ließen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre ein Bedürfnis zu sein, wenn der Einsegnung gemischter Ehen kein Hindernis mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer teilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an die passive Assistenz niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei alle Kinder protestantisch zu erziehen. Übrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvikariaten, welchen dann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurde gleichzeitig die Weisung erteilt ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Die Übereinkunft mit den Bischöfen 1834.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genusse des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuscheiden", noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugnis für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensskrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Wert beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friedfertigen frü-

Rührigkeit der Ultramontanen.

heren Geschlechte angehörten, die jugendlichen Heißsporne den Kampf wiederaufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständnis wieder untergraben würden. Diese Gefahr war um so größer, als die Hetzereien vom Auslande her genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Bayern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das sogenannte rote Buch, hetzte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, erwirkte man ein Breve, das ihn als Irrlehrer verdammte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preußischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Überdies war im August 1835 der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem die Hermesianer und die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten, und bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, verfiel sie auf den starrsten, unzugänglichsten Priester, der aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvikar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering. Und das geschah, obgleich dieser Mann durch Eigensinn und Anmaßung den Behörden früher schon unendlich viel zu schaffen gemacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Kardinalsekretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mitteilte, mit naiver Freimütigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner in dem Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug ihn abzuweisen. Um wenigstens eine Bürgschaft dafür zu gewinnen, daß der Kandidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche, ließ es ihm jedoch die Frage vorlegen, wie er in diesem Punkte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete sehr befriedigend: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 1834 anzutasten, sondern sie nach dem Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anwenden. Auf diese Erklärung hin bezeichnete ihn die Regierung dem Kölner Kapitel als genehme Person, und er wurde einstimmig gewählt. Aber die gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften sich die Klagen der Evangelischen und der Landesbehörden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede Verständigung zurückweise und die Vereinbarung von 1834 mißachtete. Andere Konflikte, die durch das Breve gegen Hermes veranlaßt wurden, kamen hinzu. Da die

Erzbischof Droste-Vischering.

Seine Zustimmung zu der Übereinkunft von 1834.

Der hermesianische Streit.

meisten Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mitteilen und es dann veröffentlichen können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studierenden den Besuch aller Vorlesungen der Hermesianer. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes abstehen wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen vor der Weihung forderte und deren letzter einen Verzicht auf das Recht enthielt vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen. Allen diesen Übergriffen trat das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief Bunsen abermals nach Berlin und veranlaßte, daß auch der päpstliche Unterstaatssekretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preußischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich bereden und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Fakultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Teilnahme an den evangelischen Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Über die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubnis erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise berief der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof befreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mischehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830“ anerkannt habe und also selbst darüber urteilen müsse, wieweit sie demselben entspreche. Freiwillig zurückzutreten oder bis zur Entscheidung des Papstes den Forde-

Verhandlungen mit Droste.

rungen der Regierung nachzukommen, lehnte er ab. Ohne Ergebnis mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen, zumal der Erzbischof die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch geflissentlich steigerte. In Ansprachen an seine Priester stellte er sich als einen Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf diese Worte zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diözese, immer mit der Bitte für das Bekanntwerden dieser Äußerungen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hetzerei gelang es natürlich Stadt und Land heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volkstümlichkeit noch immer keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Deshalb stellte die Regierung ihm am 20. November die letzte Wahl, entweder sich jeder Amtshandlung zu enthalten, seinen Aufenthalt außerhalb des Stiftes zu wählen und sich von dort mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eigenem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Droste das erste ablehnte, so wurde er noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht; die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, vereitelte sein Sekretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Verhetzung der Bevölkerung.

Verhaftung des Erzbischofs.

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige Hetzerei nur ein sanftes Säuseln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Kapitel, das ihn vor kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugnis gegen ihn ablegte: die Ratschläge der erfahrensten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die kanonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vorteil der Kirche getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preußische Regierung in der sogenannten Staatsschrift aus Bunsens Feder klar und ruhig die Sachlage schilderte und aktenmäßig belegte. Eine päpstliche Allokution vom 10. Dezember 1837 klagte Preußen an die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf jedes Abkommen, das ohne Wissen der Kurie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten; dazu fand sie aber nicht den Mut, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch beschwichtigende Erklärungen. Als aber der Papst trotzdem sich weigerte vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten

Sturm gegen die Regierung.

Allokution vom 10. Dezember 1837.

auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den klerikalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich des lauten Beifalls mancher Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verspritzte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz München wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Bayerns einen glänzenden Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bayerischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg, in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Phillips und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter, eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoko durch die katholische Welt flute“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vorteil. Denn der Liberalismus, welcher sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, war Jahre hindurch von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen sich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu stellen; viel eher mußte sich seiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholizismus sein Leidensgefährte sei und daß der Sieg desselben, wie bedauerlich auch aus anderen Gesichtspunkten, doch dem Polizeistaate gegenüber der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanasius und ähnlicher Schriften, der Versuch also den Gegner mundtot zu machen, konnte keinen Liberalen verlocken als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und sich so in das Licht zu setzen, als ob er einen Wehrlosen, an der Verteidigung Gehinderten angreife. Der beste Beistand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte fast ausschließlich mit seinen Machtmitteln wirken. Diese standhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen setzte aber einen Mut voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung schwer zu behaupten war, besonders da die Gärung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Osten der Monarchie übertragen wurde.

Die Presse.

Erzbischof Dunin.

Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier westlichen Bischöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, die Erlaubnis es auch in seinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen und that es im Februar 1838, obgleich ihm diese Erlaubnis ausdrücklich verweigert war. Wegen dieser Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es schon nicht mehr den strengen Spruch desselben auszuführen. Die Amtsentsetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspension; die sechsmonatliche Festungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbischof — er befand sich gerade in Berlin — nicht in seine Diözese zurückkehre. In offenem Trotze gegen diese königliche Gnade entwich aber Dunin auf Befehl aus Rom aus der Hauptstadt und erschien am 3. Oktober 1839 in Posen. Nun konnte von Nachsicht keine Rede mehr sein: er wurde verhaftet und nach Kolberg abgeführt. Die Geistlichkeit wollte zeigen, daß sie nicht minder mutvoll sei als ihr Oberhirt; sie ordnete Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verstummten, die Orgeln tönten nicht mehr; die Wirkung auf die Massen konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einschritt. Sobald sie aber dazu den Mut faßte, zeigte es sich, daß sie die Zügel in der Hand hielt; sie drohte der übermütigen Geistlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte und brachte sie dadurch zum Gehorsam.

Die Mischehen.

Freilich nicht in bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungslose Einsegnung der gemischten Ehen. Sowohl in Posen wie am Rhein wurde diese verweigert, wenn der protestantische Teil nicht die katholische Erziehung der Kinder versprach. Aber daran war die Regierung selbst schuld. Sie bestand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte sie sich einfach mit der passiven Assistenz, sondern ließ schon im Februar 1838 den Kultusminister von Altenstein einen halben Rückzug antreten, indem er den Priestern „bescheidene Erkundigungen" nach der Willfährigkeit der Eltern in diesem Punkte gestattete. Der eigentliche Ausgangspunkt des Streites verlor dadurch einstweilen seine entscheidende Bedeutung; allein der Streit selbst war nichts weniger als beendet und schon die Personenfragen, das weitere Schicksal Drostes und Dunins, machten die Lösung ungemein schwierig. In dieser Hinsicht war die Geduld des greisen Königs erschöpft; der Erzbischof Droste, so hatte er bereits in Wien erklären lassen, werde den Kölner Dom nicht wieder sehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den schärfsten Worten versicherte er dem Posener Klerus auf eine „ungebührliche" Immediateingabe, daß er die Religion von der Geistlichkeit und ihren Oberen nicht zur Antastung seiner Souveränitätsrechte werde mißbrauchen lassen. Sein ganzer Herrscherstolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, so ließ sich voraussehen, daß er die verwickelte Sache ungelöst seinem Sohne hinterlassen werde.

Unerwartet schnell ging diese Voraussicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen auf das neue Gestirn, das in Preußen aufging. Der vielseitige Gegensatz zwischen Vater und Sohn zeigte sich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügen Prälaten zum Gehorsam zu zwingen entschlossen war und dabei die Forderungen des Staates selbst über das erlaubte Maß hinaus festhielt, so bemühte sich sein Sohn jene zum Gehorsam zu begütigen und ließ sich dabei einige Opfer an seiner Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewissen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den ersten Tagen seiner Regierung. Einige polnische Priester verweigerten dem verstorbenen Monarchen das Trauergeläut; die Gemeinde Inowrazlaw beschwerte sich darüber bei dem Könige; und was that dieser? Er antwortete, die Gesinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche sich in dieser Beschwerde aussprächen, hätten in seinem Herzen einen helleren Klang ertönen lassen als das Trauergeläut, welches ein pflichtvergessener Geistlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber schwerlich eine kluge; denn sie ermutigte die Opposition des Katholizismus, so daß im nächsten Jahre als in Bayern die protestantische Stiefmutter des Königs starb und der Bischof von Augsburg ein feierliches Traueramt für sie abhielt, der Papst sich erdreistete ihm in einem Breve vom 13. Februar 1842 die schärfste Rüge wegen dieses „Ärgernisses" zu erteilen und ihm aufzugeben, seine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler zu schützen, welche lügnerisch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik selig werden könne". König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im Spiegelschen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Platze zu verdrängen, war deshalb der lebhafte Wunsch der Kurie; in Briefen, die ihm nicht durch Vermittelung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zugingen, forderte Gregor von ihm, daß er abdanke. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem Freiherrn von Droste war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden seinen Aufenthalt in Minden mit einem anderen zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diözese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jedes halbe Entgegenkommen unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschrobene Erklärungen die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Ein Artikel in der Staatszeitung vom 29. Juli wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunkt der Regierung, die ohne Nachsicht gegen jeden einschreiten werde, der den Gesetzen zuwider

Friedrich Wilhelm IV.

Ermutigung des Katholizismus.

Sedlnitzky.

Droste.

die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Überfluß erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Punkte keineswegs erledigt seien, daß er sich erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit auserlesener Freundlichkeit und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Kultusministerium einen katholischen Direktor für Kirchen- und Schulsachen anstellte und dadurch den Keim zu der katholischen Abteilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, so die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 erteilte Erlaubnis direkt mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostes schien nicht ins gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon bald nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte um eine Vermittlung anzubahnen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Kardinal machen, ihm in Köln aber einen Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Kurie wußte dieses Verlangen des preußischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen. Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholizismus waren in Wirklichkeit Forderungen, die der Papst gestellt hatte und die der König teils zaudernd, teils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die anderen, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Konvention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Kardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punkt konnte man sich lange nicht vereinigen, das war die Frage, ob Droste selbst seinen Koadjutor in Köln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunkt dadurch, daß man zum Koadjutor einen Bischof ausersah, der nicht erst geweiht zu werden brauchte. Ludwig von Bayern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preußische Regierung willigte ein und durch ein Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Ein Brief des

Zugeständnisse an die Bischöfe.

Droste.

Der Friedensschluß.

Königs an den Erzbischof sprach diesen vor allem Volke von dem Verdachte revolutionärer Umtriebe frei und der Streit war beendet.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Bedeutung des Thronwechsels.

Nicht bloß für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Rätsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernsten Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegendem Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte niemand. Aber ob er die Festigkeit des Charakters besitze um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehen, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten, das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das eine war sicher, daß vieles sich ändern werde. Selbst wenn der Gesamtzustand des Staates das nicht mit so zwingender Notwendigkeit erheischt hätte, wenn das zaudernde Alter des an sich schon bedächtigen letzten Herrschers und die pietätvolle Rücksicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht so manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, so würde allein der Gegensatz zwischen Vater und Sohn einen bedeutsamen Umschwung herbeigeführt haben. Anstatt des gemessenen strengen Ordnungssinnes war hier launenvoll genialisches Treiben, anstatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitsstandpunktes ein philosophisch angehauchter, von Poesie durchwärmter Idealismus, statt der biederen verständigen Frömmigkeit eine begeisterte, geheimnisfreudige, mystische Religiösität, statt der zurückhaltenden einsilbigen, aber im tiefsten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein sprudelndes, wortreiches, herzgewinnendes Sichgehenlassen, statt der knappen strengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künstlerseele.

Das Testament Friedrich Wilhelms III.

Den ersten Wochen der neuen Regierung kam diese gewinnende Persönlichkeit des Herrschers vollauf zu statten; seine Anrede an die Deputationen, welche ihn begrüßten, seine schriftlichen Äußerungen, zu

denen sich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung seiner Gesinnung und Ausdrucksweise im Glanz der ersten Morgenfrische. Besonders begeisterten die Worte, mit denen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, zwei Aktenstücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verstorbenen warf, während das andere — An meinen lieben Fritz überschrieben — ihm besonders ans Herz legte sich ebensosehr vor der umsichgreifenden Neuerungssucht zu hüten wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ diese Schriften seines Vaters dem Volke, das es wert sei solche Worte zu hören, mitteilen; es sprach sich in dieser Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, sagte man sich, schrieb kein Sekretär, diesen Stil wagte kein Minister, in diesen gewaltigen, schwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtsein eines Königs sich ergießen." Und denselben Geist atmeten die ersten Thaten des Monarchen. Arndt, seit 1820 suspendiert, wurde wieder in seine Professur eingesetzt; Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Ministerium geschieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrat um später wieder Kriegsminister zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward gestattet seinen Verbannungsort Freiburg zu verlassen; die beiden Brüder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltstreiches, wurden in Berlin angestellt; nach und nach folgte die Berufung anderer Männer, die einen bedeutenden Namen in Wissenschaft und Kunst besaßen: Tieck, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelssohn: freilich waren nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hassenpflug. „Wir wollen ihn nicht haben den Herrn von Haß und Fluch," so tönte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständnis den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowitz, Thile, Rochow galten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlich sei.

Begnadigungen, Berufungen und Ernennungen.

Wie sehr dem einzelnen dabei auch Unrecht geschah, im ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebsamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die neben anderen politischen Verbrechern auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungskommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Huldigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über

dies neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effektvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andere erforderten.

Die Verfassungsfrage.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnungweckende Beredsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Erteilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag von Königsberg heran, den er berufen hatte um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschlossen die preußischen Stände mit 89 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, erhielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung entflammten die Worte, welche der Monarch am nächsten Tage sprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15 000 Menschen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrschte. Da erhob er sich plötzlich von seinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, streckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein wolle, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. Er bat Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um seinen Segen für das teure Vaterland: bei uns, rief er begeistert aus, ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges, edelstes ist — keinem anderen Rost unterworfen als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!

Die Huldigung in Königsberg.

Erlaß vom 4. Oktober.

Von einer Verfassung war in alledem mit keinem Worte die Rede, und doch glaubte man an sie. Der alte Oberpräsident Schön meinte nach einer Unterredung mit dem König, dieser sei liberaler als er selbst. Um so schlimmer war die Enttäuschung, als ein königlicher Erlaß vom 4. Oktober solche Mißverständnisse ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man sah der Huldigung in Berlin, die am

Die Huldigung in Berlin.

15. Oktober stattfand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte sie bringen, da die einzige ernstliche Forderung zum voraus abgewiesen war? Je schwungvoller sie lautete, desto greller mußte der Abstand zwischen Wort und That erscheinen. Der feierliche Akt ging diesmal in zwei Abschnitten vor sich; zuerst huldigten Ritterschaft und Geistlichkeit im Inneren des Schlosses, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leistung des Eides ergriff hier der König, entblößten Hauptes trotz Wind und Regen, das Wort. Hatte er den Rittern drinnen schon gesagt, daß sie von ihm keine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschützesdonner und Posaunenton, sondern ein einfaches, väterliches, echtdeutsches und christliches Regiment zu erwarten hätten, so gelobte er auch draußen dem Volke, soweit seine Macht und sein Wille reiche, Frieden zu halten zu seiner Zeit. Er warb um die Liebe seiner Unterthanen, deren er nicht entraten könne: denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwert, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem schönsten, klarsten Laute der Muttersprache, mit einem ehrenhaften Ja! bat er ihm zu versprechen, daß man durch gute und böse Tage treu mit ihm ausharren wolle, und mit erhobener Rechten wiederholte er dann — so wahr ihm Gott helfe — sein Königsberger Gelübde. Vollenden Sie nun, so schloß er, diese hohe Feier, und der befruchtende Regen Gottes ruhe auf dieser Stunde!

Die Vereinigten Ausschüsse.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; er bewilligte ihnen den Druck der Protokolle, die Veröffentlichung ihrer Eingaben und der darauf erteilten Antworten, den regelmäßigen Zusammentritt in jedem zweiten Jahre, und berief zum 18. Oktober 1842 „Vereinigte Ausschüsse" derselben nach Berlin um dort die Gesetze mit durchzuberaten, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem die Provinzialstände in ihrer Gesamtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, teilweise lächerliche Fragen, den Ort des Zusammentritts, die Teilung des Landtags in Kurien, die Uniformierung der Mitglieder und ähnliches — und auf der anderen Seite rannte er sich fest in dem eingebildeten Gegensatze historisch gewordener, nationaler Stände und einer aus Frankreich importierten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die

Plan des Vereinigten Landtages.

Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher konservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm das Verständnis. Er kämpfte daher mit voller Überzeugung für sein Prinzip und gegen die Ideen der Konstitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Mut seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Drängen der öffentlichen Meinung.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmählich Zweifel aufkamen, ob es dem Könige wirklich ernst mit seinen Plänen sei, ob er nicht das Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittels der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne um ihn in liberalere Gedankenkreise hineinzutreiben. Zwei Flugschriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können und die auf die Gebildeten im Volke in der That einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den alten Schön, die andere: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, einen jüdischen Arzt in Königsberg Johann Jacoby, zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen und besprochen, sondern riefen Entgegnungen und Bekräftigungen hervor; Jacobys Schrift wurde für die nächsten Jahre geradezu ein Zeughaus für die konstitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs und seiner Minister die Überzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine Waffe bereiten müßten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung" beabsichtigt, die unter Dahlmanns Leitung im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiserner Selbständigkeit zurück und verweigerte ihm die Zensurfreiheit. Das war um so ungeschickter, als man doch darauf verzichten

Die politische Litteratur.

mußte die bisherige Knebelung der Presse aufrecht zu erhalten und durch die Milderungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, die Schärfe der Opposition vermehrte ohne ihr ein Gegengewicht zu bieten. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preußischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich mit wahrer Wollust darin, dieses „Mittelding, das weder Fleisch noch Fisch ist, und von den Extremen unsrer Zeit ein närrisches Gemisch ist," in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen: Ja Königsworte, das sind Schätze, wie tief im Rhein der Niblungshort! ja er verarbeitete auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge in gröbster Weise. Dessen mußte sich nun wohl die preußische Schriftstellerwelt enthalten, aber an mehr oder

weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker“ ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die Schweizer Verlagshandlungen druckten und verlegten, was vor der preußischen Zensur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; wissenschaftliche Blätter wie die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Echtermeyer gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schellingsche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik und zeichnete in der Romantik die preußische Politik. Einen gewaltigen Einfluß übten die politischen Lyriker, Herwegh besonders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hoffmann von Fallersleben, Robert Prutz, Dingelstedt, Freiligrath. Geraume Zeit standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und manch ermutigendes und anfeuerndes Wort ward ihm zugesungen. Doch einer nach dem anderen wurde des fruchtlosen Zuredens müde; nicht lange währte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest Deiner Zeit das Banner tragen, und trägst ihr nur die Schleppe nach“, rief er enttäuscht dem Könige zu. Hoffmann, Prutz und andere folgten seinem Beispiel, zum Teil durch persönliche Kränkungen verletzt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte als auf der Zinne der Partei,“ und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bistum Jerusalem.

Durch seine ablehnende Haltung gegen die Forderungen der politischen Dichter, durch die Maßregelung akademischer Lehrer, wie Nauwerk, Hinrichs, Bruno Bauer, durch die Unterdrückung der Hallischen Jahrbücher und ähnliche Schritte entfremdete sich der König thatsächlich zusehends die Gesinnung der gebildeten Kreise, so daß ein Attentat, welches der Bürgermeister Tschech am 26. Juli 1844 gegen ihn ausführte, weit weniger Abscheu und Empörung als eine fast frivole Beurteilung hervorrief. Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Kultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Vorzüglich dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bistum in Jerusalem und die Vollendung des Kölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofssitz zu gründen wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der Philhellene Eynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, Ludwig von Bayern möchte mit den anderen christlichen Herrschern auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für alles

Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Nüchternheit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that. Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholizismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fern liegen; daß der König dabei sich mit der anglikanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht bloß aus seiner und seines vertrauten Ratgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne England das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelsüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen vorkommen. Und mit dem Kölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholizismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung am 4. September 1842 gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Konfessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, so rief er aus, rage der Dom von Köln über diese Stadt und über Deutschland, bis an das Ende der Tage! Von den deutschen Fürsten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Württemberg dem gemeinsamen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Österreich schob der Volksmund gar den Trinkspruch unter: Kein Österreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge!

Der Kölner Dom.

Wie hier das Volk sich in schmeichlerischem Traum wiegte, so nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntnissen sprach. Nicht einmal in sich, geschweige denn untereinander konnten die einzelnen Konfessionen diesen Frieden bewahren; im römischen wie im protestantischen Lager nahm die unversöhnliche Richtung an Macht und Einfluß zu, und religiöser Hader überwog in den nächsten Jahren den politischen. In der katholischen Kirche gab Bischof Arnoldi von Trier das Zeichen zum Kampf. Im August 1844 verordnete er eine feierliche Ausstellung des ungenähten Rockes Christi, der zu den Schätzen seiner Kirche zählte. Alsbald begann aus den Rheinlanden, aus Belgien und Frankreich eine Massenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anschwoll, als die Freifrau von Droste-Vischering, eine Nichte des Erzbischofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Über eine Million Pilger strömten binnen

Der heilige Rock von Trier.

sechs Wochen in der alten Moselstadt zusammen; wenigstens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Klerikalen über diese göttlichen Wundererscheinungen weckte natürlich den Widerspruch der Aufgeklärten. Von protestantischen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer Albernheit nachgewiesen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieses Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit sein Spiel trieb, scharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schoß der römischen Kirche erhob sich Widerspruch. Ein katholischer Priester, freilich ein suspendierter und nicht im besten Rufe stehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Bischof Arnoldi, den Tetzel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzenfest zu Trier. Durch die Exkommunikation, welche der Fürstbischof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in Flugschriften für die Reform der Kirche, für eine deutsch-katholische Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er von Protestanten wie von Katholiken erhielt, steigerte seinen Mut; es schien, als ob die Überspannung der ultramontanen Forderungen, die seit 1830 beständig gewachsen war, zu einer neuen Reformation führen sollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens schon gewiesen. Bereits im August 1844 hatte ein anderer Priester, allerdings wieder ein suspendierter, Czerski von Schneidemühl in der Provinz Posen, sich mit seiner Gemeinde vollständig von Rom losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Ehelosigkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge im März 1845 zu Breslau eine christkatholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen dasselbe; ein Leipziger Konzil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gervinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Sekte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Österreich und Bayern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden, und in anderen Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Württemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo der Theaterkassierer Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli 1845 erlassen war, sah man den Prinzen Johann, den späteren König, an, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Ruf engherzig-kirchlicher Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Lebehochs auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den

Der Deutsch-Katholizismus.

Der Leipziger Tumult.

Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß die Truppen von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schleunige Flucht des Prinzen, die Entfernung des Militärs aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung Blums, der die Menge ganz in seiner Hand hatte, wurden schlimmere Auftritte verhindert und allmählich das Ansehen der Regierung wiederhergestellt. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeit der Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Czerskische Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen geöffnet wurden, stellten sich die Rongeaner auf den Standpunkt der kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntnis, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Konzilien der neuen Sekte die Einheit aufrechterhalten und es galt mehr als einmal den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu vertuschen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in dieser neuen Gemeinschaft doch nicht vorhanden sei, daß sie vielmehr zum guten Teil von politisch Mißvergnügten als Deckmantel demokratischer und sozialistischer Bestrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen solchen Deckmantel überflüssig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und statt daß der Deutschkatholizismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr sein allmählicher Zerfall. Seinen Höhepunkt erreichte er Ende 1846, wo sich etwa 60 000 Gläubige, zur Hälfte in Schlesien, zu ihm bekannten; das Berliner Konzil, um Pfingsten 1847, sah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch seine Verbreitung nach Österreich und Bayern an äußerer Ausdehnung während der nächsten Jahre vielleicht noch zunahm, so verlor er doch völlig seine kirchliche Besonderheit und gestand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reaktionszeit eine Verschmelzung mit den protestantischen freien Gemeinden auf den Konzilien von Leipzig und Köthen, im Mai 1850, versuchte und dadurch sein und seiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Spaltungen unter den Deutschkatholiken.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutschkatholizismus allerdings gleichartige Erscheinungen, insofern beide durch den Geist des Jahrhunderts zur Loslösung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die schöpferische. Der Protestantismus hatte in dem letzten Menschenalter eine große Krisis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verstandesmäßig zu begreifen und nüchtern-prosaisch zu erläutern gesucht

Der Protestantismus.

hatte, besaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöse Moment so vollständig und er bot doch andererseits dem unbefangen prüfenden Verstande so große Schwächen, daß sein Anhang sich mehr und mehr zerteilte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimnisse, mochten sie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrsätzen bestehen, die verlorene Herrschaft wiedergewann, auf der anderen Seite der historisch-kritische Sinn der jüngeren Generation, seit David Strauß' Leben Jesu erschienen war, die Bibel wie ein anderes Buch zu behandeln anfing und in mühsamer, Jahrzehnte erfordernder Gelehrtenarbeit die geschichtlichen Thatsachen des Christentums aus der Einkleidung, in welche die ersten Jahrhunderte sie gehüllt, loszuschälen suchte. Aber gerade weil diese Arbeit kein Kinderspiel war, weil sie nicht mit einem Schlage gesicherte Ergebnisse vorzulegen vermochte, weil sie in dem Für und Wider der Kritik sich selbst nicht selten widersprach und aufhob, besaß sie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationalismus zugänglich gewesen war, für sich zu gewinnen, sondern verlor dieselbe an die Orthodoxie, die von Jahr zu Jahr kühner ihr Haupt erhob und einen streitlustigen, verfolgungssüchtigen Geist entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürlichen Lehren des Christentums festhielten, nicht an solchen, die damit den Geist der Duldsamkeit und der unbefangenen wissenschaftlichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine versöhnliche Stellung behaupteten. Aber so sehr sie in anbetracht der Gesamtlage, in welcher sich die evangelische Kirche und die wissenschaftliche Theologie befanden, berufen waren als Leiter an die Spitze zu treten, so wenig eigneten sich die friedfertigen Persönlichkeiten ihrer Führer dazu den kampflustigen Häuptern der streitbaren Orthodoxie die Herrschaft zu entwinden. Am wenigsten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieser mit einem der bedeutendsten Vermittlungstheologen, mit Bunsen, im vertrautesten Verkehre stand, neigte er doch in seinen persönlichen Anschauungen zu sehr nach der schärfsten Orthodoxie, als daß er die Berechtigung der freien Forschung innerhalb der evangelischen Kirche hätte einräumen wollen. Er verschloß sich zwar nicht der Notwendigkeit einer Neugestaltung dieser Kirche in ihren Verfassungsformen und wünschte diese so umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürsten gelegt würde; aber solange das nicht geschehen war, hielt er sich nicht für berechtigt durch Gewährenlassen der freieren Anschauungen, wie sein Vater es geübt, den alten Bekenntnisformeln etwas zu vergeben, sondern zog die Zügel straff an.

Ministerium Eichhorn.

Die Eiferer der Orthodoxie, besonders Hengstenberg in seiner Evangelischen Kirchenzeitung, hetzten nach Kräften, und Eichhorn, der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einst der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Interessen dieser Partei unbekümmert um seine Vergangenheit und begünstigte außerdem eifrig, des Königs eigensten Gesinnungen entsprechend, den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Universitäten wurden nicht allein in den theologischen Lehr-

stühlen immer ausschließlicher mit Anhängern der neugläubigen Richtung besetzt; ihre bisherige Lehrweise sollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags schulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen gesetzt, die deutsche Einrichtung der Privatdozenten untergraben werden. Dadurch lud der Minister einen ungemessenen Haß auf sich, der um so schrankenloser wurde und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfelte, als man von ihm am wenigsten derartiges erwartet hatte und seine Ernennung gerade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er alles gegen sich; selbst seine persönlichen Freunde beschuldigten ihn der Verstellung; und den sog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverlässig; sie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördere, so thue er es doch nur „in Schwachheit". Besonders seine Reformpläne für die Kirchenverfassung blieben ihnen ein Stein des Anstoßes, während sie andererseits den Liberalen nicht genügten. Und doch beschritt er gerade hier keinen verwerflichen Weg. Wie Friedrich Wilhelm III. es 1817 schon einmal versucht hatte, schuf der König zunächst Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt waren, und berief 1846 eine Generalsynode, auf der die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen 14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und stellte ein von Nitzsch und Müller verfaßtes Glaubensbekenntnis ohne dogmatische Bestimmtheit auf. Aber dadurch hatte sie es auch mit dem König und dem Minister verdorben; ihre Beschlüsse wurden nicht bestätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Ansicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, aus der Landeskirche zu scheiden habe und da ein solcher Austritt bisher gesetzlich nicht gestattet war, so ermöglichte er ihn am 30. März 1847 durch das sog. Toleranzedikt, das ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freisinnigen allerdings schon ein Dienst geschehen, wenngleich ein schlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöse Genossenschaften bilden, sobald sie nur ihr Recht in der Landeskirche aufgeben wollten. Hätten sie einmütig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am schwersten empfunden haben: sie würde immer mehr zu einer starren Sekte zusammengeschrumpft sein, innerhalb deren es für eine andere Art der Gläubigkeit als das Buchstabenbekenntnis von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geschah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitaus die meisten Geistlichen sich entschlossen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuscheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltsam entsetzt wurden, machten von dem Toleranzedikte Gebrauch, nachdem sie zum Teil schon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. Das hatte zuerst Rupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, dann Wis-

Die Generalsynode.

Das Toleranzedikt.

Die freien Gemeinden.

licenus in Halle, Ende 1847 auch Uhlich in Magdeburg, dessen Gemeinde auf 5000 Köpfe stieg. Die Provinz Sachsen, unter deren Geistlichkeit die freiere Glaubensweise stark vertreten war, stand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlich, Wislicenus u. a. hatten schon seit 1841 Prediger- und Laienversammlungen besonders in Köthen abgehalten und in den Blättern für protestantische Freunde (oder wie man später sagte: für Lichtfreunde) sich ein vielgelesenes Organ geschaffen. Auch in diesen Kreisen gingen jedoch die Ansichten noch weit auseinander; während manche der freien Gemeinden wie die von Marburg und Halle selbst den Christennamen aufzugeben bereit waren, erklärten die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir sind und waren, evangelische Christen, und schließen uns der Kirchenbehörde wieder an, wenn sie zur evangelischen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte sich auch bei ihnen wie bei den Deutschkatholiken die alte Erfahrung, daß im Laufe der Zeit die verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anziehungskraft der freien Gemeinden untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen sie sich in den Revolutionsjahren auch in politische Dinge ein und wurden in der Reaktionszeit dafür als politische Vereine behandelt und aufgelöst; die Neugründungen, welche nachher stattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Altlutheraner.

Wenn ganz besonders der Deutschkatholizismus und die freien Gemeinden Zeugnis dafür ablegten, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren sich auf religiösem Gebiete zu bethätigen suchte, da ihr das politische noch verschlossen war, so fehlte es doch auch an anderen Erscheinungen nicht, die dasselbe lehrten. Der Kampf gegen die preußische Union wurde von seiten der strengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die einen schieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841 vom Staate anerkannt zu einer besonderen Gemeinschaft zusammen; die anderen blieben im Rahmen der Union und suchten sie von innen heraus zu zerstören. Erfreulicher war die Gründung des Gustav-Adolf-Vereines, der den Protestantismus ohne engherzige Rücksicht auf das Bekenntnis durch Kirchen- und Schulbau überall da zu stützen suchte, wo die katholische Nachbarschaft ihn gefährdete. Aus kleinem Ursprung im Königreich Sachsen hervorgegangen, dehnte er sich seit 1842 über das protestantische nicht-preußische Deutschland aus, nahm 1844 auch den preußischen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in sich auf und drang 1848 selbst nach Bayern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuspielen. Die Ausschließung des Predigers Rupp, der trotz seiner Suspension von den Königsbergern als Abgeordneter zur Generalversammlung geschickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verschiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne schädliche Wirkung. Auch die protestantischen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete sich thätig erweisen und schufen 1846 die evangelische

Der Gustav-Adolf-Verein.

Die evangelische Konferenz.

Kirchenkonferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zusammentrat um gemeinsame Beschlüsse für alle deutschen Landeskirchen zu fassen, lange Zeit freilich ohne ein irgend erkleckliches Ergebnis zu Lichte zu fördern.

Die Verfassungsfrage.

Alle diese Dinge vermochten indes die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzusetzen, die Frage, ob Preußens ständische Verfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erhalten werde oder nicht. Daß der König persönlich sie im allgemeinen bejahte, stand nicht minder fest, als daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entsprach. Dieser verlangte ein von dem Volke durch freie Wahlen gebildetes Parlament; der König konnte sich nicht von seinen ständischen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Versammlung, die aus den Provinziallandtagen mit ihren Rittern, Bürgern und Bauern bestände. Gewährte er diese, so mußte es notwendig zwischen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Aussicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes schlimm genug war um sie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn sie besaßen hinlängliche Kenntnis von dem Charakter des Königs um zu wissen, daß ihm die nötige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines solchen Kampfes fehle. An der Spitze der Opposition stand der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen, von dem man versicherte, er habe den König beschworen, das Einlenken in die konstitutionelle Bahn ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen, und habe sogar mit einem feierlichen Proteste gedroht. Indes ließ der König sich dadurch von seinem Vorhaben nicht abbringen. Besonders das Jahr 1844 sah die lebhaftesten Verhandlungen. Der König hatte sich von Bunsen, Radowitz, dem Gesandten Canitz in Wien u. a. Verfassungsgutachten ausarbeiten lassen; er war entschlossen zum Werke zu schreiten; er erklärte, daß er durch seines Vaters Versprechungen sich gebunden erachte, daß seines Bruders Widerspruch seinem Herzen weh thue, aber auf seinen Kopf nicht den geringsten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mitteilungen über seinen Entschluß nach Petersburg und Wien gemacht; ein Schreiben an Metternich beruhigte diesen darüber, daß es sich nicht um eine moderne Konstitution mit periodischem Reichstage und Reichstagswahlen handle. In dem Entwurf, den der Minister von Arnim-Boytzenburg nach dem Plane des Königs ausarbeitete, bestimmte gleich der erste Paragraph, daß die allgemeine Reichsversammlung aus der Vereinigung der acht Provinziallandtage bestehen solle; ihre Berufung hing von dem Ermessen des Königs ab; nur für einen Ausschuß, den sie zu wählen hatte, wurde eine vierjährige Periodizität grundsätzlich festgestellt. Die Versammlung selbst sollte nach den drei Kurien der Ritter, Bürger und Bauern stimmen; aber zu dem gemeinsamen Beschluß zweier derselben mußte noch die Zustimmung der Herrenkurie kommen, die gleichsam als Oberhaus konstituiert und wesentlich aus den mediatisierten

Fürsten gebildet werden sollte. In diesem letzten Punkte war übrigens Arnim anderer Ansicht, er wollte die Herren- und Ritterkurie zum Ober-, die beiden anderen zum Unterhause verschmelzen, überdies auch den Landtag selbst alle vier Jahre berufen, und da er sich hierüber mit dem Könige nicht verständigen konnte, trat er nach einer letzten Erörterung am 21. Mai 1845 zurück. Der Monarch überwies nun die Verfassungsfrage einer besonderen Kommission, die aus Arnims Nachfolger Ernst von Bodelschwingh, den Ministern Savigny, Uhden, Canitz und dem Hofmarschall von Rochow bestand; im September wurden auch die Minister von Thile und Rother sowie der Fürst Solms-Lich zugezogen. Nur von Rochow war ein unbedingter Gegner des ganzen Vorhabens; die übrigen fanden zwar die projektierte Reichsversammlung recht groß und schwer zu lenken, sie hätten deshalb lieber nur die provinzialständischen Ausschüsse weiter ausgebildet und regelmäßig berufen gesehen; aber sie bequemten sich doch am Ende den Ideen des Königs an. Im einzelnen unterwarfen sie sodann den ihnen vorgelegten Plan einer gründlichen Prüfung, die zumeist in eine Beschränkung der Rechte der künftigen Versammlung auslief; doch wurde u. a. auch die Bildung einer Herrenkurie ausdrücklich verworfen. Der umgearbeitete Entwurf wurde dann vom Könige teilweise gebilligt, teilweise abgelehnt und in dieser neuen Gestalt am 11. März 1846 in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsministeriums und der Kommission durchberaten. Den Vorsitz führte der Prinz von Preußen, der damals an der Spitze des Ministeriums stand. Er hob hervor, daß es sich bei dieser Frage um die Zukunft, ja um die Existenz des Thrones und des Vaterlandes handle; gewiß sei es nötig von Zeit zu Zeit zu untersuchen, ob die vorhandenen Institutionen noch mit der Fortentwicklung der Zeit im Einklang seien; allein daß man deshalb jetzt zur Bildung einer ständischen Centralversammlung schreiten müsse, davon sei er noch nicht überzeugt; jedenfalls müsse man darauf halten, daß die Macht der Regierung nicht in die Hände der beratenden Versammlung übergehe. Von den anwesenden 16 Mitgliedern, die hierauf einzeln ihr Votum abgaben, erklärten sich nur zwei, der Minister und der Hofmarschall von Rochow, ablehnend; auch der Prinz von Preußen bejahte schließlich das Bedürfnis, wenn er auch mit dem Gesetzentwurf im übrigen nicht einverstanden sei und von dem Einfluß der ständischen Versammlung eine Gefährdung der Wehrverfassung, der Regierungsautorität und der alten Allianz mit den Ostmächten befürchte. In einer Reihe von Ministerialsitzungen wurde dann der Entwurf im einzelnen durchberaten und am 3. Februar 1847 erfolgte endlich durch ein königliches Patent und drei demselben beigefügte Verordnungen über die Bildung des Vereinigten Landtags, über die periodische Berufung des ständischen Ausschusses und über die Bildung der Staatsschuldendeputation die Verkündigung der lange vorbereiteten Maßregel. Wie schon der Name zeigte, war es bei der Vereinigung der Provinziallandtage geblieben, die, wenn es sich um Steuer- und Anleihesachen handelte,

Das Patent vom 3. Februar 1847.

in einer Versammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber sich in zwei Kurien teilen sollten, von denen die eine, die Herrenkurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherren und einigen anderen Klassen bestand, die zweite, die Dreiständekurie, aus den Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Bauern zusammengesetzt war. In Gesetzgebungssachen stand dem Vereinigten Landtage nur eine beratende Stimme zu, außerdem hatte er das Bittrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zusammentritt sollte von den Umständen abhängen und nur dann erfolgen, wenn Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nötig machten. Dagegen sollten die Vereinigten Ausschüsse fortan regelmäßig alle vier Jahre zusammentreten und die ständische Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Die öffentliche Meinung.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten gewiß einen Fortschritt, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens die regelmäßige Wiederkehr und das Beschluß- statt des Beratungsrechtes glaubte man für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentes eine öffentliche Debatte über den Wert der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte" Buch mit seiner „bösen" Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Litteratur ähnlicher Schriften (u. a. von Gervinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. Mit Eifer verhandelten die liberalen Ständemitglieder die Frage schriftlich und mündlich, es fehlte der Simonschen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden und mit der größten Spannung sah man dem Tage des Zusammentrittes entgegen.

Eröffnung des Vereinigten Landtags.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preußischer König gehalten, die Sitzung des Landtages. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Konzept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der von 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen sein Verhältnis zu seinem Volke in ein konstitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er ver-

wies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sondergleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Teil der Presse beherrsche, von seinem Throne um aufrecht stehend die erregte Beteuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Adresse.

Diese Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den konstitutionell-gesinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. „Mit tiefem Schmerze", schrieb Hermann von Beckerath, „schritten wir die Schloßtreppe wieder hinunter und es wird sich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben." Ein großer Teil, besonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt sogleich unter Protest wieder abzureisen; aber diese unpolitische Aufwallung des Unmutes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derselbe Tag sah zahlreiche Privatversammlungen der Mitglieder, in denen der Beschluß gefaßt wurde der Thronrede mit einer Adresse zu antworten. Graf Schwerin übernahm es den Antrag zu stellen; es gelte, so sagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentes vom 3. Februar auszusprechen. Obgleich nun den Ständen nach diesem Patente das Recht zu einer Adresse gar nicht zustand, so ließ doch der Landtagsmarschall Fürst von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Kommission erwählt, in deren Auftrag Beckerath die Adresse entwarf. Die zweitägige Beratung derselben führte zu der ersten glänzenden Debatte, in welcher neben Beckerath besonders Hansemann, Camphausen und Mevissen von den Rheinländern, Vincke von den Westfalen, Alfred von Auerswald und Saucken von den Ostpreußen sich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß alles darauf ankomme einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieser Versammlung unweigerlich alle die Rechte zuständen, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsständen zugesagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Minister Bodelschwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Versammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zusagen des verstorbenen Königs nichts wissen und empfahl den Antrag seines Vorgängers Arnim-Boytzenburg, welcher alle jene Versprechen, die Beckerath in seiner Adresse einzeln aufgezählt hatte, einfach strich. Zuletzt kam es zwischen beiden Ansichten doch zu einer Art von Vermittlung, indem auf Antrag Auerswalds zwar jene Aufzählung Beckeraths aufgegeben, aber durch eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte ersetzt wurde. In dieser Form gewann die Adresse eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, selbst die königlichen Prinzen erklärten sich mit Ausnahme des Thronfolgers dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; sie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden fest, versprach aber die weitere Ausbildung der Verfassung

und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch sonst erreichte die Opposition manches Wünschenswerte, so das Versprechen der Preßfreiheit. Die Regierung befand sich offenbar in peinlicher Lage; sie kannte ihren eigenen Standpunkt nicht und ließ sich oft in den Debatten über Widersprüchen ertappen. Vollständige Niederlagen aber erlitt sie in den beiden wichtigsten Vorlagen, die sie machte. Sie verlangte nämlich die Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern für eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsherren noch die Ablösung für Fronden und andere Lasten schuldeten, das Geld vorschießen sollte. Das Vorhaben verdiente auch vom Standpunkte der Liberalen aus alle Förderung. Allein die Minister erklärten, daß es sich nicht etwa um die Einwilligung, sondern nur um den Rat des Landtages handele, da Zinsgarantien keine Anleihen seien und nur diese der Zustimmung bedürften. Die Folge davon war, daß eine ungeheuere Mehrheit nicht allein diese Vorlage verwarf sondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zum Bau der Berlin-Königsberger Eisenbahn verlangt wurden; denn, so setzte besonders Vincke auseinander, solange die Rechte der Versammlung bestritten seien, könne diese sie nur dadurch wahren, daß sie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger desto erbitterter. Auch die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer, die Einführung einer Einkommensteuer wurden abgelehnt; den Juden wurde die Zulassung zu Staats- und Gemeindeämtern mit knapper Majorität bewilligt, die Verleihung ständischer Rechte mit einer Stimme Mehrheit verweigert. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß der König deshalb an Nachgeben gedacht hätte. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Opposition; auf der Seite der Minister that sich außer Arnim-Boytzenburg fast kein Redner hervor; sie selbst benahmen sich ungewandt und widerspruchsvoll. Aber auch die Opposition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unsicher; sie blieb auf dem Landtage, weil sie politische Einsicht genug besaß um zu erkennen, daß sie ihren Posten nicht verlassen dürfe; und doch sagte sie sich, daß sie damit den Landtag so wie er war anerkenne, während sie doch mit voller Überzeugung daran festhielt, daß demselben Rechte vorenthalten würden, ohne die er nicht für die von Friedrich Wilhelm III. verheißenen Reichsstände gelten könne. Auf die schwerste Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session gestellt.

Die sonstigen Verhandlungen.

Der Landtag hatte nämlich nach gründlichen und sehr versöhnlichen Verhandlungen die Bitte an den König gerichtet, derselbe möge eine bestimmte Periodizität der Sessionen vorschlagen und da in diesem Falle die Vereinigten Ausschüsse überflüssig seien, deren Wahl nicht anordnen. Vincke, von dem dieser Antrag ursprünglich ausging, hatte geradezu die jährliche Berufung gefordert, die in der That durch das Staatsschuldenedikt von 1820 mittelbar schon versprochen war. Da dieser Antrag aber

Die Ausschußwahlen.

nicht durchging, hatte Hansemann statt dessen zweijährige Perioden vorgeschlagen und war damit in der Dreiständekurie durchgedrungen. Allein die Herrenkurie verallgemeinerte den Wunsch dahin, daß nur irgend eine feste Periode begehrt werden solle, und auf diese Bitte gingen nun dem Landtage am 24. Juni drei königliche Botschaften zu, durch welche dieselbe abgelehnt und zur Wahl der Ausschüsse wie der Staatsschuldendeputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herberaten in den Parteiversammlungen fand doch nur ein kleiner Teil der Opposition, 58 im ganzen, unter ihnen Hansemann, Mevissen, Vincke, den Mut die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg sie zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausschüsse keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtages schädigen könnten; an der Spitze dieser Protestwähler — es waren 156 — standen Camphausen und Beckerath; fast alle Ostpreußen gehörten zu ihnen. Die Mehrheit, besonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Der öffentlichen Meinung entsprach die Handlungsweise der 156 am meisten; die bedingungslose Wahl erschien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung als eine fast revolutionäre Maßregel. Der König freilich sah auch den Protest für nichts Besseres an und entließ den Landtag sehr ungnädig. Nicht er selbst hielt die Schlußrede, sondern Bodelschwingh als Kommissar mußte ihn vertreten, während er selbst nach Breslau reiste. In seiner widerspruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens schon vor der Wahl deutlich zu verstehen gegeben, daß er zwar in diesem Punkte auf seinem Willen bestehen werde, sonst aber den Wünschen des Landtages entgegenzukommen und insbesondere die regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedenke. Mit diesem Zugeständnis hätte also Bodelschwingh die bitteren Worte, welche er der Opposition zu sagen hatte, versüßen und so den Mißton mildern können, mit welchem die erste parlamentarische Versammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das ersehnte Wort blieb ungesprochen und man trennte sich mit dem trüben Bewußtsein, daß der König die Männer für seine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation hinter sich hatten und ihm in ernsteren Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Schluß des Landtages.

Deutschland bis zur Revolution.

Gewiß hatten viele größeres von diesem Landtage erwartet, als er zu leisten imstande gewesen war; aber so blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur wenige, daß sie nicht den gewaltigen Fortschritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatsache einer preußischen Ständeversammlung lag. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen! Das war recht eigentlich die Signatur des Augenblicks, die nicht allein die Lage Preußens und die Zustände Gesamtdeutschlands und vieler seiner Einzelstaaten kennzeichnete, sondern

über Deutschlands Grenzen hinaus in fast allen Ländern Europas zutraf. Überall hatten in den vierziger Jahren reformatorische Ideen siegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückschrittes vor ihnen im Sinken, überall bot sich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Aussicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen schweren Kampf gelohnt zu sehen.

Nationaler Aufschwung.

Bedeutsam war es vor allem, daß neben den liberalen Bestrebungen die nationalen wieder stärker als in den dreißiger Jahren in den Vordergrund traten. Für Deutschland hatte in dieser Hinsicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunkt gebildet. Wenn die Thronbesteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweise den Liberalismus gefördert hatte, so stachelten die kecken Rheingrenzgelüste der Franzosen das Nationalbewußtsein aus seinem Schlummer auf und ohne künstliches Bemühen entstand zwischen beiden Tendenzen gar bald eine stärkende und stützende Wechselwirkung. Auch die Regierungen konnten diesem Zuge der Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegerische Begeisterung, welche sich der Nation bemächtigte, als sie den Rhein bedroht sah, forderte unweigerlich den Beifall und die Zustimmung der Fürsten heraus. Die Dichtkunst bemächtigte sich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetisches Gewand. Damals entstand Max Schneckenburgers Wacht am Rhein, die freilich erst dreißig Jahre später ihre historische Berühmtheit gewinnen sollte; damals sang Herwegh sein zündendes Rheinlied:

Wo solch ein Feuer noch gedeiht
Und solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Den Preis der Volkstümlichkeit aber trug Nikolaus Becker davon, so wenig seine Muse auch der Herweghschen ebenbürtig war. „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, bis seine Flut begraben des letzten Manns Gebein," so klang es überall in seinen Weisen wieder. In seiner Person brachten die Fürsten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm setzte der König von Preußen für sein Gedicht eine Pension aus; ihm übersandte Ludwig von Bayern den „vergoldeten, silbernen, von ihm selbst angegeben wordenen" Pokal als Ehrengeschenk. Auch nahm wenigstens Friedrich Wilhelm einen Anlauf um die Zeitverhältnisse zur Besserung der deutschen Kriegsverfassung zu benutzen und erreichte das eine, daß endlich die seit einem Vierteljahrhundert verschleppte Frage der Bundesfestungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Rastatt beschlossen wurde. Beim Kölner Dombaufest hatte er eine Zusammenkunft mit Metternich um diesen Staatsmann, den er in maßloser Weise überschätzte und dessen Ratschlägen zu folgen er wohl für die erste seiner Pflichten erklärte, für

Die Bundesfestungen.

seine Pläne zu gewinnen. Aber dieser war nur zu einem scheinbaren Eingehen auf dieselben bereit und schob die Sache dann auf die lange Bank, so daß sie schließlich in ein paar unschuldigen Reformen verlief. Die Volksstimmung dagegen beharrte in der eingeschlagenen Richtung und befestigte sich zusehends. Daß die Radikalen der dreißiger Jahre über die Deutschtümelei spöttelten, daß Heinrich Heine und Gesinnungsgenossen sie mit ihrem unflätigsten Hohne übergossen, konnte nur ein Stachel mehr sein. Im großen ganzen aber wirkte die politische Poesie dieser Jahre, wirkten die Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath, Prutz und viele andere auch positiv stärkend und belebend ein. Die Litteratur wurde trotz der Beschränkungen, denen sie noch unterlag, wieder eine volkstümliche Macht, der auch die Regierungen die Anerkennung nicht versagen konnten. Selbst die strengen Gelehrten traten aus ihrer Studierstube heraus und ergriffen mit Wärme die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Kabinettsfrage gemacht werden. Selbständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben historischer Belehrung auch nationale und liberale Anschauungen im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderversammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Dezennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Kongresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte, ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Waitz, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck Gegenstand der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten. In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerfeste, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied

Nationale Bethätigung der Wissenschaft.

Germanistentage.

die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen nicht hinter diesen freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preußischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verrieten, feuerte noch mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einfluß eine Gesamtvertretung des größten deutschen Staates auch für die übrigen Teile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der Vereinigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen durch ganz Deutschland gelesen und besprochen wurden, begann diese Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der Berliner Tribüne, die Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vincke, traten ebenbürtig den süddeutschen Volksmännern, den Welcker, Römer, Gagern, zur Seite; zwischen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief diese Annäherung andererseits mit Notwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht geleugnet werden, daß der politische Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er festere Wurzeln geschlagen hätte und von einer gründlicheren Einsicht begleitet gewesen wäre; aber der Süddeutsche war durch das Verfassungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungestümer vorwärts; er glaubte sich weit über den Preußen hinaus vorgeschritten und bemaß danach seine eigenen konstitutionellen Ansprüche. Die verständigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt sich dessen zu freuen; sie erkannten die Notwendigkeit mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortschritt siege, glaubten sie an die Dauer und den Bestand ihrer eigenen Errungenschaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugsam, welcher Wert den ruckweisen Bewegungen des „wetterwendischen" Südens beizumessen sei; Sicherung erhofften sie nur von der „nachhaltigen" politischen Arbeit in Preußen. Aber das konnte nicht die Überzeugung der Hitzköpfe sein; auch war es keine Lehre, die sich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Festes und des Frankfurter Putsches vorhanden; schon damals hatte sich der Radikalismus von dem zögernden Liberalismus losgesagt. Jahrelang hatten sodann die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radikalen im Gefängnis schmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die einen im Auslande gelernt und ihre thronumstürzenden und himmelstürmenden Gesinnungen gemäßigt, so brachten die anderen ein neues Gift mit, die sozialistischen und kommunistischen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren.

Ständeversammlungen.

Nord- und Süddeutschland.

Radikale und Liberale.

An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht, und so stand die radikale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entschiedenen Baden. Freude hat, auch entschieden begünstigt. Besonders in Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat diese Erscheinung ans Licht. Die alten Führer sanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder sie machten auch wohl, halbunsicher, eine Schwenkung nach links. Rotteck war 1840 gestorben; Itzstein neigte stark zu radikalen Anschauungen; Welcker, Mittermaier und andere hatten gegen die Hecker, Struve, Fickler, Brentano einen harten Stand. Diese machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Konstanz und Umgegend hatten sie einen starken Anhang, den sie durch geschickte Handhabung der Presse beständig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf diesem Felde nicht unthätig, sondern unternahmen es, das zu schaffen, was Deutschland unzweifelhaft Die deutsche Zeitung. fehlte, ein politisches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortschrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die Berliner Regierungskreise, soweit sie freisinnigen Tendenzen nachhingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutsche Zeitung" zu gründen, der schon 1842 zwischen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt sollte der Oppositionspresse opponieren, aber vom liberalen und nationalen Standpunkt aus, so daß eine freimütige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeschlossen sei. Politisch geschulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß diese Doppelaufgabe unlösbar sei, und so scheiterte der Vorsatz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten sie ins Werk, unabhängig von der preußischen oder sonst einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunkt des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und seine Wirksamkeit dadurch im voraus verengert; aber auch so entfaltete sich die „Deutsche Zeitung", unter Gervinus' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Bassermann, unter Mitwirkung der tüchtigsten und gelehrtesten Männer, auf das erfreulichste. „Nie trat eine deutsche Zeitung imponierender vor die Nation", sagt Gustav Freytag von ihr. „Daß sie auf ganz Deutschland angelegt war und vom Süden aus vor anderem preußische Interessen besprechen sollte, war der größte Fortschritt. Kein Blatt hat so viele Talente namhafter Gelehrter, keines so viele handelnde Politiker unter seinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben so reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht." Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radikalismus „sauber getrennt", so gab es doch nichtsdestoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben- und füreinander wirkten. Wenn die letzten Absichten auch verschieden waren, so blieben die nächsten Ziele doch dieselben, und der Gegensatz beider Parteien gab sich fürerst mehr in der Stellung der Personen und darin kund, daß die Radikalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch solche ihrem Pro-

gramme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zustimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber klüger schien. Das ließ sich am deutlichsten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbst 1847 Versammlung hielten und ihre Forderungen aufstellten. Die Radikalen gingen voran. Am 12. September beschlossen sie in Offenburg die Aufhebung der Bundestagsbeschlüsse von 1819, 1832 und 1834, ferner Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Progressivsteuer und für ganz Deutschland eine Volksvertretung am Bunde zu fordern. Vier Wochen später, am 10. Oktober, tagten dann die Liberalen zu Heppenheim an der Bergstraße, aber nicht in einer großen badischen Volksversammlung, sondern in einem freien Kongreß von Abgeordneten. Neben den Badenern, Itzstein, Welcker, Mathy, Bassermann, Soiron fanden sich Hansemann und Mevissen aus Preußen, Römer und Goppelt aus Württemberg, Heinrich von Gagern aus Darmstadt, Hergenhahn aus Nassau und manche andere ein. Die Besprechung drängte sich auf die eine Frage der Volksvertretung am Bunde zusammen. Eine lebhafte Diskussion entspann sich darüber; Mathy und ein Teil der übrigen wollte nicht den Bundestag sondern den Zollverein mit der preußischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem anderen Sinne Anträge in den Einzelkammern zu stellen, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich, ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die badische Kammer, welche im Dezember zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Bassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Rundgang der Heppenheimer Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen bedächtig hatten anbahnen wollen.

Die Offenburger Versammlung.

Die Heppenheimer.

Volksvertretung am Bunde.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch manches auch für Gesamtdeutschland erreicht, anderes wenigstens vorbereitet. Württemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Konferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung beraten und der preußische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Juli 1846 die Freigebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Äußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu entschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als une utopie in-

Der Bundestag.

réalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden. Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenfels eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowitz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Übergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exerzierreglements und des Kalibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer einheitlichen Organisation wesentlich näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handelsrechtes, Strafgesetzbuches und obersten Bundesgerichtes die Einheit Deutschlands gesetzgeberisch und wirtschaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich seien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herstellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinschaftliche Verkehrsgesetzgebung (Eisenbahnen, Posten 2c), durch Bundeskonsulate u. dgl. die materiellen Interessen zu fördern. In der That Vorschläge von höchstem Wert und höchster Bedeutung, die, wenn sie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur versucht wäre, bald die wichtigsten politischen Folgen, vor allem eine deutsche Volksvertretung, wenigstens für wirtschaftliche Angelegenheiten, hätten nach sich ziehen müssen. Indessen solange Metternich am Ruder war, und solange der König von Preußen an dem Grundsatze festhielt, daß Österreich von Rechtswegen die erste Rolle in Deutschland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernstlich Hand an solch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürstenkongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Beratung der Grundzüge zusammentrete, geschweige denn, daß die Bundesversammlung sich mit Sachverständigen aus allen deutschen Landen, die der preußische Vorschlag nach den freisinnigsten Grundsätzen zu berufen anriet, behufs der Detailberatung umgeben hätte. Die Radowitzsche Denkschrift blieb in Wien unbeachtet, und als der König einige Wochen später seine Vorschläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch sie unvermerkt die Revolution.

Preußische Reformpläne.

Wenn so in den Zuständen Alldeutschlands eine bessernde Reformbewegung im Zuge war ohne ihres Ausganges schon sicher zu sein, so ließen auch die Verhältnisse der meisten Einzelstaaten einen erfreulichen Fortschritt nicht verkennen. Am plötzlichsten und unerwartetsten war er in Bayern hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch seine deutsche Gesinnung, die ihm selbst einen feierlichen Dank der Frankfurter Germanistenversammlung erwarb, und durch seine Pflege der Kunst, in der er alle übrigen Fürsten bei weitem übertraf und wirklich großartiges

Bayern.

schuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, so verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die schmachvolle Fügsamkeit, mit der er sich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Ministerium Abel, das seit 1837 die Zügel führte, war im besten Begriff die alte Jesuitenherrschaft in Bayern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm jahrelang keinen ernstlichen Widerstand geleistet; es kam wohl vor, daß sie nach einem Anlauf zur Opposition schließlich, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen", alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtagssession von 1846 änderte sich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Opposition die Oberhand, sondern auch der Reichsrat trat mit großer Entschiedenheit gegen das Ministerium auf. Ludwig selbst wurde stutzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben sie es doch so weit, daß der Bischof von Augsburg im Reichsrat eine förmliche Abstimmung darüber veranlassen wollte, ob die Verfassung oder das Konkordat in streitigen Fällen den Vorzug verdiene. Erst als die Mehrheit erklärte an einer solchen Abstimmung nicht teilnehmen, sondern den Saal verlassen zu wollen, stand der Prälat von seinem Vorhaben ab. Als der König von dieser Szene Kunde erhielt, meinte er selbst, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieser fühlte recht wohl, daß seine Stellung erschüttert sei, und sagte sich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder sie durch einen Sieg über den König selbst wieder zu befestigen oder nach einem populären Streitpunkte zu suchen um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günstig. Seit dem Oktober 1846 hielt sich in München eine in Schottland geborene Lola Montez.
Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenschönheit empfänglichen König in große Gunst gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran keinen Anstoß genommen. Als aber im Dezember die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugnissen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, und die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienst der Maitresse) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholischen Presse. Nun hatte der König die Absicht sie in den bayerischen Adelsstand zu erheben, wozu sie zunächst das Indigenat erhalten mußte, das der König nur mit Zustimmung des Staatsrates verleihen durfte. Abel benutzte die günstige Gelegenheit und verweigerte diese Zustimmung. Statt dessen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen der Minister dem Könige eine Denkschrift, worin die Mißstimmung des Volkes, das sich von einer Fremden beherrscht glaube, der Unwille der Bischöfe, die schmähenden Äußerungen der ausländischen Presse ins Feld geführt wurden um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königtums auf dem Spiele stehe und daß dem Ministerium, wenn der Monarch auf seinem Willen beharre, nichts übrig bleibe als seine Entlassung zu fordern. Zu allem Überfluß wurde diese Denk-

Sturz des Ministeriums Abel.

schrift noch „der ausländischen Presse“ zur Veröffentlichung in die Hände gespielt. Des Königs Entschluß war schnell gefaßt; er berief sogleich den protestantischen Staatsrat Maurer zu sich, gab auf dessen Zureden zwar dem Ministerium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf seiner Ansicht bestand, und kündigte seiner Geliebten seelenvergnügt das große Ereignis an: Alle meine Minister habe ich entlassen! Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern!

Ministerium Maurer.

Die Freude der liberalen Partei über diesen gänzlichen Umschwung war groß; aber es ließ sich nicht leugnen, daß die neuen Räte des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendsten waren, mit einem höchst bedenklichen Schritt ihr Ministerium beginnen mußten; sie unterzeichneten das Indigenatspatent der neuen „Gräfin von Landsfeld“. Den geschiedenen Ministern wurde von ihren Parteigenossen der lauteste Beifall zu teil, und wohl auch mancher sittlich streng denkende Mann, der sonst nicht zu ihrem Anhang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Universität München stellte Professor Lasaulx den Antrag Abel die Anerkennung der Universität auszusprechen. Er büßte dafür nach dem raschen Befehle des Königs mit der Versetzung in den Ruhestand; mehrere Kollegen teilten sein Schicksal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen, und der Pöbel bedrohte auch die Maitresse und beleidigte sogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte sich die Stimmung; man sah wohl ein, daß Ludwig nicht so Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße sie statt Lola Montez Loyola Montez, so würde sie unbehelligt geblieben sein. Auch das neue Ministerium hielt es übrigens seiner Würde angemessen jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwischen ihm und dem König von vornherein

Ministerium Wallerstein.

vorhanden, und schon im Dezember 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Minister Fürst Wallerstein, im Reichsrate jahrelang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpunkten Maurers Gesinnungsgenosse. Gleichsam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in sein Kabinett den Staatsrat Berks auf, der mit Recht für eine Kreatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich seine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung geriet von neuem in Aufregung; besonders der Studentenschaft bemächtigte sich eine ge-

Görres' Tod.

waltige Gärung und bei dem Begräbnis des alten Josef Görres, des erbittertsten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 starb, kam es zu Tumulten, in denen diese selbst, da sie sich waghalsig der Menge zeigte, in Lebensgefahr geriet. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die sofortige Schließung der Universität befahl. Aber

Neue Unruhen.

nun wurde es erst recht schlimm. Die Bürger erklärten sich für die Studenten; der Pöbel begann Krawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung

der Universität auf und erteilte der Gräfin Befehl München zu verlassen.

Das war vierzehn Tage vor der Februarrevolution, die also in der bayerischen Hauptstadt durch Aufregung der Gemüter und Gewöhnung im Tumultuieren die Wege bestens geebnet fand. Dasselbe Ergebnis hatten gründlich verschiedene Verhältnisse im äußersten Norden zustande gebracht. Hier war die deutsche Nation schon zu Anfang des Jahrhunderts in ernstlicher Gefahr gewesen wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langsam aber sicher hatten die Dänen es verstanden in Schleswig-Holstein die deutsche Gesinnung zu untergraben und ein dänisches Nationalbewußtsein einzuschmuggeln; die napoleonische Zwingherrschaft, die auf Deutschland lastete, war ihnen dabei trefflich zu statten gekommen. Schon sangen die Schleswiger Skalden: „Ich freue mich, daß Dänenblut in meinen Adern schlägt, daß Dänentreu und Dänenmut in meiner Brust sich regt"; und die Dorfjugend begeisterte sich, indem sie sang: „Dänemark, Dänemark, heil'ger Akkord! himmlisches Wort! ich nenne, Dänemark, dich dankentbrannt mein Vaterland!" Schleswig-Holstein.

Da half auch hier die Begeisterung der Freiheitskriege. Aus einem engen Kreise an der Kieler Universität und im Adel verbreitete sich nach 1815 die deutsche Gesinnung wieder durch alle Herzen; vor allem Dahlmann hatte seinen rühmlichen Anteil daran, indem er als Syndikus der Ritterschaft deren alte Rechte zu retten suchte. Wie der Bundestag diese preisgab und wie Lornsen 1830 ein packenderes Stichwort aufstellte, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holsteins und die Lockerung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Personalunion verlangte, ist früher erzählt worden. Allein nachdem sein Versuch gescheitert war, trat ein Rückschlag ein und die nationale Abspannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberalisierenden Tendenzen, führte in Schleswig-Holstein zur Bildung einer Partei, die Schleswig den Dänen preiszugeben bereit war, der sogenannten Neu-Holsteiner, mit Olshausen an der Spitze. Selbst in Holstein blieben diese freilich eine Minderheit, wie sich schon zu Ende der dreißiger Jahre zeigte. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialstände geschaffen, und zwar getrennt für Holstein, für Schleswig, für Jütland und für die Inseln. Die Schleswig-Holsteiner forderten nun die Vereinigung ihrer beiden Versammlungen um dadurch der Zusammengehörigkeit der Herzogtümer staatsrechtlichen Ausdruck zu geben. Fast einmütig erklärten sich die Stände dafür; nur vier Dänen stimmten in Schleswig, acht Neu-Holsteiner in Holstein dagegen. Diese aber fanden eine Stütze an der eiderdänischen Partei, die sich um dieselbe Zeit im Königreiche bildete und die Holstein allenfalls fahren zu lassen oder doch nur mittels der Personalunion festzuhalten bereit war, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfassungsstaat umwandeln wollte. Was dieser sich ergänzenden Parteibildung bei Die Neu-Holsteiner. Die Eiderdänen.

Die Erbfolge.

Dänen und Deutschen besondere Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Aussterbens des Königshauses. Friedrich VI. hinterließ 1839 die Regierung seinem einzigen Sohne Christian VIII., der seinerseits auch nur einen kinderlosen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit dessen Tode mußte die dänische Monarchie sich auflösen; denn im Königreiche galt ebenso unbestritten die weibliche wie in Holstein die männliche Erbfolge; in bezug auf Schleswig aber nahmen beide Teile die Zugehörigkeit für sich in Anspruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holstein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holsteiner entgegen indem sie für ihre eigene Loslösung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob sich gegen sie, gleichsam aus dem Grabe, Lornsens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemütes, durch Selbstmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtnis eine Schrift über die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins hinterlassen, die jetzt (1841) von Georg Beseler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holsteiner nichts zu wünschen Ursache hätten, was sie nicht zu fordern ein Recht besäßen, und sein Eindruck war so gewaltig, daß die Neu-Holsteiner, die vor dem Erscheinen eine aufsteigende Partei gewesen waren, mit demselben herabzusteigen begannen. Die Dänen thaten das ihre um diese Wirkung zu verstärken. Zunächst arbeiteten sie in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der schleswigschen Ständeversammlung saßen, besonders Peter York Lorenzen und Lauritz Skau, wurden bis in den Himmel erhoben, Festmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeschenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung so genügend vorbereitet war, schritt man zu einem Hauptschlage. Die Roeskilder Ständeversammlung bat auf Antrag des Bürgermeisters von Kopenhagen, Algreen Ussing, im Oktober 1844 den König um eine Erklärung, daß die weibliche Erbfolge in der gesamten Monarchie zur Anwendung kommen werde. Das erregte in den Herzogtümern lebhaften Widerspruch; die holsteinischen Provinzialstände legten, durch über hundert Adressen aus allen Landesteilen bestürmt, am 21. November Protest dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gelte. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preetz überreichten sie dem König eine Gegenpetition mit den drei Sätzen, die fortan das Glaubensbekenntnis jedes deutschgesinnten Schleswig-Holsteiners bildeten: 1) Die Herzogtümer sind unabhängige Staaten; 2) sie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) sie sind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft diese Sache auch vom juristischen Standpunkte sein mochte (denn für die verschiedenen Teile Schleswigs, die erst seit 1779 wieder vereinigt waren, kamen sehr verschiedene Umstände in Betracht), so fand doch dies entschlossene Auftreten in Deutschland begeisterten Anklang, und in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert für

die deutsche Sache einzutreten. König Christian übereilte unter diesen Umständen seine Antwort nicht. Er setzte eine Kommission ein, welche die Sache prüfen solle, und erst als sich die Aufregung einigermaßen gelegt hatte, veröffentlichte er das Ergebnis jener Prüfung in dem „Offenen Briefe" vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgesprochen, daß für Schleswig durchaus dieselbe Erbfolge zu Recht bestehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Teile von Holstein könne der König das nicht mit derselben Bestimmtheit versichern; aber sein Bestreben werde darauf gerichtet sein die hier bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Fortdauer des Gesamtstaates sicherzustellen. Diese Antwort überbot selbst die schlimmsten Befürchtungen der Deutschen; stellte sie doch sogar die Einheit Holsteins in Frage. Eine gewaltige Volksversammlung trat am 20. Juli in Neumünster zusammen, erklärte die drei Punkte von 1844 für Landesrecht und forderte die Stände zum Protest beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Versammlungen in anderen Orten bestätigten diese Beschlüsse; eine unermeßliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Chemnitz' Lied, das diesen Tagen der Begeisterung sein Entstehen verdankte und mit Blitzesschnelle zum Nationalhymnus wurde:

Der Offene Brief Christians VIII.

Bewegung in Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was du errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt:
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Die holsteinischen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben schon am 24. Juli mit Einstimmigkeit beim Könige den verlangten Protest; der Landtagskommissar verweigerte die Annahme; da thaten sie den zweiten Schritt und wandten sich am 3. August an den Bundestag. Inzwischen hatte die Bewegung längst die Landesmarken überschritten; ganz Deutschland jauchzte den Bewohnern der Herzogtümer zu; mit überwältigender Einstimmigkeit erklärte sich die Presse für sie; eine Fülle von Broschüren, staatsrechtlichen, geschichtlichen, politischen Inhaltes, suchte den Nachweis des Landesrechtes unter all diesen Gesichtspunkten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten liefen begeisterte Zustimmungserklärungen ein. Auch unter den deutschen Fürsten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächst nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Augustenburger ihre Familienansprüche verwahrten, wenn eine Schrift des Professors Helwing preußische Anrechte auf Teile Schleswigs geltend machte, wenn Mecklenburg oder Anhalt ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Punkten von 1844 ebenso unvereinbar sei wie mit den angegriffenen dänischen Ansprüchen. Zunächst war jeder Beistand, wie und woher und in welcher Absicht auch geleistet, erwünscht und wurde

in Deutschland.

mit Jubel aufgenommen. Lange konnte diese patriotische Selbsttäuschung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht willens sich von dem Taumel mit fortreißen zu lassen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er schon am 17. September einen Beschluß, der ohne den fürstlichen Rechten seiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden die Holsteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages bestätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeversammlung keineswegs anzutasten bezwecke; mithin entbehrten die Beschwerden der Stände zur Zeit der Begründung. Daß die Holsteiner sich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermutigt durch diese erste Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogtümern ein System der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Opposition mundtot machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um so größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich versöhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reise, die der König nach Schleswig-Holstein unternahm um sich populär zu machen, hatte den entgegengesetzten Erfolg; überall harrte seiner der eisigste Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der versicherte, daß der „Landesvater" die Rechte der Herzogtümer in keiner Weise antasten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andere Maßregeln belehrten die Schleswig-Holsteiner besser über die Gesinnung in Kopenhagen. Nicht einmal der Bundesbeschluß vom 17. September durfte in den Zeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksversammlung in Nortorf jagte man mit Gewalt auseinander, ehe sie Beschlüsse fassen konnte. Die Anträge der Schleswiger Stände auf Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und ähnliches verweigerte der Kommissar dem König zu übermitteln. Beseler, Olshausen, Karl Lorenzen, Brockdorff und andere Führer der deutschen Partei wurden verhaftet oder entsetzt oder von ihren Advokaturen suspendiert. Kurz es herrschte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszustand. So lagen die Sachen als am 20. Januar 1848 Christian VIII. starb und Friedrich VII. als letzter Sproß der königlichen Linie den Thron bestieg.

Der Bundestag.

Der zweite Brief.

Tod Christians VIII.

Noch ein zweiter deutscher Volksstamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung seiner Nationalität eingetreten, und wenn seinen Bestrebungen auch das lebhafte politische Interesse abging, welches die Herzogtümer erregten, so fanden sie doch in Deutschland viel patriotische Sympathie. Die belgischen Vläminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländischen Sprache mit dem der französischen vertauschen müssen; aber ihrer starken Stellung sich bewußt (sie zählten über $2^1/_2$ Millionen, d. h. reichlich $^5/_8$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen sie 1834 den Kampf

Die Vläminger.

für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforscher J. F. Willems. „Die Sprache ist das ganze Volk" wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischem Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der Brüsseler Akademie eine vlämische Abteilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20 000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Decker empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmählich auch erfüllt. Die vlämische Litteratur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum"; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter wie Ledegank und van Duyse traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der Slawen, Ungarn und Italiener.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder Kiel blicken, mochte man die Kammern oder die Presse, die Regierungen oder das Volk in seinen breitesten Schichten ins Auge fassen, kein Sehender konnte leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Teil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland fast schwächlich erschienen.

Polen.

Ganz unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zuckungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die flüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannen unaufhörlich darauf eine neue Erhebung zustande zu bringen. Aber im russischen Polen wo

Paskewitsch sein eisernes Szepter führte, waren die Aussichten gering;
Posen. günstiger lagen die Dinge in Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht bloß bei seinen deutschen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geistlichkeit und Adel, waren lebhaft durch sie angeregt; im posenschen Provinziallandtage hatten wiederholt starke Debatten stattgefunden; daß die deutschen Vertreter dabei den polnischen scharf entgegentraten, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz wenn irgend ein Teil des alten Polen, so schien der preußische zu einem Aufstandsversuche geeignet. Krakau, das seit 1815 als letzter Rest der altpolnischen Herrlichkeit noch ein selbständiges Scheindasein fristete, konnte als Rückhalt angesehen werden, auch auf Galizien, besonders auf die Krakau benachbarten Bezirke von Tarnow und Sandec, rechnete man; am 21. Februar 1846 sollte überall der Aufstand ausbrechen. Indes die preußische Polizei hatte diese An-
Mieroslawski. schläge entdeckt. Mieroslawski, die Seele der Unternehmung, der von Paris nach Posen geeilt war, wurde am 14. Februar, als er die Häupter der Verschwörung zu einer letzten Beratung versammelt hatte, mit diesen von der Polizei überrumpelt und verhaftet. Nun machten hier und da wohl Scharen von Bauern den Versuch auf eigene Hand sich zu erheben; allein sie waren leicht zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Prozeß gemacht wurde, schenkten nicht allein ihre Landsleute die wärmste Teilnahme, sondern auch der deutsche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutschtum sich verschworen hatten, seine gutherzigen Sympathien zu und grollte mit der Regierung, daß sie den Friedensstörern nicht mehr Nachsicht zeige. Denn diese war allerdings entschlossen durch äußerste Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen; Rußland und Österreich waren von denselben Gesinnungen erfüllt; ohne große Schwierigkeit verständigten sie sich daher über eine gemeinsame Politik, deren nächstes Ziel Krakau
Krakau. sein mußte. Da der Senat der Republik auf die Anfrage ihrer Residenten erklärte, daß er die Aufrechthaltung der Ordnung nicht verbürgen könne, wurde das nächste österreichische Regiment herbeigerufen und besetzte Krakau am 18. Februar. Zwar räumte es die Stadt schon nach drei Tagen wieder, da die revolutionäre Bewegung unter der Leitung des Doktors Tyssowski seine Rückzugsverbindungen bedrohte; allein der Oberst Benedek raffte schnell an Truppen und Bauern zusammen was er finden konnte, schlug die Aufständischen mehrfach in den letzten Februartagen und nahm am 3. März Krakau wieder in Besitz, während in den benachbarten österreichischen Bezirken die ländliche Bevölkerung statt mit den Aufständischen gemeinsame Sache zu machen über die Gutsherren herfiel und sie im Namen des Kaisers unter Plünderung und Brandstiftung totschlug. Russische und preußische Truppen schlossen sich inzwischen den Österreichern in der Besetzung der kleinen Republik an; die drei Kabinette vereinigten sich dahin diesem letzten Reste eines selbständigen Polen ein Ende zu machen und am 16. November 1846 wurde die

Einverleibung in Österreich vollzogen. Über den Einspruch, den England und Frankreich gegen eine solche Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man sich leicht hinwegsetzen, da beide Staaten über die spanischen Angelegenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Die österreichischen Slawen.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Belebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sittlichen und geistigen Fortschritt zu erstreben. Auch diese Mahnung ging wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte ihrer slawischen Stammesgenossen in Österreich zeigen, wieviel sich auf dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein in den letzten Jahrzehnten einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Österreich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen in Galizien abgesehen, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am Tatragebirge etwa 19 Prozent der Gesamtbevölkerung des Kaiserstaates bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Teilen aus Serben, Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 Prozent geschätzt wurden. Der tschechische Zweig war allgemach ebenso den Deutschen, wie der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit geraten. Bei beiden wurde die politische Wiedergeburt durch eine litterarische vorbereitet. In Böhmen begann die letztere schon zu Josefs II. Zeit; doch erst im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts geriet sie in schnelleren Tritt und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereignis, welches diese Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Hanka aufgefundenen sogenannten Königinhofer Handschrift. Daß ihre Echtheit bestritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur umsomehr und mit bewundrungswürdigem Fleiße beuteten die böhmischen Gelehrten ihn aus um Sprache, Altertümer und Mythologie ihrer Vorfahren daraus zu entwickeln. Ein naturgemäßes Ergebnis der eifrigen Sprachstudien war die genauere Erkenntnis der Verwandtschaft zwischen den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahlreichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft gehöre. Das Traumbild des Panslawismus erwachte; man grübelte darüber die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst eine litterarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhafte Agitation suchte der Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu erobern; wer sich daran beteiligte war ein Patriot und dieses Wort galt für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab tschechische Bücher, schönwissenschaftliche Zeitschriften, politische Blätter heraus und gewöhnte so allmählich nicht allein die eigenen Stammes-

Die Tschechen.

Litterarische Wiedergeburt.

Panslawismus.

genossen, sondern auch die Deutschböhmen und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Die Illyrier.

Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern", nur daß hier noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That bestanden zwischen den drei Zweigen derselben, den Slawonen, Kroaten und Serben, so große Verschiedenheiten, daß der Gesamtname kaum mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographisch und sprachlich die Vermittler zwischen den beiden anderen Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beste Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren sog. An die Spitze stellte sich Ljudevit Gaj in der „Illyrischen Nationalzeitung", die er seit 1836 in Agram herausgab. Da die politischen Absichten anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus begünstigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und suchten sie im Keime zu ersticken. Das beste Mittel dazu schien zu sein, wenn sie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften und der magyarischen Sprache einen größeren Wirkungskreis erstritten. Das versuchten sie schon auf den früheren Reichstagen, be-

Streit mit den Ungarn.

sonders aber auf dem von 1843. Bis dahin war das Lateinische die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigen (illyrischen) Königreich; die magyarische an ihre Stelle zu bringen war ein so natürlicher Wunsch, daß an seiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn dieser nicht für sich die Gleichberechtigung erstreiten konnte. Und darauf war das Streben seiner Vorkämpfer, der kroatischen Vertreter im Preßburger Reichstage, in erster Linie keineswegs gerichtet; sie forderten einfach die Erhaltung der lateinischen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünschte Gelegenheit sie als Verteidiger eines alten Zopfes zu brandmarken. Ein Beschluß der Ständetafel vom 20. Juni setzte fest, daß fortan im Reichstag nur ungarisch gesprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigstens eine Übergangszeit empfahlen und ein königliches Schreiben es dem Belieben der Vertreter zu überlassen befahl, ob sie magyarisch oder lateinisch reden wollten, so hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und schrie jeden nieder, der mit dem üblichen Excellentissime domine anhob. Die äußerste Nachgiebigkeit, zu der sie sich endlich verstand, war, daß sie die lateinischen Reden anhörte, aber vom Protokoll ausschloß, also als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieser Willkür gegenüber schutzlos, da die Regierung nachgab und im Januar 1844 das Magyarische als alleinige Reichstagssprache anerkannte; nur in den nächsten sechs Jahren sollte den Kroaten der Gebrauch des Lateinischen noch gestattet sein. Um die Ungarn noch mehr zu gewinnen und den Verdacht zu entkräften, als ob die Regierung die Losreißung des dreieinigen Königreichs von der Stefanskrone begünstige, erging ein paar Wochen später an Gaj der Befehl den Namen seiner „Illyrischen Nationalzeitung" in den einer kroatisch-slawonisch-dalmatinischen umzu-

wandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmutigen; sie lernten vielmehr von ihren Feinden und forderten jetzt die Erhebung des Kroatischen zur amtlichen Sprache des dreieinigen Königreichs. Gerade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magyarische Partei auf dem Agramer Landtag von 1845 etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Turopoljer, ein in Kroatien ansässiger magyarischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen aber gut bewaffnet" bei den Beratungen zu erscheinen pflegte, besessen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pester Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, ergriff eine lebhafte Bewegung das ganze Land, der es auch sonst nicht an Stoff fehlte. Die letzten Reichstage hatten Gegenstände von tiefgreifender Bedeutung, Änderung der Ständeverfassung, des Strafrechts, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe u. s. w. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zustande gekommen waren. Alles dies wurde jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur anderen. Bedeutende Männer waren dabei mehr und mehr in den Vordergrund getreten, so Stefan Szechenyi, ein aufgeklärter Aristokrat, der die englischen Verhältnisse mit Verständnis studiert hatte, Nikolaus Wesselenyi, ein ungestümer Gegner der Regierung und schon auf dem Siebenbürger Landtag von 1834 ein eifriger Vorkämpfer der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, vor allen aber der Advokat Ludwig Kossuth. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er infolge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem Pesti Hirlap, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen, Szalay, Eötvös u. a. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wetteifern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der Augsburger Zeitung; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine erste größere Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch ein Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohllaut einer gewaltigen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspiels unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und solange er sprach vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort." Den adligen Häuptern der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleich-

Erfolge der Illyrier.

Ungarische Forderungen.

Kossuth.

Kampf der Parteien.

wohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten sie doch wichtige Punkte von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte nach acht Wochen 60 000 — es für ein Verbrechen erklärten das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie voneinander trennte, war vorzüglich die centralisierende Verfassungsänderung, welche Eötvös, Deak und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Teil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Konservativen, an deren Spitze neben Szechenyi der zum ungarischen Hofkanzler ernannte Georg Apponyi stand und die im Einverständnis mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittels des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig aufeinander platzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, Ende 1847, in offenen Kampf geraten und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des Palatinus Josef, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die seines Sohnes, des Erzherzogs Stefan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Die Deutsch-Österreicher

Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slawen des österreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landesteilen gewaltig ab. Allerdings regte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Leben als früher, wie denn z. B. im böhmischen Landtag Fürst Lamberg freiere Bewegung für die Presse, im niederösterreichischen Graf Breunner Teilnahme bürgerlicher Vertreter bei Beratung der Steuern, Ablösung der Feudallasten und Reform des Unterrichtswesens verlangte. Auch in der Litteratur zeigte sich seit 1830 ein erfreulicher Aufschwung; die fade Wiener Lokalpoesie und Raimunds Zaubermärchen mußten kräftigeren Tönen weichen; Grillparzer, Lenau, Anastasius Grün u. a. brachten den österreichischen Namen in der deutschen Dichtkunst wieder zu Ehren, und besonders der letztere wußte Töne anzuschlagen, welche das politische Leben unmittelbar beförderten und die Freiheit als die große Losung priesen, deren Klang die Welt durchjauchze. Aber im ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten, obschon sie Metternich zu beunruhigen anfingen. Weit mehr Sorge aber mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Anteil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Italien.

Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaktion gefolgt, die allerdings im

Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in Lombardo-Venetien hatte Metternich bei der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II., der 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung nachrühmen. Er hatte Öffentlichkeit im Finanzwesen eingeführt, übertriebene Besoldungen und Ruhegehalte vermindert, auch für sich selbst auf eine Viertelmillion Dukaten verzichtet. Da auch Handel und Schiffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, so genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens; die fünfprozentige Rente stand 1844 auf 108. Aufstände, zu denen die entsetzlich wütende Cholera 1837 in Sizilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit die völlige Verschmelzung der Insel mit dem Festlande durchzuführen, was für die Sizilianer zwar ein Grund zur Beschwerde mehr, im übrigen aber ein wesentlicher Fortschritt war. In Toskana hatte die Reaktion niemals ihre volle Wirksamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entsprach Karl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, seiner früheren Bundesgenossen; aber die Klerikalen und österreichisch Gesinnten waren ihm noch weniger hold und der König selbst äußerte wohl, er stehe zwischen dem Dolche der Carbonari und der Chokolade der Jesuiten in der Mitte. Verbesserungen in der Rechtspflege und der Verwaltung der Finanzen (so daß Rothschild eine Anleihe zu 118 Prozent abzuschließen bereit war), sorgsame Pflege des Heeres und der materiellen Interessen erkannte der bedrohte Monarch als die besten Stützen seines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz seiner zweideutigen Vergangenheit die Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigsten Lage von allen Staaten der Halbinsel befand sich der Kirchenstaat. Gregor XVI. entließ seinen reformfreundlichen Staatssekretär Bernetti schon 1836 und setzte an seine Stelle den Genuesen Lambruschini. Unter ihm erreichte das Priesterregiment und die unglaubliche Verschleuderung der Finanzen den Gipfel; zugleich wußte er den Papst so völlig von den Geschäften fern zu halten, daß diese ganz in seiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment". Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareaktionäre, die Sanfedisten, auf der anderen die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachsucht zu bezwingen vermochten; dazwischen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Klerikalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verständigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zusammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papstes, die Österreicher in Bologna, die Franzosen in Ankona verhinderten den Zusammenbruch. Mannigfaltige Vermutungen und Pläne über das, was dann werden solle, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toskana, in Modena spekulierte man auf Vergrößerung;

Neapel.

Toskana.

Sardinien.

Der Kirchenstaat.

dem Kaiser Nikolaus wurde der Plan zugeschrieben für seinen Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenberg, ein Königreich Mittelitalien zu gründen. Auch die Mazziniſten und andere Flüchtlinge unterließen nicht den Kirchenstaat zum Ausgangspunkt ihrer Versuche zu machen; besonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette solcher Unternehmungen auf. Doch verschmähten sie auch die anderen Teile der Halbinsel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtseiten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende Priesterherrschaft ihnen überall die Wege. Der bedeutendste Aufstandsversuch spielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des österreichischen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genossen. Allein der Verrat eines Korsen machte der Sache ein schnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die anderen mit harter Gefangenschaft. Auch von sonstigen Versuchen gelangte keiner zu einiger Entfaltung. Im ganzen ließ sich deutlich erkennen, daß der Radikalismus an Boden verlor und der gesunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotischen Dichter und Schriftsteller dieses Jahrzehntes einen großen Anteil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerazzi, Giusti, mittelbar auch Manzoni, ganz besonders aber Gioberti, Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio, alle drei Piemontesen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens", der 1843 erschien, war eine wirkliche That. Italien sei einst der Mittelpunkt der Menschheit gewesen und sei bestimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müsse es die fremden Stoffe ausstoßen und sich gleichsam um das Papsttum kristallisieren; dieses sei die Leuchte der Kultur, die Bürgschaft vernünftiger Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papst sei nichts möglich, mit ihm alles; Piemont aber sei der berufene Schirmvogt des Papstes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papsttum waren Massimo d'Azeglios Schriften und Cesare Balbos „Hoffnungen Italiens" durchdrungen. Sie verbreiteten diese Gesinnungen in weiten Kreisen, die bis dahin noch der alten Verschwörungssucht verfallen waren; sie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Besserung, der Auferstehung (Risorgimento) und errangen besonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die sich in den Wanderversammlungen der Naturforscher (seit 1839) und in den landwirtschaftlichen Vereinen bereits ähnlich wie in Deutschland Werkzeuge geschaffen hatten.

Mazziniſtische Putsche.

Die nationale Litteratur.

Ein plötzlicher Umschwung im Kirchenstaate sollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 starb einundachtzigjährig Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfediſten Lambruschini aus der Wahl als seinen Nachfolger hervorgehen zu sehen wurde getäuscht; am 16. Juni wurde Mastai Ferretti, der 54jährige Bischof von Imola, zum Papst erkoren und begann als Pio Nono sein Pontifikat, das längste, welches die Geschichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüter: das sei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben

Pio Nono.

führen werde. Ohne recht einen Grund zu seinen Hoffnungen zu haben kam das Volk dem neuen Kirchenfürsten mit den schmeichelhaftesten Beweisen seiner Liebe entgegen; Rom überstürzte sich in Freudenbezeugungen und Jubelausbrüchen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch nationalen Gefühlen nicht unzugänglich, sondern ein eifriger Leser von Balbos und Giobertis Schriften, die er zum Konklave mitnahm um sie dem künftigen Papst zu empfehlen, fühlte sich durch dies Vertrauen geehrt und gehoben. Ohne klares Programm, das ihm als Richtschnur gedient hätte, genügte er zunächst nur dem eigenen Herzensbedürfnis, indem er zum Dank für so viel Liebe vier Wochen nach seiner Wahl eine umfassende Begnadigung erließ. Liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Lesezimmern, die Ersetzung Lambruschinis durch den freisinnigen Kardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Handhabung der Zensur befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und ließ denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man des Papstes Vertrauten, den Pater Ventura, von der Kanzel den Bund des Klerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Giobertis? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den französischen Gesandten Rossi, den Flüchtling von 1831? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Italien die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereignis, von dem liberal und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrat aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrat begründet, die Einrichtung einer Bürgergarde genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nötig war die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangenzunehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom entgegentreten zu müssen und ließ infolge eines geringfügigen Konfliktes die Besatzung von Ferrara durch 800 Kroaten verstärken, die auch die Hauptwache und andere Punkte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und steigerte die Beliebtheit des Papstes noch höher. Da sich auch England und Frankreich auf Pios Seite schlugen, sah Metternich sich im Dezember zu einem Vergleiche veranlaßt, kraft dessen die Österreicher sich wieder auf die Besetzung der Citadelle und zweier Kasernen beschränkten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkämpfer mit neuem Mut erfüllte.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem Italienischer Zollverein.

Papste, Toskana und Piemont am 3. November 1847 zustande kam, die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter Pios, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toskanischen Grenze schied, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte es werden, daß Toskana und Piemont sich den Fortschritten Pio Nonos nun auch in ihren inneren Verhältnissen anschlossen. Milderung der Zensur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrates und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt und Karl Albert kündigte am 30. Oktober 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimnis wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und Italien zum Kriege für die Unabhängigkeit werde aufrufen können.

Reformen in Toskana und Sardinien.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gärung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich zu schützen, indem er dem Erzherzog Rainer, der als Vizekönig in Mailand residierte, den Grafen Ficquelmont zur Seite stellte und durch diesen einerseits in Sardinien den österreichischen Einfluß wieder zu befestigen, andererseits Toskana, Parma und Modena noch enger mit Österreich zu verbinden gedachte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Kongreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode der Gemahlin Napoleons an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogtum an den Großherzog von Toskana fallen solle; dieser hatte sich in einem Vertrage von 1844 dann weiter verpflichtet einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon im Oktober 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luisas (am 17. Dezember) in den Besitz von Parma trat. Die toskanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas ein und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardiniens. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Österreich überdies mit den beiden Herzögen Anfang Februar 1848 einen Vertrag, der ihre Länder „in die Verteidigungslinie der österreichischen Provinzen" einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm rätlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also

Österreichisches Bündnis mit den Po-Herzogtümern.

gemacht und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Aufstand in Sizilien.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Notwendigkeit war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Unzufriedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht gefährlicher als die in anderen Teilen der Halbinsel, obgleich es in Reggio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr bedenklich war die Gärung in Sizilien. Die Neapolitaner waren zufriedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und Amnestie erhielten; die Sizilianer bezweckten viel weitergehende Änderungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die völlige Selbständigkeit der heimischen Insel. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andere Vorbereitungen zur Empörung. Anfang Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung und die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf den Plätzen Palermos standen, entfachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barrikadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardierten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tag; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich diese zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlichen, etwa 8000 Mann, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gab dieselbe am 27. auf und zog sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Kastell von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Kastelle, wie die von Messina, ausgenommen. Vergebens suchte Ferdinand II. durch die Gewährung einer Verfassung für seine gesamten Staaten, die er am 29. Januar verkündete, die Abtrünnigen zu versöhnen; auch die Berufung eines liberalen Ministeriums (Poerio-Bozzelli) erwies sich als fruchtlos; Neapel fand dadurch seine Forderungen zunächst befriedigt, aber Sizilien verharrte im Aufruhr.

Die Westmächte und die Schweiz.

Englands Verhalten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar 1847 zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelte militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston Ende 1847 einen besonderen Botschafter in der Person des Lord Minto, der nacheinander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, so war diese Haltung Englands von bedeutendem Gewicht, und da sie nicht allein in Italien, sondern auch in anderen Ländern der liberalen Partei zu gute kam, so gebührt ihr kein geringer Anteil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die sich ohne Zweifel langsamer entwickelt hätte, wenn die Tories noch am Ruder gewesen

Ministerium Peel.

wären. Aber Robert Peels Ministerium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müssen. Obgleich es ein konservatives Kabinett gewesen war, verdankte ihm England doch mehr als einen Fortschritt. Zunächst hatte Peel den Staatshaushalt, der unter Melbourne mit einem Defizit abschloß, durch einen kühnen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine dreiprozentige Einkommensteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anstrengungen der Whigs durch. Die Überschüsse, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabsetzung der Zölle. Der englische Tarif wies damals noch mehr als tausend verschiedene Positionen auf, die zum allergrößten Teil nur ganz geringfügige Erträge brachten. Hatte doch eine parlamentarische Untersuchung im Jahre 1840 gelehrt, daß zu der Gesamteinnahme aus Zöllen (etwa 460 Millionen Mark) 17 Artikel mit etwa 94 Prozent beitrugen, daß die folgenden vier Prozent auf 29 andere Positionen entfielen und die Hunderte von zollpflichtigen Warengattungen, die außerdem existierten, nur zwei Prozent, also keine halbe Million Pfund aufbrachten. Darin führte nun Peel durch seine Reformen von 1842 und 1845 erhebliche Besserungen herbei, indem er nicht allein viele Zölle ermäßigte, sondern auch die Zahl der Positionen auf 590 verminderte. Am lautesten forderte die öffentliche Meinung jedoch die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr lastenden Abgaben. Die

Aufhebung der Kornzölle.

Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, wuchs beständig und die Anticornlaw-League, die 1838 in Manchester ins Leben gerufen war, bestürmte das Parlament mit Bittschriften durch Beseitigung des Einfuhrzolles dem englischen Volke wohlfeileres Brot zu verschaffen. Sie stieß allerdings auf den entschlossenen Wider-

stand der großen Lords, deren Reichtum wesentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien bestand und deren Interesse daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides gefährdet erschien. Die Torypartei war einmütig darin diesen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer Sir Robert Peel war anderer Meinung. Er verschloß sich nicht der Einsicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe und er erkannte zugleich, daß es im wohlverstandenen Parteiinteresse liege die gehässige Deutung zu vermeiden, als ob die Tories nur durch Vorrechte auf Kosten der großen Masse des Volkes sich erhalten könnten. Er selbst vertrat daher zur großen Entrüstung seiner Parteigenossen die Abschaffung der Kornzölle und reichte am 9. Dezember 1845 seine Entlassung ein, als das Ministerium ihm nicht folgen wollte. Nun erst gingen den Tories die Augen auf. Übernahmen jetzt die Whigs das Regiment, so wurde das Unterhaus aufgelöst; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der Kornzölle mit größter Sicherheit auf den Sieg zählen; die Abschaffung war also nur eine Frage der Zeit und es bedurfte keines großen Scharfsinnes um einzusehen, daß der Gewinn dieser kurzen Frist erkauft werden müsse durch weit ungünstigere Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle beseitigen würden. So fügten sich die Gegner denn, bitteren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß seine Bill in der nächsten Session durchgehen werde und nahm sein Entlassungsgesuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen später das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite trat. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erschüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er sie zu diesem Schritte gezwungen und noch in demselben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben sie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem sie eine irische Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch seine Politik gegen die grüne Insel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in seiner Weise den Beschwerden derselben in einzelnen Stücken abzuhelfen gesucht. So setzte er die Maynoothbill durch, welche dem katholischen Priesterseminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterstützung gewährte. Dieses Zugeständnis erregte bei eifrigen Protestanten umsomehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholizismus gegen die anglikanische Kirche wahrzunehmen glaubte und in dieser letzteren selbst mit Besorgnis das Wachstum der puseyitischen Bewegung beobachtete. Angeregt von dem Oxforder Professor Pusey und seinem Kollegen Newman verfolgte diese das Ziel alle die Satzungen und Gebräuche aus der römischen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgesetze des Anglikanismus, den 39 Artikeln, nicht widersprachen. Geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Bischöfen der Hochkirche kein Hindernis in den Weg gelegt; sobald dies aber geschah, seit 1843, bewiesen zahlreiche Übertritte zum Katholizismus,

Irland und der Katholizismus.

daß allerdings ein starkes römisches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder also, wenn das alte No-popery-Geschrei wieder zu erwachen begann und die öffentliche Meinung sich weiteren Zugeständnissen an den Katholizismus widersetzte. Irland und Katholizismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholizismus zusammen; die Hoffnungen des Katholizismus beruhten vorzugsweise auf Irland. Mit doppelter Mißgunst betrachtete daher der protestantische Engländer die Repealbewegung, welche O'Connell unablässig in Fluß erhielt und die in Massenversammlungen (monster meetings) von Hunderttausenden ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im Oktober 1843 wurden O'Connell und neun seiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet. Von den Geschworenen verurteilt appellierte der Agitator an das Haus der Lords, ohne Zweifel mit sehr geringen Erwartungen hier freigesprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geschah, kam der irischen Bewegung und seinem Ansehen keineswegs zu gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Überdies fing er an zu kränkeln und mußte seine Thätigkeit einschränken. Ohne dem Ziel seines Strebens näher gekommen zu sein starb er am 15. Mai 1847 zu Genua.

Englisch-französische entente cordiale.

In der auswärtigen Politik hatte die gemeinsame konservative Gesinnung in den letzten Jahren eine enge Verbindung zwischen dem französischen und dem englischen Kabinett herbeigeführt, deren Festigkeit durch freundschaftliche Besuche, die Louis Philipp und Königin Victoria sich gegenseitig abstatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverständnis", die entente cordiale, zwischen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden und Louis Philipp ermüdete nicht die englische Monarchin unablässig seiner „lebhaften, aufrichtigen und sehr zärtlichen Freundschaft" zu versichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien und bei einigen Gelegenheiten erhitzte sich sogar hüben wie drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu ernstlichem Zwist hätte kommen können. So hatte die französische Regierung am 20. Dezember 1841 einen Vertrag mit den anderen Großmächten geschlossen, durch welchen man sich gegenseitig das Recht einräumte Schiffe, die des Sklavenhandels verdächtig seien, zu durchsuchen. Darin sahen die Franzosen wunderlicherweise eine Beschimpfung ihrer Flagge, obgleich ihre Kriegsschiffe englischen und anderen Kauffahrern gegenüber dasselbe Recht erhielten. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages und die Regierung sah sich genötigt dem zu willfahren. Noch leidenschaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das französische Machtgebiet in Australien zu erweitern begonnen. England sah das ungern, ließ jedoch sowohl die Einverleibung der Marquesasinseln als die Schutzherrlichkeit zu, welche Frank-

Zwistigkeiten.

reich von der Königin Pomare über die Gesellschaftsinseln erwarb. Schon im nächsten Jahre brachen indes zwischen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der englische Konsul Pritchard, der 15 Jahre als Missionär auf Taheiti geweilt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Schuld war. Dupetit ließ sich dadurch verleiten die Königin abzusetzen, die Inseln in Besitz zu nehmen und Pritchard, übrigens erst nachdem er seine Konsulatsflagge eingezogen, zu verhaften und auszuweisen. Darüber kam es nun in Parlament und Presse zu heftigen Erörterungen, die jenseit des Kanales ein gleich leidenschaftliches Echo fanden. Louis Philipp persönlich dachte indes über die Sache sehr kühl, und während die Heißsporne Sammlungen veranstalteten um Dupetit-Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs der Belgier eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Pritchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältnis zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Die spanischen Heiraten.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinbarung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin Isabella von Spanien. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Eu machte, erteilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen die Hand Isabellas nicht, wie sie gewünscht, für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Koburg, den Isabellas Mutter Maria Christina begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, sobald die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man dieser beiderseits einen Bourbonen zu; aber Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadiz, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Maria Christina üben. Zum großen Verdrusse des englischen Kabinetts bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Koburger. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem Pariser Kabinett offenherzig die Sachlage mitzuteilen. Da überdies von Koburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht den ganzen Zwischenfall als ungeschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Peel und Aberdeen den Whigs Platz machten und Palmerston unter John Russells Vorsitz von neuem die

Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Maria Christina zu jenem Anerbieten an den Koburger gedrängt um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits vier Tage vorher, am 28. August 1846, die Doppelverlobung Isabellas mit Franz und Luisas mit Montpensier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem sie die Nacht in skandalösen Orgien mit ihrer Mutter, dem französischen Gesandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Bruch zwischen England und Frankreich.

Mit diesem Meisterstück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England auf einen Schlag zerstört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmähliche und Verhängnisvolle dieses Schrittes wohl. Er wagte nicht ihn selbst der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch sonst mit ihr in eifrigem Briefwechsel stand; seine Frau mußte es thun. Auf deren gekünstelten Brief folgte eine sehr gemessene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und selbst im Schoße der orleanistischen Familie war man unglücklich über ein solches Verfahren; des Königs eigener Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treulosigkeit, in welchen dasselbe seinen Vater gebracht habe. Mochte dieser im ersten Gefühl des errungenen Erfolges die moralische Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er sich bald von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugte, beweist sein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falsche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag so bald nicht wieder im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wo er konnte, widersetzte sich Lord Palmerston den französischen Absichten. Gerade aus dem Wunsche Frankreich Unannehmlichkeiten zu schaffen sog sein Eifer die Revolution auf dem Festlande zu fördern die besten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger wurde der Zwiespalt in den Schweizer Wirren.

Die Schweiz.

In der Eidgenossenschaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweise der Druck von außen, die Einmischung der Großmächte, dies Ergebnis herbeigeführt hatte, so gewann die Bewegung mit dem Erschlaffen desselben alsbald wieder Kräfte. Den letzten Triumph feierte die konservative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfasser des Lebens Jesu, als Professor an die Universität berufen. Das erregte bei den Altgläubigen die tiefste Erbitterung; in

Der Zürcher Putsch.

Tübingen war Strauß seines Buches wegen des Lehramtes entsetzt worden; nun sollte er um desselben Buches willen in Zürich eine Anstellung finden! Mit dem religiösen Unwillen verbanden sich überdies politische Erwägungen. Wenn irgend ein Anlaß, so war dieser geeignet die Massen gegen die liberale Regierung aufzuregen. Zu spät erkannte diese, daß sie weiter gegangen sei, als die religiöse Anschauung der großen Mehrheit zuließ. Sie lenkte ein und versetzte Strauß, noch ehe er sein Amt angetreten, mit Pension in den Ruhestand. Allein die politische Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es erübrigte der Regierung nichts als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die konservativ-altgläubige Partei die Leitung der Geschäfte und behauptete dieselbe bis 1845. Mit weniger Glück suchten ihre Gesinnungsgenossen in Aargau dies Beispiel nachzuahmen. Die Liberalen dieses Kantons hatten im Januar 1841 eine Änderung der Verfassung durchgesetzt; dagegen lehnten sich die konservativen Katholiken, von den Mönchen unterstützt, gewaltsam auf; aber sie wurden nicht allein unterworfen, sondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Klostergutes im Belauf von 7 Millionen Franken. Vergeblich legte Österreich Verwahrung dagegen ein, indem es sich darauf berief, daß ein Teil dieser Klöster von den Habsburgern gestiftet sei; alles was es von Preußen und Frankreich unterstützt erreichte, war, daß wenigstens die drei Nonnenklöster bestehen blieben. Auch der Bundesrat erachtete dieses Zugeständnis für groß genug um nunmehr der Aufhebung der Mönchsklöster, obgleich sie der Bundesverfassung zuwiderlief, seine Zustimmung zu geben.

Der aargauische Klosterstreit.

Um so lebhafter grollten die Ultramontanen über diese Vergewaltigung; um so rücksichtsloser glaubten sie nun auch ihrerseits da, wo sie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Kantone, in welchen sie die Herrschaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und anderen, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entrissen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wiedergewonnen; Luzern war sogar zum eigentlichen Stützpunkt ihrer Macht geworden und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampflustige und streitbare Führer, von denen besonders der zweite, ein reicher Bauer, durch seinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um sich die Herrschaft auf die Dauer zu sichern beriefen sie trotz des Widerstandes der gemäßigten Parteigenossen, an deren Spitze der Staatsschreiber Bernhard Meyer stand, die Jesuiten, die in Wallis, Freiburg und Schwyz bereits Niederlassungen besaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Kantons mit großer Mehrheit am 24. Oktober diesen Beschluß bestätigte, konnte von seiten des Bundes kein Einwand erhoben werden, da er anderenfalls längst schon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht sein müssen. Allein da für

Die Jesuiten in Luzern.

Die Freischarenzüge.

die liberale Partei ihre ganze Zukunft vielleicht auf Menschenalter hinaus auf dem Spiele stand, glaubten ihre Führer einen Gewaltstreich wagen zu müssen und entwarfen den Plan am 8. Dezember 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jesuitenregiment zu stürzen; Gesinnungsgenossen aus den Nachbarkantonen würden ihnen, so hofften sie, zum Siege über ihre Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen scheiterte vollständig, da es vor der Zeit verraten wurde. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrschenden Partei nicht bloß die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, so entzogen sich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter diesen Umständen war der Ausbruch des Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit, denn die Flüchtigen sannen unablässig darauf mit fremder Hilfe in die Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Voraussicht eines solchen Versuches sich zum Widerstande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, so trat das Erwartete ein. Freischaren, deren Bildung die Tagsatzung erfolglos verboten hatte, fielen, von dem Berner Ochsenbein und dem Aargauer Rothpletz geführt, am 30. März 1845 in den Kanton Luzern ein und rückten gegen die Hauptstadt vor. Indes die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und schon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, wobei über 100 das Wagnis mit dem Leben, beinah 2000 mit der Freiheit büßten. Soweit diese letzteren anderen Kantonen angehörten, wurden sie gegen ein Lösegeld, das die Tagsatzung bestimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das schlimmste Schicksal; Steiger wurde zum Tode verurteilt; doch gelang es ihm durch List aus dem Kerker zu entkommen. Nicht dasselbe Glück begünstigte seinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli desselben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigste Beweis,

Der Sonderbund.

bis zu welcher Hitze sich die Leidenschaft bereits gesteigert hatte. Ein weiteres Zeichen dafür war die Wahl, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freischarenzuges, den General Ochsenbein, an die Spitze ihres Kantons und damit, da diesen 1847 die Reihe traf Vorort zu sein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf diese unverhüllte Drohung durch einen nicht minder verständlichen Schritt; sie erneuerten das Sarner Bündnis von 1832, indem sie mit den übrigen strengkatholischen Kantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag schlossen, welchen die Gegner als „Sonderbund“ brandmarkten, und suchten sich nicht ohne Erfolg durch die Entsendung Meyers nach Turin und Wien Unterstützung an Geld und Waffen zu verschaffen. Es wäre alsbald zum offenen Kriege gekommen, wenn nicht eine ansehnliche Mittelpartei, aus den Kantonen Genf, St. Gallen, Basel-Stadt, Neuenburg und Appenzell bestehend, den Gegensatz zu mildern bemüht gewesen wäre und übereilte Beschlüsse auf der Tagsatzung verhindert hätte. Deshalb bereiferten sich die Radikalen unablässig in einem Teile dieser Kantone selbst

ans Ruder zu kommen. Mittels eines Aufruhrs unter der Leitung James Fazys gelang ihnen das im Oktober 1846 in Genf und bald darauf auch in St. Gallen. Nun verfügten sie über die Mehrheit der Stimmen und es war vorauszusehen, daß die Tagsatzung von 1847 die Auflösung des Sonderbundes, die Zürich schon 1846 beantragt hatte, beschließen werde. Nur die Einmischung des Auslandes hätte diesen Beschluß und seine unausbleibliche Folge, den Bürgerkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren in dieser Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt sich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entschieden Partei für die Liberalen, während Metternich das Programm aufstellte, die Großmächte sollten zuerst gemeinsam ihre Gesandten abberufen, dann eine drohende Erklärung erlassen und schlimmsten Falls selbst bewaffnet für den Sonderbund einschreiten — ein Vorschlag, der wieder dem französischen Ministerpräsidenten Guizot zu weit ging, obgleich er, der Protestant, im übrigen ganz auf seiten der Ultramontanen stand und auch von Frankreich den Sonderbundskantonen Waffen und Munition überlassen wurden. Preußen endlich war von dem Streite noch in ganz besonderer Weise dadurch berührt, daß Friedrich Wilhelm kraft der Wiener Verträge Souverän von Neuenburg war. Dieser Kanton geriet aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei überwiegend protestantischer Bevölkerung nicht eben Anlaß den Sieg der Ultramontanen zu wünschen; aber auch die Unterwerfung der Einzelkantone unter die Mehrheitsbeschlüsse der Tagsatzung lag nicht in seinem Vorteil, da gerade für ihn bei seiner eigentümlichen Stellung zu Preußen daraus leicht Verlegenheiten erwachsen konnten. Als nun trotz des Einspruchs der konservativen Großmächte die Tagsatzung am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes verfügte, befand sich Neuenburg auf seiten der Minderheit ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verschlimmerte sich die Lage noch mehr. Die Zwölfermehrheit der Tagsatzung beschloß am 3. September die Vertreibung der Jesuiten aus der gesamten Schweiz. Diesem Gebote verweigerten die sieben Kantone ebensowohl den Gehorsam wie dem vorhergehenden; das äußerste, wozu sie sich verstehen wollten, war die Auflösung ihres Bündnisses, wenn dagegen die Tagsatzung die Jesuitenfrage sowie den Aargauer Klosterstreit dem Schiedsspruch des Papstes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der kontinentalen Großmächte sich dem Ausspruch eines Kongresses zu unterwerfen abgelehnt wurde, so konnten nur noch die Waffen entscheiden. Und diese entschieden schnell. Ende Oktober beriefen die Sonderbundskantone ihre Vertreter von der Tagsatzung ab, am 4. November beschloß diese Gewalt anzuwenden. Mit 30 000 Mann setzte sich General Dufour zunächst gegen Freiburg in Bewegung und zwang diesen Kanton zur Unterwerfung; acht Tage darauf mußte auch Zug sich fügen. An der Luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zum Entscheidungskampfe, in dem die Sonder-

Die Stellung Neuenburgs.

Der Sonderbundskrieg.

bundstruppen durch die Übermacht zum Rückzuge und Luzern zur Ergebung gezwungen wurden. Ehe noch der Monat zu Ende ging, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden besiegt und überall radikale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingesetzt. 378 Kanonenschüsse hatten ausgereicht den Krieg zu Ende zu führen.

Die Großmächte.

Diese schnelle Entwicklung hatte die Großmächte an einer bewaffneten Einmischung verhindert; das Geschehene rückgängig zu machen war an sich schon schwierig, sehr bald aber, nach dem Ausbruch der Februarrevolution, ganz unmöglich. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen um die Wiederherstellung der vollen Kantonalsouveränität zu fordern war ein Schlag ins Wasser, und unter dem Schutze der Revolution von 1848 vollzog die Schweiz ungestört

Verfassungsreform.

ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat. Am 12. September wurde eine neue Verfassung angenommen, welche die alte Tagsatzung beseitigte und durch die Bundesversammlung, bestehend aus Stände- und Nationalrat, ersetzte. Bern wurde zum ständigen Vorort bestimmt und die oberste Leitung einem von der Bundesversammlung zu wählenden Bundesrate mit jährlich wechselndem Vorsitzer übertragen.

Abfall von Neuenburg.

Neuenburg trat in dieses Bundesverhältnis nicht mehr als preußisches Fürstentum ein; es hatte sein Verhältnis zu seinem Souverän Anfang März durch eine kurze Revolution gelöst und den preußischen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umsonst war Friedrich Wilhelm bemüht gewesen dem Kanton die Geldstrafe, zu welcher die Tagsatzung ihn wegen seiner Neutralität im Sonderbundskriege verurteilt, zu ersparen und die Herrschaft des Radikalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerischen Hause auch treu ergeben war, so fühlte die Mehrheit der Bevölkerung sich doch zu sehr als Schweizer um der Verbindung mit der norddeutschen Großmacht Wert beizulegen, und wenn der König seinerseits sich aus allen Kräften sträubte das Geschehene anzuerkennen, so war es doch auch bei ihm nicht das wirkliche Interesse seines Landes, sondern das Überwallen einer krankhaften Gefühlspolitik, was ihn zum Widerstande und später noch zu manchem verkehrten Schritt verleitete.

Darin hatte er allerdings so unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen als dem Siege des Radikalismus eine hervorragende Bedeutung für das gesamte Europa zuschrieb. Es war in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Explosion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er diese Wirkung haben konnte, war doch ausschließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieses Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zustände, welche dort herrschten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres" hinüberleiten.

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kriegerischen Ruhm hatte das Julikönigtum eigentlich nur in Afrika zu erringen gesucht. Die Kapitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzosen gebracht und sie, soweit es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes gemacht. Aber es war nicht möglich sich darüber zu täuschen, daß die Abdankung des bisherigen Herrschers und die Bewältigung der Bevölkerung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Allerdings erklärten zwei der großen Vasallen des Deys, die Beys von Oran und Tittery (Hauptstadt Bona), im ersten Schreck ihre Unterwerfung und nur der dritte, der von Konstantine, verweigerte sie. Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall den Widerstand von neuem an, und nicht einmal in Algier selbst fühlten sich die Franzosen sicher. Die gefährliche Krise, welche eintrat, als nach dem Sturz der Bourbonen Bourmont mit 150 Offizieren seine Entlassung forderte, ging zwar glücklich vorüber. Aber sein Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Savary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegführung, die vor der Niedermetzelung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wut der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein Pascharegiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der überaus nötigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu als General Desmichels mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Freundschaftsvertrag schloß und die Regierung unter Zustimmung der Kammern das Land endgültig in Besitz nahm. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler, und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab, und kaum die Mauern von Algier und Oran boten leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt im November 1835 zum zweitenmal den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unrühmliche Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein er konnte sich dort nicht halten und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sikak über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; ein paar Wochen später stand der unermüdliche Gegner wieder kampfbereit im Felde. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Westen, wo Achmet Bey von Konstantine ein persönlich zwar unbedeutender, aber durch seine eigene Macht und durch seine Verbindung mit dem Bey von Tunis gefährlicher Gegner war. Seine Hauptstadt, das alte auf hohem Felsen gelegene und an

Kämpfe in Algier.

Abdel Kader.

Achmet Bey.

drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossene Cirta, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabteilung zu Grunde ging. Obgleich er sich nichts weniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen und noch einmal im Osten und Westen der Weg der Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam auch wirklich ein Vertrag zustande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud am Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm der Besitz von fast ganz Algier bis auf Konstantine und einige Küstenstriche zugestanden wurde. Ähnliche Bedingungen wurden auch Achmet Bey gestellt, aber er lehnte sie ab. Nun war ein zweiter Zug gegen Konstantine nicht mehr zu umgehen. Glücklich wurden die Schwierigkeiten des Marsches und die Unbill des Wetters überstanden; am 6. Oktober langte der kommandierende General Damrémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beschieden; am Tage vorher streckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war alles vortrefflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit schweren Opfern. Am 13. Oktober wurde unter Valées Führung die Feste erstürmt; Oberstlieutenant Lamoricière war der erste in der Bresche. Mit dem Mute der Verzweiflung setzten Einwohner und Besatzung den Kampf in Häusern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den steilen Felsen; andere entkamen mit Hilfe von Seilen, an denen sie sich herabließen. Der Überlebenden wurde geschont, die Stadt aber erbarmungsloser Plünderung preisgegeben.

Erstürmung von Konstantine.

Kämpfe mit Abdel Kader.

Für ein paar Jahre war damit Ruhe erkauft; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, solange Abdel Kader in ungebrochener Kraft dastand und nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von neuem an Krieg denke, und schneller als man erwartete, loderte ohne besonderen Anlaß im Oktober 1839 die Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küstenstädte drang der kühne Emir und eine bange Zeit verging, bis Verstärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die ihn zurückzutreiben vermochten. Jahrelang wogte nun der Krieg hin und her; fast immer trug die bessere Bewaffnung und der Mut des französischen Heeres den Sieg davon; aber diese Siege auszunutzen machten die List und Ausdauer des Feindes und die Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Valée, dem die Eroberung von Konstantine den Marschallstab eingetragen hatte, büßte über dieser undankbaren Aufgabe seinen Ruhm wieder ein; Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud ersetzt. Diesem erwies sich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader über die marokkanische Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derselbe von dort aus in den nächsten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit

immer neue Einfälle in das französische Gebiet; allein die Unterstützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde allmählich geringer und am 16. Mai 1843 gelang den Franzosen endlich ein Hauptschlag, der am Hof und bei der Regierung um so größeren Jubel erregte, als ein Sohn des Königs ihn ausführte. Der Herzog von Aumale, der gleich seinen Brüdern Orléans und Nemours an den afrikanischen Feldzügen wiederholt teilgenommen, überfiel und eroberte nämlich die Smalah, das wandernde Hoflager Abdel Kaders, und brach dadurch seine Macht so vollständig, daß ein einziges Treffen seine letzten Hilfsmittel aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den Emir entwickelte sich nun ein Krieg mit Marokko. Die Hilfe, welche jenem von dort zu teil geworden und manche kaum vermeidliche Grenzverletzungen führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Uschda. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Kabinett, das die Befestigung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Konsul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinvilles Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze reguliert; härtere Bedingungen verhinderte England, das infolgedessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps teilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Ägypten. Aber obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der Herzog von Aumale als Statthalter von Algier die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Kleinasien entlassen wurde.

Krieg mit Marokko.

Abdel Kader gefangen.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; aber die Fortschritte waren doch bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten

Bedeutung Algeriens für Frankreich.

von neuem ihr sprichwörtliches Ungeschick in der Kolonisation. Damit ging der Hauptwert der neuen Besitzung verloren und der einzige Vorteil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten zuerst in Algier aus dem Dunkel auf. Freilich trug der grausame und barbarische Charakter jener Kämpfe auch viel zur Verwilderung des französischen Heeres bei und mehr als einen berühmten Namen schändet das Brandmal unmenschlicher Roheit, so vor allen Pélissier, der 1845 in der Höhle von Darah 800 Araber durch angelegtes Feuer erstickte. Für die Julidynastie war der Kampf in der afrikanischen Besitzung, so oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im ganzen doch ein wertvolles Mittel um zunächst im Heere und sodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militärischem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen.

für den König.

Die Beteiligung der königlichen Prinzen an diesen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegerischen Glanzes auch auf das Haus Louis Philipps fallen, der persönlich weder Neigung noch Befähigung hatte ihn zu erwerben. Je sichtlicher aber seine Volkstümlichkeit im Abnehmen begriffen war, umsomehr mußte diese Stütze an Wert gewinnen. Mehrere seiner Söhne erfreuten sich beim Volke einer nicht geringen Beliebtheit, besonders der älteste, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er als Freier in Wien und Berlin zurückgelassen, machten ihn im vollsten Sinne zur Hoffnung seines Hauses. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß gerade dieser Sohn ihm durch einen jähen Tod entrissen wurde. Im Begriff zu einer Truppenmusterung abzureisen fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly um sich vom Könige zu verabschieden. Plötzlich scheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog wollte sich durch einen Sprung retten, stürzte dabei aber so unglücklich, daß er auf der Stelle das Bewußtsein verlor und ein paar Stunden darauf den Geist aufgab.

Der Herzog von Orléans.

Das Regentschaftsgesetz.

Für die Zukunft des königlichen Hauses war dies Ereignis um so bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen seinen Brüdern der unbeliebteste war und doch auf ihn die Regentschaft übergehen mußte, wenn der König starb, ehe der älteste Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, mündig wurde. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber sie war eine Deutsche, eine Protestantin und vor allem eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen in stürmisch bewegten Zeiten, wie sie der Tod Louis Philipps herbeiführen konnte, die Zügel in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der Opposition Lamartine sich zu ihrem Ritter aufwarf, war auch keine Empfehlung. Die feinfühlende Fürstin bemerkte selbst sehr richtig den wirklichen Beweggrund des

politisierenden Dichters. Herr von Lamartine, so meinte sie, hat zwar für mich, aber er hat gegen die Regierung des Königs gesprochen. Die getreue Mehrheit der Abgeordneten erklärte sich natürlich für den Vorschlag des Ministeriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willfährige Kammermehrheit sah, so mußte man glauben, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als ein kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verrieten sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berryer an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung" widersprach dem Urteil der Ministeriellen, indem Berryer und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wiedergewählt wurden.

Graf Chambord und die Legitimisten.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlachtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schadeten die Anhänger Chambords dem Julikönigtum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten die Orléans zu stürzen, ja die zum Teil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattierungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes" erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder gar nicht oder nur in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andere umwandeln: Frankreich gerät in Besorgnis — La France s'ennuie, la France

Die dynastische Opposition.

s'attriste. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die Besorgnis
Korruption. erregen mußten. In den höheren Gesellschaftsklassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbnis, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch welches sich Louis Philipp seit Jahren seine Kammermehrheit sicherte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigten die Prozesse gegen den ehemaligen Kriegsminister Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden einer Bergwerksgesellschaft eine wertvolle Konzession verkauft zu haben. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sébastiani, ermordete und dann im Gefängnis sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulnis, das war nicht zu leugnen, drohte sich ansteckend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königtums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe an seinen Bruder Nemours alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch bei seinem hohen Alter die Kraft fehle männliche Entschlüsse zu fassen.

Der Sozialismus. Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wühlten verderbliche Einflüsse. Die sozialistischen und kommunistischen Ideen hatten sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief eingefressen. Obgleich in verschiedene Sekten geteilt, die teils nebeneinander bestanden, teils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger dieser

Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten, verschwanden in den Augen der Masse gegenüber dem einen gemeinsamen Grundzuge, daß die bestehende wirtschaftliche Ordnung verwerflich sei und daß die Menge der Besitzlosen das Recht und die Macht habe, sich ihren Anteil an den Gütern der besser gestellten Minderheit zu erobern. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verschiedenen Systeme in dem einen Ziele zusammen das persönliche Eigentum aufzuheben und den gemeinsamen Genuß des gemeinsamen Arbeitsertrages an dessen Stelle zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand zwischen den meisten dieser Schulen nicht. Buonarotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein jeder arbeitete sich sein eigenes Ideal der Zukunftsgesellschaft aus und suchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er sich dienstbar machen konnte, ins Leben zu führen. Proudhon. Der schärfste Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktischen Leben am fernsten stand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Systeme seiner Vorgänger und Nebenbuhler ohne selbst etwas Ausführbares vorschlagen zu können. Dennoch bot er der sozialistischen Bewegung einen der wirksamsten Hebel durch sein Schlagwort: Eigentum sei Diebstahl. — Damit war der oberste Satz aller kommunistischen Glaubensbekenntnisse in faßlicher Nacktheit und ohne verdunkelnde Nebenumstände mit nachdrücklicher Klarheit ausgesprochen und eine Losung ausgegeben, welche die Massen packen und für die Stunde der Revolution vorbereiten konnte, der Revolution, von der allein der Kommunismus sein Heil erwarten durfte. Denn die Versuche auf den Wege der Reform allmählich die gesellschaftlichen Zustände dem erträumten Ideal anzunähern erwiesen sich einer nach dem anderen als unausführbar, auch wenn ihnen anfangs begeisterte und opferwillige Unterstützung aus den Kreisen der Gebildeten und Begüterten entgegengetragen war. Am schnellsten und scheinbar am kräftigsten schoß das erste dieser Systeme, der Saint-Simonismus, empor, freilich erst nach dem Tode seines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). St. Simonismus. Unter seinen Schülern befanden sich bedeutende Männer wie der Nationalökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Konventsmannes, oder der später zu großem Reichtum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geschlossene Familie, an deren Spitze zwei „Väter", Enfantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zuflossen, waren so bedeutend, daß sie mit dem Könige über die gütliche Abtretung seiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufschwungs war kurz genug. Vater Enfantin und ein Teil der Genossen wollten die Gemeinsamkeit des Besitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit Bazard und demjenigen Teil der „Familie" herbei, der die altväterische Moral in diesem Punkte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Enfantin

treu und folgte ihm in seine Ansiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmlose Dasein, welches sie hier — mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Verurteilung der Häupter wegen gesetzwidriger Verbindung und
Fourier. Verbreitung unsittlicher Lehren zersprengte die Genossenschaft. In den allgemeinsten Umrissen hatten mit diesem Enfantinschen Familiensystem die Projekte Fouriers Ähnlichkeit. Er wollte eine Schar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge eine einzige Genossenschaft der Art zustande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche,
Cabet. welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach Amerika flüchtete sich auch ein dritter Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Cabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen Ikarien in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerbsausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise verteilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen und stellte sie überdies erst nach 1848 an; aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indes in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener
Buonarotti. Buonarotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarotti bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Kommunismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus Babeuf 1796 gegen das Direktorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgesellen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner
Louis Blanc. Lehre in ihre Heimat entließ. Louis Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den kommunistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigentum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hilfe desselben solle die Arbeit organisiert werden. Der Staat müsse große gewerkliche Anstalten begründen und denselben das nötige Kapital unverzinslich darleihen; an dem Gewinn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse teil. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der Seitenlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten werden; in jedem anderen Falle trete der Staat als Erbe ein. So ließ

sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privatvermögen und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des Staates erzielen; es war also der Weg einer Überleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen kommunistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch packende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit" war ebenso verständlich wie die Proudhonsche Lehre von dem Eigentum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die sozialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündnis zwischen den Republikanern und den Kommunisten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten und Sozialisten.

Und nicht bloß die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des aktiven und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Bestechlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Anteil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Straßenbaus oder sonstiger Vorteile dazu bestimmen ließen einem der Regierung genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebensogut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungskontrakte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrat oder sonstige Vorteile) bestechen. Die Versuche der Opposition das zu verhindern blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusats Forderung gewisse Beamtenklassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux' Vorschlag die Beteiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Duvergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition einen regelrechten Feldzug zu eröffnen um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlausschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Übelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht verteilt sei, wie hier 25 000, dort 150 000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer säßen und alle weniger Bemittelten von der Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt würden. Auf einem großen Bankett in Chateaurouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reform-

Ausdehnung des Wahlrechts.

Reformbankette.

bankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, gestützt auf die Kammern, nichts von dieser Bewegung; es sei eine Aufregung, sagte der König in der Thronrede vom 28. Dezember, die von feindseligen und blinden Leidenschaften unterhalten, aber an der Einmütigkeit der großen Staatsgewalten sich brechen werde. Die gesetzgebende Versammlung stimmte diesen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß sie aus einem gewissen Anstandsgefühle jene Leidenschaften, die ein so beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigstens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindselige bezeichnete. Das Ministerium aber benutzte die Gelegenheit der Adreßdebatte um durch den Mund Duchatels, des Ministers des Inneren, zu erklären, es werde auf Grund eines Gesetzes von 1790, dessen Anwendbarkeit mindestens zweifelhaft war, fortan alle Reformbankette verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beschloß die Opposition in Paris selbst ein solches Bankett zu veranstalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Nicht ohne Besorgnis sahen alle friedlich Gesinnten dem Tage des Festes, dem 22. Februar 1848, entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einschritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Zwei Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es indes einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leisten schien. Die Regierung sollte das Bankett zulassen und sich darauf beschränken ein Protokoll des Vorgangs aufzunehmen, auf Grund dessen sie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Gesetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieses Abkommen von dem Könige nicht bestätigt, als am 21. Februar der Ausschuß der Opposition ein Manifest aus der Feder Armand Marrasts erließ, welches nicht bloß die Bevölkerung von Paris, sondern insbesondere auch die Nationalgarde aufforderte am nächsten Tage die Festgenossen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplatze in die Elyseischen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung sich unmöglich gefallen lassen, und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte Duchatel noch an demselben Tage, daß er solche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Gesetze verhindern werde. Sollte die Opposition es nun auf einen Kampf ankommen lassen? Dem dynastischen Teile derselben konnte nichts unerwünschter sein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenso verhängnisvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Sozialisten waren weit davon entfernt sich mit großen Hoffnungen zu tragen; sie hielten eine Niederlage selbst für wahrscheinlicher als einen Erfolg. Die entschlossene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre Wirkung nicht. Gegen wenige Stimmen beschloß die Opposition am Abend des 21. das Bankett aufzuheben und statt dessen in einer Ansprache an das Volk die Absicht anzukündigen das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Die Blätter der Partei brachten in der That am nächsten Morgen diese Erklärung und ermahnten das Volk sich ruhig zu verhalten. Aber es

Das Bankett vom 22. Febr.

war zu spät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tausende an dem bestimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche sich einfanden. Unter diese mischten sich die Hetzer der äußersten Linken, die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die Lagrange, Caussidière, Sobrier u. a. und überredeten die Menge, die allmählich ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude. Auf die Nachricht hiervon erschien ein Reiterregiment und trieb die Scharen auseinander. Dieser kleine Triumph war ohne Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine steigende Erbitterung der Massen im Gefolge. Hier und da fing man an Barrikaden zu erbauen; sie wurden von den Truppen meist ohne Kampf genommen. Der König blieb vollständig unbesorgt; dergleichen Krawalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als am 23. morgens dasselbe Spiel sich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernstere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte sich unzuverlässig; auch aus ihren Reihen erscholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barrikaden vermehrten sich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot die Verschlimmerung der Lage; er bat nachmittags um seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm und ließ Molé zu sich rufen.

Beginn der Unruhen.

Der 23. Febr.

Guizots Rücktritt.

Die Wirkung dieses Schrittes war die allergünstigste; ohne noch den Nachfolger des gestürzten Ministers zu kennen rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im allgemeinen noch nicht. Aber eine große Aufregung herrschte selbstverständlich unter den Massen, die abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Die Führer der geheimen Gesellschaften suchten daraus Vorteil zu ziehen. Auf ihren Antrieb rückten gegen 9 Uhr abends etwa 500 Arbeiter vor Guizots Palais, das durch eine Abteilung Truppen geschützt war. Der kommandierende Offizier suchte sie zurückzuhalten; auch als einer der Arbeiter ihn wiederholt insultierte, verhinderte er die Abwehr durch die Soldaten; endlich aber befahl er das Bajonett zu fällen; ein Sergeant Giacomini drückte los, unwillkürlich folgte die ganze Kompanie dem Beispiel, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Beginn des Kampfes.

Mord! Verrat! Zu den Waffen! so tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen von sechs Gemordeten wurden auf einen Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hause des National erhitzte Armand Marrast, anderswo andere Redner die wutschnaubenden Massen noch mehr. Jetzt konnte kein Ministerwechsel die Aufgeregten mehr beschwichtigen. Molé, an dessen Forderungen der König noch zu dingen suchte, lehnte den erneuten Auftrag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beschieden wurde, nahm zwar an, forderte und erreichte aber die Zulassung auch Odilon Barrots, so sehr sich auch Louis Philipp gegen diesen Hauptanstifter der „feindseligen und blinden Leidenschaften" sträubte. Der Marschall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht ernannt

Ministerium Thiers.

hatte, wurde im Kommando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barrikaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlan, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuilerien. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Karussellplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm, die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet der Deputierte Crémieux in das Zimmer. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattieren; die einen, besonders Montpensier, redeten dem Monarchen zu dem Rate zu folgen; die anderen, vor allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug und ihm wünschte glücklich die große Aufgabe zu lösen, die ihm zufalle. Noch war er nicht fertig, als Bugeaud herbeigeeilt kam und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschluß. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die anderen Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung warf und, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Mietwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Wertpapieren unter dem Schutz einiger Kürassierschwadronen nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienmitglieder.

Abdankung des Königs.

Kurze Zeit darauf verließen auch Nemours und die Herzogin von Orléans mit den beiden jungen Prinzen den Palast und begaben sich in das nahgelegene Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese befand sich in unbehilflichster Ratlosigkeit und begrüßte deshalb das Erscheinen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde das Wort ergreifen, aber mit stummer Dankesverbeugung setzte sie sich mit ihren Söhnen neben der Rednertribüne nieder. Auch der Herzog

Verhandlungen der Abgeordnetenkammer.

von Nemours blieb stumm. Nur der Abgeordnete Dupin, dessen Rat die Herzogin vornehmlich hergeführt hatte, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl der Herzogin die Regentschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Galerien und selbst der Sitzungssaal mit allerlei Volk, und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor sie zu unterbrechen, solange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen solle; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre um und setzte sich wieder. Unbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Teilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Julikönigtums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Mut der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurteil in die Ohren: Jetzt seid Ihr nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte verlangten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einstürmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen die Sitzung zu unterbrechen und eine Trikolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; drohend forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hilfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt im Invalidenhôtel von dem Grafen Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und Flucht der Herzogin von Orleans.

In der Deputiertenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punkt gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den einundachtzigjährigen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen willkürlich eine Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine,

Die provisorische Regierung.

daß die neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlege, und begab sich unter dem Schutz einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Kollegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis man ein abgelegenes Zimmer für die Sitzungen der Regierung eingerichtet hatte. Das erste Geschäft derselben war Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlossergesellen Albert zu Sekretären mit beratender Stimme zu ernennen. Diese fünf Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redaktionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im übrigen mit der Lamartineschen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk um denselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Ämter besetzt, teils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Äußeres, Ledru Rollin Inneres, Garnier Pagès Seinepräfekt und Maire von Paris ꝛc), teils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräfekt u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zustande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt, und eine Bande nach der anderen erzwang sich den Eingang in das Rathaus. Nur der Beredsamkeit und Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf den Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur um sich morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Eure rote Fahne“, so rief er denen zu, welche die Trikolore durch das Blutbanner verdrängen wollten, „hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Trikolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken.“ Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abteilungen der Nationalgarde stellten sich

Lamartine.

Der 25. Febr.

der Regierung zur Verfügung und aus den Banden der Roten selbst bildete Lamartine eine ihm dienstbare Truppe, die Munizipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete Pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Ordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der direkten Steuern um 45 Prozent und andere zum Teil sehr bedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 580 000 Mann und stellte Beobachtungskorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsidierte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Äußerlich betrachtet war die Republik im besten Zuge sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort, und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orléans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König, der sich von St. Cloud nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen erst am 2. März von Havre nach England entkam. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf Schloß Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Aumale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Ämter niedergelegt hatten ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orléans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu besorgen. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche die Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so bedrohlicher waren die sozialistischen Umtriebe. Seltsamerweise schufen aber gerade die antisozialistischen Mitglieder der Regierung den Roten eine förmliche Organisation, indem sie gegen Louis Blancs Stimme die Nationalwerkstätten einrichteten, teils um jenem seine Anhänger abspenstig zu machen, teils um durch die verkehrte Anlage, an der sie notwendig

Die Sozialisten.

scheitern mußte, die Idee selbst lächerlich zu machen. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100 000 Menschen wurden so auf öffentliche Kosten ernährt. In Brigaden und Kompanien geteilt zogen sie unter ihren Führern jeden Morgen zur Arbeit und fanden sich abends in den Klubs wieder zusammen um aufhetzende Reden zu hören und zu halten. Die Zahl dieser Klubs stieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden stand irgend ein Verschwörer oder Oppositionsmann, ein Raspail, Barbès, Blanqui, Cabet und wie sie sonst hießen; als Centralpunkt diente der Klub der Klubs, der aus den Vorständen der einzelnen Vereine gebildet war. In diesen Kreisen war Lamartine der bestgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den stürmischen Februartagen die Verkündigung der sozialen Republik und der Kommune verhindert hatte; man wußte auch, daß niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalversammlung betrieb, von deren Zusammentritt die Klubs nichts wissen wollten, da sie die Beherrschung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem anderen zu teilen Lust hatten. Auch die den Sozialisten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, suchten den Wahltag auf alle Weise zu verschieben. Eine lärmende Demonstration der Klubbisten kam ihnen dabei zu Hilfe.

Der 17. März. Weit über 100 000 Köpfe stark zogen sie am 17. März vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es besonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die sie beschwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verschoben und den Klubs das Recht erteilt in jedes Departement auf Staatskosten ein paar Sendlinge zu schicken um das Volk „aufzuklären". Aber die Provinzbewohner erwiesen sich zum großen Teil als ungelehrige Schüler und trotz aller Anstrengungen durften Kommunisten und Sozialisten sich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunsch

Der 16. April. keine Hoffnung machen. So planten sie denn einen letzten Handstreich um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsausschuß zu verdrängen, an dessen Spitze sie Ledru Rollin zu setzen gedachten. Dieser war aber nicht geneigt eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, sondern machte seinen Kollegen rechtzeitig Mitteilung von dem Vorhaben, so daß die roten Scharen, als sie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, dasselbe von ein paar tausend Mobilgardisten unter General Changarnier besetzt fanden und bald durch die in starken Legionen heranziehende Nationalgarde so umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum bösen Spiele zu machen, jede feindliche Absicht abzuleugnen und der provisorischen Regierung ihre Huldigung darzubringen für rätlich fanden. Es war der erste wirkliche Sieg, den die Ordnung über die Zügellosigkeit davongetragen hatte; der

Das Fest der Verbrüderung. friedliche Bürger fühlte sich wieder als Herr im Hause, und dieses erwachende Selbstbewußtsein wurde noch mächtig gestärkt durch die Muste-

rung, welche Lamartine mit seinen Kollegen am 20. über die Nationalgarde abhielt. Etwa 350 000 Mann erschienen an diesem „Feste der Verbrüderung“ unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Kommunisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange soviel Abgeordnete, daß auf je 40 000 Einwohner einer kam; die Gesamtzahl betrug 900. Lamartine wurde in zehn Departements mit etwa 2 300 000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260 000 Stimmen, während die Kandidaten der Klubbisten es höchstens auf 20 000 brachten. Ein großer Teil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekannten Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Radikalen, wie Barbès, Caussidière, der Dichter Felix Pyat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Exekutivausschusses. Unwillig darüber daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den fünf Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Exekutive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maire von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Kommune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerkstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Klubs, die unverdrossen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit ihr Leben — und weiter hatten sie nichts — daran zu wagen um den besitzenden Klassen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verständnis für die Pflicht der Unterordnung unter den Gesamtwillen, voll nackter Eigensucht und roher Gleich-

Die Wahlen.

Die Nationalversammlung.

Lage des Landes.

gültigkeit gegen das Wohl anderer, ließen sie zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel über, das sie selbst gebrauchten, die Gewalt. Sie forderten das Schwert heraus, und dem Schwerte sollten sie erliegen.

Geschichte
der
neuesten Zeit.
1815—1885.

Von

Constantin Bulle.

In vier Bänden.

Zweite, umgearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage der Geschichte der neuesten Zeit (1815—1871).

Zweiter Band.
Von 1848 bis 1863.

Berlin,
Verlag von Leonhard Simion
1888.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Inhalt.

Seite

Erster Abschnitt: Der Sieg der Revolution (Frühling und Sommer 1848).

Die deutsche Revolution in den Flitterwochen 1
Die Revolution in Österreich und Italien 23
Die Befestigung der französischen Republik 39
Parlament und Reichsverweser 45
Preußen und der schleswig-holsteinsche Konflikt 51

Zweiter Abschnitt: Der Niedergang der Revolution (Herbst 1848—1849).

Die Krisis in Österreich 59
Die Krisis in Preußen 69
Die Krisis in Frankfurt 77
Die Unterwerfung Ungarns 85
Die Bewältigung Italiens 92
Das Ende des deutschen Parlamentes 108

Dritter Abschnitt: Die Befestigung der Reaktion (1849—1853).

Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen 115
Die Reaktion in Deutschland und Österreich 133
Der Papst und die katholischen Staaten 157
England unter der Herrschaft der Whigs 168
Napoleon und die französische Republik 177

Vierter Abschnitt: Der Krimkrieg und der Orient (1853—1858).

Die orientalische Frage 193
Der Krimkrieg 206
Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage 228
England und der Aufstand in Ostindien 243
Verwicklungen in Ost- und Mittelasien 252
Rußland nach dem Krimkriege 260
Das Nationalitätsprinzip und der Orient 271

Seite

Fünfter Abschnitt: Die Einigung Italiens (1859—1860).

Italien vor dem Kriege 282
Der italienische Krieg 292
Mittelitalien, Savoyen und Nizza 303
Neapel und der Kirchenstaat 310
Frankreich und seine Nachbarn 325

Sechster Abschnitt: Die neue Ära und der Militärkonflikt (1860—1863).

Deutschland und die neue Ära 331
Bundesreformversuche 346
Die Heeresreform und das Ende der neuen Ära 354
Österreich und der Fürstentag 378

Die deutsche Revolution in den Flitterwochen.

Durch den elektrischen Telegraphen, der seine neu entdeckten und verwerteten Kräfte zum Teil schon in den Dienst der Revolution stellen konnte, verbreitete sich die Kunde der Pariser Ereignisse mit ungewohnter Schnelligkeit. Es waren sehr verschiedenartige Empfindungen, Hoffnungen und Befürchtungen, die sie besonders in Deutschland weckten. Noch schwebte über der neuen Republik, ihrem Wesen und ihren Absichten ein Dunkel, das zu erhellen es kaum ein anderes Mittel gab als die Erinnerung an die erste Republik. Wenn diese den rührigsten Eifer gezeigt hatte ihre Propaganda über die Grenzen nach Belgien und Italien, in Deutschland und die Schweiz hinüberzutragen, war da nicht auch von ihrer Nachfolgerin eine Bedrohung der Nachbarvölker zu befürchten? Der Gedanke, daß ein Angriffskrieg von Frankreichs Seite unausbleiblich erfolgen werde, fand weite Verbreitung. Wenn vorzugsweise die Regierungen und die konservativen Kreise ihm nachhingen, so war er doch auch den Liberalen und der großen Masse einleuchtend genug, und die unendliche Mehrheit war zum kräftigsten Widerstande, zum Aufgebote der gesamten Volkskraft entschlossen. Deshalb empfahl sich schon unter diesem Gesichtspunkte die Forderung der allgemeinen Bewaffnung, der Schaffung eines Volksheeres, das aus den schleunigst gerüsteten und eingeübten Bürgerwehren erstehen sollte. In den Augen der Liberalen war dieses Rüstzeug überdies eine Waffe gegen böswillige Regierungen und ein erster Schritt um die verhaßten stehenden Heere zu beseitigen. Je weiter die Parteien nach links standen und republikanischen Bestrebungen sich näherten, desto mehr mußte dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten; der äußersten Linken galt die Volksbewaffnung überhaupt nicht mehr als eine Wehr nach außen, sondern als ein Werkzeug, das eines Tages sehr wohl gemeinsam mit den linksrheinischen Scharen gegen die deutschen Fürsten sich richten und die deutsche Republik ins Leben rufen konnte. Und diese äußerste Linke war die Partei, welche in diesen Tagen am schnellsten wuchs. Nicht gerade an Kopfzahl. Denn in dieser Hinsicht gewann unzweifelhaft der gemäßigte Liberalismus weit mehr; ihm schlossen sich jetzt, da es gefahrlos wurde und selbst zum guten Ton gehörte, die unzählbaren Massen der Gleichgültigen an; bei ihm suchten selbst die Konservativen eine Zuflucht und zeitweiliges Unterkommen. Aber das waren Ver-

Eindruck der Februar-Revolution in Deutschland.

Die Republikaner.

stärkungen, die in der Stunde der Gefahr keine Kraft verleihen, die selbst im gewöhnlichen Lauf der Dinge zum Hemmschuh werden konnten. Die Republikaner hingegen erstanden eigentlich erst jetzt als große Partei; ihnen bot das, was eben in Paris geschehen, gleichsam die Gewähr für die Richtigkeit und Ausführbarkeit ihrer Grundsätze. Was waren denn die französischen Republikaner vor dem 22. Februar 1848 gewesen? Doch nur ein machtloses Häuflein, das kaum zu Wort hatte kommen können, und jetzt waren sie die Herren geworden. Daß unser Volk durch und durch monarchisch war und selbst der vorübergehende Sieg einer Minderheit, welche die Republikaner doch auch in Frankreich waren, durch den Mangel eines Mittelpunktes, der wie Paris ganz Deutschland beherrscht hätte, unmöglich wurde, bedachte man nicht oder wollte man sich nicht gestehen; der Republikanismus glaubte an sich, und dieser Glaube gab ihm eine Kraft, die er sonst nicht besessen hätte. Auch die Liberalen gewannen an Mut und traten entschiedener auf, als sie es ohne die Februarereignisse gethan haben würden. Aber neu war ihr Programm nicht, und überall war es auch ohne die Revolution im Vorschreiten begriffen, wie die frühere Darstellung gelehrt hat. Jetzt schoß die junge Pflanze plötzlich mächtig in die Höhe, trieb Blätter und Blüten und schien kräftig zu gedeihen; aber das Wachstum war zu schnell, nur in der Oberfläche hafteten die Wurzeln und „da die Sonne aufging, verdorrte es". Mit Sturmeseile erreichte der Liberalismus seine Ziele und mehr als ihm bis dahin erreichbar däuchte; es überkam ihn ein Gefühl der Allmacht, das ihn die Gegner vergessen ließ, die doch nicht vernichtet, sondern nur zurückgetreten waren. Er glaubte die Fundamente schon gelegt, die doch erst gelegt werden sollten, und begann auf dem lockeren Sande der Tagesmeinung und der Volksgunst den Prachtbau seines Idealstaates zu errichten, der um so schwankender wurde, je mehr er sich der Vollendung näherte, bis er endlich jäh zusammenbrach. Nur wenige wohnliche Gemächer überdauerten den Einsturz, und das wertvollste Ergebnis der begeisterten und überhasteten Arbeit blieb schließlich die Thatsache, daß unser Volk wie in einem schönen Traum die Erfüllung seiner Wünsche verwirklicht gesehen hatte, und daß die Erinnerung daran ein Stachel war, der mächtiger als alles andere, sobald die erste Entmutigung vorübergegangen, zu neuem Ringen und zu bedachtsamerem Aufbau reizen mußte.

Die Liberalen.

Baden.

Am schnellsten und lebhaftesten empfand die Einwirkungen der Februartage Südwestdeutschland und besonders das Grenzland Baden, dem ja seit Jahren schon die Führung der liberalen Partei zugefallen war, wie es eben erst durch Bassermanns Antrag auf Schaffung eines deutschen Parlaments neu bethätigt hatte. Schon am 27. Februar 1848 fand in Mannheim unter Mathys Vorsitz eine große Volksversammlung statt und stellte die vier Forderungen auf, welche alsbald den Rundgang durch Deutschland antraten: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament. Bei keiner Regierung war es leichter diese

Forderungen durchzusetzen als bei der badischen, deren Mitglieder dem gemäßigten Liberalismus angehörten. Auch erklärte der Minister Bekk schon am 29. Februar in der Kammer die Zustimmung des Großherzogs, und es fiel also jeder Grund hinweg einen besonderen Druck auszuüben. Aber gerade in Baden war die äußerste Linke, die der Republik sich zuneigte, schnell entschlossen das Eisen zu schmieden, solange es heiß sei. Zum 1. März strömten Abordnungen von allen Seiten in Karlsruhe zusammen; insbesondere erschien Gustav Struve, ein Advokat aus Mannheim, mit großem Geleit um der zweiten Kammer die Forderungen des Volkes zu empfehlen. Aufhebung der Karlsbader und der Bundestagsbeschlüsse von 1832 und 1834, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung des Jagdrechts, Änderung des Ministeriums und der Bundesgesandtschaft und andere Forderungen, zwölf Punkte im ganzen, wurden von einem Ausschuß der Kammer aufgestellt und von der Regierung meist unumwunden bewilligt. Zum Gesandten für Frankfurt wurde Welcker ernannt. Ganz ohne bedenkliche Zeichen ging es schon in diesen Tagen nicht ab. Das Ministerium des Äußeren geriet in Brand, desgleichen zwei andere Häuser. Die Bevölkerung ergriff Angst, Tag und Nacht durchkreuzte die Bürgerwehr die Straßen; nicht ohne Besorgnis gewahrte man die Anwesenheit vieler Fremden aus den unteren Ständen; ein Sturm auf das Zeughaus, die Entführung des Großherzogs aus seinem Schlosse wurde befürchtet. Doch lief alles noch ohne schlimmeren Zusammenstoß ab. Auch sonst kam es im Lande vorerst nur zu zahlreichen Volksversammlungen, bei denen freilich schon das Wort Republik fiel und die Bauern zum Teil mit Sensen bewaffnet erschienen. Fast gleichzeitig mit Baden begann die Bewegung in Hessen-Darmstadt. Heinrich von Gagern stellte am 28. Februar in der Kammer den Antrag, der Großherzog möge zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands für die Bestallung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen Parlamentes wirken. Im Odenwalde zeigten sich die Anfänge republikanischer Wühlereien. Schon am 1. März waren die Wellenschläge dieser Bewegung so stark geworden, daß auch der Bundestag sie der Beachtung würdigte und sich in einer überraschend verbindlichen und verheißungsvollen Ansprache an die Nation wandte um sie zu belehren, daß nur durch Eintracht und gesetzliche Ordnung Deutschland in der stürmischen Zukunft, die möglicherweise nicht fern sei, auf die Stufe gehoben werden könne, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Zwei Tage später stellte ein Bundesbeschluß vom 3. März es jeder Regierung frei die Zensur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen, eine Ermächtigung, die Baden und Württemberg sich schon selbständig genommen hatten. Denn auch Württemberg war durch Volksversammlungen in Stuttgart und Tübingen schon Ende Februar in den Kreis der Bewegung gezogen; die erste Märzwoche sah gleiche, zum Teil heftigere Volksszenen in Nassau, Kurhessen, Rheinpreußen, Thüringen

Hessen-Darmstadt.

Der Bundestag.

Das übrige Deutschland.

und Bayern; auch der Norden und Osten fing an sich zu rühren; in Hamburg, Bremen, Oldenburg kam es zu Unruhen, in Berlin, Breslau, Leipzig begann es zu gären. Erstaunlich schnell verloren überall die bisherigen Machthaber den Glauben an sich selbst und traten freiwillig zurück oder suchten durch Nachgiebigkeit die öffentliche Meinung zu begütigen. Fast überall nahmen in der ersten Hälfte des März die Führer der bisherigen Opposition die Ministersitze ein: Römer, Pfizer, Duvernoy, Goppelt in Württemberg, Gagern in Darmstadt, Hergenhahn in Nassau, Wippermann in Kassel, Graf Bennigsen und Stüve in Hannover, Wydenbrugk in Weimar. Auch König Friedrich August II. von Sachsen wurde zu einem Ministerwechsel gedrängt und übertrug die Leitung des Staates dem Professor von der Pfordten und den bisherigen Führern der Opposition Braun, Georgi und Oberländer. Eine eigentümliche Färbung

Bayern.

hatte die Bewegung in Bayern. Hier war die hauptstädtische Bevölkerung infolge der Lola Montez-Unruhen seit Monaten nicht aus dem Lärmen herausgekommen. Auch nach der Entfernung der Tänzerin hatte sich die Unzufriedenheit nicht gelegt; man verlangte die Entlassung des Ministers Berks, der mit Recht für eine Kreatur der Verhaßten galt. Während nach Nürnbergs Vorgang die übrigen Städte des Landes den König mit Adressen in freiheitlichem und deutschnationalem Sinne bestürmten, machten die Münchener ihrem Thatendrange am 2. März dadurch Luft, daß sie Berks die Fenster einwarfen. Einen Augenblick dachte der König an Widerstand; er ließ Generalmarsch schlagen und Kanonen vor dem Schlosse auffahren; doch ehe es zu ärgerem Blutvergießen kam, gab er nach. Berks wurde entlassen und eine königliche Ansprache vom 6. März kündigte die Erfüllung der Volkswünsche im weitesten Umfange an. „Bayerns König ist stolz darauf ein teutscher Mann zu sein! Alles für mein Volk! Alles für Teutschland!“ so endete der Erlaß. An die Stelle des Ministeriums Wallerstein traten die Führer der Opposition, Thon-Dittmer und Beisler. Aber das beschwichtigte die lärmlustige Menge noch nicht. Das Gerücht, Lola Montez kehre zurück, rief am 16. März neue Unruhen hervor; so weit mußte König Ludwig den Schmerzensbecher leeren, daß er den Befehl erteilte seine Geliebte im Fall der Rückkehr auf die Festung zu bringen; dann aber ging ihm die Geduld aus; ohnmächtig gegen die Strömung der Zeit und angeekelt von dem stückweisen Aufgeben seiner Macht

Ludwigs Abdankung.

und dem widerwilligen Hinunterschlucken seiner eigenen Vergangenheit, entschloß er sich plötzlich zur Abdankung und vollzog diese mit der Hast, die ihm eigen war, am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilians II. Volle zwanzig Jahre war dem Entsagenden noch zu leben vergönnt; er sah seinen Nachfolger vor sich in die Gruft steigen und Wandlungen in Deutschland sich vollziehen, an denen mitzuwirken ihm keine Freude gewesen wäre. Er starb in Nizza am 29. Februar 1868. In Stein und Erz und als hochherzigem Förderer der Kunst in ihm ein dauerndes Gedächtnis gesichert; auch sein Ver-

dienst um die Befestigung der Zollvereins und sein warmer Philhellenismus wird nicht vergessen werden; aber die wahre Tugend des Regenten, unbefangene Würdigung der Zeit und selbstlose Hingabe an ihre Bedürfnisse, war dem eigenwilligen launenhaften Manne fremd, und weder Bayern noch Deutschland hatte Ursache zu klagen, daß er aus eigenem Antriebe vor der Zeit vom politischen Schauplatz abtrat.

Das Vorparlament.

Während so in München die Bewegung, unbeschadet ihres Zusammenhangs mit dem großen Strome der Ereignisse, doch ihren gesonderten Gang nahm, war von den Führern der übrigen süddeutschen Liberalen ein neuer Anstoß gegeben. Ihrer 51 waren sie am 5. März in Heidelberg zusammengekommen, hatten einen Siebener-Ausschuß gebildet, in dem Römer und Gagern, Welcker und Itzstein saßen, und hatten durch diesen zum 30. März alle gegenwärtigen oder früheren Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen. Aufgabe desselben sollte es sein der Forderung eines frei gewählten deutschen Parlamentes größeren Nachdruck zu geben. Mit dem Bundestage ging es zu Ende. Wohl machte er gewaltsame Anstrengungen sich der neuen Zeit anzupassen; er kam zu der Einsicht, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein der nationalen Einheit beruhe und daß dieses Bewußtsein der äußeren Zeichen bedürfe; er beschloß deshalb am 9. März den Reichsadler und das so grimmig verfolgte schwarzrotgoldene Banner zu Wappen und Farben des Bundes zu erheben; er erkannte auch die Notwendigkeit an, sich selbst durch volkstümlichere Kräfte zu verjüngen und ersuchte am 10. März die Regierungen für jede der 17 Stimmen einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden um gemeinsam mit der Bundesversammlung eine Revision der Bundesverfassung zu beraten; aber selbst diese Mittel halfen ihm nichts; es half nichts, daß aus seiner Mitte die mißliebigsten Gesandten schieden, daß unter den Vertrauensmännern sich ein Dahlmann, Uhland, Bassermann, Droysen, Gagern, Jordan, Gervinus befanden. Das Volk sah voll Verachtung und Haß auf das Werkzeug, welches drei Jahrzehnte hindurch nur zu seiner Knebelung gedient hatte, und auch die Regierungen erwarteten nichts mehr von ihm. Nicht wenige unter den Märzministerien waren durchaus geneigt den Wünschen des Volkes nach strafferer Einheit und einem deutschen Parlamente entgegenzukommen; noch ehe die Vertrauensmänner über die geeignete Form berieten, wurden Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett gepflogen, besonders unter den südwestdeutschen Staaten, die Max von Gagern im Auftrag seines Bruders Heinrich auf einer Rundreise zum Anschluß an Preußen zu bestimmen suchte. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte gleich in den ersten Tagen der Bewegung seine Reformpläne eifriger zu betreiben begonnen; schon am 2. März war Radowitz nach Wien geschickt und hatte dort die Berufung eines Fürstenkongresses nach Dresden auf den 25. des Monats durchgesetzt. Aber ehe dieser Vorsatz zur That werden konnte, hatte die Revolution auch Wien und Berlin ergriffen und hier wie dort die Lage von Grund aus geändert.

Der Bundestag und die Regierungen.

Österreich. In Österreich mußte die Nachricht von der Februarrevolution um so leichter zünden, als in Ungarn wie in den italienischen Provinzen die Gärung schon vorher einen hohen Grad erreicht hatte. Dazu kamen beängstigende Gerüchte über den Stand der Finanzen, der wirklich auch so schlecht war, daß man gerade das Anerbieten einer russischen Geldunterstützung angenommen hatte. Die Pariser Vorgänge untergruben nun den letzten Rest des Vertrauens; man begann die Sparkassen zu stürmen um seine baren Einlagen zu retten; man verweigerte die Annahme der Banknoten, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt schien. Eine klare Darlegung des Standes der Nationalbank konnte vielleicht den allgemeinen Schreck noch beschwichtigen, und deshalb forderte der Abgeordnete Balogh im ungarischen Reichstage die Regierung am 3. März dazu auf. Aber seine Rede und sein Antrag entsprachen bei weitem nicht den hochflutenden Wogen der Tagesströmung. Kossuth war es, der dieser in mächtigen Worten Ausdruck gab. Für die Quelle alles Übels erklärte er die absolutistische Politik der Staatskonferenz, aus deren Beinkammern eine verpestete Luft wehe, welche die Nerven lähme, den Flug der Geister banne. Er forderte, daß der kaiserliche Thron sich mit konstitutionellen Einrichtungen umgebe, daß allen Ländern Österreichs eine Verfassung verliehen werde, daß Ungarn insonderheit eine nationale Regierung aus dem Schoße der Reichstagsmehrheit erhalte, und er forderte das mit so hinreißender Beredsamkeit, mit so rückhaltslosem Ungestüm, daß die Ständetafel einmütig seinem Verlangen zustimmte und die Magnaten nach einigem Zögern sich gleichfalls anschlossen.

Der ungarische Reichstag.

Gärung in Wien. Diese Szenen im Preßburger Reichstage steigerten begreiflicherweise die Aufregung in Wien. Freilich fehlte es hier an einem Organ, durch welches sich die Volkswünsche hätten vernehmbar machen, in dem sie überhaupt nur hätten zur Klarheit gelangen können. Nicht in einem Brennpunkte sammelte sich hier die Bewegung, sondern in den verschiedensten Richtungen durchwühlte sie die Bevölkerung. Selbst in den allerhöchsten Schichten war eine leidenschaftliche Unzufriedenheit verbreitet. Der Erzherzog Johann, die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl, des Kaisers Bruder und Nachfolger Franz Karl, grollten mit Metternich, der sie von jedem Anteil an der Regierungsgewalt ausschloß. Im Schoße der österreichischen Stände, deren regelmäßiger Zusammentritt am 13. März bevorstand, hatte sich eine Oppositionspartei gebildet, Schmerling, Doblhoff u. a. an der Spitze, welche die Aufhebung der Zensur und einen Ausschuß der sämtlichen Provinzialstände zu fordern entschlossen war. Den besitzenden Bürgerstand drückte besonders die Erschütterung des Kredites und die Angst vor kommunistischen Bewegungen; er fand sein Organ in dem Gewerbeverein, und diesem fiel in der Hauptstadt das erste Wort zu. In Anwesenheit seines Beschützers, des Erzherzogs Franz Karl, und des Grafen Kolowrat beschloß er am 6. März auf den Antrag eines reichen Industriellen,

Arthaber, eine Ergebenheitsadresse, die aber zugleich engen Anschluß der Regierung an die Stände und die Bürger erbat. Entschiedener lauteten die Forderungen einer Eingabe, zu welcher sich die gelehrten Stände, die Mitglieder des juridisch-politischen Lesevereins aufschwangen; sie verlangten unumwunden eine Repräsentativverfassung nach französischem Muster mit allen Rechten, die der konstitutionelle Katechismus vorschrieb. Endlich wollten auch die Wiener Studenten nicht zurückbleiben und entwarfen eine Adresse, die Lehr-, Lern-, Glaubens-, Rede- und Preßfreit beanspruchte. Die leitenden Kreise waren diesem unerhörten Gebaren gegenüber ratlos; anfangs zwar kümmerten sie sich wenig darum und Metternich spottete derer, welche eine Revolution in Wien für möglich hielten. Aber selbst wohlgesinnten Diplomaten erschien der Staatskanzler damals wie ein kindgewordener Greis, der schwach, stocktaub und fast zum Schatten zusammengeschrumpft sich in längst verbrauchte Phrasen eingepuppt habe. Von dem bedauernswerten Kaiser war natürlich kein Entschluß zu erwarten; höchstens konnte man ihn gebrauchen um einige Deputationen zu empfangen und mit freundlichen Worten abzuspeisen. Die fromme Kaiserin blieb den ganzen Tag mit ihrem Beichtvater eingeschlossen und suchte das Übel wegzubeten. Auch der prinzlichen Opposition fehlte es an dem rechten Mute vorzugehen; die einzige einiges Vertrauen einflößende Persönlichkeit war die Erzherzogin Sophie. Inzwischen wurde die Lage täglich unbehaglicher und nicht ohne Bedenken sah man dem 13. März, dem Zusammentritt der Stände, entgegen: es schien geraten den Forderungen, welche diese stellen würden, einen Schritt entgegenzuthun. Nach einer langen Beredung, die Metternich mit ihrem Vorsitzer, dem Grafen Montecuccoli, hatte, beschloß die Staatskonferenz am Abend des 12. März die Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen zu versprechen.

Bald sollte sich zeigen, daß diese Maßregel verspätet und ungenügend sei. Früh am 13. März versammelten sich die Studenten um die Antwort zu vernehmen, welche der Kaiser den Überbringern ihrer Adresse, den Professoren Hye und Endlicher, erteilt habe. Wenig zufrieden mit der Auskunft, die ihnen wurde, begaben sie sich in Masse auf den Hof des Ständehauses, wo eben die erste Sitzung begann. Tausende von Bürgern gesellten sich zu ihnen, des Ausgangs der Beratungen zu warten. Natürlich verhielt sich die Menge nicht stumm; einzelne Redner traten auf; ein jüdischer Arzt, namens Fischhof, sprang auf das Dach des Brunnens im Ständehof, ließ die Freiheit, die Ungarn und die Italiener leben, ein Student verlas die Rede Kossuths vom 3. März; die Stimmung wurde lebhafter, ungeduldiger; man rief einzelne beliebte Ständemitglieder, die aus den Fenstern zum Volke redeten; man schickte eine Abordnung in den Ständesaal, große Haufen drangen in die Gänge ein; man wollte wissen, was drinnen beschlossen sei: da meldete ein Zettel, der hinabgeworfen wurde, daß die Stände wirklich weiter nichts als einen Vereinigten Ausschuß verlangten. Fast gleich- Der 13. März.

zeitig kam die Botschaft, daß Truppen im Anmarsch seien. Nun riß die Geduld, der Unwille brach los, die Massen stürzten in den Ständesaal und bedrohten die Mitglieder. Schnell entschlossen erklärte der Vorsitzende, die Stände würden sich zum Kaiser begeben um ihm den Willen des Volkes vorzutragen. Alsbald verwandelte sich der Zorn in Jubel, und begleitet von einem Teil der Versammelten begab sich Montecuccoli mit den Ständen in die Hofburg. Hier war die Staatskonferenz versammelt, völlig unklar was sie gewähren, was sie verweigern solle; der Kaiser selbst wie immer gänzlich willenlos; aber auch Metternich unsicher in dem Gefühl, daß ihm der Boden unter den Füßen entschwinde, seine höfischen Gegner ohne Mut sich an seinen Platz zu drängen. Man versuchte also sein Heil zuerst mit der allgemeinen Zusage das zweckdienlichste in Erwägung ziehen zu wollen. Aber diese zweifelhafte Beschwichtigung verlor jede Kraft, als die Kunde kam, daß in den Straßen Blut geflossen sei. Bald nachdem die Stände in die Hofburg gezogen, waren Truppen unter Erzherzog Albrechts Befehl beim Landhause erschienen. Aus den oberen Räumen desselben wurden Möbel herabgeschleudert, der Erzherzog selbst wurde getroffen, und plötzlich erfolgte eine Gewehrsalve. Nun stob zwar die Menge auseinander, aber durch die ganze Stadt ertönte der Ruf: Fort mit Metternich, fort mit dem Militär! Die Bürgergarde trat unter die Waffen und Bürgeroffiziere eilten mit anderen angesehenen Männern in die Hofburg um dort den Gang der Dinge zu beschleunigen. Noch war Metternich um nichts bereiter nachzugeben als vorher. Einige Juden, Polen und Franzosen, so meinte er, hätten den Krawall angestiftet. Aber nachdrücklich wurde ihm entgegnet, es sei kein Krawall, es sei eine Revolution. Immer neue Abordnungen kamen herbei; die Staatskonferenz war förmlich belagert; die Studenten ließen durch den Rektor Waffen fordern um die Ordnung aufrecht zu erhalten; es wurde zugesagt; auch ein Preßgesetz wurde versprochen; Metternich ging mit dem Erzherzog Ludwig in ein Nebenzimmer es aufzusetzen. Da ertönte aus der Versammlung der Ruf, stürmischer und immer stürmischer: Abdanken! Abdanken! Selbst der Erzherzog erklärte ihm jetzt, die Sicherheit der Residenz hänge von seinem Rücktritt ab; Graf Breunner übernahm die Bürgschaft, daß in diesem Falle die Ruhe erhalten werde. So blieb dem Kanzler keine Wahl: er habe stets von seinem Standpunkt aus für das Heil der Monarchie gewirkt; glaube man dieses Heil durch ihn gefährdet, so sei es für ihn kein Opfer seinen Posten zu verlassen. Jubelnd stürzten die Volksmänner auf die Straße um dort zu verkünden, daß alles bewilligt sei; die Studenten eilten in die Zeughäuser sich zu bewaffnen; eine allgemeine Beleuchtung gab der Freude der Bürger Ausdruck, der Pöbel unterhielt sich damit die Zollhäuser zu plündern und der Freiheit zu Ehren anzustecken. Am nächsten Tage verkündeten kaiserliche Verordnungen die Entlassung Metternichs, die Aufhebung der Zensur, die Begründung einer Nationalgarde; aber völlig gebrochen war der Widerstand

Metternichs Sturz.

der leitenden Kreise auch jetzt noch nicht: kein Liberaler wurde ins Ministerium berufen; den Oberbefehl in Wien erhielt Fürst Windischgrätz, ein strenger Aristokrat, nach dessen Meinung der Mensch erst beim Barone anfing, und die am 15. März erteilte Zusage, eine Reichsversammlung zu berufen um „die Konstitution des Vaterlandes" zu beraten, versprach nichts anderes als die Vertreter der Provinzialstände zu diesem Zwecke anzuhören. Für die Wiener aber war das eine untrügliche Kennzeichen ihres Sieges die Beseitigung Metternichs. Bis zum Abend des 14. März war der Kanzler noch in der Stadt geblieben; dann flüchtete er nach dem einige Stunden von Wien gelegenen Schlosse Feldsberg, wo ihm Fürst Liechtenstein eine Zuflucht bot. Allein schon am 22. März schien auch dieser Aufenthalt nicht mehr sicher, und nicht ohne mancherlei Beängstigung eilte nun der greise Staatsmann über Olmütz und Prag, Dresden und Hannover nach Holland und von da Ende April nach England. Seine politische Rolle war ausgespielt; wohl blieb er auch fernerhin noch das vielbefragte Orakel der alten Diplomatie, aber wie er selbst kein Verlangen trug wieder thätig in die Weltgeschichte einzugreifen, so dachte man auch in Wien, selbst als die Reaktion ihre Triumphe feierte, nicht daran ihn anders als gelegentlich um Rat zu fragen. Bis in den Herbst 1851 lebte er in London, Brighton, Brüssel und auf seinem Schloß Johannisberg; dann kehrte er nach Wien zurück und fand bei dem jungen Kaiser eine herzliche und ehrenvolle Aufnahme. Die Schlacht von Magenta war das letzte Ereignis, das er erlebte; wenige Tage darauf, am 11. Juni 1859, starb er sechsundachtzigjährig.

Preußen.

Der siegreiche Ausgang der Wiener Revolution war, insofern er das Metternichsche System gestürzt hatte, von höchster Wichtigkeit für Deutschland, dessen Neugestaltung ohne jenes Ereignis kaum möglich zu sein schien. Aber ungleich wichtiger war die Art, wie in Berlin die neue Zeit sich äußerte. Vielleicht durfte man hoffen, es werde dort auch ohne Volkserhebung sich ein Umschwung vollziehen, der den König befähigte an Deutschlands Spitze zu treten. In der That war der größte Schritt zu diesem Ziele doch 1847 schon freiwillig von ihm gethan. Die Berufung des Vereinigten Landtags hatte Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingeführt und eine Volksvertretung geschaffen, mit deren Hilfe eine Verfassung, wie das Land sie wünschte, auf ordnungsmäßigem Wege ins Leben gerufen werden konnte. Es hing nur von dem Willen des Fürsten ab diesen Weg zu betreten, und konnte man nicht hoffen, daß die ernste Erwägung dessen, was die ersten Monate des Jahres 1848 gebracht, diesen Willensschluß herbeiführen würden? Leider besaß Friedrich Wilhelm IV. nicht die Unbefangenheit um durch rechtzeitige Zugeständnisse unberechtigten Forderungen zuvorzukommen. Die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hatte er mit der leidenschaftlichsten Teilnahme verfolgt, besonders die Ereignisse in der Schweiz. Den Radikalismus, welcher dort zur Herrschaft gelangt war, haßte er aus tiefster Seele; ganz Europa glaubte er gefährdet durch

Der König.

den Sieg einer Sekte, der er vorwarf wissentlich von Gott, vom Christentum, von allem bestehenden Recht abgefallen zu sein; und was schlimmer war, er stellte die deutschen Liberalen, diese Konstitutions- und Majoritätsanbetenden Schöpse und Intriganten, wie er sie in vertraulichen Briefen nannte, ohne weiteres auf eine Stufe mit den Schweizer Radikalen. Schon Ende 1847 war er fest überzeugt, daß eine allgemeine europäische Verschwörung bestehe, zu deren Genossen er unbesehen auch die „Heppenheimer Demagogen" rechnete. Sowenig es daher in seiner Absicht lag auf dem Wege, den er durch die Berufung des Vereinigten Landtages eingeschlagen, stehen zu bleiben, sowenig konnte er sich entschließen die Kluft zu überbrücken, die seine Absichten von den Wünschen der Tagesmeinung schied. Nur äußerer Zwang konnte ihn bewegen den Boden, welchen er als den historischen zu betrachten liebte, zu verlassen und den Pfad einzuschlagen, auf welchen der Liberalismus ihn zu drängen wünschte. Aber selbst so war eine friedliche Verständigung noch denkbar, wenn er die Ausbildung der Einrichtungen, die er begründet, nur schneller betrieb. Vom 17. Januar bis zum 7. März 1848 tagten in Berlin die Ausschüsse, welche der Vereinigte Landtag am 25. Juni gewählt hatte; ihre Aufgabe bestand in der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Als sie mit dieser Arbeit fertig waren, entließ sie der König mit einem Versprechen, dessen Ausführung noch vier Wochen früher ungeteilten Dank geerntet haben würde: er verhieß, bewogen durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, dem Vereinigten Landtage die regelmäßige Einberufung, welche dieser als sein Recht beanspruchte. Aber am 7. März genügte dieses Zugeständnis nicht mehr. Schon hatte die französische Umwälzung ihre Wirkungen in Süddeutschland geübt, und Berlin lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit auf jede Kunde eines neuen Sieges, den die Sache der Freiheit in dieser oder jener Hauptstadt des Südens errungen. Zu allem Überfluß trafen noch aus den rheinpreußischen Städten, aus Sachsen und Schlesien Nachrichten von Volksbewegungen ein. Alles beschränkte sich freilich vorerst noch auf Versammlungen und Adressen; aber auch das war ja schon etwas Unerhörtes und erweckte mit der lebhaftesten Teilnahme zugleich das Verlangen der Hauptstädter, nicht hinter der Provinz zurückzubleiben. An Männern, die voll Eifer für die gute Sache, aber auch voll persönlichen Ehrgeizes, dieses Verlangen nährten, fehlte es nicht. Mit etwas Leidenschaft und Beredsamkeit war es leicht, eine begeisterte Zuhörerschaft um sich zu sammeln und durch kräftige Schlagworte sich einen billigen Beifall zu erwerben. In unglaublich kurzer Zeit sah Berlin eine Menschenklasse wie Pilze aus der Erde hervorschießen, die es bis dahin noch nicht gekannt hatte, jugendliche Demagogen ohne Vergangenheit und Zukunft, die durch schönklingende Redensarten eine wohlfeile Berühmtheit und damit eine Belohnung fanden, die umsomehr lockte, je ärmer gerade die Hauptstadt an politischen Namen war, die angestrengter Arbeit und wirklichem Verdienste einen

Die Vereinigten Ausschüsse.

Gärung in Berlin.

volkstümlichen Klang verdankten. In Kaffeehäusern, Lesezimmern und Konditoreien nahm die Sache ihren Anfang; der Glückliche, welcher die neueste Zeitung zuerst eroberte, stieg auf Tisch oder Stuhl und las sie vor; an das Vorlesen knüpften sich ungezwungen erst einzelne Bemerkungen, dann umständlichere Betrachtungen, wohl gar Aufforderungen. Ein Zweiter redete — und unversehens war ein politischer Klub entstanden, der zwar gleich wieder zerrann, aber auch ebenso leicht in der nächsten Stunde sich erneuerte. Nachdem dies Treiben einige Tage gewährt hatte, befriedigte es nicht mehr; man verlangte, den Gesetzen zum Trotz, ordentliche Volksversammlungen, und da der Polizeipräsident von Minutoli Nachgiebigkeit für das beste Mittel hielt um Einfluß auf die Führer zu gewinnen, so konnte wirklich am 7. März bei den Zelten im Tiergarten eine Versammlung veranstaltet werden. Sie nahm den besten Verlauf; eine Adresse an den König wurde beschlossen, welche neben den üblichen Forderungen des Tages auch die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages erbat; ihre Überreichung an den Monarchen verhinderte Minutoli durch eine Besprechung mit den dazu gewählten Abgeordneten; es gelang ihm ohne Mühe sie zu bewegen ihren Auftrag durch Vermittlung der Stadtpost auszurichten. Die „hochverräterischen Judenjungen", wie die Vossische Zeitung die neu auftauchenden Größen kurzweg betitelte, waren noch lenksam und unsicher genug. Aber jeder Tag verstärkte ihre Stellung und ihr Selbstbewußtsein. Die verbindliche Haltung des Polizeipräsidenten, ein halbes Zugeständnis des Königs, der am 8. März das Ministerium beauftragte die Einführung der Preßfreiheit am Bunde mit Eifer zu betreiben, vor allem der steigende Besuch und die kühnere Sprache der Volksversammlungen, die nun alltäglich stattfanden, alles das gab den Führern einen Rückhalt und eine Bedeutung, die ihre kühnsten Erwartungen übertraf. Aber je mehr ihr Mut wuchs, desto leichter machten sie sich auch mit dem Gedanken einer wirklichen Umwälzung vertraut; unmerklich, aber unweigerlich wurden sie in Bahnen gedrängt, die wenige Tage zuvor sie noch mit unheimlichem Bangen erfüllt haben würden. Es fehlte nicht an Revolutionsmännern, die auf die Kunde dessen, was in Berlin sich vorbereitete, aus Frankreich, Polen und Süddeutschland herbeieilten und planmäßig auf den Umsturz hinarbeiteten; die Polizei wußte davon, konnte aber die Übelthäter nicht ausspüren, und selbst wenn sie ihrer Personen sich bemächtigt hätte, die Ideen konnte sie nicht verhaften. Der französische Gedanke eines Arbeiterministeriums tauchte auf und fand Beifall. Daß die begüterten und gebildeten Klassen sich scheu zurückhielten, daß die Stadtverordneten es ablehnten eine Adresse der Volksversammlung vom 9. März dem König zu überbringen, daß Offiziere und Hofleute mit Gesindel, Rackern und Lumpenpack um sich warfen und einen kleinen Aufstand, der blutigen Unterdrückung gewiß, mehr herbeiwünschten als fürchteten, erhöhte die Erbitterung. Man gewöhnte sich an die Vorstellung eines blutigen Zusammenstoßes. Als den gefährlichsten Gegner

Volksversammlungen.

Der Prinz von Preußen.

betrachtete man den Prinzen von Preußen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Königs diesen dadurch aus Berlin zu entfernen, daß er ihm den Oberbefehl über das Heer zuwies, welches er am Rheine aufstellen wollte. Friedrich Wilhelm glaubte nämlich fest, die französische Republik werde einen Eroberungskrieg gegen Belgien und Deutschland beginnen. Um das zu verhüten bemühte er sich eine feierliche Erklärung der vier Großmächte, daß sie mit vereinten Kräften sich jeder Gebietsverletzung widersetzen würden, zustande zu bringen; allein trotz seines eigenhändigen Briefes an die Königin Victoria wollte das englische Ministerium von einer solchen Verständigung nichts wissen. Umsomehr glaubte er Preußens eigene Macht für alle Fälle bereit halten zu müssen. Sein Bruder sollte sie befehligen. Schon war dieser Entschluß kein Geheimnis mehr und die Abreise des Prinzen vorbereitet, als der König Gegenbefehl erteilte. Die Behörden der Rheinprovinz hatten ihm mit grellen Farben die dortige Unzufriedenheit geschildert und erklärt, die Ankunft des unbeliebten Prinzen werde alles verderben. Aber sein Bleiben in Berlin verdarb noch viel mehr. Denn was konnte diese plötzliche Willensänderung anderes bedeuten, so fragte man sich, als den Entschluß in der Hauptstadt selbst es zum Bruch zu treiben und dem Prinzen hier, am entscheidenden Orte, die Leitung zu übertragen? Wirkungslos blieb es, daß der König gleichzeitig, am 14. März, ein paar entgegenkommende Schritte that, daß er den Vereinigten Landtag auf den 17. April einberief und ankündigte, er habe gemeinsam mit Österreich die deutschen Regierungen nach Dresden eingeladen um über die Umgestaltung des deutschen Bundes zu beraten. Weit mehr als darauf achtete man auf die kriegerischen Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin getroffen wurden, auf die Reiterschwadronen am Brandenburger Thor, die Truppen im Schloß und im Zeughaus, die Kanonen an verschiedenen Punkten der Stadt, auf die berittenen Gendarmen und Patrouillen, die Offiziere und Ordonnanzen, die geschäftig hin und her eilten. Es mehrten sich die Fälle, in denen Zusammenrottungen durch bewaffnetes Einschreiten auseinander getrieben wurden; auch einzelne Verwundungen und Tötungen kamen seit dem 13. März vor. Noch erhitzter wurde die Stimmung auf beiden Seiten als am 15. März die Nachricht von der Revolution in Wien einlief. Vor dem Schlosse und in dessen Umgebung sammelten sich große Menschenmengen; Kavallerie und Infanterie rückten an und jagten sie auseinander. Auch diesmal ging es noch ohne das ärgste ab; viel war dabei den menschenfreundlichen und schonenden Weisungen zu danken, welche der Kommandant von Berlin, General von Pfuel, erteilte. Am 16. und 17. blieb die Ordnung so ziemlich gewahrt. Der König war selbst von Potsdam nach Berlin gekommen und empfing eine Reihe von Abordnungen aus den Rheinlanden, Preußen und Schlesien, die ihn dringend um die Gewährung der Volkswünsche baten. Der Ernst der Lage blieb ihm nicht verborgen; er sprach sich gütig und verheißungsvoll aus und genehmigte wirklich in

Entgegenkommen des Königs.

Zusammenstöße.

Der 18. März.

der Nacht zum 18. einen Erlaß, welcher den Landtag schon auf den 2. April einberief und zugleich die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, die Schaffung eines deutschen Parlamentes und die Einführung konstitutioneller Regierungen in den Einzelstaaten als die Vorschläge bezeichnete, welche der König seinen Bundesgenossen machen werde. Der Eindruck dieses Erlasses war ein vortrefflicher. Bald nachdem er bekannt geworden, mittags gegen 2 Uhr am 18. März, zog das Volk in dichten Scharen vor das Schloß um den König jubelnd zu begrüßen. Dankend nahm dieser die Huldigung vom Balkon entgegen und zog sich dann in das Zimmer zurück. Das Volk aber blieb am Platze, hier und da wurde der Erlaß mit lauter Stimme verlesen, und die Aufforderung nunmehr nach Hause zu gehen, die erst der Minister von Bodelschwingh und dann der Offizier der Schloßwache erließ, fand keine Beachtung. Im Gegenteil, es ward der Ruf laut, das Militär solle sich aus dem Schlosse entfernen. Graf Arnim-Boytzenburg, der frühere Minister, eilte zum König um diesen dafür zu gewinnen. Plötzlich fielen zwei Schüsse; ungehört verhallte die Erklärung, daß die Gewehre zufällig losgegangen seien; in wilder Hast jagte die Menge auseinander, Verrat schreiend und Waffen fordernd. Noch wurde kein Widerstand geleistet, aber jeden Augenblick konnte er sich herausbilden. Ihn im Keime zu unterdrücken brachen die Truppen aus dem Schlosse hervor; eine Gewehrsalve erfolgte, Dragoner sprengten heran und hieben ein, Tote und Verwundete blieben auf dem Platze. Aber schnell wie der Angriff regelte sich der Widerstand. In verschiedenen Straßen wuchsen Barrikaden empor; die Waffenläden wurden geplündert, Steine auf die Dächer geschleppt, die Zwischenwände der Häuser durchbrochen um Verbindungswege im Inneren herzustellen. Studenten und junge Litteraten warfen sich zu Führern auf; Hunderte von Arbeitern, besonders aus der Borsigschen Maschinenfabrik, erschienen, mit Eisenstangen bewaffnet; ein erbitterter Kampf begann in der Umgebung des Schlosses. Alle Beschwichtigungsmittel scheiterten. Mit gellendem Hohn wurde die weiße Fahne begrüßt, die der König auf der langen Brücke mit der Inschrift: Mißverständnis! aufpflanzen ließ. Andererseits wies der Herrscher, freundlich aber fest, die Abgesandten zurück, die, von dem Bischof Neander und dem Buchhändler Reimer geführt, ihn um Zurückziehung der Truppen baten. An Pfuels Stelle erhielt der General von Prittwitz den Oberbefehl. So brach die Nacht herein, und trotz Ermüdung und Dunkelheit dauerte der Kampf fort. Schrittweise gewannen die Truppen Boden. Um Mitternacht beherrschten sie das ganze Stadtviertel zwischen den Linden und der Leipzigerstraße; ostwärts waren sie bis zum Alexanderplatze vorgedrungen. Trotz der begreiflichen Ermüdung der Soldaten standen die Sachen also sehr günstig, aber die Fortdauer des Kampfes am nächsten Tage war doch nicht ausgeschlossen. Um sie womöglich abzuwenden entschloß sich der König zu einem neuen versöhnlichen Schritt. Ein Aufruf: „An meine

Der 19. März.

lieben Berliner" wurde entworfen und am frühen Morgen verbreitet. In warmen Worten bat der Monarch die Bewohner seiner Hauptstadt sich nicht von einer Rotte fremder Bösewichte verleiten zu lassen; nur gezwungen hätten die Truppen von den Waffen Gebrauch gemacht; sobald die Barrikaden entfernt seien, solle auch das Militär zurückgezogen werden; mit seinen eigenen Bitten verbinde er die der liebreichen, leidend daniederliegenden Königin, der wahrhaft treuen Mutter und Freundin ihres Volkes. Allein für diese Sprache gab es kein Gehör mehr, seit der König mit Kanonenkugeln zu seinen lieben Berlinern geredet hatte. Auch gemäßigte Männer forderten zuerst die Zurückziehung der Truppen; nicht früher werde das Volk die Barrikaden räumen. Neue Abgesandte erschienen am Morgen des 19. im Schlosse, die Bürgermeister Krausnick und Naunyn, der Stadtrat Duncker und andere Männer von unzweifelhafter Ergebenheit. Der König fühlte sich erschüttert; nach einer langen Beratung erteilte er den Befehl die Truppen aus den Straßen auf das Schloß hin zurückzuziehen. Das Ministerium Bodelschwingh wurde entlassen; Graf Arnim-Boytzenburg, Alfred von Auerswald, Graf Schwerin bildeten ein neues Kabinett; die Bewaffnung der Bürger wurde zugestanden. Sobald diese Nachrichten bekannt wurden, entstand ein allgemeiner Jubel; ein übermütiges Siegesgefühl bemächtigte sich der Barrikadenkämpfer; daß die Truppen nicht nach dem Schlosse zu, sondern durch eine Mißdeutung des königlichen Befehles aus der Stadt hinaus sich zurückzogen, erhöhte die Zuversicht und das Behagen der Sicherheit. Die Massen wälzten sich zum Schloß, die Leichen der Erschlagenen mit sich führend. Ungestüm erscholl das Verlangen, daß der König sich zeige; zögernd erschien er am Arm der halbohnmächtigen Gemahlin und gezwungen durch den donnernden Ruf der Menge entblößte er sein Haupt die Opfer des Kampfes zu grüßen. Da begann eine Stimme den Choral: Jesus meine Zuversicht, das Volk fiel ein, und als das Lied geendet, zogen sich die Massen mit ihren Märtyrern zurück und das Königspaar begab sich wieder in den Palast. Der Rest des Tages verlief in leidlicher Ordnung; Handlungen der Rache kamen nur vereinzelt vor; der bestgehaßte Mann, des Königs Bruder Wilhelm, der Kartätschenprinz, wie das Volk ihn als den wahrscheinlichen Urheber des Eingreifens der Truppen nannte, hatte auf Befehl des Königs Berlin verlassen und sich über Hamburg nach London begeben; an seinem Palaste prangte in riesigen Kreidebuchstaben die Inschrift: Nationaleigentum. Abends strahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung. Der nächste Tag brachte die ersten Maßregeln des neuen Ministeriums: der König erteilte volle Begnadigung; im Triumphe wurden besonders die befreiten Polen, unter ihnen Mieroslawski, durch die Straßen geführt. Alle Wachtposten in der Stadt und im Schlosse wurden von der Bürgerwehr, die sich unter Minutolis Befehl gestellt, und von den Studentenkorps bezogen. Noch tauchten von Zeit zu Zeit ängstliche Gerüchte auf: der König sollte auf Flucht sinnen, der Prinz von Preußen mit rus-

Ministerium Arnim.

Die Leichen im Schloßhof.

Die Begnadigung.

sischen Truppen heranziehen. Um das wankende Vertrauen zu befestigen veranlaßten seine Ratgeber den König zu einer neuen Kundgebung. Am Morgen des 21. März erschien eine Ansprache der Minister an „die deutsche Nation". Zur Rettung Deutschlands habe sich der König an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt; mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmückt werde er sich dem Volke zeigen, als konstitutioneller Fürst, als Führer des gesamten deutschen Volkes, als der neue König der wiedergeborenen deutschen Nation. Und wirklich durchritt der Monarch, umgeben von Prinzen, Ministern und Generalen, mit schwarzrotgoldenem Bande geschmückt, unter Vorauftragung des schwarzrotgoldenen Banners, um Mittag die Straßen der Hauptstadt. Wo sich Volksmassen oder Körperschaften ihm entgegenstellten, hielt er an und sprach zu ihnen in gewichtigen schwungvollen Worten. Die Begrüßung als Kaiser von Deutschland lehnte er ab: Ich will mir nichts anmaßen, ich will keine Krone; ich habe nur gethan was schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, sich an die Spitze des Volkes stellten. Was er so hier und da den einzelnen gesagt, verkündete er abends durch eine Ansprache dem ganzen Volke: Ich übernehme heute die Leitung für die Stunde der Gefahr; mein Volk wird mich nicht verlassen und Deutschland mit Vertrauen sich mir anschließen; Preußen geht fortan in Deutschland auf. Die Berliner wurden durch diese Vorgänge lebhaft gepackt; was die Minister erstrebten ward wirklich erreicht; die Stimmung beruhigte sich und das Verhältnis der Massen zu ihrem Könige gewann wieder eine gewisse Innigkeit; auch das Volk erteilte Verzeihung. Am nächsten Tage, dem 22. März, sollte mit den Leichen der Gefallenen aller Groll und Haß in die Gruft gesenkt werden. In feierlichem Zuge wurden die 183 Särge von der Neuen Kirche auf dem Gendarmenmarkte am Schlosse vorbei in den Friedrichshain getragen; entblößten Hauptes zwischen gesenkten Trauerfahnen ließ der König sie an sich vorüberziehen, während die Glocken von allen Thürmen der Stadt erklangen und auf dem Opernplatze der Domchor ein ergreifendes Trauerlied sang. Über dem Grabe sprach der Bischof Neander den Segen. Der wilde Sturm war vorübergebraust, und körperliche wie geistige Ermattung begünstigte den weihevollen Akt, der soviel Irrungen und Leidenschaft in die Tiefe senkte.

Der Ritt durch Berlin.

Das Leichenbegräbnis.

Gegenüber den Ereignissen in der Hauptstadt konnten die revolutionären Zuckungen in den Provinzen keine Bedeutung beanspruchen. Die übrigen deutschen Staaten hatten ihre März-Revolutionen vor Berlin gehabt, und so war überall in Deutschland binnen wenigen Wochen eine neue Ordnung der Dinge angebrochen: es galt jetzt sie im einzelnen auszubauen und das schützende Dach zu errichten, welches alle deutschen Stämme schirmen sollte. Nur ein Gau des Vaterlandes vollzog seine Erhebung erst nach der preußischen Hauptstadt, die deutsche Nordmark Schleswig-Holstein. Der Tod Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die neue Verfassung, welche sein Sohn Friedrich VII. am

Schleswig-Holstein.

28. verkündete, hatten die Bevölkerung zwar längst in lebhafte Erregung versetzt; aber erst um die Mitte des März nahm diese, ermutigt durch die Vorgänge im übrigen Deutschland, festere Formen an. Eine Altonaer Adresse vom 15. März forderte die Aufnahme Schleswigs in den Bund, die Gewährung einer schleswigholsteinischen Verfassung und ein deutsches Parlament. Schnell verbreitete sich dieses Programm durch das Land. In freier Zusammenkunft zu Rendsburg beschlossen am 18. März etwa 70 von den 82 Ständemitgliedern der beiden Herzogtümer unter Wilhelm Beselers Vorsitz dem König durch eine Deputation dasselbe Verlangen vorzutragen. Mit dem Dampfboot, das am 23. in Kiel eintraf, erwartete man die erste Nachricht von dem Erfolg dieses Schrittes. Statt dessen kam die Kunde von einem Ministerwechsel in Kopenhagen. Auch das dänische Volk war in die revolutionäre Strömung hineingerissen und ganz naturgemäß richtete sich auch bei ihm alle Leidenschaft auf die Erreichung der nationalen Wünsche, die den deutschen geradezu entgegenstanden. Die eiderdänische Partei war ans Ruder gekommen, Orla Lehmann, Bischof Monrad, Tscherning nahmen die Ministerstühle ein und die Herzogtümer hatten sich auf das äußerste vorzubereiten. Da faßten die Führer der deutschen Partei einen kühnen Entschluß. Unter dem Vorgeben, daß der König infolge der Kopenhagener Unruhen seiner Freiheit beraubt sei, bildeten sie in der Nacht zum 24. März unter Beselers Vorsitz eine vorläufige Regierung, welcher Prinz Friedrich von Augustenburg-Noer, Graf Reventlow-Preetz, Bankier Schmidt, später auch Th. Olshausen und Bremer angehörten. Die Stadt Kiel und die Truppen in derselben erklärten sich für sie; an der Spitze eines Jägerbataillons eilte der Prinz von Noer nach Rendsburg und bemächtigte sich ohne Kampf der Citadelle; in 24 Stunden war ganz Holstein für die neue Regierung eingetreten. Der nächste Tag brachte zwei wichtige Briefe, beide vom 24. datiert. In dem einen erklärte der König von Dänemark, daß er weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe Schleswigs Eintritt in den deutschen Bund zu gestatten, sondern entschlossen sei dessen „Unabhängigkeit" mit den Waffen zu verteidigen; in dem anderen erkannte Friedrich Wilhelm IV. die drei Grundsätze des schleswigholsteinischen Staatsrechtes — Selbständigkeit gegenüber Dänemark, Untrennbarkeit und männliche Erbfolge — unumwunden an und versprach dem nächstberechtigten Erben, Herzog Christian von Augustenburg, seinen und des Bundes Schutz. Auch machte er dies Versprechen sogleich wahr, indem er die Truppen, die aus Berlin hatten abziehen müssen, nach Holstein schickte und den Bund sowie die Regierungen des zehnten Bundeskorps (Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte) zu unverweilter Hilfeleistung antrieb. Auch die vorläufige Regierung hatte sich inzwischen nach Frankfurt gewandt, die Aufnahme Schleswigs in den Bund verlangt und schleunigen Beistand erbeten. Der Bundestag war durchaus nicht in der Lage diese Forderungen abzuschlagen; für die Einmütigkeit,

Vorläufige Regierung.

Preußische Hilfe.

Der Bundestag.

mit welcher ganz Deutschland die Sache der Herzogtümer zu der seinen machte, legte gerade in diesen Tagen auch das Vorparlament Zeugnis ab, indem es die unverzügliche Aufnahme Schleswigs forderte. Am 4. April hatte sich die Bundesversammlung noch damit begnügt Preußen und die Staaten des 10. Armeekorps zum Schutze der Rechte Holsteins in seinen Beziehungen zu Schleswig aufzufordern; schon am 12. April verlangte sie den Eintritt Schleswigs in den Bund, unbeschadet übrigens der Rechte Friedrichs VII. Der dänische Gesandte verließ darauf die Sitzung, und der Krieg, der zwischen den Dänen und der vorläufigen Regierung schon seit ein paar Tagen entbrannt war, wurde nun von Preußen im Namen des Bundes aufgenommen.

Friedrich Wilhelm IV.

Diese Handlungsweise Friedrich Wilhelms IV. trug unzweifelhaft dazu bei ihm die Gemüter der gemäßigten Parteien auch außerhalb Preußens wieder geneigter zu machen; aber von wirklich befestigtem Vertrauen zu ihm konnte man doch nirgends reden. Der König hatte die lebhafte Zuneigung, die ihm bei seinem Regierungsantritt entgegenkam, zu wenig gerechtfertigt, als daß man jetzt seinen Worten leicht Glauben geschenkt hätte; er war von den Stürmen der Märztage wie ein schwaches Rohr hin und her gebeugt worden und bot keine Gewähr, daß er bei seiner jetzigen Rolle verharren werde. Der theatralische Ritt durch die Straßen Berlins, die Übernahme der Führerschaft für die Stunde der Gefahr, die Demütigung der fürstlichen Majestät vor dem Pöbel der Hauptstadt, alles das erweckte in Süddeutschland mehr Abneigung und Spott, als man in Preußen ahnte. Den neuen Ratgebern des Königs fehlte es freilich auch im übrigen Deutschland nicht an Freunden; befanden sich unter ihnen doch die gefeiertesten Namen des Vereinigten Landtags. Graf Arnim-Boytzenburg, der am 19. März an die Spitze der Regierung gerufen war, räumte diesen Platz nämlich schon am 29. dem Präsidenten der Handelskammer zu Köln, Camphausen, ein; neben diesem standen Hansemann, Alfred von Auerswald, Schwerin, Heinrich von Arnim, Bornemann und der General von Reyher, der als interimistischer Kriegsminister schon am 1. April einzelne Truppenteile nach Berlin zurückkommen ließ. Als verantwortliches Ministerium traten sie dem Vereinigten Landtag gegenüber, der am 2. April noch einmal sich versammelte um ein Wahlgesetz zu genehmigen, welches allen unbescholtenen Preußen, die das 24ste Lebensjahr vollendet hatten, das Recht der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung verlieh. In einer Adresse ward dem König die Freude und der Dank für seine Zugeständnisse ausgesprochen; nur zwei Männer weigerten sich dieser Erklärung beizutreten, der eine von ihnen Otto von Bismarck, der nicht mit einer Lüge aus dem Vereinigten Landtag scheiden wollte, und wenn er auch die Vergangenheit als begraben anerkannte und zugab, daß keine menschliche Macht sie wieder erwecken könne, nachdem die Krone selbst die Erde auf den Sarg geworfen, doch keine Freude und keinen Dank heucheln wollte für das, was ihm mindestens als ein unglück-

Ministerium Camphausen.

Der Vereinigte Landtag.

licher Weg erscheine. Wohl gab es in dem Vereinigten Landtag Männer genug, die gerade so wie Bismarck dachten, und ebendeshalb entbehrte diese Versammlung jetzt alles moralischen Gewichtes; aber durch feigherziges Schweigen wurde dieser Übelstand nicht gehoben, sondern nur verschlimmert. Auch ein Fehlgriff der Regierung trug noch dazu bei die letzten Stunden des ersten preußischen Parlamentes herabzuwürdigen. Ein Beschluß des Bundestages hatte es am 30. März den Einzelstaaten freigestellt, in welcher Weise sie die Wahlen zum Parlamente anordnen wollten, und nur das eine bestimmt, daß auf je 70 000 Einwohner ein Vertreter kommen solle. Infolgedessen veranlaßte der König das Ministerium den Vereinigten Landtag zur Vornahme dieser Wahlen aufzufordern. Allein kaum waren sie vollzogen, so änderte der Bundestag am 7. April seinen Beschluß und ordnete die Wahl je eines Abgeordneten auf 50 000 Einwohner und zwar durch unmittelbare Volkswahl an, wie das Vorparlament es gefordert hatte. Dem preußischen Ministerium blieb unter solchen Umständen nichts übrig als die vollzogenen Wahlen für ungültig zu erklären und dies dem Vereinigten Landtage anzuzeigen. Es geschah in der letzten Sitzung desselben, am 10. April. Mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium, dem unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der künftigen Nationalversammlung ein Kredit bis zu 20 Millionen Thaler eröffnet wurde, ging der Landtag auseinander.

Das Vorparlament.

Weit mehr als seinen Beratungen hatte sich die Teilnahme des deutschen Volkes dem Vorparlamente zugewandt, das vom 31. März bis zum 4. April 1848 unter dem Vorsitz des Heidelberger Juristen Mittermaier in Frankfurt tagte. Willkürlich zusammengesetzt aus denjenigen Mitgliedern deutscher Ständeversammlungen, welche der Einladung des Siebener-Ausschusses gefolgt waren, verstärkt durch besonders Geladene, die sich vorzugsweise des öffentlichen Vertrauens erfreuten, besaßen diese 5—600 Männer ebenso großes moralisches Ansehen wie geringe juristische Berechtigung. Selbst die ungleiche Beteiligung der verschiedenen Stämme, das starke Übergewicht der benachbarten Darmstädter und Badener, das gänzliche Fehlen der Österreicher, als deren Vertreter sich nur ein Litterat und ein württembergischer, auch in dem Kaiserstaate begüterter Standesherr auffinden ließen, schadete der Versammlung nichts. Die wichtigsten Beschlüsse, welche sie faßte, wurden vom Bundestage sofort anerkannt: Schleswig, Ost- und Westpreußen, die deutschen Teile des Großherzogtums Posen wurden in den Bund aufgenommen, die Zahl der Abgeordneten zum Parlamente von etwa 440 auf 605 erhöht, das allgemeine Stimmrecht zugestanden; die Bundesgesandten, welche bei den Ausnahmegesetzen mitgewirkt hatten, forderten ihre Entlassung, diese Gesetze selbst wurden am 2. April aufgehoben und ein Ausschuß von 50 Mitgliedern, welchen das Vorparlament schließlich wählte, vom Bundestag und den Regierungen anerkannt. An der Spitze dieses Ausschusses stand Soiron aus Mannheim, auf dessen Antrag das Vorparlament

jede Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands abgelehnt und „einzig und allein", also mit Ausschluß der Regierungen, der Nationalversammlung überwiesen hatte; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Jacoby, Simon, Blum, Venedey gehörten zu seinen Mitgliedern; die radikalen Republikaner wie Hecker und Struve hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Szenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die Versammlung sich für permanent erklären solle, ward mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch gereizt und bei allen folgenden Abstimmungen geschlagen, verließen sie 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen jetzt mit anderen Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die konstitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in fieberhafter Aufregung erhalten; im Elsaß und an der Schweizer Grenze standen Tausende von deutschen Arbeitern bereit um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshilfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bayerische und württembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken ermutigte die Republikaner den Augenblick zu nützen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden" Truppen ankündigten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete Fickler wurde freilich durch Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben abreisen wollte; auch mißlang es den anderen, wie Struve und Hecker, sich Donaueschingens zu bemächtigen, da ihnen der württembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Bayern unter Baligand gegen Konstanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Konstanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirektor Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Bayern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstage, dem 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber der vergebliche

Republikanischer Aufstand in Baden.

Versuch kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von mehreren Kugeln getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Mutlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Siegel geführt, nach Freiburg, wo zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, zerstreute die Angreifenden und zog am Ostermontag in die verbarrikadierte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog auch den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermutet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Württemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schar an Gefangenen, während er selbst mit Hilfe seiner Frau entkam. Auch im Norden des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, Offenburg, Mannheim war es zu Unruhen gekommen, die aber schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf Schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegenteil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bayerischen und württembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Heckersche Lager, so daß der Bundestag Anfang Juli auf Verlangen Bayerns und Württembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnisgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses alles an um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im badischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in Schlesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so waren die schlesischen rein sozialer Natur und wurden meist durch das Versprechen der Edelherren die Reste der Hörigkeit von ihren Bauern zu nehmen beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen Volk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Begeisterung den Deutschen ferner als eine Gewaltherrschaft über die Polen zu üben und deren Nationalität zu unterdrücken. Die Berliner hatten Mieroslawski und seine Genossen vom 46er Aufstande fast wie Helden eigenen Stammes begrüßt, als sie am 20. März befreit das Gefängnis verließen. Unter den Beschlüssen des Vorparlamentes prangten die Sätze, daß die

Aufstand in Posen.

Teilung Polens ein schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung eine heilige Pflicht auch des deutschen Volkes sei. Die polnischen Flüchtlinge, die aus Frankreich und der Schweiz in die Heimat zurückzogen, empfingen überall von Bürgern und Behörden Zeichen der Teilnahme und Förderung. Aber bald kühlte sich die Schwärmerei doch ab; auch die eifrigsten fanden, daß die Polen es gar zu arg machten, wenn sie sich nicht damit begnügten ihr eigenes Volkstum zu sichern, sondern alsbald auch die Herrschaft über die Deutschen beanspruchten. Nicht einmal die nächsten Schritte der Regierung, welche schon am 24. März sich äußerst bereitwillig erklärt hatte, wartete Mieroslawski ab, sondern begann sofort den Aufstand, der von den Sensenmännern mit blutiger Grausamkeit geführt, von den Deutschen mit nicht minderer Leidenschaft bekämpft wurde. Eine gewisse Beschwichtigung, die General Willisen am 11. April durch die Aussonderung des rein polnischen Teiles der Provinz erzielte, hielt nicht lange vor, weil die Regierung den Einschluß der Festung Posen in den deutschen Teil anordnete. Willisen aber mußte sich von den Konservativen, als deren Wortführer Bismarck in der Presse auftrat, den Vorwurf nicht bloß der Schwäche sondern auch einer mehr polnischen als deutschen Gesinnung gefallen lassen. Als der Aufruhr darauf mit erneuter Kraft begann, entschloß man sich in Berlin Ernst zu zeigen. General Pfuel griff die Aufständischen kräftig an; am 29. und 30. April kam es bei Xions und Mieloslaw zu heftigen Kämpfen; das Kriegsgesetz wurde verkündet; am 9. Mai mußte der größte Teil der Polen bei Bardo sich ergeben und Mieroslawski den Oberbefehl niederlegen; am 13. Mai wurden die letzten Scharen bei Exin geschlagen. Ein sehr weitgehendes Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeitsliebe blieb auch jetzt noch dem deutschen Liberalismus den Polen gegenüber eigen, und die Überzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreiches die beste Schutzmauer gegen Rußland schaffen werde, wurzelte tief; aber vor den äußersten Anwandlungen schwächlicher Gutmütigkeit war man doch durch die Erlebnisse der letzten Wochen gefeit, und mehr als sie ahnen mochten, hatten die Polen ihrer Sache durch die eigene Unbändigkeit geschadet.

Verfassungsentwürfe.

Mittlerweile war das deutsche Volk überall zu den Wahlurnen geschritten um Vertreter für sein Parlament zu wählen, und Berufene wie Unberufene hatten ihren Scharfsinn erschöpft um Vorschläge für die Grundlagen der künftigen Reichsverfassung auszusinnen. Unmittelbar betraut mit dieser Aufgabe waren jene 17 Vertrauensmänner, welche dem Bundestag auf seinen Wunsch beigegeben waren und am 30. März ihre Thätigkeit begonnen hatten. Als Leitfaden mußten sie die Beschlüsse des Vorparlaments betrachten, das bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet hatte. Allein über die schwierigste Frage, über die Gestaltung der deutschen Centralgewalt, war von jenem keine Meinung geäußert. Den Siebzehnern schien es wünschenswert sofort eine vorläufige Behörde zu schaffen, die statt des

ungelenken Bundestages mit dem Parlamente verhandeln könne und zu der je ein Bevollmächtigter von Österreich, von Preußen und — auf Bayerns Vorschlag — von den übrigen Staaten zu ernennen sei. Gegen diesen Gedanken erhoben aber die Fünfziger so lebhaften Einspruch, daß er trotz der Zustimmung des Bundestages unausgeführt blieb. Die Vorlage, welche dem Parlamente gemacht werden sollte, auszuarbeiten übertrugen die Siebzehner Dahlmann. Tief durchdrungen von der Notwendigkeit dem neuen Reiche ein erbliches Oberhaupt zu geben, schlug dieser die Erneuerung des Kaisertums vor, als dessen Träger er sich nur den preußischen König denken konnte. Aber nicht einmal alle seine Kollegen, die für den Entwurf stimmten — und es waren nur 8, während 4 sich des Stimmens enthielten — teilten diese Neigung für Preußen; manche waren unentschieden, manche unbedingt für Österreich. Gegen die Erblichkeit erklärte sich besonders Uhland, der alle fünf Jahre eine neue Kaiserwahl forderte. Am 26. April überreichten die Siebzehner den Entwurf dem Bundestage, der ihn veröffentlichte und damit eine allseitige Kritik herausforderte. Die gewichtigsten Urteile freilich wurden nur in vertraulichen Briefen an Dahlmann gefällt. Da sprach es Friedrich Wilhelm IV. unverhohlen aus, daß er die Kaiserkrone nicht wolle, solange Österreich nicht unwiderruflich zurückgetreten sei; gern würde er unter dem römisch-teutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg die Würde eines Königs der Teutschen annehmen, wenn die Wahl der Fürsten auf ihn falle; im Dom von Köln gekrönt, vom Kaiser bestätigt, von dem Primas Germaniae, dem (protestantischen) Erzbischof von Magdeburg, gesalbt, so wolle er gern als von Gott geordnete Obrigkeit das Schwert des Reiches führen. Auch mit dem Titel eines Reichs-Erzfeldherrn war er zufrieden; er dachte sich das Reich in militärische Herzogtümer geteilt, Bayern und Franken, Schwaben und Rhein (Hessen), Ober- und Niedersachsen, dazu vier preußische und vier österreichische, die zehn ersten unter seinem Befehl. Der Fürstenrat, den er sich zur Seite sehen wollte, sollte nach Regensburger Art in Bänke geteilt sein, und das Ganze war wenig mehr als eine poetisch-phantastische Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen, in denen mühsam für Preußen ein leidlich ehrenvoller Platz geschaffen war. Ganz anders faßte der verrufene Reaktionär, der Prinz von Preußen, Dahlmanns Entwurf. Er begrüßte ihn aus seiner Verbannung in London ob seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als eine großartige Erscheinung, bekannte sich unumwunden zur Erblichkeit der Kaiserwürde und zeigte auch in den Ausstellungen, die er machte, ebenso viel nüchtern politische Klugheit, wie sein Bruder verworren romantische Schwärmerei. Mit vollem Rechte — und Dahlmann erkannte das selbst bereitwillig an — verlangte er z. B., daß die Fürsten, welche nach dem Entwurf mit etwa 160 teils gewählten, teils ernannten Reichsräten zusammen ein Oberhaus bilden sollten, aus diesem ausgeschieden werden und zu einem Fürstenkollegium (oder Bundesrat) zusammentreten müßten. In diesem

Dahlmann.

Friedrich Wilhelm.

Der Prinz von Preußen.

Prinz Albert.

Punkte traf seine Ansicht mit der des Prinzen Albert, Gemahls der Königin Victoria, zusammen, der selbständig einen Verfassungsentwurf ausarbeitete und einflußreichen Männern zuschickte; aber daß er, darin Uhland nahestehend, den Kaiser nur auf zehn Jahre wählen lassen wollte, daß er das Parlament durch Wahlen der Einzellandtage zu bilden empfahl, diese und ähnliche Ideen machten seinen Vorschlag von vornherein aussichtslos. Nicht besser stand es mit einem Entwurfe der bayerischen Regierung, der als Centralbehörde ein Direktorium schuf, in dessen Vorsitz von sechs zu sechs Jahren Österreich, eine norddeutsche und eine süddeutsche Regierung wechseln sollten. Bei dieser Fülle der verschiedenartigsten Gesichtspunkte war eine Verständigung auf gütlichem Wege überhaupt nicht, am wenigsten aber bis zu dem nahe bevorstehenden Zusammentritt des Parlaments möglich, und als der 18. Mai, der Tag der Eröffnung, herankam, war von einem Programm, über das sich die Regierungen oder die öffentliche Meinung geeinigt, entfernt nicht die Rede. Infolgedessen stand das Parlament um so unabhängiger, aber auch um so verantwortungsvoller da; ihm lag es jetzt ob das entscheidende Wort zu sprechen, und so schnell zu sprechen, daß weder der Partikularismus in den Einzelstaaten sich vorher aufraffen, noch eine freiheitsfeindliche Reaktion ihr Haupt erheben konnte. Beide Gefahren waren eng miteinander verbunden und jede schon für sich nicht gering zu schätzen. Der erste Sturmlauf der Revolution war Mitte Mai in ganz Deutschland vorüber, die Gegenwirkungen begannen merkbarer zu werden; mit dem Erstarken der Regierungen wuchs der Widerstand, den sie der Unterordnung unter die künftige Reichsgewalt und den Beschlüssen des Parlamentes zu leisten wünschten; und gerade in dem Staate, auf welchen am meisten ankam, in Preußen, trat fast gleichzeitig mit dem deutschen Reichstag die neugeschaffene Landesvertretung zusammen, die zu groß und einflußreich war um sich der Frankfurter Versammlung gegenüber untergeordnet zu fühlen und die deshalb das preußische Sonderbewußtsein und damit die Schwierigkeiten der deutschen Verfassungsfrage wesentlich vermehrte. Nur wenn die preußische Führung der leitende Gedanke des Frankfurter Parlamentes wurde, durfte dieses hoffen mit dem Berliner in gutem Einvernehmen zu bleiben; dahin drängte also unbedingt die politische Klugheit. Es riet dazu überdies auch die Lage Österreichs, das zu einer hindernden Einmischung augenblicklich ganz unfähig war. Das Frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Der bayerische Entwurf.

Die Revolution in Österreich und Italien.

Die Zustände in Österreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen geraten war. Italiener, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht

Ministerium Pillersdorf.

einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde bald der Freiherr von Pillersdorf, nicht etwa, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur infolge des liberalen Rufes, den er sich früher erworben hatte. Kolowrat, der anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich schon am 3. April 1848 zurückziehen; Ficquelmont, der ihn ablöste, und mehrere seiner Kollegen folgten binnen vier Wochen diesem Beispiel, zum Teil durch Katzenmusiken und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die politische Presse, die vor dem März in der Hauptstadt nur durch ein amtliches und ein halbamtliches Blatt vertreten war, seitdem sich aber durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigt hatte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; Nationalgarde und Studenten führten das große Wort, nnd die Versammlungen in der Aula, die Bürgerkomités und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralkomité vereinigten, traten vor dessen Einfluß und Ansehen die kaiserlichen Behörden in tiefen Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralkomités veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes" aussprach. Gegen Ende April hatte Pillersdorf einen kühnen Anlauf genommen und am 25. einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwickelung die Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielgelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden mit dem Wahlgesetz, unzufrieden vor allem damit, daß die Verfassung vom Kaiser erlassen und nicht von einer konstituierenden Versammlung beschlossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministerium sich stark genug die Zügel straff anziehen zu können; es versuchte durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers der Nationalgarde, das Centralkomité aufzulösen. Aber das verschlimmerte die Lage nur. Während die Minister am 15. Mai in der Burg eine Sitzung hielten, strömte der Pöbel vor und in dem Gebäude zusammen und erzwang nicht nur die Rücknahme des Tagesbefehles, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April und die Berufung einer Konstituante. Voll Scham über ihre eigene Schwäche reichten die Minister darauf ihre Entlassung ein, nahmen sie jedoch um der Sicherheit des Thrones und des Herrscherhauses willen, wie sie amtlich in der Wiener Zeitung erklärten, wieder zurück und blieben einstweilen im Amte. Dem Kaiser war es unter solchen Umständen nicht zu verargen, wenn er sobald wie möglich seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren wünschte; da er aber nicht wagen durfte dies offen anzukündigen, so benutzte er eine Spazierfahrt nach Schönbrunn am

Das Centralkomité.

Der Verfassungsentwurf.

Der 15. Mai.

Der Kaiser nach Innsbruck.

Abend des 17. Mai um — ohne dem Ministerium oder dem Hofstaate vorher etwas davon mitzuteilen — mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger und dessen Familie nach Innsbruck zu entfliehen. Der erste Eindruck, den dieses Ereignis bei den Wienern hervorrief, war Bestürzung und Scham; der Versuch, den Tuvora, Häfner und andere Zeitungsdemagogen machten in den Vorstädten die Republik auszurufen, endete damit, daß sie selbst vom Volke verhaftet wurden und kaum dem Tod am Strick entgingen. Selbst das Centralkomité sah sich veranlaßt sein volles unerschütterliches Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums auszusprechen, und Abgesandte aller denkbaren Körperschaften, Stände und Vereine gingen nach Innsbruck ab um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Diese günstige Stimmung schnell zu benutzen besaß Pillersdorf nicht die nötige Entschlossenheit; erst nach mehreren Tagen fand er den Mut zu einem Schritte, der im ersten Augenblicke von Erfolg hätte sein können: die Studentenlegion wurde aufgefordert ihre Waffen abzuliefern. Allein jetzt war die Niedergeschlagenheit und Betäubung bereits von der Bevölkerung gewichen; an dem bestimmten Tage, dem 26. Mai, erhoben sich von neuem die Barrikaden in den Straßen, die Arbeiter kamen den Studenten zu Hilfe, und ohne ernstlichen Kampf wurden die Minister abermals zum Nachgeben gezwungen. Kleinmütig gewährten sie die Fortdauer der Studentenlegion, erkannten den Bürgerausschuß, der sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wahrung der Rechte des Volkes bildete, als unabhängig von jeder anderen Behörde an und luden auf dessen Schultern zugleich die volle Verantwortung für die öffentliche Sicherheit ab, unbekümmert darum, daß sie sich selbst damit zu willenlosen Werkzeugen dieses aus 200 Männern bunt zusammengewürfelten Haufens und seines Vorsitzenden, des Doktor Fischhof, erniedrigten.

Der 26. Mai.

Der Bürgerausschuß.

Da eine Centralregierung von dieser Beschaffenheit außerhalb Wiens erst recht jeder Macht entbehrte, hatte die Bewegung in den Provinzen ihren Gang genommen ohne von der Hauptstadt aus beeinflußt zu werden. Dies war um so bedenklicher, als fast alle Nationalitäten des Kaiserstaates nicht bloß nach Erweiterung ihrer politischen Freiheiten, sondern mehr noch nach provinzieller Selbständigkeit trachteten, ja wohl gar wie die Italiener und Magyaren auf völlige Losreißung von Österreich sannen. In dem ungarischen Reichstage freilich fanden sich immer noch zahlreiche gemäßigte und konservative Männer vor; aber in den Ausschüssen und Klubs der Hauptstädte Ofen-Pest, vor allem in dem Sicherheitskomité, das schnell auch auf dem Lande zu Einfluß gelangte, herrschten die radikalsten Ansichten. Nur dadurch, daß er diesen möglichst gerecht wurde und sich fast willenlos von Kossuth leiten ließ, behauptete der Reichstag noch sein Ansehen. Als die Abordnung, welche er am 15. März nach Wien geschickt, von dort nur mit allgemein gehaltenen Zusagen zurückkam, antwortete die Landesvertretung darauf sofort mit einer ganzen Flut von liberalen Reformen. In dem Ministerium,

Ungarn.

Ministerium Batthyanyi.

welches der Palatin Stephan am 22. März bildete, saßen allerdings unter Batthyanyis Präsidium auch konservative Männer wie Esterházy und Széchenyi; allein neben Eötvös und Deak hatte auch Kossuth seinen Platz darin gefunden. Und doch war dieses Ministerium stark genug um durch die Drohung mit seinem Rücktritt den Palatin und den Kaiser zu jedem Zugeständnis zu bewegen; denn sein Rücktritt wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung der Revolution gewesen. Ich bin nur ein einfacher Bürger, durfte Kossuth im Reichstage sagen, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch kann ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden über das Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg. Als der Reichstag am 10. April geschlossen wurde um einem neuen, auf demokratischer Grundlage gewählten Platz zu machen, bestätigte der Kaiser die sämtlichen 31 Gesetze, die in dieser Sitzung entstanden waren, und wahrte nur den Anspruch des Gesamtstaates auf Ungarns Verpflichtung seinen Teil der Schulden zu tragen.

Schluß des Reichstags.

Kroatien.

Auch in den Nebenländern der Stefanskrone schlug die allgemeine Aufregung hohe Wellen. In Kroatien erhoben Gaj und die Nationalpartei schon im März so laut ihre Stimme, daß die Regierung der ersten Forderung, die sie stellten, gerecht wurde, ehe noch die Abgesandten, welche sie vorbringen sollten, in Wien eingetroffen waren: sie bestand in der Ernennung des Obersten Jellatschitsch zum Banus von Kroatien. In der That hätte sich eine bessere Wahl gar nicht treffen lassen; denn Jellatschitsch verband bei großer persönlicher Tüchtigkeit unbedingte Treue gegen den Kaiser mit wohlverdienter Beliebtheit unter seinen Landsleuten. Um so verhaßter war er den Magyaren, die in seiner Ernennung eine Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn erblickten und sofort in Zank mit dem neuen Banus gerieten. Die Gelüste der Kroaten sich von der Stefanskrone abzulösen waren ja längst bekannt und mußten jetzt doppelt gefährlich erscheinen. Auch in Serbien und Siebenbürgen erhoben die Feinde der Magyaren das Haupt. Dort beschloß im Mai eine große Versammlung in Carlowitz die Errichtung einer Nationalregierung und den Anschluß der Woiwodschaft an das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien; in Siebenbürgen regten sich vor allem die verachteten Walachen, die trotz ihrer Überzahl neben den Magyaren und den Sachsen keine politische Stellung besaßen. Eine Massenversammlung in Blasendorf — bis zu 40 000 wurde die Zahl ihrer Teilnehmer geschätzt — verlangte die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen; aber weder die Ungarn und Szekler noch die Sachsen hatten Lust diese gerechte Forderung zu unterstützen; ja die Sachsen zogen es vor in die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn zu willigen um nur das Aufkommen der mißachteten und rechtlosen Walachen zu erschweren. Wie wenig aber diese „Union", welche der Klausenburger Landtag am 30. Mai beschloß und die der Kaiser umgehend bestätigte, den Wünschen der meisten Landesbewohner entsprach, verriet auch das ungarische Ministerium dadurch, daß es den Baron Nikolas Vay zur Unterdrückung

Jellatschitsch.

Woiwodina.

Siebenbürgen.

aller „Aufreizungen und hinterlistigen Feindseligkeiten“ nach Siebenbürgen entsandte.

In dem nördlichen Grenzlande Ungarns, in Galizien, waren die Revolutionsmonate ziemlich ruhig verstrichen. Der Statthalter Graf Stadion hielt die Zügel in fester Hand, der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen, Katholiken und Griechen, wirkte lähmend ein und auch die Erinnerung an den furchtbaren Bauernaufstand von 1846 schreckte den Adel von gewagten Schritten zurück. Ein Empörungsversuch, der in Krakau am 26. April gemacht wurde, endete mit der Beschießung und schnellen Unterwerfung der Stadt. Galizien.

Um so lebhafter war die Bewegung in Böhmen geworden. Die Bewohner von Prag waren den Wienern sogar noch vorangegangen. Am 11. März hatten tschechische Patrioten eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher sie Gleichstellung mit den Deutschen und Vereinigung des böhmischen, mährischen und schlesischen Landtages forderten. Da nicht alle diese Punkte sogleich bewilligt wurden, während der Ausgang der Wiener Märztage doch die kecke Zuversicht steigerte, bildete sich Anfang April unter dem Vorsitz des Grafen Leo Thun ein Nationalausschuß um die Wahlen zu dem vom Kaiser am 8. April bewilligten konstituierenden Landtage vorzubereiten. Zugleich suchte er die Wahlen zum Frankfurter Parlamente zu verhindern und erreichte auch wirklich, daß sie nur in 13 von 68 Bezirken zustande kamen. Der Gegensatz zwischen den beiden Nationalitäten wuchs von Tag zu Tag; in schnell gebildeten Vereinen, unter denen die Slowanska Lipa, die slawische Linde, besonders berüchtigt war, bekämpften sie sich; aus der Nationalgarde schied sich eine slawische Bürgerwehr, der Swornost, mit eigenen Abzeichen aus; die Straßen Prags waren unausgesetzt der Schauplatz von Unordnungen. Die Wiener Tumulte vom 15. und 26. Mai wurden geschickt benutzt um den entscheidenden Schritt zu thun; weil das Ministerium sich im Zustande der Unfreiheit befinde, forderte man von dem Landeschef die Einsetzung einer vorläufigen Regierung, welche unmittelbar mit dem Kaiser in Innsbruck verkehre. Jener gab dem Ansinnen nach und berief am 30. Mai Palazky und Rieger, die Führer der tschechischen Partei, mit sechs anderen Männern an seine Seite. In der gehobenen Stimmung, welche dieser Erfolg hervorrief, ward in den ersten Tagen des Juni der allgemeine Slawenkongreß in Prag abgehalten, zu dem die Einladungen schon am 1. Mai ergangen waren. Palazky präsidierte demselben; begeisterte Lobreden auf das Slawentum wechselten mit scharfen Verwahrungen gegen die Herrschsucht der Deutschen; aber zu einmütigen Beschlüssen wollte es so recht nicht kommen, denn zu verschiedenartige Kräfte wirkten nebeneinander. Nicht auf die österreichischen Slawen allein war die Teilnahme an dem Kongreß beschränkt geblieben; der Russe Bakunin, der preußische Pole Liebelt, der Serbe Zach aus Belgrad führten das große Wort und suchten für ihre demokratischen Lehren Anhang zu werben. Das einzige Ergebnis tage- Böhmen. Vorläufige Regierung. Slawenkongreß.

langer Arbeit war endlich der Beschluß eine Ansprache an die Völker Europas zu erlassen, die Palazky nach einer Skizze Liebelts verfassen sollte. Aber noch ehe sie vom Kongreß genehmigt war, nahm dieser selbst ein jähes Ende. In der Überschätzung ihrer Kräfte glaubte die nationale Partei sich stark genug auch den gefährlichsten ihrer Gegner, Fürst Windischgrätz, den Oberbefehlshaber in Böhmen, hinweg räumen zu können. Am 7. Juni beschloß eine Volksversammlung den Kaiser um seine Entlassung zu bitten; ohne die Gewährung abzuwarten begannen Kundgebungen gegen ihn; am 12., dem Pfingstmontag, zogen große Scharen des Swornost unter Absingung von Spottliedern vor sein Haus; es kam zu Thätlichkeiten; auf den Fürsten, der sich am Fenster zeigte, ward gefeuert; aber der Schuß traf nicht ihn, sondern tötete seine Gemahlin. Nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der erst am 17. Juni mit der vollständigen Besiegung der Slawen zu Ende ging. Zwischendurch hatte zwar Windischgrätz, durch zwei Beauftragte des Wiener Ministeriums bewogen, die Stadt einmal geräumt; aber der Mutwille zuchtloser Pöbelhaufen entfachte den Kampf von neuem, und nun führte ihn der General nach eigenem Entschluß zu Ende und ließ sich von niemandem mehr dreinreden; kein Wunder, wenn er fortan dem Innsbrucker Hofe als der Mann der Lage galt und durch die geheime Ernennung zum Befehlshaber aller Truppen der Monarchie mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee in den Stand gesetzt wurde den entscheidenden Augenblick auch für die Unterwerfung der Hauptstadt und die Demütigung der Magyaren abzuwarten und auszunutzen.

Prager Aufstand.

Der bedauernswerte und gänzlich willenlose Kaiser hatte mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin schon seit dem April unbeschränkte Vollmachten besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermüdlich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben der Verwirrung in Wien ein Ende machen könne. Auch leuchtete es ein, wie gefährlich es werden müsse den konstituierenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den Wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder Verlangen nach jenem Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genötigt dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Kabinett Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten

Erzherzog Johann.

Ministerium Wessenberg.

durch Bach, Schwarzer und Hornboſtl erſetzt wurden, ſo daß die Radikalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Beſtätigung dieſes Miniſteriums verzögerte ſich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwiſchendurch nach Frankfurt reiſte um dort ſein Amt als Reichsverweſer anzutreten. Nach ſeiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutſch-ſlawiſchen Länder eine neue Verfaſſung ausarbeiten ſollte, während gleichzeitig ſeit dem 2. Juli in Peſt die Vertreter der öſtlichen Reichshälfte verſammelt waren. So ſchien ſich eine gewiſſe Beruhigung überall wieder einzuſtellen. Nur ein Teil der öſterreichiſchen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufſtande gegen den Kaiſer begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italieniſchen Provinzen. Aber auch hier wandte ſich das Glück den kaiſerlichen Waffen zu und zerſtörte grauſam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinſel ſchon geſichert gewähnt hatten.

Die Reichstage in Wien und Peſt.

Die allgemeine Gärung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei ſichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres verging in Mailand und den anderen großen Städten faſt kein Tag ohne eine Reiberei zwiſchen den Bürgern und den Soldaten oder Beamten. Den Anlaß boten meiſtens die Spottreden und Beläſtigungen, mit welchen die Patrioten jeden verfolgten, der ſich mit brennender Cigarre ſehen ließ, während ſie doch die Loſung ausgegeben hatten durch Enthaltung von Tabak und Lottoſpiel den Staat in zwei ſeiner ergiebigſten Einnahmequellen zu ſchädigen. Wiederholt hatte bei ſolchen Gelegenheiten das Militär von der Waffe Gebrauch gemacht, und das geſchäftige Gerücht unterließ nicht die Zahl der Getöteten und Verwundeten noch zu übertreiben. Dem militäriſchen Oberbefehlshaber in dem Königreiche, dem Grafen Radetzky, fehlte es trotz ſeiner 82 Jahre nicht an kräftiger Entſchloſſenheit; warnend verkündigte er am 18. Januar, daß er gegen jeden Feind von außen oder innen bereit ſtehe. Aber lauter als dieſe Mahnungen ſchlugen an das Ohr der Lombarden die Nachrichten, die aus Sizilien den Aufſtand in Palermo und die Räumung der Inſel, aus Neapel und bald auch aus Turin, Florenz und Rom die Ernennung liberaler Miniſter und das Verſprechen einer Verfaſſung meldeten.

Unruhen in Mailand.

In Turin ergriffen zuerſt die Vertreter der Preſſe das Wort. Den Grafen Camillo Cavour an der Spitze erbaten ſie vom Könige am 5. Februar 1848 eine Verfaſſung; die ſtädtiſchen Behörden von Turin ſchloſſen ſich der Forderung an; und da dasſelbe Verlangen im ganzen Lande ertönte, entſchloß ſich Karl Albert bereits am 8. ein Grundgeſetz zu verkünden, aus dem durch Umarbeitung die am 5. März veröffentlichte Verfaſſung hervorging. Der Großherzog von Toskana, der bereits vor dem Schickſal Ludwigs XVI. bangte, wartete nun auch nicht länger und gab ſeinen Unterthanen am 11. Februar eine Konſtitution. Nicht ſo leicht wurde es bei den ſchwierigen Verhältniſſen des Kirchenſtaates dem Papſte ähnlichen Forderungen nachzukommen; indes bewilligte er doch als Ab-

Das übrige Italien.

schlagszahlung sofort den Eintritt von drei Laien ins Ministerium und verdoppelte diese Zahl sogar, als im Laufe des Monats die Bewegung stieg; die bedeutendsten unter ihnen waren Farini und der Kriegsminister Durando, den Vorsitz im Kabinett führte der Kardinal Antonelli. Das Grundgesetz für die weltliche Regierung des Kirchenstaates, welches am 14. März erschien, ordnete eine Volksvertretung in zwei Kammern an, beließ aber auch das Kardinals-Kollegium unter dem Namen eines Senats als politische Körperschaft.

So machte das drohende Gespenst der Republik, welches durch die Entwickelung in Frankreich auch den italienischen Fürsten nahe genug trat, sie gegen alle Volkswünsche äußerst gefügig. In Neapel zeigte sich das besonders in häufigen Ministerveränderungen; aber auch den Sizilianern gegenüber ging König Ferdinand bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit: Ruggiero Settimo, der Präsident der revolutionären Regierung, wurde von ihm am 6. März als Statthalter, seine Kollegen als Minister für Sizilien bestätigt. Gleichwohl bestanden die Insulaner auf völliger Trennung von Neapel; nur soweit wollten sie der bisherigen Verbindung etwa noch Rechnung tragen, daß sie einen jüngeren Sohn des Königs zum Herrscher annähmen. Das ging selbst Lord Palmerston zu weit, und Lord Minto, der noch immer Italien durchreiste, begab sich mit einer Flotte nach Palermo um zur Mäßigung zu raten; doch alles, was er erreichte, war das Anerbieten einer Personal-Union, etwa gleich der zwischen Schweden und Norwegen, was König Ferdinand am 22. März unbedingt ablehnte. Das Gewicht, welches Neapel in die Wagschale zu werfen hatte, wurde durch diesen Zwiespalt seiner beiden Hälften natürlich sehr gemindert, während die Bedeutung Sardiniens und Karl Alberts in demselben Maße stieg. Überdies rückte auch die geographische Lage das norditalienische Königreich, den unmittelbaren Nachbar Österreichs, in den Vordergrund des politischen Interesses. Wenn die Lombarden den Vorgängen auf der ganzen Halbinsel mit ängstlicher Spannung folgten, so lauschten sie doppelt aufmerksam über den Tessin hinüber, sowie sie andererseits von dort aus auf das sorgsamste beobachtet wurden. Während in den letzten Tagen des Februar Karl Albert mit seinen Unterthanen die neue politische Gestaltung durch großartige Volksfeste feierte, wurde in Lombardo-Venetien am 22. Februar das Standrecht verkündigt, und ein Korps von 12 000 Mann, das Radetzky an der Grenze aufstellte, lehrte genugsam, wessen man sich in Mailand von dem Nachbar versah. Gleichwohl trug Karl Albert gerechtes Bedenken sich vorschnell in ein gefährliches Unternehmen einzulassen, und auch das nationalgesinnte Ministerium, das Cesare Balbo am 8. März bildete, wies die Hilferufe der flüchtigen Lombarden vorsichtig zurück. Erst mußten diese selbst den Beweis liefern, daß es ihnen ernst mit dem Abfall von Österreich sei, ehe sie Ermutigung und Beistand von Turin erwarten konnten. So lagen die Verhältnisse, als die Märzrevolution Metternichs Herrschaft zu Fall brachte.

Sardinien und Österreich.

Kaum waren die ersten Nachrichten von diesem Ereignisse am Abend des 17. März in Mailand bekannt geworden, so gingen die Patrioten ans Werk. In geheimen Versammlungen wurden die Männer erkoren, welche an die Spitze treten sollten, in erster Linie der Bürgermeister der Stadt, Graf Casati. Maueranschläge mit weitgehenden, wenn auch loyalen politischen Forderungen steigerten die Erregung. Am Morgen des 18. begab sich ein Volkshaufe in den Palast des Vice-Statthalters O'Donnell, zwang ihn den städtischen Behörden seine Vollmacht zu übertragen und nahm ihn gefangen. Wenige Stunden zuvor hatte O'Donnell noch an Radetzky das Ersuchen gerichtet die Aufregnug doch ja nicht durch Entwickelung militärischer Kräfte zu erhöhen. Radetzky hatte ihm bis dahin gewillfahrt; jetzt zog er sofort seine Streitkräfte, etwa 10000 Mann, zusammen und ein erbitterter Straßenkampf begann. Trotz einzelner Vorteile, die sie errangen, vermochten die Truppen aber weder an diesem Tage noch am 19. März den Sieg zu gewinnen; Radetzky änderte infolgedessen seinen Plan, zog die Soldaten in der Nacht zum 20. aus der Stadt heraus und schickte sich an diese zu beschießen. Auch davon aber stand er ab, als ihm von allen Seiten Nachrichten von Aufständen zugingen. Da er obendrein jeden Tag den Einmarsch der Piemontesen erwartete, hielt er es für unerläßlich auf Verona und Mantua zurückzugehen, ehe auch diese Festen gefallen und ihm so der Rückzug verlegt sei: am 22. März trat er den Marsch gegen den Mincio an und erreichte glücklich die beiden schon gefährdeten Waffenplätze, deren schwache Besatzungen sich nicht mehr lange hätten halten können. Denn durch das ganze Land hatte sich mit unglaublicher Schnelligkeit die Erhebung verbreitet und überall fast über die bestürzten österreichischen Generale den Sieg davon getragen. Selbst in Venedig wich der Befehlshaber, Graf Zichy, kraftlos dem Andrängen der Patrioten, an deren Spitze der Advokat Manin stand. Schon am 22. wurde die Stadt geräumt, am 23. durch Manin die Republik des heiligen Marcus erneuert. Auch über die Grenzen des österreichischen Königreiches griff die Bewegung hinüber; aus Modena flüchtete der Herzog am 20. März nach Mantua; in Parma sagte sich Karl Ludwig, der erst am Neujahrstage in seiner neuen Residenz eingetroffen war und vom ersten Augenblicke an mit Widerwärtigkeiten hatte kämpfen müssen, von dem österreichischen Bündnis los, verhieß eine Verfassung und mußte trotzdem am 18. April fliehen; in Toskana behauptete sich der Großherzog nur dadurch, daß er erklärte, die Stunde der Wiedergeburt sei gekommen, und daß er seinen Soldaten und Freiwilligen erlaubte den Lombarden zu Hilfe zu eilen. Selbst in Rom und Neapel verlangte die Volksstimme so ungestüm den Krieg gegen Österreich, daß die Regierungen sich dem nicht entziehen konnten. Schon am 24. März marschierte das päpstliche Heer unter der Führung Durandos an die Nordgrenze und der Papst erteilte den Ausziehenden seinen Segen; wenige Tage darauf folgten 14000 Neapolitaner, von Wilhelm Pepe

Revolution in Mailand.

Radetzkys Rückzug.

Die Republik Venedig.

Das übrige Italien.

geführt, dem Revolutionär von 1820. Vergeblich stellte selbst der englische Gesandte dem König Ferdinand vor, daß er ja gar keinen Grund zum Krieg mit Österreich habe und durch die Beförderung von Freiwilligen, die auf Staatskosten dem Heere über Livorno vorauseilten, ehe noch der Krieg erklärt war, das Völkerrecht verletze. Der König, der sich mit einem Mal „als Italiener und Soldat" fühlte, beharrte auf seinem Willen, hauptsächlich wohl, weil er Karl Albert das Feld nicht allein überlassen wollte. Auch bei diesem hatte Lord Palmerston es nicht an Ermahnungen fehlen lassen, aber nur mit kurzem Erfolg. Während der lombardische Graf Arese noch am 20. März ohne Hoffnung auf Hilfe Turin verlassen mußte, beschloß der Ministerrat am 23. den Einmarsch in die Lombardei, und schon am 26. standen die ersten Piemontesen in Mailand. In seinen Ansprachen verkündigte Karl Albert, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Italien sich selber helfen werde (L'Italia farà de se); nicht zum voraus wollte er sich Zugeständnisse ausbedingen, sondern den Lombarden, Parmesanen und Modenesen volle Freiheit lassen, wenn der Sieg errungen sei, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Bis gegen den Mincio hin fanden die sardinischen Truppen keinen nennenswerten Widerstand; auch den Übergang über diesen Fluß erzwang General Bava am 8. April bei Goito durch ein vierstündiges Gefecht, in dem sich der Bersaglieri-Oberst La Marmora besonders auszeichnete. Damit hatte jedoch das Vorrücken ein Ende; die Angriffe auf Peschiera und Mantua, die im zweiten Drittel des April stattfanden, scheiterten völlig und liefen in eine bloße Einschließung aus, an der sich vor Mantua etwa 10 000 Mann aus Toskana und den Herzogtümern beteiligten. Oberhalb Veronas drangen die Italiener durch das Gefecht von Pastrengo am 30. April zwar bis an die Etsch vor und hoben die Verbindung jener Festung mit Tirol auf; aber mehr als dadurch gewonnen wurde, ging bei dem Hauptheere durch die Schlacht von Santa Lucia am 6. Mai verloren. Mit großer Tapferkeit hatte das piemontesische Centrum dieses auf dem Bergrande des rechten Etsch-Ufers eine halbe Stunde von Verona gelegene Dorf genommen; allein um so härter waren die beiden Flügel bedrängt, deren Vernichtung nur durch rechtzeitigen Rückzug abgewendet wurde. Seit diesem Tage, an dem die österreichischen Erzherzöge Franz Josef und Albrecht die Feuertaufe erhielten, verzichteten beide Heere für etwa drei Wochen auf jeden Angriff.

Einmarsch der Piemontesen.

Treffen bei Goito.

Pastrengo.

Santa Lucia.

Die Lombardei.

Politisch war diese Pause für die Italiener höchst nachteilig. In der Lombardei hatte die republikanische Partei Zeit sich zusammen zu finden und gegen die Vereinigung mit Piemont zu wühlen. Mazzini erschien selbst an Ort und Stelle, und seinen Gesinnungsgenossen war die Unthätigkeit Karl Alberts, der nicht einmal fähig sei den schon besiegten Österreichern den letzten Stoß zu geben, ein unerschöpfliches Thema für ihre Volksreden. Und dabei geschah doch von ihrer Seite nichts, was eine kräftige Kriegführung hätte ermöglichen können. Der

Zuwachs, welchen das sardinische Heer aus der Lombardei durch Freiwillige und Ausgehobene erhielt, war gering an Zahl und noch geringer an Brauchbarkeit. Dazu kam, daß in diesen Wochen die übrigen italienischen Fürsten anfingen sich von der nationalen Sache zurückzuziehen. Die sardinische Politik war daran nicht ohne Schuld. Durch freiwillige Abstimmungen, die in Modena und Parma veranstaltet wurden und große Mehrheiten für die Vereinigung mit Piemont ergaben, erweckte sie die Eifersucht und den Neid der anderen Fürsten und steigerte deren Argwohn noch durch die Weigerung einen Kongreß zu beschicken, der in Rom unter des Papstes Vorsitz die Grundzüge eines italienischen Bundes feststellen sollte. Den Großherzog von Toskana mußte es insbesondere erbittern, daß Karl Albert einzelne Teile Parmas, die sich für den Anschluß an Toskana ausgesprochen hatten, militärisch besetzen ließ, also nicht einmal diese kleinen Striche dem Nachbar gönnte. Der Papst sah mit großem Mißfallen, daß sein General Durando, den er übrigens angewiesen hatte mit Karl Albert zusammen zu wirken, am 21. April wirklich über den Po ging und erst vor Mantua Stellung nahm, dann aber durch das Venetianische gegen den Piave rückte um den nahenden österreichischen Verstärkungen unter Graf Thurn den Weg zu verlegen. Den bitteren Empfindungen, mit welchen Pius diese entscheidende That begleitete, machte er am 29. April in einer Allokution an die Kardinäle Luft, in der er weit die Absicht von sich wies Österreich den Krieg zu erklären, da es vielmehr seines Amtes sei alle Völker mit gleicher Liebe zu umfassen. Aber Handlungen entsprachen dank den lebhaften Kundgebungen der Römer diesen Worten nicht. Vielmehr war die nächste Folge der päpstlichen Allokution die Ersetzung des bisherigen Ministeriums durch ein noch liberaleres unter dem Vorsitz des Grafen Mamiani, der Farini in das Hauptquartier Karl Alberts sandte und die römischen Truppen förmlich dem Befehle des Königs unterstellen ließ. Die moralische Wirkung der Allokution blieb trotzdem eine sehr bedenkliche, und je höher der Papst bis dahin als Vorkämpfer der italienischen Unabhängigkeit in den Augen der Nation gestanden hatte, umsomehr mußte es jetzt alle Patrioten verwunden und alle Reaktionäre erfreuen, daß er so unverhohlen seine Sache von der seines Volkes trennte.

Die sardinische Politik.

Der Papst.

Der König von Neapel ging noch einen starken Schritt weiter als der Papst. Zum 15. Mai hatte er das Parlament berufen, welches die Verfassung vom 10. Februar durchberaten sollte. Trotz der Veränderungen, denen sie dabei noch ausgesetzt war, lag es im Plane sie vorher von dem Könige so gut wie von den Abgeordneten beschwören zu lassen. Dahinter erblickten nun die Radikalen eine List, deren Zweck sei jede Verbesserung des Entwurfes zu verhindern; und obgleich der König viel Entgegenkommen zeigte und Vorbehalte im Sinne der Abgeordneten bei der Eidesleistung zu gestatten bereit war, so wußten die Parteiführer das Volk dergestalt aufzuregen, daß es Barrikaden erbaute und die Regierung zwang die Truppen zusammenzuziehen. Wirklich Gewalt anzuwenden lag deshalb keines-

Neapel.

wegs in Ferdinands Absicht, und noch weniger wollte die Versammlung es zum Bruche treiben. Aber mächtiger als beide erwiesen sich die hetzenden Republikaner. Als die Truppen eben aus den besetzten Straßen in die Kasernen zurückgeschickt wurden, fielen von einer Barrikade ein paar scharfe Schüsse, die der Pöbel mit lautem Beifall begrüßte; das Militär blieb die Antwort nicht schuldig, und bald war der Kampf allgemein. Das Ministerium wollte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen und zog sich zurück; Ferdinand aber glaubte sich jetzt in seinem Rechte und erteilte persönlich die nötigen Befehle. Nach einem heißen Kampfe, der etwa tausend Opfer forderte, blieben die Truppen Sieger, die Volksvertretung wurde, als ob sie mitschuldig gewesen, aufgelöst und ein immer noch liberales, aber dabei partikularistisches Ministerium (Cariati-Bozzelli) eingesetzt. Die bedeutsamste Folge dieses Wechsels war, daß Pepe den Befehl erhielt mit seinen 14 000 Mann zum Schutze Neapels zurückzukehren; zwar entschloß sich der Führer selbst nicht zu gehorchen, und etwa 1500 Mann, darunter einige tüchtige Offiziere wie Cosenz, folgten seinem Beispiel; aber der Hauptteil des Heeres kam der Weisung nach, und Karl Albert verlor gerade um diese Zeit, wo Radetzy große Verstärkungen bekam und sich zu einem entscheidenden Schlage rüstete, diesen Zuzug, auf den er sicher gerechnet hatte.

Diplomatische Verhandlungen.

Radetzky aber zögerte umsoweniger die Gunst des Augenblickes zu benutzen, als er mit Besorgnis und Unwillen die Nachgiebigkeit des Wiener Ministeriums bemerkte, das entschlossen war schlimmsten Falls die ganzen italienischen Besitzungen fahren zu lassen und nur einen Teil der drückenden Staatsschuld auf sie abzuwälzen. Gelang es etwa Venetien mit der Mincio-Linie zu retten, so schien das schon ein großer Gewinn; und vollends die Möglichkeit die Lombarden mit der Personal-Union zu befriedigen galt für gar kein Opfer mehr. Mit diesem letzten Vorschlag versuchte man es also zuerst. Am 10. April reiste Graf Hartig mit außerordentlicher Vollmacht von Wien ab um den Italienern dies kaiserliche Zugeständnis zu verkündigen; schon einige Tage früher hatte der Minister des Auswärtigen, Ficquelmont, das englische Kabinett um seine Vermittlung gebeten. Aber der Wirrwar in Wien und der damals günstige Stand der italienischen Sache veranlaßten sowohl England wie die Italiener diese Vorschläge abzulehnen. Beachtenswert fand man es erst, als sie die Abtretung der Lombardei zugestanden, ein Anerbieten, das Baron Hummelauer, der am 14. Mai nach London geschickt war, dort machte. Lord Palmerston war dem Vorschlag wohl geneigt und suchte nur noch ein Stück von Venetien für Karl Albert auszubedingen; denn Österreichs Ohnmacht galt ihm für so zweifellos daß er nur auf dieses, nicht auch auf Sardinien zu drücken für nötig fand. Um so dankenswerter mußte der Beweis sein, daß der Kaiserstaat doch noch imstande sei es mit seinem Gegner aufzunehmen.

Der Kriegsschauplatz.

Wochenlang hatte Radetzy auf das Hilfsheer von reichlich 20 000

Mann gewartet, das Graf Nugent im Friaul sammelte. Langsam war dasselbe über den Piave vorgedrungen, hatte Durando und La Marmora, der im Venetianischen den Oberbefehl führte, zurückgetrieben, und erst als Nugent erkrankte und durch den Grafen Thurn ersetzt wurde, einen schnelleren Schritt eingeschlagen, so daß es am 22. Mai mit Radetzky Fühlung gewann. Dieser raffte sofort alles, was vor Verona entbehrlich schien, etwa 40 000 Mann, zusammen und zog damit an der italienischen Front entlang nach Mantua, wo er am 28. eintraf. Am anderen Morgen fiel Fürst Felix Schwarzenberg aus der Festung aus und verjagte die Toskanesen, welche westlich davor lagen, aus Curtatone; dann machte das Heer eine Rechtsschwenkung nach Norden und griff mit seinem rechten Flügel am 30. Goito an, während der linke die Straße nach Brescia abschneiden und so den Feind zwischen Mincio und Etsch einschließen sollte. Allein so vortrefflich der Plan auch war, so mißlang er doch. Trotz aller Tapferkeit war Benedek nicht imstande Goito zu nehmen und mußte sich abends zurückziehen; daß obendrein an demselben Tage Peschiera aus Mangel an Lebensmitteln sich ergab, vereitelte das ganze Vorhaben. Radetzky aber ließ sich nicht entmutigen, sondern schritt sofort zu einem neuen Unternehmen. Mit großer Schnelligkeit ließ er den größten Teil seines Heeres über Mantua und Legnago auf Vicenza losrücken, griff hier mit doppelter Übermacht am 10. Juni die 10 000 Mann Durandos an, warf sie nach schweren Kämpfen in die Stadt hinein und brachte sie am nächsten Tage zur Kapitulation, indem er ihnen gegen das Gelöbnis dreimonatlicher Neutralität freien Abzug in den Kirchenstaat zugestand. Sein linker Flügel unter Welden vollendete darauf die Unterwerfung Friauls, während der rechte unter Thurn weniger erfolgreiche Streifzüge in Südtirol machte und der Marschall selbst aufs neue seine Stellung in Verona einnahm.

Wiederbeginn des Kampfes.

Peschiera.

Vicenza.

Unter diesen Umständen konnte im österreichischen Hauptquartier natürlich keine Neigung herrschen einen Waffenstillstand abzuschließen, wie es von Innsbruck aus und von dem neuen Minister des Auswärtigen, Baron Wessenberg, befohlen wurde. Den Wiedererwerb der Lombardei faßten die österreichischen Staatsmänner, als ob er doch unmöglich sei, gar nicht mehr ins Auge; aber sie hätten doch gern die Vereinigung des Landes mit Piemont verhindert. Darin trafen sie zusammen mit den Wünschen des französischen Ministers des Auswärtigen, Bastide, der offen heraus sagte, daß nur die Republiken Mailand und Venedig Anspruch auf französischen Schutz hätten. England hingegen zog gerade deshalb, weil es in Oberitalien eine Mauer gegen Frankreich zu errichten wünschte, die Verschmelzung der Lombardei mit Sardinien vor. Wenn es dadurch in einen starken Gegensatz zu den Interessen Österreichs trat, so lag für Wessenberg der Gedanke nahe die Vermittlung, die Hummelauer nachgesucht und Palmerston am 3. Juni angenommen hatte, nachträglich unter geeigneten Formen abzulehnen und sich un-

Neue Verhandlungen.

mittelbar an die Regierung in Mailand zu wenden. Er entsandte zu diesem Zwecke am 13. Juni den Herrn von Schnitzer und bot einen Waffenstillstand sowie, gegen Übernahme eines Teiles der Staatsschuld, die völlige Unabhängigkeit der Lombardei an. Allein die vorläufige Regierung war gar nicht mehr in der Lage auf diese Vorschläge einzugehen. Am 29. Mai war nämlich in der ganzen Lombardei die Abstimmung beendet worden, welche mit 560 000 gegen kaum 700 Stimmen den Anschluß an Piemont entschieden hatte. Zwar stand die Genehmigung des Turiner Parlaments noch aus — sie erfolgte erst am 27. Juni —, aber Karl Albert hatte doch angenommen, und jedenfalls war die Mailänder Regierung gebunden. Graf Casati lehnt also am 18. Juni Schnitzers Eröffnungen ab indem er betonte, daß die Unabhängigkeit der Lombardei nicht genüge, daß auch Venetien von Österreich aufgegeben werden müsse. Den Venetianern aber wurde durch diese Vorgänge recht nachdrücklich vor die Seele geführt, daß sie der am meisten gefährdete Teil seien, eine Lehre, deren Ernst der Fall von Vincenza und Weldens Erfolge noch eindringlicher predigten. Auch dem glühendsten Republikaner konnte doch darüber kein Zweifel bleiben, daß trotz aller großen Worte der französischen Staatsmänner Venedig zuletzt das Eigentum des Siegers, also der Österreicher oder Karl Alberts, werden müsse. Klugheit und Patriotismus geboten also gleichmäßig den letzteren, dessen Herrschaft doch das kleinere Übel war, zu unterstützen und den Anschluß Sardiniens nach Mailands Vorgang auszusprechen. So schwer dies Manin und seinen Genossen auch wurde, so fügten sie sich doch der Notwendigkeit und beriefen zum 3. Juli eine Landesversammlung, die mit 127 gegen 6 Stimmen die Vereinigung mit dem norditalienischen Königreiche beschloß.

Anschluß der Lombardei an Piemont.

Anschluß Venetiens.

Alles das schob die Gedanken an einen friedlichen Ausgleich in blaue Ferne; aber auch Radetzky that das seine um dieselben aus der Welt zu schaffen. Fürst Felix Schwarzenberg, der „Armeediplomat", mußte aus dem Hauptquartier nach Innsbruck reisen und vorstellen, daß eine Verstärkung der italienischen Armee weit mehr in Österreichs Interesse sei als Waffenstillstandsanerbietungen. Er konnte diese Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Einnahme von Vicenza unterstützen und fand zudem einen kräftigen Beistand in der öffentlichen Meinung Deutsch-Österreichs, die von keinem Verzicht wissen wollte, und an dem erhöhten Selbstbewußtsein, das Windischgrätzens Sieg in Prag auch den Regierungskreisen einflößte. Die Vermittlungs- und Friedensgedanken wurden aufgegeben und Radetzky erhielt freie Hand. Doch war nicht er es, der die zweite Pause, die seit dem 10. Juni in der Kriegführung eingetreten war, beendete, sondern Karl Albert. Während er die eine Hälfte seines Heeres unter General Sonnaz um Peschiera stehen ließ, rückte er mit der anderen unter Bava am 12. Juli gegen Mantua und umzingelte die Festung; nur schwache Truppenteile verbanden die beiden Hälften. Dies machte sich Radetzky zu nutze. Unbekümmert darum daß Karl Albert ihm am 18. den Mincio-Übergang

Wiederbeginn des Kampfes.

bei Governolo (nahe der Mündung des Flusses) entriß, beschloß er für den 23. einen Stoß in das kraftlose Centrum des Feindes. Begünstigt von einem furchtbaren Unwetter rückte er in der Nacht von Verona gegen Sommacampagna vor und warf den Feind in lebhaftem Gefechte nordwestlich auf Peschiera zurück, während er selbst bis an den Mincio vordrang und in der Nacht zum 24. bei Salionze Brücken schlug. Dadurch war die piemontesische Armee zerrissen; nur auf dem westlichen Mincio-Ufer konnte die Verbindung ohne Gefahr wiederhergestellt werden. Sonnaz schlug diesen Weg ein und eilte südwärts gegen Goito Karl Albert entgegen; dieser hingegen wollte voll Ungestüm die Österreicher durch direkten Angriff aus ihren neuen Stellungen werfen und stürmte am 24. von seinem Lager vor Mantua nordwärts. Ein erster Triumph war ihm beschieden; bei Custozza stieß er auf die Brigade Liechtenstein, die Radetzky von Legnago her herbeigerufen hatte, brachte ihr die schwersten Verluste bei und bemächtigte sich des Höhenzuges von Sommacampagna bis Custozza. Infolge dessen standen die beiden Heere in der wunderlichsten Ordnung einander gegenüber, Radetzky bei Valeggio an den Mincio gelehnt, mit der Front gegen Südost, das feindliche Peschiera hinter sich; Karl Albert mit dem Rücken gegen Mantua, durch den Mincio von Sonnaz getrennt, mit der Front nach Nordosten. Er hatte nur 20 000 Mann zur Verfügung, der Feind gebot über 35 000. So begann am 25. Juli die Schlacht bei Custozza. Wäre es dem König gelungen Valeggio zu nehmen und so die Verbindung mit Sonnaz herzustellen, so hätte der Sieg sich auf seine Seite neigen mögen. Aber alle Anstrengungen waren vergebens, vergebens auch, daß auf dem rechten Flügel bei Sona der Herzog von Genua und im Centrum bei Custozza dessen Bruder, der Kronprinz Victor Emanuel, heldenmütig fochten; der gewaltigen Übermacht erlagen sie und gegen Abend mußte der Rückzug über Villafranca auf Goito angetreten werden. Er vollzog sich in guter Ordnung und die Verluste waren geringer als die der Österreicher, angeblich kaum 900 Mann, gewesen. Trotzdem war es eine unzweifelhafte Niederlage, und als der Mincio überschritten wurde, zeigten sich die Anfänge der Entmutigung. Ein verhängnisvoller Fehler am nächsten Tage vergrößerte das Unglück. Um Radetzky, der bei Valeggio den Fluß überschritten hatte, zu verhindern den Rücken der Italiener zu bedrohen erhielt Sonnaz Befehl das nördlich von Goito gelegene Volta zu nehmen. In einem furchtbaren Straßenkampfe in der Nacht zum 27. Juli suchte er diese Aufgabe zu lösen und scheiterte daran. Das gab der entkräfteten Armee den Rest; der Rückzug artete in völlige Flucht aus; auch der tüchtige Bava, dem Karl Albert den Oberbefehl übergab, konnte ihr kein Halt gebieten. Ein Gesuch um Waffenstillstand mit dem Oglio als Trennungsmarke wies Radetzky mit der Forderung der Adda-Linie zurück; diese anzunehmen oder über den Po zu gehen durfte Karl Albert aus politischen Gründen nicht wagen. Unaufhaltsam ging deshalb die Flucht bis Mailand zurück; in der Frühe

Custozza.

Der Rückzug.

des 3. August traf der König dort ein, den feindlichen Vortrab auf den Fersen. Und auch hier konnte von einer längeren Verteidigung nicht die Rede sein; denn nichts war für diesen Fall vorgesehen. Zwar suchte das Volk mit Gewalt den König an Verhandlungen zu hindern; in seinem Palaste wurde er belagert und mit dem Tode bedroht; bis zum äußersten wollte man Widerstand leisten und lieber unter den Trümmern der Stadt zu Grunde gehen. Aber die Macht der Thatsachen war größer als der Ungestüm des Volkes. Schon am 5. August wurde die Übergabe der Stadt vereinbart und in der Frühe des 6. räumte der „Verräter" unter allgemeinen Verwünschungen die Stadt, in seinem Gefolge gegen 60 000 Einwohner, welche die Rache des Feindes zu fürchten hatten. In den Alpenthälern wurde der Kampf von Freiwilligenscharen noch einige Wochen fortgesetzt; besonders Garibaldi, der Ende Juni aus Südamerika zurückgekehrt die Seele des Volkskrieges war, hielt sich tapfer zwischen dem Langen und dem Comer-See, bis ein unglückliches Treffen bei Murazzone am 26. August ihn zur Flucht nach Tessin zwang. Karl Albert dagegen schloß schon am 9. August in Vigevano als Einleitung zum Frieden einen Waffenstillstand auf 45 Tage mit General Heß, dem Generalstabschef Radetzkys, ab und verpflichtete sich die Lombardei, Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Kabinett unter dem Vorsitze Revels Platz. Damit erlosch auch das Hilfegesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Äußeren, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit darauf einzugehen war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden und vor allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung dem gehaßten Karl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten", vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also Österreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indes erst später unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten.

Räumung von Mailand.

Garibaldi.

Waffenstillstand von Vigevano.

Politische Lage.

Die Befestigung der französischen Republik.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Aragos Vorsitz, welcher von der konstituierenden Versammlung am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radikalen und der Sozialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Teilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisierter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Scharen Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. a. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen statt Gewalt anzuwenden. So brach die Menge denn in den Sitzungssaal ein und warf die ganze Versammlung über den Haufen. Nachdem Raspail eine wütende Adresse zu Gunsten der Polen, Barbès den Krieg gegen Rußland, Blanqui eine Milliarden-Steuer auf den Reichtum durch den Pöbel hatte genehmigen lassen, erklärte Huber die Nationalversammlung für aufgelöst und forderte zur Bildung einer neuen Regierung auf. Der republikanischen Überlieferung gemäß sollte diese aber nicht in dem Palast der Nationalversammlung, gegen den überdies schon die Truppen heranrückten, sondern im Stadthause thronen; dahin brach also die Menge auf. Kaum aber hatten die neuen Machthaber, unter ihnen Albert, Barbès, Blanqui, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Raspail, das Sitzungsgebäude verlassen, so trafen vor demselben, durch einen schriftlichen Befehl des Präsidenten Buchez berufen, die ersten Legionen der National- und Mobilgarde ein. Unverweilt führten Lamartine und Ledru Rollin, welcher den angebotenen Sitz in der neuen Regierung verschmähte, sie gegen das Stadthaus, überrumpelten die Sozialisten und bemächtigten sich ihrer Häupter. Einen so schnellen Sieg hatte niemand erwartet; ein Gefühl der Kraft und Sicherheit, wie sie es lange nicht gekannt, überkam die Partei der Ordnung; kräftige Maßregeln sollten das Errungene sichern. Caussidière und Courtais wurden abgesetzt, die unzuverlässige Polizeigarde umgestaltet und die bewaffnete Macht in der Hauptstadt auf 55 000 Mann gebracht. Auch gegen die Führer ging man entschlossen vor; von dem Gerichtshof zu Bourges, der damit betraut wurde, verurteilt, büßten die einen wie Barbès und Albert ihren Frevel mit Deportation, andere wie Blanqui mit mehrjährigem Gefängnis; Louis Blanc entzog sich der Bestrafung durch die Flucht. Die wichtigste Maßregel, die sich zum Schutz der Ordnung treffen ließ, war aber zugleich die schwierigste: es galt die eigentliche Brutstätte der Verschwörungen, die Nationalwerkstätten, zu

Der 15. Mai.

Sicherheitsmaßregeln.

Die Nationalwerkstätten.

beseitigen. Gegen 120 000 Arbeiter faulenzten in diesen auf Staatskosten bei einem täglichen Solde von 2 Franken; die wöchentliche Zubuße der Staatskasse betrug zuletzt eine Million. In den Provinzen hätte man Tausende bei nutzbringenden Arbeiten verwenden können und wäre sie dann zugleich in der Hauptstadt los geworden; auch die Besitzer der großen Fabriken wünschten lebhaft Arbeiter heranzuziehen, da ihnen ihre Leute massenhaft davonliefen zu dem bequemeren Dasein in den Nationalwerkstätten. Die Regierung sann also darauf die letzteren zu schließen; aber sie traf dabei auf entschlossenen Widerstand. Die Verhaftung des Direktors der Werkstätten, Emil Thomas, und seine gesetzwidrige Abführung nach Bordeaux steigerte den Grimm; die Weisung an die Arbeiter von 18 bis 25 Jahren sich mit bestimmten Aufträgen in die Provinz zu begeben oder der Einstellung in das Heer gewärtig zu sein stieß auf offenen Ungehorsam und Vorbereitungen zu gewaltsamer Abwehr. Eine Abordnung, deren Sprecher ein gewisser Pujol war, stellte den Vollzugsausschuß zur Rede; in dessen Namen antwortete Marie, mutig und unbedingt die gestellten Forderungen abweisend; zum äußersten bereit sammelten sich die Arbeiter am Abend des Tages (des 22. Juni) auf dem Pantheons-Platze und beschlossen den Aufstand. Die Nacht verging unter Vorbereitungen; am anderen Morgen erstanden Barrikaden über Barrikaden. Aber auch die Regierung war gerüstet. Cavaignac, der am 17. Juni zum Kriegsminister ernannt war, hatte einen vollständigen Feldzugsplan ausgearbeitet, der jetzt sofort ins Leben trat. Er selbst mit der Hauptmacht der Truppen besetzte den Eintrachtsplatz und deckte den Palast der Nationalversammlung; beim Stadthause führte Bedeau den Befehl, am rechten Seine-Ufer Lamoricière, am linken Damesme. Planmäßig wurde vorgegangen und manche Barrikade erobert; allein die Gefahr zu beseitigen gelang an diesem Tage nicht. Da faßte die Nationalversammlung einen weisen Beschluß; auf Pascal Duprats Antrag verhängte sie morgens am 24. den Belagerungszustand über Paris und übertrug Cavaignac die Diktatur. Mit äußerster Entschlossenheit machte dieser von seiner Gewalt Gebrauch; das Pantheon wurde erstürmt, das linke Seine-Ufer fast ganz unterworfen, vom Stadthaus der Aufstand weit zurückgedrängt. Schon hoffte man die Gegner soweit eingeschüchtert zu haben, daß sie versöhnlichen Zureden nachgäben; allein dieser Irrtum forderte am nächsten Morgen zwei beklagenswerte Opfer. Am linken Seine-Ufer bemächtigten sich (beim Thore von Fontainebleau) die Aufrührer des Generals Bréa, der Verhandlungen eröffnen wollte, und ermordeten ihn auf scheußliche Weise; und in der Vorstadt St. Antoine fiel der Erzbischof Affre, als er in voller Amtstracht mit dem Friedenszweig über die Barrikaden zu den Aufständischen schritt, von einer Kugel, man weiß nicht welcher Partei. Ein mißverstandener Trommelwirbel war als Zeichen zum Wiederbeginn des Kampfes, der um des Erzbischofs willen eingestellt war, aufgefaßt worden, und einer der ersten Schüsse traf den mutigen Vermittler. Nun wollte Cavaignac

Der Juni-Aufstand.

von keinen Unterhandlungen mehr hören; überall ging es von neuem zum Angriff, und fast überall war die Ordnungspartei Siegerin. Am Abend des 25. war nur noch die festeste Burg des Aufstandes, die Vorstadt St. Antoine, in dessen Gewalt. Trotz ihrer verzweifelten Lage verweigerten die Verteidiger die Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade, zu der ihnen Cavaignac bis 10 Uhr morgens am 26. Frist gab; ein Kampf von einer Stunde genügte sodann die Hauptmacht zu bezwingen; in den Seitenstraßen setzte sich der Kampf wohl noch bis gegen Abend fort; aber schon um Mittag war die völlige Niederlage der Empörer entschieden.

Freilich furchtbare Opfer hatte sie auf beiden Seiten gefordert; niemals zuvor war mit solcher Heftigkeit in den Straßen von Paris gekämpft worden, wie in dieser viertägigen Juni schlacht. Ob zwei, ob fünf, ob zehntausend Menschen gefallen waren, niemand konnte es bestimmen; 12—14 000 Aufrührer lagen als Gefangene in den Kasematten. Die Truppen beklagten den Tod Bréas und 6 anderer Generale; Damesme war erschossen, Bedeau verwundet; auch Abgeordnete, unter ihnen Bixio, hatten den Tod gefunden; der Erzbischof Affre wurde von allen Parteien gepriesen und betrauert. Cavaignac aber war der Held des Tages. Als er am 28. seine Diktatur niederlegte, sprach die Nationalversammlung ihm den Dank des Vaterlandes aus und ernannte ihn zum Haupt der Vollziehungsgewalt und zum Kabinettspräsidenten. Mit dem Kriegsministerium betraute er Lamoricière, im auswärtigen Amte blieb angeblich bis zur Genesung Bedeaus, in Wirklichkeit aber auch darüber hinaus Bastide; Changarnier wurde Befehlshaber der Nationalgarde. Die Gefangenen in den Kasematten wurden durch Beschluß der Nationalversammlung, da ein gerichtliches Verfahren bei ihrer Menge nicht möglich schien, teils sofort entlassen, teils (etwa 4400) zur Deportation verurteilt, elf der extremsten Blätter unterdrückt, die Preß- und Vereinsfreiheit durch neue Gesetze eingeschränkt. Daß die Nationalwerkstätten geschlossen, unzuverlässige Legionen der Nationalgarde aufgelöst und allen Bürgern die Waffen abgefordert wurden, verstand sich von selbst. Der Schreck, den die überwundenen Gefahren jedem Besitzenden eingeflößt, erlaubte jetzt Maßregeln, ja heischte sie mit lauter Stimme, die ein halbes Jahr früher über Louis Philipps Regierung das einmütigste Verdammungsurteil heraufbeschworen hätten. Und kaum konnten die Nationalversammlung und Cavaignac der öffentlichen Meinung in solchen Beschränkungen der Freiheit genug thun. Denn war man wirklich sicher, daß die Gefahren überwunden seien? Konnten sie nicht jeden Augenblick von neuem auftauchen? Wagte nicht nach allem was vorgefallen, Proudhon noch eine Steuer im Betrage eines Drittels des reinen Einkommens zu beantragen und der Versammlung, die seine Rede durch Gelächter unterbrach, zuzurufen: Was ich sage, macht Sie jetzt lachen; aber was ich sage, das wird Sie umbringen!? Welcher Art die Stimmung im Lande war, lehrten die Ersatzwahlen. Schon die, welche nach dem Maiauf-

Cavaignac Haupt der Vollziehungsgewalt.

stande stattgefunden, hatten neben Extremen, wie Proudhon und Victor Hugo, Monarchisten wie Thiers und Changarnier in die Versammlung geführt; jetzt gesellten sich Molé, Bugeaud u. a. zu ihnen. Schon damals im Mai war auch der Name des Prinzen Louis Napoleon, der noch in London in der Verbannung lebte, in vier Departements aus den Wahlurnen hervorgegangen; aber wie er Ende Februar auf das Verlangen der vorläufigen Regierung Paris, wohin er geeilt war, sogleich wieder verlassen hatte, so hielt er es auch vor dem Juni-Aufstande für geraten auf seinen Sitz zu verzichten, obgleich die Nationalversammlung seine Wahl am 13. Juni gegen den Antrag des Vollziehungsausschusses auf Befürwortung Jules Favres, Louis Blancs und anderer Radikaler bestätigt hatte; „wenn mir indes das Volk Pflichten auferlegen sollte", so hatte der Prinz damals an den Präsidenten geschrieben, „so werde ich sie zu erfüllen wissen." Jetzt wurde er bei den Ersatzwahlen am 17. September abermals in 5 Departements gewählt; die Hauptstadt selbst gab ihm 110 000 Stimmen; und nun zauderte er nicht, unter Beteuerungen lebhafter Dankbarkeit für die Republik, die seine Verbannung beendet, am 26. September in die Versammlung einzutreten und die Ergebnisse seines einsamen Nachdenkens und seinen guten Willen in ihren Dienst zu stellen. So wenig Anhänger er unter den Volksvertretern hatte, so groß war seine Partei im Lande, zumal unter den Bauern. Diesen hatte die Republik bisher nichts gebracht als erhöhte Steuern und fortdauernde Unsicherheit; in ihren Augen war Cavaignac wohl ein geringeres Übel als Raspail, die gemäßigte und „honette" Republik erträglicher als die rote; aber Vertrauen erweckte die eine so wenig wie die andere, und Blendendes, Begeisterndes hatte der nüchterne Cavaignac durchaus nicht. Die langwierigen Verhandlungen, in denen vom 4. September bis 4. November die Nationalversammlung in drei Lesungen die neue Verfassung beriet, fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur wenig, und das Ergebnis derselben stieß in diesem Punkte die eine, in jenem die andere Partei zurück. Die erregtesten Verhandlungen waren über drei Fragen geführt worden: ob man das Recht auf Arbeit jedem Franzosen gewährleisten, ob das Ein- oder das Zweikammersystem eingeführt werden, ob der Präsident der Republik aus der Volkswahl oder aus der Abstimmung der Nationalversammlung hervorgehen solle. Wie nicht anders zu erwarten stand, war das Recht auf Arbeit gestrichen, aber statt dessen doch der Republik die Aufgabe zugewiesen das Dasein des dürftigen Bürgers durch Arbeit oder Unterstützung zu sichern; das Zweikammersystem war mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt, die Wahl des Präsidenten endlich mit 627 gegen 130 Stimmen dem Volke übertragen worden. Daß damit die Aussichten Louis Napoleons beträchtlich stiegen, wollte die Mehrheit nicht einsehen; nicht einmal der Antrag sämtliche Mitglieder der Familien, welche über Frankreich geherrscht, von der Bewerbung auszuschließen erschien ihr nötig; es stand also nichts im Wege, daß der Neffe des Kaisers sich

Louis Napoleon.

Beratung der Verfassung.

dem Volke zur Wahl am 10. Dezember als Bewerber darbot. Der einzige ernstliche Gegner, der ihm gegenübertreten konnte, war Cavaignac; denn Lamartines glänzende Popularität war spurlos verschwunden, und die Ledru Rollin oder Raspail hatten höchstens in den großen Städten auf beträchtliche Stimmenzahlen zu hoffen. Gegen Cavaignac richtete sich folglich die ganze Arbeit der Bonapartisten, und wissentlich oder unwissentlich halfen ihnen dabei die Radikalen. Ein beliebter Vorwurf wurde es, der Diktator habe den Juni-Aufstand absichtlich erstarken lassen um sich desto besser als Retter aufspielen und den Vollziehungsausschuß beiseite schieben zu können. Mißgriffe Cavaignacs kamen hinzu; eine Liste von 5000 Personen, die er zu Nationalbelohnungen vorschlug, mußte zurückgezogen werden, weil auf ihr die Namen von Dieben und Hinterbliebenen von Mördern nachgewiesen wurden; diese „Pensionäre des Generals Cavaignac" waren für bonapartistische Federn wie Emil Girardin ein dankbares Wühlmittel. Ein Ministerwechsel, den der Präsident im Oktober veranlaßte, verstimmte viele Republikaner ohne die Monarchisten zu gewinnen; es half nichts, daß Dufaure als Minister des Inneren den Belagerungszustand in Paris aufhob; das entfremdete wieder die Gemüter der Ängstlichen. Die Ehrgeizigen andererseits unter den Konservativen sogut wie unter den Ultramontanen, ja selbst unter den Radikalen, wandten sich dem Bonaparte zu, weil sie unter ihm leichter zur Macht zu kommen hofften als unter dem starren Cavaignac; so erklärten sich Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, Crémieux für Napoleon. Den Sozialisten war großenteils jeder recht, der Aussicht bot den verhaßten Juni-Sieger zu stürzen; die Hauptschar aber bildeten die Bauern und kleinen Bürger, die mit Begeisterung an dem Namen des Kaisers hingen und von dem Neffen auf Grund unaufhörlicher Versprechungen die Aufhebung des 45prozentigen Steuerzuschlags hofften, welchen die Republik nun schon seit reichlich einem halben Jahr erhob. Unter solchen Umständen wurde am 10. Dezember 1848 die Präsidentenwahl vollzogen; Bonapartes Sieg wurde mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, aber so glänzend hatte ihn doch niemand erwartet. Von 7 300 000 Stimmen fielen fast $5\frac{1}{2}$ Million auf Louis Napoleon, nicht ganz $1\frac{1}{2}$ Million auf Cavaignac, auf Ledru Rollin 370 000, auf Raspail 37 000 und 17 900 auf Lamartine; unter 86 Departements hatten nur vier in ihrer Mehrheit Cavaignac gewählt, alle übrigen, darunter auch Paris mit reichlich zwei Dritteln seiner Stimmen, den Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Zehn Tage darauf, am 20. Dezember, trat er sein Amt an, das verfassungsmäßig bis zum zweiten Sonntag im Mai des Jahres 1852 dauern sollte. Nachdem Cavaignac seine Vollmachten niedergelegt hatte, nahm Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, dem 40jährigen Erwählten den Eid der Treue gegen „die eine und unteilbare demokratische Republik" ab. Aus freien Stücken fügte der neue Präsident in kurzer Rede die Versicherung hinzu, daß er seine Pflichten als Ehrenmann erfüllen und keinen anderen

Die Präsidentenwahl.

Napoleon Präsident der Republik.

Willen als den der Bürger-Abgeordneten haben werde. Mit verbindlicher Wendung schritt er auf Cavaignac zu, ergriff dessen Hand und erklärte es für seinen Stolz der Nachfolger eines solchen Mannes zu sein. Eine stumme Verbeugung war die Antwort des Generals. Dann verließ der Präsident, von dem Bureau geleitet, den Sitzungssaal und begab sich zu seinem ersten Empfang in den ihm angewiesenen Palast, Elysée Bourbon. Die Ernennung des Ministeriums wurde noch am selben Tage vollzogen: Odilon Barrot erhielt den Vorsitz, das Auswärtige Drouyn de L'Huys, das Innere Léon de Malville; die meisten Namen, wie Falloux, Faucher, Bixio, Passy, waren ohne hervorragende Bedeutung, ihre Parteistellung sehr verschieden und nur darin gleich, daß alle außer Bixio den Gruppen der konservativen Mehrheit angehörten.

Die rückläufige Bewegung der französischen Revolution war damit an einem auch dem schwächsten Auge erkennbaren Marksteine angelangt. Mit unverhohlenem Behagen begrüßte die Reaktion in ganz Europa, trotz des Mißtrauens, das sie gegen napoleonische Eroberungsgelüste hegte, die neue Entwickelung. Die Besorgnisse, welche die Erhebung eines Bonaparte erwecken mochte, wurden durch die vermeintlich unbedeutende Persönlichkeit des abenteuerlichen Prinzen herabgedrückt. Daß er selbst auf die Dauer sich behaupten werde, erschien nicht sehr wahrscheinlich; viel glaublicher klang die Prophezeiung, daß er nur den Übergang zu der alten monarchischen Ordnung zu vermitteln berufen sei. Jedenfalls war die Republik jetzt in das konservative Fahrwasser hinübergeführt; hatte die Juni-Schlacht den Sozialismus beseitigt, so war durch die Präsidentenwahl das schroffe Republikanertum aus dem Sattel gehoben. Die extremsten Parteien hatten somit ausgewirtschaftet und gefährdeten die rückläufige Entwicklung des übrigen Europa nicht mehr. Auch die Mittelparteien konnten eine gewisse Befriedigung über den neuen Zustand Frankreichs empfinden. Durch die Verfassung vom 4. November hatte derselbe feste Formen angenommen, die einer gesunden Entwicklung durchaus fähig schienen. Eine Störung von links war für lange hinaus nicht zu erwarten, und gerade weil der neue Präsident so wenig zu bedeuten hatte, ließ sich hoffen, daß auch von seiner Seite kein Übergriff geschehen werde. Die Lage Frankreichs war gleichsam durch ein Parallelogramm der Kräfte geschaffen; das Übertriebene der revolutionären Bewegung war überwunden, das Berechtigte und Wünschenswerte geblieben. Der Mann, den vor dem 24. Februar der gesamte Liberalismus an die Spitze des Ministeriums gestellt haben wollte, Odilon Barrot, war jetzt der erste Ratgeber des Präsidenten. Wenn man die Lage als eine befriedigende bezeichnen wollte, konnte man kein überzeugenderes Symptom anführen als diese Thatsache. Zog man dann noch weiter in Erwägung, daß in Preußen und Österreich die Dinge ganz ähnlich lagen, so mochte man zu der Überzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

Parlament und Reichsverweser.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des Volkes kam es zu dieses zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 330 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengefunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Verden; anderen Tags wurden Heinrich von Gagern als erster, von Soiron als zweiter Präsident zur Leitung der Versammlung erwählt. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche hier zusammen tagen sollten, bildeten wochenlang ein wildes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gesunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens doch einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten gänzlich der Übung und Gewandtheit in einem so viel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man auf Vorschlag der Fünfziger vorläufig annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und ein unverwüstlicher Drang Anträge zu stellen. Alle die zahlreichen Lokalgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftraggebern den Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, teils aus rein persönlichen Beweggründen, teils nur weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter nur durch die Wortfassung voneinander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang wohl vor, daß Gagern selbst von seinem Präsidentensitze aus unter dem Vorwande die Sachlage zusammenzufassen lebhaft in die Versammlung eingriff, daß er Verstöße gegen die Geschäftsordnung begehen ließ und selbst beging, und daß er dem Lärmen in der Versammlung und auf den Gallerien ungestörte Freiheit gewährte. Das souveräne Volk im Zuhörerraume wurde mit der größten Zartheit behandelt; Wochen vergingen, ehe zum ersten Male die Drohung ertönte, der Präsident werde die Tribünen räumen lassen; zunächst wurde der

Das Frankfurter Parlament.

ungeberdigste Lärm von oben wie von unten geduldig hingenommen, oder höchstens die schüchterne Aufforderung gewagt, wer nicht mehr hören wolle, möge sich doch entfernen. Gewiß würde man schneller über diese krankhaften Anfangszustände hinweggekommen sein, wenn man sofort mit ernster Arbeit sich hätte beschäftigen können. Aber ein Verfassungsentwurf war ja trotz aller Vorarbeiten nicht da, es mußte zunächst ein Ausschuß gewählt werden ihn vorzubereiten, und ehe dieser sein Werk auch nur teilweise einreichen konnte, verstrichen Wochen. Womit sollte man diese ausfüllen als mit Debatten, und worüber konnte man debattieren als gerade über die aufregendsten Tagesfragen, welche der Leidenschaftlichkeit und Überschwenglichkeit die reichste Nahrung boten? Daß dabei nicht viel herauskam, verstand sich von selbst, und so erscholl bald, in und außer der Versammlung, die heftige Anklage der Thatenlosigkeit. Der Bundestag sogar, rief Venedey entrüstet aus, führt die Geschäfte rascher als wir, und alle die Antragsteller, deren Vorschläge noch nicht zur Verhandlung standen und bei ihrer maßlosen Zahl dazu auch noch lange keine Aussicht hatten, stimmten in den Chorus ein. Und doch wurde fleißig genug gearbeitet, nicht allein in den fast täglichen Plenarversammlungen, sondern auch in den Ausschüssen, die für Marine und Heer, für die österreichisch-slawische und für die holsteinische Frage, für internationale Angelegenheiten und für die Errichtung einer vorläufigen Centralgewalt und für viele andere Dinge eingesetzt waren. Der Krieg in Schleswig und Oberitalien, der Slawenkongreß in Prag und die Aufstände in Posen, die drohenden Rüstungen Rußlands und das Erstarken der Reaktion, die Stellung zu der Berliner Nationalversammlung und Militärkrawalle in Mainz, das größte und das kleinste, das fernste und das nächste wurde in die Verhandlung gezogen und erregte die Geister ohne ihnen die Befriedigung zu schaffen wirklich etwas geleistet zu haben. Man jubelte ordentlich auf, als man am 14. Juni zuerst einen greifbaren Beschluß gefaßt und 6 Millionen Thaler für die deutsche Flotte bewilligt hatte, wobei es freilich dem Bundestag überlassen blieb für die Beschaffung des Geldes Sorge zu tragen.

Die vorläufige Centralgewalt.

Wenige Tage darauf lag endlich der Antrag des Ausschusses auf Begründung einer vorläufigen Centralgewalt an Stelle des Bundestages vor. Aber wie wenig sich die Parteien auch jetzt noch geklärt hatten, wie ungeordnet sich das parlamentarische Leben noch bewegte, das zeigte sich gerade bei diesen Verhandlungen aufs schärfste. 16 Anträge hatten dem Ausschuß vorgelegen, und als er den seinen einreichte, kamen 33 neue dazu; 189 Redner verlangten das Wort. Schroff standen sich die Ansichten gegenüber. Sollten die Regierungen allein, sollten sie in Gemeinschaft mit der Versammlung, sollte diese unbekümmert um jene die Centralgewalt schaffen? Sollte eine Mehrheit von Personen oder ein einzelner, eine fürstliche Person oder ein Mitglied der Versammlung, ein Verantwortlicher oder ein Unverantwortlicher mit der höchsten Macht bekleidet werden? Es war ein

wirres Durcheinander der Meinungen, in dem die Debatte tagelang in heftigster Leidenschaft hin und her wogte. Der Ausschußantrag, den Dahlmann vertrat, unterlag schnell in diesem Strudel; sein Direktorium von drei Mitgliedern, von den Regierungen bezeichnet und von der Versammlung bestätigt, war ein künstlicher Behelf, der vielleicht in nüchterner Erwägung, aber gewiß nicht in stürmischer Debatte den Sieg erringen konnte. Mit Leidenschaft verfocht die Linke, die sich am schnellsten zusammenschloß, den Antrag von Blum und Trützschler, der als Centralgewalt nur einen Vollziehungsausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte. Ungeordnet und zersprengt kämpften die Anhänger der preußischen Spitze; nur ein kleines Häuflein, Braun von Köslin, Nizze von Stralsund und Röder von Neustettin, bekannte sich offen zu ihrer Fahne; nicht einmal die zwanzig Männer, die zur Unterstützung nötig waren, scharten sich um sie und ihr Antrag ward mit „stürmischer Heiterkeit" abgewiesen. Unter den Rednern, welche die Rechte der Regierungen wahrten und von diesen den Reichsstatthalter ernannt wissen wollten, ragte Georg Vincke an Geist und Schroffheit hervor; unzweideutig wies er auf den Erzherzog Johann von Österreich hin als auf den Mann, den die Wahl treffen werde und der jedem in der Versammlung genehm sein könne. Endlich sah man ein, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen dürfe. Noch hatte lange nicht die Hälfte der Redner gesprochen, da ward beschlossen unter den Anträgen eine Auslese zu halten, die unbedeutendsten und prinziplosesten zu beseitigen und es den Freunden der übrigen anheimzustellen für jeden derselben zwei Redner unter sich zu erwählen. Immerhin blieben auch so noch 9 Anträge übrig und 18 Redner sprachen für sie noch zwei Tage lang. Dann ergriff zum Schluß nach sechstägiger Verhandlung, am 24. Juni, auch Heinrich von Gagern das Wort. Aus diesem Labyrinthe meinte er nur einen Ausweg zu finden: mit kühnem Griffe müsse die Versammlung selbst eine hochstehende Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, erwählen; niemand zweifelte, daß auch er auf den Erzherzog Johann ziele. Die Rede machte gewaltigen Eindruck und dennoch schien sie ins Leere zu fallen; denn nun begann noch einmal und dauerte zwei Sitzungen hindurch ein unbeschreibliches Ringen über die Frageſtellung, über die Zulassung neuer Vorschläge, über persönliche Angriffe und Verdächtigungen, ein Tifteln und Spalten, ein Donnern und Rasen, dem an Langweiligkeit und dann wieder an Maßlosigkeit und Unbändigkeit nichts gleichkam, was Deutschland bis dahin erlebt hatte. Endlich am 28. Juni kam es zur Abstimmung, und nun erst zeigte sich die Wirkung von Gagerns Rede; mit 403 gegen 135 Stimmen sprach sich die Versammlung das Recht zu selbst den Reichsverweser zu ernennen. Die Wahl erfolgte am nächsten Tage; ihr Ausgang unterlag zum voraus keinem Zweifel; 436 von 548 Mitgliedern ernannten den Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser; von den Stimmen der

Gagerns kühner Griff.

Erzherzog Johann Reichsverweser.

Minderheit fielen 52 auf Gagern, 32 auf Itzstein, 1 auf Erzherzog Stephan; 27 enthielten sich der Wahl. Während nun sieben Abgeordnete sich nach Wien aufmachten um den Erkorenen zur Annahme des Amtes einzuladen, beglückwünschte auch der Bundestag zum großen Verdruß der Linken ihn noch am selben Tage in einer Adresse und fügte hinzu, daß die Regierungen schon vor stattgehabter Wahl ihre Zustimmung erklärt hätten. Da auch Kaiser Ferdinand seine Einwilligung sofort aussprach, zögerte der Erzherzog nicht mit der Annahme. So vereinigte sich in seiner Person zeitweilig die höchste Macht in Deutschland und in der westlichen Hälfte der österreichischen Monarchie; denn schon seit dem 16. Juni war er, wie früher erzählt, zum Stellvertreter des Kaisers erhoben. Am 11. Juli hielt er seinen feierlichen Einzug in Frankfurt, übernahm am nächsten Tage in der Paulskirche auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni die Reichsverweserschaft, erklärte, daß er den Kaiser ersucht habe ihn nach der Eröffnung des österreichischen Reichstages von der dortigen Stellvertretung zu entheben, und begab sich darauf in die Bundesversammlung um diese nunmehr aufzulösen.

Auflösung der Bundesversammlung.

Es war eine sehr vollzählige Körperschaft, die ihn in der Eschenheimer Gasse empfing. Denn schon vor der Eröffnung des Parlamentes hatten sich auf Anregung des Herzogs von Meiningen viele der kleineren Regierungen entschlossen besondere Vertreter nach Frankfurt zu entsenden, und da sie nur Männer von liberaler Gesinnung dazu erkoren, da auch die größeren Regierungen zum Teil schon früher Männer der neuen Zeit zu ihren Gesandten bestellt hatten, so bot dieser Kreis, dem Schmerling, Usedom, Welcker, Jordan, Stockmar, Smidt und andere Namen ähnlichen Klanges angehörten, einen Anblick dar, wie man ihn ein halb Jahr früher für unmöglich gehalten haben würde. Auch verdiente die Thätigkeit, welche die Versammlung seit ihrer Umgestaltung entwickelt hatte, alle Anerkennung. Trotz der hämischen Angriffe, mit denen die Linke sie unausgesetzt überschüttete, hatte sie mit großer Beflissenheit das beste Verhältnis zur Nationalversammlung zu wahren gesucht und in der schleswig-holsteinschen, der böhmischen und vielen anderen Angelegenheiten rasche Thätigkeit entwickelt. Daß trotzdem ihr Scheiden ohne Kummer begrüßt wurde, lag in der Natur der Sache; alle Gemäßigten wandten sich mit ihren Hoffnungen jetzt dem Reichsverweser zu. Mochte die Linke ihn auch öffentlich in der taktlosesten Weise behandeln, mochte ihn Robert Blum in vertrauten Kreisen nicht ohne Scharfblick als den Reichsvermoderer verspotten, die große Mehrheit des Volkes betrachtete ihn wirklich als die beste Wahl, die man hätte treffen können. Daß er auf eine Verständigung mit der Linken von vornherein verzichtete, bewies er durch die Ernennung seiner Minister: für das Innere und Äußere Schmerling, für die Justiz Heckscher von Hamburg, beides Männer, welche in den Verhandlungen des Parlamentes schon auf das Persönlichste mit den Radikalen zusammengestoßen waren; der Kriegsminister, ein Preuße, General von Peucker, gehörte der Versammlung

Das Reichsministerium.

überhaupt nicht an. Vervollständigt wurde das Kabinett erst im August, nach der Rückkehr des Reichsverwesers aus Wien. Schmerling gab das Äußere an Heckscher, dieser die Justiz an Robert von Mohl aus Baden ab; den Vorsitz übernahm der Fürst von Leiningen, die Finanzen Beckerath, den Handel Duckwitz von Bremen, der wie Peucker nicht Mitglied des Parlamentes war. Unter den Unterstaatssekretären ragten Mevissen, Mathy und Bassermann durch Einfluß und Tüchtigkeit hervor. So entsprach die Zusammensetzung des Kabinetts vorzugsweise dem Standpunkte des rechten Centrums, das bei etwa 120 Mitgliedern unter den Parteien, die nach und nach festere Form gewannen, die stärkste war. Im „Casino", wo es sich versammelte und nach dem es genannt wurde, fand man die meisten der durch Gelehrsamkeit und besonnenen Freisinn ausgezeichneten Männer des Hauses, die Dahlmann, Arndt, Grimm, Droysen, Duncker, Waitz, Beseler, Bassermann, Simson, Mathy, Mevissen, Beckerath, überwiegend Norddeutsche. Anfang September zweigte sich von ihnen der „Landsberg" ab, etwa 40 Männer von weniger bekannten Namen, bis auf drei Bayern lauter Norddeutsche, der redegewandteste von ihnen Wilhelm Jordan. Fast unmerklich war der Abstand, der sie vom linken Centrum trennte, das auch in zwei Gruppen zerfiel, den Augsburger Hof, dem Robert von Mohl, Biedermann, Riesser angehörten, und dem Württemberger Hof, zu dessen bekannteren Namen Mittermaier, Giskra, Stremayr, Gumbrecht zählten. Auch diese beiden Gruppen hatten jede etwa 40—50 Mitglieder und kamen erst mit dem Landsberg zusammen an Stärke dem Casino gleich. Auf beide Centren durfte man mit den zahlreichen Wilden, die zu ihnen hielten, gegen 300 Stimmen, d. h. eine schwache Mehrheit, rechnen. Gegen 200 Mitglieder standen links vom linken Centrum; doch war auch hier kein schroffer Abstand. Mit der Westendhalle, wo unter den 42 Mitgliedern Raveaux, Vischer, Venedey genant werden mögen, gab es vielfache Anknüpfungspunkte, und ebenso mit deren Seitenzweig, dem Nürnberger Hof, in dem Kolb von Speyer und Löwe von Kalbe hervorragten. Erst mit dem Deutschen Hause und dem Donnersberg, den beiden Fraktionen des äußersten Radikalismus, wo Karl Vogt und Ruge, Zitz und Wesendonck den Ton angaben, hörte jede Verständigung auf. Einfacher als nach links hin gruppierten sich die Mitglieder auf der Rechten, die auch an Zahl kaum ein Drittel so stark war wie die Republikaner. Bei ihnen war das Café Milani, später der Englische Hof, der Sitz der protestantischen Norddeutschen, wo Georg Vincke den Ton angab, und neben ihm der Graf Schwerin und die späteren Reichsminister Grävell und Detmold zu nennen sind; während in dem Steinernen Hause der Katholizismus, die Döllinger und Lasaulx, aber auch die Radowitz und Lichnowski ihr Hauptquartier hatten. Nicht auf einmal gestaltete sich diese weitgetriebene Gliederung der Parteien, noch blieb sie, einmal eingetreten, von dauerndem Bestande; selbst in Beschränkung auf die zweite Hälfte des Jahres 1848 darf diese Übersicht daher nur als all-

Die Parteibildung im Parlament.

gemeine Charakteristik gelten, die für jeden einzelnen Moment verschiedenartigen Abänderungen zu unterwerfen wäre.

Beratung der Grundrechte.

Die Hauptarbeit, welcher sich die Versammlung nunmehr und zwar seit dem 3. Juli widmete, galt der Feststellung der sog. Grundrechte. Der Verfassungsausschuß hatte es für geraten gefunden über diesen Teil seines Werkes abgesondert Bericht zu erstatten; in 12 Artikeln und 48 Paragraphen hatte er die wichtigsten Bestimmungen über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, über Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Presse, des Glaubens, der Wissenschaft, des Vereinswesens, über Unabhängigkeit der Rechtspflege und Selbständigkeit der Gemeinden, sowie über die Notwendigkeit einer Volksvertretung in den Einzelstaaten zusammengefaßt. Man glaubte in nicht gar langer Zeit mit der Beratung zu Ende zu kommen; der Präsident selbst meinte in drei Wochen fertig zu werden. Aber nun begann aufs neue die Redewut und der unendliche Strom der Änderungsvorschläge; die letzteren schätzte ein Redner schon am vierten Tage auf 350 und prophezeite nach dem bisherigen Maßstabe 4380 Reden für die Gesamtverhandlungen, deren Schluß voraussichtlich im April 1850 stattfinden werde. Ganz so schlimm ward es nun freilich nicht; aber aus Gagerns drei Wochen waren doch schon über drei Monate geworden, als man am 13. Oktober mit der ersten Beratung (und auch das noch unter Zurückstellung von neun Paragraphen) zu Ende gekommen war und in die zweite Lesung eintreten konnte.

Die Einzelregierungen.

Allerdings war nicht die ganze Zeit ausschließlich den Grundrechten gewidmet worden; auch die Konflikte mit der Centralgewalt und mit den Einzelregierungen hatten viel Zeit verschlungen. Unter den letzteren

Hannover.

wagte es Hannover zuerst der Nationalversammlung Trotz zu bieten; denn hier war nicht der König allein widerwillig der Strömung der Zeit gefolgt, sondern auch Stüve, sein leitender Minister, der den zweifellosesten Liberalismus mit einem ausgeprägten hannoverschen Sonderstandpunkte zu verbinden wußte, ertrug ungeduldig die Herrschaft der Frankfurter Versammlung. Die Anerkennung des Reichsverwesers ward daher am 7. Juli mit einer scharfen Erklärung an die hannoverschen Stände begleitet, worin der König versicherte, er werde keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben, welche nicht die Selbständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge. Das war also die schroffste Auflehnung gegen die Souveränität der Nationalversammlung, die in ihrer ungeheuren Mehrheit keinem Fürsten, am wenigsten aber einem so verrufenen Reaktionär wie dem König Ernst August, das Recht zugestand eine Verfassung, die sie beschlossen, zu verwerfen. Die Linke stellte kurz und gut den Antrag den Rebellen vom Throne zu stoßen; die Mehrheit beschloß wenigstens die unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von ihm zu fordern. Nur scheinbar erreichte sie diesen ihren Willen; der hannoversche Gesandte in Frankfurt leistete die Anerkennung, aber ohne ausdrücklichen Auftrag seines Monarchen; wie wenig damit gewonnen sei, ersah man

schon daraus, daß die hannoversche Armee nicht angehalten wurde dem Reichsverweser zu huldigen. Durch eine Verfügung des Kriegsministers war eine solche Huldigung auf den 6. August für die gesamte frühere Bundesarmee befohlen worden; allein nur in Sachsen, Württemberg und den Kleinstaaten ward diesem Befehle gehorcht. In Österreich kümmerte man sich gar nicht darum; in Preußen befolgte man ihn nur in den Bundesfestungen und suchte sich mit allerlei Umschweifen herauszureden. Das Reichsministerium besaß nicht die Kraft seinen Willen zu erzwingen und stellte sich befriedigt. Es besaß aber auch nicht die Klugheit das Verhältnis zu den Einzelstaaten durch eigenes Vorgehen zu bessern. Mit Recht wünschte Preußen, damit diesen wenigstens ein beratender Einfluß auf die Centralgewalt ermöglicht werde, aus ihren Vertretern beim Reichsverweser ein Kollegium von elf Stimmen (darunter drei preußischen und drei österreichischen), eine Art von Bundesrat, zu bilden und dieses in regelmäßige Beziehungen zum Reichsministerium zu setzen. Um das bei der Nationalversammlung durchzusetzen hätte es eines starken Druckes bedurft, und den glaubte das Ministerium nicht anwenden zu können, sondern lehnte am 30. August den Plan ab, der allein noch die nötige Fühlung zwischen der Centralgewalt und den Fürsten herzustellen vermochte. Äußerlich bestand einstweilen, besonders zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Erzherzog Johann, ein recht gutes Einvernehmen. Ein Fest zur Feier des Dombaus vereinigte beide mit dem Präsidenten und vielen Mitgliedern der Nationalversammlung am 15. August in Köln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich zu ihnen gehöre. Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht überflüssig; denn während thatsächlich doch die preußischen Waffen das Reich nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs vertreten mußten, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als man ahnte.

Die Huldigung des Heeres.

Preußen.

Das Kölner Dombaufest.

Preußen und der schleswig-holsteinsche Konflikt.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur vier Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem anderen Zwecke erkoren. Galt auch im allgemeinen die Sendung nach Frankfurt

Die Berliner National-Versammlung.

für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den Berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die Frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preußische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und dahin gebracht werden, auf seinem Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegenteil beschlossen. Beide Versammlungen waren konstituierende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des Frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch zugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; und dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt nicht. Man begnügte sich damit am 27. Mai den Satz auszusprechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst begründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die Berliner Nationalversammlung wandte gegen diesen Beschluß nichts ein und so konnte die heikle Frage im Grundsatz als geordnet betrachtet werden.

Die Vereinbarung der Verfassung.

Aber auch thatsächlich verlor sie ihre Gefährlichkeit mehr und mehr dadurch, daß der Berliner Versammlung ihr souveräner und konstituierender Charakter seitens der Regierung mit Ausdauer bestritten wurde. Anerkannt war er von dieser Seite niemals. Schon in der Benennung, welche die Versammlung amtlich führte, ward ihr nur das Recht die Verfassung mit der Regierung zu vereinbaren zugestanden. Allerdings bekämpfte die Linke diesen Standpunkt, aber die Mehrheit der Versammlung ließ ihn doch zu, indem sie schon am 30. Mai bei der Beratung der Geschäftsordnung den Antrag abwies sich selbst als Konstituante zu bezeichnen und dem Könige das Recht der Auflösung abzusprechen.

Die Parteien.

Die Linke verfügte in ihren verschiedenen Schattierungen über höchstens 120 Stimmen; manch hervorragendes Talent stand ihr zu Gebote; neben Johann Jacoby, der einen bekannten politischen Namen mitbrachte, schwangen sich besonders Waldeck und Unruh zu Führern empor, jener Westfale, Katholik, Mitglied des höchsten Gerichtshofs und bisher politisch so wenig bekannt, daß die Nationalzeitung seine Wahl als die eines Reaktionärs beklagte. Ähnliche Unklarheit herrschte während der ersten Wochen in bezug auf viele Abgeordnete; die Wähler selbst hatten nicht selten ihre Stimmen ohne volle Kenntnis der politischen Stellung ihres Vertrauensmannes abgegeben. Die bewährteren und bekannteren Politiker waren nach Frankfurt geschickt, und wenn sich gleichwohl auch in der Berliner Versammlung eine beträchtliche Zahl bedeutender Kräfte herausarbeitete, so blieb sie im Verhältnis zu den Unfähigen und Ungeeigneten doch immer klein. Die gelehrten Stände waren sehr stark vertreten; an 100 Juristen, 80 Geistliche und Lehrer, ebensoviel

sonstige Beamte; andererseits freilich auch gegen 100 Bauern und Handwerker, so daß der Großgrundbesitz, der Handel und die Industrie, das große Kapital überraschend schwach vertreten waren. Damit war denn auch die Schwäche der konservativen Partei gegeben und der Schwerpunkt in die Centren gerückt. Diesen aber fehlte es an einflußreichen Führern; die Opposition vom Vereinigten Landtage saß teils in Frankfurt, teils im Ministerium. Von diesem mußte die Leitung ausgehen, wenn die Mittelparteien die Stellung behaupten wollten, die ihnen der Zahl nach zukam. Das Ministerium aber befand sich in einer höchst bedenklichen Lage. Wollte es die Versammlung an sich ketten, so mußte es die aufgeregte Stimmung der Berliner Bevölkerung und die Ansprüche, welche diese an die Volksvertretung stellte, berücksichtigen. Die Zeit war noch nicht gekommen und die Mehrheit besaß in sich selbst nicht Kraft genug um dem Unwillen des souveränen Volkes Trotz zu bieten. Trug das Ministerium aber dieser Thatsache Rechnung, so verdarb es seine Stellung zum Könige. Friedrich Wilhelm hatte in den Tagen der Revolution mit nichten eine innere Umwandlung vollzogen; er war ganz und gar der alte, und der gesamte Liberalismus, wie er jetzt am Ruder war, galt in seinen Augen für nichts als für die verkörperte Sünde und den schrecklichsten Abfall von Gott. Er glaubte einer großen europäischen Verschwörung erlegen zu sein; er fürchtete einen neuen Anlauf derselben, und lieber als sich zum zweitenmale beugen wollte er das „treue, racheschnaubende Landvolk" aufbieten und die Verschwörer mit starker Hand demütigen. So hatten die Minister vor ihm einen schweren Stand. Nur Camphausen etwa und Schwerin fanden Gnade in seinen Augen; die anderen erklärte er für Feiglinge, die jedesmal ihre Entlassung forderten, wenn er nicht nachgeben wolle; Heinrich von Arnim mißhandele ihn förmlich. Hätte die Nationalversammlung sich in einer entgegenkommenden Sprache auf die Thronrede, mit welcher der König sie eröffnete, vernehmen lassen, so würde das die Stellung des Kabinetts auch dem Monarchen gegenüber befestigt haben; vollends nachdem der Antrag auf eine solche Adresse von dem Berliner Abgeordneten Duncker einmal gestellt war, mußte das Ministerium dringend die Annahme wünschen; denn jetzt erschien die Ablehnung allerdings wie ein Mißtrauensvotum. Trotzdem schwankte das linke Centrum in seinem Entschluß, und erst als die Minister Hansemann und Camphausen mit ihrem Rücktritt drohten, wurde der Erlaß einer Adresse beschlossen und ein Ausschuß mit dem Entwurf betraut. Noch hatte dieser sein Werk nicht vollendet, als die Linke mit einem kecken Streiche dazwischen fuhr. Wenn die Adresse notwendigerweise eine Anerkennung des Königs und des Ministeriums enthalten mußte, so sollte die Mehrheit vorher auch die Souveränität des Volkes anerkennen, indem sie genötigt wurde die Märztage als die Grundlage ihres Daseins zu verherrlichen, was sie, wie man auf der Linken glaubte, dem Berliner Volke gegenüber schwerlich verweigern konnte. So stellte denn der Abgeordnete Berends am 8. Juni

Das Ministerium.

Der König.

Die Adreßfrage.

Antrag Berends.

den Antrag: in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Märzkämpfer um das Vaterland verdient gemacht hätten. Allein der Anschlag mißglückte. Nach zweitägiger Verhandlung beschloß die Versammlung auf den Antrag von Zacharias mit 19 Stimmen Mehrheit zur Tagesordnung überzugehen, da ihre Aufgabe nicht sei über die unbestrittene Bedeutung der Märzereignisse, denen man in Verbindung mit der königlichen Zustimmung die staatliche Neuordnung verdanke, historische Urteile zu fällen, sondern vielmehr die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Das war also eine vollständige Niederlage der Linken, eine Anerkennung der königlichen Mitwirkung, eine Anerkennung der Vereinbarungslehre. Wäre der Ausgang ein anderer gewesen, so hätte der König, der von Unwillen über die „Frechheit" der Linken übermeistert war, einen völligen Bruch nicht gescheut. Auflösung der Versammlung, Entlassung des Ministeriums, Umlagerung von Berlin, das waren die Pläne, die ihm durch den Kopf schossen. Auch der Sieg der Gemäßigten beruhigte ihn keineswegs; nahe genug lag die Besorgnis, daß jetzt ein neuer Aufstand ausbrechen werde. Lärmende Volkshaufen hatten während der Verhandlungen das Gebäude der Singakademie, wo die Versammlung tagte, umwogt, und einzelne Abgeordnete und Minister wie der Prediger Sydow und Heinrich von Arnim waren thätlich mißhandelt worden. In den nächsten Tagen wuchs die Aufregung beständig; die Bürgerwehr machte Miene für die Erhaltung der Ruhe einzutreten; um so lauter forderten die Wühler Waffen für das eigentliche „Volk" und kündigten unverhohlen einen Sturm auf das Zeughaus an. Trotzdem verabsäumte die Regierung das wichtige Gebäude genügend zu schützen, und als in der Nacht vom 15. zum 16. Juni die Massen in dasselbe eindrangen, ward es von der Besatzung ohne Widerstand geräumt. Der Triumph dauerte allerdings nur wenige Stunden, aber für das Ministerium war das Ereignis doch eine schwere Niederlage. Der Kriegsminister Graf Canitz mußte sofort zurücktreten und seine Kollegen folgten ihm am 25. Juni. Nur Hansemann blieb auf seinem Posten; den Vorsitz übernahm an Camphausens Stelle Rudolf von Auerswald; für Canitz war der General Schreckenstein eingetreten; die übrigen Ministerien erhielten Milde, bisher Präsident der Nationalversammlung und als solcher nunmehr durch Grabow ersetzt, Rodbertus, Märker, Gierke und Kühlwetter. Das neue Kabinett sah seine dringendste Aufgabe darin für die Ruhe Berlins zu sorgen, und die Einrichtung des Instituts der Schutzleute diente diesem Zwecke mit bestem Erfolg. Es war aber nicht minder beflissen, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen und kam der Linken bedeutend weiter entgegen als seine Vorgänger. Diese hatten am Tage des Zeughausturmes auch in der Nationalversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten; trotz ihrer Einsprache gegen solchen „Zeitverlust" ward der Verfassungsentwurf auf den Antrag Waldecks und Wachsmuths, eines Mitgliedes der Rechten, einem Ausschuß überwiesen, welcher seine Mängel ausfüllen und verbessern sollte.

Der Zeughaussturm.

Ministerium Hansemann.

Der Verfassungsausschuß.

Das neue Kabinett nahm diesen Beschluß an und versprach überdies wichtige Vorlagen über die Bürgerwehr und die Aufhebung der Steuerfreiheiten des Adels, besonders aber eine neue Gemeindeordnung, die Waldeck für wichtiger als selbst die Verfassung erklärt hatte. Auch mit dem Könige wußte es sich besser zu stellen; dieser meinte wohl, er komme sich jetzt vor wie im Himmel. Sehr unerfreulich gestaltete sich aber das Verhältnis zu Frankfurt. Dort vollzog sich eben jetzt die Bildung des Reichsministeriums. Einer Reihe hervorragender Preußen wurden Sitze in demselben angeboten; Camphausen sollte den Vorsitz führen, Beckerath das Auswärtige übernehmen. Sie lehnten ab, und ebenso zerschlug sich eine Zusammensetzung Stockmar-Bunsen, die gleichfalls für Preußen sehr annehmbar gewesen wäre. Statt dessen erhielt Leiningen die Leitung und nur der Kriegsminister Peucker und Beckerath, der schweren Herzens die Finanzen übernahm, vertraten das preußische Volk im Rate des Reichsverwesers. Über die schwierige Frage der Huldigung kam man, wie erzählt worden, noch so leidlich hinweg, und die Begegnung des Königs mit dem Reichsverweser bei dem Kölner Feste verlief glatt genug. Aber ein viel ernsthafterer Gegensatz bestand daneben fort und konnte nicht lange in der Schwebe bleiben. Er bezog sich auf die schleswig-holsteinsche Sache, und deren müssen wir deshalb hier rückgreifend gedenken.

Stellung zu Frankfurt.

Schon Anfang April 1848 war es zwischen den Dänen und schleswig-holsteinschen Truppen, die, verstärkt durch Freiwillige aus den Herzogtümern und dem übrigen Deutschland, sich für die Sache ihres Heimatlandes erklärt hatten, zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Gegend nördlich von Flensburg zu verteidigen war unmöglich, da von Alsen aus beständig die Rückzugslinie bedroht wurde. Aber auch die Stellung um Flensburg mußte am 9. April nach dem verlustreichen Kampfe bei Bau und Crusau preisgegeben werden und nur der eilige Rückzug auf die Eiderlinie rettete die Schleswig-Holsteiner vor der Vernichtung durch die Übermacht: schon am 11. April wehte der Danebrog wieder in der Stadt Schleswig. Aber mittlerweile waren auch die preußischen Truppen und das zehnte Bundeskorps zahlreich genug in Holstein angelangt um zum Angriff übergehen zu können. General Wrangel, der sie führte, richtete an die dänischen Heerführer die Aufforderung Schleswig zu räumen und erzwang diese Forderung durch siegreiche Kämpfe am Danewirk bei Schleswig am 23. und Oversee am 24. April; acht Tage später stand er an der jütischen Grenze. Hätte sich Dänemark weiterer Feindseligkeiten gegen Deutschland enthalten, so würde er an der Königsau Halt gemacht haben. Allein die Beschlagnahme und Aufbringung deutscher Schiffe, sowie die Blokade der Häfen in der Ost- und Nordsee machten weitere Schritte nötig. Am 2. Mai besetzte er Südjütland mit der Festung Friedericia und schrieb eine starke Geldzahlung aus zur Vergeltung für die dem deutschen Handel zugefügten Nachteile. Von diesem Zeitpunkte ab wurde jedoch die Entschlossenheit der Kriegführung

Der Krieg in Schleswig-Holstein.

Einmarsch der Preußen.

Einmarsch in Jütland.

durch die Einmischung der fremden Diplomatie gelähmt. Besonders ungeberdig benahm sich Zar Nikolaus, der es seinem königlichen Schwager nicht verzeihen wollte, daß er sich in den Dienst der Revolution gestellt habe, und der sogar dessen Bruder, dem Prinzen von Preußen, als derselbe noch in London war, den Antrag machte mit russischen Truppen auf Berlin zu marschieren und die demokratische Wirtschaft daselbst über den Haufen zu werfen. England war weniger entschieden, aber doch unzweifelhaft den Dänen geneigt; die Frankfurter Centralgewalt erkannte keine der Großmächte an; zu Dänemarks Gunsten erhob sogar Schweden seine Stimme gegen Preußen. Alle verlangten mindestens die Räumung Jütlands, und die Gesandten der Großmächte in Kopenhagen richteten sogar unmittelbar an Wrangel die Forderung sich zurückzuziehen. Natürlich lehnte der General das ab, sofern nicht Dänemark die schleswigsche Insel Alsen räume, die gekaperten Schiffe zurückgebe und die Blokade aufhebe. Das preußische Kabinett und der Bundestag billigten auch dieses Verhalten, aber Ende Mai erging doch von Berlin der Befehl zum Rückzug. Die Dänen drangen sofort nach und griffen außerdem von Alsen aus die unter Halkett in Sundewitt stehenden Hannoveraner an. Auch diese Halbinsel mußte nach dem Gefecht bei Nübel am 28. Mai vorübergehend geräumt werden; doch erzwangen die Generale Bonin und Halkett schon am 5. Juni bei Düppel von neuem den Besitz, während der Bayer von der Tann am 7. mit seiner Freischar ruhmvoll und glücklich bei Hoptrup (zwischen Hadersleben und Apenrade) kämpfte, so daß Ende Juni nach einem Gefechte bei Hadersleben das Land bis zur Königsau wieder von den Dänen gesäubert war.

Rückzug Wrangels.

Unterdessen waren in London eifrige Verhandlungen gepflogen, bei denen Lord Palmerstons Haltung den deutschen Forderungen nicht eben ungünstig war. Dänemark verlangte, daß während des Waffenstillstandes die vorläufige Regierung und das schleswig-holsteinsche Heer aufgelöst und ein Ersatz für beides in Schleswig durch den König von Dänemark, in Holstein durch den Bund geschaffen werde; England dagegen empfahl das Land in der Zwischenzeit völlig sich selbst zu überlassen und begünstigte den Eintritt Schleswigs in den Bund mit der Einschränkung, daß den nördlichen Bezirken bei freier Abstimmung der Anschluß an Jütland zugestanden werde. Dem widersetzte sich Dänemark hartnäckig und erreichte zunächst so viel, daß die weiteren Verhandlungen unter schwedischer Vermittlung in Malmö stattfanden, wohin der König von Preußen den General von Below entsandte. Friedrich Wilhelm sehnte sich lebhaft nach dem Frieden, da ihm die Sache der Herzogtümer täglich mehr in revolutionärem Lichte erschien und er überdies befürchtete, daß die Drohungen des Zaren und die Erbitterung des deutschen Volkes zum Krieg mit Rußland führen könnten. Entschlossen in diesen niemals zu willigen, bedurfte er militärischer Kräfte zu seinem Schutz, ein Grund mehr die baldige Rückkehr der Garden vom Kriegsschauplatz zu wünschen. So ließ er sich also Ende Juni auf die Verhandlungen in

Diplomatische Verhandlungen.

Malmö ein. Sie zogen sich, einmal bereits abgebrochen, dann in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen, mehrere Wochen hin und ergaben schließlich am 19. Juli ein Einverständnis, dessen wesentlichen Inhalt ein dreimonatlicher Waffenstillstand, die beiderseitige Räumung der Herzogtümer, die Teilung der schleswig-holsteinschen Armee in eine schleswigsche und eine holsteinsche und die Ersetzung der vorläufigen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde bildeten. Da nun aber Preußen den Krieg namens des Bundes führte und der Bundestag seit dem 11. Juli nicht mehr bestand, war die Zustimmung des Reichsverwesers und des Parlamentes erforderlich. Letzteres hatte sich wiederholt mit großer Entschiedenheit zu Gunsten der Herzogtümer ausgesprochen und bereits am 9. Juni erklärt, es werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Schleswiger und die Ehre Deutschlands schädige. Auch das Reichsministerium war von dem größten Eifer beseelt; es hatte auf das Gerücht von den Malmöer Verhandlungen die süddeutschen Regierungen zu Truppensendungen nach dem Norden aufgefordert und im Parlamente erklärt, der Krieg müsse fortan mit Reichstruppen und Reichsgeldern geführt werden. Aber trotzdem erteilte Erzherzog Johann am 7. August mit einigen Einschränkungen den Verabredungen von Bellevue seine Zustimmung, und die Verhandlungen begannen darauf in Malmö von neuem. Auch die Reichsgewalt ordnete in der Person Max von Gagerns einen Vertreter dazu ab; aber die Dänen weigerten sich so hartnäckig mit ihm sich einzulassen, daß auch Preußen endlich darauf verzichtete. Das verbesserte nun freilich die Stimmung zwischen Berlin und Frankfurt nicht und vollends die weiteren Zugeständnisse, zu denen sich Preußen in dem Vertrage von Malmö am 26. August 1848 herbeiließ, erregten in Frankfurt das größte Mißfallen. Die Dauer des Waffenstillstandes ward auf 7 Monate verlängert, also der Winter, wo die dänische Flotte wenig schaden konnte, hineingezogen worden und Deutschland nach Dahlmanns bitterem Wortspiel geradezu in den April geschickt. Außerdem sollten alle seit dem März in Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt und zum Präsidenten der gemeinschaftlich ernannten Regierung Graf Karl Moltke, einer der verhaßtesten Dänenfreunde, erkoren werden. Diese Nachrichten riefen in Frankfurt ebenso große Bestürzung wie Erbitterung hervor. Hatte man die Mittel sich dem Willen Preußens zu widersetzen? und konnte man andererseits mit Ehren bestehen, wenn man diesen Abmachungen zustimmte, wenn man die Regierung in Rendsburg preisgab und die deutschen Truppen aus deutschem Bundesgebiete zurückzog? Unterwerfen Sie sich jetzt beim Anblick der Gefahr, so rief Dahlmann entrüstet den Schwankenden zu, dann werden Sie Ihr ehemals so stolzes Haupt nie wieder erheben, denken Sie an meine Worte: nie! Den Ernst der Lage verkannte wohl niemand im ganzen Parlament. Als das Ministerium am 4. September den Wortlaut des Vertrages mitteilte, wurde auf Antrag von Waitz binnen 24 Stunden ein Aus-

Der Waffenstillstand von Malmö.

Die Opposition in Frankfurt.

Die Septembertage.

schußbericht über die Sachlage erfordert. Dahlmann erstattete ihn und verlangte, daß die Ausführung des Vertrages eingestellt werde. Es gab einen heißen Kampf im Parlamente; die gesamte Linke, die ihn so oft geschmäht und verspottet, scharte sich unter Dahlmanns Fahne; aber die eigene Partei erklärte sich in großer Mehrheit wider ihn und das Ministerium drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Antrag durchgehe. Dennoch, und obgleich Preußen mittlerweile den Vertrag schon bestätigt hatte, fand sich eine knappe Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung, und Dahlmann als der Führer der bunt zusammengewürfelten Majorität sollte nun ein neues Ministerium bilden. Aber wie das anfangen? Aus der Linken, mit der er nichts gemein hatte, konnte er sich seine Kollegen nicht wählen, seine eigenen Gesinnungsgenossen verweigerten, wie sie nicht anders konnten, ihm ihren Beistand. Nach drei sorgenvollen Tagen mußte er dem Reichsverweser die Unausführbarkeit des Auftrages, der ihm geworden, anzeigen. Nicht glücklicher war ein Versuch des Abgeordneten Hermann aus München; das Ende war also die Rückkehr des früheren Ministeriums, aus dem jedoch Leiningen schied, während Schmerling den Vorsitz übernahm. Nicht einmal der Beschluß vom 5. September war in dieser Verwirrung ausgeführt worden; wenige Tage später ward er ausdrücklich wieder aufgehoben, der Vertrag genehmigt. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte zwar auch jetzt noch die Verwerfung, aber wenn auch dieselbe Zahl von Abgeordneten am 16. September für sie stimmte, wie am 5. (238, resp. 236), so waren die Reihen der Gegner in der vollzähligeren Versammlung doch so bedeutend gewachsen (von 221 auf 258), daß der Sieg auf ihrer Seite blieb. Der Ingrimm, der sich darob der Linken bemächtigte, war ungeheuer: die Leidenschaftlichsten sannen darauf den Sieg, der ihnen im Parlamente entrissen war, mit Hilfe des Pöbels zurückzugewinnen. Am 17. September, einem Sonntage, veranstalteten sie auf der Pfingstweide eine Massenversammlung, die auf 20 000 Köpfe geschätzt wurde. In den maßlosesten Reden wurde auf die 258 Verräter geschimpft; Zitz, der Abgeordnete von Mainz, forderte die Massen auf „mit Fraktur zu schreiben“; andere Mitglieder der Versammlung, Ludwig Simon, Wesendonck, Schlöffel, unterstützten ihn; am nächsten Tage sollte die Überreichung einer Adresse die Gelegenheit bieten das Parlament zu sprengen und die Republik auszurufen. Das Ministerium traf jedoch zu rechter Zeit schützende Vorkehr; österreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herangezogen und die Paulskirche besetzt. Gereizt durch diese neue Enttäuschung, begannen die Republikaner Barrikaden zu bauen ohne doch imstande zu sein sie zu behaupten. Ernstliche Gefahr drohte von diesen wahnwitzigen Versuchen nicht; aber ohne Blutvergießen ging es auch nicht ab. Nicht von den Soldaten allein fanden mehrere ihren Tod, sondern sogar zwei angesehene Mitglieder der Nationalversammlung, Hans von Auerswald und Fürst Lichnowski, wurden vor dem Friedberger Thor in barbarischer Weise hingeschlachtet. Der alte Jahn, der

Der Aufstand in Frankfurt.

Minister Heckscher entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechselung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Pöbelszenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Entrüstung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein anderer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmütigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benötigte. Den Rückschrittsmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Mut bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offenbarer, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das Parlament blickten, zusammenschrumpfe und die Zahl solcher, die sehnsüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den anderen Teilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die Leiter waren Struve, Löwenfels und Karl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungeregelten Scharen bei Staufen vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gärungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in anderen Teilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptsitze der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernsten Folgen begleitet war.

Der Aufstand in Baden.

Die Krisis in Österreich.

Trotz des Erfolges, den die österreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli zusammentrat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hasse gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Österreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen Wiener

Der Reichstag in Wien.

Advokaten Schmitt; als Stellvertreter wurden ihm zwei Slawen zugeordnet, der Tscheche Strobach, der ihn bald ersetzte, und der Pole Smolka. Eine feste Parteibildung war nur auf der Grundlage der Nationalitäten möglich; die Deutschen saßen auf der Linken, die Tschechen auf der Rechten. Eine Adresse an den Kaiser eröffnete die Verhandlungen; sie forderte die Rückkehr des Monarchen nach Wien und war erfolgreich. Umsonst verlangten besonnene Männer wie Stadion, daß vorher durch die Auflösung der Studentenlegion und ähnliche Maßregeln Bürgschaft für die Erhaltung der Ordnung geschaffen würde; Rückkehr des Kaisers. ohne sie erlangt zu haben zog am 12. August der kranke Ferdinand, sehr lau vom Volke begrüßt, wieder in seine Hauptstadt ein. Auch die zweite Frage, die in Anregung kam, wurde mit vieler Mühe zu einem guten Ende geführt, die wichtigste, die überhaupt dem Reichstage gestellt werden konnte: noch drückte die Bauern und manche Klassen der städtischen Aufhebung der Feudallasten. Bevölkerung die unendliche Reihe der Lasten und Fronden, die sich aus dem Unterthänigkeitsverhältnis herschrieb; sie mit einem Schlage aufzuheben beantragte der Abgeordnete Kudlich. Vom 8. August bis 7. September dauerten die Verhandlungen. Nicht die Rede- und Verbesserungslust der Reichstagsmitglieder allein hatte diesen Zeitaufwand herbeigeführt, sondern ebensowohl die innere Schwierigkeit der Sache und der heftige Zwiespalt der Meinungen darüber, ob den Herren für ihre Rechte eine Entschädigung zu gewähren sei oder nicht. Das Ministerium forderte die Entschädigung unter Androhung seines Rücktrittes; die Bauernpartei tobte dagegen in ungezügeltem Hasse; die Köpfe derer, erklärte ein Redner, die für die Entschädigung sprächen, seien nicht mehr wert als die Anatomie dafür zahle; endlich gewann der Antrag Lassers den Sieg, daß eine Scheidung zwischen den Lasten getroffen und der eine Teil mit, der andere ohne Entschädigung aufgehoben werden solle. Auf dieser Grundlage ward das Gesetz angenommen und am 9. September vom Kaiser bestätigt.

Ungarn. In denselben Tagen, wo dieser wichtige Fortschritt gelang, traf in Wien eine ungarische Deputation von 100 Mitgliedern ein, die den Kaiser einladen sollte nach Pest zu kommen. Es war der letzte, aussichtslose Versuch den völligen Bruch zwischen beiden Hälften der Monarchie zu verhüten. Geraume Zeit hindurch hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kaiser die neue Ordnung der Dinge in Ungarn billige. Mit großer Entschiedenheit hatte er sich gegen die Selbständigkeitsbestrebungen in den Nebenländern der Stefanskrone ausgesprochen und in einem Manifeste vom 10. Juni bei dem lebendigen Gott geschworen, daß er die Unversehrtheit der ungarischen Krone schützen werde. Am härtesten traf dieser kaiserliche Zorn den kroatischen Banus Jellatschitsch, der mit der ungarischen Regierung in offener Fehde lag. Bereits im Mai verfügte diese eigenmächtig seine Enthebung von dem Posten, welchen Jellatschitsch. der Kaiser ihm anvertraut. Jellatschitsch aber, weit entfernt zu gehorchen, verband sich nun erst recht mit der kroatischen Nationalpartei und berief

zum 5. Juni den Landtag des dreieinigen Königreiches nach Agram. Allerdings blieben nicht bloß die Dalmatiner aus, die ihre Vertreter in den Reichstag nach Wien sandten, sondern auch die Slawonier, die sich auf Ungarns Seite schlugen; und selbst mit den Serben der Woiwodina, die sich doch freiwillig ihnen angeschlossen, kamen die Kroaten nicht zum Besten aus. Die nationalen Forderungen, die in Agram erschollen, hatten daher einen sehr dürftigen Rückhalt; trotzdem waren sie nichts weniger als anspruchslos, denn sie gingen auf ein südslawisches Königreich, das Krain, Kärnthen, Istrien in sich aufnehmen und mit der übrigen Monarchie nur die Ministerien des Krieges, des Auswärtigen und der Finanzen gemein haben sollte. Solcher Pläne hatte man sich in Wien von einem Landtag, den Jellatschitsch beherrschte, nicht versehen; der Banus ward mit den bittersten Vorwürfen überhäuft und nach Innsbruck vorgeladen. Ohne sich zu übereilen traf er Mitte Juni am kaiserlichen Hoflager ein. So schwierig seine Stellung auch schien, so wußte er sich doch leidlich zu rechtfertigen; besonders ein Aufruf, durch den er die Südslawen in Radetzkys Heer ermahnte treu dort auszuharren und für ihren Kaiser zu kämpfen, befestigte von neuem das Zutrauen in seine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit. Der Kaiser lenkte ein, gab seine Parteinahme für die Ungarn auf und übertrug dem Erzherzog Johann den Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden Interessen. Allein dazu war es bereits zu spät. Die Serben, denen die Kroaten noch viel zu bedächtig vorgingen, setzten einen Landesausschuß (Odbor) ein, an dessen Spitze der junge Stratimirowitsch stand, und griffen zu den Waffen. In denselben Tagen, wo Jellatschitsch in Innsbruck verweilte, begannen in der Woiwodina die Feindseligkeiten. Die Ungarn blieben im Nachteil; ein Angriff, den sie unter General Hrabowski auf Karlowitz machten, wurde von Stratimirowitsch erfolgreich zurückgeschlagen. Ungeduldig forderte nun der Agramer Landtag vom Kaiser, daß Jellatschitsch wieder eingesetzt werde und erklärte sich für unauflösbar. Dem Banus mußten diese Schritte sehr unlieb sein, weil sie ihm die Verständigung mit dem Hofe erschwerten; aber er wußte sich mit guter Art aus der Verlegenheit zu helfen. Am 9. Juli bestätigte er die Unauflösbarkeit und vertagte in demselben Augenblicke „mit einem väterlichen Gruße" den unauflösbaren Landtag, der niemals wieder zusammentrat. Dann eilte er nach Wien um dort mit dem Erzherzog Johann, dem Palatinus Stefan und dem ungarischen Ministerpräsidenten Batthyány über einen Ausgleich zu verhandeln. Dabei fand er Gelegenheit sich einen bedeutenden Anhang in der Hauptstadt zu verschaffen, während die Magyaren von allen Seiten scheel angesehen wurden. In der That hatte sich seit zwei Monaten die Sachlage völlig umgekehrt; jetzt konnte niemand mehr, wie Anfang Juni, in den Südslawen die gefährlichen Feinde und in den Ungarn die Freunde des österreichischen Staates erblicken. Die Tapferkeit, mit welcher die illyrischen Regimenter in Italien gekämpft, bürgte für die Treue ihres Volkes und Jellatschitsch

Kampf in der Woiwodina.

Jellatschitsch in Wien.

Haltung der Ungarn.

selbst hatte sich durch seine letzten Handlungen von jenem Verdachte gereinigt. In Ungarn dagegen mehrten sich die Zeichen einer völligen Entfremdung von den gemeinsamen Interessen des Kaiserstaates. Seit der Erzherzog-Palatin am 26. Juni von dem Kaiser mit den Rechten des Souveräns ausgestattet und der ungarische Reichstag am 2. Juli in Ofen zusammengetreten war, kamen nur besorgliche und verletzende Botschaften über die Leitha herüber. Sämtliche Ministerien des Palatinus handelten, als ob sie völlig von der Wiener Regierung losgelöst seien; ungarische Diplomaten wurden an fremde Höfe geschickt, ein ungarisches Heer begründet, ungarische Anleihen und ungarisches Papier-

Kossuth.

geld ausgegeben. Kossuth, der Finanzminister, wies der Politik des Palatinus ihre Wege an. Jede Woche lieferte neue Belege für seinen gewaltigen Einfluß, dem die Batthyány, Eötvös, Deak nicht das Gleichgewicht zu halten vermochten. Wenn uns der Himmel verläßt, hatte er bei Eröffnung des Reichstags in seiner Zeitung, dem Kossuth-Hirlapja,

Bruch des Kaisers mit den Ungarn.

geschrieben, so werden wir uns aus der Hölle Geld verschaffen. Am 11. Juli forderte er von dem Reichstag mit hinreißender Beredtsamkeit 200 000 Mann und 42 Millionen Gulden; krank, wie er war, brach er nach zweistündigem Sprechen ohnmächtig zusammen; aber es weckte ihn der donnernde Ruf, in den die Abgeordneten nach dem Vorgange Nyárys, eines Führers der Linken, ausbrachen: Wir schwören es, wir geben alles! Und wozu sollte dieses Heer, dieses Geld dienen? Batthyány hatte in Innsbruck versprochen, Ungarn werde sich kräftig an dem Kriege in Italien beteiligen; Kossuth dagegen erklärte sich in offener Kammersitzung für die Abtretung der Lombardei bis an die Etsch, und wenn er das auch anderen Tags einschränkend als seine Privatansicht bezeichnete, so konnte der Reichstag doch nun zu keiner weiteren Zusage vermocht werden, als daß er nach Herstellung der Ordnung in Ungarn dem Kaiser hilfreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens bieten wolle, der den Wünschen der italienischen Nation und der Würde des Thrones gleichmäßig entspreche. Auch in bezug auf Deutschland ward am 3. August ein Beschluß gefaßt, der in Wien wenig behagen konnte: auf Telekis Antrag erklärte der Reichstag, in einem Kampfe gegen die deutsche Einheit dürfe man auf Ungarns Hilfe nicht rechnen. Dazu kamen noch Maßregeln wie das Verbot des österreichischen Papiergeldes und der Silberausfuhr in die westliche Reichshälfte, ganz besonders aber die Beschlüsse eine eigene ungarische Anleihe auszuschreiben und neben dem bestehenden Heere gesonderte ungarische Bataillone zu errichten. Infolge dieser Vorgänge zog der Kaiser am 22. August die dem Palatin erteilte unbedingte Vollmacht zurück, verwarf das Anleihe- und das Militärgesetz und befahl, daß die Feindseligkeiten gegen Serben und Kroaten eingestellt und Beratungen in Wien begonnen würden, an denen ungarische und österreichische Minister samt dem in seine Würde wieder eingesetzten Banus Jellatschitsch teilnehmen sollten. Das Schreiben, in welchem er dies dem Palatin anzeigte, nannte die Richtung, die Ungarn

eingeschlagen, gefährlich für das Gesamtreich und verwies auf eine Denkschrift des Wiener Ministeriums, die dies im einzelnen ausführte und überdies behauptete, die Zugeständnisse, welche der Kaiser den Ungarn seit dem März gemacht, bedürften zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung der übrigen Kronländer.

Unverkennbar war durch diese Wendung den neuen Zuständen der Boden unter den Füßen weggezogen. Die magyarischen Führer richteten danach ihre Handlungsweise ein. Während Batthyány in Wien mit zornigen Worten die Rücknahme des kaiserlichen Schreibens forderte, drohte Kossuth im Reichstage mit einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt, die nicht aus dem Gesetz sondern aus der Gefahr des Vaterlandes die Mittel ihrer Thätigkeit entnehmen werde. Um Batthyánys Forderungen Nachdruck zu geben ward jene Abordnung von 100 Mitgliedern nach Wien geschickt und ihr der Auftrag gegeben die Übersiedelung des Kaisers nach Ofen zu verlangen. Statt dessen erhielt sie die Kunde von der am 4. September erfolgten Wiedereinsetzung des gehaßten Jellatschitsch in alle seine Würden und wenige Tage darauf die weitere Nachricht, daß der Banus mit 40 000 Mann die ungarische Grenze überschritten habe und gegen Ofen rücke. In der ersten Aufwallung des Zornes legte Batthyány seinen Ministerposten nieder und eilte nach Pest, wo er Kossuth bereit fand die Diktatur zu übernehmen. Die Verantwortlichkeit diesen unheilbaren Schritt veranlaßt zu haben bewog ihn seinen Rücktritt zu widerrufen und ein neues Kabinett aus gemäßigt-konservativen Männern, wie Koloman Ghiczy, Erdödy und Vay, zu bilden. Während er seine Bedingungen nach Wien sandte und einstweilen, vom Reichstag und Palatinus anerkannt, die Geschäfte führte, zog Jellatschitsch zwischen dem Platten-See und der Donau gegen Ofen heran. Noch war vom Kaiser durch keine Äußerung der Einfall des Banus gebilligt; auch das Wiener Ministerium hatte nur mittelbar die Vorbereitungen dazu gefördert; noch war es gestattet das Unternehmen für die eigenmächtige Entschließung eines Mannes zu halten, der sich offen rühmte 21 kaiserliche Handschreiben unbefolgt gelassen zu haben und für den Kaiser, selbst gegen des Kaisers Willen, zu kämpfen. Zunächst galt es seinem Vorrücken Einhalt zu gebieten, und der Palatinus selbst ging zur ungarischen Armee ab. Wenn irgend möglich, wünschte er aber doch einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden; er bot deshalb Jellatschitsch eine Unterredung an Bord eines Dampfers an, auf dem er selbst am 21. September nach Szemes am Platten-See, dem Hauptquartier des Banus, fuhr. Der argwöhnische Kroate meinte jedoch, die Maschine des Schiffes könne am Ende zum großen Leidwesen des Prinzen stärker sein als dessen Ehrenwort; er ziehe es deshalb vor das feste Land nicht zu verlassen. So wurde aus der Besprechung nichts, und der Palatinus, ohne Zweifel überzeugt, daß Jellatschitsch auf des Kaisers Befehl handle, entschloß sich von einem Amte zurückzutreten, das ihn in eine unheilvolle Doppelstellung versetzte. Er verließ das Heer, gab

Beginn der Feindseligkeiten.

Rücktritt des Palatins.

seine Vollmacht am 24. September in Wien in des Kaisers Hände zurück und reiste, von den Schmähungen der Ungarn wie von der Ungunst des Hofes begleitet, nach seiner nassauischen Besitzung Schaumburg an der Lahn ab, wo er bis an seinen Tod in freiwilliger Verbannung lebte.

Lambergs Ermordung.

Nun säumte auch der Kaiser nicht länger offen Partei zu nehmen. Noch am 24. September ward den ungarischen Truppen verboten Jellatschitsch anzugreifen, am 25. wurde der Hofrichter Georg Majlath zum stellvertretenden Palatinus, Baron Vay an Batthyánys Stelle zum Ministerpräsidenten, General Lamberg zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn stehenden Truppen, also auch des kroatischen Heeres, ernannt. Diese letztere Bestimmung konnte zwar die Magyaren insofern befriedigen, als sie eine Unterordnung des Banus enthielt; aber das war ein Zugeständnis in der Form, nicht in der Sache, und genügte deshalb nicht. Überdies fehlte der Ernennung Lambergs die Gegenzeichnung durch einen ungarischen Minister, wodurch sie erst recht als ein ungesetzlicher Willkürakt erschien. Lamberg selbst empfand das lebhaft und eilte sofort nach Pest um sich die Einwilligung Batthyánys zu holen, mit dem er befreundet war. Aber er traf den bisherigen Ministerpräsidenten nicht dort; derselbe war, gleichfalls von dem Wunsche beseelt sich mit Lamberg zu verständigen, ins Lager geeilt, wo er ihn zu finden hoffte. Herr in der Hauptstadt war Kossuth. Schon am 22. September hatte der Reichstag ihn mit Nyary, Madarasz, Szemere und zwei anderen Abgeordneten als Ausschuß zur Landesverteidigung dem Ministerium zur Seite gestellt. Jetzt, in Batthyánys Abwesenheit, beherrschte er vollkommen die Lage. Kaum hörte er von Lambergs Ankunft in Pest, so ließ er den General, falls er den ihm vom Kaiser ungesetzlich übertragenen Oberbefehl annehme, durch den Reichstag für einen Landesverräter erklären. Mehr bedurfte es nicht um den ohnedies leidenschaftlich erregten Pöbel vollends zu fanatisieren. Wo Lamberg sich sehen ließ, war er feindlichen Angriffen ausgesetzt, so daß ihn schließlich die Nationalgarde zu seiner eigenen Sicherheit verhaftete. Aber während sie ihn am Morgen des 28. September über die Donaubrücke nach Pest führte, stürzte sich ein Pöbelhaufe über den Unglücklichen mit Knitteln, Sensen und Äxten und mordete ihn unter den scheußlichsten Martern und Verstümmelungen.

Jellatschitschs Rückzug.

Jellatschitschs Nähe und die Furcht vor seiner Rache hatte der Leidenschaft nicht Halt gebieten können; aber schon die nächsten Tage entfernten auch diese Furcht. Eine unbedeutende Schlappe östlich von Stuhlweißenburg, bei Velencze, veranlaßte den Banus sich nach der österreichischen Grenze hinzuziehen. Ein Teil seiner Truppen unter General Roth, gegen 10000 Mann stark, verlor dabei die Fühlung mit der Hauptmacht und sah sich bald von allen Seiten umzingelt; es war der erste glänzende Erfolg der Magyaren, als sie, geführt von Arthur Görgey und Perczel, am 7. Oktober diese Regimenter bei Ozora

zur Ergebung zwangen. Nun war der Banus nicht sobald zu fürchten und mit Verachtung konnte man das kaiserliche Manifest beiseite schieben, das ihn am 3. Oktober zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannte, das Kriegsgesetz im ganzen Königreich verkündete und den Reichstag auflöste. Der offene Krieg war ausgebrochen; der Kaiser und Kossuth standen sich gegenüber; es war eine Frage der Macht geworden, wer das Feld behaupte. Und diese Frage lag nicht zu Ungunsten des Rebellen; das Land, das Heer, fast alle Festungen waren in seiner Hand; in dem Verteidigungsausschuß, im Reichstag gebot er unumschränkt; voller Begeisterung stand das Volk in großer Mehrheit hinter ihm. Und wenn noch etwas fehlte um die Hoffnung des Sieges zur unverbrüchlichen Gewißheit zu erheben, so geschah auch das jetzt; deutsche Truppen, die deutsche Hauptstadt Österreichs erklärten sich wider den Kaiser und für den Empörer; aufs neue mußte der kranke Herrscher aus dem Schlosse seiner Väter fliehen, und statt die Stefanskrone wieder zu gewinnen galt es jetzt die Stammlande, den Herrschersitz selbst den Aufrührern wieder zu entreißen.

Die Stimmung in Wien.

Bis in den August hinein war die Stimmung der Wiener den Ungarn durchaus nicht freundlich gewesen; auch die leitenden Demokraten wollten die Erhaltung des Kaiserstaates und grollten den Absonderungsgelüsten der Magyaren. Aber zwei Einflüsse änderten unmerklich die Stimmung: die Hinneigung zu dem demokratischen Geist, der sich in dem ungarischen Reichstage so kräftig entfaltete, und der wachsende Widerwille gegen die Slawen, die sich als die wahren Vertreter des Einheitsstaates aufspielten und ihre Mehrheit in dem Wiener Reichstage ebensowohl gegen das Deutschtum wie gegen die Magyaren zu verwerten begannen. Wenn sie das Deutsche als Verhandlungssprache noch duldeten, so erzwangen sie doch anfangs September daneben die Einführung von Dolmetschen, die auf Verlangen von zehn Abgeordneten jeden Antrag vor der Abstimmung in allen Sprachen des Kaiserstaates verkündigen mußten, und bei der Beratung dieser Neuerung fielen die schärfsten Worte gegen die Deutschen. Wie leicht konnte nun diese slawische Majorität ihre Macht zu wichtigen Beschlüssen ausnutzen, wie leicht sich mit den Ministern, die längst schon von den Demokraten als Reaktionäre verschrieen wurden, zu freiheitsfeindlichen Maßregeln verbinden. Das schien um so bedrohlicher, als die Demokratie seit dem 23. August den Sicherheitsausschuß verloren hatte, in dem bis dahin ihre ganze Stärke lag. Infolge von Lohnverminderungen, welche das Ministerium bei den öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte, waren nämlich Unruhen in der Hauptstadt ausgebrochen, und der Sicherheitsausschuß hatte geglaubt durch die Drohung, er werde sich anderenfalls auflösen, die Regierung zum Nachgeben zwingen zu können. Statt dessen hatte diese die Auflösung in verbindlichster Weise angenommen und die Unruhen erfolgreich bekämpft. Ein paar Wochen hatte die verdutzte Demokratie den neuen Zustand ärgerlich ertragen; gegen Mitte September aber versuchte sie sich

Auflösung des Sicherheitsausschusses.

Neuer Aufschwung der Demokratie.

wieder in neuen Straßenaufläufen, die am 13. ihren Höhepunkt erreichten. Zwar gelang es dem Ministerium auch jetzt schlimmeres zu verhüten, aber die Errichtung eines Centralkomités der demokratischen Vereine war doch nicht zu verhindern. Infolgedessen nahm das Klubwesen einen neuen Aufschwung; Prediger, die von auswärts kamen, wie Ronge und Julius Fröbel, brachten neue Anregung; ganz besonders aber boten die Vorgänge in Ungarn dankbaren Stoff. Daß man für die Magyaren Partei zu nehmen habe, konnte nicht zweifelhaft sein; waren doch die reaktionären Minister und die slawische Reichstagsmehrheit gegen sie. Bislang nun hatte sich diese Parteinahme nur in Reden und Beschlüssen kundgeben können; der Ausbruch des Krieges in Ungarn bot die Gelegenheit sie auch durch die That zu beweisen. Auf Befehl des Kriegsministers Latour sollte nämlich am 6. Oktober ein Wiener Regiment nach Ungarn abmarschieren um den Banus zu verstärken. Aber unlustig das gemächliche Leben in der Residenz mit dem beschwerlichen Feldlager zu vertauschen und überdies längst von demokratischen Ideen angesteckt, weigerten sich die Truppen zu gehorchen. Auch als sie durch ein galizisches Regiment dazu gezwungen werden sollten, beharrten sie auf ihrem Widerstande, die Bevölkerung der Vorstädte kam ihnen zu Hilfe und an der Taborbrücke entspann sich ein Kampf, in dem der Führer der Galizier, General Bredy, fiel und die Aufrührer den Sieg behaupteten. Die Nachricht von diesen Vorgängen brachte auch die innere Stadt in Aufregung; bald füllten sich die Straßen mit bewaffneten Nationalgardisten; die Glocken stürmten, die Kanonen der Meuterer donnerten dazwischen. Währenddessen waren die Minister bei Latour versammelt; bald umzingelte die Menge das Haus und forderte stürmisch die Einstellung des Kampfes. Sie wurde gewährt, aber das genügte den Banden nicht mehr; sie verlangten Einlaß in das Haus. Eine Kanone mit Kartätschenladung und 160 Grenadiere, die im Hofraum standen, würden es ihnen gewehrt haben, wenn Latour gewollt hätte; aber er verbot jeden Widerstand und ließ das Thor öffnen; in einem Verstecke wollte er, während die anderen Minister sich entfernten, den Sturm vorübergehen lassen. Unglücklicherweise erfuhr der Pöbel, daß er noch im Hause sei, und nun nahm das Geschrei nach seinem Kopfe kein Ende. Ein paar Abgeordnete, Smolka und Fischhof, kamen auf den Gedanken Freiwillige aus der Menge zum Schutz des Ministers aufzufordern und ihn nach dem Zeughaus zu bringen. Etwa zwanzig Arbeiter gelobten eidlich ihren Beistand. Aber die Zahl war zu klein, die Wut der Rasenden zu groß. Noch im Hofe des Gebäudes wurde Latour aus der Mitte der Schutzwache herausgerissen, mit Hammern, Stangen und Spießen zu Tode geschlagen und dann an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus setzte die Rotte sodann in den Besitz brauchbarer Waffen; zahlreiche Barrikaden waren entstanden und wurden erfolgreich behauptet; als die Nacht hereinbrach, waren die Aufrührer Herren der Stadt. Inzwischen hatte sich der Reichstag versammelt und versuchte eine Vermittlung;

Parteinahme für Ungarn.

Der Oktoberaufstand.

Latours Ermordung.

Der Reichstag.

freilich war er nichts weniger als vollzählig; der Präsident Strobach und die meisten tschechischen Abgeordneten verließen sogar die Stadt und flüchteten nach Prag. Die Zurückgebliebenen aber setzten unter Smolkas Präsidium einen Sicherheitsausschuß ein, forderten den kommandierenden General Grafen Auersperg zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und entsandten eine Abordnung an den Kaiser nach Schönbrunn mit der Bitte um die Ernennung eines volkstümlichen Ministeriums. Die Antwort lautete günstig; aber am anderen Morgen kam eine andere Botschaft: mit Tagesanbruch hatte der Kaiser Schönbrunn verlassen und sich nach Olmütz geflüchtet; ein Manifest verkündigte die Absicht des Monarchen der unterjochten Bevölkerung von Wien Hilfe zu bringen und die durch empörenden Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Ein Angriff auf Wien stand also bevor, und es galt auf Abwehr zu denken. Dem Reichstag ward bei dieser Aussicht unheimlich zu Mute; er selbst so gut wie sein Sicherheitsausschuß hielten sich möglichst im Hintergrunde, auch der Wiener Gemeinderat machte den demokratischen Vereinen und Führern die Leitung nicht streitig. Diese erwählten einen früheren Offizier Wenzel Messenhauser zum Befehlshaber der Nationalgarde, den Polen Bem, der bei Ostrolenka gefochten, zum Führer der Mobilgardisten. Die nächste Gefahr schien von Jellatschitsch zu drohen, der die ungarische Grenze unfreiwillig überschritten hatte und froh war seinen Rückzug vor den Magyaren als ein Vorrücken gegen Wien darstellen zu können. Mit ihm vereinigte sich Auersperg, der allein zur Wiedereinnahme der Stadt zu schwach war. Aber ehe sie noch die Feindseligkeiten begannen, erhielten sie! Befehl sich dem Fürsten Windischgrätz, dem Bezwinger von Prag, unterzuordnen. Dieser hatte bereits am 11. Oktober auf eigene Hand seinen Entschluß angekündigt den Kaiser zu schützen; fünf Tage darauf ward seine bisher geheim gehaltene Ernennung zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee veröffentlicht. Gegen die gewaltigen Heeresmassen, die so von Norden und Osten heranzogen, schauten die Wiener vergebens nach Hilfe aus. An jubelndem Zuruf fehlte es ihnen freilich nicht; die Linke des Frankfurter Parlamentes sandte ihnen sogar durch eigene Abgeordnete, Robert Blum, Fröbel, Moritz Hartmann, den Bruderkuß von vielen Tausenden; selbst das Reichsministerium bezeigte ihnen durch die Entsendung Welckers und Mosles eine verwunderliche Teilnahme. Aber von irgend welchem Nutzen war die Anwesenheit dieser Bevollmächtigten im kaiserlichen Hoflager und in Windischgrätz' Hauptquartier nicht. Auch mit dem Beifall, der aus Berlin herübertönte, war den Wienern wenig gedient; unmittelbare Hilfe dagegen versprach das ungarische Heer zu bringen, das unter Mogas Führung Jellatschitsch bis an die Grenze gefolgt war und sie täglich überschreiten konnte. Allein obgleich der ungarische Reichstag feierlich erklärte, er wolle sich dem heldenmütigen Volke Wiens dankbar erweisen, so zögerte Moga doch demgemäß zu handeln. Erst als Windischgrätz

Der Kaiser nach Olmütz.

Bedrohung Wiens.

Ungarische Hilfe.

von Norden her die Hauptstadt schon schwer bedrängte, entschlossen sich die Magyaren über die Leitha zu gehen. Am 30. Oktober stießen sie bei Schwechat mit Jellatschitsch zusammen; vom Stefansturm ängstlich beobachtet, belebte ihr Kampf den Mut der Wiener noch einmal zu neuem Widerstande; aber da der Sieg zuletzt auf der Seite des Banus blieb, so verschlimmerten sie dadurch nur ihr Schicksal. Schon tags zuvor hatten nämlich mit Windischgrätz, der seit dem 26. die Stadt umlagerte
Wiens Fall. und seit dem 28. Herr der nördlichen Vorstädte war, Verhandlungen stattgefunden, in denen der Gemeinderat sich zuletzt zu bedingungsloser Übergabe verstand; allen voran hatte der Kommandant Messenhauser dazu geraten und seine Vollmacht bereits abgegeben. Aber das Erscheinen der Ungarn änderte die Lage; Messenhauser übernahm in Gemeinschaft mit einem anderen Offizier, Fenner von Fenneberg, die Leitung von neuem, und das Versprechen der Übergabe wurde als nicht gegeben betrachtet. Mit dem Rückzuge der Ungarn verschwand auch der kurze Hoffnungsrausch, und nun büßte die Stadt durch eine Beschießung, zu der Windischgrätz am 31. den Befehl gab. Von ernstlichem Widerstande war nicht mehr die Rede. Abends zogen die Truppen in die eroberte Stadt ein, der Belagerungszustand ward verhängt, Kriegsgerichte ein-
Blum erschossen. gesetzt, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch Blum und Fröbel, die Mitglieder des Frankfurter Parlamentes, wurden vor das Kriegsgericht gestellt und an dem ersteren das Todesurteil, das auf den Strang lautete, am 9. November 1848 auf der Brigittenau durch Pulver und Blei
Der Reichstag nach Kremsier. vollstreckt; Fröbel wurde begnadigt; Messenhauser und einige zwanzig andere büßten gleich Blum mit dem Tode. Der Reichstag stob bei dem Einzug der Truppen sofort auseinander; bis dahin hatte er die Vertagung, welche der Kaiser am 22. Oktober ausgesprochen, mißachtet; jetzt trug er nicht länger Bedenken sie anzuerkennen und sich am 22. November in Kremsier, einem Städtchen in der Nähe von Olmütz, wohin er auf den Rat der geflüchteten tschechischen Abgeordneten berufen war, wieder zusammenzufinden. Abgeschieden von der Welt und der Regierung führte er hier fortan ein harmloses Dasein, monatelang mit der Beratung der Grundrechte beschäftigt, während ein besonderer Ausschuß sich mit dem Entwurf einer Verfassung abmühte. Der Schwerpunkt des Staates ruhte nicht länger bei ihm, sondern bei dem Ministerium.

Ministerium Schwarzenberg. Dieses ward am 21. November von Grund aus verändert. An die Spitze trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein blasierter Weltmann und starrer Anhänger des Alten, aber bewandert in den Geschäften und ein schneidiger Soldat, ihm zur Seite Graf Franz Stadion für das Innere, der Gründer des österreichischen Lloyd, Bruck, einst Buchhändler in Bonn, als Minister des Handels; Bach und Krauß für die Justiz und die Finanzen blieben auf ihren Posten. Das Programm, mit dem sie vor den Reichstag traten, verkündete den strengen Einheitsstaat; wie derselbe den Forderungen der Italiener und Ungarn gegenüber durchgeführt werden solle, wurde nicht gesagt; auch über die künftige Stellung zu Deutsch-

land lagerte sich ein tiefes Dunkel. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zur neuen, festen Form gelangt sind, so lauteten die Worte, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin aber werde Österreich fortfahren seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Noch hatte man diese vieldeutigen Sätze zu prüfen und auszulegen kaum begonnen, als von Olmütz eine neue Nachricht kam, die den Beginn einer anderen Zeit außer Zweifel setzte. Am 2. Dezember 1848 um 8 Uhr morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Jellatschitsch, die abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und andere geladene Personen in der Residenz um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Josef, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf die Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade jetzt kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er gegen Ungarn, dem gegenüber Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber persönlich frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Kehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen solange fremd, bis er mit der Stefanskrone gekrönt war. Der 2. Dezember erweiterte also die Kluft zwischen den Magyaren und dem Throne, und wenn Ferdinands Regierung wenig bedeutet hatte, so war seine Entsagung doch ein Schritt von großer Tragweite. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen", diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm noch beschieden war, verbrachte er kränklich und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Abdankung Kaiser Ferdinands.

Die Krisis in Preußen.

Sowenig diese Vorgänge in Österreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflußt wurden, so stark war ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preußische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann verhältnismäßig großer Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung beriet, aufregender Verhandlungen. Wohl organisierte sich mehr und mehr der Widerstand der feudalen Partei, die seit dem 1. Juli 1848 in der Kreuzzeitung ein streitbares Organ besaß und nicht bloß in dem Junkerparlament, einer unter Bülow-Cummerows Vorsitz zusammengetretenen Versammlung,

Der Steinsche Antrag.

sich gegen die Angriffe auf ihre Privilegien zur Wehr setzte, sondern durch die Preußenvereine auch in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuß faßte. Aber eine lebhaftere Beunruhigung schienen diese Vorgänge doch kaum zu rechtfertigen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Kommandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Kompagnie Linientruppen, die zu Hilfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürgerleichen blieben als Opfer auf dem Platze liegen. Infolgedavon verlangte der Breslauer Abgeordnete Stein am 9. August einen Erlaß an die Offiziere, der sie anweise alle Zusammenstöße mit den Bürgern zu vermeiden und dadurch ihre Hingebung an den neuen Rechtszustand zu bekräftigen. Der Antrag fand natürlich die Zustimmung der Nationalversammlung und ward auch von dem Kriegsminister Schreckenstein kaum bekämpft. Den König dagegen versetzte dieser Versuch einer Einmischung in die Heeresangelegenheit in die größte Mißstimmung; er verweigerte seine Zustimmung zu dem Erlaß und nötigte das Ministerium zu der Erklärung in der Kammer, daß es der verderblichen Folgen wegen den Beschluß vom 9. August nicht ausführen könne. Darüber geriet nicht bloß die Linke in heftigen Zorn, sondern auch die Centren fanden diese Weigerung unerhört; die Berliner Bürgerwehr, die sich selbst ein wenig bedroht fühlen mochte, steigerte die Widerstandslust durch hunderte von Bezirksversammlungen und durch die Erklärung, sie werde die Beschlüsse der Volksvertreter und diese selbst zu verteidigen wissen. Am 7. September kam die Weigerung des Ministeriums zur Verhandlung; nach lebhaftem Kampfe forderten 219 von 362 Stimmen „zur Vermeidung eines Bruches" die sofortige Ausführung des Beschlusses vom 9. August. Den Ministern war ein Nachgeben unmöglich; der König dachte nicht daran sich zu fügen; der Sturz des bisherigen Kabinetts war also nach kaum zehnwöchentlicher Dauer unvermeidlich geworden. Nun war in denselben Tagen auch das Frankfurter Ministerium zusammengebrochen, und dem Könige kam der Gedanke, dem Mangel an geeigneten Räten, den er in Berlin verspürte, durch Berufung Beckeraths abzuhelfen. Von dem bewährten liberalen Namen dieses Mannes mochte er hoffen, daß er das Mißtrauen beschwichtigen werde, während seine weiche und königstreue Gesinnung eine leichte und aufrichtige Verständigung zwischen Herrn und Diener zu versprechen schien. Aber Friedrich Wilhelm kannte Beckerath noch nicht; unter der milden Außenseite barg sich ein klarer und unerschütterlicher Wille; unbedenklich erklärte der Krefelder Kaufherr, daß nach seiner Überzeugung nur die Verbindung demokratischer und monarchischer Grundsätze den Staat zu retten vermöge; er forderte einen Erlaß an das Heer, der in milden Formen dem Willen der Nationalversammlung genügte; er verlangte eine volkstümliche Umbildung des Heerwesens und Verkürzung der Dienstzeit und stellte endlich als Bedingung die

Sturz des Ministeriums.

Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Gesetze und der noch in Beratung befindlichen deutschen Verfassung. Das zu gewähren kam dem König nicht in den Sinn; dennoch gab er die Bemühungen Beckerath zu gewinnen nicht auf. In einem ungemein herzlichen Briefe beschwor er ihn seinem Könige und Freunde nicht das mildernde, beschwichtigende Öl seines Namens zu entziehen und wenn auch ohne Portefeuille in das Ministerium einzutreten. Beckerath blieb fest; er war bereit und sagte das dem Könige alles für Preußen zu opfern, aber sein Gewissen nicht; mit gelähmtem Geiste wolle er dem Vaterlande nicht dienen. So entbehrte denn das neue Ministerium eines vertrauenerweckenden Namens. Der General Pfuel, der an der Spitze stand, galt zwar für einen ehrlichen und wohlmeinenden Mann, aber schon seine Eigenschaft als Soldat machte ihn mißliebig; die anderen Mitglieder wie Dönhoff, der frühere Bundestagsgesandte, Eichmann, Bonin, gehörten dem alten Beamtenstaate an; es bedurfte kaum noch der Ernennung des aus Schleswig zurückgekehrten Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken um der öffentlichen Meinung die Gewißheit zu geben, daß die Reaktion begonnen habe. Es half nicht viel, daß Pfuel beim Könige manchen Schritt durchzusetzen wußte, der dieser Auffassung widersprach, daß sogar ein Erlaß an die Armee erging, den der Führer des linken Centrums, von Unruh, aufgesetzt hatte und der völlig den Forderungen vom 9. August genügte, oder daß am 24. September das von Waldeck entworfene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit veröffentlicht wurde. Die Gereiztheit gegen das Ministerium und den König blieb ungeschwächt und fand einen trefflichen Tummelplatz, als am 12. Oktober die Verhandlungen über die Verfassung begannen: gleich aus den Einleitungsworten wurde mit großer Mehrheit das „Von Gottes Gnaden" vor dem Titel des Königs gestrichen. Wie übel der Monarch das vermerkte, ließ er die Abordnung fühlen, die ihn am 15. Oktober zum Geburtstag beglückwünschte; danken Sie Gott, sagte er unter anderem, daß es bei uns nicht wie in Frankreich ist, daß Sie noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden haben! Ein Sturm lag in der Luft, das verkündeten zahlreiche Anzeichen. Die Sitzungen der Versammlung wurden aufgeregter; der Präsident Grabow ward bei einem Ordnungsruf von der Mehrheit im Stich gelassen und legte sein Amt nieder, das von Unruh übernahm, während Waldeck mit sieben Stimmen Mehrheit sein Stellvertreter wurde; aus dem Königsschloß und dem Sitzungssaal verbreitete sich die Gärung auch auf die Straße; Zusammenrottungen wurden wieder häufiger, am 16. Oktober gab es wieder einmal ein blutiges „Schaumspritzen". Dazu kamen nun die Nachrichten aus Wien: erst vom Siege der Freiheit, der Flucht des Kaisers, der Herrschaft des Volkes; dann von der Verlegung des Reichstages, den Märschen der Jellatschitsch und Windischgrätz, der Beschießung der Hauptstadt. Man wollte sich von dem „heldenmütigen Volke Wiens" nicht überbieten und es in der Not nicht ohne Hilfe lassen. Am 31. Oktober stellte Waldeck

Ministerium Pfuel.

Verfassungsberatung.

Gärung in Berlin.

Beschluß zu Gunsten der Wiener.

den Antrag, die preußische Regierung solle mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Freiheit einschreiten. Da gab es drinnen wieder leidenschaftliche Verhandlungen und draußen vor dem Schauspielhause, in dem seit vierzehn Tagen die Sitzungen gehalten wurden, konnte der Pöbel nur mit Mühe zurückgehalten werden. Aber trotz dieser Bedrohung ward der Antrag Waldecks abgelehnt, freilich nur zu Gunsten des wenig verschiedenen, den Rodbertus gestellt hatte: statt der preußischen vielmehr die Reichsregierung zum Schutz der Wiener Freiheit anzurufen; nur 52 von 313 Stimmen waren gegen diesen Antrag, der Minister Pfuel selbst stimmte dafür.

Rücktritt Pfuels.

Dem Könige mußte dieser Beschluß und dieses Verhalten seines ersten Rates im Innersten zuwider sein; als nun gar der nächste Tag die Kunde von dem vollkommenen Siege Windischgrätz' brachte, glaubte er auch seinerseits rückhaltslos mit der Revolution brechen zu können. Wrangel erhielt die Vollmacht den Belagerungszustand zu verhängen, und da er erklärte, daß energische Maßregeln unmöglich seien, wenn Pfuel Kriegsminister bleibe, so entließ der König diesen und das ganze Ministerium. Allerdings war es schwer einen Nachfolger zu finden, der die Verantwortung für einen Schritt übernahm, dessen Tragweite man gar nicht übersehen konnte; indes ein Oheim des Königs, Graf Brandenburg, Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, ließ sich, mehr wohl aus soldatischem Gehorsam als aus politischem Eifer, dazu bereit finden. Man wußte von dem Manne nichts, als daß er kürzlich an die Breslauer Bürgerwehr einen drohenden Erlaß gerichtet hatte; aber auch ohne diesen Umstand wäre ihm ein mißtrauischer Empfang sicher gewesen. Als die Versammlung am 2. November die Anzeige von seiner Ernennung erhielt, beschloß sie sofort eine Abordnung an den König zu senden um ihn zur Ernennung eines anderen Ministerpräsidenten zu bewegen. Unter Unruhs Führung begaben sich nachmittags 25 Männer, Mitglieder aller Parteien, nach Sanssouci. Anfangs wollte der König sie gar nicht vorlassen, dann empfing er sie doch, hörte ihre Adresse an, faltete sie zusammen und ging schweigend der Thüre des Nebenzimmers zu. Ehe er sie öffnete, rief einer der Abgeordneten, Johann Jacoby: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Ein kurzes Nein war die Antwort. Da verstieg sich der Königsberger Demokrat, dem höfische Sitte freilich fremd war, zu dem dreisten Worte: Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! Wenn es noch eine Brücke zur Verständigung gab, so war sie damit abgebrochen. Der Flügeladjutant des Königs, von Manteuffel, erschien und erklärte den Abgeordneten, sie seien entlassen; am anderen Tage lief die schriftliche Antwort des Monarchen ein, welche die Ernennung Brandenburgs, der sich das Vertrauen des Landes schon erwerben werde, lediglich bestätigte.

Ministerium Brandenburg.

Zunächst aber hatte er Mühe Gehilfen zu finden; die Berufung Bismarcks soll der König mit der schriftlichen Notiz: „Roter Reaktionär,

riecht nach Blut, später zu gebrauchen!" abgelehnt haben; erst am 9. November konnte Brandenburg mit drei Genossen, Otto von Manteuffel, Ladenberg und Strotha, vor die Versammlung treten; er brachte eine königliche Botschaft mit, welche die sofortige Vertagung der Verhandlungen und die Wiederaufnahme derselben am 27. November in der Domkirche zu Brandenburg befahl; als Grund dieser Maßregel wurde die Notwendigkeit, der Versammlung die Freiheit ihrer Beratungen zu sichern, vorgeschützt. So war der Revolution durch einen Staatsstreich geantwortet. Ein Wortbruch im strengsten Sinne lag freilich nicht vor, geschweige denn ein Rechtsbruch; zur Vereinbarung der Verfassung hatte der König die Versammlung berufen und in dieser Arbeit wurde sie, den kurzen Zeitverlust abgerechnet, nicht behindert; aber eine Demütigung war dieser Schritt, die sich schwer verschmerzen ließ, die das Ansehen der Volksvertretung tief schädigen mußte und die ernsthaft bedrohlich erschien, wenn man der Vorgänge in Wien gedachte, in der Verlegung des österreichischen Reichtages nach Kremsier das Vorbild dieser Maßregel erkannte und die Stellung Wrangels vor den Thoren der Hauptstadt mit der Rolle, die Windischgrätz in Wien gespielt hatte, verglich. Soviel war sicher, nur eine neue Revolution konnte, wie die Dinge jetzt lagen, der Nationalversammlung ihre alte Bedeutung wiedergeben. In dieser Erkenntnis handelte der Präsident von Unruh und die Mehrheit. Trotz der Verwahrung, die Brandenburg einlegte und der die Rechte durch sofortige Entfernung Folge gab, setzte die Versammlung ihre Sitzung fort, erklärte die Vertagung für ungültig, lehnte einen Antrag sich kraft eigenen Entschlusses auf den 27. November nach Brandenburg zu vertagen mit 252 gegen 30 Stimmen ab und faßte endlich den Beschluß die Sitzungen an jedem Orte wieder aufzunehmen, wohin der Präsident sie verlegen werde. Wider Erwarten konnte man am nächsten Tage, dem 10. November, noch einmal im Schauspielhause zusammentreten; der Kommandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, hatte sich geweigert dasselbe nach dem Verlangen des Ministeriums abzusperren, und die Truppen waren noch nicht einmarschiert; denn schon auf 5 Uhr früh hatte Unruh die Sitzung anberaumt. Im Laufe des Vormittags aber rückte Wrangel ein und besetzte die Straßen um das Schauspielhaus, während vor demselben die Bürgerwehr unter Waffen stand. Zum Angriff schritt er nicht, sondern erklärte einfach, er werde warten, bis die Abgeordneten sich der Vertagung gefügt hätten, und wenn es acht Tage dauern sollte.

Vertagung der Versammlung.

Fortdauer der Verhandlungen.

Einmarsch Wrangels.

In der That stand bei diesem Abwarten nichts auf dem Spiele. Die Stimmung der Bürgerschaft war matt und erschöpft; mit Ängstlichkeit sah die große Klasse der Besitzenden dem unruhigen Treiben der Wühler zu und begrüßte die Rückkehr der Truppen als ein rettendes Ereignis. Erleichtert atmete sie auf bei den schneidigen Worten in Wrangels Armeebefehl: Meine Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Beruhigt sah sie die blutroten

Plakate von den Straßenecken verschwinden, die den Republikaner zeigten, wie er nach gethaner Arbeit zwischen Laternenpfählen voller Leichen sich zur Ruhe legt. Mit frohem Herzen nahm sie wahr, wie jene unheimlichen Gestalten aus der Hauptstadt entwichen, die selbst den Frankfurter Bassermann erschaudern machten, als er an einem Oktoberabend die Straßen Berlins durchwanderte. Der Rückschlag gegen die Maßlosigkeiten der Revolutionäre war in der öffentlichen Meinung längst vorbereitet und durch den Schutz, den ihm die Anwesenheit der Truppen bot, ward er nun ganz offenkundig. Auch die Bürgerwehr entzog sich ihm nicht; die Lust zu kühnen Thaten verschwand mit einem Schlage; und die Nationalversammlung, jeder Stütze bar, mußte auf ihren Rückzug denken. Sie bewerkstelligte ihn mit wiederholten Versuchen noch irgend welchen Halt zu gewinnen. Ein Aufruf ermahnte am 10. das Volk zur Verteidigung des Gesetzes und der errungenen Freiheiten; dann ward unter feierlicher Verwahrung gegen den angewandten Zwang für diesen Tag die Sitzung aufgehoben. Alsbald besetzten die Truppen das Schauspielhaus, und als anderen Tags die Abgeordneten, von neuem durch den Präsidenten dorthin berufen, den Eintritt verlangten, ward er ihnen verwehrt. Sie tagten darauf im Hotel de Russie. Das Ministerium ließ sie zunächst gewähren, that aber die nötigen Schritte um die Ruhe in Berlin auf die Dauer zu sichern. Am 11. wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am 12. der Belagerungszustand verhängt. Die Bürgerwehr leistete keinen Widerstand; in der Nacht versammelten sich zwar ihre Majore unter Teilnahme Waldecks und anderer Abgeordneten sowie mehrerer Vertreter von Arbeitervereinen um zu überlegen, was zu thun sei; allein da Waldeck es nicht über sich gewann sie zum Aufruhr zu reizen, so verhallten die ungestümen Redereien einzelner Hitzköpfe ungehört und diese „Majorsnacht", wie die Reaktionäre sie spöttisch nannten, ging folgenlos vorüber. Mit dem Belagerungszustande wurde auch das Verbot aller Versammlungen von mehr als 20 Personen verkündet. Dies gab die weitere Handhabe zum Einschreiten gegen die Nationalversammlung. Am 11. und 12. hatten ihre Mitglieder ungestört beraten können, das Ministerium behandelte sie wie Privatleute, die nach dem Vereinsrecht beliebig zusammentreten durften; am 13. fielen aber auch sie unter das neue Verbot, und das Militär erhielt Befehl sie aus dem Schützenhause, wo sie tagten, zu vertreiben. Zufälligerweise war die Sitzung schon geschlossen, als die Soldaten kamen, und auch am 14. hob Unruh die Beratung so zeitig auf, daß keine Störung erfolgte. Am 15. kam man in dem Milentzschen Saale Unter den Linden zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht von Kirchmanns über den Antrag von Jacoby, Schulze-Delitzsch a. a., welcher dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung absprach, solange die Versammlung an der Beratung in Berlin verhindert sei. Da erschien vor der Abstimmung der Major Herwarth von Bittenfeld mit einer Abteilung Soldaten und verlangte Räumung des Saales. Waldeck wollte Trotz

Die Nationalversammlung.

Auflösung der Bürgerwehr.

Steuerverweigerung.

bieten: Ein Landesverräter, rief er aus, wer diesen Saal verläßt! Unruh dagegen erklärte, die Versammlung weiche der Gewalt. Währenddessen hatten einige Mitglieder den Major bewogen für einen Augenblick den Saal wieder zu räumen. Diese Frist benutzte der Präsident den Ausschußantrag zur Abstimmung zu bringen und zu verkünden, daß er von den 227 Anwesenden einhellig angenommen sei. Mit diesem kleinen Triumphe ging die Versammlung auseinander.

Die Sitzungen in Brandenburg.

Thatsächliche Bedeutung gewann der Beschluß freilich nicht; die ruhebedürftige Masse der Bevölkerung dachte weder in Berlin noch in den Provinzen daran ihm Folge zu leisten. Ganz vereinzelt waren die Versuche ihm zu gehorchen, am merkwürdigsten der des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, welcher erklärte, er werde die eingehenden Steuern nicht nach Berlin abliefern. Das Ministerium erleichterte ihm dieses Vorhaben dadurch, daß es ihn sofort absetzte. Unruhen in Frankfurt a. O., Halle, Erfurt wurden noch schneller unterdrückt als die in Breslau, welche Pinder zu jener Erklärung getrieben hatten. Als der 27. November herankam, war das Land zwar in erwartungsvoller Spannung, aber vollkommen ruhig. Die Abgeordneten, welche sich in Brandenburg einfanden, erreichten nicht die Zahl der Beschlußfähigkeit; sie trugen deshalb auch Bedenken nach dem Antrage der Heißsporne die Einberufung der Stellvertreter für die ausgebliebenen zu beschließen. Unter dem Alterspräsidium des Oberburggrafen von Brünneck warteten sie ab, daß ihre Zahl sich vermehre, und bei der Stimmung im Lande konnten sie ziemlich sicher sein, daß sie nicht lange zu harren brauchten. Schon am 1. Dezember war ihre Zahl von 154 auf 259 gestiegen, und einige Parteigenossen des Präsidenten von Unruh verkündigten, daß dieser auf den 4. Dezember eine Sitzung anberaumt habe und selbst erscheinen werde; bis dahin, so forderten sie, sollte sich die Versammlung vertagen. Dessen weigerte sich die Mehrheit und zwang dadurch die Linke durch sofortige Entfernung abermals Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Nun gab es stürmische Auftritte unter den Zurückgebliebenen. Die Herren Simons und Daniels stellten von neuem den Antrag die Stellvertreter einzuberufen; Brünneck ließ die Abstimmung zu, obgleich nur 172 Mitglieder zugegen waren; die Mehrheit aber verwarf die ungesetzliche Maßregel auch jetzt; nur 72 stimmten ihr zu, 82 enthielten sich des Votums. Vertagen mußte man sich nun doch, aber jedenfalls sollte es nicht zu dem von Unruh anberaumten Tage geschehen; statt auf den 4. wurde die nächste Sitzung auf den 7. Dezember angesetzt.

Auflösung der Versammlung.

Das waren unerquickliche Zustände, der Regierung aber kamen sie sehr bequem. Mit dieser Versammlung, die sich selbst zerfleischte, war nichts anzufangen, konnte also auch die Verfassung nicht vereinbart werden. Das aber war ihr einziger Zweck, zu dem der König sie berufen, das Land sie gewählt hatte. Vermochte sie diesen Zweck nicht zu erreichen, so war sie überflüssig und schädlich, so war es eine Wohlthat für das Land, wenn der König das mißratene Parlament auflöste und

die Verfassung, die dessen Ausschuß entworfen hatte, etwa mit den Änderungen, auf denen er bei den Verhandlungen doch bestanden haben würde, einseitig in Kraft setzte. Sollte das Volk noch weitere Änderungen wünschen, so konnten die ja immer auf dem ersten ordentlichen Landtage getroffen werden. Von diesem Standpunkte aus löste der König am 5. Dezember 1848 die Nationalversammlung auf und verkündete gleichzeitig aus eigener Vollmacht die Urkunde der preußischen Verfassung. Sie stimmte in den meisten Paragraphen wörtlich mit Waldecks Entwurf überein; die bedeutsamste Abweichung war der wichtige § 105, welcher dem Könige das Recht gab in Abwesenheit der Kammern für dringende Fälle *Verordnungen mit Gesetzeskraft* zu erlassen, allerdings unter Verantwortlichkeit des Ministeriums und mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Kammern. Der Paragraph hatte eine böse Berühmtheit durch die Juli-Revolution erlangt; es war derselbe, auf Grund dessen Polignac die Ordonnanzen erlassen hatte; ihn sparsam und vorsichtig anzuwenden schien deshalb sehr geraten zu sein. Allein der König und seine Ratgeber waren dieser Meinung nicht, sie machten sofort einen sehr reichlichen Gebrauch davon. Bis zum 26. Februar 1849, zu welchem Tage die Kammern einberufen wurden, ergingen auf Grund des § 105 die allerdings unerläßlichen Wahlgesetze, aber auch Verordnungen über die Einführung von Geschworenen, über die Aufhebung der bevorzugten Gerichtsbarkeit, über bäuerliche und Gewerbeverhältnisse, kurz, Verfügungen, die keineswegs dringlich waren, sondern nur die öffentliche Meinung oder einzelne Stände für die Regierung gewinnen sollten. Denselben Zweck verfolgte wohl auch die Berufung zweier Männer in das Ministerium, die bisher zu den Liberalen gehört hatten, Rintelens und van der Heydts; beide unterzeichneten schon die Urkunden vom 5. Dezember. Wirkungslos waren alle diese Bemühungen nicht; denn in weiten Kreisen wünschte man nichts eifriger als sich mit guter Art beruhigen zu lassen und den Vorwand zum Einlenken zu finden; selbst solche Männer, welche die letzte Schuld für alle Wirrsale auf die Regierung warfen und es dem Könige nicht verziehen, daß er am 2. November die schiefe Ebene beschritten habe, hielten doch jetzt ein anderes Verfahren kaum für möglich, und daß die Krone überhaupt nur wieder Kraft und Willen zeige, tröstete manchen über die Schmach, die der Verlauf der letzten Wochen über Preußen gebracht hatte. Der König war sehr guten Mutes bei der Wendung der Dinge; er hoffte sich am 5. Dezember gute Winterquartiere erkämpft zu haben, wie einst sein großer Vorfahr an demselben Tage bei Leuthen. Die Verfassung gab ihm freilich „ein wenig Bauchweh", weil sie eigentlich schlecht sei; aber dafür entschädigten ihn die zahlreichen Glückwünsche und Danksagungen, die ihm — unaufgefordert, wie er meinte — von allen Enden des Landes zuströmten. Auch die fremden Höfe, selbst das englische Ministerium, waren voll Anerkennung für seine entschlossene Haltung, und die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes samt dem Reichsministerium hätte

Die Verfassung vom 5. Dezember.

Eindruck des Staatsstreichs.

Das Frankfurter Parlament.

zwar anfangs gern die Entlassung Brandenburgs gesehen, billigte aber sofort die Vertagung der Versammlung, weil dieselbe in der That der Freiheit ihrer Beratungen entbehrt habe, und weigerte sich die Auflösung und den einseitigen Erlaß der Verfassung zu tadeln, so oft und eifrig die Linke auch darauf antrug.

Die Krisis in Frankfurt.

Offenbar war jetzt ein Augenblick gekommen, in dem zwischen Berlin und Frankfurt ein fruchtbares und aufrichtiges Einverständnis hergestellt werden konnte. Dieselbe Ernüchterung wie in Preußen herrschte seit den Septembertagen und dem zweiten badischen Aufstande auch in der Majorität des Parlamentes; dieselbe verschämte Befriedigung und vorsichtig zurückhaltende Billigung, mit welcher der geängstigte preußische Liberalismus in seiner gemäßigten Mehrzahl die Vorgänge des November und Dezember aufnahm, empfand man auch im Reichsministerium und in den Mittelparteien der Paulskirche. Auch verkannte man nicht, daß durch diese Ereignisse eine wichtige Machtverschiebung stattgefunden habe, daß der Traum von der Überlegenheit Frankfurts eben nur ein Traum gewesen sei, daß man nur durch den Anschluß an Preußen die eigenen Ziele erreichen könne. So war man denn sichtlich bemüht nähere Fühlung mit Friedrich Wilhelm IV. zu gewinnen und ein vertrauensvolles Zusammengehen anzubahnen. Bassermanns Sendung gegen Ende Oktober war der erste Schritt dazu; ihm folgten eine Woche später die Abgeordneten Simson und Hergenhahn, und um den Schluß des Monats reiste sogar Gagern persönlich nach Berlin. Sie alle wirkten, wie vor ihnen Beckerath, nach besten Kräften dahin den König und seine Ratgeber in ihre Gedankenkreise hineinzuziehen; aber der Erfolg, den sie hatten, war doch kein befriedigender. Sie kehrten heim mit der Überzeugung, daß es noch harte Arbeit kosten werde den König umzustimmen. Und doch gewährte Friedrich Wilhelm diesen Männern nicht einmal den vollen Einblick in seine innersten Empfindungen; in der herzlichen Umarmung, mit der er Gagern begrüßte, in den wohlwollenden Worten, die er zu Bassermann sprach, verloren seine Einwände und Vorbehalte viel von der Schneidigkeit, mit welcher er sie vertrauten Freunden wie Bunsen zu erkennen gab. Die Krone, die man in Frankfurt schmiedete, galt ihm für nichts als einen Reif, aus Dreck und Letten gebacken, der mit seinemLudergeruch den Träger überschwänglich verunehre. Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation wieder einmal vergeben werden, so schrieb er leidenschaftlich, dann bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt! Das ganze Treiben der Frankfurter Versammlung, in welcher doch die gemäßigten Parteien immer mehr zur Geltung kamen, war ihm ein Greuel; es schien ihm an der Zeit, daß die Fürsten ein Wort dreinsprächen. Er dachte sich, dieselben sollten der Paulskirche ein Staaten-

Der König.

haus zur Seite stellen und die Wahl des Reichsoberhauptes nachdrücklich als ihr ausschließliches Recht in Anspruch nehmen. Dabei hielt er mit wunderbarer Zähigkeit an Österreich fest, während überall sonst seit dem Oktober die Überzeugung durchbrach, daß mit dem Kaiserstaate nichts anzufangen sei. Das Parlament, das seit dem 19. Oktober in die Verfassungsberatung eingetreten war, hatte am 27. beschlossen, daß nur deutsche Länder zum Reiche gehören und nicht-deutsche Provinzen nur durch Personalunion mit deutschen Staaten verbunden sein dürften. Als darauf Schwarzenberg sein Kremsierer Programm erließ, wonach Österreich und Deutschland erst jedes für sich eine neue Verfassung gewinnen sollten, ehe über ihr Verhältnis zu einander etwas bestimmt werden könne, wandten sogar die Könige von Bayern und Württemberg sich nach Berlin und schlugen einen Fürstenbund ohne Österreich vor, in dem Preußen den Vorsitz führen solle. Alles das machte auf Friedrich Wilhelm keinen Eindruck. Seine Schwärmerei für Österreichs deutschen Beruf, seine bescheidene Anerkennung der besseren Rechte des Kaiserstaates auf die leitende Rolle konnte durch nichts erschüttert werden. Unverdrossen begann er Verhandlungen mit Schwarzenberg um zunächst Österreich und dann weiter die Könige zu dem gewünschten Auftreten in Frankfurt zu bewegen, und als er damit noch nicht ans Ziel kam, sandte er im Dezember und Januar sogar den Grafen Brühl dreimal nach Olmütz um auf Grund einer Denkschrift, die er selbst entworfen, die Verständigung zu erzielen. Den österreichischen Staatsmännern wuchs dadurch der Mut gar sehr; statt auch ihrerseits entgegenzukommen und die preußischen Wege einzuschlagen, die ihnen doch so günstig waren, verfolgten sie hochmütig ihre eigenen Ziele. Vor allem beeilte sich Schwarzenberg den Frankfurtern gegenüber sein Programm auszudeuten; denn die Wirkungen, welche es dort hervorgerufen, waren ihm sehr unerwünscht. Entweder, so hatte man geschlossen, sei Österreich bereit seine Beziehungen zu dem einheitlich gestalteten Deutschland auf ein enges Bundesverhältnis zu beschränken, oder es strebe dahin die Reichsverfassung so weit zu lockern, daß es mit seinen sämtlichen Ländern Platz darin finden könne. Der zweite Weg bedeutete nichts anderes als die Rückkehr zu den verschlimmerten vormärzlichen Zuständen; nur die erste Deutung war also für Deutschland annehmbar. Als Schwarzenberg nun gleichwohl die zweite Auslegung als die richtige verkündete und offen aussprach, das Verhältnis des Kaiserstaates zu Deutschland müsse „in der Schwebe bleiben", bis dieser seine eigene Zukunft geordnet habe: dann erst sei die Zeit zu einer „Vereinbarung" über die Reichsverfassung gekommen; da drängte die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes zu entscheidenden Schritten; denn nur zu klar lag auf der Hand, was Beckerath später mit treffendem Worte aussprach: ein solches Warten auf Österreich war das Sterben der deutschen Einheit. Mit unverhohlenem Mißbehagen sahen die Mittelparteien die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und den Vorsitz im Ministerium in den Händen

Österreich und Deutschland.

Schmerlings Austritt aus dem Reichsministerium.

eines Österreichers, und Schmerling selbst fühlte, daß er eine Bürgschaft für seine Zuverlässigkeit geben müsse. Er lud deshalb Gagern ein den Vorsitz zu übernehmen. Dieser war auch bereit dazu und schien sich mit Schmerling, der im auswärtigen Amte bleiben wollte, verständigen zu können; seine Partei aber verlangte mehr; wie sie den Austritt der Österreicher aus dem Parlament für geboten hielt, so sollte auch Schmerling vollständig ausscheiden. Widerwillig ergab sich dieser in die Notwendigkeit und vertauschte sein Ministerpräsidium mit der Stellung eines österreichischen Bevollmächtigten bei der Reichsgewalt; Gagern trat sein neues Amt am 16. Dezember an und wurde als Vorsitzender des Parlamentes durch Eduard Simson von Königsberg ersetzt. Auf Grund der Auslegung, die er dem Programm von Kremsier gab, wünschte der neue Ministerpräsident nunmehr einen gesandtschaftlichen Verkehr mit Österreich anzuknüpfen und auf diesem Wege eine Verständigung über das künftige Bundesverhältnis herbeizuführen. Ehe er noch die dazu erbetene Ermächtigung des Parlamentes erhalten hatte, kehrte Schmerling, der nach Olmütz gereist war, mit einer Note vom 28. Dezember zurück, die dagegen entschiedene Einsprache erhob und für Österreich die Stellung in Deutschland forderte, zu der ihm eine tausendjährige Geschichte das Recht gebe. Die Gegensätze standen sich nun klar und scharf gegenüber; es handelte sich um die wichtigste Frage, die das Parlament überhaupt zu lösen hatte, um die Frage, ob die einheitliche Gestaltung Deutschlands wert sei, daß man um ihretwillen auf Deutsch-Österreich verzichte oder nicht. In dreitägiger Verhandlung vom 11. bis 13. Januar 1849 wurde darüber beraten; an der Spitze der beiden großen Parteien kämpften Gagern und Schmerling, dieser unterstützt von den Republikanern und den ultramontanen Reaktionären, jener als Führer der Centren. Gagern behielt den Sieg mit 261 gegen 224 Stimmen: dem Ministerium ward die erbetene Ermächtigung erteilt. Aber heiß wie der Kampf gewesen war, war der Ausgang doch kaum eine Entscheidung zu nennen; nur soviel stand danach unzweifelhaft fest, daß die preußische Partei die Mehrheit haben könne. Aber auch nur könne. Ob sie dieselbe wirklich behaupte, hing von Umständen ab, die außer ihrer Macht lagen; Selbstvertrauen, Siegesgewißheit hatte sie nicht gewonnen; nur zu klar war es, daß die letzte Entscheidung lediglich in der Hand des preußischen Königs liege und was der wolle, wozu der sich im verhängnisvollen Augenblicke herbeilassen werde, das wußte niemand. Der eine glaubte dies, der andere das, eine geschlossene Parteibildung, eine unwandelbare Mehrheit war dabei unerreichbar. Als in der letzten Januarwoche die Verfassungsberatung dazu drängte aus dem Beschlusse vom 13. die notwendigen Folgerungen zu ziehen, trat das in erschreckender Weise ans Licht; zwar von einem Direktorium an der Spitze, von einem sechsjährigen Wechsel der Führung zwischen den beiden Großmächten wollten nur kleine Minderheiten etwas wissen; auch wurde mit 258 gegen 211 Stimmen die Wahl eines deutschen Fürsten, das hieß also des Königs

Verhandlungen zwischen Frankfurt und Wien.

Debatten über das Kaisertum.

von Preußen, zum Oberhaupte des Reichs beschlossen; aber nur eine Mehrheit von neun Stimmen erklärte sich für den Kaisertitel und nicht allein die Erblichkeit sondern auch alle Anträge über die Dauer der neuen Würde, ob sie auf Lebenszeit, auf zwölf, sechs oder drei Jahre übertragen werden solle, fielen am 23. Januar durch; die wichtige Entscheidung über das Wesen des künftigen Kaisertums, über die Frage, ob Wahl- oder Erbmonarchie, konnte nicht gelöst werden: sie blieb der zweiten Lesung der Verfassung überlassen.

Annäherung Preußens an die Mehrheit des Parlaments.

Daß eine solche zweite Lesung noch in Aussicht stand, war auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Nicht allein die öffentliche Meinung sondern auch die Regierungen erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Forderungen geltend zu machen und so den endgültigen Beschluß zu beeinflussen. Vor allem kam es jetzt darauf an, daß Preußen Farbe bekannte und dadurch das Programm der Mehrheit endlich fest gestalten half. Fast über Erwarten schien sich diese Forderung erfüllen zu sollen. In Verbindung mit Bunsen und Camphausen, die beide nach Berlin kamen, gelang es den Ministern dem Könige die Zustimmung zu einem Rundschreiben abzugewinnen, durch welches die deutschen Regierungen am 23. Januar eingeladen wurden ihre Bemerkungen über den Verfassungsentwurf durch das Reichsministerium dem Parlamente zu übermitteln. Damit brach der König die Unterhandlungen Brühls in Olmütz ab. Das Rundschreiben enthielt die bestimmte Erklärung, daß man in Berlin, wenn Österreich die Unterordnung unter die Reichsverfassung für unmöglich halte, weil es sich wirklich zum Einheitsstaate umwandeln wolle, nur einen weiteren Bund zwischen dem geeinten Deutschland und dem Kaiserstaate für ausführbar ansehe, daß aber den übrigen Staaten dann das Recht einen engeren Bund zu gründen nicht bestritten werden könne. Damit war der König auf den wichtigsten Gedanken des Gagernschen Programms eingegangen. Von den kleineren Regierungen war kein Widerspruch zu befürchten. Der Großherzog von Baden hatte schon Anfang Januar sich zu allen nötigen Opfern bereit erklärt; sein Bevollmächtigter vereinigte sich auf die Einladung Gagerns mit Preußen und 28 anderen Regierungen zu der Erklärung vom 24. Februar, in welcher sie zwar eine erdrückende Menge von Abänderungsvorschlägen machten, sich aber im ganzen und großen auf den Boden des Verfassungsentwurfes stellten. Da Weimar und Frankfurt, die unter den dreißig fehlten, schon einzeln sich ebenso erklärt hatten, so standen außer Österreich nur die vier Königreiche abseits. Von diesen war ein Entgegenkommen umsoweniger zu erwarten, als sie sich auf ihre Landtage stützen konnten. Bayern voran erklärten sie sich gegen den Gedanken eines engeren Bundes und gegen die weitgehenden Befugnisse der Centralgewalt. Österreichs Unterstützung war ihnen dabei sicher. Schon am 4. Februar verwarf Schwarzenberg in einer Note an das Reichsministerium ebensowohl die Unterordnung Österreichs unter eine Reichsgewalt, die von einem anderen Fürsten gehandhabt werde, als die Ausscheidung eines engeren Bundes,

Die kleineren Regierungen und der Verfassungsentwurf.

Die Königreiche.

Österreichische Erklärung.

wie Preußen sie vorgeschlagen; die neue Verfassung müsse eine Grundlage bieten, auf welcher alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Provinzen Raum fänden. Nackter und rücksichtsloser konnte es nicht ausgesprochen werden, daß man in Olmütz Deutschland lediglich als Anhängsel von Österreich betrachte und daß man ihm keine andere Gestaltung gönne als die, welche das österreichische Interesse fordere. Und doch gab es in Frankfurt noch immer ehrliche Großdeutsche, welche Deutsch-Österreich nicht fahren lassen wollten und dem Parlamente Kraft genug zutrauten um auch Schwarzenberg zur Anerkennung seiner Beschlüsse zu zwingen. Mit ihnen gingen Hand in Hand die österreichischen Abgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen ihre Sitze im Parlament festhielten, obgleich es doch sonnenklar war, daß sie dadurch nur die freiheitsfeindliche Politik ihrer Regierung stützten und die Hoffnungen Deutschlands untergraben halfen; mit ihnen Hand in Hand gingen auch die Ultramontanen, die sich darin gefielen dem Kaisertum der Paulskirche höhnisch eine Dauer von nicht sechs Monaten zu prophezeien, während das Kaisertum der Peterskirche, die Krone, die Karl der Große vom Papst empfangen, über ein Jahrtausend gedauert habe. Auch die Republikaner und die Reaktionäre machten selbstverständlich gemeinsame Sache mit den Großdeutschen, wenn es galt die Begründung eines preußischen Kaisertums zu verhindern, und so konnten die Kleindeutschen, die Weidenbuschpartei, wie man die Anhänger des Gagernschen Programms nannte, bei dem letzten Kampfe nur auf eine winzige Mehrheit rechnen. Fiel aber gar der linke Flügel, dem die freiheitlichen Bestimmungen der Reichsverfassung die Hauptsache waren, von ihnen ab, — und das that er gewiß, wenn Preußen denselben die Zustimmung verweigerte, — so verwandelte sich die Mehrheit wieder in eine Minderheit.

Die österreichischen Parteien.

Wider Erwarten kam dem Weidenbusch aber der Hauptgegner selbst zu Hilfe. Das siegreiche Vordringen der kaiserlichen Heere in Ungarn, die günstige Aufnahme, welche der Gedanke des österreichischen Einheitsstaates bei Deutschen und Slawen gefunden hatte, der Ärger über viele Beschlüsse des Kremsierer Reichstags, besonders auch in kirchlichen Angelegenheiten, endlich der Wunsch, den Verfassungsentwurf, welchen der Reichstagsausschuß am 2. März vorgelegt hatte, nicht zur Beratung gelangen zu lassen — alles das bewog Schwarzenberg dem Kaiser einen Gewaltstreich zu empfehlen: am 7. März 1849 wurde der Reichstag von Kremsier aufgelöst und eine Verfassung (vom 4. März datiert) für den Gesamtstaat mit Ausschluß der italienischen Provinzen durch kaiserliche Machtvollkommenheit erlassen. Mit diesem ganzen Ländergebiet verlangte Österreich nunmehr in den deutschen Bund einzutreten; das Siebzigmillionenreich, von dem die Wiener Blätter schon seit Wochen gesungen und gesagt, sollte zur Wahrheit werden; eine Note vom 9. März erklärte den Frankfurtern, daß sie die deutsche Einheit nur auf einem Wege suchen dürften, welcher es Österreich ermögliche ohne Aufgeben seiner selbst, d. h. ohne Aufgabe dieser neuen Verfassung, in dem großen Gesamtvaterlande zu verbleiben.

Auflösung des Reichstags von Kremsier.

Verfassung vom 4. März.

Österreichische Vorschläge für die deutsche Verfassung.

Zu dem Zwecke sollte an die Spitze des deutschen Bundes ein Direktorium treten, in dem Österreich den Vorsitz führe; der ganze Bund sollte in Kreise zerfallen, deren einen der Gesamtstaat Österreich bilde; als parlamentarische Vertretung war nur ein Staatenhaus zugestanden, dessen Mitglieder von den Regierungen und den Einzellandtagen gemeinsam ernannt werden sollten, und zwar so, daß auf jede Million Einwohner ein Vertreter, auf Österreich also 38 und auf Preußen samt allen übrigen Staaten 32 kämen. Diese Vorschläge überstiegen denn doch so sehr alles Maß, daß selbst ein Teil der Großdeutschen unter Welckers Führung sich entrüstet von Österreich abwandte. Schon im Januar hatte dieser erklärt, daß er zwar um den preußischen Erbkaiser abzuwenden selbst für das ihm sonst verhaßte Direktorium stimmen, daß er aber trotzdem aus vollem Herzen: Es lebe der preußische Kaiser! rufen werde, wenn Österreichs Austritt wirklich sich vollziehe. Jetzt stellte er am 12. März kurz entschlossen den Antrag: die Reichsverfassung unverändert im ganzen anzunehmen, dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen, dem Kaiser von Österreich aber und seinen deutschen Landen jetzt und zu aller Zeit den Eintritt in das neue Reich offenzuhalten. Fünf Tage vergingen, ehe der Antrag in einer vom Verfassungsausschuß etwas veränderten Gestalt zur Verhandlung kam, vier Sitzungen wurden mit hitzigen Redekämpfen ausgefüllt; als aber am 21. März die Abstimmung begann, fiel zwar zunächst der Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit 5 Stimmen Mehrheit durch, aber auch der Antrag Welckers wurde mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gab das linke Centrum; es hatte sich erboten für den Antrag zu stimmen, wenn die Weidenbuschpartei verspreche, die Verfassung auch dem Könige von Preußen gegenüber unverändert aufrechtzuerhalten; da dies abgeschlagen wurde, stimmten die beiden Simon und ihre Freunde gegen den Antrag und brachten ihn so zu Fall. Dagegen beschloß am nächsten Tage eine Mehrheit von 36 Stimmen, sofort in die zweite Lesung der Verfassung einzutreten und dabei durchaus keine Debatte und nur solche Anträge, die von 50 Mitgliedern unterzeichnet seien, zuzulassen. In täglichen Sitzungen wurde über die einzelnen Paragraphen abgestimmt; die wichtigsten, die, welche über die Reichsregierung handelten, kamen zuletzt. Hier mußten sich mit Notwendigkeit die Vorgänge vom 21. März wiederholen; ohne die Zustimmung des linken Centrums war keine Mehrheit für den Entwurf zu erlangen; der Preis dieser Zustimmung war bekannt. Freilich auch seine Gefahren. Gerade das, was die beiden Simon wollten, wollte der König von Preußen nicht; man hatte also zwischen beiden zu wählen. Und doch war es wiederum keine Wahl zu nennen. Ohne die Zustimmung des Parlamentes konnte ja auch Friedrich Wilhelm die Verfassung gar nicht annehmen; diese Zustimmung mußte zuerst gesichert werden, nachher mochte man weiter sorgen. So wurden dem linken Centrum denn zwei Forderungen eingeräumt: die geheime Abstimmung bei den Wahlen zum Volkshause und die Umwandlung des

Welckers Antrag auf Errichtung des preußischen Erbkaisertums.

Zweite Lesung der Verfassung.

Die Kaiserwahl.

unbedingten kaiserlichen Vetos in ein bedingtes, das unwirksam werden sollte, wenn der Reichstag in drei aufeinander folgenden Sitzungsperioden denselben Beschluß gefaßt habe. An diesen Bedingungen versprachen 80 Mitglieder der Weidenbuschpartei am 26. März schriftlich festzuhalten und weiterhin für keine irgend erhebliche Abänderung des Verfassungsentwurfes, von welcher Seite sie auch gefordert werden möge, zu stimmen. Es waren etwa 30 Stimmen, welche dadurch der Kaiserpartei zugeführt wurden und die ihr zum Siege verhalfen. Nachdem am 27. März das Kaisertum und seine Erblichkeit (diese freilich nur mit 267 gegen 263 Stimmen) angenommen war, erfolgte am 28. März 1849 die Wahl. Von 538 Mitgliedern enthielten sich 248, darunter gegen 100 Österreicher, der Abstimmung; die übrigen 290 erkoren Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser. Nachmittags $3^1/_2$ Uhr ward unter lautem Jubel des überfüllten Hauses das Ergebnis verkündigt, die Glocken aller Kirchen der Stadt erklangen und stimmten ein in die heißen Dankgebete, die sich so mancher patriotischen Brust entrangen, als endlich, endlich das langersehnte Ziel erreicht schien.

Haltung des Königs.

Aber freilich auch nur erreicht schien. Denn nun kam der zweite Teil des Kampfes; nur die eine Hälfte des Widerstandes, der zu überwinden war, war überwunden; die andere Hälfte, der Widerstand der Fürsten und besonders der des gewählten Fürsten, dauerte ununterbrochen fort. Mit flehenden und ermutigenden, mit ernst mahnenden und beschwörenden Worten hatten sich der alte Arndt, Bassermann, Beckerath, Bunsen im Laufe der letzten Wochen an den preußischen König gewandt um ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Aber alle ihre Beredsamkeit war verloren. In der Annahme des Welckerschen Antrags sah der König, wie er an Beckerath schrieb, eine ungeheuere Gefahr; man besiege den Teufel nicht, wenn man sich ihm ergebe. Der Frankfurter Versammlung sprach er unverändert jedes Recht ab eine Krone anzubieten und wies den Gedanken weit zurück solch ein Geschenk anzunehmen; nur wenn der echt und recht vereinte Rat der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbiete, werde er darauf eingehen, und dann allerdings antworten, wie ein Mann antworten müsse, dem die höchste Ehre dieser Welt geboten werde.

Die Kaiserbotschaft.

Trotzalledem war nun in Frankfurt die Wahl des Königs vollzogen und der Präsident des Parlamentes, Eduard Simson, machte sich an der Spitze von 33 Abgeordneten, unter ihnen Arndt, Dahlmann, Raumer, Soiron, Mittermaier, auf den Weg nach Berlin um dem Erkorenen die Anzeige zu überbringen. Nach einer Reise, die vielfach einem Triumphzug glich, kamen sie am Abend des 2. April in der preußischen Hauptstadt an. Sie wurden von einer guten Botschaft empfangen: das Ministerium hatte am Vormittag in der Kammer eine allgemein günstig aufgenommene Erklärung abgegeben. Allein diese hoffnungsvolle Deutung sollte bitter enttäuscht werden. Bei dem Empfang am nächsten Tage

Ablehnung des Königs.

bemühte sich der König nur der schroffen Abweisung, die er in seinen vertraulichen Briefen längst angekündigt hatte, ein „Hofkleid" anzuziehen. Der Ruf des Parlamentes gebe ihm ein Anrecht, sagte er, das er zu schätzen wisse; aber er würde das ihm erwiesene Vertrauen verletzen, wenn er ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter die Wahl annehme; an diesen sei es jetzt die Reichsverfassung in gemeinsamer Beratung zu prüfen; auch in der Zwischenzeit jedoch werde Preußens Schwert und Schild Deutschland gegen innere und äußere Feinde schützen, und getrost werde er, der König, den Weg seines Hauses und seines Volkes wandeln, den Weg der deutschen Ehre und Treue. Ohne Hofkleid hieß das, wie er an Bunsen schrieb: Ich kann euch weder Ja noch Nein antworten, denn ihr habt gar nichts zu bieten; das mach ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: gegen Demokraten helfen nur Soldaten! All sein Ehrgeiz beschränkte sich jetzt, wie er sagte, auf zwei Punkte: erstens durch die Wahl der Fürsten Erzherzog Johanns Nachfolger als zeitweiliger Statthalter von Deutschland zu werden um Ordnung zu schaffen, und weiterhin als Erzfeldherr Deutschlands die Ordnung zu erhalten. Alle Bemühungen ihn noch umzustimmen und zum Einlenken zu bewegen, was bei dem Wortlaut seiner Rede ohne allzugreifbaren Widerspruch hätte geschehen können, blieben erfolglos.

Das Parlament.

Die Abgesandten des Parlamentes schieden von Berlin mit einer schriftlichen Erklärung an das preußische Ministerium, daß sie keine andere Krone anzubieten gekommen seien als die auf Grund der zu Recht bestehenden Reichsverfassung beschlossene, und daß die Verwerfung dieser Verfassung gleichbedeutend sei mit der Ablehnung der Krone. Das Parlament selbst beschloß feierlich an der Verfassung festzuhalten und durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, welche Maßregeln infolge der preußischen Ablehnung nötig geworden seien. Trotzalledem aber gab man die Hoffnung noch nicht auf, Friedrich Wilhelm werde auf Umwegen zur Annahme der Krone sich entschließen. Ein preußisches Rundschreiben vom 3. April forderte nämlich die Regierungen auf binnen acht Tagen ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Anweisungen betreffs ihrer Stellung zur Reichsverfassung zu versehen; erst dann werde der König seinen endgültigen Entschluß fassen. Mit Ausnahme der Königreiche kamen alle Staaten dieser Aufforderung nach und erklärten sich für die Verfassung und das Erbkaisertum; die Königreiche freilich beharrten bei ihrer Weigerung und Österreich ging noch einen Schritt weiter: es erklärte die Aufgabe des Parlamentes für mißlungen und befahl seinen Abgeordneten auszutreten. Ein beträchtlicher Teil gehorchte und verließ Frankfurt. Es wäre nur folgerichtig gewesen, wenn auch dem Erzherzog Johann der Befehl erteilt wäre seiner Würde zu entsagen. Aus eigenem Antriebe hatte dieser gleich nach der Kaiserwahl sich dazu entschlossen, und die preußische Note vom 3. April hatte daraufhin erklärt, der König sei bereit an seine Stelle zu treten. Hätte das Parlament gleich am 29. März die Abdankung angenommen und dem König

Preußisches Rundschreiben vom 3. April 1849.

Die übrigen Regierungen.

Erzherzog Johann.

das Amt übertragen, so würde dieser es schwerlich abgelehnt haben. Statt dessen beschwor das Präsidium des Reichstags den Erzherzog seinen Rücktritt noch zu verschieben, und nachdem dies geschehen war, erhielt er von Schwarzenberg geradezu den widersinnigen und heimtückischen Befehl an seinem Platze auszuharren. Österreich fühlte sich stark genug mit diesem Hebel alles bisher Erreichte wieder aus den Angeln zu heben und, wenn es das geträumte Siebzigmillionenreich nicht durchsetzen könne, wenigstens jede andere Neugestaltung zu hindern und einfach die vormärzlichen Zustände wiederherzustellen. Zu diesem kühnen Selbstvertrauen war es durch sein enges Bündnis mit Rußland und durch die Erfolge gelangt, die seine Waffen seit dem Regierungsantritt Franz Josefs in Italien und gegen die Magyaren davongetragen hatten. Selbst die Rückschläge, die es eben jetzt in Ungarn erlitt, vermochten die wiedergewonnene Zuversicht nicht zu erschüttern.

Die Unterwerfung Ungarns.

Der Krieg in Ungarn.

Die Ungarn hatten den Thronwechsel vom 2. Dezember 1848 mit einer feierlichen Verwahrung beantwortet und erkannten nur Ferdinand als ihren König an. Sie zur Unterwerfung zu zwingen rückten in der ersten Hälfte des Dezember von Norden aus Galizien Graf Schlick, von Westen aus Mähren General Simunich, am rechten Donauufer der Oberbefehlshaber Fürst Windischgrätz und aus Steiermark Graf Nugent in das Land ein. Überall zogen sich die Ungarn zurück. Görgey, der gegen Windischgrätz stand, vereinigte sich mit Perczel, dem Gegner Nugents, setzte aber trotzdem nach einigen widrigen Gefechten seinen Rückzug bis Ofen und Pest fort. Die Hauptstadt war nicht zu halten, und am 1. Januar 1849 machten sich der Reichstag und der Verteidigungsausschuß davon um in Debreczin jenseit der Theiß ihren Sitz aufzuschlagen. Sie dort vor einem Angriff zu schützen, sollte die Aufgabe Perczels sein, der mit seinen Truppen die Theißübergänge bei Szolnok besetzte; Görgey erhielt den Auftrag, die Donau hinauf nach Norden zu ziehen und dadurch zugleich Windischgrätz in der Flanke zu bedrohen und Simunich am Vormarsch zu hindern. Viel zu schwach für diesen doppelten Zweck schlug er sich nördlich in die Gebirge, operierte aber dabei so glücklich, daß die ihm folgenden Österreicher die Fühlung mit ihm verloren und er Ende Januar die Karpathenpässe in der Zips besetzen konnte, durch welche Graf Schlick aus Galizien in Ungarn eingefallen war. Dieser hatte anfangs nur den Landsturm unter Pulszky sich gegenüber gefunden, denselben rasch zerstreut und am 11. Dezember das wichtige Kaschau besetzt. Auch einen Angriff, den der Kriegsminister Meszaros am 4. Januar bei Kaschau auf ihn machte, wies er siegreich ab, aber vergebens versuchte er Ende des Monats dessen Nachfolger Klapka, der sich bei Tokay verschanzt hatte, zu vertreiben. Durch Görgeys Marsch in seinen Rücken geriet er nun in eine bedenkliche Lage; einem vereinigten

Der Reichstag nach Debreczin.

Görgey und Schlick.

Angriff Görgeys und Klapkas war er nicht gewachsen, die Vereinigung zu hindern war es zu spät. Er mußte sich also entschließen auszuweichen und in südwestlicher Richtung die Vereinigung mit Windischgrätz zu suchen. Glücklich zum Hauptheere gelangt und begierig die Scharte wieder auszuwetzen, beredete er sofort den Feldmarschall zum Vormarsch gegen Tokay; auf dem Wege dahin stieß er auf die Ungarn unter Führung des Polen Dembinski, der in diesen Tagen den Oberbefehl über die Heere Klapkas, Görgeys und Perczels erhalten hatte und ihm gefolgt war. Bei Kapolna, unweit Erlau, kam es am 26. Februar zur Schlacht. In heißem Kampfe behaupteten die Österreicher den Sieg; die Magyaren wurden zum Rückzuge gezwungen und suchten Sicherheit hinter der Theiß. Alle Schuld an diesem Mißerfolge wurde nun auf Dembinski, den Fremdling, geworfen; Klapka und andere Generale weigerten sich ihm ferner zu gehorchen und nötigten Kossuth, der den Polen hauptsächlich begünstigte um ihn als Werkzeug gegen den Ehrgeiz der Generale zu gebrauchen, in seine Absetzung zu willigen.

Dembinskis Niederlage bei Kapolna.

Die Lage in Siebenbürgen.

Zum Glück für die Magyaren nahm in ihrem Rücken, in Siebenbürgen und in Serbien, ihre Sache einen besseren Verlauf. Beim Beginn der Empörung, im September 1848, hatten sich die Deutschen und Rumänen Siebenbürgens von den Rebellen losgesagt und auf die Seite des Kaisers gestellt, zuerst der Oberst Urban, der an der Spitze seines rumänischen Regiments am 7. September der Regierung in Pest den Gehorsam aufkündigte. Es bildete sich ein rumänischer Landsturm, der unter vielen Greuelthaten die magyarisch gesinnten Ortschaften entwaffnete und in einigen Wochen das ganze Land für den Kaiser eroberte; nur in den Gebirgen hielten sich noch die Scharen der Szekler und verteidigten die Sache Ungarns. Nach den Plänen des kaiserlichen Hauptquartiers hätte nun Puchner, der Oberbefehlshaber in Siebenbürgen, den großen Dezemberangriff auf Ungarn von Osten her unterstützen sollen; aber ehe er den Marsch auf Großwardein angetreten hatte, erschien der Pole Bem, der glücklich aus Wien entkommen war, im Lande und gab der ganzen Lage ein anderes Aussehen. Mit den Truppen, die er um sich sammelte, schlug er verschiedene kleinere Heeresabteilungen und zog am Weihnachtstage in Klausenburg ein; von da rückte er im Januar 1849 gegen die Südgrenze vor und bedrohte Hermannstadt. Urban hatte sich in die Bukowina zurückziehen müssen, und Puchner fühlte sich dem Gegner so wenig gewachsen, daß er den russischen General Lüders, der einen Bojarenaufstand in der Walachei niedergeschlagen hatte, um die Besetzung von Hermannstadt und Kronstadt ersuchte. Bereitwillig wurde von Petersburg die Genehmigung dazu erteilt und am 2. Februar überschritten die Russen die Grenze. Nun schlug das Glück eine Weile um. Puchner zog die österreichischen Besatzungen aus den beiden von den Russen bewachten Städten an sich und drängte Bem bis an die Maros zurück. Hier aber schlug der Pole mit Hilfe der Verstärkungen, die er aus Südungarn erhielt, Puchners Angriff ab und

Bems Siege.

Russische Einmischung.

Wechselnde Kämpfe.

warf auch Urban, der aus der Bukowina heranzog, wieder dorthin zurück. Freilich erlitt er dann am 3. März eine ernstliche Niederlage bei Mediasch; aber die Langsamkeit seines Gegners, der mehrere Tage mit dem Angriff auf Schäßburg, wohin Bem sich gerettet, zögerte, ließ ihm Zeit zu entkommen. Mit großer Kühnheit warf er sich nun im Rücken des Feindes auf Hermannstadt und trieb die Russen durch den Rotenturmspaß über die Grenze. Völlig entmutigt folgte Puchner seinen Bundesgenossen und flüchtete sich gleichfalls in die Walachei; das ganze Land war in Bems Gewalt; nur die kleine Festung Karlsburg und einige Banden im Gebirge hielten noch das Banner des Kaisers hoch; auch die russische Besatzung in Kronstadt zog es vor das Land zu räumen.

Rückzug der Österreicher und Russen.

Nicht viel besser stand es mit den Kaiserlichen in Serbien; aber hier war die Ursache des Umschwungs mehr politischer als militärischer Art. Serben und Kroaten hatten gegen die Ungarn gekämpft, weil sie ihre Selbständigkeit erstreiten wollten; nun kam die Regierung in Olmütz mit der Gesamtstaatsverfassung vom 4. März, welche die Selbständigkeit der südslawischen Länder ebenso gründlich vernichtete, wie es die Anmaßung der Ungarn bezweckt hatte. Bis dahin waren die Serben unter Stratomirowitsch unbeschadet heftigen Parteigezänkes und gelegentlicher Niederlagen doch in ihrer Verteidigung gegen die Magyaren erfolgreich gewesen und hatten ihre Feinde von Pancsowa aus immer wieder auf Werschetz und Becskerek zurückgeworfen. Jetzt trat an die Stelle der Begeisterung Lauheit und Haltlosigkeit, und als Mitte März Perczel gegen sie im Felde erschien, erfocht er zunächst auf dem rechten Ufer der Theiß eine Reihe von Siegen, ging dann über den Fluß, jagte die Serben über die Temes und über die Donau und konnte Mitte Mai als Sieger in Pancsowa einziehen.

Die Lage in Serbien.

Perczels Siege.

Währenddessen waren nach längerer Pause auch auf dem Hauptschauplatze des Krieges die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, aber nicht von Windischgrätz, der auf den Lorbeern von Kapolna zu ruhen schien, sondern von den Ungarn. Von Görgey geführt, überschritten sie, 50000 Mann stark, Ende März bei Tokay und südlich davon bei Poroszlo die Theiß und rückten über Gyöngyös auf Pest. Ihr rechter Flügel stieß zuerst am 2. April bei Hatvan auf Schlick und warf ihn nach Gödöllö zurück; am 4. April maßen sich Klapka und Jellatschitsch auf den entgegengesetzten Flügeln bei Tapio Bicske und auch hier blieben die Ungarn Sieger. Um Gödöllö entbrannte sodann am 6. April der Hauptkampf, der nach manchen Schwankungen damit endete, daß Windischgrätz seine Truppen vorwärts Pest vereinigte, welcher Bewegung der Feind mit großer Eile folgte, wie es in dem Siegesbericht hieß, den die Wiener zu sehen bekamen. Nur ein Teil des ungarischen Heeres jedoch blieb gegen Windischgrätz stehen; der andere marschierte, von Klapka geführt, am linken Donauufer aufwärts um Komorn zu entsetzen, das von Simunich hart bedrängt wurde. Auch dieses Unternehmen gelang nach einem Siege an der Gran (bei Nagy-Sarlo) voll-

Windischgrätz' Niederlagen.

Entsatz von Komorn.

kommen. Mit großer Besorgnis betrachtete man in Olmütz diese Triumphe der Magyaren. So lebhaften Dank man auch Windischgrätz für die Bändigung von Prag und Wien schulden mochte, so konnte man seine Unfähigkeit zur Beendigung des ungarischen Krieges doch nicht länger verkennen. Am 12. April wurde beschlossen, ihn ans Hoflager zu berufen und den General von Welden zu seinem Stellvertreter zu ernennen.

Räumung von Pest.

Dieser trat seinen Posten damit an, daß er Pest räumte und die ganze Armee bis auf 10000 Mann, die unter General Hentzi, einem Schweizer, in Ofen bleiben sollten, an die Leitha zurückführte. Am 21. April war fast ganz Ungarn in den Händen der Rebellen.

Absetzung des Hauses Lothringen.

Gehoben von diesen Erfolgen, wagte der Reichstag in Debreczin einen verhängnisvollen Schritt. Kossuth war von dem Schlachtfelde von Gödöllö mit dem Entschluß zurückgekehrt, die Absetzung des Hauses Lothringen beschließen zu lassen. Nur Görgey hatte davor gewarnt, die übrigen Generale waren vollkommen einverstanden; im Reichstage zogen es die Gegner eines so unheilbaren Bruches, da sie einsahen, daß Kossuth und die Mehrheit sich nicht zurückhalten ließen, vor zu schweigen. Am 14. April 1849 versammelte sich das Parlament in der reformierten Kirche in Debreczin; Kossuth bestieg die Kanzel und verkündete in glänzender Rede die Losreißung Ungarns und seiner Nebenländer von der

Kossuth Präsident der ungarischen Republik.

österreichischen Monarchie. Einige Tage darauf ward ihm als Präsidenten die Leitung der neuen Republik übertragen; unter Szemeres Vorsitz bildete er ein Ministerium, in das neben Görgey als Kriegsminister Bischof Horvath, Vukovich, Csany und Casimir Batthyány eintraten. Da die neue Regierung möglichst schnell von Debreczin nach Ofen-Pest zurückzukehren wünschte, galt die Vertreibung Hentzis aus Ofen für die wichtigste Aufgabe der Kriegführung. Auch Görgey, der als Minister den Oberbefehl beibehielt und am liebsten die Österreicher über die deutsche Grenze verfolgt hätte um womöglich Wien zu nehmen,

Erstürmung von Ofen.

gab den Vorstellungen Kossuths nach. Am 3. Mai begann er die Belagerung und erstürmte die Stadt am 21.

Damit schien die Befreiung des Landes vollendet, die Unabhängigkeit Ungarns zur Thatsache geworden zu sein. Und doch war gerade in

Zusammenkunft in Warschau.

diesem Augenblicke alles Erreichte wieder in Frage gestellt. An demselben 21. Mai stattete Franz Josef dem Zaren Nikolaus in Warschau einen Besuch ab um ihm für das Versprechen der bewaffneten Unterstützung zu danken und den gemeinsamen Feldzugsplan zu bereden. Gleich nach dem Rückzuge Weldens war nämlich ein förmliches Hilfsgesuch von Wien nach Petersburg abgegangen; die Teilnahme polnischer Flüchtlinge an dem Aufstande der Magyaren diente als leichte Bemäntelung; sie verlieh dem Kriege angeblich den Charakter „einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei" und rechtfertigte so die „edle Bereitwilligkeit", mit welcher Nikolaus seinen Beistand in ausge-

Russische Hilfe.

dehntestem Maße zusicherte. Schon am 1. Mai konnte die Wiener Zeitung die frohe Kunde bringen, und wenn man sich in Ungarn auch

kurze Zeit in allerlei Hoffnungen wiegte, als ob das Bündnis schnell wieder zerfallen oder ein französisch-ungarisches Gegenbündnis zur Folge haben werde, so war doch dieser Trost bald genug verflogen. Unter diesen Umständen konnte es sich nur noch um einen Verzweiflungskampf handeln. Kossuth, Szemere und die Minister überhaupt waren dazu entschlossen; vor dem einbrechenden Feinde, so lautete ihr Aufruf vom 18. Mai, sollte das Volk sich überall zurückziehen, die Vorräte vernichten, Straßen, Brücken, Brunnen zerstören, die Dörfer verbrennen; einer offenen Feldschlacht wollte man den Russen gegenüber ausweichen und möglichst alle verfügbaren Truppen gegen die Österreicher zusammenziehen; selbst Bem sollte zu diesem Zwecke aus Siebenbürgen nach Komorn rücken. An der Spitze der österreichischen Armee stand Baron Haynau, ein Sohn des 1821 gestorbenen Kurfürsten Wilhelm von Hessen, der sich in Italien durch seine rücksichtslose und grausame Härte einen gefürchteten und gehaßten Namen erworben hatte. Mitte Juni begann Görgey gegen ihn die Feindseligkeiten, indem er von Komorn aus die Waag zu überschreiten suchte; aber obgleich die Hauptkräfte der Österreicher gar nicht hier, sondern auf dem rechten Donauufer sich sammelten, wurden die Ungarn doch mit großem Verluste (besonders bei Pered am 21. Juni) zurückgeschlagen. Nun ging Haynau seinerseits zum Angriff über und erstürmte in Gegenwart seines Kaisers am 28. Juni die Verschanzungen bei Raab, die nur schwach besetzt waren, weil Görgey ein Vorgehen der Österreicher südlich der Donau gar nicht befürchtet, sondern als zweifellos angenommen hatte, daß sie, am nördlichen Donauufer vordringend, Fühlung mit den Russen zu gewinnen suchen würden, die 80 000 Mann stark unter Paskiewitsch seit dem 14. Juni dieselben Karpathenpässe überschritten, durch die im Dezember Schlick eingefallen war. Widerstand wurde ihnen nicht geleistet. Der Pole Wisozki, der mit 8000 Mann in jenen Gegenden stand, wich vor der Übermacht auf Pest zurück; Ende des Monats waren die Russen schon in Tokay und konnten mit einer Streifschar Debreczin besetzen. Wenn sie nun gegen Pest und Waizen vorrückten, so mußten sie in wenigen Tagen Görgey den Weg nach der Theiß verlegt und ihn zwischen sich und den Österreichern eingeschlossen haben. Kossuth, Klapka, Csany, alles drängte deshalb in Görgey, seinen Abmarsch zu beschleunigen und sein Heer möglichst ungeschwächt der großen Armee zuzuführen, die an der Theiß und Maros den letzten Entscheidungskampf kämpfen sollte. Aber Görgey ließ sich Zeit, und da er im Heere sehr beliebt war, konnte er selbst dem Befehl Kossuths trotzen, der ihm am 1. Juli das Kommando entzog und es Meszaros übertrug. Erst als er am 3. und 11. Juli noch zweimal sich mit Haynau vor Komorn gemessen hatte, begann er den Abmarsch, indem er Klapka als Befehlshaber in der Festung zurückließ. Jetzt aber waren auch die Russen bis an die Donau vorgedrungen und bei Waizen überzeugte sich Görgey, daß er mit seinen 27 000 Mann den geraden Weg über Gödöllö an die Theiß nicht erzwingen könne.

Ungarische Verteidigungsmaßregeln.

Haynaus Siege.

Vordringen der Russen.

Görgeys Zug nach Arad.

Er warf sich also ähnlich wie ein halb Jahr früher nordwärts und rückte in einem großen Bogen, wenig belästigt, gegen Tokay vor, schlug vor seinem Übergang über die Theiß in den letzten Julitagen mehrere russische Scharen und marschierte dann östlich vom Flusse über Debreczin und Großwardein auf Arad zu, wo er am 9. August ankam.

Der Reichstag in Szegedin.

Diese Festung, die erst seit dem 1. Juli nach einer viermonatlichen Belagerung in den Händen der Ungarn war, sollte als letzter Stützpunkt des Aufstandes dienen. Anfänglich war Szegedin, am Einfluß der Maros in die Theiß, dazu ausersehen. Dorthin hatte Kossuth die Regierung und den Reichstag verlegt, als nach Haynaus Sieg bei Raab Pest keine Sicherheit mehr bot. Aber schon am 21. Juli, zehn Tage nachdem sie in die Hauptstadt eingezogen waren, rückten die Österreicher gegen Szegedin heran. Kossuth rief von Truppen herbei, was er nur erreichen konnte. Von Görgey konnte nicht die Rede sein, der stand in diesen Tagen noch jenseit Tokay; aber an der mittleren Theiß befehligte Perczel 20 000 Mann, mit denen er soeben bei Tura unglücklich gegen Paskiewitsch gekämpft, und in Serbien hatte der General Vetter fast ebensoviele Truppen, die ihre nächste Aufgabe, den Banus Jellatschitsch zurückzuschlagen, am 14. Juli bei Hegyes, südwestlich von Szegedin, glänzend gelöst hatten. Beide Heere waren Ende Juli vor Szegedin zusammengezogen und Dembinskis Oberbefehl unterstellt. Statt aber Szegedin zu verteidigen oder gar Haynau entgegenzurücken räumte der General die Stadt und zog sich längs der Maros auf Arad zurück. Die Österreicher waren schnell hinterdrein. Am 3. August setzten Haynau bei Szegedin, Schlick nördlich, Ramberg südlich davon über die Theiß und zwangen Dembinski am 5. August bei Szöreg zu einer Schlacht, durch welche sich dieser von Arad weg auf Temesvar drängen ließ, das noch in den Händen der Österreicher war! Sofort entsetzte ihn Kossuth des Befehls und übertrug die Führung an Bem, der eben als Flüchtling ohne Heer aus Siebenbürgen anlangte. Auch ihm hatten die letzten Wochen alle Erfolge, die er im März erfochten, wieder entrissen. Mitte Juni waren zwei russische Heere, Lüders mit 30 000 Mann aus der Walachei, Grotenhjelm mit 10 000 aus der Bukowina in das Land eingerückt. Verzweifelt schlug sich Bem mit dieser Übermacht herum; wie sehr er die Gegner auch durch kühne Züge überraschte, er blieb doch überall im Nachteil und sah sein Heer in beständigen Gefechten zusammenschmelzen. Bei Groß-Scheuren stieb am 5. August sein letztes Häuflein auseinander, und der General eilte allein nach Arad und von da nach Temesvar, übernahm hier an Dembinskis Stelle den Oberbefehl und verlor ihn schon am 9. August in einer zweistündigen Schlacht vor dieser Festung; die geringen Trümmer seines Heeres konnte er nicht einmal nach Arad zu Görgeys heranziehender Macht führen, sondern mußte sie in den siebenbürgischen Grenzgebirgen sammeln und, da inzwischen doch alles verloren war, so gut wie möglich nach der Türkei hinüber retten.

Niederlagen der Ungarn.

Der Verlust Siebenbürgens.

Bems Niederlage vor Temesvar.

Wenn es noch Hilfe gab, so konnte sie nur von Görgey kommen.

Dieser Einsicht verschloß sich auch Kossuth nicht; am 11. August legte er die Diktatur in des Generals Hände nieder und entfloh mit den Reichskleinodien über die türkische Grenze. Daß Görgey den Kampf noch fortsetzen werde, erwartete doch eigentlich niemand; schon seit Ende Juli stand er mit Kossuths Wissen und unter Mitwirkung des Ministeriums in Verhandlungen mit Paskiewitsch. Damals konnte angesichts der Heere Dembinskis und Görgeys immer noch von Bedingungen der Unterwerfung die Rede sein; nach den Niederlagen von Szöreg und Temesvar war das vorbei. Es konnte sich nur noch um die Frage handeln, ob man sich den Russen oder den Österreichern ergeben solle. Die Klugheit hätte geboten die letzteren nicht durch eine Kapitulation mit Paskiewitsch noch mehr zu reizen; aber der Haß war stärker als die Berechnung; Görgey rückte mit seinem Heere, das noch 23 000 Mann und 129 Geschütze zählte, von Arad den Russen bis Vilagos (etwa vier Meilen nordöstlich) entgegen und ergab sich hier am 13. August bedingungslos. Das schwerere Stück Arbeit in dem Kampfe hatten doch unzweifelhaft die Österreicher gethan, nun fiel der größte Triumph ihren Bundesgenossen in den Schoß. Und diese waren keineswegs beflissen ihn mit Bescheidenheit zu genießen. Mit höhnischem Übermut meldete Paskiewitsch seinem Herrn den Ausgang des Ringens: Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät; wie ein Geschenk erhielt Franz Josef sein rebellisches Land aus den Händen des Zaren zurück. Die Erbitterung, welche darüber am Wiener Hofe herrschte, zeitigte bald den Gedanken, daß Österreich die Welt durch die Größe seines Undanks in Erstaunen setzen müsse; sie suchte aber sofort ihre Entladung in dem härtesten Strafgericht über das unterworfene Land. Görgey mußte man schonen, weil Paskiewitsch für ihn eintrat; er wurde nach Klagenfurt in Kärnten gebracht und lebte dort lange Jahre, in den Augen der Ungarn ein schwarzer Verräter; Kossuth, Bem, Perczel, Dembinski, Meszaros und viele andere Häupter des Aufstandes waren glücklich ins Ausland entkommen; Klapka erzwang sich durch tapfere Ausdauer in Komorn, das er erst am 27. September übergab, günstige Bedingungen; aber wessen man habhaft werden konnte, den traf das Todesurteil, das die Blutgerichte von Arad und Pest sprachen, unter ihnen als meist bedauertes Opfer den vormaligen Ministerpräsidenten Batthyány; ungezählt waren die Einkerkerungen und Verbannungen, noch zahlreicher die Unglücklichen, die widerwillig in das kaiserliche Heer eingesteckt wurden. Fast mochte man in den herrschenden Kreisen den ganzen Aufstand trotz der Ströme von Blut und der Millionen von Gulden, die er gekostet, jetzt hinterdrein als ein Glück betrachten. Denn ungehemmt und rücksichtslos konnte sich die Rache über dem armen Lande entladen; mit einem Stoße vermochte man alle diese lästigen Vorrechte und parlamentarischen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, die selbst in den Zeiten des Absolutismus hatten geehrt und beachtet werden müssen: Ungarn hatte sein Recht verwirkt und war der Gewalt des Kaisers auf Gnade und Ungnade unterworfen. Wenn irgend etwas

Abdankung Kossuths.

Görgeys Lage.

Kapitulation von Vilagos.

Bestrafung der Rebellion.

das Selbstvertrauen der Rückschrittsmänner erhöhte, so war es dies; und wenn sie irgendwo ihren Gelüsten frei die Zügel schießen ließen, so war es hier. Die Magyaren aber beugten sich in dumpfem Groll und voll bitterer Vergeltungsgedanken dem übermächtigen Joche; sie wichen der Gewalt, aber sie bewahrten ihren Stolz und ihre Hoffnungen, und der siegreiche Kaiserstaat, mochte er der Welt und sich selbst es auch verbergen, trug in diesem Ungarn ein Geschwür mit sich herum, das an seinem Marke zehrte und eines Tages tödlich werden konnte.

Die Bewältigung Italiens.

Vermittlung der Westmächte.

Denselben Ausgang wie in Ungarn hatten die Dinge in Italien genommen. Wie schwer die Niederlagen Sardiniens im Sommer 1848 auch gewesen waren, Österreichs Sache stand damals doch immer noch bedenklich. Auch nach dem Waffenstillstande von Vigevano konnte Karl Albert noch hoffen den Besitz der Lombardei für Sardinien zu retten und für Venetien wenigstens eine gesonderte Verfassung und Verwaltung durchzusetzen, beides Bedingungen, welche die Westmächte zur Grundlage ihrer Friedensvermittlung machten. Allerdings sträubte man sich in Wien gewaltig dagegen, aber vor einer drohenden Note aus Paris gab man doch Anfang September soweit nach, daß man, ohne die Grundlagen anzuerkennen, die Vermittlung selbst über sich ergehen ließ. Auch gegen den Vorschlag, den Karl Albert am 11. September machte, die vier Mächte sollten um eine Verständigung zu erzielen zu einem Kongreß zusammentreten, wandten die österreichischen Staatsmänner nichts ein; aber indem sie die Frage nach dem Orte des Kongresses und nach der Beteiligung anderer Mächte (Preußens, Deutschlands, Rußlands, der italienischen Staaten) aufwarfen, wußten sie die Sache geschickt in die Länge zu ziehen. Ungeduldig drängte Piemont, das weder entwaffnen noch die schweren Ausgaben für sein Heer ertragen konnte, auf eine Entscheidung und drohte den schon einmal verlängerten Waffenstillstand aufzukündigen; die Oktobertage in Wien und Pest lockten gewaltig zur Erneuerung des Krieges und ungebärdig verlangte die öffentliche Meinung, des Wartens und Verhandelns müde, einen kraftvollen Entschluß.

Bedrückung der Lombardei.

Glühenden Unwillen erregte die strenge Herrschaft Radetzkys in der Lombardei: mehr als 30 Millionen Mark hatte er bis zum Januar an außerordentlichen Steuern, fast die Hälfte dieser Summe schon im November an Strafgeldern von solchen Personen erpreßt, die bei der Erhebung beteiligt gewesen waren. Daß Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung unter der Herrschaft des Kriegsgesetzes arg gefährdet war, daß die härtesten Bestrafungen auf geringfügigen Vergehen standen und in Ermangelung des wirklich Schuldigen häufig Unschuldige trafen, lag in den Verhältnissen unabänderlich begründet. Aber nicht minder fühlten sich die Italiener durch scheinbar versöhnliche Maßregeln gereizt, so durch den Erlaß des Kaisers vom 9. Oktober, in welchem die Berufung einer

lombardisch-venetianischen Abgeordnetenversammlung alsbald nach Wiederherstellung der Ruhe angekündigt wurde; denn gerade dadurch wurde ja der feste Entschluß Österreichs seine Beute nicht wieder fahren zu lassen unzweideutig kundgegeben. Dazu kamen noch die Versuche auch Venedig während des Waffenstillstandes zu unterwerfen, die man freilich sofort wiederaufgeben mußte; denn als die Flotte Mitte September von Triest auslief um die Lagunenstadt zu blokieren, kehrte nicht allein das piemontesische Geschwader, das soeben vertragsmäßig abgezogen war, dorthin zurück, sondern es stellten sich auch französische Schiffe ein und nachdrücklich erklärte die Regierung Cavaignacs, daß sie Venedig auch auf die Gefahr eines Krieges hin schützen werde. Dem zu trotzen war Österreich außerstande, da es auch sonst triftige Gründe hatte es mit Frankreich nicht zu verderben. War es doch ein öffentliches Geheimnis, daß man in Paris die Vergrößerung Sardiniens durchaus nicht wünschte, daß die letzten Absichten vielmehr auf die Begründung eines lombardo-venetianischen Staates gingen, den man gern durch Personalunion auch ferner an Österreich knüpfen wollte; man dürfe, so lautete das Schlagwort, Venedig nicht um der Lombardei willen opfern. Mit allem Nachdruck verhinderte daher Bastide, der Minister des Äußeren, die Kündigung des Waffenstillstandes durch Karl Albert und ermutigte Manin, der seit dem 11. August wieder die Regierung Venedigs in der Hand hatte, zur Ausdauer. Für die Beschleunigung der Friedensverhandlungen und des Kongresses beeiferte er sich aber wenig und wollte besonders Österreichs Notlage im Oktober nicht zum Drängen benutzen. Obgleich unzufrieden darüber, gab Lord Palmerston doch nach und brachte erst nach dem Falle Wiens die Sache wieder in Fluß, indem er Brüssel zum Versammlungsort vorschlug. Da zeigte sich denn sofort, wieviel durch diese Zauberpolitik für Italien verloren war. Schwarzenberg wollte nichts von Verhandlungen wissen, und statt des bisherigen Zögerns und Ausweichens wurde ein unverhohlenes Verweigern und Bestreiten die Tonart der österreichischen Diplomatie. Vergeblich suchte Palmerston den Faden, der seinen Händen zu entschlüpfen drohte, festzuhalten; Schwarzenbergs Entschluß war gefaßt; um allen weiteren Vermittlungsversuchen ein Ende zu machen entsandte er Anfang Februar 1849 den Grafen Colloredo nach London und verbat sich in unzweideutiger Weise jede fernere Einmischung Englands.

Lage Venedigs.

Französische Pläne.

Abbruch der Vermittlungsversuche.

Auch in Sardinien war man der Vermittlungsversuche satt. Das Verlegenheitsministerium, welches beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Stelle des Ministeriums Casati getreten war und aus den konservativsten Elementen, Revel, Alfieri, Perrone, Pinelli, bestanden hatte, fühlte trotz der Mehrheit, über die es anfangs in der Kammer gebot und die mit ihm einen übereilten Ausbruch des Krieges vermeiden wollte, sein Ansehen doch immer mehr schwinden und trat im Dezember aus einem unbedeutenden Anlaß zurück; Gioberti erhielt wieder die Leitung des Staates. Allerdings ging nun auch dessen Plan nicht dahin mit

Sardinien.

Ministerium Gioberti.

Österreich sofort wieder anzubinden, aber er dachte in Mittelitalien als Verteidiger der bedrohten konstitutionellen Freiheit aufzutreten und dadurch Verwicklungen herbeizuführen. Hier hatten sich in der Zwischenzeit sehr wichtige Ereignisse zugetragen. Während Modena und Parma von den Österreichern sofort im August den vertriebenen Herzögen zurückgestellt waren, hatten die kaiserlichen Truppen an der toskanischen Grenze Halt machen müssen, weil England und besonders Frankreich die volle Unabhängigkeit dieses Landes forderten. Infolgedessen hatten die Radikalen Toskana zum Tummelplatze erkoren und vor allem in Livorno, von dem Advokaten Guerazzi und dem Pater Gavazzi gelenkt, unbekümmert um den Großherzog, das Ministerium und die gemäßigte Kammer, ihr zügelloses Spiel getrieben. Um nur einige Fühlung mit der unruhigen Stadt zu erhalten schickte der Minister Capponi den Professor Montanelli als Statthalter in die unzufriedene Hafenstadt, einen Mann, der für das Ideal einer christlichen Demokratie schwärmte und Italiens Neugestaltung, die von den Fürsten nicht mehr zu erhoffen sei, durch ein souveränes italienisches Parlament herbeiführen wollte. Die Nachrichten von der Oktoberrevolution in Wien kamen ihm und Guerazzi trefflich zu statten; Capponi, obendrein halb erblindet, fühlte sich der zunehmenden Gärung nicht mehr gewachsen und räumte das Feld. Was blieb dem Großherzog übrig als nun vollständig nachzugeben und Montanelli samt Guerazzi an die Spitze der Regierung zu berufen? Von diesem Augenblicke an war er selbst eine völlig überflüssige Person; nur scheinbar bestand die Monarchie noch fort, in Wirklichkeit herrschten die radikalen Klubs, und zwar mit solcher Tyrannei und so zersetzender Wirkung, daß die volle Auflösung über das Land hereinbrach und ein Eingreifen von außen dringend nötig wurde.

Modena und Parma.

Herrschaft der Radikalen.

Auch in Rom gelangte etwa vierzehn Tage später der Radikalismus ans Ruder. Das Ansehen des Papstes war seit dem Mai immer tiefer gesunken; man hielt ihn für einen heimlichen Verbündeten der Österreicher und wurde darin bestärkt durch den zweimaligen Einmarsch kaiserlicher Truppen in den Kirchenstaat. Das erste Mal, am 14. Juli, handelte es sich nur um die eintägige Besetzung der Stadt Ferrara, in deren Citadelle ja vertragsmäßig österreichische Truppen standen; diese schienen in ihrer Sicherheit gefährdet und durch die Einstellung der Lebensmittellieferungen, auf die sie Anspruch hatten, bedroht; das plötzliche Erscheinen einer stärkeren Heeresabteilung unter dem Fürsten Liechtenstein schüchterte indes die Patrioten so sehr ein, daß kein längeres Verweilen desselben nötig war und er schon am 15. Juli den Rückmarsch antrat. Ernstlichere Absichten hatte Baron von Welden, der am 2. August in die Romagna eindrang und sich in Bologna festsetzte. Am 8. brach jedoch ein Aufstand aus, bei dem drei österreichische Offiziere ermordet wurden; eine vierstündige Beschießung der Stadt blieb erfolglos; von allen Seiten strömte das Landvolk herbei und vereinigte sich mit den Bürgern zum Angriff; zu schwach um Stand zuhalten und wohl auch durch

Rom.

Einmarsch der Österreicher.

Aufstand in Bologna.

Englands und Frankreichs drohenden Einspruch bewogen, zog sich Welden am 15. August wieder über die Grenze zurück. Die Nachwirkung dieser Vorfälle gab sich aber in einer rechtlosen Pöbelherrschaft kund, die zu unterdrücken der päpstlichen Regierung sehr schwer wurde. Die leitende Kraft des Ministeriums war seit dem 1. August, wo Graf Mamiani sich zurückgezogen hatte, der ehemalige französische Gesandte in Rom, Graf Rossi, ein Mann, der trotz seiner Beteiligung am Aufstande von 1831 den Radikalen als vormaliger Diener Ludwig Philipps und Freund Guizots äußerst verdächtig war. Daß er die Kammer, welche zur Kriegserklärung gegen Österreich drängte, bis zum 15. November vertagte, machte ihn nur noch anrüchiger und ein teilweiser Wechsel des Ministeriums, der ihn am 16. September an die Spitze desselben brachte, stellte ihn vollends auf den ausgesetztesten Posten. Unter den römischen Radikalen waren die lautesten und ehrgeizigsten Karl Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, und Sterbini, der Herausgeber der einflußreichsten Zeitung. In der Kammer hatten sie keine hervorragende Stellung zu erringen vermocht, um so unbestrittener war ihre Herrschaft in den Klubs; daß sie sich untereinander haßten und anfeindeten, that dem keinen Eintrag. Ihr Ziel war die Begründung eines ähnlichen Parteiregimentes, wie es in Toskana und zeitweilig auch in Genua und Bologna herrschte. Niemand stand ihnen dabei mehr im Wege als Rossi; sein ebenso entschlossener Amtsgenosse Zucchi, den die Revolution aus dem Gefängnis befreit hatte, in dem er seit 1831 schmachtete, war in der Romagna um dort die Ruhe aufrecht zu erhalten und insbesondere Garibaldis Entfernung nach Venedig zu bewirken; er war den Römern also zunächst nicht beschwerlich. Rossi aber mußte beseitigt werden, und dazu war den Radikalen jedes Mittel recht, auch der Dolch. Als der Minister am 15. November 1848 die Kammer mit einer verheißungsvollen Rede eröffnen wollte, ward er beim Eintritt inmitten einer Pöbelmenge meuchlerisch niedergestochen. Sofort begannen nun die Wühler ihr Geschäft und niemand leistete ihnen Widerstand; das Ministerium war so gut wie aufgelöst, die Kammer verwarf unter dem einschüchternden Lärm der Tribünen den schon gefaßten Beschluß dem Papste ihre Ergebenheit zu erklären. Dieser erfuhr am 16. im Quirinal eine förmliche Belagerung; etwa 100 Mann hatte er zu seiner Verteidigung, zu Tausenden aber drängte das Volk gegen die geschlossenen Thore. Die Blitze des Himmels, die er verzweifelt herbeirief, blieben aus, und wenn bisher noch wenig Blut geflossen war, so konnte das Gemetzel doch jeden Augenblick beginnen. Da entschloß sich denn Pius nach Einbruch der Nacht zu weichen; aber ehe er es that, erklärte er feierlich den fremden Gesandten, daß alle Zugeständnisse, die er machen werde, unverbindlich, null und nichtig seien; dann genehmigte er die Bildung eines radikalen Ministeriums, in dem Galletti, Sterbini und Mamiani die bekanntesten Namen waren. Entschlossen sich der Gefahr, in der er schwebte, sobald wie möglich zu entziehen, ließ er durch den französischen Gesandten ein Hilfegesuch an

Ministerium Rossi.

Die Radikalen.

Ermordung Rossis.

Belagerung des Quirinals.

Flucht des Papstes.

Cavaignac richten; dieser entsandte sofort den Herrn von Courcelles mit großen Vollmachten und gab Befehl 3500 Mann nach Cività vecchia einzuschiffen; allein Pius wartete ihre Ankunft nicht ab: da er im September schon einmal ohne Erfolg ein Bittschreiben an Cavaignac gesandt hatte, war sein Vertrauen auf französische Hilfe völlig geschwunden. Im Geleite des bayrischen Gesandten Grafen Spaur, der zum Schein eine Geschäftsreise nach Neapel antrat, entfloh er am 24. November, als dessen Hausgeistlicher verkleidet, nach der neapolitanischen Festung Gaeta; Spaur eilte weiter nach Neapel und kehrte von dort mit dem Königspaar zurück, das den Flüchtling demütig begrüßte und ihm mit Freuden die Festung als Zufluchtsort anbot.

Neapel. Damit war Pius unwiderruflich in das Lager der Reaktion übergetreten, als deren erfolgreichster Vorkämpfer unter den italienischen Fürsten Ferdinand von Neapel gelten durfte. In seinem festländischen Königreiche konnte er seit dem 15. Mai wieder mit voller Sicherheit auftreten; in Kalabrien kam es zwar mit sizilianischer Hilfe noch zu einem Aufstande, aber er wurde schnell erstickt; die neuen Kammern, die am 1. Juli zusammentraten, legten wohl ihr Fürwort für den Krieg gegen Österreich ein und waren einer Verständigung mit Sizilien geneigt, aber der König kümmerte sich einfach nicht um sie, die Minister begegneten ihnen mit Spott und Verachtung; als die Wiedereroberung Siziliens genügend vorbereitet und die Armee glücklich auf der Insel gelandet war, mußten die Kammern am 5. September auf ein Vierteljahr nach Hause gehen um durch ihr Dreinreden der Regierung nicht Sizilien. lästig zu fallen. Auch in Sizilien ließ sich alles für Ferdinand günstig an. Die konstitnierende Versammlung, welche seit dem 25. März in Palermo tagte und am 13. April die Absetzung der Bourbonen beschlossen hatte, war erst, nachdem sie die Verfassung von 1812 umgearbeitet hatte, zur Königswahl geschritten und hatte in der Nacht zum 11. Juli 1848 den zweiten Sohn des Königs von Sardinien, den Wahl des Herzogs von Genua zum König. Herzog von Genua, erkoren. Allein die Schlacht bei Custozza bewog den König und den Prinzen am 27. August die angebotene Krone abzulehnen. Ferdinand hatte währenddessen eifrig gerüstet, entschlossen den neuen König, wenn er annehme, nachdrücklich zu bekämpfen und in jedem Falle die Wiedereroberung der Insel zu versuchen. Am 3. September setzte General Filangieri, Fürst von Satriano, ein alter Soldat Napoleons und Murats, der, seit Jahrzehnten aus Mißtrauen beiseitegeschoben, jetzt als bewährter Militär herangezogen war, nach Messina über und eröffnete ein fünftägiges Bombardement gegen die unglückliche Stadt, das auch dann nicht aufhörte, als die sizilianischen Fahnen eingezogen und die Kanonen der Verteidiger verstummt waren. Es war ein Trümmerhaufe, in den der General des Bombenkönigs (Re Bomba), wie Ferdinand fortan von seinen Feinden benannt wurde, am 7. September 1848 einzog; drei Tage lang fraßen die Flammen noch in den verödeten Straßen; der angerichtete Schaden wurde auf mehr als 20 Millionen

Bombardement von Messina.

Mark geschätzt. Was Filangieri durch dieses barbarische Auftreten erreichen wollte, war die Einschüchterung der Sizilianer; was er wirklich erreichte, war das Einschreiten der französischen und englischen Flotte. Gegenüber dieser unerhörten „Verletzung der heiligen Gesetze der Menschlichkeit" erklärte zuerst der Admiral Baudin die Neutralität nicht mehr bewahren zu können, sondern die Einstellung der Feindseligkeiten erzwingen zu müssen; der Engländer Parker war damit einverstanden und der Entschluß der Admirale wurde nachträglich auch von den heimischen Regierungen gutgeheißen. Die Neapolitaner mußten ihr Vorrücken einstellen; der nordwestliche Teil der Insel blieb in ihrer Gewalt und das zunächst daranstoßende Gebiet wurde für neutral erklärt; die so geschaffene Waffenruhe gedachten die Westmächte zu benutzen um durch die Erhebung eines der Söhne Ferdinands auf den sizilianischen Thron einen Ausgleich anzubahnen. Da mit dieser Lösung aber keinem der beiden Teile gedient war, so verstrichen Monate in ergebnislosen Verhandlungen, bis gegen Ende März 1849 die Feindseligkeiten wieder begonnen wurden.

Einmischung der Westmächte.

Waffenruhe.

So waren also um die Jahreswende die Zustände Italiens fast überall unfertig und verworren. Um eine friedliche Lösung herbeizuführen schienen sich drei Wege zu bieten; entweder ein Schiedsspruch Europas, wie er von dem in Brüssel beabsichtigten Kongresse gefällt werden konnte; oder eine Verständigung der italienischen Fürsten, oder das Machtwort eines konstituierenden italienischen Parlamentes. Der Kongreß zerschlug sich, wie oben erzählt wurde; die beiden anderen Wege wurden von dem sardinischen Ministerium, das Gioberti am 16. Dezember 1848 bildete, gleichzeitig verfolgt. Es suchte einerseits mit dem Papste Fühlung zu gewinnen und ihn zur Aussöhnung mit den Römern zu bewegen, wünschte auch den Großherzog von Toskana von der Herrschaft der Radikalen zu befreien und sich Ferdinand von Neapel zu nähern; es ging aber andererseits auch auf den Gedanken Montanellis ein und erklärte sich für ein Nationalparlament. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß dieses Einverständnis nur ein Trugbild sei. Gioberti wollte und konnte einem solchen Parlamente keineswegs das Recht einräumen, die Fürsten zu beseitigen und die Republik zu beschließen; gerade das aber wollte man in Rom und Florenz und wünschte dabei nicht einmal den Beitritt Sardiniens und Neapels, weil man sicher war von dort eine Mehrzahl monarchisch gesinnter Abgeordneter zu erhalten; man wollte viel lieber eine Konstituante bloß für Mittelitalien berufen. Einzig die Furcht vor einem österreichischen oder auch (im Kirchenstaate wenigstens) spanischen und neapolitanischen Angriff bewog die Machthaber an Tiber und Arno mit Gioberti nicht völlig zu brechen. Eifrig bemühte sich dieser einen Ausweg zu finden um den Papst wieder nach Rom zurückzuführen; er hoffte eine Zeitlang, die römische Konstituante, die Anfang Februar 1849 zusammentrat, werde den Geflohenen feierlich zurückrufen; aber davon war in dieser radikalen Körperschaft nicht die Rede und der Papst würde einem solchen Rufe nicht haben folgen können, da er die Versammlung

Giobertis Pläne.

Die römische Konstituante.

schon vor ihrer Wahl mit seinem Fluche belegt hatte. Als sie nun wirklich eröffnet wurde, riet ihm das Kardinalskollegium am 7. Februar 1849 sich an Österreich, Frankreich, Spanien und Neapel mit der Bitte um bewaffnete Einmischung zu wenden; fast gleichzeitig aber, am 9. Februar, erklärte die Konstituante die weltliche Herrschaft des Papstes für erloschen und die glorreiche römische Republik für wiederhergestellt. So war Gioberti von beiden Seiten zurückgestoßen und damit schon in seiner Stellung schwer erschüttert. Zu allem Überfluß ging es ihm in Florenz ebenso. Dem Großherzog war seine Lage Ende Januar so unerträglich geworden, daß er nach Siena entwich, wo seine Familie schon länger weilte. Aber auch hier ließ ihm das radikale Ministerium keine Ruhe; Montanelli eilte ihm nach um seine Unterschrift für die Berufung der mittelitalienischen Konstituante zu erzwingen. Entschlossen diese zu verweigern floh Leopold am 7. Februar in die Hafenstadt Santo Stefano und rief von hier Giobertis Hilfe gegen den florentinischen Pöbel an, der auf die Nachricht von seiner Flucht ein republikanisches Triumvirat, Guerazzi, Montanelli und den Arzt Mazzoni, eingesetzt hatte. Voller Freude eilte der piemontesische Minister diesem Wunsche nachzukommen und vereinbarte seinen Einmarsch mit dem toskanischen General Laugier, der mit ein paar tausend Mann bei Massa stand und Leopold die Treue bewahrte. Aber ehe das Unternehmen begonnen werden konnte, liefen Laugiers Truppen auseinander; Leopold nahm, durch österreichische und päpstliche Drohungen eingeschüchtert, sein Hilfegesuch am 18. Februar zurück und verließ sein Großherzogtum. Damit war Giobertis Stellung erschüttert; er selbst wollte zwar die betretene Bahn weiter verfolgen und trotz allem in Toskana einrücken, aber der König und die meisten Minister ließen ihn im Stich: am 21. Februar erhielt er seine Entlassung.

Römische Republik.

Flucht des Großherzogs von Toskana.

Republik in Toskana.

Giobertis Rücktritt.

Bei seiner kriegerischen Politik aber beharrte Sardinien trotzdem, nur richtete sie sich jetzt unmittelbar gegen Österreich. Karl Albert hatte das Verfahren Giobertis immer als einen Umweg betrachtet und hätte am liebsten sofort den Waffenstillstand aufgekündigt. Die Kammer, die seit dem 1. Februar 1849 an die Stelle der früheren gemäßigt-liberalen und deshalb von Gioberti am 30. Dezember aufgelösten getreten war, teilte ganz diese Gesinnung und begrüßte die Eröffnungsrede, in welcher der Monarch sich als den erwählten König von Oberitalien bezeichnete, mit einer zustimmenden Adresse. England und Frankreich ließen es freilich nicht an Abmahnungen fehlen, aber wie die Dinge lagen, mußte Karl Albert um jeden Preis noch einmal das Glück der Waffen versuchen. Für den 20. März mittags 12 Uhr kündigte er den Waffenstillstand auf. Den Oberbefehl über das sardinische Heer, das mit etwa 85000 Mann ins Feld zog, führte der Pole Chrzanowski. Die Hauptmasse desselben, die in zwei Schlachtlinien hintereinander von Mortara bis Novara aufgestellt war, sollte bei Buffalora den Tessin überschreiten und gegen Mailand vorrücken. Auf ernstlichen Widerstand fürchtete man dabei

Kriegslust in Sardinien.

Kündigung des Waffenstillstandes.

nicht zu stoßen, denn allgemein verbreitet und von Radetzky sorgfältig genährt war der Glaube, daß die Österreicher, die kaum 70 000 Mann zählten, sich wieder bis an den Mincio zurückziehen würden. In der That hinderte auch niemand die Piemontesen am Mittag des 20. die Buffalorabrücke zu überschreiten; aber fast ebensowenig Widerstand fanden die Österreicher, als sie um dieselbe Stunde einige Meilen südlich davon nahe bei Pavia über den Fluß und somit in die rechte Flanke des Feindes vordrangen. Daß dies geschehen konnte, war nicht Chrzanowskis Schuld. Er hatte den General Ramorino, der am rechten Pouser südlich von der Tessinmündung stand, schon am 18. März beauftragt auf das linke Ufer überzutreten und Pavia zu beobachten; dieser Befehl war vernachlässigt und Ramorino büßte dafür durch kriegsgerichtlichen Spruch. Aber der Schaden ließ sich nicht wieder gut machen. Er beschränkte sich nicht darauf, daß Ramorinos Truppen jetzt für das Hauptheer verloren waren; schlimmer war es, daß die Österreicher nun die Flanke der Piemontesen bedrohten. Natürlich wurden die Truppen, die schon über den Fluß hinüber waren, schleunigst zurückgezogen und Befehl erteilt sich auf der Linie Mortara-Vigevano zu konzentrieren. Zunächst aber standen bei den genannten Orten nur die Korps, welche die rechten Flügel der beiden sardinischen Heeresabteilungen bildeten, und gegen beide, die Division Bes in Vigevano und die Division Durando in Mortara, rückten am 21. die Österreicher von Süden heran. Bes verteidigte seine Stellung den ganzen Tag über erfolgreich gegen Wratislaw; Durando hingegen, der erst beim Dunkelwerden angegriffen wurde, mußte vor dem doppelt starken d'Aspre erst in die Stadt und dann aus der Stadt zurückweichen, wobei gegen 2000 Piemontesen abgeschnitten wurden. Der nächtliche Kampf in den engen Straßen hatte die Geschlagenen arg entmutigt und Chrzanowski, der mit 30 000 Mann anderthalb Meilen davon stand, durch seine Unthätigkeit seine Unfähigkeit traurig bewiesen. Für den 22. blieb nichts übrig, als die beiden rechten Flügel nordwärts auf die Centren zurückzuziehen und bei Novara eine neue Aufstellung mit der Front nach Süden zu nehmen. Diese Bewegungen wurden glücklich vollzogen, und am 23. März früh standen über 50 000 Mann zur Abwehr bei Novara bereit. Radetzky hatte vermutet, der Feind werde sich westwärts zum Schutz von Turin zurückziehen, und hatte deshalb die Divisionen Thurn und Wratislaw die Straße nach Vercelli einschlagen lassen; nur d'Aspre, bei dem sich Erzherzog Albrecht und Oberst Benedek befanden, rückte gegen Novara vor. Zu seinem Erstaunen fand er vor der Stadt die ganze feindliche Armee aufgestellt, im Centrum bei Bicocca die Division Bes, westlich davon Durando, östlich die Altpiemontesen unter Perrone, als Reserve die Divisionen der Herzöge von Savoyen und Genua, der Söhne Karl Alberts. Sofort ging Meldung davon an Radetzky, Thurn und Wratislaw ab, aber trotz seiner Minderzahl zögerte d'Aspre nicht, Bicocca anzugreifen. Von 12 bis 3 Uhr war seine Lage äußerst bedenklich, allein als Radetzky mit Verstärkungen von Süden

Beginn des Krieges.

Schlacht bei Novara.

eintraf, änderte sich der Gang der Schlacht. Gleichwohl hielten sich die Piemontesen noch tapfer, und erst als hinter ihrem rechten Flügel Thurn erschien und auch in der Front die Österreicher immer stärker wurden, gerieten sie ins Wanken. Um 6 Uhr befahl Radetzky einen Angriff auf der ganzen Linie; seiner überlegenen Artillerie hielt der Feind nicht stand, er zog sich auf und in die Stadt zurück; Karl Albert, der sichtlich den Tod suchte, konnte nur mit Mühe von Bicocca weggebracht werden. Novara selbst noch anzugreifen durfte Radetzky bei der Dunkelheit und dem strömenden Regen seinen ermatteten Truppen nicht mehr zumuten, aber der Feldzug war auch ohnedies entschieden. Die fürchterliche Verwirrung, die in seinem Heere herrschte, zeigte dem sardinischen Könige, daß alles verloren sei. Er schickte deshalb den Minister Cadorna und den General Cossato ins feindliche Hauptquartier um einen Waffenstillstand zu verhandeln. Nur mit dem letzteren ließ sich der österreichische Generalstabschef von Heß ein; er sprach dabei von dem Könige wie von einem Wortbrüchigen, mit dem man kaum einen Vertrag schließen könne, ohne daß er Bürgschaften gebe, etwa den Thronfolger als Geisel stelle.

Karl Alberts Abdankung.

Unverrichteter Dinge kehrte Cossato zurück. Nun reifte in Karl Albert der längst genährte Entschluß: er wollte durch ein persönliches Opfer günstigere Bedingungen für sein Land und Haus erwirken. In später Stunde berief er seine Söhne, Cadorna und mehrere Offiziere zu sich und legte die Krone zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel nieder.

König Viktor Emanuel.

Wenige Stunden darauf fuhr er nach Vercelli ab, wurde von Thurn, unter dessen Vorposten er geriet, unerkannt wieder entlassen, und eilte dann, so schnell er konnte, durch Frankreich und Spanien nach Oporto, wo er am 19. April krank anlangte. Die wenigen Monate, die ihm

Karl Alberts Tod.

noch beschieden waren — er starb schon am 26. Juli —, gewährten ihm mindestens noch den Trost zu sehen, daß sein Volk den Entschluß, den er gefaßt, im richtigen Lichte betrachtete. Es wurden ihm von allen Seiten Beweise der Liebe und Teilnahme entgegengetragen und die Anklagen der Verräterei, mit denen er seit der Schlacht bei Custozza von den Mazzinisten gemartert war, verstummten. Man gewöhnte sich ihn als ein Opfer der nationalen Sache anzusehen und in dem redlichen Willen und der uneigennützigen Selbstverleugnung, die er in dem letzten schweren Jahre seines Königtums bewiesen, ein volles Gegengewicht gegen die Schwächen seiner politischen und militärischen Befähigung zu erkennen. Er war gefallen bei einem Wagnis, dem er nicht gewachsen war; aber das Banner, das er trug, hatte er nicht sinken lassen, sondern zerfetzt aber unbefleckt seinem Nachfolger übergeben.

Waffenstillstand.

Dieser erhielt am Morgen des 24. März in einer Zusammenkunft mit Radetzky auf einem Gehöfte bei Novara den erbetenen Waffenstillstand. Die piemontesische Armee mußte auf Friedensfuß gesetzt, das Land bis zur Sesia und die Festung Alessandria den Österreichern als Friedenspfand übergeben werden. Die weiteren Verhandlungen wurden in Mailand gepflogen; man ließ den jungen König bessere Bedingungen hoffen,

wenn er die Verfassung ändern und sich der österreichischen Politik anschließen wolle; er lehnte das ab. In sein Ministerium berief er Massimo d'Azeglio als Präsidenten und für das Äußere, Gioberti, Pinelli, Lamarmora, den Bankier Nigra; der liberale und nationale Charakter seiner Politik war durch diese Namen zur Genüge gekennzeichnet. Trotzdem fielen die Friedensbedingungen unter der Einwirkung der Westmächte und der schlimmen Lage in Ungarn noch leidlich aus; die alten Besitzverhältnisse wurden wiederhergestellt und Piemont kam mit 75 Millionen Franken Kriegsentschädigung billig genug davon. Trotzdem verweigerte die piemontesische Kammer, die zwar nach dem Thronwechsel neu gewählt war, aber so ziemlich aus den alten Mitgliedern bestand, dem Frieden vom 6. August die Genehmigung; sie forderte, was die Minister vergeblich zu erreichen gesucht hatten, daß Österreich den lombardischen Flüchtlingen Verzeihung gewähre. Es blieb nichts übrig, als die Kammer gleich wieder aufzulösen: es war die sechste Wahl seit dem Ausbruch der Revolution. Der König selbst trat für den Frieden ein, indem er am 20. November von seinem Schlosse Moncalieri eine Ansprache an die Nation richtete, die, wie Cavour später meinte, das Land rettete. Die im Dezember gewählten Volksvertreter gehörten in ihrer großer Mehrheit der gemäßigten Partei an; sie genehmigten den Friedensvertrag, und gestützt auf sie begann das Ministerium jene Politik der Sammlung und Kräftigung, die bald in dem Grafen Cavour ihren glänzenden Vertreter finden sollte.

Friedensschluß.

Proklamation von Moncalieri.

In allen übrigen Staaten Italiens begann mit der plötzlichen Niederlage Sardiniens die Reaktion. Furchtbar hart mußten die unglücklichen Lombarden büßen, welche die Kriegführung Karl Alberts durch eine Erhebung im Rücken der Österreicher hatten unterstützen wollen. Glücklicherweise ließ der schnelle Verlauf des Krieges derartige Pläne nur vereinzelt zur Ausführung reifen. Am gefährlichsten wurde die Empörung von Brescia. Die Österreicher mußten am 22. März die Stadt räumen und Truppen von Verona herbeirufen um sie wieder zu nehmen. General Haynau, „Einhau" von den Soldaten genannt, war es, dem diese Aufgabe zufiel. Am 31. stürmte er die Thore und die Barrikaden in den Straßen und verhängte ein schaudervolles Strafgericht über die Besiegten. Die Masse der Todesurteile, die sofort vollstreckt wurden, die barbarischen Strafen, die er selbst an Weibern vollziehen ließ, die unglaublichen Geldsummen, die er der Stadt und der Landschaft auspreßte, machten die „Hyäne von Brescia" zum Abscheu von ganz Europa. In Wien aber ward er ein gefeierter Mann; man übertrug ihm zunächst die Belagerung Venedigs und bald nachher den wichtigsten aller Posten, den Oberbefehl in Ungarn. Vor Venedig konnte er seine Aufgabe noch nicht beenden. Von Manins feurigem Geiste beseelt, leistete die Lagunenstadt heldenmütigen Widerstand; auch als der Fall des Forts Malghera am 26. Mai den Anfang des Endes ankündigte, sank ihr Mut nicht so sehr, daß nicht die Nachrichten von Kossuths Erfolgen ihn

Reaktion in der Lombardei.

Haynau in Brescia.

Venedigs Fall.

wieder befestigt hätten. Solange die Ungarn noch das Feld behaupteten, boten auch die Venetianer den Bomben der Feinde, der Hungersnot und der Cholera Trotz; erst bei der Kunde von Vilagos verzichteten die Führer auf längeren Widerstand; am 22. August schlossen sie einen Vertrag, der ihnen freien Abzug gewährte und dies letzte Bollwerk der italienischen Unabhängigkeit in die Hände der Österreicher zurücklieferte.

Bezwingung Siziliens.

Viel früher hatte die anderen Landschaften der Halbinsel ihr Schicksal erreicht. Ohne fremde Hilfe machte sich Ferdinand wieder zum Herrn von Sizilien. Die äußersten Zugeständnisse, welche er unter dem Drucke der englisch-französischen Vermittlung am 28. Februar 1849 der Insel bot, waren eine gesonderte Verfassung und Verwaltung. Die Antwort der Patrioten bestand in der Aufkündigung des Waffenstillstandes am 29. März. An die Spitze der gesammelten Streitkräfte wurde der Pole Mieroslawski berufen; mit ein paar tausend Mann eröffnete er die Feindseligkeiten im Süden von Messina, von wo Filangieri mit 13 000 Mann gegen ihn ausrückte. Ein entscheidendes Übergewicht verlieh den Neapolitanern der Besitz ihrer Flotte; unbehindert konnte diese am 2. April südlich von Mieroslawskis Stellung bei Taormina landen und ihm dadurch den Weg längs der Küste nach Catania verlegen. Sobald dies geschehen war, griff die Hauptmacht von Norden die Stadt Taormina an und erstürmte sie. Mieroslawski blieb kein anderer Weg nach Catania als der 15 Meilen lange um den Ätna herum; während er diesen in Eilmärschen zurücklegte, rückte Filangieri auf der sechs Meilen langen Küstenstraße ebendorthin, begierig den Wechsel einzulösen, den Radetzky, wie Ferdinand ihm schrieb, soeben bei Novara auf ihn gezogen habe. Am Karfreitag, dem 6. April, erfolgte der Angriff, den die Flotte unterstützte. Mieroslawski war seinen Truppen vorausgeeilt und leitete die Verteidigung mit großer Tapferkeit, bis er schwer verwundet fortgetragen werden mußte. Den letzten entscheidenden Sturm und die Eroberung der Barrikaden unternahmen die schweizerischen Söldner des Königs; bis tief in die Nacht schlugen sie sich in den Straßen herum und ließen dann dem Kampfe noch die Plünderung folgen. Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten beschloß das Parlament in Palermo am 14. April, die aufs neue angebotene Vermittlung Frankreichs anzunehmen; ein neues Ministerium ward gebildet, das am 17. die Versammlung auflöste, und alles schien sich danach anzulassen, daß Filangieri, der langsam gegen Palermo vorrückte, ohne Kampf würde einziehen können. Zwar gelang es den Freiheitsfreunden, besonders dem vorigen Kriegsminister La Farina, am 20. das Ministerium der Unterwerfung wieder zu stürzen; aber das war nur ein kurzer Umschwung, auch der greise Ruggiero Settimo erachtete weiteren Widerstand für nutzlos und legte seine Regierungsgewalt in die Hände des Stadtrates von Palermo nieder. Während sich nun alle an dem Aufstande schwer Beteiligten ins Ausland retteten, Ruggiero Settimo nach Malta, La Farina nach Piemont, andere nach Frankreich, schloß Filangieri am

Mieroslawski.

Erstürmung von Taormina.

von Catania.

Französische Vermittlung.

R. Settimos Abdankung.

11. Mai mit dem Stadtrat den Vertrag der Übergabe. Von den Bedingungen, die Ferdinand Frankreich gegenüber zugesagt hatte, war nicht mehr die Rede. Filangieri verkündigte wohl am 22. Mai, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller alleredelsten und großmütigsten Tugenden, beschlossen habe den teuersten Edelstein seiner Krone, seinen Erstgeborenen, einen Engel an Verdienst und Tugend, als seinen Stellvertreter auf die Insel zu senden; aber selbst das geschah nicht, sondern Filangieri blieb bis 1855 Statthalter. Eine ausgedehnte Entwaffnung der Bevölkerung, ein strenger Belagerungszustand, die schleunige Wiedereinführung alter und neuer Steuern waren die begreiflichen Folgen der geänderten Lage. Englands Ermahnung der Insel die versprochene Sonderverfassung zu geben wies Ferdinand unter Berufung auf seine Souveränität unumwunden zurück; nicht mit den Waffen, sondern mit den Knieen vor dem Bilde der Mutter Gottes rühmte er sich sein Sizilien wieder erobert zu haben; was Wunder, wenn er keiner fremden Macht auch nur die geringste Einmischung in seine Angelegenheiten zu gestatten entschlossen war.

Übergabe von Palermo.

Filangieris Statthalterschaft.

Wirklich ohne Waffengewalt hätte der Großherzog von Toskana in sein Land zurückkehren können. Nach der Schlacht bei Novara ermannten sich die Gemäßigten in Florenz zu einem Aufstande gegen Guerazzi und seine Pöbelbanden. Am 12. April errangen sie den Sieg und übertrugen die Regierung bis zur Rückkehr des Fürsten an Gino Capponi, die Brüder Ricasoli und andere gemäßigte Männer; eine Abordnung lud den Großherzog in Gaeta zur Rückkehr ein. Aber Leopold war durch die Erfahrungen der letzten Monate ängstlich geworden. Er wußte, daß man in Wien seine Verhandlungen mit Piemont ihm sehr verübelt hatte und mit dem Gedanken umging ihn zur Abdankung zu Gunsten seines 14jährigen Sohnes zu zwingen. Nur durch große Willfährigkeit glaubte er das abwenden zu können; er ließ es deshalb geschehen, daß die Österreicher unter d'Aspre am 6. Mai die Grenze überschritten, am 11. Livorno, wo die Radikalen noch das Ruder führten, mit Gewalt besetzten und vierzehn Tage später in das vollkommen ruhige Florenz einzogen. Erst am 27. Juli 1849 kehrte er selbst zurück.

Sieg der Gemäßigten in Toskana.

Einmarsch der Österreicher.

Rückkehr Leopolds.

Noch länger blieb der Papst seiner Hauptstadt fern. Das Hilfegesuch, welches er am 18. Februar 1849 an Frankreich, Österreich, Spanien und Neapel richtete, wurde freilich von allen diesen Mächten erhört; aber die Art, wie es erfüllt wurde, entsprach wenig den Wünschen des Papstes. Zwischen Frankreich und Österreich bildete sich ein scharfer Gegensatz heraus; in Wien hätte man am liebsten alle liberalen Einrichtungen, die das letzte Jahr dem Kirchenstaat gebracht, über den Haufen geworfen; in Paris wünschte man sie möglichst zu retten und empfahl deshalb den republikanischen Machthabern die gutwillige Rückberufung des Papstes. Ein Abgesandter des Präsidenten Napoleon, Mercier, erschien zu dem Zweck im März an der Tiber und verhandelte mit den drei Männern, die von der Konstituante als Triumvirn an die

Der Kirchenstaat.

Französische Vermittlung.

Spitze gestellt waren, Armellini, Saliceti und Montecchi. Aber seine Bemühungen waren vergeblich. Statt zur Versöhnung zu neigen, wurde die Stimmung in Rom durch die Niederlage Karl Alberts nur noch erbitterter; aus dem Triumvirate wurden Saliceti und Montecchi durch Mazzini und Aurelio Saffi verdrängt, und Mazzinis Einfluß war fortan der maßgebende. Nur durch Gewalt war also die Rückkehr des Papstes herbeizuführen, und da die anderen Mächte dazu entschlossen waren, schien es der französischen Regierung durch die Klugheit geboten ihnen zuvorzukommen. Ganz unerwartet forderte Napoleon am 16. April von der Kammer die Mittel zu einer Expedition nach Rom, und schon am 24. landete Oudinot mit 7000 Mann bei Cività vecchia. Auch jetzt noch hoffte man in Paris ohne Kampf einen Ausgleich zwischen dem Papst und den Römern bewirken zu können; die republikanischen Truppen in der Hafenstadt wurden nicht als Feinde, sondern als Bundesgenossen behandelt und in Rom machte Oudinot den Vorschlag ihn als Freund einrücken zu lassen. Aber sowenig wie der Papst Napoleons Wunsch eine versöhnliche Ansprache zu erlassen erfüllte, ebensowenig waren die Römer zur Nachgiebigkeit bereit. Unter ihnen spielte jetzt die erste Rolle neben Mazzini Giuseppe Garibaldi. 1807 in Nizza geboren hatte er auf den Wogen des Meeres als Kapitän einer kleinen Barke allen Gefahren trotzen gelernt, war seit dem Savoyerzuge von 1834 als Flüchtling in Europa und Amerika herumgestreift, hatte in Uruguay sich Erfahrungen im Kleinkrieg gesammelt und glänzende Proben persönlichen Mutes gegeben, und war seit dem August in Italien überall zu finden gewesen, wo man seinen Arm und seine Begeisterung gebrauchen konnte. Uneigennützig und aufopferungsfähig wie kein Zweiter, schwärmerisch hingerissen von dem Gedanken des ewigen Rom und der Erneuerung seiner republikanischen Herrlichkeit, ohne Berechnung und unberechenbar, ohne Falsch und ohne Furcht, erfüllte er Besatzung und Bevölkerung mit einer Widerstandskraft und einem Kampfeseifer, die Mazzini dann vollends mit seiner prophetischen Begeisterung und seinen pomphaften Aufrufen, in denen er Rom als die Fürstin einer neuen Welteinheit feierte, zu dem selbstgefälligen Traume einer eingebildeten Unbesiegbarkeit steigerte. Und der erste Angriff Oudinots am 30. April 1849 schien den beiden recht zu geben; denn er wurde glänzend zurückgeschlagen, und dieser Sieg erhöhte die Zuversicht umsomehr, als die französische Volksvertretung das feindliche Auftreten gegen Rom am 7. Mai mißbilligte und Herr von Lesseps abgesandt wurde um eine Verständigung mit den Triumvirn zu versuchen. Während infolgedessen die Waffen vor den Thoren der Stadt ruhten, drangen von Süden her die Neapolitaner, von Norden die Österreicher in den Kirchenstaat ein. König Ferdinand fand aber keineswegs jene Mehrung der sizilischen Lorbeeren, auf die er gehofft hatte; sein Feldzug begann am 29. April damit, daß General Lanza mit 10 000 Mann die Grenze überschritt, und endete drei Wochen später mit der fluchtartigen Rückkehr auf den heimischen Boden; zwei

Mazzinis Herrschaft.

Französische Expedition.

Garibaldi.

Angriffe auf Rom.

Die Neapolitaner.

Treffen, bei Paleſtrina am 9. und bei Velletri am 19. Mai, brachen den Angriffsmut der Neapolitaner und erfüllten den gemeinen Mann mit einem unbehaglichen Schauer vor Garibaldi, der durch Satanskunſt gegen alle Kugeln gefeit zu ſein ſchien. Den Franzoſen war die Niederlage Ferdinands gar nicht unlieb: ſie ſollen zwar weiterhin Belagerungsgeſchütze von ihm angenommen haben, aber die erneute Verwendung ſeiner Truppen verbaten ſie ſich ernſtlich; auch den Spaniern, die Mitte Juni, etwa 8000 Mann ſtark, bei Terracina landeten, verweigerten ſie die Erlaubnis gemeinſam mit ihnen in den Kampf einzugreifen. Die öſterreichiſchen Truppen unter Wimpffen kamen mit der franzöſiſchen Armee in keine Berührung; nach achttägiger Belagerung und Beſchießung nahmen ſie am 18. Mai Bologna und rückten dann durch die Romagna in die Marken ein, wo ihnen beſonders Ancona zu ſchaffen machte; erſt am 13. Juni übergab die Beſatzung dieſe Stadt, bedang ſich aber freien Abzug aus und verſtärkte die Reihen der Verteidiger Roms; den Öſterreichern war es ganz recht, wenn ſo den Franzoſen ihre Aufgabe erſchwert wurde. Leſſeps war mit ſeinen Verhandlungen nämlich zuletzt doch geſcheitert; er hatte in einer Abkunft vom 31. Mai auf die Beſetzung der Stadt durch Oudinot verzichtet und den franzöſiſchen Truppen nur die freie Bewegung im übrigen Lande ausbedungen, und das galt in Paris wie im Lager vor Rom für unannehmbar, ſodaß am 3. Juni die Feindſeligkeiten wieder begannen. Der Angriff richtete ſich gegen den alten Janiculus und ward mit einem Überfall der Villen vor dem Pancratiusthore, beſonders der Villa Pamfili, eröffnet. Nachdem ſich die Franzoſen hier eingeniſtet und Breſche geſchoſſen hatten, überfielen ſie am 21. Juni gegen Mitternacht die Mannſchaft, welche eine der drei gangbaren Mauerlücken verteidigen ſollte und gelangten faſt ohne Kampf in den Beſitz des wichtigen Punktes. Hinter der erſten war jedoch eine zweite Verteidigungslinie, die alte aurelianiſche Mauer, in Stand geſetzt und um dieſe wurde nun acht Tage hindurch ähnlich wie um die erſte gekämpft, bis in der Frühe des 30. Juni die Franzoſen auch dieſes Bollwerk erſtürmten. Jetzt konnte nur noch von einem Barrikadenkampf die Rede ſein und den zu verantworten, da die Ehre genugſam gewahrt und keine Hoffnung auf Erfolg vorhanden war, wagte auch Garibaldi nicht. Nach dem Abſchluß einer Waffenruhe ſetzte er am 1. Juli der Konſtituante die Sachlage auseinander, und dieſe beſchloß auf Antrag Cernuſchis ſich aufzulöſen und dem Stadtrat die Gewalt zu übergeben. Mazzini verkündigte am nächſten Tage vom Kapitol aus noch die eben vollendete republikaniſche Verfaſſung Roms und verließ dann die Stadt; Garibaldi ſammelte ſeine Getreuen, gegen 5000 Mann, und führte ſie in geordnetem Zuge nach Tivoli; ihm nach rückten die Franzoſen, von Süden her bedrängten ihn die Spanier und Neapolitaner, der einzige Ausweg war nach Norden. Aber auch hier harrte ſeiner der Feind, in Toskana wie in der Romagna ſtanden ja die Öſterreicher; immer mehr mußte ſich ſeine Schar zerſplittern um auf Bergwegen den Gegnern

Landung der Spanier.

Die Öſterreicher in Bologna und Ancona.

Die Franzoſen vor Rom.

Garibaldis Abzug.

auszuweichen. Mit einem kleinen Häuflein erreichte er bei Cesenatico das Meer und schiffte sich auf einigen Barken ein; doch österreichische Schiffe trieben ihn ans Land zurück und die Irrfahrt begann von neuem. Seine tapfere Frau Anita erlag den Mühsalen, Garibaldi selbst erreichte glücklich über Elba Genua; von da flüchtete er nach Marokko und endlich zum zweitenmal nach Amerika, wo er durch Arbeit in einer Seifenfabrik seinen Unterhalt erwarb.

Hartnäckigkeit des Papstes.

Dem Papste stand die Rückkehr jetzt frei, der Oberst Niel überbrachte ihm die Schlüssel der heiligen Stadt. Gleichwohl zog Pius es vor in Gaeta zu bleiben und später seinen Wohnsitz gar nach Portici zu verlegen. Die Kardinäle, welche er zur Übernahme der Regierung nach Rom schickte, waren zu keiner versöhnlichen Handlung, zu keiner liberalen Versprechung ermächtigt. Vergebens empfahl Napoleon eine großmütige Begnadigung und die Bestätigung der Verfassung von 1848; vergebens sandte er, um den französischen Republikanern zu zeigen, daß

Napoleons Brief an Ney.

es ihm ernst sei, den Obersten Edgar Ney nach Rom und schrieb ihm einen Brief vom 18. August, der in kräftigen Ausdrücken das reaktionäre Gebaren der Kardinalsregierung brandmarkte und einzelne Maßnahmen derselben geradezu für eine Beleidigung seiner Person erklärte. Er erreichte damit nichts; alles, was der Papst in einem Erlaß vom 12. September verhieß, war die Errichtung eines Staatsrates mit sehr beschränkten Befugnissen, dessen Mitglieder obendrein nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten; von der Begnadigung schloß er einige Tage später 283 Personen aus, während selbst Ferdinand in Sizilien nur 43 ausgenommen hatte. Der Papst wußte eben recht gut, daß Napoleon ihn nicht entbehren könne und daher auf seinen Forderungen nicht bestehen werde; er wußte, daß sein Fernbleiben von Rom, dieses Meiden des französischen Schutzes, dem Präsidenten je länger desto lästiger werden müsse, und so wartete er bis in den April 1850. Dann erst

Rückkehr des Papstes.

gab er den Vorstellungen der französischen Bischöfe nach und hielt am 12. April, nach einer Abwesenheit von beinahe 17 Monaten, seinen Einzug in die ungetreue Hauptstadt, in der Marschall Baraguay d'Hilliers ihn als französischer Gesandter und Befehlshaber des Expeditionskorps empfing.

Österreichs Einfluß in Italien.

Die Reaktion der nun folgenden Jahre stützte sich in ganz Italien mittelbar oder unmittelbar auf die Bajonette der Österreicher. Mit Parma und Modena wurden die militärischen Verträge von 1847 erneuert; in Toskana blieben die österreichischen Regimenter bis 1855, in

Toskana.

der Romagna gar bis zum Kriege von 1859. Großherzog Leopold bemühte sich eifrig in Wien volle Verzeihung zu erlangen und stattete im Sommer 1850 seinem kaiserlichen Vetter in diesem Sinne einen Besuch ab; der maßvolle und friedfertige Geist seiner Vorfahren lebte aber auch in ihm, und so waren die Zustände in Toskana trotz einzelner Aufsehen erregender Vorfälle immerhin erträglich, die Verwaltung des aufgeklärten Ministers Baldasseroni einsichtsvoll und redlich. Die Ver-

fassung freilich wurde zunächst stillschweigend beiseite geschoben, dann nach einem Gutachten, welches Schwarzenberg von den übrigen italienischen Regierungen einholte, im September 1850 auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt und endlich, am 6. Mai 1852, dem Jahrestag des österreichischen Einmarsches, endgültig aufgehoben. Der eifrigste Parteigänger der Reaktion war Herzog Karl III. von Parma, der durch Verzicht seines Vaters vom 14. März 1849 die Herrschaft erhalten hatte und sie im allerpersönlichsten Interesse ausnutzte. Seine Erpressungen und Freveltaten speicherten einen solchen Haß gegen ihn auf, daß er am 26. März 1854 vor seinem Schlosse inmitten vieler Zuschauer erdolcht werden konnte, ohne daß man des Mörders habhaft geworden wäre; allzueifrigen Nachspürern diente die Ermordung des Untersuchungsrichters als Warnung. Für den sechsjährigen Erben Robert übernahm seine Mutter Luise, eine Tochter des 1820 ermordeten Herzogs von Berry, die Regentschaft, und das Land stand sich gut bei dem Tausche. Einsichtsvoller und berechnender war Herzog Franz von Modena, der das Bündnis der reaktionären Staaten gern in eine dauernde Form gebracht hätte; wirtschaftlich vereinigte er sein Land 1851 durch einen Zollvertrag, dem auch Parma beitrat, ebenso eng mit Österreich, wie das politisch und militärisch schon durch den Vertrag von 1847 geschehen war, und arbeitete so, kinderlos wie er war, dem vertragsmäßigen Heimfall an Österreich vor. Eine verbreitete Meinung ging dahin, daß auch Parma und die Romagna bestimmt seien mit Lombardo-Venetien vereinigt zu werden, und aus Rücksicht auf diese Besorgnis war dem römischen Stuhle die Fortdauer der französischen Besatzung keineswegs unangenehm. Seine politische Stütze suchte er aber trotzdem nicht in Paris, sondern in Wien, während ihm von den italienischen Fürsten der König von Neapel fortwährend am nächsten stand. Dieser betrat die Bahn der Reaktion mit dem größten Wohlgefallen; die Verfassung förmlich aufzuheben schien nicht erforderlich; sie trat von selbst außer Kraft, seit die Kammern am 23. März 1849 nach Hause geschickt waren. Um sich der verhaßten Liberalen zu entledigen wurden ein paar gewaltige Prozesse angestrengt, bei denen die Regierung sich nicht scheute Zeugen zu erkaufen. Der eine richtete sich gegen die „Anstifter" des 15. Mai 1848, der andere gegen den italienischen Einheitsbund; beide endeten mit massenhaften Verurteilungen. Im September 1851 waren über 3000 Personen bestraft, 800 davon lagen in Ketten; wegen Störung der öffentlichen Ordnung waren mehr als 42 000 Anklagen erhoben. Die niederträchtige Führung der Untersuchungen und die gemeine Behandlung der Verurteilten zog ein unverdächtiger Zeuge ans Licht, William Gladstone, der Freund und Kollege Peels, ein Mann, dem niemand ein Haschen nach Übertreibung oder Mangel an Gewissenhaftigkeit zum Vorwurf machen konnte. Zwei Briefe, die er 1851 an den englischen Ministerpräsidenten Lord Aberdeen richtete, enthüllten vor den Augen Europas eine Reihe von Niederträchtigkeiten

Parma.

Modena.

Der Kirchenstaat.

Neapel.

und Gewaltthaten, die jeden billig Denkenden mit Entrüstung erfüllen mußte, und bereiteten den Bruch zwischen England und dem Könige von Neapel vor, der für dessen Dynastie verhängnisvoll werden sollte. Auch mit Frankreich überwarf sich Ferdinand späterhin, obgleich er Napoleons Staatsstreich als erster der europäischen Fürsten anerkannt hatte. Dagegen schloß er sich eng an Rußland und Österreich an und des letzteren Einfluß war somit seit dem Sommer 1849 mit Ausnahme von Sardinien für alle Staaten der Halbinsel wieder ebenso maßgebend wie nur je in den besten Tagen Metternichs.

Das Ende des deutschen Parlamentes.

Dieses Erstarken Österreichs mußte auf seine Stellung in Deutschland von großem Einflusse sein, wenn es auch den Sieg noch nicht ohne weiteres herbeiführte. Jeder der beiden Gegner, die es hier zu überwinden galt, das deutsche Volk wie der preußische Staat, würde bei vollem Aufgebot seiner Kräfte erfolgreich haben widerstehen können; vereint wären sie unüberwindlich gewesen. Aber statt dessen war durch die Ablehnung der Kaiserkrone der Bruch zwischen beiden vollzogen worden, und alle Hoffnungen, die nach der Rückkehr der Kaiserboten aus Berlin noch zulässig schienen, waren in kürzester Frist geschwunden. An Bemühungen den Entschluß des Königs zum Besseren zu lenken hatte es nicht gefehlt. Der preußische Landtag, der seit dem 26. Februar 1849 wieder beisammen war, bestürmte den Monarchen förmlich mit Adressen und Beschlüssen um ihn zur Annahme der Krone zu bestimmen. Schon am 28. März war eine erste Adresse, von Vincke vorgeschlagen, angenommen worden, am 1. April folgte eine zweite, am 5. eine dritte. Keine derselben hatte Erfolg und ebenso wirkungslos war es, daß am 21. April auf Antrag des früheren Ministers Rodbertus die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung mit 175 gegen 159 Stimmen anerkannt wurde. Graf Brandenburg erklärte den Rednern, die Preußen auf die Macht der öffentlichen Meinung als seine stärkste Stütze hinwiesen, diese öffentliche Meinung sei gleich dem Sturm und Wind, den man wohl beachten möge, dem man aber niemals, niemals, niemals! das Staatsschiff anvertrauen dürfe, wenn es den rettenden Port erreichen solle. Die Spannung zwischen Regierung und Volksvertretung hatte damit wieder eine solche Höhe erreicht, daß der Bruch unvermeidlich war. Er vollzog sich fünf Tage später durch die Annahme eines Antrages von Waldeck, der die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin forderte. Vergebens suchte Manteuffel die Notwendigkeit der Fortdauer durch ein kunstvolles Gewebe polizeilicher Verdächtigungen gegen Waldeck und Genossen zu erweisen; es wurde ihm erwidert, für dieses Ministerium möge der Belagerungszustand unentbehrlich sein, aber dieses Ministerium selbst sei sehr wohl zu entbehren. Die Antwort darauf war am nächsten Tage, am 27. April, die Auflösung der zweiten Kammer. Der König

Der preußische Landtag.

Auflösung der zweiten Kammer.

und die Minister wußten, daß sie diesen Schritt unter dem Schutz der Bajonette ungestraft wagen durften; den schweren Schaden, den sie dem Staate dadurch zufügten, erkannten sie nicht an. Einige lärmende Zusammenrottungen wurden mit Waffengewalt auseinander geworfen und die Reaktion begann, stolz auf ihre Soldaten, die so trefflich gegen die Demokraten geholfen, freier und unverhüllter ihr Spiel zu treiben.

Die Kleinstaaten.

Nicht denselben Mut bewies der König gegen Österreich und gegen seine fürstlichen Kollegen. Noch einmal wurde ihm die Gelegenheit geboten die Früchte des Frankfurter Parlamentes in einer Weise zu pflücken, die seinen ängstlichsten Gewissensskrupeln und Vorurteilen Rechnung trug. Durch Gagerns Bemühungen waren 28 Regierungen vermocht worden am 14. April 1849 die Verfassung und die Kaiserwahl anzuerkennen; die Zusagen angesehener Parteiführer und das Ausscheiden so vieler Österreicher aus der Versammlung setzten das Reichsministerium in den Stand dem Könige die feste Zusicherung zu geben, daß bei einer erneuten Durchsicht der Verfassung die anstößigsten Bestimmungen derselben fallen würden. Beckerath ging nach Berlin mit dem Vorschlage die Abgeordneten jener 28 Staaten und Preußens nach Erfurt zu berufen und dort die Verhandlungen vorzunehmen; fehlten dann auch die Königreiche, so war doch das übrige Deutschland geeinigt und der Keim für Größeres gerettet. Aber Friedrich Wilhelm scheute vor der Gefahr zurück. Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent — mit diesen Worten entließ er Beckerath und verfügte unmittelbar darauf die Auflösung des Landtages.

Beckeraths Sendung nach Berlin.

So waren die Hoffnungen auf eine friedliche Durchführung der Reichsverfassung Ende des Monats vollständig vernichtet. Die amtliche Erklärung Preußens, sein letztes Wort, erging am 28. April: Von dem Werke der Einigung, so hieß es darin, wolle sich Preußen auch jetzt nicht zurückziehen; aber es suche diese nicht auf dem Wege der Reichsverfassung, die nur durch Krieg oder Revolution ins Leben zu führen sei. Wenn man diese Behauptung vielleicht bezweifeln konnte für den Fall, daß Preußen für die Verfassung eintrat, so konnte doch nach Friedrich Wilhelms Weigerung ihre Richtigkeit nicht mehr bestritten werden, und den maßgebenden Parteien fiel jetzt die verantwortungsvolle Entscheidung der Frage zu, ob es gestattet und ratsam sei den Weg der Gewalt einzuschlagen. Seltsam genug, und doch vollkommen naturgemäß, verschob sich darüber die Stellung der Parteien. Die Männer, welche mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte die Reichsverfassung durchgefochten hatten, die Freunde Preußens, die Weidenbuschpartei, verzichteten zum größten Teil auf die Durchführung ihres Werkes, die ohne Blut und Bürgerkrieg unmöglich geworden war. Der Linken dagegen, die so oft diese Verfassung als freiheitsfeindlich und unannehmbar gebrandmarkt hatte, gegen deren leidenschaftlichen Widerspruch sie angenommen war, galt diese selbe Urkunde jetzt als das Banner, darum sie

Erneute Ablehnung der Verfassung durch Preußen.

sich scharte, an das allein sie ferner ihre Hoffnungen knüpfte. Dieser Wechsel in der Stellung der Parteien vollzog sich nicht an einem Tage und nicht ohne die Absprengung einzelner Mitglieder, die sich von der Mehrheit ihrer Freunde trennten; er begann schärfer hervorzutreten, als am 4. Mai mit zwei Stimmen Mehrheit, 190 gegen 188, auf Antrag des weimarschen Ministers von Wydenbrugk das ganze Volk aufgefordert wurde die Verfassung zur Geltung zu bringen, die Wahlen für den ersten ordentlichen Reichstag am 15. Juli vorzunehmen, und solange Preußen bei seinem Widerstande beharre, dem größten unter den willfährigen Staaten die Reichsstatthalterschaft zu übertragen. Noch zweifelten manche von der preußischen Partei, ob sie nicht auch diesen Weg noch versuchen sollten; selbst die Minister billigten den Beschluß mit Ausnahme Beckeraths, der deshalb sein Amt und seinen Sitz im Parlamente aufgab. Seinem Beispiel folgten schon in den nächsten Tagen verschiedene Gesinnungsgenossen, und so gewann die revolutionäre Partei bald die Mehrheit. Inzwischen war es auch mancherorten schon zu gewaltthätigen Erhebungen gekommen, zum Teil freilich gerade da, wo sie völlig überflüssig waren. Des stärksten Druckes hätte es in den Königreichen bedurft. Aber in Preußen gab es nur Aufläufe am Rhein und in einigen größeren Städten des Ostens, wie Breslau oder Königsberg; die Straßenkämpfe in Elberfeld und Düsseldorf am 8. und 9. Mai waren bald niedergeschlagen, die Erklärungen der Landwehrpflichtigen in Krefeld, Köln, Iserlohn und anderwärts, daß sie dem Ministerium Brandenburg bei einer Einberufung nicht gehorchen würden, waren ohne augenblickliche Bedeutung. In Hannover beschränkten sich die Kundgebungen auf Adressen der Gemeinden und der Ständeversammlung und die letztere ließ sich ohne Widerstand erst vertagen und am 26. April auflösen. Erfolgreicher war die drohende Bewegung in Württemberg. Mit 70 gegen 7 Stimmen forderten die Stände vom Könige die Annahme der Reichsverfassung. Dieser antwortete, daß er dazu wohl durch Aufruhr gezwungen werden könne, freiwillig aber dem Hause Hohenzollern sich nie unterwerfen werde, und floh in der Nacht zum 23. April nach Ludwigsburg. Als aber die Aufregung wuchs und die Einsetzung einer vorläufigen Regierung in Rede kam, gab er am 24. plötzlich nach und erkannte die Kaiserwahl an. In Bayern standen die Kammern und der größte Teil der Bevölkerung auf seiten des Königs, der die Reichsverfassung verwarf; nur in der Rheinpfalz herrschte die entgegengesetzte Strömung und führte in Kaiserslautern am 2. Mai zur Bildung eines Landesausschusses, der die allgemeine Volksbewaffnung anordnete und die Losreißung von Bayern betrieb. Nicht minder heftig war der Ausbruch im Königreich Sachsen. Die reaktionären Mitglieder des Ministeriums, Beust und Rabenhorst, verdrängten ihre liberalen Kollegen, welche für die Annahme der Reichsverfassung waren, und lösten die Stände, die einen gleichen Beschluß gefaßt, am 30. April 1849 auf. Sofort begannen in Dresden Unruhen, die am 3. Mai zum Barrikadenbau führten und von den Truppen

Der Wydenbrugksche Antrag.

Revolutionäre Bewegungen

in Preußen,

in Hannover,

in Württemberg,

in Bayern.

Der Dresdener Maiaufstand.

nicht gedämpft werden konnten. Der König floh in der Nacht mit seinen Ministern auf den Königstein und erbat von dort die vorher schon angebotene preußische Hilfe. Bis diese anlangte, waren die Aufständischen Herren der Lage. Eine vorläufige Regierung, Tzschirner, Heubner und Todt, ward eingesetzt, dem Russen Bakunin der Oberbefehl übertragen. So mußten die preußischen Garden, als sie am 7. Mai ankamen, erst in zweitägigem Kampf die Stadt erobern; über 200 Leichen, fast alle aus den Reihen des Volkes, lagen auf den Barrikaden. König und Ministerium kehrten zurück, über die Gefangenen wurde strenges Gericht gehalten, und wenn auch kein Todesurteil vollstreckt wurde, so war dafür die Behandlung in den Zuchthäusern um so unmenschlicher. Das Land hatte an der Empörung nur wenig Anteil genommen und mit der Einnahme der Hauptstadt trat überall wieder die tiefste Ruhe ein.

Der badische Aufstand.

Dafür ging es aber im Südwesten, besonders in Baden um so heftiger los. Die Reichsverfassung war hier vollends nur das Aushängeschild, denn der Großherzog hatte sie längst anerkannt; was die Führer wollten, war ebenso wie im September 1848 die Republik. Das Beispiel der benachbarten Pfalz weckte schnell Nacheiferung; als Träger der Bewegung waren längst die Volksvereine geschaffen, die ihren Mittelpunkt in Mannheim und den Advokaten Brentano zum Leiter hatten; das Militär war so gründlich durchwühlt, daß man auf die Untreue zahlreicher Truppenteile rechnen konnte. Sorgsam vorbereitet, brachen seit dem 9. Mai 1849 in der Festung Rastatt die Meutereien aus; alle Bemühungen die Verleiteten zum Gehorsam zurückzuführen waren vergeblich; am 11. Mai mußte der Kriegsminister Hofmann, der selbst an Ort und Stelle geeilt war, mit den meisten Offizieren flüchten. Dieser Triumph steigerte die Hoffnungen der Republikaner ins maßlose. Zum 13. hatten die Volksvereine nach Offenburg eine große Versammlung berufen. Hier wurden die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer Konstituante, ein Bündnis mit der Rheinpfalz, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr und ähnliche radikale Maßregeln beschlossen; kaum daß man sich enthielt sofort die Republik auszurufen. An demselben Abend begannen einige Kompagnien in Karlsruhe zu meutern; es kam zum Kampfe, der Großherzog floh in der Nacht über den Rhein, das Ministerium folgte ihm am nächsten Tage. Alsbald siedelte der Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern außer Brentano auch Fickler und Struve gehörten, von Rastatt nach Karlsruhe über und beherrschte nun thatsächlich das ganze Land.

Flucht des Großherzogs.

Ohne Hilfe von außen konnte der Großherzog die Wiederherstellung seiner Macht nicht erhoffen. Das nächste war, daß er sich an die Reichsregierung wandte; aber Erzherzog Johann, den er persönlich aufsuchte, war an Machtmitteln ebenso arm wie der flüchtige Großherzog. Das Ministerium Gagern und die Reste der Kaiserpartei gingen in den Widersprüchen der Lage zu Grunde. Den Erhebungen in der Pfalz und Sachsen feindlich entgegenzutreten vermochten sie nicht, da deren Ziel

Reichsverweser und Parlament.

ja die Durchführung der Reichsverfassung war; ihre Mahnungen fanden taube Ohren, und Eisenstuck, der als Bevollmächtigter in die Pfalz geschickt war, förderte geradezu die republikanische Bewegung, während Raveaux in Baden doch wenigstens den gemäßigteren Teil der Aufständischen gegen den radikaleren stützte. Das Einschreiten Preußens in Dresden mißfiel auch dem Ministerium und seiner Partei, aber der Reichsverweser selbst billigte den „schweren Bruch des Reichsfriedens", wie die Linke des Parlamentes, die jetzige Mehrheit, die preußische Hilfe nannte. Auf Antrag des Freiherrn von Reden wurde das Ministerium am 10. Mai 1849 aufgefordert Preußen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter diesen Umständen hielt sich Gagern nicht mehr zum Ausharren verpflichtet, sondern nahm mit allen Amtsgenossen seine Entlassung. Der Reichsverweser aber bildete ein überkonservatives Ministerium, dessen Vorsitz der preußische Justizrat Grävell erhielt, während Detmold, Jochmus, Merck und Wittgenstein, sämtlich Mitglieder der äußersten Rechten, die Justiz, das Auswärtige, die Finanzen und den Krieg übernahmen. Als diese Männer sich am 16. Mai dem Parlamente vorstellten, begrüßte sie höhnisches Gelächter und die Erklärung, ihre Ernennung sei eine Beleidigung der Volksvertretung. Gagern und seine Freunde schieden nun auch aus dem Parlamente; am 21. Mai erklärten 65 Abgeordnete, darunter Dahlmann, Arndt, Beseler, Simson, Droysen, Duncker, Mathy, daß sie angesichts der Gefahr des Bürgerkrieges ihre Frankfurter Thätigkeit einstellen müßten; am 23. folgte Raumer mit 40 Genossen, am 26. Mai Welcker mit seinen Freunden. Nicht die Befehle der Regierungen, der preußischen am 14. Mai und bald darauf der sächsischen und hannoverschen, sondern die offenbare Unmöglichkeit noch etwas Segenbringendes zu schaffen trieb sie zu diesem letzten Schritte. Auch von dem Reichsverweser hätte man erwarten sollen, daß er jetzt seine Würde niederlege, aber er blieb; die Weisungen aus Wien hatten bei ihm größeres Gewicht als die wiederholten Aufforderungen aus Berlin. Mit dem Parlamente hatte er jede Fühlung verloren. Die Republikaner, die jetzt fast allein noch ihre Sitze behaupteten, kümmerten sich um ihn und seine Minister nicht mehr, sondern stellten alle ihre Hoffnungen auf die Parteigenossen im Süden. Es war natürlich, daß sie den Schauplatz ihrer Thätigkeit in deren Mitte zu verlegen wünschten. Eine Zeitlang hofften sie wohl, die badisch-pfälzische Bewegung werde sich auch Darmstadts und Nassaus bemächtigen; allein die hessischen Truppen deckten die Südgrenze des Großherzogtums und wiesen die badischen Freischaren unter Siegel am 30. Mai bei Heppenheim blutig zurück. Auch in Württemberg hatten die Republikaner noch keine Erfolge zu verzeichnen; aber wenn das Parlament nach Stuttgart wanderte, mußten ihre Aussichten wachsen. Abgesandte der Linken beredeten daher mit dem Präsidenten der württembergischen Ständeversammlung, Becher, die Übersiedelung, die sodann am 30. Mai auf den Antrag Vogts trotz Uhlands Warnung mit 71 gegen 64 Stimmen beschlossen wurde. Um den Boden zu bereiten fand am 27. Mai eine

Gagerns Rücktritt.

Ministerium Grävell.

Austritt der Kaiserpartei.

Abberufung durch die Regierungen.

Das Rumpfparlament nach Stuttgart.

Versammlung von angeblich 20 000 Menschen in Reutlingen statt und forderte ein Bündnis mit Baden und Pfalz; aber das Land im ganzen und besonders die Hauptstadt blieben doch sehr kühl, Ministerium und Kammer sogar entschieden feindlich, wenn die letztere auch die Benutzung ihres Saales den Ankömmlingen gestattete. Nur 105 Abgeordnete fanden sich am 6. Juni in Stuttgart ein und begannen unter dem Vorsitze des Dr. Löwe von Kalbe ihre Thätigkeit als Rumpfparlament. Die Hoffnung den König von Württemberg zum Reichsstatthalter ernennen zu können erwies sich als eitel; man mußte zu einem anderen Auskunftsmittel greifen und erwählte fünf Reichsregenten: Karl Vogt, Raveaux, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken und Becher; nur 10 Abgeordnete, unter ihnen der Minister Römer, Uhland, Schott, Giskra, stimmten dagegen. Sofort begann jetzt der Streit mit der württembergischen Regierung. Römer bekämpfte einen Aufruf zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung durch eine Gegenerklärung; die Kammer, die städtischen Behörden, die meisten Offiziere der Bürgerwehr stellten sich auf seine Seite; die Regentschaft verlangte 5000 Württemberger als Besatzung für Rastatt und Landau, Römer verweigerte sie; wo sich im Lande republikanische Bewegungen zeigten, wie in Heilbronn, wurde der Belagerungszustand verhängt; Fickler, der aus Baden herübergekommen war um zu wühlen, saß schon seit dem 3. Juni auf dem Asperg; nach Stuttgart wurden zuverlässige Truppen gezogen und in ihrer Mitte erschien der König. Als so alles vorbereitet war, stellte Römer am 17. die Forderung an Löwe, das Parlament solle Württemberg verlassen. Trotzdem wurde für den 18. Juni 1849 eine Sitzung in dem Fritzeschen Reithause anberaumt, denn der Ständesaal war dem Parlamente bereits entzogen. Die Abgeordneten begaben sich gemeinsam dorthin, an ihrer Spitze Löwe, Uhland und Römers Schwiegervater Schott; sie fanden die Zugänge besetzt und da sie gleichwohl nicht von der Stelle wichen, rückten die Truppen vor und räumten, übrigens in schonender Weise, den Platz. Alles, was die Vertriebenen noch thun konnten, war, im Hotel Marquardt Verwahrung gegen den Gewaltakt einzulegen; das war die letzte Handlung des deutschen Parlamentes; dann mußten die Nicht-Württemberger eilen das Land zu verlassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sah zwar nicht ohne Schmerz das klägliche Ende der einst so hoch gefeierten Versammlung; aber mit den Männern, aus denen sie zuletzt bestand, konnten vom politischen Standpunkt doch nur die Republikaner sympathisieren; nur sie konnten die Erfüllung einer schweren Pflicht — denn das war die Auflösung für Römer, den Veranstalter der Heidelberger Vorversammlung vom 5. März 1848 — als eine empörende Gewaltthat brandmarken; dem klarer Überlegenden erschien die Beseitigung des Rumpfparlamentes schon damals nicht bloß im Lichte einer traurigen Notwendigkeit, sondern auch in dem einer rettenden That.

Die Reichsregentschaft.

Vertreibung des Rumpfparlamentes.

Wohl berief der Präsident Löwe die Zersprengten zu einer Sitzung auf den 25. Juni nach Karlsruhe; aber sie kam nicht zustande: an eben-

Der preußische Feldzug in der Pfalz und Baden.

diesem Tage rückten preußische Truppen in die badische Hauptstadt ein. Der Großherzog hatte sich nämlich nach Berlin mit der Bitte um Hilfe gewandt, und da der bayerische Gesandte ein gleiches Verlangen stellte, so war ein preußisches Korps (von Hirschfeld), bei dem Major von Roon Chef des Generalstabes war, in die Pfalz eingerückt, während ein Reichsheer, aus Hessen, Mecklenburgern, Nassauern und Württembergern bestehend und von Peucker geführt, in der Bergstraße vordrang und ein zweites preußisches Korps unter von der Gröben ihm folgte; der Oberbefehl über alle diese Truppen ward am 8. Juni dem Prinzen von Preußen

Unterwerfung der Pfalz.

übertragen. Die Feindseligkeiten begannen in der Pfalz. Die republikanischen Truppen befehligte ein Pole, der General Sznayde; unter den einheimischen Offizieren war Blencker der befähigteste. Aber die ungeordneten und zügellosen Haufen waren für die preußischen Truppen keine ebenbürtigen Gegner; in mehreren Gefechten, besonders bei Kirchheim-Bolanden am 14. Juni, zurückgedrängt, wichen sie über den Rhein zurück; schon am 18. war die Festung Landau entsetzt, am 20. überschritt der

Kämpfe am Neckar.

Prinz bei Germersheim den Fluß. Mittlerweile war Peucker an den Neckar vorgerückt. Die badischen Truppen befehligte Mieroslawski, der kaum von seiner sizilischen Wunde genesen war. Mit Erfolg verhinderte er am 15. und 16. die Versuche der Reichstruppen zwischen Mannheim und Heidelberg den Fluß zu überschreiten und warf sie sogar gegen Weinheim zurück. Da aber der größte Teil derselben weiter ostwärts durch den Odenwald marschiert war und oberhalb Heidelbergs den Übergang zu erzwingen suchte, und da die Stellung bei Mannheim obendrein durch den Rheinübergang des Prinzen im Rücken bedroht war, so zog der polnische General seine Hauptmacht auf der Eisenbahn bis Bruchsal zurück und machte Front gegen die von Germersheim und Philippsburg

Gefecht bei Waghäusel.

heranrückenden Preußen. Während die Scharen, denen er die Neckarübergänge oberhalb Heidelbergs (bei Eberbach und Hirschhorn) anvertraut hatte, vergebens sich gegen die Reichstruppen zur Wehr setzten, drängte er selbst am 21. Juni die Preußen von Waghäusel gegen Philippsburg zurück, wurde aber, sobald jene Verstärkungen erhalten hatten, seinerseits wieder auf die Heidelberg-Karlsruher Bahnlinie zurückgeworfen. Auch jetzt wollte er die Hauptstadt nicht ohne Kampf fahren lassen; allein die Gefechte der nächsten Tage waren alle unglücklich und am 25. Juni zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Während die republikanische Regierung ihren Sitz nach Offenburg und bald nach Freiburg verlegte, suchte

Kämpfe an der Murg.

Mieroslawski, auf Rastatt gestützt, sich im Murg-Thale zu behaupten; aber die Kämpfe bei Bischweiler und Kuppenheim (beim Eintritt der Murg in die Ebene) zersprengten seine Scharen am 29. und 30. Juni völlig; die ohnmächtigen Trümmer eilten sich durch den Schwarzwald in die

Zwietracht der Republikaner.

Schweiz zu flüchten. Auch der badischen Konstituante und der Regierung blieb nichts anderes übrig, da die preußische Vorhut schon am 7. Juli in Freiburg einrückte; sie hatten die letzten Tage ihres Daseins noch zu den kläglichsten Zänkereien untereinander verwendet; Struve, der Anfang

Juni in Karlsruhe mit seinen radikalen Ansichten gegen Brentano den Kürzeren gezogen hatte und gezwungen worden war die Stadt zu verlassen, rächte sich dafür in Freiburg, wo er die Mehrheit auf seiner Seite hatte, und zwang den „Verräter" Brentano zur schleunigen Entfernung. Hecker, der vielleicht Ansehen genug besessen hätte um dergleichen Zänkereien zu ersticken, erschien erst Mitte Juli wieder in Europa und überzeugte sich in Straßburg, daß nichts mehr zu machen sei. Das aufständische Rastatt, das seit dem 1. Juli von von der Gröben umschlossen wurde, hielt sich noch bis zum 23. Juli und ergab sich dann auf Gnade und Ungnade; am nächsten Tage konnte der Oberbefehlshaber die gestellte Aufgabe als vollständig gelöst bezeichnen. Die Hilfe österreichischer Truppen, denen man in Wien und Frankfurt gern die Besetzung von Südbaden zugewandt hätte, wies der Prinz natürlich sehr entschieden ab, und die preußischen Farben flatterten vom Neckar bis zum Bodensee. Unter ihrem Schutze ward jetzt die Bestrafung der Schuldigen, soweit man ihrer habhaft geworden war, vollzogen; Mieroslawski, Struve, Brentano, Sigel u. a. waren glücklich entkommen; aber mancher der schwer Beteiligten war doch gefangen und erlitt den Tod durch Pulver und Blei. So erfuhr insbesondere Trützschler, Robert Blums Freund und Parteigenosse, jetzt dasselbe Schicksal, das jenen in der Brigittenau ereilt hatte; Gottfried Kinkel, der Dichter, kam mit lebenslänglichem Gefängnis davon und ward auch dieser Strafe durch die Flucht aus Spandau, die seine Gemahlin und der Student Karl Schurz glücklich vorbereitet hatten, entzogen. Als die Kriegsgerichte ihre Arbeit gethan, kehrte der Großherzog am 18. August 1849 in sein Land zurück; die preußischen Truppen zogen im Oktober triumphierend in Berlin ein und in Babelsberg, dem Schlosse des Prinzen, verewigte ein Erzengel Michael, der den Drachen tötet, den ersten Feldzug des Mannes, dem größere Siege beschieden waren.

Fall von Rastatt.

Kriegsgerichte.

Rückkehr des Großherzogs.

Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen.

Preußens Stellung in Deutschland war durch dieses militärische Einschreiten gewiß nicht schlechter geworden. Die Parteien, die es niedergeworfen hatte, waren ihm vorher schon unversöhnlich feind gewesen; daß ihr Haß jetzt alle Schranken überschritt, ließ sich verschmerzen. Die gemäßigt-liberale Partei fühlte sich zwar für die Bewältigung der Revolution Preußen nicht eben zu Dank verpflichtet; denn Preußen selbst hatte dieses wüste Nachspiel des Parlamentes durch seine Politik erst ermöglicht, es tilgte also nur, was es selbst verschuldet, und tilgte es in Strömen von Blut; aber immerhin war sein Verhalten, wie die Sachen nun einmal lagen, von dem Interesse Deutschlands geboten, jede andere Handlungsweise wäre eine neue und größere Schuld gewesen. Die große Menge der Ruhebedürftigen, politisch Ermatteten und Gleichgültigen ging daher auch über die bloße Anerkennung der

Die deutsche Verfassung.

Notwendigkeit hinaus und pries mit den Reaktionären und Konservativen um die Wette die Ermannung und Erstarkung Preußens. In diesem Chorus konnten auch die geretteten Regierungen nicht fehlen; sie vor allem mußten sich dem Könige zu Dank verpflichtet bekennen und ihre tiefste Herzensneigung, den Argwohn und die Feindschaft gegen Preußen, für die nächste Zukunft verbergen. Das aber war für die Politik des Berliner Kabinettes schon ein unzweifelhafter Gewinn; denn gerade auf die Regierungen wollte es sich bei seinen ferneren Entwürfen ja stützen, mit ihrer Hilfe aus dem Schiffbruch des Parlamentes und der Reichsverfassung die brauchbaren Trümmer retten, aus denen Friedrich Wilhelm dem deutschen Volke doch noch ein wohnliches Gemach zu erbauen gedachte. Jene Note von 28. April 1849 hatte den Bundesfürsten vorgeschlagen, in gemeinsamer Beratung aus der Verfassung vom 28. März die demokratischen und illegitimen Bestimmungen auszumerzen und die dergestalt veränderte Urkunde einem neuen Parlamente vorzulegen. Diesen Vorschlag abzulehnen war nach den Mai-Ereignissen für die meisten Regierungen unmöglich, und widerwillig, aber notgedrungen bevollmächtigten auch Bayern, Sachsen und Hannover ihre Gesandten an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen. Zwei Tage vor dem Beginn, am 15. Mai 1849, kündigte der König dies seinem Volke an. Er rechtfertigte zugleich den Befehl, welcher tags zuvor die preußischen Abgeordneten, die noch im Parlamente ausharrten, zurückgerufen hatte, entwarf zu dem Zweck ein abschreckendes Bild von der jetzt in Frankfurt herrschenden Partei, von ihrem Bündnis mit den Männern der Gottlosigkeit, des Eidbruchs und der Raubsucht, und beanspruchte noch einmal das Vertrauen der Nation, welcher der Patriotismus und das Rechtsgefühl der Regierung keine Enttäuschung bereiten werde. Nach diesem Vorspiel nahmen die Verhandlungen am 17. Mai ihren Anfang. Die Grundlage des Projektes bildete ein engerer preußischer Bundesstaat, der mit Österreich in eine weitere Union treten sollte; in dieser Union, die eigene Gesandtschaften und ein in Regensburg tagendes Direktorium besitzen sollte, war dem Kaiserstaate das Präsidium zugewiesen. Allein der österreichische Bevollmächtigte von Prokesch-Osten lehnte jedes Eingehen auf diese Vorschläge ab und trat schon in der ersten Sitzung von den Konferenzen zurück. Die Verhandlungen mußten sich daher auf den engeren Bundesstaat beschränken. Nach der preußischen Vorlage sollte in diesem ein Fürstenkolleg von sechs Mitgliedern die Regierung bilden, doch so, daß die eigentliche Leitung bei Preußen als dem Reichsvorstande lag. Zur Teilnahme an der Gesetzgebung war ein Staatenhaus von 160 Mitgliedern und ein Volkshaus, zu dem auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei, berufen; die Frankfurter Grundrechte waren mit einigen Abschwächungen in den Entwurf aufgenommen. Alles kam nun darauf an, wie sich die Königreiche verhielten. Am freiesten stand Bayern da, und schon nach wenigen Tagen erklärte es sich gegen die Vorlage und bot dadurch Hannover und Sachsen

Verhandlungen in Berlin.

Österreich und Bayern.

die erwünschte Handhabe sich auch ihrerseits bindenden Verpflichtungen zu entziehen. Hannover. Hatten sie gleich noch nicht den Mut die preußischen Vorschläge offen zu verwerfen, so knüpften sie ihre Zustimmung doch an die Bayerns, bestärkten, weit entfernt diese zu erwirken, die Münchener Regierung in ihrem Widerstande und machten auch vor den fremden Gesandten gar kein Hehl daraus, daß es ihnen selbst nicht ernst mit der Sache sei, daß sie vielmehr mit Zuversicht auf das Scheitern der Verhandlungen hoffen. Dreikönigsbündnis. Der Verfassungsentwurf, den sie am 26. Mai unterzeichneten und zu dessen Annahme sie gemeinsam mit Preußen die übrigen Fürsten einluden, war also von vornherein, soweit es sie betraf, nur eine politische Heuchelei. Dennoch erweckte das Dreikönigsbündnis unter den gemäßigten Patrioten, die nicht wahrnehmen konnten was hinter der Bühne vorging, neue Hoffnungen. Was geboten wurde, war immerhin ein erkleclicher Fortschritt; denn der Krone Preußen wurde in dem Entwurf mit der Vorstandschaft des Deutschen Reiches die ausschließliche diplomatische und militärische Leitung übertragen; auch stand ihr gegen die Beschlüsse der Volksvertretung ein unbedingtes Verwerfungsrecht zu, so daß die rechtliche Stellung der Centralgewalt der nötigen Stärke nicht entbehrte. Vorläufige Einrichtungen. Auch für eine vorläufige Rechtsordnung war Sorge getragen. Die drei Königreiche schlossen zunächst auf ein Jahr ein Bündnis untereinander und forderten die anderen Staaten zum Beitritt auf; während dieses Jahres sollte die Vereinbarung mit dem zu berufenden Reichstag getroffen werden; einem Verwaltungsrat unter Preußens Vorsitz wurde bis dahin die Leitung der Bundesangelegenheiten übertragen, ein Schiedsgericht sollte etwaige Streitigkeiten schlichten. Auf diesen Grundlagen traten nach und nach siebzehn Regierungen dem Bündnisse bei, und da mit Bayern und Württemberg die Verhandlungen monatelang fortdauerten, da Verwaltungsrat und Schiedsgericht schon in den nächsten Wochen gebildet wurden, so schien der neue Anlauf nicht aussichtslos zu sein. Mit lebhaftem Interesse trat der Prinz von Preußen dafür ein; er lobte die Weisheit des Königs, der die Parlamentsverfassung habe zurückweisen müssen, weil sie nur der Republik die Wege bahne; wenn man Vertrauen hege, werde sich Preußens Geschick doch erfüllen und es werde auf eine Weise, die Dauer und Heil verspreche, an die Spitze kommen. Die Gothaer Versammlung. Auch die Kaiserpartei des Frankfurter Parlamentes zauderte deshalb nicht ihre Zustimmung zu erklären. Gagern, Dahlmann, Mathy an der Spitze, fanden sich ihrer etwa 150 in Gotha zusammen und verpflichteten sich durch eine Erklärung vom 28. Juni 1849 in diesem Sinne zu wirken. Die Demokraten und Partikularisten erklärten das für eine Treulosigkeit, einen Bruch der Verpflichtung, welche der Weidenbusch gegen das linke Centrum im März übernommen hatte, ein Preisgeben der Reichsverfassung, die auch der Krone Preußen gegenüber festzuhalten damals versprochen war, und richteten die bittersten Angriffe voll Haß und Hohn gegen die „Gothaer". Für sie war ja der angebliche Beruf Preußens

Deutschland zu einigen nur ein hohler Schall, und vollends von diesem Könige und diesem Ministerium etwas zu erwarten galt ihnen für äußerste Beschränktheit oder bewußte Heuchelei. Überdies mußte jede Unterstützung der äußeren Politik des Königs auch die innere befestigen, und diese schritt unaufhaltsam weiter auf der Bahn der Willkür. Am 16. Mai wurde der Belagerungszustand in Berlin verschärft und zwei Tage darauf Waldeck verhaftet um wegen Hochverrats auf Grund gefälschter Briefe vor Gericht gestellt zu werden. Bei den Verhandlungen, die ein halbes Jahr später stattfanden, stellte sich die ganze Nichtigkeit der Anklage in der demütigendsten Weise heraus; unter dem lauten Jubel des Volkes wurde das polizeiliche Bubenstück entlarvt und Waldeck am 3. Dezember 1849 freigesprochen. Besser gelang ein zweiter Gewaltstreich, der sich gegen die ganze Linke richtete. Am 30. Mai wurde das Wahlgesetz dahin abgeändert, daß die Wahlmänner künftig nach dem Betrage der Steuern in drei Klassen zerfallen sollten; der kleinen Zahl von Höchstbesteuerten, welche das erste Drittel der Abgaben aufbrachte, wurde dasselbe Stimmrecht erteilt wie der weit größeren Mittelklasse, die das zweite, und der ungeheuren Masse derer, welche das letzte Drittel zahlten; überdies wurde die geheime Stimmabgabe aufgehoben und durch die Öffentlichkeit der Wahl der Beeinflussung ein weiter Spielraum geschaffen. Unter diesen Umständen beschloß die demokratische Partei auf einer Versammlung in Köthen am 11. Juni sich der Teilnahme an den Wahlen zu enthalten; auch einzelne Altliberale, wie Georg Vincke, wollten den Rechtsbruch nicht durch die Annahme einer Wahl anerkennen, und so kam eine Kammer zustande, die über 200 Beamte zu Mitgliedern zählte und dadurch dem in seinen Mitteln wenig wählerischen Ministerium von vornherein die Mehrheit sicherte.

Preußische Zustände.

Prozeß Waldeck.

Dreiklassenwahlgesetz.

Wahlenthaltung der Demokraten.

Wurde somit das Vertrauen in die guten Absichten Preußens durch seine innere Politik schwer beeinträchtigt, so erlitt es einen nicht minder schweren Schlag durch den Ausgang des zweiten schleswig-holsteinischen Krieges. Als eben unter englischer Vermittlung die Friedensunterhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, hatte Dänemark Ende Februar den Waffenstillstand von Malmö gekündigt. Bis zu seinem Ablauf am 1. April 1849 wurde allerdings noch verhandelt, aber ohne daß man hüben oder drüben an eine Verständigung glaubte. Das Reichsministerium that, was in seinen Kräften stand um ein schlagfertiges Heer für den Beginn der Feindseligkeiten bereit zu halten und verfügte Anfang April über 45 000 Mann unter dem preußischen General von Prittwitz. Daß die Dänen von Alsen aus am 3. April auf das Festland übergingen, konnte nicht verhindert werden; um so schwerer büßten sie am 5. den Versuch mit einem Geschwader von 6 Schiffen und 170 Kanonen Eckernförde anzugreifen. Ein paar schleswig-holsteinsche Strandbatterien, 10 Geschütze unter dem Befehl des Hauptmanns Jungmann, die mittags Herzog Ernst von Koburg um vier Feuerschlünde verstärkte, zwangen die kleineren dänischen Schiffe zur Flucht und die beiden

Der schleswig-holsteinsche Krieg.

Beginn des zweiten Feldzugs.

Sieg bei Eckernförde.

größten, das Linienschiff Christian VIII. und die Fregatte Gefion mit zusammen 140 Kanonen, zur Ergebung; der Christian flog, nachdem der größte Teil der Bemannung gerettet wurde, in die Luft, die Gefion wurde ein Bestandteil der deutschen Flotte. Gehoben durch diesen glänzenden Erfolg rückten die deutschen Truppen nach Norden vor, hannoversche Bataillone siegten am 6. April bei Ulderup, Bayern und Sachsen erstürmten am 13. die Düppeler Schanzen. Die jütische Grenze zu überschreiten ward jedoch dem Reichsheere aus politischen Bedenklichkeiten nicht gestattet; für die schleswig-holsteinsche Armee, die General Bonin führte, bestanden diese nicht, und so nahm sie am 20. die Stadt Kolding, schlug die heranrückenden Dänen am 23. zurück, brachte ihnen am 7. Mai bei Gudsö eine neue Niederlage bei und begann die Belagerung der Festung Fridericia. So weit lagen die Sachen für Deutschland also recht günstig, um so schlimmer aber stand es mit der politischen Führung. Nach Gagerns Rücktritt vom Reichsministerium hörte die Einwirkung der Centralgewalt auf; Preußen erklärte die Leitung selbst übernehmen zu wollen und that damit nur, was die Verhältnisse geboten. Aber der König war von der Zuneigung, die er für die schleswig-holsteinsche Bewegung anfänglich gehegt, jetzt völlig zurückgekommen; er sah in ihr eine revolutionäre Auflehnung, die nicht besser sei als die in Dresden oder Rastatt, und fürchtete überdies die drohende Sprache Rußlands. Wohl faßte er noch den Mut auch preußische Truppen unter Prittwitz in Jütland einrücken zu lassen; aber sie wirkten weder bei der Belagerung Fridericias mit, noch griffen sie das dänische Heer unter General Rye entschlossen an; wochenlang ruhte der Krieg fast ganz, während um so eifriger Waffenstillstandsverhandlungen gepflogen wurden. Schon waren diese ihrem Abschlusse nahe, als den Dänen noch ein großer Schlag gelang. Unbemerkt von Prittwitz schiffte sich Rye nach Fünen ein, unbemerkt von Bonin landete er bei Fridericia; mit großer Übermacht überfiel er in der Nacht zum 6. Juli die Belagerer und erkämpfte einen glänzenden Sieg, den er freilich mit seinem Leben bezahlte; fast 3000 Mann, darunter gegen 1500 Gefangene, büßten die Schleswig-Holsteiner in dieser unheilvollen Nacht ein, mit Verlust ihres Lagers und eines Teiles ihrer Artillerie zogen sie sich auf Veile zurück. Und nun, wo alles in den Herzogtümern und in Deutschland nach Rache schrie, wo dem preußischen General die Hauptschuld an diesem harten Schlage beigemessen wurde, wo ein kräftiges Dreinschlagen dem Berliner Kabinett Verzeihung für viele Fehler hätte verschaffen können, nun schloß Preußen einen erniedrigenden Waffenstillstand und der Kunde von der militärischen Niederlage folgte die von der diplomatischen Schmach auf dem Fuße. Aus dem Vertrag vom 10. Juli 1849 las jeder heraus, daß die Herzogtümer preisgegeben seien. Die schleswig-holsteinsche Armee mußte über die Eider zurück; Südschleswig besetzten 6000 Preußen, Nordschleswig ein schwedisches Heer von 2000 Mann; Holstein blieb einstweilen noch der Verwaltung

Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Einrücken in Jütland.

Preußens Lauheit.

Überfall bei Fridericia.

Waffenstillstand.

der Statthalterschaft überlassen, die beim Wiederbeginn des Krieges für beide Herzogtümer gemeinschaftlich von Frankfurt aus ernannt war und aus Wilhelm Beseler und dem Grafen Reventlow-Preetz bestand; in Schleswig sollten ein dänischer und ein preußischer Beamte unter Obhut eines englischen Bevollmächtigten die Regierung führen. Eine Möglichkeit sich diesen Abmachungen zu widersetzen gab es für das arme Land nicht, und so trat der Waffenstillstand vom 10. Juli wirklich ins Leben.

Schlaffheit der deutschen Politik Preußens.

Für das moralische Ansehen des Dreikönigsbündnisses war das ein harter Schlag, der den fördernden Beistand der Gothaer Erklärung vollständig aufhob. Auch auf diplomatischem Wege war für seine Durchführung wenig geschehen. Radowitz, der diese ganze Politik vorzugsweise beim König durchgesetzt hatte und dem es damit heiliger Ernst war, forderte von Friedrich Wilhelm, daß er den deutschen Fürsten als letzte Frist für ihren Beitritt den 15. Juli setze und schon zum 1. August 1849 den Reichstag nach Erfurt berufe; aber der Monarch wollte keinen Vorteil aus der Revolutionsfurcht seiner Mitfürsten ziehen und lehnte das ab; ebenso verstrichen die späteren Fristen, der 1. September, der 18. Oktober, ohne daß der Reichstag zusammentrat. Statt dessen wurde Zeit und Mühe daran verschwendet Bayern und Württemberg zu gewinnen und mit Österreich sich zu verständigen. Von der Pfordten reiste selbst im Juni nach Wien und Berlin, wo am 27. und 28. Juni nochmals Konferenzen gehalten wurden; aber alle diese Bemühungen waren umsonst. Als nächstes Ziel faßte man dabei die Begründung einer vorläufigen Centralgewalt ins Auge, die den völlig machtlosen Reichsverweser und sein Ministerium, an dessen Spitze Fürst Wittgenstein getreten war, ablösen könne. Allein wenn Preußen verlangte, daß zugleich mit diesem Provisorium auch das Dreikönigsbündnis von Österreich und Bayern anerkannt werde, so wollte man darauf

Österreichs Erstarken.

weder in Wien noch in München eingehen. Mühsam wurden die Verhandlungen noch einige Wochen hingeschleppt, bis Österreich die Unterwerfung Ungarns und Italiens vollendet hatte. Kaum war dies geschehen, so wurde die Tonart, in welcher die Gegner Preußens sprachen, zuversichtlicher: „Nun ist es Zeit", schrieb der König von Hannover eigenhändig seinem Gesandten in Wien, „daß wir auch „die" dumme Deutschland Ruhe und Verstand wiedergeben." Bayern lehnte am 8. September (Württemberg am 26.) den Beitritt zu dem Maibündnis endgültig ab und sprach die Hoffnung aus, jetzt nach hergestellter Ruhe werde auch Österreich Vorschläge machen, und dann sei man gern zu neuen Verhandlungen bereit. Friedrich Wilhelm empfand solche Erklärungen kaum als eine Demütigung, denn im Grunde seines Herzens hatte er sich mit diesen Unionsplänen, die unter seinem Namen gingen, doch immer noch nicht völlig befreundet. Er nahm es Österreich gar so übel nicht, daß es sich weigerte das Dreikönigsbündnis anzuerkennen, und nachdem er am 7. und 8. September in Teplitz und Pillnitz mit Franz

Josef und dem sächsischen Könige konferiert hatte, erhielt sein Gesandter in Wien, Graf Bernstorff, den Auftrag, mit Schwarzenberg ein vorläufiges Übereinkommen, das sog. Interim, abzuschließen, ohne dabei des engeren preußischen Bundes Erwähnung zu thun. Kraft dieses Vertrages vom 30. September sollten je zwei Bevollmächtigte der beiden Staaten die Centralgewalt „für den Deutschen Bund" vom Reichsverweser übernehmen und bis zum 1. Mai 1850, ja falls bis dahin die Regierungen keine neue Verfassung unter sich vereinbart hätten, auch über diesen Zeitpunkt hinaus ausüben. Fast ein Vierteljahr verstrich noch, ehe die vier Bevollmächtigten (für Österreich Baron Kübeck, der die Finanzen, und General Schönhals, der das Militärwesen leiten sollte, für Preußen Radowitz, dem das Äußere, und der Oberpräsident Böttticher, dem das Innere übertragen wurde) ihr Amt antraten; erst am 20. Dezember 1849 legte Erzherzog Johann in ihre Hände die Reichsverweserschaft nieder. Damit war denn auf dem Rückwege zum alten Bundestag ein neuer Haltepunkt erreicht. Wohl gab Preußen, indem es den geistigen Leiter der Unionspolitik nach Frankfurt schickte, seinen Entschluß an dieser festzuhalten kund; aber seinen zweifelhaften Bundesgenossen, Sachsen und Hannover, war durch das Interim Hoffnung und Dreistigkeit gewachsen. Beide weigerten sich, als im Verwaltungsrat der Union Anfang Oktober endlich die Ausschreibung der Wahlen zum Unionsreichstage beantragt wurde, diesem Antrage beizutreten; es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen Bodelschwingh, der preußische Vorsitzende, kräftig für die Union eintrat; ein Ministerrat, dem auch Radowitz beiwohnte, billigte sein Verfahren, und die Ausschreibung der Wahlen wurde am 19. Oktober trotz des sächsisch-hannöverschen Einspruches beschlossen. Nun riefen beide Staaten ihre Bevollmächtigten zurück und enthielten sich jeder Teilnahme an den Arbeiten des Verwaltungsrates; auch Österreich legte im November Verwahrung gegen die Berufung des Unionsparlamentes ein und stützte sich dabei auf die Bundesakte; wenn Preußen auf dem beschrittenen Wege weiter gehe, so hieß es drohend, dann werde es in den Fall kommen können mit der zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu geraten; allen etwaigen Beschlüssen des Erfurter Parlaments ward im voraus die Gültigkeit abgesprochen.

Das Interim.

Abdankung des Reichsverwesers.

Sprengung des Dreikönigsbündnisses.

Preußen und seine Anhänger ließen sich dadurch von ihrem Entschlusse nicht abbringen; am 31. Januar 1850 fanden die Wahlen wirklich statt. Noch einmal konnte ein Hoffnungsschimmer die vertrauensvollsten Gemüter täuschen. Alle Erklärungen der Regierung lauteten überaus zuversichtlich; besonders wenn Radowitz in der preußischen Kammer das Wort nahm, hatte man das Gefühl, daß dieser Mann wußte was er wollte, und den Mut hatte auf seinem Willen zu beharren. Nicht eben von großer Tragweite, aber doch ermutigend war der Schritt, zu dem sich um diese Zeit die beiden Fürsten von Hohenzollern entschlossen; sie legten am 7. Dezember 1849 die Regierung zu Gunsten des

Wahlen zum Erfurter Parlament.

Die Hohenzollernschen Fürstentümer.

Königs von Preußen nieder. Auch die Haltung der auswärtigen Mächte bot für das Gelingen des Werkes leidliche Aussichten, die Stellung des Berliner Kabinettes war jetzt ohne Zweifel gesicherter als im Frühjahr; Rußlands Zorn hatte sich gelegt, England sah mit Besorgnis das enge Bündnis des Zaren mit Österreich und fürchtete, daß auch Preußen in dem russischen Netze gefangen werde; Frankreich suchte geradezu ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem König. Napoleons Freund Persigny erschien um die Jahreswende in Berlin und bot für einige Abtretungen, wie etwa Landau, die Hilfe des Präsidenten zur Begründung der Union an. Es war das freilich ein redender Beweis, wie wenig man den König kannte. Sein deutscher Sinn war stark genug auch lockenderen Versprechungen Widerstand zu leisten; für ein Gericht, das ihm selbst so wenig schmackhaft war wie die Union, ließ er sich gewiß nicht erkaufen. Trotzdem entwickelte Persigny große Zähigkeit und blieb wochenlang auf seinem Posten, bis er sich endlich überzeugte, daß der König zur Abtretung deutschen Bodens nicht zu bewegen sei, und Ende Januar nach Paris zurückkehrte.

Haltung der Großmächte.

Französische Anerbietungen.

Das beste Vorzeichen für den Reichstag der Union war aber doch, daß eben jetzt nach schweren Kämpfen die preußische Verfassung endgültig zustande kam. Seit dem 7. August 1849, also ein halbes Jahr hindurch, war zwischen den Kammern und der Regierung verhandelt worden. Der Wunsch des Königs ging dahin aus der Urkunde vom 5. Dezember 1848, die er doch selbst erlassen hatte, eine Reihe von Artikeln, die ihm noch allzusehr den Stempel des Revolutionsjahres zu tragen schienen, zu entfernen; die liberale Minderheit der Volksvertretung war froh, wenn sie nur diese Artikel retten konnte und dachte nicht daran neue Forderungen aufzustellen. Um manche Paragraphen entspann sich ein heißer Kampf; das neue Wahlgesetz wurde anerkannt und nur das durchgesetzt, daß in Zukunft königliche Verfügungen in Abwesenheit der Kammern nur dann mit Gesetzeskraft sollten erlassen werden dürfen, wenn sie mit der Verfassung nicht in Widerspruch ständen; die Befreiung der Presse von Steuern und Kautionen ward aufgehoben, die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung gestrichen; nach hartnäckigem Widerstande gaben die Liberalen auch das Recht der Verweigerung bestehender Steuern preis und begnügten sich mit dem Rechte die neuen zu bewilligen. Als am 17. Dezember die Beratung vollendet war, durften die Reaktionäre über die glücklich gelungene Durchlöcherung der Verfassung jubeln und die Liberalen mit berechtigter Bitterkeit des Landtags spotten, der mehr ein gesetznehmender als ein gesetzgebender genannt zu werden verdiene. Und doch war die mühsame und anwidernde Aufgabe noch nicht vollkommen gelöst. Am 7. Januar 1850 wurden die Abgeordneten durch eine königliche Botschaft überrascht, in der nochmals die Abänderung von 15 Artikeln als Vorbedingung für die Beschwörung der Verfassung gefordert wurde. Unter diesen Abänderungen befanden sich einige von geringem Belang; andere,

Die preußische Verfassung.

Durchlöcherung derselben.

Neue Forderungen des Königs.

wie die Zusammensetzung der ersten Kammer aus erblichen und lebenslänglichen statt aus gewählten Mitgliedern, oder die Errichtung eines Ausnahmegerichtshofes für schwerere politische Verbrechen, griffen um so tiefer. Selbst die Minister hatten sich diesen neuen Forderungen des Königs widersetzt; Männer wie Camphausen, Beckerath, Auerswald hielten es für ehrenrührig noch weiter nachzugeben; in jeder Weise wurde auf den König eingewirkt um ihm in den Hauptpunkten Zugeständnisse abzuringen; aber stärker als diese Einwirkungen waren die Einflüsterungen der frommen Hofpartei, an deren Spitze die Brüder Gerlach standen; man sprach von der Auflösung der Kammern und einem Ministerium Kleist-Retzow. Die Annahme der königlichen Forderungen in den letzten Januartagen beseitigte diese Gefahr. Freilich betrug die Mehrheit in der zweiten Kammer nur 12 Stimmen und einigen Milderungen waren die königlichen Anträge unterworfen worden; insbesondere sollte die zur Zeit bestehende erste Kammer bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit, also bis zum 8. August 1852, noch in Thätigkeit bleiben und erst dann auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen durch eine andere ersetzt werden. Der König entschloß sich darauf einzugehen. Am 31. Januar 1850 unterzeichnete und verkündete er das neue Staatsgrundgesetz, am 6. Februar legte er vor den Kammern den Eid darauf ab. In der Rede, welche er dabei hielt, erneuerte er die Gelübde, die er bei den Huldigungen von 1840 gethan, wiederholte er sein Wort vom 11. April 1847: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen. Wie nie zuvor und nie hernach stehe er jetzt vor den Abgeordneten des Landes, nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit seiner Räte, sondern als „Ich selbst allein", als ein Mann von Ehre, der sein Teuerstes, sein Wort geben wolle, ein Ja vollkräftig und bedächtig. Die Verfassung sei entstanden in einem Jahre, das die Treue werdender Geschlechter mit Thränen aus der preußischen Geschichte hinwegwünschen werde, sie trage noch immer den breiten Stempel ihres Ursprungs. Aber verbessert wie sie sei, könne er sie doch beschwören; er könne es in der Voraussetzung, daß ihm das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde, daß die Treue des Volkes ihm beistehen werde gegen die, welche die königlich verliehene Freiheit zum Deckel ihrer Bosheit machen und diese Urkunde als Ersatz der göttlichen Vorsehung betrachten möchten. Er dankte den Kammern für ihre Zustimmung zu den Verbesserungen, die er gefordert, und brachte nachmittags bei dem Festmahl im Schloß ihnen den schönen Trinkspruch: Meine Herren, ein kurzes aber gutes Wort: den Dank des Vaterlandes durch den Mund des Königs!

Zustimmung des Landtags.

Beschwörung der Verfassung.

Es war doch ein großer Schritt, der jetzt unwiderruflich gethan war. Man hatte wieder festen Boden unter den Füßen. Auch wer die Mangelhaftigkeit des neuen Werkes tief empfand, fühlte einen Alp von seiner Brust genommen und sah, nicht freudig vielleicht aber doch beruhigter, in die Zukunft. Die Regung einer an Mitleid grenzenden Teilnahme ergriff manchen königstreuen Mann, als der schwer geprüfte Fürst müh-

Die Stimmung im Lande.

sam aber in einem Tone, der aus dem Herzen kam, seine Rede ablas; man fühlte ihm an, daß er ohne Groll, ohne Bitterkeit sprach, daß er versöhnen, daß er um des Vaterlandes willen großes opfern wolle. Und so herrschte denn auch nach der Eidesleistung ein freudiges Gefühl der Begeisterung in der Versammlung und nur die Kreuzzeitungsritter standen schmollend beiseite. Für Preußen war die Zukunft gerettet und für Deutschland leuchtete ein neuer Hoffnungsstern.

Das Vierkönigsbündnis.

Auf die Mitwirkung der Königreiche war allerdings nicht mehr zu rechnen. Als der Verwaltungsrat am 13. Februar 1850 das Erfurter Parlament auf den 20. März einberief, that Hannover am 25. Februar den letzten Schritt und sagte sich förmlich von dem Dreikönigsbündnis los. Sachsen gab denselben Entschluß in anderer Form zu erkennen: am 27. Februar unterzeichnete es mit Bayern und Württemberg in München einen Vertrag, der das Vierkönigsbündnis genannt wurde, weil auch Hannovers Beitritt erwartet wurde. Danach sollte ein Direktorium von sieben Mitgliedern (außer Österreich und den Königreichen die beiden Hessen) die Leitung Deutschlands übernehmen und eine Volksvertretung von je 100 Österreichern, Preußen und Angehörigen der übrigen Staaten

Österreichs Beitritt.

ihm zur Seite stehen. Schwarzenberg gab seine Zustimmung, sofern Österreich die Möglichkeit geboten werde mit seinen sämtlichen Ländern in den neuen Bund einzutreten; Preußen und die Unionsstaaten wiesen

Lockerung der Union.

den Vorschlag selbstverständlich zurück. Doch begann auch in ihren Reihen das Schwanken sichtbar zu werden. Einige Bundesglieder wie Oldenburg und Darmstadt mußten ihre Kammern auflösen, weil die demokratischen Mehrheiten derselben den Anschluß an die Union ablehnten oder verzögerten; in Kurhessen wurde am 23. Februar das Ministerium Eberhard entlassen und Hassenpflug wieder in den Rat des Kurfürsten berufen. So wuchs den Preußenfeinden der Mut. Am unverhohlensten sprach der König von Württemberg ihre Gesinnungen aus. Er eröffnete

Württembergische Drohungen.

seinen Landtag am 15. März mit einer Rede, welche die Selbständigkeit der einzelnen Stämme als die wahre Grundlage der deutschen Macht und Einheit pries und von Angriffen gegen Preußen überströmte; die unparteiische Geschichte werde dereinst nicht verschweigen, welche Zwecke und welche Leidenschaften das Dreikönigsbündnis gestiftet hätten; es sei ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet, und könne nur durch offenen Bundesbruch und wissentliche Verletzung feierlicher Verträge durchgeführt werden. Preußen

Preußens Antwort.

antwortete darauf am 22. März mit der Abberufung seines Gesandten, einem Schritte, den es acht Tage früher auch in Hannover gethan hatte. Daß es ihm ernst mit der Sache sei und daß es auch einen Krieg nicht scheuen werde, entnahm man aus der Forderung einer Anleihe von 18 Millionen Thalern, die schon am 12. Februar der zweiten Kammer vorgelegt und am 21. als Vertrauensvotum bewilligt war, und mehr noch aus der gleich darauf erfolgenden Ersetzung des zweifelhaften Kriegsministers von Strotha durch den General Stockhausen.

Unter diesen Vorzeichen trat das Erfurter Parlament am 20. März zusammen. Das Staatenhaus erwählte Rudolf von Auerswald, das Volkshaus Simson zum Präsidenten. Die Führer der Frankfurter Kaiserpartei waren fast sämtlich gewählt; wenn nicht minder die Reaktion in Stahl, Kleist-Retzow, Gerlach und Bismarck ihre Häupter am Platze fand, so bestand die Mehrheit in beiden Häusern doch aus Gothaern. Eine Verständigung zwischen dem Parlamente und den Regierungen schien also gesichert. Außer der Verfassung vom 26. Mai, einem Wahlgesetz und einem Gesetz über das Reichsgericht wurde noch die Additionalakte vom 26. Februar vorgelegt, welche die durch das Fernbleiben Bayerns und Württembergs und den Rücktritt Sachsens und Hannovers erforderlich gewordenen Änderungen an der Verfassung traf; unter anderem führte sie den Namen Union ein und beschränkte das Fürstenkollegium auf 5 Mitglieder. Aber sehr bald bemerkten die Abgeordneten, daß der Verwaltungsrat mit der so umgestalteten Verfassungsvorlage selbst noch gar nicht zufrieden sei und eine unveränderte Annahme derselben gar nicht wünsche. Zur Erklärung wurde gesagt, Preußen wolle nicht genötigt werden sein eben erst beschworenes Grundgesetz um der Unionsverfassung willen wieder zu ändern. Sehr beweiskräftig war dieser Einwand nicht, denn § 118 der preußischen Verfassung hatte diesen Fall schon in Betracht gezogen und den König ermächtigt die etwa nötig werdenden Änderungen seinerseits anzuordnen. Mindestens aber mußte man doch erwarten, daß Preußen genau die unannehmbaren Punkte bezeichnen werde; allein das geschah nicht; Radowitz warnte den Verfassungsausschuß vor der unveränderten Annahme, welche das ganze Werk gefährden werde, und weigerte sich doch bestimmte Forderungen zu stellen. So griff denn die Mehrheit zu dem Auswege die Vorlage zwar zuerst ungeteilt und unverändert anzunehmen, zugleich aber eine Reihe von Änderungen den Regierungen zur Annahme anzubieten. Im Volkshause stimmten am 13. April 125 von 214, im Staatenhause am 17. von 91 Anwesenden 62 für dieses Verfahren; ein größeres Entgegenkommen, als in diesen Beschlüssen lag, konnte das Parlament den Regierungen gar nicht bezeigen. Und trotzdem ging man, als die Versammlung am 29. April 1850 geschlossen wurde, in gedrückter Stimmung und mit dem Gefühl auseinander, daß die Lage unklarer sei als vorher und daß in den Kreisen der Regierungen und besonders in Berlin die unionsfeindliche Partei eine verhängnisvolle Stärke gewonnen habe.

Das Erfurter Parlament.

Annahme der Verfassung.

Die Entscheidung konnte nicht lange auf sich warten lassen, denn schon zwei Tage später, am 1. Mai, ging das österreichisch-preußische Interim zu Ende, und eine österreichische Note vom 26. April hatte für den 10. Mai die Bundesgenossen zu Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundestages nach Frankfurt eingeladen. Gegen diese unzweideutige Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen mußten die Unionsfürsten Stellung nehmen. Der Herzog von Koburg schlug zu dem Zweck eine Zusammenkunft in Gotha für den 15. Mai vor; Friedrich Wilhelm

Österreichische Einladung zum Bundestag.

Der Fürstenkongreß in Berlin.

nahm den Gedanken auf und änderte nur Ort und Zeit; durch eigenhändige Schreiben lud er seine Verbündeten ein in Begleitung ihrer verantwortlichen Minister am 8. Mai nach Berlin zu kommen. Fast alle stellten sich ein, auch der Kurfürst von Hessen, obgleich er schon am 13. April die Vertagung des Unionsparlamentes und die Anknüpfung von Verhandlungen auf Grund des Vierkönigsbündnisses gefordert hatte. Die Fürsten berieten für sich und die Minister ebenso. An den Konferenzen der letzteren nahmen preußischerseits auch Radowitz und Bodelschwingh teil, obgleich Hassenpflug sie unter dem Vorwande, daß sie keine verantwortlichen Minister seien, auszuschließen suchte; eine würdige Einleitung zu seiner schließlichen Erklärung, daß Kurhessen der Erfurter Verfassung nicht beitreten könne. Auch von den anderen Regierungen verweigerten einige ihre Zustimmung, und die übrigen mußten sich begnügen ein neues Provisorium zu begründen und ein vorläufiges Fürstenkollegium zu ernennen, das am 12. Juni in Berlin unter dem Vorsitz des preußischen Bevollmächtigten von Sydow zusammentrat.

Rücktritt Kurhessens.

Fürstenkollegium.

Der österreichische Bundestag.

Das wichtigste Ergebnis des Berliner Kongresses war der Beschluß, gegenüber der österreichischen Versammlung in Frankfurt ein gleichmäßiges Verfahren einzuschlagen. Aber welches? Darüber waren selbst die preußischen Minister nicht einig. Brandenburg wollte mit Radowitz, daß nur die Union als Gesamtheit einen Vertreter schicke; Manteuffel u. a. befürworteten die Sendung von Bevollmächtigten aller einzelnen Staaten. Am Ende mußte bei der ganzen Sachlage die letztere Ansicht den Sieg behalten, und man begnügte sich damit ein gemeinsames Verhalten der Unionsgesandten gegenüber denen Österreichs, der Königreiche, Luxemburgs und Hessen-Homburgs, die schon seit dem 10. Mai in Frankfurt waren, festzustellen. Nur in freie Konferenzen sollten sie mit diesen eintreten, nicht aber zugeben, daß diese Konferenzen das Plenum des alten Bundestages darstellten, daß Österreich in ihnen den Vorsitz beanspruchen dürfe, daß etwaige Beschlüsse auch für die Minderheit verbindlich seien. Da ihnen nun Österreich und Genossen unter diesen Voraussetzungen die Aufnahme verweigerten, so wurden sie nach langem vergeblichen Notenwechsel zwischen Wien und Berlin Ende Juli wieder abberufen. Aber nicht alle; die beiden Hessen, Strelitz und Bückeburg trennten sich von den Unionsgenossen und traten zu Österreich über, das mittlerweile auch Dänemark und Liechtenstein herangezogen hatte und mit dieser Schar von Getreuen am 2. September 1850 den engeren Rat des alten Bundestages, zunächst mit 11 Stimmen, wieder ins Leben rief.

Beitritt verschiedener Unionsstaaten.

Erneuerung des engeren Rats.

Nur die Schwäche der preußischen Staatsmänner hatte dies Zerbröckeln der Union verschuldet; durch ein entschlossenes, kriegsbereites Auftreten die Gegner einzuschüchtern wagten sie nicht; kaum daß die Berichte des Prinzen von Preußen, der, ein eifriger Freund der Union, im Juni dem Zaren in Warschau und Petersburg einen Besuch abstattete und dann zur Taufe des Prinzen Arthur nach England reiste, sie ein wenig beruhigten. Trotzdem fürchteten sie noch immer den Zorn der

Der Prinz von Preußen.

Großmächte und gaben, um sie möglichst zu beschwichtigen, Schleswig-Holstein jetzt endgültig preis. Seit dem Waffenstillstande vom 10. Juli 1849 waren die Friedensverhandlungen bald lebhafter bald langsamer fortgesetzt worden. In der Verwaltung von Schleswig hatte der preußische Bevollmächtigte Graf Eulenburg eine sehr unselbständige Rolle neben dem Dänen Tillisch gespielt; die Verfolgung der Deutschgesinnten, die Unterdrückung jeder nationalen Kundgebung war von ihm kaum beanstandet worden; die preußischen Offiziere, die in der Landesarmee dienten, hatten im April ihre Stellen aufgeben müssen; nur zu der äußersten Demütigung, zum Umsturz der rechtmäßigen Erbfolge, die über kurz oder lang die Befreiung der Herzogtümer herbeiführen mußte, wollte sich Preußen schlechterdings nicht verstehen. Als die Großmächte in London hinter seinem Rücken ein Protokoll vereinbart hatten, welches die Unversehrtheit des dänischen Gesamtstaates als ein europäisches Interesse bezeichnete, verweigerte Bunsen am 2. Juli auf eigene Verantwortung seine Unterschrift und erhielt dafür die volle Billigung des Ministeriums. Aber an demselben Tage wurde in Berlin der Friede unterzeichnet, durch den Preußen die Schleswig-Holsteiner der dänischen Willkür und ihrer eigenen Kraft überließ; seine Truppen räumten das Land, die schwedischen desgleichen, und die Herzogtümer mochten sehen, ob sie sich allein der Dänen erwehren könnten. So gering diese Hoffnung war, so versuchten sie es doch. General Willisen, der aus dem preußischen Dienste schied und als Oberbefehlshaber an Bonins Stelle trat, überschritt mit 30 000 Mann die Eider und eröffnete mit von der Tann als Generalstabschef den dritten schleswig-holsteinschen Krieg. Aber schon am 24. und 25. Juli 1850 erlitt er in der zweitägigen Schlacht von Idstedt gegen die dänische Übermacht unter Krogh eine schwere Niederlage und mußte sich auf Rendsburg zurückziehen. Gelegentliche Vorstöße von dort, am 12. September gegen Missunde, am 4. Oktober unter von der Tanns Leitung gegen Friedrichstadt, scheiterten gleichfalls trotz aller Tapferkeit. Um auch Holstein zu unterwerfen bedurften die Dänen aber der Mitwirkung Deutschlands, als dessen berechtigte Centralgewalt sie die Frankfurter Versammlung anerkannten. Sie waren gewiß dort auf die freundschaftlichsten Gesinnungen zu stoßen. Österreich hatte seit dem März 1848 niemals aufgehört in gutem Einvernehmen mit Kopenhagen zu bleiben; es erklärte sich jetzt bereit das oben erwähnte Londoner Protokoll, das am 2. August 1850 von England, Rußland und Frankreich vollzogen war, nachträglich zu unterzeichnen und von der Frankfurter Versammlung genehmigen zu lassen; es konnte folglich auch kein Bedenken tragen den Dänen Schergendienste zu leisten und die völlige Unterwerfung Holsteins selbst in die Hand zu nehmen.

Schleswig-Holstein.

Diplomatische Verhandlungen.

Friedensschluß.

Der dritte Feldzug.

Schlacht bei Idstedt.

Dänemark und der Bundestag.

Londoner Protokoll.

Da fragte es sich nun noch einmal, ob Preußen das geschehen lassen oder ob es sich in letzter Stunde aufraffen werde. Und nicht die Zustände in Holstein allein, auch die in Kurhessen stellten diese Frage: Hassenpflug hatte es in wenigen Monaten dahin gebracht, daß er und

Kurhessische Wirren.

der Kurfürst nur durch fremde Truppen gehalten werden konnten. Als nach seiner Ernennung am 23. Februar 1850 die Stände ihn mit einem Mißtrauensvotum begrüßten und die Forderung einer Anleihe ablehnten, hatte er sie am 15. März vertagt und, da sie nach ihrer Wiederberufung den Beschluß erneuerten, am 13. Juni aufgelöst. Die Neuwahl brachte aber dieselben oder noch entschiedenere Mitglieder in die Kammer; Hassenpflug scheiterte mit seiner Forderung zum drittenmal und der Landtag verweigerte überdies die Bewilligung der direkten Steuern. Nach abermaliger Auflösung am 2. September wandte sich der Minister an den ständischen Ausschuß, der verfassungsmäßig in der Zwischenzeit den Landtag zu vertreten hatte. Auch hier abgewiesen, ließ er am 4. durch kurfürstlichen Erlaß die Forterhebung der Steuern einseitig befehlen und verhängte, da der ständische Ausschuß dagegen Verwahrung einlegte und die Steuerbeamten auf Grund ihres Verfassungseides den Gehorsam versagten, am 7. den Belagerungszustand über das Land. Die Wirkung auch dieser Maßregeln entsprach seinen Erwartungen nicht. Die Gerichte erklärten sich für den ständischen Ausschuß, die Beamten hielten an ihrem Eide fest, die Bevölkerung leistete standhaft, aber ohne Ausschreitungen, Widerstand. So richtete Hassenpflug denn ein Hilfegesuch nach Frankfurt und beredete den Kurfürsten in der Nacht zum 13. September Kassel zu verlassen und die Regierung nach Wilhelmsbad bei Hanau zu verlegen. Die Bundesversammlung war gern bereit dem Mann, der sich um die Sprengung der Union so große Verdienste erworben, behilflich zu sein: sie erklärte am 21. September die Steuerverweigerung für einen genügenden Grund um gemäß den Bundesbeschlüssen von 1832 einzuschreiten. Gestützt darauf machte Hassenpflug noch einen Versuch durch Einschüchterung Gehorsam zu erzwingen. Die Kriegsgerichte wurden angewiesen gegen jede regierungsfeindliche Handlung einzuschreiten. Allein die Offiziere hielten ihren Verfassungseid nicht minder heilig als die bürgerlichen Beamten und verlangten bis auf ein Dutzend alle, 241 an der Zahl, am 9. Oktober ihren Abschied um sich dem Widerstreit der Pflichten zu entziehen. So war also das Einschreiten der Frankfurter nicht mehr zu entbehren und Preußen mußte sich entscheiden, ob es Kurhessen in die Gewalt Österreichs fallen lassen wolle. Leidenschaftlich rangen die Parteien am Hofe noch einmal darum den König auf ihre Seite zu ziehen; noch einmal trug die Unionspartei den Sieg davon, und am 26. September ward das Ministerium des Auswärtigen von Schleinitz auf Radowitz übertragen. Aber auch die Gegner in Frankfurt rührten sich. Am 11. Oktober fand eine Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit den beiden süddeutschen Königen in Bregenz am Bodensee statt, und recht geflissentlich drückte man ihr das Gepräge der Drohung gegen Preußen auf. Der König von Württemberg brachte der österreichischen Armee seinen Trinkspruch mit der Versicherung, daß ein alter Soldat nicht viele Worte mache, aber dem Ruf seines Kaisers folge, wohin es auch sei — und der Kaiser

Hassenpflugs Hilfsgesuch in Frankfurt.

Widerstand der Truppen und des Landes.

Ermannung in Berlin.

Radowitz Minister.

Zusammenkunft in Bregenz.

erwiderte, daß sein Heer stolz darauf sei mit so tapferen Soldaten vor den Feind zu gehen. Schwarzenberg, von der Pfordten, von Linden, die leitenden Minister der drei Staaten, nahmen an der Begegnung teil und keiner machte ein Hehl daraus, daß es gelte, Preußen bewaffnet entgegenzutreten; eine Armee von 200 000 Mann sollte aufgestellt werden; der Bürgerkrieg, dem Preußen so oft mit schweren Demütigungen ausgewichen war, schien unvermeidlich zu sein und das alte Spiel von den sibyllinischen Büchern sich zu wiederholen: derselbe Preis, um den die Kaiserkrone vor wenig mehr als Jahresfrist zu haben war, wurde jetzt gefordert für den Einfluß in Kurhessen, für die traurigen Trümmer des Dreikönigsbündnisses.

Haltung der Großmächte.

Die Lage Preußens war bedrohlich genug. Bei keiner der Großmächte war Unterstützung zu finden; Frankreich war seit Persignys erfolgloser Sendung abgünstig geworden und hoffte wohl die erwünschte Vergrößerung durch Einschüchterung leichter als durch Versprechen zu erlangen. Rußland grollte, daß Preußens Unterschrift unter dem Londoner Protokoll fehlte und sprach in hohem Tone von dem Schutze, den es Dänemark gewähren werde; beide schritten zu offenen Drohungen; jenes wollte in Schlesien, dieses in die Rheinprovinz einrücken. In England bedauerte das Ministerium zwar, daß es so weit gekommen sei, aber trotz der Einreden einiger Kollegen und der Königin waren Russell und Palmerston um Dänemarks willen mit der russisch-französischen Politik einverstanden. Sie rechneten freilich mit Sicherheit darauf, daß Friedrich Wilhelm nachgeben werde; aber das thaten Nikolaus und Napoleon auch; keinem der beiden wäre damit gedient gewesen, wenn Preußen den Handschuh aufgenommen, wenn es Kammern und Heer einberufen und offen die nationale Fahne aufgepflanzt hätte. Es fehlte nicht an Staatsmännern, wie Bunsen, Camphausen, Pourtalès, die solch eine Politik forderten. Sollte dieser Staat, so fragten sie zornig, der wehrkräftig wie keiner und in den Finanzen gesund, der ohne Verlegenheit im Inneren und des Volksgeistes gewiß war, auf die Kriegsdrohung bramarbasierender Feinde hin diesen den Staub von den Füßen lecken, ohne auch nur den Versuch des Widerstandes zu machen? Zu den Männern, die so dachten, gehörte auch der Prinz von Preußen, der in dem Rate seines Bruders ritterlich für sein Vaterland kämpfte. Allein die Gegenpartei war übermächtig, und der zaghafte, schwankende König, der zwar mit seinen Versprechungen nicht brechen, aber noch weniger sich in die Bahn der Revolution locken lassen wollte, ward Schritt für Schritt zu ihnen hinübergezogen. Trotz der verletzenden Sprache des Zaren hielt er diesen für den einzigen Mann, der ihn aus seiner schlimmen Lage befreien könne. Er bat ihn um seine Vermittlung, und da Österreich Nikolaus' Entscheidung nicht zu fürchten brauchte, so trafen Franz Josef und des Königs Bruder, Prinz Karl, begleitet von Brandenburg und Schwarzenberg, am 28. Oktober 1850 bei dem Zaren in Warschau ein. Preußen war zu großen Zugeständnissen bereit; es wollte den Eintritt von ganz Österreich in den Bund zugeben; es wollte auf die

Stimmungen in Preußen.

Warschauer Zusammenkunft.

Berufung einer deutschen Volksvertretung verzichten; was es für sich verlangte, war das Recht einen engeren Bund mit anderen deutschen Staaten schließen zu dürfen, ein Anteil am Vorsitze im weiteren Bunde, und vor allem, daß die kurhessischen und schleswig-holsteinschen Streitigkeiten nicht von der Frankfurter Versammlung, sondern von den beiden deutschen Großmächten gemeinsam geschlichtet würden. Aber nicht genug, daß Nikolaus sich diesen Forderungen widersetzte und ohne Einschränkung für Österreich eintrat, er behandelte auch, unwillig darüber daß nicht der König selbst erschienen sei, den preußischen Minister, der als Sohn Friedrich Wilhelms II. dem hohenzollerschen Hause mit Leib und Seele zugethan und — was seine Schwächen sonst sein mochten — von warmer Liebe zum preußischen Staate erfüllt war, mit so hochfahrender Geringschätzung, daß diesem das Herz darüber brach; am 1. November wieder in Berlin eingetroffen, konnte er an den Beratungen, welche infolge seiner Berichte stattfanden, nicht mehr teilnehmen; in Fieberphantasieen sich zur Verteidigung des Vaterlandes rüstend, starb er am 6. November. Mittlerweile war die Demütigung Preußens beschlossen. In einem Ministerrate am 2. November hatten die beiden Parteien den letzten Kampf gekämpft. Die Majorität entschied sich für Nachgeben. Mit Thränen in den Augen, in der herzzerreißendsten Weise schloß sich der König ihr an, weil er Manteuffel im Inneren nicht glaubte entbehren zu können. Radowitz erbat und erhielt seine Entlassung. Einige seiner Gesinnungsgenossen blieben zwar auf ihren Posten, aber der deutschen Sache war damit nichts gedient; die einzige Folge war, daß die eine Hälfte des Ministeriums, den neuen Präsidenten Manteuffel an der Spitze, hinter dem Rücken der anderen Politik trieb. Gleich in den nächsten Tagen trat dies hervor. Eine Note vom 3. November, welche Preußens Unterwerfung in Wien anzeigte, wurde damit beantwortet, daß Preußen seine Truppen, die seit dem 24. Oktober unter dem Generallieutenant von der Gröben die Etappenstraße durch Hessen besetzt hielten, sogleich zurückziehen und dem Einrücken der Österreicher in Schleswig-Holstein nichts in den Weg legen solle. Ein österreichisches Korps unter Legeditsch hatte sich am 1. November von Vorarlberg aus nach Norden in Bewegung gesetzt, bayerische Truppen waren an demselben Tage in Hanau eingerückt. Da wallte das preußische Ehrgefühl noch einmal auf, und an Brandenburgs Todestage ordnete der König die Mobilmachung an. Allein während die preußischen Landwehrleute voll Begeisterung zu den Waffen eilten, erklärte Manteuffel dem österreichischen Gesandten, jener Befehl solle nur die öffentliche Meinung beschwichtigen, und ließ von der Gröben anweisen jeden Kampf mit den Österreichern und Bayern zu vermeiden. Ein paar Schüsse, die am 8. November 1850 bei Bronnzell gewechselt wurden und denen ein Schimmel zum Opfer fiel, waren die ersten und letzten Feindseligkeiten, zu denen es kam. Alles das genügte um überall jede Teilnahme für Preußen, die etwa aufkeimte, zu ersticken und die ohnedies wenig aussichtsreichen Bemühungen der Kriegspartei um Englands Bei-

Brandenburgs Tod.

Radowitz' Entlassung.

Letzte Krisis.

Scharmützel von Bronnzell.

stand zu vereiteln. Der König hatte seine Zustimmung gegeben, daß Radowitz unter dem Vorwande die englische Artillerie sich anzusehen nach London reise und dort Anknüpfungspunkte suche; aber selbst bei den besten Freunden Preußens fand er nur Mißtrauen und taube Ohren. Manteuffel handelte denn auch gerade so, als ob es keinen Radowitz und kein Gesuch um englisches Bündnis gebe. Als Schwarzenberg die förmliche Auflösung der Union durch einen Beschluß des Fürstenkollegiums forderte und im Fall der Weigerung mit der Abberufung des Gesandten drohte, lud er am 15. November die Vertreter der Unionsstaaten zu einer Konferenz ein, erklärte ihnen, daß Preußen die Unionsverfassung als aufgehoben betrachte, und erbat ihre Zustimmung. Es klang wie Hohn, wenn er hinzufügte, der König wünsche trotzdem mit seinen Verbündeten in der Union zu bleiben und hoffe gegebenen Falls auf ihre Unterstützung so mit den Waffen wie in den Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundes. Eine solche Handlungsweise mußte selbst die treuesten Anhänger erbittern; die Union aber war zu Ende, auch wenn die Teilnehmer nicht, dem preußischen Verlangen gemäß, dies einer nach dem anderen, Baden zuerst am 23. November, erklärt hätten.

Radowitz in England.

Auflösung der Union.

Die thatsächliche Demütigung Preußens war vollzogen; um sie vollkommen zu machen fehlte nur eins noch: eine Maßregel, die alle bisherigen Nachgiebigkeiten gleichsam in eine Handlung zusammenfaßte, und als Denksäule so vieler Schmach von Mit- und Nachwelt verstanden würde. Manteuffel brachte auch dies fertig. Da Österreich drohend die sofortige Räumung Kurhessens forderte und seine Rüstungen noch immer nicht einstellte, obgleich Friedrich Wilhelm den Kaiser in einem eigenen Schreiben darum bat, so drängte sich Manteuffel dem österreichischen Minister förmlich auf, ersuchte ihn am 26. November um eine Zusammenkunft und reiste ohne auch nur die Antwort zu erwarten am 27. ab. Am nächsten Tage trafen beide in Olmütz zusammen, der Österreicher von dem russischen Gesandten in Wien, Baron Meyendorff, begleitet. Manteuffel trieb wiederum Politik auf eigene Hand. Selbst die bescheidenen Schranken, welche man in Berlin ihm gezogen hatte, hielt er nicht inne. Man hatte ihm vorgeschrieben dahin zu wirken, daß wenigstens nach der Herstellung des weiteren Bundes jeder Staat das Recht erhalten solle sich mit anderen enger zu verbinden; er ließ es fahren. Man verlangte in Berlin, daß der Frankfurter Bundestag so lange seine Thätigkeit einstelle, bis durch freie Konferenzen an einem neutralen Orte die künftige Gestaltung des Bundes geordnet sei; Manteuffel verzichtete auf dieses Verlangen. Seine Instruktionen wiesen ihn an auf der gemeinsamen Besetzung Kurhessens durch Preußen und Österreicher zu bestehen; er begnügte sich mit einem Bataillon königlicher Truppen in Kassel. In der schleswig-holsteinischen Frage endlich sollte er die Mitwirkung der übrigen deutschen Regierungen, die Beratung auf den freien Konferenzen fordern; aber Schwarzenberg wußte recht gut, daß auch unter den musterhaft öster-

Der Tag von Olmütz.

reichisch gesinnten Mittel- und Kleinstaaten die Sache der Herzogtümer noch manchen Freund habe; also wich Manteuffel auch hier und willigte in die Absendung österreichisch-preußischer Kommissäre, welche die Landesregierung zwingen sollten ihre Truppen hinter die Eider zurückzuziehen und auf ein Drittel zu vermindern.

Dresdener Konferenzen.

Am 29. November 1850 wurden diese Vereinbarungen unterzeichnet; das einzige Zugeständnis, welches Preußen errang, bestand darin, daß es die Einladung zu den freien Konferenzen mit unterzeichnen durfte. Als Beratungsort wurde Dresden, als Eröffnungstag der 23. Dezember gewählt. Ein gedeihliches Ergebnis war von den Verhandlungen für Preußen nicht zu hoffen; das höchste, was es noch erreichen konnte, war die Abwehr der österreichischen Forderungen. Schwarzenberg hatte nicht umsonst immer von neuem betont, daß sein Kaiser keineswegs die einfache Rückkehr zum alten Bundestag wolle; jetzt zeigte sich, was er damit gemeint habe: er forderte den Eintritt der ganzen Monarchie, die auch nicht durch eine ideelle Linie getrennt werden dürfe, in den Bund und eine solche Verteilung des Stimmenverhältnisses, daß die Kleinstaaten, die eine so bedenkliche Abhängigkeit von Preußen an den Tag gelegt hatten, zu Gunsten der Mittelstaaten vollständig ihres Einflusses beraubt worden wären. Beide Forderungen überspannten jedoch zu sehr das Maß des Erreichbaren. England erklärte schon im Dezember, daß der Eintritt Gesamt-Österreichs das Gleichgewicht Europas und die Selbständigkeit Deutschlands gefährde, und ein scharfer Protest Frankreichs schloß sich dem englischen an. Nicht besser ging es mit der Veränderung des Stimmenverhältnisses. Zur Beratung dieser Frage war ein Ausschuß unter Schwarzenbergs Vorsitz gewählt worden; in diesem beantragte er gemeinsam mit Preußen die siebzehn Stimmen des alten engeren Rates auf neun herabzusetzen, von denen die beiden Großmächte je zwei, die vier Königreiche je eine, und die beiden Hessen zusammen die neunte führen sollten. Diesen Vorschlag verwarf selbst der Ausschuß; er ließ Baden an der hessischen Stimme teilnehmen, gab den sieben nächstgroßen Staaten eine zehnte und den neunzehn Kleinstaaten von Weimar abwärts eine elfte Stimme. Aber auch so wäre Preußens Einfluß verloren, seine politische Stellung mit einem Strich vernichtet gewesen. Glücklicherweise wehrten sich die Mindermächtigen, besonders Baden, Mecklenburg und Weimar, tapfer ihrer Haut und zwangen dadurch auch Preußen zum Widerstande. Trotz der Drohung Schwarzenbergs traten außer den Königreichen nur fünf Staaten seinen Vorschlägen bei; die übrigen, ob sie gleich kaum ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands umfaßten, hielten fest an ihrer Weigerung. Württemberg erhob noch einmal die Forderung einer Volksvertretung am Bunde; der König selbst schrieb deshalb am 18. Januar 1851 an Schwarzenberg. Aber der Vorschlag teilte das Schicksal aller anderen, zumal auch Preußen demselben abgeneigt war. Bei den meisten preußischen Staatsmännern, und bei den besten am stärksten, war jetzt die

Das Siebzigmillionen-Reich.

Der Bundesrat.

Volksvertretung.

Preußischer Pessimismus.

Einsicht zum Durchbruch gekommen, daß man den neuen Bund zu einem möglichst schwachen Abklatsch des alten machen müsse, damit der erste Hauch ihn über den Haufen werfe. Unterdessen, so meinte Pourtalès, der Gesandte in Konstantinopel, wirken wir unermüdlich gegen unsere besten Freunde Nikolaus und Franz Josef; wir flößen den Türken Mut ein; wir raten den Italienern sich um das Haus Savoyen zu scharen; wir suchen es der revolutionär-nationalen Partei in Europa begreiflich zu machen, daß Piemont und Preußen die beiden einzigen Staaten sind, auf denen ihre Hoffnung beruht. Solche Gesinnungen waren natürlich für den König und für Manteuffel ein Greuel; aber beide konnten nicht verhindern, daß sie in der preußischen Diplomatie wucherten und auch bei Männern Wurzel schlugen, die zu den wärmsten Anhängern der österreichisch-russischen Allianz gehört hatten. Wo es noch ein Fünkchen preußischen Ehrgefühles gab, da mußte es auflodern bei der schnöden, hochmütigen Behandlung, die Schwarzenberg dem gedemütigten Gegner angedeihen ließ. Mit wahrer Wonne schien der Retter Österreichs, wie lobhudelnde Zeitungsstimmen ihn nannten, in Preußens Wunden zu wühlen. Die Vorgeschichte von Olmütz den fremden Höfen recht ausführlich auseinanderzusetzen, mitleidig hinzuwerfen, daß der Kaiser einem „so bescheiden ausgesprochenen Wunsche" Friedrich Wilhelms wohl habe willfahren dürfen, laut zu prahlen, daß Preußen erst erniedrigt und dann vernichtet werden müsse, das waren die diplomatischen Künste und die feinen Manieren des Staatsmannes, der ausschließlich das Ohr seines eben zwanzigjährigen Kaisers beherrschte. Man schlürfte an der Wien den Taumelkelch des Glückes bis zur Neige; man schwelgte in dem Rausche und fühlte nicht, daß es ein Rausch war; man forderte trotzig das Schicksal heraus und achtete nicht der Wolken, die finster am Horizonte aufzogen, der tödlichen Keime, die überall wucherten, der unversöhnlichen Feindschaft, die vorsichtig sich verbarg, aber in der Verborgenheit zu Riesenstärke anschwoll. Der Übermut war grenzenlos; der Fall, als er eintrat, sollte seiner würdig sein.

Österreichischer Übermut.

Die Reaktion in Deutschland und Österreich.

Noch aber war von keinem Fall die Rede, noch sprach man nur von Verfolgung, von Ausnutzung des Sieges. Die nächste Frucht, die man heimbrachte, war die Wiedereröffnung des vervollständigten Bundestages. Daß man in Dresden überhaupt nichts zustande bringen werde, war allmählich allen Beteiligten klar geworden. Zwar lieferten die Kommissionen, die man zur Beratung der wichtigsten Fragen gebildet hatte, ihre Berichte über die Organisation der Bundesbehörden und die Ausdehnung des Bundesgebietes, über den Wirkungskreis des obersten Bundesorgans, über die materiellen Interessen und über das Bundesgericht. Aber trotz Schwarzenbergs Drängen, der im Februar

Die Dresdener Konferenzen.

noch einmal mit Manteuffel nach Dresden kam, das beide bald nach Eröffnung der Konferenzen verlassen hatten, gelang es in keinem Punkte eine Verständigung zu erzielen. Dem Eintritt Gesamt-Österreichs leistete jetzt auch Preußen festen Widerstand, der auch durch unmittelbare Verhandlungen nicht gebrochen wurde, weil der Widerspruch der übrigen Großmächte ihn stützte. Österreich ließ also endlich seine Forderung fallen und begnügte sich damit, daß Preußen ihm in einem geheimen Vertrage vom 3. Mai 1851 alle seine Besitzungen auf drei Jahre garantierte. Nachdem dies geschehen war, erklärte Preußen am 15. Mai, es halte die Beschickung der Frankfurter Bundesversammlung augenblicklich für das allein Erreichbare; alle Regierungen waren damit einverstanden und der Beschluß die Kommissionsberichte dem Bundestage als „schätzbare Materialien" zu überweisen war das würdige Ende der Dresdener Konferenzen.

Der Bundestag.

Vorbereitet war diese Wendung schon durch eine preußische Note vom 27. März, die den Unionsregierungen die Rückkehr zum Bundestage empfahl. Infolgedessen trafen deren Gesandte seit Anfang Mai nach und nach in Frankfurt ein. Preußen selbst schickte als seinen Vertreter einen Mann, der trefflich geeignet war die alten Fäden zuerst wieder anzuknüpfen, Herrn von Rochow, den Gesandten am Petersburger Hofe, einen überzeugten Bewunderer der Manteuffelschen Politik. Nicht für die Dauer sollte er in Frankfurt bleiben; war alles ins alte Gleis zurückgebracht, dann kehrte er an die Newa zurück und übergab den Frankfurter Posten seinem Legationssekretär Otto von Bismarck, der sich als treuen Kämpen der Reaktion auf parlamentarischem Boden bewährt hatte und jetzt zum erstenmale unter so bewährter Leitung sich in der Diplomatie erproben sollte. Ganz volles Vertrauen setzte man in Berlin nicht in ihn; wohl in seine Gesinnungstüchtigkeit, die stand über allem Zweifel; aber ob er die Mäßigung und Biegsamkeit habe, die einem preußischen Gesandten in Frankfurt not that, das war dem Könige selbst bedenklich. Indessen der Mann hatte durch seine unerschrockene Königstreue es wohl verdient, daß man seine Bitte erfüllte und einen Versuch mit ihm machte. So traf er denn am 14. Mai 1851 mit Herrn von Rochow in der Mainstadt ein und übernahm im August verabredetermaßen die volle Leitung der Geschäfte.

Herr von Bismarck.

Als die wichtigste Aufgabe, welche dem Bundestage gestellt war, erschien es möglichst überall die Errungenschaften der Revolution zu zerstören und alles auf den vormärzlichen Standpunkt oder noch darüber hinaus zurückzuführen. Besonders verlockend war diese Aufgabe in Holstein und in Kurhessen, obgleich beider Orten die Hauptarbeit schon gethan war. An der Eider trafen bereits Anfang Januar Bevollmächtigte der beiden Großmächte ein, die Generale von Mensdorff-Pouilly und von Thümen, und geboten die Räumung Schleswigs, soweit es von den Landestruppen besetzt war, und die Verminderung dieser Truppen. Da sich gleichzeitig Legeditsch, der in Kurhessen ent-

Aufgaben des Bundestages.

Schleswig-Holstein.

behrlich geworden war, nach der Elbe in Bewegung setzte, blieb der Landesregierung keine Wahl, sie mußte gehorchen; aber zur Ausführung der schmählichen Befehle wollten sich die Führer der nationalen Bewegung nicht hergeben, sondern legten am 11. Januar 1851 ihre Ämter nieder. Darauf übertrugen Mensdorff und Thümen in Übereinstimmung mit dem dänischen Kommissar Grafen Reventlow-Criminil die Verwaltung des Landes am 2. Februar einer Oberbehörde von fünf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Barons Adolf Blome, setzten die Verfassung vom 15. September 1848 und die deutschen Grundrechte außer Kraft, lösten die Landesversammlung auf und überlieferten selbst Rendsburg, das doch zu Holstein gehörte, den dänischen Truppen. Dann begannen die Verhandlungen über das künftige Verhältnis Schleswigs zu Holstein und über die Erbfolge. Teils zwischen den beteiligten Regierungen, teils zwischen Vertretern des Königreichs und der Herzogtümer, die der König zu diesem Zweck ernannt hatte, teils endlich in Kopenhagen zwischen dem Ministerium und dem Reichsrate gepflogen, schleppten sie sich langsam und mühevoll ein ganzes Jahr hin. Ein Erlaß des dänischen Königs vom 28. Januar 1852, der bis auf die Universität Kiel und einige andere Anstalten alle Bande zwischen den Herzogtümern durchschnitt und ihre Beziehungen zu dem Königreiche obenhin ordnete, galt endlich als genügende Bürgschaft um Holstein am 18. Februar wieder vollständig an die Dänen auszuliefern. Die Erbfolge wurde durch ein zweites Londoner Protokoll geordnet. Durch das frühere vom 2. August 1850 hatten die Großmächte mit Ausnahme Preußens sich bereits zur Erhaltung des Gesamtstaates Dänemark verpflichtet; es handelte sich jetzt also noch darum Preußens Einwilligung zu erlangen und den Thronfolger zu bestimmen. Die berechtigte Erbin in Dänemark war eine Schwester Christians VIII., die Landgräfin Charlotte von Hessen; deren Tochter Luise war mit dem Prinzen Christian von Glücksburg vermählt und diesen ersah man zum künftigen König. Nachdem Nikolaus schon in dem Warschauer Protokoll vom 5. Juni 1851 diesem Plane zugestimmt hatte, erklärten sich am 8. Mai 1852 in dem Londoner Protokoll auch die anderen Großmächte und Schweden damit einverstanden. Beim dänischen Reichstag stieß diese Anordnung aber auf so hartnäckigen Widerstand, daß er sie erst nach zweimaliger Auflösung und mehreren Ministerwechseln am 24. Juni 1853 annahm. Damit war für das Königreich die Thronfolge des Glücksburgers gesetzlich gesichert, aber keineswegs für die Herzogtümer: weder der Bund hatte seine Zustimmung gegeben, noch waren die Stände der Herzogtümer darum ersucht worden, noch hatten die Augustenburger, die Oldenburger oder wer sonst noch vor oder neben dem Prinzen Christian Erbrechte auf Schleswig-Holstein oder einzelne Teile besaß, Verzicht geleistet. Die Dänen glaubten das alles entbehren zu können; nur von dem regierenden Herzog von Augustenburg erwirkten sie am 30. Dezember 1852 einen Verzicht, indem sie ihm $2\frac{1}{4}$ Millionen Thaler als Ent-

Übergabe Holsteins an die Dänen.

Die Erbfolge.

Warschauer und Londoner Protokoll.

schädigung für seine eingezogenen schleswigschen Güter zahlten. Herr von Bismarck war bei diesem Abkommen sehr thätig gewesen; es unanfechtbar zu machen war aber auch seinem Eifer nicht gelungen, da die Verwandten des Herzogs ihre Zustimmung versagten. Den Dänen konnte man es bei dieser Sachlage nicht verübeln, wenn sie gegen die ganze Familie die Verbannung aufrecht erhielten, obgleich der König umfassende Begnadigung verheißen hatte. Aber daran ließ sich ihre Verfolgungssucht nicht genügen. Mit der Fürstenfamilie mußten die Mitglieder der Landesregierung und viele Offiziere der schleswig-holsteinschen Armee die Heimat verlassen; acht Professoren der Kieler Universität, viele Lehrer, Prediger und Beamte verloren ihre Stellen und mußten im Auslande ein Unterkommen suchen; in Deutschland mit offenen Armen empfangen und meist auch von den Regierungen begünstigt, fanden viele von ihnen leidlichen Ersatz für das, was ihnen genommen war; Tausende aber, zumal aus dem Handels- und Gewerbestande, mußten sich eine neue Existenz jenseit des Ozeans begründen. Der Ingrimm und Haß, mit dem die Dänen besonders in Schleswig deutsche Sprache und Sitte auszurotten trachteten, die Verfolgungssucht, die sie bis in das Familienleben hinein bethätigten, die Bemühungen eine gesetzliche Verschmelzung der Herzogtümer mit dem Königreiche herbeizuführen bilden den traurigen Inhalt des folgenden Jahrzehntes. An lahmen Vorstellungen und halben Drohungen seitens der deutschen Regierungen fehlte es dabei wohl nicht; aber welchen Erfolg konnten sie haben, wenn es in Deutschland selbst nicht anders herging, wenn dieselbe Willkür, die in Schleswig die Nationalgesinnten mißhandelte, in Österreich wie in Preußen, in den Mittel- wie in den Kleinstaaten die Liberalen plackte und schund, die Presse unterdrückte, die Volksvertretung fälschte und schamlos Recht und Gesetz mit Füßen trat? Weit verbreitet war bald in Europa die Meinung, daß Deutschlands Haß gegen Dänemark zusammenfalle mit dem Haß der Reaktion gegen den Liberalismus; und wenn diese Meinung auch künstlich genährt wurde, so war sie doch gewiß entschuldbar bei dem fremden Beobachter, dem nicht entgehen konnte, daß die Beschwerden über Unterdrückung von Regierungen herrührten, die selbst zu Beschwerden über Unterdrückung den reichlichsten Anlaß geben.

Dänisches Strafregiment.

Kurhessen war das würdige Gegenstück zu Schleswig-Holstein. Hier hatten österreichische und bayerische Truppen gemeinsam die Herstellung des Hassenpflugschen Regimentes besorgt. Da mit ihrem Einmarsch der passive Widerstand der Beamtenkreise noch nicht sofort erlosch, wurden als wirksames Mittel ihn zu brechen die Masseneinquartierungen benutzt, die den Namen der Strafbayern zum geflügelten Worte machten. Kriegsgerichte besorgten das übrige; die Mitglieder des landständischen Ausschusses, viele hohe Beamte und Richter wurden von ihnen verurteilt, meist zu Festungshaft. Preußen suchte die gütliche Unterwerfung der Widerstrebenden zu fördern und als es dem General Peucker gelungen

Kurhessen.

war das Oberappellationsgericht in Kassel am 18. Dezember zu einer fügsamen Erklärung zu bewegen, folgten die meisten Behörden dem Beispiel und die Beamtenrevolution, die Revolution in Schlafrock und Pantoffeln, wie Manteuffel sie höhnisch in der ersten Kammer nannte, ging zu Ende. Hassenpflug aber verstand es die günstige Lage auszunutzen. Obgleich die hessische Verfassung keine Frucht des Jahres 1848 war, sondern schon seit zwanzig Jahren in Wirksamkeit stand, hoffte er sie doch bei dieser Gelegenheit beseitigen zu können. Zunächst ließ er sich durch die beiden Bevollmächtigten des Bundes, den österreichischen General von Leiningen und den preußischen Staatsminister von Uhden, zu einer Reihe von Verordnungen auffordern, welche das Gerichts- und Verfassungswesen völlig umgestalteten; dann vereinbarte er mit ihnen einen neuen Verfassungsentwurf und veranlaßte sie in einem Berichte an den Bund die Unzulässigkeit der Verfassung von 1831 nachzuweisen. In Frankfurt ging man gern auf ihre Darstellung ein und beauftragte am 27. März 1852 die kurhessische Regierung den neuen Entwurf und ein neues Wahlgesetz (an Stelle des im Jahre 1849 geschaffenen) vorläufig in Kraft zu setzen, was denn auch am 13. April geschah. Die Zustimmung der neu zu wählenden Stände war dabei jedoch vorbehalten, und da Hassenpflug diese trotz aller Maßregelungen nicht erlangen konnte, so schleppte sich die Frage ungelöst durch die Jahre der Reaktion um zuletzt doch mit dem Siege der Verfassung von 1831 zu enden.

Verfassungsbruch.

Verfassung vom 13. April 1852.

In anderen deutschen Staaten, wo der Widerstand der Bevölkerungen weniger zäh war, gelang die Beseitigung der revolutionären Schöpfungen schneller. Meistens diente als Handhabe dabei der Bericht, welchen der sogenannte Reaktionsausschuß am 16. August 1851 der Bundesversammlung erstattete. Dieser Ausschuß hatte den Auftrag erhalten Mittel zu bezeichnen um den inneren Frieden Deutschlands zu befestigen und das Vordringen der zerstörenden Kräfte zu hemmen, und dazu empfahl er nun vor allem aus den neu entstandenen Verfassungen die Beschränkungen des fürstlichen Vetos, das allgemeine Wahlrecht, die Beeidigung des Militärs und ähnliche demokratische Bestimmungen auszumerzen; jede Regierung sollte das zunächst aus eigener Kraft zu bewirken suchen; wenn sie dazu außer stande sei, müsse sie vom Bunde unterstützt werden. Diese Vorschläge wurden am 23. August angenommen und zugleich die Aufhebung der deutschen Grundrechte beschlossen. Dann ging die Arbeit in den einzelnen Ländern an. Hier und da war man freilich den Bundesbeschlüssen lange vorausgeeilt, sei es wie in Preußen durch Umarbeitung der allzuradikalen Verfassung, sei es wie in Mecklenburg durch den Umsturz derselben. Am 11. Oktober 1849 war in Schwerin nach elfmonatlichen Beratungen ein Staatsgrundgesetz verkündet und vom Großherzog beschworen worden, das dem verkommenen ständischen Wesen des Landes ein Ende machte. Trotzdem gab das mecklenburgische Junkertum sein Spiel nicht verloren; indem es sich auf die Gewähr berief, welche der Bundestag für die alte Verfassung übernommen hatte, legte es bei

Der Reaktionsausschuß der Bundesversammlung.

Aufhebung der Grundrechte.

Mecklenburg.

dem Interim Verwahrung gegen das neue Gesetz ein und forderte dessen Einschreiten. Das liberale Ministerium dagegen, dessen Vorstand Herr von Lützow war, wandte sich an den Verwaltungsrat der Union, zu der Mecklenburg ja gehörte. Hier wie dort, in Berlin wie in Frankfurt, war man bereit sich der Sache anzunehmen, so daß die Bevollmächtigten Preußens, die in beiden Behörden saßen, sich gegenseitig die Befugnis der Entscheidung streitig machten. Wer aus dieser widerspruchsvollen Lage als Sieger hervorgehen werde, konnte jedoch kaum zweifelhaft sein, da der König von Preußen auf Grund seiner Erbberechtigung in Melckenburg schon am 22. November 1849 gegen die neue Verfassung Verwahrung eingelegt hatte. Nach einigem Sträuben gehorchte daher der Großherzog der Aufforderung, die ihm aus Frankfurt zukam, und willigte in ein Schiedsgericht. Er selbst wählte den König von Preußen, die Ritterschaft den von Hannover zum Schiedsmann und die Bevollmächtigten beider, der Vizepräsident Götze und der Kabinettsrat von Scheele erkoren als Dritten den sächsischen Präsidenten von Langenn. Bis zum Austrag wurde die Ständeversammlung vertagt und das Ministerium Lützow, das damit nicht einverstanden war, durch ein Kabinett ersetzt, welches der bisherige preußische Unterstaatssekretär von Bülow bildete. Der Spruch der Dreimänner erfolgte am 11. September 1850 zu Freienwalde in Brandenburg zu Gunsten der Ritterschaft und der Großherzog zögerte nicht ihm zu gehorchen; die Ständeversammlung wurde aufgelöst, die Verfassung aufgehoben, der altständische Landtag wieder einberufen. Einige Versuche mit diesem eine verbesserte Verfassung zu vereinbaren scheiterten völlig und so bewahrte Mecklenburg seine verrotteten Zustände und bewahrt sie selbst im neuen deutschen Reiche.

Der Freienwalder Schiedsspruch.

In vielen Staaten und gerade in den größeren machte die Beseitigung der liberalen Verfassungsänderungen und der Gesetze aus der Revolutionszeit nur geringe Mühe; fast überall trug man besonders den Wahlgesetzen unversöhnliche Feindschaft nach und hoffte durch Beschränkung des Wahlrechtes gefügige Kammern zu erzielen, die man in Wahrheit doch nur der allgemeinen Ermattung und Hoffnungslosigkeit verdankte. In Sachsen wurden am 1. Juni 1850 die Kammern aufgelöst, nachdem die zweite sich für das Festhalten an der Verbindung mit Preußen ausgesprochen hatte. Da das Wahlgesetz von 1848 provisorisch erlassen und ein definitives nicht vereinbart war, so folgerte das Ministerium daraus, daß die Neuwahlen nunmehr nach dem Gesetz von 1851 vorzunehmen seien, d. h. es setzte einfach die vormärzlichen Stände wieder in Thätigkeit. Die Universität Leipzig, die es ablehnte einen Vertreter zur ersten Kammer zu wählen, wurde dafür von Beust rücksichtslos gemaßregelt und eine Anzahl namhaftester Professoren, Otto Jahn, Haupt, Mommsen, trotz gerichtlicher Freisprechung aus politischen Gründen ihres Amtes entlassen. Mit den alten Ständen wurde dann am 5. Mai 1851 eine Revision der Verfassung vereinbart. In Bayern hätte die Regierung gern das Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 beseitigt, doch beruhigte sie sich auch dabei,

Verfassungsänderungen in anderen Staaten.

als ihre Bemühungen mißlangen. In Württemberg dagegen stellte der König am 6. November 1850 die durch Gesetz vom 1. Juli 1849 aufgehobene erste Kammer und damit die Verfassung von 1819 wieder her; eine Reform derselben ließ er nach einem ersten Anlauf im April 1852 wieder fallen. Überall wurden die deutschen Grundrechte außer Kraft gesetzt; wo man nicht allein fertig werden konnte, nahm man zu Bundeskommissären seine Zuflucht, deren bloßes Erscheinen in kleineren Staaten wie in Bremen genügte um den Widerstand zu brechen. In Wirksamkeit blieben die Neuerungen von 1848 und 1849 fast nirgends; selbst unter den freisinnigeren Fürsten fand sich kaum einer, wie etwa Herzog Ernst von Sachsen-Koburg, der die Einmischung des Bundes abzuweisen den Mut hatte. In einzelnen Staaten zogen sich diese rückläufigen Bewegungen mehrere Jahre hin, ehe sie zum Abschluß kamen, so in Darmstadt, Luxemburg, Nassau, Altenburg, Schwarzburg, vor allem in Hannover. Hannover. Hier hatte ein Gesetz vom 5. September 1848 unter anderem auch den ausschließlichen Einfluß der Ritterschaft in der ersten Kammer aufgehoben und dem Handels- und Gewerbestande eine maßgebende Vertretung in derselben gesichert; noch größere Einbuße als dadurch fürchtete die Aristokratie durch die Umgestaltung der Provinziallandschaften zu erleiden. Als daher die Reaktion in Fluß gekommen und das liberale Ministerium Graf Bennigsen-Stüve am 26. Oktober 1850 dem konservativen von Münchhausen gewichen war, begann die Ritterschaft zunächst in Eingaben an den König ihre Forderungen geltend zu machen. Ernst August wies sie aber ab, da er die große Macht des Adels selbst nicht ungern gebrochen sah, und am 1. August 1851 trat das Gesetz über die Provinziallandschaften in Kraft. Bald darauf starb der König, und sein blinder Sohn bestieg als Georg V. am 18. November 1851 den Thron. Georg V. Dieser berief sofort unter dem Präsidium des Freiherrn von Scheele ein neues Ministerium, in welchem die Ritterschaft durch hervorragende Mitglieder, von Borries, von der Decken, von Brandis, vertreten war, während das Justizministerium einem Bürgerlichen, Windthorst von Meppen, übertragen wurde, der durch eine neue Gerichtsordnung vom 21. August 1852 sich ein dauerndes Verdienst um das Land erwarb. Den Forderungen des Adels unbedingt nachzugeben war doch auch dieses Ministerium in seiner Mehrheit nicht geneigt; Borries und von der Decken schieden deshalb bald aus und die bleibenden Minister machten dem Landtage eine vermittelnde Vorlage, durch welche sie die Einmischung des Bundestages, an den sich die Ritterschaft gewandt, zu umgehen hofften. Mit kleiner Mehrheit verwarf jedoch die zweite Kammer am 22. Juni 1853 den Regierungsantrag. Sie wurde sofort aufgelöst, allein das Ministerium überlebte sie nicht lange; am 21. November ward es entlassen und der Landdrost von Lütcken mit der Neubildung betraut. Nun folgten wieder lange Verhandlungen am Bundestage, der endlich am 12. April 1855 die Regierung verpflichtete die Gesetze vom 5. September 1848 und und 1. August 1851 zu ändern. Der neugewählte Landtag war aber

in seiner Mehrheit noch immer oppositionell und forderte Aufklärung über die Verhandlungen in Frankfurt; diese wurde ihm verweigert und als er nun den König bat die Selbständigkeit des Königreiches und die Verfassung vor Eingriffen des Bundestages zu schützen, ward er am 13. Juli vertagt und am 31. aufgelöst. Die letztere Maßregel traf nicht mehr das Ministerium Lütcken, sondern ein starr ritterschaftliches, das aus den Grafen Kielmannsegge und Platen-Hallermund, den Herren von Borries, von der Decken, von Bothmer und von Brandis bestand und am 1. August den Bundesbeschluß in vollem Umfang ohne ständische Mitwirkung zur Ausführung brachte. Der nächste Landtag ward wieder nach dem alten Wahlgesetze gewählt und lieferte also eine erste Kammer, die unbedingt zur Regierung stand; in der zweiten Kammer dagegen bildete auch jetzt die Opposition noch die Mehrheit, deren Führung mehrere der früheren Minister, Graf Bennigsen, Freiherr von Münchhausen, Windthorst übernahmen. Erst als nach erneuter Auflösung durch königliche Verfügung nicht bloß die zeitigen, sondern auch die früheren Staatsdiener, insbesondere die genannten Minister, von der Ständeversammlung ausgeschlossen wurden, fand sich auf dem Landtag von 1857 eine ministerielle Mehrheit zusammen, der die Liberalen unter der Führung des jungen Rudolf von Bennigsen einen tapferen, aber hoffnungslosen Widerstand entgegensetzten.

Willkürherrschaft in Deutschland.

Es waren traurige Zeiten, die so über Deutschland hereingebrochen waren. Die Regierungen schienen wetteifernd sich gegenseitig in Polizeiwillkür, Rechtsbruch und kleinlicher Ränkesucht überbieten zu wollen. Auflösungen der Ständeversammlungen waren so an der Tagesordnung, daß es kaum ein Ministerium gab, das nicht selbst mehr als einmal dazu gegriffen hätte; schamlose Wahlbeeinflussungen, Einschüchterung so gut wie Bestechung gröberer oder feinerer Art, brachten dann endlich Kammern zustande, die sich dazu hergaben dem vollzogenen Gesetzesbruch den Schein der Gesetzlichkeit zu leihen. Die Presse wurde beschränkt und mißhandelt, sowie sie ein offenes Wort zu sprechen sich anmaßte; ein Bundesgesetz vom 6. Juli 1854 regelte die Bedingungen, unter denen die Preßfreiheit gestattet sein sollte. Völlig ertöten ließ sich das öffentliche Wort freilich nicht mehr; die Gewöhnung der Revolutionsjahre hatte schon zu tiefe Wurzeln geschlagen, die Zahl der großen und kleinen Blätter war in kaum geahntem Maße gewachsen; was in dem einen Ländchen nicht gesagt werden durfte, trat in dem anderen ans Licht und fand leicht seinen Weg über die Grenze; die Verhandlungen der Landtage, deren Veröffentlichung man nicht verhindern konnte, boten durch die Reden der Oppositionsmänner immer neuen Anstoß zur Belebung des öffentlichen Geistes. Um so eifriger suchte man andere politische Zusammenkünfte und Vereine zu verhindern. Ein Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 zog ihnen so enge Grenzen wie irgend möglich und schrieb strengste Überwachung vor. Verdächtige Politiker wurden ängstlich beobachtet, die Parteistellung der ruhigsten Bürger aufmerksam ausspioniert;

Die Presse.

Vereinsgesetz.

Polizei.

es kam wohl vor, daß die Polizei die Leidtragenden notierte, welche dem Sarge eines Achtundvierzigers folgten, von der Kontrolle über die Stimmabgabe bei den Wahlen gar nicht zu reden. Das Paßwesen wurde zu höchster Vollkommenheit ausgebildet; wehe dem, der mit einem flüchtigen Demokraten oder anrüchigen Oppositionsmann Ähnlichkeit hatte, er war der lästigsten Plackereien und Scherereien sicher, sowie er seinen Wohnort verließ. Vor den übrigen Staaten zeichnete sich auch hier wieder Preußen durch blinden und rücksichtslosen Eifer aus. Der höhere Polizeidienst, ja die ganze Civilverwaltung geriet in die Hände der erbittertsten Reaktionäre. Männer wie Kleist-Retzow, die mit dem persönlichsten Hasse den Liberalismus verfolgten, wurden zu Regierungspräsidenten ernannt; die Hauptstadt selbst seufzte unter der Tyrannei ihres Polizeimeisters, des Herrn von Hinckeldey, der im Bewußtsein der Macht, die in seinen Händen lag, sogar der eigenen Partei zu trotzen wagte, und weder den Zorn der Kreuzzeitung, die er wiederholt mit Beschlag belegte, noch die Drohungen der Junker, deren gesetzwidrige Spielklubs er schloß, scheute. Daß er in diesem Kampfe schließlich unterlag und im Duell mit dem Edlen von Rochow im März 1856 seinen Tod fand, umgab ihn zuguterletzt noch mit dem Heiligenscheine der Pflichttreue, während seine ganze Amtsführung doch hinlänglich bewies, daß ihm die Wahl der Mittel nicht minder gleichgültig war als den Gegnern, die seinen Beamtenstolz haßten und ihm das Recht nicht zugestehen wollten auch gegen sie das Gesetz in Anwendung zu bringen. Rochows Begnadigung durch den König war ganz geeignet diese Überhebung noch zu steigern, und selbst die Haltung mancher Richter förderte den Übermut. Hinckeldey.

Der Glaube an die Unparteilichkeit der Gerichte geriet ins Schwanken, zumal die Regierungen durch Aufhebung der Bürgschaften für die Unabhängigkeit des Richterstandes, durch Beseitigung der Geschworenen, Einsetzung außerordentlicher Gerichtshöfe, Verwendung von Hilfsrichtern und ähnliche Maßregeln das Ihre thaten um das öffentliche Vertrauen zu untergraben. Mehr als ein Massenprozeß, dem die Unlauterkeit der klägerischen Absicht an der Stirne geschrieben stand, wurde anhängig gemacht und mit den verwerflichsten Mitteln durchgeführt. Preußen, das in dieser Beziehung durch die Anklage Waldecks schon 1849 das traurige Vorbild gegeben hatte, erlebte weiterhin den Ladendorfschen Prozeß, in dem der Ankläger, obendrein ein früherer Offizier, sich schließlich als der Anstifter der Verschwörung, die er verfolgte, offenbarte. Derselbe Mensch diente dann in Mecklenburg als Werkzeug um in einem vieljährigen Hochverratsprozeß die Häupter der Demokratie, unter ihnen Moritz Wiggers, den Präsidenten des Landtags von 1849, ins Zuchthaus zu bringen. Angebereien und Hetzereien wurden ein sicheres Mittel um die Gunst der Regierenden zu gewinnen und in Ämtern und Würden emporzusteigen. In den pflichttreuen und gewissenhaften Beamtenstand, der die Zierde fast aller deutschen Staaten gewesen war, wurden Aufpasser und Liebediener hineingeschoben um jeder selbst- Rechtspflege.

ständigen Regung auf die Spur zu kommen und jede unabhängige Gesinnung durch kleinliche Nergeleien und Maßregelungen zu ersticken; „Konduitenlisten" und „schwarze Bücher" waren an der Tagesordnung. Mit dem Hochmut nach unten verband sich die Kriecherei vor den Oberen zu einem widerlichen Gemisch. Bis in die Gemeindebehörden hinein verfolgte der Staat den Liberalismus; in Schule und Kirche ertötete er, soweit es in seiner Macht stand, jede freie Denkungsart; Strenggläubigkeit und Frömmelei wurden zu vollgültigen Empfehlungsbriefen für die Mittelmäßigkeit, ja für die Gemeinheit. Die freisinnige Theologie ward fast überall von den Kanzeln und Lehrstühlen verdrängt. Wer nicht aus Überzeugung die alten Satzungen anzunehmen vermochte — und wie viele vermochten das nicht —, dem blieb nichts übrig als zu heucheln oder die Kirche zu meiden, in der für seinen Glauben keine Stätte mehr war. So entfremdeten sich die Gemüter der Religion, und die Lehren des Materialismus, die mit den neuen Entdeckungen der rastlos forschenden Naturwissenschaft zu scheinphilosophischen Systemen verquickt wurden, eroberten das Gebiet, das die Kirche verlor.

Reaktion in Österreich.

Die beiden deutschen Großstaaten gingen in allen diesen Dingen den kleineren mit ihrem Beispiele voran. Sehr verschiedenartig aber entwickelten sich die Verfassungsverhältnisse in ihnen. Während man in Preußen den am 31. Januar 1850 gewonnenen Rechtsboden wenigstens äußerlich wahrte, trug die Reaktion in Österreich kein Bedenken das Grundgesetz vom 4. März einfach umzustürzen. In den ersten Monaten nach der Bezwingung Ungarns und Italiens hielt sie mit diesen Plänen noch zurück. Die ungarische Verfassung war freilich sofort aufgehoben, weil sie durch die Revolution verwirkt sei; die südillyrischen Länder und Siebenbürgen wurden von der Stefanskrone abgelöst und ebenso wie Serbien für unabhängige Kronländer erklärt; aber dafür wurde noch am 1. November 1849 die Verfassung vom 4. März auf Ungarn ausgedehnt und somit die konstitutionelle Regierungsform neu anerkannt. Auch erhielten die deutschen und slawischen Provinzen zu Anfang 1850 besondere Landesverfassungen, deren Grundzüge durch kaiserlichen Erlaß vom 30. Dezember 1849 festgestellt waren; für Galizien und die Bukowina folgten ähnliche Verfügungen im September 1850. Inzwischen aber reifte der Entschluß mit der Gesamtverfassungsspielerei kurzerhand ein Ende zu machen. Schon am 14. April 1851 wurde ein Reichsrat geschaffen, der, aus kaiserlicher Ernennung hervorgegangen, bei der Gesetzgebung beratend mitwirken und die Volksvertretung ersetzen sollte; am 20. August 1851 hob dann der Monarch die Ministerverantwortlichkeit dem Lande gegenüber auf und verlangte von Schwarzenberg und dem Präsidenten des Reichsrates, Freiherrn von Kübeck, einen Bericht über die Zulässigkeit und die Fortdauer des Staatsgrundgesetzes. Selbstverständlich lautete derselbe dahin, daß die Staatseinheit und das monarchische Prinzip die Aufhebung erforderten, und da inzwischen Napoleon durch seinen Staatsstreich vom 2. Dezember mit gutem Bei-

spiele vorangegangen war, erfolgte durch Patent vom 31. December 1851 die Aufhebung der Märzverfassung. Daß Franz Josef keinen Eid auf dieselbe abgelegt hatte, mochte ihm den Entschluß zu diesem Rechtsbruch erleichtern, der vom politischen Standpunkt aus schwerlich ungerechtfertigt genannt werden konnte. Eine gedeihliche Wirksamkeit von einem Reichstage zu erwarten, der alle die widerstrebenden Elemente des Kaiserstaates in sich vereinigte, war gewiß eine eitle Hoffnung und den gordischen Knoten, den die Verwicklungen der letzten Jahre geschlungen hatten, allmählich und durch gesetzliche Maßnahmen zu entwirren war eine Aufgabe von unsäglicher Schwierigkeit, an der selbst ein größerer Staatsmann als Schwarzenberg zu scheitern fürchten mußte. Viel bequemer und für den Augenblick auch gefahrloser war es mit einem Schlage den Wirrwarr zu durchhauen und mittels kaiserlicher Patente die überstürzten wie die wohlbegründeten Neuerungen rückgängig zu machen. Schwarzenberg selbst war es nicht lange gegönnt sich dieser zerstörenden Thätigkeit zu erfreuen, am 5. April 1852 ereilte ihn der Tod. Aber sein Nachfolger im auswärtigen Amte, Graf Buol-Schauenstein, und seine Kollegen im Ministerium, besonders der einst so freisinnige Freiherr Alexander von Bach und der böhmische Graf Leo Thun, setzten seine Arbeit unverdrossen fort. Das Strafgesetzbuch und das bürgerliche Recht, die Organisation der Gerichte und der Behörden, die Gesetze über die Landwehr und die Nationalgarden wurden durch Patente aufgehoben oder umgestaltet; von den wichtigeren Beschlüssen des Reichstages dienten fast nur die über die Aufhebung der bäuerlichen Lasten der neuen Gesetzgebung als Grundlage. Unendliche Schwierigkeiten bot die traurige Finanzlage, die Jahr für Jahr ein Defizit aufwies und zur Ausgabe von Papiergeld zwang, das immer tiefer im Werte sank und den Aufschwung von Handel und Gewerbe empfindlich hemmte. Zu dem allen kam endlich noch der maßlose Einfluß der Geistlichkeit, der die Souveränität des Kaisers ärger beschränkte, als eine Volksvertretung hätte thun können. Auch von dieser Seite betrachtet wiederholte sich der Eindruck, den das dumpfe Murren der unterworfenen Völker hervorrief. Glänzend und mächtig, wie Österreich nach außen wieder dastand, war es innerlich durch und durch ungesund und durfte der Zukunft nur mit schweren Sorgen entgegengehen.

Aufhebung der Märzverfassung.

Schwarzenbergs Tod.

Ministerium Buol.

In Preußen lagen die Dinge gerade umgekehrt. Gedemütigt und erniedrigt, wie der Staat jetzt war, trug er doch die Keime einer kräftigen Entwicklung in sich. Zu diesen gehörte auch die Verfassung. Auch an Friedrich Wilhelm trat die Verlockung sie durch einen Staatsstreich wiederaufzuheben nahe genug heran. Schon im September 1851 stellte Österreich die dringende Forderung seinem Beispiele zu folgen. Es war das ungefähr um dieselbe Zeit, wo es auch Sardinien einlud seine Verfassung abzuschaffen. In Turin wußte man sich gegen diese Zumutung nicht besser zu verteidigen als dadurch, daß man England und Frank-

Die preußische Verfassung.

reich das Ansinnen mitteilte und sie um Hilfe beschwor, die Napoleon auch gern zu gewähren bereit war, aber freilich um den Preis der Abtretung Savoyens. In Berlin stand man zu der österreichischen Forderung anders. In einen Verfassungsbruch zu willigen hätte sich der König niemals entschlossen; aber mit Genehmigung des Landtags die Verfassung umzuarbeiten und an ihre Stelle einen königlichen Freibrief zu setzen, das war eine Aussicht, wie sie ihm nicht lockender vor die Seele treten konnte. Denn unerschütterlich stand in ihm, nach seinem eigenen Zeugnis, die Überzeugung fest, daß der Konstitutionalismus, der in der Verfassungsurkunde seinen Ausdruck gefunden, Preußens Tod werden müsse; und ebenso unerschütterlich war deshalb auch sein Vorsatz, alles, was in seinen Kräften stehe, „mit dem gewaltigsten Ernst als ein König von Gottes Gnaden" zu versuchen und zu thun um unter Zustimmung der Kammern die Verfassung zum besseren zu ändern. Nur verwarf er dabei mit Abscheu jeden Gedanken an einen Eidbruch; die österreichischen Anmutungen ließ er sofort als revolutionäre Umsturzpläne zurückweisen, und sein Freund Bunsen erhielt den Auftrag in England allen Verdacht dieser Art nachdrücklich zu bekämpfen. Ja, als Franz Josef und Napoleon ihre Staatsstreiche vollführt hatten, vertagte Friedrich Wilhelm seine Lieblingswünsche sogar um nicht die falsche Deutung aufkommen zu lassen, als ob er jenen Vorbildern folgen wolle. Aber darum brannte er innerlich nicht minder vor Sehnsucht endlich ans Werk gehen zu können, und ließ bis ins einzelne von seinen Vertrauten den Schlachtplan ausarbeiten, den er zu befolgen gedachte. Am 8. Februar 1852 wurde ihm derselbe vorgelegt. Er ging dahin, daß man zunächst die Zustimmung der Kammern zu einer beträchtlichen Reihe von Änderungen einholen solle; die wichtigsten darunter betrafen die Zusammensetzung der ersten Kammer, die Umwandlung der jährlichen Sitzungs- und Budgetperioden in zwei- oder dreijährige, die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit und des Verfassungseides. Wenn die Kammer diesen Forderungen genügt hätte, würde sich, so hieß es weiter, eine neue Redaktion der Verfassungsurkunde als notwendig herausstellen. Diese Gelegenheit sollte dann benutzt werden um ihr die Form eines königlichen Freibriefes zu geben, wodurch von selbst alle Bestimmungen über einzelne Gesetze, seien diese nun mittlerweile schon erlassen oder stünden sie noch in Aussicht, wegfallen würden. Davon abgesehen aber müsse man in dieser Vorlage alle materiellen Änderungen vermeiden. Diese würden vielmehr in einer zweiten Umarbeitung niederzulegen sein, welche den Kammern nicht als Ganzes zur Kenntnis gebracht werden dürfe, sondern nur stückweise, in dem Maße, wie jene in der Beratung der ersten Vorlage vorrückten. Die Hauptsache, die man so hinterrücks noch zu erreichen hoffte, war eine gänzliche Umwandlung des Wahlgesetzes der zweiten Kammer. An die Stelle der bisherigen Wahlkreise sollten die alten historischen Landschaften als Samland, Ermeland, Ukermark, Priegnitz treten, in jeder von diesen aber nach Ständen gewählt werden.

Die Wünsche des Königs.

Die Pläne der Reaktion.

Der ganze Plan, künstlich und wohldurchdacht wie er war, zielte auf nichts Geringeres ab, als die Zustände Preußens wieder auf die Verhältnisse des Jahres 1847 zurückzuschrauben. Dem Könige selbst war dabei doch nicht sehr zuversichtlich zu Mute. Statt ihn zu billigen und, wie es zur Durchführung unerläßlich war, geheim zu halten sandte er ihn durch seinen Kabinettssekretär Markus Niebuhr an Bunsen um dessen treuen Freundesrat darüber zu hören. Und Bunsen zeigte sich auch in dieser ernsten Lage wert eines Königs Freund zu sein. Mit zwingenden Gründen und warm zum Herzen sprechenden Worten setzte er auseinander, wie dies Vorhaben die Monarchie untergrabe, des Königs Ehre schädige, ja sein Seelenheil gefährde; denn einen solchen Plan mit Bewußtsein anzubahnen sei unvereinbar mit dem feierlichen Eide, welchen der Monarch geschworen. Diese Vorstellungen blieben nicht wirkungslos; auch der treue Rat des Prinzen von Preußen that, wie Bunsen meinte, das seinige um jene dunklen Entwürfe zum Scheitern zu bringen; aber im einzelnen ließ es der König sich doch nicht nehmen auf Verbesserungen, die er ersehnte, hinzuwirken, und da die liberale Opposition nur ein kleines, wenn auch tapferes Häuflein auf dem Landtag bildete, so ward ihm mancher Herzenswunsch in den nächsten Jahren erfüllt. Die reaktionäre Mehrheit ging sogar oft weiter, als ihm selbst lieb war. Schon bis Ende 1851 hatte sie aus eigenem Antrieb siebzehn Verfassungsänderungen beantragt, denen die Regierung zum Teil ihre Zustimmung versagte. Freilich, wo es sich um Standesinteressen handelte, da konnten auch die Junker sich äußerst hartnäckig zeigen und unbekümmert um die Königstreue, die sie unablässig im Munde führten, auch dem Könige das Leben sauer machen. Jener schlesische Graf, der 1852 in der ersten Kammer den Antrag stellte die ganze Verfassung mit Ausnahme des Artikels 43: „Die Person des Königs ist unverletzlich" aufzuheben, erschien doch auch seinen Parteigenossen wie ein politischer Don Quixote: von den Rechten, welche sie durch die Verfassung erworben oder verbürgt erhalten, wollten die Junker auch dem König zuliebe nicht ein Titelchen preisgeben. Das trat schon 1852 bei den Verhandlungen über die Zusammensetzung der ersten Kammer hervor. Diese war zur Zeit noch nach dem Wahlgesetz von 1848 gebildet; aber am 7. August 1852 sollten die Bestimmungen der Verfassung in Kraft treten. Danach durfte der König höchstens zehn Mitglieder auf Lebenszeit ernennen und auch die Zahl der erblichen Pairs war begrenzt; diese Schranke hielt Friedrich Wilhelm für unerträglich; die drei schwächsten Kronen Europas, Spanien, Portugal und Griechenland, ja selbst die konstitutionelle Musterkrone, England, besäßen ja größere Freiheit; er hielt es für eine Ehrenpflicht diese Beschränkung zu beseitigen. Aber schon im Ministerium traf er auf Widerstand und vollends die Rechte der ersten Kammer spie, nach seinem eigenen Ausdruck, Feuer und Flammen dagegen, weil sie obendrein sehr mit Unrecht fürchte, die „Junker" möchten zu kurz dabei kommen. Allein es war ihm mit der Sache zu sehr Ernst, als daß er

Gegenwirkungen.

Verfassungsmäßige Verfassungsänderungen.

Die erste Kammer.

nachgegeben hätte und so erreichte er durch ein Gesetz vom 7. Mai 1853 seinen Willen. Danach wurden die gewählten Mitglieder gänzlich aus der ersten Kammer beseitigt und die neue Zusammensetzung derselben aus erbberechtigten und lebenslänglichen Mitgliedern königlicher Verordnung überlassen. Diese erging nach mehr als Jahresfrist am 12. Oktober 1854 — bis dahin blieb die alte Kammer in Thätigkeit — und die Junker hatten in der That keinen Grund unzufrieden zu sein. Die Mitglieder der ersten Kammer zerfielen danach in drei Gruppen: erstens die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses; zweitens (mit erblicher Berechtigung) die Häupter der fürstlich hohenzollerschen Linie, die Standesherren, die Fürsten, Grafen und Herren, die 1847 zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufen waren und solche, die der König fernerhin berufen werde; drittens (auf Lebenszeit) die Inhaber der vier großen Landesämter im Königreich Preußen, die Kronsyndiker und andere aus besonderem Vertrauen Berufene sowie die dem Könige von gewissen Körperschaften Präsentierten. Besonders in diesen letzteren fand das Junkertum der östlichen Provinzen seine ausreichende Vertretung. Es wurde zwar auch den Universitäten und den wichtigsten Städten das Präsentationsrecht verliehen; aber die Zahl dieser bürgerlichen Abgeordneten war gering gegen die des kleinen Adels, dessen Mitglieder auf vierfachem Wege präsentiert werden konnten: von den drei protestantischen Domstiftern, von den acht Grafenverbänden, von gewissen adligen Familienverbänden, welchen dieses Recht verliehen wurde, und von den Verbänden des sogenannten alten und befestigten Grundbesitzes. Die Ausführung dieser königlichen Verordnung ergab eine erste Kammer, die von den königlichen Prinzen abgesehen 49 erbliche Mitglieder zählte; dazu kamen 148 Berufene, fast genau zur Hälfte (75) Repräsentanten des alten und befestigten Grundbesitzes, d. h. des Junkertums; die andere Hälfte bestand aus 11 Vertretern der adligen Familienverbände, 28 Bürgermeistern, 17 aus allerhöchstem Vertrauen Berufenen, meist hohen Beamten, den acht Grafen, den drei Stiftlern und je einem Professor der sechs Universitäten. Diese Versammlung verdiente wohl den Namen, welchen der König ihr längst zugedacht hatte und den sie durch Gesetz vom 30. Mai 1855 erhielt: das Herrenhaus des preußischen Landtags. In ihr hatte der kleine Adel seine feste Burg gewonnen, die zu erobern fast unmöglich war, da eine Abänderung der Verordnung von 1854 nur durch Gesetz, also nur unter Zustimmung des Herrenhauses erfolgen konnte. Der einzige Weg, der außerdem noch übrig blieb, führte durch eine Hinterthür: die Zahl derer, welche der König aus besonderem Vertrauen berufen durfte, war unbegrenzt; es lag also in seiner Hand durch massenhafte Ernennungen das Übergewicht des Junkertums zu brechen; aber daran war nicht allein bei Friedrich Wilhelm überhaupt nicht zu denken sondern es war auch ein Verfahren, das weder der Würde des Königs noch der des Landtags entsprochen hätte.

Die Verordnung vom 12. Oktober 1854.

Das Herrenhaus.

Nicht minder bedeutsam als die veränderte Zusammensetzung der ersten Kammer waren andere Änderungen der Verfassung, die in den ersten Jahren der Reaktion beliebt wurden. Zum Teil zielten auch sie darauf ab die Macht des Adels neu zu beleben. So wurde die Errichtung von Familienfideikommissen, welche durch Artikel 40 untersagt war, durch Gesetz vom 5. Januar 1852 wieder gestattet; im Juni 1854 wurde dem König das Recht erteilt den ehemaligen Reichsunmittelbaren die Privilegien zurückzugeben, welche ihnen seit 1848 entrissen waren; am 14. April 1856 wurde die gutsherrliche Polizei wieder eingeführt, die Teilbarkeit des Grundbesitzes und die Ablösung der Grundlasten rückgängig gemacht. Noch einschneidender war die Beseitigung der Grundsätze, nach denen die Vertretung in Gemeinde, Kreis, Bezirk und Provinz laut Artikel 105 der Verfassung geordnet werden sollte. Mit gutem Grunde hatte Waldeck schon in der Nationalversammlung die Ansicht vertreten, daß die Einführung der Selbstverwaltung in den Gemeinden und den übrigen organischen Bestandteilen des Staates wichtiger sei als die Vollendung der Gesamtverfassung. Das wußte auch die Reaktion vollkommen zu würdigen. Schon am 19. Juni 1852 wurde die Durchführung der neuen Gemeindeordnung eingestellt, am 24. Mai 1853 wurde sie samt den Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnungen vollständig aufgehoben. Damit traten die Zustände, wie sie vor 1848 gewesen, soweit sie nur den Bestimmungen der Verfassung nicht widersprachen, aufs neue in Kraft; von neuem erstand jenes chaotische Durcheinander sogenannter Ortsverfassungen mit ihren Erb- und Lehnschulzen und buntscheckiger Bauernrechte von Bauern, Halbbauern, Erbzinspflichtigen, Kossäten, Häuslingen, Einliegern u. s. f. Von neuem traten jene alten Kreistage ins Leben, auf denen der Adel in dem Grade überwog, daß von ihm allein die Ausschreibung der Kreissteuern abhing; von neuem begannen die Provinziallandtage ihre Wirksamkeit, zu denen 12 700 Rittergutsbesitzer 278 Vertreter schickten, während 400 000 städtische Hauseigentümer sich mit zwei Dritteln, fünfviertel Millionen bäuerlicher Grundbesitzer mit weniger als der Hälfte dieser Zahl begnügen mußten. Allerdings wurde eine gesetzliche Neuordnung in Aussicht gestellt; aber nur in bezug auf die Städte wurde das Versprechen in allen Provinzen erfüllt, in den östlichen noch 1853, in den westlichen erst 1856; den Landgemeinden wurde nur in Rheinland und Westfalen Wort gehalten, und gar die Kreis- und Provinzialverfassung ließ volle zwei Dezennien auf sich warten.

Gesetzgebung im Interesse des Adels.

Gemeindeverfassung 2c.

Kreis- und Provinzial-Landtage.

Trotz alledem konnte die Reaktion die gewaltige Einwirkung, welche die Gesetzgebung und die Ereignisse der Revolutionsjahre geübt hatten, nur teilweise rückgängig machen. Es blieb eine Menge von Neuerungen bestehen, welche das Leben freier gestalteten und den Gesichtskreis erweiterten. Auch der Aufschwung, den Handel und Industrie genommen, der gesteigerte Wohlstand, die größere Verbreitung der Presse, die stetig zunehmende Erleichterung des Verkehrs durch Vermehrung der Eisen-

Nachwirkung der Revolution.

bahnen und Einführung des elektrischen Telegraphen waren Lichtpunkte, die eine bessere Zukunft in Aussicht stellten. Konnte sich gegen den finanziellen Vorteil, den solche Einrichtungen dem Staate boten, doch selbst der starrste Konservative nicht verschließen.

Preußens Stellung in Deutschland.

Sogar Preußens Stellung in Deutschland war, die Gesamtheit der Ereignisse seit dem Beginn der Revolution ins Auge gefaßt, nicht schlechter sondern eher stärker geworden. Wenn man freilich die glänzenden Möglichkeiten erwog, die verscherzt waren, wenn man den schweren Druck fühlte, mit dem Österreich auf Preußen lastete, wenn man die Geringschätzung wahrnahm, die dem Berliner Kabinette überall begegnete, dann war es schwer sich zu dieser Ansicht aufzuschwingen. Und doch entsprach sie der Wirklichkeit. Es war eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich zum erstenmale eine Partei gebildet und behauptet hatte, die Preußens Beruf an die Spitze Deutschlands zu treten auf ihr Banner schrieb, eine Partei, die fast in allen deutschen Gauen ihre offenen und stillen Anhänger hatte, die jetzt wohl zersprengt und eingeschüchtert war, aber nicht mehr ertötet werden konnte. Es war eine fernere unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich in der preußischen Diplomatie eine Schule gebildet hatte, die diesen deutschen Beruf Preußens als ihr unverrückbares, wenn auch noch so fernes Ziel bekannte, die in den Formen, welche die Reichsverfassung oder die Union vorgebildet hatte, die Verkörperung dieses Zieles sah und Glauben an sich selbst besaß. Es war endlich eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß man den Bundestag, der jetzt wiederhergestellt war, in seiner ganzen Morschheit hatte zusammenbrechen sehen, daß seine Erneuerung von allen Seiten, auch von Österreich und den Mittelstaaten, wenngleich aus den verschiedensten Gründen nur als Notbehelf betrachtet wurde, daß der Gedanke einer Neugestaltung wohl zurückgeschoben aber nicht wieder begraben war. Die Idee der Einheit Deutschlands in einer anderen und festeren Form hatte unermeßliche Fortschritte gemacht. Pläne, die einst das Eigentum vereinzelter Patrioten gewesen waren, gehörten jetzt den maßgebenden Personen, den Regierungen, den großen Parteien an. Wie weit waren Preußens Ansprüche doch schon gewachsen, verglich man sie mit dem, was seine mutigsten Staatsmänner vor 30, 40 Jahren zu fordern wagten! Jene Stein-Humboldtschen Pläne einer Kreisverfassung, gegen die einst Metternich so eifrig gewühlt, waren jetzt in Berlin vollkommen überwunden; diesmal war es Österreich gewesen, das sie wohlgefällig aufgenommen hatte. Die verwegenen und verworrenen Träume, in denen Görres einst den Herrscher von Österreich als Ehrenhaupt und Kaiser, den König von Preußen aber als den wirklichen Führer und „römischen König" der deutschen Nation geschaut hatte, sie kehrten jetzt wieder in den Phantasieen, denen sich Friedrich Wilhelm IV. hingab. Und die bescheidenste Forderung der preußischen Politik, die Berechtigung zum Abschluß eines engeren Bundes, welchen Fortschritt schloß sie schon ein gegenüber dem Gedanken des

Zollvereins, der, auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, alle paar Jahre kündbar, der Mitwirkung des Volkes entbehrend, doch schon seinerseits sich als ein so mächtiger Hebel der nationalen Sache erwiesen hatte. Wohl waren alle übrigen Pläne für jetzt gescheitert, aber daß ihre Ausführung ernsthaft begonnen war, daß sie der Geschichte angehörten, gab ihnen Macht; keine Polizei, keine Zensur konnte verhindern, daß sie besprochen, bestritten, verteidigt wurden, daß sie neue Anhänger warben und die Zukunft eroberten. Die Feinde Deutschlands hatten für diesmal gesiegt; aber sie konnten solcher Siege nicht viele vertragen; die bloße Notwendigkeit des Kämpfens kam für sie einer Niederlage gleich.

Und ganz ohne Schlappen ging es doch auch in dem Nachspiele des diplomatischen Krieges, das jetzt folgte, für Österreich nicht ab. Herr von Bismarck erwies sich sehr bald als ein Vorkämpfer preußischer Interessen, wie der Bundestag noch keinen gekannt hatte. Schon vor Schluß des Jahres empfahl er seiner Regierung die konsequente Befolgung des Systemes nur denjenigen Staaten irgend welche Rücksicht zu schenken, welche sie zu verdienen bemüht seien; nur dadurch werde Preußen sich eine Mehrheit am Bundestage erwerben können. Jedem Übergriff des österreichischen Gesandten, jeder Feindseligkeit der Majorität trat er mit unbeugsamer Entschlossenheit und überlegenem Geiste entgegen und die Klarheit seiner Ratschläge, die Gewandtheit seiner diplomatischen Haltung übte auch bald auf Herrn von Manteuffel einen tiefgreifenden Einfluß. Am schärfsten spitzte sich in Frankfurt der Gegensatz zu in der Frage, was aus der deutschen Flotte werden solle. Mit großem Eifer hatte sich das Reichsministerium der Aufgabe unterzogen die Anfänge einer Seemacht herzustellen, und nicht bloß in den Küstengegenden sondern auch im Binnenlande war ihm dabei vom Volke Beifall und Unterstützung zu teil geworden. Geraume Zeit hindurch konnte fast jede Sitzung des Parlaments mit der Anzeige freiwilliger Gaben eröffnet werden, und wenn ihr Gesamtbetrag nur eine bescheidene Summe darstellte, so lag doch auch in der großen Zahl der Beisteuernden — in Sachsen-Weimar z. B. lieferten 34 000 Personen Beiträge — eine nicht zu unterschätzende moralische Kraft. Das Parlament hatte seinerseits am 14. Juni 1848 sechs Millionen Thaler für Marinezwecke bewilligt und die Hälfte dieser Summe wurde im Oktober von dem Reichsministerium eingezogen; die meisten Staaten leisteten den Beitrag, der auf sie fiel; nur Österreich weigerte sich, weil es bereits im Adriatischen Meere eine Flotte zu Deutschlands Gunsten unterhalte; Bayern, Sachsen, Kurhessen und Luxemburg unterließen die Zahlung ohne sich überhaupt zu äußern; andere Staaten blieben nach und nach im Rückstande; im ganzen wurden etwa 3,6 Millionen Gulden wirklich eingezahlt. Die Leitung der Marineangelegenheiten wurde dem Handelsminister Duckwitz übertragen, dem eine technische Behörde unter dem Prinzen Adalbert von Preußen zur Seite stand. Schnell genug war ein tüchtiger Kern der neuen Flotte

Die deutsche Flotte.

geschaffen: im Frühjahr 1849 lagen vier Dampffregatten, fünf Korvetten, zwei Segelschiffe und sechs Kanonenboote in Bremerhaven zum Auslaufen bereit; die dänische Gefion, die Beute von Eckernförde, kam als wertvolle Vermehrung hinzu. Thaten hatte die junge Flotte freilich nicht aufzuweisen, denn da die Seemächte die Anerkennung der deutschen Flagge verweigerten, durfte sie es nicht wagen in See zu gehen. Nach der Wiederherstellung des Bundestages wurde ein Ausschuß niedergesetzt, welcher die doppelte Frage, wem jene Flotte nunmehr gehöre und ob der Bund sie übernehmen solle, zu prüfen hatte. Er konnte darüber lange zu keiner Einigung kommen; endlich schlug er im November 1851 vor eine dreiteilige Flotte für das Adriatische Meer, die Nord- und Ostsee von Bundes wegen zu unterhalten. Dieser Antrag wurde jedoch von der Bundesversammlung abgelehnt; sie beanspruchte wohl das Eigentumsrecht an der Flotte, wollte sie aber nicht behalten, sondern einem neu zu bildenden Flottenverein oder auch den Einzelstaaten, welche dazu geneigt wären, verkaufen. Preußen machte sogleich ein Gebot auf die beiden brauchbarsten Schiffe, Gefion und Barbarossa, und erklärte sich überdies bereit die Unkosten einer Nordseeflotte zur Hälfte zu tragen. Hannover, das selbst an die Spitze eines Flottenvereines zu treten wünschte, vereitelte dieses Anerbieten ohne doch das eigene Ziel erreichen zu können. Eine Konferenz der meisten Mittel- und Kleinstaaten, die im März 1852 unter Scheeles Vorsitz in Hannover stattfand, ging ergebnislos auseinander, und nun wurde am 2. April 1852 in Frankfurt die Auflösung der Flotte beschlossen. Die Versteigerung derselben wurde dem oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer übertragen und brachte nahezu 1 Million Thaler d. h. etwa den dritten Teil der für die Anschaffung verausgabten Summen ein. Preußen aber, das die wertvollsten Schiffe für sich erworben hatte, zeigte den besten Willen seine Flotte auch den übrigen deutschen Staaten nützlich zu machen. Am 20. Juli 1853 erwarb es durch einen Vertrag mit Oldenburg ein Stückchen Land bei Heppens an der Jade um dort einen Kriegshafen anzulegen und übernahm zugleich die Verpflichtung den oldenburgischen Handel zu schützen. Konnten die Summen, die es auf seine Flotte verwandte, auch anfangs nur gering sein — die ordentlichen Ausgaben überstiegen kaum eine halbe Million Thaler —, so diente das kleine Geschwader, das einige 50 Schiffe mit 250 Kanonen zählte, doch als ein neuer Beweis dafür, daß bei Preußen allein, und selbst bei dem Preußen dieser Jahre noch, der ernstliche Wille vorhanden sei den dringlichsten Forderungen der deutschen Nation nach Kräften entgegenzukommen.

Bundestagsausschuß.

Flottenkonferenz in Hannover.

Flottenauktion.

Jadebusen.

Die preußische Flotte.

Der Zollverein.

Noch in höherem Maße bewies das seine Zollvereinspolitik, die einen glänzenden Triumph über Österreich und die Mittelstaaten davontrug. Die zwölfjährige Zollvereinsperiode lief am 31. Dezember 1853 ab. Bei der Erneuerung im Jahre 1841 hatte keiner der Teilnehmer auch nur daran gedacht sich dem Bunde zu entziehen; so augenscheinlich waren die Vorteile für alle Vereinsglieder gewesen; wohl aber waren einige

Nachzügler noch beigetreten, besonders Braunschweig und Luxemburg. Auch mit Hannover war damals verhandelt worden, aber vergeblich, teils weil man ihm nicht ein Voraus über seinen kopfmäßigen Anteil zugestehen wollte, teils weil es eine Herabsetzung mancher Zölle forderte, während die meisten Vereinsregierungen vielmehr auf eine Erhöhung drängten. Auch Preußen war in dieser Hinsicht unter dem Einflusse Süddeutschlands von seiner Freihandelspolitik beträchtlich abgewichen und neigte während der vierziger Jahre wieder mehr dem Schutzzollsystem zu. Bei dem sinkenden Preise vieler Waren trug schon ein Festhalten an dem Tarife von 1818 einen rückschrittlichen Charakter; Zölle, die ursprünglich nur 10% des Wertes dargestellt hatten, betrugen jetzt 30—50%, weil die Ware soviel billiger geworden war. Auch die Einführung eines gemeinsamen Zollgewichtes, dessen Centner um 4% leichter war als der frühere preußische, kam einer Zollerhöhung gleich, da der Tarif nicht entsprechend herabgesetzt wurde. Überdies aber wurden neue Zölle, z. B. auf Roheisen, in den vierziger Jahren eingeführt, und in den Handelsverträgen, die zahlreich zum Abschluß kamen, griff man auf das System der Bevorzugung durch Unterscheidungszölle zurück. Diese Entwicklung entfernte den Zollverein von Hannover und seinen Genossen im Steuerverein, Oldenburg und Bückeburg, und näherte ihn in einem gewissen Maße Österreich. Freilich blieb die Kluft zwischen beiden immer noch gewaltig, solange der Kaiserstaat nicht einmal zu dem einfachen Schutzzollsystem emporgestiegen war, sondern in zahlreichen Ein- und Ausfuhrverboten dem Ausschlußsystem huldigte. Gleichwohl fand auch österreichischerseits eine sichtliche Annäherung an den Zollverein statt, und die Aufhebung aller jener Verbote, die 1841 auf Metternichs Anregung von der Staatskonferenz schon einmal wenn auch vergeblich beantragt war, konnte als das Ziel der Wiener Handelspolitiker gelten. Somit lag der Gedanke die Verschmelzung Österreichs mit dem Zollverein anzubahnen vom wirtschaftlichen Standpunkte aus nicht eben fern; in den Vordergrund gerückt aber wurde er durch die politischen Erwägungen der Jahre 1848—50. Auf der einen Seite konnten die Gegner Preußens gerade in dieser Zeit am deutlichsten die Tragweite der durch den Zollverein begründeten Beziehungen Preußens zu dem übrigen Deutschland erkennen; auf der anderen Seite setzten die Pläne des Siebzigmillionenreiches schlechterdings auch die Anbahnung der Zolleinheit voraus. Schon während des Sommers 1848 fanden denn auch in Frankfurt Verhandlungen in diesem Sinne statt; der volkswirtschaftliche Ausschuß des Parlamentes hatte die Regierungen und die wichtigsten Fabrik- und Handelsstädte aufgefordert Sachverständige abzuordnen um die Frage der deutschen Zolleinheit und die künftige Gestaltung des Tarifsystems zu prüfen. Obgleich nun die Mehrheit dieser Sachverständigen ebenso schutzzöllnerisch wie großdeutsch gesinnt war, so kam die Agitation doch weit mehr den Gegnern zu gute. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, wenn Österreich in das deutsche Zoll-

Schutzzöllnerische Neigungen.

Verhältnis zum Steuerverein und zu Österreich

Idee eines deutsch-österreichischen Zollvereines.

system eintreten sollte, erwiesen sich zur Zeit noch als unübersteiglich, und die Freihändler im Zollverein gewannen durch die Beratungen Fühlung mit den freihändlerischen Hannoveranern, Holsteinern, Hanseaten und dadurch neuen Mut und frische Kraft. Seit Anfang 1849 konnte die Gefahr eines deutsch-österreichischen Zollvereins für beseitigt gelten. Da tauchte im Oktober der alte Plan plötzlich wieder auf und obendrein in der amtlichen Wiener Zeitung; der preußische Staatsanzeiger wies ihn sofort zurück; aber trotzdem verfolgte ihn Österreich weiter und beantragte in einer Denkschrift des Handelsministers Bruck, die am 30. Dezember 1849 der Interimskommission in Frankfurt übergeben wurde, die Einleitung von Verhandlungen auf dem Bundeswege. Die Schwierigkeiten, die sich 1848 als unübersteigbar erwiesen, dauerten allerdings teilweise auch jetzt noch an, z. B. das Tabaksmonopol, das eine wichtige Einnahmequelle für Österreich bildete, und umgekehrt der weit höhere Verbrauch zollpflichtiger Waren im Zollverein, der von seiner Begründung bis 1852 etwa 360 Millionen Thaler oder 12 Thaler auf den Kopf eingenommen hatte, während in Österreich sich dieselben Einnahmen nur auf 130 Millionen, resp. $3^1/_2$ Thaler beliefen. Zum Teil aber ließen sie sich jetzt beseitigen, wie z. B. die Zollgrenze zwischen Ungarn und den Erblanden, die nach dem Umsturz der ungarischen Verfassung aus kaiserlicher Machtvollkommenheit aufgehoben wurde, oder der alte Zolltarif, der im November 1851 durch einen neuen ersetzt wurde, welcher alle Aus- und Einfuhrverbote abschaffte. Gewiß lag für Preußen, das den Eintritt Österreichs in den Zollverein als den empfindlichsten Schlag für seine Stellung in Deutschland betrachten mußte, der triftigste Grund vor nicht länger durch die Beförderung der schutzzöllnerischen Bestrebungen Österreich in die Hände zu arbeiten. Gleichwohl trat es auf der Zollkonferenz, die im Juli 1850 in Kassel stattfand, wieder mit dem Antrage auf verschiedene Zollerhöhungen hervor, vielleicht in der Hoffnung Bayern und Württemberg dadurch mehr an sich zu ziehen. Braunschweigs Einspruch brachte diese Vorlagen zu Fall. Den Wunsch Österreichs, auf dieser Kasseler Konferenz seinen Antrag auf Zolleinigung zur Sprache zu bringen, lehnte Preußen selbst ab; daß er aber auf den Dresdener Konferenzen zur Verhandlung gestellt und an einen Ausschuß verwiesen wurde, konnte es ebensowenig verhindern, wie daß der wiedererstandene Bundestag ebenso verfuhr. Die Forderung Österreichs hatte jetzt die Gestalt angenommen, daß es für die nächsten Jahre einen Handelsvertrag verlangte, durch den sich beide Teile verpflichten sollten ohne Einwilligung des anderen keine Tarifänderung vorzunehmen, und daß es seinen Eintritt in den Zollverein für den 1. Januar 1859 ausbedang. Preußen beharrte auch dem gegenüber bei seiner Weigerung, die wichtigsten Genossen im Zollverein erklärten sich aber auf der Wiesbadener Zollkonferenz am 7. Juni 1851 dafür, und da sich unter ihnen außer den drei Königreichen auch die beiden Hessen befanden, so hatten sie es in der Hand durch ihren Austritt Preußens beide Hälften wieder

Österreichische Anträge.

Kasseler Zoll-Konferenz.

Verhandlungen in Dresden und Frankfurt.

Wiesbadener Zollkonferenz.

Bedrohung Preußens.

zu trennen; Kurhessen gewann eine ähnliche Bedeutung, wie es sie 1830 gehabt hatte. Da nun jedes Bemühen Hassenpflug von seinem österreichischen Schutzherrn loszureißen aussichtslos war, so bot sich für Preußen nur ein Weg, auf dem es seine Gegner entwaffnen konnte; das war die Zolleinigung mit Hannover. Ließ sich diese erreichen, so waren nicht allein die beiden Hälften der Monarchie viel besser als durch Kurhessen verbunden, sondern es war auch ein wertvoller Ersatz für die austretenden Südstaaten gewonnen. Preußen machte sich daher sofort an geheime Verhandlungen mit Hannover und bewilligte diesem seine Forderungen, besonders das früher verweigerte Voraus. Die hannoverschen Minister sahen recht wohl ein, daß eine so günstige Gelegenheit nicht leicht wiederkehren werde, und bedurften überdies in ihrem Kampfe gegen die Ritterschaft der Unterstützung Preußens am Bunde. Die Verhandlungen nahmen also einen raschen Verlauf, und drei Monate nach der Wiesbadener Konferenz, am 7. September 1851, erklärte Hannover namens des Steuervereins für den 1. Januar 1854 seinen Eintritt in die Zolleinigung mit Preußen; Bückeburg genehmigte diesen Vertrag noch in demselben Monat, Oldenburg im folgenden März, die hannoverschen Kammern am 29. Januar 1852.

Preußens Gegenmaßregeln.

Preußisch-hannoverscher Vertrag.

Unbeschreiblich war die Erbitterung der Österreicher und der Schutzzöllner über diese preußische „Hinterlist"; jetzt konnten nicht *sie* mehr kündigen, sondern ihnen ward gekündigt, und die Annahme des hannoverschen Vertrages war die Bedingung ihres Verbleibens im Zollverein. Es war eine stumpfe Waffe, wenn sie jetzt noch damit drohten sich an Österreich anzuschließen; sie hätten den Ausfall an Einnahmen nicht ertragen können und wären in Österreichs ungesunde Papiergeldwirtschaft hineingezogen worden. Trotzdem folgten sie der Einladung zu Zollkonferenzen, die am 2. Januar 1852 in Wien eröffnet wurden, und sieben von ihnen, die Königreiche, beide Hessen, Baden und Nassau, verbanden sich außerdem in Darmstadt am 6. April, auf der bevorstehenden Berliner Zollkonferenz nur dann in Verhandlungen über den hannoverschen Vertrag einzugehen, wenn Preußen gleichzeitig auf Grund der in Wien vereinbarten Entwürfe mit dem Kaiserstaate verhandle. Das lehnte der damalige preußische Handelsminister von der Heydt mit dem Bemerken ab, daß man mit Österreich erst dann erfolgreich verhandeln könne, wenn man wisse, in welchem Umfange der Zollverein künftig fortbestehen werde; da die Darmstädter trotzdem auf ihrer Forderung beharrten, wurde die Zollkonferenz aufgelöst, und Preußen erneuerte den Zollvereinsvertrag am 26. November nur mit Braunschweig, dem Steuerverein und dem thüringischen Handelsverein.

Die Preußenfeinde.

Wiener Zollkonferenzen.

Die Darmstädter Konferenz.

Sprengung des Zollvereins.

Nun wandten sich die Darmstädter wieder Hilfe suchend nach Wien; am 30. Oktober 1852 wurden dort neue Besprechungen eröffnet und die Ankündigung eines österreichisch-süddeutschen Zollvereins von 48 Millionen Einwohnern klang ganz stattlich; aber für Österreich hatten die Forderungen der Darmstädter, Entschädigung für den Ausfall an Zollein-

Österreichisch-süddeutscher Zollverein.

nahmen und Gleichberechtigung in Tariffragen, wie sie im Zollverein bestand, nichts Verlockendes. Es wollte die Einigung mit Preußen, die ihm allein materiellen Gewinn und politischen Vorteil versprach; ohne viel Umstände ließ es daher seine Anhänger im Stich und verhandelte mit Preußen über einen Handelsvertrag, der am 19. Februar 1853 zustande kam, nachdem im Dezember nicht allein der frühere Handelsminister von Bruck (an seine Stelle war der Freiherr von Baumgartner getreten), sondern auch Franz Josef selbst in Berlin gewesen war. Natürlich war darin keine Rede von gegenseitiger Zustimmung zu Tarifänderungen, und die vollständige Zolleinigung erschien nur als ein Zukunftsplan, über den man im Jahre 1858 von neuem beraten wolle. Preußen hatte seinen Standpunkt siegreich gewahrt und die Darmstädter behielten nur den ärmlichen Trost wenigstens in der Form ihren Willen erreicht zu haben: nach der Wiedereröffnung der Vereinskonferenzen durften sie den Vertrag mit dem Steuerverein und den mit Österreich an demselben Tage unterzeichnen. So wurde am 4. April 1853 der Zollverein in erweitertem Umfange — 9046 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern — abermals auf zwölf Jahre, bis zum 31. Dezember 1865, ins Leben gerufen.

Preußisch-österreichischer Handelsvertrag.

Wiederherstellung des Zollvereins.

Zu dem materiellen Aufschwung der folgenden Jahre standen die Bemühungen den geistigen Fortschritt zu hemmen in traurigem Gegensatze. Die ganze Reaktionspartei, und niemand mehr als Friedrich Wilhelm IV., war tief davon durchdrungen, daß die Revolution lediglich aus der Entchristlichung des Volkes und aus der Verbreitung einer irreligiösen Massenweisheit erwachsen sei. Schon im Januar 1849 erklärte der König den Seminarlehrern, die zu einer Konferenz nach Berlin berufen waren, daß sie es seien, die all das Elend des verflossenen Jahres verschuldet, die den Glauben und die Treue in den Gemütern des Volkes durch ihre pfauenhaft aufgestutzte Scheinbildung ausgerottet hätten. Die Läuterung der Volksschule, ihre Rückbildung in christlichem Sinne, war deshalb ein Hauptziel der Reaktion: denn wer die Schule hat, der hat die Zukunft, so verkündigte Julius Stahl, der scharfsinnigste und schlagfertigste Vorkämpfer der Reaktion im preußischen Landtage. Den Reformbestrebungen, die das Jahr 1848 auch im Unterrichtswesen veranlaßt hatte, wurde nun weiter keine Folge gegeben; an die Spitze des Kultusministeriums trat gleich nach Olmütz der Regierungspräsident von Raumer, der das Unterrichtsgesetz, das sein Vorgänger Ladenberg fast vollendet hatte, einfach beiseite schob und durch Verordnungen die Umgestaltung des Schulwesens bewirken wollte. Die wichtigsten derselben waren die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854, mittels deren die Lehrpläne der Seminarien, der Vorbereitungsanstalten und einklassigen der Volksschule festgestellt wurden. Wenn Stahl zwei Jahre früher bei einem Festmahle, das seine Verehrer ihm gaben, behauptet hatte, die Wissenschaft bedürfe der Umkehr, so wandten die Regulative jetzt diesen Gedanken auf die Elementarschule an. Wie das gesamte Leben des Zeit-

Kirchliche Reaktion in Preußen.

Schulwesen.

Die Regulative.

alters an einer Grenzlinie angekommen sei, wo ein entscheidender Umschwung nötig und wirklich geworden, so solle fortan auch die Schule empfangend und fördernd in diese berechtigte neue Bewegung eintreten und das Leben des Volkes auf der Grundlage des Christentums neu gestalten helfen. Zu dem Zwecke wurde einerseits dem Religionsunterricht eine bedeutendere Stelle im Lehrplan angewiesen, nicht sowohl durch die Zahl der Lehrstunden, als durch die Fülle des zu bewältigenden Lernstoffes, und andererseits wurden die übrigen Bildungsmomente nach Kräften zurückgedrängt; Geschichte, Geographie, Naturkunde mußten fast gänzlich zurücktreten, in den Seminarien wurden die deutschen Klassiker sogar von der Privatlektüre ausgeschlossen. Auch in ihrer äußeren Stellung sollten die Volksschullehrer möglichst beschränkt, ihre dürftigen Gehalte nicht verbessert, ihre Unterordnung unter die Geistlichen erhalten oder selbst gesteigert werden. Die Ausschreitungen, zu denen Halbwisserei und Einbildung manche Angehörige gerade dieses Standes in den Revolutionsjahren verlockt, und die Übertreibungen, deren sich die Förderer des Volksunterrichtes durch zu hoch gesteckte Ziele nicht ganz selten schuldig gemacht hatten, mußten nun durch ein noch weit maßloseres Zurückschrauben und Demütigen gebüßt werden.

Der höhere Unterricht.

Auch auf die höheren Schulen und die Universitäten wünschte die Reaktion ihren zu Alp wälzen um dadurch die Umkehr der Wissenschaften auf dem nächsten Wege zu erzwingen. Die Berufungen zu Professuren, die Anstellungen und Beförderungen an den Gymnasien wurden zur Parteisache gemacht und Christlichkeit als die erste Bedingung hingestellt. Um so schlimmer war es, daß man diese in dem engherzigsten Geiste verstand. Es bildete sich in den leitenden Kreisen eine Auffassung von dem Wesen der evangelischen Kirche aus, die sich der katholischen Anschauung bedeutend näherte und in der Kirche nicht mehr die Gemeinschaft der Gläubigen sah, sondern eine Institution, die mit bindendem Ansehen über den Menschen stehe. Als die Ausleger und Verwalter dieser Autorität galten die Geistlichen, deren Amt dadurch eine Bedeutung erhielt, die mit der reformatorischen Lehre in immer schrofferen Widerspruch geriet. Trotzdem pochte man andererseits der modernen Schriftforschung gegenüber mit wachsendem Eigensinn auf die Bekenntnisschriften und ihren Buchstaben; selbst die Union geriet darüber in Gefahr, als der König am 6. März 1852 die obersten Kirchenbehörden anwies die Angelegenheiten der Reformierten und der Lutheraner getrennt und zwar nur von Angehörigen des betreffenden Bekenntnisses behandeln zu lassen; die daraus gezogenen unionsfeindlichen Folgerungen lehnte er freilich am 12. Juli 1853 in einer Kabinettsordre ab. Die Leitung der evangelischen Landeskirche hatte er am 29. Juni 1850 einer neuen Behörde, dem Oberkirchenrate, überwiesen, durch dessen Einsetzung er die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Kirche hinreichend verbürgt zu haben glaubte. An der Absicht eine Synodalordnung ins Leben zu rufen hielt er auch jetzt noch fest und ließ es

Die Kirche.

Der Oberkirchenrat.

nicht an Vorarbeiten dazu fehlen; aber den Mut damit vorzugehen konnte er nicht fassen und so blieb diese Aufgabe ungelöst. Den milden und mäßigenden Einflüssen Bunsens, der ihm früher gerade in theologischen Dingen so nahe gestanden hatte, wurde er völlig entrückt und schloß sich dafür um so enger an die Stahl, Hengstenberg und Gerlach an, die mit jenem in offener litterarischer Fehde lagen und ihn einen Abtrünnigen vom wahren Glauben, ja einen zweiten Judas schalten. Es war eine kleine, geschlossene Sippe, die das Ohr des Königs beherrschte und in fast byzantinischer Vermengung von Politik und Religion seine Entschlüsse lenkte. Selbst die getreue Mehrheit der Landratskammern vermochte nicht immer sich in diesem Fahrwasser zu erhalten, und als die Hofpartei z. B. den Versuch machte das bestehende Eherecht nach den Vorschriften der Bibel umzugestalten und die Scheidungsgründe, die das allgemeine Landrecht anerkannte, auf die sogenannten biblischen zu beschränken, ließ eine Mehrheit von 173 gegen 134 Stimmen das Ministerium im Stich. Unter den Geistlichen aber gab es nicht wenige, welche trotzdem bei ihrer Opposition gegen das Landrecht verharrten und ungestraft solchen, die gesetzlich geschieden waren, bei einer zweiten Verheiratung die Trauung versagten, obgleich diese zur staatlichen Gültigkeit der Ehe erforderlich war.

Das Eherecht.

Ähnliche Verhältnisse bildeten sich auch in anderen deutschen Staaten heraus, ja, in der Übertreibung des lutherischen Konfessionalismus ging man in Mecklenburg, Kurhessen und Bayern noch viel weiter. Kliefoth in Schwerin und Vilmar in Marburg verfolgten mit rücksichtsloser Härte die andersdenkenden Geistlichen, und die Universitäten Rostock und Erlangen wurden die Hauptburgen des starren Luthertums. Nur in wenigen Staaten herrschte vollkommene Freiheit des Glaubensbekenntnisses auch für die Geistlichkeit; auch die Staaten bildeten nur die Ausnahme, in denen die evangelische Kirche in den Besitz einer Synodalverfassung gelangte. Sogar die Vermittlungstheologen befanden sich meistens in hart angefochtener Verteidigung und verloren selbst auf den Kirchentagen, die seit 1848 alljährlich einen Vereinigungspunkt für die Altgläubigen bildeten, zeitweilig die Führung. Wohl erhob ihr streitbarster Vorkämpfer, Bunsen, nachdem er von seinem Londoner Gesandtschaftsposten verdrängt war, in den „Zeichen der Zeit" einen lauten Schlachtruf, der alle die sammeln sollte, welche die kirchliche Freiheit gegen protestantische wie gegen katholische Unduldsamkeit zu verteidigen bereit waren; aber zu schnellem Siege konnte er seine Anhänger nicht führen; das Losungswort, welches sein Gegner Stahl ausgegeben hatte, daß das Christentum die Religion der Exklusivität sei, beherrschte die Regierungen und Konsistorien und rechtfertigte, ja verherrlichte in sophistischer Weise die Verfolgungssucht und die Lust am Verketzern fremden Glaubens. Man sprach es in diesen Kreisen offen aus, daß man sich dem Katholizismus näher verwandt fühle als einem solchen „Verwüster der Kirche" wie Doktor Bunsen, und man bewunderte an der päpstlichen Kirche mit unverhohlenem

Verwandte Zustände im übrigen Deutschland.

Neide die strenge Zucht und Geschlossenheit, die keinen Widerspruch aufkommen lasse und unerbittlich jedes selbständige Urteil und jeden unabhängigen Willen unter das Joch des Gehorsams zu zwingen vermöge.

Der Papst und die katholischen Staaten.

Der Katholizismus und die Revolution.

Für die römische Kirche hatte mit der Niederwerfung der Revolutionen in der That eine Zeit des kräftigsten Aufschwunges begonnen, der die Nacheiferung und das Staunen aller derer erregen mußte, denen die Form über dem Inhalt, die Kirche über der Religion stand. Die Kurie befand sich in der günstigen Lage ebensowohl aus den liberalen Neuerungen der letzten Jahre wie aus der reaktionären Strömung ihren Vorteil ziehen zu können, und sie wußte das eine zu thun ohne das andere zu lassen. So ziemlich sämtliche Verfassungen der Jahre 1848 und 1849 entlehnten dem belgischen Grundgesetz die Bestimmung, daß jede Religionsgenossenschaft ihre Angelegenheiten unabhängig vom Staate ordnen solle. Es war das ein Satz, durch den die belgischen Liberalen von ihren klerikalen Landsleuten andere Zugeständnisse erkauft hatten, und den sie keineswegs als ihre eigene Lehre aufgestellt haben würden. Gleichwohl gewöhnte sich das übrige Europa, das die belgische Verfassung nun einmal als das liberale Mustergesetz ansah, auch diese Bestimmung als unerläßlich mit anzunehmen, und die Forderung, daß die Kirche keiner Überwachung durch den Staat unterworfen sein dürfe, ging in den liberalen Katechismus, ging also auch in die deutschen Grundrechte und in die neu entworfenen Verfassungen über. So wenig nun der Ultramontanismus im übrigen von Grundrechten und Konstitutionen wissen wollte, so zähe klammerte er sich doch an diese Bestimmungen und verteidigte sie mit dem gleichen Kampfesmut gegen die Regierungen, die sie wieder beseitigen wollten, wie er andererseits eben diese Regierungen in ihren sonstigen reaktionären Plänen unterstützte. Eine vorteilhaftere Stellung ließ sich kaum denken. Hätte der Liberalismus sich bei der Herrschaft behauptet, so würde er nicht bloß die Freiheit der Kirche vom Staat, sondern auch die Freiheit des Staates von der Kirche zur Wahrheit gemacht, er würde, wie es andere Paragraphen der Grundrechte forderten, die bürgerliche Eheschließung und die staatliche Leitung des Schulwesens durchgeführt haben. Beide Forderungen ließ die Reaktion fallen, und der Klerus entschlüpfte so noch einmal der großen Gefahr, mit der ihn der Verlust der kirchlichen Zwangstrauung und der Herrschaft in der Volksschule bedrohte. Allerdings wollten nun manche Regierungen auch die Freiheit der Kirche vom Staate wieder rückgängig machen und zu der alten Überwachnug zurückkehren. In solchen Fällen erhob dann der Ultramontanismus, der sonst so gern den Altar als die Stütze des Thrones pries, kühnlich das Banner des Liberalismus und hatte mindestens die Fortgeschrittensten stets auf seiner Seite. Den ganzen Umfang seiner Forderungen lehrten

Bischofskonferenzen.

die Beschlüsse der Bischofskonferenzen kennen, die 1848 und 1849 stattgefunden hatten. Vor allem verlangte man völlig freien Verkehr mit Rom, da ein General, wie der Erzbischof von Olmütz sich ausdrückte, nur bei beständiger Verbindung mit seinem Oberfeldherrn seine Heeresabteilung zum Besten des Gesamtstaates führen könne; man forderte nicht minder den völlig freien Verkehr der Bischöfe mit ihren Untergebenen, den Geistlichen, und sträubte sich deshalb gegen jede staatliche Überwachung der Hirtenbriefe und Erlasse. Die Anstellung der Priester sollte den Kirchenfürsten allein zustehen, nicht minder auch deren Erziehung in besonderen Seminaren und die volle Disziplinarstrafgewalt, gegen die keine Berufung an den Staat erlaubt sein dürfe. Die Verwaltung und Vermehrung des Kirchenvermögens, die Gründung religiöser Vereine, Orden und Niederlassungen sollte von jeder beschränkenden Aufsicht befreit sein. In diesem Sinne äußerten sich schon im Mai 1848 die in Köln versammelten Bischöfe von Rheinland und Westfalen; dieselben Forderungen erhoben in den nächsten Monaten die deutsch-österreichischen Kirchenfürsten; und endlich erneuerte und begründete eine große Bischofskonferenz in Würzburg, auf der nur wenige fehlten, diese Ansprüche im Oktober und November des Jahres. Auf Döllingers Betreiben wurde dort auch der Plan einer deutschen Nationalkirche, natürlich im engsten Anschluß an Rom und ohne jeden sonderungslustigen Nebengedanken, sowie die Anstellung eines ständigen Vertreters der deutschen Bischöfe beim Papste gebilligt; beide Vorschläge kamen aber nicht über diese erste Stufe der Entwicklung hinaus. In der Ausnutzung der Grundrechte dem Staate gegenüber war man weniger bedächtig; obgleich in vielen Ländern die Genehmigung der Hirtenbriefe durch die Regierung noch gesetzlich geboten war, beschloß man doch in Würzburg sie fortan nicht mehr einzuholen; das freie Vereinsrecht diente zur Bildung eines ganzen Netzes von sogenannten Pius-Vereinen; zahlreiche Klöster entstanden in den katholischen Gegenden und die Jesuiten dehnten ihre Missionsreisen sogar bis in den erzprotestantischen Norden aus. Diesem erwünschten Zustande machte die Aufhebung der Grundrechte in den meisten Staaten ein Ende, nicht aber in Preußen; denn hier war jener Satz von der Selbständigkeit der Kirchen nicht allein in die Verfassung übergegangen, sondern auch der König selbst billigte ihn vollkommen. Daher hatte der Ultramontanismus in seinen Staaten gute Tage; die katholische Abteilung im Kultusministerium nahm sich desselben lebhaft an, und die Bischöfe durften ohne weiteres die Bestimmungen des allgemeinen Landrechtes, soweit sie nach ihrer Ansicht mit der Verfassung im Widerspruch standen, als aufgehoben behandeln. Nur selten streiften sie an die Grenze, wo die Nachsicht des Königs aufhörte. So etwa als Arnoldi in Trier 1853 die Schließung gemischter Ehen nur dann gestatten wollte, wenn der protestantische Teil vorher eidlich die katholische Erziehung aller Kinder gelobe, und der König nun jedem Offizier, der sich darauf einlasse, den Abschied an-

Würzburger Konferenz.

Günstige Lage in Preußen.

kündigte. Aber daß z. B. die Geistlichen von ihren Bischöfen angewiesen wurden bei der Leistung des Verfassungseides ihre Verpflichtungen gegen die Kirche ausdrücklich vorzubehalten, wurde schon im April 1850 vertrauensvoll zugestanden. Trotz dieser nachgiebigen Haltung der Regierung behauptete übrigens die katholische Partei, die sich unter Führung der Brüder Reichensperger im Abgeordnetenhause gebildet hatte, eine unabhängige Stellung und trat häufig, auch wenn es sich nicht um Freiheiten der Kirche handelte, für die Sache der Liberalen ein; sie stand fest zur Verfassung, die sie mit Recht für das stärkste Bollwerk der Kirche hielt, und erwarb sich dadurch einen Schein von Freisinnigkeit und Überzeugungstreue, der ihr umsomehr zu gute kam, je kleiner das Häuflein der eigentlichen Liberalen war.

Oberrheinische Kirchenprovinz.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der oberrheinischen Kirchenprovinz. Hier hatten die Bischöfe in den Landesverfassungen keine Anhaltepunkte für ihre Forderungen, und die Beschränkungen, denen sie infolge der Verordnungen von 1830 unterlagen, waren viel lästiger als in Preußen. Sie wandten sich daher zuerst einzeln und im März 1851 gemeinsam mit einer Denkschrift an die Regierungen und entwickelten das Programm der Würzburger Konferenz, wobei sie stark betonten, daß es im wohlverstandenen Interesse aller Autorität liege die kirchliche Autorität zu befestigen, weil nur sie einen Rückhalt auch in staatlichen Wirren bieten könne. Die Regierungen waren jedoch anderer Ansicht. Vertreter Württembergs, Badens, der beiden Hessen, Nassaus und Frankfurts (Preußen für Hohenzollern hielt sich fern) berieten vom Februar 1852 ab in Karlsruhe monatelang über diese Denkschrift und lehnten die wesentlichsten Punkte ab. Die geringen Milderungen der Verordnung von 1830, zu denen sie bereit waren, wurden durch gleichlautende Verordnungen im März 1853 bekannt gemacht. Höchst unzufrieden über diesen mißlungenen Anlauf erklärten die Bischöfe am 12. April, daß sie Gott mehr gehorchen würden als den Menschen und so zu handeln entschlossen seien, als ob ihre Forderungen zugestanden wären; in einer zweiten Denkschrift vom 18. Juni begründeten sie dies Verfahren aus dem Kirchenrechte, gegen das sie kein Landesrecht wollten gelten lassen. Daraus entspannen sich bittere Konflikte, die besonders in Baden einen heftigen Charakter annahmen. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, hatte sich schon im Mai 1852 durch die Verweigerung des Traueramtes für den verstorbenen Großherzog und durch die Bestrafung von über hundert der Regierung gehorsamen Priestern in den gehässigsten Gegensatz zu der Obrigkeit gestellt. Auf diesem Standpunkte beharrte er nun mit wachsender Verbitterung, und als ihm im November 1853 ein landesherrlicher Kommissar beigegeben wurde, dessen Unterschrift zu allen bischöflichen Erlassen nötig sein sollte, exkommunizierte er nicht nur diesen, sondern auch den badischen Oberkirchenrat. Da wurde er dann freilich verhaftet und die Priester, welche seinen gesetzwidrigen Befehlen gehorchten, traf Geld- und Gefängnisstrafe; auch in

Badischer Kirchenstreit.

Württemberg und Nassau wurde mit Strenge gegen den trotzigen Ungehorsam eingeschritten; von langer Dauer war aber diese Entschlossenheit nicht. Bald wurden Verhandlungen mit den Bischöfen angeknüpft, und schon 1854 kam es in Darmstadt zu einer geheimen, in Stuttgart zu einer veröffentlichten Konvention, die in wesentlichen Punkten den geistlichen Forderungen nachgab. Trotzdem war der päpstliche Stuhl sehr wenig damit zufrieden, nicht weil ihm die Zugeständnisse der Regierungen zu unbedeutend erschienen, sondern weil er gehofft hatte bei dieser Gelegenheit die oberrheinischen Staaten zu einem förmlichen Konkordat zu drängen. Man beschwerte sich in Rom lebhaft über das selbständige Vorgehen der Bischöfe; fast scheint es, als ob der harmlose Vorschlag einer Nationalkirche Besorgnisse wachgerufen habe. Jeder Bischof, klagte Pius IX. dem württembergischen Konsul, sei jetzt so gut Papst als er; sie gäben ihm nicht einmal Kunde von ihren Schritten, und es sei schon ein Glück, wenn sie sich nur an ihn wendeten, ehe sie Neuerungen begännen. Diese Selbständigkeit zu brechen blieb von da ab ein Hauptziel der Kurie; der erste Schritt dazu war, daß man die Konventionen der Bischöfe mit den Regierungen verwarf und durch die Höfe von Wien und Berlin den Abschluß von Konkordaten anzuregen suchte. Große Geneigtheit dazu fand man eben nicht; aber Österreichs Vorgang, das im Herbst 1855 sein Konkordat zustande brachte, besiegte die Bedenklichkeiten. Nur zu richtig hatten römische Stimmen im voraus verkündet: im Konkordate spricht der Kaiser, und wenn der Kaiser spricht, werden die Markgrafen wohl oder übel folgen; Österreich zeichne die Bahn vor, in welche früher oder später die kleinen, mittleren und ein gewisser großer Staat würde einlenken müssen. Der große freilich sank so tief doch nicht herab, aber aus Karlsruhe, Stuttgart und Wiesbaden erschienen wirklich in den nächsten Jahren Bevollmächtigte in Rom und begannen Unterhandlungen, die zuerst mit Württemberg am 8. April 1857 und weiterhin auch mit Baden und Nassau zum Ziele führten. Gleichwohl traten diese Konkordate nicht rechtlich in Kraft; zur Gültigkeit bedurften sie der Zustimmung der Landesvertretungen, und als diese eingeholt werden sollte, waren die Zeiten der Reaktion vorüber, so daß sie von den Kammern verworfen und auch von den Regierungen trotz aller Klagen des päpstlichen Stuhles meist ohne erheblichen Widerstand preisgegeben wurden.

Konventionen.

Konkordate.

Ähnliche Verträge wie mit den süddeutschen Staaten hatte Rom seit 1850 auch mit den italienischen Fürsten abgeschlossen; aber weitaus sein größter Sieg war doch das österreichische Konkordat vom 18. August 1855. Nirgends war man so empfänglich für die römische Lehre, daß nur die Herrschaft der Kirche den Gehorsam der Völker verbürge, wie in Wien. Mit besonders lebhaftem Dankgefühl sah man, daß die Geistlichkeit sich gegen das Nationalitätsprinzip wandte, daß z. B. die Bischöfe, die 1849 in Wien versammelt waren, es für einen Rest des Heidentums erklärten, weil es auf der Verschiedenheit der Sprachen beruhe und diese

Das österreichische Konkordat.

wiederum aus dem Abfall von Gott bei dem Turmbau von Babel sich herschreibe. Wenn die Unabhängigkeitsgelüste der Völker im österreichischen Staate wirklich die schwerste Gefahr für die Einheit der Monarchie bildeten, wo konnte man dann eine bessere Hilfe finden als bei einer so denkenden Geistlichkeit. Um diese bei guter Stimmung zu erhalten durfte kein Opfer zu groß erscheinen, und so gewährten denn schon vor der Aufhebung der Verfassung kaiserliche Verordnungen vom April 1851 alle Forderungen Roms im vollsten Maße. Durch den Abschluß des Konkordates wurden diese Zugeständnisse der einseitigen Änderung durch den Staat entzogen; sie bestanden fortan vertragsmäßig zu Recht und nur die Einwilligung des Papstes oder ein Rechtsbruch konnte sie wieder beseitigen. Vollkommen zufrieden war aber die Kurie selbst mit dem Konkordate noch nicht; die Auslegung der Grundsätze, die es aussprach, und die Ausführungsgesetze mußten das Beste thun. Sofort ging man also daran sich die Früchte des Vertrages zu sichern, und bei der günstigen Gesinnung des Kaisers war das nicht schwer. Da wurde den Bischöfen die vollkommenste Freiheit zugestanden ihre Herden von dem Lesen verderblicher Bücher abzuhalten; die Regierung hatte nichts dawider, wenn die Prälaten von den Buchhändlern die Einsendung ihrer Verlagsartikel verlangten um sie vor dem Druck der geistlichen Zensur zu unterwerfen; in ausgedehntem Maße stand der weltliche Arm den Kirchenfürsten zu Gebote, wenn sie bei der Ausübung ihrer Disziplinargewalt auf Schwierigkeiten stießen; alle Änderungen, die von ihnen in der Gesetzgebung gefordert wurden, durften der wohlwollendsten Aufnahme und meistens auch der bereitwilligsten Annahme sicher sein; in zehnwöchentlichen Konferenzen mit den Vertretern der Regierung konnten sie vom April bis Juni 1856 ein vollständiges Programm entwerfen, das alle Forderungen und Folgerungen enthielt, die sie aus dem Konkordate zu ziehen für gut fanden; und wie das Eherecht diesen Anträgen gemäß durch kaiserliche Verordnung vom 8. Oktober zum Nachteil der Nichtkatholiken geändert wurde, so setzte man sich in fast allen Fragen ohne Bedenken über die Beschwerden der übrigen Glaubensgemeinschaften hinweg um nur des päpstlichen Segens und des Beistandes der katholischen Geistlichkeit bei der Unterdrückung der Völker sicher zu sein. Das Ergebnis dieser Konkordatsgesetzgebung war also die unbedingte Herrschaft der Bischöfe über Klerus und Kirchenvermögen in Schule und Haus. Die freisinnige josefinische Ordnung, die allerdings in manchen Punkten der Kirche zu nahe getreten sein mochte, wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet und der Staat so vollkommen in die Banden Roms geschlagen, als ob in der That, wie die Bischöfe es so gern zu betenern pflegten, die Interessen der Kirche den wahren Interessen des Staates niemals widerstreiten könnten.

Nicht so erfolgreich wie in Österreich war die Kurie mit ihren Bemühungen in den übrigen katholischen Ländern, selbst nicht in Frankreich. Hier stützte sich zwar Napoleon als Prinz-Präsident wie als Frankreich.

Kaiser zum großen Teil auf die katholische Geistlichkeit und mußte daher ihre Geneigtheit durch mancherlei Zugeständnisse erkaufen; aber soweit es irgend ging, suchte er sich doch seine Unabhängigkeit zu wahren und verzichtete lieber auf lebhafte Lieblingswünsche, wie auf die Krönung durch den Papst, als daß er einen zu hohen Preis dafür bezahlt hätte. Die allgemeine Richtung der französischen Politik und die Stimmung im Lande war freilich nichtsdestoweniger den katholischen Interessen günstig; nur der unbedingten Herrschaft, die sie beanspruchten,
Italien. konnten sie sich nicht erfreuen. Dies und die schweren Niederlagen, welche die Kurie in Sardinien erlitt, wird an anderer Stelle zu erzählen sein. Die übrigen Länder Italiens beharrten in der Willfährigkeit gegen Rom, die ihnen schon durch ihre Abhängigkeit von Österreich vorgeschrieben war, und mehr als einmal wurden die protestantischen Mächte durch die Nachrichten von Verfolgungen und Strafen in Bewegung gesetzt, denen selbst in dem gemäßigten Toskana friedliche Bürger nur deshalb preisgegeben waren, weil sie es gewagt hatten die Bibel zu lesen.

Portugal. Durchaus unzugänglich für den römischen Einfluß erwies sich Portugal. Dom Pedros Feindseligkeit gegen die Kurie wurde freilich von seiner Tochter, der Königin Donna Maria da Gloria, nicht geteilt; aber die Aufhebung der Zehnten und der Klöster und die ganze kirchenfeindliche Gesetzgebung, die er veranlaßt, blieb auch über seinen Tod und über das Jahr 1841, in dem eine äußerliche Aussöhnung mit dem Papste durch den Nuntius Capaccini zustande gebracht ward, in Kraft. Zu einem Konkordate zeigten sich weder die Liberalen und ihr Führer Saldanha, noch die Konservativen, an deren Spitze Costa Cabral, Graf von Thomar, stand, willig, und auch als im November 1853 die Königin starb und ihr Sohn, anfangs unter der Vormundschaft seines Vaters Ferdinand von Koburg, seit 1855 aber selbständig als Dom Pedro V., die Regierung übernahm, änderte sich an dieser Stimmung nichts. Das Verhältnis zu Rom blieb gespannt, und der frühe Tod des kinderlosen Königs, dem ein Bruder um wenige Tage ins Grab vorausging, ein anderer wenige Wochen später folgte, ward von der einen Seite als die Strafe des Himmels für das gottlose Herrscherhaus betrachtet, von der anderen mit Argwohn und Verbitterung auf unnatürliche Ursachen zurückgeführt. Der neue König aber, der, gleichfalls ein Bruder des Verstorbenen, als Dom Luiz I. am 15. November 1861 den Thron bestieg, wurde durch diese Trauerfälle weder bekehrt noch eingeschüchtert, und Portugal blieb neben Viktor Emanuels Reiche von allen katholischen Staaten Europas der ungefügigste und unkirchlichste.

Spanien. Bei weitem nicht so ungünstig, aber doch auch keineswegs befriedigend war die Stellung der Kurie zu Spanien. Eine sehr zuverlässige und ergebene Anhängerin hatte der Papst hier allerdings an der Königin Isabella, die ihren bedenklichen Lebenswandel durch Unterwürfigkeit unter das geistliche Gebot wieder gutzumachen dachte und zuzeiten

auch die Politik ihres Landes ganz und gar im Sinne der Jesuiten beeinflussen konnte. Aber im allgemeinen stand die Entscheidung doch nicht bei ihr, sondern bei der jeweils herrschenden Partei. Narvaez, der an der Spitze der Moderados während des größten Teiles der vierziger Jahre gemäßigt und klug die Regierung geführt hatte, wußte auch in der Nachgiebigkeit gegen Rom Maß zu finden, so schneidig auch die Waffe war, die man dort in der Drohung den Karlismus zu segnen in der Hand hielt. Und wie er der März- und Mai-Krawalle, die das Jahr 1848 in Madrid und ein paar anderen Städten brachte, mit leichter Mühe Herr wurde, so bezwang er in der That auch den katalonischen Aufstand, den Cabrera zu Gunsten Don Carlos VI., des Grafen von Montemolin, anzettelte und beinahe ein Jahr am Leben erhielt, bis die französischen Behörden der Sache ein Ende machten, indem sie am 5. April 1849 den Prätendenten, als er eben die Grenze überschreiten wollte, und drei Wochen später auch Cabrera selbst, der mit einigen Gefährten auf französisches Gebiet übergetreten war, verhafteten. Länger als anderthalb Jahre behauptete sich dann Narvaez noch am Ruder, mußte aber am 10. Januar 1851 einem durchaus reaktionären Ministerium unter Führung von Bravo Murillo Platz machen. Nun endlich gelang es der Kurie ein Konkordat, auf das sie lange hingearbeitet, durchzusetzen und dabei nicht allein die Rückgabe der noch unverkauften Kirchengüter sondern auch eine Entschädigung für die schon veräußerten zu erlangen. Da die Ausübung jeder anderen Religion als der katholischen bei schwerer Strafe untersagt, der Unterricht den Bischöfen überantwortet und eine geistliche Bücherzensur eingeführt wurde, hätte der Ultramontanismus alle Ursache gehabt zufrieden zu sein, wenn er nur Bürgschaft für die Dauer dieser neuen Zustände hätte gewinnen können. Die aber war nirgends zu finden; bald drängte ein Ministerwechsel den anderen, Murillo stieß schon im nächsten Jahre bei den neugewählten Kortes auf so feindliche Gesinnungen, daß er sie am 2. Dezember auflösen und wenige Tage darauf dem Grafen Alcoy das Staatsruder abtreten mußte. Irgend welche Bedeutung hatte dieser Wechsel freilich nicht; eine Schattierung der Moderados löste die andere ab; als die Kortes im März 1853 den Grafen Alcoy mit dem gleichen verdienten Mißtrauen behandelten wie seinen Vorgänger, folgte ihm der General Lersundi, und unerschöpflich in neuen Kombinationen setzte sich dann der Wechsel bis in den Juli 1854 fort, wo unter dem Ministerium des Grafen San Luis der Zusammenbruch erfolgte. Irgend etwas Haltbares vermochte keines dieser Ministerien zu schaffen, obgleich sie in Entwürfen und Versuchen von Verfassungsänderungen miteinander wetteiferten; die einzige Frucht dieser Reaktionszeit war, daß die Liberalen immer erbitterter und ungeduldiger, die Moderados immer uneiniger und unfähiger zur Regierung wurden. Nach wiederholten mißlungenen Aufständen erhob am 30. Juli 1854 O'Donnell in Vicalvaro nahe bei Madrid die Fahne

Narvaez.

Das Konkordat von 1851.

Wechselnde Ministerien.

O'Donnells Aufstand.

der Empörung, und ein Straßenkampf in der Hauptstadt, den die Progressisten vom 17.—19. Juli ausfochten, brachte das Ministerium vollends zu Fall. Die beiden Gruppen der Aufrührer einigten sich über eine gemischte Regierung; den Vorsitz erhielt Espartero als Haupt der Progressisten, O'Donnell als Vertreter der unzufriedenen Generale das Kriegsministerium; das Konkordat ward aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter von neuem begonnen und nach endlosen Redegefechten am 15. Dezember 1855 auch eine neue Verfassung zustande gebracht. Ins Leben zu treten war indes auch dieser nicht beschieden; noch ehe sie verkündet ward, hatte O'Donnell, der mit Espartero längst zerfallen war, einen neuen Wechsel vorbereitet. Im Juli 1856 führte er durch innere Streitigkeiten den Rücktritt des Kabinettes herbei, und als die Königin darauf ihn, nicht Espartero, mit der Neubildung betraute, verhängte er den Belagerungszustand über ganz Spanien, unterdrückte mit blutiger Energie die Aufstände in Madrid, Saragossa und Barcelona, hob die Nationalgarde auf, schickte die Kortes nach Hause und stellte endlich die Verfassung von 1845 wieder her. Nachdem er so reine Bahn für ein gemäßigt freisinniges Regiment geschaffen hatte und sich anschickte, gestützt auf die liberale Union, eine Mittelpartei zwischen Moderados und Progressisten, die sich in den Kortes von 1854 gebildet hatte, den Weg des vorsichtigen Fortschrittes einzuschlagen, ward er von der Königin, welche die Schwäche der noch jungen Partei wohl kannte, einfach beiseite geschoben und am 14. Oktober 1856 durch Narvaez ersetzt. Dessen Stellung aber war durch die Parteiverschiebungen der letzten Jahre wesentlich verändert; der liberalere Teil seiner Freunde war zu der Union übergetreten, eine äußerste Rechte hatte sich unter dem Namen der Neukatholiken abgezweigt, der Rest der Partei befand sich infolge der zahlreichen Ministerwechsel von 1851—54 in völliger Zersetzung und bildete viele kleine Gruppen, die sich um einzelne Personen scharten. Narvaez mußte die bedeutendsten davon in sein Kabinett aufnehmen und selbst Nocedal, einen Führer der Neukatholiken, der durch ein reaktionäres Preßgesetz das Ministerium weit nach rechts drängte, sich gefallen lassen. Die Religionsfreiheit, welche die Kortes von 1855 gewährt, ward wieder aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter abermals rückgängig gemacht, durch ein neues Unterrichtsgesetz das Schulwesen wieder der Geistlichkeit überantwortet. Eine allgemeine Gärung ergriff von neuem das Land, die Kortes zeigten sich unzufrieden und dem Hofe genügte dieses Maß von Reaktion gleichwohl noch immer nicht. Da forderte Narvaez am 1. Oktober 1857 seine Entlassung und nachdem die Königin es zunächst mit dem liberalen Flügel der Moderados unter Armero und Mon, dann mit dem konservativeren unter Isturiz versucht hatte, trat endlich am 30. Juni 1858 O'Donnell mit der liberalen Union wieder ans Steuerruder um es mehrere Jahre hindurch nicht unrühmlich und erfolglos zu führen.

Neues Schwanken.

Belgien. Damit war denn aller Gewinn auch für die Kurie wieder verloren

gegangen und das Gesamtergebnis des Jahrzehntes war für sie schließlich ebenso nichtig wie für die spanische Nation; über all dem Hin- und Herschwanken war man nicht aus der Stelle gekommen. In gewissem Sinne konnte man dasselbe von der Stellung der Ultramontanen in Belgien sagen. In diesem Lande hatte der englische Parlamentarismus sich so vollkommen eingelebt wie nirgendwosonst; wenn dem Könige daran ein gut Teil des Verdienstes zukam, so lag es doch nicht minder an dem Umstande, daß, wie England einst an den Whigs und Tories, so Belgien an den Liberalen und Ultramontanen zwei große geschlossene Parteien und damit die wichtigste Vorbedingung für die Begründung eines parlamentarischen Systemes besaß. Die Stärke der beiden Parten war fast die gleiche, und in regelmäßigem Wechsel lösten sie sich am Staatsruder ab; die Folge davon war, daß jede mit der anderen rechnen mußte und der Mißbrauch der Macht seitens der herrschenden Partei sich in bescheidenen Grenzen hielt. Auf der anderen Seite vergaß aber der belgische Ultramontanismus über den heimischen Aufgaben keineswegs die universellen; wenn einer seiner Führer, der Herr von Kerkhove, es offen aussprach, daß der Ultramontanismus kein Vaterland außer Rom kenne, so handelten viele hervorragende Parteigenossen thatsächlich in diesem Sinne. Adel und Klerus stellten ihre besten Kämpfer der Kurie zur Verfügung. Der Jesuitengeneral Beckx und der päpstliche Kriegsminister Graf von Mérode stammten aus Belgien und viele ihrer Landsleute dienten in ihrem Stabe. In diesen Kreisen wurden die Ideen von dem Weltberufe des Papsttums am eifrigsten genährt, und dem Jesuitismus die tüchtigsten Kräfte herangezogen. Hier erkannte man am lebhaftesten die Notwendigkeit der Kurie nicht bloß Zuwachs an äußerer Macht zu bringen, sondern dem Papste selbst zu einer absoluten Gewalt über die ganze Kirche zu verhelfen, damit er den Widerstand freisinniger Strömungen brechen und das ultramontane System vor jeder Verfälschung bewahren könne. Des eigenen Einflusses auf den zeitigen Papst waren die Jesuiten vollkommen sicher, und ebenso sicher hofften sie die künftigen Papstwahlen nach ihrem Willen lenken zu können. Alle Gefahr, die ihnen drohte, konnte nur von den Bischöfen und dem niederen Klerus kommen, und diese zu beugen und zu fesseln mußte daher ihre dringendste Aufgabe sein.

Universelle Tendenzen des Ultramontanismus.

Als letztes Ziel schwebte ihnen dabei die Absicht vor die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma zu erheben und ihm dadurch eine unangreifbare Stellung gegenüber widerspenstigen Bischöfen zu verschaffen. Allein sie waren vorsichtig genug mit diesem Vorhaben nicht sogleich herauszurücken. Die Verkündigung neuer Dogmen war seit langer Zeit außer Brauch gekommen, und die Welt mußte erst wieder daran gewöhnt werden. Es galt also eine Lehre zu finden, die geeignet wäre als Bedingnis der Seligkeit aufgestellt zu werden und die des Papstes Beifall und bei den Bischöfen wenigstens keinen hartnäckigen Widerstand fände. Dazu empfahl sich der Satz von der sündlosen Geburt der

Die unbefleckte Empfängnis.

Maria. Schon das Konzil von Ephesus im Jahre 430 hatte sie zur Gottesmutter erklärt; also nicht Christus als Mensch, sondern Christus als Gott war ihr Sohn; daraus war von den Franziskanern schon frühzeitig gefolgert worden, daß auch sie selbst sündlos geboren sei, und das Fest der unbefleckten Empfängnis Mariä (am 8. Dezember) war gegen den Widerspruch der Dominikaner seit dem 14. Jahrhundert in Aufnahme gekommen. Allerdings stand diese Lehre in ihren Konsequenzen im Widerspruch mit einem anderen Dogma, dem von der Erbsünde; wenn die sündlose Geburt der Maria nötig sein sollte, damit Christus selbst sündlos geboren werden konnte, so durfte mit demselben Rechte diese Schlußfolgerung von Mutter zu Mutter bis auf das erste Menschenpaar rückwärts ausgedehnt werden, und mit der Erbsünde war es vorbei. Aber durch solche Bedenken ließen sich die Jesuiten nicht anfechten, sie wußten, daß Pius jeder Maßregel zur Verherrlichung der Maria, die er für seine besondere Gönnerin hielt, geneigt sei, und so beschlossen sie, wie die Spötter meinten, auch dem lieben Gott eine Großmutter zu geben, da der Teufel sie ja schon lange habe. Eine Versammlung von Bischöfen wurde nach Rom berufen und gab ihre Zustimmung; am 8. Dezember 1854 wurde das neue Dogma verkündigt. Es erregte in der protestantischen Kirche mehr Aufsehen als in der katholischen. Friedrich Wilhelm IV. besonders fühlte durch diese Neuerung den gemeinsamen Boden, auf dem der Katholizismus und der altgläubige Protestantismus nach seiner Ansicht standen, heftig erschüttert; alle evangelischen Kirchen, so wünschte er, sollten einmütig ihre Stimme dagegen erheben und erklären, daß mit diesem Dogma der Papst das apostolische Glaubensbekenntnis verlassen und eine breite Kluft zwischen sich und der übrigen Christenheit gerissen habe. Aber er ließ den Plan fallen, als der Erzbischof von Canterbury namens der anglikanischen Kirche Schwierigkeiten machte, und die wirkliche Tragweite des Ereignisses, die Absicht, in der es herbeigeführt war, durchschaute doch auch er so wenig wie irgend jemand sonst zu jener Zeit. Nur das dunkle Gefühl blieb bei den schärfer Beobachtenden zurück, daß die römische Kirche sich zu neuen Eroberungen rüste und daß es nicht wohl gethan sei sie mit stolzem Pochen auf die Tageshelle des neunzehnten Jahrhunderts und die Unüberwindlichkeit der modernen Bildung gewähren zu lassen.

Der Jesuitismus und die freie Forschung.

Dieses selbe Gefühl hätten auch alle übrigen Beobachtungen hervorrufen sollen, die man bezüglich des Auftretens der jesuitischen Partei machen konnte. Wo innerhalb des Katholizismus selbständige Forschung aufzukommen drohte, wurde sie durch Machtsprüche erstickt oder durch Bannflüche aus der Kirche gewiesen. So waren in Deutschland die Lehren von Hermes ausgerottet, so wurde ein jüngerer Philosoph, der in ähnlicher Weise die Wahrheit der katholischen Dogmen wissenschaftlich zu begründen suchte, Günther in Wien, und mit ihm sein Schüler Baltzer in Breslau, von dem römischen Stuhle verworfen. In gleicher

Weise hatte man in Frankreich Lamennais aus der Kirche gedrängt und seine Anhänger Lacordaire und Montalembert zur Unterwerfung gezwungen. Gegen die Bischöfe bediente man sich auf das rücksichtsloseste der Presse; die ultramontanen Heißsporne, wie Veuillot in dem einflußreichsten kirchlichen Blatte Frankreichs, dem Univers, mußten über die milder gestimmten Prälaten herfallen und wurden, wenn Beschwerden gegen sie in Rom einliefen, statt mit Tadel mit dem päpstlichen Segen bedacht. Männer, von denen man wußte, daß sie den jesuitischen Plänen feind seien, erhielten gewiß keinen Zutritt zu den bischöflichen Stühlen, und wenn sie in regelrechter Weise gewählt waren, wie der Gießener Professor Leopold Schmidt zu der Mainzer Bischofswürde, so scheute man auch den Bruch des bestehenden Rechtes nicht und zwang den Diözesen auserkorene Werkzeuge der Jesuiten wie den Freiherrn von Ketteler auf, der fortan die Seele aller jesuitischen Agitationen in Deutschland war und mit unermüdlicher Geschäftigkeit durch Flugschriften und Reden, in der Presse, in Parlamenten und Vereinen zu wirken verstand. Angriffslustig stürzten er und seine Genossen sich auch auf den Protestantismus, den sie dem Volke als die wahre Ursache von Deutschlands Zersplitterung und Ohnmacht zu schildern suchten; wie die Juden durch die Kreuzigung Christi, so habe unser Volk, lehrte der Mainzer Bischof, durch die Reformation seine nationale Existenz verscherzt; nur durch die Rückkehr zur römischen Kirche könne es seine Einheit wiedergewinnen. In demselben Geiste behauptete einige Jahre später sein Paderborner Amtsbruder Martin, daß auch die Protestanten seiner Diözese seiner oberhirtlichen Obhut unterworfen seien, und der Papst erhob zuletzt den gleichen Anspruch sogar persönlich dem deutschen Kaiser gegenüber. Jesuitenmissionen durchzogen Deutschland von neuem nach allen Seiten, man trug sich mit dem früher schon ernstlich verfolgten Plane eines katholischen Bistums in dem protestantischen Hamburg, man machte den Versuch durch die Begründung einer Nuntiatur in Berlin sich in der Hauptstadt des preußischen Staates einzunisten um von da aus bequemer die Fäden nach allen Richtungen hin anspinnen zu können.

Jesuitismus und Protestantismus.

In den übrigen protestantischen Ländern war man nicht minder thätig, und die Erfolge, die erzielt wurden, reizten zu immer neuen Übergriffen. Geradezu glänzend waren die Fortschritte des Katholizismus jenseit des Ozeans in den Vereinigten Staaten von Amerika; den größten Teil daran hatte freilich die Einwanderung katholischer Irländer; aber mochte die Ursache sein, welche sie wollte, es war doch ein glänzender Triumph, als in dem gutprotestantischen Lande, das am Beginn des Jahrhunderts nur einen katholischen Bischof besessen hatte, im Mai 1852 ein Nationalkonzil zusammentrat, das 6 Erzbischöfe und 26 Bischöfe zu Mitgliedern zählte, daß wenige Jahre später mehr als 20 000 katholische Priester und über 50 Bischöfe an beinahe 6000 Kirchen und Kapellen wirkten. Gegen solchen Gewinn trat selbst der Verlust zurück, den man durch die Einbuße der Kirchengüter in Mexiko erlitt. Allein wichtiger

Die Propaganda in Amerika.

als alle Vorgänge in Amerika und die Eroberungen auf den weiten Missionsfeldern Afrikas, Asiens und Australiens waren für die nächste Gegenwart doch die Siege, die der Katholizismus über die protestantischen Kirchen in Europa davontrug. Der Geist der Neuzeit, der in England die politische Gleichberechtigung der Katholiken erzwungen hatte, stürzte auch in Skandinavien die ausschließliche Herrschaft des Luthertums und eröffnete der katholischen Propaganda ganz neue Gebiete, über deren spröde Bevölkerung er allerdings noch keine erheblichen Vorteile zu gewinnen vermochte. In Holland und England dagegen konnte man sich schon bis zu der Neubegründung einer katholischen Hierarchie vorwagen.

Holland. Beide Länder waren bisher als Missionsgebiete behandelt und ihre katholische Bevölkerung durch päpstliche Vikare geleitet worden. In Holland eröffnete die liberale Verfassung vom 14. Oktober 1848 dem Katholizismus die Bahn zu freierer Bewegung, und als auf König Wilhelm II. im März 1849 sein Sohn Wilhelm III. folgte, und dieser am 30. Oktober das liberale Ministerium Thorbecke berief, legte auch die Verwaltung der jesuitischen Propaganda keine Hindernisse mehr in den Weg. Zahlreich erschienen die Ordensbrüder im Lande, Klöster wurden gestiftet, katholische Zeitschriften begründet, und endlich am 7. März 1853 durch päpstliches Breve ein Erzbischof von Utrecht und vier Bischöfe eingesetzt. Nun brach wohl der Sturm protestantischen Unwillens gegen das Ministerium los, dem man vorwarf diese Maßregel nicht verhindert zu haben; Thorbecke und mehrere seiner Kollegen mußten am 19. April 1853 zurücktreten, aber Hall, der ihn ersetzte, konnte auch nichts anderes thun als durch besondere Gesetze, unter denen das wichtigste die völlige Trennung der Schule von der Kirche betraf, dem Vordringen des Katholizismus gewisse Grenzen ziehen; der Beweis war augenfällig geliefert, daß die Kurie mit großem Geschick die liberalen Theorien auszubeuten wisse, und wenn man diese Theorien um solcher unerwünschten Folgen willen nicht beschränken oder gar verwerfen wollte, so ergab sich mit Notwendigkeit die Pflicht alle Schritte des Jesuitismus vorsichtig zu überwachen und ihm auf jedem seiner Wege entschlossen und unnachgiebig mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten.

England unter der Herrschaft der Whigs.

Diese Pflicht lag nächst Deutschland keinem Lande dringender ob als Großbritannien, und der päpstliche Angriff, der sich ganz in derselben Weise wie gegen die Niederlande gegen England gerichtet hatte, war ein vernehmlicher Aufruf an den protestantischen Sinn des Inselvolkes, der bedenklich eingeschlummert zu sein schien. Statt abzusterben behauptete sich die katholisierende Richtung Puseys siegreich in der anglikanischen Kirche, und dem Übertritte von Newman waren andere Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, wie der Archi-

diakonus Manning und zwei Brüder Wilberforce gefolgt. Seit Jahren bereits munkelte man davon, daß Rom die Wiederherstellung katholischer Bistümer in England beabsichtige; aber trotzdem stand die öffentliche Meinung ganz verwirrt und zwiespältig der vollendeten Thatsache gegenüber, als am 29. September 1850 ein päpstliches Breve wirklich an die Stelle der vier apostolischen Vikariate, unter denen bisher die englischen Katholiken gestanden, zwölf Bistümer und ein Erzbistum setzte und das letztere dem Kardinal Wiseman unter dem Titel eines Erzbischofs von Westminster übertrug. Die Entrüstung der englischen Protestanten über diese Maßregel war allerdings außerordentlich; das lange verstummte No-popery-Geschrei erhob sich wieder mit Macht und im Ministerium war wenigstens Lord Russell entschlossen dem „unverschämten und heimtückischen Angriff" durch gesetzliche Maßregeln entgegenzutreten. Da zeigte es sich aber, daß der Katholizismus auch in England bereits eine politische Macht sei. Das Whigministerium verdankte seine Mehrheit im Unterhause nur der Unterstützung der irischen Vertreter, und diese fielen sogleich von ihm ab, als Russell am 7. Februar 1851 ein Gesetz einbrachte, das allen nicht zur Staatskirche gehörenden Geistlichen die Führung bischöflicher Titel verbot und alle Schenkungen und Vermächtnisse an solche Geistliche untersagte. Der irischen Opposition schlossen sich die unabhängigen Liberalen wie Roebuck und John Bright an, die sonst auch zu dem Ministerium standen, und so war die immer schon schwankende Stellung der Regierung im Umsehen unhaltbar geworden. Allerdings gefährdete das nicht gerade die Titelbill; denn die Tories waren womöglich noch grimmigere Feinde Roms als Lord Russell und liehen ihm in dieser Sache ihren Beistand; aber sie benutzten die Spaltung in den Reihen der Gegner um durch eine Abstimmung über den Antrag des Radikalen Locke King, der eine Ausdehnung des Wahlrechts bezweckte, am 20. Februar den Sturz der Whigs herbeizuführen. Selbst die Regierung zu übernehmen waren sie bei der Zusammensetzung des Unterhauses indes nicht imstande und zu einer Auflösung glaubten sie die Zeit noch nicht gekommen. Die natürlichste Lösung schien unter diesen Umständen die Bildung eines gemischten Ministeriums, sei es aus Whigs und Peeliten oder aus Peeliten und Tories. Beides wurde versucht, aber beides scheiterte. Sir Robert Peel selbst war seit einigen Monaten tot; ein Sturz vom Pferde hatte ihm im Juli 1850 das Leben gekostet; jetzt waren die bedeutendsten Mitglieder der Partei Lord Aberdeen und Sir James Graham. Eine Verständigung mit den Tories machte ihnen ihre Freihandelspolitik unmöglich; aber auch das angebotene Bündnis mit den Whigs lehnten sie ab, weil sie deren Auftreten gegen den Papst nicht billigten. So endete die Ministerkrisis nach 14 Tagen damit, daß auf Wellingtons Rat Russell und seine Kollegen wieder eintraten. Wie absonderlich nun auch ihre Stellung zum Parlamente war, so brachten sie doch die Titelbill mit ungeheurer Mehrheit durch; nur die fortgeschrittensten Liberalen machten mit den Katholiken gemeinsame

Katholische Hierarchie in England.

Ministerkrisis.

Titelbill.

Sache; den Tories gelang es sogar noch mancherlei Verschärfungen hineinzubringen. Aber im Grunde war mit alledem doch Rom gegenüber wenig erreicht. Das Gesetz wirklich gegen die neuen Bischöfe anzuwenden lag, wie Russell später erklärte, niemals in seiner Absicht; er wollte nur den Grundsatz zum scharfen Ausdruck bringen, daß in England niemand als die Königin Bischöfe ernennen könne. Die neuen Prälaten traten also unbehindert ihr Amt an, und im Jahre 1870 wurde die Titelbill als völlig nutzlos wieder aufgehoben.

Die Stellung der Whigs.

Die schwache Stellung des Whigministeriums war durch den Sieg der Titelbill nicht gekräftigt worden. Die Loslösung der Peeliten von den Tories hatte eine ähnliche, aber doch viel tiefer greifende Umwandlung des parlamentarischen Parteilebens herbeigeführt, wie in den zwanziger Jahren die Loslösung der Canningiten; das selbständige Auftreten der unabhängigen Liberalen und der Iren, das Vorhandensein also dreier Parteien von erheblichem Stimmengewicht neben den beiden alten, mußte die breite Grundlage, auf der früher ein Tory- oder Whigregiment zu ruhen pflegte, völlig zerstören. Ohne Zugeständnisse, durch die man die Nachsicht oder Unterstützung einer oder mehrerer dieser drei Zwischengruppen erkaufte, war keine Verwaltung mehr möglich. Nun hatte allerdings das Ministerium Russell viel gethan um sich den Beifall der

Irland.

unsicheren Bundesgenossen zu verschaffen. Die furchtbare Hungersnot, die Irland besonders im Winter 1847 heimgesucht, war von den Whigs durch reichliche Bewilligung von Geldern gemildert worden. Die Zahl derer, welche vom Staate Almosen empfingen, stieg vom September 1846 bis zum März 1847 von 43 000 auf beinahe dreiviertel Millionen; mehr als 7 Millionen Pfund wurden aus öffentlichen Mitteln für die Notleidenden verausgabt; dazu kamen erstaunliche Summen, die durch freiwillige Beisteuern aufgebracht wurden. Die Tories wetteiferten selbstverständlich mit ihren Gegnern in der Bereitwilligkeit zu helfen, aber der politische Dank fiel doch der herrschenden Partei zu. Andererseits hatte diese aber auch die Vorwürfe wegen der doch unerläßlichen Maßnahmen der Strenge zu ertragen. Die furchtbare Not, der die unerhörte Sterblichkeit entsprach (es starben 1847 in Irland etwa 250 000 Menschen, d. h. mehr als in den drei vorhergehenden Jahren zusammen), hatte eine zunehmende Verwilderung im Gefolge; die Verbrechen häuften sich in erschreckender Weise, und die Whigs, die früher Peel gegenüber alle Ausnahmemaßregeln bekämpft hatten, mußten sie jetzt selbst beantragen. Das entfremdete ihnen dann wieder die Gemüter

Das Jahr 1848.

der Iren, und als das Jahr 1848 auch in England und Schottland einige unruhige Wochen brachte und die Regierung zum Aufgebot polizeilicher und militärischer Macht zwang, wurde auch der Groll der Radikalen rege. Erheblichen Umfang gewann die revolutionäre Aufregung indessen nicht. Eine Riesenpetition mit angeblich beinahe sechs, in Wahrheit doch kaum zwei Millionen Unterschriften, die obendrein großenteils gefälscht waren, wie der Name der Königin oder der sieb-

zehnmal wiederkehrende des Herzogs von Wellington bewies, sollte dem Parlamente von einem Pöbelhaufen unter O'Connors Führung überreicht werden. Aber die entschlossenen Vorkehrungen des eisernen Herzogs, der dem Whigministerium bereitwillig seine Hilfe zusagte, und die Einschwörung von 170 000 Londoner Bürgern zum außerordentlichen Sicherheitsdienste genügten um den großen Zug, der für den 10. April 1848 geplant war, zum Scheitern zu bringen. In Irland wurde die Sache etwas ernstlicher, es kam wirklich in Tipperary zu Blutvergießen, aber das kräftige Einschreiten der Regierung unterdrückte den Aufstand schnell, und die Häupter O. Brien, Meagher, Mitchell u. a. büßten ihre Empörung mit der Verbannung nach Australien. Abgesehen von vereinzelten verrannten Ultras konnten schließlich auch die Radikalen das Verhalten des Ministeriums nur billigen.

Wahlreform und Freihandel.

Schwieriger war es mit den fortgeschrittenen Liberalen sich über eine abermalige Reform des Wahlgesetzes zu verständigen. Die Forderung, welche Hume zuerst am 20. Juni 1848 in ihrem Namen aufstellte, daß allen Besitzern eines eigenen Hausstandes das Wahlrecht erteilt werden solle, verwarfen die Whigs durchaus, und die unablässig wiederholten verwandten Anträge führten endlich in Verbindung mit der Titelbill im Februar 1851 zu der schon erzählten Ministerkrisis. Erwünscht war diese den Radikalen keineswegs, da auch ihnen die Erhaltung des Freihandelssystems noch höher stand als ihre Reformwünsche; und da die Whigs in dieser Hauptfrage ihren Forderungen durchaus entsprachen, die Tories aber unausgesetzt an den niedrigen Kornzöllen rüttelten, so mußten die Manchesterleute wohl oder übel die Fortdauer der zeitigen Regierung wünschen. Aus demselben Grunde schenkten die Peeliten, vor allem Sir Robert Peel selbst, dieser uneigennützig ihren Beistand. Der eifrigste und unermüdlichste Vorkämpfer des Schutzzolls war Lord George Bentinck und nach seinem Tode, im September 1848, Benjamin Disraeli. Sie konnten es doch nicht verhindern, daß die allmähliche Verminderung der Zölle, wie Peel sie durchgesetzt hatte, planmäßig ins Leben trat und mit dem 1. Februar 1849 der Einschillingstarif, die niedrigste Stufe, unter dem lauten Jubel des Landes erreicht wurde. Sie konnten es nicht einmal verhindern, daß die Regierung der Aufforderung der Manchesterleute Folge leistete und die beschränkenden Schiffahrtsgesetze zuerst, während der Hungerzeit, vorübergehend aufhob, dann ihre völlige Beseitigung beantragte. Es handelte sich dabei um die Abschaffung der Vorrechte, die den britischen Schiffen den ausschließlichen Verkehr mit den Kolonieen sicherten und den Fremden die Einfuhr anderer Erzeugnisse als der aus ihrem heimischen Lande kommenden verbot; einzelne Lücken waren in dieses System schon gerissen, aber im ganzen und großen bestand es noch wie zu Cromwells Zeiten. Mit 275 gegen 214 Stimmen siegte die Regierung nach vielen erregten Verhandlungen im Unterhause, und nachdem auch die Lords ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben hatten, wurde das Gesetz am

Die Schiffahrtsakte.

12. Juni 1849 vollzogen, und am 1. Januar 1850 trat diese neue befreiende Maßregel ins Leben.

Manchesterpartei und Tories.

Doch die Wünsche der Manchestermänner hielten sich keineswegs in den Schranken, welche jede Whigregierung, auch die neuerungslustigste, sich setzen mußte, und stießen daher oft genug auf den Widerspruch des Ministeriums. Wenn sie die Freigebung der Kolonieen empfahlen, die Verminderung des Heeres forderten, die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Vermeidung von Kriegen beantragten, so konnten sie sicher sein, ihre Gegner nicht minder unter den Whigs wie unter den Tories zu finden. Ebendeshalb waren derartige Anträge aber auch der herrschenden Partei durchaus ungefährlich; erst wenn Cobden und seine Freunde aus ihrem Programm die Einzelforderungen in bezug auf die Tagesfragen zogen, wenn sie die Verwaltung der Kolonieen tadelten, das Budget der Regierung aus Sparsamkeitsgründen bemängelten oder ihre auswärtige Politik als händelsuchend und friedestörend angriffen, konnten sie der Toryhilfe sicher sein und die Stellung des Kabinetts bedrohen. Und über die auswärtige Politik klagten sie allerdings oft und gern; denn kein Minister bot ihnen weniger Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens als der langjährige Leiter des auswärtigen Amtes, Lord Palmerston. Hatte sein schneidiges und rücksichtsloses Auftreten gegen die fremden Mächte doch auch seinen Kollegen und selbst der Königin schon Anlaß zu lebhaftem Einspruch gegeben. Es schien, als ob Lord Palmerston recht geflissentlich jede Gelegenheit ausspähe, die eine Entfaltung der britischen Seemacht ermöglichte; wo einem britischen Unterthan eine Unbill zugefügt war, konnte er des Schutzes des auswärtigen Amtes sicher sein und brauchte nicht zu befürchten, daß sein eigener Anteil an der Schuld allzuängstlich erwogen werde. Das alte römische Wort: civis Romanus sum, sollte auf England übertragen wieder zur Wahrheit werden und Palmerston verfuhr dabei mit einer oft unerträglichen Anmaßung und Heftigkeit. Die Unterstützung des Liberalismus besonders in den romanischen Ländern verwickelte ihn gleichfalls in viele Häkeleien mit fremden Regierungen, so daß seine unaufhörlichen Einmischungen und Zänkereien seinen Kollegen längst lästig waren. Aber auf der anderen Seite konnten sie ihn doch wieder nicht entbehren, denn gerade seine selbstbewußte Vielgeschäftigkeit schmeichelte dem britischen Stolze und machte ihn zum volkstümlichsten Minister. Im einzelnen waren die Streitigkeiten, in die er England verflocht, meist ohne größere Bedeutung. Bald verlangte er in Neapel, bald in Toskana Entschädigung für die Verluste englischer Unterthanen; jetzt war mit Spanien und dann mit Griechenland der diplomatische Verkehr unterbrochen; als nach Beendigung des ungarischen Aufstandes Rußland und Österreich die Ausweisung Kossuths, Bems und der anderen Flüchtlinge von der Pforte verlangten, lief die englische Flotte trotz des Vertrages von 1841 in die Dardanellen ein um den Türken Mut zu machen; während in Südafrika ein Kaffern-

Palmerstons auswärtige Politik.

krieg entbrannte und in Ostindien eine Verwicklung die andere drängte, vernichteten englische Schiffe die chinesische Seeräuberflotte; mit den Vereinigten Staaten zankte man sich um den Besitz der Tiger-Insel an der Westküste von Honduras, mit der argentinischen Republik um das Eiland Martin Garcia, mit Griechenland um ein paar kaum bewohnte Klippen, die zu den ionischen Inseln gehören sollten. Am bedenklichsten ließ sich dieser letzte Streit an. Es waren im ganzen sechs Forderungen, die Palmerston an die Regierung in Athen richtete, außer dem Anspruch auf die erwähnten Inseln sämtlich Entschädigungen für englische Unterthanen. Die bedeutendste derselben betraf einen portugiesischen Juden Pacifico, der unter englischem Schutze stand und bei einem der häufigen Krawalle große Verluste erlitten hatte. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen, die kein gütliches Nachgeben Griechenlands erwarten ließen, erhielt Admiral Parker im Januar 1850 den Auftrag Gewalt zu gebrauchen. Die Flotte blokierte den Piräeus und belegte viele griechische Schiffe mit Beschlag. Vergebens schlug die hellenische Regierung ein Schiedsgericht vor, vergebens verwandten sich Rußland und Frankreich zu ihren Gunsten; erst als von Petersburg sehr drohende Noten kamen und Drouyn de l'Huys in gleichem Tone sprach, fügte sich Lord Palmerston soweit, daß er die Feindseligkeiten einstellte und französische Vermittlung zuließ. Als aber infolgedessen in London ein Vergleich zwischen den Westmächten vereinbart war und alles in bester Ordnung schien, spannten der englische Gesandte und der Admiral ihre Forderungen doch wieder höher als verabredet war und zwangen die griechische Regierung durch neue Gewaltmaßregeln zur Fügsamkeit. Diese Rücksichtslosigkeit wollte Frankreich denn doch nicht ruhig hinnehmen; der Gesandte in London erhielt am 14. Mai 1850 Befehl nach Frankreich zurückzukehren; auch in England rührten sich die Gegner Palmerstons kräftiger als je; im Oberhause setzte Lord Stanley am 17. Juni einen förmlichen Tadel durch und auch des Unterhauses war man nicht sicher. Palmerston mußte einlenken und die Ausführung des Londoner Vertrages an Stelle des in Athen erzwungenen zugeben. Eine fünfstündige Rede im Unterhause am 25. Juni, in der er seine gesamte Politik zu rechtfertigen suchte, hatte denn auch den Erfolg, daß auf Roebucks Antrag mit 310 gegen 264 Stimmen dem Minister das Vertrauen des Hauses ausgesprochen wurde. Um sich Rußland und Frankreich wieder zu nähern entwickelte Palmerston darauf doppelten Eifer zu Gunsten Dänemarks und gab Schleswig-Holstein, dem er anfangs nicht ungünstig gesinnt war, preis. Allerdings verschlechterte er dadurch seine Stellung zur Königin und dem Prinz-Gemahl. Erstere richtete im August 1850 ein Schreiben an Russell mit dem Auftrage es Palmerston zu zeigen, in welchem sie forderte, daß der Minister ihr stets bestimmt ausspreche, was er eigentlich wolle, und nicht nachträglich eine von ihr genehmigte Maßregel ändere; in solchem Verfahren müsse sie einen Mangel an der ihr gebührenden Aufrichtigkeit sehen und es

Der Streit mit Griechenland.

Die Königin und Palmerston.

durch Entlassung des Ministers ahnden. Palmerston steckte den verdienten Verweis ein, antwortete Russell, er habe Abschrift davon genommen und werde sich danach richten, machte es aber doch nicht viel anders als bisher und trug dem Prinzen Albert, den er mit Recht für den Ratgeber der Königin hielt, unversöhnlichen Groll nach. Zum wirklichen Bruch kam es nach dem Staatsstreich Napoleons im Dezember 1851. Das Kabinett hatte im Einverständnis mit der Königin am 3. Dezember beschlossen eine abwartende Stellung zu behaupten; aber Palmerston verzögerte nicht allein die Weisungen, die er Lord Normanby, dem Gesandten in Paris, in diesem Sinne schicken sollte, sondern erklärte dem Vertreter Napoleons, dem Grafen Walewski, geradezu, England werde den Staatsstreich anerkennen, sobald die Volksabstimmung ihn bestätigt habe. Als dies an den Tag kam, verlangte Lord Russell auf Andringen der Königin Erklärungen und, da diese unbefriedigend ausfielen, den Rücktritt seines Kollegen, der am 19. Dezember 1851 erfolgte. Freilich schrieb sich damit das Kabinett sein eigenes Todesurteil. Lord Palmerston hatte nicht die geringste Lust sich so vor die Thüre setzen zu lassen und ergriff nach wenigen Wochen eine Gelegenheit seine bisherigen Kollegen zu stürzen. Es handelte sich um einen Antrag auf Vermehrung der Lokalmiliz. Palmerston begrüßte ihn freudig und wünschte nur, daß die Verwendung dieser Miliz nicht auf den heimischen Bezirk beschränkt, daß daher das Wort „Lokal" gestrichen werde. Russell wollte davon nichts wissen und erlitt nun bei der Abstimmung eine Niederlage, infolge deren er am 20. Februar einem Toryministerium Platz machen mußte, an dessen Spitze der Earl of Derby (Lord Stanley) stand; Disraeli, Salisbury, Walpole, Malmesbury waren die bedeutendsten Mitglieder des neuen Kabinetts.

Palmerstons Rücktritt.

Ministerium. Derby.

Nach ihrer ganzen Vergangenheit konnten die Tories, da sie nun wieder die Macht in Händen hatten, gar nicht umhin den Versuch einer Rückkehr zum Schutzzollsystem zu wagen. Aber wenn es je ein aussichtsloses Ankämpfen gegen die öffentliche Meinung gegeben hat, so war es dies, und selbst dem Blindesten hätte darüber das große Siegesfest die Augen öffnen sollen, das die Freihändler in der ersten großen Weltausstellung während des Sommers 1851 gefeiert hatten. Aus etwa 40 Ländern von ungefähr 15 000 Personen beschickt und von sechs Millionen Menschen aus allen Teilen Europas und der civilisierten Welt besucht, war sie geworden, was sie nach der Absicht des Prinzen Albert, dem der erste Gedanke des kühnen Unternehmens gehörte, hatte werden sollen: eine Schaustellung des Vorzüglichsten, was die verschiedenen Völker in Rohstoffen und Maschinen, an Erzeugnissen des Gewerbes und der Kunst aufzuweisen hatten, eine belehrende Schule für die zurückgebliebenen, eine ermunternde Genugthuung für die fortgeschrittenen Industriezweige, eine kräftige Belebung des Wetteifers zwischen den ebenbürtigen Nationen und eine laute, eindringliche Predigt von dem Segen der Wechselwirkung und des freien Austausches der Güter und

Die erste Weltausstellung.

der Ideen. Alle die hämischen Voraussagen, alle die finsteren Befürchtungen, welche die Gegner ausgesprengt hatten, waren zu nichte geworden. In schönster Ordnung waren alle Schwierigkeiten überwunden; keinerlei Ausschreitungen waren vorgefallen trotz des ungeheueren Andrangs der Bevölkerung aus den Provinzen, trotz der großen Pilgerzüge vom Continente; von Chartisten und Revolutionären, von Verschwörern und Königsmördern hatte man nichts gemerkt, und wohlbehalten kehrten die hohen Gäste, die das Schauspiel herbeigezogen, kehrte auch der Prinz von Preußen, den noch an der Grenze in Aachen ein Minister fußfällig beschwor die Reise zu unterlassen, in die Heimat zurück. Am 1. Mai 1851 ward die Ausstellung eröffnet, am 15. Oktober geschlossen. Kaum vier Monate waren seitdem verstrichen und nun stand ein Ministerium am Ruder, das dem Grundgedanken jener „olympischen Spiele" nicht bloß fremd, sondern geradezu feindlich war. Die Auflösung des Parlamentes, zu der es nach Abwickelung der nötigsten Geschäfte schreiten mußte, gab dem Lande Gelegenheit durch Neuwahlen zu zeigen, daß es von keinem Rückfall in die alte wirtschaftliche Politik etwas wissen wolle. Der Freihandelsbund erneuerte seine Thätigkeit und konnte durch glänzende Zahlen der Nation den Segen der neuen Gesetzgebung nachweisen. Wenn die Ein- und Ausfuhr 1850 gegen das Vorjahr um 20 Prozent, von 244 auf 296 Millionen Pfund gestiegen war, wenn die Zahl der aus- und einlaufenden Schiffe, die 1850 etwa 60 000 mit 12 Millionen Tonnen betrug, bis 1853 auf 70 000 mit 15 Millionen wuchs, so war es schwer zu bestreiten, daß die Verminderung der Zölle und die Befreiung der Schiffahrt diesen Aufschwung herbeigeführt. Mitwirkende Umstände gab es freilich auch sonst noch, so sehr die Manchesterschule sie auch in den Hintergrund drängte; insbesondere war dem Anwachsen der Kolonialmacht gewiß kein unbedeutender Einfluß beizumessen. Selbst in Amerika war in den letzten Jahren den Vereinigten Staaten gegenüber ein großes Gebiet wenn nicht erworben, so doch gesichert. Bei dem Friedensschluß von 1783 hatte man zwischen dem Felsengebirge und dem Stillen Ozean die Grenzlinie nicht festgestellt und diese offene Frage hatte seitdem mehrfach Verwickelungen herbeigeführt: eine Bewegung des Fingers, meinte Castlereagh 1822 dem amerikanischen Gesandten gegenüber, genüge um augenblicklich den Krieg zu entzünden. Seit 1818 war nämlich durch einen Vertrag das Land den Ansiedlern beider Nationen geöffnet und als neutral behandelt worden. Ein solcher Zustand ließ sich bei der wachsenden Einwanderung nicht halten; von beiden Seiten drängte man auf Entscheidung. Aber die Forderungen wichen sehr voneinander ab; England beanspruchte den 42° nördl. Br. als Grenze, Amerika dagegen den 54° 40′. Daß man sich endlich auf Aberdeens Vorschlag über den 49° vereinigte und auf dieser Grundlage mit dem Präsidenten Polk am 15. Juni 1846 einen Vertrag abschloß, der die südlichen Striche unter dem Namen Oregon mit der Union, die nördlichen und die Vancouver-Insel mit den britischen Besitzungen ver-

Aufschwung des Handels.

Die Kolonialmacht.

Der Oregon-Vertrag.

band, war eine allseitig mit Beifall begrüßte Lösung. Wäre es zum Kriege gekommen, so hätte England wohl gar für Kanada fürchten müssen, wo sonderbündlerische Gelüste wiederholt gewaltsam unterdrückt werden mußten. Wenig bedeutend waren die neuen Erwerbungen Englands in Afrika; die Kaffern wurden im Dezember 1850 mit Nachdruck angegriffen und zurückgeworfen; an der Küste von Guinea wurde Lagos erobert und von den Dänen die Besitzungen an der Goldküste für 10 000 Pfund gekauft. Auch Tranquebar und ihre anderen kleinen Niederlassungen in Ostindien überließen die Dänen schon 1846 den Engländern; weit bedeutender aber waren die umfangreichen Erweiterungen, zu denen 1846 und 1849 die Kriege mit den eingeborenen Fürsten der Hindus oder 1851 und 1852 die Kriege mit Birma die Handhabe boten. Die Manchesterpartei war, wie gesagt, mit diesen ewigen Kriegen und der ganzen Kolonialpolitik sehr wenig zufrieden. Aber die große Mehrheit des Volkes hatte für ihre Vorschläge sich der Kolonien ganz zu entäußern durchaus kein Verständnis; und neben den unverkennbaren Handelsvorteilen konnte sehr wohl auch die große Aufgabe, die Englands civilisatorischer Thätigkeit in allen diesen Ländern noch harre, gegen die einseitige Betrachtungsweise der Cobden und Bright geltend gemacht werden.

Afrika und Asien.

Der Ausfall der Wahlen von 1852 machte dem kurzen Zwischenspiele des Toryregimentes schon im Dezember ein Ende. Da aber auch in dem neuen Parlament eine geschlossene Whigmehrheit nicht vorhanden war, so mußte jetzt der längst erörterte Versuch einer whigistisch-peelitischen Verwaltung ernstlich unternommen werden. Die Tories nahmen wohl noch einen Anlauf die Iren für sich zu gewinnen, indem sie ihnen in der Thronrede vom 11. November eine freisinnige und großherzige Politik in Aussicht stellten; aber ihr Schicksal wäre besiegelt gewesen, auch wenn sie nicht gleichzeitig ihre Absicht angekündigt hätten die Zölle wieder zu erhöhen um dadurch, wie die Thronrede besagte, die Industrie des Landes in den Stand zu setzen der unbeschränkten Konkurrenz des Auslandes erfolgreich zu begegnen. Der Angriff der vereinigten Parteien erfolgte bei der Beratung des Budgets, und am 16. Dezember 1852 erlag das Ministerium der Kritik Gladstones mit 286 gegen 305 Stimmen. Lord Aberdeen als Führer der Peeliten erhielt den Auftrag das neue Kabinett zu bilden. Neben Gladstone und Graham nahmen Russell und Palmerston an seiner Verwaltung Theil, und wenn dem letzteren auch nicht wieder das auswärtige Amt übergeben wurde, dessen Leitung der Earl of Clarendon erhielt, so war es doch eine bezeichnende Thatsache, daß er, der wegen seiner eigenmächtigen Billigung des französischen Staatsstreiches vor Jahresfrist hatte ausscheiden müssen, gerade in dem Augenblick wieder in die Regierung eintrat, wo das Kaisertum in Paris ausgerufen wurde.

Das Tory-Kabinett.

Napoleon und die französische Republik.

Napoleon, dem unsere Erzählung jetzt sich zuwenden muß, war ein Napoleon III.
Mann, der viel gedacht und viel gearbeitet hatte, und dem von Natur, aber auch durch Lebensschicksale und Gewöhnungen ein ernstes, etwas schwerfälliges Wesen eigen war. Frühzeitig hatte der Gedanke, daß eine weltgeschichtliche Sendung ihm beschieden sei, sich seiner bemächtigt und seinen Geist mit einer fast abergläubischen Zuversicht in sein Schicksal erfüllt. Die Selbstsucht, die ihn beseelte, suchte und fand vor dem eigenen Gewissen ihre Rechtfertigung darin, daß er sich einredete, seine Aufgabe sei die von der Vorsehung gewollte Vollendung dessen, was sein Oheim begonnen. Des ersten Napoleon Worte und Thaten zu studieren war deshalb in den Jahren der Verbannung seine Hauptbeschäftigung gewesen; er versenkte sich darein wie in ein Evangelium und suchte sich ganz mit dem, was er die napoleonischen Ideen nannte, zu durchdringen. Zu klug um nicht das Komische des Gegensatzes zwischen seiner Lage und seinem Ziele zu fühlen und zu überzeugt von seiner Sache um sie zu verleugnen, hatte er seit seiner Flucht aus Ham die Aufmerksamkeit der Welt zu meiden gesucht und sich noch tiefer in sein schweigsames, verschlossenes und verstellungsreiches Benehmen einzuleben gewußt. Der unbewegliche Blick seines „hölzernen" Auges, das kaum merkbare Zucken des Mundes, die spärlich und holpernd hingeworfenen Bemerkungen waren nicht geeignet eine bessere Meinung von seinen Geisteskräften zu erwecken als die sinnlosen Unternehmungen von Straßburg und Boulogne, die zudem auch seinen Mut in zweifelhaftem Lichte erscheinen ließen. Ein langes und oft wiederholtes Abwägen seiner Entschlüsse, ein Zurückkommen auf schon aufgegebene Pläne, ein gleichzeitiges Verfolgen verschiedener, oft entgegengesetzter Wege bis an den Punkt, wo auf dem einen oder dem anderen ein unwiderruflicher Entschluß gefaßt werden mußte, gaben seinem Verhalten oft auch da den Schein der Hinterhaltigkeit, wo der wirkliche Beweggrund nur Unentschlossenheit, ja wo sein Verfahren nur die Frucht der Gewöhnungen war, die er in den Jahren der Einsamkeit und des Grübelns angenommen hatte. Es lag durchaus in seiner Geistesrichtung mit seinen Unternehmungen sehr weit auszuholen, sie von lange her vorzubereiten und sich doch stets noch den Entschluß sie gänzlich wieder aufzugeben frei zu halten. In der Regel stellte sich dieser Entschluß infolge äußerer Einwirkungen ein. Es kostete ihm nichts auf halber Bahn stehen zu bleiben oder zurückzuweichen, wenn schwer zu besiegende Hindernisse sich ihm in den Weg stellten; aber trotzdem war er eine ungewöhnlich zähe Natur; jedem Zurückweichen folgte nach längerer oder kürzerer Pause, auf demselben oder einem anderen Wege, ein erneuter Angriff. In der Wahl der Mittel war er nicht bedenklich; wo nichts auf dem Spiele stand, griff er gewiß zu dem mildesten und menschlichsten; ein mutwilliges

Zerstören fremden Glückes, ein schadenfrohes Zertrümmern fremder Pläne lag ihm durchaus fern; aber kein fremder Plan und kein fremdes Glück war in seinen Augen berechtigt, wenn es ihm selber hinderlich war. Als seine eigentlichste Aufgabe betrachtete er die Verwirklichung der modernen Ideen, der Ideen der französischen Revolution; daß diese nicht aus eigener Kraft ins Leben treten könnten, daß sie zerstörend statt aufbauend wirken müßten, wenn sie nicht geleitet würden, schien ihm die Lehre zu sein, die unwiderleglich aus der Geschichte des Jahrhunderts hervorgehe; große Ideen konnten nach seiner Weltanschauung und Geschichtsphilosophie überhaupt nur von einzelnen Männern zur Geltung gebracht werden; für einen dieser Gottgesandten hielt er sich selbst und vor seiner erleuchteten Einsicht sollte daher das Volk sich beugen. Nicht als ob er ihm dadurch Gewalt hätte anthun wollen; sondern er betrachtete sich selbst in der That als den rechten Dolmetscher der wahren Wünsche und Gefühle der Nation, die, wo sie ihm zu widersprechen schien, durch Parteisucht und Mißwollen irregeleitet war. Kurz, er wollte der Vormund des Volkes sein und diesem doch den Schein der Mündigkeit lassen; er wollte als aufgeklärter Despot mit den Formen der Freiheit regieren; und dieses heuchlerische System, das er zu bewunderungswürdiger Vollkommenheit erhob, galt ihm nicht als Heuchelei, sondern als die wahre historische Form des neunzehnten Jahrhunderts, in der die fruchtbarsten modernen Gedanken, das Nationalitätsprinzip, die bürgerliche Gleichheit, die Freiheit des Verkehrs, am vollkommensten zur Verwirklichung gebracht werden könnten.

Die verfassunggebende Versammlung.

Die Stellung, die Napoleon auf Grund der Verfassung von 1848 bekleidete, war noch weit davon entfernt seinem Ideale zu entsprechen; sie war aber noch schlechter, als sie verfassungsmäßig zu sein brauchte, solange dem Präsidenten die souveräne verfassunggebende Versammlung zur Seite stand, die wenig Lust bezeigte sich aufzulösen und ihrer Nachfolgerin Platz zu machen. Sie los zu werden war daher Napoleons nächstes Ziel, und es kam ihm dabei sehr zu statten, daß die Konservativen dasselbe wollten. Schon vor Schluß des Jahres hatte einer von diesen, der Abgeordnete Rateau, die Auflösung beantragt; aber es bedurfte erst eines kräftigen Druckes durch zahlreiche Adressen der Wähler, ehe sich die Versammlung am 14. Februar 1849 entschloß binnen drei Monaten die Neuwahlen auszuschreiben und dann auseinanderzugehen. Grundsätzlichen Widerstand hatten der Präsident und sein Ministerium bei der Mehrheit nicht gerade gefunden, aber das gegenseitige Verhältnis war doch ein sehr kühles und verschlechterte sich überdies zusehends. Anfangs richtete sich das Mißtrauen der Versammlung vornehmlich gegen die innere Politik der Minister, und besonders der Entwurf eines Vereinsgesetzes, den Léon Faucher einbrachte, galt ihr als Beweis für die reaktionäre Gesinnung des Kabinettes, ja fast als der Versuch eines Verfassungsbruchs. Als dann aber der zweite oberitalische Krieg ausbrach und Karl Albert unerwartet schnell unterlag, als vollends im

April Oudinot mit seinem Korps in Civitavecchia landete und zu Gunsten des Papstes gegen die römische Republik zu Felde zog, da warf sich der Groll auf diese Vorgänge, und Ledru Rollin stellte sogar den Antrag den Präsidenten wegen Verletzung des fünften Artikels der Verfassung anzuklagen, der die Verwendung des französischen Heeres zur Unterdrückung fremder Nationen verbot. Gefährlich waren aber diese Angriffe nicht, denn die Mehrheit der Versammlung stützte das Ministerium Barrot, und auch aus der Minderheit ließen die meisten die römischen Republikaner fallen, seit die Schlappe der französischen Waffen bei Oudinots erstem Angriffe auf die heilige Stadt militärische Genugthuung heischte.

Die Wahlen.

So kam der Tag der Wahlen heran, der 13. Mai 1849, ohne daß ein Bruch zwischen dem Präsidenten und der Versammlung eingetreten wäre. Die Frage, um die es sich an der Stimmurne handelte, lautete daher nicht: ob bonapartistisch oder republikanisch, sondern ob gemäßigt oder radikal. Die Freunde des Präsidenten hatten die Vorbereitungen gemeinsam mit den Orleanisten und Legitimisten getroffen, und Persigny saß mit Thiers und Montalembert in demselben Wahlausschuß. Der Sieg verblieb ganz unzweifelhaft dieser Verbindung aller gemäßigten Elemente. Als die alte Versammlung am 26. Mai (dem Tage des Dreikönigsbündnisses) der neuen Platz machte und diese (am 28.) zur Wahl ihres Vorsitzers schritt, ward Dupin der Ältere mit 336 Stimmen auf den Präsidentenstuhl berufen, den er unter Louis Philipp so lange innegehabt, und die Gegenkandidaten, Ledru Rollin auf der Linken und Lamoricière von einer Mittelpartei, erhielten nur 182 und 67 Stimmen.

Ministerwechsel.

Napoleon trug dieser Parteibildung dadurch Rechnung, daß er in seinem Ministerium drei bedeutenden Mitgliedern der Mehrheit, Dufaure, Lanjuinais und Alexis von Tocqueville, Plätze einräumte, während Drouyn de l'Huys und Buffet, die ihm persönlich ohne Zweifel genehmer gewesen waren, ausschieden. Das so veränderte Kabinett bestand bis zum 31. Oktober. Mit der Nationalversammlung wußte es sich im besten Einvernehmen zu erhalten; die Unklugheiten der radikalen Partei sorgten dafür, daß man auf beiden Seiten die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung nicht aus den Augen verlor. Daß die rote Demokratie noch nicht aufgehört hatte sich mit verzweifelten Entwürfen zu tragen,

Radikale Unruhen.

zeigte ein leichtsinniger Aufstand, den sie am 13. Juni 1849 in Paris und im Anschluß daran in Rheims, Bordeaux und besonders in Lyon wagte. Den Vorwand mußte die römische Politik des Präsidenten geben, die von der Versammlung insofern gebilligt war, als sie die erneute Anklage Ledru Rollins wegen Verfassungsbruchs verworfen hatte; ein starker Antrieb aber diesen Versuch gerade jetzt nach höchst mangelhaften Vorbereitungen zu wagen lag in den republikanischen Bewegungen in der Pfalz und Baden, die bei der Regierung keine Ermutigung fanden und ebenjetzt durch den Anmarsch des Prinzen von Preußen stark gefährdet wurden. Doch die Pariser Erhebung verlief noch kläglicher als

die deutsche. Changarnier zersprengte den Zug der Aufständischen, der sich mittags gegen den Palast der Nationalversammlung in Bewegung setzte, mit geringem Blutvergießen, und als die Rädelsführer in der Gewerbeschule den Widerstand fortsetzen wollten, wurden sie vollständig umzingelt, und nur mühsam entgingen Ledru Rollin, Felix Pyat u. a. der Gefangennahme. Ministerium und Nationalversammlung waren nun einmütig entschlossen mit Strenge vorzugehen. Die Abgeordneten des Berges, die erwiesenermaßen an dem Aufstande teilgenommen, wurden in Anklage versetzt, das Ministerium erhielt die Ermächtigung alle politischen Versammlungen, sofern sie nicht Wahlbesprechungen bezweckten, aufzulösen, das Preßgesetz wurde verschärft und über eine Reihe von Departements der Belagerungszustand verhängt. Auch darin konnte man einen Beweis für den ernstlichen Willen der Mehrheit die bestehende Regierung aufrechtzuerhalten erkennen, daß sie im Oktober, wo sie nach zweimonatlicher Vertagung ihre Geschäfte wieder aufnahm, die von dem Vetter des Präsidenten, Jérome Napoleon, beantragte Aufhebung der Verbannungsbeschlüsse gegen die Bourbonen und Orleans und ebenso die Begnadigung der im Juniaufstande von 1848 Verurteilten verwarf; die Anerkennung des gegenwärtigen Verfassungszustandes wurde dadurch nach rechts und nach links gewahrt, und man hätte voraussetzen sollen, daß niemand mit dieser Haltung zufriedener gewesen wäre als der Präsident. Aber das gerade Gegenteil war der Fall. Für Napoleon galt es jetzt die zweite Etappe in seinen Plänen zu erreichen, d. h. seine Macht auch über das Jahr 1852 hinaus, wo sie verfassungsmäßig erlöschen mußte ohne wieder erneuert werden zu können auszudehnen. Er liebte es deshalb, und hatte das besonders auf einer Rundreise während des Sommers gethan, sich nicht als den Präsidenten der Republik sondern als Prinzen und Napoleoniden begrüßen zu lassen. Seinen verborgenen Absichten entsprach nichts weniger als eine ruhige parlamentarische Entwickelung; nur dann hätte er ein vertrauensvolles Zusammengehen der Volksvertretung und des Ministeriums annehmbar finden können, wenn das Ministerium ihm selbst und seinen Plänen unbedingt ergeben gewesen wäre, nicht aber jetzt, wo es der getreueste Verfechter der Verfassung war. So wurde die Nationalversammlung am 31. Oktober 1849 durch eine Botschaft überrascht, welche ihr die Entlassung der Minister ankündigte. Als Grund dafür gab der Präsident den Mangel an Einheitlichkeit und Entschlossenheit an, der die Wirksamkeit der Regierung lähme. Frankreich aber bedürfe bei der fortdauernden Wühlerei der alten Parteien eines starken Willens und deshalb suche es in seiner Verwirrung nach der Hand dessen, den es am 10. Dezember gewählt. Diese Wahl habe nicht bloß der Person, sondern dem ganzen System gegolten, das der Name Napoleon darstelle; er bedeute nach innen die Ordnung, die Achtung vor den Behörden, die Religion, das Wohl des Volkes, nach außen die Würde der Nation. Durch die Verteidigung der beschworenen Verfassung, durch Redlichkeit und Ausdauer werde der

Nationalversammlung und Ministerium.

Entlassung des Ministeriums.

Präsident sich das Vertrauen des Landes erwerben und dieser Politik sich anzuschließen fordere er die Versammlung auf.

Das Ministerium vom 31. Oktober.

Ein stärkeres Hervordrängen der eigenen Person als in dieser Botschaft war kaum noch möglich: kein Wunder also, wenn man erwartete, daß den Worten Thaten folgen würden, wenn man schon jetzt einen Staatsstreich fürchtete. Das neue Ministerium flößte freilich keine Besorgnis ein; es bestand zum größten Teil aus Männern, die sich ihren Namen noch erwerben mußten. Ein Bruder des zurücktretenden Odilon Barrot, Ferdinand, erhielt das Innere, Fould, der Privatbankier des Präsidenten, die Finanzen, Rouher die Justiz; zwei Generale, Hautpoul und Lahitte, übernahmen das Heer und das Äußere; unter den anderen Ministern befanden sich der Chemiker Dumas und Parieu. Mit einigen Wechseln, unter denen die Ersetzung Ferdinands Barrots durch Baroche im März 1850 der bedeutendste war, blieb diese Regierung bis in den Januar 1851 am Ruder; der Präsident war mit ihr sehr zufrieden, denn sie enthielt in Rouher, Fould, Baroche die tüchtigsten Männer, die ihm für seine persönliche Politik zur Verfügung standen. Aber auch die Nationalversammlung ließ sich allmählich das neue Kabinett gefallen, sie verzieh ihm seine ungewöhnliche Entstehung und ging in den wichtigsten Fragen mit ihm Hand in Hand. Das Hauptbindemittel war die Furcht vor den Roten. Der Präsident selbst freilich schien diese nicht zu teilen; er ärgerte und beunruhigte die Versammlung vielmehr dadurch, daß er fast in demselben Augenblicke, wo die Juni-Rebellen von 1849 verurteilt wurden, 1500 derer von 1848 begnadigte, ungeachtet die Nationalversammlung ja vor wenigen Wochen den dahingehenden Antrag von Jérome Napoleon abgelehnt hatte. Aber daneben trat das Ministerium dem Radikalismus doch sehr entschieden entgegen; es ließ sich ermächtigen diejenigen Volksschullehrer zu beseitigen, welche durch Gesinnung oder Lehrweise ihres Amtes unwürdig seien; es unterstützte das Unterrichtsgesetz des abgetretenen klerikalen Ministers Falloux, dem auch Thiers seinen Beistand lieh, und sicherte dadurch den Bischöfen ihren viel angefochtenen Einfluß auf die Schule; es errichtete in Lyon, Bordeaux und Montpellier Armeekommandos mit großen Vollmachten um jeder revolutionären Bewegung sofort mit Nachdruck entgegentreten zu können; es beantragte endlich, als Barrot infolge einiger radikalen Nachwahlen ausgeschieden war, eine Änderung des Wahlgesetzes, die etwa drei Millionen Franzosen ihres Stimmrechtes beraubte.

Das neue Wahlgesetz.

Auch diesem Vorschlage stimmte die Volksvertretung am 31. Mai 1850 bei. Seine ganze Tragweite ließ der Wortlaut kaum erkennen. Es wurde bestimmt, daß zur Ausübung des Wahlrechts fortan ein Aufenthalt von drei Jahren, statt wie bisher von sechs Monaten, an demselben Orte erforderlich sein solle und daß dieser Aufenthalt durch die Steuerlisten oder durch die Erklärung der Eltern und Meister beglaubigt werden müsse; überdies wurden abgesetzte Beamte und mehrere Klassen politisch Verurteilter von der Wahlberechtigung ausgeschlossen und zur Gültigkeit einer Wahl die

Stimmen von einem Viertel, statt wie bisher einem Achtel, der eingeschriebenen Wähler gefordert. Nachdem auch noch ein Gesetz, welches die Marquesas-Inseln zum Deportationsorte bestimmte und dadurch zum erstenmale die Ausführung einer Deportation ermöglichte, sowie das Preßgesetz, das durch Stempel und Kautionen, besonders aber durch die Forderung alle politischen Artikel mit dem Namen des Verfassers zu unterzeichnen den Zeitungen sehr lästig wurde, angenommen waren, vertagte sich die Versammlung am 11. August 1850 auf drei Monate.

Vorbereitungen der Parteien.

Diese Zwischenzeit wurde von allen Parteien eifrig zur Verfolgung ihrer besonderen Pläne benutzt. Es fiel in sie (am 26. August) der Tod Louis Philipps, durch den in den königlichen Parteien der Gedanke einer Verschmelzung wieder angeregt wurde. Die ältere Linie der Bourbonen stand nur noch auf zwei Augen; es schien kein unbilliges Verlangen zu sein, daß der Graf von Chambord das jugendliche Haupt der jüngeren Linie, den Grafen von Paris, als seinen Nachfolger anerkennen, die Orleanisten aber ruhig ihre Zeit abwarten und einstweilen die Legitimisten unterstützen sollten. Von beiden Seiten wurden Parteiberatungen gepflogen; die Orleanisten vereinigten sich in Claremont an dem Grabe ihres Königs, die Bourbonisten in Wiesbaden; aber eine Verständigung wurde nicht erreicht und Chambord verdarb seine Sache vollends dadurch, daß er den Plan einiger seiner Anhänger, besonders Larochejacqueleins, ihn mittels des allgemeinen Stimmrechtes zurückzuführen voll Abscheu als eine Beschimpfung des Legitimitätsprinzips verwarf. Damit konnte Napoleon sehr wohl zufrieden sein; im allgemeinen aber mußte er in den Verschmelzungsplänen einen Sporn erkennen,

Rundreise des Präsidenten.

nicht zu sehr mit seinen eigenen Entwürfen zu zögern. Eine Rundreise, die er wie im Sommer vorher durch Frankreich machte, bot ihm Gelegenheit seinen Wunsch, der Verfassung zum Trotz 1852 wiedergewählt zu werden, in mancherlei Wendungen zu erkennen zu geben; am deutlichsten sprach er sich in Lyon aus, wo er sich bereit erklärte den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe nun Entsagung von ihm fordern oder Beharrlichkeit. Von den Truppen, die er in ihren Lagern besuchte, ließ er sich gern das Vive l'Empereur gefallen, und wie diese Rufe von seinen Geschöpfen durch gute Bezahlung und zahlreiche Weinspenden hervorgelockt wurden, so wußte er auch in den meisten Departementalräten, die im Herbst zu ihren regelmäßigen Sitzungen zusammentraten, Anträge auf eine Revision der Verfassung herbeizuführen.

Revision der Verfassung.

So war die Stimmung, in der die Kammer am 11. November 1850, in den Tagen von Olmütz, wieder zusammentrat, sehr erregt und dem Präsidenten feindlich. Eine Revision der Verfassung war zwar den meisten Parteien, die ehrlichen Republikaner ausgenommen, ganz recht; aber daß Napoleon, wenn er sie fordere, damit ehrgeizige Pläne verbinde, lag doch gar zu sehr auf der Hand. Nur mit Achselzucken las man in seiner Eröffnungsbotschaft die Versicherung, daß er die für große Missethäter ansehe, welche die Verfassung aus persönlichem Ehr-

geiz zu untergraben trachteten. Man fürchtete einen Staatsstreich deshalb nicht minder, weil der Präsident seine Überzeugung aussprach, daß nicht die Leidenschaft, nicht ein Überfall oder eine Gewaltthat das Schicksal eines großen Volkes bestimmen dürfe. Und wenn er gar versicherte, daß ihn viel weniger der Gedanke beschäftige, wer Frankreich von 1852 an regieren werde, als das Bestreben den Übergang der Gewalten, der dann eintreten möge, zu erleichtern, so glaubte das niemand. Das gegenseitige Mißtrauen führte zu manchen Reibereien, bei denen die Regierung die Rechte der Versammlung nicht allzuängstlich schonte und diese andererseits auch billige Forderungen des Ministeriums zurückwies. Den ernstlichsten Konflikt führte Changarnier herbei, der als Befehlshaber der Truppen und der Nationalgarde von Paris in einem Tagesbefehl verbot ungesetzlichen Befehlen zu gehorchen, was zuerst als eine Feindseligkeit gegen die Nationalversammlung, die das Recht hatte die Truppen nach ihrem Bedürfnis heranzuziehen, und dann nach einer parlamentarischen Rede Changarniers als eine offene Verdächtigung des Ministeriums erschien. Dies spaltete sich infolgedessen in eine Minderheit, die mit dem Präsidenten Changarniers Absetzung wollte, und eine Mehrheit, die sich dagegen sträubte. Napoleon aber entließ die Mehrheit, beließ Baroche, Rouher, Fould und Parieu in ihren Ämtern und besetzte die übrigen Stellen am 10. Januar 1851 mit Drouyn de l'Huys (das Äußere), St. Jean d'Angély (Krieg), Magne, Bonjean und Ducos.

Ministerium vom 10. Januar 1851.

Das neue Kabinett begann damit Changarnier seines Postens zu entheben und den Befehl über die Pariser Truppen dem General Baraguay d'Hilliers, den über die Nationalgarde dem General Perrot zu übertragen, eine Maßregel, welche die Volksvertretung auf das äußerste reizte. Eine dreitägige Debatte, in der Berryer, Thiers und Cavaignac leidenschaftlich das neue Ministerium angriffen, endete am 18. Januar mit einer Mißtrauenserklärung, die 417 Abgeordnete gegen 278 annahmen. Dieser starken Mehrheit gegenüber wich der Präsident zunächst vorsichtig einen Schritt zurück; am 24. zeigte er der Versammlung an, daß er vorläufig ein Ministerium gebildet habe, das allen Parteien fern stehe; Magne, Randon, Vaillant, Schneider waren die bekanntesten Namen in demselben. Eine freundliche Aufnahme fanden auch diese Männer begreiflicherweise nicht, und dem Prinzen persönlich gab die Versammlung ihre Abneigung sehr deutlich dadurch zu erkennen, daß sie den Antrag auf Erhöhung seines Gehaltes um 1 800 000 Franken am 10. Februar 1851 mit großer Mehrheit ablehnte. Einige Monate verstrichen so, ohne daß die Verhältnisse sich geändert hätten; im April aber hielt der Präsident das Bündnis vom 18. Januar für hinreichend gelockert um seine Pläne wieder aufzunehmen. Am 10. ernannte er ein Ministerium, in dem Rouher, Baroche, Fould, Léon Faucher, Magne, Buffet, Randon, kurz fast lauter Männer saßen, auf die er unbedingt zählen konnte. Es schien, als ob es gar keinen Januarkonflikt und gar kein Mißtrauensvotum gegeben hätte. Aber die Berechnung des Präsidenten

Ministerium vom 24. Januar.

Ministerium vom 10. April.

erwies sich als richtig; der Streit der Parteien ließ es zu keiner neuen Vereinigung kommen und die Versammlung nahm die neuen Minister ruhig hin. Die Aufgabe, die sie im Sinne Napoleons zu lösen hatten, war eine neue Verfassungsberatung durchzusetzen. Wurde diese mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, so mußten Neuwahlen stattfinden und dann erst konnte die Durchsicht beginnen. Es war also ein weiter Weg zu durchlaufen, und da die Präsidentschaft schon im Mai 1852 zu Ende ging, durfte man nicht viel Zeit verlieren. Auf alle Weisen wurde deshalb der Adressensturm begünstigt, der die Dreiviertelmehrheit zuwegebringen sollte. Napoleon selbst hielt in Dijon bei der Eröffnung einer Eisenbahnlinie eine Rede, worin er von neuem dem Lande seinen Mut und seine Entschlossenheit zur Verfügung stellte; das Volk brauche nur zu sprechen, wenn es gleich ihm der Meinung sei, daß man über Frankreich nicht ohne Frankreich verfügen dürfe. Den Abgeordneten warf er vor, daß sie zwar allen Maßregeln der Strenge ihre Zustimmung gäben, aber seine wohlthätigen Pläne regelmäßig vereitelten. Der Moniteur unterdrückte seine Äußerungen; bekannt genug wurden sie trotzdem, allein das Ministerium konnte nun vor der Versammlung jede Verantwortlichkeit dafür ablehnen; Changarnier aber meinte, dergleichen Drohungen verdienten nur Spott und Verachtung; in der Armee würde sich keine Kompagnie zum Umsturz der Verfassung gebrauchen lassen.

Umarbeitung der Verfassung.

Kam die Verfassungsänderung zustande, so konnte Napoleons Wiederwahl als gesichert betrachtet werden, denn den Gegenparteien fehlte es an brauchbaren Kandidaten für den Präsidentenstuhl. Deshalb war die Zulassung der Verfassungsänderung für alle Parteien außer der bonapartistischen eine große Gefahr; aber nichtsdestoweniger und unter ausdrücklicher Anerkennung dieser Sachlage empfahl ein Ausschuß, dessen Berichterstatter Tocqueville war, mit 9 gegen 6 Stimmen in anbetracht der größeren Gefahren, welche die Verwerfung einschließe, die Zulassung, und bei der Abstimmung am 19. Juli erklärten sich 446 Mitglieder dafür, 278 dagegen; die Mehrheit war also erreicht, aber nicht die Dreiviertelmehrheit, und der Antrag war gefallen. Das Ministerium nahm jedoch einen zweiten Anlauf, und obgleich ihm seine Thätigkeit für die Adressenbewegung ein Mißtrauensvotum zuzog, erreichte es im September, daß 80 von den 86 Generalräten der Departements die vorjährigen Beschlüsse erneuten. Auch die Gegenparteien waren nicht unthätig; in einzelnen Departements wurden Verschwörungen angezettelt, aber vorzeitig entdeckt und durch Verhängung des Belagerungszustandes unschädlich gemacht; die Königlichen nahmen die Verschmelzungsversuche wieder auf und Berryer stattete sogar mit einigen anderen Legitimisten den Orleans in Claremont einen Besuch ab; der Erfolg war doch kein besserer als im Jahre vorher. Napoleon aber entschloß sich, es jetzt mit der Versammlung zum Bruche zu treiben. Als Handhabe sollte ihm dabei das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850 dienen.

Die Gegenparteien.

Er konnte sicher sein, daß einem Antrage auf Abänderung desselben die Stimmen der Radikalen zufallen würden; entweder erlangte er dann mit Hilfe derselben die Mehrheit und hatte sich drei Millionen Stimmen für die nächste Wahl erobert; oder er unterlag und hatte dann für den Kampf gegen die Versammlung das volkstümlichste Feldgeschrei, das er wünschen konnte. Ein Übelstand war dabei nur, daß seine Minister, die jenes Wahlgesetz zum Teil selbst beantragt hatten, jetzt Bedenken trugen für die Wiederaufhebung einzutreten; indes ließ sich dem durch eine vorübergehende Entlassung abhelfen. Noch ehe die Versammlung aus den Ferien zurückkehrte, wurde am 26. Oktober ein neues Kabinett gebildet, ähnlich dem vom Januar, wenn auch aus anderen Personen bestehend. Nur ein Mann fand sich darin, der zu mehr als zum bloßen Lückenbüßer bestimmt war, das war der Kriegsminister St. Arnaud. Ein Abenteurer von mehr als zweifelhafter Vergangenheit, der vor der Julirevolution die Armee hatte verlassen müssen und nach derselben unter neuem Namen — denn eigentlich hieß er Arnaud Leroy — wieder eingetreten war, hatte er sich in Algerien durch Tapferkeit und Rücksichtslosigkeit emporgeschwungen und war von Fleury, einem der Vertrautesten Napoleons, unter den vielen verwegenen und gewissenlosen Offizieren der algerischen Armee als das geeignetste Werkzeug für verfassungswidrige Pläne erkannt und nach Paris herübergeholt worden. Gleichzeitig mit ihm wurde ein anderer, kaum minder anrüchiger Mann, der frühere Präfekt der Ober-Garonne, Maupas, zum Polizeipräfekten von Paris ernannt. Diese beiden Männer waren neben Fleury, Persigny und Napoleons Halbbruder Morny die Mitwisser und Ratgeber bei den geheimen Plänen, die jetzt ins Leben treten sollten.

Abänderung des Wahlgesetzes.

Ministerium vom 26. Oktober 1851.

St. Arnaud.

Die Nationalversammlung fand sich bei ihrem Zusammentritt am 4. November von einer Botschaft begrüßt, welche die Lage Frankreichs sehr trübselig schilderte und als einzigen Stützpunkt innerhalb der Zerrüttung das allgemeine Stimmrecht bezeichnete, das durch Aufhebung des Gesetzes vom 31. Mai 1850 wiederhergestellt werden müsse. Dieser Gedanke sei nicht durch persönliche Interessen eingegeben, sei weder eine Kriegslist noch ein plötzlicher Entschluß sondern das Ergebnis ernsten Nachdenkens und tiefer Überzeugung. Nur mittels des allgemeinen Stimmrechtes könne man dem Bürgerkriege seine Fahne nehmen und Frankreich zu einer Verfassung verhelfen, die ihm die Ruhe verbürge. Durch solche Worte ließen sich die Mittelparteien natürlich nicht ködern, aber der Berg stimmte allerdings mit den Bonapartisten und nur eine Mehrheit von sieben verwarf am 13. November 1851 die Rückkehr zum allgemeinen Stimmrecht. Je näher sie dem Siege gewesen, um so grimmiger zürnten die Radikalen, wie Napoleon ganz richtig berechnet hatte, den „reaktionären" Mittelparteien; eine Gelegenheit sich empfindlich an ihnen zu rächen bot sich gleich in den nächsten Tagen. St. Arnaud hatte aus den Kasernen die Anschläge wegnehmen lassen, in denen die Nationalversammlung ihr Recht über die Truppen zu verfügen zur Kenntnis der

Zusammentritt der Abgeordneten.

Das Wahlgesetz.

Nationalversammlung und Heer.

Soldaten brachte. Daraufhin stellte das Bureau der Versammlung den Antrag dieses Recht durch einen erneuten Beschluß zu wahren. Aber nun erklärte Michel von Bourges, der Wortführer des Berges, höhnisch, daß seine Freunde durchaus nicht gesonnen seien dem 31. Mai auch noch Waffen in die Hand zu geben, und der Antrag fiel am 17. November mit 408 gegen 300 Stimmen.

Der Staatsstreich.

Diese Entscheidung mußte für Napoleon und seine Vertrauten sehr ermutigend sein; die letzten Vorbereitungen wurden also getroffen und der 2. Dezember 1851, der Tag der Krönung Napoleons I. und seines Sieges bei Austerlitz, zur Ausführung des Staatsstreiches bestimmt. Eine wichtige Person, auf deren Mitwirkung man rechnen konnte, war Magnan, der Befehlshaber der Pariser Truppen. Am 27. November versammelte er die zwanzig Generäle, die unter ihm standen, und vertraute ihnen, daß ein Kampf in Paris bald eintreten könne; einmütig versprachen sie ihre Unterstützung und besiegelten ihren Bund durch eine feierliche Umarmung. Unzuverlässig war dagegen Perrot, der Befehlshaber der Nationalgarde; ihn ohne Vorwand gerade jetzt abzusetzen hätte Verdacht erregen können; man schlug daher den Umweg ein ihm zum Generalstabschef den Obersten Vieyra zu geben, einen so übel berufenen Menschen, daß Perrot entrüstet seinen Abschied forderte. Er erhielt ihn sofort und am 30. wurde der General Lavoestine zu seinem Nachfolger ernannt. Seine Aufgabe beschränkte sich übrigens darauf die Neutralität der Nationalgarde zu sichern.

Am Abend des 1. Dezember war großer Empfang im Palaste des Prinzen; arglos gingen die Geladenen auseinander; von seiner Cousine Mathilde, der Tochter des ehemaligen Königs von Westfalen, verabschiedete sich der Präsident mit der Bitte um ein freundliches Andenken, besonders wenn sie sich nicht wiedersehen sollten. Einige der Gäste blieben zurück, es waren Morny, Maupas und St. Arnaud; außerdem waren der Adjutant und der Geheimsekretär des Prinzen, Oberst Béville, und Mocquard zur Hand; Fleury erschien erst etwas später und brachte die Meldung mit, daß ein Bataillon Polizeisoldaten ohne Aufsehen in den Straßen um die Staatsdruckerei herum verteilt sei. Während nun Béville mit den Entwürfen der Aufrufe, die anderen Tages an den Straßenecken prangen sollten, dorthin eilte und die Setzer unter Aufsicht der Polizisten den Druck besorgen mußten, berief Maupas vierzig Polizeioffiziere in den Palast und erteilte ihnen den Befehl um 6 Uhr früh die gefährlichsten Personen der Nationalversammlung, besonders die hervorragenderen Offiziere, wie Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, und die bedeutendsten Parteiführer, wie Thiers, Baze, Nadaud, zu verhaften. St. Arnaud erließ den Befehl an Magnan die wichtigsten Punkte der Stadt militärisch zu besetzen; Napoleon unterzeichnete die Ernennung Mornys zum Minister des Inneren und dieser eilte noch in der Finsternis in sein Ministerium um den Provinzen die Mitteilung zu machen,

daß Paris, das noch im tiefen Schlummer lag, die Maßregeln des Präsidenten mit jubelnder Begeisterung begrüßt habe.

Nicht ohne bedenkliche Zwischenfälle waren diese Vorbereitungen getroffen; einige der Verschworenen gerieten ins Schwanken; Fleury soll seine Pistole gezogen und jemand durch die Drohung, ihn sofort zu erschießen zum Standhalten gezwungen haben. Die Ausführung ging glatter vor sich. Die Truppen waren am Platz, die 78 Verhaftungen wurden sämtlich vollzogen, an den Anschlagsäulen las man die Schriftstücke des Präsidenten. Die Nationalversammlung, hieß es da, sei ein Herd von Verschwörungen geworden, sie schmiede den Bürgerkrieg; von ihr lege der Präsident Berufung ein an den einzigen Souverän, den er in Frankreich kenne, an das Volk, das ihn mit 6 Millionen Stimmen zu seinem Amte erwählt habe. Werde sein Schritt mißbilligt, so möge man einen anderen an seiner Statt ernennen; er sei es müde an der Spitze einer Regierung zu stehen, die unfähig sei das Gute zu thun und das Staatsschiff vor dem Untergange zu retten. Sein Programm ging wesentlich auf eine Wiederherstellung der Konsularverfassung: eine Präsidentschaft von 10 Jahren, ein dem Präsidenten verantwortliches Ministerium, ein Staatsrat zur Ausarbeitung der Gesetzentwürfe, ein gesetzgebender Körper und ein Senat als Wächter für die Erhaltung des Bestehenden. Die Nationalversammlung wurde aufgelöst, der Belagerungszustand über Paris und zehn benachbarte Departements verhängt, das allgemeine Stimmrecht wiederhergestellt und die Urversammlungen des französischen Volkes wurden auf den 20. und 21. Dezember zur Genehmigung dieser Maßregel einberufen.

Der gesetzliche Widerstand gegen diese ungesetzlichen Maßregeln mußte von zwei Punkten ausgehen, von der Nationalversammlung, die unauflösbar war, und von dem obersten Gerichtshof, dem die Verfassung für den Fall eines Staatsstreiches ein ungesäumtes Zusammentreten und die Erhebung der Anklage gegen den Präsidenten vorschrieb. Gegen beide Körperschaften wurde mit Gewalt eingeschritten. Die Abgeordneten waren in ziemlich großer Zahl trotz der militärischen Besetzung des Gebäudes in ihren Sitzungssaal gelangt und der Präsident Dupin hatte bereits seinen Platz eingenommen. Vor den hereindringenden Truppen wichen sie unter feierlicher Verwahrung ihrer Rechte auseinander. Einige Privatzusammenkünfte erlitten dasselbe Schicksal und mehrere Volksvertreter wurden dabei verhaftet. Eine beträchtliche Anzahl fand sich in dem Rathause des zehnten Bezirkes zusammen und forderte auf Berryers Antrag den obersten Gerichtshof zur Erfüllung seiner Pflicht auf. Aber auch sie wurden von Truppen umzingelt, und da sie nicht freiwillig wichen, 220 an der Zahl, von dem General Forey gefangen abgeführt. Der Gerichtshof kam der Aufforderung nach; er erhob die Anklage und sandte sie dem Präsidenten zu; auch seiner Thätigkeit machten die Truppen ein Ende. Alle diese Vorgänge sahen die Pariser ruhig an, die höheren Stände voll Unwillens aber ohne Mut, die niederen mit einer gewissen

Die Abgeordneten.

Der Gerichtshof.

Schadenfreude. Ein Ritt des Präsidenten durch die militärisch besetzten Straßen erregte keinerlei Kundgebungen weder des Zornes noch des Beifalls; niedergeschlagen kehrte Napoleon in seinen Palast zurück. Stundenlang soll er dagesessen haben, das Gesicht in die Hände vergraben, voll Zweifel, ob er mit seinen wenigen Genossen, Männern ohne öffentliches Ansehen, ja von bedenklichstem Rufe, sein Werk durchsetzen könne. Keiner der bekannteren Staatsmänner erklärte sich für ihn und die Masse des Volkes blieb kalt. Nun sollte wenigstens der Schein gewonnen werden, als ob bedeutende Männer zu dem Präsidenten hielten; noch am 2. Dezember wurde die Einsetzung eines großen beratenden Ausschusses verkündet, dessen Mitglieder man um ihre Zustimmung gar nicht fragte; Baroche erhielt den Vorsitz; am 3. ward ein neues Ministerium gebildet, in dem neben Morny und St. Arnaud sich Rouher, Magne und Fould, sowie aus dem letzten Kabinett Turgot und Fortoul befanden. Viel gebessert wurde die Stimmung auch dadurch nicht. Es schien, als ob erst die Niederwerfung eines bewaffneten Widerstandes den Staatsstreichlern ihr Selbstvertrauen zurückgeben könne. Versuche dazu wurden bereits am 3. Dezember gemacht; es bildete sich ein Ausschuß, in dem Viktor Hugo, Jules Favre, Michel von Bourges u. a. saßen und der mit dem Barrikadenbau in der Straße St. Marguerite begann. Aber leicht wurde dieses Bollwerk von den Truppen genommen, die den Abgeordneten Baudin, unbekümmert um die Verfassungsurkunde, welche er ihnen entgegenhielt, niederschossen. Weiteren Umfang gewann der Widerstand in der Nacht zum 4. Die Straßen zwischen dem Stadthaus und den Boulevards bedeckten sich mit Barrikaden; die Truppen standen früh morgens zum Angriff bereit, aber Magnan zögerte in rätselhafter Weise. Er hatte, wie man sagt, den Glauben an den Präsidenten verloren und meinte sich immer noch aus der Schlinge ziehen zu können, da er bisher nur auf Befehl des Kriegsministers gehandelt hatte; Fleury war es, der ihn vorwärts trieb, und nachmittags um 3 Uhr begann der Angriff. Den Truppen war befohlen keine Schonung zu üben; der Präsident hatte den Rest seiner Privatkasse, 50 000 Franken, unter sie verteilen lassen; ungestüm drangen sie vor, nicht gegen die Barrikaden allein, sondern auch gegen die gaffende Menge auf den Boulevards und in den Häusern, auf die sie eine Viertelstunde lang Ladung auf Ladung abschossen. Obgleich kaum Widerstand geleistet wurde, ließ das Gemetzel nicht nach; selbst wehrlose Gefangene wurden niedergemacht; noch in den beiden folgenden Nächten sollen zahlreiche Erschießungen vorgenommen worden sein. Napoleon hatte an diesen Greuelscenen keinen persönlichen Anteil; die Befehle wurden, soweit es überhaupt Befehle gab, ohne ihn zu fragen erteilt. Erst am 8. Dezember erließ er eine Verordnung, durch welche die Mitglieder geheimer Gesellschaften und die unter polizeiliche Aufsicht Gestellten nach Algier (Lambessa) oder Cayenne transportiert werden durften, was denn sofort auf Tausende der Gefangenen angewendet wurde. Die Abgeordneten, welche noch am 2. abends auf die

Staatsrat und Ministerium.

Bewaffneter Widerstand.

Verbannungen.

Forts von Vincennes und Mont Valérien gebracht waren, wurden einige Tage später entlassen, die gefährlichsten aber, wie Thiers, Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, aus Frankreich verbannt.

In Paris war somit alles in Ordnung, und in den Provinzen stand es nicht minder gut. Erhebungsversuche wurden freilich vieler Orten gemacht, sodaß im ganzen 32 Departements unter das Kriegsgesetz gestellt wurden, aber von Belang waren sie nirgends. Der künstlich genährte Glaube, daß Napoleon bedeutende Staatsmänner hinter sich habe und daß Paris ihm Beifall zujauchze, trug nicht wenig dazu bei. Als man die Täuschung erkannte, war es zum Widerstande zu spät, und nun übte auch der Erfolg seine ansteckende Kraft. Der Präsident ließ es nicht an Schritten fehlen um dem nachzuhelfen. Die Armee mußte schon am 3. und 4. abstimmen, ob sie die Verfassungsänderung wolle oder nicht, und erklärte sich natürlich dafür; zahlreiche Beförderungen wurden vorgenommen und der Dienst im Bürgerkriege den Soldaten wie der gegen den auswärtigen Feind doppelt angerechnet; am 14. Dezember wies Napoleon 2 700 000 Francs zur Unterstützung alter Soldaten des Kaiserreiches und der Republik an; der katholischen Geistlichkeit gab er schon am 6. das Pantheon zurück und gewann sie noch mehr durch eine Verfügung über den Schutz der Sonntagsheiligung; Paris wurde am 10. mit der Verheißung einer Ringbahn erfreut, kurz, die Mittel der Bestechung wurden so wenig gespart wie die der Einschüchterung. Das Ergebnis dieser Thätigkeit mußte in den Abstimmungen des 20. und 21. Dezember zu Tage treten; dem beratenden Ausschusse lag es ob das Resultat zu ziehen, und in seinem Namen meldete am letzten Tage des Jahres Baroche dem Präsidenten, daß fast $7\frac{1}{2}$ Million mit Ja und nur wenig über 640 000 mit Nein gestimmt hätten; kaum 400 000 sollten sich der Wahl ganz enthalten haben. Noch an demselben Abend beglückwünschten die fremden Gesandten den Erwählten der Nation, und am Neujahrstage erscholl in Notre-Dame zum erstenmale im Tedeum das Domine, salvum fac Ludovicum Napoleonem, an Stelle des Salvam fac Rempublicam.

Die Provinzen.

Heer und Geistlichkeit.

Abstimmung vom 20. Dezember 1851.

Aus dem Königspalast der Tuilerien, den er jetzt bezog, erließ der Präsident am 14. Januar 1852 die neue Verfassung, die dem Programm vom 2. Dezember entsprach. Dem gesetzgebenden Körper, dessen Sitzungen geheim waren, blieb nur das kümmerliche Recht Verbesserungen zu den Regierungsentwürfen dem Staatsrate, und wenn dieser sie billigte, dem Ministerium zu überweisen; der Senat, dessen Mitglieder der Präsident auf Lebenszeit ernannte, begutachtete nur die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und beantragte Verfassungsänderungen, die sodann der Zustimmung des Volkes bedurften. Die Mitglieder des Staatsrats wurden von dem Präsidenten nicht allein ernannt, sondern konnten von ihm auch wieder entlassen werden. Für die Wahlen zum gesetzgebenden Körper wurde natürlich das allgemeine Stimmrecht zugestanden, aber ein Rundschreiben Mornys an die Präfekten untersagte am 20. Januar die Bildung von

Verfassung vom 14. Januar 1852.

Wahlausschüssen und erklärte, daß die Regierung überall Vertreter bezeichnen werde, welche ihr genehm seien. Es war das die letzte ministerielle Verfügung Mornys. Zwei Tage darauf schied er mit Rouher und Fould aus dem Kabinett und machte Persigny Platz; für Maupas wurde ein besonderes Polizeiministerium gebildet; außerdem traten Abbatucci und Bineau ein. Die Gründe für diesen Wechsel lagen in einem von den Ausscheidenden mißbilligten Erlaß des Präsidenten, kraft dessen die Güter der Familie Orleans, mit der Morny persönlich stets in freundschaftlichem Verkehr gestanden hatte, binnen Jahresfrist für Rechnung der Eigentümer verkauft, soweit sie aber von Louis Philipp bei seiner Thronbesteigung wider das Herkommen seinen Kindern abgetreten statt mit dem Krongute vereinigt waren, zum Besten des Staates eingezogen werden sollten.

Ministerwechsel.

Die Kammer.

Der Ausfall der Wahlen bewies hinlänglich, wie vollkommen das Land in der Gewalt des neuen Machthabers war; kaum ein halbes Dutzend ihm feindlicher Abgeordneter wurde gewählt und diese lebten zum Teil noch, wie Cavaignac, in der Verbannung. Ohne Gefahr konnte daher beim Zusammentritt der großen Staatskörper der Belagerungszustand überall aufgehoben werden, der Präsident erklärte seine Diktatur für erloschen. In der Rede, mit welcher er am 29. März 1852 die Sitzungen eröffnete, pries er die neue Verfassung, die Frankreich die Ruhe wiedergebe, deutete aber zugleich darauf hin, daß sie durch Herstellung des Kaisertums noch verbessert werden könne. Wenn sich die Parteien der neuen Ordnung fügten, sei das allerdings nicht nötig; wenn sie das aber nicht thäten, dann könne es in der That zweckmäßig sein, von Frankreich im Namen seiner eigenen Ruhe einen neuen Titel zu fordern, der die oberste Gewalt aus einer zeitlich begrenzten zu einer dauernden mache. Aber die alten Parteien regten sich nicht, und es gab deshalb vor der Hand keinen Vorwand um den letzten abschließenden Schritt zu thun. Drei Monate lang blieben die Staatskörper bei einander, der Senat bewilligte dem Präsidenten 12 Millionen jährlicher Einkünfte, dann wurden die Sitzungen geschlossen, ohne daß sich ein erwähnenswerter Zwischenfall zugetragen hätte. In noch volleren Tönen als bei der Eröffnung pries Napoleon das Glück Frankreichs, das eine Regierung habe, die, von der Liebe zum Guten beseelt, auf dem Volke als der Quelle aller Macht, auf dem Heere als der Quelle aller Gewalt und auf der Religion als der Quelle aller Gerechtigkeit beruhe. Um einen augenfälligen Beweis, wie sicher er sich fühle, zu geben hob er bald darauf für Thiers und vierzehn andere Mitglieder der Nationalversammlung die Verbannung auf und trat im September die übliche Rundreise durch einige Provinzen an. Dabei kam ihm die Entdeckung einer Verschwörung in Marseille ein wenig zu statten; er konnte nun wieder von der unversöhnten Feindschaft der alten Parteien reden und den Gedanken des Kaisertums in Umlauf setzen. Seine Anhänger entwickelten große Rührigkeit. Überall wurde dem Prinzen der lärmendste Empfang bereitet. Die Triumphbogen begrüßten ihn als Caesar Imperator

Rundreise des Präsidenten.

und verherrlichten die Abstimmung des Volkes als Gottes Stimme. Vor allem that sich die Geistlichkeit durch Zeichen der Anhänglichkeit und Verehrung hervor und es war ihr ein leichtes für die nötige Menge Volkes zu sorgen um ihren Kundgebungen Bedeutung zu verschaffen. So gestaltete sich die Reise zu einem ununterbrochenen Triumphzuge; ihren würdigen Abschluß erhielt sie am 9. Oktober durch ein Festmahl in Bordeaux. Hier deutete der Präsident unverhohlen an, daß er die Zeit zur Erneuerung des Kaisertums für gekommen erachte. „Zwar gewisse Personen, so meinte er, behaupten, das Kaiserreich sei der Krieg, ich aber sage: das Kaiserreich ist der Friede! Es ist der Friede, weil Frankreich es wünscht; denn wenn Frankreich befriedigt ist, ist die Welt ruhig."

Die Rede von Bordeaux.

Unmittelbar darauf ward der Senat zum 4. November 1852 einberufen und ihm der Antrag auf Abänderung der Verfassung vorgelegt; nur der eine Punkt sollte geändert werden, daß an die Stelle der zehnjährigen Präsidentschaft das erbliche Kaisertum trete, mit der Berechtigung für Napoleon, wenn er keine männlichen Nachkommen habe, ein anderes Mitglied der Familie Bonaparte an Kindesstatt anzunehmen. Die Beratung war bloße Formsache; am 7. genehmigte der Senat gegen eine Stimme den Vorschlag, den am 21. und 22. 7 840 000 Franzosen bestätigten; nur 254 000 Bürger gaben ihr Nein ab und etwa 64 000 Zettel waren aus verschiedenen Gründen ungültig. Nachdem der Senat und der gesetzgebende Körper dieses Ergebnis dem Präsidenten gemeldet, erfolgte am 2. Dezember 1852 die Verkündigung, und der neue Herrscher nahm den Titel Napoleon III. von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Kaiser der Franzosen an. Die fremden Mächte zauderten nicht ihn anzuerkennen; Neapel lief allen anderen schon am 3. Dezember den Rang ab, am 6. folgte England, am 7. und 8. Belgien und die Schweiz, und so einer nach dem anderen, bis im Januar 1853 Rußland, Österreich, Preußen und die deutschen Mittelstaaten den Beschluß machten. Nur unbedeutende Nachzügler, besonders außereuropäische, fehlten noch als der Kaiser am 14. Februar 1853 den gesetzgebenden Körper eröffnete und ihm die erfolgte Anerkennung Europas mitteilte.

Herstellung des Kaisertums.

Die fremden Mächte.

Aber zu vollem Rechte war er deshalb doch noch keineswegs in den Kreis der regierenden Familien aufgenommen; man betrachtete ihn als einen Emporkömmling, den das Glück jetzt hoch gehoben um ihn über kurz oder lang vielleicht um so tiefer zu stürzen; andere als politische Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, etwa gar seinen Wünschen nach einer fürstlichen Braut zu willfahren war man selbst an den kleineren Höfen nicht geneigt. Nicht einmal den Prinzen Wasa oder den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, die beide doch ohne Land und beide durch ihre Vermählung mit Töchtern der verwitweten Großherzogin Stephanie von Baden (einer Cousine von Napoleons Mutter Hortense) dem neuen Kaiser verwandt waren, nicht einmal diese lockte es ihre Töchter auf dem französischen Throne zu sehen. Dieser doppelte Mißerfolg genügte

Napoleons Heirat.

um Napoleon von der Lust „sich um jeden Preis in die Familien der Könige zu drängen" zu heilen. Ganz unerwartet überraschte er Frankreich mit der Ankündigung, daß er sich am 29. Januar 1853 mit Fräulein Eugenie von Montijo, einer 27jährigen Spanierin aus altadeligem Hause, vermählen werde. Durch diese Wahl, so erklärte er in einer Ansprache an die Franzosen, wolle er frei und offen vor ganz Europa die Stellung eines Emporkömmlings annehmen, die, durch die Abstimmung eines ganzen Volkes erlangt, ein ruhmvoller Titel sei. Französin dem Herzen und der Erziehung nach besitze seine Braut als Spanierin den Vorzug in Frankreich keine Familie zu haben, die mit Ehren und Würden bedacht werden müßte, und wenn das Volk diese mit allen Tugenden des Geistes und des Herzens ausgestattete, gute und anmutige, fromme und katholische Kaiserin nur erst kennen lerne, dann werde es sich überzeugen, daß sein Kaiser auch bei dieser Gelegenheit von der Vorsehung inspiriert gewesen sei.

Friedensbeteuerungen und Friedenshoffnungen.

Mit großem Pomp und unter gewaltigem Andrang der Bevölkerung ward die Hochzeit gefeiert; auch über die Grenzen Frankreichs hinaus wurde sie als eine Bürgschaft des Friedens beifällig begrüßt. Mehr und mehr schwanden die beunruhigenden Prophezeiungen, die sich an die Erneuerung des Kaiserreichs geknüpft hatten. Die dumpfen Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung Belgiens, der Pfalz, der preußischen Rheinlande, von deren Richtigkeit Friedrich Wilhelm IV. ein Vierteljahr früher vollkommen durchdrungen war, die bitteren Anklagen der englischen Presse, daß ohne Kriegsruhm und Grenzerweiterung der Bonapartismus ein Unding sei und daß vor Ablauf des Jahres sich noch Furchtbares ereignen werde, die zornigen Ergüsse über den schlimmsten Tyrannen, den größten Verbrecher, den meineidigsten Bösewicht, den je die Erde getragen habe, milderten sich erst, verstummten dann und schlugen wohl gar in das Gegenteil um. Die Anordnung großer Bauten in Paris, die Ankündigung, daß am 1. Mai 1855, also in zwei Jahren, eine Weltausstellung gleich der Londoner von 1851 in Paris stattfinden solle, beschleunigten diesen Umschwung. Die Thronrede, mit welcher der Kaiser die Kammern eröffnete, versprach überdies eine Verminderung des Heeres um 20 000 Mann und erneuerte in der treuherzigsten Tonart die friedlichsten Versicherungen; Frankreich sei zu stark, um irgend wen zu fürchten; deshalb brauche es auch niemanden zu täuschen und seine Absicht Frieden zu halten verdiene den vollsten Glauben. Daß sie ihn auch finde zu beweisen übernahm die Londoner City, indem sie dem Kaiser eine Adresse mit 4000 Unterschriften angesehener Kaufleute überreichen ließ, in welcher sie ihn zu dem erfreulichen Einverständnis zwischen den beiden Ländern beglückwünschte und darin eine weitere Bürgschaft des Friedens begrüßte. Kurz die Unruhe, die sich wie ein drückender Alp infolge der Erneuerung des Kaiserreichs über Europa gelagert hatte, begann zu schwinden und machte einer hoffnungsvollen Vertrauensseligkeit Platz.

Die orientalische Frage.

Bald jedoch wurde diese behagliche Stimmung durch bedrohliche Nachrichten getrübt, die aus Petersburg und Konstantinopel kamen. Es war doch ein wunderlicher Irrtum der öffentlichen Meinung zu glauben, daß nur von Frankreich her dem europäischen Frieden Gefahr drohen könne und darüber der kriegerischen Gelüste des Zaren ganz zu vergessen. Unerklärlich war diese Täuschung freilich nicht. Wenn man in Petersburg den Krieg mit der Türkei wollte, weshalb hatte man dann nicht die Verwirrung der letzten Jahre wahrgenommen, weshalb so manche Gelegenheit, die sich bot, entschlüpfen lassen? Nur in der Unschlüssigkeit des russischen Herrschers, in einem gewissen Mangel an Mut, konnte man den Grund dazu finden. An großen Worten, an Ansätzen zur That hatte es Nikolaus nicht fehlen lassen, aber nach halbem Anlauf war er immer stehen geblieben. Sein ganzes Verhalten gegenüber der europäischen Revolution konnte das bezeugen. Wie hatte er beim ersten Ausbruch derselben in seinem Aufrufe vom 26. März 1848 gegen diese Heiden des Westens gedonnert, deren Frevel selbst das heilige Rußland zu bedrohen wage! Und dennoch war es zu einem Einschreiten erst spät und nur in Ungarn und den Donaufürstentümern gekommen, wo wirklich große Interessen auf dem Spiele standen. Wie unvergleichlich vorteilhaft war des Zaren Stellung gewesen, als russische Truppen die Moldau und Walachei beherrschten und Österreich, schwer gebeugt, alle Änderungen an seiner Südostgrenze geduldig über sich hätte ergehen lassen müssen; und doch hatte er sich mit einer mageren Abschlagszahlung zufrieden gegeben. Welch trefflichen Anlaß zur Kriegserklärung bot ihm die ehrenhafte Weigerung der Türkei ihm die aus Ungarn entkommenen Polen auszuliefern! Und doch schüchterte ihn das Erscheinen der englischen Flotte vor den Dardanellen so ein, daß er friedfertig nachgab. War es berechtigt zu glauben, daß er trotz alledem den Krieg wolle und vorbereite? Russische Pläne.

Die Unruhen in den Donaufürstentümern waren von einer Anzahl moldauischer Bojaren ausgegangen, die im April 1848 in Jassy von dem Hospodaren Sturdza Reformen und eine gesetzmäßige Regierung forderten. Darauf hatte der Fürst sie aus dem Lande gejagt, die Pforte aber den Vertriebenen Schutz versprochen. Drohungen aus Petersburg schüchterten den Sultan jedoch ein, so daß er jene im Stich ließ und an Reschids und Alis Stelle den russenfreundlichen Rifaat in seinen Rat berief. Als jedoch im Juni auch in der Walachei Unruhen ausbrachen und der Hospodar Bibesko sich vor einer vorläufigen Regierung zurückzog, erlag die Pforte der Verlockung die russenfeindliche Stimmung in den Donauländern zu ihrem Vorteil auszunutzen. Reschid übernahm wieder die Leitung des Staates und schickte einen Bevollmächtigten nach Bukarest, der allerdings die revolutionäre Regierung auf- Unruhen an der Donau.

löste, aber einige ihrer Mitglieder in die neugebildete „fürstliche Statthalterschaft" übertreten ließ. Darüber erbittert nahm Rußland einen Mordversuch auf Sturdza zum Vorwand um am 10. Juli den General Lüders in die Moldau einrücken zu lassen. Die Verwicklung gewann einen bedenklichen Anstrich und dem Sultan entfiel wieder der Mut. Er schickte einen zweiten Bevollmächtigten, den späteren Minister Fuad, nach Bukarest, ließ die Statthalterschaft auflösen und übertrug die Verwaltung einstweilen dem Bojaren Kantakuzeno. Da es hierbei nicht ohne Widerstand abging, rückten im September auch türkische Truppen unter Omer Pascha ein und besetzten gemeinsam mit den Russen Bukarest. Nikolaus ließ das ruhig geschehen und zog sogar nach wenigen Monaten den größten Teil seiner Truppen zum Zweck des ungarischen Krieges aus den Donaufürstentümern heraus. Die Verhältnisse der beiden Länder wurden durch einen Vertrag vom 1. Mai 1849 zu Balta Liman, einem Schlosse Reschids am Bosporus, geordnet. Sturdza mußte Bibeskos Beispiel folgen und abtreten; ihre Nachfolger, Stirbey in der Walachei und Gregor Ghika in der Moldau, wurden nur auf sieben Jahre ernannt; statt der bisherigen Bojarenversammlung traten ihnen Ausschüsse zur Prüfung des Staatshaushaltes zur Seite; die alte Verfassung sollte unter dem Beirat russischer und türkischer Bevollmächtigter umgeändert werden und, bis dies geschehen, eine genügende Truppenmacht im Lande bleiben. Erst im Jahre 1851 waren infolgedessen die letzten Russen abgezogen.

Der Vertrag von Balta Liman.

Aber wie vertrauenerweckend diese Haltung des Zaren für die Friedensfreunde auch sein mochte, sie befanden sich doch in arger Täuschung. Nikolaus wußte recht gut, daß die augenblickliche Lage Europas keinen Staat lebhafter zur kecken Verfolgung seiner Interessen auffordere als Rußland, und er war entschlossen sie zu benutzen. Die Stürme der letzten Jahre waren an seinem Reiche vorübergezogen ohne es zu erschüttern; durch den ungarischen Feldzug hatte er bei dem österreichischen Kaiser Anspruch auf den wärmsten Dank erworben; Preußen lag so tief gedemütigt am Boden, daß von ihm eine selbständige Politik nicht zu befürchten war; der neue Machthaber in Paris stützte sich zu sehr auf die Armee, als daß er diese auf einen entfernten Schauplatz zu schicken Lust haben konnte, höchstens einen Krieg unmittelbar an der Grenze schien er brauchen zu können; und was England betraf, so war dort Aberdeen am Ruder, der gegen den Napoleoniden immer noch ein vorsichtiges Mißtrauen hegte, während er der russischen Politik so nahe stand wie kein anderer britischer Staatsmann. Wenn je so war jetzt der Zeitpunkt gekommen um dem türkischen Reiche ein jähes Ende zu bereiten. Es war bei Nikolaus eine tief gewurzelte Überzeugung, daß es mit dem Halbmond in Europa nicht mehr lange dauern könne. Schon 1844 hatte er sich darüber bei einem Besuche in London offen ausgesprochen. Er erklärte damals, daß es in seinem Kabinett zwei Meinungen über die Türkei gebe, nach der einen liege sie im Sterben

Der kranke Mann.

nach der anderen sei sie schon tot; er persönlich huldige der letzteren Ansicht; jedenfalls werde man den baldigen Antritt des Todes durch kein Mittel verhüten können. Deshalb wünschte er sich rechtzeitig mit England über das, was dann geschehen solle, zu benehmen; für sich verlangte er keinen Zoll Landes, aber er werde auch nicht dulden, daß andere Mächte sich vergrößerten, besonders nicht Frankreich, bei dem er das größte Gelüsten dazu voraussetzte. Zu bestimmten Verabredungen war es damals nicht gekommen, aber Peel und Aberdeen hatten es doch nicht abgelehnt im gegebenen Augenblicke die Frage wieder aufzunehmen und eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Dieser Augenblick schien jetzt gekommen zu sein, und Nikolaus knüpfte mit dem englischen Gesandten an seinem Hofe, Sir Hamilton Seymour, gelegentlich Gespräche an, die sich ganz in den Bilder- und Gedankenkreisen von 1844 bewegten. Der kranke Mann an der Donau werde sterben; Frankreich dürfe aus diesem Ereignis keinen Vorteil ziehen; deshalb sei es nötig eine Verständigung über die Leichenfeier zwischen Rußland und England zu erzielen; für seine Person sei er entschlossen Konstantinopel in dem richtigen Momente zu besetzen, nicht als Eigentum, aber wohl als Unterpfand. An Vergrößerung denke er nicht, die Gelüste Katharinas II. lägen ihm fern. Er wünsche ein aufrichtiges Bündnis mit England, auf das allein er sich in seiner orientalischen Politik stützen könne und wolle. Österreichs sei er vollkommen sicher: wenn ich von Rußland spreche, setzte er hochmütig hinzu, so spreche ich von Österreich.

England und die Türkei.

In London erregten diese Äußerungen ebensoviel Mißbehagen als Widerspruch. Sowenig man den bedenklichen Verfall der Türkei mißkannte, sowenig vermochte man gerade jetzt eine besonders große Gefahr zu erkennen. Denn das osmanische Reich war eben damals ungewöhnlich geübten und rechtlichen Händen anvertraut: der Großvezier Ali und Fuad, der Minister des Auswärtigen, besaßen eine vortreffliche europäische Bildung und wirkten in bester Eintracht für die Wiederbelebung ihres Staates. Allerdings suchten sie dieselbe mehr durch Anlehnung an die Westmächte zu erzielen als durch die Unterstützung Rußlands. Der britische Einfluß in Stambul war dank der Persönlichkeit des Gesandten, Lord Stratford Cannings, von Jahr zu Jahr gewachsen und überwog jeden anderen; aber auch Frankreich spielte eine so bedeutende Rolle, daß der Vertreter des Prinz-Präsidenten, Graf Lavalette, im Dezember 1852 einen Triumph davontrug, der in Petersburg bitter empfunden wurde und den nächsten Anstoß zu des Kaisers Unterredungen mit Sir Hamilton Seymour gab.

Die heiligen Stätten.

Der Gegenstand, um den es sich handelte, schien freilich von geringer Bedeutung. Seit alters gab es im heiligen Lande neun sog. heilige Stätten, an deren Besitz sechs verschiedene christliche Bekenntnisse, darunter die beiden großen katholischen Kirchen, beteiligt waren. Da nun im Oriente die griechische Kirche weitaus die verbreitetste war und ihre Genossen die religiöse Pflicht der Wallfahrt nach dem heiligen Lande

ungleich lebhafter anerkannten und befolgten als die römischen Katholiken, so waren griechische Priester die Hüter der meisten Orte, an die sich Erinnerungen aus dem Leben des Heilandes knüpften, und ihnen waren wichtige Vorrechte in bezug auf diese Stätten durch großherrliche Firmane gewährleistet. Indes war auch die römische Kirche nicht ohne mancherlei Rechte; nur daß sie allerlei Verletzungen derselben im Laufe der Jahre sich hatte gefallen lassen müssen. Allerdings hatte Frankreich durch einen Vertrag vom Jahre 1740 ein gewisses Schutzrecht erworben; aber teils das geringe Interesse, das man in Paris Jahrzehnte hindurch an diesen Dingen nahm, teils das wachsende Übergewicht Rußlands im Oriente hatten bewirkt, daß nach und nach den Griechen Zugeständnisse von der Pforte gemacht waren, welche die Lateiner (so pflegte man die römischen Katholiken kurzweg zu nennen) als Eingriffe in ihre Rechte ansahen. So geringfügig die streitigen Punkte auch dem Unbeteiligten erscheinen mochten, so eifrig verfochten die Priester beider Kirchen ihre Forderungen, und die Zänkereien ruhten keinen Augenblick. Als nun Napoleon im Jahre 1850 überall nach Mitteln suchte um die katholische Geistlichkeit zu gewinnen, richtete sich seine Aufmerksamkeit auch auf diese palästinischen Händel, und seine Gesandten, anfangs der General Aupick, dann seit dem Mai 1851 Lavalette, erhielten Auftrag die Ausführung des Vertrages von 1740 mit Nachdruck zu fordern. Angefeuert durch das Lob des Papstes, der die übrigen katholischen Regierungen einlud es zu unterstützen, entwickelte Frankreich nun einen Eifer, der mit dem Gegenstande der Verhandlungen in schlechtem Verhältnisse stand. Aber auch Rußland war nicht lässig, und die einzige Frucht beinah zweijähriger Verhandlungen war am Ende eine türkische Note vom 9. Februar 1852, die den französischen Forderungen nur in beschränkter Weise genügte. Zugestanden wurde hauptsächlich der Anspruch der Lateiner auf den Besitz des Schlüssels zum Hauptportale der Kirche in Bethlehem und ihre Forderung in derselben einen silbernen Stern wieder anzubringen, der bei einem Streite zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen im Jahre 1847 abhanden gekommen war. Vor der Hand beruhigte sich Lavalette dabei und schrieb sich den Sieg zu. Aber seine Freude dauerte nur wenige Tage; schon am 14. Februar erging auf die ungestüme Forderung des russischen Gesandten ein großherrlicher Firman, welcher auch den Griechen alle ihre Rechte bestätigte. Firman und Note standen in unlösbarem Widerspruch: die Rechte, welche der eine anerkannte, waren Verletzungen der Privilegien, welche die andere bekräftigt hatte. Die unglückliche Pforte befand sich eben in einer Lage, die ihr nicht gestattete den einen Teil zu befriedigen ohne den anderen zu verletzen. Vergebens suchte sie sich durch doppeltes Spiel und Versprechungen nach beiden Seiten zu helfen; ihre Ausflüchte hatten nur kurzen Bestand. Es schien schon ein Gewinn zu sein, wenn der Kampfplatz für einige Monate von Konstantinopel nach Jerusalem verlegt wurde. Das geschah dadurch, daß Frankreich die Zusage

erhielt, der russenfreundliche Firman solle dort nicht verlesen werden, und Rußland das geheime Versprechen empfing, die Auslieferung des Schlüssels werde unterbleiben. Ein besonderer Bevollmächtigter der Pforte, Afif Bey, ging nach Palästina um auf Grund dieser Weisungen dort beide Parteien zu beruhigen. Das System, welches er befolgte, war mit der einen Hand zu geben und mit der anderen zu nehmen. So entschied er, die Lateiner dürften jährlich einmal eine Messe in der Marienkirche auf Gethsemane lesen; aber er verlangte, daß der griechische Altar dabei ohne Änderung der Ornamente benutzt werde, was den Lateinern als eine Schändung der Messe erschien. Die Verlesung des Firmans schlug er dem russischen Konsul ab und that, als ob er von demselben gar nichts wisse; aber erreichte dadurch weiter nichts, als daß der Konsul alsbald eine Beschwerde an den Gesandten schickte. Auch die Auslieferung des Schlüssels konnte er nur verzögern, nicht verhindern; dafür sorgte das unablässige Drängen Lavalettes. Als im Dezember 1852 der silberne Stern in Jaffa ankam, unter feierlicher Begleitung nach Jerusalem und Bethlehem gebracht und in dem Heiligtum aufgestellt wurde, empfing der lateinische Patriarch gleichzeitig den versprochenen Schlüssel.

Russische Drohungen.

Die Griechen und mit ihnen Rußland hatten also zuletzt doch den Kürzeren gezogen, und das zweideutige Benehmen der Pforte war nicht geeignet ihnen die Niederlage zu versüßen. So erscholl denn von Petersburg ein lauter Ruf der Klage und Entrüstung. Der Sultan habe sein Wort gebrochen, schrieb der alte Nesselrode; er habe der römischen Kirche ein Übergewicht im Oriente zugestanden, das der Zar nicht dulden dürfe; er fordere sichtliche Genugthuung, und da Frankreich seine Ansprüche durch kriegerische Drohungen erreicht habe, so müsse auch Rußland militärische Maßregeln ergreifen. Diesen Worten folgte die That; ein Armeekorps wurde in Bessarabien aufgestellt und zwei andere zu seiner Unterstützung ausgerüstet.

Montenegro.

So lagen die Dinge, als Nikolaus dem englischen Gesandten seine vertraulichen Mitteilungen machte. Ja, er konnte sich noch auf einen zweiten Punkt berufen, der nicht minder eine Katastrophe herbeizuführen schien. Auch in der europäischen Türkei war es zu blutigen Unruhen gekommen. In Montenegro, das bis zum Jahre 1851 unter der Herrschaft eines geistlichen Fürsten gestanden hatte, war zum erstenmale ein weltlicher Gebieter in der Person des jungen Danilo erwählt worden; die Pforte besorgte nun, es möchte dadurch die Erblichkeit der Fürstenkrone angebahnt werden, und schickte deshalb Omer Pascha, der eben allerlei Unruhen in Bosnien gedämpft hatte, im Dezember 1852 mit 60 000 Mann gegen das kleine Bergvolk. Keine Macht war bei diesen Vorgängen unmittelbarer beteiligt als Österreich, weil die kriegerischen Bewegungen sich hart an seinen Grenzen vollzogen und die russische Einmischung, die den russischen Einfluß in den Provinzen nördlich vom Balkan steigern mußte, seine wichtigsten Interessen

Österreichische Einmischung.

bedrohte. Das Wiener Kabinett entschloß sich daher zuvorzukommen und durch eine drohende Sprache in Konstantinopel die Zurückberufung Omers und seiner Armee zu erzwingen. Mit diesem Auftrag entsandte es den Grafen Leiningen nach Stambul. Nikolaus hatte nicht sobald davon gehört, als er sich den Forderungen Österreichs anschloß und im Fall der Verweigerung mit Krieg drohte. Es war das kaum nötig um die Pforte, welche die Gefahr hinreichend erkannte, zum Nachgeben zu veranlassen. Leiningens Sendung erreichte ihren Zweck vollkommen: Omer Pascha wurde zurückgerufen, und Nikolaus sah sich zu seinem Verdrusse eines wichtigen Mittels beraubt um die englischen Minister von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe in der Türkei zu überzeugen.

Rußlands Vorschläge.

Daß er sie durch das Versprechen eines großen Beuteanteils in seine Bahnen locken könne, mochte er wohl selbst kaum hoffen; doch unterließ er es nicht auch diese Saite anzuschlagen. Während er in den Gesprächen, die er im Januar 1853 mit Seymour hatte, davon noch völlig schwieg, erklärte er ihm am 21. Februar rund heraus, daß er nichts dagegen habe, wenn England bei der Erbteilung Ägypten und Kandia fordere. Das klang um so uneigennütziger als er auch jetzt für Rußland keinerlei Landerwerb beanspruchte, sondern die Provinzen nördlich vom Balkan in selbständige Staaten (Bosnien, Bulgarien, Serbien) umzuschaffen vorschlug, von den Ländern südlich des Gebirges und von der Hauptstadt aber gar nicht sprach. Seymour war genugsam von der Politik seiner Regierung unterrichtet um die Lockspeise sogleich zurückzuweisen, und in London billigte man das mit der treffenden Bemerkung: man müsse Verhandlungen, die auf der Voraussetzung eines Zerfalls der Türkei beruhten, schon deshalb ablehnen, weil gerade dadurch dieser Zerfall nur näher gerückt werde.

Unter diesen Umständen ließ der Zar seine weitergehenden Pläne fahren und vereinte alle seine Anstrengungen auf den einen Punkt Genugthuung für die Beeinträchtigung zu erhalten, welche seiner Kirche in Palästina widerfahren war. Diese Genugthuung sollte in einer Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge bestehen, und eine genügende Bürgschaft sah er nur in dem unbedingten Schutzrecht über die griechische Kirche in der gesamten Türkei. Da sich leicht erwarten ließ, daß dieser Forderung der Einwand entgegengestellt werde, Frankreich würde das nicht zugeben, so war Nikolaus weiter entschlossen dem Sultan ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten oder vielmehr aufzudrängen, eine Aufgabe, die zu ihrer Lösung einer möglichst rücksichtslosen Persönlichkeit bedurfte. Als der geeignete Mann erschien Fürst Menschikoff, der Statthalter von Finland, dazu General und Groß-Admiral. Ende Februar machte er sich auf den Weg nach Konstantinopel; der gleichzeitige Vormarsch des Generals Dannenberg an den Pruth, eine Flottenschau, die Menschikoff unterwegs in Sebastopol abhielt, die Begleitung zahlreicher Offiziere von der Armee und der Flotte, gaben

Schutzrecht über die griechische Kirche.

Menschikoff in Konstantinopel.

der Ankunft des außerordentlichen Gesandten den erforderlichen Nachdruck. Das Auftreten desselben entsprach den Erwartungen, die Nikolaus in ihn setzte. Fuad, den Minister des Auswärtigen, den erklärten Franzosenfreund, zu besuchen weigerte er sich, so daß der eingeschüchterte Sultan die angebotene Entlassung desselben annahm; bei dem Großvezier Ali suchte er nur um eine Privatbesprechung nach und erschien dabei im Reisepaletot und mit bestaubten Stiefeln um durch dieses burschikose Auftreten die Ratgeber des Sultans noch mehr zu entmutigen; dem alten Chosrew dagegen, dem Führer der Alttürken, überbrachte er das Bild des Zaren in Brillanten. Er hatte um so leichteres Spiel, als von seiten der übrigen Großmächte kein genügendes Gegengewicht in die Wagschale geworfen werden konnte, denn der einflußreiche englische Gesandte, Lord Stratford de Redcliffe, war auf Urlaub, und sein Vertreter, der Oberst Rose, konnte ihn durch sein persönliches Gewicht nicht ersetzen. Dennoch war er es, der durch einen eigenmächtigen Entschluß den Türken den Mut wiedergab. Auf den Wunsch des Großveziers, die englische Flotte möge sich von Malta den Dardanellen nähern, erteilte Rose diesen Befehl auf eigene Verantwortlichkeit, und sofort gewannen die Türken die verlorene Fassung wieder. Das englische Ministerium machte zwar den Schritt seines Vertreters rückgängig, aber die erwünschte Wirkung desselben ging auch durch den Widerruf nicht verloren. Nachdem der erste Schreck überwunden war, bewahrte die Pforte eine fast wankungslose Haltung. Überdies nahte jetzt Lord Stratford, der beim Eintritt der ernsten Verwickelungen von seiner Regierung Befehl erhalten hatte über Paris und Wien auf seinen Posten zurückzukehren. Am 5. April traf er in Stambul ein. Sogleich eilten der Großvezier und Rifaat Pascha, Fuads Nachfolger, zu ihm um seinen Rat einzuholen. Die Lage war ernst genug. Einige Wochen hatte Menschikoff gezögert mit seinen Forderungen hervorzutreten und vorher das Versprechen verlangt, daß aus seinen Anträgen den Westmächten ein strenges Geheimnis gemacht werde. Ende März hatte er dann Farbe bekannt und den Aufträgen des Kaisers gemäß das Schutzrecht über die griechische Kirche gefordert und dagegen ein Bündnis angeboten, welches Rußland zur Stellung einer Armee von 400 000 Mann verpflichtete. Obgleich er dabei drohte, falls die geringste Mitteilung an England erfolge, sogleich abreisen zu wollen, so hatte Rifaat doch dem Obersten Rose Anzeige davon gemacht und wiederholte jetzt den Hergang, wenngleich stückweise und zögernd, weil er Tadel fürchtete, dem Gesandten. Dieser war angewiesen einerseits die begründeten Beschwerden Rußlands zu unterstützen und die Pforte dahin zu drängen ihren christlichen Unterthanen gerecht zu werden, andererseits aber auch den Sultan gegen jeden übertriebenen Druck zu schützen. Er wünschte deshalb die Frage der heiligen Stätten von den neuen Forderungen Rußlands gründlich zu trennen und dadurch, daß er jene zur Zufriedenheit des Zaren erledigte, diese zu beseitigen. Menschikoff ließ sich wirklich auf dies Ver-

Der englische Gesandte.

Diplomatische Kämpfe in Konstantinopel.

fahren ein, da ihn die freundlichen Äußerungen Stratfords hinsichtlich der ersten Frage in den Glauben versetzten, derselbe werde sich auch in bezug auf das Protektorat nachgiebig zeigen; vielleicht kam auch die Hoffnung hinzu, Frankreich werde von seinen Forderungen in keiner Weise nachlassen und es dadurch mit England verderben. Das war aber eine Täuschung; denn Stratford hatte seinen Aufenthalt in Paris benutzt um auch Napoleon zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen, und so kam schon am 22. April 1853 ein Vertrag über die heiligen Stätten zustande, der alle berechtigten russischen Empfindlichkeiten befriedigte. Wenn die Lateiner den Schlüssel auch behielten, so wurde doch ausdrücklich anerkannt, daß sie damit kein Eigentumsrecht erworben hätten, und einem griechischen Priester wurde die Pförtnerstelle in der Kirche übertragen; der Silberstern sollte als ein Geschenk des Sultans gelten, das den Lateinern keinerlei Rechte verleihe. Die Ausbesserung der Kuppel in der Kirche des heiligen Grabes, über die man gleichfalls stritt, wurde unter die Aufsicht des griechischen Patriarchen gestellt, während die Kosten der Arbeit von der türkischen Regierung übernommen wurden; und endlich ward die Reihenfolge der Messen in den Kirchen, wo beide Konfessionen sie zu lesen berechtigt waren, so geordnet, daß die griechische den Vortritt erhielt.

Der Vertrag über die heiligen Stätten.

Das Schutzrecht.

Die glückliche Erledigung dieser kleinlichen Angelegenheiten sicherte indes noch keineswegs die Erhaltung des Friedens; denn noch blieb die Forderung des Protektorates bestehen, und auf das angebotene Schutz- und Trutzbündnis zu verzichten war Nikolaus umsoweniger geneigt, als Frankreich ihn durch Entsendung einer Flotte nach Salamis neuerdings wieder gereizt hatte. Menschikoff hielt deshalb seine Forderungen aufrecht. Vergebens machte ihn Stratford darauf aufmerksam, wie bedenklich es für die Pforte sei, einem fremden Monarchen das Protektorat über zehn Millionen der eigenen Unterthanen zu geben, und wie das Schutzrecht Österreichs über die paar hunderttausend Katholiken dafür nicht als Gegenbeweis dienen könne; überdies sei durch das Abkommen vom 22. April ja allen Beschwerden genügt und für ein besonderes Schutzverhältnis kein triftiger Grund mehr vorhanden. Einigermaßen in die Enge getrieben, gab Menschikoff nun so weit nach, daß er statt des Protektorates nur einen Vertrag (Sened) forderte, welcher der griechischen Kirche alle Rechte neu bestätige, die sie seit alters besitze; für den Fall der Weigerung ließ er es auch jetzt an Drohungen nicht fehlen; er sei bis zur äußersten Linie der Mäßigung geschritten und Rußland werde es niemals zugeben in Konstantinopel eine untergeordnete Rolle zu spielen. Stratford sah ein, daß jetzt die Stunde der Entscheidung herangekommen sei; er vermutete, daß Menschikoff einen letzten Trumpf ausspielen und den Sultan persönlich einzuschüchtern suchen werde. Um dem vorzubeugen erbat er sich selbst am 9. Mai eine Audienz. Er bereitete den Sultan darauf vor, daß Rußland wahrscheinlich die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Donaufürstentümer besetzen werde; eine

Menschikoffs Drohungen.

Englands Gegenwirkung.

Kriegserklärung halte er für moralisch unmöglich, wenn der Sultan durch einen neuen Firman aus eigenem Antrieb den Christen ihre Rechte bestätige und davon allen Großmächten Kenntnis gebe. Als sich Abdul Medjid dazu gern bereit erklärte, bemerkte Stratford, daß er dem Monarchen nunmehr eine Mitteilung zu machen habe, die er bisher auch den Ministern vorenthalten habe; er sei ermächtigt im Fall der Gefahr der Flotte in Malta Befehl zu erteilen sich segelfertig zu machen. Das war im Grunde genommen eine höchst unbedeutende Befugnis; denn sie schloß keineswegs den Befehl zur Abfahrt ein; dieser mußte aus London selber kommen. Und dennoch machte diese vertrauliche Mitteilung auf den Sultan den tiefsten Eindruck; Stratford hatte die Wirkung wohl berechnet und deshalb bisher nicht das Geringste von diesem Teile seiner Weisungen verlauten lassen. Hätte er den türkischen Ministern in einem früheren Zeitpunkte davon gesprochen, so würde höchst wahrscheinlich ein unwilliges: Weiter nichts? die Antwort gewesen sein; jetzt, wo er ungefragt im tiefsten Geheimnis dem Sultan selbst die Anzeige machte, war die notwendige Folge, daß jener darin nur den Anfang zu Größerem sah und in seinen Entschlüssen gekräftigt von dem englischen Gesandten Abschied nahm.

Letzte Verhandlungen.

In der That war die Haltung der Pforte von jetzt an unerschütterlich. Am nächsten Tage wurde das russische Verlangen eines Seneds abgewiesen. Am Tage darauf, am 11. Mai, übersandte Menschikoff sein Ultimatum. Um den letzten Druck auszuüben begab er sich am 13. zum Sultan und verlangte ohne Vermittlung der Minister eine Privataudienz. Sie wurde ihm zwar gewährt, hatte aber keinen anderen Erfolg, als daß der Sultan jede Erörterung an sein Ministerium verwies. Ja Menschikoff verlor durch diesen Schritt noch Zeit. Denn das Ministerium legte sein Amt nieder, weil der Souverän ohne es zu fragen den Russen empfangen habe, und die neuen Ratgeber des Sultans konnten mit Recht die Verlängerung der dreitägigen Frist des Ultimatums fordern. Sie beriefen einen großen Divan, der mit 42 gegen 3 Stimmen das russische Verlangen ablehnte. Am 18. Mai machte der neue Vezier Reschid Pascha Menschikoff mündlich davon Mitteilung und fügte hinzu, was die Pforte alles thun wolle um thatsächlich jeden Wunsch des Zaren zu erfüllen; auch versprach er ihm den Firman zu senden, welchen der Sultan erlassen wolle. Das wartete Menschikoff aber gar nicht ab, sondern erklärte in einer Note vom selben Tage den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Weil er jedoch nachträglich wohl fühlen mochte, daß er sich damit übereilt habe, so benutzte er die goldene Brücke, welche ihm die Gesandten der anderen Großmächte bauten um noch einmal ein kleines Zugeständnis zu machen. Der österreichische Gesandte Bruck sprach ihm nämlich im Auftrag seiner Kollegen, die sich am 19. Mai bei Stratford zu einer Konferenz vereinigten, das Bedauern derselben über seinen Schritt aus und lud ihn ein wenigstens die schriftlichen Erklärungen der Pforte noch entgegenzunehmen.

Dies sagte er wirklich zu für den Fall, daß die zu erwartende Note genau dem Wortlaute des von ihm geforderten Seneds entspreche. Als Reschid Pascha mit Stratfords Billigung auch diese gemilderte Form zurückwies, machte er mit seiner oft wiederholten Drohung wirklich ernst und schiffte sich am 21. Mai mit der ganzen Gesandtschaft ein. Sein letzter Akt war eine Erklärung, daß, wenn die Verbürgung der geistlichen Rechte, welche der beabsichtigte Firman zusichere, den Ausschluß der weltlichen Vorrechte des griechischen Klerus bedeuten solle — was natürlich gar nicht der Fall war —, Rußland darin eine Handlung der Feindseligkeit erblicken werde.

Menschikoffs Abreise.

England und Frankreich.

So war der Bruch also vollzogen und mit größter Spannung mußte man den nächsten Schritten in Petersburg einerseits und andererseits in London entgegensehen. Das englische Kabinett war trotz der maßvollen Weisungen, welche es seinem Vertreter gegeben hatte, doch unzweifelhaft tief in die Sache verwickelt und konnte ehrenhalber der Türkei seine kräftige Unterstützung nicht versagen. Das erkannte Lord Clarendon, der Minister des Auswärtigen, auch unumwunden an und erklärte England in einer Note vom 31. Mai für verbunden die Unabhängigkeit der Pforte gegen unverschuldete Angriffe zu verteidigen. Zugleich aber suchte er ein engeres Verhältnis zu Frankreich zu gewinnen und fand bei Napoleon, dem nichts Erwünschteres begegnen konnte, bereitwilliges Entgegenkommen. Schon in den ersten Tagen des Juni erhielten die beiden Mittelmeerflotten Befehl sich in die Nähe der Dardanellen zu begeben und gingen in der Besika-Bucht, hart an der Mündung der Meerenge, vor Anker; den Admiralen ward die Weisung erteilt sich den Gesandten in Konstantinopel zur Verfügung zu stellen.

Stimmung in Petersburg.

In Petersburg war die erste Äußerung, welche die Nachrichten aus Stambul hervorriefen, der Ausbruch des lang verhaltenen Grolls gegen Stratford, dessen unheilbares Mißtrauen und stürmische Geschäftigkeit bei der Pforte alle versöhnlichen Gesinnungen unterdrückt hätten. An demselben 31. Mai, an dem Clarendon dem Sultan Englands Beistand zusicherte, kündigte Rußland der Türkei die Besetzung der Donaufürstentümer an, wenn Menschikoffs letzte Note nicht binnen acht Tagen angenommen werde; dadurch wolle der Zar ohne Krieg zu beginnen sich ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen.

Verblendung des Zaren.

Offenbar hatte man in Petersburg keine rechte Vorstellung von der Haltung, welche die anderen Mächte einnehmen würden. Die Gesandten derselben, General von Rochow für Preußen, Graf Meusdorff für Österreich und Castalbajac für Frankreich, waren viel zu sehr daran gewöhnt dem Zaren gegenüber die unterwürfigste Gefälligkeit zur Tonart ihrer Verhandlungen zu wählen, als daß sie jetzt plötzlich eine andere Sprache hätten reden können. Und das täuschte die Russen. Ja selbst in bezug auf England glaubte Nikolaus ruhig sein zu können. Er

hatte mit großem Eifer die öffentliche Meinung des Inselreichs studiert und glaubte sie, das sprach er geradezu aus, besser zu kennen als Sir Hamilton Seymour, den jahrelange Abwesenheit des eigenen Urteils beraubt habe. In Wirklichkeit hatte er aber selbst sich durch die Bewegungen auf der Oberfläche täuschen lassen. Er schrieb der Manchesterschule und ihrer Friedenspolitik einen viel größeren Einfluß zu, als sie wirklich besaß; und da einzelne Mitglieder des Kabinetts, wie Aberdeen und Gladstone, gleichfalls ausgeprägte Freunde des Friedens waren, so fürchtete er eine kriegerische Bethätigung Englands durchaus nicht. Vollends eine Verständigung desselben mit Frankreich hielt er nach den Berichten, die Kisseleff aus Paris und Brunnow aus London ihm erstatteten, für nichts als ein leeres Schreckgespenst. Ehe er aus diesen Träumen aufgerüttelt werden konnte, erteilte er dem General Gortschakoff den Befehl über den Pruth zu gehen. Am 2. Juli 1853 rückten die Russen in die Moldau ein, und ein Manifest des Kaisers verkündete der Welt, daß der einzige Zweck dieses Schrittes sei die unveräußerlichen Rechte der griechischen Kirche zu schützen.

Russische Truppen über den Pruth.

Die Nachricht von Gortschakoffs Einmarsch wurde in Konstantinopel mit viel größerer Ruhe vernommen als in Wien. Österreich hatte bis dahin eine große Zurückhaltung bewiesen, wie es seiner eigentümlichen Stellung zu Rußland entsprach. Jetzt aber kamen die wichtigsten Interessen der Monarchie ins Spiel. Nimmermehr durfte man es zugeben, daß der russische Einfluß sich an der Südgrenze des Staates festsetze und die Umklammerung der östlichen Hälfte des Kaiserreiches vollende. Graf Buol erklärte sein vollstes Einverständnis mit der Politik der Westmächte; sollte es soweit kommen, daß die österreichische Armee in Thätigkeit treten müsse, so werde das nur zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei geschehen. Da auch Preußen sich in demselben Sinne aussprach, standen alle Großmächte vereint gegen Rußland da, und ihre Gesandten in Wien, Baron Bourqueney, Lord Westmoreland und Graf Arnim, traten mit dem Grafen Buol zur Beratung gemeinsamer Schritte zu einer Konferenz zusammen. Noch am 2. Juli forderten sie in einer Gesamtnote Rußland auf seine Ansprüche mit den Rechten des Sultans als eines unabhängigen Fürsten in Einklang zu setzen. Da keine von ihnen, selbst Frankreich nicht, den Krieg wünschen konnte, so waren sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Das bewies am deutlichsten die sog. Wiener Note vom 31. Juli. Der Sultan hatte den beabsichtigten Firman inzwischen erlassen und mit einer Begleitnote vom 20. Juli nach Wien geschickt, damit beides von dort unter der Zustimmung der Konferenz nach Petersburg abgehe. Allein man fand in Wien, daß die Note, die von den Gesandten in Konstantinopel gebilligt war, ihrem Zweck nicht entspreche, und arbeitete sie deshalb um, wobei man die Vorsicht anwandte sich unter der Hand zu vergewissern, daß der beliebte Wortlaut den Zaren befriedige. Nachdem dies geschehen, wurde das Aktenstück namens der Konferenz nach

Österreich und Preußen.

Die Wiener Konferenz.

Der Vermittlungsvorschlag vom 31. Juli 1853.

Petersburg und Konstantinopel geschickt, damit es, wenn es beider Orten gebilligt sei, als türkische Note noch einmal vom Bosporus an die Newa wandere. Nikolaus erklärte sich, wie zum voraus feststand, am 3. August befriedigt; allein die türkischen Minister forderten drei Änderungen und Lord Stratford gab ihnen, wenn er auch amtlich die unbedingte Annahme empfahl, insgeheim recht. Die wichtigste war, daß in dem Satz: der Sultan werde den Bestimmungen der früheren Friedensschlüsse, welche die Beschützung des christlichen Kultus beträfen, treu bleiben — gesagt wurde: die Beschützung der christlichen Religion durch die Pforte, wodurch jede Deutung, als ob von dem Schutz einer anderen Macht die Rede sei, ausgeschlossen wurde. Wie nötig diese Vorsicht gewesen, hatte die Wiener Konferenz, die anfangs sehr schlecht auf die Türken zu sprechen war, bald genug Gelegenheit wahrzunehmen.

Scheitern desselben.

Denn in einer erläuternden Note vom 7. September gab Graf Nesselrode den streitigen Worten in der That gerade die Auslegung, welche die Türken fürchteten und welche auch die Konferenz nicht wollte. In Konstantinopel war man nun überzeugt, daß eine Verständigung nicht möglich sei, und da die eifrig betriebenen Rüstungen inzwischen weit genug gediehen waren, da die religiös-politische Aufregung unter den Moslemin einen hohen Grad erreicht hatte, so beschloß ein großer Divan von 172 Mitgliedern die Räumung der Fürstentümer von Rußland zu fordern und im Weigerungsfalle selbst den Krieg zu erklären. Eine Frist von 15 Tagen wurde gesetzt, und als diese verstrichen war, am 23. Oktober 1853 der Krieg begonnen.

Die westmächtlichen Flotten.

Es lag den Türken viel daran gleich zum Beginn des Schutzes der westmächtlichen Flotten gewiß zu sein, und Reschid nahm um dies zu erreichen seine Zuflucht zu einem echttürkischen Mittel. Da er Lord Stratford zu beeinflussen nicht hoffen durfte, wandte er sich an den französischen Gesandten und schilderte ihm die Gefahr, in welcher sich beim Ausbruch des Krieges die Christen der Hauptstadt befinden würden, wenn dem muselmännischen Fanatismus, der von 1821 her in schreckhafter Erinnerung stand, nicht durch die Anwesenheit der beiden Flotten ein Dämpfer aufgedrückt werde; die Regierung sei leider der religiösen Wut gegenüber zu ohnmächtig um die Sicherheit der Christen verbürgen zu können. Bis dahin hatten die Westmächte sich sorgfältig in Acht genommen den Vertrag von 1841, der ihren Flotten das Einlaufen in die Dardanellen verbot, zu mißachten; Napoleon hatte die Sache freilich schon zweimal in London angeregt, aber nicht darauf bestanden; jetzt kam er, gestützt auf seines Gesandten Berichte, zum drittenmal und mit großem Nachdruck mit diesem Vorschlag. Und sein Einfluß auf die britischen Minister war wirklich schon so groß geworden, daß sie ihm nachgaben und am 23. September der Flotte den Befehl erteilten trotz des Vertrages von 1841 nach Konstantinopel zu segeln. Den Einspruch Rußlands wies Lord Clarendon mit der Erklärung zurück, daß durch Gortschakoffs Einmarsch in die Donaufürstentümer der Friede längst

gebrochen, und nur für Friedenszeiten die Dardanellen durch den Vertrag von 1841 fremden Geschwadern verschlossen seien.

Für den Kaiser Napoleon war dieser Schritt Englands von großem Frankreich
Werte; denn allein würde er ihn nicht gewagt haben, und doch lag ihm viel daran in den Augen der Franzosen eine möglichst thätige Rolle zu spielen. Die bloße Beteiligung an den Wiener Konferenzen, wo er einer unter vieren war, genügte ihm überhaupt nicht, und er hatte deshalb bei jeder Gelegenheit sein engeres Einverständnis mit England bemerklich zu machen gesucht. Jedenfalls lag ihm an diesem mehr als an der Gemeinschaft mit den deutschen Mächten, die Nikolaus' Handlungsweise zwar auch mißbilligten, aber doch möglichst schonend vorzugehen wünschten. Besonders Preußen vertrat eine der russischen nicht so sehr fernstehende Preußen.
Auffassung. Auch Friedrich Wilhelm IV. verwarf zwar, als gefährlich für den Bestand der Türkei, ein ausschließlich russisches Protektorat, aber ein gemeinsames Schutzrecht aller fünf Großmächte hielt er für sehr wohl zulässig. Sein bestimmter Antrag war deshalb darauf gerichtet einen solchen Senet, wie Rußland ihn für sich und die griechischen Christen allein verlangte, für alle Großmächte und alle Christen in der Türkei zu fordern; einem bloßen Firman schrieb auch er geringen Wert zu. Noch bedeutsamer war es, daß er jede direkte Hilfe, die dem Islam gegen Christen geleistet werde, für eine unchristliche Thorheit erklärte, für die Gottes Strafgericht nicht ausbleiben werde, und daß er, ganz folgerichtig, das Heil Preußens unter solchen Umständen in der unbedingtesten Neutralität suchte.

Zu einer Kriegsdrohung gegen Rußland wäre daher Preußen um diese Zeit schwerlich zu bewegen gewesen; aber man war in London überhaupt zweifelhaft, ob man sich auf die Haltung des Königs verlassen könne, und beschwerte sich bitter darüber, daß Herr von Wildenbruch in Konstantinopel ohne den anderen Gesandten etwas davon mitzuteilen „unverschämt russische" Vorschläge mache. Bei dieser Sachlage konnte es nicht ausbleiben, daß der kriegslustige Teil des Ministeriums, Palmerston an der Spitze, den Sieg über die Friedenspartei davon trug, England.
und daß auch Aberdeen und seine Gesinnungsgenossen in das gemeinsame Vorgehen mit Frankreich, diesen „Inzest", wie Friedrich Wilhelm es nannte, willigten. Und doch war die Hoffnung auf eine gütliche Schlichtung auch jetzt noch nicht aufgegeben; ja Nikolaus selbst schien sie lebhaft zu wünschen. Ob freilich im Ernst oder nur zum Schein? ob er nicht jetzt etwa sich friedfertig stelle, weil er vor dem Frühjahr nicht kriegsfertig sein könne? das waren Fragen, die einem vorsichtigen Beobachter sehr leicht kommen mußten. Er hatte bereits am 24. September eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Österreich in Olmütz und Österreich.
weiterhin auch mit Friedrich Wilhelm IV. gehabt. In Olmütz war eine Erklärung der vier Mächte vereinbart worden, welche dem Sinne der Wiener Note entsprach und die Ansprüche der russischen Note vom 7. September in den Hintergrund schob. Damit war man auch in Berlin

sehr zufrieden, und die Westmächte verlangten nur, daß man jene Erklärung in eine türkische Note umwandle, nach deren Empfang Rußland sich zur Räumung der Fürstentümer verpflichten müsse. Diese Absichten wurden aber durch die Thatsachen überholt. Denn während Nikolaus den Großmächten noch am 31. Oktober anzeigte, daß er seinerseits nicht angreifen werde, überschritt Omer Pascha am 28. Oktober bei Widdin die Donau und verschanzte sich am linken Ufer in Kalafat. Am 4. November 1853 erfolgte die türkische Kriegserklärung.

Der Krimkrieg.

Beginn des Krieges.

Große Ausdehnung gewannen die Feindseligkeiten allerdings den Winter hindurch noch nicht; doch erreichten die von den Türken auf der ganzen Flußlinie von Widdin bis Tschernawoda zahlreich ausgeführten Donauübergänge ihren Zweck die Russen zu belästigen vollkommen. Auch an der asiatischen Grenze gingen sie zuerst vor und nahmen dem Feinde das Fort Nikolaus: hier wie dort beschränkten sich die Russen auf die Verteidigung und erfüllten also das Versprechen vom 31. Oktober. Zur

Seeschlacht bei Sinope.

See verhielten sie sich anders. Gereizt durch die Anwesenheit der westmächtlichen Flotten im Bosporus, gab Nikolaus der seinigen Befehl von Sebastopol auszulaufen und die Türken aus dem Schwarzen Meere zu vertreiben. Schon am 20. November fiel ein feindlicher Dampfer in ihre Gewalt und acht ihrer Schiffe erschienen auf der Rhede von Sinope, wo Osman Pascha mit der türkischen Flotte lag. Dem russischen Admiral Nachimoff stand ohne Zweifel das Recht zu seinen Gegner anzugreifen; auch die Note vom 31. Oktober konnte ihn nicht mehr daran hindern, seit die Türken zur Offensive übergegangen waren. Osman erwartete deshalb einen Angriff und bat, da er sich nicht stark genug fühlte, um die Entsendung der westmächtlichen Flotte nach Sinope. Allein Stratford verweigerte diesen Schritt, dessen unheilbare Wirkung er fürchtete, und verließ sich darauf, daß Nachimoff nicht angreifen würde. So verschuldete er es, daß am 30. November 1853 die türkische Flotte nach heldenmütigem Widerstande vernichtet, alle Schiffe bis auf eins zerstört, von der Bemannung 4000 getötet und die 400 Überlebenden fast alle verwundet wurden.

Kriegerische Strömung in England.

Die Nachricht von diesem Ereignis war der letzte Tropfen, der die im englischen Volk schon lange regen Gelüste nach Krieg zum Überfließen brachte. Vergebens suchten sich Aberdeen und der Prinz-Gemahl dagegen zu stemmen. Die öffentliche Meinung forderte das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer und die Vertreibung Nachimoffs aus demselben. Zu ihrem Dolmetsch machte sich im Kabinett Lord Palmerston, der französische Gesandte drängte in derselben Richtung. Als sich trotzdem die Mehrheit des Kabinetts gegen einen so entschiedenen Schritt

Palmerston.

aussprach, benutzte Palmerston die Vorlage einer von Lord John Russell ausgearbeiteten Reformbill um am 15. Dezember zurückzutreten; in der

Presse aber entfachte er einen heftigen Sturm gegen die Russenfreunde und insonderheit gegen den Prinzen Albert, der durch seine verfassungswidrige Einmischung die Königin beeinflusse. Dieser Bewegung vermochte Aberdeen nicht lange zu widerstehen, er gab den französischen Vorschlägen nach und berief Palmerston nach kaum acht Tagen wieder auf seinen Posten. Eine Note vom 24. Dezember machte in Petersburg die Mitteilung, daß jedes russische Kriegsschiff, das sich im Schwarzen Meere zeige, von den beiden Flotten nach Sebastopol zurückgewiesen werden solle, und am 4. Januar 1854 liefen die vereinigten Geschwader in den Euxinus ein. Dadurch wurde Nikolaus' Zorn wieder zur hellsten Flamme angefacht, während er unter dem ersten Eindruck des Sieges von Sinope und der nachgiebigen Haltung Englands so sehr zum Einlenken geneigt gewesen war, daß nach Seymours Berichten seine Popularität dadurch schwer erschüttert wurde und sein Kanzler Nesselrode gar in den Verdacht geriet mit englischem Golde bestochen zu sein. Besonders entrüsteten sich die russischen Patrioten über die anscheinend vorhandene Neigung auf den von der Wiener Konferenz am 5. Dezember vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen. Mochte Nikolaus wirklich bis dahin diesen Gedanken der Erwägung wert gehalten haben, mit dem Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer war er für ihn beseitigt und der Entschluß gefaßt die diplomatischen Beziehungen mit London und Paris abzubrechen. Der Krieg war unvermeidlich und von beiden Seiten wurde deshalb mit verdoppeltem Eifer um die Freundschaft der deutschen Mächte geworben.

Drohungen in Petersburg.

Bruch mit Rußland.

Napoleon hatte schon im November darauf gedrungen, daß die Westmächte sich Klarheit über deren Stellung verschaffen sollten; aber da seine Annäherung in Wien und gar in Berlin nur eine kühle Aufnahme erhoffen durfte, so wünschte er England vorzuschicken. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, war ein treuer Anhänger des Zusammenhaltens der vier Mächte und bei seinem Einfluß auf den König und der Vorliebe, welche dieser für Lord Aberdeen hatte, durfte man wohl auf eine erwünschte Wendung hoffen. Wirklich traf Mitte Dezember ein freidenkender preußischer Staatsmann, der Graf Pourtalès, in besonderer Sendung in London ein und suchte zu erforschen, ob man als Gegenleistung für Preußens Unterstützung diesem freie Hand in Deutschland lassen würde, nicht zur Verschluckung der kleineren Staaten, sondern zur Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen. Die Hauptpunkte seines Programmes waren: Übertragung des Oberbefehls im Kriege an Preußen, Errichtung eines beständigen Ministerkongresses (Bundesrates) und neben demselben einer Vertretung der Kammern, welcher die Geldbewilligung für Militärzwecke obliegen sollte. Diese Forderungen fanden gerade keine begeisterte Aufnahme bei Aberdeen, dem treuen Freunde Österreichs, allein sie wurden doch zugestanden. Leider enthielten sie aber viel mehr das Programm der Pourtalès und Bunsen als Manteuffels oder des Königs selbst. Dieser hatte sich vielmehr mit der ganzen Zähigkeit seines

Die Russenfeinde in Preußen.

Der König.

krankhaften Gemütes darauf gesteift, daß ihm als Preis für seine Dienste die Zurückgabe Neuenburgs, „seines lieben, treuen, unter die Füße der Gottlosen getretenen Ländchens am Jura", zugesichert werde, und er verstieg sich in seinem Eifer bis zu der Behauptung, daß kein preußischer König ohne die Erfüllung dieser Bedingung zu Diensten bereit sein werde. Da nun andererseits das britische Kabinett erklärte, kein englischer Minister könne die Verantwortlichkeit für solche Zusage übernehmen, so zerschlugen sich die Verhandlungen vollständig, und der förmliche Antrag der Westmächte gemeinsam mit ihnen und Österreich den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen wurde Anfang Januar kurzerhand abgelehnt. Friedrich Wilhelm glaubte schon sehr weit in der Rücksichtnahme auf die Westmächte gegangen zu sein, wenn er ein Neutralitätsbündnis mit Österreich, zu dem ihn Nikolaus am 31. Dezember durch den Baron Budberg einladen ließ, gleichfalls verweigerte, und eine Neutralität, die weder unentschieden noch schwankend sondern souverän sein solle, auf eigene Hand zu beobachten entschlossen war. In vertrauten Briefen aber machte er kein Hehl daraus, daß diese Neutralität sich in ein Bündnis mit Rußland „auf Leben und Tod" verwandeln werde, sobald Frankreich die Revolution als seinen Alliierten loszulassen beginne.

Preußische Neutralität.

Dieser Vorbehalt bezog sich auf die weitgehenden Pläne, die Napoleon und mit ihm Palmerston schon damals gelegentlich durchblicken ließen. Sie waren der Ansicht, daß es sich bei dem Streite kaum noch um die Türkei, sondern vor allem darum handle Rußland gründlich zu schwächen. Das nächste schien ihnen die Donaufürstentümer mit Österreich zu vereinigen, wofür dieses die Pforte mit einer Million Pfund Sterling für den Tribut, den sie verliere, entschädigen und außerdem die Lombardei an Sardinien abtreten sollte; Frankreich würde sodann Savoyen erhalten haben. Dieser Plan, den Palmerston schon Anfang November seinen Kollegen entwickelte, erweiterte sich später noch bedeutend; Finland wurde für Schweden, Bessarabien und die russischen Südprovinzen am Schwarzen Meer für Österreich bestimmt, das dagegen Preußen in Deutschland Raum machen sollte; auch die Wiederherstellung Polens fehlte natürlich nicht unter diesen „hirnverbrannten Albernheiten", wie der Prinz-Gemahl sich ausdrückte. Für den sehr denkbaren Fall aber, daß Franz Josef solchen Vorschlägen seine Zustimmung versage und sich wohl gar mit Rußland vereinige, hatte man eine Revolutionierung Italiens und Ungarns ins Auge gefaßt. Dieser Gedanke erregte Friedrich Wilhelms lebhaftesten Abscheu und ihm gegenüber war auch er zum Bündnis mit Rußland entschlossen.

Revolutionäre Pläne Napoleons und Palmerstons.

In Wien befand man sich unzweifelhaft in einer sehr unbehaglichen Lage. Es fehlte nicht an Freunden der Idee mit Rußland eine Teilung der Türkei zu vereinbaren; schon 1850 hatte Prokesch-Osten die Annexion von Serbien, Bosnien, Albanien und Makedonien empfohlen, wogegen dann Rußland selbst der Bosporus preisgegeben wurde; auch jetzt befürwortete sogar ein Mann wie Kardinal Rauscher diese Vergrößerungs-

Die österreichische Politik.

politik, die mit großen Zugeständnissen an die Ungarn Hand in Hand gehen sollte. Aber die Leitung des Staates ruhte nicht mehr in den Händen eines Schwarzenberg; Graf Buol wünschte wenn irgend möglich den Frieden und die Erhaltung des Bestehenden. Ein enges Verhältnis zu dem Berliner Hofe war bei solchen Absichten von größter Wichtigkeit, und wenn Buol auch nicht daran dachte es durch Gegenleistungen zu erkaufen, so konnte er doch auf die grundsätzliche Zustimmung Friedrich Wilhelms rechnen, wie das bei jeder der wiederholten Begegnungen der Monarchen zu Tage trat. Dagegen war des Zaren Antrag unter seiner Vermittelung ein Neutralitätsbündnis mit Preußen zu schließen auch für Österreich ganz unannehmbar; denn das hätte einen Bruch mit den Westmächten bedeutet. Es war deshalb umsonst, daß Nikolaus im Januar 1854 seinen vertrautesten Freund Orloff an den Kaiser von Österreich sandte, während Budberg in Berlin für das gleiche Ziel wirkte. Hier wie dort wollte man sich auf nichts einlassen, ja der stolzen Erklärung Orloffs, daß sein Herr sich nicht verpflichten könne auf jede Vergrößerung an der Donau zu verzichten, ließ Franz Josef die feste Antwort folgen, daß dann auch Österreich sich die volle Freiheit seines Handelns wahren müsse. Wohl aber bezeigte Buol seine russenfreundliche Gesinnung dadurch, daß er auf die Ablehnung der Petersburger Anträge zum großen Ärger des englischen Ministeriums noch Gegenanträge folgen ließ, obgleich Orloff die Weisung hatte auf einem einfachen Ja oder Nein zu bestehen. Auch milderte er Nikolaus' Entrüstung dadurch nicht; eine Statuette des österreichischen Kaisers, die der Zar in seinem Zimmer stehen hatte, fand man, als er Orloffs Depesche gelesen, zertrümmert an einer Säule liegen. Es war eine Zeit der bittersten Enttäuschungen für den stolzen Gewalthaber; aber wenn ihn der schlechte Gang des Donaufeldzuges kränkte, wenn ihn das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer beleidigte, wenn ihn Preußens unentschlossene und Englands kriegerische Politik verdroß, so war der Undank, durch den Österreich die Welt in Erstaunen setzte, doch der schwerste Kummer und die ernstlichste Gefahr, die ihn heimsuchte. Seinem herrischen und unbeugsamen Geiste wurde ein Einlenken dadurch nur um so unmöglicher; er war zum Bruche mit den Westmächten entschlossen; Anfang Februar 1854 wurden die gegenseitigen Gesandten abberufen und ein Brief Napoleons, der am 29. Januar 1854 noch einmal persönliche Verhandlungen zwischen den Herrschern anzuknüpfen suchte, wurde mit einem kriegerischen Schreiben erwidert. Durch identische Noten forderten die Westmächte endlich, von Österreich unterstützt, am 27. Februar die Räumung der Donaufürstentümer bis zum 30. April, und da Nesselrode darauf erklärte, der Zar halte es nicht für angemessen dieses Ultimatum zu beantworten, erfolgte am 27. März in London und Paris die Kriegserklärung. Mit der Türkei war schon vorher am 12. März ein Bündnis zum Abschluß gekommen. England und Frankreich verpflichteten sich darin außer ihrer Flotte auch ein Landheer dem Sultan zur Hilfe zu

Der Zar.

Westmächtlich-türkisches Bündnis.

schicken, bedangen sich aber vollkommene Freiheit für ihre kriegerischen Bewegungen aus; alle Teile verzichteten auf den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland, und die Westmächte versprachen überdies vierzig Tage nach der Wiederherstellung des Friedens ihre Truppen vom türkischen Gebiete zurückzuziehen. Unter sich schlossen sie dann noch ein besonderes Bündnis, das am 10. April 1854 in Paris unterzeichnet wurde. Zweck desselben sollte die Sicherung der Türkei gegen die Wiederkehr unbilliger Ansprüche Rußlands und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts sein; von der Verfolgung eigensüchtiger Zwecke versprachen beide Teile abzustehen; andere Mächte sollten zum Beitritt eingeladen werden.

Französisch-englisches Bündnis.

Deutschland.

Unter diesen anderen Mächten verstand man einerseits Schweden, das man durch die Erwerbung Finlands und der Alandsinseln zu gewinnen suchte, vor allem aber doch die beiden deutschen Großmächte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war überwiegend russenfeindlich und gab sich in Zeitungen und Broschüren vernehmlich kund; die Anhänger des Zaren traten mit ihrer Thätigkeit viel weniger an das Tageslicht. Dafür waren sie unter der Hand am Berliner Hof und bei den mittelstaatlichen Regierungen um so geschäftiger. In Stuttgart, Darmstadt und anderer Orten fand freilich der Druck der verwandtschaftlichen Beziehungen ein starkes Gegengewicht an der Besorgnis vor Frankreich. Für Bayern aber kam noch ein besonderes Interesse in Frage. Russische Hetzereien hatten unter den christlichen Unterthanen des Sultans am Busen von Arta, also an der Nordgrenze Griechenlands, einen Aufstand zuwege gebracht, der von der griechischen Regierung unterstützt wurde. Gemeinsam mit den Westmächten forderte die Türkei Genugthuung dafür und Abstellung ihrer Beschwerden; Griechenland aber fügte sich erst, als am 26. Mai 1854 ein verbündetes Geschwader Truppen im Piräus ausschiffte und dadurch jeden Widerstand brach. Eine solche Bedrohung der hellenischen Selbständigkeit erschien in München als eine dem bayerischen Königshause zugefügte Unbill, die man, solange sie noch nicht vollzogen war, zu hindern und nachher durch verstärkte Hingabe an Rußland zu rächen suchte. Aber was konnten die Mittelstaaten ausrichten, wenn Österreich und Preußen einig waren? Und diese Einigkeit wurde, wennschon mit großer Mühe, vorderhand noch aufrecht erhalten, selbst dann noch, als in Berlin die Russenfreunde siegten. Der kritische Augenblick wurde durch den Vorschlag Österreichs herbeigeführt, das westmächtliche Ultimatum durch einen Vertrag der vier Mächte zu unterstützen, in dem sie die Integrität der Türkei und die Gleichberechtigung der Religionsbekenntnisse verbürgen sollten. Selbst Manteuffel, mehr noch Bonin, Bunsen, Pourtalès waren für die Unterzeichnung des Entwurfes; auch der Prinz von Preußen riet seinem Bruder dringend zu. Aber der König fürchtete dadurch zu weit fortgerissen zu werden, und nicht die russische Hofpartei allein bestärkte ihn darin, sondern auch Herr von Bismarck, der in diesen Monaten öfter nach Berlin berufen wurde um die Depeschen im Sinne des Königs zu

Bayern und Griechenland.

Der Artaaufstand.

Niederlage der Russenfeinde in Berlin.

bearbeiten und der nicht geneigt war „Preußen wie einen Hetzhund in einen ihm fremden Krieg treiben zu lassen“, warnte vor jedem Schritt, der Preußens Stellung zu Rußland verderben könne. So wurde denn der Zutritt zu jenem Vertragsentwurf vom Könige am 4. März verweigert und der Fürst von Hohenzollern nach Paris, der General von der Gröben nach London gesandt um die preußische Politik zu rechtfertigen. Natürlich nützte das gar nichts. Napoleon suchte wohl durch die Versicherung, er wünsche Preußen eine bessere Arrondierung, den König zu ködern; aber er drohte auch schon damit, daß er durch Nichtsthun seinen Einfluß beim Friedensschluß verlieren werde, und ganz ähnlich schrieb die Königin Victoria zurück: wenn Preußen darauf verzichte das Recht in Europa zu schützen, so verzichte es auf seine Großmachtsstellung. Inzwischen hatte Bunsen sein gutes Verhältnis zu seinem königlichen Freunde dadurch völlig verdorben, daß er den Plan, Rußland zu Gebietsabtretungen zu zwingen, befürwortete. Seine Denkschrift wurde sofort dem russischen Gesandten in Berlin verraten und der König bewogen ihm einen mehrwöchentlichen Urlaub zu erteilen, ja als Bunsen diesen nicht antreten wollte, ihn abzuberufen. Auf diesen ersten Erfolg der Gerlach und Genossen folgte alsbald ein zweiter. Der Kriegsminister Bonin hatte in einer Kommission des Abgeordnetenhauses geäußert: gegen ein Bündnis mit Rußland brauche man sich nicht zu verwahren; es gebe Dinge, die man gar nicht als möglich voraussetzen dürfe; so habe Solon in Athen keine Strafe für den Vatermord bestimmen wollen. Der König erklärte ihm darauf, ihre politischen Ideen seien zu verschieden, als daß sie länger zusammenarbeiten könnten, und entließ ihn. Niemand empfand diese Wendung bitterer als der Prinz von Preußen. Er reiste sofort „aus Gesundheitsrücksichten“ von Berlin nach Baden ab, und mit Recht konnte die Königin Victoria dem preußischen Monarchen vorhalten, ob das wohl eine richtige Politik sei, die einen liebenden Bruder, einen edlen, durch und durch ritterlichen Prinzen zu einem solchen Schritte veranlaßt habe. In der That hielt denn auch der König auf der betretenen Bahn, die ihn ganz in Abhängigkeit von Rußland bringen mußte, inne. Manteuffel, der das Heft in den Händen behielt, schloß sich vielmehr wieder enger an Österreich an und suchte durch dessen Vermittelung Fühlung mit den Westmächten zu behalten und den Zaren zum Nachgeben zu drängen. Noch im März erklärte er in der zweiten Kammer, daß Preußens Beistand dem deutschen Staate nicht fehlen werde, der sich durch seine geographische Lage etwa genötigt sehe zuerst das Schwert zur Verteidigung deutscher Interessen zu ziehen. Doch widersetzte er sich, von Bismarck erfolgreich unterstützt, dem Versuche Österreichs den Bund zu einer russenfeindlichen Politik zu bestimmen; der dahinzielenden Aufforderung Buols vom 14. März trat der preußische Gesandte an der Spitze der Mehrheit entgegen — das einzige Mal, wie Bismarck später äußerte, wo diese Gruppierung sich herausbildete.

Wiener Protokoll vom 9. April.

Dagegen schloß sich auch Preußen am 9. April einem neuen Wiener Protokoll an, in welchem die vier Mächte erklärten, daß sie trotz der Verschiedenheit, die in ihrer Stellung durch die westmächtliche Kriegserklärung eingetreten sei, doch einmütig bei ihren Forderungen vom 5. Dezember 1853 verharrten, daß sie die Unversehrtheit des türkischen Gebietes, insonderheit also die Räumung der Donaufürstentümer, die ungeschmälerte Souveränität des Sultans auch seinen christlichen Unterthanen gegenüber und die gesicherte Stellung der Pforte im Kreise der europäischen Regierungen nicht preisgeben würden. Gleichzeitig erschien der österreichische General von Heß in Berlin um ein weiteres gemeinsames Vorgehen gegen Rußland zu vereinbaren. Manteuffel machte zwar Schwierigkeiten und Zögerungen genug, verlängerte aber am 20. April wirklich für die Dauer des begonnenen Krieges das dem Ablauf nahe Schutz- und Trutzbündnis vom Mai 1851, durch welches beide Staaten sich ihren vollen Länderbestand verbürgten. Ein Zusatzvertrag vom 28. April bestimmte, daß Österreich die Räumung der Donaufürstentümer, die Preußen am 8. in Petersburg von neuem empfohlen hatte, jetzt seinerseits fordern solle, und daß wenn es darüber in Krieg mit Rußland gerate, Preußen ihm beistehen müsse; sollte Nikolaus aber gar die Fürstentümer einverleiben oder sein Heer über den Balkan schicken, so würden beide deutsche Mächte ihrerseits zum Angriff schreiten.

Österreichisch-preußisches Bündnis.

Die Bamberger Konferenz.

Den Mittelstaaten gingen diese Verabredungen schon viel zu weit. Aufgefordert dem Bündnis beizutreten, hielten sie am 25. Mai eine Konferenz in Bamberg ab um zu verabreden, wie sie die Rolle des Hemmschuhs, die Preußen aufgegeben zu haben schien, mit besserem Erfolge spielen könnten. Sie einigten sich darüber, daß nicht die einzelnen Staaten, sondern der Bund als solcher dem Vertrage vom 20./28. April beitreten müsse, daß nicht Rußland allein, sondern auch die Westmächte aufzufordern seien ihre Streitkräfte aus der Türkei zurückzuziehen, daß dem Bunde und nicht den beiden Großmächten die Entscheidung zukomme, wann eine thätige Beteiligung am Kriege Platz zu greifen habe und daß endlich der Bund auch auf dem künftigen Friedenskongresse vertreten sein müsse um die Interessen Deutschlands, d. h. die freie Schiffahrt auf der Donau, den Schutz der Christen in der Türkei und die Unabhängigkeit Griechenlands, zu wahren. Von allen diesen Bedingungen wurde schließlich doch nur die erste festgehalten und nachdem die beiden Großmächte ihr Bündnis am 20. Juni in Frankfurt mitgeteilt hatten, gegen die Stimme Mecklenburgs am 24. Juni 1854 der Beitritt beschlossen.

Es geschah das zum Teil unter dem Druck einer Zusammenkunft, die Franz Josef und Friedrich Wilhelm am 8. Juni in Tetschen gehabt hatten, zum Teil aber auch infolge einer unverhofft friedlichen Gestaltung der Dinge. Rußland fühlte sich durch den österreichisch-preußischen Vertrag ernstlich bedroht, umsomehr als die Türkei am 14. Juni Österreich das Recht erteilte in die Fürstentümer einzurücken. Hätten

Österreichisch-türkischer Vertrag.

die russischen Waffen an der Donau nennenswerte Erfolge aufzuweisen gehabt, so würde der Zar vielleicht selbst einem österreichischen Angriffe Trotz geboten haben; nach Lage der Dinge war das aber kaum möglich. In den ersten Monaten des Jahres hatte Gortschakoff sich vergeblich bemüht die Türken aus Kalafat zu vertreiben; nur Dschurdschewo zu nehmen war ihm im Februar 1854 gelungen. Paskiewitsch, der ihn Mitte April im Oberbefehl ablöste, hatte dann gar die ganze kleine Walachei (bis zur Aluta) geräumt und sich mit allen Kräften auf das starke Silistria geworfen. Fast zwei Monate lag er vor der Stadt, die von Mussa Pascha und dem Preußen Grach vortrefflich verteidigt wurde; als er aber bei einem mißglückten Sturm am 9. Juni selbst verwundet wurde und den Oberbefehl wieder an Gortschakoff abgeben mußte, als dieser vier Tage später durch den Ausfall der Besatzung und den gleichzeitigen Angriff Omer Paschas schwere Verluste erlitt und obendrein gerade jetzt der österreichisch-türkische Vertrag vom 14. Juni geschlossen wurde, da mußte die Belagerung aufgehoben werden, nachdem sie den Russen bereits 12 000 Mann gekostet hatte, und das Heer trat am 21. den Rückzug auf das nördliche Donauufer an. Acht Tage später erklärte sich Graf Nesselrode bereit das Wiener Protokoll vom 9. April als Friedensgrundlage anzuerkennen, wenn Österreich den Abzug der alliierten Truppen vom türkischen Gebiete verbürgen könne. Diese waren im Mai etwa 50 000 Mann stark, aber schlecht ausgerüstet, in Gallipoli gelandet, die Franzosen von Saint-Arnaud, die Engländer von Lord Raglan geführt, einem alten Waffengefährten Wellingtons und Invaliden von Waterloo. Bei Gallipoli war die Landung erfolgt, weil man die Überschreitung des Balkans durch die Russen fürchtete und ihnen bei dem Marsch auf Konstantinopel in die Flanke zu fallen gedachte. Bald erkannte man, daß diese Vorsorge gänzlich überflüssig sei, und schiffte sich wieder ein um bei Varna im Norden der Balkanlinie zu landen. Auch hier war man keineswegs vor dem Feinde, da die Russen eben jetzt die Belagerung von Silistria aufhoben. Nur in der Dobrudscha, zwischen Donau und Meer, standen noch russische Truppen, die im März bei Galatz über den Fluß gekommen und bis Köstendsche vorgedrungen waren. Da auch sie bereits im Rückzuge begriffen waren, so mußte man sich beeilen, wenn man sie noch fassen wollte. St.-Arnaud entsandte deshalb am 24. Juli Espinasse mit 10 000 Mann um ihnen nachzusetzen und eine Schlappe zu sühnen, die sie den Türken bei Tschernawoda beigebracht hatten. Allein es war zu spät dazu. Espinasse konnte den Feind nicht mehr einholen und würde seine Truppen unversehrt zurückgebracht haben, wenn nicht die Cholera, die auch im Lager von Varna furchtbare Opfer forderte, sein Heer in den Sümpfen und Steppen der Dobrudscha so heftig angefallen hätte, daß von den 10 000 Mann am 10. August nur 4500 zurückkehrten. Ein längerer Aufenthalt in diesem ungesunden Klima drohte das ganze Heer aufzureiben; er war überdies zwecklos, weil die Russen mittlerweile nach

Militärische Lage an der Donau.

Belagerung von Silistria.

Landung der Verbündeten in Gallipoli.

in Varna

Franzosen in der Dobrudscha.

Rückzug der Russen über den Pruth.

einer neuen Niederlage bei Dschurdschewo auch über den Pruth gegangen waren und die Donaufürstentümer der österreichisch-türkischen Armee offenstanden. Wäre der Zweck des Krieges nur der gewesen das Protokoll vom 9. April durchzusetzen, so hätten die Westmächte die triftigsten Gründe gehabt ihre Truppen, wie Rußland forderte, vom türkischen Gebiete zurückzuziehen.

Aber nachdem es einmal soweit gekommen war, wollten sie auch ihr Hauptziel erreichen und Rußlands Übergewicht auf lange hinaus brechen. Österreich war daher nicht in der Lage die von Rußland geforderte Bürgschaft für die Räumung zu übernehmen; es empfahl zwar die Nesselrodesche Note vom 29. Juni in Paris und London, erhielt aber am 22. Juli die Antwort, daß die Westmächte vier Punkte als unerläßliche Bedingungen des Friedens aufstellen müßten: die Aufhebung des russischen Schutzrechtes in den Donaufürstentümern und Serbien, die Freiheit der Donauschiffahrt, die Beseitigung des russischen Übergewichts im Schwarzen Meere und jeder Schirmherrschaft einer einzelnen Macht über die christlichen Unterthanen der Pforte. Nach längeren Verhandlungen in Wien trat Österreich diesen Forderungen am 10. August bei, während der preußische König zwar auch diese neue Grundlage in Petersburg befürwortete und in einem eigenhändigen Schreiben dem Zaren mitteilte, daß er bei einem russischen Angriffe Österreich zu helfen verpflichtet sei, aber zugleich doch auch in den übrigen Hauptstädten am 6. September erklären ließ, daß er an keinen Zwangsmaßregeln teilnehmen werde und durch die Räumung der Donaufürstentümer den Zusatzvertrag vom 28. April für erledigt erachte. Dadurch war die Einigkeit der vier Mächte, welche die Wiener Konferenz bildeten, gesprengt und weitere Sitzungen derselben fanden nicht statt. In Berlin aber geriet man in eine höchst unbehagliche Lage. Entschieden zu Rußland überzutreten wäre in der That, wie Bonin gesagt hatte, unmöglich gewesen; Österreich lenkte immer kräftiger in das Fahrwasser der Westmächte ein und suchte, von Frankreich unterstützt, den deutschen Bund sich nachzuziehen; Preußens Vereinsamung wurde äußerst peinlich. Nach langen Kämpfen entschloß man sich also wieder engere Fühlung mit Österreich zu nehmen. Manteuffel gestand am 30. Oktober zu, daß die vier Punkte von den deutschen Großmächten nochmals in Petersburg empfohlen werden und wenn Rußland sie abermals verwerfe, die Stellung Österreichs in den Fürstentümern unter den Schutz des Bündnisses vom 20. April fallen solle; und obgleich Österreich darüber hinaus sich das Recht wahrte aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen und nicht allein den Westmächten, sondern auch sich selbst die Freiheit vorbehielt neue Bedingungen außer den vier Punkten zu stellen, so verpflichtete sich Preußen doch am 26. November durch einen neuen Zusatzvertrag zum Schutze der österreichischen Stellung an der Donau und zur Durchführung der vier Punkte, und auch der Bund trat dem am 9. Dezember bei. Hatte sich Preußen so wieder einen Schritt weiter

Die vier Forderungen der Westmächte.

Sprengung der Wiener Konferenz.

Preußens und des Bundes Zutritt zu den vier Punkten.

ziehen und als Drücker gegen Rußland verwenden lassen, so war der nächste Erfolg doch, wie man ihn in Berlin gehofft: am 28. November 1854 erklärte Rußland, daß es die vier Punkte als Grundlage der Verhandlungen annehmen wolle. Gleich darauf aber zeigte sich, was Österreich mit seinen Vorbehalten gemeint hatte. Ohne Preußen darüber zu verständigen und ohne Rücksicht auf Rußlands erneute Nachgiebigkeit schloß es am 2. Dezember mit den Westmächten ein Bündnis, durch das es auf ein Sonderabkommen mit Rußland verzichtete und für den Friedensschluß weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus vorbehielt; den Westmächten sollte der Einmarsch in die Donaufürstentümer gestattet sein und wenn am Schluß des Jahres der Friede noch nicht gesichert sei, eine neue Vereinbarung über die ferneren Maßregeln stattfinden; würde Österreich dann am Kriege teilnehmen, so solle ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen werden; Preußen wurde der Zutritt zu diesem Vertrage offen gehalten.

Österreichisch-westmächtliches Bündnis.

Wohl hatte man in Berlin ein Recht, über diese geringschätzige Behandlung erzürnt zu sein und darin eine Mißachtung der preußischen Großmachtsstellung zu erkennen; aber als Manteuffel diesem Verdruß amtlichen Ausdruck gab, erhielt er von Frankreich die spöttische Antwort, die Rechte einer Großmachtsstellung, die man Preußen nicht bestreiten wolle, seien mit der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar verknüpft; wer den Ereignissen des Tages fern bleibe, könne nicht an ihrer Erledigung teilnehmen. Nun bemühte sich der König freilich die verlorene Fühlung mit den Westmächten wiederherzustellen; der einfache Zutritt zu dem Vertrage vom 2. Dezember schien ihm aber Preußens unwürdig; er wollte vielmehr selbständig einen analogen Vertrag mit jenen schließen und schickte deshalb Usedom nach London und den General von Wedell nach Paris. Weder die ständigen Gesandten an diesen Orten noch Manteuffel waren damit einverstanden und erschwerten die Ausführung des Planes nach Kräften; die völlige Vereitelung war aber schließlich doch wieder das Werk der russischen Partei, die den König abermals umzustimmen wußte. Österreich hatte inzwischen die Kühnheit von Preußen die Aufstellung von 200 000 Mann bei Breslau und Posen zu fordern, weil es durch die Rüstungen Rußlands bedroht werde; auch lud es die Bundesstaaten, welche seinen Standpunkt teilten, am 14. Januar 1855 insgeheim ein ihre Truppen für den Kriegsfall unter österreichischen Oberbefehl zu stellen und setzte am 8. Februar in Frankfurt zwar nicht die geforderte Mobilmachung, wohl aber die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres durch. Viel erreicht war damit allerdings nicht; denn Preußen, das für sich selbst die Aufstellung jener 200 000 Mann unbedingt ablehnte, setzte dabei eine Motivierung durch, durch welche die Kriegsbereitschaft nicht als gegen Rußland gerichtet, sondern als nach allen Richtungen hin verwendbar erschien, was bei den damals auftauchenden Forderungen eines französischen Durchmarsches durch Süddeutschland von großer Bedeutung war. Das rief denn

Mißachtung Preußens.

Kriegsbereitschaft des Bundesheeres.

freilich den lebhaften Einspruch Österreichs und Frankreichs hervor und erbitterte sie noch mehr gegen Preußen; aber dieses beharrte auf seiner Ansicht und erfreute sich dabei der Zustimmung fast aller Mittelstaaten.

Sardiniens Bündnis mit den Westmächten.

Mißlang es also zu Österreichs großem Kummer Preußen und Deutschland ins Schlepptau zu nehmen, so war es fast noch bedenklicher, daß dafür Sardinien sich dem westmächtlichen Bündnis anschloß. Ein unmittelbares Interesse hatte der italienische Mittelstaat an dem türkischen Streite gewiß nicht; aber jede Verwickelung, die Österreich berührte, mußte seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und ihn zu Vorsichtsmaßregeln veranlassen. Der Gedanke sich an dem Kriege gegen Rußland zu beteiligen hatte Cavour das ganze Jahr hindurch beschäftigt. England wünschte es in hohem Maße, weil es das Mißverhältnis seiner eigenen Landmacht zu der französischen durch den Eintritt eines dritten Verbündeten abzuschwächen hoffte; es dachte sich die Sardinier freilich mehr als englische Hilfstruppe wie als gleichberechtigte Bundesgenossen. Auch Napoleon war dem Plane sehr zugethan; doch lag für ihn der Hauptwert darin, daß die Einschiffung der sardinischen Armee nach dem Oriente Österreich vor einem Angriff in der Lombardei sicherstellte und dadurch das Hauptbedenken, das man in Wien der Teilnahme am Krieg entgegenhielt, beseitigte. Für Cavour konnte es freilich nicht sehr verlockend sein gemeinsam mit Österreich zu kämpfen; denn die Hoffnung auf unmittelbaren Gewinn ging dabei verloren. Aber einerseits schützte doch die Teilnahme Österreichs am Kriege auch Sardinien vor einem Angriff, andererseits konnte die europäische Verwickelung sehr leicht ungeahnte Dimensionen annehmen, und in diesem Fall war es für den kleinen Staat von größter Wichtigkeit am Tage der Abwickelung nicht vor der Thür, sondern mit im Beratungssale zu stehen. Als daher nach dem Vertrage vom 2. Dezember 1854 Österreichs Beitritt zu der westmächtlichen Allianz zweifellos zu sein schien und nun von London und Paris die erneute Aufforderung zum Anschluß auch an Sardinien erging, war Cavour und mit ihm der König entschlossen nicht mehr zu zaudern. Die weitverbreitete Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Österreich war zum Teil schon vorher von ihnen erfolgreich bekämpft; Alfons Lamarmora, der Kriegsminister, hatte seine gewichtigen Bedenken fallen lassen; andere, wie der Minister des Auswärtigen, Dabormida, zogen sich wenigstens auf die Forderung zurück, daß Österreich einen Schritt der Annäherung thue und die Güter der flüchtigen Lombarden freigebe, welche es nach einem leichtsinnigen Aufstandsversuche in Mailand am 13. Februar 1853 mit Beschlag belegt hatte. Cavour war von Anfang an sehr nachdrücklich zu Gunsten dieser Flüchtlinge eingetreten, aber seine Verwendung blieb, obgleich von Frankreich und England unterstützt, ohne Erfolg, und die lebhaften diplomatischen Erörterungen, die sich daran knüpften, hatten endlich zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten aus Wien und Turin geführt. Jetzt einen Versuch zu machen durch die Westmächte die Aufhebung des Sequesters als Preis des

sardinischen Bündnisses zu erlangen konnte Cavour nicht abschlagen; auch wünschte er das bestimmte Versprechen zu erhalten, daß bei den Friedensverhandlungen der Zustand Italiens in Betracht gezogen werden solle. Aber in London und Paris wollte man auf keine Bedingungen eingehen, die Österreichs Haltung nachteilig beeinflussen konnten, und so ließ Cavour sie umsomehr fallen, als einige der angesehensten Flüchtlinge ausdrücklich baten den Vertrag nicht daran scheitern zu lassen. Dabormida aber konnte sich zu diesem Verzicht nicht entschließen und legte am 10. Januar 1855 sein Amt nieder, worauf Cavour als Minister des Auswärtigen an demselben Tage den Bündnisvertrag mit dem Herzog von Gramont und Sir James Hudson abschloß. Er verpflichtete sich ein Heer von 15000 Mann aufzustellen, das von einem sardinischen General geführt, aber auf englische Kosten nach dem Kriegsschauplatze gebracht werden sollte; Hilfsgelder bedang er sich nicht aus, obgleich viele das wünschten; er wollte die Sardinier nicht in das schlechte Licht eines Söldnerheeres stellen; dagegen leistete England die Gewähr für eine dreiprozentige Anleihe von einer Million Pfund, deren Sardinien nicht entraten konnte. Die Verhandlungen in den Kammern begannen am 3. Februar, und obgleich Ultramontane und Radikale sich gegen den Vertrag verbündeten, trug er doch in beiden Häusern eine Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen davon; alle Nationalgesinnten jubelten über diesen Schritt, und auch die freisinnigen preußischen Staatsmänner freuten sich des „Pistolenschusses", der hart an Österreichs Ohren vorbeigegangen war.

Der Vertrag vom 10. Januar 1855.

Der Kriegsschauplatz, nach dem die sardinischen Truppen am 21. April unter Lamarmoras Führung eingeschifft wurden, war die Krim. Seit sieben Monaten lagerte dort bereits das Heer der Verbündeten um die gewaltige Seefeste Sebastopol zu bezwingen. Als der Kriegsrat in Varna am 21. Juli 1854 auf Antrieb Napoleons die Landung auf der taurischen Halbinsel beschloß, hegte man die Hoffnung den wichtigen Waffenplatz durch einen Handstreich zu gewinnen; niemand besorgte, daß dies Unternehmen ein volles Jahr und die größten Opfer erfordern werde. Am 5. September begann die Einschiffung, vierzehn Tage später waren 58000 Mann bei Eupatoria gelandet. Den Oberbefehl über die Russen in Sebastopol führte Fürst Menschikoff; er verhinderte die von der starken feindlichen Flotte gedeckte Ausschiffung nicht, sondern beschloß den Vormarsch, der durch mehrere von Ost nach West strömende Flüsse erschwert wurde, zu vereiteln. An dem nördlichsten derselben, der Alma, kam es am 20. September 1854 zur Schlacht, in der die Verbündeten dank ihrer überlegenen Bewaffnung und einer geschickten Umgehung, die General Bosquet leitete, nach heißem Kampfe siegten. Menschikoff zog sich in das Innere der Halbinsel zurück und begnügte sich unter Preisgebung der folgenden Flußlinien den Vormarsch der Verbündeten in der Flanke zu bedrohen. Um nicht auch im Rücken durch anmarschierende russische Heere gefährdet zu werden beschlossen

Landung in der Krim.

Schlacht an der Alma.

Sebastopol.

diese sich südlich von Sebastopol bei Balaklawa und der westwärts davon gelegenen Kamieschbucht zu lagern. Sebastopol liegt an einem $^3/_4$ Meilen tief östlich ins Land einschneidenden Meerbusen, der in der Mitte eine gleichfalls weit eindringende Bucht nach Süden entsendet. Diese bildete den Kriegshafen, zwischen dessen westlicher Seite und der Südküste des Hauptbusens die eigentliche Stadt lag, während sich an dem östlichen Ufer die Schiffervorstadt (Karabelnaja) und an dem Nordrande des Hauptbusens die Vorstadt Severnaja ausdehnte. Von der Seeseite her anzugreifen wurde den Verbündeten dadurch unmöglich gemacht, daß die Russen am 23. September die Einfahrt in den Busen, welche die beiden Forts, Konstantin im Norden, Alexander im Süden, deckten, durch Versenkung ihrer Flotte vollständig sperrten. Auch die Severnaja kam unter diesen Umständen für den Angriff nicht in Betracht. Der Altstadt diente eine Reihe von Forts und Bastionen zur Deckung, die sich von der Südspitze des Kriegshafens und dem Thale, das ihn landeinwärts fortsetzte, zum Fort Alexander hinzogen; gegenüber diesen Befestigungen lagerten die Franzosen, denen die Kamieschbucht als Hafenplatz diente. Die Engländer hatten auf Balaklawa gestützt den Raum von dem Hafenthale bis zur Tschernaja, die in die innerste Spitze des Hauptbusens mündet und nahe ihrem Ausflusse bei Inkerman überbrückt war, inne. Die ihnen gegenüberliegende Karabelnaja war mit ganz jungen Festungswerken versehen, unter denen der große Redan nicht weit von der Südspitze des Kriegshafens, der Malakoff nordöstlich davon und der kleine Redan wieder etwas weiter nordöstlich die bedeutendsten waren. Alle diese Werke wurden von den Russen unermüdlich vervollständigt und der ausgezeichneten Kunst des Obersten Totleben, dem dies oblag, gelang es ihnen unter den Augen der Verbündeten eine furchtbare Stärke zu geben. Die Türken, 8000 Mann an der Zahl, standen an der Tschernaja zur Beobachtung Menschikoffs.

St.-Arnauds Tod.

Noch ehe die Franzosen ihre Stellungen bezogen, übergab St.-Arnaud, der schwer an der Cholera erkrankt war, den Oberbefehl dem General Canrobert; schon am 29. September 1854 starb er an Bord des Schiffes, das ihn nach Konstantinopel bringen sollte. Eine regelrechte Belagerung wurde nunmehr eingeleitet; am 9. Oktober konnten die Laufgräben, am 17. die Beschießung eröffnet werden. Bis dahin hatte Menschikoff nichts gethan um die Angreifer zu beunruhigen; Ende des Monats aber glaubte er sich durch Zuzüge von der Donauarmee, welche die Generale Liprandi und Dannenberg herbeiführten, stark genug zu einem Schlage. Liprandi griff am 25. die Türken an, nahm ihre Feldschanzen östlich von Balaklawa und rückte gegen diese Stadt vor; ein furchtbarer Angriff der englischen Reiterei, der zu den glänzendsten Waffenthaten der Neuzeit gerechnet wird, zwang ihn zum Rückzug. Eine Erneuerung des Kampfes am nächsten Tage wurde mit leichterer Mühe von Sir de Lacy Evans, der einst die englische Legion in Spanien geführt hatte, zurückgeschlagen. Menschikoff ruhte nun mehrere Tage um Dannenbergs Truppen vollends

Schlacht bei Balaklawa.

heraufkommen zu lassen. Am 5. November ließ er dieselben die Tschernaja bei Inkerman überschreiten und bedrängte die Engländer so hart, daß nur das Eintreffen der französischen Reserve unter Bosquet sie rettete; gleichzeitig schlug das französische Belagerungskorps unter Forey einen heftigen Ausfall zurück. Bei Inkerman kam die Schlacht lange zu keiner Entscheidung; endlich siegte das französische Ungestüm über die russische Zähigkeit, Dannenberg zog sich mit einem Verlust von 12 000 Mann zurück; aber wenn die Verbündeten auch nur ein Drittel dieser Zahl eingebüßt hatten, so war dieser Verlust für sie doch viel schwerer zu verschmerzen. Die rauhe Jahreszeit hatte begonnen, und mit ihr waren Fieber, Typhus, Skorbut und andere Krankheiten in dem Lager ausgebrochen. Die Verpflegung der Heere, besonders die des englischen, war außerordentlich mangelhaft; die notwendigsten Schutzmittel gegen die Unbill des Wetters trafen erst ein, als der Winter zu Ende ging; ganz ungenügend waren die Anstalten für die Pflege und Heilung der Kranken. Raglan so wenig wie einer der anderen Generale hatte die entstehenden Bedürfnisse vorhergesehen, da keiner je auch nur eine Division bei einander gehabt hatte; denn unter Wellingtons Einfluß war während der 40 Friedensjahre jede Zusammenziehung größerer Truppenmassen unterblieben. Als freilich der fürchterliche Notstand in England bekannt wurde, regte sich unter dem Druck des allgemeinen Unwillens die amtliche wie die private Hilfsthätigkeit in großartiger Weise. An die Spitze trat Prinz Albert, der sofort auch die Reorganisation der Armee dringend betrieb. Allein für die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten waren schon Ende des Jahres über 25 Millionen Mark gesammelt; um die Ordnung der Hospitalpflege erwarben sich Miß Florence Nightingale und später Miß Stanley, die mit 80 Pflegerinnen nach der Krim gingen, die größten Verdienste. Aber inzwischen hatte die Not viele Wochen gedauert und unzählige Opfer gefordert; im Januar 1855 war der Effektivstand von Raglans Truppen auf weniger als die Hälfte, auf 10 400 Mann, gesunken. Es war ein Glück für die Belagerer, daß auch die Russen sich zu einem neuen Angriff außerstande fühlten und so die Wintermonate ohne kriegerische Vorfälle verstrichen. Wohl aber bereitete man sich auf beiden Seiten vor im Frühjahr mit vermehrten Streitkräften aufzutreten; Frankreich vergrößerte sein Heer durch eine starke Aushebung, England warb eine Fremdenlegion und nahm 20 000 Türken in seinen Sold, die Sardinier sollten mit 15 000 Mann eine wertvolle Verstärkung bringen. Andererseits schickte der Zar alle entbehrlichen Truppen in die Krim und ordnete am 10. Februar die Bildung einer allgemeinen Reichsmiliz an. Mit gespannter Erwartung sah man dem Wiederbeginn der Kämpfe entgegen.

Schlacht bei Inkerman.

Beschwerden des Winters.

Rüstungen.

Da durchflog Europa plötzlich die ungeahnte Kunde von dem Tode des russischen Herrschers. Am 2. März 1855 starb Nikolaus I. im sechzigsten Lebensjahre. Tags vorher hatte er die Nachricht erhalten, daß Liprandi am 18. Februar bei Eupatoria eine schwere Schlappe und

Nikolaus' Tod.

obendrein von den verachteten Türken erlitten habe. Das gab ihm einen furchtbaren Stoß; schwer leidend hatte er dann doch bei entsetzlicher Kälte trotz der Warnungen seines Leibarztes, der solches Verfahren einen Selbstmord nannte, eine Musterung abgehalten und war totkrank in den Palast zurückgekehrt. Was war von diesem Thronwechsel zu erwarten? Der Nachfolger des Zaren, sein 1818 geborener Sohn Alexander II. Alexander II., galt für einen milden, aufgeklärten und friedensfreundlichen Mann; aber durfte er es wagen mit der Politik seines Vaters zu brechen? Seine ersten Maßregeln sahen nicht danach aus. Eine Ansprache an sein Volk verkündete, daß er in den Bahnen Peters des Großen, Katharinas, Alexanders I. und Nikolaus' fortschreiten werde; die Ersetzung Menschikoffs durch Gortschakoff deutete auf die Absicht Wiederbeginn der Verhandlungen. einer entschlosseneren Kriegführung. Andererseits aber erklärte Fürst Nesselrode sich am 10. März zu Verhandlungen in Wien bereit und schon am 15. begannen dieselben unter Beteiligung Rußlands, Englands, Frankreichs, Österreichs und der Türkei; Preußen war ausgeschlossen. Über die beiden ersten Punkte, die Aufhebung der russischen Schirmherrschaft in den Donaufürstentümern und die Freiheit der Donauschiffahrt, verständigte man sich schnell; um so ergebnisloser waren die Verhandlungen über den dritten, die Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere. Die Westmächte forderten die Herabsetzung der russischen Flotte auf ein ganz geringes Maß, Österreich wollte die frühere Stärke zugestehen und verriet seinen Ärger über die Zulassung Sardiniens zu dem Bündnis durch die Erklärung, es könne aus ein paar Linienschiffen mehr oder weniger keinen Kriegsfall machen; allen berechtigten Forderungen der Westmächte werde vollauf genügt, wenn Rußland die Unversehrtheit der Türkei feierlich verbürge und wenn durch Aufhebung des Meerengenvertrages von 1841 England und Frankreich das Recht erhielten auch mit ihrer Seemacht ins Schwarze Meer einzulaufen; sollte der Zar künftighin seine Flotte im Schwarzen Meere doch über das bestimmte Maß vergrößern, so wolle Österreich sich vertragsmäßig verpflichten, das als Kriegsfall zu betrachten. Rußland endlich, dessen Vertretung in den Händen Gortschakoffs, des bisherigen Gesandten am Bundestage, lag, erklärte rundweg, es werde sich durch nichts zu einer Beschränkung seiner Flotte auf ein bestimmtes Maß bewegen lassen. So stellte sich denn nach sechswöchentlichen Beratungen die Unmöglichkeit einer Verständigung heraus; das englische Kabinett erklärte den österreichischen Vorschlag für schlechterdings unannehmbar, da er das russische Übergewicht nicht beseitige, sondern legitimiere und statt eines sicheren Friedens die Aussicht auf einen neuen Krieg schaffe, und Napoleon stimmte dem nach einigem Zögern am 5. Mai zu. Da Drouyn de l'Huys und Lord John Russell, die an den Wiener Konferenzen teilgenommen hatten, persönlich, wenn auch unverbindlich, sich anders geäußert hatten, so wurde jener durch Walewski, den bisherigen Botschafter in London, ersetzt; Russell dagegen ließ sich nicht allein bewegen im Amte

zu bleiben, sondern verteidigte sogar die Ablehnung der österreichischen Vorschläge sehr lebhaft, als die Peeliten, besonders Gladstone, Graham und Lowe, das Ministerium deshalb angriffen. Die Stimmung des Landes und des Parlamentes war äußerst entschieden für die Fortsetzung des Krieges; die Reden der Friedensfreunde wie Gibson, Cobden, Bright, erregten lebhaften Unwillen, und aus den immer wieder erneuten parlamentarischen Debatten ging das Kabinett siegreich hervor. Den Forderungen der Tories, daß die Wiener Verhandlungen ganz abgebrochen, daß die Thür, wie Disraeli sagte, endlich geschlossen würde, geschah am 4. Juni Genüge; da infolgedessen aber Buol in einer Depesche, die veröffentlicht wurde, Russells anfängliche Haltung verriet, sah dieser sich gezwungen am 16. Juli 1855 doch seine Entlassung zu nehmen.

Österreichs veränderte Stellung.

Die bedeutsamste Änderung der Lage bestand in der neuen Stellung Österreichs; es bestritt, daß die Westmächte in ihrer Behandlung des dritten Punktes sich auf den Vertrag vom 2. Dezember berufen könnten; es wollte ihnen nicht wehren ihre weitergehenden Ansprüche geltend zu machen, aber es leugnete, daß es selbst zur Unterstützung derselben verpflichtet sei, und verweigerte diese Unterstützung. Eine Verminderung seines Heeres in den Donaufürstentümern zeigte deutlich, daß es die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland als erheblich gemindert betrachtete. Am Bunde trat es freilich gerade jetzt noch einmal für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft auf und verlangte eine zustimmende Erklärung zu seiner bisherigen Politik. Beides wurde ihm auf Preußens Antrag am 26. Juli bewilligt, aber thatsächlich folgten Bayern und bald auch Preußen dem Beispiel, das Österreich selbst gegeben, und verminderten ihren Heeresstand.

Belagerung von Sebastopol.

Die Belagerung von Sebastopol hatte indessen einige Fortschritte gemacht. Am ungeduldigsten drängte Napoleon auf eine Entscheidung. Da er den langsamen Fortgang der Operationen auf die mangelnde Einheit des Oberbefehls schob, wollte er selbst zum Heere abgehen und solche Verstärkungen mitbringen, daß der Erfolg unzweifelhaft werde. Die englischen Minister, die durch einen Brief des Kaisers an Palmerston vom 26. Februar 1855 die erste Kunde von diesem Plane erhielten, waren davon wenig erbaut; Clarendon, der Minister des Auswärtigen, reiste selbst sofort nach Boulogne, wo Napoleon Truppen inspizierte, um ihn davon abzubringen; es gelang ihm doch nicht vollständig; erst als das Kaiserpaar sechs Wochen später der Königin Victoria in Windsor den Besuch erwiderte, den Prinz Albert im vergangenen September im Lager von Boulogne abgestattet hatte, wurde die Sache aufgegeben und statt dessen von den beiderseitigen Kriegsministern, Marschall Vaillant und Lord Panmure, am 21. April eine Vereinbarung über den ferneren Kriegsplan, die Frucht zweier langer Beratungen, unterzeichnet. Unterdes hatten Ende Februar und Anfang März die Franzosen Stürme auf die Werke, welche Totleben vor dem Malakoff und besonders auf dem Grünen Hügel (Mamelon vert) südlich vom großen Redan hatte errichten

lassen, unternommen. Sie scheiterten; aber als die Russen am 22. März einen großen Ausfall machten, wurden auch sie blutig zurückgeworfen. Canrobert richtete nun seine Hauptanstrengungen gegen den westlichen Teil der Befestigungen, der gleichfalls im Winter durch vorgeschobene Werke verstärkt war, und General Bazaine gelang es am 1. Mai die Außenwerke der Centralbastion, des Hauptforts an dieser Seite, zu nehmen und zu behaupten. Dieser Erfolg rettete Canrobert doch nicht vor der Abberufung, die in Paris schon beschlossen war. An seine Stelle trat am 16. Mai General Pélissier, der sich durch seine ebenso glückliche wie grausame Kriegführung in Algier einen Namen gemacht hatte. Dieser erneute zwar vom 22.—24. Mai die Angriffe bei der Centralbastion und nahm noch einige neue Werke in Besitz; aber den Hauptnachdruck verlegte er auf die östliche Hälfte der Festung, da nach dem Gutachten Niels, den Napoleon zur Besichtigung der Belagerungsarbeiten abgeschickt hatte, von dem Besitz des Malakoff die Einnahme Sebastopols abhing. Zur Sicherung der Angriffe von dieser Seite schien vor allem die Beherrschung der Tschernaja-Linie nötig, weil nur dadurch Flankenanfälle der Russen verhindert werden konnten. Canrobert, der jetzt unter Pélissier diente, erhielt deshalb am 25. den Auftrag mit Omer Pascha und Lamarmora den Feind ins Innere zurückzuwerfen und löste denselben vollkommen. Aber noch in anderer Weise sollte die russische Entsatzarmee geschwächt werden. Sie bezog ihre Verstärkungen und Zufuhren nur zum geringeren Teile auf dem schwierigen Landwege über die Enge von Perekop; der weitaus größere Teil wurde ihr zu Schiff über das Asowsche Meer zugeführt. Gelang es daher den Verbündeten sich dort zum Herren zu machen, so war Gortschakoffs Stellung wesentlich verschlechtert. Kapitän Lyons und Bruat liefen also mit 66 Schiffen aus, besetzten am 25. Mai Kertsch und Jenikale und kehrten, nachdem sie die großen Vorräte in den Küstenstädten und alle Fahrzeuge der Russen vernichtet hatten, am 6. Juni 1855 nach Balaklawa zurück.

Pélissier.

Schlacht an der Tschernaja.

Die Flotte im Asowschen Meere.

An demselben Tage waren die Parallelen gegen die Außenwerke des Malakoff und der beiden Redans eröffnet, am nächsten Morgen begann der Sturm. Unter schweren Verlusten auf beiden Seiten gelang es doch den Franzosen sich des Mamelons und der Weißen Werke vor dem kleinen Redan zu bemächtigen, während die Engländer die Steinbrüche vor dem großen Redan nahmen. Nun glaubte Pélissier einen Sturm auf die Hauptwerke wagen zu dürfen. Nach 24stündiger Beschießung begann am 18. Juni der Angriff. Während Sir John Campbell gegen den großen Redan und General Brunet gegen den Malakoff vorgingen, überstieg General d'Autemarre die Verbindungsmauer zwischen beiden und wandte sich gleichfalls gegen den Malakoff. Aber zwischen zwei feindliche Feuer gestellt, mußte er mit schweren Verlusten wieder zurück; den Hauptkolonnen gelang ihr Vorhaben nicht besser; alle Stürme prallten ab, und der Tag endete ohne jeden Erfolg mit einem Verlust

Der Sturm vom 18. Juni

von beinahe 5000 Mann für die Verbündeten; Campbell und Brunet hatten ihren Tod gefunden.

Nun mußte man also auch gegen die Hauptwerke die gewöhnlichen Belagerungsarbeiten vornehmen, so schwierig dieselben auch in dem harten Felsboden waren. Reichlich elf Wochen verstrichen darüber. In dieser Zeit starb, und zwar schon am 29. Juni, Lord Raglan; an seine Stelle trat General James Simpson. Die Russen machten nur einmal einen ernstlichen Versuch den Feind zu stören. Am 16. August rückte Gortschakoff mit 48 000 Mann gegen die mittlere Tschernaja vor und griff die befestigten Höhen des linken Flußufers an; der Kampf entschied sich aber ziemlich schnell zu Gunsten der Verbündeten, unter denen die Sardinier zu Cavours großer Freude besonders Gelegenheit fanden sich auszuzeichnen. Anfang September waren die Belagerungsarbeiten so weit gediehen, daß Napoleon einen Brief an Pélissier zu veröffentlichen wagen durfte, in dem er die Erwartung aussprach, daß der Fall der Festung jetzt nahe bevorstehe. Vom 5. September an wurde die immer schon heftige Beschießung der Stadt auf eine beispiellose Stärke gebracht, die bis mittags am 8. anhielt; Schlag 12 Uhr verstummte der Donner der Geschütze, und der Sturm begann. Während 30 000 Engländer und Sardinier die Flanke an der Inkermanbrücke gegen Gortschakoff deckten, gingen Mac Mahon und Bosquet gegen den Malakoff und kleinen Redan, Codrington gegen den großen Redan, de Salles gegen die Centralbastion und die übrigen Werke der Westhälfte vor. Nur der Angriff auf den Malakoff gelang; nach vierstündigem Kampfe waren die Franzosen Herren desselben. Aber dieser eine Erfolg entschied, wie Niel vorhergesagt hatte, den Fall der Stadt und die 10 000 Menschenleben, welche der 8. September den Verbündeten gekostet hatte, waren wenigstens nicht umsonst geopfert. Gortschakoff gab noch an demselben Abend Befehl die Pulvermagazine und Minen in allen Forts der Südhälfte zu sprengen und die Besatzung auf einer Schiffbrücke, die schon seit einigen Wochen geschlagen war, nach der Severnaja hinüberzuführen; am 10. September 1855, am 350. Tage der Belagerung, zog Pélissier in die rauchenden Trümmer von Sebastopol ein.

Lord Raglans Tod.

Fall von Sebastopol.

Der Jubel über diesen langersehnten Erfolg war besonders in Frankreich ungeheuer; Pélissier ward zum Herzog von Malakoff erhoben, überdies ihm sowie Bosquet und Canrobert der Marschallstab verliehen. Es war nicht allein der militärische Triumph, worüber sich Napoleon freute; er sehnte sich auch nach dem Frieden, den er doch ohne die Einnahme Sebastopols zu schließen nicht hätte wagen dürfen. Fortan hatte er an der Weiterführung des Krieges kein sonderliches Interesse mehr. Da von einem Vordringen in das Innere Rußlands nicht die Rede sein konnte, so mußten sich die ferneren Waffenthaten wesentlich auf den Seekrieg beschränken; dabei konnte Frankreich aber nur die zweite Rolle spielen, die vor Sebastopol den Engländern zugefallen war. Außerdem waren bedeutende Erfolge weder bisher zur See errungen noch

Friedliche Strömungen.

Der Seekrieg.

fernerhin zu erwarten. Aufgetreten waren die verbündeten Flotten freilich in allen russischen Gewässern und kein feindliches Geschwader hatte ihnen gegenüber die See zu halten versucht; aber so empfindlich sie auch durch strenge Blokaden den russischen Handel schädigten, so ließ sich davon doch keine entscheidende Wirkung erwarten. Einige schwächere Küstenplätze waren gefallen, und als am 17. Oktober die Festung Kinburn am Dnjepr-Busen genommen war, gab es im Schwarzen Meere kaum noch etwas zu thun. Wollte man jetzt noch einen ernstlichen Schlag führen, so mußte man den Krieg in die Ostsee verlegen und Kronstadt erobern, eine Aufgabe, gegen welche die Belagerung von Sebastopol als Kleinigkeit erschien. Im ersten Kriegsjahre hatten Sir Charles Napier und Baraguay d'Hilliers den Seekrieg im finnischen und bottnischen Busen mit großem Eifer begonnen, aber die Erfolge hatten sich auf die Einnahme der Festung Bomarsund auf den Alandsinseln am 16. August 1854 beschränkt. Maßlos wie die Erwartungen, die man in England von Napiers Energie gehegt hatte, gewesen waren, rief dieser dürftige Erfolg das größte Mißvergnügen hervor und führte überdies zu heftigen, vor dem Publikum geführten Kontroversen zwischen dem Admiral und dem Ministerium. Im zweiten Jahre gab es gar keinen Triumph zu verzeichnen, außer etwa, daß Admiral Dundas im August durch ein zweitägiges Bombardement die Docks und Arsenale von Sweaborg zerstörte. Auch die Hoffnung Schweden durch die Anwesenheit des verbündeten Geschwaders zu Feindseligkeiten gegen Rußland zu verleiten war gescheitert. Der Marschall Canrobert, der sich im November 1855 als außerordentlicher Gesandter nach Stockholm begab, brachte nur einen Vertrag (vom 21. datiert) zurück, in dem Schweden sich verpflichtete in keinerlei Gebietsabtretungen oder Austausche mit Rußland sich einzulassen, sondern etwaige Vorschläge dieser Art den Westmächten anzuzeigen, die sodann mit genügenden Streitkräften den Übergriffen Rußlands entgegenzutreten sich bereit erklärten. Es hatte der Vertrag also nur den Fall der Abwehr im Auge, und daß Rußland diesen nicht herbeiführen werde, lag auf der Hand. So waren denn auch in der Ostsee die Verhältnisse nicht danach angethan eine Verlängerung des Krieges den Verbündeten wünschenswert zu machen, und die englische Kriegspartei mußte sich wohl oder übel davon überzeugen, daß die Zeit zum Frieden gekommen sei.

Vertrag mit Schweden.

Der Krieg in Asien.

Einige militärische Erfolge in Kleinasien erleichterten es dem Zaren selbst den ersten Schritt der Annäherung zu thun. Murawieff war im Juni 1855 mit 30 000 Mann in Armenien eingefallen und belagerte Kars, das von den Türken unter der Leitung des Generals Williams und ungarischer Flüchtlinge tapfer verteidigt wurde. Am 29. September erlitt er vor der Stadt eine ernsthafte Niederlage, die ihm 5000 Mann kostete. Als aber Omer Pascha, der von der kaukasischen Küste zum Entsatz heranrückte, am 6. November zurückgeschlagen wurde, konnte sich das „Bollwerk Kleinasiens" nicht mehr halten und ergab sich am 28. November 1855 an Murawieff. Für weitere Angriffsbewegungen in Klein-

asien, bot es einen trefflichen Ausgangspunkt, und so konnte seine Eroberung wohl dazu dienen Rußlands Friedensanträge ein wenig des demütigenden Scheines, der ihnen anhaftete, zu entkleiden. Alexander ergriff die Gelegenheit um so lieber, als die diplomatische Lage einen solchen Schritt ebenso rätlich wie vorteilhaft erscheinen ließ. In Paris hatte nämlich die russenfreundliche Partei, seit Walewski das Auswärtige Amt leitete, sehr an Einfluß gewonnen und der Kaiser hatte Verhandlungen mit Österreich genehmigt, deren Zweck ein neuer Vermittlungsversuch war. Erst als die beiden kaiserlichen Regierungen sich über den einzuschlagenden Weg völlig geeinigt hatten, ließ er in London Mitteilung von dem Plane machen und forderte den Beitritt Englands. Das Verletzende dieser Handlungsweise suchte er durch einen Brief an die Königin (vom 22. Nov. 1855) zu mildern. Er meinte, es gebe nur drei Wege, die man einschlagen könne: entweder müsse man die Offensive aufgeben und Rußland durch Blokade und fortgesetzte Rüstungen entkräften; oder das Nationalitätsprinzip proklamieren und die Herstellung Polens, die Unabhängigkeit Finlands, Ungarns, Italiens, Kaukasiens auf seine Fahne schreiben; oder Österreichs Vermittlung auf Grund der vier Punkte annehmen mit der Bedingung, daß wenn Rußland sich weigere darauf einzugehen, Österreich ihm den Krieg erkläre. Den letzteren Weg habe er eingeschlagen, und es sei unrecht, wenn England um mikroskopischer Vorteile willen ihm darauf nicht folgen wolle. Übrigens versicherte er, daß er ebensoweit davon entfernt sei einen schlechten Frieden anzunehmen, wie England einen guten auszuschlagen. Die Königin antwortete umgehend in ebenso freundlicher wie fester Weise. Auch sie halte den dritten Weg für den einzig möglichen; aber es handle sich bei den Differenzen nicht um mikroskopische Vorteile. Drei Dinge müsse das englische Kabinett verlangen: daß es selbst an der Abfassung des österreichischen Ultimatums teilnehme, daß dieses wirklich ein Ultimatum sei und keine Gegenvorschläge Rußlands in Betracht gezogen würden, daß endlich die Neutralisation des Schwarzen Meeres eine Wahrheit werde und nicht eine illusorische Phrase; das aber würde sie sein, wenn die österreichisch-französischen Abmachungen zu Grunde gelegt würden; denn diese umgingen den schwierigen Punkt einfach dadurch, daß sie bestimmten, Rußland und die Türkei sollten sich untereinander über das Maß ihrer Seemacht im Schwarzen Meere einigen. Napoleon erkannte die Berechtigung dieses Standpunktes an und erklärte bestimmt, daß er sich von der englischen Allianz nicht trennen werde; es führte deshalb auch zu nichts, daß der Zar durch den sächsischen Gesandten in Paris, Baron Seebach, seine Geneigtheit zu erkennen gab auf die Bedingungen des projektierten österreichischen Ultimatums einzugehen, wenn dasselbe nicht als Ultimatum überreicht werde. Vielmehr wurde dasselbe nun unter englischer Mitwirkung umgearbeitet und dabei den früheren vier Punkten ein fünfter hinzugefügt, der die Abtretung eines allerdings nur schmalen Landstrichs an der Donaumündung forderte und den kriegführenden Mächten überdies das

Friedensverhandlungen.

Recht wahrte im europäischen Interesse auch noch andere Bedingungen zu stellen; daß die Verpflichtung die Alandsinseln nicht wieder zu befestigen — denn das war englischerseits damit gemeint — ausdrücklich in dem Ultimatum erwähnt wurde, konnte das Londoner Kabinett nicht erreichen. In Petersburg war man über alle diese Vorgänge ziemlich genau unterrichtet; der Zar wollte deshalb dem Ultimatum zuvorkommen und ließ am 23. Dezember in Wien eine Note überreichen, in der er seinerseits Vorschläge zur Neutralisierung des Schwarzen Meeres machte. Aber sie wurde nicht mehr angenommen; denn am 16. bereits war das Ultimatum nach Petersburg abgegangen und der 18. Januar 1856 als letzte Frist für die Annahme gestellt. Eine militärische Konferenz, die für den 10. Januar nach Paris berufen wurde, und an der der Herzog von Cumberland, Admiral Lyons, Lamarmora, Prinz Napoleon, Vaillant, Canrobert, Niel und andere englische und französische Militärs und Diplomaten teilnahmen, sollte Zeugnis ablegen für den festen Entschluß der Mächte den Krieg fortzuführen. Unter diesen Umständen gab Alexander noch einen Schritt nach und ließ am 16. Januar 1856 seine bedingungslose Annahme der fünf Punkte in Wien erklären. Infolgedessen traten am 1. Februar die Bevollmächtigten Österreichs, Rußlands, Englands, Frankreichs und der Türkei in Wien zusammen, bestätigten die allseitige Annahme der fünf Punkte und verabredeten die Eröffnung eines Friedenskongresses in Paris. Außer Rußland waren alle Staaten durch ihre Minister des Auswärtigen vertreten: es erschienen Walewski, der den Vorsitz führte, Clarendon, Cavour, Ali Pascha, Buol und an Nesselrodes statt Graf Orloff; zu zweiten Bevollmächtigten waren die Gesandten in Paris ernannt, Cowley, Villamarina, Djemil Pascha, Hübner, für Rußland der Gesandte in Frankfurt Brunnow und für Frankreich der Gesandte in Wien Baron Bourqueney. Das Protokoll führte Benedetti. Preußen war zur Teilnahme nicht aufgefordert; weil aber der dritte Punkt, die Regelung der Flottenverhältnisse im Schwarzen Meere, nicht ohne Änderung des Meerengenvertrags von 1841 geordnet werden konnte und Preußen zu dessen Unterzeichnern gehörte, so beschloß man am 10. März eine nachträgliche Einladung nach Berlin ergehen zu lassen und vom 18. an nahmen Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, an den Sitzungen teil. Wie sehr das Ansehen Preußens gesunken war, konnte man besonders daraus ersehen, daß noch im letzten Augenblicke Clarendon den Versuch machte die Teilnahme der preußischen Staatsmänner auf jene eine Frage zu beschränken; hauptsächlich den Erklärungen Frankreichs hatte Manteuffel es zu danken, daß ihm diese Demütigung erspart blieb.

Die Wiener Präliminarien.

Der Pariser Kongreß.

Gleich in der ersten Sitzung hatte der Kongreß einen Waffenstillstand zu Land und Meer bis zum 31. März 1856 beschlossen. In siebzehn darauf folgenden Sitzungen wurde der Friedensvertrag im einzelnen beraten, in der 19. Sitzung am 30. März fand die Unterzeichnung statt. Das Schwarze Meer ward für neutral erklärt; keine Arsenale sollten

Der Pariser Friede.

an seinen Küsten errichtet, keine Kriegsschiffe in demselben zugelassen werden; nur je zehn leichte Schiffe für den Küstendienst wurden Rußland und der Türkei zugestanden und außerdem jeder der Vertragsmächte das Recht eingeräumt zwei solche Fahrzeuge an die Donaumündung zu senden um die Freiheit der Schiffahrt auf diesem Flusse zu überwachen. Eine Kommission von Vertretern der sieben Mächte erhielt den Auftrag binnen zwei Jahren die nötigen Maßregeln für die Fahrbarkeit des Strombettes zu treffen und zur Deckung der Kosten einen Flußzoll einzuführen; darauf sollten ihre Befugnisse an eine Kommission der Uferstaaten übergehen, in der auch den drei Vasallenstaaten, Serbien, der Walachei und der Moldau, je ein Vertreter zugestanden wurde; die künftigen Verhältnisse der beiden letztgenannten zu ordnen übertrug man gleichfalls einer Kommission, die an Ort und Stelle mit Vertretern der Bevölkerung beraten und später ihre Vorschläge nach Paris richten sollte; die Vereinigung beider zu einem Staate wurde von der Türkei und Österreich so heftig bekämpft, daß für jetzt darauf verzichtet werden mußte die Frage zum Austrag zu bringen; dagegen wurde das gemeinsame Schutzrecht der Mächte über die drei Staaten verkündet und der Einmarsch türkischer Truppen an deren Zustimmung geknüpft. Die Moldau wurde durch den Landstrich, den Rußland am linken Donauufer abtreten mußte, vergrößert. Den christlichen Unterthanen der Pforte gegenüber entsagten alle Mächte jedem Schutz- und Einmischungsrecht; sie nahmen Kenntnis von einem großherrlichen Ferman, dem Hatti-Humayum, der am 21. Februar 1856 in Konstantinopel veröffentlicht ward und in 21 Punkten die wohlklingendsten Versprechungen aufzählte, aber sie erklärten ausdrücklich aus der Mitteilung dieses Fermans keine Rechte ableiten zu wollen. Durch einen besonderen Artikel ward endlich noch die Türkei als gleichberechtigt unter die europäischen Staaten aufgenommen und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes von allen Mächten verbürgt.

Sonstige Verhandlungen des Pariser Kongresses.

Mit der Unterzeichnung dieses Friedensvertrages beendete aber der Kongreß seine Thätigkeit noch nicht. Napoleon wünschte die Gelegenheit zu benutzen um durch den Anstoß zu einer großen reformatorischen Bewegung auf dem Gebiete des Seerechtes seinen Eifer für den Fortschritt der Civilisation kundzugeben. Wurde aber eine fremdartige Frage in die Verhandlungen hereingezogen, so konnte man auch andere, an denen diese oder jene Macht besonderen Anteil nahm, nicht zurückweisen. So gestaltete sich die Sitzung vom 8. April zu einer freien Besprechung verschiedener Fragen, die mehr oder weniger lebhaft das europäische Interesse in Anspruch nahmen. Außer mit der Reform des Seerechts beschäftigte man sich mit der Lage Griechenlands und Italiens, mit den Ausschreitungen der belgischen Presse und auf Preußens Anregung mit den Zuständen in Neuenburg. Aber nur in bezug auf das Seerecht wurden förmliche Beschlüsse gefaßt, die nicht allein von den Kongreßmächten sondern auf ihre Einladung auch von den übrigen Seestaaten als völkerrechtlich verbindlich angenommen wurden. Der erste Beschluß

Die Reform des Seerechts.

erklärte die Kaperei für abgeschafft, der zweite und dritte erkannten feindliche Waren unter neutraler Flagge und neutrale Waren unter feindlicher Flagge (immer jedoch mit Ausschluß von Kriegskontrebande) als gedeckt an, der vierte ließ eine Blokade nur dann als gültig zu, wenn sie wirksam sei. Diese Beschlüsse wurden am 16. April 1856 gefaßt; am folgenden Tage hielt der Kongreß seine letzte Sitzung und ging dann auseinander ohne die übrigen angeregten Fragen erledigt zu haben. Gegen die Abschaffung der Kaperei erhoben nachträglich (am 28. Juli) die Vereinigten Staaten Einspruch, nicht weil sie diese Änderung mißbilligten sondern weil sie Privateigentum zur See unter allen Umständen für unantastbar erklärt haben wollten. Da diese Forderung an Englands Widerspruch schon auf dem Kongresse selbst gescheitert war, so blieb es bei der beschlossenen halben Maßregel, die immerhin gegenüber den früheren Zuständen schon einen wesentlichen Fortschritt bildete.

Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage.

Ergebnisse des Krieges.

So war Europa denn der Friede zurückgegeben und es war an der Zeit zu prüfen, welche Früchte der Krieg getragen habe. Rußlands Antwort auf diese Frage lag in der Ansprache vor, durch welche der Zar seinen Völkern am 31. März 1856 den Friedensschluß ankündigte. Der Zweck des Krieges ist erreicht, so hieß es da, das Los der Christen im Oriente ist gesichert. Es klang etwas sonderbar, wenn der besiegte Teil auf diese Weise seinen Willen durchgesetzt zu haben versicherte, und leicht genug war der Einwand zu erheben, daß nicht die Verbesserung des Loses der Christen, sondern die Erweiterung des russischen Machteinflusses im Orient der eigentliche Zweck des verstorbenen Zaren gewesen sei. Daß dieser wahre Zweck vereitelt worden, das war ein zweifelloses, wenn auch rein negatives Ergebnis des Krieges; aber wie stand es mit jenem vorgeschützten Ziele? War die Lage der christlichen Bevölkerung im türkischen Reiche wirklich sicherer und erträglicher geworden? Das Urteil darüber hing ausschließlich von dem Werte ab, den man den Versprechungen und Verordnungen der Pforte beimaß. Der Hatti-Humayum vom 21. Februar 1856 enthielt auf dem Papiere die allerschönsten Zusagen; die Christen wurden den Moslim in ihren Rechten vollkommen gleichgestellt; Gerichtswesen und Schulen sollten verbessert, Verwaltung und Besteuerung von Grund aus umgestaltet, Handel und Gewerbe mannigfach gefördert werden. Aber daß dies alles nun auch wirklich geschehe, dafür bürgte niemand; verzichteten die Großmächte ja doch in dem Friedensvertrag ausdrücklich auf das Recht sich in die Beziehungen der Pforte zu ihren Unterthanen zu mengen. Hingen aber alle diese Reformen des Hatti-Humayums von dem guten Willen des Sultans und seiner Ratgeber ab, so konnte man darin gewiß kein bedeutendes Ergebnis erblicken, und die Erfahrung bewies nur zu bald, daß sie nicht das Papier wert waren, auf dem sie standen. Viel wichtiger

Die Christen in der Türkei.

mußte schon die veränderte Stellung der Pforte erscheinen; man hatte sie durch einen eigenen Artikel des Friedensvertrages in das öffentliche Recht Europas aufgenommen; ihre Unverletzlichkeit war nicht allein durch diesen selben Artikel, sondern auch durch einen besonderen Vertrag gewährleistet, den die Westmächte und Österreich am 15. April zu Paris schlossen. Die Gefahr, die den Türken von Petersburg her drohte, war dadurch, solange diese Verträge hielten, abgewandt und in der Neutralisierung des Schwarzen Meeres und der Abdrängnng Rußlands von der Donau konnte man eine kleine Gewähr dafür auch auf längere Frist erblicken. Im ganzen und großen war doch aber kaum mehr erreicht, als daß der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt und die Entscheidung der orientalischen Frage auf unbestimmte Zeit vertagt war; auch dieser Erfolg war überwiegend negativ. So blieb denn als das wichtigste Ergebnis des Krieges die gänzlich veränderte Stellung der Mächte zu einander, und da konnte kein Zweifel sein, daß aller Vorteil Frankreich zufiel. Es lag das nicht allein daran, daß seine Armee sich als die brauchbarste und beste erwiesen hatte; es lag vielleicht noch mehr in den diplomatischen Verschiebungen, die stattgefunden hatten. Eine breite Kluft hatte sich zwischen Rußland und Österreich aufgethan; der Undank des Hauses Habsburg konnte in Petersburg sobald nicht vergessen werden, und kein russischer Staatsmann hielt es für nötig den gerechten Groll irgendwie zu verhehlen, am wenigsten Gortschakoff, der neue Minister des Äußeren, der sich in sarkastischen Drohungen gegen diesen Staat, der in Wahrheit gar kein Staat sondern nur ein Ministerium sei, erging. Daß die Stunde der Vergeltung nicht sofort schlagen werde, wußte man freilich wohl; denn Kaiser Alexander war entschlossen zunächst der großen Politik zu entsagen um erst wieder neue Kräfte zu sammeln. Aber trotzdem war seine Erbitterung auf Österreich von großer Bedeutung; der drohende Nachbar lähmte die freien Entschließungen des Kaiserstaates und ermutigte alle seine Feinde. In Italien lebten die nationalen Hoffnungen wieder auf, und die sardinische Regierung arbeitete planmäßig und unablässig daran einen neuen Krieg herbeizuführen und sich Frankreichs Beistand dazu zu sichern. Auch Preußen stand Österreich jetzt doch ganz anders gegenüber als wenige Jahre früher; des Königs Sympathie für Rußland ließ ihn die Kränkung, die dem Zaren von seinem Schützling widerfahren war, lebhaft empfinden; die hochmütige Behandlung, in der sich Österreich besonders am Bundestag Preußen gegenüber gefiel, verdroß ihn mehr und mehr, und es kam bald soweit, daß Friedrich Wilhelm selbst von der Möglichkeit eines Krieges sprach und in Wien die Erklärung abgeben ließ, daß seine Nachgiebigkeit zu Ende sei. Alles das wirkte direkt dahin Frankreichs Stellung zu heben. Alexander selbst war eifrig bemüht sich Napoleon zu nähern; sein Beispiel vermochte viel in Berlin wie an den kleineren deutschen Höfen; in Italien blickte wenigstens die nationale Partei hoffend und bittend nach den Tuilerien. Nur etwa England war noch

Europäische Stellung der Türkei.

Rußland und Österreich.

Italien.

Preußen.

Frankreichs Übergewicht.

England.

imstande eine selbständige Politik Frankreich gegenüber zu befolgen; aber einerseits war durch die Kriegsgemeinschaft doch ein Band zwischen beiden Ländern geknüpft, das schon einen tüchtigen Ruck aushalten konnte ohne zu reißen; andererseits würde das englische Kabinett durch eine Trennung von Frankreich zur Annäherung an Österreich gezwungen sein, die einem liberalen Ministerium gewiß herzlich zuwider sein mußte; und endlich brach bald in Ostindien der gewaltige Aufstand der Hindus aus, der die Beteiligung Englands an der europäischen Politik auf ein sehr geringes Maß beschränkte. So traf alles zusammen um dem Emporkömmling auf dem französischen Throne die erste Stellung in Europa zu geben und den Schwerpunkt der Politik des Erdteils wieder einmal an die Seine zu verlegen.

Napoleon und die europäischen Höfe.

Der großen Masse wurde diese Thatsache vornehmlich klar durch die fürstlichen Besuche, welche Napoleon empfing und abstattete, und durch den Glanz, der sich an den Namen Paris knüpfte. Seit im August 1855 die englische Königin dem Kaiser den Besuch erwiedert, den er ihr im April gemacht, — das erste Mal seit 1422, daß ein englischer Souverän die französische Hauptstadt betrat — und seit im November desselben Jahres auch Viktor Emanuel sich in Paris eingefunden hatte, kamen die regierenden Fürsten und ihre Prinzen zahlreich und immer zahlreicher in die Tuilerien und befreiten den Kaiser aus der Vereinsamung, in der er sich bisher befunden. Die Könige von Württemberg und Bayern, der Großherzog von Toskana, österreichische, preußische, englische, russische, schwedische Prinzen stellten sich ein, und Zar Alexander, der in den Tuilerien als Gast zu weilen wie billig noch Bedenken trug, verabredete doch für den September 1857 eine Zusammenkunft mit Napoleon in Stuttgart, der Franz Josef vergeblich den Stachel dadurch zu nehmen suchte, daß er den heimkehrenden Zaren auf der Durchreise in Weimar begrüßte. Paris war besonders seit der Weltausstellung von 1855 das Ziel zahlreicher Wallfahrten. Hunderttausende waren damals aus allen Teilen Europas in die französische Hauptstadt geströmt und voll Staunens und Bewunderung zurückgekehrt. Bauten, wie man sie in Paris sah, von dieser Pracht, diesem Umfange, dieser Großartigkeit kannte man anderwärts noch nicht. Und auf der Bahn, die man einmal betreten, schien es keinen Einhalt zu geben. Hunderte von Millionen verwendete Haußmann, der Seinepräfekt, darauf ganze Stadtviertel niederzureißen und prächtige Straßen, schnurgerade und breit, mit Palästen besetzt, anzulegen, die nebenbei noch den Zweck erfüllten, bei etwaigen Unruhen den Kanonen und den Infanteriemassen bequemen Spielraum zu schaffen. In den ersten zwölf Jahren des Kaiserreichs wurden durchschnittlich im Jahr mehr als 100 Millionen für Bauzwecke in der Hauptstadt ausgegeben und Lyon, Marseille, Rouen wetteiferten mit diesem Vorbilde. Paris war ohne Zweifel die Königin der Städte. Paris war nicht der Mittelpunkt Frankreichs allein, es war der Sitz der Kunst, des Luxus, der Mode, die Hauptstadt

Paris.

Europas. Je weniger der Fremde in seiner eigenen Heimat fand, was er den Wunderwerken an der Seine ebenbürtiges, geschweige denn überlegenes zur Seite stellen konnte, um so maßloser war seine Bewunderung für das Genie Frankreichs. Die kleinen Nationen waren es daher, die am überschwenglichsten in die Posaunen des Lobes bliesen und am eifrigsten ihr Heil in der Nachahmung der französischen Kultur suchten; aber den Dänen und Rumänen, den Schweden und Griechen, den Holländern und Portugiesen folgte auch der Pole und der Russe, der Italiener und der Spanier, der Engländer und der Deutsche nach. Daß unter dem glänzenden Firnis viel Moder und Fäulnis wohne, war kein Geheimnis aber darüber setzte die Welt sich leichtsinnig hinweg. Der sittenlose französische Roman beherrschte die europäische Lesewelt, frivole Pariser Schauspiele und Operetten hielten ihre Triumphzüge über die fremden Bühnen. Der allgemeine Einfluß, welcher dadurch dem französischen Wesen gesichert wurde, erhielt seine besondere politische Färbung durch die Wirksamkeit der Pariser Presse und der in der Hauptstadt ansässigen fremden Korrespondenten. Was in Deutschland und selbst in England, was in Rußland oder Italien und was nun gar in den unbedeutenderen Ländern sich ereignete, das wurde einem großen Teile der übrigen Welt entweder ausschließlich auf dem Wege über Paris oder doch gewiß in französischer Zubereitung mitgeteilt. Man wußte wohl, daß diese französische Presse nichts weniger als unabhängig sei, daß sie ebenso den Winken der großen Geldmänner sich füge wie den Geboten der Regierung gehorche, daß die Widersetzlichkeit eines Blattes gleichbedeutend mit seiner Unterdrückung sei; gaben doch zwei Verwarnungen, die einer Zeitung erteilt waren, dem Ministerium das Recht sie auf zwei Monate zu verbieten; konnte der Kaiser sie doch durch besonderen Befehl vollständig unterdrücken; aber trotzdem verbreitete man diese trüben Quellen in zahllosen Kanälen weiter und befestigte unaufhörlich den Einfluß des französischen Urteils auf die öffentliche Meinung Europas.

Einfluß der französischen Kultur.

Die Pariser Presse.

Dieser Einfluß wurde dadurch um nichts gefahrloser, daß er zum Teil von heftigen Gegnern des napoleonischen Regimentes geübt wurde; in der Verherrlichung Frankreichs waren ja doch alle Parteien einig, und die Lobsprüche fanden im Auslande vielfach noch bereitwilliger Glauben, wenn sie mit Schmähungen auf den Kaiser verbunden waren. In Frankreich selbst durften die letzteren sich natürlich nicht hervorwagen, wenngleich allen Parteien die Veröffentlichung mindestens einer Zeitung in der Hauptstadt zugestanden blieb; aber durch die Berichterstatter auswärtiger Blätter und die Reden und Schriften flüchtiger Franzosen wurden sie doch an den Markt gebracht. Die Anfeindungen, die so gegen den Kaiser gerichtet wurden, hatten meist etwas Kleinliches und Gehässiges; man fühlte ihnen die Ohnmacht ihrer Urheber an; man sagte sich, daß von dieser Seite dem Kaiserreiche gewiß keine Gefahr drohe, und hörte und las sie deshalb vielleicht um so lieber. Daß der

Die Feinde des Bonapartismus.

Die Aussichten der Dynastie.

Thron Napoleons für die nächste Zukunft feststehe, galt für ganz zweifellos, sofern nicht außerordentliche Zwischenfälle eintraten. Denn freilich wenn der Kaiser starb, wenn ein Mordversuch auf ihn glücklicher ausfiel als die, welche der Garibaldianer Pianori am 29. April 1855 und bald darauf der Schuhmacher Bellemare gemacht hatten, dann war der Fortgang der Ereignisse nicht zu übersehen. Napoleon selbst verhehlte es sich gewiß nicht, daß dann die Thronfolge des Sohnes, der ihm am 16. März 1856 geboren war, sehr unwahrscheinlich sei; in seiner Antwort auf den Glückwunsch des Senates gedachte er ernst der Schicksale derer, die vor diesem „Kinde von Frankreich" als Thronfolger geboren waren; ein Regentschaftsgesetz, das im Juli vom Senate genehmigt wurde, sollte, soweit das möglich war, die Schwierigkeiten im Fall eines vorzeitigen Todes des Kaisers hinwegräumen. Aber schwerlich gab es viele Leute, die einiges Vertrauen in diese papierene Stütze setzten. Das Kaiserreich beruhte ganz augenscheinlich auf zwei Augen; nicht die Kaiserin und nicht der Prinz Napoleon, Jéromes Sohn, waren geeignet in der Stunde der Gefahr den Zusammenbruch zu verhüten. Die Kaiserin genoß freilich in strengkirchlichen Kreisen großer Verehrung, weil sie treu zum Ultramontanismus hielt; aber nicht bei den Ultramontanen lag im Fall einer Revolution die Entscheidung. Und wenn andererseits der Prinz Napoleon mit den Republikanern liebäugelte, so war doch nur ein verschwindender Teil dieser Partei für seine Zuvorkommenheiten empfänglich, und zu größerem Einfluß hätte er besten Falls doch nur durch ein Mittel gelangen können, durch die Aufopferung des kaiserlichen Prinzen. Das Regiment, unter dem Frankreich stand, war also im allerstrengsten Sinne ein rein persönliches; die Partei, auf welche es sich stützte, folgte lediglich dem Kaiser und seinem Glück. Solange er Ämter und Ehren zu verleihen hatte, solange unter seinem Schutze das Börsenspiel blühte und Handel und Wandel in glänzendem Aufschwung begriffen waren, solange sein Wort Europa ängstlich lauschen machte und Frankreich mit dem Bewußtsein erfüllte die erste der Nationen zu sein, solange blieb der große Troß der Ämtersüchtigen und Ruheliebenden, der Erwerbslustigen und Gleichgültigen seiner Fahne treu, solange waren die feindlichen Parteien zur Unthätigkeit verurteilt. Aber weder das Heer noch die Landbevölkerung, die beiden breiten Pfosten, auf denen das Kaisertum ruhte, waren danach angethan die Fortdauer des Systems durch thätiges Eingreifen zu verbürgen, wenn der Kaiser einmal die Augen schloß.

Parteidemonstrationen.

Im einzelnen der Kundgebungen zu gedenken, durch welche die alten Parteien zeigten, daß sie noch am Leben seien, würde leicht eine falsche Vorstellung von ihrer Wichtigkeit hervorrufen. Mit besonderer Vorliebe wurden die Beerdigungen bedeutender Gegner des Kaisertums zu solchen Demonstrationen benutzt; die Ruhe des Friedhofs und das Gezänk der Parteien traten in eine Wechselbeziehung, als ob kein Verstand und kein gesundes Gefühl sich dagegen empörte. Kleine Verschwörungen, meist

von nichtigen und einflußlosen Leuten angezettelt, tauchten bald hier bald dort auf und wurden ohne Mühe erstickt, mochten sie nun die republikanische oder die legitimistische Farbe tragen. Der Haß und die Bosheit der Unterdrückten fand dann wohl in bitteren Reden der Angeklagten und ihrer Verteidiger eine kleine Genugthuung, aber dieser ärmliche Trost war selbst wieder eine Quelle des Verderbens für die Besiegten; es entschwanden ihnen die großen praktischen Gesichtspunkte unter den hohlen Phrasen ihrer Advokaten und den kleinlichen Nergeleien und Nadelstichen, mit denen sie die Regierung zu ärgern suchten. Die monarchischen Parteien der Bourbons und der Orleans trugen sich eine Zeitlang von neuem mit dem Gedanken ihren Einfluß durch eine Verschmelzung zu mehren. Der Graf von Chambord empfing in den Jahren von 1853—1856 Besuche und Briefe von den Herzögen von Nemours und Montpensier und hatte mit Louis Philipps Witwe Begegnungen in England und Italien. Aber ganz aufrichtig waren selbst diese Annäherungen nicht, die Herzogin von Orleans und ihr Sohn, der Graf von Paris, standen ihnen fern und schließlich kam es selbst zwischen Nemours und Chambord wieder zum Bruch. Napoleon hatte die Befriedigung, daß aus dem Doppellager des Königtums mancher geldbedürftige oder kampfesmüde Mann in seine Reihen übertrat, daß besonders der Adel immer weniger den Genuß der hohen Staatsämter verschmerzen konnte und äußerlich seinen Frieden mit der herrschenden Partei machte. In dem gesetzgebenden Körper bestand die kaiserliche Mehrheit vorzugsweise aus vormals Königischen. Eigene Parteigenossen, die sich zu Volksvertretern geeignet hätten, waren nur spärlich aufzutreiben; denn die Kaiserlichen geboten nur über wenige Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, und diese wenigen mußten an wichtigeren Stellen verwendet werden als in der einflußlosen Kammer. Daß die Bekehrten, welche hier unter der Leitung einiger erprobter Bonapartisten das Wort führten, nicht abtrünnig wurden, dafür sorgte einerseits die Verachtung, in die sie bei ihren früheren Gesinnungsgenossen gefallen waren, andererseits die Gewalt, welche die Regierung über sie hatte. Jeder wußte, daß alle Wahlen von den Präfekten und Maires gemacht wurden, daß nur die offiziellen Kandidaten Aussicht auf Erfolg hatten und daß ein Unzuverlässiger sicher war bei der Wiederwahl durchzufallen. Erst durch die Erneuerung der Kammer im Jahre 1857 kamen ein paar vereinzelte Gegner des Bonapartismus in das Palais Bourbon. Der Mut, mit dem sie ihre Ansichten vertraten, war aller Ehren wert; aber eine fruchtbare parlamentarische Thätigkeit hätten sie auch bei größerer Zahl nicht entwickeln können, denn der gesetzgebende Körper war zu völliger Ohnmacht verurteilt. Er hatte nicht das Recht die Vorlagen der Regierung zu verbessern, außer wenn der Senat seine Zustimmung gab; er bewilligte den Staatshaushalt in etwa 50 großen Posten und selbst diese schwache Schranke, die der finanziellen Willkür des Kaisers gezogen war, konnte durch einfache Verordnung überschritten,

Die Monarchisten.

Die Kammern.

Gelder, die zu dem einen Zweck bewilligt waren, zu dem anderen verwandt werden. Der gesetzgebende Körper durfte keine Bittschriften in Empfang nehmen, keine Interpellationen an die Minister richten; er hatte nicht das Recht sich in Adressen an den Kaiser zu wenden oder ungehindert zum Volke zu reden. Seine Verhandlungen wurden in amtlicher Zusammenziehung veröffentlicht und der Presse jede unparteiische oder besser gesagt jede andere Mitteilung als solche im Sinn der kaiserlichen Partei unmöglich gemacht.

Zukunftslosigkeit des kaiserlichen Systems.

Auf diese Weise schnitt sich der Bonapartismus selbst die Zukunft ab; aber freilich konnte er sie sich nur erobern durch die schwerste Gefährdung der Gegenwart. Gerade die Eigentümlichkeiten, in denen das Wesen des Bonapartismus bestand, prägten ihm den Stempel eines zukunftslosen Übergangssystems auf. Napoleon wollte die Wohlfahrt und die Gleichberechtigung der Massen durch eine ihrem Wesen nach absolute Regierung herbeiführen, aber er konnte sich nicht verhehlen, daß der Augenblick kommen werde, wo diese Massen der Vormundschaft überdrüssig werden und sich aus ihrer eigenen Mitte heraus würden regieren wollen. Die Freiheit, so hatte er am 14. Februar 1853 gesagt, hat nie ein dauerhaftes politisches Gebäude gründen helfen, sie kann es nur krönen. Also nötig war doch auch sie, ohne sie war das Gebäude nicht vollendet und gleichwohl war es dem Kaiser unmöglich zu ihr hinüberzuleiten, unmöglich sich eine lebensfähige parlamentarische Partei zu schaffen. Die Möglichkeit dazu gewähren hieß die Freiheit gewähren, und das konnte er wiederum nicht eher, als bis er eine ehrenhafte und tüchtige Partei, die den Kampf mit den anderen aufzunehmen vermochte, hinter sich hatte. Er befand sich in einem fehlerhaften Kreise, aus dem nicht herauszukommen war.

Fürsorge für die Massen.

So blieb also kein anderes Mittel zur Befestigung des bestehenden Regimentes als die Befriedigung der Massen. Daran ließ es der Kaiser nicht fehlen. Die großartigen Bauten, die er anordnete, gaben der Arbeiterbevölkerung reichlichen Verdienst, der Bauer wurde durch aufmunternde Worte, durch die Erhaltung der Ordnung, durch die Verbesserung der Verkehrsstraßen festgehalten, der kleine Bürger, der Kaufmann, der Industrielle gewann durch den unerhörten Aufschwung des Handels und der Gewerbe, durch den sich Aus- und Einfuhr in den 15 Jahren nach 1850 von $2^1/_2$ Milliarde auf das dreifache hob. Auch die geistige und sittliche Förderung des Volkes ließ Napoleon sich, soweit es ging, angelegen sein; der Verbreitung des Volksunterrichts widmete er unausgesetzt sein Interesse; in Paris z. B. stiegen die Ausgaben für das Schulwesen von 1847—1867 von etwas über eine Million auf das sechsfache; Arbeiterwohnungen, die zu ganzen Stadtvierteln anwuchsen, und Hilfskassen, bei denen 1859 über eine halbe Million Arbeiter beteiligt waren, beförderten nicht nur den Wohlstand der unteren Stände, sondern auch den Familiensinn und das Gefühl der Gegenseitigkeit, also die wirksamsten sittlichen Triebfedern. Wo sich eine

Gelegenheit bot dem atemlosen Jagen nach Gewinn, dem leichtsinnigen und sittenlosen Treiben der Hauptstadt entgegenzutreten, ließ Napoleon sie sich nicht entgehen. Er wußte recht wohl, wie gefährlich es sei sich nur auf den Materialismus des Volkes zu stützen, und je mehr ihn seine Lage gerade dazu zwang, um so begieriger benutzte er die spärlichen Anlässe auch dem Idealismus ein Wort zu gönnen. Die Bundesgenossenschaft, die sich bei solchen Gelegenheiten ihm aufdrängte, der katholische Klerus, war freilich auch wieder gefährlich. Wenn durch die Begründung von Gemeindebibliotheken und durch den Hausverkauf belehrender Schriften die Bildung des Volkes gehoben, wenn durch das Verbot des Vertriebes unsittlicher Bücher (in zwei Jahren wurden ihrer an 6000 verfehmt) der zunehmenden Verwilderung ein Riegel vorgeschoben werden sollte, so dienten diese Maßregeln, da sie unter Mitwirkung und Obhut der Geistlichkeit ausgeführt wurden, doch auch zur Verstärkung des Einflusses der Kirche nicht bloß in den Richtungen, wo er ihr bereitwillig einzuräumen war. Die Mirakelsucht und der Marienkultus mehrten sich in erschreckender Weise, seit 1853 die Jungfrau in La Salette einigen Hirtenkindern erschienen war und der Papst dies Wunder beglaubigt hatte. Auch das Unterrichtswesen befand sich in bedenklicher Abhängigkeit von den Bischöfen, und schon wagten es die Heißsporne unter denselben das Studium der griechischen und römischen Klassiker aus den höheren Schulen verdrängen und die Kirchenväter an deren Stelle setzen zu wollen. Mit den gemäßigten Männern, die noch auf vielen Bischofsstühlen saßen, wie mit dem Erzbischof Sibour von Paris, den ein halbverrückter Priester 1857 in der Kirche ermordete, konnte die Regierung allerdings sehr wohl zusammen wirken ohne dem Staate etwas zu vergeben; aber diese Gemäßigten hatten einen schweren Stand gegen die Hitzköpfe, für die Louis Veuillot im Univers das Wort führte. Sibour nahm den Kampf mit ihnen mutig auf und verbot das übereifrige Blatt; allein der Papst selbst ergriff 1853 für Veuillot Partei und der Erzbischof mußte sich dem Zeitungsschreiber unterwerfen. Zuweilen wagte der Kaiser es wohl den Klerikalen in deutlicher Weise sein Mißvergnügen zu erkennen zu geben; aber im allgemeinen suchte er sich sorgsam ihre Freundschaft zu erhalten, da ihre Feindschaft ihm nur zu leicht die Unterstützung der Landbevölkerung kosten konnte.

Der katholische Klerus.

Alles in allem stand also der Bonapartismus für den Augenblick fest: solange der Kaiser lebte, lag die Gefahr einer neuen Umwälzung in weiter Ferne. Heer, Geistlichkeit und Beamtentum waren für die bestehenden Verhältnisse gewonnen, Arbeiter, Bürger und Bauernstand zufrieden. Die Verwaltung des Reiches war in geschäftskundigen und gewandten, wenn auch nicht immer reinen Händen. Zu Veränderungen in seinem Ministerium griff der Kaiser nicht leicht, wenn ihn nicht Todesfälle dazu zwangen. An St.-Arnauds Stelle war 1854 Vaillant als Kriegsminister getreten, als Fortoul 1856 starb, übernahm Rouland den Unterricht. Drouyn de l'Huys allerdings räumte Walewski den

Die Verwaltung.

Platz im Auswärtigen Amte, als Mitte 1855 die Verhandlungen mit Rußland in Wien scheiterten, und Magne ging aus dem Handels- in das Finanzministerium über; Fould und Abbatucci waren mit ihm seit 1852 im Amte, Billault seit 1854, Rouher und der Admiral Hamelin seit 1855. Da der Kaiser allein verantwortlich war und alle diese Männer von Grundsätzen nicht viel hielten, sondern vorzugsweise auf Bewahrung ihrer Stellung bedacht waren und etwaige Schwenkungen daher bereitwillig mitmachten, so war zu häufigerem Wechsel in der That auch kein Anlaß vorhanden. Der Schein von Beständigkeit aber, der dadurch erzielt wurde, kam dem ganzen Regierungssystem zugute und befestigte den Glauben an des Kaisers überlegene Konsequenz und Klugheit, einen Glauben, der den ganzen Erdteil beherrschte und der rückwirkend dem Einfluß Napoleons und der Macht Frankreichs nicht geringen Vorschub leistete.

So verstrichen die nächsten Jahre nach dem Pariser Frieden, ohne daß bedeutende Ereignisse die Ruhe gestört hätten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung des Friedensvertrages herausstellten, wurden meist durch den Einfluß des Kaisers beseitigt, und mehr als eine Konferenz, die zu diesem Zwecke in Paris abgehalten wurde, rief den Völkern die Thatsache ins Gedächtnis, daß die Leitung Europas in Frankreichs Händen sich befinde. Manche andere Verwickelung, die sonst noch auftauchte und in derselben Weise geschlichtet wurde, wird im weiteren Verlaufe der Erzählung noch zu berühren sein. Man hätte glauben sollen, daß allmählich das Vertrauen in die friedfertigen Absichten des Kaisers ausschließlich die Herrschaft erlangen werde. Allein das war nicht der Fall, obgleich niemand die eigentümlichen Worte kannte, mit denen Napoleon am Schluß des Kongresses den kriegslustigen Grafen Cavour entlassen hatte: „Beruhigen Sie sich, ich habe das Gefühl, daß der Friede nicht lange dauern wird." Dies Gefühl war in der That allgemein. Da trat plötzlich eines jener unvorhergesehenen Ereignisse ein, die das Leben des Kaisers und damit die bestehende Ordnung bedrohten und zwar so ernstlich, daß Napoleon sich dadurch zu den folgenreichsten Entschlüssen für seine innere wie äußere Politik bestimmen ließ.

Orsinis Mordversuch.

Am Abend des 14. Januar 1858 fuhr der Kaiser mit der Kaiserin in die Oper. Schon seit einiger Zeit hatte die Polizei Kenntnis von einem Mordanschlag, den ein gewisser Pieri beabsichtige. Ein großes Aufgebot von Polizisten wurde daher stets bereit gehalten die Person des Monarchen zu schützen und war auch an diesem Abend vor der Oper aufgestellt. Unter der Volksmenge, die sie von dem Betreten des Trottoirs abzuhalten hatten, befand sich ein Mensch, der dies Verbot hartnäckig mißachtete; er wurde verhaftet und als Pieri erkannt. Ein paar Minuten später rollte der Wagen des Kaisers heran; in demselben Augenblicke flog eine Bombe durch die Luft, der gleich darauf zwei andere folgten; sie platzten vor und unter dem Wagen und verwundeten durch ihre Splitter 141 Personen, einige davon tödlich. Das Kaiser-

paar blieb unverletzt; nur ein Glassplitter ritzte dem Kaiser die Nase, auch sein Hut wurde durchbohrt. Ein paar Minuten später erschien er, von einem lauten Jubelsturm begrüßt, in seiner Loge und wohnte mit seiner Gemahlin der Vorstellung bis zu Ende bei.

Unter den Verhafteten befand sich ein Italiener, Namens Gomez, der ohne Ausreden sich als Diener des Flüchtlings Felix Orsini bekannte und dessen Wohnung angab. Die Polizei suchte ihn auf und fand ihn im Bett, von einem Bombensplitter im Gesicht verwundet. Weder er noch Pieri machten den Versuch zu leugnen. Orsini war 39 Jahre alt; sein ganzes Leben war eine fast ununterbrochene Kette von Verschwörungen gewesen. Zweimal in die Gewalt der Regierungen gefallen und beidemal dem Gefängnis entkommen, 1846 durch die Amnestie des Papstes, 1855 durch eine abenteuerliche Flucht aus Mantua, hatte er sich zuletzt in London aufgehalten und dort den Entschluß gefaßt Napoleon zu ermorden, weil er schuld an dem Scheitern der italienischen Erhebung von 1848 sei. Zu Genossen seines Planes hatte er einen flüchtigen Franzosen Bernard und seine Landsleute Pieri, Gomez und Rudio gewonnen; Bernard war jedoch nicht mit aus England herübergekommen. Das Geständnis der Verschwörer und die bei ihnen aufgefundenen Papiere ließen alle wesentlichen Punkte mit hinreichender Sicherheit erkennen, insbesondere auch den Umstand, daß der gefürchtete Mazzini, mit dem Orsini in schlechtem Einvernehmen lebte, durchaus unbeteiligt war. Die Verteidigung des Rädelsführers übernahm Jules Favre, wenn man es anders eine Verteidigung nennen wollte; denn bei dem Eingeständnis des Angeklagten beschränkte sich der berühmte Advokat darauf die Beweggründe seines Schützlings in ein möglichst günstiges Licht zu setzen und seine That als die Äußerung einer irregeleiteten Vaterlandsliebe hinzustellen. So wollte auch Orsini seine Handlungsweise aufgefaßt wissen. Ohne für sich um Gnade zu bitten richtete er angesichts des Todes am 11. Februar 1858 einen Brief an den Kaiser, in welchem er ihn beschwor Italien zu Hilfe zu kommen. Nicht einer unmittelbaren Unterstützung bedürfe es; Italien werde sich selbst befreien, wenn Frankreich nur verhindere, daß Deutschland Österreich seinen Beistand leihe. Befreien Sie mein Vaterland, so schloß der Brief, und der Segen von 23 Millionen folgt Ihnen in die Nachwelt.

Der Prozeß.

Orsinis Briefe.

Das merkwürdige Schriftstück blieb nicht ohne Eindruck auf das Gemüt des Kaisers; er gestattete, daß Favre es vor dem Gerichtshofe verlas und daß es veröffentlicht wurde. Dafür ihm zu danken schrieb Orsini einen zweiten Brief, am 3. März 1858. Die Teilnahme des Kaisers für sein Vaterland gewähre ihm, so versicherte er, keinen geringen Trost; er bereue seine That, biete willig sein Leben als Sühne für die unschuldigen Opfer derselben und beschwöre seine Landsleute nicht ferner den Mord zu den politischen Mitteln zu zählen. Die Begnadigung, die er nicht erbeten, erhielt er auch nicht; am 13. März erlitten er und Pieri den Tod auf dem Schafott, Rudio und Gomez wurden deportiert.

Einfluß auf die innere Politik.

Die nächste Folge des Ereignisses war eine Verschärfung des Polizeisystems und ein rücksichtsloses Einschreiten gegen die Reste der alten Parteien. Da der Polizeipräfekt Pietri und Billault, der Minister des Inneren, den Plan der Verschwörer trotz mancher Fingerzeige nicht rechtzeitig entdeckt hatten, mußten beide am 6. Februar ihre Posten verlassen und das Regiment an den General Espinasse abgeben, der sich zwar nicht gerade durch Feinheit und Verschlagenheit, umsomehr aber durch brutale Energie empfahl. Die Einteilung des ganzen Landes in die fünf Militärbezirke von Paris, Lyon, Toulouse, Tours und Nancy erleichterte die Verwendung der Truppen an jedem Orte, wo es not thun mochte. Die Presse wurde durch Verwarnungen und Unterdrückungen eingeschüchtert. Der Hauptschlag aber bestand in dem Erlaß der Sicherheitsgesetze, durch die eine Unzahl von politischen Vergehen mit der Verbannung oder der Verweisung nach Algerien oder in ein beliebiges Departement Frankreichs bedroht und überdies der Regierung das Recht gegeben wurde dieselbe Maßregel, wenn ernste Thatsachen es erforderlich machen sollten, ohne richterlichen Spruch über alle die zu verhängen, welche wegen der Ereignisse von 1848 bis 1851 verurteilt worden seien. Mit neunfacher Majorität genehmigte der gesetzgebende Körper am 14. Februar diese Anträge; nur 24 Stimmen erhoben sich dagegen und nach der selbstverständlichen Zustimmung des Senats konnten die Sicherheitsgesetze am 27. Februar 1858 veröffentlicht und sogleich in Vollzug gesetzt werden. Dies geschah in der rücksichtslosesten Art. Die Präfekten wurden nach Paris entboten und erhielten von Espinasse den Auftrag so und soviel Verhaftungen vorzunehmen; etwa 2000 Opfer wurden, oft ohne den geringsten Anhaltspunkt, auserkoren und teils in die Gefängnisse teils unter den gröbsten Mißhandlungen nach Algerien geschafft. Unter diesen Umständen war jeder Widerstand gegen die Regierung eine gefährliche Sache; besonders bedenklich mußte es erscheinen sich von der Opposition in die Kammer wählen zu lassen. Mancher, der sonst gern die Vertretung von Paris, das soeben Nachwahlen zu vollziehen hatte, übernommen haben würde, trat deshalb scheu zurück; zwei Männer aber wurden gewählt, die fortan mit den drei 1857 gewählten Republikanern, Emil Ollivier, Darimon und Hénon, zu einer geschlossenen Opposition zusammentraten: Jules Favre und Ernst Picard. Diese Gruppe der Fünf bildete mehrere Jahre hindurch den unscheinbaren aber unschätzbaren Mittelpunkt, von dem aller Widerstand gegen das Kaiserreich ausging, und ihrer geschickten Kampfesweise war es zu danken, daß die Fahne der Opposition nicht allein hochgehalten wurde, sondern auch neue Kämpfer um sich sammelte, so daß mit jeder neuen Wahl sich das Häuflein ihrer Verteidiger vermehrte.

Espinasse.

Die Sicherheitsgesetze.

Die Opposition in der Kammer.

Espinasses Rücktritt.

General Espinasse mußte übrigens seinen Ministerposten schnell wieder fahren lassen. Er verdarb es mit der Geistlichkeit, indem er die Wohlthätigkeitsanstalten zwingen wollte ihr unbewegliches Vermögen zu verkaufen und das Geld in Staatspapieren anzulegen. Der Stimme

des Klerus, die des Ministers Rücktritt forderte, konnte der Kaiser nicht widerstehen und ersetzte ihn schon im Juni durch Delangle, welcher den Prozeß gegen Orsini geleitet hatte. Gleichzeitig wurde für den Prinzen Napoleon ein neues Ministerium, das der Kolonieen und Algeriens, geschaffen, und da der Prinz sich von jeher mit seinen liberalen Ideen und Verbindungen gebrüstet hatte, so konnte man von seiner Ernennung, zumal sie mit Espinasses Entfernung zusammenfiel, immerhin eine Lockerung der straff angespannten Zügel erhoffen.

Auswärtige Politik.

Die auswärtige Politik Napoleons wurde durch Orsinis That in doppelter Weise beeinflußt; sie begann einen Feldzug gegen die Flüchtlinge in den Nachbarländern, und sie faßte entschlossener den Gedanken ins Auge, mit dem der Kaiser sich schon lange getragen: die Befreiung Italiens vom österreichischen Joch. Gleich nach dem Attentate mußten die Kammern dem Kaiser ihren Unwillen darüber aussprechen, daß gewisse Nachbarländer den Empörern und Meuchelmördern Gastfreundschaft gewährten; eine Adresse der Obersten der Armee schlug denselben Ton an, und gestützt auf diese „öffentliche Meinung" verlangte Walewski von dem britischen Kabinett und den kleineren Nachbarstaaten, Sardinien, Belgien und der Schweiz, Maßregeln für die Sicherheit Frankreichs. Daß die Grenzländer Hauptherde der Verschwörungen gegen das Kaisertum waren, ließ sich nicht bestreiten. Man brauchte nur die Schaufenster der Buchhandlungen in Brüssel oder Genf zu betrachten um zu sehen, wie hier alles Gift und alle Bosheit gegen den Bonapartismus sich ansammelte. Auch die liberalen Zeitungen dieser Grenzländer standen zum großen Teil im Kampfe wider Napoleon und unter dem Einfluß französischer Flüchtlinge. Zu wiederholten Malen schon hatte das Pariser Kabinett das Einschreiten der Nachbarregierungen gegen diese Anfeindungen erzwungen. Am bereitwilligsten war ihm Sardinien entgegengekommen, wo Cavour schon nach dem Staatsstreich im Februar 1852 einen Gesetzentwurf durchgebracht hatte, der die Beleidigung fremder Staatsoberhäupter den Geschworenen entzog und den Strafantrag des Beleidigten für unnötig erklärte. Als jetzt ein piemontesisches Blatt den Meuchelmord zu verteidigen wagte und nach dem bestehenden Rechte freigesprochen wurde, beeilte sich der Minister ein neues Gesetz vorzulegen, das solche Urteile in Zukunft verhindern sollte. In glänzender Rede wies er am 16. April 1858 den Vorwurf zurück, daß er fremdem Druck unwürdig nachgebe; nur dem Druck des Gewissens gehorche er; Italien könne der Allianzen nicht entbehren und dürfe sie nicht durch die Maßlosigkeiten seiner Presse verscherzen. So zahlreich die Gegner der Vorlage auch anfangs gewesen waren und wie heftig sie sich widersetzten, Cavour trug doch den Sieg davon, und Napoleon rechnete ihm diesen Dienst hoch an.

Beschwerden über die Flüchtlinge.

Sardinien.

Auch Belgien hatte schon ein paar Jahre früher auf Frankreichs Verlangen einschränkende Gesetzesbestimmungen getroffen. Zur Zeit des Pariser Kongresses waren die Angriffe der Brüsseler Zeitungen auf den

Belgien.

Kaiser so heftig geworden, daß Walewski in der Sitzung vom 8. April erklärte, wenn die belgische Regierung nicht aus eigenem Antriebe die Presse zur Ruhe bringe, so müsse Frankreich es ihr begreiflich machen, daß es die erste aller internationalen Pflichten sei keine Gefährdung der Ordnung in den Nachbarstaaten zu dulden. Dieser Sprache mußte sich das klerikale Ministerium, das damals am Ruder stand (de Decker, Vilain XIV., Nothomb), fügen und die gewünschten Verschärfungen der Preßgesetzgebung durchführen; eine Änderung der Verfassung lehnte es aber unbedingt ab. Zur Zeit des Orsinischen Attentates hatten die Liberalen die Regierung in den Händen. Das klerikale Ministerium hatte nämlich 1857 ein Wohlthätigkeitsgesetz eingebracht, das die Macht der Orden in bedenklicher Weise erhöhte, indem es das Vermögen frommer Stiftungen der Staatsaufsicht entzog und der Aufsicht der großenteils klerikalen Gemeindebehörden unterstellte. Schon bei der Beratung der Vorlage drohte Rogier, der Führer der Liberalen, damit, daß der Unwille des Volkes sich in einem Klostersturm Luft machen werde, und als das Gesetz am 27. Mai wirklich angenommen ward, begannen in der That in den großen Städten sofort blutige Straßenunruhen. Der König, der im Jahre vorher bei der Feier seines Regierungsjubiläums die dankbare Huldigung aller Parteien entgegengenommen hatte, war sehr erzürnt über dieses Benehmen der Liberalen. Ich steige zu Pferd, rief er entrüstet aus, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Mehrheit nicht beschimpfen! Trotz aller Unparteilichkeit und trotz seiner eigenen liberalen Gesinnungen waren ihm doch die Klerikalen im Ministerium bequemer; die Liberalen, pflegte er zu sagen, sind wie ein Band von Sand; sie waren unter sich oft uneinig und erschwerten ihm, wenn sie am Ruder waren, sehr die Regierung. Bei reiferer Überlegung konnte sich der Monarch aber doch nicht verbergen, daß die Aufreizung von dem Ministerium ausgegangen war. Das Wohlthätigkeitsgesetz war nichts weniger als unentbehrlich, es hatte keinen anderen Zweck als den, das Übergewicht der katholischen Partei dauernd zu machen. Jede Maßregel aber, die einer der beiden großen Parteien die Herrschaft dauernd verbürgen sollte, war für Belgien eine Gefahr. Das erkannte Leopold und sprach es in einem Briefe an den Minister des Inneren am 13. Juni 1857 unumwunden aus; er riet der Mehrheit das gefährliche Gesetz bis zur Beruhigung der Gemüter liegen zu lassen und schloß die Kammer für dieses Jahr. Die Stimmung wurde infolgedessen auch wirklich ruhiger, aber bei den Gemeindewahlen im Herbst bewies die ungeheuere Mehrheit, welche die Liberalen gewannen, daß sie in der That das Volk hinter sich hatten. Das Ministerium bot daher am 31. Oktober seine Entlassung und wurde durch Rogier, Frère-Orban, Tesch, die Führer der Opposition, ersetzt. Auch die zweite Kammer mit ihrer klerikalen Mehrheit mußte nun aufgelöst werden, und die Wahlen vom 10. Dezember ergaben fast eine Zweidrittelmajorität für die neue Regierung. Für das Verhältnis zu Frankreich war dieser starke Rückhalt sehr nützlich. Das

Ministerium durfte sich dem Drängen Walewskis, der Sicherheitsmaßregeln forderte, nicht widersetzen und würde bei schwächerer Mehrheit durch den Abfall einzelner Parteigenossen vielleicht eine Niederlage erlitten haben. Wie aber die Dinge jetzt standen, brachte es seine Vorlagen über Fremdenpolizei und Beleidigungen fremder Regenten ohne Schwierigkeit im Februar und März durch, und Napoleon war befriedigt.

Die Schweiz.

Der dritte der kleinen Nachbarstaaten, die sich dem Gebote Frankreichs fügen mußten, war die Schweiz. Für sie waren Beschwerden über das Asylrecht eine längst gewohnte Sache. Wie nach 1830, so war auch nach 1848 und zwar vorzugsweise von Österreich alles aufgeboten um die Bundesbehörden einzuschüchtern. Einen sehr unfreundlichen Notenwechsel hatte schon Ende 1852 die Ausweisung der fremden Klostergeistlichen aus dem Kanton Tessin veranlaßt; Österreich drohte als Gegenmaßregel die Vertreibung aller Tessiner aus der Lombardei an. Da kam am 6. Februar 1853 noch die unglückliche Mailänder Erhebung hinzu, die von der Schweiz aus befördert sein sollte. Sogleich wurde mit der Ausweisung der Tessiner Ernst gemacht, eine strenge Grenzsperre gegen den Kanton verhängt und vom Bundesrate die Entfernung der Flüchtlinge aus Tessin und Bürgschaften für die Zukunft verlangt. Allein in Bern blieb man fest und ließ sich auch durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen (am 21. Mai) nicht einschüchtern. Es erforderte das umsomehr Mut, als man auch mit Preußen wegen Neuenburgs auf dem schlechtesten Fuße stand. Für Friedrich Wilhelm IV. war dieser an sich so unbedeutende Streitpunkt zu einer Herzens- und Ehrensache geworden, und es bereitete ihm schweren Kummer, daß er seiner Partei in Neuenburg nicht zum Siege verhelfen konnte. Durch ein Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 war sein Besitzrecht zwar von den Großmächten anerkannt worden, aber bei keiner fand er Teilnahme für seine Bemühungen um Wiedererwerbung eines Ländchens, das nach Wellingtons treffender Bemerkung Frankreich jeden Augenblick besetzen und Preußen nie verteidigen konnte. Nicht einmal die verwickelten Verhältnisse während des Krimkrieges brachten das Berliner Kabinett seinem Ziele näher, und als Herr von Manteuffel in der großen Sitzung des Kongresses vom 8. April 1856 die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den einzigen Punkt in Europa lenkte, wo allen Verträgen zuwider noch immer die Revolution herrsche, fand seine Klage nicht den leisesten Widerhall. Wenige Monate darauf wurde die Angelegenheit in weitaus wirksamerer Weise Europa ins Gedächtnis gerufen. Die kleine preußische Partei in Neuenburg erhob sich am 3. September 1856 mit bewaffneter Hand, geführt von den Pourtalès, Meuron, Wesdehlen und anderen Adelsgeschlechtern des Landes. Man bemächtigte sich des Schlosses, nahm den Staatsrat gefangen und erklärte die Wiedereinsetzung des Königs in sein Fürstentum. Der Umschwung hielt aber kaum 24 Stunden vor. Schon anderen Tags eroberten 1500 Republikaner unter Oberst Denzler das Schloß und nahmen die 6—700 Königlichen

Der Neuenburger Handel.

gefangen. Friedrich Wilhelm hatte dem Putsche seiner Anhänger durchaus fern gestanden; jetzt für sie einzutreten war trotzdem zweifellos ein Gebot der Ehre. Das nächste, was er verlangte, war die Freilassung der Gefangenen; zugleich forderte er die Großmächte auf ihm auf diplomatischem Wege zu seinem Rechte zu verhelfen. Allein keines der Kabinette beeilte sich dieser Einladung nachzukommen; sie begnügten sich in Bern die Freilassung der Gefangenen zu unterstützen und erboten sich sogar, wenn diese erfolgt sei, Preußen zur Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs zu veranlassen. Eigensinnig steifte sich der Bundesrat jedoch darauf, daß diese Anerkennung der Entlassung von Pourtalès und 34 anderen Royalisten, die noch in Haft waren, vorausgehen müsse, und ließ sich weder durch die Abberufung des preußischen Gesandten von Sydow, noch durch die angedrohte Mobilmachung von vier Armeekorps und die Gestattung des Durchzugs preußischer Truppen durch die süddeutschen Staaten einschüchtern. Freilich lag eine Ermutigung für ihn darin, daß Österreich am 28. Dezember diesen Durchmarsch beanstandete und erst vom Bundestage genehmigt wissen wollte, was Preußen durchaus ablehnte. Dagegen unterstützte Frankreich ernstlich die Forderung der Freilassung der Gefangenen und verbürgte sich in diesem Fall gleichsam für Preußens Verzicht auf Neuenburg, so daß man in Bern denn doch einlenkte und am 15. Januar 1857 die Gefangenen freigab. Nun unterblieb die Mobilmachung und es begannen unter Frankreichs Vermittelung und Teilnahme der anderen Großmächte am 5. März Verhandlungen. Während derselben kam Herr von Bismarck in außerordentlicher Mission nach Paris. Er fand Napoleon sehr liebenswürdig und gar nicht unzufrieden damit, wenn das Schweizer Demokratennest ausgenommen würde; doch suchte er dem preußischen Ehrgeiz größere Ziele vorzuhalten, sprach von einem Krieg in Italien gegen Österreich als nahe bevorstehend, empfahl Preußen sich mit Hannover und Holstein zu arrondieren und wünschte für Frankreich nur eine kleine Grenzberichtigung am Rhein, da größere Erwerbungen die Koalition heraufbeschwören würden. Bismarck lehnte diese Eröffnungen mit der Bemerkung ab, der Kaiser werde auf diesem Wege in einen Sumpf geraten; in der Neuenburger Frage aber blieb Preußen nur der Rückzug möglich. Es kam endlich zu dem Vertrage vom 26. Mai 1857, der seitens Preußens den Verzicht auf Neuenburg, seitens der Schweiz eine vollständige Begnadigung, die Zahlung einer Entschädigung von einer Million Franken und einige untergeordnete Zugeständnisse enthielt. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erklärte der preußische Gesandte, daß sein König auf die Geldentschädigung verzichte, daß er aber seinen Fürstentitel weiter führen werde, wogegen die Schweiz natürlich nichts einwenden konnte.

Die Flüchtlingsfrage.

Für den glücklichen Ablauf dieser langwierigen und gefährlichen Verwickelung war man in Bern jedenfalls Napoleon den größten Dank schuldig. Ihn zu bethätigen gewährte das Orsinische Attentat eine recht unerwünschte Gelegenheit. Neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen war

allerdings nicht nötig, da der Bundesrat alle Vollmachten, deren er bedurfte, besaß; aber die Anwendung derselben war doch eine sehr unangenehme Sache. Der Kanton Genf widersetzte sich denn in der That auch der Ausweisung von siebzehn Italienern, die von ihm verlangt wurde; aber die Festigkeit des Bundesrates zwang ihn zum Nachgeben und seine nachträgliche Beschwerde bei der Bundesversammlung wurde abgewiesen. Der französische Kaiser hatte also in allen drei Nachbarstaaten seinen Willen erreicht, und wenn man auch mit Recht der Ansicht sein mochte, daß kein Gesetz imstande sein werde Männer von verzweifeltem Charakter von verzweifelten Unternehmungen abzuhalten, so war doch eine jede Erschwerung solcher Pläne für Napoleon sicher als ein Gewinn zu betrachten.

England und der Aufstand in Ostindien.

England und die Flüchtlingsfrage.

Ministerium Aberdeen.

Aber den unmittelbaren Anlaß zu Beschwerden hatten doch bei dem Orsinischen Attentate nicht Sardinien und nicht Belgien oder die Schweiz gegeben, sondern England. Die Hauptsache war also, daß auch dort Napoleons Forderungen befriedigt wurden. Wenn dies nicht geschah, so lag es nicht an dem Ministerium, an dessen Spitze des Kaisers bester Freund in England, Lord Palmerston, stand. Schon im Januar 1855 war nämlich die gemischte Verwaltung, die Lord Aberdeen im Dezember 1852 gebildet, von den peelitischen Elementen gereinigt, die in der That bei ihrer ausgeprägten Friedensliebe während des Krieges nicht an ihrem Platze waren. Die fortgeschrittenen Liberalen rechneten ihnen überdies die Unfruchtbarkeit des Kabinetts an inneren Reformen zur Schuld an, und einer von ihnen, einer der wenigen, die Lord Palmerstons kräftige äußere Politik von jeher bewundert hatten, Roebuck war es, der den allgemeinen Unwillen über die Zustände im Lager von Balaklawa zu benutzen wußte um seinen Freund an die Spitze der Regierung zu bringen. Der eigentliche Urheber der Krisis war indes Lord John Russell. Er hatte bereits im November 1854 den Versuch gemacht, das Kabinett zu sprengen, indem er verlangte, daß der Herzog von Newcastle das Kriegsministerium, dem er nicht gewachsen sei, an Palmerston abtrete. Diese Forderung stieß jedoch bei Aberdeen und den meisten Mitgliedern des Kabinetts, auch bei Palmerston selbst, auf so entschiedenen Widerspruch, daß Russell sie fallen ließ ohne selbst von seinem Posten zurückzutreten. Allein kaum war das Parlament eröffnet, so trat Roebuck mit dem Antrage hervor einen Ausschuß zur Prüfung der Mißstände in der Heeresverwaltung und der Verantwortlichkeit des Ministeriums für diese Mißstände zu ernennen. Noch an demselben Tage forderte Russell seine Entlassung und gestand dadurch seinerseits im voraus zu, daß zur Entschuldigung des Kabinetts nichts vorzubringen sei. Unter dem Eindruck dieser Thatsache wurde Roebucks Antrag mit 305 gegen 148 Stimmen

angenommen; Aberdeen mußte mit dem ganzen Kabinett zurücktreten. Nun aber zeigten sich die größten Schwierigkeiten, wie man zu einer Neubildung des Ministeriums gelangen sollte. Derby, den die Königin zuerst berief, hatte keine Mehrheit im Unterhause; ein Versuch sich mit Palmerston, Gladstone und Sidney Herbert zu verständigen mißlang. Lord Landsdowne, der greise Führer der Whigs, unter dem sowohl Russell wie Palmerston zu dienen bereit waren, lehnte aus Gesundheitsrücksichten bestimmt ab. Russell selbst, an den sich die Königin nur zögernd wandte, mußte die Erfahrung machen, daß sein jüngster Schritt ihm in der eigenen Partei arg verübelt wurde und daß er nicht einmal auf den Beistand langjähriger Freunde zählen könne. So verging eine Woche, bis endlich Palmerston die Kabinettsbildung zustande brachte; es waren bis auf Aberdeen, Russell und Newcastle die Männer des früheren Ministeriums; Gladstone, Sidney Herbert und Sir James Graham gehorchten den dringenden Bitten ihres bisherigen Chefs, indem sie blieben. Schon nach 14 Tagen fanden sie ihre Stellung aber doch unhaltbar und traten wieder aus, worauf durch die Berufung Russells und einiger minder bedeutender Männer das Kabinett sich zu einem rein whiggistischen gestaltete. Sehr fest war begreiflicherweise die Stellung auch dieses Ministeriums den verschiedenen Parteien gegenüber nicht; zu inneren Reformen fand es ebensowenig wie seine Vorgänger Zeit oder Kraft; tauchte irgend eine Frage auf, die ihm die fortgeschrittenen Liberalen entfremdete, so war sein Sturz unvermeidlich. Und solch eine Frage rührte nun Napoleon durch seine Beschwerden gegen die Flüchtlinge übereilterweise auf. Palmerston glaubte ihm eine gewisse Genugthuung nicht versagen zu dürfen und brachte am 8. Februar 1858 ein Gesetz ein, das jede Verschwörung zum Zweck des Mordes, auch wenn sie gegen Fremde gerichtet sei, mit Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren bedrohte. Diese Nachgiebigkeit gegen den französischen Kaiser führte zum zweitenmale seinen Sturz herbei. In zahlreichen Meetings erhob die englische „öffentliche Meinung" Verwahrung gegen solche Handlangerdienste, die bei dem Stande der englischen Gesetzgebung obendrein ganz überflüssig seien, und das Unterhaus beschloß am 19. Februar mit 234 gegen 215 Stimmen ein Tadelsvotum, weil das Ministerium eine derartige Vorlage gemacht habe ohne vorher die französische Beschwerdenote vom 20. Januar zurückzuweisen. Das Kabinett reichte darauf seine Entlassung ein, und bei der völligen Zersetzung der liberalen Partei fiel nun den Tories die Regierung zu: Lord Derby trat an die Spitze des Ministeriums, Malmesbury übernahm das Äußere, Disraeli die Finanzen. Um den Bogen nicht zu scharf anzuspannen lenkte darauf auch Napoleon etwas ein und ersetzte seinen Gesandten in London, Herrn von Persigny, durch den Marschall Pélissier, der als Sieger vom Malakoff für eine den Engländern genehme Person gelten durfte. Wirklich stellte sich das gute Einvernehmen auch schnell wieder her und als im August der Kriegshafen von Cherbourg eingeweiht wurde, drückte der Besuch der

Ministerium Palmerston.

Palmerstons Sturz.

Napoleons Rückzug.

Königin von England der auf beiden Seiten gewünschten Versöhnung den öffentlichen Stempel auf.

Die Tories übernahmen von ihren Vorgängern eine so schwere kriegerische Erbschaft in Asien, daß sie einen Bruch mit Frankreich in der That selbst dann nicht hätten verantworten können, wenn ihnen der Kaiser minder bereitwillig entgegengekommen wäre. Einen Krieg mit Persien hatte Lord Palmerston vor Jahresfrist zwar glücklich beendet; aber einen Krieg mit China und schlimmer als das, einen furchtbaren Aufstand in Ostindien, hinterließ er seinen Nachfolgern. Um diese asiatischen Verwickelungen zu schildern müssen wir zum Teil etwas weiter wieder zurückgreifen.

Der persische Krieg.

Die Zustände in Persien und Afghanistan hatten seit dem Rachezuge Pollocks und der Rückkehr Dost Mahomets im Jahre 1842 keinen Anlaß zu kriegerischer Einmischung geboten, obgleich Herat nach Kamrans Tode 1843 wieder zum Spielballe der Parteien geworden war. Nach dem Beginn des Krimkrieges wünschte Rußland aber die Engländer in diesen Gegenden wieder zu beschäftigen und stiftete den Schah von Persien an, daß er einen Neffen Kamrans, Yussuf, bei einem Zuge gegen Herat unterstützte. Für kurze Zeit gelangte Yussuf 1855 wirklich in den Besitz der Stadt; bald aber wurde er wieder verjagt und rief den Schah von Persien, den er als Lehnsherrn anerkannte, um Hilfe an. Diese wurde bereitwillig geleistet, obgleich ein englisch-persischer Vertrag von 1853 es verbot, und am 26. Oktober 1856 mußte Herat sich den Persern ergeben. Umgehend erklärte England darauf den Krieg. Eine Flotte unter Admiral Leake mit Landungstruppen, deren Befehl später Sir James Outram übernahm, lief im November in den persischen Meerbusen ein und nahm von der Insel Karrak und der Stadt Buschir für die englische Krone Besitz. Ins Innere vorzudringen hielt Outram nicht für geraten, sondern begnügte sich, die Perser am 8. Februar 1857 bei Kuhschab zurückzuschlagen und das nahe der türkischen Grenze gelegene wichtige Mohammerah zu besetzen. Inzwischen aber war in Paris unter französischer Vermittelung am 4. März ein Frieden geschlossen, durch den Persien gegen Rückgabe der englischen Eroberungen auf Herat verzichtete und in künftigen Streitigkeiten mit den Afghanen zunächst Englands gute Dienste anzurufen versprach. Im April konnte Outram mit seinen Truppen nach Indien zurückkehren und kam gerade rechtzeitig um dort zur Unterdrückung des großen Aufstandes mitzuwirken. Auch nach der Einverleibung des Pendschab hatte Lord Dalhousie seine Vergrößerungspolitik fortgesetzt und jede Gelegenheit, die ihm der Todesfall eines indischen Fürsten bot, benutzt um weitere Gebiete für verfallen zu erklären und bisher bezahlte Pensionen zurückzuhalten; einer von denen, welche darunter litten, war Nena Sahib, der bald eine hervorragende Rolle spielen sollte. Gegen Osten hin gab ein Krieg gegen Birma Gelegenheit zur Machtentfaltung. Zwei englische Rheder waren von einem birmanischen Gerichtshofe zu einer Strafe von 125 Pfund verurteilt

Ausdehnung der britischen Herrschaft in Ostindien.

Krieg mit Birma.

worden, die sie obendrein anderen englischen Unterthanen zu zahlen hatten. Auf ihre Beschwerde erschien im November 1851 ein Geschwader unter Kommodore Lambert vor Rangun, dem einige Monate später eine Landungsarmee unter General Godwin folgte. Der Krieg dauerte bis in den April 1854 und endete mit der Abtretung der ganzen Ostküste, soweit sie nicht schon in dem Kriege von 1826 an England überlassen war.

Das Königreich Audh.

Die folgenreichste Einziehung, zu der Lord Dalhousie schritt, war aber die des Königreichs Audh mit der Hauptstadt Luckno zwischen dem mittleren Ganges und dem Himalaya. Die Zustände, die hier unter der Regierung des Wajid Ali seit 1847 herrschten, waren allerdings so, daß ihre Fortdauer unter den Augen eines britischen Agenten eine Schmach für England war. Wir haben einen Narren zum König, einen Buben zum Minister, und beide stehen unter dem Einfluß des gewandtesten und gewissenlosesten Schurken, so lautete das zusammenfassende Urteil dieses Agenten. Freilich brauchte deshalb nicht gerade gleich das ganze Land eingezogen zu werden; aber Lord Dalhousie bestand darauf und Sir James Outram erklärte im Februar 1856 an der Spitze eines Heeres den Wajid Ali, der eine Pension von 120 000 Pfund erhielt, für abgesetzt, und die 4—5 Millionen Menschen, welche das Königreich bewohnten, der unmittelbaren britischen Herrschaft unterworfen.

Indische Zustände.

Die gesamte Bevölkerung des indischen Reiches konnte um diese Zeit auf 175 Millionen geschätzt werden, von denen etwa der siebente Teil in Vasallenstaaten lebte. Die bewaffnete Macht der Kompagnie belief sich auf reichlich 300 000 Mann, von denen kaum ein Sechstel Europäer waren, ein buntes Gemisch aus den niederen Ständen Großbritanniens aber gestählte und waghalsige Naturen. Die einheimischen Truppen, Sepoys genannt, teils Hindus, teils Mohammedaner, zählten in der wichtigsten der drei großen Armeen, der von Bengalen, viele Brahmanen; in den anderen beiden waren fast nur Hindus der niederen Kasten. Auf ihre Treue war schon seit Jahrzehnten kein ganz sicherer Verlaß; ihr Mangel an Disziplin wurde seit den zwanziger Jahren von den englischen Offizieren bitter beklagt und gelegentlich kamen die Widersetzlichkeiten offenem Aufstande fast gleich. Die europäischen Truppen waren den Sepoys an Zahl bei weitem nicht gewachsen und überdies durch das ungeheuere Land zerstreut, „wie Pfeffer, den man aus einer Pfefferbüchse schüttet". Bei einem großen Aufstande der Eingeborenen waren diese vereinzelten Häuflein der drohendsten Gefahr ausgesetzt und bestenfalls mußte geraume Zeit verfließen, ehe sich an irgend einem Punkte eine achtunggebietende europäische Streitmacht versammeln konnte.

Unzufriedenheit.

Die Möglichkeit eines solchen Aufstandes war aber seit langem von den leitenden Männern in Indien sehr wohl erkannt worden; seit zwanzig Jahren waren alle ihre Berichte voll von Befürchtungen für die Zukunft. Die Hindus waren durch Neuerungen aller Art, Einführung der Impfung, Verbot des Kindermordes und der Witwenverbrennung, Errichtung von

Mädchenschulen u. dgl., empfindlich gereizt; die Mohammedaner erbitterte es einen ihrer Fürsten nach dem anderen seiner Macht beraubt und nun zuletzt auch das Königreich Audh, die letzte Erinnerung an das Reich des Großmoguls, vernichtet zu sehen. Sie waren es, von denen der Anstoß zur Empörung ausging, die durch Priester und Fakire, durch briefliche Verbindungen und Anschläge an den Thüren der Moscheen Aufregung zu erzeugen suchten, die geheimnisvoll von dem bevorstehenden Erscheinen eines Arvatars, eines Erlösers, sprachen und eifrig eine alte Prophezeiung verbreiteten, laut deren die Europäer nicht länger als hundert Jahre in Indien herrschen sollten. Nun war aber der 22. Juni 1857 der Tag, an welchem Lord Clive vor hundert Jahren durch die Schlacht von Plassey die britische Macht am Ganges begründet hatte; auf diesen Tag wurde deshalb der Ausbruch der Verschwörung festgesetzt; mit einem Schlage sollten die zerstreuten Europäer niedergemetzelt und ein einheimisches Reich errichtet werden. Aber die Erregung, die man in den Sepoy-Regimentern genährt hatte, ließ sich nicht so lange zurückhalten; ein geringfügiger Umstand beschleunigte ihren Ausbruch. Zu Anfang des Jahres verbreitete sich das Gerücht, die Patronen zu der Enfield-Büchse, die eben eingeführt wurde, seien mit Schweine- oder Kuhfett versetzt, Schweinefett, das der Mohammedaner, Kuhfett, das der Hindu und besonders der Brahmane, wie alles was von jenen Tieren herkommt, ohne Verunreinigung nicht berühren darf. Fast gleichzeitig wurden von Dorf zu Dorf, von Regiment zu Regiment kleine Mehlkuchen verbreitet, die aus dem Pendschab kamen und als Zeichen der Verschwörung dienten. Die Folge war, daß der verborgene Zunder hier und da vor der Zeit Feuer fing. Brandstiftungen und Widersetzlichkeiten kamen schon im Februar in einzelnen Garnisonen vor, denen die neuen Patronen ausgeteilt waren. In größerem Umfange traten sie im April in Mierut, 11 Stunden nordöstlich von Delhi, auf; aber die britischen Offiziere achteten diese Anzeichen gering und glaubten durch Strenge jede Unbotmäßigkeit unterdrücken zu können. Etwa 80 Sepoys die sich geweigert hatten, sei es die alten sei es die neuen Patronen anzunehmen, wurden zu zehnjährigem Gefängnis verurteilt und der Vorsitzende des Kriegsgerichts glaubte damit die Sache abgethan; noch am 9. Mai 1857 berichtete er: Wir werden nichts weiter von einer Verschwörung hören. Aber schon anderen Tages ging der Sturm los. Die Kameraden der Verhafteten erbrachen das Gefängnis und stürzten sich auf die ahnungslosen Europäer; zwei Infanterie-Regimenter und ein Teil der Bevölkerung schlossen sich ihnen an; es begann ein scheußliches Gemetzel, in dem der Oberst Finnis mit anderen Offizieren, Frauen und Kindern den Tod fand. Allerdings gaben die Meuterer Mierut dann sofort auf ohne sich in einen Kampf mit der europäischen Besatzung verwickeln zu lassen. Sie eilten nach Delhi, wo nur einheimische Truppen standen, die sofort auf ihre Seite traten und die Greuelscenen von Mierut in noch entsetzlicherer Weise wiederholten. Ein reiches Kriegs-

Ausbruch der Empörung.

Aufstand in Mierut,

in Delhi.

material, 64 schwere und gegen 100 leichte Kanonen, große Vorräte von Gewehren, Pulver und Kugeln, dazu etwa zwei Millionen Pfund Sterling in barem Gelde fielen in ihre Hände. Auch ein Haupt, das der ganzen Bewegung den Namen geben sollte, fanden sie hier: den 90jährigen Schah Akber, den Sohn des letzten, 1806 gestorbenen Moguls, den sie am 11. Mai 1857 als Herrscher von Indien ausriefen. Einfluß gewann der alte Mann nicht im entferntesten und von einer gemeinsamen Leitung des Aufstandes war überhaupt nicht die Rede. Planlos wirkten die Führer in den verschiedenen Gegenden nebeneinander, und Nena Sahib, Tantia Topih und wie sie alle heißen mochten, erkannten keinen höheren über sich an. Die Kunde von den Vorgängen in Delhi war überall, wohin sie kam, das Zeichen zum Aufstande. Nur wo englische Truppen neben den Sepoys standen, heuchelten diese Treue und Anhänglichkeit; wo das nicht der Fall war, ging es sofort ans Plündern und Morden, und die furchtbarsten Freveltaten eröffneten fast allerorten den Aufstand. Glücklicherweise that der Telegraph den Engländern gute Dienste und brachte in die ferneren Teile des Landes die Nachricht so früh, daß Vorsichtsmaßregeln getroffen und viele Sepoy-Regimenter entwaffnet werden konnten. Die Präsidentschaften von Madras und Bombay sowie das Pendschab, wo Sir John Lawrence befehligte, blieben infolgedessen von der Empörung fast ganz verschont; die Sikhs, die eben erst unterworfen waren, enthielten sich jeder Teilnahme und kämpften sogar tapfer an der Seite der Engländer. Auch die Ghorkas und andere Bergstämme des Himalaya blieben treu und was noch wichtiger war, die Landbevölkerung zeigte sich fast überall vorsichtig und zuverlässig. Ihre Haupttriumphe feierte die Empörung im Gebiete des mittleren Ganges und des Dschumna, wo britische Truppen nur in sehr geringer Zahl standen. Hier waren nur vier Garnisonen außer der von Mierut imstande sich zu behaupten, die von Benares unter Oberst Ponsonby, von Luckno unter Sir Henry Lawrence, von Kanpur unter Sir Hugh Wheeler und von Agra, wo Oberst Thompson befehligte. Diese inselartigen Citadellen rechtzeitig zu entsetzen mußte die erste, Delhi, das Hauptquartier der Aufständischen, wiederzugewinnen die andere Aufgabe sein, deren Lösung in Angriff zu nehmen war. Benares konnte auf dem Ganges leicht erreicht werden und war bald außer Gefahr; Kanpur umgekehrt fiel, ehe ihm Hilfe gebracht wurde. General Wheeler hatte dem Aufstande, der dort am 5. Juni ausbrach, drei Wochen lang in einer verschanzten Kaserne getrotzt; ein Ausfall am 26. Juni kostete ihm das Leben, und nun entschloß sich die bedrängte Besatzung zu einer Kapitulation, durch die ihr freier Abzug verbürgt wurde. Allein Nena Sahib, der sich den Ruf erwarb von allen diesen indischen Wüterichen der grausamste und hinterlistigste zu sein, brach den Vertrag, überfiel die Abziehenden, schleppte die Frauen in die Gefangenschaft und ließ alle Männer ermorden. So blieben also nur Luckno und Agra, die auf Entsatz harrten. An beiden Orten gab es

Abfall Bengalens.

Die britischen Citadellen.

Der Fall von Kanpur.

Luckno und Agra

viele und heiße Kämpfe mit den Schwärmen der Belagerer, und hier wie dort erhielten die Kommandanten Sir Henry Lawrence und Oberst Thompson bei heldenmütiger Verteidigung die Todeswunde. Aber die Hoffnung auf Errettung hielt die Bedrängten aufrecht und ließ sie den schwersten Entbehrungen und Mühsalen trotzen. Von zwei Seiten her war Hilfe im Anmarsch: aus dem Pendschab kam der Oberbefehlshaber der indischen Armeen, Lord Anson, ein alter, gebrechlicher Mann, den die Nachricht von den schrecklichen Ereignissen aus seiner Sommerresidenz Simla (im Gebiete des oberen Sutledsch) aufgescheucht hatte; von Osten her auf dem Ganges nahten Sir Henry Havelock und Sir James Outram. Anson nächstes Ziel mußte Delhi sein und trotz mangelhafter Ausrüstung seiner Truppen und glühender Sommerhitze rückte er eilig darauf los; denn hier galt es, wie Sir John Lawrence antreibend ihm zurief, die Sicherheit des Reiches, gegen die alle Bedenken, die aus den Regeln der Kriegskunst erwachsen mochten, zurücktreten mußten. Aber kaum hatte Anson den Vormarsch begonnen, so starb er am 27. Mai an der Cholera. General Barnard, der ihn ersetzte, traf am 8. Juni vor Delhi ein und erkämpfte sich eine feste Stellung vor der Stadt; doch ehe die Belagerungsgeschütze nachkamen, raffte auch ihn Anfang Juli die Cholera dahin. Beinahe zwei Monate verstrichen unter schweren Kämpfen ehe General Wilson, der jetzt die oberste Leitung hatte, am 14. September 1857 den Befehl zum Sturm erteilen konnte; es gelang in die Stadt einzudringen, aber bis zum 20. dauerte der Kampf in den Straßen und über 1200 Mann betrug der Verlust des kleinen englischen Heeres. Schah Akber, der mit den Seinen entflohen war, wurde etwa drei Meilen von der Stadt eingeholt und gefangen; vor Beendigung des Prozesses, der gegen ihn angestrengt wurde, starb er im Gefängnis. Daß die Grausamkeiten der Empörer auch bei den Engländern wilden Rachedurst geweckt hatten, war nur zu begreiflich, und das Strafgericht, das über Delhi und die gefangenen Rebellen erging, war schrecklich. Indes beinahe die ganze Streitmacht derselben war entkommen, und Wilson hatte daher noch die schwierige Aufgabe sie zu verfolgen; den Entsatz von Luckno und Agra mußte er Havelock überlassen, der trotz seiner geringen Mittel einen glücklichen Anfang damit gemacht hatte. Ein schneller Marsch von Allahabad aus, in der Gabel zwischen Ganges und Dschumna, führte ihn nach drei siegreichen Schlachten in kaum drei Wochen am 17. Juli zunächst nach Kanpur, das südöstlich von Luckno liegt. Nena Sahibs Heer wurde in diesen Kämpfen auseinandergesprengt, er selbst aber entkam. Havelock setzte nun unmittelbar seinen Marsch auf Luckno fort; allein die Feinde, die sich ihm entgegenstellten, waren so zahlreich, daß es langer Kämpfe bedurfte, ehe er die Hauptstadt von Audh erreichte, und nachdem er sich am 30. September endlich den Zugang zu den Belagerten, die nur noch die sogenannte „Residenz" besetzt hielten, erstritten hatte, schlossen sich alsbald wieder die Reihen der Aufständischen, und es war nicht mehr erreicht als eine Verstärkung der

Einnahme von Delhi.

Havelocks Marsch nach Kanpur.

Erster Entsatz von Luckno.

Besatzung, bei den geringen Vorräten an Lebensmitteln ein zweifelhafter Vorteil. Glücklicher war der Oberst Greathed, der zum Entsatz von Agra aufgebrochen war und zwar etwas später, am 10. Oktober, dort eintraf, dann aber in seinen weiteren Bewegungen ungehemmt blieb. Havelock mußte seine eigene Befreiung jetzt von Sir Colin Campbell erwarten, der als Ansons Nachfolger im Oberkommando Ende Oktober von Kalkutta aufbrach. Über Kanpur näherte er sich Mitte November den hart Bedrängten und vereinigte sich am 17. mit ihnen. Es konnte nicht seine Absicht sein Luckno mit den Streitkräften, über die er verfügte, gegen die ungeheuere Überzahl der Rebellen zu behaupten; es kam zunächst darauf an Frauen und Kinder, Verwundete und Kranke in Sicherheit zu bringen und einen leichter zu verteidigenden Punkt möglichst nahe bei Luckno zu besetzen um von da aus später den Angriff wieder aufzunehmen. Während er selbst mit den Geretteten nach Kanpur zurückkehrte und sie von dort nach Kalkutta sandte, erhielt Outram den ehrenvollen Auftrag mit etwa 4000 Mann bei Alumbagh, kaum zwei Stunden von Luckno, die Wiederaufnahme des Angriffs abzuwarten, Seinen treuen Kampfgenossen Havelock ereilte hier am 25. November der Tod an der Ruhr. Wochen vergingen ehe Campbell imstande war von Kanpur wieder vorzurücken; denn ehe dies geschah, mußte er in seinem Rücken das Land am rechten Ganges-Ufer von feindlichen Banden gesäubert haben. Glücklicherweise trafen jetzt reichliche Verstärkungen aus Europa ein; in vielen Gefechten wurden die Aufrührer von Gwalior zurückgeschlagen, und als der Obergeneral selbst sich wieder nach Audh begab, konnte er den General Sir Hope Grant mit genügenden Truppen zurücklassen um sein Werk in diesen Gegenden zu vollenden. Outram hatte während dieser langen Zeit allen Angriffen auf Alumbagh siegreich widerstanden. Mitte Februar ward er aus seiner gefährlichen Lage befreit, und von verschiedenen Seiten rückten die Engländer, allein an Fußvolk 50 000 Mann stark, gegen Luckno vor. Auch so war die Eroberung der inzwischen stark befestigten Stadt keine leichte Sache und vom 9. bis 19. März 1858 wurde fast täglich gekämpft und gestürmt bis endlich die Rebellen sich zur Flucht wandten.

Entsatz von Agra.

Sir Colin Campbell.

Sir James Outram.

Kämpfe in Gwalior und Audh.

Zweite Einnahme von Luckno.

Die Unterwerfung von Audh war damit allerdings noch keineswegs gesichert, denn die 50 000 Aufrührer, die sich in die Berge und Sümpfe gerettet hatten, sammelten sich leicht wieder zu neuen Angriffen. Ebenso dauerte in den anderen Provinzen der Krieg ununterbrochen fort; allein die einzelnen Thatsachen desselben, die Belagerungen und Eroberungen von Städten, das Zersprengtwerden und Wiederzusammenlaufen der Rebellenscharen, trugen doch nur das Gepräge eines großartigen Guerillakrieges: nach dem Fall von Luckno konnte über den Ausgang des Kampfes kein Zweifel mehr obwalten, und die Auszeichnungen, welche die Königin den hervorragenden Generalen verlieh, insbesondere die Erhebung Campbells zum Lord Clyde of Clydesdale, waren wohlverdient. Von den bedeutenderen Häuptern des Aufstandes verteidigte sich Nena Sahib lange

Nena Sahib.

in Gwalior; als im Juni 1858 Sir Hugh Rose diese Stadt und die Burg erstürmte, entfloh er und warf sich in die nördlichen Grenzdistrikte; über seinem Ausgang schwebt ein Dunkel; angeblich soll er in Nepal 1859 gestorben sein. Tantia Topih, von allen Führern der Empörung der ausdauerndste und fähigste, kämpfte bis in den April 1859 gegen die Engländer, wurde dann von einem Freunde verraten und durch ein Kriegsgericht zum Galgen verurteilt. Erbarmen kannten die Sieger nicht und durften sie nicht kennen; es galt nicht allein Frevel zu strafen, die zum Teil alle Vorstellung übertrafen, sondern es konnte auch der Wiederkehr ähnlicher Erhebungen nur durch rücksichtslose Strenge vorgebeugt werden; Gnade würde nur mißverstanden sein, und die Gefangenen selbst wußten sehr wohl, welches Schicksal sie verdient hatten. Zu Hunderten wurden sie vor die Kanonen gebunden und weggeblasen, wie der übliche Ausdruck lautete; nur denen, die keinen Teil an der Ermordung britischer Unterthanen gehabt, wurde Verzeihung versprochen, wenn sie vor dem 1. Januar 1859 die Waffen niederlegten. Je geringer die Aussichten auf Sieg im Laufe des Herbstes wurden, um so häufiger wurde von dieser Begnadigung Gebrauch gemacht, und wenn auch zu Anfang des Jahres 1859 noch zahlreiche bewaffnete Banden vorhanden waren, so war in weitaus den meisten Gegenden doch die Ruhe wiederhergestellt. Die Gefangennahme und Hinrichtung Tantia Topihs durfte als der Endpunkt des Krieges bezeichnet werden.

Tantia Topih.

Strafgerichte.

Die ostindische Kompagnie erlebte diesen Endpunkt nicht mehr. Schon vor dem Ausbruch der Empörung war in England wie in Indien eine kräftige Bewegung im Gange um dieses Kaufmannsregiment zu beseitigen; ohne die Rebellion würde aber doch wohl alles beim alten geblieben sein, da die Kompagnie-Privilegien erst 1853 mit einigen Beschränkungen erneuert waren. Doch hatte man sich diesmal nicht wie 1833 für zwanzig Jahre die Hände gebunden, sondern die Privilegien nur bis dahin verlängert, wo das Parlament andere Bestimmungen treffen werde, und so konnte jetzt die unerläßliche Reform sofort begonnen werden. Eine Verzögerung trat allerdings durch den Ministerwechsel ein, den das Orsinische Attentat im Gefolge hatte. Die indische Bill Palmerstons war kaum am 18. Februar 1858 mit beinahe 150 Stimmen Mehrheit durch die erste Lesung gegangen, als ihr Urheber zurücktreten mußte. Die Tories brachten dann eine neue, nicht sehr verschiedene Vorlage ein, und nachdem das Parlament diese im Juli angenommen hatte, legte das Direktorium der Kompagnie am 1. September 1858 seine Herrschaft nieder, und Lord Stanley übernahm als Minister für Indien die Verwaltung, unterstützt von einem Regierungsrate, der zum Teil aus den bisherigen Direktoren bestand. Zum Vizekönig des mächtigen Reiches wurde der bisherige General-Statthalter Lord Canning ernannt, der während des Aufstandes mit großer Umsicht und Mäßigung seines Amtes gewaltet hatte. Die Finanzen Indiens blieben von denen Englands gesondert, wurden aber den Beschlüssen des britischen Parlamentes

Aufhebung der ostindischen Kompagnie.

unterworfen. Sie waren schon vor 1857 ungünstig genug gewesen und durch die gewaltigen Kosten des Krieges vollends zerrüttet, so daß ihnen nur durch Anleihen und starke Zollerhöhungen aufgeholfen werden konnte. Trotz des Reichtums des Landes und des mächtigen Aufschwungs des Handels, dem durch die Erschließung von China und Japan, durch die Herstellung der Telegraphenverbindung mit England und durch die Eröffnung des Suezkanals neue Wege gewiesen wurden, wollte das Gleichgewicht im indischen Budget jahrelang nicht wiederkehren und Mißernten, die schwere Hungersnot im Gefolge hatten, verhinderten es, daß die Zerstörungen, welche die Empörung angerichtet hatte, so schnell überwunden wurden, wie man unter anderen Umständen wohl hätte erwarten können.

Verwicklungen in Ost- und Mittelasien.

China. Gleichzeitig mit dem indischen Aufstande hatte England auch gegen China kämpfen müssen um dort die Durchführung der früher erlangten Zugeständnisse zu erzwingen. Der Hafen von Kanton, der nach dem Frieden von 1842 dem englischen Verkehr geöffnet werden sollte, war trotzdem geschlossen geblieben. Auch die Vereinigten Staaten, die 1843, und Frankreich, das 1844 einen Handelsvertrag mit China vereinbart, konnten gegen die Halsstarrigkeit der Chinesen nichts ausrichten. Schreck-
Die Taipings. liche Bürgerkriege, die im Inneren des Reiches wüteten und ganze Provinzen von demselben losrissen, machten die Verhältnisse noch schwieriger. Im Süden des Landes war seit Anfang der fünfziger Jahre die Regierung in Peking ohne jede Macht; statt ihrer herrschte ein Abenteurer, Namens Hung-Siutsuen, der das Reich des Taiping, d. h. des großen Friedens, gestiftet hatte. Volksschullehrer seines Zeichens, hatte er durch den Missionar Gützlaff das Christentum kennen gelernt und diese Kenntnis zur Grundlage der wunderlichsten Lehren gemacht. Seine Götzenbilder warf er aus dem Hause, las die Bibel und verbreitete sie in seinem Stamme, ließ sich aber nicht etwa taufen, sondern erklärte, er sei selbst ein jüngerer Bruder Christi. Bald hatte er so bedeutenden Anhang gewonnen, daß er sich im Herbst 1851 in der Provinz Kuangsi als Kaiser ausrufen lassen konnte. Binnen einem Jahre fiel ihm fast das ganze Land südlich vom Yang-tse-kiang und östlich vom Tsekiang zu; den Gipfel der Macht erreichte er, als es ihm gelang am 19. März 1853 Nanking zu erobern. Über die genannten beiden Flüsse vorzudringen, vermochte er jedoch nicht, und ebenso blieben die Seestädte ihm lange ver-
Die europäischen Mächte. schlossen. Die Hoffnungen, die man in europäischen Kreisen anfangs auf diese Bewegung gesetzt hatte, verschwanden, sobald man sie genauer kennen lernte und sie des falschen christlichen Schimmers entkleidet wurde. Die traurigen Zustände in den Taiping-Provinzen, das jammervolle Bild der Verwüstung, das vor allem Nanking, die einst so reiche und blühende Stadt, bot, die Unmöglichkeit, irgend welche geordnete Handels-

beziehungen mit den Empörern anzuknüpfen, alles das würde schon längst das Einschreiten der Europäer herbeigeführt haben, wenn diese nicht mit der rechtmäßigen Regierung in ununterbrochenem Streite gelegen hätten. Eine Beleidigung der englischen Flagge im Hafen von Kanton brachte die Feindseligkeiten endlich im Oktober 1856 zum offenen Ausbruch. Englisch-chinesischer Krieg. Kontre-Admiral Seymour bombardierte und erstürmte die Forts von Kanton und die Stadt selbst, und bohrte am 5. November 23 Kriegsdschonken in den Grund. Der Fremdenhaß der Chinesen schwoll dadurch noch mehr an. Sie scheuten sich nicht auch die Flagge der Vereinigten Staaten zu verletzen und die Faktoreien von Kanton in Brand zu stecken. Da nun Seymour zu wenig Truppen bei sich hatte um die sämtlichen Forts zu behaupten und der amerikanische Kommodore Armstrong sich damit begnügte einige Verschanzungen des Feindes zu zerstören, so äscherten die Engländer Anfang Januar 1857 einen Teil der Stadt ein, räumten die Festungswerke und beschränkten sich auf das eine Fort Teatotum. In der Heimat riefen diese Vorgänge Krisis in England. große Aufregung hervor; je mehr das entschlossene Drauflosgehen Seymours, der übrigens auf die Weisungen Sir John Bowrings, des Statthalters von Hongkong, handelte, den Beifall Palmerstons hatte, umsoweniger waren die Tories und die Manchesterleute damit zufrieden, obgleich den letzteren Bowring, ein eifriger Schüler Benthams, sehr nahe stand. Im Oberhause trug die Regierung bei einem Mißtrauensvotum Lord Derbys den Sieg davon, im Unterhause aber brachte Cobden, von den unabhängigen Whigs und den Tories unterstützt, am 4. März eine Mehrheit von 16 Stimmen zusammen, die das Völkerrecht durch die Beschießung von Kanton für verletzt und die britische Ehre für gefährdet erklärte. Palmerston kannte die Nation jedoch zu gut um aus solch einem Anlaß zurückzutreten; er löste das Parlament auf und gewann nicht allein eine Mehrheit sondern hatte auch den Triumph, daß Cobden, Bright, Milner Gibson, kurz alle Führer der Manchesterpartei, unterlagen. Zur Wiederherstellung des Friedens wurde nun Lord Elgin Lord Elgin. nach China geschickt, zugleich aber für den Fall, daß die Fortsetzung des Krieges notwendig sein sollte, ein Bündnis mit Frankreich geschlossen. Elgin bemühte sich vergebens den Streit auf gütlichem Wege zu erledigen; er verhängte deshalb am 8. August 1857 die Blokade über den Frankreichs Teilnahme am Kriege. Fluß und Hafen von Kanton und nahm die Stadt, durch ein französisches Geschwader unter Rigault de Genouilly unterstützt, am 29. Dezember zum zweitenmale ein. Aber auch jetzt blieb die chinesische Regierung hartnäckig; weder die Einsetzung einer den Verbündeten verantwortlichen Verwaltung in Kanton noch die Unterstützung, welche die Bevollmächtigten Rußlands und der Vereinigten Staaten Putjatin und Reed Rußland und die Vereinigten Staaten. den Vorstellungen Elgins und seines französischen Kollegen Baron Gros schenkten, erschütterte ihre Standhaftigkeit. Der Krieg mußte also weiter verfolgt werden: das verbündete Geschwader dampfte im Mai 1858 nordwärts und lief in die Mündung des Peiho ein, nachdem es die

Forts von Taku, welche dieselbe beschützten, am 20. genommen hatte. Der Friede von Tientsin. Erst als die Flotte den Strom bis Tientsin hinaufgefahren war, entschloß sich der Kaiser Hienfong zum Frieden, und am 26. und 27. Juni 1858 kamen Verträge mit den Verbündeten, mit Rußland und der Union zum Abschluß, die allen das Recht Gesandtschaften nach Peking zu schicken einräumten, der christlichen Religion Schutz versprachen und England und Frankreich eine Kriegsentschädigung sicherten. Überdies wurden elf neue Häfen den verbündeten Flaggen eröffnet und die Schiffahrt auf dem Yang-tse-kiang freigegeben. Lord Elgin fuhr darauf mit seinem Geschwader den Strom hinauf bis Hankau und begab sich dann nach Japan um auch mit diesem Staate einen Handelsvertrag abzuschließen.

Die Franzosen in Cochinchina. Der französischen Flotte war dagegen eine zweite kriegerische Thätigkeit zugewiesen. Wiederholte Christenmorde in dem Königreiche Annam und besonders neuerdings die Niedermetzelung des spanischen Bischofs Diaz von Tonkin veranlaßten Frankreich und Spanien zu einem gemeinsamen Feldzuge. Rigault de Genouilly dampfte also südwärts nach der Bucht des Turon und blokierte im September die an demselben liegende Hauptstadt von Annam, Hue. Anfang 1859 verlegte er aber seine Angriffe weiter nach Süden und eroberte am 17. Februar die Stadt Saigun, die zur französischen Flottenstation ausersehen war. Mehrere Heere, die zum Entsatz herankamen, wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen, und im Juni bat der König von Annam um Frieden. Durch die Schuld beider Teile zerschlugen sich aber wiederholte Unterhandlungen, und der Krieg dauerte, mehrfach unterbrochen, noch jahrelang fort. Die französische Regierung war sich selbst nicht völlig klar darüber, ob sie einen großen Teil des Landes sich abtreten lassen oder sich mit einigen Hafenstädten begnügen solle. Erst 1866 erloschen die Feindseligkeiten, doch auch weiterhin war die neue Kolonie noch mannigfachen Gefahren ausgesetzt und gewährte Frankreich kaum einen anderen Vorteil als den einer Kohlenstation in diesen Gewässern.

Das Verhältnis der europäischen Mächte zu China war durch den Frieden von Tientsin auch nur für kurze Zeit geordnet. Kaum waren Der zweite chinesische Krieg. die fremden Flotten fort, so gab sich in Peking wieder die alte Halsstarrigkeit kund. Die kaiserliche Bestätigung des Friedensvertrages blieb aus, und was noch bedenklicher war, die Forts am Peiho wurden wiederhergestellt. Ein kleines Geschwader, das unter dem Befehle des Admirals Hope mit den Gesandten Englands, Frankreichs und der Union an Bord am 24. Juni 1859 in den Fluß einfahren wollte, wurde von den Kanonen von Taku gewaltsam daran gehindert, und da China jede Genugthuung verweigerte, mußte der Krieg von neuem beginnen. Im April 1860 vereinigte sich ein ansehnliches Geschwader bei Shanghai und erzwang die Einfahrt in den Peiho. Diesmal war man entschlossen bis Peking selbst vorzudringen. Allerdings stellten sich in Tientsin wieder Friedensboten ein, aber ohne die Verhandlungen deshalb abzulehnen rückten die Verbündeten bis Tung-tschao, vier Meilen von Pe-

king, vor. Hier machten sie Halt und schlossen eine Waffenruhe. Allein die Chinesen brachen dieselbe am 18. September und zogen sich dadurch am 21. bei Palikao eine große Niederlage zu, die dem französischen Befehlshaber Cousin-Montauban den Titel eines Grafen von Palikao einbrachte. Der Eindruck dieses Sieges, den 7000 Europäer über 50 000 Chinesen davongetragen, und vielleicht noch mehr die Plünderung des prachtvollen kaiserlichen Sommerpalastes durch die Franzosen und seine Verbrennung durch die Engländer erschreckten den Kaiser im höchsten Maße. Er selbst floh nach Norden, der Prinz Kong, sein Stellvertreter, unterhandelte mit den Verbündeten, und im Oktober zogen Elgin und Gros, von je tausend Mann begleitet, in die Hauptstadt ein. Am 6. November 1860 wurde der Friede von den Chinesen amtlich veröffentlicht; er gewährte neben den früheren Zugeständnissen den Fremden freien Zutritt in alle chinesischen Städte, dazu eine neue Zahlung an Kriegskosten und das Recht Tientsin samt den Forts am Peiho besetzt zu halten. Kaiser Hienfong überlebte diese Demütigung nicht lange, sondern starb schon 1861, und da sein Sohn Kitsiang erst sechs Jahre alt war, so leitete Prinz Kong, der den Europäern freundlich war, die Regierung anfangs an der Spitze eines Regentschaftsrates, dann, da dieser ihm hinderlich in den Weg trat, nach einem glücklichen Staatsstreich im November 1861 unter dem Beirat von Männern, die ihm treu ergeben waren. Daß seine Politik China zum Vorteil gereichte, bewies alsbald die Unterstützung, welche die Europäer ihm bei der Unterdrückung der Taipings leisteten. Diese begingen die Unklugheit durch Einnahme von Ningpo und Shanghai sich selbst mit den Engländern und Franzosen in Streit zu bringen. Zu der Befreiung der beiden Hafenstädte wirkten die Truppen der Verbündeten unmittelbar mit; für die weitere Fortsetzung des Krieges gestatteten dieselben hervorragenden Offizieren, Sherard Osborne, Coligny u. a., denen sich auch der Amerikaner Ward anschloß, in chinesischen Diensten Fremdenlegionen zu bilden, mit deren Hilfe die Taipings immer mehr zurückgedrängt wurden, bis der Fall ihrer Hauptstadt Nanking am 19. Juli 1864 ihre völlige Niederlage besiegelte.

Schlacht von Palikao.

Friedensschluß.

Prinz Kong.

Besiegung der Taipings.

Auch andere europäische Staaten zogen aus der veränderten Richtung der chinesischen Politik ihren Vorteil. Die junge preußische Flotte erschien in den ostasiatischen Gewässern, und Graf Eulenburg schloß als außerordentlicher Gesandter am 2. September 1861 einen Handelsvertrag mit China; Spanien, Portugal, Belgien, Dänemark folgten in den nächsten Jahren. Daß auch in Japan gleichzeitig eine den Europäern freundliche Strömung zur Herrschaft kam und die chinesischen Verträge daher durch japanesische ergänzt werden konnten, erhöhte den Wert beider. Den ersten Vertrag mit Japan schlossen die Vereinigten Staaten durch den Kommodore Perry schon am 31. März 1854 ab; er gab ihnen aber noch kein weiteres Recht als in den Häfen Hakodadi auf Jeso und Simoda auf Nipon Holz, Wasser und Proviant für ihre Schiffe einzunehmen und Konsuln zu ernennen. Schon 1856 und 57

Die preußische Flotte in Ostasien.

Japanesische Handelsverträge.

folgten dann aber weitergehende Verträge mit Holland und Rußland, 1858 auch mit den Vereinigten Staaten, durch die der freie Handel in Nangasaki, Kanagawa und Hakodadi gestattet wurde, Häfen, denen in den nächsten Jahren Yokohama und andere hinzugefügt wurden. Lord Elgin und Baron Gros erwarben 1858 die gleichen Rechte für England und Frankreich, Graf Eulenburg am 24. Januar 1861 für Preußen und den Zollverein. Dann aber trat ein Rückschlag in Japan ein, der durch die Anhänger des Alten herbeigeführt wurde. Diese fanden sich hauptsächlich unter den Daimios, dem hohen Adel des Landes, dessen Zustimmung der Taikun, selbst ein Daimio, der thatsächlich statt des Mikado, des wahren Souveräns, die Regierung führte und daher von den Europäern als der weltliche Herrscher von Japan bezeichnet zu werden pflegte, bei seinen Maßnahmen bedurfte. Im Fall, daß zwischen dem Taikun und den Daimios keine Einigung erzielt werden konnte, stand dem Mikado, der für gewöhnlich nur geistliche Funktionen auszuüben hatte, die Entscheidung zu. Seinem Spruche konnte sich der Taikun nicht entziehen und kündete den europäischen Mächten durch ein Rundschreiben vom 1. Mai 1861 an, daß er sich durch die Wirkungen der Verträge sehr enttäuscht finde. Die Lebensmittel würden im Lande von Tag zu Tage teurer, das Volk verarme und es sei sogar eine Revolution zu fürchten; die Häfen, deren Eröffnung versprochen sei, müßten daher einstweilen geschlossen bleiben und auf neue Verträge einzugehen sei die Regierung außer stande. Die europäischen Mächte ließen sich infolgedessen einen fünfjährigen Aufschub gefallen, aber gewaltsame Ausbrüche der Mißstimmung des Volkes blieben doch nicht aus. Schon Anfang 1861 war ein Dolmetscher des amerikanischen Gesandten ermordet worden, im Juli wurden zwei Engländer im Hause der Gesandtschaft schwer verwundet, im September 1862 ein anderer von dem Gefolge eines Daimios getötet und im folgenden Februar wieder die Wohnung des Gesandten überfallen. Für alle diese Gewaltthaten sagte der Taikun Genugthuung zu und bekundete auch durch eine Gesandtschaft, die 1862 nach Europa reiste, seinen guten Willen; aber er mußte doch der Volksstimmung Rechnung tragen und sich zur Erfüllung der europäischen Forderungen wenigstens dem Anscheine nach zwingen lassen, auch im Frühjahr 1863 von neuem den Gesandten anzeigen, daß der Mikado die Aufhebung der Verträge und die Ausweisung der Fremden befehle; sie möchten also durch ihre Flotten in den verschiedenen Häfen für die Sicherheit ihrer Landsleute selbst sorgen. Daß die Warnung guten Grund hatte, lehrten die Ereignisse sehr bald. Zwei der mächtigsten Daimios, die von Nagato und Satsuma, wagten es amerikanische, französische und holländische Dampfer anzugreifen. Die Antwort darauf war das Bombardement von Simonosaki durch französische und von Kagosima durch englische Kriegsschiffe im Juli und August 1863. Die Mehrzahl der Daimios wurde dadurch eingeschüchtert und auch der Mikado gab seinen Widerspruch auf. Eine neue Gesandtschaft wurde nach

Rückschlag in Japan.

Ausbruch der Feindseligkeiten.

Neue Verträge.

Europa geschickt um die Feindseligkeiten beizulegen und womöglich auch die Fremden auf gütlichem Wege zur Verzichtleistung auf einen Teil ihrer Rechte zu veranlassen. Als diese Bemühungen scheiterten, schlossen die Gesandten am 24. Juni 1864 auch ohne das einen neuen Vertrag mit Frankreich ab, und der Taikun gestattete einer französisch-englisch-holländischen Flotte den Daimio von Nagato, der seine feindliche Haltung beibehielt, zum Gehorsam zu zwingen. Bei der Ankunft des Geschwaders im September 1864 zog der unruhige Fürst es vor sich scheinbar zu fügen; wirklich beseitigt war aber sein und seiner Genossen Widerstand nicht, und die Stellung des Taikun blieb nach wie vor eine sehr schwierige. Die Mittel, deren er sich bediente um gegen eine Empörung gewaffnet zu sein, die Einübung seines Heeres durch europäische Offiziere und die Einführung europäischer Sitten und Einrichtungen, waren sehr gefährlich, weil sie ihm die Gemüter des Volkes immer mehr entfremdeten. Auch die Haltung des englischen Gesandten, der die feindliche Partei durch Entgegenkommen versöhnen wollte und sogar bei dem Fürsten von Satsuma als Gast weilte, untergrub seine Macht, indem sie den Glauben zerstörte, daß die Fremden ihn in jedem Falle unterstützen würden. So griff denn endlich im Jahre 1866 der Daimio von Nagato mit vielen Verbündeten in offener Empörung zu den Waffen, und ein Bürgerkrieg begann, der durch den Tod des Taikun im September nur für kurze Zeit unterbrochen wurde. Denn sein regelrecht gewählter Nachfolger, Stotsbaschi, konnte keine andere Politik verfolgen als sein Vorgänger, und der Angriff der Daimios war auch keineswegs bloß gegen die Person des Taikun gerichtet, sondern gegen das Taikunat selbst. Stotsbaschi fühlte sich bald außer stande seinen Gegnern zu widerstehen und entschloß sich auf sein Amt zu verzichten. Sofort begann unter den Daimios eine große Bewegung in dem Sinne, daß für den abdankenden ein neuer Taikun überhaupt nicht gewählt, sondern der Mikado wieder als einziger Herrscher anerkannt werden solle. Sie traten in einer Art von Parlament zusammen, gaben ihre Besitzungen, natürlich unter der voraus zugesicherten Bedingung sie wiederzuerhalten, in die Hände des kaum zwanzigjährigen Mikado zurück und vollzogen so, im September 1869, eine großartige Revolution, mit der auch die europäischen Mächte einverstanden sein konnten, da sie die Verhältnisse des Inselreiches wesentlich vereinfachte und der Fremdenhaß so sehr zurückgedrängt war, daß der Mikado selbst die Hauptstadt Jeddo dem freien Verkehr am 1. Januar 1869 öffnete und den fremden Kaufleuten einen bestimmten Stadtteil zum Wohnsitze anwies. Auf einen Rückschlag mußte man sich freilich immer noch gefaßt machen, aber die langsame Einwirkung europäischer Sitten, die Reisen vieler Japanesen nach Europa und Amerika, ihr eifriges Studium der dort herrschenden Kultur und die steigende Bedeutung und Verallgemeinerung der Handelsbeziehungen eröffneten doch die Aussicht, daß auch diese Gefahr von Jahr zu Jahr mehr schwinden werde.

Empörung der Daimios.

Sturz des Taikunats.

Rußlands Politik in Ostasien.

In dem Verhältnis zu Japan und China hatte sich Rußland im allgemeinen auf einer Linie mit den Westmächten und den Vereinigten Staaten gehalten und bis auf einige Landabtretungen keine besonderen Ansprüche für sich erhoben. Von Japan ließ es sich 1875 den südlichen Teil der Insel Sachalin mit bedeutenden Kohlenbergwerken abtreten, wogegen es seinerseits auf die Kurilen verzichtete; von China hatte es

Erwerbung des Amurgebietes.

schon 1858 das Gebiet des Amur erworben. Ohne die Bedrängnis, in der sich die Pekinger Regierung damals durch den Krieg mit England und Frankreich befand, würde es dem General Murawieff, den dafür der Titel Amurski schmückte, wohl nicht so leicht geworden sein diese wichtige Vergrößerung des russischen Reiches zu erlangen. Der Vertrag vom 28. Mai 1858 bestimmte, daß von der Mündung der Schilka bis zu der des Ussur in den Amur dieser Fluß die Grenze bilden sollte, während weiter stromabwärts auch auf dem südlichen Ufer und an der Meeresküste ein großer Landstrich abgetreten wurde, den ein zweiter Vertrag vom 14. November 1860 noch um ein neues Stück (bis 42° 50′ N. B.) vergrößerte.

Rußlands Politik in Mittelasien.

In diesen Gegenden erregte das Vordringen der Russen auch bei den Engländern keine Besorgnis; anders aber stand es mit den ungleich größeren Erwerbungen, die das Zarenreich in der Richtung auf Afghanistan machte. Seit der mißglückten Expedition, die Perowski 1839 gegen Khiwa unternommen hatte, lenkte Rußland sein Augenmerk vorzugsweise auf das östlichste und schwächste der turanischen Khanate, auf

Vordringen gegen Kokand.

Kokand. Um dorthin vorzudringen brauchten die Heere nicht wie gegen Khiwa ungeheure Wüsten zu durchmessen, sondern konnten dem Laufe des Syr Darja folgen; der Besitz von Kokand aber eröffnete wieder westwärts bequeme Straßen nach der Bucharei und nach Khiwa. Als Vorbereitungen zum Kriege gegen Kokand diente die Einverleibung der Kirgisensteppe mit ihren 3 Millionen Bewohnern, die Gründung des Forts Aralsk an der Mündung des Syr Darja und die Erbauung einer kleinen Flotte am Aralsee. Als diese Einleitungen 1852 beendet waren begann der Angriff, und das Fort Perowski, einige Tagemärsche stromaufwärts vom Fort Aralsk, war die erste Beute, die den Kokandern abgenommen wurde. Selbst während des Krimkrieges wurden diese Ope-

Khiwa.

rationen fortgesetzt und auch auf Khiwa ausgedehnt, als es sich zum Schutze Kokands einmischen wollte. Ein Vertrag von 1854 gab den Russen auf zwanzig Jahre das Recht eine Besatzung nach Urgendsch, am Südufer des Aralsees, zu legen. Auch Mozaffer, der Khan der

Bokhara.

Bucharei, mischte sich ein. Er benutzte die Bedrängnis Kokands um es anzugreifen und zur Anerkennung seiner Lehnshoheit zu zwingen. Nichts konnte Rußland erwünschter sein. Eine Note Gortschakoffs vom 21. November 1864 setzte den Engländern sehr gründlich und unbefangen auseinander, daß die wahre Grenzlinie Rußlands in diesen Gegenden von dem Issikul über die Stadt Tschemkend an den Syr Darja führe, daß diese zur Verteidigung notwendig sei, darüber hinauszugehen aber den

eigenen Interessen Rußlands widerstreiten würde. Allein kaum war man dieser Linie sicher, so änderte sich die Meinung der russischen Staatsmänner; schon 1865 überschritt der General Tschernajeff auch jene Grenze, nahm die südlich davon gelegene Stadt Taschkend und schuf eine neue russische Provinz Turkestan. Als er dann seinem Gegner Mozaffer gegenüber einige Schlappen erlitt, wurde er abberufen, und seine Nachfolger, Romanowski und Kaufmann, verfolgten die betretene Bahn mit noch größerem Nachdruck. Ein großer Sieg bei Yedschar, den 3600 Russen über 40 000 Feinde errangen, öffnete ihnen den Weg nach Khodschend und Samarkand, das sie am 20. Juni 1866 eroberten. Vergebens hatte Mozaffer sich mit Bitten um Hilfe nach Kalkutta und Konstantinopel gewandt; da er allein den Russen nicht gewachsen war und endlich sogar General Kaufmann sein Hauptquartier eroberte, fügte er sich in einen Frieden, der das eroberte Gebiet in den Händen Rußlands ließ, die Erbauung einer Straße nach Bokhara zusicherte und die Zölle für russische Waren auf 3% herabsetzte, während die englischen 40% bezahlten. Damit schien ein gewisser Stillstand in dem Vorrücken nach Süden wirklich eingetreten zu sein; Rußland half dem Khan von Bokhara eine Empörung seines ältesten Sohnes unterdrücken und bezwang 1870 einige Vasallenfürsten, die von Mozaffer abgefallen waren, beidemale ohne für sich eine Erweiterung der Grenzen zu fordern. Ja, als der Khan von Khiwa dem Zaren, gerade vor Ablauf des zwanzigjährigen Vertrages von 1854, durch die Gefangennahme einiger seiner Unterthanen den Vorwand zu einem neuen Kriegszuge gab und beim Friedensschluß (1873) auf die Ostküste des Kaspisees bis an die persische Grenze und auf das rechte Ufer des Amu Darja verzichten mußte, überließ Rußland sogar einen Teil dieses letzteren Gebietes an Bokhara. Khiwa.

Fast unthätig sah England dem Vorrücken seines asiatischen Rivalen gegen Indien zu. Der alte Glaube an einen Zusammenstoß der beiden Mächte in Afghanistan war im Lauf der Jahre sehr erschüttert worden und galt trotz der düsteren Warnungsrufe, die Urquharts Nachfolger, unter ihnen besonders der ungarische Reisende Vambéry, ausstießen, nicht mehr als unantastbares Dogma. Man verkannte auch in England nicht, daß Rußlands Grenzerweiterungen noch von einem höheren Interesse geboten seien als von dem Durste nach Eroberung und Macht, daß die russischen Waffen zugleich der Wissenschaft und der Gesittung, dem Handel und dem Christentume die Wege bereiteten. Überdies widersprach es der friedlichen Strömung, die das englische Volk seit dem Beginn der sechziger Jahre unverkennbar beherrschte, eine doch mindestens zweifelhafte Gefahr, die im Schoße der Zukunft ruhen konnte, durch die zweifellosen Mühen, Sorgen und Kosten eines augenblicklichen Krieges zu beseitigen. Man begnügte sich daher in London und Kalkutta damit Persien, Afghanistan und das Reich von Kaschgar und Jarkand für die englische Sache zu gewinnen, auch das freilich nur mit geringem Erfolge. Insbesondere Jakob Kuschbegi, der Beherrscher des letztgenannten Englands Verhalten. Kaschgar.

Staates, der seit 1864 die weiten Gebiete zwischen dem Thian-Schan und Küen-Lün von China losgerissen und sich unterworfen hatte, erklärte ganz offen, daß er vor dem waffenmächtigen und kriegsbereiten Zaren weit mehr Respekt habe als vor der friedfertigen Königin von England; er schlug das britische Bündnis aus und verband sich mit Rußland.

Afghanistan. In Afghanistan war der Einfluß der Engländer solange gut begründet, wie ihr früherer Feind Dost Mahomet lebte; unbeirrt hielt der alternde Fürst zu England, seit Sir John Lawrence mit ihm 1854 und 1857 Verträge abgeschlossen hatte, die seine und seiner Erben Herrschaft in Afghanistan verbürgten; auch der indische Aufstand brachte ihn nicht ins Wanken. Vor seinem Ende wünschte er sich noch Herat zu unterwerfen und kam auch noch eben ans Ziel; aber am Tage, nachdem die Stadt gefallen war, starb er im Jahre 1863. In den Fehden, die darauf zwischen seinen Söhnen ausbrachen, spielten die Engländer nicht die beste Rolle. Nach den Verträgen hätten sie dem ältesten Sohne Schir Ali beistehen müssen; weil aber ein jüngerer, Afzul Khan, anfangs vom Glück begünstigt war, so verhielten sie sich unthätig und empfahlen eine Teilung. Afzuls Schicksal wendete sich jedoch bald, er wurde ermordet; Schir Ali half sich selbst aus der Not und besiegte auch seine anderen Gegner. Jetzt waren die Engländer gern bereit ihn zu unterstützen, schickten ihm Waffen und versprachen ihm ein jährliches Geschenk von 120 000 Pfund. Schir Ali ging darauf ein und schloß im März 1869 persönlich mit dem Vizekönig von Indien, Lord Mayo, in Umballah einen Vertrag ab, durch den er sich mit England verbündete. Dessen

Englisch-russische Verhandlungen. Bemühungen waren nun unausgesetzt darauf gerichtet ihm durch Verträge mit Rußland eine gesicherte Nordgrenze zu schaffen. Zu mehr als allgemein gehaltenen Verabredungen kam es aber nicht, weil man in Petersburg die Möglichkeit einige der beanspruchten Grenzdistrikte selbst zu erwerben nicht aufgeben wollte; man einigte sich wohl über den Grundsatz eine neutrale Zone zwischen dem beiderseitigen Machtgebiete zu schaffen; aber alle Anläufe diesen Grundsatz thatsächlich zu verwirklichen scheiterten, und währenddessen schob Rußland ununterbrochen seine Grenzlinien weiter gegen Süden vor.

Rußland nach dem Krimkriege.

Rußlands europäische Politik. Die inneren Verhältnisse Rußlands hatten seit dem Krimkriege tiefgreifende Veränderungen erlitten. Kaiser Alexanders fester Vorsatz war es sich in keine europäischen Verwicklungen einzulassen, solange nicht die Wunden des Krieges vollständig ausgeheilt und die Versäumnisse nachgeholt waren, deren sich Nikolaus in seiner langen Regierung und besonders in den letzten Jahren schuldig gemacht hatte. Rußland schmollt nicht, es sammelt seine Kräfte — La Russie ne boude pas, elle se recueille, mit diesen Worten kündigte Fürst Gortschakoff, der im April 1856 an Nesselrodes Stelle das auswärtige Amt übernahm, den

fremden Mächten diesen Entschluß an. Damit stand die Ausdehnung der russischen Macht in Asien nicht im Widerspruch, weil ernstere Verwicklungen dabei leicht vermieden werden konnten. In Europa wäre das nicht möglich gewesen, und deshalb enthielt sich Gortschakoff hier jedes selbständigen Schrittes und suchte nur durch Zugeständnisse und Höflichkeiten die guten Beziehungen zu Frankreich immer mehr zu befestigen. Die Zusammenkunft, die Alexander im Herbst 1857 mit Napoleon in Stuttgart hatte, war eine von diesen Höflichkeiten, und zu guten Diensten auf diplomatischem Felde gab es Gelegenheit genug in solchen Fragen, bei denen Rußland nicht unmittelbar beteiligt war. Dafür zeigte sich Frankreich dann in allem, was den Orient betraf, dankbar und wirkte in engem Einverständnis mit dem Petersburger Kabinett.

Alexander II.

Daß Alexanders friedliche Haltung keineswegs den Verzicht auf die Eroberungspläne bedeutete, die seit anderthalb Jahrhunderten den roten Faden der russischen Politik gebildet hatten, dessen machte er gar kein Hehl; gleich in der Anrede an sein Volk, die er bei seiner Thronbesteigung veröffentlichte, sprach er das ja unumwunden aus. Aber er hatte erkannt, daß seinem Reiche die Kräfte ausgehen würden, wenn es bei seinem schnellen äußeren Wachstum nicht durch innere Reformen gefestiget werde, und sein friedliebender Charakter erleichterte es ihm sehr diese Politik einzuschlagen. Sein ganzes Wesen erinnerte weit stärker an seinen Oheim Alexander I. als an seinen Vater Nikolaus. Eine weiche, heftigen Erregungen durchaus abholde Natur, war ihm die Anlehnung an starke Charaktere ein inneres Bedürfnis. Wo er einen solchen Halt einmal gefunden hatte, sei es im Kreise seiner gekrönten Vettern, sei es in dem seiner Diener, da hielt er mit großer Beständigkeit daran fest; in dieser Hinsicht war er seinem Oheim unzweifelhaft weit überlegen. Ohne Hast und Leidenschaft verfolgte er die Pläne, die er sich einmal vorgesteckt; besondere Wärme für ihre Ausführung verriet er äußerlich nur selten; im Gegenteil hätte die kaltgleichgültige Haltung, die er in der Regel zeigte, oft auf vollständige Teilnahmlosigkeit schließen lassen können. In Wahrheit aber bewies er große Konsequenz in dem, was er einmal begonnen; wo er eine Schwenkung in seinen Regierungsmaßregeln vornahm, geschah es gewiß erst, nachdem die Männer, welche ihn bisda geleitet, vollkommen die Zeit und Gelegenheit gehabt hatten ihren Weg zu gehen, und nicht früher als bis sich die Unmöglichkeit dieses Weges unzweideutig herausgestellt hatte. Der aufgeregten Stimmung des Tages war er wenig zugänglich; aber Vorteil aus ihr zu ziehen, sie zu lenken und auszubeuten, überhaupt die Gunst des Augenblickes zu benutzen verstand er sehr wohl. Vielleicht war es mehr das Verdienst seiner Ratgeber als sein eigenes solche Momente rechtzeitig auszuspähen; jedenfalls wußte der Kaiser das zu würdigen und ließ nicht durch Unentschlossenheit die günstige Gelegenheit wieder entschwinden. Auch Vorurteile und berechtigten Groll zu unterdrücken erwies er sich in wichtigen Fragen als fähig; den hartnäckigen Haß seines Vaters

kannte er nicht. Allen seinen Reformen lag augenscheinlich nicht allein kluge Berechnung, sondern ebensosehr menschliches Wohlwollen zu Grunde, und wenn die Durchführung dieser Reformen in der That für Rußland zu einer Lebensfrage geworden war, so konnte es sich Glück dazu wünschen, daß in diesem wichtigen Zeitpunkte gerade dieser Kaiser auf dem Throne saß.

Neue Männer.

Unmöglich konnte sich Alexander bei seinen Plänen der Männer bedienen, die seinen Vater beraten hatten; dennoch trennte er sich von ihnen nicht eher, als bis die Sachlage es gebot. Den wichtigsten Posten hatte seit 1848 Fürst Alexis Orloff bekleidet, der Vorstand der kaiserlichen Kanzlei, Abteilung drei, d. h. der Geheimpolizei. Sein Einfluß war so groß gewesen, daß man die übrigen Minister, etwa den des Krieges ausgenommen, einfach als seine Untergebenen betrachtete. Die Ersetzung Bibikoffs, der das Innere, und Kleinmichels, der die Bauten unter sich gehabt hatte, durch Lanskoy und Tschewkin machte daher auch nur geringen Eindruck. Aber als Orloff seinen Platz räumen mußte und der wohlwollende, wenn auch unbedeutende Dolgoruki an seine Stelle trat, begrüßte lauter Jubel diese Maßregel als den entscheidenden

Die Presse.

Umschwung. Ein ganz neuer Geist schien in das öffentliche Leben zu fahren und vor allem in der Presse einen Ausdruck zu suchen. Mit äußerster Strenge hatte Nikolaus diese unterdrückt; seine Zensur ließ nicht allein in Rußland keine Kritik aufkommen, sondern erstickte erfolgreich auch die Stimme des Auslandes; nicht der zehnte Teil der fremden Blätter, die den Einlaß suchten, fand ihn; alle bedeutenderen Bücher wurden grundsätzlich ausgeschlossen, und da ein Paß zur Reise ins Ausland 500 Silberrubel für ein Jahr kostete, so war auch die Möglichkeit sich persönlich über die öffentliche Meinung Europas zu belehren nur wenigen gegönnt. Jetzt schwand die hohe Steuer, die auf die Überschreitung der Grenze gelegt war, es schwand der Druck, der auf der Presse ruhte. So groß war die Zahl der neuen Zeitschriften, daß von 1858—60 gegen 80 wieder eingehen mußten, obgleich ihnen die größte Teilnahme entgegenkam. Weitaus die meisten dieser Blätter huldigten dem fortgeschrittensten Liberalismus, und mit den Schriftstellern wetteiferten die Zensoren an Freisinnigkeit. Wenn es trotzdem Übelstände genug gab, die kein russisches Blatt berühren durfte, so war doch dafür gesorgt, daß auch diese nicht ungesagt blieben. In London, später in Genf erschien nämlich seit 1855 eine Zeitung unter dem Titel Kolokol (die Glocke), deren Herausgeber, der Flüchtling Alex. Herzen, in der rätselhaftesten Weise sich von den geheimsten Dingen Kenntnis zu verschaffen und ebenso auf niemals aufgeklärten Wegen sein Blatt in Tausenden von Abdrücken durch

Parteien.

Rußland zu verbreiten wußte. Die einheimische Presse und mit ihr der einheimische Liberalismus spaltete sich in zwei sich allmählich sondernde Gruppen. Während die eine sich mit westeuropäischer Kultur zu durchdringen suchte und daher den Beinamen der Sapadniki, d. h. der Westlichen, erhielt, legte die andere den Hauptnachdruck auf die russische

Nationalität und wurde daher gewöhnlich als die der Slawenfreunde bezeichnet. In des Kaisers Gunst stand zunächst die erste am höchsten; ihr Führer war der Bruder des Zaren, Großfürst Konstantin, und nicht selten bezeichnete man sie nach ihm als die der Konstantinowzen. Mehr oder minder entschieden gehörten ihr einige der bedeutendsten Minister an, so Gortschakoff und vor allem Walujeff, der anfangs die Domänen und seit 1861 das Innere verwaltete, ein Mann, der schon zu Nikolaus' Lebzeiten, als er noch in untergeordneter Stellung in Livland lebte, durch seine schonungslosen amtlichen Denkschriften über die Branntweinpacht, die Leibeigenschaft und andere Gegenstände Freimut und Scharfblick bekundet hatte. Die Slawenfreunde hatten ihren Hauptsitz in Moskau; auch sie zählten in ihren Reihen vortreffliche Schriftsteller, wie Aksakoff oder Katkoff, und bedeutende Staatsmänner wie die Brüder Miljutin. In den Anfängen der Regierung Alexanders standen sie den Sapadniki noch nicht so feindlich gegenüber wie später; die Lösung der starren Bande, in die Nikolaus alles geschlagen hatte, war beiden Parteien gleich erwünscht. Die Entsetzung betrügerischer Beamten, Reformen.
die Unterdrückung des Spionierſystems, die Befreiung der Universitäten von den Einschränkungen, die ihnen auferlegt waren, die Begnadigung der Unglücklichen, die seit dem Dekabristenaufstande oder der polnischen Revolution in Sibirien schmachteten, die Erbauung von Eisenbahnen, der Nikolaus sich hartnäckig widersetzt hatte, die Verminderung des Heeres, der Erlaß der Rekrutierung für vier Jahre, die Niederschlagung der Steuerrückstände im Belauf von 24 Millionen Rubel, alles das waren Maßregeln, denen der junge Liberalismus jeder Färbung zujauchzte und die den Namen des Kaisers im ganzen Reiche, ja in ganz Europa populär machten.

Aber einschneidender als alle diese Reformen war der große Entschluß, den Kaiser Alexander faßte, die 23 Millionen Leibeigener seines Reiches zu befreien. Der Einsicht, daß dieser Schritt endlich einmal geschehen müsse, hatte sich selbst Nikolaus nicht entzogen. Dreimal, 1826, 1836 und 1839, hatte er Ausschüsse niedergesetzt um die Frage zu prüfen, alle dreimal war er vor der Ausführung zurückgebebt. Aber noch auf dem Totenbette, so erzählte man, war er zu diesen Ideen zurückgekehrt und hatte sie dem Thronfolger warm empfohlen. Alexander war denn auch entschlossen Ernst damit zu machen. Unter dem Adel war das Gerücht verbreitet, ein geheimer Artikel des Pariser Friedens verpflichte ihn dazu, und der Gouverneur von Moskau bat infolgedessen den Kaiser bei seiner Anwesenheit im August 1856 um beruhigende Versicherungen. Alexander erklärte darauf, er habe zwar nicht die Absicht schon jetzt die Sache in die Hand zu nehmen; aber lange könne die Leibeigenschaft nicht mehr bestehen und es sei besser, daß sie von oben her, als daß sie von unten abgeschafft werde. Er schloß mit der Bitte an den versammelten Adel über diese Sache nachzudenken. Aufhebung der Leibeigenschaft.

In demselben Sinne äußerte er sich bei seiner Krönung im September

1856 auch gegen die Adelsmarschälle der übrigen Provinzen und trug ihnen auf in ihren Kreisen dafür zu wirken. Ein geheimer Ausschuß, den er in Petersburg niedersetzte und in dem sein Bruder Konstantin bald eine bedeutende Rolle spielte, sollte die ersten Vorbereitungen treffen. Die Unlust, mit welcher die meisten Mitglieder desselben an die schwierige und opfervolle Aufgabe herantraten, lähmte dessen Thätigkeit jedoch sehr und die Bedingungen, über die man sich endlich einigte, waren engherzig genug. Alles Landeigentum, mit Ausnahme der Uçadba, d. h. des kleinen Gärtchens, des Hauses und der Stallung, die jeder Bauer innehatte, sollte im Besitze des Edelherrn bleiben; die Uçadba sollte der Bauer binnen zehn Jahren abverdienen und erst nach Ablauf dieser Frist sollte die Befreiung eintreten. Selbst diese Bedingungen konnten indes nicht auf den Beifall des Adels rechnen, die Zustimmungserklärungen, auf die der Zar gehofft hatte, blieben aus, und als endlich im November 1857 der Gouverneur von Litauen eine solche einsandte, da war sie gefälscht, und niemand war mehr überrascht als der litauische Adel, als ihm ein kaiserliches Schreiben den Dank des Monarchen für die bewiesene Bereitwilligkeit aussprach und ihn anwies einen besonderen Ausschuß zu bilden und mit der Ausarbeitung von detaillierten Entwürfen zu beauftragen. Abschriften dieses Erlasses wurden an alle Adelsmarschälle des Kaiserreichs geschickt um durch gelinden Druck die Bewegung in Gang zu bringen; der Petersburger Adel erhielt unmittelbar vom Kaiser die Aufforderung zur Bildung eines Ausschusses zu schreiten. In den Grundlagen der Befreiung waren inzwischen bereits einige Änderungen als unerläßlich erkannt, insbesondere die Notwendigkeit den Bauern außer ihrer Uçadba noch so viel Land zu geben, wie zu ihrem Unterhalt erforderlich war. Dadurch wurde es dem Adel noch schwerer sich dem kaiserlichen Auftrage zu fügen, und ein Jahr beinahe verging, ehe die Ausschüsse in allen Provinzen ins Leben traten. Auch machte sich in vielen derselben eine große Verbitterung Luft, und nur durch Gewalt und Drohung konnte mancher Heißsporn zur Gefügigkeit gezwungen werden. Erst im März 1859 trafen die letzten Entwürfe in Petersburg ein, und das gesamte Material wurde nun vom Kaiser einem Ausschuß überwiesen, an dessen Spitze der überaus thätige Generaladjutant Rostowzoff stand und zu dessen Mitgliedern Tscherkaßki, Miljutin und andere bedeutende Männer gehörten. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes sollte dieser Ausschuß sich der Mitwirkung von Abgeordneten bedienen, die aus allen Gouvernements nach Petersburg berufen wurden. Dieses Zugeständnis genügte dem Adel jedoch nicht. Selbst unter denen, welche die Befreiung billigten, waren viele, die eine Entschädigung nicht in Geld oder Geldeswert, sondern in politischen Rechten dafür verlangten. Es lag auf der Hand, daß die Macht des Adels in ebendem Grade gemindert wie die des Kaisers gesteigert wurde. Alle die Millionen, welche bisher den Edelmann als ihren Herrn betrachtet hatten, traten fortan in die gleichberechtigte unmittelbare Unterordnung unter den

Kaiser und konnten von der Krone gegen den Adel verwendet werden; die schwachen Bollwerke, die dem Absolutismus des Zaren bisher noch von der Aristokratie entgegengesetzt waren, wurden eingerissen. Es schien nicht mehr als billig, daß der letzteren dafür eine größere Mitwirkung an der Regierung gestattet werde; in welchem Umfange, darüber gingen die Wünsche auseinander, aber man sprach selbst von einer parlamentarischen Verfassung und wollte jedenfalls die Leibeigenen nicht aus der Hand lassen ohne vorher des Preises sicher zu sein. Dem widersetzte sich der Kaiser auf das entschiedenste und die Wortführer dieser Richtung bekamen seinen Unwillen zu fühlen; er war entschlossen die beiden Fragen völlig auseinanderzuhalten, und als die Abgeordneten nach ungnädigem Abschiede in ihre Heimat zurückgekehrt, von ihren Standesgenossen in augenfälliger Weise geehrt und in ihren Forderungen unterstützt wurden, mehrten sich die Verweise und die Strafen. Auch in dem engeren Kreise des Ausschusses platzten die Gegensätze noch scharf aufeinander, so daß der Kaiser, der es doch auch mit dem Adel nicht ganz verderben wollte, den Großfürsten infolge einiger überscharfen Äußerungen beurlaubte und auf Reisen schickte. Die Länge der Frist, binnen welcher die Bauern ihren Landbesitz erwerben sollten, der Umfang desselben und die Frage, ob die alte russische Einrichtung des Gemeindebesitzes beibehalten werden solle, waren die hauptsächlichsten Streitpunkte. Für den letzten Vorschlag erwärmten sich besonders die Slawenfreunde, deren Wortführer Miljutin war. Wenn nicht der einzelne Bauer das Besitzrecht an seinem einzelnen Hofe erwarb, sondern statt dessen die ganze Gemeinde das Besitzrecht an sämtlichen Höfen, so war damit ebensosehr eine eigentümliche Entwicklung des russischen Lebens im Gegensatze zum westeuropäischen gesichert, wie ein bedeutender Schritt zur Ausführung der kommunistischen Ideen gethan, die in den Köpfen der slawischen Partei spukten. Den Sieg errang diese aber nicht. Nach langen Verhandlungen, die sich in tiefes Dunkel hüllten, trat die Entscheidung endlich in dem Gesetz vom 3. März 1861 ans Licht. Es steckte eine Frist von zwei Jahren für die Durchführung der neuen Maßregel und ordnete in jedem Bezirke die Wahl von Friedensrichtern an, welche die etwa ausbrechenden Streitigkeiten schlichten sollten. Den Bauern wurde außer ihrer Ucadba ein bestimmtes Maß von Landeigentum zugesprochen, das sie allmählich abverdienen sollten; die gutsherrliche Polizei ward aufgehoben und die Bauernhöfe zu Gemeinden zusammengelegt. Daß eine so gewaltige Änderung nicht ohne heftige Zuckungen vor sich gehen werde, verhehlte sich der Kaiser selbst nicht; auch die Befürchtung, daß der Bauer seine Freiheit mißbrauchen und durch Faulheit und Leichtsinn dem Wohlstande des Landes neue schwere Wunden schlagen werde, klang durch die ermunternden Worte, mit denen Alexander die Veröffentlichung des Gesetzes begleitete, vernehmlich hindurch. Die aufrührerischen Bewegungen, zu denen es besonders östlich der Wolga wirklich kam, wurden schnell genug unterdrückt; selbst die 10 000 Bauern, die sich um den Anton

Bauernunruhen.

Petrow scharten um diesen, der sich für den vom Adel aus Petersburg vertriebenen Zaren ausgab, auf den Thron zurückzuführen waren in wenigen Tagen zersprengt. Aber die Unlust zur Arbeit und die Verschwendung des überschüssigen Ertrages der Felder, die man für die nächste Zeit befürchten mußte, trat wirklich ein, und ihre schlimmen Folgen machten sich in bösen Hungerjahren bemerklich.

Aufschwung der Demokratie.

Dazu kam als eine noch bedenklichere und nicht so klar vorausgesehene Wirkung der Aufschwung des demokratischen Geistes, der, in Rußland bisher fast unbekannt, eine ganz unerwartete Macht gewann und den Wunsch des Adels seine eigene politische Stellung zu verstärken als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ. In der gebildeten Jugend erwachte nach diesem einen großen Fortschritte ein ungezügelter Drang nach völlig umstürzenden Neuerungen. Die maßvolle Reform, welche dem Kaiser vorschwebte, fand in diesen Kreisen gar kein Verständnis. Für sie war das einzige Orakel Herzens Kolokol, der um so leichter alle Köpfe beherrschen konnte, als sein Name von der russischen Presse nicht genannt werden durfte und seine Lehren und Forderungen also auch nicht öffentlich bekämpft werden konnten. So bemächtigte sich der sozialdemokratische Gedanke, den Herzen vertrat, im Fluge der Gebildeten und vor allem der studentischen Jugend; ungestüm verlangten sie danach ihn auch im Volke zu verbreiten und in Flugblättern, Vorlesungen, Sonntagsschulen wurde den ungebildeten Klassen, die kaum aus dem Zustande der Unfreiheit heraustraten, das sozialistische Evangelium verkündet. Darüber mußten auch die aufrichtig Liberalen unter den Sapadniki stutzig werden und der Zar selbst hielt es für geboten wenigstens auf dem Gebiete des Universitätswesens mit der Erteilung neuer Freiheiten innezuhalten.

Studentenunruhen.

Unglücklicherweise übertrug er nun aber die Leitung dieses Zweiges der Verwaltung dem dazu gänzlich ungeeigneten Admiral Putjätin, der durch schroffes Dreinfahren und gewaltsame Unterdrückung die Studenten wieder zur Ordnung zu bringen gedachte. Statt dessen reizte er sie dadurch im Herbst 1861, während der Zar in der Krim weilte, zu Straßenaufläufen und hitzigen Kundgebungen, die in Petersburg, Moskau, Charkow und Kiew tagelang anhielten und sich des unverhohlenen Beifalls und der Unterstützung der Bevölkerung erfreuten. So weit zu gehen war Alexanders Wille nicht gewesen; Putjätin mußte zurücktreten und wurde durch Golownin ersetzt, einen genauen Freund Walujeffs; auch Miljutin wurde als Kriegsminister in den Rat der Krone berufen, und von Reutern, der Finanzminister, Seleny, der Minister für die Domänen, die gleichzeitig mit ihm Anfang 1862 ins Amt traten, waren ebenfalls liberalgesinnte Männer.

Neue Reformen.

In allen Zweigen der Verwaltung wurden die Reformen daher rüstig wiederaufgenommen, allerdings nicht überall mit gleichem Glück. Aus dem Justizministerium erging eine neue Gerichtsverfassung nach westeuropäischem Muster mit Geschworenen und Friedensrichtern und lebte sich trotz zahlreicher erheblicher Mängel schnell ein, teils wegen des populären Rufes, dessen sie sich im voraus erfreute,

teils weil sie wenigstens einem Übelstande der bisherigen Justiz, der Langsamkeit, wirksam abhalf. Der neue Finanzminister erschöpfte seinen Scharfsinn zwar in vielen vergeblichen Mitteln die Geldlage des Reiches zu bessern, aber er konnte doch auch nicht unwesentliche Fortschritte anbahnen. Zum erstenmale ließ er durch die Zeitungen den Voranschlag des Staatshaushaltes veröffentlichen und traf Vorkehrungen, daß Staatsgelder fortan nicht mehr wie bisher eingenommen und ausgegeben werden konnten, ohne daß das Finanzministerium etwas davon erfuhr; zahlreiche Mißstände, besonders die ganz gewöhnlichen Gehaltsauszahlungen für unbesetzte Ämter, wurden dadurch abgestellt und dem Staate so Millionen erspart. Dazu kamen Reformen wie die Umwandlung der Branntweinpacht in eine Steuer, die Verbesserung der Zollverwaltung und die Beschränkung der Staatsindustrie durch den Verkauf von Domänen, Bergwerken und Eisenbahnen, so daß allmählich Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr deckten und nach einem Jahrzehnt zum erstenmale gar ein kleiner Überschuß veranschlagt werden konnte.

Das Heer.

Auch im Heerwesen wurden bedeutende Neuerungen durch Miljutin angebahnt. Auf diesem Gebiete machte sich die Aufhebung der Leibeigenschaft sehr stark bemerklich. Bisher war der Eintritt in das Heer eine Anwartschaft auf die Befreiung gewesen; weil man aber den Adel nicht durch zu häufige Rekrutierungen schädigen durfte, hatte die Dienstzeit 25 Jahre gedauert. Von einer Reserve konnte bei diesem System nicht die Rede sein; ein großer Teil der Soldaten war schon vor Ablauf der 25 Jahre im Grunde völlig unbrauchbar geworden. Miljutin setzte nun die Dienstzeit auf sieben Jahre herab und vermehrte die Zahl der Bataillone auf 664, in Kriegszeiten jedes zu 1000 Mann, im Frieden aber nur halb oder ein Drittel so stark. Ferner sorgte er für eine gründliche Umgestaltung der Offiziersschulen, führte eine bessere Verpflegung ein, hob die körperliche Züchtigung auf, milderte überhaupt die Strenge der Disziplin und erreichte dadurch nach allen Seiten hin die besten Resultate; beispielsweise sank die Sterblichkeit im Heere binnen weniger Jahre von 66 auf 20 Promille. An Gegnern fehlte es ihm, dem Demokraten, der sich von unten heraufgearbeitet hatte, nicht; aber da er der Hauptführer der Slawenfreunde war und diese bald in den unbestrittenen Besitz der Regierung gelangten, so hielt er allen Stürmen erfolgreich stand und konnte sein großes Werk vollkommen durchführen.

Fortdauernde Gärung.

Alles in allem genommen unterlag es keinem Zweifel, daß Rußland in dem halben Jahrzehnt, das zwischen dem Pariser Frieden und der Befreiung der Bauern lag, in der „Sammlung seiner Kräfte" schon tüchtige Fortschritte gemacht hatte und in jedem Jahre neue machte. Daß es trotzdem zu einer kräftigen Politik nach außen auch jetzt noch nicht imstande war, lag wesentlich an den inneren Gärungen, die statt abzunehmen wuchsen. Die Widersetzlichkeit des Adels und sein immer bestimmteres Verlangen nach neuen Rechten war weniger bedenklich als die unklaren sozialdemokratischen Bestrebungen, die in die Massen ge-

schleudert wurden. Rätselhafte Feuersbrünste, die besonders im Mai 1862 Petersburg in unheimliche Aufregung versetzten, ließen die dunklen Absichten ahnen, die im Hintergrunde schlummerten. Mit der Unterdrückung einiger demokratischen Blätter, der Schließung verschiedener Klubs, der Verbannung verdächtiger Schriftsteller war doch gegen diese Gefahren nur wenig auszurichten; viel mehr ward schon dadurch gewonnen, daß in dem slawischen Lager eine konservative Gegenströmung aufkam, indem Katkoff, der Hauptvorkämpfer in der Presse, sich mit Erlaubnis der Regierung entschloß Herzen und seine Grundsätze offen anzugreifen. Man erkannte, freilich spät genug, daß das Versteckenspielen die Gefahr nur vergrößere, und der Erfolg lehrte, daß wirklich in dem Geheimnis eine Hauptstärke des Kolokol gelegen hatte. Sobald es gestattet war in den Zeitungen von ihm zu sprechen und gegen ihn zu kämpfen, war auch seine Alleinherrschaft in der öffentlichen Meinung gebrochen. Viel wirksamer war allerdings noch die Ablenkung, welche der Nationalgeist durch den polnischen Aufstand erfuhr. Alexander selbst und die Konstantinowzen waren von den besten Absichten gegen die Polen und überhaupt gegen die nichtrussischen Bewohner des Reiches, die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die Finnen u. s. f. erfüllt. Es war für die Slawenfreunde ein Hauptklagepunkt, daß in Riga, Warschau und Helsingfors weit liberaler regiert werde als in Petersburg und Moskau. In den Ostseeprovinzen hatte der treffliche Suwaroff in einer dreizehnjährigen Verwaltung und ebenso seit 1861 sein Nachfolger, Baron Lieven, eine gleichmäßige, den deutschen Interessen freundliche Gesinnung bewährt; in Finland geschahen sogar einleitende Schritte zur Einberufung der Stände, die seit 50 Jahren nicht versammelt worden waren; es schien als solle die vertragsmäßige Selbständigkeit des Großfürstentums, die von Nikolaus schnöde mißachtet worden war, wieder ins Leben gerufen werden. Vollends gegen die Polen war durch Alexander von vornherein ein ungleich milderer Ton als der bisher übliche angeschlagen worden. Er hatte gleich in den ersten Jahren seiner Regierung umfassende Begnadigungen vorgenommen und bei seiner ersten Anwesenheit in Warschau, im Mai 1856, vor Träumereien gewarnt und Vergessen des Vergangenen versprochen wie empfohlen. Diese Sprache war nicht ganz wirkungslos geblieben. Ohne Zweifel war auf der polnischen Seite die Zahl derer, die aufrichtig eine Versöhnung wollten, nur sehr klein; aber diese kleine Zahl bestand aus einflußreichen Mitgliedern des Adels und hatte an ihrer Spitze einen Führer von klarem Geiste und kühnem Willen, den stolzen Marquis Wielopolski. Die erste Aufwartung, die er dem Zaren machte, charakterisierte den Mann. Der Hofmarschall war in Verlegenheit, wo er dem seltsamen Gaste bei der großen Audienz den Platz anweisen sollte; da ersparte ihm Wielopolski die Mühe, indem er sagte, er werde ihn selbst sich suchen, und sich dann entschlossen unter die Gesandten der fremden Mächte stellte. Als Alexander ihn darauf freundlich aufforderte die Vorschläge, die er wegen Polens machen wollte, den

Konservative Gegenströmung.

Die Ostseeprovinzen und Finland.

Polen.

Wielopolski.

Ministern zu übergeben, erklärte er sich dazu bereit, obgleich die Archive dieser Herren als die „Gräber der guten Ideen" bekannt seien; und wenigstens insoweit bekam er recht, als Jahre vergingen ehe seine Anträge hinlänglich verarbeitet waren um durch den kaiserlichen Ukas vom 26. März 1861 ins Leben gerufen zu werden. Diese Zwischenzeit aber war von den polnischen Hetzern, besonders von den Sendlingen Mieroslawskis und anderer Verbannten, tüchtig ausgenutzt um das Mißtrauen der Bevölkerung zu nähren und Wielopolskis Absichten als verräterisch zu brandmarken. Auch allerlei kleine Unruhen hatten sie in Warschau anzustiften gewußt, so zuerst am 30. Jahrestage der Revolution von 1830 und dann in den letzten Februartagen 1861. Von der Geistlichkeit begünstigt, führten sie eine Fahne mit dem polnischen weißen Adler in feierlicher Prozession herum und verleiteten dadurch das leicht erregbare Volk zu so feurigen Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens, daß es die Aufforderung der Behörden sich zu zerstreuen mißachtete und mehrere Opfer tot auf dem Platze ließ. Von diesen Vorgängen nahmen einige angesehene Bewohner Warschaus, der Erzbischof an der Spitze, Anlaß eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der sie das herrschende Regierungssystem hart verdammten und die unverlierbaren Rechte der Nationalität für ihr Vaterland in Anspruch nahmen. Alexander antwortete darauf zwar in sehr schroffem Tone, ließ aber dieser Antwort fast unmittelbar den erwähnten Ukas folgen, durch den er einen polnischen Staatsrat ins Leben rief und die Anordnung traf, daß die Provinzial-, Kreis- und Stadträte künftig aus Wahlen hervorgehen sollten; zugleich wurde Wielopolski in die Regierung berufen und mit der Leitung der Unterrichts- und Kirchensachen betraut. Der gute Eindruck, der durch diese Maßnahmen hätte erzielt werden können, wurde durch die nationale Partei mittels neuer Unruhen vollkommen vernichtet. Daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, und der Marquis Wielopolski darauf mit der Auflösung des landwirtschaftlichen Vereines antworteten, weil dieser unter der Leitung des Fürsten Zamoyski der Mittelpunkt der politischen Hetzereien geworden sei, erweiterte die Kluft noch mehr; die Geistlichkeit stellte sich immer entschiedener auf die Seite der Nationalen und der Erzbischof lehnte es geradezu ab einen beruhigenden Hirtenbrief zu erlassen. Kaum eine Woche verging von da an, in der es nicht zu Aufläufen gekommen wäre, die nicht selten mit Blutvergießen endeten. Die Wahlen zu den Kreis- und Stadträten mußten unter diesen Umständen vertagt werden, selbst die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich ward für nötig erachtet und Wielopolski erkannte, daß seine Absichten vereitelt seien, ehe sie nur begonnen hatten ins Leben zu treten. Er schied aus der Regierung wieder aus und blieb nur im Staatsrat. Inzwischen stritten die Parteien in Petersburg eifrig um den Einfluß auf Alexander. Die Sapadniki, vor allem Großfürst Konstantin, waren für Wielopolskis Absichten eingenommen und schoben das Mißlingen darauf, daß die Warschauer Regierung nicht

Unruhen in Warschau.

Versöhnliche Schritte des Zaren.

Wachsende Unzufriedenheit.

Die Parteien in Petersburg.

standhaft genug auf dem betretenen Wege verharrt sei. Etwas wahres lag ohne Zweifel in dieser Behauptung; schon äußerlich betrachtet mußte es als durchaus ungünstig erscheinen, daß in dem einen Jahre 1861 hintereinander Fürst Gortschakoff, General Suchozanet, Graf Lambert und General Lüders die Statthalterwürde bekleidet hatten; von einer gleichmäßigen folgerichtigen Politik hatte da nicht die Rede sein können. Wielopolski und die, welche mit ihm an die Möglichkeit einer Versöhnung glaubten, durften das Recht beanspruchen, daß man ihre Ideen nicht früher als unausführbar beiseite werfe, als bis ein ernstlicher, aufrichtiger und ausdauernder Versuch mit ihnen gemacht sei. Das sah Alexander ein, und um diesen Männern wirklich freie Bahn zu geben ernannte er seinen Bruder Konstantin am 11. Juni 1862 zum Statthalter von Polen und übertrug dem Marquis die ganze Civilverwaltung des Landes. Es war Ernst mit diesem Versuche und deshalb konnten die entmutigenden Anzeichen, unter denen er begonnen wurde, die Verfolgung desselben nicht hemmen. Am wenigsten schreckte es den beherzten Großfürsten und den für seine Pläne begeisterten Marquis, daß das revolutionäre Gesindel von Warschau innerhalb der nächsten zwei Monate vier Mordanfälle zustande brachte, zuerst auf den bisherigen Statthalter General Lüders, dann auf Konstantin selbst und zwar gleich am Tage nach seiner Ankunft, endlich zweimal binnen acht Tagen auf Wielopolski. Viel bedenklicher war es, daß der polnische Adel nichts zur Erleichterung ihrer Stellung beitrug, daß die Zugeständnisse an den Katholizismus, die Besetzung aller fünf Gouverneurstellen mit polnischen Edelleuten, die völlige Umgestaltung der Verwaltungseinrichtungen von dem Grafen Zamoyski und einer großen Adelsversammlung in echtpolnischer Begehrlichkeit und Verblendung mit der Forderung beantwortet wurden, daß alle Provinzen, die einst zur polnischen Republik gehört, zuvor wieder mit dem Königreiche vereinigt würden. Entweder sprach aus solchem Verlangen die vollendete Unfähigkeit sich auf das politisch Erreichbare zu beschränken, oder der böswillige Wunsch dem wohlgemeinten Vorhaben Steine in den Weg zu werfen. Daß der Adel von Podolien und Litauen die erste Gelegenheit, wo er sich versammelte, ergriff um auch seinerseits die Wiedervereinigung mit Polen zu fordern, legte die Befürchtung einer planmäßigen Durchkreuzung der Versöhnungspolitik nur noch näher. Es war, als sollten die besten Freunde, die Polen in Rußland hatte, gewaltsam zu feindlichen Maßregeln gedrängt werden. Daß Zamoyski zur Verantwortung nach Petersburg geladen und auf drei Jahre ins Ausland geschickt wurde, daß der Kaiser die Adelsversammlungen auflösen und ihre Adressen abweisen ließ, war gewiß keine übertriebene Härte. Die begonnenen Reformen wurden ruhig fortgesetzt und der Kriegszustand fast im ganzen Lande aufgehoben. Aber eine Lehre glaubten der Großfürst und Wielopolski allerdings aus diesen Vorgängen ziehen zu müssen: die, daß es für die Erreichung ihrer Pläne von größter Wichtigkeit sei die schlimmsten Hetzer auf möglichst vor-

Großfürst Konstantin und Wielopolski.

Unversöhnlichkeit der Polen.

sichtige Weise unschädlich zu machen. Den Adel konnte man, wie Zamoyski, auf Reisen schicken; mit den jungen demokratischen Heißspornen ging das nicht. Für sie mußten andere Wege ausfindig gemacht werden, und als der bequemste erschien der, eine neue Rekrutierung anzuordnen und diese gefährlichen Elemente ins Heer zu stecken.

Das Nationalitätsprinzip und der Orient.

Die Folgen dieses Entschlusses werden uns erst später beschäftigen. Was die Rekrutierung selbst anlangte, so lag in den augenblicklichen politischen Verhältnissen zwar kein Grund für sie vor, aber da seit sechs Jahren keine Aushebung mehr stattgefunden hatte, konnte man sie doch auch weder verfrüht nennen, noch brauchte man sie als ein Vorzeichen kriegerischer Absichten zu betrachten. Eigentümlich war es freilich, daß der kaiserliche Befehl, welcher sie anordnete, gerade am 20. September 1862 erging, das heißt an dem Tage, an welchem der Zar in Nowgorod mit seinem Volke das tausendjährige Bestehen des russischen Reiches feierte. Lag in diesem Zusammentreffen die Ankündigung verborgen, daß Rußlands Heer berufen sei die Gedanken zu verwirklichen, welche dem Feste von Nowgorod den höheren Schwung gaben, die Gedanken nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, eine Zukunft, welche alle slawischen Völker vereinigen solle? Dieser Gedanke des Panslawismus lebte unzweifelhaft in Rußland; die ganze junge Generation hing ihm an; die Presse der Slawenfreunde predigte ihn so unverhohlen, wie es die Rücksicht auf Österreich, dessen Zerstückelung seiner Verwirklichung hätte voraufgehen müssen, nur irgend zuließ. Und nun erteilte der Zar selbst gar an diesem Jubelfeste des Slawentums Orden und Auszeichnungen an die hervorragendsten Slawen der österreichischen Monarchie. Er bezeichnete sie dadurch gleichsam als Teilnehmer an diesem Feste, als Genossen der großen Familie, deren Haupt er selber sei. Selbst auf die Vorgänge in Polen mußte diese Handlungsweise ein neues Licht werfen. Die bisherige Lage dieses slawischen Landes konnte die übrigen Bruderstämme nicht eben für die Vereinigung mit Rußland begeistern. Vielleicht gelang es Wielopolski jetzt einen Zustand zu schaffen, der als lockendes Vorbild für die Verbindung Galiziens und der übrigen österreichisch-slawischen Provinzen mit dem Zarenreiche dienen konnte. Die Verwirklichung des großen Traumes brauchte deshalb keine Aufgabe des nächsten Tages zu sein. Sie bedurfte ohne Zweifel noch vieler Vorbereitungen. Aber daß auf der anderen Seite auch schon viel geschehen war, daß die Ereignisse der letzten Jahre dem Panslawismus vorgearbeitet hatten, das lag offen vor aller Augen. Die Kluft, die zwischen Petersburg und Wien sich aufgethan, das gute Einvernehmen, in dem der Zar mit Preußen und Frankreich stand, vor allem die schweren Schläge, die Österreich erlitten hatte, alles das berechtigte zu weitgehenden Hoffnungen. Österreichs Ruin war ein Gewinn, war fast schon

Der Panslawismus.

Österreichs Gefährdung.

ein Sieg für den Panslawismus. Und dieser Ruin schien unaufhaltsam hereinzubrechen. Ungarn war und blieb widerspenstig und unversöhnlich, in Deutschland gärte und brodelte es, und Herr von Bismarck, der am Tage vor der Nowgoroder Feier in Berlin eintraf um die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, war der erklärte Feind Österreichs, der erklärte Freund Rußlands. Vollends nun gar in Italien hatten die großartigsten Umwälzungen sich vollzogen und der Herrschaft Österreichs, der mittelbaren wie der unmittelbaren, ein Ende gemacht. Von allen Seiten war der Kaiserstaat bedroht; sein schlimmster Feind, der nationale Gedanke, war in ganz Europa das Losungswort des Tages; sollte dieser Gedanke nicht auch für das Slawentum sich verwirklichen lassen? Das waren die Ideen, die in Rußland lebten, die eben so eifrig wie unkritisch genährt wurden, über denen man leichtsinnig es vergaß oder verbarg, daß in Polen gerade das Nationalitätsprinzip sich gegen den Panslawismus wehrte und daß nur die größte Unwissenheit es wagen konnte, Russen und Polen und Tschechen und Kroaten in demselben Sinne als Volksgenossen zu bezeichnen wie Sardinier und Neapolitaner oder wie Preußen und Bayern, Württemberger und Hannoveraner.

Das Nationalitätsprinzip und der Panslawismus.

Napoleon und das Nationalitätsprinzip.

Aber mochte dieser Panslawismus auch eine Verirrung sein, er war jedenfalls eine Verirrung, die in der geistigen Strömung der Zeit ihren Ursprung hatte. Mehr und mehr war seit dem Ende des Krimkrieges der Druck gehoben, der länger als ein halbes Jahrzehnt schwer auf den Völkern Europas lastete. Nur diesem Drucke war es gelungen die aufstrebenden nationalen Bewegungen, die der Erdteil 1848 gesehen, niederzuhalten: sie zu ersticken war ihm nicht gelungen, und sowie der Druck nachließ, traten sie wieder hervor. Der einflußreichste Machthaber in ganz Europa, der Kaiser Napoleon selbst, war es, der ihnen dabei hilfreiche Hand leistete, der diese verpönten Bestrebungen, dieses geächtete Nationalitätsprinzip, als erster in die Kreise der entsetzten Diplomatie einzuführen wagte. Weit entfernt davon den großen Zukunftsgedanken um seiner selbst willen zu fördern bezweckte er damit allerdings nur die eigene Macht zu erhöhen und seinen Namen mit neuem Glanze zu umgeben. Aber mochten seine Beweggründe sein, welche sie wollten, mochten die Geister, die er wachrief, ihm selbst bald zu gewaltig werden und schließlich mehr als etwas sonst zu seinem Sturze beitragen, jetzt, wo er auf der Höhe seiner Macht stand, gab es keinen zweiten, der mit gleicher Kraft das Zauberwort sprechen und den nationalen Bestrebungen jenen politischen Rückhalt bieten konnte, ohne den sie vielleicht noch lange in dem Zustande der Vorbereitung hätten verharren müssen. Daß der Kaiser dies that, daß er sich zum Wortführer der unterdrückten Nationalitäten aufwarf, geschah vornehmlich um Italiens willen und war teils Folge des Orsinischen Mordversuches, teils Frucht der unermüdlichen Anstrengungen des Grafen Cavour. Aber mit seiner gewöhnlichen Vorsicht und Zurückhaltung gab Napoleon das Losungswort nicht

sogleich in Bezug auf Italien aus; er wollte zunächst die Diplomatie an den übelberufenen Klang, den das Nationalitätsprinzip in ihren Ohren hatte, gewöhnen, und so war es denn eine ziemlich untergeordnete Frage, bei der er es zum erstenmal versuchsweise als leitenden Grundgedanken ausspielte, die Frage der Donaufürstentümer.

Die Donaufürstentümer.

Der Pariser Friede hatte über die künftige Gestaltung dieser Länder nur allgemeine Grundzüge festgestellt, die insbesondere die Frage, wie weit eine Vereinigung der Moldau und Walachei zugestanden werden solle, unentschieden ließen. Die Türkei und Österreich, denen sich England anschloß, wollten von dieser Vereinigung nichts wissen, Rußland und Frankreich, und in ihrem Gefolge Preußen und Sardinien, begünstigten sie. Nun erlosch im Juli 1856 die siebenjährige Amtszeit der beiden Hospodaren, die 1849 auf Grund des Vertrages von Balta Liman eingesetzt waren, und die Verwaltung der Länder ging einstweilen an Statthalter (Kaimakame) über, welche die Pforte ernannte, den Demetrius Ghika in der Walachei und den Nikolaus Vogorides in der Moldau. Deren nächste Aufgabe war es in Gemäßheit eines großherrlichen Fermans vom 7. Januar 1857 die Wahlen zu den Diwans auszuschreiben, welche Vorschläge über die künftige Gestaltung der beiden Länder machen sollten. Schon vor den Wahlen zeigte sich in der Moldau eine lebhafte Bewegung gegen die Vereinigung, und die Wahlen selbst fielen dementsprechend aus. Frankreich aber und die ihm folgenden Mächte erklärten, dieses Ergebnis sei durch Mißachtung des Fermans künstlich erzielt, verlangten in Konstantinopel Vogorides' Abberufung und die Erneuerung der Wahlhandlung, und erzwangen diese Forderung im August 1857 durch den Abbruch des diplomatischen Verkehrs. In der That kam nun ein Diwan zustande, der mit 82 gegen 2 Stimmen am 19. Oktober 1857 die Vereinigung mit der Walachei forderte und für den erblichen Thron des neuen Staates, der den Namen Rumänien führen und für neutral erklärt werden sollte, einen europäischen Prinzen wünschte: Forderungen, denen der walachische Diwan sich zwei Tage später einstimmig anschloß. Die Pforte erhob sogleich nachdrückliche Einsprache und beeilte sich Anfang 1858 die Diwans aufzulösen, sobald sie ihre Vorschläge der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel übergeben hatten. Napoleon beantwortete diesen Schritt durch eine von ihm veranlaßte Schrift „Napoleon III. und die rumänische Frage", die entschieden für die Rechte der neuen „rumänischen" Nationalität eintrat. In den Augen der Pforte und Österreichs war diese Begründung gewiß die schlechteste, die es geben konnte; denn wenn sie zugelassen wurde, so hatten auch die Rumänen in Siebenbürgen ein Recht sich dem neuen Staate anzuschließen, so durften auch die Serben für die Wiederherstellung ihres altserbischen Reiches den Beistand der Mächte anrufen. Der Entscheid der Pariser Konferenz, welche die Frage zu lösen hatte, fiel denn auch nicht so günstig aus, wie die Rumänen im Vertrauen auf Napoleons Geneigtheit wohl gehofft hatten. Unter dem Namen der Vereinigten Fürstentümer der

Napoleon III. und die rumänische Frage.

Moldau und Walachei sollte das Land zwar in Fokschani einen gemeinsamen höchsten Gerichtshof und einen aus 16 Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuß, eine Art von Staatsrat, erhalten, aber jedes Fürstentum sollte seinen eigenen Hospodaren und seine eigene Landesvertretung wählen, und die Abhängigkeit von der Pforte samt der Tributpflichtigkeit (der Tribut betrug 4 Millionen Piaster, d. h. etwa $1^1/_4$ Mill. Mark) wurden ausdrücklich von neuem anerkannt. Indessen die Rumänen wußten doch, über die Zugeständnisse der Mächte hinaus, ihre Wünsche durchzusetzen. Nachdem die Moldau am 29. Januar 1859 den Obersten Alexander Kusa zum Hospodaren gewählt hatte, erkor die walachische Landesversammlung 14 Tage später denselben Mann zu ihrem Fürsten. Frankreich und Rußland waren damit sehr zufrieden; die übrigen Mächte befanden sich in großer Verlegenheit. Österreich, das an der Schwelle eines großen Krieges stand, mußte die Sache gehen lassen, England wollte sich um einen so geringen Preis nicht mit Frankreich überwerfen. So ließen sie denn die Pforte im Stich und erkannten am 6. September 1859 für die Lebenszeit Kusas, der als Alexander Johann I., Fürst von Rumänien proklamiert wurde, die Vereinigung an; der Sultan mußte sich damit begnügen, daß der Hospodar persönlich die Bestätigung in Konstantinopel einholte, und Anfang 1862 konnte der neue Staat „Rumänien", nachdem Ende 1861 die Anerkennung Kusas durch die Pforte erfolgt war, in pomphaften Proklamationen den Völkern Europas vorgestellt werden.

Die Wahl Kusas.

Dieses Vorbild ging begreiflicherweise für die übrigen christlichen Unterthanen der Pforte nicht verloren; am stärksten mußte es auf die benachbarten Serben wirken. Aus ihren Befreiungskämpfen in den Jahren 1804—15 hatten diese in ihr politisches Leben Parteiungen mit hinüber genommen, die weit mehr persönlicher als sachlicher Art waren. Ihr erster Führer im Aufstand wider die Türken, Karageorg, der schwarze Georg, hatte 1813 nach vielen Unglücksfällen das Land verlassen müssen, und der Ruhm der Befreiung war daher seinem Nachfolger, dem Milosch Obrenowitsch, zugefallen, den die Pforte freilich erst nach dem Frieden von Adrianopel als Fürsten anerkannte. Bis 1839 behauptete dieser sich in der Herrschaft, zum Teil durch die härtesten Mittel, wie durch die Ermordung Karageorgs, der 1816 nach Serbien zurückgekehrt war. Eine ernstliche Bewegung, die gegen ihn 1835 ins Werk gesetzt wurde, veranlaßte ihn zwar eine Verfassung zu geben, durch die er sich selbst Schranken zog. Aber da weder Rußland und Österreich noch die Pforte dieselbe billigten, trat sie nicht ins Leben, und die Gegner des Fürsten, sein Bruder Jephrem und seine früheren Anhänger Wutschitsch und Protitsch, mußten ins Ausland fliehen. Dennoch war Milosch nur scheinbar Sieger geblieben. Auch der Sultan wünschte seine Macht zu beschränken und sandte ihm im Einverständnis mit seinen Gegnern eine Verfassung zu, durch welche fast alle Gewalt in die Hände eines unabsetzbaren, aus 17 Mitgliedern bestehenden Senats gelegt wurde. Obendrein wurden nun in diesen Männer wie Jephrem und Wutschitsch

Serbien.

gewählt, während alle Freunde des Fürsten durchfielen. Das trieb ihn dazu eine Bauernbewegung gegen diese Neuerungen anzuzetteln. Aber Wutschitsch schlug dieselbe schnell nieder und zwang, nach Belgrad zurückgekehrt, am 13. Juni 1839 den Milosch zu Gunsten seines Sohnes Michael der Herrschaft zu entsagen und über die Grenze zu gehen. Michael wurde von der Pforte bereitwillig anerkannt; aber das Land kam dadurch nicht zur Ruhe, denn nun gerieten die Führer der Bewegung unter sich in Streit, und Wutschitsch mußte unter türkischem Schutz aus dem Lande entweichen. Den eindringlichen Vorstellungen des Sultans gelang es freilich bald ihm die Rückkehr zu erwirken; aber nun arbeitete er nur um so eifriger daran seine Gegner, besonders Jephrem und Protitsch, zu beseitigen. Schon 1842 griff er wieder zu den Waffen und Michael sah sich bald so vollständig verlassen, daß er Ende August nach dem österreichischen Semlin entfloh. Eine von Wutschitsch berufene Skuptschina erwählte darauf den 1806 geborenen Sohn Karageorgs, Alexander, zum Fürsten und der Sultan bestätigte ihn. Dagegen erhob dann freilich Rußland, lebhaft von Österreich unterstützt, Einspruch; aber weil es nicht verkannte, daß die Wiedereinsetzung Michaels undurchführbar sei, begnügte es sich damit, daß Karageorgewitsch sich einer Neuwahl unterzog, Wutschitsch aber für einige Zeit das Land verließ. Die folgenden Jahre verstrichen ohne erhebliche Ereignisse; auch die eifrige Beteiligung der Serben an dem Kampfe ihrer österreichischen Landsleute gegen die Ungarn blieb ohne dauernde Nachwirkung. Während des Krimkrieges hielt Karageorgiewitsch sich neutral, jedoch mit stets wachsender Annäherung an den österreichischen Standpunkt, obwohl die Stimmung im Volke entschieden russenfreundlich war. Teils dadurch, teils durch den Umstand, daß er jahrelang die Skuptschina nicht berufen hatte, erregte er große Mißstimmung gegen sich, die durch die günstigen Bestimmungen des Pariser Friedens keineswegs beseitigt wurde. Es kam soweit, daß im Schoße des unabsetzbaren Senates eine Verschwörung gegen den Fürsten entstand, welcher er durch schnelle Verhaftung und Verurteilung der Teilnehmer die Spitze abzubrechen suchte (Okt. 1857). Als aber die Pforte dieses Verfahren für ungesetzlich erklärte, wagte er nicht derselben zu trotzen, setzte die zur Abdankung gezwungenen Senatoren wieder ein und berief den alten Wutschitsch und den als Gegner Österreichs bekannten, europäisch gebildeten Garaschanin in das Ministerium. Diese trafen sofort, von Rußland der Pforte zum Trotz begünstigt, die Einleitungen zur Wahl einer Skuptschina, die am 12. Dezember 1858 eröffnet wurde. Gleich in den ersten Sitzungen zeigte sich, daß Karageorgiewitsch's Partei in schwacher Minderheit war und daß die Mehrheit den alten Milosch oder seinen Sohn Michael wieder auf den Thron zu setzen wünschte. Ein türkischer Kommissär, Kabuli Effendi, der dies zu verhüten abgeschickt war, bemühte sich nun unter der Hand den alten Wutschitsch, Garaschanin und den durch seinen Reichtum gewichtigen Mischa für den Plan zu gewinnen,

Die serbische Skuptschina.

daß sie als Kaimakame vorläufig die Regierung übernehmen sollten; allein ehe diese Intrigue ins Werk gesetzt war, forderte die Skuptschina am 22. Dezember 1858 den Fürsten zur Abdankung auf und erklärte Miloschzu seinem Nachfolger. Karageorgiewitsch floh in die Festung, die von türkischen Truppen besetzt war; er gedachte von da sich leicht wieder der Stadt bemächtigen zu können; aber Volk und Heer erklärten sich gegen ihn und Österreich, das Miene machte ihm Beistand zu leisten, wurde von dem hereinbrechenden Unwetter des italienischen Krieges überrascht. So gab der Fürst das Spiel verloren und Milosch hielt, auf Rußlands und Frankreichs Verwendung vom Sultan bestätigt, am 6. Februar 1859 seinen Einzug in Belgrad. Ihn umgab, als den Befreier vom Türkenjoch, noch immer ein nationaler Heiligenschein und trotz der Vertagung der Skuptschina, trotz Wutschitsch' Verhaftung und seines verdächtigen Todes blieb ihm die Liebe des Volkes bewahrt, bis er im Alter von 81 Jahren am 26. September 1860 starb.

Flucht des Fürsten.

Fürst Milosch.

Mehr noch als auf ihn baute die jungserbische Partei ihre nationalen Hoffnungen auf seinen Sohn Michael, der ihm folgte, ohne daß die Pforte das Erbrecht anerkannte, aber auch ohne daß sie es hindern konnte. Das Ziel der Nationalen war die Vereinigung von Bosnien, der Herzegowina und Montenegro mit Serbien zu einem großserbischen Reiche. In allen diesen Ländern war es seit 1856 auch unruhig genug zugegangen; blutige Aufstände waren besonders im Frühjahr 1858 ausgebrochen, und der Fürst von Montenegro, Danilo Petrowitsch, pochte trotzig auf fremden Beistand. Eine Reise nach Paris im Februar 1857 hatte große Hoffnungen in ihm erweckt, die durch die Ankunft französischer Kriegsschiffe im adriatischen Meere noch verstärkt wurden; von Rußland flossen ihm die Geldmittel ganz offenkundig zu. Allzuweit wollte man die Dinge in Petersburg und Paris aber noch nicht kommen lassen, sondern nur die Gärung unterhalten um zu passender Zeit einen Ausbruch herbeiführen zu können. Deshalb mußte Danilo jetzt mit einer Grenzregulierung, die unter Mitwirkung der Großmächte vollzogen wurde, sich zufrieden geben, und ehe er die Erlaubnis zu neuen Unruhen bekam, fand er im August 1860 seinen Tod durch die Kugel eines Feindes. Kraft eines Erbfolgegesetzes, das er vor seiner Reise nach Paris gegeben und das jeden, der Freundschaft für die Türken an den Tag lege, ausschloß, folgte ihm sein Neffe Nikita. Ein neuer Aufstand in der Herzogewina verwickelte diesen schon 1862 wieder in Krieg mit den Türken; da aber die Pforte eine bedeutende Armee unter Omer Pascha absandte, mußte sich auch Nikita zum Frieden bequemen ohne die gewünschte Ausdehnung seines Landes bis an die Küste erreicht zu haben. Wirklichen Vorteil zog aus diesen Unruhen von 1862 nur Michael Obrenowitsch von Serbien. Reibereien zwischen der türkischen Besatzung und der Bevölkerung von Belgrad hatten den Kommandanten veranlaßt seine Truppen in die Festung zurückzuziehen und von da aus die Stadt zu bombardieren. Die Mächte mischten sich ein und beschränkten im September 1862 das türkische

Fürst Michael.

Aufstände in Bosnien u. s. f.

Montenegro.

Streit in Belgrad.

Besatzungsrecht auf vier Zitadellen im Lande, darunter allerdings auch die von Belgrad, während in der Stadt selbst das Türkenviertel geräumt werden mußte. Dadurch besänftigte sich die aufgeregte Stimmung der Serben soweit, daß die Ruhe erhalten blieb. Aber im ganzen Norden und Westen der Balkanhalbinsel glomm das Feuer unter der Oberfläche weiter und konnte nur notdürftig verdeckt werden.

Auch die Griechen blieben von der nationalen Strömung dieser Jahre nicht unberührt; doch hatten sie keineswegs bloß Gewinn von derselben zu erwarten. Unter den slawischen Bulgaren, die sich zur griechischen Kirche bekannten und ihre Bischöfe von dem Patriarchen von Konstantinopel erhielten, äußerte sich das erwachende Leben in einer Griechenland feindlichen Weise. Man wollte seine eigene Nationalität pflegen und deshalb die hohe Geistlichkeit aus der eigenen Mitte wählen und nicht mehr stammfremde Griechen sich schicken lassen. Rußland zeigte sich diesen Ideen günstig, die Pforte nicht minder, und wenn der Streit erst gegen Ende des Jahrzehnts zur wirklichen Losreißung der Bulgaren von dem Patriarchate in Konstantinopel führte, so erregte er doch jetzt schon alle Gemüter und bedrohte das Hellenentum mit schwerem Verlust. Unter den griechischen Unterthanen der Pforte brachen gerade wie unter den serbischen mancherlei Unruhen aus, 1858 auf Kandia, 1860 in Makedonien, aber da sie keine erhebliche Unterstützung aus dem Königreiche erhielten, wurden sie schnell gedämpft. In Athen war man durch die Erfahrungen des Krimkrieges sehr vorsichtig geworden. Trotz Rußlands Fürsprache auf dem Pariser Kongreß zogen die Westmächte sich aus dem Piräus erst im Februar 1857 zurück, und diese dreijährige Anwesenheit fremder Truppen in der Hauptstadt hatte die Regierung, wie auch die wechselnden Minister heißen mochten, ernstlich eingeschüchtert. Das Volk freilich vergaß die Warnung schnell und rechnete die Schmach, die dem Lande widerfahren war, dem Könige selbst zur Schuld an. Otto I. war nicht imstande gewesen auf diesem Boden wirklich festzuwurzeln; nur einer machtvollen Persönlichkeit hätte es gelingen können in diesem Gewirr von Parteiungen und Begehrlichkeiten zu Ansehen und Einfluß zu gelangen; statt dessen war der König eine lässige Natur, die sich nur schwer zu Entschlüssen aufzuraffen vermochte und gern an Kleinigkeiten haftete. Unlustig zum Regieren und kränklich, überließ er nicht allein während seiner wiederholten Reisen nach Deutschland der Königin, einer entschlossenen, aber hastigen und unbeliebten Frau, die Regierung, sondern gestattete ihr auch sonst großen Einfluß. Den Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems war er in keiner Weise gewachsen und daß es ihm durch eine Revolution am 15. September 1843 aufgezwungen war, hatte er auch nicht vergessen. Die Willkürlichkeiten, deren sich alle seine Minister ohne Unterschied der Partei schuldig machten, die Fälschungen der Wahlen, das Polizeiregiment verbitterten die Stimmung gegen den Monarchen selbst; daß er obendrein kinderlos war, beraubte ihn auch der Stütze, die ein im Hellenentum heranwachsender Sohn ihm

Die Bulgaren.

Aufstände in Kandia u. s. f.

Griechenland.

König Otto.

Stimmung des Volkes.

würde gegeben haben. Kein Wunder, wenn man ihm jetzt Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen des griechischen Volkes vorwarf, wenn man die Schuld daran, daß nicht längst die Grenzen des Reiches sich erweitert hatten, daß so mancher griechische Stamm vergebens sich der Türkenherrschaft zu entwinden suchte, seiner Teilnahmlosigkeit zuschrieb und von jedem anderen Fürsten eher die Erfüllung der nationalen Hoffnung erwartete. Besonders gern dachte man sich einen englischen Prinzen auf dem griechischen Throne; als sicheren Gewinn glaubte man dann die ionischen Inseln davon zu tragen, die in den letzten Jahren sich sehr lebhaft für den Anschluß an das Königreich auszusprechen begonnen hatten, und auch die Hoffnung auf Kandia, Samos und andere unzufriedene Inseln schien nicht allzukühn. Neben dieser nationalen Strömung, die in dem Könige das größte Hemmnis sah, lief eine radikale, die jedes Königtum haßte, und liefen zahlreiche persönliche Feindschaften, wie sie der Monarch in dem zerklüfteten Lande gar nicht hatte vermeiden können. Auf den Beistand der Schutzmächte durfte er nicht rechnen; mit England hatte er fast immer auf gespanntem Fuße gestanden; Rußland und Frankreich betrachteten ihn mindestens mit Gleichgültigkeit. So war die Lage, als im Jahre 1861 die feindseligen

Verschwörungen.

Stimmungen sich in Thaten Luft zu machen begannen. Die ersten Versuche, eine Verschwörung in Athen, ein Mordanfall auf die Königin, mißlangen. Ernstlicher war eine Militärrevolution, die im Februar 1862 in Nauplia ausbrach und der sich die Inseln Syra, Santorin und Naxos anschlossen. Allein auch sie wurde glücklich unterdrückt, und der König suchte durch Milde die Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Er änderte sein Ministerium, ließ den vom Aufstande heimgesuchten Gegenden beträchtliche Geldsummen durch die Kammern bewilligen, schlug die Preßprozesse nieder, erteilte eine umfassende Begnadigung und trat im Oktober mit der Königin eine Reise durch den unzufriedenen Peloponnes an. Gerade diese Reise aber war das Zeichen zum Ausbruch einer weit-

Vertreibung des Königs.

verzweigten Verschwörung. Am 19. erhoben sich die Rebellen in Vonitza am Golf von Arta, am 20. in Patras, am 22. in Athen. Hier in der Hauptstadt erklärten sie sofort das Königtum Ottos für erloschen und bildeten eine Regierung, in die Bulgaris, Kanaris und Rufos eintraten. Otto, der sogleich nach dem Piräus zurückeilte, überzeugte sich hier durch eine Unterredung mit den fremden Gesandten, die zu ihm an Bord seines Schiffes kamen, von der Aussichtslosigkeit jeder Gegenwehr. Am 24. Oktober 1862 gab er durch eine Proklamation seinen Entschluß nach Deutschland zurückzukehren kund, verzichtete aber nicht auf sein und seiner Familie Anrecht auf die Krone. Da die vorläufige Regierung ausdrücklich die Fortdauer der monarchischen Staatsform als notwendig anerkannt hatte, mochte er hoffen, daß der Thron seinem Bruder Luitpold und dessen

Die Königswahl.

Nachkommen erhalten werden könne. Indes die Griechen wollten von den Bayern nichts mehr hören; alle ihre Wünsche richteten sich auf den Prinzen Alfred von England, und obgleich dieser durch den Vertrag

der Großmächte von 1832 wie alle Prinzen aus deren Häusern ausgeschlossen war, obgleich England dies in Athen ausdrücklich erklären ließ und auch mit Rußland von neuem die Verpflichtung austauschte, daß weder ein englischer noch ein russischer Prinz (der Herzog von Leuchtenberg) eine Wahl annehmen dürfe, so stimmten doch von 240 000 Wählern 230 000 für den Sohn der Königin Victoria, natürlich ohne dadurch den Entschluß des britischen Kabinetts zu ändern. Man empfand nun aber in London eine Art von Verpflichtung den Griechen andere Vorschläge zu machen, und da der zuerst empfohlene Herzog Ernst von Koburg-Gotha unbedingt ablehnte, verfiel man auf den minderjährigen zweiten Sohn des dänischen Thronfolgers, den Prinzen Wilhelm von Dänemark, dessen Schwestern mit den Erben von England und Rußland verheiratet oder verlobt waren. Die griechische Nationalversammlung griff um so bereitwilliger zu, als sie den Boden unter ihren Füßen bereits wanken fühlte, und wählte am 30. März 1863 den dänischen Prinzen einstimmig unter dem Namen Georg I. zum König. Von den Großmächten trotz aller bayerischen Verwahrungen am 5. Juni anerkannt, traf er am 31. Oktober, ein Jahr nach Ottos Sturze, in Athen ein und brachte den Griechen als Mitgift die ionischen Inseln mit, deren Abtretung England schon im Dezember 1862 in Aussicht gestellt und ein Protokoll der Schutzmächte vom 26. Juni 1863 genehmigt hatte. Von weiteren Vergrößerungen des Königreiches aber war nicht die Rede, und was die innere Ordnung und das Parteigetriebe betraf, so zeigte sich bald, daß darin durch den Thronwechsel auch nicht die leiseste Besserung eingetreten sei.

Georg I.

Die ionischen Inseln.

Auch unter der türkischen Bevölkerung, die an und in ihren Grenzen so gewaltthätige Bewegungen sich vollziehen sah, regte sich der Nationalstolz und, was damit zusammenfiel, der religiöse Fanatismus mit erhöhter Kraft. Daß der Hatti-Humajum den Christen die Gleichberechtigung mit den Mohammedanern zugesichert hatte, kränkte jeden Rechtgläubigen aufs tiefste, und gleich nach dem Erlasse des Gesetzes waren in den kleineren Städten des Reiches vielfache blutige Angriffe auf die Christen gemacht worden; vollends die türkischen Grundherren in Bosnien, Rumelien, Albanien plagten ihre andersgläubigen Unterthanen fortan mit verdoppelter Bosheit und reizten sie dadurch erst recht zu jenen Aufständen, von denen oben die Rede war. Andererseits klagte Rußland beständig, daß die Lage der Christen sich um nichts gebessert habe, daß der Hatti-Humajum ein leeres Wort geblieben sei; aber England und Österreich steiften sich so hartnäckig auf den neunten Artikel des Pariser Friedensvertrages, der jede Einmischung der Großmächte in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen ausschloß, daß die russischen Beschwerden fruchtlos blieben. Zweimal indes ließ sich der muselmännische Fanatismus in entfernteren Provinzen zu solchen Frevelthaten hinreißen, daß auch den englischen Ministern die Geduld ausging; zuerst im Juni 1858, wo in Dschidda, dem Hafenorte von Mekka, eine große Niedermetzelung der Christen, darunter der Konsuln von England und

Die Mohammedaner.

Das Blutbad von Dschidda.

Frankreich, stattfand; dann zwei Jahre später, wo der Libanon und Damaskus Zeugen noch weit entsetzlicherer Greuel wurden. Dschidda büßte durch ein furchtbares Bombardement, mit dem ein englisches Kriegsschiff die Stadt heimsuchte; durch rücksichtsloses Einschreiten hoffte und vermochte man auch wirklich der Verpflanzung der Schandthaten, die damals Ostindien mit Entsetzen erfüllten, in andere mohammedanische Länder vorzubeugen. Bei dem Blutbade in Syrien war der Strafvollzug nicht so leicht und gefahrlos wie der gegen die arabische Küstenstadt, da man ins Innere des Landes vordringen mußte. Schon seit alters hatte zwischen den verschiedenen Stämmen des Libanons der religiöse Haß häufige Fehden und scheußliche Gewaltthaten herbeigeführt. Mehr als drei Vierteile der über 200 000 Seelen zählenden Bevölkerung nannten sich Christen, sie zerfielen aber in mehrere Sekten, Maroniten, Melchiten, griechische Orthodoxe; ihnen gegenüber standen die mohammedanischen Drusen und Metuali, zusammen nur gegen 50 000 Köpfe, aber durch ihre Wildheit und Kriegslust der Schrecken ihrer Nachbarn und häufiger siegreich als besiegt. Seit anderthalb Jahrzehnten hatten sie indes so leidlich Ruhe gehalten, und um so überraschender und unheilvoller war daher ihr plötzlicher Losbruch Ende Mai 1860. Bis auf 30 000 wurde die Zahl der Opfer, die ihrem Hasse fielen, angegeben; die türkischen Obrigkeiten thaten nichts dem Blutbade zu wehren. In Konstantinopel freilich war man über diesen Ausbruch tierischer Wildheit nicht minder entsetzt als in den christlichen Hauptstädten, denn es gab keine ungünstigere Zeit, in der das schreckliche Ereignis hätte eintreten können, als gerade diese Monate. Eben erst war das dringende Verlangen Rußlands die Beschwerden der Christen durch großmächtliche Kommissare untersuchen zu lassen von den anderen Mächten zu Fall gebracht; sie hatten sich damit begnügt, daß der Großvezier Kiprisli Pascha eine Rundreise zur Kenntnisnahme und Verbesserung der Lage der Christen anzutreten sich verpflichtete. Nun kamen diese Vorgänge im Libanon, die alle Voraussagen des Petersburger Kabinettes nicht erfüllten, sondern weit übertrafen; nur durch schnelles Eingreifen des Sultans konnte jetzt die fremde Einmischung abgewendet werden. So ging denn Fuad Pascha am 8. Juli mit 16 000 Mann und großer Vollmacht nach Syrien ab; allein fast gleichzeitig kam die Nachricht von einem neuen Blutbade. Am 9. Juli wollte der Statthalter von Damaskus an einigen Muselmännern, welche Christen beleidigt hatten, die Strafe vollziehen; darüber empörten sich deren Glaubensgenossen und fielen über das christliche Stadtviertel her; die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, schlossen sich ihnen an; vergebens suchte Abdel Kader, der zurückgezogen in Damaskus lebte, dem Morden ein Ende zu machen; sechs Tage dauerte die Schlächterei, das Sengen und Brennen, das Plündern und Rauben; eine Obrigkeit gab es nicht mehr. Daß Fuad, als er ankam, das strengste Gericht hielt, daß er den Statthalter selbst und beinahe 200 Schuldige erschießen oder hängen ließ, konnte die Ent-

Der Aufstand im Libanon.

Die Großmächte.

Das Blutbad von Damaskus.

rüstung des Abendlandes nicht mehr besänftigen. Gleich auf die ersten Nachrichten hatte Napoleon zwei Kriegsschiffe an die syrische Küste geschickt und die Großmächte zu gemeinsamen Maßregeln aufgefordert; schon am 3. August 1860 kam in Paris ein Protokoll zustande, kraft dessen 6000 Franzosen unter General Beaufort d'Hautpoul sich fünf Tage später nach Syrien einschifften und die Entsendung von weiteren 6000 Mann einer anderen Macht vorbehalten wurde, wenn es mit diesen Kräften noch nicht gelinge die Ordnung zu sichern. Die sechsmonatliche Frist, die für den Aufenthalt der Franzosen bestimmt wurde, ward vor ihrem Ablauf noch einmal verlängert; länger als bis zum 5. Juni 1861 ihre Anwesenheit zu gestatten war jedoch England in keiner Weise zu bewegen. Auch erwies sich dieser Zeitraum als völlig genügend; die Pforte bewilligte eine neue Verwaltungseinrichtung für den Libanon, durch die ein christlicher Statthalter, Daud Pascha, eine sehr selbständige Stellung und in einer einheimischen Miliz das Mittel erhielt sich in derselben zu behaupten. Die syrische Expedition.

Diese Umgestaltung war das letzte Werk Abdul Medjids, der nach zweiundzwanzigjähriger Regierung am 25. Juni 1861 starb. Mit großen Schritten war unter ihm die Türkei ihrem Verfalle entgegengeeilt; daß sie noch bestand, war nicht sein Verdienst, sondern die Folge des Interesses, das Österreich und England daran hatten. Die fanatischesten Mohammedaner aber gaben dem verstorbenen Sultan in erster Linie Schuld an der Zerbröckelung des alten Regierungssystemes, in der sie die Quelle alles Unheils sahen, und es hatte nicht an Verschwörungen gefehlt um Abdul Medjid aus dem Wege zu schaffen; die gefährlichste wurde im September 1859 entdeckt. Ruhig beobachtenden Türken konnte es freilich nicht entgehen, daß die Reform das einzige Mittel war ihre Herrschaft noch länger zu fristen; über den schließlichen Ausgang gestattete allerdings schon der finanzielle Zustand des Landes, die immer höher anschwellende Masse der Schulden, kaum noch Zweifel. Abdul Medjid hatte wenig gethan um die unverantwortliche Vergeudung der Staatsgelder zu beschränken; aber trotzdem war es seinem Bruder und Nachfolger Abdul Aziz vorbehalten ihn darin noch weit zu übertreffen und im Schuldenmachen das Unerhörte zu leisten. Die Staatsschuld belief sich 1861 auf 300 Millionen Mark und erforderte etwa 20 Millionen, d. h. 10% der Einnahmen an Zinsen; daneben aber existierte noch eine Unsumme von Papiergeld, das von der Regierung selbst nicht zum Vollen angenommen wurde und im Dezember 1861 auf 30—40% seines Nennwertes herabgesunken war, so daß man es schlechterdings einziehen und zu diesem Zweck eine neue Anleihe machen mußte. Da diese gelang, so folgten bald neue und immer neue, und es kam schließlich dahin, daß dieses Reich, welches ein Vierteljahrhundert vorher noch schuldenfrei gewesen war, eine Staatsschuld von mehr als 4 Milliarden Mark hatte und daß die sämtlichen Staatseinnahmen, die sich inzwischen auch verdoppelt hatten, bis auf einen Rest von 60 Millionen Mark für die Verzinsung und Tilgung der auswärtigen Schuld erforderlich ge- Abdul Medjids Tod. Abdul Aziz.

wesen sein würden, während der Sultan für sich nicht weniger als 40 Millionen Mark verwandte, der Großvezier ein Gehalt von 600 000, der Finanzminister von 300 000 Mark bezog und so die übrigen Würdenträger im Verhältnis. Um diese Summen aufzubringen mußte die christliche Bevölkerung mit den schwersten Steuern gedrückt werden; die Unzufriedenheit, das Verlangen nach einer selbständigen nationalen Existenz zog daraus immer neue Kräfte, und nur der Mäßigung Rußlands, der türkenfreundlichen Gesinnung Englands und Österreichs, der tiefen Verwickelung Frankreichs in andere Fragen war es zuzuschreiben, daß der oft gefürchtete allgemeine Aufstand der slawischen Stämme immer und immer wieder auf sich warten ließ.

Italien vor dem Kriege.

Italien und das Nationalitätsprinzip.

Mittlerweile hatte das Nationalitätsprinzip unter Napoleons Beistand längst in Italien seinen ersten entscheidenden Sieg gefeiert, einen Sieg, gegen den die kleinen Erfolge desselben im Orient vollständig in den Schatten traten. Schwer und mühevoll war es gewesen den Stein ins Rollen zu bringen; aber sobald er einmal in Bewegung gesetzt war, riß er unaufhaltsam alles mit sich fort, was ihm in den Weg trat, und Napoleon selbst war nicht mehr imstande ihm Halt zu gebieten. Die große Umgestaltung nahm Verhältnisse an, die weit über seine Wünsche und Erwartungen hinausgingen; die Ideen waren mächtiger als die Menschen; nur der behielt die Kraft sie zu lenken und zu meistern, der selbstlos sich in ihren Dienst gestellt, der innerlich von ihnen durch-

Napoleon.

drungen war. Dem französischen Kaiser galt die Wiedergeburt der Völker, die Erhebung des Nationalitätsprinzips zu dem herrschenden Grundsatze, an dem die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Staaten gemessen werden sollte, doch nur als Mittel zu ganz anders gearteten eigensüchtigen Zwecken; er wollte davon Gebrauch machen, wo es ihm vorteilhaft schien, und es schien ihm nach und nach an nicht wenigen Orten vorteilhaft; aber er dachte nicht daran das Mittel zum Selbstzweck

Cavour.

zu erheben, dem auch er sich beugen und gehorchen müsse. Der Mann, der das Nationalitätsprinzip in diesem Sinne auffaßte, der alle seine Kraft aus ihm sog und auch die bitteren Folgen zu verschmerzen wußte, war Camillo Benso Graf di Cavour, der Schöpfer des neuen Italien. Mit allen seinen Vorzügen und allen seinen Schwächen ein echter Sohn seines Volkes und seiner Zeit, gehörte er zu jenen Männern, die ebensosehr durch die heiße Leidenschaft des Herzens wie durch das nüchterne Urteil des prüfenden Verstandes auf ein einziges Ziel hingedrängt werden, das zu erreichen ihnen Lebenszweck, Gewissenssache und unaussprechliches Glück zugleich ist. Seit er die nationale Einigung Italiens als seine persönliche Aufgabe erfaßt hatte, gehörte jede Minute, jeder Gedanke, jede Fiber seines Herzens diesem Ziele. Bald vorsichtig und zurückhaltend, bald leidenschaftlich drängend, bald achtsam vorbereitend,

bald hastig-entschlossen zugreifend, schonte er sich selbst nicht und gönnte anderen keine Schonung, hieß er jedes Mittel gut, das Erfolg versprach, ordnete er dem einen Endzweck jede seiner Handlungen, seine ganze Person unter. Mag mein Ruf, mein guter Name darüber zu Grunde gehen, so schrieb er; gleichviel, wenn nur Italien gemacht wird. Eine heitere, lebensfrohe Natur, voll Empfänglichkeit und Verständnis für die Wirklichkeit, frei von jedem Anfluge phantastischer Träumerei, durchschaute er die Bedingungen, unter denen er seine Aufgabe lösen mußte, mit der nüchternsten Klarheit, die sich doch wieder zu fast prophetischem Scharfblick steigerte und ihm den Mut gab Schritte zu wagen, die dem kurzsichtigen Beobachter oft genug wie das ziellose Umhertasten eines Abenteurers erschienen. Gewandt und verstellungsreich, ein Meister in der Intrigue, verschmähte er durchaus nicht die Schleichwege und die kleinen Künste der Diplomatie; aber mehr als durch sie täuschte er seine Gegner durch die vielbespöttelte Offenheit und Zuversicht, mit der er seine letzten Ziele rückhaltslos aussprach und doch dabei Wege einschlug, die in völlig entgegengesetzter Richtung zu laufen schienen. Er wußte, daß er nur auf Umwegen ans Ziel gelangen könne, und ließ sich den weitesten Bogen nicht verdrießen, wenn er ihn nur ein Stückchen auf seinem Wege förderte. Sein Herz brannte vor Verlangen selbst noch der Früchte seiner Arbeit zu genießen und nie zweifelte er daran, daß diese Früchte reifen würden; aber ob in zwei, in zwanzig, in hundert Jahren, das wußte er nicht, und doch hemmte diese Unsicherheit nie seine Thatkraft, lähmte nie seinen Eifer. Aus konservativen, streng-katholischen Familienkreisen hervorgegangen, war er zum Bruche mit vielen Vorurteilen und festgewurzelten Empfindungen genötigt; aber sollten auch die ältesten Freunde sich in bittere Feinde verwandeln, so galt das Opfer ihm nicht zu hoch. Er hatte in den Jahren der stürmischen Aufregung tapfer und trotzig zur Mäßigung geraten, dem Spotte der Radikalen und dem Toben der Galerieen gelassen die Stirne geboten und gern sich als „Mylord" Cavour und als Führer der Zopfpartei, wie man die Aristokraten nannte, mißhandeln lassen. Es machte ihn nicht irre, daß in diesen Jahren sein Programm der Reformen kein Verständnis fand. Der politischen Erhebung des Volkes, das war seine Überzeugung, konnte nur durch die wirtschaftliche eine feste Grundlage gegeben werden. Wie er vor 1848 in dem absoluten Staate unablässig die Hebung der Landwirtschaft, die Förderung der Gewerbthätigkeit, die Befreiung des Handels verfochten hatte, so fuhr er in diesen Bemühungen nach 1849 fort. Aber freilich war sein Gesichtskreis ein weiterer geworden. Er hatte sich von den letzten Resten aristokratisch-konservativer Vorurteile frei gemacht; er ermaß die Notwendigkeit umfassender Reformen und verlangte, daß die Minister die ruhigen Zeiten, die eingetreten waren, dazu benutzen und sich so als wahre Staatsmänner erweisen sollten. Offenkundig vollzog er seinen Übertritt zur liberalen Partei durch die glänzende Verteidigung des Gesetzes, durch welches der Justizminister

Parteistellung während der Revolutionsjahre.

Die Siccardischen Gesetze.

Siccardi die geistlichen Gerichte beseitigte. Als dasselbe am 9. März 1850 mit großer Mehrheit angenommen und dadurch das Ministerium Azeglio neu befestigt war, konnte der Eintritt Cavours in den Rat der Krone nur noch eine Frage der Zeit sein, und kaum erledigte der Tod seines Freundes Santa Rosa das Ministerium des Handels und Ackerbaues, so ward er vom Könige am 11. Oktober 1850 an diese Stelle berufen. Sofort begann er seine volkswirtschaftlichen Grundsätze ins Leben zu führen. Die einseitige Aufhebung der Schutzzölle würde in der Kammer einer übermächtigen Opposition begegnet sein; deshalb stand Cavour davon ab und wählte den Weg der Handelsverträge, durch die er für die piemontesische Industrie Gegenleistungen von Frankreich, Belgien und England erwirkte. Aber auch aus politischen Gründen zog er dieses System vor. Wir wollen, rief er der Kammer im Januar 1851 zu, durch unsere Verträge jenes wünschenswerte Bündnis herbeiführen, das zwischen den freien Völkern Westeuropas herrschen muß. Die freien Völker waren dabei allerdings nicht viel mehr als ein verlockendes Aushängeschild; denn Cavour trug nicht das mindeste Bedenken sich auch dem unfreien Frankreich anzuschließen und unmittelbar nach dem Staatsstreich Napoleons Gunst dadurch zu gewinnen, daß er das Urteil über Beleidigungen fremder Herrscher den stets zur Freisprechung geneigten Geschworenen entzog. Aber im Inneren wollte er in der That liberal regieren, und weil er das wollte, befriedigte ihn die bisherige ministerielle Mehrheit nicht. Diese bestand aus der Rechten und dem rechten Centrum; schon das linke Centrum, dessen Führer Rattazzi und Lanza waren, befand sich für gewöhnlich in der Opposition. Andererseits konnte Azeglio auch auf die Unterstützung der Revel und Margarita nie mit Sicherheit zählen, und die Verhältnisse geboten daher augenscheinlich eine Verschiebung des ministeriellen Schwerpunktes nach links hin. Cavour sah das ein; er erbat sich und erhielt bei jenem Gesetze über die Beleidigung fremder Herrscher die Unterstützung Rattazzis und erklärte dies offen in der Sitzung vom 5. Februar 1852. Erzürnt bezeichnete Revel diese Ehe (connubio) mit dem linken Centrum als die Scheidung von der Rechten und gab dadurch der neuen Parteiverschmelzung den Beinamen des Konnubiums, den sie behalten hat. Aber nicht die beleidigte Rechte allein war unzufrieden mit Cavours Verfahren; fast das ganze Ministerium mißbilligte seinen Schritt, und als er trotzdem entschlossen die Konsequenzen zog und bei dem Tode des Kammerpräsidenten Pinelli die Wahl Rattazzis auf diesen wichtigen Posten beförderte, brach der Konflikt offen aus, und das Ministerium reichte am 16. Mai 1852 seine Entlassung ein.

Eintritt Cavours ins Ministerium.

Handelsverträge.

Das Konnubium.

Cavours Rücktritt.

Für kurze Zeit behauptete die konservative Partei den Sieg. Da nur Farini, der seit einem Jahr etwa Unterrichtsminister war, auf Cavours Seite stand, so entschloß sich der König seine übrigen Räte nicht zu entlassen, und Azeglio blieb noch einige Monate am Ruder. Gerade diese Frist bewies aber, wie richtig Cavour gehandelt hatte. Als das

Ministerium ein Gesetz über die Civilehe einbrachte, hatte es große Schwierigkeiten eine Mehrheit dafür zu finden, und Azeglio fühlte sich durch diese parlamentarischen Nöte so ermüdet, daß er im Oktober sein Entlassungsgesuch wiederholte. Diesmal nahm der König es an. Balbos Versuche ein konservatives Kabinett zu bilden scheiterten, und am 4. November 1852 ward Cavour mit der Neubildung des Ministeriums und dem Vorsitz in demselben betraut, den er von da ab mit kurzer Unterbrechung bis an seinen Tod bekleiden sollte. Sein Wiedereintritt.

Jetzt erst war er imstande, gestützt auf das Konnubium, seine Politik nach allen Richtungen zur Ausführung zu bringen. Drei Gesichtspunkte waren es, die er vorzugsweise ins Auge faßte: es galt das Land durch innere Reformen zu stärken, das Vertrauen auf Piemont in dem übrigen Italien zu beleben und unter den Mächten Europas Freunde und Bundesgenossen für den Krieg mit Österreich zu werben. In allen drei Richtungen hatte Azeglio und hatte Cavour selbst schon tüchtig vorgearbeitet; aber erst jetzt und von jetzt an volle sechs Jahre hindurch hatte der große Staatsmann freien Spielraum für seine Entwürfe und konnte sich auf eine Kammermehrheit stützen, die ihn selbst dann nicht im Stich ließ, wenn seine Politik sich verschleiern und scheinbar befremdliche Wege wandeln mußte.

Die inneren Reformen kamen vor allem dem Heere zu gute, dessen Schlagfertigkeit von dem fleißigen und entschlossenen, wenn auch kurzsichtigen Lamarmora durch Abschaffung vieler Mißbräuche, durch Schärfung der Disziplin und besonders auch durch Nachahmung preußischer Einrichtungen gehoben wurde. Lamarmora und das Heer.

Handel und Verkehr nahmen einen großen Aufschwung durch die Zollermäßigungen und durch den Bau von Eisenbahnen, dem der Venetianer Paleocapa seine ganze Aufmerksamkeit zuwandte. In den sechs Jahren nach 1848 wurden 400 Kilometer neu gebaut, während es vorher nur gegen 20 gegeben hatte. Der Eisenbahn über den Apennin, die seit 1853 Turin mit Genua verband, folgten die Vorbereitungen zur Durchbohrung des Mont-Cenis, mit der am 30. August 1857 der Anfang gemacht wurde. Die Einfuhr des Landes wuchs von 1850 ab in drei Jahren um das fünffache; mit der Ausfuhr freilich stand es schlimm, denn die beiden Hauptartikel, Wein und Seide, wurden mehrere Jahre hindurch von Krankheiten der Reben und der Seidenraupen schwer heimgesucht. Unter diesen Umständen vermochten auch die Finanzen des Landes, die Cavour persönlich leitete, sich nicht zu erholen und zu vielen nötigen Dingen, beispielsweise zur Hebung des Volksschulwesens, fehlte weniger der gute Wille als das Geld. Handel und Verkehr.

Sehr nahe lag die Versuchung der Finanznot, die durch mehrere Anleihen nur noch wuchs, durch Einziehung des reichen Kirchengutes abzuhelfen. Aber dazu mochte Cavour sich nicht entschließen. Er hob allerdings durch das Klostergesetz von 1855 über 300 Ordenshäuser mit mehr als 4000 Mönchen und 1200 Nonnen auf und ließ nur 264 Niederlassungen mit ungefähr 4000 Insassen bestehen; aber das Geld, welches der Verkauf Schule und Kirche.

ergab, floß in eine besondere Kasse und diente zur Aufbesserung schlecht besoldeter Pfarrstellen; für die wirtschaftliche Lage des Landes war das Gesetz nur insofern ein Gewinn, als die Kirchengüter von ihren neuen Ministerkrisis. Besitzern ganz anders ausgenutzt wurden als bisher. Die ultramontane Partei hatte die äußersten Anstrengungen gemacht die Vorlage zu hintertreiben. Auf die erste Kunde davon exkommunizierte der Papst die Urheber und die Vollstrecker; an den König, der eben damals binnen fünf Wochen Mutter, Gemahlin und Bruder durch plötzliche Todesfälle verlor, drängte sich der hohe Klerus in der Hoffnung sein erschüttertes Gemüt vollends einschüchtern zu können; und als das Gesetz trotz alledem von den Abgeordneten angenommen war, versuchten die Bischöfe es im Senate dadurch zu Fall zu bringen, daß sie dem Staate dieselbe Summe, die als Erlös für die geistliche Kasse veranschlagt war, etwas über 900 000 Franken, bar auszuzahlen sich erboten. Cavour hielt es demgegenüber für angemessen dem Könige seinen Rücktritt anzubieten und Viktor Emanuel schwankte in der That einen Augenblick. Allein bei ernster Erwägung erkannte er, daß Cavours Entlassung vollends in dieser Zeit, wo Sardinien eben in den Krimkrieg eingetreten war, den Verzicht auf die ganze bisherige Politik einschließen würde. Das Anerbieten der Bischöfe wurde abgelehnt, das Gesetz vom Senate angenom-

Die Ultramontanen. men und vom Könige am 29. Mai 1855 vollzogen. Der Haß der Ultramontanen gegen Sardinien kannte nun allerdings keine Grenzen mehr; aber die Erfahrungen der letzten Jahre hatten hinreichend gelehrt, daß man ihn nicht zu scheuen brauche, daß entschlossene Gegenmaßregeln vielmehr auch den widerspenstigen Klerus zu bändigen imstande seien. Über die Siccardischen Gesetze war ebenso heftiges Geschrei entstanden wie jetzt über den Verkauf der Klostergüter: der Heißsporn der Ultramontanen Fransoni, Erzbischof von Turin, hatte sich offen dagegen aufgelehnt und durch Gefängnisstrafe zur Ordnung gezwungen werden müssen; aber obgleich er infolgedessen sogar das Land verließ und es von Lyon aus durch Hirtenbriefe aufzuhetzen suchte, war die Regierung doch als Siegerin aus dem Streite hervorgegangen. Der Widerstand gegen das Klostergesetz verlief ebenso; der Verkauf der Kirchengüter ging unter großem Lärm der Ultramontanen trotz aller Drohungen mit den Strafen des Himmels glücklich von statten, und die Orden, die bestehen blieben und der Aufsicht des Staates unterstellt wurden, fügten sich wohl oder übel in das Unvermeidliche. Selbst bei den nächsten Wahlen im November 1857 gelang es der Priesterpartei nicht Rache zu nehmen; sie brachte durch den rücksichtslosen Gebrauch der geistlichen Waffen zwar eine starke Schar ihrer Anhänger in die Kammer, aber die Mehrheit blieb doch dem Ministerium und die lebhaften Besorgnisse, die Cavour eine Zeitlang gehegt, erwiesen sich als hinfällig.

Die Radikalen. Der radikalen Partei war mit dem Klostergesetze natürlich lange nicht genug gethan, und Cavour selbst wäre an die Verminderung der Bischofssitze und ähnliche Reformen sehr gern herangetreten; aber er

wußte, wieweit er gehen dürfe ohne auf unüberwindlichen Widerstand zu stoßen. Überdies hegte er vor den Radikalen keine große Furcht; sie waren nicht bloß in Sardinien eine schwache Minderheit geworden, sondern hatten auch im übrigen Italien viel von ihrer Macht verloren. Die öffentliche Meinung der ganzen Halbinsel, etwa Neapel ausgenommen, wandte sich mehr und mehr Sardinien zu. Schon 1851 bekannte sich Gioberti in seiner Verbannung zu der Ansicht, daß die Erneuerung Italiens ganz ausschließlich von Piemont zu erwarten sei und die Schrift, in der er die piemontesische Hegemonie predigte, sein Rinuovamento civile degl' Italiani, die bürgerliche Erneuerung der Italiener, fand andächtige und gelehrige Leser auch unter den extremen Parteien. Gerade von den bedeutendsten Köpfen wandten sich viele der Politik Cavours zu. Der flüchtige Diktator von Venedig, Daniel Manin, der Sizilianer La Farina, der heldenmütige Verteidiger Roms, Garibaldi, und viele andere wurden allmählich an der Ausführbarkeit ihres republikanischen Programms irre, lernten an die Möglichkeit der konstitutionellen Monarchie glauben und brachten der Liebe zum Vaterlande ihre Parteianschauungen zum Opfer. Das Hauptverdienst an diesem Wandel fiel Cavour zu, wenngleich der König und Azeglio durch ihr treues Festhalten an der Verfassung die Wege geebnet hatten. Aber die Verfassung allein hätte jenen Republikanern kein Genüge gethan; die konstitutionelle Monarchie an sich hatte für sie noch immer keine Reize; sie glühten von dem Verlangen nach Rache an Österreich, und Rache an Österreich war es, was ihnen die Politik Cavours verhieß. Schon nach jenem unglücklichen Mailänder Aufstandsversuche vom 6. Februar 1853 hatte Sardinien der feindlichen Großmacht gegenüber solche Entschiedenheit gezeigt, daß zahlreiche republikanische Herzen widerwillig dem Manne zujauchzten, der diese Sprache zu führen wagte. Daß die Gesandten gegenseitig abberufen wurden, daß die piemontesische Kammer einmütig ein Gesetz annahm, welches die flüchtigen, ihrer Güter beraubten Lombarden bestmöglich zu schützen suchte, daß ganz Europa die österreichischen Gewaltschritte mißbilligte, alles das war für Cavour und seine Politik ein großer Gewinn. Sie haben uns ein Übel zufügen wollen und haben uns den größten Dienst erwiesen, rief er; wir werden unseren Vorteil daraus ziehen: wir werden den Tessin um so früher überschreiten! Er verschmähte auch nicht die kleinen Nadelstiche um Österreich zu reizen; er wußte, daß Kundgebungen wie die Ernennung lombardischer Flüchtlinge zu sardinischen Senatoren in italienischen Herzen den lautesten Beifall wachrufen würden. Welches Vertrauen seine auswärtige Politik (die dem Namen nach übrigens Dabormida leitete) bereits erworben, zeigte ihm der Beifall, den trotz des heftigsten Widerspruches der Gegner sein Bündnis mit den Westmächten im Krimkriege fand. Was ließ sich gegen diesen Plan nicht alles einwenden! Wie entfernt und wie unsicher waren die Erfolge, die er versprach! Hatte Cavour doch nicht einmal die Fürsprache der Verbündeten für die lombardischen Flüchtlinge zu

Die Nationalen.

Verhältnis zu Österreich.

Der Krimkrieg.

erwirken vermocht! Und trotzdem stand die Mehrheit der Kammern zu ihm. Instinktiv fühlten die Italiener, daß dieser Schritt der Ausgangspunkt großer Ereignisse sein werde. „Als ich von diesem Bündnis erfuhr," erzählte später Carl Poerio, „fühlte ich auf meiner Galeere das Gewicht meiner Ketten leichter werden"; und Ferdinand II. von Neapel, der Poerio an die Galeere schmiedete, meinte gleichzeitig: „Diesmal hat er uns, dieser Herr Graf aus Piemont!"

Der Pariser Kongreß.

Die kriegerischen Lorbeern, die Lamarmora in der Krim, besonders an der Tschernaja erwarb, waren für Cavours Politik von hohem Werte; aber wichtiger noch als sie war die diplomatische Ausnutzung der Teilnahme am Krieg auf dem Pariser Kongreß. Sardinien saß in der Reihe der Großmächte, saß gleichberechtigt an einem Tische neben dem gehaßten Österreich: schon das war ein großer Triumph. Aber noch mehr: Österreich stand allein, als lauer Freund, als halber Feind von allen Seiten mit Mißgunst betrachtet. Cavour hingegen, der nach einigem Bedenken selbst nach Paris gegangen war, erfreute sich nicht nur der Zuvorkommenheit seiner Verbündeten, sondern auch der freundlichsten Aufnahme von russischer Seite. Mit Napoleon hatte er bereits sehr genaue Fühlung gewonnen. Seit der ersten persönlichen Bekanntschaft, die er im September 1852, als er zeitweilig aus dem Ministerium geschieden war, in Paris gemacht hatte, war Cavour davon überzeugt, daß dem Kaiser Italien am Herzen liege und daß von ihm etwas zu erwarten sei. Diese Überzeugung hatte sich in den folgenden Jahren gekräftigt, und als bei dem Besuche, den Viktor Emanuel und Cavour im November 1855 in Paris abstatteten, Napoleon in seiner unbestimmten Weise wiederholt durch die Frage: Was kann man für Italien thun? das Gespräch auf die Zukunft der Halbinsel lenkte, schloß der kluge Diplomat daraus mit Sicherheit auf keimende Entwürfe des Kaisers. Zum Kongreß stellte er sich daher sehr zeitig ein und benutzte die Frist bis zur Eröffnung dazu den Boden zu prüfen. Er fand ihn günstig; Napoleon gab seine Zustimmung dazu, daß die italienische Frage in einer der Schlußsitzungen zur Sprache gebracht werde. Noch wagte der Kaiser nicht sich auf den Boden des Nationalitätsprinzipes zu stellen. Als Ausgangspunkt sollte die Anwesenheit österreichischer Truppen in den nördlichen Teilen des Kirchenstaates dienen. Sobald dies festgestellt war, berief Cavour den Romagnolen Minghetti nach Paris um von ihm die genauesten Nachrichten über die örtlichen Verhältnisse zu sammeln und stellte dann die Sachlage in einer Note dar, die er den französischen und englischen Vertretern am 27. März 1856 überreichte. Der freundlichen Gesinnungen Englands war er seit langem sicher. Die Pariser Reisen von 1852 und 1855 hatte er auch auf London ausgedehnt und dort bei Tories und Whigs Ermutigung gefunden. Der britische Gesandte in Turin, Sir James Hudson, „unser bester Gesandter" wie Palmerston sagte, war der Sache Italiens mit Leib und Seele ergeben; Lord Clarendon, der Minister des Äußeren und erste Bevollmächtigte auf dem Kongreß, ließ

Napoleons Geneigtheit.

Englands Haltung.

im vertraulichen Gespräch sogar die Versicherung fallen, daß Englands Beistand in einem Kriege gegen Österreich Sardinien nicht lange fehlen werde. Einen besonderen Groll hegten die beiden Westmächte außerdem noch gegen Neapel, und das kam Cavour vortrefflich zustatten. Seit Gladstones Briefen an Aberdeen bestand zwischen England und Neapel offene Feindschaft; während des Krimkrieges dehnte diese sich auf Frankreich aus, indem Ferdinand unter dem Scheine strenger Neutralität eine Getreidesperre verfügte, welche die Verproviantierung der französischen Truppen sehr erschwerte. Es kam so weit, daß zwischen den Westmächten die Ersetzung Ferdinands durch den Prinzen Murat erörtert wurde. Der Friedensschluß machte diesen Gedanken nun freilich ein Ende, aber beide Kabinette wünschten doch dem König von Neapel eine empfindliche Rüge zu erteilen. In der Sitzung des Kongresses vom 8. April nahm daher Walewski das Wort um das Bedauern des Kaisers über die Art der Regierung in Neapel auszusprechen und knüpfte daran den Wunsch, daß es bald zulässig werden möge die französischen und österreichischen Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen. Lord Clarendon unterstützte diese Äußerungen mit noch weit lebhafteren Worten; die übrigen Gesandten hielten ihr Urteil zurück; Cavour aber, um dessentwillen die ganze Sache eingeleitet war, gab den Klagen Italiens in aller Form einen feierlichen und beredten Ausdruck. Die Wirkung, das wußte er wohl, war nicht ein förmlicher Beschluß, sondern nur die Erregung der öffentlichen Meinung, die darüber jubelte Österreich und Neapel auf der Anklagebank und Sardinien als den Ankläger zu sehen; und diese Wirkung verstärkte er noch durch eine Note vom 16. April, in der er Piemont den Rächer Italiens, den Bürgen des Friedens und der Ordnung auf der Halbinsel nannte. Vorübergehend hatte er wohl gehofft mehr noch als dies auf dem Kongreß zu erreichen; lebhaft trug er sich mit dem Gedanken die Herzöge von Parma und Modena nach der Moldau und Walachei zu verpflanzen und ihre Länder für seinen König zu erwerben. Daß diese Hoffnung im ersten Keim erstickt wurde, daß er „nicht das kleinste Herzogtum in der Tasche" mit nach Hause brachte, daß Napoleon drei, vier Entwürfe Sardinien zu vergrößern aufstellte und alle wiederfallen ließ, war schmerzlich, aber doch zu verwinden; denn als unzweifelhafter Gewinn des Kongresses blieb bestehen, daß Italiens Sache vor den Richterstuhl Europas gezogen war, daß Österreichs Stellung zu den Westmächten sich erheblich verschlechtert hatte, und daß, wie Cavour in offener Kammerrede erklärte, die Grundsätze Österreichs und die Grundsätze Sardiniens als unversöhnlich erkannt waren. Binnen drei Jahren werden wir den guten Krieg ausbrechen sehen, schrieb er von Paris, und mit Zuversicht rechnete er schon jetzt für diesen Fall auf französische Hilfe.

Die Westmächte und Neapel.

Die Sitzung vom 8. April 1856.

Cavours Beschwerden.

An Österreich aber waren die Vorgänge auf dem Kongreß doch nicht spurlos vorübergegangen. Es suchte einzulenken und den Groll der Italiener zu beschwichtigen. Es empfahl dem Könige von Neapel

Milderes Regiment in der Lombardei.

Nachgiebigkeit; freilich umsonst; denn solche Schwäche, meinte König Ferdinand, sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf seine Souveränität; es berief die Central-Kongregation der Lombardei und Venetiens im Dezember 1856 wieder zusammen; um dieselbe Zeit statteten der Kaiser und die Kaiserin dem Lande einen mehrmonatlichen Besuch ab, und die Aufhebung der Güterbeschlagnahme, die 1853 gegen die lombardischen Flüchtlinge verhängt war, eine anfangs beschränkte, bald aber, am 25. Januar 1857, eine umfassende allgemeine Begnadigung, der Abzug der österreichischen Besatzungen aus Parma und Modena, die Ersetzung des 91jährigen Radetzky durch den liberal gesinnten Erzherzog Maximilian, der den Titel eines Vizekönigs erhielt, alles das waren Versuche die Herzen der Lombarden dem Kaiserhause wiederzugewinnen. Allein
Erfolglosigkeit. keines dieser Mittel verfing. Die guten Absichten und wohlwollenden Maßregeln des Erzherzogs machten auf die Lombarden keinen größeren Eindruck als vorher Verbannung, Kerker und Standgericht. Und wenn sie Engel wären, wir wollen keine fremden Herren im eigenen Hause: das war die Stimmung, die das ganze Land beherrschte und die jeden Erfolg Maximilians vereitelte. Wenn jemand, so wäre sonst dieser aufgeklärte und milde Prinz die geeignete Persönlichkeit für das neue System gewesen; scheiterte auch er an dem Unterfangen, so war die Unmöglichkeit des Versuches erwiesen. Cavour unterließ nichts um diesen Beweis zu erbringen, und Österreich selbst erleichterte ihm das durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. An demselben Tage,
Sardinien und Österreich. an welchem Franz Josef seinen Einzug in Mailand hielt, berichteten die Turiner Blätter von den Gaben, die aus der Lombardei für ein Ehrendenkmal der piemontesischen Armee und für die Ausrüstung der Festung Alessandria mit 100 Kanonen einliefen. Dadurch gereizt, erging sich die österreichische Presse in heftigen Angriffen auf Cavour, und die piemontesischen Blätter vergalten das mit noch gröberen Gegenstößen. Vergebens beschwerte sich Graf Buol darüber und verlangte Abhilfe; Cavour verteidigte lebhaft den Nutzen der Preßfreiheit und verwies jenen an die Gerichte des Landes. Ihm konnte nichts Erwünschteres widerfahren, als daß Österreich gerade jetzt diese ungeberdige Sprache führte und endlich erklärte, wenn ihm keine Genugthuung würde, könne auch
Abbruch der diplomatischen Beziehungen. der kaiserliche Geschäftsträger nicht länger in Turin bleiben. Mit Freuden sah er den Grafen Paar am 23. März 1857 abreisen, und sofort erteilte er dem sardinischen Vertreter in Wien den Befehl gleichfalls zurückzukehren. Dadurch ward offenkundig ausgedrückt, daß Österreichs milderes Verfahren in der Lombardei keinen Einfluß auf das Turiner Kabinett habe, daß nicht die Art der österreichischen Herrschaft allein, daß diese Herrschaft selbst von Cavour bekämpft werde. Mehr brauchten die Lombarden nicht um in ihrem Widerstande bestärkt zu werden. Man kümmerte sich nicht im geringsten um des Erzherzogs Reformen; man fragte nicht einmal danach, ob sie ernstlich gemeint seien. Es schien, als ob die ganze Bevölkerung sich bei hellem Tageslichte verschworen

habe, und unbefangene fremde Beobachter bedauerten bald den Prinzen, der sich abquälen müsse einen Mohren weiß zu waschen.

England und Rußland.

Dennoch war dieser Umschwung der österreichischen Politik für Cavour nicht ohne Gefahr; er bedrohte ihn ernstlich mit dem Verluste der englischen Freundschaft. Um sich diese zu erhalten verfiel er vorübergehend auf die abenteuerlichsten Pläne; selbst an der Expedition nach China wollte er sich einmal beteiligen. Was in London sehr unangenehm berührte, war die Unterstützung, die er Rußland zu teil werden ließ. In allen Fragen, die durch die Unabhängigkeitsgelüste der Völker auf der Balkanhalbinsel aufgewühlt wurden, fand man Sardinien stets im Gefolge Frankreichs und Rußlands, und was noch mehr besagen wollte, durch die Einräumung einer Kohlenstation in Villafranca bei Nizza machte Viktor Emanuel es der russischen Flagge möglich sich trotz des Pariser Friedens dauernd im Mittelmeer zu entfalten. Eine gewisse Entfremdung zwischen den Kabinetten von London und Turin war unter diesen Umständen unvermeidlich; um so eifriger war Cavour darauf bedacht sie nicht allzugroß werden zu lassen, und Sir James Hudson stand ihm darin treulich bei. Auch die Verblendung der Gegner that ab und zu das ihre. So gab Ferdinand von Neapel Cavour die Gelegenheit gemeinsam mit England die Herausgabe des Dampfers Cagliari zu verlangen, dessen Kapitän von den Passagieren gezwungen war an der neapolitanischen Küste zu landen und sie dort zum Zweck eines Aufstandsversuches auszusetzen. Ein Kriegsschiff Ferdinands hatte darauf den Dampfer weggenommen und die Mannschaft, darunter einige Engländer, nach Neapel gebracht. Hartnäckig verweigerte Ferdinand ihre Freilassung und suchte die Mitschuld Don Camillos, wie er Cavour spöttisch zu nennen pflegte, zu erweisen; endlich aber mußte er doch nachgeben. Cavour war an der albernen Cagliari-Geschichte ebenso unschuldig wie an den zahllosen kleinen Äußerungen des revolutionären Geistes, die sonst in diesen Jahren an den Tag traten. Er hätte einen Thronwechsel in Neapel freilich sehr gern gesehen um die Mitwirkung dieses Königreiches bei dem Kriege gegen Österreich zu sichern; denn noch war die Herstellung eines italienischen Bundes, nicht der Einheitsstaat, das Ziel, das er ins Auge faßte; aber um keinen Preis wollte er das radikale Verschwörertum begünstigen, das er für Italiens größtes Unglück hielt. Daß der Mazzinismus zusehends an Einfluß auf der Halbinsel verlor, war für ihn eines der erfreulichsten Zeichen. Ohne geheime Gesellschaften ging es freilich auch bei der nationalen Partei, die auf Piemont ihre Hoffnung setzte, nicht ab, da sie ihr Banner in den übrigen Staaten ja nicht offen entfalten durfte. Der italienische Nationalverein, den Giorgio Pallavicino, La Farina und Manin im August 1857 gegründet, konnte seine Thätigkeit nicht auf Sardinien beschränken, und doch war sein Programm, die Unabhängigkeit und Einheit Italiens, überall sonst aufs strengste verpönt. So galt es denn insgeheim in den übrigen Staaten Anhänger zu werben, nicht große

Neapel.

Der Nationalverein.

Massen, die zum Losschlagen vorbereitet wurden, sondern zuverlässige und einflußreiche Männer, die im gegebenen Augenblicke an die Spitze treten konnten. Übrigens stand Cavour auch diesem Vereine zunächst ganz fern, und erst als der Tag der Entscheidung anbrach, nahm er die angebotene Mitwirkung an und leitete den Verein durch La Farina in seinem Sinne.

Napoleons Entschluß.

Dieser Tag kam durch Orsinis Attentat auf Napoleon. Der Kaiser gelangte zu der Einsicht, daß es kein anderes Mittel gebe die italienischen Banditen zu entwaffnen als die Erfüllung der nationalen Wünsche. Seit Jahren hatte er sich mit diesem Gedanken getragen, aber niemals den Mut fassen können ernst damit zu machen. In bedächtigem Erwägen zwischen der Ausführung und dem Preisgeben eines Planes zu schwanken, alle Gründe für und wider stets von neuem zu ermessen ohne zu einem festen Entschluß zu kommen und dann plötzlich unter irgend einer äußeren Einwirkung die Entscheidung zu treffen, das war ja wie früher schon hervorgehoben recht eigentlich die Eigentümlichkeit des französischen Kaisers. In seinem Verhältnis zu Österreich und Italien hatte ihm dieser äußere Anstoß bis dahin gefehlt. Alles war vorbereitet um gegebenen Falls die Befreiung der Halbinsel vom österreichischen Joche als Vorwand und Ziel eines Krieges aufzustellen, aber nichts war geschehen, wodurch das Beschreiten dieser Bahn unwiderruflich geworden wäre. Erst nach der That Orsinis wurde der letzte Entschluß gefaßt und alles auf dies Ziel gerichtet. Um Englands Freundschaft nicht einzubüßen gab Napoleon seine Forderungen in betreff des Asylrechts auf; um Rußland bei sich festzuhalten war er ihm an der Donau, in Serbien, Rumänien, Montenegro, in jeder Weise gefällig. Der Gegendienst, den er verlangte, war, daß der Zar Preußen und den deutschen Bund von jeder thätigen Parteinahme für den Kaiserstaat abhalte. Auch Englands Freundschaft wurde nur zu diesem Zweck in Anspruch genommen; eine aktive Beteiligung seines Alliierten aus der Krim hätte dem französischen Kaiser nicht einmal erwünscht sein können, da sie ihn in der Freiheit seiner Entschlüsse behindern mußte ohne ihm einen wesentlichen Zuwachs an Macht zu geben. Der einzige Bundesgenosse, den er gebrauchte und auf den er unbedingt zählen konnte, war Sardinien.

Der italienische Krieg.

Die Zusammenkunft von Plombieres.

Mit welchem Jubel mag Cavour die Einladung Napoleons empfangen haben, die ihn im Juli 1858 nach dem Bade Plombières in den Vogesen berief um dort im tiefsten Geheimnis mit dem Kaiser die Vertreibung der Österreicher aus Italien zu vereinbaren. Ein schriftlicher Vertrag wurde nicht aufgesetzt, aber in mündlichen Besprechungen vereinigten sich beide Staatsmänner am 20. Juli über Leistung und Gegenleistung. Für den Erwerb der Lombardei und Venetiens ver-

pflichtete Cavour sich Savoyen an Frankreich abzutreten; für den Erwerb von Parma und Modena, der nur als Möglichkeit in Aussicht genommen wurde, versprach er Nizza zum Opfer zu bringen. Die Zeit bis zum Frühjahr sollte zu energischen Rüstungen benutzt werden. In Turin gab man sich kaum die Mühe diese zu verheimlichen oder die gegen Österreich gekehrte Spitze zu verhüllen. Die lombardischen Flüchtlinge wurden militärisch organisiert, eine ungarische Legion gebildet, Italiener aus allen Teilen der Halbinsel im Staatsdienste angestellt. Mit dem Nationalverein knüpfte Cavour jetzt durch La Farina innigere Beziehungen an; auch mit Garibaldi kam er dadurch im Dezember 1858 zuerst in persönliche Berührung. Er brauchte diese Männer um schlimmstenfalls ganz Italien zu revolutionieren und entwarf den Plan dazu im Oktober mit La Farina. In Massa und Carrara sollte die Erhebung beginnen; als Zeitpunkt wurde der 1. Mai 1859 festgesetzt. Mit seinen Hoffnungen auf Napoleon hielt Cavour auch diesem Vertrauten gegenüber zurück; erfüllten sie sich, so förderten die Vorbereitungen des Nationalvereins die Erreichung der darauf gebauten Pläne und wiesen das drohende Übergewicht des mächtigen Bundesgenossen einigermaßen in engere Schranken; erfüllten sie sich nicht, so war ein Weg zu selbständigem Vorgehen eröffnet, der sich als Schreckmittel gegen den französischen Kaiser verwenden ließ und im schlimmsten Falle wirklich mit einiger Aussicht auf Erfolg betreten werden konnte.

Der Nationalverein.

Europa merkte nichts von dem, was sich vorbereitete, und glaubte weniger als je an einen neuen Krieg. Um so größer war das Entsetzen, als der erste Tag des neuen Jahres plötzlich die schwarzen Wolken aller Augen enthüllte. Beim Empfange des diplomatischen Korps sprach der Kaiser dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner, sein Bedauern darüber aus, daß die Beziehungen seiner Regierung zu der österreichischen nicht so gut wie früher seien; ich bitte Sie übrigens, fügte er hinzu, Ihrem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn unverändert sind. Weder dieser Zusatz noch die beschwichtigenden Versicherungen der amtlichen Blätter vermochten die Unruhe und Aufregung zu dämpfen, welche dieser Neujahrsgruß überall hervorrief, und Schlag auf Schlag traten neue Anzeichen hervor, welche die Nähe des Sturmes verkündeten. Auf den 10. Januar 1859 waren die sardinischen Kammern einberufen; Viktor Emanuel eröffnete sie mit einer Thronrede, welche des Schmerzensschreies gedachte, der aus so vielen Teilen Italiens an sein Ohr dringe und gegen den er bei aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich bleiben könne. Unmittelbar nach diesen drohenden Worten reiste der Prinz Napoleon nach Turin, und die Pariser Blätter meldeten, daß am 17. Januar seine Verlobung mit des Königs Tochter Klotilde stattfinden werde. Der Unterzeichnung des Ehekontraktes voran ging der Abschluß eines förmlichen Vertrages, der die Verabredungen von Plombières für beide Teile verbindlich machte. Mit Recht konnte Viktor Emanuel den Kammern versichern: „Das Jahr beginnt gut und

Der Neujahrsgruß.

Der „Schmerzensschrei" Italiens.

Heirat des Prinzen Napoleon.

Der Turiner Vertrag.

ich hoffe, daß es noch besser endigen wird; das französische Bündnis kann uns ein Quell vieler Vorteile werden." Schon am 30. Januar wurde die Hochzeit gefeiert, und das junge Ehepaar reiste nach Paris ab. Ein Zweifel an dem nahen Ausbruch des Krieges war jetzt kaum noch möglich, und wenn Napoleon in seiner Thronrede vom 7. Februar die Phrase gebrauchte, es sei kein ausreichender Grund zu Befürchtungen vorhanden, so steigerten sich diese infolgedessen nur um so schneller.

Österreichs Rüstungen.

Auch in Wien hatte man den Ernst der Lage erkannt und schritt zu Gegenmaßregeln. Aber es war schwer in wenigen Monaten nachzuholen, was seit Jahren versäumt war. Der Zustand der österreichischen Armee war in manchen Stücken unbefriedigend. Insbesondere litt sie großen Mangel an Offizieren, zumal an tüchtigen und beliebten Offizieren. In der Einteilung, Ausrüstung und Bewaffnung waren die Erfahrungen der letzten Kriege wenig verwertet worden. Überdies befand sich die größere Hälfte der Armee in dem östlichen Teile der Monarchie, während Italien nur von drei Korps (etwa 55 000 Mann) besetzt war, die unter dem Befehl des ganz unfähigen Gyulay standen. Ein schnelles Hinüberwerfen von Truppen nach der Lombardei war aber unmöglich, weil die Sömmeringbahn noch im Bau war; seit Jahren wartete man auf dessen Vollendung um dem gewaltigen Festungsviereck an der Etsch und dem Mincio die schweren Positionsgeschütze zuzuführen, deren es bedurfte. Thatsächlich waren und blieben die berühmten Festungen während des ganzen Krieges mit glatten Sechs- und Zwölfpfündern armiert, während die für sie bestimmten Geschütze auf der letzten Eisenbahnstation fest lagen. Wären die Verhandlungen, welche dem Beginn des Krieges vorangingen, nicht so zeitraubend gewesen, so würde es kaum möglich gewesen sein eine kampffähige Armee in Oberitalien aufzustellen. Allein dank den Vermittelungsversuchen der Großmächte gewann Österreich Zeit genug um seine Rüstungen hinreichend fördern zu können; es war ausschließlich Schuld der eigenen Langsamkeit, wenn trotzdem beim Beginn des Krieges noch vieles an der vollen Kampfbereitschaft fehlte.

Zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Wien und Turin kam es zunächst nicht, da der Verkehr zwischen beiden Höfen noch immer unterbrochen war. Die Sprache, in welcher man miteinander redete, waren militärische und polizeiliche Maßnahmen. Auf die Bildung der italienischen Freiwilligenkorps antwortete Österreich durch die Verstärkung der lombardischen Armee; das dritte Korps wurde Giulay zu dem fünften, siebenten und achten, die er bereits befehligte, hinzugegeben, und alle vier auf Kriegsfuß gebracht, so daß er Ende Februar etwa 100 000 Mann zur Verfügung hatte. Erzherzog Maximilian ward abberufen; Post, Telegraph, Eisenbahndienst wurden von italienischen Beamten gereinigt und mit zuverlässigen Männern besetzt. Cavour beschleunigte dagegen die Armierung von Alessandria, forderte und erhielt von den Kammern eine Anleihe von 50 Millionen Franken und setzte seine Rüst-

ungen fort. Unter den Großmächten durfte er neben Frankreich auch auf Rußlands Freundschaft zählen; denn in Petersburg war der Wunsch Österreich gedemütigt zu sehen nicht minder lebhaft als in Turin; nachdrücklich erklärte der russische Gesandte in Berlin Ende Januar, der Zar könne einen Sieg Österreichs über Frankreich nicht dulden, weil er sich mit jenem nie über die Türkei zu einigen vermöge. Preußen und England erkannten wenigstens an, daß es Sardinien nicht an berechtigten Klagepunkten fehle, und waren zu einseitiger Parteinahme für den Wiener Hof nicht geneigt. An England wandte sich Graf Buol um durch eine Note vom 25. Januar 1859 seine Vermittelung anzurufen. Das britische Kabinett schickte darauf seinen Gesandten in Paris, Lord Cowley, am 25. Februar mit Vorschlägen, auf deren Annahme durch Napoleon es hoffte, nach Wien: Österreich sollte auf seine Schutz- und Trutzbündnisse mit den oberitalienischen Herzogtümern verzichten, der Kirchenstaat von den fremden Truppen geräumt, in allen Staaten der Halbinsel zeitgemäße Reformen eingeführt werden. Buol stellte wenigstens in bezug auf den ersten und letzten Punkt einige Nachgiebigkeit in Aussicht, forderte dafür aber die Verbürgung der österreichischen Besitzungen in Italien. Als nun aber England daraufhin mit Cavour anknüpfte und von diesem das Maß der Reformen, die er beanspruche, zu hören verlangte, zeigte die Antwort, welche jener gab, sofort die Unmöglichkeit eines Vergleiches; denn neben der Einführung konstitutioneller Verfassungen in den Postaaten forderte er vor allem die Errichtung einer getrennten nationalen Regierung für Lombardo-Venetien. Auf diesem Wege war nicht weiter zu kommen. Da trat Rußland auf und schlug einen Kongreß vor, indem es sich auf die Pariser Verabredungen von 1856 berief, nach denen vor dem Beginn eines Krieges Versuche einer gütlichen Verständigung durch die Unbeteiligten unternommen werden sollten. In London und Berlin war man damit zufrieden; Napoleon knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß Sardinien zu diesem Kongreß zugelassen werde; Cavour forderte dasselbe; in Wien verweigerte man aber nicht bloß dies Zugeständnis, sondern verlangte am 22. März noch obendrein, daß Piemont vorher abrüste. Cavours größte Besorgnis war die, daß Napoleon der letzten Forderung zustimmen möchte; denn das unmittelbare Ergebnis derselben, die Entlassung der Freiwilligen, an deren Spitze Garibaldi stand, wäre dem französischen Kaiser gar nicht unlieb gewesen. Eine heimliche Reise, die der sardinische Staatsmann am 23. März nach Paris machte, beseitigte glücklich diese Gefahr; Napoleon verwarf die Forderung Buols. Nun trat England noch einmal in den Vordergrund, erkannte den Anspruch Sardiniens auf Teilnahme am Kongreß als begründet an, wollte dasselbe Recht aber auch den anderen italienischen Fürsten einräumen; die Abrüstung, die Österreich forderte, billigte es gleichfalls, doch mit dem Zusatze, daß der Kaiserstaat dasselbe thun müsse, und daß Vertreter der Großmächte und Sardiniens die allseitige Entwaffnung einleiten sollten. Diesem Vorschlage sich zu widersetzen

Die Großmächte.

Vermittlungsversuche.

Kongreßpläne.

Napoleons Schwanken.

hielt Napoleon nicht für rätlich, weil er fürchtete seine oft gepriesene Friedensliebe dadurch in ein bedenkliches Licht zu setzen. Der Moniteur verkündete seine Einwilligung, und am 20. April erhielt Cavour von Paris die telegraphische Weisung die englischen Bedingungen anzunehmen. Mit einem Schlage schien alles verloren zu sein. Überanstrengt durch wochenlange Aufregung und übermenschliche Thätigkeit, die nicht bei Tag und nicht bei Nacht unterbrochen war, geriet Cavour in die furchtbarste Verzweiflung; ohne Trank und Speise zu sich zu nehmen, ohne jemanden, auch nur seine Vertrautesten, zu sich zu lassen, stöberte er ruhelos in seinen Papieren und verbrannte viele. Pläne nach Amerika auszuwandern und Selbstmordgedanken durchkreuzten seine Seele. Nach acht Jahren der rastlosesten Arbeit sich weiter vom Ziele zu sehen als am Anfang, der Gedanke war schrecklich. Der einzige Ausweg, der noch offenzustehen schien, grenzte an ruchlose Verwegenheit. Sollte er Napoleons Gebote trotzen? Sollte er mit Sardiniens unzulänglichen Mitteln den Krieg gegen Österreich aufnehmen, und um nur die Zukunft zu retten für jetzt die sichere Niederlage, die schmählichste Demütigung herbeiführen? Die Verblendung seiner Feinde ersparte ihm diesen verantwortungsvollen Entschluß. In demselben Augenblick, wo Österreichs Lage sich wahrhaft beneidenswert gestaltete, begingen Österreichs Staatsmänner den unverzeihlichen Fehler sie gründlich zu verderben. Statt

Österreichisches Ultimatum.

den englischen Entwaffnungsvorschlag anzunehmen richtete Buol am 19. April ein Ultimatum nach Turin, durch welches er binnen drei Tagen eine nackte Erklärung, ja oder nein, darüber verlangte, ob der König die Abrüstung versprechen wolle. Nun war Cavour gerettet. Ohne Gefahr konnte er dem englischen Vorschlage beitreten, konnte den Kammern und Napoleon Österreich als den Angreifer und Friedensstörer hinstellen, konnte von jenen die Diktatur für Viktor Emanuel und von dem französischen Kaiser auf Grund des Januarvertrages bewaffnete Hilfe verlangen. Am 23. April traf der außerordentliche österreichische Gesandte Kellersperg in Turin ein; am selben Tage bewilligten die Kammern dem Könige die verlangte Machtvollkommenheit. Am 26. April beantwortete Cavour das feindliche Ultimatum weder mit ja noch mit nein, sondern durch Berufung auf seine Zustimmung zu den englischen Vorschlägen; am selben Tage erklärte Napoleon in Wien, er werde die Überschreitung des Tessin als eine Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten. Die Würfel waren gefallen, und ehe der Monat zu Ende ging, hatte der Krieg begonnen.

Beginn des Krieges.

Als Graf Gyulay in der Nacht zum 30. April 1859 den Grenzfluß überschritt, stand seinen 100 000 Mann nur erst die sardinische Armee von 70 000 Mann unter des Königs Oberbefehl gegenüber; von den 150 000 Franzosen, die nach Italien bestimmt waren, hatten kaum die Spitzen die Alpenpässe überschritten oder die Landung in Genua begonnen. Ein kräftiger Vormarsch am nördlichen Poufer hätte Turin binnen weniger Tage in die Hand der Österreicher gebracht und die Alpenpässe ver-

riegelt. Nach diesem Plane schien Gyulay anfangs zu handeln; aber nach kaum einer Woche gab er ihn auf und setzte sich in der Lomellina zwischen Tessin und Sesia fest. Denn unaufhörliches Regenwetter erschwerte und verlangsamte die Märsche, so daß, ehe man Turin zu erreichen vermochte, große Massen von Franzosen zu Genua hätten landen und mit den Sardiniern vereinigt am südlichen Poufer durch Parma marschieren und in die Lombardei einbrechen können. Dort aber stand noch kein zweites österreichisches Heer bereit, und Gyulay glaubte deshalb die Deckung seines linken Flügels als seine wichtigste Aufgabe betrachten zu müssen. Selbst über den Po zu gehen und die Feinde, welche sich auf das starke Alessandria stützten, anzugreifen fühlte er sich zu schwach und wurde es auch in der That von Tag zu Tage mehr. Da auch seitens der Verbündeten kein Angriff unternommen, sondern die Ankunft der französischen Heeresteile abgewartet wurde, so folgte eine vierzehntägige Pause in den beiderseitigen Bewegungen. Gyulay machte ihr am 20. Mai ein Ende, indem er dem Grafen Stadion eine Rekognoszierung gegen Alessandria befahl, durch die er sich überzeugen sollte, ob die feindliche Hauptmacht dort noch stehe oder den befürchteten Rechtsabmarsch gegen Parma schon angetreten habe. Diese Aufgabe, die übrigens durch Spione weit zweckmäßiger erledigt worden wäre, löste Stadion nicht einmal, da er nur eine einzige französische Division zum Schlagen brachte und von dieser, unter Foreys Befehl, mit einem Verlust von 1200 Mann bei Montebello zurückgedrängt wurde. Napoleon aber faßte jetzt den Entschluß statt des von Gyulay allein befürchteten Rechtsabmarsches eine Linksschwenkung in der Weise zu unternehmen, daß man oberhalb der Sesiamündung bei Casale auf das nördliche Poufer übertreten und den rechten Flügel der Österreicher im Norden umgehen wollte. Die Einleitung dazu wurde Garibaldi mit seinen Alpenjägern als äußerstem linken Flügel übertragen. Am 23. Mai überschritt er bei Sesto Calende, wo der Tessin aus dem Lago Maggiore strömt, die lombardische Grenze, drang über Varese bis Como vor und schlug sich mit wechselndem Glück während der nächsten Tage in den Ausläufern der Alpen mit dem General Urban herum, der gegen ihn ausgeschickt wurde. Trotz seines Erscheinens an dieser Stelle argwöhnte Gyulay noch nichts von den Plänen der Feinde. Hinter den Piemontesen, die längs dem Po und der Sesia aufgestellt waren, zogen sich die Franzosen nordwärts gegen Vercelli hin und hatten diesen Linksmarsch glücklich vollzogen, als Gyulays Generalstabschef, Oberst Kuhn, endlich seine Täuschung erkannte. Der Oberfeldherr selbst beharrte auch dann noch in seiner Verblendung, als Cialdini mit den Piemontesen, nachdem er unbehindert über die Sesia gegangen, ihn am 30. Mai bei Palestro angriff. Umsonst suchte Gyulay am nächsten Tage, obendrein mit ungenügenden Kräften, das verlorene Dorf wiederzugewinnen. Von einem Regiment Zuaven unterstützt, schlugen die Italiener unter den Augen des tapfer mitkämpfenden Viktor Emanuel, den die Zuaven

Gefecht von Montebello.

Garibaldi.

Gefecht bei Palestro.

nach der Schlacht zu ihrem Korporal erwählten, die Feinde in die Flucht, nahmen ihnen acht Kanonen und brachten ihnen einen Verlust von 2200 Mann bei. Schlimmer als das aber war es, daß während dieses Kampfes ein ganzes französisches Armeekorps unter Niel bei Vercelli die Sesia überschritt und nordöstlich auf Novara marschierte, womit die Umgehung des rechten Flügels der Österreicher vollzogen war. Während Kuhn auch jetzt noch einer kräftigen Offensive auf dem rechten Ufer des Tessin das Wort redete, glaubte Gyulay, daß seine einzige Rettung der schleunige Übergang über den Fluß sei und gab am 1. Juni den Befehl „sich rückwärts zu konzentrieren".

Schlacht von Magenta.

Jenseit des Flusses, an der Straße von Novara nach Mailand, nahm er wieder Stellung, vom 3. Juni ab unterstützt durch den Rat des greisen Heß, der vor einem Jahrzehnt Radetzkys Generalstabschef gewesen war und den jetzt der besorgte Kaiser zu ihm gesandt hatte. Fast ohne Kampf überschritten indessen die Franzosen den Tessin. Während die Hauptmacht unter Napoleons Anführung auf der Mailänder Straße vorrückte um die schlechtgesprengte Brücke von Buffalora zu benutzen, gingen Mac Mahons Korps und ein Teil der Garde schon am 3. Juni weiter nördlich bei Turbigo auf das lombardische Ufer über und rückten am nächsten Tage südöstlich gegen Magenta vor, das nicht weit von Buffalora an der Straße nach Mailand liegt, zwischen sich und dem Tessin aber noch einen mit dem Flusse parallel laufenden Kanal, den Naviglio grande, hat. Während nun Mac Mahon sich mit dem General Clam-Gallas, der soeben mit seinem Korps durch Tirol angekommen war, nordwärts von Magenta herumschlug, rückte Napoleon mit etwa 50 000 Mann gegen den Naviglio grande vor. Gyulay hatte ihm etwa 58 000 Mann gegenüber zu stellen und machte ihm in erbittertem Kampfe die Kanalübergänge streitig. In ihrem Besitz hätten die Österreicher den Feind auf und in den Tessin zurückwerfen, die Franzosen aber Clam-Gallas von Gyulay trennen und von beiden Seiten fassen können. Trotz des blutigsten Ringens gelang es aber keinem Teile den Sieg zu gewinnen; die Entscheidung mußte von Norden her kommen. Für die Österreicher wäre freilich die bloße Abwehr des feindlichen Anpralles schon ein Erfolg gewesen, und da er an der Behauptung seiner Stellungen nach stundenlangem Widerstande nicht mehr zweifelte, telegraphierte Gyulay triumphierende Siegesbotschaften nach Wien und verließ sogar den Kampfplatz. Er hatte das nördliche Schlachtfeld gänzlich außer acht gelassen. Hier war Mac Mahon in langsamem, aber beständigem Vordringen; gegen 6 Uhr traf er vor Magenta ein, und die Erstürmung des Dorfes, bei der Espinasse den Tod fand, entschied den Tag für die Verbündeten. Die hereinbrechende Nacht, die zerstreute Stellung der Franzosen, ihre schweren Kämpfe und Verluste — sie hatten 4000 Tote und Verwundete, die Österreicher 6000, dazu 4500 Gefangene verloren — machten jedoch eine Verfolgung des Sieges unmöglich. St. Jean d'Angely, der in dem Kampfe am Naviglio das

Hauptverdienst hatte, und Mac Mahon wurden zu Marschällen ernannt, der letztere, der Held des Tages, auch zum Herzog von Magenta. Gyulay trat am Morgen des 5. Juni den Rückzug an und gab den Siegern den Weg nach Mailand frei; auch die Festungen in seinem Rücken, Pavia, Piacenza und weiter Pizzighettone, Bergamo, Brescia ließ er räumen. Nur einer seiner Generale, Benedek, kam am 8. Juni bei Melegnano, drei Meilen südwestlich von Mailand, noch einmal zum Schlagen und wies einen Überfall Baraguay d'Hilliers' erfolgreich zurück; ja er marschierte am anderen Morgen auf der Straße gegen Mailand vor und bot, freilich umsonst, den Gegnern eine Schlacht an; dann wandte auch er sich rückwärts und am 10. Juni 1859 überschritten die letzten Österreicher die Adda.

Gefecht von Melegnano.

Napoleon übereilte sich nicht ihnen zu folgen. Am Tage der Schlacht von Melegnano hielt er mit Viktor Emanuel seinen Einzug in Mailand. Proklamationen an die Armee und an die Italiener bezeichneten das Ende dieser ersten Hälfte des Krieges. Hatte der Kaiser bei seiner Abreise von Paris in der Proklamation vom 3. Mai die Losung „Italien frei bis zur Adria" ausgegeben, so wiederholte er jetzt die Versicherung seiner Uneigennützigkeit, versprach die Wünsche des Volkes zu erfüllen und rief die Italiener unter die Fahnen Viktor Emanuels. Es waren nicht die Lombarden allein, welche diese Worte auf sich bezogen. Aus Toskana, Parma und Modena waren die Fürsten entflohen; der Abzug der österreichischen Besatzungen aus den Städten der Romagna gab auch den nördlichen Provinzen des Kirchenstaates das Zeichen zur Erhebung und Mitte Juni hatte ganz Oberitalien, soweit es die österreichische Armee nicht besetzt hielt, und ein gutes Stück von Mittelitalien sich der Bewegung angeschlossen.

Napoleon in Mailand.

Mittelitalien.

In Wien empfand man jetzt bitter den Ernst der Lage, den man bis dahin unterschätzt hatte. Der Kaiser begab sich selbst zum Heere und übernahm am 16. Juni den Oberbefehl. Es standen ihm jetzt ganz andere Truppenmassen zur Verfügung, als Gyulay kommandiert hatte. Die Armee, die zwischen dem Gardasee und dem Po stand, zählte 220 000 Mann; halb so viel standen am Adriatischen Meere, in Tirol und Illyrien, und im übrigen Reiche befand sich noch eine Viertelmillion unter den Waffen. Aber was sich durch den kaiserlichen Oberbefehl nicht besserte, war die Unentschlossenheit und Unklarheit der Leitung. Zwei verschiedene Ansichten bekämpften sich. Der alte Heß wollte hinter den Mincio zurückgehen, der zweite Generalstabschef, Ramming, die Linie des Chiese, welcher westlich vom Mincio, diesem parallel, in den Oglio fließt, verteidigen. Der Kaiser schwankte zwischen beiden Ratschlägen hin und her. Am 24. Juni sollten die bereits zweimal geräumten Stellungen am Chiese zum drittenmal wiederbezogen werden. Aber auch die Verbündeten waren inzwischen vormarschiert und wollten an demselben Tage die Gegend zwischen Chiese und Mincio besetzen; auf keiner Seite erwartete oder beabsichtigte man eine Schlacht. Zu gegenseitiger Über-

Franz Josef zur Armee.

Unsichere Bewegungen.

Schlacht von Solferino.

raschung traf man in der ersten Morgenfrühe, gleich beim Beginn des Marsches, aufeinander. Die Linie der Österreicher zog sich vom Südufer des Gardasees über Solferino, wo das Centrum war, südwestlich gegen Medole. Bei diesem Orte traf ihr linker Flügel auf General Niel, den Canrobert unterstützen sollte; bei Solferino standen die beiden Kaiser sich persönlich gegenüber; rechts bei Pozzolengo stieß Benedek auf die Piemontesen. Die Schlacht zerfiel dadurch in drei fast ganz unabhängige Kämpfe. Die Entscheidung lag bei Solferino. Hier wurde von 5 Uhr früh bis 2 Uhr mittags erbittert gestritten; die Österreicher unter Stadion bedeckten sich mit nicht minderem Ruhm als die Franzosen, bei denen sich Bazaine und Ladmirault besonders auszeichneten. Als das Dorf endlich aufgegeben werden mußte, setzte Franz Josef den Widerstand persönlich in San Cassiano und Cavriana fort. Verloren und wiedergewonnen blieben auch diese Orte endlich 5 Uhr abends in der Hand der Franzosen, als ein furchtbares Sturm- und Regenwetter dem Kampfe ein Ende machte. Auch auf dem südlichen Schlachtfelde waren die Franzosen um diese Stunde siegreich, da Canrobert endlich seinem Rivalen Niel Hilfe gebracht hatte. Im Norden hingegen, wo Benedek gegen Viktor Emanuel stand, war das Glück von Anfang an auf seiten der Österreicher. Die Piemontesen wurden bis hart an den See zurückgedrängt; durch neue Truppen verstärkt rückten sie zwar wieder vor, aber selbst ein fünfmaliger Sturm auf Benedeks Stellung San Martino brachte den Ort nicht in ihre Gewalt. Auch während des Unwetters dauerte hier der Kampf fort. Da erhielt Benedek die Nachricht von dem Ausgang der Schlacht bei Solferino und den Befehl zum Rückzug. Vor Zorn weinend gehorchte er, und um 7 Uhr abends konnte Lamarmora San Martino besetzen. Die Hauptmacht der Österreicher hatte unter dem Schutz des Unwetters inzwischen bereits den Rückzug über den Mincio angetreten; 13 000 Tote und Verwundete, über 9000 Zersprengte hatte ihnen der Tag gekostet; die Verluste der Franko-sarden waren fast noch größer; an Toten und Verwundeten zählten sie über 14 000 Mann, doch beliefen sich die Zersprengten nicht ganz auf 3000. Die Stärke der beiden Heere war fast gleich gewesen, gegen 160 0000 Österreicher, 150 000 Verbündete.

Politisch-militärische Lage nach der Schlacht.

Gegenüber der großen moralischen Bedeutung des Sieges waren die unmittelbaren Folgen nur sehr gering. Das Land bis an den Mincio, und auch der Übergang über den Fluß stand den Verbündeten allerdings offen aber jenseit desselben, gegen die Etsch hin, inmitten des berühmten Festungsviereckes, hart unter den Mauern von Verona, auf dem Schlachtfelde von Santa Lucia standen die Österreicher, reichlich 200 000 Mann stark, in den vorteilhaftesten Positionen. Die französische Armee erhielt mittlerweile zwar auch Verstärkungen, da Prinz Napoleon, der mit einem Korps am 23. Mai in Livorno gelandet und von da nach Parma gezogen war, sich in den ersten Tagen des Juli mit der Hauptarmee vereinigte. Aber dieser Zuwachs war geringfügig im Vergleich

zu den Truppenmassen, welche die Belagerung der beiden Minciofestungen erforderte; gegen Mantua wurde außer dem Prinzen noch Canrobert, gegen Peschiera die Piemontesen und Baraguay d'Hilliers entsandt, nur mit den drei Korps St. Jean d'Angelys (der Garde), Mac Mahons und Niels konnte der Kaiser dem Feinde zu einer dritten Hauptschlacht entgegentreten. Eine Niederlage war durchaus nicht unwahrscheinlich; ein Sieg stellte nur kümmerliche Früchte in Aussicht. Leicht konnten bei einer mühsamen Belagerung der Festungen, während gefährliche Seuchen im Heere ausbrachen, die Lorbeern von Magenta und Solferino wieder verloren gehen. Andere Erwägungen traten hinzu die Kriegslust zu mindern. Der Zug des Prinzen Napoleon durch Toskana und die Poherzogtümer hatte dort das Verlangen hervorrufen sollen diesen Vetter des Kaisers zum Regenten zu erhalten. Aber keine Stimme hatte sich in diesem Tone vernehmen lassen; die allgemeine Forderung ging auf Verbindung mit dem oberitalischen Königreiche. Je länger der Krieg dauerte, desto lauter mußte sie ertönen und desto weniger konnte Napoleon sie überhören. Eine solche Stärkung Sardiniens lag aber keineswegs in seinen Absichten. Vollends der Anschluß der päpstlichen Romagna an den neuen Staat hätte des Kaisers Wünschen durchaus widersprochen und ihn in Verwickelungen mit dem Papste gebracht, die er ängstlich scheute. Mit dem wird man nicht vermittelst Kanonenschüssen fertig; diese Seite des Krieges gefällt mir nicht, hatte er schon bei seiner Landung in Genua bedenklich zu seinem Freunde Arese gesagt. Zu alledem gesellte sich jetzt noch die Gefahr Preußen und Deutschland auf die Seite Österreichs treten zu sehen. Eine ungeheure Aufregung hatte sich beim Beginn des Krieges der oberdeutschen Bevölkerungen bemächtigt; fast ungehört verhallten die Stimmen derer, welche zur Besonnenheit mahnten und den alten Grundsatz, daß am Po der Rhein verteidigt werde, bestritten. Mit endlosem Jubel wurden die österreichischen Truppen begrüßt, welche durch Bayern und Tirol nach Italien zogen; daß Preußen zögerte, mit voller Kraft dem bedrängten Bundesgenossen beizuspringen, galt für nichts Geringeres als Vaterlandsverrat. Und selbst im Norden war die öffentliche Meinung überwiegend für den Eintritt in den Krieg. Die schwärmerische Begeisterung für Österreich fand hier zwar nur spärlichen Anklang; umsomehr aber die Erwägung, daß Napoleon das Spiel seines Oheims zu wiederholen scheine, und, wenn er den Kaiserstaat gebrochen, sich über Preußen und Deutschland stürzen werde. Auch das Berliner Kabinett verkannte diese Gefahr nicht; aber in seinen Augen mußte die andere nicht minder bedenklich erscheinen: Österreichs Macht durch einen mit Preußens Hilfe erfochtenen Sieg so hoch zu schrauben, daß es seinen Willen dem Bundesgenossen als unweigerliches Gebot auferlegen könne. Man war in Berlin zum Kriege bereit, aber nur gegen Zugeständnisse an Preußens Machtstellung. Österreich brauchte nur die preußischen Bedingungen zu erfüllen, so marschierten die kriegsbereiten deutschen Regimenter, und Napoleon mußte an den Rhein eilen um das

Deutschland und Preußen.

Rußland. eigene Land zu schützen. Was ihm zunächst bevorstand, war eine Friedensvermittlung, über welche die drei neutralen Großmächte seit Solferino unterhandelten. Die Grundlagen derselben waren: Vereinigung der Lombardei und der Poherzogtümer mit Sardinien, Venetiens Konstituierung als selbständiger Staat unter einem österreichischen Erzherzog, Gründung eines italienischen Bundes, der aus Sardinien, Venetien, Toskana, dem Kirchenstaate und Neapel bestehen würde. Am 6. Juli erhielt Napoleon einen Brief des Kaisers von Rußland, welcher diese Vorschläge ankündigte und mit dem Bemerken, daß Preußen und England entschlossen seien sie durchzuführen, die Entschuldigung verband, daß Rußland sich deshalb nicht in einen Krieg stürzen könne. Nun war Napoleons Schwanken vorüber; er wollte der Vermittlung zuvorkommen und jene Bedingungen als eigene Vorschläge an den Kaiser von Österreich richten. Noch an demselben 6. Juli überbrachte sein Adjutant Fleury dem Kaiser Franz Josef in Verona ein Handschreiben mit dem Antrag auf einen Waffenstillstand; am anderen Tage traf in Valeggio, dem französischen Hauptquartier, die österreichische Zustimmung ein und am 8. wurde in dem neutral erklärten Villafranca von Heß, Vaillant und della Rocca der Waffenstillstand abgeschlossen. Am 11. Juli 1859 fand an demselben Orte eine Zusammenkunft der beiden Kaiser statt. Sie dauerte eine Stunde und führte zu einer Verständigung. Napoleon begab sich nach Valeggio zurück und zeichnete die Ergebnisse der Unterredung in Vertragsform auf. Die Hauptpunkte waren: Gründung eines italienischen Bundes, Abtretung der Lombardei an Frankreich, das sie Sardinien übergeben werde, Rückkehr der Herrscher von Toskana und Modena (Parma wurde mit Stillschweigen übergangen) jedoch ohne bewaffnete Mitwirkung der Friedenschließenden, Reformen in diesen Ländern und im Kirchenstaat. Prinz Napoleon brachte diesen Entwurf nachmittags 4 Uhr nach Verona. Franz Josef änderte einiges daran. Mantua und Peschiera wurden von dem abzutretenden Gebiete ausgenommen; die Klausel wegen der bewaffneten Einmischung in Toskana und Modena gestrichen. In dieser Fassung unterzeichnete Franz Josef den Entwurf und erhielt am anderen Morgen Napoleons und Viktor Emanuels Unterschrift.

Zusammenkunft in Villafranca.

Die Präliminarien.

Der Züricher Friede. Mit diesen Präliminarien von Villafranca war der Krieg beendet; der wirkliche Friedensschluß fand erst vier Monate später am 10. November 1859 in Zürich statt. Nur die Abtretung der Lombardei wurde so vollzogen, wie sie verabredet war. Die Rückkehr der Fürsten, die Reformen im Kirchenstaat, der italienische Bund, alles das existierte nur auf dem Papier. Die lebendige Weiterentwickelung der Thatsachen ging rücksichtslos darüber hinweg.

Rücktritt Cavours. Der Italiener bemächtigte sich, als sie die Nachricht von Villafranca erhielten, ein gewaltiger Zorn. Am tiefsten getroffen war Cavour. Mit ungeheurer Anstrengung hatte er von Turin aus als stellvertretender Kriegsminister — Lamarmora war zum Heer abgegangen —, als Minister des Äußeren, als Ministerpräsident für das Gelingen seines

Werkes gearbeitet. Er hatte nicht mehr daran gezweifelt: daß des Kaisers Programm: Frei bis zur Adria! zur Wahrheit werde. Kühnere weitergehende Hoffnungen hatte die Erhebung Mittelitaliens geweckt. Was war demgegenüber der Gewinn der Lombardei? Mußte man sich nicht aus allen Kräften den Abmachungen von Villafranca widersetzen? Konnte Italien nicht mit eigener Macht den Krieg fortführen? Auf die erste Kunde von dem Geschehenen eilte Cavour ins Hauptquartier; aber es war zu spät. Eine heftige Scene mit dem König, und der Graf sah ein, daß seine Stunde gekommen sei; er kehrte nach Turin zurück und gab am 19. Juli seine Entlassung. Ein Kabinett Rattazzi ersetzte ihn Rattazzi. und seine Kollegen. Der Wechsel war aber nicht bloß eine Folge des Unmuts und der Aufwallung, er war eine politische Notwendigkeit für Italien. Die Klagen und Forderungen, welche die Nation jetzt noch zu erheben hatte und die auf einem Kongreß, den Napoleon beabsichtigte, zur Sprache kommen mußten, konnten weit nachdrücklicher von neuen Männern geltend gemacht werden als von Cavour, dem man in Berlin und Petersburg nicht minder als in Wien und Paris Revolutionspläne zutraute. Davon abgesehen arbeitete der neue Minister des Auswärtigen Dabormida vollkommen in seines Vorgängers Sinn. Schon am 23. Juli kündigte er in einem Rundschreiben an, daß Sardinien dem italienischen Bunde nicht beitreten und auf dem Kongreß die Forderungen der Herzogtümer verfechten werde. Die Hoffnung nicht bloß Parma, sondern auch Modena, Toskana und die Romagna doch noch zu gewinnen gab man in Turin keinen Augenblick auf.

Mittelitalien, Savoyen und Nizza.

Am wenigsten Neigung die staatliche Selbständigkeit zu opfern be- Toskana. stand wohl in Toskana, obgleich dessen Fürst der erste gewesen war, der sein Land verließ. Anfang April hatte der piemontesische Gesandte Boncompagni wiederholt die dringende Aufforderung an ihn gerichtet dem Bündnis gegen Österreich beizutreten; sie war höhnisch zurückgewiesen worden. Als aber in den Ostertagen das Ultimatum Buols und der bevorstehende Ausbruch des Krieges bekannt wurden, als eine lebhafte Bewegung durch die Bevölkerung ging und die Führer der gemäßigten Liberalen (der sogenannten Aristonationalen) den Großherzog beschworen seine Krone nicht aufs Spiel zu setzen, als die Radikalen offen seine Abdankung verlangten und im Heere die Zeichen der nationalen Gesinnung sich mehrten, da entschloß sich Leopold in der Nacht zum 27. April 1859 ein liberales Ministerium zu berufen und in das verlangte Bündnis zu willigen. Aber jetzt war es schon zu spät. Ricasoli, das Haupt der Aristonationalen, hatte, an der Bekehrung des Großherzogs verzweifelnd, bereits Florenz verlassen; die Radikalen wollten von der Erhaltung des Herrscherhauses überhaupt nichts wissen; schon

Flucht des Großherzogs.

mittags überzeugte sich Leopold, daß seine Rolle vorerst ausgespielt sei, und verließ unter dem Schutze des diplomatischen Korps mit seiner Familie das Land. Sogleich wurde eine vorläufige Regierung eingesetzt, an deren Spitze Peruzzi stand, und am nächsten Tage die Diktatur für die Kriegszeit dem Könige Viktor Emanuel übertragen. Dieser lehnte den Titel ab, weil Frankreich ihn übel vermerken konnte, übernahm jedoch die Oberleitung der Streitkräfte und die Beschützung des Staates, dessen Unabhängigkeit ausdrücklich anerkannt wurde. Zu seinem Stell-

Boncompagni.

vertreter in Florenz ernannte er den bisherigen Gesandten Boncompagni, der von der provisorischen Regierung am 8. Mai die Gewalt übernahm und ein Ministerium Ricasoli-Ridolfi bildete. Der Aufenthalt des Prinzen Napoleon im Lande und seine Versuche sich Anhang zu verschaffen blieben ohne jeden Erfolg; dagegen wuchs mit jedem Tage die Partei des Anschlusses an Sardinien; auch Ricasoli und andere Minister bekannten sich offen zu ihr, und als nach der Schlacht von Magenta der Erfolg der verbündeten Waffen einen Umschlag des Glücks unwahrscheinlich machte, ertönte von allen Seiten der Ruf nach Annexion.

Modena und Parma.

Modena und Parma gingen darin mit gutem Beispiele voran. Die Herzogin Luise von Parma hatte ihr Land schon am 1. Mai verlassen, war aber nach einigen Tagen zurückgekehrt. Als jedoch infolge des Rückzugs der Österreicher und besonders der Räumung von Piacenza ihre Lage gefährlich wurde, entwich sie zum zweitenmal. Auch Herzog Franz von Modena verließ sein Land, aber an der Spitze seiner Truppen, die ihm treu blieben. Sofort erklärten nun die Stadträte den erneuten Anschluß an Piemont auf Grund der Abstimmungen von 1848 und erbaten sich von Turin einen Statthalter, der ihnen in der Person

Die Romagna.

Farinis am 14. Juni 1859 geschickt wurde. Ebenso geordnet und unblutig wie hier ging die Revolution auch im Norden des Kirchenstaates vor sich. Unmittelbar nach der österreichischen Besatzung verließ auch der päpstliche Legat am 12. Juni Bologna. Forli, Ravenna, auch das zuletzt, am 22., geräumte Ferrara erhoben sich für den Anschluß und erkannten die vorläufige Regierung an, die in Bologna unter des Marchese Pepoli Vorsitz gebildet war. Das Anerbieten der Diktatur lehnte Viktor Emanuel auch hier unter derselben Form wie in Toskana ab; allein Massimo d'Azeglio erschien als sein Vertreter und stellte eine geordnete Regierung her, in der Pepoli, Montanari und der Piemontese Pinelli die bedeutendsten Kräfte waren. Weniger glücklich entwickelten sich die Sachen in den Marken und in Umbrien. Ancona wurde von den Österreichern geräumt, aber von den Päpstlichen wieder besetzt. Damit war der Ausdehnung der Revolution nach Süden hin ein Riegel vorgeschoben. Noch geringeren Erfolg erzielte sie jenseit des Apennins.

Aufstand in Perugia.

Hier hatte sich Perugia an der Tiber auf das Beispiel Bolognas am 14. Juni erhoben und den Legaten zur Flucht gezwungen. Aber schon nach wenigen Tagen nahte die Rache. Ein päpstliches Schweizerregiment unter dem Obersten Schmid erstürmte am 20. Juni die Stadt und vollzog

durch Ermordung, Mißhandlung und Plünderung der Einwohner ein fürchterliches Strafgericht.

Auflösung der Schweizertruppen.

Dieses Ereignis, dessen Greuel obendrein noch bedeutend übertrieben wurden, wirkte zwar einerseits einschüchternd, so daß Fano, Sinigaglia und andere umbrische Städte sich ohne Widerstand die päpstlichen Besatzungen gefallen ließen, auf der anderen Seite kam es doch auch der nationalen Bewegung zu gute, und nicht bloß moralisch. Der Schweizer Bundesrat protestierte dagegen, daß Truppen, welche derartiger Thaten fähig seien, als Schweizer bezeichnet würden, und verlangte, daß aus ihren Fahnen die Schweizer Kantons-Wappen entfernt würden. Das wollte sich ein Teil der neapolitanischen Schweizerregimenter nicht gefallen lassen, sondern revoltierte am 7. Juli 1850, und wenn dieser Aufstand auch in kurzer Zeit blutig niedergeschlagen wurde, so überzeugte er doch die neapolitanische Regierung so gründlich von der Morschheit dieser Stütze des Thrones, daß sie unmittelbar darauf allen Schweizern den Austritt aus dem Heere freigab. Allein in Palermo machten 1300 davon Gebrauch; nur 800 Veteranen erklärten sich bereit zu bleiben und wurden zu einem Bataillon formiert. So hatte das süditalienische Königreich infolge der Einnahme von Perugia einen guten Teil seiner Soldaten verloren. Der Papst selbst empfand die Wirkungen zunächst nur insofern, als der Bundesrat Neuwerbungen in der Schweiz mit Nachdruck entgegentrat.

Der Friede von Villafranca.

Die neuen Zustände in der Romagna und den Herzogtümern hatten sich kaum ein wenig befestigt als der Friede von Villafranca sie schon wieder umzustoßen drohte. Die Bevollmächtigten Viktor Emanuels, Azeglio, Farini und Boncompagni, wurden natürlich zurückberufen; der Herzog von Modena mit seinen 6000 Mann und die päpstlichen Truppen standen bereit über ihre Beute herzufallen; kaum minder gefährliche Feinde waren besonders in der Romagna die Mazzinisten, welche nur auf den Zusammenbruch der bisherigen Behörden lauerten um selbst ans Werk zu gehen. Es kam also viel darauf an, die sardinischen Bevollmächtigten schleunigst durch andere leitende Persönlichkeiten zu ersetzen. In Modena war man dessen überhoben; Farini legte zwar sein Amt nieder, trat aber zugleich aus dem sardinischen Dienst aus und wurde sofort zum Diktator ausgerufen; auch Parma erkannte ihn als solchen an. In Bologna ward nach Azeglios Abreise der Korse Cipriani zum Generalstatthalter erkoren; in Toskana übergab Boncompagni seine Gewalt in die Hände des Ministerrates, an dessen Spitze Ricasoli als Haupt der vollziehenden Gewalt verblieb. Überall fühlte man jetzt das Bedürfnis durch feierliche Erklärungen sich gegen die Rückkehr der vertriebenen Fürsten zu verwahren; in Parma geschah das durch eine Volksabstimmung, in Modena durch die Sammlung von 90 000 Unterschriften, endlich in diesen beiden Staaten sowohl wie in Florenz und Bologna durch Beschlüsse neugewählter Nationalversammlungen: in Toskana schon

Annexionsbeschlüsse.

am 16. August, in Modena am 20., am 6. September in Bologna, am 14. in Parma. Überall wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt; die vereinzelten Gegner blieben aus den entscheidenden Sitzungen weg.

Viktor Emanuels Bedenken.

Den Deputationen, die darauf nach Turin geschickt wurden um Viktor Emanuels Zustimmung zu erbitten, ward allen in verschiedener Form dieselbe Antwort zu teil; der König versprach kraft der ihm durch den Volkswillen übertragenen Rechte die Sache der vier Länder bei den Großmächten und besonders bei Napoleon kräftig zu verteidigen; die Regierung derselben zu übernehmen durfte er nicht wagen und gegen gewaltsamen Angriff ihnen keine Hilfe in Aussicht stellen. Drohte dieser Angriff aber nur von den vertriebenen Fürsten, so waren die provisorischen Regierungen ohne Furcht. Die päpstlichen Flüche und Bannbullen vom 20. Juni und 26. September blieben wirkungslos; der neue Großherzog von Toskana, zu dessen Gunsten sein Vater Leopold abgedankt hatte, wurde zwar durch französische Noten warm empfohlen; aber weder er noch die Herzogin von Parma hatten Truppen zur Verfügung. Außer dem Papste gebot nur Franz von Modena über eine bewaffnete

Schutz- und Trutzbündnisse.

Macht. Ihnen waren jedoch die vier Länder vollständig gewachsen, da sie bereits im August ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, das eine gemeinschaftliche Armee von 25 000 Mann ins Leben rief. Der piemontesische General Fanti, der die Organisation leitete, wußte diese Zahl binnen kurzer Zeit auf 40 000 zu bringen und bewährte dabei solche Tüchtigkeit, daß ihn Cavour im nächsten Jahre zum piemontesischen Kriegsminister machte. Die Gefahr, vor der man zunächst am meisten auf der Hut sein mußte, war Anarchie im Inneren oder mazzinistische Einfälle in den Kirchenstaat. Das eine wie das andere konnte die Handhabe zu österreichischer oder französischer Einmischung werden. Im allgemeinen erkannte aber auch das Volk diese Klippen sehr wohl

Ermordung Anvitis in Parma.

und beobachtete eine preiswürdige Ruhe und Ordnung. Nur in Parma kam es einmal zu einem politischen Tumult, als eines der verhaßtesten Werkzeuge des 1854 ermordeten Herzogs, der Oberst Anviti, zurückzukehren wagte; um ihn zu schützen brachte ihn die Regierung ins Gefängnis; aber dieses wurde von der erbitterten Menge erstürmt und Anviti fiel als Opfer des blinden Hasses. Verfänglicher waren die

Mazzini.

Pläne Mazzinis. Ihm erschien selbst das Höchste, was auf dem bisher beschrittenen Wege erreicht werden konnte, die Vereinigung der vier Provinzen mit Sardinien, als verwerfliche Abschlagszahlung; nur der Einheitsstaat der ganzen Halbinsel befriedigte ihn; um dieses Ziel zu erreichen war er zu jedem Opfer bereit, selbst zur Anerkennung der Monarchie. Von der Schweiz aus verhandelte er deshalb direkt mit dem Könige selbst; als dies erfolglos blieb, wagte er sich persönlich

Garibaldi.

nach Mittelitalien und knüpfte mit Fanti, Farini, Ricasoli, Garibaldi und anderen an. Der letztere sollte die Hauptrolle spielen und aus der Romagna in den Kirchenstaat einfallen. Die Vorbereitungen waren schon weit gediehen, als sie Mitte November 1859 an der entschiedenen Weige-

rung Farinis, der wenige Tage zuvor an Ciprianis Stelle Diktator auch in der Romagna geworden war, und an dem strengen Befehl des Turiner Kabinetts scheiterten. Ergrimmt über diese „miserable Fuchspolitik" nahm Garibaldi seinen Abschied; die Stellung der sardinischen Regierung aber war durch dies entschlossene Auftreten nach außen hin ebensosehr verbessert wie nach innen verschlechtert worden.

Daß der beabsichtigte Kongreß sich noch hinauszog, kam der italienischen Sache nur zu gute. Denn mittlerweile thaten Ricasoli und Farini das ihrige um in den vier Provinzen piemontesische Einrichtungen einzuführen. Besonders kräftig ging Farini damit vor, der Die Emilia. die Romagna, Modena und Parma als „Emilische Provinzen" (ein Name, den er von der alten Römerstraße entlehnte, die sie durchschnitt) zu einem Ganzen vereinigte und den Regierungssitz nach Modena verlegte. Er führte die sardinische Verfassung ein, übertrug das Postwesen an Piemont und hob die Zollgrenzen gegen das Königreich und Toskana auf. Auch den letzteren Staat in dieses enge Bündnis einzureihen gelang nur unvollkommen. Ricasoli war bereit und ging sogar damit Toskana. voran die Regentschaft über die verbündeten Provinzen dem Vetter Viktor Emanuels, dem Prinzen von Carignan, anzubieten, der während des Krieges Stellvertreter des Königs in Sardinien gewesen war. Als aber Carignan auf Befehl Napoleons ablehnte, wollte der toskanische Minister den zum Ersatz vorgeschlagenen Boncompagni nicht annehmen und es dauerte bis gegen Weihnachten, ehe er sich fügte; der Einfluß, der dem neuen Regenten zugestanden wurde, war überdies äußerst gering. Alle diese Vorgänge hatten indes ihren Eindruck auf Napoleon nicht verfehlt. Daß in Toskana für seinen Vetter nichts zu machen sei, war ihm ebenso klar geworden, wie daß in der Emilia ein bloßer Kongreßbeschluß die Rückführung des alten Zustandes nicht ermöglichen werde. Und selbst gegen einen solchen Beschluß stand der Protest Englands und Sardiniens in sicherer Aussicht; von Preußen und Rußland war mindestens keine Einwilligung zu bewaffneter Einmischung zu erwarten. In Erwägung dieser Sachlage entschloß sich der Kaiser zu einem Wechsel seiner Politik; er wollte in die Annexion Toskanas und der Emilia willigen und dafür Savoyen-Nizza als Lohn fordern. Die Einladungen zum Kongreß ergingen und eine Broschüre: Der Papst und der Kongreß, die Der Papst und der Kongreß. am 24. Dezember 1859 erschien, enthüllte das neue kaiserliche Programm. Der kurze Inhalt desselben war, daß der Papst zur ungestörten Ausübung seiner geistlichen Pflichten nur einer beschränkten weltlichen Macht benötige und daß die Stadt Rom mit dem sog. Erbteil St. Peters dazu völlig ausreiche. Dem Jubel der Italiener entsprach der Grimm im Vatikan. Der Papst selbst brandmarkte die Schrift in seiner Neujahrsansprache an das französische Offizierkorps in Rom als ein Denkmal der Heuchelei, als ein unedles Gemälde von Widersprüchen. Allein durch seinen Briefwechsel mit dem Kaiser mußte er sich wohl oder übel davon überzeugen, daß es diesem ernst mit dem Vorschlag sei, und die

Ernennung Thouvenels zum Minister des Auswärtigen an Walewskis statt vollendete die Schwenkung der französischen Politik.

Wiedereintritt Cavours.

Jetzt war auch Cavours Stunde wiedergekommen. Längst schon zum Vertreter des Königs auf dem Kongreß ausersehen, war er, der Vertraute von Plombières, jetzt der richtige Mann um die Annexion Mittelitaliens, aber freilich auch die Abtretung von Savoyen und Nizza zu vollziehen. Rattazzi, der sich leidenschaftlich an seinen Posten klammerte, war zwar durch seine Willfährigkeit in Paris auch recht gut angeschrieben, aber er hatte gerade in den letzten Wochen doch noch mehr durch sein Liebäugeln mit den Radikalen, die unter Garibaldis Vorsitz einen Verein, la nazione armata, gebildet hatten, verdorben. Am 16. Januar 1860 gab er seine Entlassung, am 20. hatte Cavour ein neues Ministerium gebildet, in dem Fanti, Farini, der Lombarde Jacini, der Romagnole Mamiani sogleich oder nach einigen Wochen ihren Platz fanden. Ein Rundschreiben Cavours vom 27. Januar kündigte den festen Entschluß

England und Frankreich.

an die mittelitalienische Frage ihrer Lösung zuzuführen. Englands Unterstützung war ihm dabei sicher. Schon am 22. hatte Russell in Paris die allmähliche Räumung Roms durch die französischen Truppen und eine neue freie Abstimmung in der Emilia und Toskana vorgeschlagen. Frankreich billigte beides und erlangte von Österreich wenigstens soviel, daß es sich am 17. Februar anheischig machte keinen Konflikt deshalb hervorzurufen, wenn es gleich den neuen Zustand nicht anerkennen werde. Cavour gegenüber schlug Thouvenel aber noch einen zurückhaltenderen Ton an. In zwei Noten vom 24. Februar bot er die Annexion von Modena und Parma sowie das Vikariat in der Romagna an, verlangte aber für Toskana Wiederherstellung der Selbständigkeit; dagegen müsse Frankreich für sich die Abtretung von Savoyen und Nizza fordern. Cavour erwiderte, Sardinien sei nicht in der Lage den Bewohnern dieser Provinzen die freie Entscheidung über ihr Schicksal zu verweigern, da es dieselbe für Mittelitalien ja selbst in Anspruch nehme; es werde sich hier wie dort der freien Abstimmung des Volkes fügen; über Toskana und das Vikariat enthielt er sich weiterer Erörte-

Abstimmungen in Mittelitalien.

rungen. Sogleich aber wurde von Farini und Ricasoli (Boncompagni legte seine Würde nieder) die Abstimmung auf den 12. und 13. März anberaumt. In der Emilia stimmten für die Annexion 426 000, dagegen 756; in Toskana dafür 366 000, dagegen 15 000. Am 18. März überbrachte Farini, am 22. Ricasoli das Resultat. Der König acceptierte beide Abstimmungen und übernahm die Regierung am 25. März. Ein

Annahme durch den König.

letzter Versuch den Papst dadurch zu versöhnen, daß ihm die Oberhoheit in der Romagna gelassen werden und der König nur sein Vikar sein sollte, wurde wie frühere Anerbietungen derselben Art in Rom unbedingt zurückgewiesen; ein Breve vom 26. März verhängte die Exkommunikation über alle bei dem Abfall Beteiligten. Von Napoleon war kein weiterer Widerstand zu befürchten; er verwahrte sich zwar noch am 15. März in einem Briefe an den König gegen die Aneignung Toskanas, allein

das sollte nur die Abtretung Savoyens und Nizzas beschleunigen. Am 23. März wurde der Vertrag, welcher diese regelte, von Talleyrand und Benedetti, Cavour und Farini in Turin unterzeichnet. Die Abstimmung vom 13. April ergab in Nizza auf 25 000 Ja nur 160 Nein, in Savoyen auf 130 000 Ja etwas über 2000 Nein. Daß französische Wühlereien, Versprechungen wie Drohungen viel dazu gethan dies Ergebnis herbeizuführen, lag auf der Hand; aber auch die zwingende Macht der Thatsachen, die geographische Lage Savoyens am Westabhange der Alpen, die französische Abstammung und Sprache seiner Bewohner durften nicht vergessen werden. Für Nizza trafen die letzten Umstände zwar nicht zu; aber auch diese Stadt neigte durch ihre Handelsbeziehungen, durch ihren Fremdenverkehr, durch den provençalischen Charakter ihrer Bevölkerung mindestens ebensosehr zu Frankreich wie zu Italien. Nur in den gebildeteren Familien war ein nationales Bewußtsein entwickelt; daß Garibaldi hier geboren war, er, der volkstümliche Held des neuerstehenden Italien, konnte nur solche über die wirkliche Stimmung der Nizzarden irreführen, die aus einem vereinzelten Umstand einen allgemeinen Schluß zu ziehen für erlaubt hielten. Sein Protest und sein Austritt aus der Kammer am 23. April machten großen Eindruck, änderten aber an der Sachlage nichts. Auch das Parlament, in dem die Vertreter Mittelitaliens bereits ihre Sitze eingenommen hatten, bestätigte am 29. Mai nach tagelanger Debatte mit großen Mehrheiten (229 gegen 35 im Abgeordnetenhause, 92 gegen 10 im Senat) die Abtretung, und Frankreich war um 240 Quadratmeilen größer, um 800 000 Einwohner reicher geworden.

Abtretung von Nizza und Savoyen.

Garibaldi.

Von allen europäischen Mächten wurde dieser Schritt mit Mißbehagen angesehen; entschieden dagegen aufzutreten wagte keine. In England machte die Opposition dem Ministerium bittere Vorwürfe, als ob der soeben abgeschlossene vorteilhafte Handelsvertrag mit Frankreich das Linsengericht gewesen sei, um das es seine Zustimmung verkauft habe. Die Schweiz beschwerte sich lebhaft, weil die Neutralität der nördlichen Teile Savoyens, die vom Wiener Kongreß verfügt war, durch die Einverleibung in Frankreich hinfällig geworden sei. Aber trotz des eifrigsten Notenwechsels, trotz der heftigen Sprache der Zeitungen war von Napoleon nichts anderes zu erlangen als freundschaftliche Versicherungen und begütigende Worte. Von einer Abtretung jener Norddistrikte, des Chablais und Faucigny, die er im Februar der Schweiz in Aussicht gestellt, wollte er nichts mehr hören. Dem Bundesrate blieb daher nichts übrig als seine Rechte zu verwahren und jedes Abkommen, durch welches er die Einverleibung Savoyens anerkannt hätte, zu verweigern. Soweit es die Neutralität der Schweiz zuließ, entfernte sich dieselbe in ihren politischen Beziehungen von Frankreich und näherte sich Italien.

England und die Schweiz.

Neapel und der Kirchenstaat.

Umfang des neuen Königreiches.

Viktor Emanuels Macht hatte sich durch die Ereignisse des letzten Jahres mehr als verdoppelt. War durch die Abtretung Savoyens und Nizzas die Bevölkerung seines alten Königreiches auf wenig über 4 Millionen gemindert, so waren $2^1/_2$ Millionen Lombarden, 500 000 Parmesen, 600 000 Modenesen, über eine Million Romagnolen und fast zwei Millionen Toskaner dafür hinzugekommen. Aber es war doch immer erst die kleinere Hälfte der Italiener, die unter seinem Scepter stand. Von Venetien mit $2^1/_4$ und Wälschtirol mit $^1/_2$ Million ganz abgesehen, zählten der Kirchenstaat mit 2 und Neapel-Sizilien mit $8^1/_2$ Millionen zusammen ebensoviel Unterthanen wie das neue Königreich. Das Werk der Wiedergeburt Italiens war deshalb noch lange nicht beendet, und Cavour war nicht willens auf den Weiterbau zu verzichten. Jetzt sind wir Komplizen, nicht wahr? sagte er sarkastisch zu Benedetti, als er den Abtretungsvertrag vom 23. März 1860 unterzeichnet hatte. Er selbst durfte freilich fortan nicht offen in den Vordergrund treten; aber es fehlte nicht an anderen Kräften, die das für ihn besorgten und die mehr des Zügels als des Sporns bedurften. Geographisch hätte es am nächsten gelegen die weitere Annexion des Kirchenstaates zuvörderst zu betreiben; auch politisch konnte die Broschüre: Der Papst und der Kongreß, dazu verlocken. Denn das Patrimonium Petri, welches diese als einen genügenden weltlichen Besitz des Kirchenhauptes bezeichnete, umfaßte nur $^3/_4$ Millionen Einwohner und fast die doppelte Anzahl in den Marken und Umbrien erschien deshalb als gestattete Beute. Die Radikalen brannten denn auch vor Begier sich über diese zu stürzen, allein Cavour hielt sie zurück. Lohnender und folgenreicher erschien ein Angriff auf das neapolitanische Königreich, das in Sizilien eine tödlich verwundbare Stelle hatte. Dorthin verwies Fanti den Nizzarden Ribotti, der in Umbrien einbrechen wollte; dort hatte Lafarina seit langem seine Verbindungen angeknüpft; dort sollte Garibaldi Genugthuung für den Verlust seiner Vaterstadt suchen. Als er im Begriff war nach Nizza abzusegeln um dort die Annexion zu hintertreiben, erhielt er in Genua ein lakonisches Billet Cavours: Nizza oder Sizilien? Er blieb in Genua und begann seine Vorbereitungen.

Gefährdung des Kirchenstaates.

Sizilien.

Neapel hatte dem Kriege von 1859 unthätig zugesehen. Beim Beginn desselben, am 22. Mai, starb Ferdinand II., ein Fünfziger, nach neunundzwanzigjähriger Regierung. Vergeblich hatte seine Witwe, die Erzherzogin Maria Therese, ihrem eigenen Sohn, dem Grafen Trapani, die Nachfolge zu verschaffen versucht; der berechtigte Erbe, Franz Herzog von Kalabrien, ein Sohn des Königs aus erster Ehe und seit wenigen Wochen Gemahl der bayerischen Prinzessin Marie, einer Schwester der Kaiserin von Österreich, bestieg den Thron. Eine leichte Wendung zum besseren trat in der inneren Regierung ein; die politisch Verdächtigen wurden zu

Neapel.

Franz II.

Ämtern zugelassen, manchen Flüchtlingen die Rückkehr erlaubt, bald auch die verhaßte Schweizertruppe aufgelöst. In der äußeren Politik war die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu den Westmächten ein Gewinn. Aber in den beiden Hauptpunkten folgte Franz dem Vorbilde seines Vaters: er wollte nichts von einer Verfassung wissen und verwarf das von Cavour angebotene Schutz- und Trutzbündnis mit Sardinien, so warm dies auch von Rußland empfohlen wurde. Ja, er trug sich sogar mit kriegerischen Gedanken und ließ sich im Herbst 1859 mit Antonelli, dem Wiener Hofe und der Königin Isabella von Spanien in allerhand Zettelungen ein, welche die Wiedereroberung der Romagna, die Rückführung der vertriebenen Fürsten nach Toskana, Parma und Modena und die Begründung eines österreichisch-italienischen Gegenbundes gegen Piemont zum Ziele hatten. Je näher man aber diesem Plane trat, desto zweifelhafter erschien sein Gelingen, und so schrumpfte er immer mehr zusammen bis im März 1860 auch der letzte Überrest desselben, der Vorsatz die neapolitanischen Truppen in die Marken und Umbrien als Besatzung einrücken zu lassen, vor dem kräftigen Einspruch Cavours und dem dringenden Rate Englands zusammenfiel. Restaurationspläne.

Auch die innere Lage des Landes hätte von solchen Entwürfen zurückhalten müssen; denn während auf dem Festlande die Muratisten von Frankreich heimlich begünstigt, geschäftig am Werk waren, arbeiteten die Mazzinisten und der Nationalverein um die Wette an der Revolutionierung Siziliens. Die Berichte der königlichen Behörden lauteten immer bedenklicher, und als es am 3. April 1860 in Palermo zu einem Aufstande kam, wurde derselbe zwar in der Stadt schnell unterdrückt, verbreitete sich aber über das flache Land und selbst nach Messina und anderen Städten. Überall verkündigte das Gerücht, daß Garibaldi in kurzer Frist mit seinen Freiwilligen erscheinen werde, und in den Hafen von Messina liefen sogar piemontesische Kriegsschiffe unter Persanos Kommando ein, was die Rebellen nicht wenig ermutigte. Die Landung Garibaldis wünschte Cavour freilich zu verhindern oder mindestens zu verzögern. Wenn die Aktionspartei nicht länger zu bändigen war, dann hielt er wohl Sizilien für ihr bestes Arbeitsfeld und suchte sie dorthin zu lenken; indes am liebsten wäre es ihm gewesen, sie hätte sich überhaupt still verhalten. In den letzten Tagen des April mußte Lafarina Garibaldi, der in der Nähe von Genua weilte, besuchen und ihn zur Ruhe mahnen. Der Erfolg war nicht so günstig wie jener wähnte. Angestachelt von seinen sizilianischen Freunden Lamasa und Crispi, von Bertani, dem Ungarn Türr, Nino Bixio und anderen Getreuen, traf Garibaldi die letzten Vorbereitungen und ging in der Nacht zum 6. Mai 1860 mit 1067 Mann von Genua in See. Ohne Zweifel hätte Cavour ihn mit Gewalt daran hindern können, aber dann wäre seine Rolle zu Ende gewesen. Er begnügte sich damit Persano anzuweisen die Schiffe festzuhalten, falls sie in einem Hafen der Insel Sardinien anlegen sollten. Das geschah aber nicht. Garibaldi landete zwar noch einmal Aufstand in Palermo. Garibaldis Abfahrt.

um seine Ausrüstung zu vervollständigen; aber er that es an der Südgrenze Toskanas, bei St. Stefano. Ungehindert setzte er dann seine Fahrt nach Marsala an der Westspitze Siziliens fort und landete hier, beschützt von zwei englischen Kriegsdampfern, die unter dem Vorwande ihrer eigenen Sicherheit von den neapolitanischen Schiffen eine Unterbrechung der Kanonade verlangten und erhielten. Sogleich brach er gegen Palermo auf. Bei Calatafimi schlug er am 14. Mai die ersten königlichen Truppen. Sein Häuflein vermehrte sich durch den Zuzug aufständischer Scharen; aber die Aushebung aller Wehrfähigen von 17—20 Jahren, die er als Diktator im Namen Viktor Emanuels anordnete, hatte wenig Erfolg. Nur mangelhaft gelang es Lamasa und anderen Sendlingen die Insulaner zur Erhebung zu reizen; erst wenn ein größerer Trupp Garibaldianer erschien und die Königlichen wichen, wagten es die unkriegerischen Sizilianer sich jenen anzuschließen; die mutigsten waren die Mönche. Ohne Schlappen ging es auch für Garibaldi nicht ab; so verlor er bei Parco südlich von Palermo am 24. Mai seine Kanonen; aber während die Neapolitaner einen Teil der Seinen südwärts verfolgten, wandte er selbst sich mit kaum 3000 Mann gegen die Hauptstadt und drang in der Frühe des 27. ein. Bis zum Mittag des 30. dauerte der Kampf, da bot Lanza, der königliche Befehlshaber, einen Waffenstillstand an; mehrfach verlängert verwandelte sich derselbe am 6. Juni unter vorheriger Billigung des Königs Franz in eine Kapitulation; Flotte und Heer räumten die Hauptstadt; an demselben Tage lief Persano mit zwei Kriegsschiffen in den Hafen ein.

Landung in Marsala.

Einzug in Palermo.

Die europäische Diplomatie.

Während nun Garibaldi in Palermo einen mehrwöchentlichen Aufenthalt nahm um die Regierung der Insel neu zu ordnen, während er dem Drängen der Annexionisten widerstand, weil er die Kräfte Siziliens zu seinen weiteren Unternehmungen selbst in der Hand behalten wollte, während er so weit ging Cavours Vertrauten Lafarina von der Insel zu verbannen und dem König, der ihm von weiteren Plänen abriet, eine abschlägige Antwort zu geben, entwickelte die gesamte europäische Diplomatie eine fieberhafte Thätigkeit teils um die Früchte des Unternehmens zu sichern, vorwiegend aber um sie zu nichte zu machen. Im ersten Augenblick war alles wie verdutzt über die verwegene Keckheit des Abenteurers. Nicht übel stellte ein italienisches Witzblatt die Gesandten dar, wie sie mit langen Nasen den absegelnden Schiffen nachsehen; auch Cavours Nase ist sehr lang, aber der Russe behauptet, sie sei von Papiermaché. Aus Neapel erschollen natürlich die heftigsten Klagen und Anklagen; alle Welt wurde um Hilfe angerufen, aber die Neigung war nirgends groß. Am meisten war Rußland erbittert, das übrigens Sardinien so wohl geneigte; daß Cavour und die Engländer seinen alten Bundesgenossen in dieser Weise behandelten, erklärte Alexander für infam, und Gortschakoff ließ nach Turin melden, nur die geographische Lage Rußlands halte es von bewaffneter Einmischung ab. In Berlin und Paris mißbilligte man das Geschehene auch mit kräftigen Worten; aber

dort war von thätlichem Eingreifen überhaupt nicht die Rede, und hier übten die muratistischen Hoffnungen im stillen ihre Zauberkraft. England machte kaum ein Hehl aus seinem Beifall. So fanden Neapels Bittgesuche, die der Minister de Martino persönlich nach Paris trug, nirgends Gehör; statt dessen drängten sich von allen Seiten die Ratschläge, König Franz solle eine liberale Verfassung verkünden und ein nationales Bündnis mit Viktor Emanuel schließen; dann werde er sein Reich behaupten und Sizilien wenigstens in der Form der Personalunion behalten können. Am 25. Juni 1860 entschloß sich der junge Monarch dazu diese bittere Pille zu verschlucken. Er übertrug dem Liberalen Spinelli die Bildung eines neuen Ministeriums, nahm die dreifarbige Fahne an, entließ die politischen Gefangenen und rief die Verfassung vom 10. Februar 1848 wieder ins Leben. Die Verhandlungen mit Viktor Emanuel begannen erst Mitte Juli, nachdem der Papst dazu eine halbe Erlaubnis erteilt hatte. Da sie von keiner Seite recht ernst gemeint waren, schleppten sie sich wochenlang ohne Ergebnis hin. Wohl aber lähmten sie und das ganze liberale System, das den Bourbonen doch widernatürlich war und des Selbstvertrauens entbehrte, die Kriegführung auf Sizilien. Dort standen dem Könige reichlich 30 000 Mann zur Verfügung, die sämtlich auf der Ostküste, zur Hälfte in Messina, sich befanden. Leicht konnte ihre Zahl vom Festlande aus vermehrt und ein kräftiger Angriff auf Palermo ins Werk gesetzt werden. Aber das wagte das Ministerium nicht zu befehlen um die Westmächte nicht zu reizen. Nur ein General, Bosco, der die Nordostecke der Insel besetzt hielt, ermannte sich auf eigene Faust zu einem Angriff und warf sich am 17. Juli bei Milazzo auf den Garibaldiner Medici. Der Versuch schlug fehl, und Bosco verschanzte sich auf der Halbinsel von Milazzo, die sich nordwärts in die See zieht. Hier ward er seinerseits am 20. von Garibaldi angegriffen, in das Kastell gedrängt und nach tapferer Gegenwehr am 23. zur Kapitulation genötigt, die ihm den ehrenvollen Abzug nach dem Festlande sicherte. Garibaldi aber hatte nach dem Siege ein Strafgericht an den Bewohnern von Milazzo zu vollstrecken, die während des Kampfes auf die Seinen geschossen; jedenfalls ein Beweis, daß der kühne Norditaliener nicht überall auf der Insel willkommen war.

Liberale Schwenkung in Neapel.

Der Krieg in Sizilien.

Kapitulation von Milazzo.

Boscos Niederlage hatte die kleinmütige Preisgabe von Messina im Gefolge. Auf Befehl aus Neapel schloß der Kommandant Clary am 28. Juli einen Vertrag mit Medici, kraft dessen nur die Citadelle mit einigen Hafenforts den Königlichen belassen wurde. Die Mehrzahl der Truppen schiffte sich nach dem Festlande ein. Es fragte sich jetzt, ob und wie bald Garibaldi folgen werde. Zwar das stand fest, daß er mit der Bewältigung Siziliens seine Aufgabe nicht gelöst zu haben glaube; aber viele hofften, nicht Neapel sondern der Kirchenstaat werde sein nächstes Ziel sein. Längst hatte die Aktionspartei in dieser Voraussicht Freiwillige gesammelt; 2000 standen unter Nicotera in der

Räumung Messinas.

Rüstungen der Aktionspartei.

Gegend von Florenz; für 8000 andere war Terranova an der Ostküste Sardiniens zum Sammelplatz bestimmt. Dem Turiner Ministerium war dies wohl bekannt; es hatte durch Farini ausdrücklich deshalb mit Bertani, dem Bevollmächtigten Garibaldis in Genua, verhandelt, und beide hatten Ende Juli ein Abkommen geschlossen, wonach diese Tausende sich in kleinen Abteilungen nach Terranova begeben und von da unter Piancianis Führung über Sizilien nach der römischen Küste abgehen sollten. In Wirklichkeit aber war der lebendige Wunsch Cavours jene Freiwilligen auf Neapel zu werfen, und darin traf er diesmal mit Garibaldi zusammen, der ohne neue Unterstützung sich nicht stark genug fühlte; von den Sizilianern aber durfte er nichts hoffen; als Medici seine Truppe fragte, wer mit auf das Festland wolle, meldeten sich — acht. Er bedurfte so des für Rom geworbenen Korps und begab sich deshalb am 6. August von Palermo nach Cagliari auf Sardinien, wo er Pianciani fand; denn auf Cavours Befehl hatten sich die einzelnen Abteilungen, so wie sie ankamen, von Terranova dorthin verfügen müssen und waren so bereits von dem Wege nach Rom ab und auf den nach Sizilien hingedrängt worden. So ungern nun viele von ihnen den römischen Plan auch aufgaben, so zauderten sie doch nicht Garibaldis Verlangen zu erfüllen und folgten ihm nach Sizilien, wo sie am 17. August 1860 landeten.

Garibaldis Verstärkungen.

Mittlerweile hatte der Übergang auf das Festland schon begonnen; doch waren es nur 150 Mann unter Missori, die als Pfadfinder am 9. August vorangegangen waren und sich einstweilen auf dem Aspromonte in der Südspitze Kalabriens festsetzten. Jetzt, da er im ganzen über 18 000 Mann verfügte, folgte Garibaldi ihnen nach. Glücklich vermied er ein paar königliche Kriegsschiffe und landete am 19. August von Taormina aus bei Melito, dem südlichsten Dorfe der Halbinsel. Drei Tage darauf ergab sich ihm Reggio, die Hauptstadt des jenseitigen Kalabrien. An demselben Tage landeten nördlich von Reggio Medici und Cosenz mit ein paar tausend Mann. Dadurch geriet ein ansehnliches Truppenkorps unter General Briganti bei Piale zwischen zwei Feuer und kapitulierte am 23. Über 10 000 Mann waren es, die so die Waffen streckten und — was noch mehr den schlechten Geist der neapolitanischen Armee kennzeichnete — da ihnen freigelassen wurde zu gehen, wohin sie wollten, nach allen Richtungen auseinanderliefen, so daß nur 1800 von ihnen sich wieder zusammenfanden. Im Fluge verbreitete sich jetzt die Erhebung durch die südlichen und östlichen Provinzen; in Potenza, in Bari, in Foggia standen die Bewohner auf, und die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, machten gemeinsame Sache mit ihnen. Einzelne Regimenter auszusenden durften die neapolitanischen Generale gar nicht mehr wagen und sammelten fast alle ihre Streitkräfte, etwa 36 000 Mann, in dem Dreieck Neapel-Salerno-Ariano. Was sich an Truppen noch südwärts befand, wurde zur Kapitulation gezwungen; so am 30. August der General Ghio mit 12 000 Mann und wenige Tage später die Brigade Caldarelli. Bis Salerno stand

Übergang nach dem Festlande.

Schnelle Erfolge.

der Weg dem Eindringling offen, und wenn überhaupt, so mußte es dort zu einer Schlacht kommen und das Schicksal der Hauptstadt sich entscheiden.

Zustand in Neapel.

Dort war es bis dahin auf der Oberfläche leidlich ruhig geblieben; aber in der Tiefe arbeiteten die Parteien um so heftiger. Als Sturmvogel war am 3. August Persano in den Hafen von Neapel eingelaufen. Er hatte von Cavour die Weisung, wenn irgend möglich die Abreise des Königs zu veranlassen und vor Garibaldis Ankunft die Revolution zu entfesseln. Sobald dies geschehen, sollte er seine Truppen ausschiffen und die Forts besetzen, die neapolitanische Flotte aber, deren Offizierkorps in der Mehrzahl für den Plan gewonnen war, mit der seinigen vereinen. Er selbst oder der sardinische Gesandte Villamarina war zum Diktator bestimmt. Auf solche Weise hoffte Cavour Garibaldi zu überlisten und ihm das Heft zu entreißen, das er gutwillig in Sizilien nicht hatte aus der Hand geben wollen. Die Mittel, deren sich Persano und Villamarina bedienten, waren von der bedenklichsten Art. Für Bestechungszwecke war ihnen ein unbegrenzter Kredit eröffnet; im entscheidenden Augenblick mischten sie sich selbst verkleidet unter die Matrosen im Hafen um sie durch Geldspenden zu vermögen die Steuerruder ihrer Schiffe unbrauchbar zu machen, das Wasser aus den Heizkesseln zu lassen und durch solche Mittel die Flotte unfähig zu machen dem fliehenden König zu folgen. Um ihn zur Flucht zu bewegen bedienten sie sich des verräterischen Ministers Liborio Romano, ja sie gewannen selbst den Oheim des Monarchen, den Prinzen von Syrakus, dessen Gemahlin eine Base Viktor Emanuels war, und veranlaßten beide dem ratlosen Franz Briefe (am 20. und 25. August) zu schreiben, in denen sie Flucht oder Abdankung als die einzige Rettung hinstellten. Auch mit den geheimen Revolutionsausschüssen knüpften sie Verbindungen an um durch sie den Aufstand und die Wahl des Diktators zu beschleunigen; aber nur der mindermächtige der gemäßigten Partei war dazu bereit; der mazziniistische wollte keinen anderen Diktator als Garibaldi und warnte in seinen Aufrufen vor den piemontesischen Intriguen; nicht eher dürfe die Erhebung beginnen, als bis Garibaldi nahe sei. Daran scheiterte vornehmlich die Absicht Cavours; am 31. August erkannte er, daß er dem gefeierten Volkshelden den Vorsprung nicht abgewinnen werde; er verzichtete für jetzt darauf und bereitete sich vor im Kirchenstaate zum drittenmal den Versuch zu machen, der in Palermo und Neapel mißlungen war.

Sardinische Wühlereien.

Falsche Ratgeber.

Cavour und Garibaldi.

Bis zum 4. September bestand am neapolitanischen Hofe noch die Absicht vor Salerno dem heranrückenden Feinde eine Schlacht zu liefern; besonders die Königin Marie bestürmte ihren Gemahl an der Spitze seiner Truppen seinen Thron zu verteidigen. Aber je näher Garibaldi kam, desto mehr schwand der Mut. Kein General wollte den Oberbefehl in diesem Entscheidungskampfe übernehmen, und so ward am 6. September beschlossen die Armee nördlich von Neapel bei Capua am Vol-

Flucht des Königs von Neapel.

turno zusammenzuziehen. Noch an demselben Tage dampfte das Königspaar auf einem Postschiffe, begleitet von zwei spanischen Kriegsfahrzeugen, dem österreichischen, preußischen und spanischen Gesandten, nach der Festung Gaeta ab.

Einzug Garibaldis. Sogleich machte sich Villamarina auf Garibaldi entgegen zu reisen; Liborio Romano stellte dem „unbesiegbaren General, dem Diktator beider Sizilien" seine Dienste zur Verfügung. Schon anderen morgens traf der gefeierte Held, von wenigen Offizieren begleitet, ein und fuhr in offenem Wagen durch die Stadt, deren Forts noch von 8000 königlichen Soldaten besetzt waren. Er übernahm die Diktatur, bildete ein Ministerium Scialoja-Romano, führte die sardinische Verfassung von 1848 ein, und übergab die Flotte, die aus 34 Schiffen bestand, dem piemontesischen Admiral. Von der Vereinigung Neapels mit dem norditalischen Königreiche wollte er aber noch nichts wissen; erst wenn er auch den Kirchenstaat von dem Joche, das auf ihm lastete, befreit, hielt er die Zeit zur Annexion für gekommen.

Seine Diktatur.

Cavour und der Kirchenstaat. Auf der anderen Seite war aber Cavour nicht länger gewillt der Bewegungspartei allein das Feld zu überlassen. Garibaldi persönlich war gut königlich gesinnt, aber seine vertrautesten Ratgeber arbeiteten für ihr Ideal: eine süditalische Republik, die sich bei günstiger Gelegenheit auch über Norditalien ausdehnen sollte. In klarer Einsicht dieser Gefahr stand Cavours Programm fest: soll die Monarchie gerettet werden, so müssen die königlichen Truppen am Volturno sein, ehe Garibaldi bis an die Grenze der Romagna vordringt. Kaum war daher in Turin die Nachricht von dem Einzug in Neapel eingetroffen, so erließ Cavour eine Aufforderung an den Kardinal Antonelli, deren einziger Zweck war den Bruch herbeizuführen: er verlangte die Entlassung der fremden Söldner, welche das Eigentum, die Ehre und das Leben der Bewohner gefährdeten. Es hieß das nichts anderes als die Auflösung der päpstlichen Armee fordern. Seit mit dem Ende des Jahres 1859 die Möglichkeit einer Abberufung der französischen Besatzung, die seit 1849 in Rom stand, näher getreten war, hatte nämlich der päpstliche Kriegsminister Graf Merode mit großem Eifer die Verstärkung des eigenen Heeres betrieben und da die Bevölkerung des Kirchenstaates weder sehr zuverlässig noch sehr kriegstüchtig war, vorzugsweise glaubenseifrige oder abenteuerlustige Ausländer angeworben. Die österreichische Regierung unterstützte ihn dabei äußerst wirksam, indem sie den Übertritt aus ihrer Armee in die päpstliche begünstigte; der klerikale Adel Frankreichs und Belgiens — letzterem gehörte Merode selbst an — drängte sich mit Eifer unter die Fahnen des Kirchenfürsten, und da der vielgerühmte französische Legitimist Lamoricière den Oberbefehl übernahm, so setzte die Kurie nicht geringe Hoffnungen auf die neue Armee, die etwa 20 000 Mann stark sein mochte. Selbstverständlich wies also Antonelli Cavours Aufforderung verächtlich zurück, und Pio Nono verkündete seinen Getreuen, daß der Zorn des Herrn diese neuen Sanheribe aus-

Merode und Lamoricière.

rotten werde. Dies Vertrauen ging nicht in Erfüllung. Am 11. September 1860, demselben Tage, an welchem Antonelli die piemontesische Forderung abschlug, rückte General Fanti in die Marken und Umbrien ein. Während sein rechter Flügel die Tiber hinauf nach Perugia und weiter über Foligno und Spoleto bis an die neapolitanische Grenze vordrang und so den Truppen Lamoricières den Rückzug durch die Pässe des Apennin verlegte, rückte Cialdini längs der Küste an Ancona vorbei um sich zwischen diese Festung und Lamoricière zu werfen, dessen Hauptquartier seit dem 17. September der Wallfahrtsort Loreto am rechten Ufer des Musone war. Am linken Ufer bei Castel Fidardo nahm Cialdini mit 18 000 Mann Stellung, und da Lamoricière nur 6000 Mann hatte, waren seine Aussichten sich nach Ancona durchzuschlagen sehr gering. Der Angriff, den er selbst durch Überschreiten des Flusses begann, wurde zurückgewiesen; schon mittags gab er das Spiel verloren und rettete nur sich selbst mit etwa 130 Begleitern nach Ancona; der Hauptteil seiner Truppen, gegen 4000 Mann mit 11 Geschützen unter dem Obersten Cudenhoven, mußte am nächsten Tage in Loreto kapitulieren. In Ancona stand eine Besatzung von etwa 5000 Mann. Als Lamoricière am Abend des 18. den Oberbefehl über dieselbe antrat, war die Festung schon auf der Seeseite von 10 Schiffen Persanos blokiert, die auf Befehl Cavours sich von Neapel in die Adria begeben hatten. Cialdini mit den Landtruppen trat erst am 24. in Thätigkeit; den vereinten Bemühungen gelang es die Festung am 29. zur Ergebung zu zwingen. Da inzwischen auch mehrere kleinere Forts gefallen waren, konnte Fanti als Erfolg des 18tägigen Feldzugs die Einnahme von 6 festen Plätzen, die Erbeutung von 190 Geschützen, die Gefangennahme von 17—18 000 Feinden rühmen. Sein eigener Verlust betrug 579 Mann.

Einmarsch der Piemontesen.

Schlacht von Castel Fidardo.

Fall von Ancona.

Ein Angriff auf das Erbteil St. Peters, auf die ewige Stadt selbst konnte nicht in Cavours Plänen liegen; er hätte ihn unausweichlich mit Frankreich in Krieg verwickelt. Schon den Einfall in die Marken mißbilligte Napoleon, wenn auch mehr zum Schein als im Ernst. Wie die Dinge lagen, mußte ihm Viktor Emanuels Sieg und Herrschaft, so unerwünscht sie an sich waren, doch lieber sein als Garibaldis und der Bewegungspartei Erstarken. Seinen Gesandten berief er freilich gleich am 11. September von Turin ab, allein unter der Hand mochte Cavour doch zur Genüge erfahren, wie man in den Tuilerien denke. Er zauderte deshalb auch nicht auf dem beschrittenen Wege zu beharren. Daß er dabei einen ernstlichen Zusammenstoß mit dem heißblütigen Garibaldi zu bestehen haben werde, machte er sich vollkommen klar; aber er baute auf die Notwendigkeit seiner Politik. Die Radikalen suchten mittlerweile sich Garibaldis immer mehr zu versichern. Sie bewogen ihn bei einem kurzen Aufenthalt in Palermo seinen bisherigen Stellvertreter in Sizilien, den Cavour freundlichen de Pretis, am 11. September durch Mordini zu ersetzen; sie hätten ihn sogar gern zu dem Befehle vermocht die von Norden her anrückenden königlichen Truppen als Feinde zu behandeln.

Diplomatischer Bruch Sardiniens mit Frankreich.

Cavour und Garibaldi.

Dazu besaß Garibaldi jedoch zu viel gesunden Patriotismus. Überdies war er dem Könige in wahrer Ergebenheit zugethan; all sein Haß richtete sich gegen den Diplomaten Cavour. Ihn zu stürzen war sein lebhafter Wunsch, und er machte den direkten Versuch dazu, indem er den Marchese Pallavicino, den er zum Prodiktator des festländischen Neapel ernannte, nach Turin schickte um von Viktor Emanuel eine Änderung nicht seiner Politik aber seiner Minister zu fordern. Der König würdigte indes den Ernst der politischen Lage und die Unentbehrlichkeit Cavours viel zu sehr, als daß er dessen angebotene Entlassung hätte annehmen können. Vielmehr genehmigte er die augenblickliche Berufung des Parlaments, das am 2. Oktober zusammentrat und seinen Richterspruch in diesem persönlichen und prinzipiellen Streite zu Gunsten Cavours fällte, indem es am 11. Oktober 1860 nach lebhaften Erörterungen mit überwältigenden Mehrheiten (im Unterhause 296 gegen 6) die Annexion von Mittel- und Unteritalien genehmigte, falls die Bevölkerungen in freier Abstimmung dieselbe verlangen sollten. Trotzdem suchte Garibaldi, von Crispi und Mordini verleitet, seinen Widerspruch noch fortzusetzen und ordnete Wahlen zu einer Nationalversammlung an, welche zuvor die Bedingungen der Annexion und die Art der Abstimmung festsetzen sollte. Doch hier war er an der Grenze seiner Macht angelangt. Pallavicino forderte seine Entlassung, wenn die von ihm auf den 21. Oktober anberaumte Abstimmung vereitelt werde; die Stadt Neapel vollzog eine großartige Demonstration, indem am 13. morgens alle Welt, „als ob in der Nacht ein si-si-Schneefall stattgefunden hätte", mit si (Ja-)Zetteln auf den Straßen erschien. Eine Menge von Adressen, eine Beratung mit den angesehensten Männern überzeugte Garibaldi, daß die öffentliche Meinung auf Pallavicinos Seite stehe. Dieser blieb im Amte, sein Hauptgegner Crispi schied aus dem Ministerium, und am 21. Oktober fand die Abstimmung auf dem Festland und auf der Insel statt. Hier ergab sie auf 430 000 bejahende nicht ganz 700, dort auf 1 300 000 zustimmende etwas über 10 000 verneinende Stimmen. In den Marken und Umbrien befragte Cavour die Bevölkerung 14 Tage später; auch sie entschied sich am 4. und 5. November (mit 230 000 gegen 1600 Stimmen) für die Vereinigung mit dem übrigen Italien. Nur Venetien und das Erbteil St. Peters fehlten jetzt noch in dem neuen nationalen Verbande.

Richterspruch des Parlamentes.

Annexion Neapels, der Marken und Umbriens.

Kämpfe um Capua.

Inzwischen hatten aber die Waffen nicht geruht. Das bourbonische Heer stand seit dem 7. September hinter der Volturnolinie, an welcher Capua ihr starkes Ausfallsthor bildete. Die Stellung war fest und die Verteidiger an Zahl den Garibaldianern weit überlegen. Deshalb zögerten diese mit dem Angriff, zumal ihnen ein Versuch jenseit des Flusses bei Cujazzo festen Fuß zu fassen am 21. September eine empfindliche Schlappe zugezogen hatte. Da ergriffen am 1. Oktober die neapolitanischen Truppen die Offensive und bedrängten, 30 000 Mann stark, in Gegenwart des Königs Franz, die 20 000 Freiwilligen, die südöstlich von Capua um

Maddaloni und Caserta standen. Eine Umgehung des rechten feindlichen Flügels schien ihnen den Sieg zu verbürgen; aber sie wurde zu langsam ausgeführt und scheiterte. Mit dem Aufgebot der letzten Kräfte kämpften Garibaldi und mit ihm vorzüglich Medici den ganzen Tag über, bis sich abends die Neapolitaner auf Capua zurückzogen: 3000 Mann, die in Caserta zurückblieben, wurden am nächsten Tage umzingelt und zur Ergebung genötigt. Bei diesem Nachspiel wurde Garibaldi, dem der vorhergehende Tag über 3000 Mann gekostet hatte, zum erstenmal von königlichen Truppen, die Villamarina von der Flotte schickte, zum großen Ärger seiner radikalen Generale unterstützt. Er selbst war sehr dankbar dafür und lud ein paar Tage darauf Viktor Emanuel, der sich inzwischen nach Ancona begeben hatte, zu einem Besuche in Neapel ein. Der König folgte dieser Einladung an der Spitze von 30 000 Mann. Ohne Widerstand zu finden rückte er längs der adriatischen Küste vor und überschritt den Apennin ohne Kampf. In dem Paß von Castel Sangro, welcher zu den Volturnoquellen hinab nach Isernia führt, kam es am 20. Oktober zuerst zum Gefecht. Der Langsamkeit seiner Gegner hatte es Cialdini, welcher die Vorhut befehligte zu danken, daß er den Engpaß rechtzeitig besetzen und den Feind in die Ebene hinabwerfen konnte. Durch diesen erfolgreichen Marsch war das oberitalische Heer in den Rücken der Volturnolinie vorgedrungen und die Neapolitaner mußten dieselbe bis auf das feste Capua räumen und hinter den Garigliano zurückgehen. Vor dem Übergang über diesen Fluß empfing Viktor Emanuel in Teano am 26. Oktober den Besuch Garibaldis, der den Umständen gemäß etwas kühl verlief. Die beiden Heere teilten sich in die noch zu lösende Aufgabe, und zwar so, daß den Freiwilligen die Bezwingung von Capua, den Königlichen die Belagerung von Gaeta zufiel. Jene Festung mit ihrer 10 000 Mann starken Besatzung und fast 300 Kanonen ergab sich schon am 2. November 1860, und am 3. gelang es dem Nordheere den Garigliano zu überschreiten. Mehrere Tage war es daran behindert durch den Einspruch des französischen Admirals Barbier de Tinan, der mit einer Flotte vor Gaeta lag und auf Persanos Schiffe zu schießen drohte, wenn diese sich an dem Kampfe beteiligen würden. Auf die telegraphischen Beschwerden des Königs wies jedoch Napoleon seinen Admiral an sich auf die Beschützung Gaetas von der Seeseite zu beschränken, und gestattete dadurch den Übergang über den Fluß. Das feindliche Heer war noch so zahlreich, daß es in der Festung keinen Raum und keine Lebensmittel gefunden hätte; deshalb zogen sich nur 10 000 dorthin zurück; fast doppelt soviel überschritten die römische Grenze und wurden dort entwaffnet. So war denn in den ersten Tagen des November außer der Citadelle von Messina und einem kleinen Kastell an der römischen Grenze, Civitella del Tronto, Gaeta der einzige Punkt, wo König Franz noch gebot. Hier verteidigte er sich noch fast ein Vierteljahr hindurch, bis zum 13. Februar 1861. Die Belagerer befanden sich in einer sehr unglücklichen Lage, weil ihnen bis Ende Januar von den Franzosen der

Viktor Emanuel nach Neapel.

Capua und Gaeta.

Fall von Gaeta.

Angriff auf den drei Seiten, welche das Meer bespült, untersagt wurde. Erst als Barbier de Tinan auf Englands Drängen die Rhede verließ und seit dem 22. Januar die Flotte unter Persano in die Beschießung mit eintrat, wurde eine erfolgreiche Belagerung möglich. Dem jungen König und seiner bayerischen Gemahlin, die mit großem Mute sich der Pflege der Kranken und Verwundeten widmete, wurde dadurch wenigstens ein ehrenvolles Ende ihrer kurzen Königsherrlichkeit bereitet. Ein französischer Dampfer brachte sie nach Civitavecchia, als Gaeta nach 101tägiger Belagerung die weiße Fahne aufziehen mußte. Noch einen Monat länger hielt sich Messina, Civitella del Tronto gar um 5 Wochen; jenes ergab sich am 13., dieses am 20. März 1861, zu einer Zeit, wo Viktor Emanuel bereits den Titel eines Königs von Italien angenommen hatte.

Garibaldi nach Caprera.

An der Belagerung von Gaeta nahm dieser keinen Teil, sondern begab sich am 7. November nach Neapel, wo er mit Garibaldi und den beiden Prodiktatoren Pallavicino und Mordini in geschlossenem Wagen und bei strömendem Regen, aber unter dem endlosen Jubel der dichtgedrängten Menschenmenge seinen Einzug hielt. Als neuen Statthalter des Königreiches brachte er Farini mit. Vergeblich waren die Bemühungen Garibaldis diese Würde für sich zu erlangen, vergeblich seine Klagen, daß er wie eine ausgepreßte Orange jetzt beiseite geworfen werde. Es war eine unabweisliche Notwendigkeit, daß eine politisch zuverlässigere Hand die Zügel der Regierung übernahm. Erbittert lehnte er den höchsten Orden der Annunciata, den ihm der Monarch bot, als königliche Klingelware ab, verabschiedete sich von seinen Getreuen und schiffte sich am 9. November 1860, arm wie er gekommen, auf dem Washington nach seiner Felseninsel Caprera ein. Seine Freiwilligen sollten, nach einem Dekret vom 12. neben dem stehenden Heer auch ferner ein besonderes Korps bilden; doch sah es die Regierung nicht ungern, daß sich die Reihen immer mehr lichteten und diese gefährliche Stütze des Thrones einer allmählichen Auflösung entgegenging. Für Garibaldi freilich war das ein neuer Grund zum Hasse gegen Cavour, und mit ungemildertem Zorn erschien er in dem ersten Parlamente, das, ganz Italiens Vertreter vereinend, am 18. Februar 1861 zusammentrat. Während der ersten zwei Monate hielt er sich schmollend zurück; er nahm nicht teil an dem einstimmigen Beschlusse, der am 14. März Viktor Emanuel zum Könige von Italien (durch die Gnade Gottes und durch das Volk) erklärte, noch an dem Ausspruch, durch welchen die Kammer Italiens Anrecht an Rom als an seine Hauptstadt verwahrte. Als aber Ricasoli den Versuch machte eine Verständigung zwischen den beiden Männern herbeizuführen, welche das größte Verdienst um das Vaterland sich erworben hatten, da wies er in lebhafter Rede jede Versöhnung mit dem Manne, der Nizza verschachert und den Bürgerkrieg heraufbeschworen habe, zurück. Es lag in dieser unerbittlichen Feindschaft doch etwas von der rächenden Nemesis für so manches verfängliche Mittel, dessen beide Männer sich zur Erreichung ihres großen Zweckes bedient

Seine Freiwilligen.

Das Königreich Italien.

Garibaldi und Cavour.

hatten. Cavour empfand das tief und verließ das Parlament, als es sich am 20. April für ihn ausgesprochen hatte, heftig erschüttert. Er fühlte wohl schon den Keim des Todes in sich. Aufreibende Arbeit und Sorgen aller Art zehrten an seinen Kräften. Das neue Ministerium, das er am 22. März aus Männern aller Provinzen gebildet, war ohne ihn nichts. Der Toskaner Peruzzi, der Modenese Fanti, der Romagnole Minghetti, der Neapolitaner de Sanctis und all die anderen neuen Kollegen waren wohl tüchtige Männer, aber sein Werk fortzusetzen war keiner von ihnen fähig. Die Opposition in der Kammer war fürerst zwar noch schwach; aber in der Mehrheit waren zahlreiche Ansätze zu Spaltungen und Feindschaften. Schwere Aufgaben waren im Inneren zu lösen. Die ganze Verwaltung des Königreiches mußte geordnet werden, und es war eine verhängnisvolle Frage, ob die Anhänger der straffen Einheit oder die Verteidiger des Regionalsystems, die aus den bisherigen Einzelstaaten Provinzen von ausgedehnter Selbständigkeit machen wollten, das rechte trafen. Cavour selbst schwankte, wofür er sich entscheiden solle. Nicht mindere Sorge mußte ihm das Verhältnis der Kirche zum Staate bereiten. Zwar stand das Ziel ihm hier klar vor Augen. Die freie Kirche im freien Staate war sein Losungswort, das letzte Wort, welches auf dem Totenbette von seinen Lippen kam. Aber die Wege zu diesem Ziel, die Mittel zur Überwindung des Widerstandes der Geistlichkeit, die Bemühungen unter den Abgeordneten die richtige Einsicht zu verbreiten, erforderten unausgesetzte aufreibende Thätigkeit. Dazu die bedenkliche Lage nach außen. Von allen Großmächten hatte nur England das neue Königreich anerkannt; von anderen europäischen Staaten bis zu Cavours Tode nur die Schweiz und Griechenland, dazu die Vereinigten Staaten und ein halbes Dutzend Staaten von dem Kaliber Marokkos und Urugnays. Frankreich, Rußland, Österreich, Spanien hatten keinen Gesandten in Turin. Die Zukunft war in dunkle Wolken gehüllt. Aber Cavours Vertrauen und sein Glaube in diese Zukunft wurde deshalb nicht erschüttert; moralisch blieb er stark, auch als sein Körper der Last der Arbeit erlag. Am 29. Mai kam er fieberhaft erregt aus dem Parlament nach Hause; es sollte sein letzter Ausgang gewesen sein. Vergebens suchten die Ärzte durch häufige Aderlässe die Fieber zu bekämpfen; sie beschleunigten dadurch nur die Abnahme der Kräfte. Vergeblich suchte der Graf selbst seine Schwäche zu überwinden und hielt sogar im Bette liegend noch einen zweistündigen Ministerrat ab; nach wenigen Tagen war sein Zustand hoffnungslos. Am 4. Juni empfing er die Sakramente und den letzten Besuch des Königs; am 6. Juni 1861, dem achten Tage seiner Krankheit, gegen 7 Uhr morgens, verschied er.

Das neue Ministerium.

Verwaltungsaufgaben.

Kirche und Staat.

Die Lage nach außen.

Cavours Tod.

Vollendet hatte er das Werk seines Lebens nicht, selbst in den äußeren Umrissen nicht; denn noch fehlten Rom und Venedig in dem jungen Einheitsstaate. Viel ernstlicher aber als dieser Mangel war der berechtigte Zweifel, ob das neue Gebäude den Stürmen, die da kommen

Der Zustand Italiens.

würden, standzuhalten vermöge. Alles, was Italien feind war, hoffte auf die inneren Spaltungen, und prophezeite, daß Beelzebubs Reich in sich selbst uneins werden und nicht bestehen würde. An Stoff zu solcher Voraussage fehlte es nicht. Nur durch Cavours starke Hand waren die republikanischen Gelüste zeitweilig gebändigt und nicht so sehr überwunden als überlistet; der Boden, auf dem Viktor Emanuels Thron stand, war bis in die Tiefen durchwühlt, ein kräftiger Stoß konnte über kurz oder lang kommen und das neue Königreich über den Haufen werfen. Heer und Flotte hatten, wie achtungswertes sie auch geleistet haben mochten, die letzte Probe doch jedenfalls noch nicht bestanden; in dem Kampfe mit Österreich hatten die französischen Bundesgenossen den Ausschlag gegeben; im Kampfe mit dem Papste und Neapel war der Gegner schwach und schlecht vorbereitet überfallen. Die Finanzen Sardiniens waren schon vor dem Kriege nicht im besten Stande, trotz hoher Steuern hatten die Schulden sich gemehrt; zwei Milliarden betrugen sie zu Anfang des Jahres 1861 und einer Einnahme von 500 Millionen standen Ausgaben von der doppelten Höhe und darüber entgegen; daß der neue Zustand keine Verminderung derselben zulasse, lag auf der Hand, die Hilfsquellen der eroberten Provinzen waren unentwickelt und boten für die nächste Zukunft keine Erleichterung. Mußten aber trotzdem neue Steuern ausgeschrieben werden, so gab das der Unzufriedenheit wiederum Nahrung und den feindlichen Parteien erwünschte Vorwände zum Hetzen. Über das ganze Land zerstreuten sich Garibaldis Freiwillige, die ihren Abschied verlangt hatten, und über das ganze Land zerstreut waren ohnedies schon die Vorkämpfer des Papstes, die Freunde des Alten, die Priester, die von der Kanzel und im Beichtstuhl das sündhafte neue Regiment offen und versteckt angriffen. Wenn Radikale und Reaktionäre zusammenwirkten, konnte da die Schöpfung Cavours sich ohne fremden Beistand erhalten? Und war fremder Beistand zu erwarten? Das einzige England stand unbedingt auf der Seite Italiens und selbst bei ihm war von freundlichen Gesinnungen bis zu thatkräftiger Unterstützung in der Stunde der Gefahr doch ein weiter Schritt. Allerdings war auch von Napoleon anzunehmen, daß er seinen Schützling nicht gänzlich fallen lassen werde. Doch wenn dieser Schützling von der radikalen Partei zum Angriff auf Rom oder Venetien gedrängt wurde, wie dann? Nur den Züricher Frieden und die Erwerbungen in Mittelitalien erkannte Frankreich als rechtsverbindlich an; was weiter geschehen war, entbehrte seiner Zustimmung und konnte von ihm ohne Demütigung preisgegeben werden. Ja faßte man den Fall ins Auge, daß Napoleon aufhöre Frankreich zu beherrschen, so standen die Sachen für Italien noch weit schlimmer; denn in der Masse der französischen Bevölkerung und bei den Gegnern des Kaiserreiches war Mißgunst gegen das einheitliche Königreich weit häufiger zu finden als Wohlwollen und Freundschaft. Wohl stand Napoleons Thron zur Zeit noch fest; aber durch den ganzen Erdteil ging die dumpfe Ahnung, daß dem Kaiser ein

neuer Krieg unentbehrlich sei, daß er mit neuen Eroberungsplänen sich trage; — und daß dann Verwickelungen eintreten müßten, die Italien ernstlich gefährdeten, wer konnte das verkennen? Wo also lag die Stärke des neuen Staates, die ihm die Zukunft verbürgte? Sie lag trotz aller Parteiungen, die ihn zerrütteten, trotz aller Wühlereien der Mazziniſten und der Klerikalen, in dem großen Gedanken der nationalen Einheit. Der Glaube an das Prinzip der Nationalität war eine Macht geworden in Europa, und die ihn genährt, ſolange er noch nicht zur Verwirklichung gelangt war, die ſogen jetzt, da ſie vom Glauben zum Schauen vorgedrungen waren, aus ihm eine Kraft, die ſie unbeſiegbar machte. Viel Lug und Trug, viel Selbſtſucht und unedle Berechnung hatten mitgewirkt um Italien ins Leben zu rufen; aber es ſtand jetzt da und war die Verkörperung einer Idee, deren Sittlichkeit, innere Geſundheit und Naturgemäßheit ſelbſt der bitterſte Gegner nur für den einzelnen Fall, nicht aber im allgemeinen beſtreiten konnte. Daß dieſer Fortſchritt um der Mängel und Sünden willen, unter denen er ſich vollzogen, wieder rückgängig gemacht werden ſollte, war für jeden, der an den Fortſchritt glaubte und der da wußte, daß große Umwälzungen faſt nie ohne großes Unrecht ſich vollziehen, ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mehr noch als dies: wenn das Nationalitätsprinzip in Italien den Sieg errungen hatte, ſo war das ein mächtiger Antrieb für alle die anderen Völker und Völkchen, die von demſelben Grundſatze das Heil auch für ſich erwarteten. Jedes dieſer Völker war für Italien ein Bundesgenoſſe, für Öſterreich und die vertriebenen italieniſchen Fürſten ein Gegner. Allen anderen voran ſtand an Wichtigkeit die deutſche Nation, ſtand der preußiſche Staat, dem jenſeit der Alpen die Rolle zufallen mußte, die Sardinien im Süden geſpielt hatte. Auf Preußen waren deshalb Cavours Blicke ſeit langem ſehnſüchtig gerichtet geweſen. Unmittelbar nach ſeinem Beſuche in Plombières war er nach Baden-Baden geeilt um dort die Bekanntſchaft des Prinzregenten zu machen. Er gewann ſchon damals die Überzeugung, daß Manteuffels Tage gezählt ſeien, daß bald ein kräftigerer Geiſt in die preußiſche Politik einziehen werde. Auch der Eindruck, den er ſelbſt auf den Prinzen machte, war ein günſtiger, und in Berlin erſcholl bald die Klage, daß er den Regenten ganz für ſich erobert habe. Das war nun freilich übertrieben, und Cavour ſollte bald die Erfahrung machen, daß ſich die preußiſchen Staatsmänner nicht ſo leicht um der großen Idee willen über das beſtehende Recht hinwegſetzten, wie er das vermochte. Als wenige Monate ſpäter der Fürſt von Hohenzollern ein neues Miniſterium bildete, verſuchte der ſardiniſche Miniſter durch den Marquis von Pepoli, einen Verwandten des Fürſten, von dieſem die Zuſicherung einer wohlwollenden Neutralität oder wohl gar der Unterſtützung in einem Kriege mit Öſterreich zu erlangen. Napoleon, den Pepoli vorher beſuchte, begünſtigte dieſe Bemühungen eifrig und zeigte ſich einer Vergrößerung Preußens und einem Bündniſſe mit ihm ſehr geneigt, ohne vorderhand von Gegenleiſtungen zu ſprechen.

Die Kraft des Nationalitätsprinzips.

Cavour und Preußen.

Hohenzollern jedoch lehnte diese Eröffnungen ab. So sehr Cavour das bedauern mußte, ließ er doch den Gedanken eines Bundes mit Preußen nicht fallen. Er ist mit breiten Lettern in das Buch der zukünftigen Geschichte eingeschrieben, meinte er damals; Preußen ist unwiderruflich an die nationale Idee gebunden. Und dieser Ansicht blieb er bis auf das Totenbett treu; in seinen letzten Fieberphantasien beschäftigte er sich emsig mit diesen Preußen, die so langsam seien, die fünfzig Jahre zu dem brauchten, was Italien in dreien vollbracht. Als eine Art von Vermächtnis hinterließ er den Plan eines preußisch-italienischen Bündnisses seinen Nachfolgern; erst dieses Bündnis, erst die Frucht, die es zeitigen sollte, die Einigung Deutschlands, konnte der Einigung Italiens zu der inneren Gewähr der Dauer auch die äußere geben; erst dieses Bündnis eröffnete auch die Möglichkeit trotz Frankreichs Abneigung die letzten Steine in das Gebäude der italienischen Einheit zu fügen, Venetien und Rom mit dem neuen Staate zu verbinden. Daß der gewünschte Augenblick bald kommen werde, war kaum zu hoffen; unfreundlich genug hatte die preußische Regierung die letzten Schritte Cavours beurteilt, beängstigende Gerüchte erzählten, daß der Kaiser von Österreich im August 1860 persönlich von dem preußischen Regenten zu Teplitz das Versprechen bewaffneter Hilfe bei einem Angriff auf Venetien erhalten habe. Und soviel war in der That richtig, daß man in Berlin entschlossen war nicht zum zweitenmal ein Bündnis Napoleons und Viktor Emanuels gegen Österreich hinzunehmen. Man erkannte dort die Berechtigung des Nationalitätsprinzipes vollkommen an; es bildet, so schrieb der preußische Minister des Äußeren am 13. Oktober 1860 nach Turin, den laut ausgesprochenen Ausgangspunkt unserer eigenen Politik in Deutschland; aber als Beschränkung stellte er ihm das Rechtsprinzip gegenüber, das Cavour beständig mißachte, während die preußische Regierung beflissen sei die Forderungen der Nation auf Grund desselben zu verfechten; wer das nicht thue, der verlasse den Boden der Reform und betrete den der Revolution. Cavour meinte darauf lächelnd, Preußen werde ihm für das Beispiel, das er gegeben, dereinst noch dankbar sein, und er erlebte noch die Freude, daß der preußische Landtag sich im Februar 1861 zu Gunsten der neuen Ordnung in Italien aussprach. Aber die Hoffnung schon in nächster Zukunft auch die Regierung umgestimmt zu sehen und dadurch die Möglichkeit zu einem Angriff auf Venetien zu gewinnen hegte er nicht. Solch einen Angriff konnte er ohne Frankreichs Hilfe nicht wagen, und Frankreichs Hilfe, das erklärte auch England, mußte einen europäischen Krieg heraufbeschwören. Die Abtretung von Savoyen und Nizza hatte eine reiche Saat des Mißtrauens gegen den französischen Kaiser ausgestreut, so daß alle seine Nachbarn die Hand an die Waffen legten und entschlossen waren jeder ferneren Gefahr rechtzeitig zu begegnen: wollte er nicht einem großen europäischen Bündnisse trotzen, so mußte Napoleon, und mit ihm Cavour, für die nächste Zeit wenigstens auf jeden Angriff verzichten.

Frankreich und seine Nachbarn.

Mißtrauen gegen Frankreich.

Die Schweiz und Belgien, England und Deutschland waren es, die sich am meisten von den Vergrößerungsgelüsten Frankreichs bedroht fühlten. So vernehmlich erhoben sich die Äußerungen des Argwohns und Zornes, daß der Moniteur in bittere Klagen über dieses „einstimmige Konzert böswilliger Gerüchte und falscher Beurteilungen" ausbrach, und daß Napoleon all seinen Scharfsinn erschöpfte um auf Beruhigungsmittel zu sinnen. Nur den besten Weg, den er hätte einschlagen können, der Schweiz sein Wort zu halten und ihr die nördlichen Bezirke von Savoyen abzutreten verschmähte er. Bitter enttäuscht nahm der Bundesrat eine drohende Haltung an, die er doch nur dann zu behaupten vermochte, wenn die Großmächte ihm beisprangen. Aber Österreich und Preußen dachten nicht daran um dieser paar Quadratmeilen willen Krieg zu beginnen, Rußland erklärte den französisch-italienischen Vertrag geradezu für einen durchaus regelmäßigen Hergang, und England schmollte und grollte zwar mit dem Kaiser, war aber viel zu friedliebend, als daß es den gefährlichen Nachbar hätte reizen mögen. Diese Unlust der großen Mächte erstickte denn bald den anfangs sehr regen Kriegseifer der Schweizer. Die Bundesversammlung ließ sich vornehmlich durch den Züricher Regierungspräsidenten Dubs zur Nachgiebigkeit bestimmen; sie verweigerte dem Bundesrate die Ermächtigung Nordsavoyen militärisch zu besetzen, wie es die Kriegspartei, an deren Spitze Stämpfli von Bern stand, beabsichtigte, und der Bundesrat entließ daher die Truppen wieder, die er bereits aufgeboten hatte, und bemühte sich, auch das vergeblich, die Großmächte für eine Konferenz über die savoyische Frage zu gewinnen. In den östlichen Kantonen dauerte jedoch die Erregung noch lange fort, und als im Juni 1860 das Schweizer Schützenfest in Genf begangen wurde, erklangen trotzige und mutvolle Worte in Rede und Lied: eher sei man bereit die blühende Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, als sie französisch werden zu lassen; wie die Schweiz auf Genf, so könne Genf auf die Schweiz zählen. Wenn ja der französische Kaiser sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte auch diesen Boden allmählich für seine Abstimmungskünste vorbereiten zu können, so mußte ihn der kräftige Ausdruck der öffentlichen Meinung belehren, daß hier nur die Gewalt eine Fremdherrschaft begründen könne.

Die Schweiz.

Belgien.

Einen lauten Widerhall fanden diese Schweizer Stimmen in Belgien, das nicht minder ernstlich den Beginn einer neuen Periode französischer Annexionen fürchtete. Wenige Tage nach dem Genfer Schützenfest, am 17. Juni 1860, wurde in Brüssel ein Verein begründet, dessen Mitglieder sich verpflichteten mit Gut und Blut die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. Die Provinzialräte überschütteten den König mit Adressen, die ihn von der Einmütigkeit der öffentlichen Meinung überzeugen sollten, und in den Reden, die bei solchen Anlässen gehalten

wurden, erklang nicht minder entschlossen als in der Schweiz der Ruf: eher sollen unsere Städte in Grund und Boden zerstört und unsere Felder zu Wüsten werden, ehe wir die Herrschaft der Fremden uns gefallen lassen. Daß König Leopold und seine Regierung die vorhandene Gefahr nicht unterschätzten, konnte man besonders aus ihrem Eifer für die Befestigung von Antwerpen entnehmen. Seit 1848 schon war dieser Plan im Werke und seit 1851 lag er ausgearbeitet vor, allein die Genehmigung der Kammern war bisher nicht zu erlangen gewesen; die einen fürchteten der Entwickelung Antwerpens zu schaden, die anderen hielten es für richtiger Brüssel zu befestigen, nicht wenige wollten es vermeiden Frankreich zu reizen. Erst das Jahr 1859 erschütterte diese buntscheckige Opposition, und die Regierung erhielt im September 50 Millionen Francs für die Verteidigungsarbeiten. Späterhin machte ihr die Sache freilich noch große Not. Die Stadt Antwerpen klagte über die Schädigung, die sie erleide, ihre fünf Vertreter entzogen dem Ministerium ihre Unterstützung und brachten dessen Mehrheit dadurch so herunter, daß gelegentlich eine Stimme den Ausschlag gab. Erst durch allgemeine Neuwahlen im August 1864 gewann die Regierung wieder eine feste Majorität. Auf die Bereitwilligkeit für Belgiens Selbstständigkeit einzutreten waren diese Spaltungen jedoch völlig einflußlos; eine französische Partei, das zeigte die Bewegung des Jahres 1860 deutlich, gab es im Lande nicht. War das schon eine starke Bürgschaft gegen das Gelingen napoleonischer Angriffspläne, so wurde sie noch verstärkt durch die Entschlossenheit der Nachbarn Belgien zu schützen. Selbst in Holland war der alte Groll so weit geschwunden, daß die gesamte Presse warm für den Nachbarstaat eintrat und der König im August 1860 den letzten Schritt that, der zur vollen Versöhnung noch immer fehlte, den einer persönlichen Zusammenkunft mit Leopold in Wiesbaden. Und wie er bei dieser Gelegenheit versicherte, daß die Stunde der Gefahr die beiden Völker brüderlich verbündet finden werde, so sorgte er durch die Vorlage eines neuen Wehrgesetzes im folgenden Monat dafür, daß Holland dann nicht unvorbereitet überrascht werde.

Befestigung von Antwerpen.

Holland.

Es waren diese Maßnahmen um so bedeutungsvoller, als es wohl bekannt war, daß Wilhelm III. dank den Einflüssen seiner württembergischen Gemahlin dem Tuilerienhofe sehr nahe stand. Auch war er sichtlich beflissen eine Verständigung mit demselben anzubahnen und durch Besuche, die er im nächsten Jahre am französischen und am belgischen Hofe machte, vermittelnd zu wirken. In gleichem Sinne zu handeln war auch der englische Ministerpräsident Lord Palmerston, der alte Freund Napoleons, vorzugsweise geeignet. Unzufrieden im höchsten Grade mit der französischen Politik, wollte er doch mit dem Kaiser nicht brechen. Wenn ich Frankreich die eine Hand reiche, erklärte er im Parlamente, werde ich die andere an den Schild halten. Rüstig und energisch, wie er trotz seines hohen Alters noch war, zeigte er doch in diesem seinem letzten Ministerium weit größere Friedensliebe als früher,

England.

und sein Bestreben alle ernstlichen Verwickelungen im inneren oder von außen fern zu halten war unverkennbar. Insbesondere verhinderte er, der stets ein Gegner neuer Wahlreformen gewesen war, die Wiederaufnahme dieser Frage, obgleich sie es gewesen, die das Tory-Ministerium gestürzt hatte. Eine Reformvorlage Disraelis, die das Wahlrecht an die Zahlung einer jährlichen Pacht oder Miete von 10 Pfund knüpfte, war nämlich am 31. März 1859 in einer Minderheit von 39 Stimmen geblieben. Statt zurückzutreten hatten die Tories darauf Berufung an das Land eingelegt, waren aber nur wenig gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, so daß sie am 10. Juni vor einem Mißtrauensvotum des neuen Unterhauses doch zurücktreten mußten. Die Sieger konnten nun ein einheitliches Ministerium nicht herstellen, sondern mußten ihre Verwaltung aus Whigs, Peeliten und Radikalen bilden. Das Auswärtige übernahm Lord John Russell, die Finanzen Gladstone, das Handelsministerium ein bewährter Freihändler, Milner Gibson. Gern hätte Palmerston das Haupt der Manchesterleute, Richard Cobden, in das Ministerium aufgenommen; allein so freudig dieser seinen Beistand gegen die Schutzzöllner versprach, so groß war sein Mißtrauen gegen die kriegerischen Gelüste des Lord Feuerbrand, den er noch immer für den gefährlichsten aller Premiers erklärte. Seine Besorgnisse waren unbegründet; nachgiebiger und friedenssüchtiger konnte kein Ministerium nach außen hin auftreten als unter Russells, Gladstones und Milner Gibsons Einfluß dies letzte Palmerstonsche Kabinett, und der erste wichtige Schritt, den es vornahm, war eine zweifellose Bekräftigung seiner friedlichen Absichten: der Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich.

Sturz des Tories.

Ministerium Palmerston.

Das Hauptverdienst daran gebührte Cobden, der natürlich kein Bedenken trug in dieser besonderen Sache sich dem Ministerium zur Verfügung zu stellen. Auf französischer Seite war Michel Chevalier sein wichtigster Verbündeter. Dieser gewann den Kaiser nicht sowohl für die Idee des Freihandels, der Napoleon schon seit Jahren huldigte, als vielmehr für den Entschluß sie jetzt auf dem Wege des Vertrages ins Leben zu rufen. Er teilte Cobden brieflich die günstige Stimmung des französischen Herrschers mit, dieser benachrichtigte das Ministerium davon und übernahm die Führung der Verhandlungen in Paris. Die Grundlagen des Vertrages waren sehr bedeutende Zollermäßigungen für Eisen, Woll- und Baumwollwaaren in Frankreich, für Weine, Seide und Luxusartikel in England; für die Zukunft gestanden sich die beiden Länder gegenseitig alle Zollerleichterungen zu, die sie etwa dritten gewähren würden; der dadurch vorbereitete Bund der „meistbegünstigten" Nationen, die in gewissem Sinne ein einziges Handelssystem bildeten, das bald alle bedeutenderen europäischen Staaten umschloß, durfte in der That für einen tüchtigen Schritt zu einer Verbrüderung der Nationen, zu einer Zeit dauernden Friedens gelten. Dafür wollte auch Napoleon den Handelsvertrag angesehen wissen und sprach das in einem schnell

Französisch-englischer Handelsvertrag.

veröffentlichten Briefe aus, den er am 5. Januar 1860 an den Minister Fould richtete. Die Begeisterung darüber war in England größer als in Frankreich; in goldenen Buchstaben, so meinte John Bright auf einem Feste, das an dem Tage, an welchem der Vertrag unterzeichnet wurde, am 24. Januar, die Freihändler von Manchester feierten, in goldenen Buchstaben verdiene dieser Brief der Nachwelt überliefert zu werden, und Gladstone erging sich in den wärmsten Lobsprüchen auf Cobden, als er den Vertrag dem Unterhause vorlegte. In Frankreich erhoben dagegen die Schutzzöllner so laut sie nur durften ihre klagende Stimme, und da dem gesetzgebenden Körper nicht einmal Gelegenheit geboten wurde die Ermäßigungen des Tarifs zu prüfen, so schloß sich die politische Opposition ihren Beschwerden bereitwillig an. Auf beiden Seiten des Kanales aber waren die Gegner darin einig, daß der ganze Vertrag ein Schachergeschäft gewesen sei, durch das Napoleon unter Aufopferung blühender französischer Industriezweige Englands Willfährigkeit erkauft, England aber gegen einen guten Markt für seine Baumwollwaren Savoyen preisgegeben habe. Wie einseitig ungerecht diese Urteile waren und welch segensreiche Folgen die neuen Verkehrsverhältnisse für beide Länder bringen sollten, konnte erst die Zukunft lehren; der unglaubliche Aufschwung des französischen Handels, der 1857 in Aus- und Einfuhr noch nicht drei, und 1865 schon über $7\frac{1}{2}$ Milliarde Franken an Wert betrug, war die beste Rechtfertigung des kühnen Vertrages, der stets als eines der größten Verdienste Napoleons gelten wird.

Englische Rüstungen.

Aber daß politische Beweggründe mächtige Triebfedern bei dieser Angelegenheit gewesen, blieb deshalb nicht minder wahr. Napoleon wünschte aus guten Gründen England zu ködern, ehe er mit der Aneignung von Savoyen und Nizza herausrückte, und ganz mißglückt war dieser Versuch jedenfalls nicht. Wenigstens die Manchesterleute glaubten an die Friedensliebe des Kaisers und bekämpften den Argwohn und die Furcht ihrer Landsleute in Wort und Schrift. Aber die Entrüstung über die französischen Annexionen, die Teilnahme für Belgien und die Schweiz, der Glaube an die Möglichkeit einer Gefährdung des eigenen Landes waren im britischen Volke doch stärker als Cobdens Beredtsamkeit. Die Minister selbst befiel ein ernstes Gefühl ihrer Verantwortlichkeit. Schon 1847 hatte Wellington auf den schlechten Zustand der Verteidigungsmittel aufmerksam gemacht, und doch war seitdem nichts von Bedeutung geschehen. Eine Verschiebung der Machtverhältnisse zur See zu Ungunsten Englands ging ganz allmählich dadurch vor sich, daß die Benutzung der Dampfkraft und die Vervollkommnung der Artillerie, bald auch die Panzerung der Fahrzeuge, die alten Flotten mehr und mehr entwertete und dadurch den Vorsprung Englands aufhob. Betreffs der Landmacht konnte man natürlich nicht daran denken mit Frankreich zu wetteifern, und so brach sich die beängstigende Vorstellung Bahn, daß eine französische Landung schwer zu verhindern und ein gelandetes Heer noch schwerer zu vertreiben sei. Das heimische Wehrsystem mußte also

verbessert werden, und wie konnte das in diesem Lande, wo von großen stehenden Heeren und allgemeiner Dienstpflicht nicht die Rede sein durfte, anders geschehen als durch die Bildung einer gewaltigen freiwilligen Miliz? Darauf lief also das ungestüme Verlangen der öffentlichen Meinung hinaus, und wie mit einem Schlage wuchsen neue Milizregimenter aus dem Boden; schon im Juni 1860 konnte die Königin in London eine Musterung über 20 000 freiwillige Vaterlandsverteidiger halten, im nächsten Monate eröffnete sie das große Schützenfest der Freiwilligen in Wimbledon, im August marschierten in Edinburg 20 000 Schotten an ihr vorüber. Mochte viel Soldatenspielerei dabei mit unterlaufen, der Kern der Bewegung war doch gesund, und der Kaiser der Franzosen verstand die Sprache des Patriotismus vollkommen. Das englische Ministerium blieb an seinem Teile hinter dieser freiwilligen Bewegung nicht zurück. Am 23. Juli verlangte Lord Palmerston 11 Millionen Pfund zur Verteidigung der Küsten. Schwere Stürme, so äußerte er, ständen am Horizonte, und die nächste Gefahr drohe von Frankreich; trotz des Handelsvertrages sei England nicht sicher vor einem Ausbruch der Kriegslust seines Nachbarn; zur Verteidigung bedürfe Frankreich nicht der großen Flotte, die es sich schaffe; sei sie aber zum Angriff bestimmt, so müsse England sich vorsehen; eine Landung freilich fürchte er nicht, aber schon durch die Zerstörung der Arsenale könne das Land in die Gewalt des Feindes geraten. Napoleon beeilte sich natürlich darauf mit „offenherzigen Erklärungen" zu antworten; in einem Briefe an Persigny, seinen Botschafter in London, klagte er in gekränktem Tone über diese kleinen Eifersüchteleien, dieses ungerechtfertigte Mißtrauen, das wohl zwischen Dieben, die sich gegenseitig übervorteilen wollen, aber nicht zwischen anständigen Leuten am Platze sei. Alles, was er damit erreichte, war, daß Palmerston im Parlamente sein Vertrauen zu der Fortdauer des Friedens aussprach, vorausgesetzt, wie er hinzufügte, daß England gerüstet gegen jeden Angriff sei; und das Unterhaus billigte diese Auffassung, indem es am 3. August 1860 die geforderten 11 Millionen einmütig bewilligte. So stand also England dem Kaiser nichts weniger als freundlich gegenüber, und wenn das Ministerium seine Friedensliebe auch durch das laue Verfahren gegenüber den Klagen der Schweiz zweifellos bethätigte, so durfte Napoleon doch ziemlich sicher sein, daß ein Angriff auf Belgien oder den Rhein England zu den Waffen rufen werde.

Fürstenbegegnungen.

Eine Besprechung, welche die Königin Victoria am 12. Oktober 1860 in Koblenz mit dem Prinzregenten von Preußen unter Teilnahme der beiderseitigen Minister des Äußeren hatte, war auch ein Glied in der langen Kette der Mißtrauenserklärungen, die Napoleon sich durch die Erwerbung der italienischen Grenzprovinzen zuzog. Überhaupt waren die Fürstenbegegnungen in diesem unruhigen Jahre so zahlreich wie kaum zuvor. Des Fürstentages in Baden, auf dem der Prinzregent, umgeben von den deutschen Königen und mehreren Großherzögen und Herzögen,

dem Kaiser Napoleon entgegentrat, der holländisch-belgischen Begegnung in Wiesbaden, der Zusammenkünfte von Teplitz, Salzburg, Warschau, die eine Annäherung zwischen Österreich einerseits, Preußen und Rußland andererseits zur Folge hatten, ist entweder schon gedacht worden oder wird noch gedacht werden. Sie alle trugen den Stempel des Argwohns gegen Napoleon an der Stirn und beglaubigten in gewissem Sinne die mißtrauische Erregung, welche die Völker ergriffen hatte.

Frankreichs Stellung.

Unverkennbar war es, daß Frankreich in Europa augenblicklich ganz vereinsamt dastand, wenn man nicht etwa Italien, mit dem es doch den diplomatischen Verkehr abgebrochen, und Spanien, dem der Kaiser die Aufnahme unter die Großmächte zu verschaffen gedachte, als seine Bundesgenossen ansehen wollte. Gleichwohl war die Stellung Frankreichs dadurch in keiner Weise gefährdet; denn alle Mächte, die ans Schwert griffen, thaten es nur um sich zu verteidigen und von einem Angriff auf das Kaiserreich war nicht die Rede. Zuguterletzt fühlten sich die Franzosen wohl gar geschmeichelt durch die Aufmerksamkeit, die man ihnen von allen Seiten schenkte, und die Furcht, die man vor ihnen bezeugte; es befriedigte ihren Stolz zu sehen, wie vorsichtig man mit ihnen umging und wie sorgsam die fremden Regierungen sich hüteten ihren Herrscher zu reizen. Vollends als Lord Palmerston und Persigny bei dem Lord-Mayors-Bankette im November wieder friedliche und freundliche Reden miteinander austauschten, die unbequemste der Spannungen, die mit England, also beseitigt war, gewöhnte man sich auf die unruhige Beweglichkeit der übrigen Nachbarn mit einer Art wohlwollender Überlegenheit herabzusehen und die Herstellung der natürlichen Grenzen gegen

Liberale Zugeständnisse Napoleons.

Nord und Ost als eine bloße Frage der Zeit zu betrachten. Napoleon aber, der persönlich auf solche Vergrößerungen um ihrer selbst willen kein Gewicht legte, sondern als erstes und letztes Ziel seiner Politik doch immer nur die Befestigung seines Thrones verfolgte, hielt es an der Zeit durch die Erteilung einiger neuen Rechte an die Kammern nach außen hin ein Pfand für seine Friedensliebe und nach innen eine kleine Abschlagszahlung für die Ungeduldigen zu geben. Wenn er am 5. Januar 1860 im Ministerium des Auswärtigen Walewski durch Thouvenel ersetzt hatte, so wurde jetzt am 24. November Walewski an Foulds Stelle Staatsminister und einige Tage darauf Persigny für den Herzog von Padua Minister des Innern, während Billault und Magne ohne Portefeuille in das Kabinett eintraten. Ein kaiserlicher Erlaß vom 24. November gab dem Senate und der Kammer das Recht auf die Thronrede mit einer Adresse zu antworten; er versprach Änderungen in der Geschäftsordnung und größere Öffentlichkeit der Verhandlungen. Rundschreiben Persignys vom 5. und 8. Dezember empfahlen den Präfekten das Versöhnungswerk zwischen den Parteien zu vollenden, die ehrenwerten Männer der früheren Regierungen zum öffentlichen Leben heranzuziehen, der Presse einen größeren Spielraum zu gestatten und die Gewohnheiten der freien Diskussion zu begünstigen. Wenige Tage später zog der

Der Erlaß vom 24. November 1860.

Kaiser alle bisher den Zeitungen erteilten Verwarnungen zurück und verkündete volle Begnadigung für Preßvergehen. Es war wenig genug, was so gewährt wurde, viel zu wenig um irgend einen Gegner zu entwaffnen, aber auch zu wenig um dem kaiserlichen Regimente schaden zu können; und dennoch war die leise Schwenkung, die das Kaiserreich damit vornahm, nicht wirkungslos; sie beruhigte die auswärtigen Mächte und sie befriedigte als ein Zeichen des Vertrauens und der Sicherheit die großen Massen, die nichts anderes wünschten als die Erhaltung des Bestehenden. Zog man dazu noch in Betracht, daß die französischen Waffen den unentbehrlichen Ruhm in China und Anam, in Syrien und Algier suchten und fanden, so hatte man Anhaltspunkte genug um für Europa eine friedliche Entwicklung hoffen zu dürfen.

Deutschland und die neue Ära.

Diese Friedenshoffnungen, die sich an die liberale Wendung der napoleonischen Politik knüpften, waren gleichsam stillschweigend auf die Voraussetzung gegründet, daß nur ein willkürlicher Krieg, wie man ihn von Frankreich befürchtete, ausbrechen könne; sie ließen die Möglichkeit völlig außer acht, daß Deutschland auf ähnlichem Wege wie Italien die Schäden, an denen es litt, zu heilen und zur nationalen Einheit durchzudringen versuchen könnte. In der That war zu keiner Zeit der Glaube, daß unser Vaterland auf friedlichen Bahnen seine Umgestaltung vollziehen werde, verbreiteter als in den Tagen, wo Cavour starb und Napoleon sich friedlichen Reformen zuzuwenden schien. Offen lag es vor den Blicken aller Welt, daß eine mächtige Gärung das ganze Land durchzog und ein Aufschwung des nationalen Geistes sich vollzogen hatte, wie ihn ein halbes Jahrzehnt früher niemand für möglich gehalten hätte. Drei schnell aufeinanderfolgende Ereignisse hatten diese Erweckung und Neubelebung der vaterländischen Hoffnungen veranlaßt: der Wechsel des Regierungssystems in Preußen, den andere deutsche Staaten bald nachahmten, das Vorbild des italienischen Volkes, das mit schnellen Schritten seiner staatlichen Einigung entgegeneilte, und die Befürchtung eines Krieges mit Frankreich, der alle Parteien gleichmäßig zur Abwehr bereit fand.

Das Ende der Reaktion.

Der traurige Zustand, der seit den Tagen von Olmütz in Preußen herrschte, war, solange Friedrich Wilhelm IV. am Staatsruder blieb, in keiner Weise erfreulicher geworden. Die Unsicherheit der auswärtigen Politik während des Krimkrieges und ihre Heftigkeit in der Neuenburger Frage trug nur zu sehr den Stempel der eigenen Persönlichkeit des Königs, als daß eine Änderung bei seinen Lebzeiten hätte erwartet werden können. Die Grundsätze, von denen er sich leiten ließ, und die Interessen, welche er verfocht, waren zuletzt wenig mehr als persönliche Schrullen, die sich in seinem kranken Geiste aus ursprünglich hochsinnigen und edlen Gedanken zu fixen Ideen verdichtet hatten. Leiden-

schaftlich erregt, wie er häufig war, mochte ihn zuweilen mit Macht das Bewußtsein der schmählichen Abhängigkeit packen, in die er seinen Staat Österreich gegenüber gebracht hatte; zu einer folgerichtigen und entschlossenen Umkehr auf der betretenen Bahn hätte er doch nicht mehr die Kraft besessen. Selbst zu einer offenen Auseinandersetzung mit dem österreichischen Kaiser konnte er sich nicht entschließen. Während er dem alten Metternich, den er im Juli 1856 in Königswart besuchte, darüber klagte, daß man ihn in Wien nicht verstehe oder nicht verstehen wolle und daß man seine vertraulichen Äußerungen in Paris mitteile, hüllte er sich Franz Josef gegenüber, mit dem er im August in Teplitz zusammentraf, in Schweigen. Manteuffel aber, sein Minister des Äußeren, entbehrte von vornherein jeder staatsmännischen Befähigung; fein gebildet und ein durchaus makelloser Charakter, sprach er sich als Staatsmann doch selbst das vernichtendste Urteil, als er der Kammer einst erklärte, er wolle nichts weiter als ohne Rücksicht auf seine eigenen Anschauungen den Willen des Königs, seines Herrn, ausführen. Diesem Grundsatz entsprechend handelte er während seiner ganzen Amtsführung, und da andere seiner Kollegen nicht dieselbe Entsagung besaßen sondern in Gemeinschaft mit der persönlichen Umgebung des Königs den Willen des Monarchen vollständig nach den Wünschen der Kreuzzeitungspartei zu lenken wußten, so war Manteuffel, obgleich dem Namen nach Haupt des Ministeriums, doch keineswegs dessen Seele. Dafür konnte am ersten der Minister des Inneren Westphalen gelten, den kundige Beobachter für den gescheutesten und gefährlichsten Mann im Kabinett erklärten und neben ihm Otto von Raumer, der Kultusminister, den Alexander von Humboldt für den schädlichsten von allen hielt, da er die Wissenschaft geradezu verachte. Unter den anderen Ministern war von der Heydt als tüchtiger Fachmann der bedeutendste, und obschon viele seiner Maßnahmen auf lebhaften Widerspruch stießen, so erwarb er sich doch durch die eifrige Förderung des Eisenbahnbaues, durch die Einführung von Nachtzügen, durch die Ermäßigung des Briefportos, durch den Abschluß des deutsch-österreichischen Post- und Telegraphenvereins große Verdienste, die gegen seine Zustimmung zu dem reaktionären Bedrückungssystem dieser Jahre als Ausgleichung in die Wagschale geworfen werden konnten.

Die preußischen Minister.

Der Prinz von Preußen.

Die Leiter der preußischen Politik, die amtlichen im Ministerium wie die privaten in der Camarilla und in der Presse wußten recht wohl, daß sie nur eine kleine, wenn auch zur Zeit mächtige Partei bildeten. So gut sie durch die Zusammensetzung des Herrenhauses dafür gesorgt hatten, daß der eine Teil der Landesvertretung ganz und gar von ihnen abhing, so war es doch zweifellos, daß mit dem Tode des Königs ihr Einfluß auf die Krone ein Ende haben werde. Der Prinz von Preußen, der bei der Kinderlosigkeit des Monarchen zur Nachfolge berufen war, hatte nie auf ihrer Seite gestanden, und das Mißtrauen, welches er ihnen einflößte, war so groß gewesen, daß sie ihn durch eines ihrer ver-

kommensten Geschöpfe, einen gewissen Lindenberg, förmlich überwachen und sich Bericht über ihn erstatten ließen. Mit Männern, denen die Ehrfurcht gegen das Königshaus, die sie beständig heuchelten, nicht verwehrte sich zu solcher Ausspürerei und Angeberei zu erniedrigen, konnte der Prinz dereinst gewiß nicht die Regierung führen, und der Zeitpunkt, wo die Krone auf ihn überging, mußte daher den Sturz der Kreuzzeitungspartei und die Berufung neuer Männer mit sich bringen.

Erkrankung des Königs.

Das Leben des Königs war also für die herrschende Richtung vom höchsten Werte, und kein geringer Schreck mußte sie ergreifen, als sich bei Friedrich Wilhelm, der eben das sechzigste Lebensjahr überschritten hatte und äußerlich noch immer ein Bild blühender Gesundheit war, die Spuren einer Geisteskrankheit zeigten. Mochte man sich eine Zeit lang mit trügerischen Hoffnungen über diese Wahrnehmung hinwegsetzen: im Laufe des Spätsommers 1857 wurden die Symptome unverkennbar. Aus einem Zustande unnatürlicher Aufregung verfiel der König oft plötzlich in völlige Stumpfheit, die sich bis zur Geistesabwesenheit steigerte. Im Oktober schien seine nahe Auflösung bevorzustehen. Wider Erwarten trat noch einmal eine Besserung ein, aber die Unfähigkeit des Monarchen zur Regierung ließ sich nicht mehr verbergen. Während also die Ärzte darauf drangen, daß er für längere Zeit eine Reise außer Landes unternehme, mühten die Kreuzzeitungsleute sich ab eine Form zu finden, die ihnen die Macht noch möglichst lange in den Händen ließ. Es kam ihnen dabei sehr zu statten, daß die königliche Familie (und der Thronfolger wohl nicht am wenigsten) es zu vermeiden wünschte die Geisteskrankheit des Königs, solange noch eine entfernte Hoffnung auf Besserung vorhanden war, offen anzuerkennen. Diesem Umstande verdankten sie einen Ausweg, von dem freilich die Verfassung nichts wußte:

Die Stellvertretung.

am 23. Oktober 1857 ernannte der König seinen Bruder Wilhelm zum Stellvertreter. Als solcher glaubte der Prinz die Regierung im Sinne des Königs und also auch mit dessen Räten fortführen zu müssen; dreimal ließ er sich seine Ernennung, die jedesmal auf drei Monate erfolgte, verlängern; als aber nach Jahresfrist, im Oktober 1858, in dem Befinden des Königs noch immer keine Besserung eingetreten war, bestand er darauf, daß man nunmehr zu der verfassungsmäßigen Regentschaft übergehe. Dieser Forderung zu widerstehen fehlte den Ministern der Mut; nur Westphalen verweigerte seine Zustimmung und nahm lieber seinen Abschied.

Die Regentschaft.

Nachdem der König selbst am 7. Oktober eingewilligt hatte, traten am 9. die beiden Häuser des Landtags zusammen um die Notwendigkeit des Schrittes zu prüfen, und nachdem sie einstimmig und ohne Diskussion auf den Antrag eines dazu niedergesetzten Ausschusses ihre Einwilligung ausgesprochen hatten, leistete der Prinz am 26. Oktober 1858 den Eid auf die Verfassung. Wie ungern die Minister sich von ihren Posten trennten, ersah man daraus, daß sie zögerten ihre Entlassung einzureichen. Nur die beiden Rheinländer, Simons und von der Heydt, welche Hoffnung hatten auch in dem neuen Kabinett ihren Platz wieder-

zufinden, drängten auf ein gemeinsames Rücktrittsgesuch; die übrigen wollten davon nichts wissen und warteten bis ihnen die Mitteilung wurde, daß der Prinzregent den Fürsten Anton zu Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut habe.

Das Ministerium Hohenzollern.

Die deutsche Gesinnung dieses Mannes, die er 1849 durch den Verzicht auf sein Fürstentum bewährt hatte, seine vornehme Stellung, die ihn hoch über den brandenburgischen Junkeradel hinaushob, der gute Ruf, der seinen staatsmännischen Einsichten vorausging, alles das machte die Wahl des Prinzregenten zu einer höchst glücklichen. Auch mit den Persönlichkeiten der übrigen Minister war das Land vollauf zufrieden. Schleinitz, der Minister des Äußeren, hatte in demselben Amte 1849 und 50 eifrig für die Union gewirkt; Patow, der die Finanzen übernahm, gehörte zu den verdientesten Vorkämpfern der liberalen Partei in der reaktionären Landratskammer; Bonin, der Kriegsminister, war im Mai 1854 aus dem Manteuffelschen Kabinett geschieden, weil er dessen russenfreundliche Politik nicht stützen wollte; Bethmann-Hollweg, dem Kirchen- und Schulwesen zufiel, war ein treuer Anhänger der Union und hatte manchen Strauß mit Stahl und anderen ihrer Gegner durchgefochten; Flottwell, der 72jährige Minister des Innern, der übrigens schon vier Wochen früher an Westphalens Stelle getreten war, zählte zu den tüchtigsten Verwaltungsbeamten; in fünf Provinzen war er Oberpräsident gewesen und vor 1848 auch schon einmal Finanzminister; daß er aufrichtig den Verfassungsstaat anerkenne, war außer Zweifel. Wenn Simons und von der Heydt durch ihre letzte Vergangenheit keiner großen Beliebtheit sich erfreuen konnten, so erregten sie doch durch ihr Verbleiben nicht gerade Mißtrauen gegen das neue Kabinett, das ein äußerst wertvolles Mitglied endlich noch in Rudolf von Auerswald erhielt. Dem Prinzregenten durch innige Jugendfreundschaft verbunden, erfreute sich dieser Mann andererseits einer solchen Volksbeliebtheit, daß die Vossische Zeitung vorschlug, man solle ihn einstimmig in allen Wahlbezirken Berlins zum Abgeordneten erwählen. Es war recht eigentlich ein Ministerium der vorsichtigen besonnenen Reform, das so zustande gekommen war; weder ein schroffer Bruch mit der Vergangenheit noch ein Verharren auf dem bisherigen Wege war von ihm zu erwarten, sondern nur ein langsames und rücksichtsvolles, dabei aber zielbewußtes Überleiten in neue Bahnen. Mehr als das verlangte man für jetzt selbst in den gelichteten Reihen der alten Demokratie nicht; Schulze-Delitzsch beispielsweise lehnte einen Sitz in der Kammer ab, weil seine Wahl der Rückschrittspartei erwünscht sein und dem Ministerium Schwierigkeiten schaffen werde; Unruh, Virchow, Rodbertus u. a. gaben ähnliche Erklärungen ab oder fanden, wenn sie doch in den Wahlmännerversammlungen vorgeschlagen wurden, nicht die erforderliche Unterstützung. Mit ungeteilter Befriedigung nahm das Land den Umschwung auf und erwartete vertrauensvoll die Änderungen, die er im einzelnen nach sich ziehen mußte.

Über den Umfang derselben gab die Rede Aufschluß, mit welcher der Prinzregent am 8. November sein Ministerium begrüßte. An Verwahrungen gegen die Erwartung, als ob nunmehr ein liberales Parteiregiment beginnen werde, fehlte es darin nicht; Versprochenes, so hieß es, solle treu gehalten aber Nichtversprochenes mutig verhindert werden; die konservative Grundlage des Staates wurde stark betont. Wenig bestechend klang die Aufforderung auf Grund der wahren Besteuerungsfähigkeit des Landes in Zukunft erhöhte Geldmittel zu beschaffen, diese Geldmittel vor allem zur Verstärkung des Heeres zu verwenden, den Bau von Eisenbahnen aber nötigenfalls einzuschränken; allein gerade das bestach und gewann die öffentliche Meinung, daß man jedem Worte der Rede die ehrliche Überzeugung und das nüchterne Urteil ansah, dem es entsprungen war; gerade die Verbindung mit minder liebsamen An- und Absichten erhob den Wert der übrigen Sätze. Wo sich willkürliches oder den Bedürfnissen der Zeit widersprechendes zeige, versprach der Regent die sorglich bessernde Hand anzulegen; eine Regierung sei stark, wenn sie ein reines Gewissen habe, wenn sich in ihren Handlungen Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspreche. Er beklagte, daß in kirchlichen Fragen letzthin leider viel vergriffen sei, daß die Religion als Deckmantel politischer Bestrebungen eine Orthodoxie und in deren Gefolge eine Heuchelei und Scheinheiligkeit großgezogen habe, die man entlarven müsse, wo es nur möglich sei; denn die wahre Religiosität zeige sich nicht in äußerem Gebahren und Schaustellungen, sondern in dem ganzen Verhalten des Menschen. Die evangelische Union sollte kräftig aufrechterhalten, der katholischen Kirche kein Übergriff über ihre verfassungsmäßigen Rechte gestattet werden; den Unterrichtsanstalten ward die Aufgabe zugewiesen Preußen an der Spitze der geistigen Intelligenz zu erhalten, doch ohne einzelne Klassen über ihre Sphäre zu heben. Durch eine weise Gesetzgebung im Inneren und durch die Pflege von Einigungselementen wie der Zollverein, der übrigens einer Reform bedürfe, hoffte der Regent in Deutschland moralische Eroberungen für Preußen zu machen. Die Welt muß wissen, so schloß er, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist, und was dem Staate an materieller Macht fehlt, das muß die Besonnenheit, Konsequenz und Energie seiner Politik ersetzen.

Das Programm des Prinzregenten.

Wie verschieden war diese Sprache doch von der, mit welcher der kranke König einst Preußens und Deutschlands Volk entzückt hatte. Die glänzenden Bilder, die genialen Wendungen, die andeutungsvolle Unbestimmtheit des Ausdrucks, sie fehlten gänzlich; alles war scharf umgrenzt, rund herausgesagt, das Ergebnis ruhiger Prüfung und fester Entschluß. Etwas soldatisch strammes und christlich ernstes ging durch die ganze Rede; ein selbstbewußter Manneswille lenkte fortan die preußische Politik und dieser Wille erkannte die neue Zeit, erkannte insbesondere die bestehende Verfassung ohne Rückhalt an. Es war ein Aufruf an alle gesunden Elemente des Volkes sich um das Banner der Gesetzlichkeit

Zustimmung des Volkes.

und des Staatsinteresses zu scharen. Die nächste Antwort mußte das preußische Volk in den Wahlen zum Abgeordnetenhause geben; wie nicht anders zu erwarten, fiel sie vollkommen zustimmend aus. Wenn auch die Gardeoffiziere gegen den Kriegsminister, die Staatsanwälte und Prediger gegen Bethmann-Hollweg stimmten, so wurden doch alle Minister gewählt, Auerswald (und neben ihm Schwerin und Grabow) viermal, Patow dreimal, Georg Vincke, Beckerath und andere Führer der konstitutionellen Partei doppelt; von den abgetretenen Ministern fand nur Manteuffel wieder einen Sitz. Damit war der neuen Richtung auch vom Volke das Siegel der Bestätigung aufgedrückt und mit den freudigsten Hoffnungen sah man der „neuen Ära", die nun begonnen hatte, entgegen.

Rückwirkung auf andere deutsche Staaten.

Daß die Bewegung an der preußischen Grenze nicht inne hielt, verstand sich von selbst. Eine mächtige Förderung erhielt sie in Süddeutschland durch den Umschwung in Bayern. König Max, der durch seinen Minister von der Pfordten in einen langen erbitternden Streit mit seinem Landtage verwickelt war, dessen stets wiedergewähltem mißliebigem Präsidenten Weiß er hartnäckig die Bestätigung versagte, entschloß sich am 9. April 1859 zum Nachgeben, erklärte, daß er Frieden haben wolle mit seinem Volke, und schickte von der Pfordten als Bundestagsgesandten nach Frankfurt, während der Freiherr von Schrenk von dort als Ministerpräsident nach München berufen wurde. Die Bedeutung des Schrittes lag nicht sowohl in dem Wechsel der Personen, denn Schrenk war um nichts liberaler als von der Pfordten, wie in der Thatsache, daß der König die Macht der öffentlichen Meinung anerkannte. Auch andere Fürsten konnten sich der neuen Strömung nicht entziehen. In die erste Linie der deutschgesinnten und liberaldenkenden Herrscher traten fortan der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, der seine politische Denkweise zwar auch in der Reaktionszeit nie verleugnet hatte, aber doch zu kräftigem Auftreten ohne andere Unterstützung nicht imstande gewesen war, und Großherzog Friedrich von Baden, der seit dem Februar 1852 erst als Regent für seinen Vater, der schon im April jenes Jahres starb, und für seinen älteren Bruder Ludwig II., dann seit dessen Tode (im September 1856) selbständig die Regierung geführt, bisher aber der österreichisch-ultramontanen Einflüsse sich nur mühsam erwehrt hatte. Durch seine Vermählung mit der Tochter des Prinzen von Preußen war er in seinen patriotischen Gesinnungen nur noch befestigt worden; jetzt, da sein Schwiegervater die Zügel des Staates führte, trat er mit entschlossener Kraft für die preußische Hegemonie ein und erwarb sich schnell neben dem Herzog Ernst von Koburg den begründetsten Anspruch auf den Dank des deutschen Volkes.

Der Bundestag.

Selbst da, wo die alten Diener der Reaktion am Ruder blieben, bemerkte man doch meistenteils, daß sie gelindere Saiten aufzogen, daß die Behandlung der Kammern, der Presse, der Vereine zuvorkommender und milder wurde. Auch der Bundestag mußte es erleben, daß unerhörte Dinge vor ihm zur Sprache kamen. Schon während seiner

Stellvertretung hatte der Prinz von Preußen mancherlei anregen lassen, was den meisten Regierungen damals noch sehr unlieb war, z. B. die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle, die seit 1824 sich in tiefes Dunkel hüllten. In der schleswig-holsteinschen Frage, die später im Zusammenhange erzählt werden soll, ging man bereits bis zur Androhung der Bundesexekution. Gegen Österreich führte der preußische Gesandte von Bismarck-Schönhausen eine sehr kräftige Sprache. Selbst in der Manteuffelschen Zeit hatte er durch seine klare und feste Haltung das Ansehen Preußens am Bunde sehr zu heben gewußt; jedem Übergriffe der österreichischen Präsidialgesandten, besonders des Barons von Prokesch-Osten, der vom Februar 1853 bis Oktober 1855 als Nachfolger des Grafen Thun und Vorgänger des Grafen Rechberg diesen Posten bekleidete, war er scharf und schneidig entgegengetreten, und sein Einfluß auf den König, der ihn häufig nach Berlin zu berufen pflegte, war groß genug um fast immer die Zustimmung des Ministeriums zu verbürgen. Ein schon länger schwebender Streit gab jetzt den Anlaß zu besonders entschiedenem Vorgehen. Es handelte sich um einen österreichisch-badischen Antrag, nach welchem die Friedensbesetzung von Rastatt zum Teil aus österreichischen Truppen gebildet werden sollte. Dem entschiedenen Einspruch, der dagegen von Berlin erhoben wurde, und der Forderung, daß dann mindestens auch preußische Truppen nach Rastatt gezogen würden, gelang es das Vorhaben zum Scheitern zu bringen und so den österreichischen Einfluß in Baden zu erschüttern. Die Sache war an sich nicht unwichtig, viel wichtiger aber als erster Schritt zur Umkehr auf dem Wege einer ängstlichen Absonderung und der endlichen Rückkehr zu den Grundsätzen einer nationalen Politik. Und als solchen bezeichnete ihn die amtliche Berliner Zeitung mit der Versicherung, daß dem Ernst der Erklärungen der Ernst der Handlungen folgen werde. Sehr zu statten kam diesem festen Entschluß der italienische Krieg. Indes zeigte sich doch gerade hier auch die schwache Seite des preußischen Kabinetts, seine übertriebene Gewissenhaftigkeit, die vor der rücksichtslosen Ausnutzung der Bedrängnis des Bundesgenossen zurückscheute. Ratschläge, wie Ferdinand Lassalle sie in einer Flugschrift erteilte: Preußen solle auf Sardiniens Seite treten, die deutsch-österreichischen Provinzen erobern und so das deutsche Kaisertum gründen, waren freilich schon deshalb nicht ausführbar, weil nicht ein Dutzend Anhänger für solch eine Politik in Deutschland wäre zu finden gewesen. Aber auch maßvollere Vorschläge fanden in Berlin kein Gehör. Herr von Bismarck, der mit Offenheit seine Teilnahme für Italien aussprach, wurde von Frankfurt nach Petersburg versetzt, oder, wie er selbst meinte, wie Champagner für späteren Gebrauch kalt gestellt, und die öffentliche Meinung suchte, freilich mit Unrecht, den Grund dafür in einer ihm irrigerweise zugeschriebenen Broschüre, die Preußen empfahl Österreichs Not zu benutzen um diese undeutsche und undankbare Macht aus ihrer Stellung in Deutschland zu verdrängen.

Der italienische Krieg.

Herr von Bismarck.

Es war eine erstaunliche Wandlung, die sich in diesem Staatsmann während seines Aufenthaltes in Frankfurt vollzogen hatte. Wenige Monate hatten genügt um ihn zunächst von aller Schwärmerei für Bund und Bundestag zu heilen. Das mißtrauische Ausspionieren, die wichtigthuende Kleinigkeitskrämerei, der völlige Mangel an Wahrheitsliebe und Vernunft, womit diese „superklugen Bundestagsmenschen" ihn quälten, und von der sich, wie er glaubte, selbst der böswilligste Demokrat keine Vorstellung machen könne, erfüllten ihn mit Ekel. Nicht ein einziges Fettauge vermochte er auf den nüchternen, einfältigen Wassersuppen, die sie kochten, zu entdecken, und Heines schnöde Verse: O Bund, du Hund, du bist nicht gesund, schienen dem preußischen Diplomaten angesichts dieser Jämmerlichkeiten die passendste deutsche Nationalhymne zu sein. Für sein liebes Preußen, das ihm als ein realer Staat hoch über dem Traumbild eines einigen Deutschland stand, erkannte er in dem Bundesverhältnis eine drückende, unter Umständen lebensgefährliche Fessel, die man zerbrechen müsse, sobald ein Beschluß, der sich als Überschreitung der Bundesbefugnisse deuten lasse, die Gelegenheit dazu gebe. Die bloße Beseitigung des Bundes, selbst wenn nichts Besseres an die Stelle gesetzt werde, hielt er schon für einen Fortschritt; denn innerhalb des Bundes, das war seine auf Erfahrung begründete Überzeugung, ließ sich für Preußen auch gar nichts erreichen, weil die Magnetnadel der mittelstaatlichen Politik trotz aller kleinen Schwankungen doch immer wieder dahin weise gemeinschaftlich mit Österreich Preußens Macht und Einfluß niederzuhalten und ihm nur soviel Spielraum zu gönnen, wie nötig sei um dem Kaiserstaate einige Schranken zu ziehen. Der preußische Bundestagsgesandte war also ein entschiedener Feind des Bundes, er wollte ihn untergraben. Zu solch entschlossener Politik konnten sich die Minister der neuen Ära nicht bekennen; sie hofften auf den gegebenen Grundlagen doch für ihr Land noch eine bessere Stellung erringen zu können, und da war es dann natürlich, daß sie Herrn von Bismarck im März 1859 durch Herrn von Usedom ersetzten, der von der Frankfurter Versammlung vielleicht nicht respektvoller dachte, aber doch weniger ungestüm war als sein Vorgänger.

Preußische Rüstungen.

Es galt nun aus dem italienischen Kriege möglichst großen Vorteil für Preußens Einfluß in Deutschland zu ziehen. Dabei wünschte man, wenn irgend möglich, die Teilnahme am Kriege zu vermeiden, nicht bloß aus Friedensliebe, sondern wohl mehr noch, weil man das Heer zu reorganisieren wünschte, ehe man es gegen den Feind führte. Aber die Wahrscheinlichkeit ohne Schwertstreich davonzukommen war nicht groß, und jedenfalls mußte Preußen um ein Wort mitsprechen zu können gerüstet sein. Deshalb wurden schon Mitte April drei Armeekorps in Kriegsbereitschaft gesetzt und im Mai von dem Landtage 40 Millionen für den Fall der Mobilmachung gefordert. Diese ward in der That am 14. Juni angeordnet und der Entschluß des Prinzregenten verkündigt durch bewaffnete Vermittelung Österreich seinen Länderbesitz zu erhalten.

Diesem Vorgehen entsprach auch Preußens Haltung in Frankfurt; schon am 23. April hatte es dort die Marschbereitschaft des Bundesheeres beantragt, aber dem herausfordernden Antrag Hannovers ein Beobachtungskorps am Oberrhein aufzustellen den entschiedensten Widerspruch entgegengestellt; jetzt beantragte es selbst die Mobilmachung der Bundestruppen. Vielfache Verhandlungen mit Österreich hatten die Zwischenzeit ausgefüllt; Mitte April war Erzherzog Albrecht in Berlin gewesen, Ende Mai ward General Willisen nach Wien geschickt, am 3. Juli erschien wiederum Fürst Windischgrätz am preußischen Hofe. Es handelte sich teils darum, welche Zugeständnisse Österreich in Italien machen wolle, teils um die Stellung, die Preußen für sich in Deutschland forderte. In Italien sollte Österreich nach der Meinung des Berliner Kabinetts auf die militärische Besetzung der Herzogtümer verzichten und Lombardo-Venetien eine unabhängige Stellung unter einem Erzherzog als Vizekönig einräumen; in dieser Form wäre ihm sein ganzer Besitzstand gewährleistet worden. Für sich selbst begehrte Preußen die Führung der Bundesarmee ohne die beschränkenden Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung. Zeitweilig schien Österreich nicht abgeneigt um diesen Preis die preußische Hilfe zu erkaufen, aber schließlich siegte die Eifersucht auf den nordischen Bundesgenossen und das Klagegeschrei der Preußenfeinde, die flehentlich vor dem Otterngezüchte warnten, das dem Prinzregenten die Eroberung Deutschlands und die Erneuerung des Kaisertums anrate. Besonders eifrig wirkte der sächsische Minister von Beust gegen diese „Umsturzpläne", und als es zur Entscheidung kam, trug er den Sieg davon. Franz Josef verlor lieber die Lombardei, als daß er Preußen die selbständige Führung der Rheinarmee überlassen hätte. Den Prinzregenten zum Bundesfeldherrn zu ernennen, so daß er den Weisungen aus Frankfurt hätte gehorchen müssen, dazu waren Österreich und die Mittelstaaten bereit, und am 7. Juli stellte der Präsidialgesandte einen Antrag in diesem Sinne. Aber nie und nimmer konnte ein preußischer Fürst auf eine solche Unterordnung sich einlassen, und der österreichische Vorschlag wäre deshalb ein totgeborener Entwurf geblieben, auch wenn Franz Josef nicht an demselben 7. Juli jene Waffenruhe zu Villafranca geschlossen hätte, der vier Tage später der Friede folgte. So war die Eifersucht zwischen den beiden Großmächten durch die Verhandlungen ans Licht gebracht, aber nicht im mindesten der Lösung entgegengeführt. Bitterlich beklagte sich der Kaiser in dem Manifest, durch welches er seinen Völkern den Frieden mitteilte, über die Täuschung, die seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen ihm dadurch bereitet, daß sie Österreich mit seinem guten Recht im Stich gelassen hätten. Die feindliche Spannung zwischen beiden Höfen war damit öffentlich anerkannt und in weiterer Folge ein Kampf zwischen ihnen in Aussicht gestellt, dessen nächster Gegenstand die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung sein mußte.

Preußische Forderungen.

Zerwürfnis der beiden Großmächte.

Natürlich konnte das kein Kampf zwischen den Kabinetten bleiben;

Das deutsche Volk.

das ganze deutsche Volk war herausgefordert daran teilzunehmen und Partei für oder wider zu ergreifen. Und wenn die Regierungen imstande waren den Kampf zunächst auf den Boden der Militärverhältnisse zu beschränken, so mußte er sich im Volke sofort über das ganze Gebiet, um das zuletzt doch gestritten wurde, über die gesamte Verfassung des Bundes, erstrecken. Völlig erstorben war die preußische Partei doch auch in den Jahren der schlimmsten Reaktion nicht und litterarische Werke von großer Bedeutung hatten ihr auch in der heranwachsenden Generation den Boden bereitet, so J. G. Droysens Geschichte der preußischen Politik (1855), Ludw. Häussers deutsche Geschichte seit Friedrichs des Großen Tode (1854), Heinr. von Gagerns Biographie seines Bruders Friedrich (1856), Klüpfels Geschichte der Einheitsbestrebungen (1853), Beitzkes Befreiungskriege und ähnliche. Ohne eben die preußische Hegemonie zu wünschen, waren seit 1855 nach dem Vorbilde der württembergischen Kammer auch andere Landtage wieder mit Erklärungen zu Gunsten einer Bundesreform hervorgetreten. Die Parteien von 1849 lebten in verjüngter Gestalt wieder auf und von neuem erscholl der Ruf nach einer Centralgewalt mit Volksvertretung, nach der Reichsverfassung von 1849, nach dem preußischen Kaisertum. Genährt wurde die Bewegung durch die wachsende Gefahr eines Krieges mit Frankreich. Hauptsächlich die Überzeugung, daß ein solcher Krieg mit dem Napoleoniden doch unvermeidlich sei, hatte selbst in Norddeutschland den Wunsch erweckt, Preußen möchte Österreich zu Hilfe eilen; jetzt schien die Gefahr zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die vergönnte Frist sollte genützt werden um Deutschland einig zu machen. Noch im Juli, auf die erste Nachricht von dem Friedensschlusse, traten in Eisenach und in Hannover patriotische Männer zusammen und forderten Preußen auf ein deutsches Parlament und eine Centralgewalt zu schaffen. Aus vielen anderen Städten erfolgten Zutrittserklärungen zu diesem Programm, und der Gedanke brach sich Bahn nach dem Vorbilde des italienischen Nationalvereins eine gleiche Verbindung in Deutschland zu begründen. Eine zweite, größere Versammlung in Eisenach nahm den Plan am 14. August 1859 auf und selbst in der bayerischen Kammer fand an demselben Tage ein Antrag, in dem der Abgeordnete Völk Centralgewalt und Parlament forderte, reichlich ein Drittel (45) der abgegebenen Stimmen. Die Mehrheit der Süddeutschen wollte freilich von diesen Plänen nichts wissen, weil die alte Abneigung gegen Preußen durch dessen Haltung im italienischen Kriege nur noch verstärkt war; an thätigen und begabten Vorkämpfern fehlte es der preußischen Spitze aber auch dort nicht. Sie kamen am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt mit den Freunden aus dem Norden zusammen und begründeten den Nationalverein. An die Spitze desselben trat Rudolf von Bennigsen, der seit zwei Jahren die liberale Partei in Hannover führte, und diese Wahl zeigte deutlicher als die absichtlich etwas verschleierten Worte des Programms, daß auf Preußen allein die Hoffnung des Vereins beruhe. Die Gegner gaben sich darüber auch keiner

Der Nationalverein.

Täuschung hin und stürzten sich sofort auf den neuerstandenen Feind mit einer Wut, die dessen Bedeutung nicht wenig erhöhte. In dem Herzog Ernst von Koburg fand er einen Beschützer, der ihm gestattete in Koburg seinen Sitz aufzuschlagen, nachdem der Frankfurter Senat das gleiche Gesuch zurückgewiesen hatte. Manche Regierungen, wie die von Mecklenburg, Kurhessen und Darmstadt, verboten ihren Unterthanen den Beitritt; andere, wie besonders die von Hannover, verfolgten die Mitglieder durch kleinliche Maßregelungen und mannigfache Zurücksetzung; Hessen-Darmstadt ermannte sich sogar nach Jahresfrist (am 5. Januar 1861) zu einem Antrag am Bunde, der ein allgemeines Verbot herbeiführen sollte; aber alle diese Behinderungen brachten der Sache des Vereins mehr Nutzen als Schaden; sie verhinderten vielleicht das Anschwellen der Zahl seiner Mitglieder, die nie über 20 000 stieg, aber sie vermehrten seine Anhänger und verbreiteten seine Ideen. Die liberale Presse stellte sich der Mehrzahl nach auf die Seite des Vereins, und wenn die Ansichten sogar über wichtige Punkte auch noch weit auseinandergingen, wenn z. B. im Vereine selbst die Gegner der preußischen Führung keinen geringen Einfluß hatten, so trat das doch weit zurück hinter der Thatsache, daß die deutsche Frage, die jahrelang förmlich totgeschwiegen war, jetzt wieder in jedem Zeitungsblatt und bei jedem Festmahle ihre Stimme erhob, daß die Regierungen selbst ihr Vorhandensein anerkennen mußten. Mit gewaltiger Kraft machte sich der Einheitsdrang des Volkes Luft, als der 10. November 1859 den hundertsten Geburtstag des Dichters herbeiführte, der des Volkes Liebling und zugleich der lauterste Prophet seiner Nationalität war. Ein Fest wie Schillers Jubelfeier war in Deutschlands Grenzen noch nicht begangen worden. Keine Stadt, kein Flecken blieb teilnahmlos an diesem großen Ehrentage und über die Meere hinüber und herüber, wo irgend Deutsche bei einander waren, erscholl mit des Dichters Worten Mahnung und Gelübde: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Die belebende Kraft, welche von diesem Feste ausging, regte den Wunsch an dergleichen Jubeltage der Nation häufiger zu feiern. So mächtiger Schwung, wie ihn Schillers Name verlieh, war freilich aus keiner anderen Quelle zu schöpfen; aber wenn Hunderte und Tausende von kräftigen Männern aus allen Gauen Deutschlands sich zusammenfanden, dann war zuletzt doch immer der nächste Anlaß, aus dem es geschah, nebensächlich, und mochten es nun Schützen oder Turner oder Sänger sein, die miteinander tagten und zechten, immer brach sich der Vaterlandsgedanke Bahn und wandelte diese Wanderfeste, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in Gotha, Frankfurt, Bremen, Dresden, Stuttgart und anderen Orten stattfanden, zu nationalen Freudetagen um, an denen Rede und Lied die Herzen packten und erwärmten und das Verlangen nach Einheit, Freiheit und Macht des deutschen Volkes in jeder Brust neu entzündeten oder kräftigten. Nüchternen Beobachtern mochte des Festjubels besonders in den späteren Jahren leicht

Die Schillerfeier.

Andere nationale Feste.

etwas zu viel scheinen und die überschwängliche Beredtsamkeit mit ihren stets wiederkehrenden Schlagwörtern abgedroschen und ermüdend klingen; ungeduldige Naturen mochten die Worthelden spottend zu Thaten auffordern und in dieser Schönrednerei und dem ganzen „Festesdusel" das Grab der Thatkraft und der klaren Würdigung des Bestehenden erkennen; in Wirklichkeit war doch diesen Festen und Versammlungen eine wichtige Aufgabe zu teil geworden, die sie glücklich lösten: die tiefere und völligere Durchdringung des gesamten Volkes mit dem Gefühl seiner unverlierbaren Einheit und mit der Forderung diese auch äußerlich in irgend welcher Form zur Erscheinung zu bringen. Es fehlte daneben nicht an solchen Vereinigungen, welche auch die schwierigere Arbeit nach der besten dieser Formen zu suchen in Angriff nahmen und die selbst, wo sie irrten, doch zur Klärung der Meinungen beitrugen. Die Generalversammlungen des Nationalvereins in Koburg, Heidelberg, Leipzig waren in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung. Nicht zu gleicher Geltung vermochte sich die Gegenpartei aufzuschwingen, die erst im Jahre 1862 als deutscher Reformverein zusammentrat und ihre Forderungen auf ein Bundesdirektorium und eine Kammer von Vertretern der einzelnen deutschen Landtage beschränkte. Dem Nationalverein gelang es in manchen Kammern der kleineren Staaten die Mehrheit zu gewinnen, so daß vom Jahre 1860 ab bald diese bald jene Regierung von ihren Ständen aufgefordert wurde für die Schaffung einer Centralgewalt und einer Volksvertretung am Bunde zu wirken. Auch da, wo man in der Minderheit war, scheute man solche Anträge nicht, da man schon von dem Kampf mit den Gegnern eine Förderung der guten Sache erhoffte. Zwischen den Liberalen der einzelnen Länder bestand die regste Verbindung; im Herbst 1862 schlossen sich die Abgeordneten der liberalen Partei zu einem besonderen Vereine zusammen, der alljährlich tagen sollte und die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 auf sein Banner schrieb. Ohne solche bestimmte Parteirichtung waren naturgemäß die wissenschaftlichen und meist auch die wirtschaftlichen Wanderversammlungen; aber nichtsdestoweniger ward auch ihnen ein politischer Charakter mehr und mehr eigen. Juristen und Philologen, Naturforscher und Journalisten hielten in dieser Weise ihre Vereinstage ab; der volkswirtschaftliche Kongreß und der Handelstag gewannen eine hervorragend praktische Bedeutung, jener vor allem durch das siegreiche Eintreten für die Gewerbefreiheit, die seit dem Jahre 1860 zuerst in Sachsen, dann in vielen anderen Staaten eingeführt wurde, der Handelstag vornehmlich im Jahre 1862 durch seinen Beschluß zu Gunsten des Handelsvertrages mit Frankreich.

Politische Versammlungen.

Vereinstage.

Auch auf kirchlichem Gebiete hielten die Parteien in ganz Deutschland zusammen; der Kirchentag, die Generalversammlungen des Gustav-Adolf-Vereins und der katholischen Gesellschaften Deutschlands waren schon älteren Ursprungs; erst im Jahre 1863 kam als Vertreter der freisinnigen Bestrebungen in der evangelischen Kirche der Protestantenverein hinzu, dessen Ziel eine deutsche Nationalkirche und die Durch-

Kirchliche Parteien.

führung der Gemeindeverfassung bildete. Aber schon vor der Gründung dieses Vereines hatten in mehr als einem Einzelstaate kirchliche Fragen zu heftigen Kämpfen geführt; schwere Niederlagen erlitt besonders der Ultramontanismus. Glücklicherweise hatte die Reaktion es versäumt oder für überflüssig gehalten die Genehmigung der Kammern zu den Konkordaten, die man mit Rom geschlossen, einzuholen. Auch die Landtage ihrerseits hatten bisher geschwiegen oder nur schüchterne Einrede gegen die Beschränkung erhoben, die ihrem Gesetzgebungsrechte durch diese Verträge gezogen war. Jetzt aber, wo mit dem Volksbewußtsein auch das Selbstbewußtsein der Landesvertretungen wieder erwacht war, erhoben diese, die zweite badische Kammer voran, ihre Stimme gegen die Konkordate und verlangten dieselben ihrer Prüfung zu unterziehen. Die Folge war, daß am 29. März 1860 der badische Vertrag von der zweiten Kammer mit großer Mehrheit verworfen wurde. Vergebens steifte sich der Minister Stengel darauf ihn trotzdem zur Ausführung zu bringen, der Großherzog griff persönlich ein, erklärte, daß er den Verfassungsstreit, der daraus entstehen müsse, nicht wolle, daß der Inhalt des Konkordates in Gesetzesform gebracht und dadurch der katholischen Kirche ihr Recht zu teil werden könne, und berief ein liberales Ministerium Stabel-Lamey, dem sich ein Jahr später als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Freiherr von Roggenbach, ein erklärter Freund der preußischen Führung, zugesellte. Allerdings erhoben sich die Ultramontanen heftig gegen diesen Umschwung: aber trotz des Protestes, den der Erzbischof von Freiburg erließ, trotz der Erklärung von 300 Priestern, daß sie der Kirche und nicht dem Staate gehorchen würden, kamen die badischen Kirchengesetze noch im Juli zustande, und das Beispiel der Karlsruher Kammern fand in Stuttgart, Wiesbaden und Darmstadt Nachfolge. An letzterem Orte stemmte sich der Minister Dalwigk allerdings lange gegen die Forderungen des Landtags und gab ihm nicht einmal volle Kenntnis von den Konventionen, die er mit dem Mainzer Bischof Ketteler abgeschlossen hatte; selbst einem Beschlusse ihn deswegen in Anklagezustand zu versetzen konnte er Trotz bieten, weil er wußte, daß die erste Kammer ihre Zustimmung dazu doch nicht erteilte. Erst nach dem Kriege von 1866 fügte er sich in das Unvermeidliche und hob am 6. Oktober die Konventionen auf; die gesetzliche Neuordnung, die dadurch nötig wurde, fand gar erst unter seinem Nachfolger 1875 ihren Abschluß. In Württemberg aber nahm der Streit denselben schnellen Verlauf wie in Baden. Im März 1861 verwarf die zweite Kammer die Konvention und die Regierung gab nach; nur beschränkte sich hier der Ministerwechsel auf die Ersetzung des Kultusministers Rümelin durch den Staatsrat Golther; der leitende Kopf, ein heftiger Preußenfeind, Freiherr von Linden, verblieb am Ruder.

Die süddeutschen Konkordate.

Auch in den evangelischen Landeskirchen fehlte es nicht an schweren Kämpfen, aber meistens begnügte sich die freisinnige Richtung mit der Abwehr feindlicher Angriffe, so in dem Pfälzer Gesangbuchsstreit von

Die evangelischen Landeskirchen.

1858—61, den der protestantische Verein mit seinen 20 000 Mitgliedern zum siegreichen Ende, d. h. zur Abschaffung des aufgezwungenen Gesangbuches führte. Ähnlich hatte man im jenseitigen Bayern gegen eine neue Liturgie, in Baden gegen eine neue Agende, in Hannover gegen einen neuen Katechismus zu kämpfen. Der erste Sieg gehörte dabei überall dem Liberalismus; aber zu behaupten verstand er ihn nur in Baden; nur hier und in einigen Kleinstaaten wurde die freisinnige Theologie als gleichberechtigt anerkannt; überall sonst, auch in Preußen, war ihr Einfluß gering und blieb ihr Bestand gefährdet.

Verfassungskämpfe.

In denjenigen Ländern, welchen in der Reaktionszeit ihre Verfassungen von 1848 geraubt oder verstümmelt waren, begann natürlich auch eine Bewegung zu Gunsten der Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes. Aber weder der Bundestag, den die Anhaltiner um Hilfe anriefen, noch die einzelnen Fürsten ließen sich einschüchtern; besonders in Mecklenburg, das am schwersten unter seiner mittelalterlichen Ständeverfassung litt, waren alle Bemühungen um Besserung umsonst. Im allgemeinen fanden diese Bestrebungen jenseit der engen Grenzen des einzelnen Ländchens keine große Teilnahme; in zwei Fällen aber wurden sie als deutsche Nationalangelegenheit aufgefaßt, in Kurhessen und Schleswig-Holstein.

Kurhessen.

Die kurhessischen Kammern hatten trotz der Gewaltmaßregeln, welche erst Hassenpflug und, nachdem dieser beim Kurfürsten in Ungnade gefallen war, sein Nachfolger Scheffer gegen sie anwandte, die Verfassung, die dem Lande am 13. April 1852 aufgezwungen war, nicht bestätigt und dadurch die Rückkehr zu dem Grundgesetz von 1831 offen gehalten. Ermutigt durch die Neubelebung des öffentlichen Geistes und auf Preußens Beistand hoffend, wandte sich die zweite Kammer im Februar 1860 nach Frankfurt. Schon im nächsten Monat trat Preußen wirklich mit einem Antrag zu Gunsten des Rechtszustandes am Bunde hervor, allein die Mehrheit der Regierungen konnte sich zu einem solchen Bruch mit der Vergangenheit noch nicht aufschwingen; sie begnügte sich damit der Verfassung von 1852 die von dem Kurfürsten erbetene Garantie insoweit zu versagen, als die Stände sie nicht genehmigt hätten. Nun machte sich die hessische Regierung daran die Forderungen, welche besonders von der ersten Kammer erhoben waren, zu berücksichtigen und ein umgearbeitetes Grundgesetz unter dem 30. Mai 1860 zu erlassen. Damit war vielleicht einzelnen Beschwerden abgeholfen, aber der Rechtsbruch blieb ungesühnt, und diese Sühne war es doch vor allem, was das Land forderte. Schon die Proteste, die seitens der städtischen Behörden nach wenigen Tagen beim Bundestag einliefen, lehrten, wie fruchtlos diese Maßregel der Regierung sei. Als dann im November der Landtag zusammentrat, erließ er sofort auch seinerseits eine Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit des neuen Zustandes und erklärte sich für nicht befugt die neue Verfassung durchzuberaten, so daß der Regierung nichts übrig blieb, als ihn schon am 8. Dezember wieder auf-

zulösen. Derselbe Vorgang wiederholte sich im Juni 1861 und im Januar 1862. Aber weder die unerschütterliche Haltung der Stände und ihres Präsidenten Nebelthau noch die mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Adressen, weder die dringenden Ermahnungen der preußischen Regierung noch die Beschlüsse, die fast in allen deutschen Landtagen zu Gunsten der Verfassung von 1831 gefaßt wurden, machten den Kurfürsten irre; es schien ihm unglaublich, daß der Bundestag je mit seiner Vergangenheit brechen, oder daß Preußen es wagen werde Gewalt zu gebrauchen. Allerdings war in Frankfurt die Mehrheit immer noch auf seiner Seite und Badens Antrag, der Bund solle sich für die Verfassung von 1831 erklären, blieb monatelang gänzlich unbeachtet; nur Preußen und Weimar gaben ausdrücklich ihr Einverständnis zu erkennen. Als aber im Januar 1862 auch der dritte Versuch des Kurfürsten einen willfährigen Landtag zu schaffen gescheitert war, gelang es der preußischen Regierung endlich auch Österreich von der Unhaltbarkeit dieser Zustände zu überzeugen. Ein gemeinsamer Antrag vom 8. März, der sich nur in Nebendingen von dem badischen unterschied, war das Ergebnis der Verhandlungen. Für den Kurfürsten schien das Spiel verloren. Aber nun bäumte er sich in seinem Trotz erst recht auf. Eine Verordnung vom 26. April beraubte alle die, welche nicht vor der Wahl die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860 protokollarisch anerkannten, des Wahlrechts. Alle Proteste dagegen halfen nichts; die Vorstellungen des Berliner Kabinetts wurden kalt zurückgewiesen. Diese Dreistigkeit konnte Preußen sich unmöglich bieten lassen; es ließ in Wien erklären, daß es fortan seine Schritte in Kassel nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen werde, und sandte am 11. Mai 1862 den General von Willisen mit einem sehr ernsten Handschreiben des Königs an den Kurfürsten. Der Empfang des königlichen Abgesandten war derart, daß der preußische Geschäftsträger in Kassel sofort Befehl zur Abreise erhielt und für zwei Armeekorps die Marschbereitschaft auf den 23. Mai angeordnet wurde. Nun wurde die Sache doch auch dem Bundestag und der österreichischen Regierung bedenklich. Am 13. Mai bereits forderte die Frankfurter Versammlung den Kurfürsten auf die Wahlbeschränkung wiederaufzuheben, und eine österreichische Note erklärte rund heraus, daß dieser Beschluß trotz seiner milden Form als ein zwingender Befehl zu betrachten sei; wenige Tage später kam der österreichisch-preußische Antrag vom 8. März zur Verhandlung und wurde gegen die eine Stimme Mecklenburgs angenommen. Längeren Widerstand zu leisten war rein unmöglich; der Kurfürst entließ also am 26. Mai seine Minister und übertrug Herrn von Dehn-Rothfelser die Leitung der Geschäfte und die Wiedereinführung der Verfassung von 1831. Die neugewählten Volksvertreter, die am 30. Oktober zusammentraten und wiederum Nebelthau zu ihrem Präsidenten erkoren, kamen der Regierung durchaus versöhnlich entgegen; aber der Kurfürst hatte seinen Ärger noch nicht überwunden, und weil er ihn in anderer Weise

Herstellung der Verfassung.

nicht auslassen konnte, so machte er sich das Vergnügen allen Vorlagen, welche die Minister an die Kammer bringen wollten, seine Zustimmung zu versagen. Der Zustand wurde schließlich so unerträglich, daß die Minister den Landtag auf unbestimmte Zeit vertagen mußten, zugleich aber selbst ihre Entlassung forderten. In Preußen saß um diese Zeit schon Herr von Bismarck am Ruder. Er war nicht willens sich dieses tolle Treiben gefallen zu lassen. Die gesandtschaftliche Verbindung mit Kassel war noch nicht wiederhergestellt; nach der Behandlung, die dem General Willisen im Mai widerfahren war, konnte man eine Person von Rang nicht wieder an den Kurfürsten schicken; es ging also am 24. November 1862 ein simpler Feldjäger an ihn ab mit einer Note, die den sofortigen Zusammentritt des Landtags befahl und im Falle des Ungehorsams Zwangsmaßregeln ankündigte, die solange dauern würden, bis unter Zuziehung der Agnaten des Kurfürsten hinlängliche Bürgschaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände gewonnen seien. Dem preußischen Feldjäger folgte ein österreichischer General mit ähnlichen Mahnungen, und so entschloß sich denn der Kurfürst zu der neuen Demütigung. An erneuten Reibungen zwischen ihm und seinen Ministern war auch fürderhin kein Mangel, aber in der Hauptsache wurden die Verhältnisse jetzt doch glatt geordnet. Die bundeswidrigen Bestimmungen wurden aus der Verfassung ausgemerzt und im nächsten Jahre zum erstenmal nach dreizehnjähriger Unterbrechung ein regelmäßiges Budget zustande gebracht. Über das erzielte Resultat herrschte allgemeine Freude in Deutschland; es war ein Unrecht und eine Schmach gesühnt, die kaum von der schleswig-holsteinschen überboten wurde; aber daß dieses Resultat solange Zeit erfordert hatte, daß ein einziger eigensinniger Fürst das deutsche Volk und seine beiden Großmächte solange hatte verhöhnen dürfen, das blieb doch immer eine tief beschämende Thatsache und ein trübseliger Beweis für den kläglichen Zustand, in welchem sich das deutsche Volk befand.

Noch vernehmlicher freilich predigte dieselbe Lehre der zähe Widerstand, welchen Dänemark den Forderungen des Bundes entgegenstellte, und das kecke Spiel, das es mit seinen Geboten trieb. Aber ebendeshalb, weil es seinen Trotz noch erheblich länger fortsetzte als der hessische Kurfürst und die Entscheidung der schleswig-holsteinschen Frage daher einem späteren Zeitpunkte angehört, gedenken wir ihrer an dieser Stelle nur flüchtig um sie später im Zusammenhange zu erzählen.

Bundesreformversuche.

Preußen und die Mittelstaaten.

Unterdessen hatte Preußen die Reform der Bundesverfassung, oder eigentlich nur der Bundeskriegsverfassung, in Fluß gebracht und dadurch auch die mittelstaatlichen Regierungen unsanft aus der Ruhe gerüttelt. Wenn irgendwo, so wußte man es an den Höfen der Königreiche, daß der bisherige Zustand auf die Dauer nicht zu halten sei, daß Preußen,

wenn es nur, mit Bismarck zu reden, mutig wollte und seines Wollens sich nicht schämte, wenn es am Bunde, in der Presse und vor allem in der Kammer offen darlegte, wessen es bedürfe und was es fordere, des Sieges früher oder später sicher sein könne. Die Klugheit gebot daher den Mittelstaaten durch rechtzeitige Zugeständnisse zu retten, was zu retten war. Eine solche Politik wurde ihnen ungemein erleichtert durch die kalte Zurückhaltung, die das Berliner Kabinett gegen die Anerbietungen der Nationalpartei an den Tag legte. Graf Schwerin, der bewährte liberale Minister von 1848, der sehr bald an Flottwells Stelle Minister des Inneren geworden war, eine Ernennung, die das Vertrauen des Volkes in die neue Ära nicht wenig gehoben hatte, erklärte doch schon im September 1859 den Bürgern Stettins als sie sich in einer Adresse an den Prinzregenten wandten: Stärkung der Wehrkraft und Sicherung des Rechtszustandes sei für Deutschland mehr wert als verfrühte Anträge auf Änderung der Bundesverfassung. Ängstlich vermied man in Berlin alles, was bei den übrigen deutschen Fürsten Mißtrauen erwecken konnte. Die Thronreden befleißigten sich einer vorsichtigen Zurückhaltung da, wo sie auf die mangelhafte Gestaltung des deutschen Bundes zu sprechen kamen. In den Adreßdebatten wehrten die Minister eifrig jeden Ausdruck ab, der unverhüllt die preußische Spitze forderte, und bis zum Jahre 1861 schwächten die Abgeordneten auch stets ihre Forderungen bis zu der Tonart ab, welche der Regierung genehm war. Einigkeit macht stark, und da wir stark sein müssen, so müssen wir auch einig sein; die Einigkeit steht höher als die Einigung; das war der Grundgedanke, der aus allen Maßnahmen des Prinzregenten wie seiner Minister hervorleuchtete. Die Besorgnis, daß Frankreich unter irgend welchem Vorwand Krieg beginnen und bei einzelnen deutschen Fürsten auf rheinbündlerische Neigungen stoßen könnte, war dem Ministerium offenbar nicht fremd, und unberechtigt durfte sie gewiß nicht genannt werden. Ganz geflissentlich drohte der hannoversche Minister von Borries mit auswärtigen Bündnissen; in öffentlicher Kammersitzung erklärte er am 1. Mai 1860, die Bestrebungen des Nationalvereins seien dazu angethan die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem Ausland in die Arme zu treiben; und als sich über diese Äußerung ein Sturm des Unwillens in ganz Deutschland erhob, als im preußischen und anderen Landtagen in Vereinen und Versammlungen die heftigsten Verwahrungen gegen solchen Vaterlandsverrat eingelegt wurden, erhob König Georg, wie er freilich schon länger geplant hatte, seinen Minister in den Grafenstand, und der Prinzregent erklärte begütigend in der Rede, mit welcher er die Kammern schloß: in der unerschütterlichen Treue gegen das gemeinsame Vaterland seien alle deutschen Regierungen mit ihm einig.

Der Badener Fürstentag.

Auch Kaiser Napoleon, dem der Verdacht, der auf ihm ruhte, lästig genug war, wünschte zur Beruhigung etwas beizutragen und bot deshalb dem Prinzregenten eine freundschaftliche Zusammenkunft an; im Hintergrunde schlummerte dabei vielleicht die Hoffnung auf diese Weise

dem Mißtrauen, das an den übrigen deutschen Höfen gegen Preußen herrschte, neue Nahrung zu geben. Aber wenn diese Berechnung vorhanden war, so wurde sie durchkreuzt. Der Prinzregent erklärte sich zu einer Besprechung gern bereit, wenn es auch anderen deutschen Fürsten gestattet sei daran teilzunehmen. Diese Bedingung konnte Napoleon nicht wohl abschlagen, und so ersuchte der Prinzregent die süddeutschen Fürsten mit ihm gemeinsam in Baden-Baden den Kaiser zu empfangen. Der König von Hannover sprach seinerseits den Wunsch aus gleichfalls zugezogen zu werden und veranlaßte dadurch noch eine Einladung an den sächsischen König, so daß die Zahl der vom 16.—18. Juni 1860 in Baden versammelten deutschen Herrscher sich auf zehn belief. Sie nahmen die lebhaften Friedensversicherungen des französischen Kaisers gemeinsam entgegen und pflogen überdies noch vertraulicher Beratungen über die Lage Deutschlands, die wenigstens das eine Resultat hatten, daß die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung ein wenig gefördert wurden.

Die Bundeskriegsverfassung.

Die Notwendigkeit einer erneuten Prüfung dieses Gesetzes war dank Preußens Bemühungen schon durch einen Beschluß vom 12. November 1859 anerkannt worden. Aber statt durch ernstliches Eintreten in diese Reform weitergehende Forderungen abzuschneiden suchten die Mittelstaaten kurzsichtig genug gerade diese Frage in den Hintergrund zu schieben; denn in keinem Punkte war ihr Souveränitätsdünkel verletzlicher als in militärischen Dingen. Das Mittel, das sie ersannen, war nicht übel.

Die Würzburger Anträge.

Am 21. November 1859 versammelten sich ihre Minister zahlreich in Würzburg, erkannten den Wunsch der Nation als berechtigt an und fügten dem Verlangen nach einer verbesserten Kriegsverfassung noch sieben andere Forderungen hinzu, unter denen sich die Befestigung der Küsten, die Begründung eines obersten Bundesgerichts, die Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Civil- und Kriminalgesetzgebung, zur Einheit von Maß und Gewicht, kurz ganz vortreffliche Ratschläge befanden. Mit diesem Programm, das sie als den einzig praktischen Weg bezeichneten, traten sie am 17. Dezember 1859 vor die Bundesversammlung. Die preußische Regierung aber war mit dieser Zersplitterung der Thätigkeit keineswegs zufrieden und überdies völlig abgeneigt der Wirksamkeit des Bundes einen größeren Spielraum zu gestatten. Auch ohne damit hervorzutreten hielt sie doch immer noch fest an dem Plane eines engeren Bundesstaates mit gemeinsamer Volksvertretung; diesem und nicht dem Frankfurter Schattenwesen hatte sie die Durchführung derartiger Reformen

Preußens Forderungen.

zugedacht; in Frankfurt wollte sie nichts anderes erzielen als eine gesteigerte Wehrhaftigkeit Deutschlands und einen gesicherten Einfluß Preußens auf die Leitung eines möglichen Bundeskrieges. Allen anderen Vorschlägen der Würzburger stellte daher Herr von Usedom die größte Lauheit entgegen; in dem Militärausschuß aber beantragte er, daß im Fall eines Krieges die norddeutschen Truppen unter Preußens, die süddeutschen Truppen unter Österreichs Oberbefehl treten, und daß die Regierungen der beiden Großstaaten sich alsdann unter Zuziehung von

Vertretern der übrigen Bundeskorps über einen gemeinsamen Feldzugsplan einigen sollten. Dieser Forderung stemmten sich die Würzburger mit aller Macht entgegen und Österreich stand ihnen bei; nur unter der einen Bedingung, daß Preußen ihm den Besitz Venetiens verbürge, schien es zeitweilig geneigt auf dessen Seite zu treten; aber diese Bedingung zu erfüllen war für Preußen schon deshalb unmöglich, weil Österreich dadurch zu einem Angriffskrieg gegen Sardinien ermutigt worden wäre. Das Ende war also, daß der Militärausschuß am 2. Mai 1860 die Berliner Anträge gegen Preußens einzige Stimme verwarf. So lagen die Dinge, als der Badener Fürstentag zu erneuten Versuchen führte und zwar in doppelter Weise, teils durch Wiederaufnahme der Würzburger Konferenzen, teils durch eine Annäherung zwischen den Herrschern von Österreich und Preußen. Diese letztere einzuleiten und dadurch die Spannung, die seit dem Frieden von Villafranca bestand, zu lösen übernahm der König von Bayern. Er brachte eine Begegnung der beiden Monarchen in Teplitz (am 26. Juli 1860) zustande und überbrückte dadurch wenigstens die Kluft in den persönlichen Verhältnissen. Das politische Ergebnis der Zusammenkunft aber war geringer, als hier gehofft und dort gefürchtet wurde. Franz Josef konnte sich nicht entschließen auch nur Norddeutschland der preußischen Führung zu überlassen, und der Prinzregent übernahm in bezug auf Venedig keine andere Gewähr, als daß er für den Fall eines französisch-italienischen Angriffs seine Hilfe in Aussicht stellte, und auch das schwerlich ohne den alten Vorbehalt in betreff des Oberbefehls. Die Furcht, daß Preußen wieder einmal „mit Wiener Gemütlichkeit über den Löffel balbiert sei", war sicherlich unbegründet, wenngleich sie durch die schwungvolle Erwähnung der Teplitzer Zusammenkunft in einem Toaste des österreichischen Kaisers, als dieser vierzehn Tage später mit dem Könige von Bayern die Wien-Münchener Eisenbahn in Salzburg eröffnete, einige Nahrung erhielt. Unter diesen Umständen war auch von den Würzburger Konferenzen, die in der ersten Augustwoche stattfanden, nicht viel zu erwarten. Die Annäherung an die preußischen Forderungen, die der König von Württemberg auf dem Fürstentage versprochen hatte, beschränkte sich darauf, daß in solchen Fällen, wo die Großmächte über ihre bundesmäßigen Verpflichtungen hinaus für die Verteidigung Deutschlands einträten, der Oberfeldherr von ihnen und nicht von der Bundesversammlung ernannt werden solle; das, was Preußen verlangte, die freie Verfügung über sein eigenes Heer und über die anderen norddeutschen Truppen, erhielt es also nicht; im Gegenteil, es wurde ihm nur die Aussicht eröffnet sich Österreich unterordnen zu müssen; denn mit der Hoffnung, daß dieses sich jemals einem preußischen Oberbefehl fügen werde, konnte sich doch niemand ernstlich tragen. Den Würzburgern war die Nichtigkeit ihres Planes auch so vollständig klar, daß sie nicht die mindeste Eile zeigten mit demselben hervorzutreten; erst am 31. Mai 1861 legten sie ihn dem Bundestage vor. Dem Berliner Kabinett war er natürlich schon länger

Annäherung zwischen Österreich und Preußen.

Weitere Verhandlungen.

bekannt gewesen; es konnte nur dann darauf eingehen, wenn den beiden Großmächten das Recht erteilt wurde nicht den Oberfeldherrn, sondern die Oberleitung unter sich zu vereinbaren; ward diese Fassung gewählt, so blieb die Zweiteilung des Oberbefehls, wie Preußen sie wünschte, wenigstens offen und die Aussicht sie im gegebenen Fall von Österreich zu erdringen war nicht so gering. Aber auch von diesem Vorschlage wollten die Würzburger, als Preußen ihn am 2. Mai 1861 machte, nichts hören; nur Baden trennte sich von den bisherigen Genossen und trat auf Preußens Seite. Mit den übrigen war eine Verständigung nicht zu erzielen und die ganze Angelegenheit verschwand von der Tagesordnung.

Sächsisches Reformprojekt.

Aber nur um in erweiterter Gestalt alsbald von neuem aufzutauchen. Dem Ehrgeiz des sächsischen Ministers von Beust war es beschieden den Streit um die Verbesserung des Bundeskriegsverfassung in einen Streit um die Neugestaltung des gesamten Bundes umzuwandeln. Dem geistvollen, aber unruhigen und eitlen Manne schien der Augenblick günstig um den Lorbeer des Regenerators von Deutschland, nach dem niemand mit voller Entschiedenheit zu greifen wagte, für sich zu erhaschen.

Ungeduld der öffentlichen Meinung.

Auf der einen Seite war das Drängen im Volke so mächtig, daß es durch irgend welche Zugeständnisse beschwichtigt werden mußte; auf der anderen Seite hatte sich der freudige Jubel, mit dem die Regentschaft in Preußen begrüßt war, sehr gedämpft, der laute Ruf nach der preußischen Spitze war bedenklich leiser geworden, und selbst der Nationalverein unterließ in den Beschlüssen, die seine Generalversammlung in Heidelberg am 23. August 1861 in betreff der deutschen Centralgewalt faßte, jede Erwähnung Preußens. An diesem Rückschlag der öffentlichen Meinung war die mangelhafte politische Bildung, die in der Erhebung Preußens zur Führerrolle weit mehr eine Belohnung, als eine Notwendigkeit erblickte, nicht minder schuld, als das schwächliche Auftreten der preußischen Regierung, die keineswegs mit ihren Zielen wuchs. Je geringere Hoffnung sie hatte am Bunde eine Stärkung ihrer militärischen Kraft zu erreichen, umsomehr suchte sie das eigene Heer auf eine höhere Stufe der Vollendung zu erheben und bediente sich dabei keineswegs immer der klügsten Mittel. Die festen Grenzen, welche der Prinzregent sich für die inneren Reformen und in seiner deutschen Politik vorgezeichnet hatte, blieben in der That unverrückt; die Zeit aber drängte weiter, und nicht ohne Mißbehagen hörte man den Herrscher mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken wiederholen, daß jede Regierung ihre eigene Aufgabe habe und daß er sich nicht wider seine Überzeugung über die Linie hinaustreiben lassen werde, die er sich selbst gezogen. Die Enthaltsamkeit der fortgeschrittenen Parteien hielt dem gegenüber nicht stand, und wenn 1858 die Männer der Linken freiwillig auf die Beteiligung an der Landesvertretung verzichtet hatten, so führten die Ersatzwahlen doch einen nach dem anderen, vor allem im Dezember 1860 den bewährten und vielgehaßten Waldeck, in die Kammer. Der Wider-

stand, welchen das Herrenhaus den dringendsten Gesetzen, z. B. denen über die Grundsteuer und über die bürgerliche Eheschließung, bereitete, regte die Parteileidenschaft lebhaft an, und die Forderung, die erste Kammer müsse ganz beseitigt werden, verbreitete sich in wenig erfreulicher Weise. Auch mit der auswärtigen Politik, besonders mit dem Verhalten der Regierung gegen Italien war der Liberalismus unzufrieden, und Vincke selbst, die Hauptstütze des Ministeriums, beantragte und erreichte, wenngleich mit knapper Mehrheit, im Februar 1861 jene Erklärung, die das neuerstandene Italien freudig begrüßte.

König Wilhelm.

Es geschah dies in der Antwort auf die erste Thronrede, welche Wilhelm I. als König hielt. Am 2. Januar 1861 war sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. endlich seinen Leiden erlegen. Irgend welchen Einfluß auf die Regierung hatte er längst nicht mehr geübt; auch sein Tod schien deshalb eine politische Bedeutung nicht zu haben. Dennoch gab er mittelbar zu einer Verschlechterung in der Stellung der Regierung mancherlei Anlaß. Die Proklamation des neuen Königs an sein Volk enthielt zwar goldene Worte: Es ist Preußens Bestimmung nicht, hieß es darin, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben; in der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht — aber man hatte neben diesen beherzigenswerten Mahnungen auch freiheitliche Zugeständnisse, man hatte ein entschiedeneres Programm in der deutschen Frage erhofft und war mißmutig über die Enttäuschung. Die Verhandlungen über die Reorganisation des Heeres verbitterten sich; nur mit Mühe wurde ein vorläufiges Abkommen zustande gebracht; daß die Frage bereits zu einem politischen Duell zwischen dem General Edwin von Manteuffel und dem späteren Abgeordneten Twesten führte, bot einen richtigen Gradmesser für die herrschenden Stimmungen. Dem Schluß des Landtages folgte die Bildung einer neuen Partei auf dem Fuße nach: am 9. Juni 1861 erschien das Programm „der deutschen Fortschrittspartei in Preußen". Die bisherige Mehrheit habe sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt; das Volk müsse bei den bevorstehenden Neuwahlen kräftigere Männer nach Berlin senden; die deutsche Centralgewalt in den Händen Preußens, eine gemeinsame deutsche Volksvertretung, Beseitigung der noch gültigen reaktionären Gesetze, Ministerverantwortlichkeit, Trennung des Staates von der Kirche, Sparsamkeit im Heerwesen, gründliche Umgestaltung des Herrenhauses, das seien die dringendsten Erfordernisse, die es durchzusetzen gelte. Demgegenüber rafften sich auch die konservativen Schichten auf und gründeten im September einen preußischen Volksverein, dessen Programm durch eine wahre Flut von Verneinungen (kein Untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik, kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel, keine Beseitigung des christlichen Fundaments, keine konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit — und so ins endlose) sich hervorthat. Dem Könige

Die Fortschrittspartei und der preußische Volksverein.

Die Königsberger Krönung.

selbst aber lag daran seine persönliche Stellung vor dem ganzen Lande durch einen nicht mißzuverstehenden Akt zu kennzeichnen: am 3. Juli 1861 kündigte er an, daß er am 18. Oktober sich in Königsberg feierlich krönen werde und daß diese Krönung in Gegenwart des Landtags an die Stelle der im absoluten Staate gebräuchlichen Erbhuldigung treten solle; dadurch, daß er die Krone vom Altare nahm und sie sich selbst aufs Haupt setzte, wollte er aussprechen, daß er sie niemandem als Gott verdanke und daß sein königliches Amt über dem Volkswillen und seinen Schwankungen stehe; dadurch, daß er den Landtag zum Zeugen dieses Aktes einlud, bestätigte er die Erwartung, daß er dem so verstandenen Königtum doch keine Befugnisse beimesse, die durch die Verfassung ihm entzogen waren, und daß er in dem Königtum von Gottes Gnaden, das er gern nachdrücklich betonte, keinen Gegensatz zu dem Konstitutionalismus sehe, der sich geschichtlich in Preußen entwickelt hatte. Dieses gewissenhafte Abwägen des Alten und Neuen fand aber innerhalb der vorwärtsdrängenden Parteien wenig Verständnis; man sah darin ein neues Zeichen der Beschränktheit, des Mangels an Mut, der Unfähigkeit die große Aufgabe der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zu lösen. Bei einem jugendlichen Fanatiker, der obendrein durch seine ausländische Erziehung dem deutschen Volke entfremdet war, bei dem Studenten Oskar Becker aus Odessa, verdichteten sich diese Klagen und Anklagen zu dem frevelhaften Plane des Mordes; den König beiseite zu schaffen und dadurch einem anderen die Möglichkeit zu geben an seiner statt das Verlangen des deutschen Volkes zu befriedigen schien dem erhitzten und verblendeten Verbrecher eine patriotische That. Am 14. Juli 1861 schoß er auf der Promenade in Baden-Baden ein Pistol auf den Fürsten ab; er verfehlte ihn; die schwerste Strafe, die ihm hätte zu teil werden können, ward ihm erspart: er erlebte es nicht mehr, wie am neunten Jahrestage seiner That das ganze deutsche Volk dem Manne, den er hatte ermorden wollen, als dem Hort des Vaterlandes, dem Wahrer deutscher Ehre, entgegenjauchzte. Zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, ward er später begnadigt und starb in Ägypten im Irrsinn.

Beckers Mordanfall.

Beusts Entwurf.

So lagen die Dinge, als sich Freiherr von Beust ermutigt fühlte die Frage der Bundesreform im mittelstaatlichen Interesse in Anregung zu bringen. Drei Tage vor der Krönung in Königsberg, am 15. Oktober 1861, versandte er sein Programm. Der Bundestag sollte fortan nur zwei Monate jährlich beraten: im Mai unter Österreichs Vorsitz in Regensburg, im November unter Preußens Präsidium in Hamburg; wenn er ein Gesetz erlassen wolle oder es sonst für zweckdienlich halte, solle er eine Versammlung von Vertretern der deutschen Landtage berufen; aus Österreich und Preußen würden je 30, aus den übrigen Staaten 68 daran teilzunehmen haben; endlich sollte für die Zeit, wo er nicht beisammen sei, eine ausführende Gewalt, bestehend aus Österreich, Preußen und einem Dritten, gebildet und diese für den Fall außer-

ordentlicher Verwickelungen mit ausgedehnter Vollmacht ausgestattet werden. Der ganze Plan war so lächerlich dürftig, daß er nur den Spott herausforderte. Baden und Koburg-Gotha, die beiden volkstümlichen Regierungen, kamen mit ihrem vernichtenden Urteil zuerst hervor. Der Herzog Ernst, der schon im Januar selbst einen sehr künstlichen Reformplan ausgearbeitet und verschiedenen Staatsmännern vertraulich mitgeteilt hatte, erklärte am 31. Oktober am Bunde: Deutschland brauche eine einheitliche Volksvertretung, eine einheitliche Kriegsverwaltung, Armee, Flotte, Vertretung im Auslande; bestimmte Anträge zu stellen sei Sache der größeren Regierungen; er wünsche sehr, daß diese sich dazu entschließen möchten, denn die Reform sei dringlich. Der badische Minister von Roggenbach bezeichnete den sächsischen Vorschlag als einen Stein, den man dem deutschen Volke statt des Brotes biete; ein einheitlicher Wille thue Deutschland not und der Großherzog sei bereit die Opfer zu bringen, welche dazu erfordert würden. Auf der anderen Seite wollte man in Wien von dem Beustschen Vorschlage auch nichts wissen; der Wechsel im Vorsitz am Bundestage sei eine Einbuße, in die Österreich nur dann willigen könne, wenn ihm der Besitz seines ganzen Gebietes vom Bunde verbürgt werde; solange es vorkommen könne, daß der eine Teil der deutschen Nation gegen das Ausland kämpfe, während der andere den egoistisch rechnenden Zuschauer spiele, sei jede Verfassungsreform wertlos. Österreich kam also mit der Sprache sehr offen heraus und gab den Preis, den es forderte, rund zu erkennen. Aber auch Preußen hielt diesmal mit seiner Meinung nicht zurück. Im Oktober hatte der bisherige Minister des Äußeren, Herr von Schleinitz, seine Entlassung gefordert; unter den Staatsmännern, die als seine Nachfolger in Betracht kommen konnten, befand sich vor allen Herr von Bismarck, dessen Ansichten über Preußens Stellung zum Bunde sich in Petersburg eher verschärft als gemildert hatten. Seine Privatbriefe waren voll bitteren Spottes über den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der kleinen Fürsten, denen der Bund nur als Piedestal diene um von da herab europäische Macht zu spielen; die ganze Bundesverfassung sei ein Unsinn, ein Treibhaus gefährlicher Sonderbestrebungen; eine straffere Zusammenfassung der deutschen Wehrkraft sei so nötig wie das liebe Brot; für eine gründliche Reform ehrlich und ernst einzutreten sei Preußens Pflicht, und weshalb es dabei vor der Idee einer Volksvertretung am Bunde zimperlich zurückschrecken solle, sehe er nicht ein. Dem Könige, der ihn nach Baden berief, setzte er diese Ansichten mündlich und schriftlich auseinander; Auerswald riet ihn mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen; aber noch schien dem König dieser Schritt zu gewagt; nicht Bismarck, sondern Graf Bernstorff wurde zu Schleinitz' Nachfolger ernannt. Einen kräftigeren Zug brachte aber auch dieser in die preußische Politik und Bismarcks Entwickelungen waren dabei schwerlich ohne Einfluß. In der Antwort, die dem sächsischen Minister am 20. Dezember 1861 zu teil wurde, stellte Bernstorff zum erstenmal

Baden und Koburg.

Österreich und Preußen.

Bismarck und Bernstorff.

Der engere Bundesstaat.

wieder den lange verhüllten Gedanken des engeren Bundesstaates in den Vordergrund; er lehnte es ab die Befugnisse des jetzt bestehenden Bundes zu erweitern und erklärte, jede engere Vereinigung müsse auf dem Wege der freien Vereinbarung erfolgen, der jetzige Bund sei bloß ein völkerrechtlicher Verband; seine Grundlagen seien zwar mannigfach verändert, aber nicht zu seinem Vorteil; statt auf diesem Wege fortzufahren, müsse man sie wieder vereinfachen und auf den Schutz nach außen beschränken; innerhalb des so gelockerten Staatenbundes sei aber die Bildung eines engeren Bundesstaates sehr wohl möglich, und Preußens Ziel sei es diese anzubahnen. Wie eine Bombe platzte diese Erklärung in das mittelstaatliche Heerlager. Herr von Beust selbst gab zunächst eine vornehm ablehnende Antwort, in der er andeutete, Preußen werde sich wohl noch eines besseren besinnen; die anderen Königreiche aber, Darmstadt und Nassau sandten am 2. Februar 1862 gemeinsam mit Österreich gleichlautende Noten nach Berlin, in denen sie den Abschluß eines derartigen engeren Bundes als eine Unterwerfung unter Preußen bezeichneten, die mit dem Wesen und der Verfassung des Bundes unvereinbar sei und diesen thatsächlich sprengen würde. Wenn sie mit der Aufforderung schlossen, Preußen möge seinen Standpunkt ändern und auf Beratungen über die Reform des Bundes eingehen, so verstand sich von selbst, daß die Antwort darauf entschieden ablehnend ausfiel. Der Nationalpartei war aber dieses Auftreten Preußens noch bei weitem nicht energisch genug; es belebte wohl wieder ihr Vertrauen in etwas und der Ausschuß des Nationalvereins erließ am 3. März eine Ansprache an die Vereinsgenossen, die voll guter Hoffnungen war und unzweideutig den preußischen Bundesstaat anempfahl; aber daß zwischen diesen Anschauungen und denen der preußischen Regierung doch eine weite Kluft bestand, ward durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhause offenbar, welche zu einem vollständigen Bruche führten.

Die gleichlautenden Noten.

Die Heeresreform und das Ende der neuen Ära.

Unglücklicherweise war es dem Ministerium der neuen Ära nicht gelungen mit dem Landtage der Jahre 1859—1861 die vom Könige geforderte Neugestaltung des preußischen Heeres zu vereinbaren. So sicher es auf die wohlwollende Unterstützung der großen Mehrheit der Volksvertreter rechnen konnte, so hatte es doch nicht in so enger Fühlung mit ihr gestanden, daß es ihre Führer vertrauensvoll in die Schwierigkeiten seiner eigenen Lage eingeweiht und dadurch eine den Verhältnissen entsprechende Haltung der Partei herbeigeführt hätte. Einen Teil der Schuld daran trugen freilich auch diese Führer und besonders Vincke, der jede allzunahe Berührung mit den Ministern mied und um ihnen keinen Einfluß über sich zu gestatten sich auch des Einflusses begab, den er auf sie hätte üben können. Das mochte so lange gefahrlos sein, als der Druck von rechts und links die Widerstandskraft der regierenden

Die Altliberalen und ihr Ministerium.

Mittelpartei nicht überstieg; aber auf die Fortdauer dieses Zustandes war doch nicht mit Sicherheit zu rechnen, und je deutlicher die Anzeichen wurden, daß eine bedeutende Partei im Lande die Politik der Minister nicht kräftig genug fand, umsomehr hätten diese sich bemühen müssen die wichtigste Frage, die sie zu ordnen hatten, und das war eben die Umgestaltung des Heeres, zum Abschluß zu bringen, ehe die Neuwahlen des Jahres 1861 eine andere Parteibildung des Abgeordnetenhauses herbeiführen konnten.

Der König und das Heer.

Dem Prinzregenten und nunmehrigen Könige konnte man nicht vorwerfen, daß er seinerseits einen Zweifel über die Wichtigkeit, welche er der Heeresreform beilegte, habe aufkommen lassen. Seit seiner ersten an die Öffentlichkeit gelangten Ansprache an das Ministerium der neuen Ära hatte er jede Gelegenheit benutzt um seine Ansicht dem Lande kund zu geben. Er betrachtete und bezeichnete die Umgestaltung als sein eigenstes Werk, das um so unerläßlicher für Preußens Machtstellung wurde, je hoffnungsloser die Bemühungen um eine Besserung der Bundeskriegsverfassung sich anließen. Daß einzelne Kleinstaaten nach dem Vorbilde Koburgs von 1861 an ihre Truppen freiwillig unter Preußens Leitung stellten, war militärisch natürlich von keinem Belang und nur als Bezeugung des guten Willens und als moralische Unterstützung des Berliner Kabinettes von Wert; die Kräftigung des eigenen Heeres war die unerläßliche Vorbedingung für jede entschlossene Politik nach außen, und wenn sie dem Lande schwere Lasten aufbürdete, so bot sie doch auch viele Vorteile und Erleichterungen, die es wohl verdienten sorgsam gewürdigt zu werden.

Vorgeschichte der Reorganisation.

Die Notwendigkeit einer Reorganisation wurde denn auch in der liberalen Partei gerade von sachverständiger Seite durchaus eingeräumt. Den schmählichsten Mißbrauch des besten Materials, die elendeste und teuerste Reserve, die man sich denken könne, so bezeichnete im Februar 1861 ein genauer Freund Vinckes, ein höherer Offizier, Lamarmora gegenüber die preußische Landwehr. Die Landwehr aber stand nach der bisherigen Heeresverfassung in engster Verbindung mit der Linie; je ein Regiment aus beiden Teilen des Heeres wurde im Kriegsfall zu einer Brigade verschmolzen; jeder Mangel und jede Verzögerung bei der Landwehr schädigte deshalb die Feldarmee. Das hatte man bei der Mobilmachung im November 1850 schmerzlich empfunden, und seit der Zeit waren die Reformbestrebungen im Gange. Schon unter Friedrich Wilhelm IV. wurde die dreijährige Dienstzeit, die seit zwanzig Jahren thatsächlich von der zweijährigen verdrängt war, obgleich sie noch gesetzlich zu Recht bestand, wiedereingeführt und die Stärke der Cadres erhöht; Willisen und Clausewitz arbeiteten vollständige Reorganisationspläne aus. Zur Deckung der Mehrkosten sollte der Ertrag der Grundsteuer dienen, deren Regulierung 1857 bei den Kammern beantragt wurde. Die Ablehnung dieser Vorlage durch das Herrenhaus und die Krankheit des Königs hatten die Sache dann ins Stocken gebracht, bis der Prinz von Preußen

die Regentschaft übernahm. Ohne Zweifel gehörte dieser zu den gründlichsten Kennern des Heeres. Er hatte nicht allein durch den praktischen Dienst im Frieden sowie durch den badischen Feldzug reiche Erfahrungen gesammelt, sondern auch seit 1819 allen Kommissionen über militärische Fragen als Mitglied und in späteren Jahren als Vorsitzender angehört. Seine Ansichten über den Wert oder Unwert der preußischen Heeresverfassung standen fest und die Mobilmachung des Jahres 1859 bekräftigte sie noch mehr. Er glaubte durch eine Umgestaltung auch dem Lande eine Erleichterung zu verschaffen; kam es 1859 doch vor, daß in einer einzigen Landwehrkompagnie (250 Mann) sich 242 Familienväter befanden, deren Familien von der Gemeinde unterstützt werden mußten. Andererseits wurden bei weitem nicht alle brauchbaren Militärpflichtigen wirklich in das Heer eingestellt, weil dessen Friedensstärke dazu nicht ausreichte. Zwar war dieselbe von 1815—1858 allmählich um etwa 20 000 Mann gesteigert, aber die Bevölkerung war in viel stärkerem Maße gewachsen, und während nach den Befreiungskriegen 1,25 Prozent der Einwohner unter die Waffen traten, geschah dies jetzt nur von 0,85 Prozent. Die allgemeine Wehrpflicht war also nur noch dem Namen nach vorhanden; in Wirklichkeit wurden von 40 Prozent brauchbarer Mannschaft nur 26 Prozent eingestellt; statt der 40 000 Rekruten, die jährlich ausgehoben wurden, hätte man über 60 000 einkleiden müssen. Auf diesen Erwägungen, die gewiß nicht antiliberal genannt werden konnten, beruhten die Reorganisationspläne, die der Prinzregent beförderte. Durch eine stärkere Rekrutierung sollte die Friedensarmee vergrößert und in den Stand gesetzt werden im Kriegsfalle ohne die Landwehr ins Feld ziehen zu können. Um das zu ermöglichen mußte die Zahl der Linienregimenter vermehrt, und der jüngste Teil der Landwehr zur Reserve gezogen werden. Nach dem Gesetze von 1814 bestand die letztere nur aus zwei Jahrgängen, die natürlich nicht ausreichten um die vermehrte Regimenterzahl auf den Kriegsfuß zu bringen; erst wenn man die Reservepflicht um zwei oder drei Jahre verlängerte, konnte man bei einer Mobilmachung auch ohne Landwehr dieselbe Heeresstärke aufstellen, wie jetzt mit derselben. Die drei Jahrgänge des stehenden Heeres und die zwei der bisherigen Reserve erhöhten sich von je 40 000 auf 63 000, d. h. zusammen um 115 000 Mann; hierzu traten die zwei neuen Jahrgänge mit je 63 000 Mann, so daß eine Steigerung von 200 000 auf 440 000 Mann in Aussicht gestanden hätte, wenn nicht in jedem späteren Jahrgange ein höherer Ausfall durch Tod, Auswanderung und andere Ursache in Anschlag zu bringen gewesen wäre. Immerhin aber konnte man hoffen die Zahl von 400 000 Mann zu erreichen und somit für denselben Zweck künftighin mit Leuten unter 27 Jahren auszukommen, für den man jetzt bis zum 32. Lebensjahre greifen mußte. Die Landwehr wurde deshalb nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt; es fiel das sog. zweite Aufgebot weg, und während der Preuße bisher erst mit dem vierzigsten Jahre zum Landsturm entlassen wurde, geschah dies nach den

Die allgemeine Wehrpflicht.

Plan der Reorganisation.

neuen Plänen schon mit dem dreiunddreißigsten. Die großen Vorteile der Einrichtung lagen also auf der Hand. Die älteren Klassen der Bevölkerung wurden zu Gunsten der jüngeren, überdies kriegstüchtigeren entlastet; dem Lande wurde im Kriegsfalle die Versorgung aller der mittellosen Familien erspart, deren Väter nun nicht mehr zu den Fahnen zu eilen brauchten; und endlich wurde der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wieder in erhöhtem Maße zur Geltung gebracht. Wenn es in der bisherigen Art weiterging, so mußte mit jeder Million, um welche die Bevölkerung zunahm, während die Zahl der eingestellten Rekruten gar nicht oder unerheblich wuchs, der Widerspruch zwischen jenem Grundsatze und den thatsächlichen Verhältnissen größer werden, und keiner, der in der allgemeinen Wehrpflicht die wichtigste moralische Kraft des preußischen Heeres verehrte, konnte sich der Überzeugung verschließen, daß etwas zur Abhilfe gegen diese Gefahr geschehen müsse.

Der Liberalismus.

Dazu war denn auch die liberale Partei in ihrer großen Mehrheit völlig bereit, aber sie glaubte diesen Zweck auf billigere Weise erreichen zu können: durch einen schnelleren Wechsel der Soldaten; sie billigte die stärkere Aushebung, aber sie wollte den einzelnen Mann nur zwei Jahre bei den Fahnen festhalten und dadurch die Möglichkeit schaffen in derselben Zeit und mit denselben Kosten drei statt zwei Soldaten heranzubilden. Dann brauchte die Zahl der Regimenter nicht vermehrt zu werden und man erreichte für dasselbe Geld, das man bisher auf die Armee verwandt, alle die Vorteile, welche sich der König von seinem Plane versprach. Wenn auf diesem Wege alljährlich Millionen erspart werden konnten, so schien es Pflicht zu sein trotz der dringenden Vorstellungen des Herrschers und seiner Minister daran festzuhalten und vielmehr von diesen Nachgiebigkeit zu fordern. Auf den Einwand, welcher militärischerseits gemacht wurde, daß in zwei Jahren der Rekrut nicht hinreichend ausgebildet werden könne, daß insbesondere durch den zu schnellen Wechsel der Mannschaft den einzelnen Truppenteilen der feste Zusammenhang, die innere Einheit geraubt werde, glaubte man kein großes Gewicht legen zu brauchen, weil ja länger als zwanzig Jahre die zweijährige Dienstzeit thatsächlich in Übung gewesen war und die Kriegsminister und Generale jener Zeit somit Zeugnis gegen den König und seine Fürsprecher ablegten. Der König aber war von der Richtigkeit und Unerläßlichkeit seiner Forderung zu tief durchdrungen, er schätzte die Schäden, welche in jener früheren Zeit dem zweijährigen Dienste entsprungen seien, zu hoch, als daß er es mit seiner Pflicht hätte vereinbaren können den Vorstellungen der liberalen Partei nachzugeben. So stand Pflichtbewußtsein gegen Pflichtbewußtsein, und der Zusammenstoß war unvermeidlich. Aber er hätte doch vielleicht schnell erledigt werden können, wenn die liberalen Minister ihm von vornherein mutig ins Gesicht geschaut und zu einer Zeit, wo sie noch allgemeiner Verehrung genossen, ihre Forderung offen und mit aller Kraft auf gesetzlichem Wege durchzubringen sich entschlossen hätten. Statt dessen

Die Kriegsbereitschaft von 1859.

benutzten sie die Zeitverhältnisse nur dazu um die Reorganisation thatsächlich und schrittweise ins Leben zu führen. Als der Friede von Villafranca geschlossen war, hoben sie die Mobilmachung nicht auf, sondern ließen die einberufenen Landwehrbataillone bei der Fahne. Allerdings wurden die Wehrleute aus denselben entlassen, aber statt ihrer stellte man Rekruten und Reserven ein und schuf so thatsächlich neue Truppenkörper innerhalb des stehenden Heeres. Eine Kommission von erfahrenen Generalen prüfte dann unter Wrangels Vorsitz vom 28. Oktober an noch einmal die Hauptpunkte der Reorganisation, worauf der Regent selbst den Entwurf derselben durcharbeitete und am 28. November 1859 abschloß. Acht Tage später wurde Generallieutenant von Roon, ein Mitglied der Kommission, zum Kriegsminister ernannt und am 10. Februar 1860 dem Landtage das Gesetz vorgelegt, durch welches die Reorganisation eingeführt werden sollte. Allein das Abgeordnetenhaus zeigte sich schwierig und das Herrenhaus verwarf die Grundsteuervorlagen, aus deren Ertrag die Mehrkosten der neuen Einrichtung bestritten werden sollten; mit dem 1. Mai lief die Frist ab, bis zu welcher die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt war; wenn sie nicht verlängert wurde, so mußte die Regierung aus Geldmangel die Landwehrbataillone entlassen. In dieser Verlegenheit zogen die Minister ihre Gesetzvorlage zurück und beantragten statt dessen die Bewilligung von 9 Millionen Thalern für die Zeit bis zum 30. Juni 1861 um damit auf Grund der bestehenden Gesetze die bisherige Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres aufrechtzuerhalten und zu vervollständigen. Wirklich bewilligte der Landtag die geforderte Summe und erteilte dadurch der Regierung das Vertrauensvotum, das sie verlangt hatte. Ausdrücklich aber bezeichnete er die Kriegsbereitschaft als eine nur „einstweilige" und legte dadurch Verwahrung ein gegen die endgültige Vermehrung der Bataillone. Unter diesen Umständen war es sehr bedenklich, daß gleichwohl die Landwehrbataillone zu besonderen Regimentern zusammengezogen wurden und als solche am 4. Juli 1860 von dem Regenten neue Namen erhielten, mehr noch, daß ihnen im folgenden Januar eigene Fahnen verliehen wurden. Zu alledem hatte der Kriegsherr zwar vollkommen das Recht; aber da die Kammern durch Verweigerung der Gelder den Fortbestand dieser Truppenteile schon in wenigen Monaten unmöglich machen konnten, so lag in dieser Fahnenweihe eine nicht wegzudeutende Mißachtung der Volksvertretung. Schlimmer noch war es, daß ihr in der Sitzung von 1861 das Wehrgesetz des vorigen Jahres gar nicht wiedervorgelegt wurde. Die Regierung erklärte die Änderung des Gesetzes von 1814 zwar immer noch für wünschenswert und versprach sie später zu beantragen; aber unerläßlich für die Reform sei sie nicht; denn es komme eigentlich nur die Verlängerung der Reservepflicht in Betracht, und so wünschenswert diese sei um die Landwehr zu entlasten, so werde die Frage doch immer erst im Falle einer Mobilmachung brennend, und dann stehe es der Regierung vollkommen frei entweder

Die Verlängerung derselben.

Die Fahnenweihe.

die Bataillone statt auf 1000 Mann nur auf 800 zu bringen oder die fehlenden 200 Mann aus der Landwehr in die Linie einzustellen. In der That sei die Reorganisation dem Landtage gegenüber nur eine Geldfrage; sie bestehe schon jetzt thatsächlich und rechtlich; bis zum 30. Juni 1861 seien die nötigen Summen bewilligt, und die Regierung bitte sie fortan in den ordentlichen Staatshaushalt aufzunehmen.

Zwiespalt zwischen Regierung und Kammer.

Dazu konnten sich Vincke und die Mehrheit nicht entschließen; die Fähigkeit des Landes die Mehrkosten zu tragen stand freilich bei der guten Finanzlage außer Frage, zumal nachdem das Herrenhaus am 7. Mai endlich die Abänderung der Grundsteuer, die 2—3 Millionen Mehreinnahme versprach, angenommen hatte; aber die Hoffnung doch schließlich die zweijährige Dienstzeit noch zu erreichen, und nicht minder das Verlangen einen unzweifelhaft gesetzlichen Zustand zu schaffen bewog die Abgeordneten auch diesmal die Mittel nur in außerordentlicher Weise für das nächste Jahr zu bewilligen. Es waren nur elf Stimmen Mehrheit, mit denen dieser Beschluß durchging, auch wurden die Ansätze der Regierung noch um $^3/_4$ Millionen verkürzt, und in einer besonderen Erklärung, die Vincke beantragte, forderte das Haus für das nächste Jahr die Vorlage eines Wehrgesetzes; aber in der That hatte jetzt die Kammer das Heft schon aus den Händen gegeben; unmöglich konnte 1862 die neue Einrichtung, die dann zwei Jahre bestanden hatte, wieder rückgängig gemacht werden; die ganze Armee wäre dadurch in Verwirrung und das Land somit in die größte Gefahr geraten.

Der erste Landtag von 1862.

So hatte man auf beiden Seiten die kostbare Zeit verloren, sich mühsam durch kleine Aushilfsmittel immer einen Schritt weiter geschleppt, und entdeckte nun angesichts der Neuwahlen, deren Ausfall niemand verbürgen konnte, daß man eine breite Kluft zwischen sich habe. Die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses, das im Januar 1862 zusammentrat, war der Regierung so ungünstig wie möglich; die Fortschrittspartei hatte einen glänzenden Sieg errungen und beherrschte die Kammer. Die Regierung suchte in vielen Stücken den liberalen Forderungen entgegenzukommen; ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, eine neue Kreisordnung, auch das versprochene Wehrgesetz wurden vorgelegt; die Antwort Bernstorffs auf das sächsische Reformprojekt, die Haltung Preußens in der kurhessischen und schleswig-holsteinschen Frage, überhaupt die auswärtige Politik näherte sich wesentlich den Forderungen des Volkes; mit der früheren Mehrheit des Abgeordnetenhauses wäre die Verhandlung unter diesen Umständen schwerlich erfolglos geblieben. Jetzt stand es anders; der Fortschrittspartei genügten die Zugeständnisse nicht; der konservative Teil des Ministeriums andererseits verhielt sich kalt und ablehnend gegen die neue Mehrheit. Besonders galt dies von dem Kriegsminister von Roon, der gleich dem Könige seinem Herrn alle Kraft für die Durchführung der Neuordnung einsetzte. Von Haus aus ein konservativer Mann, durch gründliche Fachbildung und wissenschaftliche

von Roon.

Leistungen hervorragend, schlagfertig und klar, aber auch scharf und verletzend in der Debatte, war er schon der früheren Mehrheit nur halb genehm gewesen und konnte in dem neuen Hause noch weniger auf Freunde zählen. Andererseits lag auch ihm nichts an der Fortdauer des liberalen Regimentes; ein Bruch mit den Abgeordneten erschreckte ihn nicht, wenn dadurch ein Sieg in der Militärfrage herbeigeführt wurde. Das Herrenhaus, dem die Fortschrittspartei den Krieg erklärte, war ihm ein viel behaglicherer Aufenthalt als die zweite Kammer, und scherzend lobte er, als er die Ergänzung zum Wehrgesetz von 1814 zuerst im Oberhause einbrachte, die angenehme Temperatur, die hier im Gegensatze zu den Bestrebungen an einem anderen Orte herrsche. Zum Dank dafür beeilten sich die Herren sehr mit der Vorlage, die natürlich an der dreijährigen Dienstzeit festhielt, und genehmigten sie schon am

Die Opposition.

1. Februar; die zweite Kammer dagegen verwies sie an einen Ausschuß, der zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Fortschrittspartei bestand. Aussicht auf eine Verständigung war nicht vorhanden. Auch in den anderen Kommissionen des Hauses platzten die Gegensätze aufeinander; es wurde die Anerkennung des Königreiches Italien gefordert: die Regierung lehnte jede Teilnahme an der Beratung darüber ab; es wurde ein ausführlich begründeter Antrag in der deutschen Frage beschlossen: der Minister erklärte sich gegen die Begründung, die auf die Reichsverfassung von 1849 bezugnahm, und selbst gegen einzelne Sätze des Antrages, die er als eine Drohung gegen die übrigen Regierungen bezeichnete. Endlich verlangte am 6. März 1862 das Haus selbst auf den Antrag des Abgeordneten Hagen mit 171 gegen 143 Stimmen, daß in dem bereits vorgelegten Staatshaushalt für 1862 die einzelnen Posten nachträglich in kleinere Summen mit genauer Angabe des Zweckes zerlegt werden und die Regierung nicht berechtigt sein solle etwaige Ersparnisse an dem einen Posten auf Mehrausgaben für den anderen zu verwenden. Es half nichts, daß der Finanzminister von Patow den Antrag als grundsätzlich berechtigt anerkannte und seine Durchführung in dem Staatshaushalt von 1863 versprach; auch nicht daß er andeutete, die Regierung könne, wenn der Antrag angenommen werde, die Verantwortung für die fernere Leitung der Geschäfte abzulehnen veranlaßt sein. Die Mehrheit war nicht willens den wesenlosen Schein, der nach ihrer Ansicht bei der bisher üblichen Gestaltung des Haushaltes an die Stelle einer wirksamen Prüfung getreten sei, sich auch nur noch ein Jahr gefallen zu lassen. Die Minister nahmen von diesem Vorfall den Anlaß um das unerquickliche Verhältnis zu lösen; in der That, entweder *sie* mußten gehen oder der Landtag. Am 8. März reichten sie dem Könige ihre Entlassung ein. Dieser erwiderte, daß sie bei ihm und dem wohldenkenden Teile der Nation volles Vertrauen genössen und daß sie ihm demnach andere Vorschläge machen möchten; nur der Fürst von Hohenzollern und der Kultusminister von Bethmann-Hollweg beharrten auf ihrer Entlassung und erhielten sie. Die übrigen empfahlen dem Monarchen die Auflösung

Der Hagensche Antrag.

Auflösung des Landtags.

des Abgeordnetenhauses, die denn auch am 11. März 1862 erfolgte. Es mußte also zu Neuwahlen geschritten werden. Aber ließ sich von diesen eine freundlicher gesinnte Mehrheit erwarten? Die Aussichten dazu waren nicht groß; selbst die altliberale Minderheit des aufgelösten Hauses versprach in ihrem Wahlaufruf vom 13. März nur dann dem Ministerium ihre Unterstützung, wenn es durch die That beweise, daß es den Grundsätzen der konstitutionellen Partei treu bleiben wolle; als eine solche That wurde ausdrücklich die Umgestaltung des Herrenhauses gefordert. Dazu war der König in keinem Falle zu bewegen; um die Grundsteuergesetze durchzubringen hatte er 1860 weiteren sechs Städten einen Sitz im Herrenhause verliehen und 18 neue Mitglieder aus allerhöchstem Vertrauen ernannt; aber eine solche Maßregel durfte nicht zu bald wiederholt werden und war in seinen Augen am wenigsten jetzt berechtigt, wo die erste Kammer fest zu der Heeresreform stand; ohne einen derartigen Pairsschub war aber die verfassungsmäßige Zustimmung des Herrenhauses zu seiner eigenen Umgestaltung nimmer zu erlangen. Wie der Monarch über diese Frage dachte, konnte man deutlich genug daraus ersehen, daß er gerade den Präsidenten des Herrenhauses, den Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen, an Hohenzollerns statt zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannte. Die liberalen Minister mußten sich nun wohl überzeugen, daß ihre Stellung zwischen dem Könige und der eigenen Partei unhaltbar geworden sei: acht Tage nach der Auflösung des Hauses baten sie zum zweitenmal um ihre Entlassung und erhielten sie. Es schieden aus Rudolf von Auerswald, von Patow, Graf Schwerin, der Hausminister Graf Pückler und Herr von Bernuth, der seit dem Dezember 1860 als Simons' Nachfolger der Justiz vorstand. Es blieben von der Heydt, der statt des Handelsministeriums die Finanzen übernahm, von Roon und Graf Bernstorff. Ihre neuernannten Kollegen waren Graf Itzenplitz für die Landwirtschaft, Graf Lippe für die Justiz, von Jagow für das Innere und von Mühler für den Kultus.

Ministerium Hohenlohe.

An Bemühungen das Land zu ihren Gunsten zu stimmen ließen es die neuen Räte der Krone nicht fehlen. Um die Konservativen zu reger Beteiligung an den Wahlen anzufeuern ergingen sich nicht allein die amtlichen Blätter, sondern sogar die Erlasse der Minister in Anklagen gegen die aufgelöste Kammer, als ob dieselbe die der Krone zustehende Macht sich selbst habe anmaßen wollen; eine unheilvolle Verblendung habe das Volk bei den letzten Wahlen beherrscht und dem Fluche dieser Geburt sei das Abgeordnetenhaus erlegen; von neuem würden die Demokraten jetzt ihre Aufreizungen beginnen um das königliche Regiment zu Gunsten einer sog. parlamentarischen Regierung zu erschüttern; der König halte unverändert an seinem Programm von 1858 fest, und die Pflicht jedes treuen Unterthanes, insbesondere aber jedes Beamten, sei es im Sinne des Ministeriums zu wählen. Gegen diese letztere Zumutung verwahrten sich indes viele Beamte, voran die Pro-

Wahlerlasse.

fessoren der Universitäten Berlin und Bonn; auch wußten die Minister wohl, daß sie mit diesen Mitteln allein keine gefügige Kammer erhalten würden. Von der Heydt machte deshalb den Vorschlag, die Regierung solle auf den Zuschlag von 25 Prozent verzichten, der seit 1859 von der Einkommen- und anderen Steuern erhoben wurde. Das bedeutete aber eine Mindereinnahme von $3^3/_4$ Millionen. Mochte dieselbe auch teilweise bei dem allgemeinen Aufschwung der Geschäfte durch höhere Einnahmen beglichen werden, so wäre das Gleichgewicht im Staatshaushalt doch nur durch Ersparnisse herzustellen gewesen. von der Heydt wandte sich deshalb am 21. März in einem vertraulichen Briefe, der bald in die Öffentlichkeit drang, an den Kriegsminister, stellte ihm vor, daß in allen Verwaltungszweigen die Ausgaben schon seit Jahren über Gebühr beschränkt seien und daß nur in der Heeresverwaltung nichts gespart sei; diese müsse deshalb mindestens $2^1/_2$ Millionen von ihren Forderungen ablassen. Dazu erklärte sich von Roon und ein Ausschuß von Generalen, den der König mit der Prüfung betraute, außerstande; aber es wurde doch ein Abstrich von über 800 000 Thalern für dieses, und von über 1 100 000 für das nächste Jahr bewilligt, und durch königliche Entschließung vom 16. April der Wegfall des Steuerzuschlages gutgeheißen. Auch in anderer Weise suchte von der Heydt den Wünschen der Liberalen entgegenzukommen; er kündigte an, daß dem neuen Landtag nicht allein der Haushalt für 1863 sofort zugleich mit dem für 1862 vorgelegt werden solle, während bis dahin stets schon ein beträchtlicher Teil des Jahres verstrichen war, ehe die Vertreter die Forderungen der Regierung prüfen konnten, sondern auch, daß diese Vorlagen nach dem Hagenschen Antrag eingerichtet sein würden. Daneben regnete es andere Verheißungen: Aufhebung der Getreidezölle, Herabsetzung des Briefportos, Ermäßigung der Eisenzölle u. dgl. Aber alles war umsonst; als man die Wahlen vom 6. Mai übersehen konnte, ergab sich eine Verminderung aller Parteien mit einziger Ausnahme des verfolgten Fortschrittes, der beträchtlich verstärkt am 19. Mai in Berlin wiedereinrückte; von den Ministern aber war nicht ein einziger gewählt.

Steuerermäßigung.

Andere Zugeständnisse.

Der zweite Landtag von 1862.

Was dem Lande gegenüber mißlungen war, versuchte die Regierung nun den Abgeordneten gegenüber; alle möglichen Zugeständnisse, zu denen sich das frühere Ministerium nicht hatte bereit finden lassen, wurden hervorgesucht. Trotz Österreichs Zorn erkannte der König am 21. Juli 1862 das Königreich Italien an; den Ernst in der schleswig-holsteinschen Frage sollte die Forderung von fast $1^1/_2$ Millionen für die Flotte kennzeichnen; gegen Kurhessen ließ man gar, wie früher erzählt wurde, zwei Armeekorps mobil machen; da die Wahlerlasse mit Recht viel böses Blut erregt hatten und selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, in seiner Ansprache bei der Eröffnung beredte Klage wider die erhob, die in das verfassungstreue Volk den Wahlruf: ob Königtum, ob Parlament? hineingeschleudert, so erklärte von der Heydt zur Ehrenrettung, daß in jenen Erlassen nicht etwa ein Teil der Landesvertretung gemeint

worden sei! Den bedenklichen Prinzipienfragen suchte man einstweilen aus dem Wege zu gehen, indem die im Januar vorgelegten Gesetze, auch das Wehrgesetz, bis zur Wintersitzung zurückgezogen wurden; im allgemeinen aber versprach das Ministerium die Durchführung der Verfassung in freisinniger Weise fördern zu wollen.

Der französische Handelsvertrag.

Nur mit tiefem Kummer konnten die Freunde Preußens, welche von ihm gerade jetzt auf Grund der Bernstorffschen Noten mutige Schritte zur Einigung Deutschlands gehofft hatten, diese inneren Zerwürfnisse sehen. Daß die Begründung eines engeren Bundes, für den man doch nur auf die liberalen Regierungen hätte zählen können, unter den obwaltenden Umständen unmöglich sei, lag auf der Hand. Aber es schien nicht allein der erhoffte Fortschritt in die Ferne gerückt zu sein, sondern obendrein ein gewaltiger Rückschritt zu drohen. Der Zollverein geriet in eine schwere Krisis. Angeregt durch den englisch-französischen Handelsvertrag, der schon mehrfach Nachfolge gefunden, hatte das Ministerium Hohenzollern auch für den Zollverein einen Handelsvertrag mit Frankreich nach den Grundsätzen der Handelsfreiheit vereinbart, der unmittelbar nach seinem Sturz am 29. März 1862 zur Unterzeichnung kam. Nun stand es jedem Zollvereinsstaate frei die Genehmigung zu diesem Vertrage zu verweigern; Preußen aber war entschlossen ihn für sich in jedem Falle durchzuführen und also mit den Zollvereinsgenossen, die ihn verwarfen, die Zollgemeinschaft bei ihrem Ablauf am 31. Dezember 1865 nicht zu erneuern. Darüber erhob sich ein großer Sturm; viele Regierungen erklärten sich gegen den Vertrag; die Anhänger des Schutzzolles machten in Zeitungen, Vereinen und Kammern gewaltigen Lärm über die Schädigung der deutschen Gewerbthätigkeit; die österreichische Regierung behauptete, der Vertrag widerspreche den Verpflichtungen, die der Zollverein 1853 gegen den Kaiserstaat eingegangen sei. Dies war jedoch in keiner Weise der Fall; denn in der Verminderung seiner Zollsätze war der Verein durch den Vertrag mit Österreich keineswegs beschränkt; hielt er dieselbe jetzt in seinem Interesse um den Verkehr zu beleben, so gebot es die Klugheit, daß er dazu nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern auf dem des Vertrages schritt, und so entsprechende Zollermäßigungen von Frankreich erkaufte. Unbequem genug war die Sache allerdings für Österreich; denn die französischen Waren, die jetzt so viel billiger nach Deutschland kamen, wurden von Deutschland auch um so viel billiger nach Österreich eingeführt und bereiteten dort den einheimischen Gewerben eine gefährliche Konkurrenz; wollte man diese ausschließen, so mußte Österreich seine Zölle gegen Deutschland erhöhen und dadurch seinen Handel mit Deutschland erschweren und schädigen. Schon aus politischen Gründen wünschte man das in Wien zu vermeiden, und da Preußen alle Einwendungen gegen den Vertrag beharrlich zurückwies, so entschloß sich die österreichische Regierung zu einem kühnen Schritt; sie verlangte am 10. Juli 1862, und durch die Ablehnung Preußens nicht geschreckt, noch nachdrücklicher am 26.

Österreichs Einspruch.

desselben Monats die Aufnahme Österreichs in den Zollverein. In dem Vertrage von 1853 war diese ja wirklich als letztes Ziel hingestellt und die Verabredung getroffen worden, daß 1860 Verhandlungen in dieser Richtung eröffnet werden sollten. Das war nicht geschehen, und es jetzt nachzuholen erklärte Preußen für nutzlos: einmal sei es durch den Vertrag mit Frankreich, den Österreich ja unbedingt verwerfe, ebenso unbedingt gebunden: sodann aber würde selbst ohne diesen Umstand eine Verständigung unmöglich sein, weil Preußen im eigenen Interesse die mit Frankreich verabredeten Zollermäßigungen festhalten müsse, während Österreich von denselben die Vernichtung seines Gewerbes befürchtete.

Der Landtag und der Handelsvertrag.

Während diese Verhandlungen im Gange waren, mußte das preußische Abgeordnetenhaus sich über den Vertrag entscheiden. Schadenfroh hoffte man in den Kreisen der Gegner, die Verbitterung gegen das Ministerium werde groß genug sein um die Verwerfung herbeizuführen. Aber dieser Wunsch ward nicht erfüllt. Einem so zweifellosen Interesse des Landes gegenüber schwiegen die Parteiungen und mit 264 gegen 12 Stimmen nahmen die Abgeordneten am 25. Juli den Vertrag an; das Herrenhaus folgte ein paar Tage später, und am 2. August 1862 ward derselbe in Berlin unterzeichnet.

Kundgebungen für und gegen den Vertrag.

Von den übrigen Regierungen hatte sich Sachsen, dessen entwickelte Industrie von dem Vertrage den größten Vorteil erwartete, schon im April auf Preußens Seite gestellt; nicht minder Baden, Oldenburg und manche Kleinstaaten. Aber die süddeutschen Könige, Hannover, Darmstadt u. a. blieben widerspenstig, verlangten, daß Preußen auf Österreichs Forderungen eingehe, und nahmen die Miene an, als ob sie anderenfalls mit Anlehnung an Österreich einen eigenen Zollverband gründen würden. Die preußische Regierung ließ sich dadurch nicht irre machen und das Abgeordnetenhaus setzte sich zum zweitenmal über alle Parteibedenken hinweg, indem es den Entschluß der Minister selbst einer Sprengung des Zollvereins Trotz zu bieten mit überwältigender Mehrheit am 5. September billigte. Auch aus dem übrigen Nord- und Mitteldeutschland lauteten fast alle Kundgebungen der öffentlichen Meinung zu Gunsten Preußens; selbst auf dem deutschen Handelstage, der im Oktober in München stattfand und zahlreich aus Bayern und Österreich beschickt war, erklärte sich eine knappe Mehrheit, darunter aber fast zwei Drittel aller zollvereinsländischen Abgeordneten, unter Beckeraths Führung für den Handelsvertrag. Zugleich wurde ein Beschluß erneuert, den schon der erste Handelstag am 15. Mai 1861 in Heidelberg gefaßt hatte: zur Vermeidung solcher gefahrvollen Krisen sei die Begründung eines Bundesrates und einer Volksvertretung nötig, deren übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüssen für den ganzen Zollverein Gesetzeskraft beizulegen sei. Dieselbe Forderung war einige Wochen vorher auch von etwa 200 Abgeordneten verschiedener Staaten, die in Weimar zusammentraten, erhoben worden und klang nach in vielen ähnlichen Beschlüssen der kleineren Landtage und freier Versammlungen.

Der Mittelstaaterei konnte der Zollverein durch solche Zukunftspläne freilich nicht lockender gemacht werden; denn augenscheinlich drängten sie ja gerade auf den Weg, den Graf Bernstorff in seiner Dezembernote angedroht hatte, auf die Begründung eines unter preußischem Einflusse stehenden engeren Bundes und auf die Vernichtung des bisher jedem einzelnen Staate zukommenden Widerspruchsrechtes. Aber daß selbst in so ungünstiger Zeit, wie es diese Sommermonate von 1862 waren, der Zollverein der feste Boden blieb, auf dem die Freunde Preußens sich behaupten konnten, das war eine Hoffnung für die Zukunft, die über manche Besorgnis der Gegenwart hinweghelfen mochte.

Landtagsverhandlungen.

Um den inneren Frieden in Preußen sah es freilich traurig aus. Die tiefe Kluft zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhause wurde gleich nach Eröffnung des Landtages durch das Verschwinden der Vinckeschen Partei noch unüberschreitbarer. Die bescheidenen Reste dieser alten ministeriellen Mehrheit wurden durch ihren Führer selbst auseinandergesprengt, indem er gleich in der ersten Versammlung die Erklärung forderte, daß man wohl mit der Fraktion Bockum-Dolffs, aber nicht mit der Fortschrittspartei eine Verständigung suchen wolle. Zu neuer Verbitterung gab dann die Antwort auf die Thronrede Anlaß. Von einem der versöhnlichsten und klarsten Köpfe der neuen Mehrheit, von Twesten entworfen, beklagte sie doch die Verdächtigungen, denen der treue Sinn des Volkes, das sich Eins mit seinem Könige wisse, von den Ministern ausgesetzt worden sei, und sprach die Überzeugung aus, daß keine Regierung, die den freiheitlichen Bedürfnissen der Nation widerstrebe, die Machtstellung Preußens fördern könne. Dabei bezog sie sich auf einen Satz aus der Rede des Prinzregenten vom 8. November 1858; der König aber erwiderte: man solle nicht nur die einzelnen Sätze herausheben, sondern sich das ganze Programm Zeile für Zeile einprägen, dann werde man seine Gesinnungen recht erkennen.

Die Schwierigkeiten der Lage.

Die Ausschußverhandlungen über die Militärfrage führten zu keiner Annäherung; im Gegenteil, bald stellte sich deutlich heraus, daß die Mehrheit die geforderten Millionen ganz zu streichen entschlossen sei. Was dann geschehen solle, war schwer zu sagen. Selbst wenn man die neuen Regimenter aufgelöst und die Verwirrung, in welche das Heer dadurch geraten wäre, auf sich genommen hätte, so wären doch von den gestrichenen Geldern große Summen nötig gewesen um den Offizieren in diesen Regimentern, die natürlich nicht auf Kündigung angestellt waren, ihre Gehälter weiterzubezahlen. Für diese Summen zum mindesten war der Staat rechtlich haftbar; die Regierung *mußte* sie zahlen, und doch *konnten und wollten* die Abgeordneten sie verweigern, ein Widerspruch, für den die Verfassung keine Lösung an die Hand gab. Zu demselben Ergebnis führte die Streichung aller der Ausgaben, die in den verflossenen Monaten bereits geleistet waren; denn eine gesetzliche Handhabe die Minister persönlich zur Wiedererstattung anzuhalten gab es nicht; der Staat mußte die Lasten tragen. Um aus dieser hilflosen

Die Lückentheorie.

und widerspruchsvollen Lage einen rechtlichen Ausweg zu finden kamen die Räte der Krone auf den Gedanken zu erklären, es sei hier eine Lücke in der Verfassung und — so führte Herr von Bismarck später aus — diese Lücke müsse ergänzt werden aus demjenigen Rechte, das vor der Einführung der Verfassung bestanden habe, aus dem Rechte des unumschränkten Königtums: wenn die Kammer einen unmöglichen, unausführbaren Staatshaushaltsentwurf annehme und die Krone denselben verwerfe, so sei das in der Verfassung geforderte Gesetz über den Staatshaushalt nicht zustande gekommen, und weil die Staatsmaschine doch unmöglich stille stehen könne, so liege es in der Befugnis des Königs die Fortführung der Geschäfte zu befehlen und die zwar gestrichenen, aber unentbehrlichen Ausgaben doch leisten zu lassen. Andererseits fanden die Konstitutionellen durch diese Schlußfolgerung das gesamte Ausgabenbewilligungsrecht des Landtages in seinen Grundlagen erschüttert; wenn die Krone nach eigenem Gutdünken ihre Zustimmung zu dem Haushaltsgesetz verweigern und dann beliebig Ausgaben, die gestrichen waren, leisten konnte, so war die vorhergehende Beratung der Kammer eitel Trug und Schein und Zeitvergeudung; nur einer könne, so meinten sie, in Streitfällen die Entscheidung geben, und das sei der, welcher die geringste Summe bewillige; über diese geringste Summe sei dann ein Einverständnis erzielt, und dieses Einverständnis müsse Gesetzeskraft erhalten. Dagegen konnte dann freilich wieder die Regierung einwenden, daß von allem anderen abgesehen die Landesvertretung aus zwei Teilen bestehe, daß der eine dieser Teile, das Herrenhaus, verfassungsmäßig nur das Recht habe den Haushalt in seiner Gesamtheit, wie er ihm von den Abgeordneten zukomme, anzunehmen oder zu verwerfen, und daß also in dem letzteren Falle, nach eingetretener Verwerfung, das behauptete Einverständnis unzweifelhaft nicht erzielt sei und somit die bestrittene Lücke doch vorliege.

Die Militärdebatte.

Alle diese Gedankenreihen waren angeregt, obwohl noch nicht amtlich zum Ausdruck gekommen, als am 11. September 1862 die große Militärdebatte begann. Es lagen drei Anträge vor. Der Ausschuß forderte die Streichung aller Reorganisationskosten, d. h. von mehr als 6 Millionen Thalern; drei Mitglieder desselben (Stavenhagen, Sybel und Twesten) wollten für dieses Jahr sie noch bewilligen unter Abstrich von etwa $^1/_4$ Million; Reichensperger endlich namens der katholischen Partei beantragte Aussetzung des Beschlusses, bis die Regierung für die thatsächlich schon geleisteten Ausgaben Rechtfertigung erbeten habe. Als nach viertägigem Reden am 16. September die Abstimmung begann, wurde zunächst dieser letzte Antrag fast einstimmig verworfen und dann nach dem Verlangen des Ausschusses der erste der Posten, die sich auf die Umgestaltung des Heeres bezogen, mit 273 gegen 68 Stimmen gestrichen. Damit war die Frage für den gesamten Betrag der 6 Millionen grundsätzlich entschieden. Als indes am nächsten Tage in der Einzelberatung fortgefahren wurde, deutete der Kriegsminister an, daß die

Scheinbares Einlenken des Kriegsministers.

Regierung in dem Haushalt für das nächste Jahr unter Umständen sich die zweijährige Dienstzeit gefallen lassen würde; für dieses Jahr sei natürlich nichts mehr zu ändern; aber gegenüber den Verdächtigungen, als ob die Regierung einen Konflikt suche, sei er veranlaßt diese Bemerkungen zu machen. Das Aufsehen, welches sie erregten, war groß; selbst von den entschiedensten Fortschrittsmännern wie von Hoverbeck war wiederholt ausgesprochen, daß man bei zweijähriger Dienstzeit die Umgestaltung sich gern werde gefallen lassen; gab die Regierung also in diesem Punkte nach, wenn auch erst für 1863, so war eine Verständigung möglich, ja wahrscheinlich. Die Sitzung wurde vertagt und die Regierung ersucht zunächst im Ausschusse weitere Mitteilungen zu machen und eine Verständigung herbeizuführen. Aber die schöne Hoffnung erwies sich schnell als trügerisch. Roon hatte nichts weiter in Aussicht gestellt, als daß 1863 unter gewissen Bedingungen (Vermehrung der Unteroffiziere u. dgl.) kein Soldat über zwei Jahre im Dienst gehalten werden solle; auf eine gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit erklärte er aber durchaus nicht eingehen zu können, und nur mit dieser gesetzlichen Regelung war der Mehrheit etwas gedient. Statt einer Verständigung war daher eine gesteigerte Reizbarkeit auf beiden Seiten die Folge der Enttäuschung. Die Beratung wurde wiederaufgenommen und endete am 23. September mit dem Beschlusse die 6 Millionen zu streichen; 308 Stimmen waren dafür, nur 11 dagegen, unter diesen Patow und die paar Konservativen des Hauses (Bethusy-Huc, Gottberg, Denzin).

Streichung der Reorganisationskosten.

Am folgenden Tage traten Fürst Hohenlohe und von der Heydt aus dem Ministerium aus: Herr von Bismarck war zur Übernahme der Regierung in Berlin eingetroffen. Schon im März war es ernstlich erwogen worden ihn an die Spitze der Geschäfte zu berufen; doch hatte er es vorgezogen zunächst die Gesandtschaft in Paris zu übernehmen um mit Napoleon Fühlung zu gewinnen. Er trat jetzt sofort den Vorsitz im Staatsministerium an und am 9. Oktober 1862 an Bernstorffs Stelle auch die Leitung des Äußeren. Herr von der Heydt wurde durch den früheren Minister von Bodelschwingh ersetzt; Graf Itzenplitz übernahm das Handelsministerium, von Selchow am 9. Dezember das landwirtschaftliche. An demselben Tage trat für den Minister des Inneren von Jagow Graf Eulenburg ein, der vor kurzem aus Japan zurückgekehrt war. Damit war das Ministerium der Konfliktszeit vervollständigt: während der nächsten drei Jahre fand in seinem Bestande (Bismarck, Roon, Itzenplitz, Lippe, Mühler, Bodelschwingh, Eulenburg, Selchow) keine Veränderung statt.

Das Konfliktsministerium.

Das Kabinett war vor allen Dingen darin einig, daß es den „unausführbaren" Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gegenüber in der Notlage sei die Verwaltung für das laufende Jahr ohne Staatshaushaltsgesetz führen zu müssen. Um aber für das Jahr 1863 eine Regelung offen zu halten und die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher

Bismarcks erstes Auftreten.

anschwellen zu lassen, zog Bismarck die Vorlage für 1863 bereits am 29. September zurück. Am nächsten Tage verhandelte er mit dem dafür niedergesetzten Ausschusse. Mit Mißtrauen aufgenommen erregte er durch seine offene und wie es schien verwegene Sprache noch größeres Mißfallen. Es klang wie Spott, wenn er einen Ölzweig vorzeigte, den er in Avignon gepflückt habe um ihn als Friedenszeichen den Gegnern anzubieten; es klang wie frevelhafter Leichtsinn, wenn er erklärte, die deutsche Einheit könne nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, wie man es 1848 und 1849 versucht habe, sondern nur durch Blut und Eisen hergestellt werden. Man glaubte den alten Junker zu hören, wenn er von den katilinarischen Existenzen sprach, die auf den Umsturz in Preußen hinarbeiteten; aber was anders als Verstellung konnte es sein, wenn dieser selbe Junker die Vorliebe Preußens beklagte eine Rüstung zu tragen, die für seinen schmalen Leib zu groß sei, wenn er forderte, daß es sich stärken müsse um in diese Rüstung hineinzuwachsen.

Feindselige Stimmungen.

Die große Umwandlung, die in ihm vorgegangen war, seit er als Bundestagsgesandter die tückische Feindschaft Österreichs gegen Preußen hatte kennen lernen, die gewaltigen Pläne, die er in seinem Kopfe trug und zu deren Ausführung er der starken Armee seines Königs unumgänglich bedurfte, selbst die mächtige Geisteskraft dieses Mannes, der den meisten als das Urbild eines beschränkten, vorurteilsvollen Junkers seit so manchem Jahre gegolten hatte, entzog sich den Blicken der Abgeordneten, denen er Vertrauen einzuflößen wünschte. Man glaubte in ihm einen großsprecherischen Prahler zu entdecken, der sich durch laute Worte in seiner verzweifelten Lage selbst Mut einflößen und leichtgläubige Seelen jenachdem ködern oder einschüchtern wolle. Ein Ende mit Schrecken war vorauszusehen. Im Grunde war es für die Sache der Freiheit ein Glück, daß solch ein Mann vom Könige berufen war. Jetzt brauchte man nicht mehr um einen langwierigen Konflikt zu sorgen, sondern durfte einen jähen Bruch und einen schnellen Sieg der Verfassungspartei erwarten. Freilich unersetzlichen Schaden konnte er Preußen vorher zufügen. Es mußte lange dauern ehe Deutschland wieder Vertrauen zu einem Staate faßte, in dem dieser Mann hatte ans Ruder gelangen können. Selbst die amtliche Karlsruher Zeitung sprach jetzt der preußischen Regierung jede Fähigkeit zur Führung Deutschlands ab. Die Gegner des kleindeutschen Programms erhoben kühner als seit Jahren ihr Haupt und nutzten die Mißstimmung des Volkes durch die Gründung ihres großdeutschen Reformvereins geschickt aus. Bismarck konnte sich leicht überzeugen, daß alle Bemühungen seinen Gegnern einen richtigeren Begriff von dem, was er wolle, beizubringen vergeblich seien. Die Zurückziehung des Budgets für 1863, die er als einen Waffenstillstandsvorschlag gemeint hatte und bezeichnete, beantwortete das Haus mit der Erklärung, daß alle Ausgaben, welche die Regierung ohne Staatshaushaltsgesetz leisten werde, verfassungswidrig seien. Ein Antrag Vinckes, der die Regierung aufforderte sich bis zum Zustandekommen

Letzte Vermittlungsversuche.

des ordentlichen Haushalts einen außerordentlichen Kredit zu erbitten, ward mit großer Mehrheit abgelehnt, weil Bismarck erklärte, er werde diesem Antrage zwar nachkommen, aber ohne dessen Begründung anzuerkennen. Die letzte Brücke der Verständigung wurde endlich abgebrochen, als das Herrenhaus am 11. Oktober den Staatshaushalt für 1862 in der Fassung des Abgeordnetenhauses verwarf und auf den Antrag des Grafen Arnim-Boytzenburg mit 114 gegen 44 Stimmen in der Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage annahm. Sein Ausschuß hatte ihm empfohlen keins von beiden zu thun, sondern vorerst eine Zwischenverhandlung mit dem anderen Hause anzuknüpfen. Bismarck selbst war es, der diesen sachlich richtigen Antrag zu Fall brachte. Augenscheinlich wollte er die Sitzungen des Landtags nicht gern noch verlängern; er bezeichnete den Ausschußantrag als nutzlos, was er ohne Zweifel auch war, und nur geeignet die Gegensätze noch zu verschärfen. Der Beschluß aber, den das Herrenhaus nunmehr faßte, war offenkundig der Verfassung zuwider; denn nur der Haushalt, wie er von der zweiten Kammer genehmigt war, konnte der ersten vorgelegt und von ihr im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Die Erbitterung unter den Abgeordneten war daher groß. Alle Parteien mit Ausnahme des Häufleins der Konservativen traten sofort unter Schwerins Vorsitz zusammen und beschlossen in der nächsten Sitzung eine feierliche Verwahrung einzulegen. Bismarck hätte dies gern verhindert und erbat sich vom Könige die Ermächtigung schon anderen Tags (am 13. Oktober) den Landtag zu schließen. Aber der Präsident Grabow berief die Abgeordneten so früh zusammen, daß der Beschluß des Herrenhauses noch einhellig in namentlicher Abstimmung (die Konservativen entfernten sich) für null und nichtig erklärt werden konnte.

Verfassungsbruch des Herrenhauses.

Schluß des Landtags.

Unter großer Erregung der Gemüter kehrten die Abgeordneten in ihre Heimat zurück. Jubelnder Empfang und zustimmende Erklärungen begrüßten sie allerwege. Den Vertretern Berlins ward in einer Adresse mit 40 000 Unterschriften die Billigung ihrer Wähler ausgesprochen. Aber auch die Regierung zeigte sich rührig. Unter den liberalen Abgeordneten waren nicht wenig Beamte; diese empfanden jetzt den Zorn der Minister; Bismarck meinte, es heiße sich lächerlich machen, wenn man sich diese Leute nicht vom Halse schaffe. Absetzen konnte man sie freilich nicht alle, aber es gab auch andere Arten der Maßregelung, wie denn z. B. der Regierungsrat von Bockum-Dolffs, der Vorsitzende des Budgetausschusses, von Koblenz nach Gumbinnen versetzt wurde. Um den in ihrem Einkommen geschädigten Abgeordneten Ersatz zu gewähren eröffnete der Wahlausschuß der Fortschrittspartei Geldsammlungen; die Polizei suchte dieselben zu verhindern, aber es kamen doch bis zum Schluß des Jahres etwa 75 000 Thaler ein, die als „Nationalfonds" für ihren Zweck vollkommen ausreichten. Indessen nicht bloß durch Unterdrückung der entgegengesetzten Bestrebungen wollte die Regierung ihre Lage verbessern, sondern auch durch Belebung und Förderung der

Maßregelungen.

Nationalfonds.

konservativen Partei. Nur dadurch, daß diese bisher so faul und feige gewesen sei und nicht einmal ihr Wahlrecht auszuüben sich bemüßigt habe, seien die schlechten Wahlen der letzten Jahre zustande gekommen, meinte von Roon. Alle Hebel wurden angesetzt um diese Lauheit zu bekämpfen. Eine treffliche Handhabe bot der 1861 gestiftete preußische Volksverein, in welchem der vormalige Herausgeber der Kreuzzeitung, Justizrat Wagener, und Bismarcks vertrauter Jugendfreund Moritz von Blanckenburg eifrig arbeiteten; aus den Mitgliedern desselben, die auf über 26 000 angegeben wurden, bildete man Loyalitätsdeputationen, die nach Berlin geschickt wurden um den König der Treue seiner Unterthanen zu versichern und ihm für die Umformung des Heeres zu danken. Geradezu maßlos war die Sprache, in welcher dies geschah. Man klagte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses an den Umsturz alles Bestehenden, die Vernichtung alles Heiligen in Staat, Kirche und Familie herbeizuführen; man sprach von bewußtem Frevel und von dem Greuel des Abfalls. Nicht bloß die Minister, sondern auch der König selbst hörten solche Adressen an und belobten die Überbringer. Der König versäumte nichts um seine Zufriedenheit mit dieser Bewegung kundzugeben und das Verhalten der Abgeordneten in scharfen Worten zu rügen. Die Führer derselben, deren allerdings nur wenige seien, beschuldigte er, daß sie mit Bewußtsein die starke Krone und das starke Heer, auf denen Preußens Wohlfahrt beruhe, zu untergraben trachteten; ein Parlamentsheer sei es, auf das sie es anlegten; die Verhüllung sei gefallen und ihre Absichten lägen klar vor Augen. Daß der Monarch solche Worte nicht unbedacht und nicht mit leichtem Herzen sprach, dafür bürgte schon seine Vergangenheit; er glaubte wirklich die Umsturzbewegung des Jahres 1848 sei wieder in Fluß gekommen und es gelte ihr mit allen Kräften Widerstand zu leisten. Die Lage des Staates machte ihm schweren Kummer. Trauere ich denn nicht? Ich schlafe keine einzige Nacht! erwiderte er dem treuen Beckerath, als dieser ihm im November als Präsident des Handelstages die Münchener Beschlüsse überreichte und dabei dem Schmerze über die politische Lage Ausdruck gab. Und weit entfernt die freimütige Rede des bewährten Mannes, der warm zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit sprach, ungnädig aufzunehmen, entließ er ihn mit der Versicherung: Nach dieser Unterredung schätze ich Sie umsomehr. Durch Wort und That suchte er dem weitverbreiteten Mißtrauen, als ob er wissentlich und willentlich die Verfassung brechen könne, entgegenzuwirken; jeder Versuch die preußischen Wirren etwa mit den kurhessischen in Vergleich zu stellen wurde durch den doppelten Eifer, mit welchem Preußen in Kassel für die Verfassung von 1831 eintrat, durchschnitten; gerade in diese Wochen fiel die drohende Sendung des Feldjägers, von der früher erzählt wurde. Besonders lebhaft pflegte die linke Seite der Fortschrittspartei darüber zu klagen, daß die Umformung des Heeres die Landwehr schädige und vernichte: der König bestimmte den Tag, an welchem die Landwehr 1813 begründet war, als

Loyalitätsdeputation.

Der König.

denjenigen, an welchem die 50jährige Gedenkfeier der Freiheitskriege und die 100jährige des Hubertusburger Friedens begangen werden solle. Aber Wirkung übten alle diese Schritte nicht; sie schienen bedeutungslos gegenüber den rauhen Worten des Herrschers bei so manchem Anlaß und gegenüber der einen Thatsache, daß ein Bismarck sein Vertrauen, ein Bismarcksches Regiment seinen Beifall genoß. Noch wurde hier und da ein Versuch gemacht den König zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Die städtischen Behörden von Berlin, eine große Anzahl angesehener Rheinländer baten ihn einzulenken und den schweren Konflikt zu enden. Aber seine Antworten ließen keine Hoffnung übrig, daß dies geschehen werde. Und so lagerte sich denn eine dumpfe Mißstimmung über das Land, und traurig sah die große Mehrzahl des Volkes in die Zukunft, die von keinem Hoffnungsschimmer erleuchtet wurde.

Diese Mehrheit zu zersplittern gab es ein großes Mittel: eine glänzende auswärtige Politik. Bismarck war entschlossen es anzuwenden, und nicht bloß als Mittel, sondern als Selbstzweck. Aber es gab auch noch andere Wege, auf denen man der Partei, welche die öffentliche Meinung beherrschte, nahe kommen konnte. Diese Partei bestand in ihrem Kerne aus den wohlhabenden Bürgerklassen, sie hatte aber auch die Massen der Lohnarbeiter hinter sich. Kein Mitglied der Fortschrittspartei hatte sich um diese Bundesgenossenschaft größere Verdienste erworben als Schulze-Delitzsch, der in den Jahren der Reaktion mit uneigennützigem Eifer und bedeutendem Erfolge die Handwerker und Arbeiter zur Gründung von Genossenschaften ermuntert hatte um ihnen dadurch den billigeren Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ermöglichen, die Erlangung von Vorschüssen zu erleichtern und einen Anreiz zum Sparen zu geben. Die Tausende, welche diesen Genossenschaften beigetreten waren und die segensreiche Wirksamkeit derselben an ihrem persönlichen Wohlstande verspürten, waren damit zugleich zu Anhängern der Fortschrittspartei geworden und warben ihr in ihren Kreisen und in den unteren Schichten der Bevölkerung Anhänger. Den Führern der Reaktion war diese Thatsache keineswegs entgangen, und besonders der Justizrat Wagener hatte schon in den letzten Jahren eifrig daran gearbeitet die kleinen Handwerksmeister in die Netze der Kreuzzeitungspartei zu locken, wobei ihm der Widerwille dieser Kreise gegen die Gewerbefreiheit gute Dienste leistete. Viel wichtiger aber war es die eigentlichen Fabrikarbeiter von der Fortschrittspartei abwendig zu machen, und das konnte nicht wirkungsvoller geschehen, als wenn ihr Neid gegen die Besitzenden rege gemacht und ihr Glaube an die Kraft der Selbsthilfe erschüttert wurde. Es war nicht schwer einzusehen, daß die Genossenschaften, welche diese Selbsthilfe auf ihr Banner schrieben, wohl die Lage des einzelnen verbessern, aber keineswegs den Unterschied zwischen Arm und Reich beseitigen konnten. Daß dies letztere überhaupt unmöglich sei, brauchte man den Arbeitern ja nicht zu sagen und durfte hoffen, daß sie es selbst leicht vergessen würden, wenn ihnen trügerische Zukunfts-

Die Fortschrittspartei und die Arbeiter.

Die Konservativen und die soziale Frage.

bilder von Staatshilfe und allgemeinem Wohlstande vorgespiegelt würden. Allerdings schickte es sich für konservative Männer sehr wenig solch unredliches Spiel mit sozialistischen Ideen zu treiben; aber es war auch keineswegs nötig, daß sie selbst dabei in den Vordergrund traten; es genügte, wenn ihre Presse den Angriffen gegen die Fortschrittspartei, die aus solchen Anschauungen hervorgingen, ihre Spalten öffnete, und wenn einzelne dazu befähigte Männer die Verbindung mit den Führern der Arbeiterkreise pflegten. Die eigentliche Aufgabe den Zersetzungsprozeß der Fortschrittspartei einzuleiten überließ man anderen Händen und begnügte sich damit vorsichtig nachzuhelfen, wo die Gelegenheit günstig war.

Ferdinand Lassalle.

Die Hauptrolle in diesem Kampfe gegen den Liberalismus fiel einem Manne zu, der bis dahin nur durch seine radikalen Maßlosigkeiten, durch eine sehr anrüchige Prozeßgeschichte und durch einige umfassende wissenschaftliche Arbeiten bekannt geworden war. Ferdinand Lassal, oder wie er sich später schrieb um den jüdischen Klang seines Namens zu verwischen: Lassalle, hatte sich an den Bewegungen des Jahres 1848 als 23jähriger Jüngling auf der äußersten Linken beteiligt, war dann als gerichtlicher Beistand der Gräfin Hatzfeld in einem Ehescheidungsprozeß aufgetreten und wegen Beihilfe zu einem Kassettendiebstahl zwar nicht verurteilt, aber doch sehr bloßgestellt worden, und hatte während der Reaktionszeit und der neuen Ära sich mit philosophischen und juristischen Forschungen beschäftigt, die in zwei großen Werken über Herakleitos, den ionischen Philosophen, und über das Erbrecht zu Tage traten. Sozialist, wie er stets gewesen war, hatte er bisher doch Schulze-Delitzsch' Verdienste gern anerkannt und ihm, wie er einmal schrieb, im Geiste dafür mit Wärme die Hand gedrückt. Aber die lebhafte politische Erregung, die Aussicht auf gewaltige Stürme, die mit dem Ende der neuen Ära hereinbrach, lockte seinen unruhigen und eitlen Geist auf das Schlachtfeld, und da er mit seinem Scharfblick die Möglichkeit eine ganz neue Partei auf der äußersten Linken zu bilden schnell erkannte, so schloß er sich nicht der Fortschrittspartei an, sondern trat zu ihr in scharfen Gegensatz. Mehrere Vorträge, die er seit dem April 1862 in Berliner Arbeitervereinen gehalten, verfochten die Idee, daß die höheren Klassen kraft ihres persönlichen Interesses Feinde der Kulturentwickelung seien, daß nur der Arbeiterstand die Sache der gesamten Menschheit vertreten könne, daß die preußische Verfassung keinen Wert habe, weil sie den bestehenden Machtverhältnissen widerspreche, daß die Volksvertretung sich jeder Thätigkeit enthalten solle, bis die Regierung nachgebe. Da er wegen dieser Reden verurteilt wurde, ließ er sie in der Schweiz im Druck erscheinen und lenkte dadurch und durch die Prozesse die Aufmerksamkeit unzufriedener Arbeiterschichten auf sich.

Der Leipziger Arbeiterkongreß.

Insbesondere veranlaßte ein Leipziger Schuster, Vahlteich, dem in dieser Zeit der Kongresse und Vereine die Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses wünschenswert erschien, seine Freunde sich von Lassalle ein Gutachten über die Arbeiterbewegung, von der in der That noch

kaum etwas zu spüren war, zu erbitten. Lassalle kam der Einladung nach und entwickelte in einem gedruckten Gutachten Anfang 1863 die Ansicht, daß den Arbeitern nur zu helfen sei, wenn sie sich in eine politische Partei umwandelten, das allgemeine Stimmrecht durchsetzten und dann vom Staate sich eine Zinsgarantie, ähnlich wie sie bei Eisenbahnen üblich sei, für Produktivgenossenschaften erwirkten, deren Gewinn gleichmäßig allen Teilhabern zugute kommen müsse. Diese Ratschläge fielen auf fruchtbaren Boden. Eine Versammlung von 4000 Arbeitern, die Vahlteich und sein Ausschuß in Leipzig veranstaltete, jubelte Lassalle zu, als er ihnen die Lehre von dem ehernen Lohngesetz entwickelte, kraft dessen der Arbeiter unbeschadet geringfügiger Schwankungen stets nur soviel Lohn erhalte, wie zu seinem notdürftigen Unterhalte erforderlich sei. Die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde am 23. Mai 1863 beschlossen, Lassalle selbst zum Präsidenten erwählt und durch die Gründung von Zweigvereinen dem neuen Bunde Bedeutung gegeben. Einzelne Männer bekannteren Namens, Achtundvierziger wie Rodbertus, Lothar Bucher, Wuttke, erklärten sich für die Bewegung; aber der einzige Leiter blieb Lassalle. Von Ort zu Ort zog er um für seine Pläne den Boden zu bereiten; immer mehr erhitzte sich dabei sein lebhafter Geist, immer mehr berauschte sich seine Eitelkeit in den glänzenden Huldigungen, die seine Anhänger ihm darbrachten, immer leidenschaftlicher und grimmiger wurde seine Feindschaft gegen die herrschende Fortschrittspartei. Besonders erbittert war er gegen die Presse, der er Haß und Verachtung, Tod und Untergang zuschwor. Auch mit der Staatsgewalt mußte er bei diesem Auftreten oft in Konflikt geraten; war es doch eine Hauptanklage, die er gegen den Fortschritt erhob, daß dieser keine Revolution wolle. Bald freigesprochen bald verurteilt, wurde er seiner Agitation doch durch wiederholte Gefängnisstrafen entzogen. Dem Vorteil, den die Regierung aus seinem Auftreten zog, geschah dadurch kein Abbruch; ihr genügte es, daß Lassalle dem Liberalismus wertvolle Kräfte raubte; daß er sie nicht unmittelbar in ihren Dienst stellte, war die notwendige Vorbedingung des Gelingens. Herr der neuen Bewegung zu bleiben schien nicht schwer zu sein, jedenfalls schätzte man die Förderung für den Augenblick höher als die Gefahr für die Zukunft. Lauter Jubel herrschte im konservativen Lager, wenn Lassalle die wunden Stellen der Fortschrittspartei für seine grimmigen Angriffe ersah, wenn er Schulzes Thätigkeit verhöhnte, seine wirtschaftlichen Lehren sophistisch verdrehte und verspottete, Mißtrauen und Haß gegen die Geldsäcke und gegen die Selbstsucht des herrschenden Bürgertums aussäete. Und als er dann am 31. August 1864, im vierzigsten Jahre, in Genf der Kugel des walachischen Bojaren Janko von Rakowitza erlag, mit dem ein Liebeshandel ihn in ein Duell verflochten hatte, da war das Bedauern über den Verlust des nützlichen Bundesgenossen in der Kreuzzeitungspartei wohl stummer, aber nicht weniger aufrichtig als bei den Arbeitern, die in

Der allgemeine deutsche Arbeiterverein.

Lassalles Agitationsreisen.

Lassalles Tod.

lärmenden Totenfeiern förmlich Abgötterei mit dem dahingeschiedenen Führer trieben.

Der Liberalismus seinerseits fühlte sich durch die Umtriebe Lassalles nur wenig bedroht; er machte der konservativen Partei wohl bittere Vorwürfe darüber, daß sie in ihrer Presse damit liebäugle und den Teufel an die Wand male, aber seine eigene Stellung im Volke galt ihm für unerschütterlich. Der Verlauf des ersten Landtages von 1863 mußte diesen Glauben bestärken. Das Land, so konnte der Präsident Grabow in seiner Eröffnungsrede am 14. Januar der Wahrheit gemäß sagen, war in dem Konflikte auf die Seite der Abgeordneten getreten. Eine natürliche Folge war es, daß die Mehrheit nicht von fern an eine Versöhnung mit der Regierung dachte, daß ihr einziges Augenmerk darauf gerichtet war den König von seinen Ministern zu trennen und zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Mehr als 200 Mitglieder, an ihrer Spitze Professor Virchow und der vormals sächsische Minister von Carlowitz, beantragten in dieser Absicht eine Adresse an den Monarchen, die das volle Vertrauen des Hauses in die Verfassungstreue des Königs aussprach, gleichwohl aber mit nackten Worten erklärte: die Verfassung sei durch die Minister bereits verletzt, da dieselben das schwere Übel einer budgetlosen Regierung über das Land gebracht hätten. Das Haus sollte den König vor dem Rate derer warnen, die ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den Namen der königlichen Majestät zu decken und zu stützen bemüht seien. Das hieß nach Bismarcks Meinung nichts anderes, als das Haus der Hohenzollern solle auf seine verfassungsmäßigen Rechte zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten verzichten. Soweit ist es noch nicht gekommen, rief er in der Adreßdebatte lebhaft aus; das preußische Königtum ist noch nicht reif dazu einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes, einen toten Maschinenteil in dem parlamentarischen Mechanismus zu bilden. Er mahnte ernstlich daran, daß das ganze Verfassungsleben eine Reihe von Kompromissen sei, daß ohne solche Kompromisse Konflikte entstünden, die zu Machtfragen würden und nicht durch das Recht entschieden werden könnten. Bei dem herrschenden Mißtrauen wurden diese Worte als eine Drohung mit dem Staatsstreich gefaßt, und der ehrliche Graf Schwerin warf entrüstet dem Minister vor, daß er den Satz predige: Macht gehe vor Recht. Vergebens erhob Bismarck sofort Einspruch gegen diese Verdrehung; man fand, daß Schwerins Worte die Sache mit dem rechten Namen bezeichneten, wenn der Minister sie auch in vorsichtiger Verhüllung nur angedeutet habe. Daß die Adresse angenommen werden müsse, daß Vinckes und Reichensbergers leidenschaftslosere Entwürfe durchfallen würden, stand schon vor der dreitägigen Debatte vom 27.—29. Januar 1863 fest; ebenso fest stand freilich, daß der König sich durch diese Vorstellung in seiner Ansicht nicht werde erschüttern lassen. Er lehnte den Empfang einer Deputation des Hauses ab und beantwortete am 3. Februar die Adresse, wie sie ihm ohne Vermittlung der

Der erste Landtag von 1863.

Adreßdebatte.

Macht vor Recht.

Des Königs Antwort.

Minister zugesandt war, auch ohne die Gegenzeichnung derselben. Eingehend wies er die Klagen der Abgeordneten zurück und rechtfertigte von seinem Standpunkt aus die budgetlose Regierung, die keine Verfassungsverletzung, sondern eine durch die zweite Kammer geschaffene Notwendigkeit sei. Eine Verständigung herbeizuführen sei seinem Herzen Bedürfnis, aber durch Preisgebung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Herrenhauses werde er dieselbe nicht erwirken.

Mit dieser Zwiesprache war denn die Fruchtlosigkeit der neuen Session von vornherein besiegelt; die Gesetzentwürfe, die von den Ministern vorgelegt oder im Hause selbst angeregt wurden, bestätigten diese Thatsache. Sie trugen zum großen Teil den Stempel an der Stirn, daß sie nicht in der Hoffnung durchgeführt zu werden, sondern nur in dem Wunsche die Gegensätze scharf zu bezeichnen eingebracht seien. So legte das Ministerium ein Wehrgesetz vor, das alle Grundzüge der Reorganisation, auch die hart angefochtene zweijährige Dienstzeit festhielt, oder es beantragte den Beamten, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses waren, die Kosten ihrer Stellvertretung aufzubürden. Die Fortschrittspartei andererseits brachte ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, eine neue Kreisordnung, ein Gewerbegesetz ein, alles Dinge, über die eine Verständigung ganz unmöglich war. Bei der Beratung des Haushalts für 1863 strich man dem Ministerium die geheimen Fonds; man schied die Kosten der Reorganisation wiederum von den übrigen Ausgaben für das Heer und erklärte die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar für dieselben; man trat sodann, aber erst am 7. Mai, in die Beratung über das Wehrgesetz ein, das in dem Ausschusse bis zur Unkenntlichkeit verändert worden war.

Fruchtlose Arbeiten.

Militärdebatte.

Diese Beratung sollte nicht zum Abschluß kommen. Schon im Verlauf der bisherigen Debatte war von beiden Seiten die Tonart so heftig, die Wahl der Ausdrücke so rücksichtslos geworden, daß ein jäher Ausbruch persönlicher Gereiztheit leicht zu einer Katastrophe führen konnte. Mangel an Vaterlandsliebe, an Ehrenhaftigkeit, an Wahrheit waren den Ministern vorgeworfen; man hatte sie mit Seiltänzern und mit Don Quichotte verglichen; die Angegriffenen hatten hitzig geantwortet, auch selbst durch Spott die Gegner gereizt und weniger vielleicht durch bestimmte Ausdrücke als durch ihre ganze Haltung sie zu kränken gesucht. Bismarck fand Gefallen daran ihnen ihre Unkenntnis des jeweiligen Standes der auswärtigen Angelegenheiten bei jeder Gelegenheit vorzuhalten; er stellte einzelne seiner Gegner mit Männern wie Mazzini und Mieroslawski zusammen um ihre Treue gegen den König zu verdächtigen; er erklärte ihnen, daß wenn er Krieg führen wolle, er es mit oder ohne ihre Zustimmung thun werde, und gab auf die Herausforderung, er solle das Haus doch auflösen, die spitzige Antwort: das Land solle seine Vertreter erst noch besser kennen lernen. Für den Präsidenten Grabow und seine Stellvertreter, Behrend von Danzig und

Die Redefreiheit der Minister.

den gemaßregelten Bockum-Dolffs, war die Handhabung der Ordnung unter diesen Umständen oft recht schwer, zumal die Minister ihnen das Recht absprachen auch sie zur Ordnung zu rufen. Einmal war es bereits soweit gekommen, daß Behrend drohte die Sitzung aufzuheben, wenn Bismarck in seinen Angriffen auf den Abgeordneten Unruh fortfahre; jetzt wiederholte sich am 11. Mai bei der Militärdebatte ein ganz ähnlicher Zank zwischen Bockum-Dolffs und dem Kriegsminister, der heftig den von Sybel erhobenen Vorwurf des Mangels an Patriotismus zurückgewiesen hatte. Der Vizepräsident wußte sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß er die Sitzung schloß. Darauf erklärten die Minister schriftlich, sie würden solange nicht im Hause erscheinen, wie dasselbe für seinen Präsidenten das Recht beanspruche sie in ihrer Redefreiheit zu beschränken. In der That erhob das Haus diesen Anspruch zur Zeit nicht, sondern begehrte nur, daß der Präsident auch den Ministern in die Rede fallen dürfe; es wollte aber auf jenes weitergehende Recht, das es sich in Wahrheit doch auch beilegte, nicht ausdrücklich verzichten, wie das Ministerium in einem zweiten Schreiben vom 16. Mai forderte und der König selbst in einer Botschaft vom 21. Mai gleichfalls verlangte. So stockten die Geschäfte, und das einzige, was sich thun ließ, war eine Adresse an den König. Die Altliberalen wollten dieselbe ganz auf den vorliegenden Streitfall beschränken, übrigens auch mit der Erklärung, daß gedeihliche Verhandlungen zwischen dem Ministerium und dem Hause nicht mehr möglich seien. Die Fortschrittspartei aber war damit noch nicht zufrieden und mit 239 gegen 61 Stimmen setzte sie am 22. Mai ihren Entwurf durch, der unter Beifügung der stenographischen Berichte über die fragliche Sitzung mit der Beschwerde begann, daß dem Könige die Vorgänge vom 11. Mai nicht wahrheitsgetreu vorgetragen seien. Die Weigerung der Minister ferner im Hause zu erscheinen wurde als eine neue Verfassungswidrigkeit bezeichnet und nach lebhaften Klagen über die Vereinsamung, in der sich Preußen durch Schuld der Regierung in Deutschland, ja in Europa befinde, die Erklärung abgegeben, daß kein Mittel der Verständigung mit diesem Ministerium vorhanden sei, daß das Haus seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik ablehne, daß nur ein Wechsel der Personen und des Systems die Einigkeit zwischen Fürst und Volk, durch die allein Preußen stark sei, erhalten könne.

Königliche Botschaft.

Neue Adresse an den König.

Des Königs Antwort vom 26. Mai war scharf und schneidig. Er vermißte trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in der Adresse die Bethätigung ehrfurchtsvoller Gesinnungen, versicherte, daß ihm die Vorgänge vom 11. Mai sowie die Lage des Landes sehr wohl bekannt seien, unterzog die ganze Haltung des Hauses einer ins einzelne gehenden Kritik und bezeichnete die Forderung, daß er seine Minister wechseln solle, als den Versuch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Hauses der Abgeordneten anzubahnen; er wisse es den Ministern Dank, daß sie

Antwort des Königs.

diesem Streben nach Machterweiterung entgegenträten, und hoffe mit Gottes Hilfe die sträflichen Versuche zu vereiteln, die auf Lockerung des Bandes zwischen Fürst und Volk gerichtet seien; zu fest sei sein Vertrauen in die Anhänglichkeit seiner Unterthanen, als daß es durch den Inhalt dieser Adresse erschüttert werden könne.

Schluß des Landtags.

Daß diese Antwort nicht von der Auflösung, sondern nur von der Schließung des Landtags begleitet war, konnte überraschen; allein es war für die Minister doch nur ein Gebot der Klugheit: Neuwahlen in diesem Augenblicke vorgenommen, hätten kein anders zusammengesetztes Haus ergeben können; um darauf hoffen zu dürfen mußte die öffentliche Meinung erst noch anders beeinflußt sein. Man versuchte es mit der Einschüchterung. Auf Grund jenes Verfassungsartikels, welcher der Regierung in Abwesenheit der Kammern das Recht gab dringende Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, erging vier Tage nach Schluß der Session, am 1. Juni 1863, die sog. Preßordonnanz, welche den Verwaltungsbehörden die Vollmacht erteilte regierungsfeindliche Blätter nach zweimaliger Verwarnung sowohl wegen einzelner Artikel wie wegen ihrer Gesamthaltung zu unterdrücken. Ein Schrei der Entrüstung durchflog das ganze preußische Volk; eine solche Nachbilderei napoleonischer Polizeiwillkür hatte man nicht erwartet, ein solches Überbieten der ärgsten Manteuffelschen Gewaltmaßregeln nicht für möglich gehalten. Der Kronprinz selbst erklärte auf einer Reise in Danzig, daß er keinen Teil an den Ratschlägen habe, welche diese Verordnung herbeigeführt hätten; die bedeutendsten Zeitungen protestierten gegen den Gewaltakt und erklärten ihn für verfassungswidrig; die städtischen Behörden von Berlin, Königsberg, Breslau und vielen anderen Städten baten den König durch Adressen und Deputationen um Rücknahme der Verordnung. Aber für solche Vorstellungen hatte der Monarch kein Gehör mehr; formell verfassungswidrig war der Schritt nicht gewesen und die Notwendigkeit und Nützlichkeit hatte er vorher geprüft und anerkannt. So wurde das Verwarnungssystem denn in Anwendung gebracht und zuerst an den sechs protestierenden Zeitungen erprobt. Die schweren Geldverluste, mit denen die Unterdrückung eines Blattes den Verleger bedrohte, thaten bald ihre Wirkung; die Minister hatten wohl von vornherein darauf gerechnet, daß die Verwarnungen ausreichen würden um die heftigste Opposition zu ertöten. Aber darin hatten sie sehr geirrt, wenn sie glaubten mit der Knebelung der Presse auch die öffentliche Meinung zu knebeln. Erregt wie diese einmal war, hielt sie den Ingrimm, der sie beherrschte, auch ohne die tägliche Nahrung, die ihr sonst die Zeitungen zuführten, fest, ja sie vergiftete sich mehr und mehr, und die allgemeine Verehrung, die man einst dem Könige entgegentrug, wandelte sich nicht allein in das Gegenteil um, sondern artete in völlige Verkennung des Charakters und der Beweggründe des Fürsten aus. Vollends der Befehl, den die städtischen Behörden empfingen, bei Androhung harter Strafe keine politischen Beratungen zu pflegen, die

Preß-ordonnanz.

Tiefe Erbitterung der öffentlichen Meinung.

Abweisung ihrer Deputationen, die Zurücksendung ihrer uneröffneten Adressen, lenkten die Mißstimmung wie geflissentlich gerade gegen die Person des Königs. Es kam soweit, daß die Stadtverordneten von Berlin beschlossen in Zukunft überhaupt von Adressen an den Monarchen und seine Familie abzusehen, daß sie beim Tode des Prinzen Friedrich am 31. Juli in der That die übliche Beileidsbezeugung unterließen, daß selbst kleinere Städte durchreisenden Prinzen, sogar dem Kronprinzen jede feierliche Begrüßung versagten. Den Abgeordneten hingegen ward überall ein rauschender Empfang bereitet, und besonders die freisinnigen Bürger Kölns veranstalteten am 18. und 19. Juli ein großes Fest, zu dem sie das Präsidium des Abgeordnetenhauses und die liberalen Vertreter der westlichen Provinzen einluden und das die Regierung in der Hauptsache nicht zu stören wagte.

Österreich und der Fürstentag.

Die nationale Partei außerhalb Preußens.

Schwer litten unter diesen inneren Wirren Preußens besonders seine Anhänger im Reich, deren Hoffnungen unter dem höhnischen Triumphgeschrei der Großdeutschen zu Grabe getragen wurden, als König Wilhelm so von rücksichtsloser Hand jedes Band zwischen sich und der Nationalpartei durchschneiden ließ. Alle Arbeit der letzten Jahre schien

Der Nationalverein.

verloren, eine neue Reaktion war hereingebrochen. Schritt für Schritt, so klagte schon Ende Mai der Ausschuß des Nationalvereins, ist die preußische Regierung von ihrer Aufgabe zurückgewichen bis zu dem Punkte, auf dem wir sie heute nicht als den Schirmherrn, sondern als den gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen erblicken; wenn die jetzigen Leiter Preußens ihre Hand nach der Herrschaft Deutschlands ausstrecken wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer

Die liberalen Regierungen.

gegen solche Vermessenheit dem Nationalvereine begegnen. In der ratlosesten Lage befanden sich die kleinen Regierungen, welche offen für die preußische Spitze eingetreten waren: Baden, wo neben Roggenbach auch Mathy seit etwa Jahresfrist im Ministerium saß; Koburg, Oldenburg, Weimar, Waldeck, deren Fürsten treu zu Preußen gestanden und die Mißbilligung ihrer mächtigeren Kollegen geduldig ertragen hatten. Noch einmal war ihnen das beschämende Gefühl aufgedrungen, daß ihr vertrauensvolles Entgegenkommen, ihre Bereitwilligkeit zu Opfern an ihrer Souveränität bitter getäuscht ward. Die Landtage in diesen und anderen Staaten faßten ausdrückliche Beschlüsse um die preußischen Abgeordneten ihrer Sympathie zu versichern; hier und da verwahrte sich auch wohl einer gegen den Abschluß einer Militärkonvention gleich der

Der Handelsvertrag.

koburgischen, die man vor Jahresfrist noch freudig begrüßt haben würde; nur in der Zollvereinsfrage war das Interesse stärker als die Abneigung gegen Bismarck, und nach dem Vorbilde des preußischen Landtags erklärten sich die Kammern in Kassel, Darmstadt, Wiesbaden und anderer Orten für die Annahme des Handelsvertrags. Auf die widerspenstigen

Regierungen machte das jedoch keinen Eindruck und die mächtigste derselben, die bayerische, erfreute sich auch der Zustimmung in der Landesvertretung; nur wenig über dreißig Stimmen kamen darin überein die Sprengung des Zollvereins für ein Nationalunglück zu erklären, und selbst von diesen wünschte die Mehrheit nicht die unveränderte Annahme des Vertrags. Andererseits war freilich Preußens Haltung zu entschieden, als daß Bayern sich mit der Hoffnung sie zu erschüttern hätte schmeicheln können. Vergebens bemühte es sich auf der Generalzollkonferenz im Juni 1862 wenigstens eine Antwort auf Österreichs Antrag in den Verein aufgenommen zu werden zu erwirken; die Konferenz ging ohne solche Antwort auseinander und eine Annäherung der feindlichen Standpunkte war in keiner Weise erreicht worden.

Innere Lage der einzelnen Bundesstaaten.

Auf die innere Lage der einzelnen Bundesstaaten waren die preußischen Wirren im ganzen ohne Einfluß. Allerdings verpflanzte sich die preußische Fortschrittspartei, die sich ja von vornherein die deutsche genannt hatte, in einige benachbarte Staaten. In Kurhessen, Nassau, Darmstadt, den thüringischen Herzogtümern, den Hansestädten und hier oder da sonst hatte sie sogar die Mehrheit in den Landesvertretungen; in Hannover, Sachsen und Bayern aber blieb sie bei den Wahlen in der Minderheit; Lippe-Detmold erlebte das ergötzliche Schauspiel, daß sein Fürst die Bildung einer solchen Partei verbot. Im allgemeinen konnte man aber die Beobachtung machen, daß es für die Regierungen einen Reiz gewann sich liberal und national zu bezeigen, seit Preußens freisinnigere innere Politik rückläufig geworden war. Für die Strömung der Zeit war es doch höchst bezeichnend, daß eigentlich kein deutscher Fürst oder Minister es wagte die bestehende Bundesverfassung für genügend auszugeben, daß sie alle Besserungen und Vervollkommnungen als nötig anerkannten. Die innere Gesetzgebung hatte fast überall in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht; Preß- und Vereinsgesetze waren vieler Orten umgearbeitet, die Gewerbefreiheit hatte einen wahren Siegeszug durch die meisten Staaten angetreten. Der alte Polizeidruck war zwar nicht gänzlich geschwunden, aber mit den früheren ließen sich die jetzigen Zustände doch höchstens in Nassau vergleichen; selbst Männer wie Beust oder Dalwigk hatten die Segel eingezogen, und wenn man noch über ihre Verfolgungssucht klagte, so geschah es aus Anlässen, die vor wenigen Jahren kaum sehr aufgefallen wären. Herr von Borries war sogar völlig vom politischen Schauplatze abgetreten. Den Anstoß dazu hatte die heftige Bewegung gegen den neuen Katechismus gegeben, mit dem der blinde König sein Volk zur Feier der Konfirmation des Kronprinzen am 14. April 1862 beschenken wollte. Man war in Hannover durch das Jahrzehnt der Reaktion fast mehr noch als in Preußen daran gewöhnt religiöse Engherzigkeit mit politischer Verfolgungssucht im engsten Bunde zu sehen; das Königspaar liebte es seine streng-lutherische Denkweise zur Schau zu tragen und die Herrschaft des angestammten Welfenhauses als einen besonderen Ausfluß

Fortschritte zum Besseren.

Der hannoversche Katechismusstreit.

der göttlichen Gnade für das hannoversche Land hinzustellen. Der König gefiel sich in einer beinahe theokratisch-patriarchalischen Auffassung seiner Stellung und betrachtete die Entwickelung der Wohlfahrt des Landes nicht sowohl als seine Pflicht wie als ein Mittel zu lohnen oder zu strafen. Er konnte seiner getreuen Stadt Emden ganz unbefangen androhen, daß er seine Zustimmung zu der Verbesserung der Hafenschleuse, die allerdings notwendig sei, nicht geben werde, wenn die Bürger sich fernerhin noch den Bestrebungen des Nationalvereins geneigt erwiesen. Dem armen Manne, dem seine Blindheit es so schwer, ja unmöglich machte die Dinge in ihrem wahren Lichte zu sehen, grollte man wegen solcher Verkehrtheiten wohl weniger als seiner Umgebung, und lange ward bei der gemächlichen Denkart des niedersächsischen Stammes die hergebrachte Regierungsweise geduldig hingenommen. Der neue Katechismus war aber mit seinen Teufelsentsagungen und katholisierenden Lehren von der Beichte ein gar zu starkes Stück. Dem Unwillen, der darüber im ganzen Lande gärte, gab Mitte Juli der Prediger Baurschmidt in Lüchow durch eine kleine Schrift öffentlichen Ausdruck. Sechs Auflagen innerhalb vier Wochen und eine Flut von Gegenschriften gaben Zeugnis von der Wirkung des Heftchens, und als das Konsistorium in Hannover den Missethäter zur Verantwortung vorlud, machte sich die Volksstimmung in lärmenden Auftritten Luft. Der König wurde stutzig über diese Zeichen der Unzufriedenheit, nahm den Befehl zur zwangsweisen Einführung des Katechismus zurück und entließ am 21. August 1862 den Grafen Borries; Ende des Jahres folgten ihm seine meisten Kollegen, und während Graf Platen-Hallermund im auswärtigen Amte blieb, übernahm Herr von Hammerstein das Innere, Windthorst die Justiz und Lichtenberg den Kultus. Die kirchliche Frage war inzwischen von dem freier denkenden Teile der Geistlichkeit wesentlich erweitert worden. In einer Zusammenkunft in Celle hatten etwa 50 Pfarrer am 7. Oktober die Forderung einer Synodalverfassung erhoben, das Ministerium lenkte ein und verhieß am 21. November die Berufung einer Vorsynode, die denn auch am 6. Oktober 1863 zusammentrat und glücklich eine zwischen beiden Richtungen vermittelnde Synodalordnung zustande brachte. Damit war übrigens das Interesse der Liberalen an diesem kirchlichen Streite erschöpft und statt den eroberten Boden zu verteidigen überließen sie durch laue Beteiligung an den Wahlen die Synode sofort der Herrschaft der Orthodoxen.

Borries' Sturz.

Synodalordnung.

In der deutschen Politik Hannovers trat mit dem Ministerwechsel doch auch ein gewisser Umschwung ein; ihr leitender Gedanke war und blieb zwar Feindschaft gegen Preußen und Anlehnung an Österreich, was sich besonders in dem Sträuben gegen den französischen Handelsvertrag trotz der Forderungen des Landes und trotz der Gefahr für den Zollverein kundgab. Aber die liberale Strömung, die in Österreich obenauf kam und der reaktionäre Zug, der die preußische Regierung leitete, brachte doch eine leichte Änderung wenn nicht in den Herzens-

neigungen, so doch in der politischen Haltung des welfischen Königs hervor: bei mehr als einer Gelegenheit trennte sich Hannover am Bunde von den Mittelstaaten und hielt zu Preußen, gleichviel ob dies für oder gegen Österreich stand.

Österreich. Österreich hatte in der That seit dem italienischen Kriege völlig neue Bahnen betreten. Schwere Erfahrungen hatten den Kaiser von den beengenden Anschauungen befreit, die ihm anerzogen waren und die in den ersten Jahren seiner Regierung durch den trügerischen Schein der Macht und Sicherheit, deren seine Länder sich zu erfreuen schienen, nur noch fester eingewurzelt waren. Es hatte der ernsten Lehren des Jahres 1859 bedurft um ihn über die wahre Lage Österreichs aufzuklären. Auch jetzt konnte er sich nicht mit einem Schlage von alle den Franz Josef Vorurteilen losreißen, die ihm so lange als lautere Wahrheit gepredigt waren. Aufrichtiger Katholik wie er war, brachte er es nur schwer und nicht ohne Rückfälle über sich die Verkehrtheit der Konkordatspolitik anzuerkennen; zur Krone gelangt inmitten der wilden Wirren des Revolutionsjahres, konnte er nur langsam volles Vertrauen zu der Heilsamkeit des Verfassungsregimentes gewinnen; umgeben und bedroht von unabhängigkeitsdurstigen Völkern und Völkchen, fand er nicht leicht die Grenze, die sein berechtigtes Streben nach Erhaltung der Staatseinheit von der unberechtigten Unterdrückung lebensfähiger Nationalitäten und von der eigensüchtigen Einmischung in die Entwickelung der Nachbarvölker schied. Aber wenn seine Lehrzeit noch nicht beendet war, so hatte er doch großes gelernt; er hatte dem alten Regierungssysteme entschlossen den Rücken gekehrt und ohne ein klares neues Programm schon fest zu ergreifen doch tastende Versuche auf dem richtigen Wege begonnen und jedenfalls den schnellen Verfall des Reiches gehemmt. Das Österreich von 1863, darüber war kein Zweifel erlaubt, stand ganz anders da als das von 1859.

Brucks Pläne und Sturz. Was dem Kaiser fehlte um sicherer und schneller die rettende Bahn zu beschreiten waren Ratgeber von überlegener Einsicht und Entschlossenheit. Nur einen solchen, der die neuen Aufgaben klar erkannte, hatte Franz Josef sich zur Seite, und diesen einen, der Protestant und Freihändler und bürgerlicher Herkunft war, den Freiherrn von Bruck, bekämpften tausend feindliche Einflüsse. Die Vorschläge, welche er im Sommer 1859 dem Kaiser empfahl, liefen auf die Herstellung einer parlamentarischen Verfassung mit ausgedehnter Selbständigkeit der Provinzen und Gemeinden, auf Befreiung des Handels und Verkehrs und Gleichberechtigung aller Bekenntnisse, auf völlige Umwandlung der äußeren Politik und eine liberale Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung hinaus. Zu solch einem Sprunge konnte der Monarch sich nicht sofort entschließen; Einzelheiten des Programms wurden angenommen; aber ehe noch die maßgebenden Punkte ernsthaft angefaßt waren, ward Bruck dem Staate auf tragische Weise entrissen. Von einer 200 Millionen-Anleihe, die er im März 1860 ausschrieb, wurden nur 76 Millionen

gezeichnet; das erschütterte seine Stellung so heftig, daß seine Gegner auch seinen Charakter bei dem Monarchen zu verdächtigen wagten. Es schwebte eben damals eine Reihe von Prozessen gegen Männer der vornehmen Gesellschaft, den General Eynatten, den Bankdirektor Richter u. a., die beschuldigt wurden den Staat bei den Lieferungen für die Armee im letzten Feldzuge schmählich betrogen zu haben. Bruck war mit ihnen befreundet, jetzt sollte er auch ihr Mitschuldiger gewesen sein. Es ward ihm unter die Hand gegeben seine Entlassung zu fordern, und kaum hatte er diese in kalten Ausdrücken empfangen, als man erfuhr, daß er sich am 23. April 1860 (wie einige Wochen früher der wirklich schuldige Eynatten) selbst entleibt habe. Voreilig bezeichnete ihn sogar die amtliche Zeitung darauf als Mitbeschuldigten, während doch bald der Kaiser selbst in einem Handschreiben an die Witwe die völlige Grundlosigkeit dieser Verdächtigungen aussprach.

Finanzreformen.

Daß es Bruck mit seinen Reformplänen ernst sei, bewies er unzweifelhaft durch die Maßnahmen in seiner eigenen Verwaltung, dem Finanzministerium. Er begann damit eine Sünde einzugestehen, die jahrelang sorgfältig verhüllt war: bei der letzten Anleihe von 1854 waren 111 Millionen über die geforderten 500 gezeichnet und die Regierung hatte sie stillschweigend mit eingezogen und mit verausgabt. Um solchen Mißbräuchen künftig vorzubeugen ward im Dezember ein Ausschuß zur Überwachung des Staatsschuldenwesens eingesetzt; ein zweiter ward berufen um über die Herstellung des Gleichgewichts im Budget zu beraten. Auch für die Befreiung des Verkehrs ward ein bedeutsamer Schritt noch vor Schluß des Jahres durch das wesentlich auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit aufgebaute Gewerbegesetz gethan. Aber von solchen Reformen konnte man doch nur sehr allmählich eine Besserung der Finanzen erwarten. Die ungeheure Staatsschuld, die 1857 schon 2400 Millionen Gulden betragen hatte, wuchs von Jahr zu Jahr durch das unvermeidliche Defizit, das 1859 bis auf 280 Millionen gestiegen war, während bei einzelnen Steuern die Rückstände dieses Jahres bedeutender waren als die Einkünfte. Nur nach und nach konnte durch verständige Reformen auf allen Gebieten diesen Finanznöten abgeholfen werden.

Die übrigen Ministerien.

In den meisten Verwaltungszweigen merkte man aber davon zunächst nur wenig. Die freudig begrüßte Ernennung des früheren Gesandten in Paris, Baron Hübner, zum Polizeiminister und die freisinnige Behandlung, die er der Presse zu teil werden ließ, waren kurze Lichtblicke; schon nach zwei Monaten trat an Hübners Stelle der Freiherr von Thierry, ein Mann vom alten Schnitt. Als Minister des Innern war gleichzeitig mit Hübner, am 22. August 1859, Graf Goluchowski eingetreten, während sein Vorgänger Bach als Gesandter zum Papste ging. Die Änderung, die dadurch herbeigeführt ward, konnte nicht bedeutend genannt werden; es erfolgten einige Verbesserungen in der Verwaltung; auch wurden in allen Landesteilen Ausschüsse berufen um

eine neue Gemeindeverfassung vorzubereiten; aber die aristokratischen Gesinnungen des Ministers ließen nicht viel von seinem Reformeifer erwarten. Kirche und Unterrichtswesen waren noch schlimmer daran: sie blieben unter der Leitung des Konkordatsministers Grafen Thun, aus dessen Händen selbst ein gutes Gesetz verdächtig erscheinen mußte. Seit dem Erlasse des Konkordats erwarteten die Protestanten Österreichs, vorzugsweise also die Ungarns, die ja weitaus am zahlreichsten waren, eine gesetzliche Regelung ihrer Stellung; daß dieselbe nicht ohne ihre Mitwirkung erfolgen werde, galt ihnen als selbstverständlich. Auch war in der That schon 1856 den Kirchenvertretungen ein Entwurf zur Begutachtung zugegangen, den liberale deutsche Theologen den freisinnigsten deutschen Kirchenordnungen gleichstellten; die Ungarn hatten trotzdem zahlreiche Ausstellungen daran gemacht und waren unangenehm überrascht, als er mit geringen Änderungen am 1. September 1859 doch als Protestantenpatent für Ungarn in Kraft gesetzt wurde. Von allen Seiten liefen die lebhaftesten Verwahrungen ein, die durch das Patent aufgelösten alten Kirchenvertretungen versammelten sich und widersetzten sich den kaiserlichen Befehlen. Entschlossen das nicht zu dulden strengte die Regierung Prozesse gegen die Widerspenstigen an; aber das Märtyrertum der Verurteilten steigerte nur die Aufregung, der Kaiser selbst wurde bedenklich und machte einem der angesehensten ungarischen Protestanten, dem Baron Vay, Versprechungen, die er dann doch unter dem Einflusse Thuns wieder zurücknahm. Bis zum 31. März 1860 sollten alle Gemeinden augsburgischen Bekenntnisses nach dem neuen Patent sich organisiert haben, widrigenfalls ihnen die Entziehung des Wahlrechts zur Landessynode angedroht war; aber nur 226 Gemeinden mit etwa 300 000 Seelen unterwarfen sich, 333 mit 540 000 Angehörigen beharrten auf ihrer Weigerung. Dieser Widerstand war um so bedenklicher, als er das Land auch gegen die anderen Reformen der Regierung aufregte, und so entschloß sich der Kaiser denn um nicht auch diese zu gefährden von dem Protestantenpatente abzustehen und dasselbe am 15. Mai 1860 ausdrücklich zu widerrufen.

Das Protestantenpatent.

Diese anderen Reformen sollten in der Umwandlung des bisherigen rein bureaukratischen Reichsrates in eine Art parlamentarischer Körperschaft gipfeln. Es war die Absicht der Regierung in allen Kronländern jene ständischen Verfassungen jetzt wirklich einzuführen, die Anfang 1850 erlassen und dann beiseite gelegt waren; aus der Mitte dieser Stände und zwar auf Vorschlag derselben dachte der Kaiser 38 Abgeordnete zu einem verstärkten Reichsrate zu berufen und von diesem den Staatshaushalt und die wichtigeren Gesetze beraten zu lassen. Weil man aber des Reichsrates bei der schlimmen Finanzlage dringend und sofort bedurfte, so verkündete dasselbe kaiserliche Patent, das ihn am 5. März 1860 ins Leben rief, auch: daß der Kaiser die Mitglieder das erste Mal selbständig ernennen werde. Die große Frage war nun die, ob in Ungarn Männer von Ansehen sich bereit finden würden eine solche

Der Reichsrat.

Ernennung anzunehmen. Durch die Rücknahme der Zerstückelung des Landes in fünf Statthaltereien, durch die Ernennung Benedeks zum Generalgouverneur des ganzen Königreiches, durch das Versprechen die alte Komitatsverfassung wiederherzustellen und sobald dies geschehen die Berufung eines Landtags vorzubereiten, Verfügungen, die am 19. April 1860 veröffentlicht wurden, glaubte man in Wien genügendes Entgegenkommen bezeigt zu haben; aber man vergaß dabei die fortdauernde Erbitterung über das Protestantenpatent, und erst als drei der Ernannten, Eötvös, Vay und Somsich, Anfang Mai die Ehre ablehnten, entschloß sich der Kaiser das Patent aufzuheben.

Die Parteien im Reichsrat.

Nun traten in der That alle Berufenen, unter ihnen Andrassy, Apponyi und Szecsen, in den verstärkten Reichsrat ein; aber es geschah unter der feierlichen Erklärung in der ersten Sitzung am 31. Mai, daß sie sich nicht als Vertreter Ungarns ansähen, dessen historische Rechte sie ausdrücklich wahrten, sondern daß sie zu der Beteiligung nur durch die Hoffnung bewogen würden, die Weisheit des Monarchen habe in dem Reichsrate den Ausweg gefunden um von den bestehenden Ausnahmezuständen zu einer Befriedigung der Ansprüche Ungarns überzuleiten. Ähnliche Hoffnungen verbanden auch die Vertreter der slawischen Kronländer mit ihrem Eintritt, und so fand sich bald eine slawisch-magyarische Mehrheit, die durch einige Deutsche vom hohen Adel noch vergrößert wurde, gegenüber einer deutschen Minderheit zusammen. Ihre ersten Kämpfe hatten diese beiden Parteien in dem Einundzwanziger-Ausschuß durchzukämpfen, der zur Beratung des Staatshaushaltes niedergesetzt war und dessen Verhandlungen sich in tiefes Geheimnis hüllten. Doch wuchs das Interesse für den Reichsrat zusehends, als der präsidierende Erzherzog Rainer am 19. Juli 1860 den Entschluß des Kaisers verkündete demselben in Steuer- und Anleihesachen statt der beratenden eine beschließende Stimme zu geben. Mit Spannung sah man nun den Verhandlungen über die Schlußanträge des Finanzausschusses entgegen. Clam-Martinitz vertrat als Berichterstatter die Mehrheit, der Advokat Hein, der spätere Justizminister, die Minderheit. Beide waren einig in der Erklärung, daß die bisherige Verfassung das öffentliche Vertrauen und daher auch die Finanzkraft des Staates erschüttert habe; beide forderten Maßnahmen gegen die Erschlaffung des öffentlichen Geistes, die lähmend und vernichtend auf die moralische Kraft der Staaten wirke. Aber während die Mehrheit dann das Heilmittel in der Anerkennung der historisch-politischen Besonderheit der einzelnen Kronländer fand und deren Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung unter möglichster Anlehnung an die früheren Rechtszustände forderte, scheute die Minderheit vor solchen Zugeständnissen auf Kosten der Reichseinheit zurück und empfahl dem Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit Einrichtungen zu schaffen, die bei möglichster Entwickelung des Selbstverwaltungsrechtes doch auch die Einheit des Reiches und die Kraft der Regierung genügend verbürgten. Die größere Stimmenzahl und also der Sieg war der

Mehrheits- und Minderheitsgutachten.

Ausschußmehrheit von vornherein gesichert, aber ein heißer Kampf, der fünf Tage dauerte, mußte doch erst ausgefochten werden, ehe am 27. September der Antrag der Mehrheit mit 35 gegen 16 Stimmen genehmigt wurde. Schroff standen sich die beiden Hälften des Reiches gegenüber: aus den Ländern jenseit der Leitha war nur ein deutscher Siebenbürge und der Vertreter der Woiwodina bei der Minderheit; aus den Ländern diesseit der Leitha gehörten nur die Tschechen und einige hochadelige Herren wie Fürst Colloredo oder Graf Wolkenstein der Mehrheit an. Die ganze Schwierigkeit der Lage schien in diesem Gegensatze ausgedrückt zu sein, und doch war sie es eigentlich noch nicht; denn die beiden Gruppen, welche sich feindlich gegenüberstanden, waren in sich selbst nur durch den Gegensatz zu der anderen geeinigt, und die Programme, welche sie aufstellten, weit davon entfernt praktisch ausführbar zu sein, vertuschten nur durch allgemeine Redewendungen die Punkte, über welche man sich nicht verständigen konnte.

Das Oktoberdiplom.

Gleichwohl mußte eine Entschließung auf Grund des Mehrheits- oder des Minderheitsgutachtens jetzt gefaßt werden; sie erging in dem Diplom vom 20. Oktober 1860. Der Kaiser erklärte es darin für seine Regentenpflicht die Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche seiner Völker mit den Bedürfnissen der Monarchie ausgleichend zu verbinden und für eine Verfassung zu sorgen, die einerseits dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein und der bestehenden Verschiedenheit der einzelnen Kronländer und andererseits den Anforderungen, die man an den kräftigen, unzertrennlichen Verband der Gesamtmonarchie stellen müsse, entspreche. Den Ungarn wurde demgemäß die Erneuerung ihrer alten Verfassung, den übrigen Völkern der Erlaß neuer Landesordnungen verheißen; für gemeinsame Angelegenheiten ward der auf 100 Mitglieder verstärkte Reichsrat berufen, dessen nichtungarische Mitglieder der Kaiser auch noch gesondert als „engeren Reichsrat" zur Mitwirkung bei solchen Gesetzen, die alle Länder außer Ungarn beträfen, heranzuziehen sich vorbehielt. Die gemeinsamen Ministerien des Inneren, des Kultus und der Justiz wurden aufgehoben und der bisherige Minister des Inneren Goluchowski als Staatsminister mit der Verwaltung der cisleithanischen Länder betraut; für Ungarn und Siebenbürgen wurden sogenannte Hofkanzleien wiederhergestellt und die ungarische dem Baron Vay übertragen.

Aufregung in Ungarn.

Während nun Goluchowski die Landesverfassungen, die Bach einst entworfen hatte, mit geringen Änderungen veröffentlichte und dadurch großes Mißtrauen in den Ernst der konstitutionellen Reformen hervorrief, begannen die Ungarn mit ungezügeltem Eifer ihre wiedergestatteten Komitatsversammlungen abzuhalten und überall die Beamten zu erwählen, welche an Stelle der bisherigen kaiserlichen Behörden Verwaltung und Gericht übernehmen sollten. Vergeblich mahnten der Hofkanzler und der Fürst-Primas von Ungarn, der Erzbischof von Gran, zur Besonnenheit. Der Kaiser selbst, erzählte der letztere in einer großen Versammlung, habe ihn mit den Worten begrüßt: Sie sind Sieger! Er mahnte

der Schwierigkeiten eingedenk zu sein, welche die Regierung überwinden müsse; entfremden wir uns nicht von neuem, schrieb er, dem mit dem Friedenszweige sich uns nahenden Monarchen. Aber diese Vorstellungen fanden bei den Magyaren kein Gehör: die Komitate wählten Männer von Achtundvierzig, die als Landes- und Hochverräter in der Verbannung lebten; sie hemmten die Erhebung der Steuern und schrieben eigenmächtig neue aus; sie beseitigten die bestehenden Gerichtshöfe und erklärten die Gesetze von 1848 für in Wirksamkeit stehend. Anfangs betrachtete der Kaiser diese Überstürzungen mit Nachsicht; die Ungarn in seiner Umgebung, außer Baron Vay noch Graf Szecsen, vermochten ihn

Ministerium Schmerling.

sogar an Goluchowskis Stelle am 13. Dezember Schmerling zum Staatsminister zu ernennen und dadurch die Mißdeutungen zu entkräften, als ob der ganze Umschwung kein ernstlicher sei. Mit Schmerling traten Plener, Lasser, Hübner, Pratobevera und Graf Wickenburg in das Kabinett ein, dessen Vorsitz der Erzherzog Rainer übernahm. Diese Zusammensetzung mußte in der That für eine unzweideutige Bekräftigung des neuen Systemes gelten; sie galt zugleich auch für ein Zugeständnis an Ungarn, dessen Verfassung Schmerling als das Maß betrachtete, nach dem auch die übrigen Landesordnungen zugeschnitten werden müßten. In einem Rundschreiben an die Statthalter verhieß er demgemäß den einzelnen Ländern anstatt der ständischen eine Interessenvertretung, die aus unmittelbaren Wahlen hervorgehen, das Recht Gesetze zu beantragen erhalten und öffentlich verhandeln solle. Auch dem Reichsrate wurden diese selben Rechte zugesagt; überdies sollte die Zahl seiner Mitglieder stark vermehrt und das Vorschlagsrecht der Landtage in ein wirkliches Wahlrecht umgewandelt werden; ein aus den Erzherzögen, Bischöfen und vom Kaiser ernannten Mitgliedern bestehendes Oberhaus wurde diesem gewählten Unterhause noch hinzugefügt.

Das Februarpatent.

Aber gerade der Reichsrat war der Punkt, über den Schmerling sich mit seinen ungarischen Kollegen nicht verständigen konnte. Diese forderten, daß die Bestimmungen des Oktoberdiploms nicht als unabänderlich gelten, sondern die Wirksamkeit des Reichsrats erst des näheren mit dem ungarischen Landtage vereinbart werden solle; Schmerling hatte gegen den Versuch einer solchen Vereinbarung nichts einzuwenden, hielt aber an dem Oktoberdiplom in der verbesserten Gestalt, die er ihm durch sein Rundschreiben gegeben hatte, unter allen Umständen fest. Er veranlaßte den Kaiser durch ein neues Patent vom 26. Februar 1861 den nunmehrigen Rechtszustand abermals zu verkünden, die in Aussicht gestellten Landesordnungen für Kärnten, Steiermark, Salzburg und Tirol zu erlassen und feierlich zu erklären, daß er diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung seines Reiches gegen jeden Angriff schirmen werde.

Die Landtage.

An solchen Angriffen fehlte es auch abgesehen von dem fortgesetzten Widerstande in Ungarn nicht; so hatte in Tirol der Bischof von Brixen eine Adreßbewegung gegen die neue Landesordnung angestiftet, in der

ihm besonders die Glaubensfreiheit wie eine „Besudelung durch den Pesthauch einer schlechten Zeit" erschien. In vielen anderen Kronländern schlossen sich die Gegner erst bei den Wahlen zu den Landtagen oder auf diesen selbst zusammen. Die meisten von diesen begannen und schlossen ihre Versammlungen im Lauf des April; ihre einzige dringende Aufgabe war die Wahl der Reichstagsboten. In Ungarn und Kroatien, Siebenbürgen, Istrien und Venetien kam diese nicht zustande. In Venetien half selbst die Zulassung von Minoritätswahlen nichts; die Erwählten weigerten sich den Ruf anzunehmen. In Istrien wurden durch die Auflösung des widerspenstigen Landtags und durch Neuwahlen bessere Resultate erzielt, so daß im September die Vertreter des Kronlandes doch noch im Reichstag erschienen. Auch in Siebenbürgen gelang es weiterhin durch die Octroyierung eines Wahlgesetzes die Beschickung des Reichstages zu erlangen, so daß nur Venetien, Kroatien und Ungarn ganz fern blieben. Von den Kroaten verdroß das umsomehr, als man von ihnen gehofft hatte, sie würden vor den Ungarn mit Freuden Rettung im Schoße des Reichstags suchen; statt dessen forderten sie kühnlich die Herstellung des alten dreieinigen Königreiches, von der jedoch Dalmatien nichts hören wollte, und ersuchten den Kaiser im September durch eine Adresse um Gewährung voller Selbständigkeit sowohl den Erblanden wie Ungarn gegenüber. Nationale Streitigkeiten wurden auch in solchen Ländern wiederaufgerührt, welche die Beschickung des Reichstages schließlich doch nicht verweigerten; so in Böhmen, wo die tschechische Minderheit Verwahrung gegen die ungerechte Wahlordnung und die künstlich geschaffene deutsche Mehrheit erhob: in Galizien, wo die Ruthenen unter Berufung auf ihre der Staatseinheit günstige Gesinnung die Abtrennung Ostgaliziens als eines besonderen ruthenischen Verwaltungsgebietes forderten und erreichten: in Tirol, wo der italienische Süden sich der Beschickung des Landtages weigerte und Sonderung der italienischen von den deutschen Bezirken verlangte. Diese Enthaltung kam nebenbei der ultramontanen Partei sehr zu statten; kraft des Einflusses, den sie in Deutsch-Tirol besaß, vermochte sie den Landtag zu einer Adresse an den Kaiser, durch welche dieser gebeten wurde die Gleichstellung der Protestanten, die er durch ein Patent vom 8. April für den ganzen Kaiserstaat ausgesprochen hatte, für Tirol wieder zu beseitigen und vielmehr den Erwerb von Grundbesitz durch Protestanten und die Bildung akatholischer Gemeinden in Tirol gänzlich zu verbieten.

Die ungarischen Komitate.

Weitaus am wichtigsten war natürlich die Haltung des ungarischen Landtags. Daß er sich auf den Boden des Oktoberdiploms stellen werde, konnte man überhaupt nicht hoffen. Trotz eines kaiserlichen Handschreibens vom 16. Januar 1861 nahmen die Bewegung in den Komitaten und der Ruf nach unbedingter Wiederherstellung der Gesetze von 1848 ihren Gang. In den Antworten auf das königliche Schreiben überboten sich die einzelnen Komitate förmlich in Rücksichtslosigkeiten; in den schwärzesten Farben schilderten sie die Schrecken der vergangenen Jahre:

die Verhöhnung ihrer heiligsten Erinnerungen, die unerschwinglichen Abgaben, die Käuflichkeit der Justiz, die grausamen und gewaltthätigen Rekrutierungen. Nur durch volle Rückkehr zu den Gesetzen von 1848 und durch volle Begnadigung aller Verurteilten könne Versöhnung zwischen Fürst und Volk geschlossen werden. Von den Bestimmungen, die Ungarns Beteiligung am Reichstage und die Stellung seiner Nebenländer betrafen, wollte man schlechthin nichts hören. Auch die gemäßigten Patrioten, unter denen Franz Deak den größten Einfluß besaß, dachten in diesen Punkten an keine Nachgiebigkeit. In der Form wollten sie sich so versöhnlich wie möglich zeigen: sie erschienen zu der Landtagseröffnung in Ofen, obgleich dieselbe nach den alten Gesetzen in Pest hätte vor sich gehen müssen; sie waren bereit durch eine Adresse ihre Forderungen vom Kaiser zu erbitten, anstatt sie durch einen Beschluß einfach zu dekretieren; sie zögerten auch nicht den Kaiser als ihren König anzuerkennen und anzureden, obgleich die Abdankung Ferdinands für Ungarn formell immer noch rechtsungültig war. In allen diesen Punkten stand ihnen aber die Mehrheit, mit der sie in der Hauptsache doch vollkommen einig waren, schroff gegenüber.

Adresse des Pester Reichstags.

Führer derselben war Ladislaus Teleki, ein wenige Monate zuvor begnadigter Flüchtling, der trotz seines Versprechens der Politik fern zu bleiben doch in den Landtag eintrat, aber schon zwei Tage nach der Eröffnung, am 8. April, wahrscheinlich an sein Wort gemahnt, seinem Leben ein Ende machte. Nachdem der Landtag sich konstituiert und seine Sitzungen nach Pest verlegt hatte, verstrichen drei Wochen in aufgeregten Verhandlungen über die Frage: ob Adresse, ob Beschluß? Dank einigen vermittelnden Elementen der Beschlußpartei ward am 5. Juni die Form der Adresse gewählt; aber nur 155 gegen 152 Stimmen erklärten sich dafür, und die kleine Mehrheit ward zur Minderheit, als die Anredeformel zur Abstimmung kam und beschlossen wurde, den Kaiser nicht als König, sondern nur als allerdurchlauchtigsten Herrn zu bezeichnen. Überdies wurde noch ein Schlußsatz beigefügt, durch welchen der Landtag jede Verhandlung über die Krönung Franz Josefs solange ablehnte, wie die Nebenländer nicht in ihm vertreten seien. Dem Kaiser konnte unter diesen Umständen nicht zugemutet werden die Adresse in Empfang zu nehmen; da er nichtsdestoweniger lebhaft wünschte den Weg der Verständigung offen zu erhalten, so empfahl er den Ungarn sich der Formeln zu bedienen, welche der Krönungslandtag von 1790 angewandt hattte. Ohne Widerrede gingen beide Häuser darauf ein, und es konnte somit am 8. Juli endlich die Adresse überreicht werden. Aber viel weiter war man dadurch noch nicht gekommen. Mit größter Entschiedenheit behauptete die Adresse, daß zwischen Ungarn und den Erblanden stets nur die Personalunion bestanden habe; auch in Zukunft seien sie nicht geneigt das Recht der Gesetzgebung mit irgend wem sonst als mit dem König von Ungarn zu teilen; einem Reichsrate oder irgend einer anderen parlamentarischen Gesamtvertretung würden sie keinerlei Rechte zuerkennen

und mit den konstitutionellen Gewalten der übrigen Erbländer nur von Fall zu Fall unter voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit verkehren. Die nötigen Vorbedingungen aber zu jedem weiteren Schritte, auch zu Verhandlungen über die Krönung des Königs, seien die Wiedervereinigung der Nebenländer mit Ungarn, die Erneuerung der alten Grundgesetze, die Berufung eines ungarischen Ministeriums und die Beseitigung aller noch bestehenden Folgen des absoluten Systems.

Konflikt mit dem König.

Vay und Szecsen wollten diese Adresse durch die Erklärung beantworten: der König beabsichtige nicht den Ungarn die Form des Reichsrates aufzuzwingen; er müsse aber an der Realunion der beiden Reichshälften festhalten und lade den Landtag ein zu weiteren Verhandlungen eine Abordnung nach Wien zu schicken. Dem widersetzte sich jedoch Schmerling, indem er die Ansicht verfocht, die Ungarn hätten alle früheren Rechte durch die Revolution verloren und stünden jetzt gleich den übrigen Unterthanen des Kaisers nur auf dem Grunde der Oktober- und Februarverfassung. Da dieser Standpunkt den Beifall des Kaisers fand, forderten die beiden ungarischen Minister ihre Entlassung und wurden durch die Grafen Forgacz und Moritz Esterhazy ersetzt. Diese stimmten dem Schmerlingschen Entwurfe zu und am 21. Juli 1861 wurde die kaiserliche Erwiderung veröffentlicht. Der Monarch erklärte, daß er Gesetze, welche der Reichsverfassung widersprächen, nie anerkennen werde, daß er übrigens bereit sei Anträge in bezug auf die Gesetzgebung von 1848 entgegenzunehmen. Davon wollte aber im ungarischen Landtage niemand etwas wissen: einstimmig ward am 8. August eine zweite Adresse Franz Deaks angenommen, die dem Könige vorwarf jede Verständigung unmöglich gemacht und den Faden abgerissen zu haben; das Land sei darauf gefaßt, daß nun von neuem schwere Zeiten kommen würden, aber es sei bereit zu dulden und erwarte von der Gerechtigkeit seiner Sache eine bessere Zukunft.

Auflösung des Reichstags und der Komitate.

In der That blieb dem Könige jetzt nichts übrig als am 21. August die Auflösung des Landtages zu verfügen. Die Opposition flüchtete sich nun von neuem in die Komitate, und da Forgacz dem wüsten Treiben, das Vay sich hatte gefallen lassen, scharf entgegentrat, widerspenstige Komitatsversammlungen und sogar den Statthaltereirat, der sie unterstützte, aufhob, an die Stelle der Obergespäne wieder königliche Bevollmächtigte setzte und die Steuern und Rekruten mit Waffengewalt einzutreiben sich anschickte, so war ein Jahr nach dem Oktoberdiplom in Ungarn alles wieder auf den früheren Zustand zurückgedrängt. Das ganze Zwischenspiel schien beschlossen zu sein, als am 5. November ein kaiserliches Handschreiben an Forgacz die Auflösung aller Komitatsbehörden und die Einsetzung von Militärgerichten befahl, während gleichzeitig Graf Moritz Palffy zum Statthalter ernannt wurde. Die versöhnliche Schlußwendung, daß trotzdem alle Zugeständnisse des Oktoberdiploms ungeschmälert in Kraft bleiben sollten, verhallte spurlos.

Während so der eifrig ersehnte Ausgleich mit Ungarn gänzlich

Der engere Reichsrat.

scheiterte, tagte seit dem 1. Mai in Wien der unvollständige Reichstag. In schwungvoller Rede hatte der Kaiser ihn eröffnet, hatte die Vertreter gebeten ihm hilfreich beizustehen um die Geschicke des Vaterlandes über den schwierigsten aller Wendepunkte hinwegzuleiten, und hatte unter lautem Beifall die Unantastbarkeit der neuen Gesamtverfassung, die Rechte jedes einzelnen Volkes der Monarchie auf das Beieinanderbleiben aller hervorgehoben. Nicht allein das Herrenhaus antwortete darauf mit einer zustimmenden Adresse, die freilich nur 44 gegen 33 Stimmen erhielt, sondern auch das Haus der Abgeordneten, das Dr. Hein, den Wortführer der Minderheit im verstärkten Reichsrat, zu seinem Präsidenten erkor, erklärte sich mit 127 gegen 48 Stimmen in demselben Sinne. Durch das Erscheinen der Ungarn, Kroaten und Venetianer würde sich allerdings das Parteiverhältnis völlig umgekehrt haben, es würden die Föderalisten, die Freunde des lockeren Bündnisses, über die Centralisten, die Anhänger der straffen Einheit, den Sieg davongetragen haben; das Ausbleiben der Magyaren stärkte also zunächst ihre politischen Gegner. Andererseits mußten diese aber anerkennen, daß der Reichstag in seiner augenblicklichen Zusammensetzung nicht die ganze Monarchie vertrete, daß er nur als „engerer" Reichstag für die deutsch-slawischen Provinzen kompetent sei. Schmerling sprach das auf Verlangen der Polen am 5. Juni ausdrücklich aus, lehnte aber die Forderung der Tschechen diesen engeren Reichstag bis zum Eintritt der Magyaren zu vertagen ab. Ja als die Verständigung mit Ungarn endgültig scheiterte, machte der Kaiser beiden Häusern davon in einer Botschaft vom 23. August Mitteilung unter dem Hinzufügen, daß die Weigerung eines Landes an dem Reichstage teilzunehmen die Vertreter der anderen Völker an der Erfüllung ihrer Pflicht nicht hindern, ihre Wirksamkeit nicht hemmen dürfe, daß mit anderen Worten der engere Reichsrat sich als den weiteren zu betrachten und auch die Angelegenheiten des Gesamtstaates zu verhandeln habe. Obgleich nun beide Häuser auch dieser Botschaft gegenüber ihre Zustimmung aussprachen, so erregte jene Schlußfolgerung doch nicht bloß bei der föderalistischen Minderheit Bedenken; es bedurfte langer Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Parteien, ehe Schmerling es wagen konnte das Budget für 1862, zu dessen Beratung natürlich nur der weitere Reichsrat befugt war, vorzulegen; daß bei der Wahl des Budgetausschusses am 18. Dezember dann doch die Polen und Tschechen sich der Teilnahme enthielten, daß sie beim Beginn der Verhandlungen am 24. März 1862 nach vergeblichem Proteste sogar das Haus verließen, schreckte die Mehrheit von dem betretenen Wege nicht mehr zurück, und so kam denn wirklich zum erstenmal in Österreich ein Staatshaushaltsgesetz zustande, das von der Regierung mit einer Vertretung des Volkes vereinbart war. Die Genugthuung, die man darüber empfand, wurde selbst dadurch nicht geschmälert, daß die Genehmigung dieses Gesetzes erst zwei Tage nach Ablauf des Finanzjahres, für das es bestimmt war, erfolgen konnte; vielmehr

Polen und Tschechen.

Vorlage des Budgets.

begann der Reichstag sofort die Beratung des Budgets für 1863 und brachte dasselbe im Dezember auch glücklich zustande. Damit war denn endlich die Zeit gekommen um die lange, nur von einigen Vertagungen unterbrochene Session zu schließen. Die Thronrede, mittels welcher der Kaiser das am 18. Dezember 1862 that, legte auf den glücklichen Abschluß der Finanzgesetze das Hauptgewicht; so trübselig das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen auch jetzt noch war, so zeigte es doch dank den erheblichen Abstrichen, die der Reichstag beschlossen hatte, einen sichtlichen Fortschritt zum Besseren, und ein neues Bankgesetz, das nach endlosen Verhandlungen zustande gebracht war, schuf auch in den verwirrten Beziehungen des Staates zu der Nationalbank Ordnung und sicherte der letzteren zur lebhaften Beschwerde der Ungarn ihre Rechte im ganzen Umfange der Monarchie. Auf den anderen Gebieten der Gesetzgebung waren nur wenige Erfolge zu verzeichnen. Ganz ohne Ergebnis war ein Anlauf des Abgeordneten Mühlfeld gegen das Konkordat geblieben: der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, den er namens eines Ausschusses Ende Februar 1862 eingereicht, wurde auf die lange Bank geschoben und blieb unerledigt. Die Ministerverantwortlichkeit war von der Regierung wohl im Grundsatz anerkannt worden, aber noch nicht gesetzlich geordnet. Der Presse hatte man Sicherheit gegen willkürliche Behandlung verschafft, aber der enge Spielraum, den man ihr ließ, und die strengen Strafen, denen sie unterworfen wurde, gaben doch zu sehr begründeten Klagen Anlaß. Für Handel und Verkehr war die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches ein großer Fortschritt, und für die Verwaltung der Gemeinden waren grundlegende Normativbestimmungen getroffen, deren Ausarbeitung und Anwendung im einzelnen den Landtagen zufiel. Die Hauptsache aber, auf die sich aller Gedanken beim Schluß des Reichsrates richteten, blieb doch immer der politische Gewinn: der Kaiser durfte wahrheitsgemäß sagen, daß sich das Vertrauen auf die Kraft Österreichs in diesen anderthalb Jahren mächtig gehoben habe und daß die Abgeordneten von erfreulichen Wahrnehmungen begleitet in ihre Heimat zurückkehrten. Er versprach an den Verfassungsgesetzen wie bisher festzuhalten und des Reiches Einheit zu wahren. Die Lücke in dieser Einheit, die durch das Fehlen der Ungarn hervorgerufen wurde, berührte er kaum in einer leisen Andeutung; sie auszufüllen war zweifelsohne die wichtigste Aufgabe der Zukunft; aber da eine schnelle Lösung von niemand erwartet wurde, so vermißte man die Angabe der Mittel, welche die Regierung ergreifen wollte, nicht und überließ es der Zeit die widerstrebenden Magyaren gefügiger zu machen.

Schluß der ersten Session.

Unerledigte Arbeiten.

Politischer Gewinn.

Der Zusammentritt der Landtage, der sich im Januar 1863 fast unmittelbar an die Entlassung des Reichsrats anschloß, bot in den Kronländern mit gemischter Bevölkerung wieder dieselben Bilder des Zwiespaltes wie früher. In Böhmen und Galizien wuchs die Gärung sogar noch durch den Ausbruch der Revolution im russischen Polen;

Die Landtage.

dem galizischen Landtage gegenüber konnte sich die Regierung nur durch Vertagung helfen; im böhmischen war die Mehrheit auf seiten der Deutschen und die tschechische Minderheit daher nicht in der Lage dem Ministerium durch feindselige Beschlüsse Schwierigkeiten zu schaffen; aber an dem unverhohlenen Ausdruck ihrer Parteinahme für Rußland, den Hort des Panslawismus, ließen es Palazky und Rieger nicht fehlen, und ihre Klagen über die Ungerechtigkeit des Wahlgesetzes, das sie in die Minderheit bringe, während sie doch die Mehrheit der Bevölkerung verträten, erscholten in ungeschwächter Bitterkeit. In Tirol setzte der Bischof von Brixen an der Spitze der Landtagsmehrheit den Kampf für die Glaubenseinheit fort, während die italienischen Abgeordneten der südlichen Bezirke nur erschienen um für sich eine gesonderte Konstituierung in Anspruch zu nehmen und, als ihnen das verweigert wurde, in Masse wieder auszutreten. Venetien stand wie bisher ohne Landtag grollend beiseite, und die Versuche der Regierung sich mit Vertrauensmännern über eine Landesverfassung zu verständigen hatten keinen Erfolg. Der

Kroatien und Ungarn.

kroatische Landtag ward nicht wiedereinberufen, ebensowenig der ungarische; denn trotz der gedrückten Lage des Landes, die von dem Handelsstande zum Teil auf die Abschaffung der deutschen und die Wiedereinführung der ungarischen Gesetze geschoben wurde, stand die Masse des Volkes fest auf ihrem alten Standpunkte und die Parteiführer wußten durch Reden und sonstige Kundgebungen, wie die Überreichung eines Ehrengeschenkes an Deak, ihre Anhänger zu ermuntern und zu bestärken. Weit eher als von einer Abnahme konnten daher von einem Wachsen der Unzufriedenheit die Spuren wahrgenommen werden, und gegen Ende des Jahres tauchten gar Aufrufe Kossuths und eines Unabhängigkeitsausschusses an den Straßenecken auf und ließen den Ausbruch einer neuen Revolution in der Ferne erblicken.

Siebenbürgen.

Auf diese erhöhte Reizbarkeit waren die Vorgänge in Siebenbürgen von großem Einfluß. Nachdem sich die Regierung durch die Beratungen der Sachsen und der Rumänen, die jede für sich zusammengetreten waren, überzeugt hatte, daß diese beiden Nationen die Februarverfassung anzuerkennen bereit seien, berief sie auf den 1. Juli 1863 einen siebenbürgischen Landtag und sagte sich damit von der Union los, die 1848 zwischen dem Großfürstentum und Ungarn geschlossen war. Welche Erbitterung dies bei den Magyaren hervorrief, kam auf dem Landtage selbst nicht zum Austrag, weil nur die Sachsen und Rumänen auf demselben erschienen, aber die gewählten Magyaren drückten dem Kaiser ihre Gefühle unzweideutig durch eine Adresse aus, welche sie durch drei ihrer Führer zu überreichen gedachten. Der Monarch aber lehnte den Empfang ab und ließ Neuwahlen ausschreiben, während die deutschen und rumänischen Landtagsmitglieder die Februarverfassung annahmen und die Beschickung des Reichstages beschlossen.

Zweite Session des Reichsrats.

Dieser war am 18. Juni 1863 zu seiner zweiten Session zusammengetreten und von dem Erzherzog Karl Ludwig im Namen des Kaisers

mit einer hoffnungsvollen Rede eröffnet worden. Das Vertrauen in die liberalen Absichten der Regierung hatte durch einige Änderungen in den höchsten Staatsämtern, durch die Berufung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Hein und seines Nachfolgers Hasner an die Spitze der Justiz und des Unterrichtswesens, neue Stärkung erhalten, und man war nicht bloß in Österreich, sondern auch im übrigen Europa von der Gründlichkeit des Systemwechsels fest durchdrungen und voll Sympathie für die freisinnigen Lenker des österreichischen Staates. Mit innigem Behagen verherrlichten alle Preußenfeinde den Umschwung und stellten die Berliner Reaktion in den schwärzesten Gegensatz zu dem Wiener Konstitutionalismus; selbst in Preußen gefielen sich die Presse und die Kammerredner darin dem eigenen Staate die Gegner an der Donau als beschämendes Vorbild entgegenzuhalten und Schmerling auf Kosten Bismarcks zu preisen. Daß die Siebenbürgen auf den Boden der Verfassung traten und ihre Abgeordneten am 20. Oktober 1863 wirklich im Reichsrat erschienen, rief lauten Jubel hervor und schien eine neue Bürgschaft für das Gelingen des Umgestaltungsprozesses, in dem der Kaiserstaat begriffen war.

Österreich und Deutschland.

Gewiß waren diese Zustände danach angethan um die österreichischen Staatsmänner zu dem Versuche einzuladen durch eine Bundesreform in ihrem Sinne Preußens Einfluß in Deutschland zu schwächen und Österreichs Stellung zu befestigen. Gern hätten sie sich auch in den Zollverein hineingedrängt und dadurch Preußen seiner festesten Verteidigungsstellung beraubt; aber alle Anläufe zu diesem Zwecke scheiterten an Preußens Erklärung lieber den Zollverein aufzugeben als von dem französischen Handelsvertrage abzulassen. Im Grunde stand es freilich mit dem deutschen Bunde nicht viel anders als mit dem Zollverein; auch ihm drohte die Sprengung, wenn irgend eine durchgreifende Neuerung trotz Preußens Widerspruch beschlossen wurde; weder in Wien noch in den Mittelstaaten hatte man ein Recht zu glauben, daß König Wilhelm sich kleinmütig den Forderungen und Beschlüssen einer preußenfeindlichen Bundestagsmehrheit fügen werde, aber trotzdem ging man ans Werk. Am 7. Juli 1862 traten Bevollmächtigte Österreichs und seiner Anhänger in Wien zusammen und begannen, ungeachtet Preußen seine Beteiligung rundweg abschlug, Beratungen über die Reform des Bundes; vier Wochen später zeigten sie in Berlin an, daß sie die beiden schwierigsten Fragen, die Begründung einer Centralgewalt und eines Parlamentes, ohne Preußens Mitwirkung nicht in Angriff nehmen könnten und daher zunächst nur die Errichtung eines Bundesgerichtes und die Berufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung vorschlügen, deren Aufgabe die Beratung gemeinsamer Gesetzbücher über den Civilprozeß und das Obligationenrecht sein solle. Noch ehe diese Anträge in Frankfurt eingebracht waren, erklärte Graf Bernstorff in rückhaltlosester Weise, daß sein König sich bei keiner Erweiterung der Befugnisse des Bundestages beteiligen werde; solange zwei Großmächte im Bunde seien, könne

Das Delegiertenprojekt.

kein wirklicher Fortschritt gemacht werden; Preußens Bemühen sei nach wie vor darauf gerichtet einen kleineren Kreis von Staaten enger mit sich zu verbinden, und wenn der günstige Augenblick gekommen sei, werde es diesem Vorschläge über eine gemeinsame Leitung des Heerwesens und der Vertretung im Auslande machen. Diese ablehnende Haltung gegenüber den österreichischen Anträgen, dieses Beharren auf dem Streben nach einem engeren Bunde wurde von der großdeutschen Partei mit heftigem Zorne, von dem Nationalverein mit kühler Befriedigung aufgenommen. Sich ohne Umschweife auf Preußens Seite zu stellen war für den Liberalismus dieser Tage eine moralische Unmöglichkeit; er hatte keinen Glauben an die Kraft der leitenden Staatsmänner irgend etwas Gedeihliches zustande zu bringen und mußte fürchten sie in ihrer inneren Politik zu stärken, wenn er sie nach außen hin stütze. Der erste deutsche Abgeordnetentag, der am 28. September 1862 in Weimar zusammentrat, die Generalversammlung des Nationalvereins, die ihm acht Tage später in Koburg folgte, viele Parteiversammlungen im nördlichen Deutschland, die sich als Nachspiel daran schlossen, sie alle hielten sich wie zu einem neutralen Banner zu der Reichsverfassung von 1849 und sprachen daneben die Überzeugung aus, daß dem österreichischen Delegiertenprojekt nicht einmal der Wert einer Abschlagszahlung beizulegen sei. Eine Stütze fand dieses Projekt nur in dem Reformverein, der am 28. Oktober in Frankfurt tagte, und ungeachtet der Einwände Moritz Mohls, des Führers der Demokraten, und Heinrichs von Gagern, der offen zu den Großdeutschen übertrat, aber eine stärkere Centralgewalt forderte, sich fast einstimmig mit den Vorschlägen Österreichs einverstanden erklärte. Viele Mitglieder mochten wohl hoffen, daß ihr Standpunkt allmählich auch im Norden weitere Verbreitung finden werde. Gab sich die unbewußte Hinneigung der öffentlichen Meinung zu Österreich doch in mancherlei unscheinbaren, aber unverdächtigen Zeichen kund. Daß in Wien die deutschen Juristen, in Karlsbad die Naturforscher, in Salzburg die Künstler ihre Jahrversammlungen hielten, daß der Gustav-Adolfs-Verein für das nächste Jahr nach Wien zu wandern beschloß und von Schmerling telegraphisch mit einem herzlichen Willkommen begrüßt wurde, daß die Veranstalter des Abgeordnetentages in Weimar, durchweg Männer des Nationalvereins, sich eifrig bemühten Mitglieder des österreichischen Reichsrates wie Berger und Rechbauer zur Teilnahme zu bewegen, daß die Agitation gegen den französischen Handelsvertrag und für den Eintritt Österreichs in den Zollverein durch die Beteiligung der schutzzöllnerischen Großindustriellen einen weiten Umfang gewann, alles das waren Zeichen der Zeit, und sie waren um so ernster, als die kleindeutsche Partei und Preußen selbst sich rein in der Verteidigung hielt und daher des mutbelebenden Stachels, den der Angriff giebt, entbehrte. Solange nicht allein der Nationalverein, sondern auch das Berliner Kabinett lediglich verneinte und den günstigen Augenblick, von dem Bernstorff gesprochen, unthätig abwartete, solange war ein Auf-

Die nationale Partei.

Der Reformverein.

schwung der österreichisch-großdeutschen Partei die unvermeidliche Signatur der Zeit.

Bismarck und Karolyi.

Aber schneller als man hoffen durfte trat eine Änderung ein. Kaum hatte Herr von Bismarck die Leitung des Staates übernommen, so war er darauf bedacht aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Das Dunkel des Ausschusses, an welchen der Bundestag am 14. August das Delegiertenprojekt verwiesen hatte, genügte ihm dazu nicht. Während die Verhandlungen dort noch schwebten, knüpfte er mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, Besprechungen an, die den kriegslustigsten Geist atmeten. Er erklärte ihm geradezu das Verhältnis der beiden Großstaaten müsse entweder besser oder schlechter werden; der Zustand, der seit Olmütz herrsche, die Überstimmung Preußens durch Frankfurter Mehrheiten, der feindliche Einfluß Österreichs in Hannover und Kurhessen müßten ein Ende nehmen; er forderte geradezu, daß der Kaiserstaat seinen Schwerpunkt nach Ofen verlege und Preußen die Leitung in Deutschland überlasse. Für diesen Fall versprach er seinerseits treue Bundeshilfe in europäischen Verwicklungen; eine Fortdauer der bisherigen Politik aber werde Preußen bei dem nächsten großen Kriege in den Reihen der Gegner Österreichs finden; niemals werde er, Bismarck, in einer Lage wie die von 1859 seinem Könige zur Neutralität raten. Karolyi schien Zweifel in den Ernst dieser Erklärungen zu setzen und sich mit der Hoffnung zu trösten, daß Preußens König im entscheidenden Augenblicke vor solchen Ratschlägen doch wohl zurückscheuen würde; er suchte Österreichs Politik in Hannover und Kassel als eine altbegründete und früher von Preußen nicht bekämpfte zu rechtfertigen, vermochte aber nichts vorzubringen, was die Beschwerden Bismarcks über das rücksichtslose Vorgehen am Bundestage hätte entkräften können. Vor 1848, rief der preußische Minister aus, sei es unerhört gewesen in Frankfurt Fragen von irgend welcher Erheblichkeit einzubringen ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern; jetzt betrachte man den Widerspruch Preußens gegen die Verfassungsmäßigkeit eines Antrages als einen der Beachtung unwerten Zwischenfall. Er verhehlte nicht, daß er das Beharren auf diesem Wege, die Überschreitung der Bundestagsbefugnisse durch Mehrheitsbeschlüsse, als einen Bruch der Verträge ansehen und den preußischen Gesandten von Frankfurt abberufen werde.

Ausgleichsversuche.

An die ganze Tragweite dieser Erklärungen glaubte doch auch Graf Rechberg nicht, obgleich er Bismarck aus ihrer gemeinsamen Thätigkeit in Frankfurt zur Genüge hätte kennen sollen. Er begnügte sich damit den Grafen Thun, der eben auf seinen Petersburger Gesandtschaftsposten zurückkehrte, über Berlin reisen und dort eine persönliche Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten für den 22. Dezember vorschlagen zu lassen. Aber kaum hatte Bismarck diesem scheinbar versöhnlichen Gedanken zugestimmt, als der österreichische Gesandte nachträglich die Bedingung stellte, daß Preußen vor der Zusammenkunft

gewisse Grundzüge der Bundesreform anerkennen müsse, da der Kaiser das Delegiertenprojekt nicht ohne Ersatz fallen lassen könne. Damit war der ganze Plan wieder über den Haufen geworfen, und die Ereignisse nahmen ihren Lauf. Am 18. Dezember beantragte von der Pfordten namens der Ausschußmehrheit die Annahme des Delegiertenprojektes, während Preußen, seit wenigen Tagen durch Herrn von Sydow an Usedoms Stelle vertreten, teils mit der Unzulänglichkeit des Vorschlages, den die Nation nicht einmal als Abschlagszahlung gelten lasse, teils mit der Bundeswidrigkeit desselben seine Ablehnung begründete und im Fall der Annahme den Augenblick als bevorstehend ankündigte, wo es den Bundestag nicht mehr als Organ jenes Bundes betrachten werde, den es 1815 geschlossen habe.

Scheitern des Delegiertenprojektes.

Österreich und die Königreiche, auch Hessen-Darmstadt, ließen sich dadurch nicht abschrecken bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 für ihren Antrag einzutreten; aber Kurhessen fiel von ihnen ab und stimmte mit sieben anderen Kurien auf Preußens Seite; Braunschweig und Nassau brachten es fertig in einer solchen Frage gar nicht zu stimmen. Das Ergebnis war, daß Preußen mit 9 gegen 7 Stimmen siegte. Damit begnügte sich aber Bismarck nicht. In dem Votum des Herrn von Sydow war, wenn auch in bedingter Form, ein ganzes Programm enthalten. Auch Preußen wünschte eine Volksvertretung am Bunde, aber sie sollte aus der Mitte der Bevölkerung durch direkte Wahl hervorgehen; nicht allein die Bewilligung von Geld und Truppen müsse ihr zufallen, sondern auch eine ausgedehnte gesetzgeberische Thätigkeit, wie sie ohne Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge nicht denkbar sei. Zu einem solchen deutschen Parlamente könne man den fremden Stämmen, die mit Deutschösterreich zu staatlicher Einheit verbunden seien, ebensowenig den Zutritt gestatten, wie andererseits ihnen zumuten sich durch dasselbe Gesetze geben zu lassen. Wirkliche Befriedigung der deutsch-nationalen Bedürfnisse sei mithin nur im engeren Kreise zu finden, für die Gesamtheit des Bundes gebe es nur Scheinreformen. Deshalb sehe die königliche Regierung von Verhandlungen auf dem Bundeswege ab und werde einen Ersatz dafür in freien Vereinbarungen und kündbaren Verträgen mit einzelnen Bundesgliedern suchen.

Preußisches Rundschreiben vom 24. Januar 1863.

Ergänzt wurde diese Abstimmung durch die Veröffentlichung eines preußischen Rundschreibens vom 24. Januar 1863, in welchem die Unterredung Bismarcks mit Karolyi ausführlich erörtert und Österreich förmlich auf die Anklagebank gesetzt wurde. Die Entgegnung Rechbergs vom 28. Februar war bitter und gereizt, zeigte aber die vollkommene Ratlosigkeit, die in Wien herrschte. Wie groß diese war, ergab sich schon aus der Erklärung, mit welcher die verbündeten Regierungen ihre Niederlage vom 22. Januar beantworteten: sie wahrten sich das Recht ihr Delegiertenprojekt, da es als Bundesmaßregel vereitelt sei, durch Vereinbarung unter sich zur Ausführung zu bringen: sie nahmen mit

anderen Worten dasselbe Recht für sich in Anspruch, das sie der preußischen Regierung stets bestritten und zum heftigsten Vorwurf gemacht hatten. Österreich war wieder einmal einen Schritt hinter Preußen drein gehinkt, und wenn dieses ja den Versuch machte einen engeren Bund zu begründen, so hatte sich sein Gegner von vornherein des bisher beliebten Einwandes der Bundeswidrigkeit begeben.

Österreichisches Reformprojekt.

Einige Monate ruhten nun die Verhandlungen. Preußens Lage verschlimmerte sich während dieser Zeit zusehends. Seine Parteinahme für Rußland im polnischen Aufstande erregte den Groll der Westmächte, denen Österreich sich beflissen näherte; der völlige Bruch mit dem Abgeordnetenhause, die Gewaltmaßregeln gegen die Presse und die liberalen Beamten erweiterten die Kluft im Inneren. Die allgemeine Lage war für Österreich unvergleichlich vorteilhaft, und so gelang es Schmerling seinen Kaiser zu einem ungestümen Anlauf zu bereden. In aller Stille ward ein vollständiges Reformprojekt und eine Denkschrift ausgearbeitet, die dasselbe begründen sollte. Sie bezeichnete den augenblicklichen Zustand Deutschlands als schlechthin chaotisch, das Ergebnis der neuesten deutschen Geschichte als vollständige Zerklüftung und allgemeine Zerfahrenheit. Sie beklagte, daß die Bundesregierungen schon jetzt nicht mehr in einem festen Vertragsverhältnis zusammenstünden, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen nebeneinander fortlebten. Der Boden der Bundesverträge, so rief das vortrefflich geschriebene Aktenstück aus, schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nötige Festigkeit nimmermehr zurückgeben. Währenddessen warte die deutsche Revolution, im stillen geschürt, auf ihre Stunde; die gemäßigten Parteien aber drängten mit Ungeduld auf eine Reform, und die Regierungen verweise der Trieb der Selbsterhaltung auf dieselbe Bahn. Dabei wurde jeder Gedanke an eine einheitliche Spitze oder ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Parlament mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen. In solchen Vorschlägen erblickte die Denkschrift nur das verhüllte Streben die Lebenskraft der Einzelstaaten allmählich zu ertöten, den Einheitsstaat anzubahnen, Österreich aus Deutschland herauszudrängen. Sie forderte vielmehr ein Bundesdirektorium und die regelmäßige Berufung eines Delegiertenparlamentes; weil dieses aber leicht allzumächtig werden und das monarchische Prinzip gefährden könne, so schlug sie als Gegengewicht auch persönliche Zusammenkünfte der Fürsten vor und kündigte den Entschluß des Kaisers an gleich jetzt zur Beratung dieser Vorschläge die Einladung zu einer ersten derartigen Zusammenkunft ergehen zu lassen. Sie gestand ein, daß Preußen, ja jeder andere Bundesstaat diese lauteren Bestrebungen durch seine Zurückhaltung vereiteln könne, aber doch nur insofern sie die Gesamtheit des Bundes ins Auge faßten; die begonnene Bewegung zum Stillstand zu bringen sei

Plan eines Fürstentages.

doch auch für Preußen nicht möglich; es werde durch seine Weigerung nur die anderen Regierungen zwingen die Hand an ein Werk der Not zu legen und durch Ausübung ihres freien Bündnisrechtes die beabsichtigte Neugestaltung im Bereich ihrer eigenen Staaten auszuführen. Die Weisheit des Königs werde es aber dahin gewiß nicht kommen lassen, sondern erwägen, daß es heute von Preußens Entschließungen abhänge, den Bund wieder auf die Höhe seiner wichtigen Bestimmung zu erheben.

Die Zusammenkunft in Gastein.

Daß diese Hoffnung, mit der die Denkschrift schloß, trügen könne, mußte man in Wien natürlich überlegt haben; vielleicht aber sah man einer solchen Entwickelung ohne allzugroße Betrübnis entgegen und beurteilte eine Spaltung Deutschlands, die durch die Verdrängung Preußens aus dem Bunde bewirkt worden wäre, milder als eine Spaltung, die Österreich ausgeschlossen hätte. Die Formen, in denen die Einladung des Königs erfolgte, zeigten ein eigentümliches Gemisch von Rücksichtslosigkeit und Höflichkeit. Der preußische Monarch verweilte schon seit einigen Wochen auf österreichischem Boden; nach Beendigung einer Karlsbader Kur begab er sich am 18. Juli nach Gastein. Hier empfing er am 2. August den Besuch des Kaisers und nahm aus dessen Händen die Denkschrift entgegen. In wiederholten Unterredungen am nächsten Tage entwickelte Franz Josef mündlich die Grundzüge der Reform und erwähnte, daß er die Fürsten zum 16. August 1863 nach Frankfurt einzuladen gedenke. König Wilhelm erwiderte darauf, daß es ihm nicht geraten scheine ohne Vorarbeiten und Besprechungen der Minister das Werk anzufangen und daß der Fürstentag vor dem 1. Oktober gewiß nicht mit Nutzen zusammentreten könne. Auch Bismarck hatte eine Audienz bei dem Kaiser; doch währte sie nur wenige Minuten und kurz nachher, am Nachmittag des 3. August, reiste Franz Josef ab. Man durfte annehmen, daß die Einwendungen des Königs Berücksichtigung finden würden; allein noch an demselben Abend überbrachte ein kaiserlicher Adjutant das Einladungsschreiben, das vom 31. Juli datiert war und trotz alledem auf den 16. August lautete. Des Königs Antwort beharrte natürlich auf der Forderung vorgängiger Ministerkonferenzen; sie ward dem Kaiser anderen Tags telegraphisch zur Kenntnis gebracht, allein das verhinderte nicht, daß die Einladungsschreiben an die übrigen Fürsten sofort abgeschickt wurden. Wohl aber machte Franz Josef noch den Versuch den König durch ein Schreiben vom 7. August zu bereden den Kronprinzen als Stellvertreter nach Frankfurt zu schicken, ein Plan, dem letzterer nicht ganz abgeneigt war, der aber trotz mannigfacher Befürwortung von dem Könige und von Bismarck noch an demselben Tage abgelehnt wurde.

Der König und der Fürstentag.

Die übrigen Fürsten und das deutsche Volk.

Das Ausbleiben des preußischen Monarchen hielt die übrigen deutschen Fürsten nicht ab der Einladung Franz Josefs fast vollzählig zu entsprechen; auch solchen, die den österreichischen Plänen keineswegs geneigt waren, mochte es doch als ein Gebot des Anstandes erscheinen

sich dem Rufe des mächtigsten Verbündeten nicht zu entziehen und dem Versuche die deutschen Zustände zu bessern nicht lediglich verneinend zu begegnen. Auch im Volke war diese Auffassung weit verbreitet und der zweite Abgeordnetentag, der während des Fürstentages am 21. und 22. August zusammentrat, gab nach einem scharf kritisierenden Berichte Häussers dieser Stimmung Ausdruck. Es konnte in diesem Kreise, der überwiegend aus Anhängern der Reichsverfassung von 1849 bestand, von einer Billigung der Einzelheiten des österreichischen Entwurfes nicht wohl die Rede sein; man verwarf das Delegiertenprojekt, man forderte für Preußen die Gleichberechtigung mit Österreich, man beanspruchte für die Nation die Mitwirkung bei der Neuordnung und demgemäß die Berufung eines frei gewählten Parlamentes; aber man empfand bei alledem doch eine gewisse Genugthuung darüber, daß gerade Österreich sich veranlaßt sah die Bundesverfassung zu beseitigen und lebte der Hoffnung, daß nun ein Stillstand oder gar ein Rückschritt nicht mehr zu befürchten sei. Ungleich lebhafter waren die Gefühle, mit denen Süddeutschland und die partikularistischen Kreise Mittel- und Norddeutschlands den Entschluß des Kaisers begrüßten. In allen Städten, die Franz Josef auf seiner Reise nach Frankfurt berührte, harrte seiner ein jubelnder Empfang; vollends die alte Kaiserstadt, die unerwartet so viel erlauchte Häupter in ihren Mauern versammelt sah, taumelte vor Begeisterung und bejauchzte das große Werk, das kaum im ersten Werden begriffen war, als sei es schon vollendet. Da war für nüchterne Erwägungen und Bedenken kein Raum; der bloße Klang der alten Namen von Kaiser und Reich riß die Gemüter hin; die Gewißheit, daß dem verhaßten Preußen ein derber Schlag erteilt werde, entzückte die Herzen; der glanzvolle Anblick all des Pompes, die überschwenglichen Berichte über die Festlichkeiten, die mit den Beratungen in gedrängter Folge wechselten, die erregte Spannung, mit der man den Zwischenfällen der Zusammenkunft, den Wechselreden der Fürsten, den Parteigruppierungen, die unter ihnen hervortraten, folgte, thaten das übrige und ließen den ganzen Fürstentag nicht als eine Veranstaltung zu ernster Arbeit, sondern als ein glänzendes Schauspiel erscheinen, das durch die Hoheit der Darsteller und die Pracht der Ausstattung die Zuschauer berauschte.

Der österreichische Entwurf.

Für die österreichischen Pläne war diese Stimmung ungemein erwünscht; sie war die Vorbedingung, ohne die eine schnelle Durchführung des Reformentwurfes nicht gelingen konnte; aber sie hätte freilich um durchschlagenden Erfolg zu haben nicht bloß im Volke, sondern auch unter den Fürsten und Staatsmännern herrschen müssen, und das war keineswegs der Fall. Im Gegenteil, diese kamen schon deshalb bedächtig und argwöhnisch nach Frankfurt, weil man ihnen den ausgearbeiteten österreichischen Vorschlag nicht vorher mitgeteilt hatte, sondern erst kurz vor der ersten Sitzung kundgab. In dieser, die am 17. August stattfand, forderte der Kaiser seine Verbündeten auf nicht

durch weitaussehende Beratungen, sondern in raschem und einmütigem Entschlusse ihre Zustimmung zu erteilen. Das war mehr, als man fordern durfte. Der König von Bayern sprach sofort in den höflichsten Worten zwar seine vollkommene Billigung des kaiserlichen Wunsches, aber zugleich den Vorbehalt gewissenhaftester Erwägung und die Ansicht aus, daß einzelne Abänderungen die rasche Einigung wesentlich erleichtern würden. Jedenfalls erforderte die Reformakte mit ihren 36 Artikeln ein mehrtägiges Studium, ehe man in die Beratung eintreten konnte, und geschickt wurde die Abwesenheit des Königs von Preußen benutzt um diese Frist unter paßlichem Vorwande zu gewinnen.

Sendung an den König von Preußen.

Man beschloß eine gemeinsame Einladung an ihn zu erlassen, und König Johann von Sachsen unterzog sich dem Auftrage sie nach Baden-Baden, wo König Wilhelm seit zwei Tagen verweilte, zu überbringen. Sicherlich konnte man dabei nicht die Möglichkeit einer Sinnesänderung ins Auge fassen; der preußische Herrscher hatte sich in seinen Briefen an den Kaiser so unzweideutig ausgedrückt, Herr von Bismarck hatte in einer Depesche vom 13. August so scharf erklärt, daß es der Würde seines Monarchen nicht entspreche Vorschläge entgegenzunehmen, über die Preußens Rat vorher nicht gehört sei und deren volle Tragweite ihm erst in Frankfurt eröffnet werden solle, daß eine erneute Ablehnung zum voraus feststand. Sie erfolgte in einem Schreiben an den Kaiser, das König Johann am 20. nach Frankfurt zurückbrachte und das den bisherigen Standpunkt vollauf wahrte. Bismarck ergänzte dasselbe durch eine Depesche vom folgenden Tage, in der rundweg erklärt wurde, das österreichische Reformprojekt entspreche weder der Stellung des preußischen Staates noch den Interessen des deutschen Volkes und würde im Falle der Annahme die Kräfte Preußens Zwecken dienstbar machen, welche den Interessen des Landes fremd seien.

Erfolge der Opposition.

Mehrere Tage waren darüber verstrichen und die Aussichten auf unveränderte Annahme der Reformakte hatten sich dadurch nicht verbessert. Der Kaiser wich einen Schritt zurück und ließ vor der zweiten Sitzung seinen Mitfürsten vorschlagen nur das System und die leitenden Gedanken sofort anzunehmen, die minder wichtigen Bestimmungen aber mit der Maßgabe an Ministerialkonferenzen zu verweisen, daß wenn keine Einigung über eine andere Fassung zustande komme, der österreichische Entwurf in Kraft treten solle. Der badische Minister, Herr von Roggenbach, übernahm die etwas peinliche Aufgabe dem gegenüber zu erklären, daß sein Fürst auch gegen die leitenden Gedanken mancherlei einzuwenden habe und daß, solange über die Fassung irgend welcher Artikel keine Einigung erzielt sei, es eben beim alten bleiben müsse; erst wenn die ganze Vorlage durchgearbeitet sei, könne man sich über Annahme oder Ablehnung aussprechen.

Die Beratungen.

So wurde denn unter dem Vorsitz des Kaisers vom 22. bis 31. August der ganze Entwurf durchberaten. Unangefochten blieb von den leitenden Gedanken nur wenig; zumeist stand freilich der Großherzog

von Baden mit wenigen Genossen allein; in einigen wichtigen Punkten fanden jedoch Abänderungsvorschläge die Mehrheit. Das Ergebnis der Beratungen war ein Direktorium von sechs statt fünf Mitgliedern, in dem bei Stimmengleichheit nach der Bevölkerungszahl entschieden werden sollte; Österreich, Preußen und Bayern waren ständige Mitglieder; die drei anderen Könige, die neun nächstgroßen Staaten und endlich die neunzehn kleinsten stellten je ein wechselndes Mitglied. Österreich erhielt den Vorsitz, Preußen nur die Stellvertretung. Im Bundesrat führten die beiden Großmächte je drei Stimmen, die übrigen fünfzehn Kurien je eine. Zur Kriegserklärung und zum Beschluß der Hilfeleistung, wenn ein deutscher Staat in seinen außerdeutschen Besitzungen bedroht werde, sollte Zweidrittel-, nicht wie Österreich vorgeschlagen hatte, einfache Mehrheit im Bundesrat erforderlich sein. Das Delegiertenparlament war zu Gunsten Hessen-Homburgs und Hamburgs um zwei Mitglieder, auf 302, vermehrt worden; alle drei Jahre sollte es zusammentreten und seine Beschlüsse der Genehmigung des Fürstenrates unterliegen, in dem Österreich, aber ohne Erfolg, auch zwei Vertretern der Standesherren ein Plätzchen hatte einräumen wollen. Den Beschluß der organischen Einrichtungen machte endlich ein Bundesgericht, das wesentlich nach den österreichischen Vorschlägen genehmigt wurde.

Die Beschlußfassung.

Mit dem Ergebnis dieser Beratungen erklärten sich 24 Fürsten einverstanden; auch ward beschlossen durch ein neues gemeinsames Schreiben dem Könige von Preußen die Hoffnung auszusprechen, daß in der Brust des mächtigen und wohlgesinnten Bundesgenossen Entschließungen reifen würden, durch welche Deutschland in den Genuß dieser heilsamen Reformen gelangen könne. Darüber, daß Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und andere Staaten ihre Zustimmung zurückhielten, setzte man sich leichter hinweg. Die Schlußerklärung des Großherzogs von Baden entsprach in den Hauptpunkten der preußischen Auffassung: er verwarf das Direktorium, forderte in besonders wichtigen Fragen für beide Großmächte ein Veto und verlangte die Wahl der Reichstagsmitglieder durch das Volk. Wenn zwischen Preußen und Österreich eine Verständigung über die Vorlage gelinge, sei er zu weiteren geschäftlichen Konferenzen gern bereit und werde seinen Beitritt nicht verweigern, sobald auch die Nation durch gesetzmäßig berufene Vertreter das neue Werk angenommen habe. Die übrigen ablehnenden Fürsten teilten im allgemeinen diesen Standpunkt, nur daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aus seiner Abneigung gegen die Einschiebung einer Volksvertretung in den Organismus des Bundes kein Hehl machte.

Mißlingen des Werkes.

Anders als er gekommen verließ Franz Josef die alte Kaiserstadt. Die geträumte Überrumpelung war vollständig mißglückt; daß an dem ursprünglichen Werke erhebliche Veränderungen vorgenommen waren, ließ sich vielleicht noch verschmerzen; aber daß es nicht endgültig genehmigt, daß der dritte Teil der deutschen Staaten auf Preußens Seite

getreten war, das gab dem ganzen Projekte den Todesstoß. Es war doch ein ganz unausführbarer Gedanke, wenn der Reformverein auf seiner Generalversammlung in Nürnberg noch Ende Oktober empfahl die neue Bundesverfassung für die willigen Staaten ins Leben zu rufen; als Drohung gegen Baden und Sachsen-Weimar klang das ganz gut, aber Preußen machte sich aus solchen Drohungen gar nichts. Die erste Antwort, die es auf die Übersendung der Reformakte gab, war eine mittelbare. Am 3. September beantragte das Ministerium beim Könige die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Anordnung von Neuwahlen. Gegenüber den Bestrebungen, die auf dem Gebiete der Bundesverfassung zu Tage getreten seien, und der unverkennbaren Absicht Preußen die Stellung zu verkümmern, die das Erbteil seiner ruhmvollen Geschichte bilde, empfinde — so hieß es in dem Berichte — das Volk ohne Zweifel das Bedürfnis zu zeigen, daß keine politische Meinungsverschiedenheit tief genug greife um die Einigkeit zwischen Herrscher und Unterthanen zu gefährden. In der That war diese Begründung doch nur ein Vorwand; denn die Fortschrittspartei konnte in ihrem Wahlaufrufe mit Recht erklären, daß es zu dem angegebenen Zwecke keiner Neuwahlen bedurft hätte: auf ihrem Banner habe stets der Satz gestanden, daß Preußens Größe von der Einigung Deutschlands abhänge und daß diese ohne gemeinsame Volksvertretung nicht möglich sei. Die Regierung selbst mußte am Ende wünschen, daß diese Erklärung im Auslande Glauben finde; denn anderenfalls würde der Ausfall der Oktoberwahlen, der die Fortschrittspartei noch verstärkte und das Häuflein der Ministeriellen nur auf Kosten der Altliberalen und Katholiken bis auf 37 Mitglieder brachte, den Beweis geliefert haben, daß das preußische Volk keineswegs zu seinem König stehe. Und doch war dies im vollsten Maße der Fall. Wäre nicht durch den Militärkonflikt ein so tiefer Abgrund zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gerissen worden, wie hätte man dann dem Berichte zugejauchzt, den das Ministerium am 15. September dem König über die Reformakte erstattete. Die Forderungen eines Vetos mindestens bei Kriegserklärungen, der vollen Gleichstellung mit Österreich, eines unmittelbar vom Volke gewählten Parlamentes, die hier in schärfster Begründung und freimütigster Ausführung auftraten, waren in der That die Forderungen des ganzen preußischen Volkes. Aber freilich in dem Munde eines Bismarck erschien die letzte wenigstens wie ein plumper Täuschungsversuch, dem zu erliegen die Fortschrittspartei nicht zu fürchten brauchte. Aber auf ihrer Hut mußte sie sein, damit nicht der tollkühne Ministerpräsident das Land unvermutet in einen großen Krieg hineinziehe und durch eine leichtsinnige auswärtige Politik sich aus der Sackgasse, in die ihn seine verfassungswidrige innere Regierung geführt, gewaltsam einen Ausweg zu brechen suche. Das war die Stimmung, die in dem größten Teile des preußischen Volkes lebte, und die durch Worte und Erklärungen nicht mehr, die nur noch durch unwiderlegliche Thatsachen überwunden werden konnte.

Regierung und Opposition in Preußen.

Die Neuwahlen.

Bismarck und die öffentliche Meinung.

An die ernstliche Durchführung der Reformakte glaubte man in Preußen nicht; den Notenwechsel, zu dem sie noch Anlaß gab, die Ministerkonferenz, die Österreich am 23. Oktober 1863 in Nürnberg veranstaltete, die Zustimmung des Reformvereins, alles das erregte nur Achselzucken; schließlich blieb von der ganzen Aufregung des August nichts anderes übrig als ein reichlicher Stoff zu Anklagen gegen den Minister, der durch seine innere Politik den Glauben an Preußens Ohnmacht bei den Gegnern genährt und durch seine ebenso verfehlte äußere Politik den Staat unter den Großmächten vereinsamt und dadurch den stürmischen Angriffen Österreichs preisgegeben habe. Daß derselbe Minister diese Angriffe doch auch siegreich zurückgeschlagen, übersah man dabei ebensosehr, wie man die tiefgreifenden Vorteile verkannte, die jene geschmähte auswärtige Politik dem preußischen Staate verhieß und in der That schon in der allernächsten Zukunft einzutragen begann.

Verlag von Veit & Comp. in Leipzig.

Geschichte
der
neueren Philosophie
von Nikolaus von Kues bis zur Gegenwart.

Im Grundriß dargestellt

von

Dr. **R. Falckenberg,**
Privatdozent an der Universität Jena.

gr. 8. 1886. geh. 6 ℳ; geb. 7 ℳ.

Diese Geschichte der neueren Philosophie wird nicht nur dem Neuling willkommen sein, welcher die einzelnen Denker und Denkrichtungen in möglichst präziser Fassung authentisch charakterisiert sehen möchte, sondern auch allen Gebildeten, welche das Bedürfnis haben, das Ganze der philosophischen Entwickelung der Neuzeit in seiner Gesamtheit zu überschauen. Die „Erläuterung von über 150 der wichtigsten philosophischen Kunstausdrücke" (meist Fremdwörter, z. B. Analyse, Idee, Idealismus, Monismus, Naturalismus, Pantheismus u. s. w.), welche als Anhang beigegeben ist, erhöht die Brauchbarkeit des sich durch geschmackvolle Darstellung, gute Ausstattung und (last not least) billigen Preis auszeichnenden Werkes.

Die
nordamerikanischen Eisenbahnen
in ihren
wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Gesammelte Aufsätze

von

Alfred von der Leyen,
Geh. Ober-Regierungsrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin.

gr. 8. 1885. geh. 7 ℳ.

Die Eisenbahnen der Vereinigten Staaten umfassen fast die Hälfte des Eisenbahnnetzes der gesamten Erde. Der Verfasser beleuchtet das Wesen und den Einfluß des Eisenbahnstaates im Staate, welche eine spezifische Eigentümlichkeit der Vereinigten Staaten, „die Eisenbahn-Könige", hervorgebracht haben. Daraus ergiebt sich eine Fülle von Vergleichen mit den Verhältnissen andrer Länder, namentlich tritt daraus der gefährliche Charakter der Monopole in privaten Händen mit großer Deutlichkeit hervor.

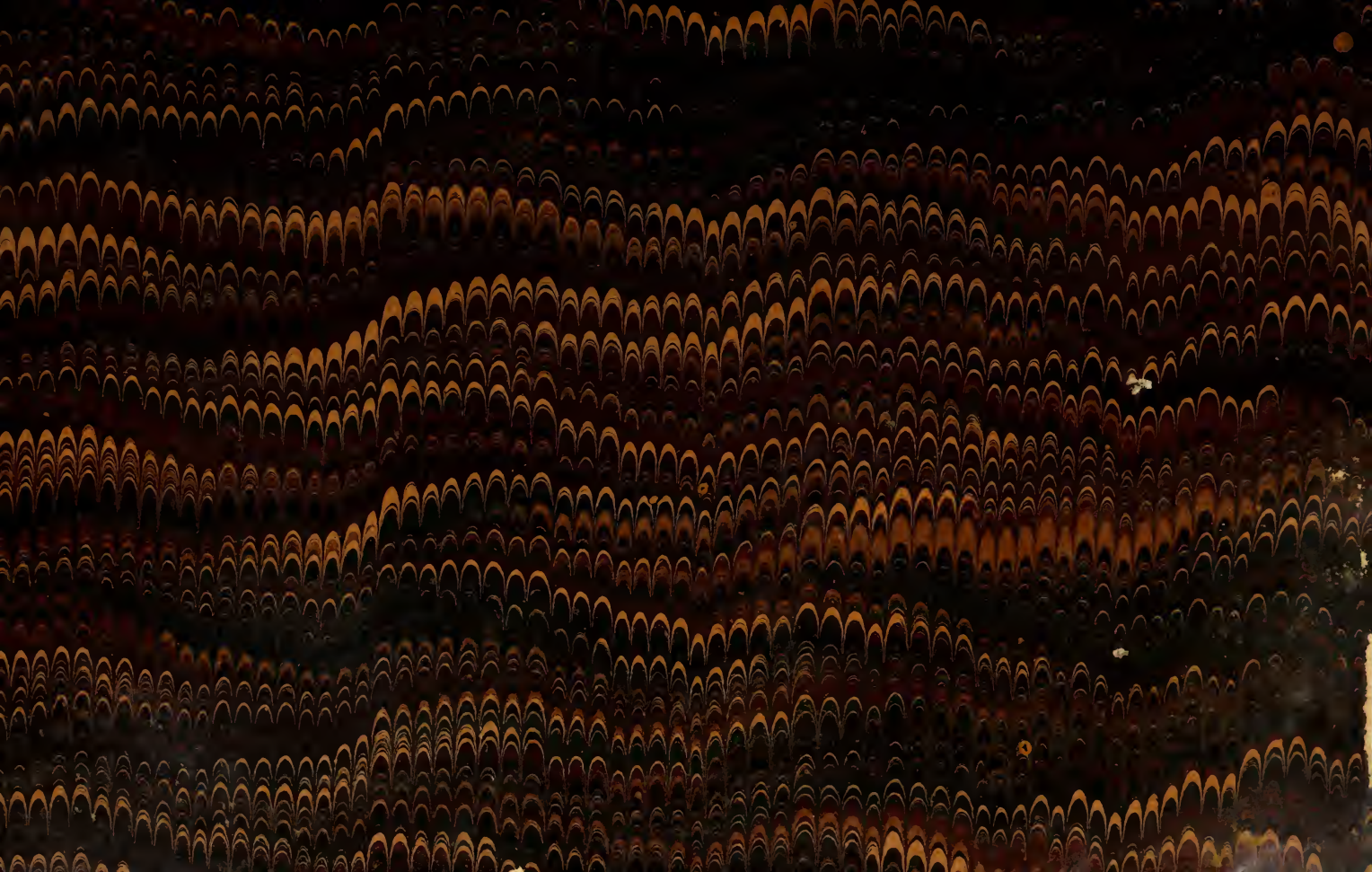
Religionsphilosophie
auf
modern-wissenschaftlicher Grundlage.

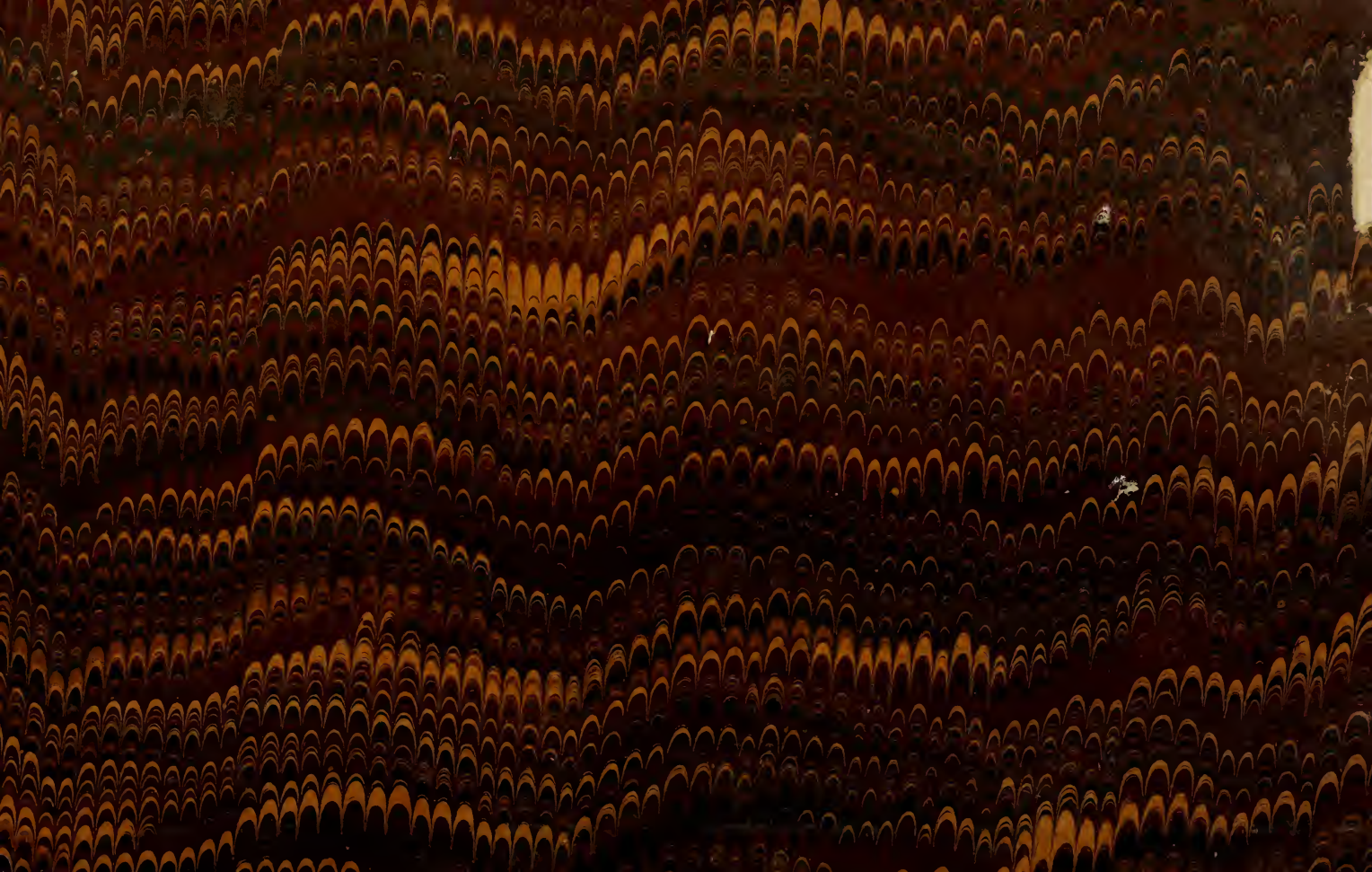
Mit einem Vorwort

von

Dr. **Julius Baumann,**
o. ö. Professor an der Universität Göttingen.

gr. 8. 1886. geh. 4 ℳ 60 ₰.





UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 099859297